

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Thomas Sablowski
Judith Dellheim
Alex Demirović
Katharina Pühl
Ingar Solty
(Hrsg.)

AUF
DEN SCHULTERN
VON KARL MARX

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Sablowski / Dellheim / Demirović / Pühl / Solty (Hrsg.)
Auf den Schultern von Karl Marx

Judith Dellheim, Katharina Pühl, Thomas Sablowski und Ingar Solty sind Mitarbeiter*innen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Alex Demirović* ist Senior Fellow dort. Sie alle haben zahlreiche Publikationen herausgegeben.

Thomas Sablowski / Judith Dellheim / Alex Demirović /
Katharina Pühl / Ingar Solty (Hrsg.)

Auf den Schultern von Karl Marx

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2021

© 2021 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

ISBN 978-3-89691-259-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
1. Marx neu gelesen	
<i>Michael Brie</i> Marx' kommunistischer Dämon. Wie ist ein Verein freier Menschen möglich?	21
<i>Hermann Klenner</i> Marx und das Recht: Annäherungen	35
<i>Emanuel Kapfinger</i> Marx' Kritik der Philosophie in den Pariser Manuskripten	49
<i>Ulrich Ruschig</i> Zum Begriff der Gerechtigkeit bei Marx	67
<i>Alex Demirović</i> Der Wirklichkeitsstatus der bürgerlichen Gesellschaft. Zu Marx' Kritik der Vorgeschichte als Traumgeschichte	83
<i>Stefano Breda</i> Der marxsche und der vormarxsche Begriff des fiktiven Kapitals Zur Entstehungsgeschichte einer begrifflichen Konfusion	109
<i>Kohei Saito</i> Das intellektuelle Verhältnis von Marx und Engels aus ökologischer Perspektive: Eine Neubewertung	125
<i>Karl Heinz Roth</i> Marx und die revolutionären Umbrüche seiner Zeit: Vom eurozentrischen Determinismus zu einer global offenen Perspektive	141
<i>Emanuela Conversano</i> Vom Nutzen und Nachteil der historischen Analogie für die Praxis. Bemerkungen über Marx' späte Studien	179
<i>Lutz Brangsch</i> Die Herausforderung der Differenz	193

2. Marxismen: Weiterentwicklungen und Kritiken

<i>John Lütten</i> Zum Gebrauchswert des Klassenbegriffs	207
<i>Helmut Dahmer</i> Freud, Marx und das Problem der „Mentalität(en)“	227
<i>Mariana Schütt</i> Freud und Marx zusammendenken – Adornos Analysen zur Affektdynamik in der bürgerlichen Gesellschaft. Affekte im Zentrum sozialwissenschaftlicher Untersuchungen	257
<i>Michael Zander</i> „Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt.“ Ideologie als psychologisches Problem	271
<i>Leonie Knebel</i> Kritische Psychologie als historisch-materialistische Subjektwissenschaft	281
<i>Eleonora Roldán Mendivil/Bafta Sarbo</i> Materialistischer Antirassismus – zurück zu den Wurzeln	297
<i>María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan</i> Marxistisch oder postkolonial? Falsche Fragen zur falschen Zeit	311
<i>Ruth Sonderegger</i> Für eine Episteme sinnlicher Praktiken jenseits der kunsttheoretischen Ästhetik	325

3. Mit Marx den gegenwärtigen Kapitalismus analysieren

<i>Frieder Otto Wolf</i> Probleme der konkreten Analyse der konkreten Situation Ein Re-Orientierungsversuch	343
<i>Florian Butollo/Patricia de Paiva Lareiro</i> Technikutopien und säkulare Stagnation: Der Kapitalismus als Treiber und Schranke des Digitalen	359
<i>Judith Dellheim</i> „Kein Kampf für Classenprivilegien und Monopole“. Zur Kategorie „Monopol“ in der Kritik der politischen Ökonomie und zu ihrer Anwendung in moderner „Globalisierungskritik“	377
<i>Nicole Mayer-Ahuja</i> Streit um Zeit. Marx' Beitrag zur Analyse von aktuellen Veränderungen der Arbeitswelt	395

<i>Ingrid Artus</i> Ein marxistischer Blick auf neue Konturen der Erwerbsarbeit: Prekarisierung, Sorgekrise und neue Streiks	411
<i>Roland Atzmüller</i> Reproduktion durch Veränderung. Arbeitskraft zwischen Wohlfahrtsstaat und humankapitalorientierter Subjektivierung	425
<i>Bernd Belina/Susanne Heeg</i> Wohnen mit Marx	439
<i>Jürgen Leibiger</i> Über sinkende Zinsen, die Euthanasie der Rentiers und das Ende des Kapitalismus	455
<i>Ingar Solty</i> Brauchen wir eine vierte Welle der marxistischen Imperialismustheorie?	485
<i>Jens Wissel</i> Materialistische Staatstheorie und die Veränderung von Staat und Politik in der Europäischen Union	505
<i>Stefan Schmalz</i> Krisentendenzen in der internationalen Arbeitsteilung. Gedanken zum Aufstieg Chinas im Anschluss an Marx	521
<i>Ingo Schmidt</i> Große Krisen und die Rechte. Erklärungen, Feindbestimmung und Lösungsvorschläge von den 1870er Jahren bis heute	533
Autor*innen und Herausgeber*innen	546
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	552

Vorwort

Der 28. November 2020 ist der 200. Geburtstag von Friedrich Engels. Die Freundschaft von Karl Marx und Engels hat tatsächlich Weltgeschichte geschrieben. So ist Engels' Jubiläum ein sehr schöner Anlass, um ein Buch zu publizieren, das auf das Marx-Jubiläum vom Mai 2018 zurückgeht, denn Leben und Werk von Marx und Engels sind – in den Worten von Marx' jüngster Tochter Eleanor Marx-Aveling „so ineinander verwoben, daß sie unmöglich getrennt werden können (...)“.¹ Sie bildeten, so Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue, tatsächlich „ein einziges Leben (...)“.²

Der Geburtstag von Karl Marx jährte sich am 5. Mai 2018 zum zweihundertsten Mal. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat zahlreiche Publikationen und Veranstaltungen zum Gedenken an Marx und seine Arbeiten finanziell unterstützt. Sie hat vielfältige eigene Aktivitäten durchgeführt und so zur erneuten Lektüre der Texte von Marx angeregt. Besondere Bedeutung hatten zwei große Konferenzen: eine im April 2018 in Frankfurt am Main und eine weitere, internationale Konferenz über Marx im Mai 2018 in Berlin. Der vorliegende Band dokumentiert diese Tagungen nicht, das Themenspektrum und die Zahl der Redner*innen waren sehr groß, eine Dokumentation hätte den Rahmen eines Buches bei weitem gesprengt. Allerdings stützen sich die Herausgeber*innen des vorliegenden Bandes auf jene beiden Konferenzen und ließen sich von den Themen und Diskussionen anregen; zahlreiche der Vortragenden sind in diesem Band mit Texten vertreten, manche von diesen wurden auch bei den Tagungen zur Diskussion gestellt.

Das Verhältnis zu Marx und seinem besten Freund unterliegt Konjunkturen. Marx kann zu einem zentralen Bezugspunkt der Politik werden wie zu Zeiten der zweiten und dritten Internationale, er kann Mode werden wie in der Protestbewegung seit 1968, er kann rückhaltlos bekämpft werden wie unter den Faschisten; oder aber er wird beschwiegen und neurotisch besetzt.

Aktuell scheint das Verhältnis zu Marx paradox und ungleichzeitig zu sein. Wie zu keinem früheren historischen Zeitpunkt liegen viele seiner Texte und Manuskripte in einer wissenschaftlich gesicherten Form vor. Von herausragender Bedeutung ist in dieser Hinsicht die mittlerweile abgeschlossene zweite Abteilung der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe, die die Vorarbeiten und die verschiedenen publizierten Ausgaben des *Kapital* beinhaltet. Es gibt eine umfassende wissenschaftliche Diskussion zu vielen Aspekten von Marx' Arbeit, eine Diskussion, die nicht befangen ist in politischen Auflagen und Erwartungen oder gar dem Druck einer Partei entsprechen muss. Die marxische Theorie ist heute von der destruktiven Funktion einer „Legitimationswissenschaft“ für ein politisches System, das gescheitert ist, befreit. Kaum jemand wird die Annahme vertreten, dass politisches Handeln einfach „wissenschaftlich abgeleitet“ werden könnte und sollte, was historisch ohnehin zumeist hieß: wenige bekannte Passagen oder Sätze aus Marx' Werken für autoritäre Zwecke zu nutzen. Unterstellt wurde ein fragwürdiger Begriff gesetzmäßiger gesellschaftlicher Entwicklung oder eine allgemeine Logik des Kapitals, deren vermeintliche Kenntnis allzu oft die konkrete Analyse der aktuellen Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaften oder der Kräfteverhältnisse ersetzte. Es war zu erwarten und es wurde auch erwartet – man

1 Marx-Aveling, Eleanor, 1895: Friedrich Engels, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hg.), Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels, Berlin 1964, 441-457.

2 Lafargue, Paul, 1905: Persönliche Erinnerungen an Friedrich Engels, in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hg.), Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels, Berlin 1964, 476-489.

denke an die Rede von Louis Althusser auf dem Kongress über Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften 1977 in Venedig³ –, dass eine Befreiung von Marx aus einer unmittelbaren politischen Nutzenanwendung ermöglichen würde, eine umfassende Diskussion über Marx zu führen und in seinem Werk einen großen und maßgebenden Beitrag zu den Freiheitskämpfen der Menschheit zu erkennen. Denn Marx wollte ja nicht weniger, als einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Menschen über das Stadium ihrer „Vorgeschichte“ hinausgehen und endlich sich selbst als die Gestalter*innen ihrer eigenen Geschichte begreifen und entsprechend handeln. Damit setzte er das anspruchsvolle Projekt der europäischen Aufklärung fort: die Blindheit der gesellschaftlichen Entwicklung, die zu Krieg, Zerstörung, Folter, Armut und zwangsläufig immer wieder zu neuen Kämpfen führen musste, sollte überwunden werden. Er erwartete Schritte zur Befreiung der Menschheit nicht allein von einer Reform des Bewusstseins, sondern trug wesentlich zu der Erkenntnis bei, dass die Menschen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse verändern konnten und es im eigenen Interesse mussten. So formulierte er einen kategorischen Imperativ, der nicht, wie bei Kant, das moralische Handeln der Einzelnen in den Mittelpunkt stellte, sondern die zu verändernden Verhältnisse: Alle Verhältnisse sind umzustürzen, unter denen Menschen geknechtet oder entwürdigt werden. Diese Herausforderung stellt sich heute genauso wie vor zweihundert Jahren. Es hat Fortschritte gegeben – und gerade Marx war jemand, der die großen zivilisatorischen Leistungen der modernen bürgerlichen Gesellschaftsformation immer wieder betont hat. Aber gleichzeitig trat und tritt die moderne Gesellschaft auf der Stelle. Es geht unverändert um Kapitalakkumulation, Wachstum, Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der gemeinsamen kooperativen Fähigkeiten, Unterdrückung von Emanzipation und emanzipatorischer Solidarität.

Wenn von bürgerlicher Seite mal sachlich, mal empört, mal höhnend auf das Scheitern der Theorie von Marx hingewiesen wird, so fragt sich, was dieses Scheitern genau bedeuten soll. An erster Stelle handelt es sich um ein Scheitern des Projekts der Aufklärung selbst: dass nämlich die Menschen immer noch nicht in der Lage sind, ihre Verhältnisse untereinander und zur Natur frei und rational zu gestalten und deren Entwicklung gemeinsam festzulegen. Profit wird auch und insbesondere mit Rüstung gemacht, es wird weiter erobert, gefoltert und getötet. Menschen, die für ihre Rechte und Freiheiten eintreten, werden verfolgt, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen, die um Wahrheit, Information und freie Kommunikation ringen, müssen um ihr Leben fürchten – und dies nicht nur in autoritären Staaten, sondern durchaus auch dort, wo erklärt wird, dass man doch in einer westlichen Demokratie lebe. Ressourcen und menschliche Lebenszeit werden nicht nur für militärische Zwecke, die Konkurrenz von Unternehmen oder Einzelnen vernichtet; auch die Bemühungen, Kriege, Gewalt, Folter, Rechtsbrüche, ökologische Zerstörungen notdürftig einzuhegen, bedürfen nach wie vor eines gewaltigen Aufwands, der eben nicht wie selbstverständlich „unserer Demokratie“ entspringt und den Möglichkeiten einer freien Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse zu Gute kommt. Es ist denkbar, dass auch die Überlegungen von Marx seinem eigenen Anspruch nicht genügten und dass er selbst mit unzulänglichen Argumenten das Scheitern des Befreiungsprojekts beförderte. Gerade deshalb aber ist zum einen die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit dem wichtig, was

3 Die Beiträge des von *Il Manifesto* organisierten Kongresses und die Rede von Althusser („Endlich geht aus der Krise des Marxismus etwas Neues hervor“) sind dokumentiert in dem Band „Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften“ (Frankfurt/M. 1979).

unter Berufung auf Marx geschrieben und getan wurde. Und gerade deswegen ist es zum anderen wichtig, die Theoriebildung von Marx genau zu kennen und kritisch zu beurteilen. Es mag Denkfehler, Unzulänglichkeiten und Widersprüche auch bei Marx geben. Doch die Frage ist, wie mit ihnen umgegangen wird. Sie können abgetan und ignoriert werden, Freude und Zufriedenheit oder Häme auslösen, die Reaktion eines besserwisserischen Konformismus, dass Veränderungen nicht zum Guten führen werden, scheinbar bekräftigen. Viele Unzulänglichkeiten im Werk von Marx sind aber eben nicht einfach Ergebnis von mangelndem Verstand oder logische Fehler eines Einzelnen. Marx war vielfach klüger, kritischer und selbstkritischer, kurz: elaborierter. Kritiken an seinen Überlegungen und Werken erweisen sich oft als Vorurteile, sie sind das Ergebnis von Unkenntnis und treffen oftmals ganz richtig jene, die sich als „Marxisten“ bezeichnen – und wir wissen, wie skeptisch Marx gegenüber „Marxisten“ war.⁴ Darum jedoch geht es nicht, sondern es geht um grundlegende Schwierigkeiten, um Mängel, um Widersprüche und Dynamiken im Emanzipationsprojekt selbst, zu dem Marx beitragen wollte. Das hat er als Wissenschaftler, politischer Bildner und Politiker in außerordentlichem Maße getan und die Emanzipationsbewegung dazu veranlasst, sich nicht mit religiösen oder moralischen Normen zufrieden zu geben, sondern sich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzulassen, sie empirisch genau zu kennen, ihre Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten zu begreifen. Dies hat durchaus problematische Seiten, besonders wenn Marx schreibend denkt und entwickelt: Manchmal behauptet sich ein Begriff von gesellschaftlichem Gesetz, der das Verständnis von Gesellschaft an Systemvorstellungen annähert und die Praktiken, die Initiative, die Kräfteverhältnisse in den Hintergrund treten lässt. Es entsteht vielfach der Eindruck, dass Marx industrialistisch, fortschrittsgläubig oder eurozentrisch, seine Aufmerksamkeit für Naturzerstörung und Geschlechterverhältnisse zu gering war, seine Theorie auf Phänomene wie Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus keine Antworten zu geben weiß. Es gibt zahlreiche Emanzipationsbewegungen, die kritische Analysen hervorgebracht und dazu beigetragen haben, die kapitalistische Gesellschaft genauer und tiefer zu verstehen. Offensichtlich spüren sie die Wucht der marxischen Theorie (oder all der Ansätze, die ihr gefolgt sind), denn sie müssen sich immer wieder von neuem von ihr abgrenzen oder ihr Defizite vorhalten, um ihr eigenes Selbstverständnis zu entwickeln. Dabei wird vielfach nicht einmal aufmerksam gelesen. Doch es entstehen neue Einsichten in Prozesse der Herrschaft und der historischen Möglichkeiten der Emanzipation. Sie lassen sich nicht jeweils einfach in ein feststehendes Korpus der marxischen Theorie eingliedern, denn es gibt dieses Korpus nicht. Die philologische Forschung, wie sie sich um die Marx-Engels-Gesamtausgabe herum kristallisiert hat, kann zeigen, dass vieles, was Marx schrieb, Fragment geblieben ist, dass er selbst eigene Überlegungen in Frage gestellt und Texte verworfen, sein Wissen für unzulänglich gehalten und seine Studien immer wieder ausgeweitet und vertieft hat. So besteht die Herausforderung, mit denen

4 Ende der 1870er Jahre zeichnete sich in der sozialistischen Bewegung in Frankreich eine Spaltung ab zwischen den „Possibilisten“, die sich auf die Erkämpfung dessen beschränken wollten, was hier und jetzt möglich ist, und den „Guesdisten“ oder „Marxisten“, die die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen betonten, dabei aber die Bedeutung des Kampfes um konkrete Verbesserungen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft und entsprechender Forderungen unterschätzten. Laut Friedrich Engels äußerte sich Marx angesichts dieser Auseinandersetzung kritisch über seine vermeintlich „marxistischen“ Anhänger mit der Bemerkung, er selbst sei sicher kein Marxist (vgl. MEW 35, 388; MEW 37, 436, 450 bzw. MEGA III/30, 390, 421, 1128; MEW 22, 69 bzw. MEGA I/31, 268).

uns die Texte von Marx konfrontieren, nicht darin, eine oberflächliche Einheit und Systematik herzustellen oder einen Plan, den Marx einmal für seine wissenschaftliche Arbeit entwarf, durch Interpretation oder Rekonstruktion doch einmal zu vollenden. Vielmehr wird es in philologischen Diskussionen darum gehen, sich grundlegende theoretische Einsichten von Marx zu erschließen, in konkreten Analysen und unter Zuhilfenahme seiner Begriffe die Prozesse der kapitalistischen Produktionsweise und der sich ständig verändernden Herrschaftsverhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaften zu begreifen, sie mit den Erkenntnissen zu verbinden, die neue gesellschaftliche Entwicklungen und emanzipatorische Praktiken mit sich bringen. Es geht also darum, mit der Illusion zu brechen, in den marxischen Texten sei im Prinzip alles schon enthalten und sie hätten schon auf alles eine Antwort gegeben.

Dennoch ist an Marx und seinen Arbeiten festzuhalten, denn mit ihren Begriffen und Überlegungen stellen sie einen Maßstab des theoretischen Verständnisses und des emanzipatorischen Selbstverständnisses dar, das den Beginn eines historischen Freiheitsprozesses markiert, in dessen Verlauf die Menschen dazu gelangen, völlig weltimmanent zu werden und ihre eigene Geschichte zu gestalten. Dies schließt ein, dass es sich bei der marxischen Theorie um eine handelt, die sich, gemeinsam mit ihrem Gegenstand, selbst überflüssig macht. Die Aktualität der Theorie von Marx ist demnach keine Gegebenheit, sondern muss immer wieder in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hinterfragt und kritisch plausibel gemacht werden. Das ist eine wissenschaftliche und eine politische Leistung, die Marx selbst für sich in den Auseinandersetzungen mit anderen Linken seiner Zeit erbringen musste. Diese Aktualität ist nicht von einem einzelnen Gesichtspunkt oder einem partikularen Interesse bestimmt, sondern von Verhältnissen, die ein gegliedertes Ganzes bilden: die Ausbeutung und Unterdrückung, die Kreisläufe des Kapitals, der Imperialismus, die Zerstörung der Natur, die staatliche Gewalt, die Verhinderung der Demokratie, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den ideologischen Formen. Für Marx wird dieses Ganze gegliedert durch die Art und Weise, wie die Bourgeoisie die gesellschaftliche Gesamtarbeit aufgeteilt hat, um sie für ihre Zwecke aneignen und ausbeuten zu können. Es geht bei der Emanzipation also um dieses besondere Ganze, um das Projekt einer Neugliederung der gesellschaftlichen Verhältnisse, so dass alle an der Gestaltung der Verhältnisse, unter denen sie leben und arbeiten, beteiligt und nicht Objekte der Regierung durch andere sind.

Es gibt heute gravierende Ungleichzeitigkeiten im Verhältnis zu Marx und zu seinem Mitstreiter Engels. Zu Marx' 200. Jubiläumsgeburtstag war auch die bürgerliche Presse voll des Lobes: Die New York Times, die Marx' im Vorjahr bereits als „Prophet of the Present“ geadelt hatte, titelte nun „Happy Birthday, Karl Marx. You Were Right!“⁵ während die „Financial Times“ unter der Überschrift „Why Karl Marx is more relevant than ever“ die Bedeutung des „großen Denkers“ untermauerte,⁶ der – wie DIE ZEIT zum Jubiläum schrieb – wie „kein (anderer) Denker (...) die Entwicklung des Kapitalismus vorhergesehen“ habe.⁷ Als „hellsichtiger Analytiker“ habe Marx

5 Barker, Jason, 2018: Happy Birthday, Karl Marx. You Were Right!“ in: New York Times, 30.04.2018, Link: <https://www.nytimes.com/2018/04/30/opinion/karl-marx-at-200-influence.html> (Zugriff: 7.9.2020)

6 Tooze, Adam, 2018: Why Karl Marx is more relevant than ever, in: Financial Times, 04.05.2018, URL: <https://www.ft.com/content/cf6532dc-4c67-11e8-97e4-13afc22d86d4> (Zugriff: 7.9.2020).

7 Neffe, Jürgen, 2018: Was denken Sie, Herr Marx?, in: DIE ZEIT, 13.06.2018, URL: <https://www.zeit.de/zeit-wissen/2020/03/karl-marx-unterhaltung-kapitalismus-corona>.

beschrieben, wie „der Mensch (...) zum Objekt seiner mächtigsten Schöpfung – des Kapitalismus“ geworden sei, und „selbst unsere digitale Gegenwart“ lasse „sich noch mit seinen Begriffen fassen (...)“.⁸ Auch das „Handelsblatt“ beschäftigte sich mit der Frage, ob Marx nicht „doch noch recht (bekommt)“, da im 20. Jahrhundert zwar „die Lage der Arbeiter verbessert“ wurde, aber „nun erneut das Kapital“ gewinne.⁹ (Freilich gehört es zum bürgerlichen Blick dazu, den guten Denker Marx vom schlechten Politiker Marx zu trennen.)

Nichtsdestotrotz versteht es sich heute keineswegs von selbst, auf das Werk von Marx und Engels zurückzugreifen. Philologisch können wir heute mehr über Marx und sein Denken wissen als die früheren Generationen. Aber in der wissenschaftlichen Diskussion und der Debatte über Implikationen für politische Emanzipationsstrategien spielt seine Theorie in der eigentümlichen Weise der Verdrängung, der Distanzierung und Abgrenzung eine geringe Rolle. Der Apparat der allgemeinen und wissenschaftlichen Wissensproduktion hat im Verhältnis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in einem ungeheuren Maß zugenommen. Das Wissen ist vielfach disziplinär gegliedert und gekreuzt. Die Analysen von Marx sind allenfalls ein Wissensbaustein geworden, orientieren aber kaum die Fragestellungen. Das Problembewusstsein ist vielfach geschwunden oder wurde administrativ bekämpft. Die politische Praxis lässt sich kaum von der marxistischen Theorie und all den Ansätzen, die sie weiter ausgearbeitet haben, anregen. In diesen Fällen ist Übersetzungsarbeit erforderlich, um jene Prozesse zu ermöglichen, die aus der theoretischen Einsicht selbst eine materielle Gewalt machen. Das weist ein weiteres Mal auf die grundlegende Aktualität von Marx hin. Es ist die Einsicht, dass nur eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse es überhaupt erlaubt, endlich einmal aus dem Horizont all jener Probleme zu treten, die die Menschheit seit Jahrhunderten beschäftigen: der Rassismus, die Ausplünderung des globalen Südens, die Zerstörung der natürlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, die Ausdehnung der Lohnarbeit und die Ausbeutung des menschlichen Arbeitsvermögens, die sexistische Gewalt, die Gewalt, die sich gegen Menschen wegen ihrer sozialen Lage, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Kultur, ihren politischen Positionen, ihrer körperlichen und mentalen Verfasstheit, ihres Alters richtet.

Wir haben die Beiträge des vorliegenden Bandes zu drei Schwerpunkten gruppiert. Die Beiträge des ersten Teils folgen der Entwicklung des marxistischen Werks in seiner zeitlichen Abfolge und seiner Systematik, stellen ausgewählte Aspekte dar, interpretieren und kommentieren diese. Im zweiten Teil geht es um Anknüpfungen an die marxistische Theorie und die marxistische Tradition, ihr Verhältnis zu anderen kritischen Theorien wie der Psychoanalyse oder der postkolonialen Theorie und ihre Weiterentwicklung in Richtung einer integralen kritischen Gesellschaftstheorie. Die Beiträge des dritten Teils beschäftigen sich schließlich mit der Analyse verschiedener Aspekte der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften im Anschluss an Marx.

Michael Brie erläutert, wie der junge Marx im Zuge einer Kritik der Philosophie Hegels und in der Auseinandersetzung mit sozialen Fragen und zeitgenössischen politischen Positionen zu der

8 Neffe, Jürgen, 2018: Kontrollverlust, in: Die ZEIT, 25.04.2018, URL: <https://www.zeit.de/2018/18/karl-marx-200-jahre-analyse-kapitalismus> (Zugriff: 7.9.2020).

9 Häring, Norbert, 2018: Warum Karl Marx wieder aktuell ist, in: Handelsblatt, 06.05.2018, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/200-jahre-karl-marx-warum-karl-marx-wieder-aktuell-ist/21244224.html?ticket=ST-15955281-qBulUvVIOctAY4I5HbBW-ap2> (Zugriff: 7.9.2020).

Überzeugung gelangte, dass eine freie Entwicklung der Individuen bzw. die Aufhebung der Widersprüche von individueller und gesellschaftlicher Entwicklung letztlich nur auf kommunistischer Grundlage, also durch die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die gemeinsame Verwaltung der Produktion möglich ist. *Hermann Klenner* skizziert den Begriff des Rechts, zu dem Marx – der bekanntlich zunächst Rechtswissenschaften studierte – im Zuge der Ausarbeitung seiner materialistischen Geschichtsauffassung gelangte und hinter den die Rechtstheorie nicht zurückfallen sollte. *Emanuel Kapfinger* zeigt in seiner Auseinandersetzung mit Marx' Kritik an Hegel in den Pariser Manuskripten von 1844, dass Marx nicht nur auf die Kritik einer bestimmten Philosophie, sondern auf die Kritik der Philosophie als solcher zielte. Er problematisiert damit auch die Vorstellung einer „marxistischen Philosophie“.

Alex Demirović setzt sich mit der eigentümlichen „gespenstigen“ Gegenständlichkeit des Werts in der kapitalistischen Ökonomie auseinander und argumentiert, dass es zu kurz greift, die Ökonomie schlicht als gleichsam harten Kern der kapitalistischen Realität im Unterschied zu ihren ideologischen Formen zu begreifen. Er sieht in der Kritik der politischen Ökonomie die Fortsetzung Marx' früherer Kritik der Politik: Der illusorischen Allgemeinheit des Staates entspricht die der Waren produzierenden gesellschaftlichen Arbeit als gleicher, abstrakt-allgemeiner Arbeit. *Stefano Breda* geht den verschiedenen Bedeutungen des Begriffs des fiktiven Kapitals nach und argumentiert, dass zwischen einem genuin marxischen und einem vormarxischen Begriff des fiktiven Kapitals unterschieden werden müsse. Die Relevanz dieser Unterscheidung erweist sich in den Analysen der Finanzialisierung des Kapitalismus und der Finanzkrisen. *Kobei Saito* argumentiert auf der Basis der Lektüre erst vor kurzem publizierter marxischer Exzerpthefte, dass Marx sich bereits wesentlich stärker als bisher angenommen mit ökologischen Problemen auseinandergesetzt hat und dass es durchaus Unterschiede in den Auffassungen von Marx und Engels im Hinblick auf ökologische Fragen gibt.

Karl Heinz Roth stellt dar, wie Marx durch seine Auseinandersetzung mit der europäischen Revolution 1848–49, dem Taiping-Aufstand in China, der Sepoy-Revolte in Indien, dem US-amerikanischen Bürgerkrieg, der Pariser Commune und der sozialrevolutionären Bewegung in Russland von einem eurozentrisch geprägten, deterministischen zu einem „multilinearen“, global-offenen Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung gelangte, das auch seine Revolutionsvorstellungen veränderte. Mit diesem Übergang zu einem „multilinearen“ Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung beschäftigen sich auch die Beiträge von *Emanuela Conversano* und *Lutz Brangsch*. Emanuela Conversano betont vor allem die methodische Bedeutung der späten ethnologischen Studien von Marx für die Weiterentwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung. Lutz Brangsch verfolgt, wie die multilineare Perspektive von Marx und Engels im späteren Marxismus wieder aufgegeben wurde – mit fatalen Konsequenzen, etwa in Russland. Der Umgang mit Differenzen, die etwa aus ungleichen nationalen Entwicklungen oder aus der Koexistenz unterschiedlicher sozialer Verhältnisse und Produktionsformen innerhalb einer Gesellschaft resultieren, bleibt für ihn eine der zentralen Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit und emanzipatorische Politik.

John Lütten stellt die Klassentheorie von Marx und Engels und die daran anschließende klassentheoretische Diskussion in ihren Grundzügen dar. Er skizziert damit auch die Grundlagen einer Klassenanalyse der gegenwärtigen Gesellschaften. Dies ist umso notwendiger, als bei den aktuellen Diskussionen um eine „neue Klassenpolitik“ oft unklar bleibt, von welchen Klassen überhaupt die Rede ist und wie Klassen bestimmt werden können.

Die Beiträge von *Helmut Dahmer* und *Mariana Schütt* beleuchten das Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse. Im ersten Teil seines Beitrags geht Helmut Dahmer auf die Geschichte der „linken Freudianer“ ein und zeigt, dass ihre Versuche, Marxismus und Psychoanalyse zu integrieren, nicht nur an den widrigen politischen Umständen, sondern auch an ihrem teilweise problematischen Wissenschaftsverständnis scheiterten. Er plädiert weniger für eine Fusion als vielmehr für eine parallele Weiterführung der beiden kritischen Theorien, deren Potential für die Erforschung von Mentalitäten er im zweiten Teil seines Beitrags anhand der empirischen Studien von Erich Fromm, Wilhelm Reich, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno u.a. aufzeigt. Auch Mariana Schütt plädiert dafür, Marx und Freud zusammenzudenken und sieht dabei insbesondere Adornos Analysen zur Affektdynamik in der bürgerlichen Gesellschaft als wegweisend an. Sie geht in ihrem Beitrag auch auf die Differenzen unter den „Freudomarxisten“ in ihrem Verhältnis zur freudschen Triebtheorie ein. Die Beiträge von *Michael Zander* und *Leonie Knebel* knüpfen an die durch Klaus Holzkamp u.a. begründete Kritische Psychologie an, die der psychoanalytischen Triebtheorie eher kritisch gegenübersteht. Michael Zander zielt auf eine Weiterführung der historisch-materialistischen Ideologiekritik aus der Perspektive der Kritischen Psychologie. Leonie Knebel sieht in der Kritischen Psychologie eine historisch-materialistische Subjektwissenschaft, die sie hier in ihren Grundzügen darstellt.

Eleonora Roldán Mendivil und *Bafta Sarbo* plädieren dafür, rassistische Unterdrückung aus marxistischer Perspektive zu untersuchen. Sie erörtern das Verhältnis von Kapitalismus, Kolonialismus und Rassismus sowie die Funktion des Rassismus für die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und kritisieren die Unzulänglichkeit des liberalen Antirassismus und einer essentialisierenden Identitätspolitik, die sich darauf beschränkt, die von Rassismus Betroffenen separatistisch zu organisieren. *Maria do Mar Castro Varela* und *Nikita Dhawan* diskutieren das Verhältnis von Marxismus und postkolonialer Theorie exemplarisch anhand der Beiträge von Vivek Chibber und Gayatri Chakravorty Spivak. Sie weisen Chibbers Kritik an der postkolonialen Theorie zurück und betonen umgekehrt mit Spivak die Notwendigkeit, die marxistische Kapitalismuskritik durch postkoloniale Perspektiven zu „supplementieren“, d.h. bei gleichzeitiger Offenlegung ihrer Widersprüche und Lücken zu ergänzen.

Ruth Sonderegger entwickelt ausgehend von der These, es könne keine marxistische Ästhetik geben, eine Kritik an der Kunsttheorie, die auf die Verschiebung und Erweiterung ihres Gegenstandsbereichs zielt. Sie plädiert für eine Theorie sinnlicher Praktiken, die von den *cultural studies* und der postkolonialen Theorie inspiriert ist und die die Trennung zwischen Kunst und Nicht-Kunst unterläuft.

Frieder Otto Wolf diskutiert die Frage, wie man von der marxischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise „im idealen Durchschnitt“ zur „konkreten Analyse der konkreten Situation“ gelangt, die Lenin als „lebendige Seele des Marxismus“ bezeichnete. Dabei problematisiert er auch das Verhältnis von wissenschaftlicher Untersuchung und politischer Deliberation. *Florian Butollo* und *Patricia de Paiva Lareiro* beschäftigten sich mit den Triebkräften und Grenzen des Prozesses der „Digitalisierung“. Sie zeigen auf, wie die Durchsetzung neuer Produktivkräfte durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse einerseits vorangetrieben und andererseits beschränkt wird: Der Gebrauchswert und die möglichen Produktivitätsgewinne digitaler Technologien stoßen auf Probleme der Kommodifizierung (nicht alles, was nützlich ist, ist auch profitabel) und der Implementierung (sie verursachen Anpassungskosten, die die erwarteten Gewinne reduzieren); den notwendigen Investitionen steht die begrenzte zahlungsfähige Nachfrage gegenüber. *Judith*

Dellheim geht im ersten Teil ihres Beitrags der Bedeutung des Begriffs des Monopols bei Marx nach und zeigt im zweiten Teil, wie dieser für die Analyse der Transformationen der Produktionsverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus, d.h. für eine Neufundierung der „Globalisierungskritik“ fruchtbar gemacht werden kann. Dabei fokussiert sie auf die Entfaltung der von Marx analysierten Kapitalverhältnisse und die mit ihnen verquickten Akteure.

Nicole Mayer-Abuja zeigt die Aktualität der marxschen Theorie für die Analyse der Veränderungen in der Arbeitswelt auf und konzentriert sich dabei auf den Kampf um Zeit. Die gegenwärtige „Flexibilisierung“ und „Entgrenzung“ der Arbeitszeiten interpretiert sie als einen Prozess, der letztlich die Unterscheidung von freier und unfreier Arbeit in Frage stellt und die Lohnabhängigen tendenziell in Sklaven verwandelt. Der von Marx vor mehr als 150 Jahren dargestellte Kampf um den „Normalarbeitstag“ ist daher aktueller denn je. Auch *Ingrid Artus* widmet sich den Veränderungen in der Erwerbsarbeit aus marxistischer Perspektive. Ihr Fokus liegt dabei auf der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und der Krise im Bereich der Sorgearbeit, wobei sie auch auf die Kämpfe der Beschäftigten in diesen Bereichen und die Unterschiede zu den Kämpfen in der fordistischen Ära eingeht. *Roland Atzmüller* analysiert die Veränderungen im Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft, die sich durch die veränderten Anforderungen an die Arbeitskräfte ergeben und mit Konzepten wie „Humankapital“ und „employability“ umschrieben werden. Dabei geht er auch auf die mit der „Aktivierung“ des Arbeitsvermögens verbundene Transformation des Wohlfahrtsstaats ein, für die weniger ein bloßer Sozialabbau als vielmehr ein selektiv wirkendes *social investment* charakteristisch ist.

Bernd Belina und *Susanne Heeg* widmen sich einem spezifischen Bereich der sozialen Reproduktion, nämlich der Wohnungspolitik. Sie vertreten die These, dass die „Wohnungsfrage“ grundsätzlich nicht gelöst werden kann, wenn der Wohnungsbau „dem Markt“ überlassen bleibt. Im ersten Teil ihres Beitrags analysieren sie im Anschluss an Marx die Bildung von Bodenpreisen, die Produktionsbedingungen in der Bauwirtschaft und die Bedeutung von Immobilien als Kapitalanlage, im zweiten Teil gehen sie auf die Folgen der globalen Finanzkrise ab 2007, die Finanzialisierung des Wohnens und die enorme Steigerung der Bodenpreise und der Mieten in den letzten Jahren ein. *Jürgen Leibiger* untersucht in seinem Beitrag die Ursachen der seit Jahren niedrigen Zinsen und geht auf die Frage ein, ob damit eine Vernichtung der Rentiers oder gar ein Ende des Kapitalismus absehbar ist. Temporär sinkende Zinssätze sind kein neues Phänomen und durch die marxsche Kredit- und Zinstheorie gut erklärbar. Leibiger diskutiert den tendenziellen Fall der Profitrate, den Rückgang der Inflationsrate und eine veränderte Aufteilung des Mehrwerts als mögliche Ursachen sinkender Zinssätze, sieht die Hauptursache jedoch in den Verschiebungen des Angebots und der Nachfrage nach Geld(kapital) im Zusammenhang mit Tendenzen der Überakkumulation und Finanzialisierung, d.h. einer Schwemme von Ersparnissen und einer steigenden Selbstfinanzierung der Unternehmen. Ein Ende des Kapitalismus sei dadurch jedoch nicht in Sicht.

Ingar Solty stellt die drei historischen Wellen der marxistischen Diskussion über den Imperialismus dar – von der klassischen Imperialismustheorie über die Dependenz- und Weltsystemtheorie bis zu den Diskussionen über den „neuen“ Imperialismus in den letzten beiden Jahrzehnten – und wirft die Frage auf, ob wir angesichts der jüngsten Entwicklungen in den internationalen Beziehungen nicht eine vierte Welle der Diskussion über den Imperialismus benötigen. Inwieweit führen die Entwicklungen infolge der globalen Finanzkrise seit 2007 sowie der „Coronakrise“ zu einer „Deglobalisierung“? Sind die internationalen Machtverhältnisse eher durch eine entstehende Multipolarität oder etwa durch eine neue Bipolarität zwischen den USA und China gekennzeich-

net? Welche Rolle wird die Europäische Union in dem globalen Machtgefüge spielen? Diese Frage wird zwar nicht direkt diskutiert, aber der Beitrag von *Jens Wissel*, der sich um das Verständnis der Europäischen Union aus der Perspektive der materialistischen Staatstheorie dreht, ist hier hilfreich. Der Autor spricht von einem europäischen Staatsprojekt und einem europäischen Staatsapparate-Ensemble, verweist jedoch zugleich darauf, dass eine europäische Zivilgesellschaft weitgehend fehlt. Diese widersprüchliche Form der Staatlichkeit scheint kaum in der Lage, die zunehmende Heterogenität in der EU, die Fragmentierung zwischen dem Norden und dem Süden, dem Osten und dem Westen einzuhegen. *Stefan Schmalz* thematisiert die Krisentendenzen in der internationalen Arbeitsteilung, die sich aus dem Aufstieg Chinas ergeben. In theoretischer Hinsicht plädiert er dafür, die seit der Debatte zwischen Maurice Dobb und Paul Sweezy gängige Entgegensetzung zweier Linien der marxistischen Diskussion, die um unterschiedliche Erklärungen der Dynamiken von Weltwirtschaft und Imperialismus kreisen, zu überwinden und beide Erklärungsansätze, die auf die Internationalisierung der Mehrwertproduktion einerseits und auf den ungleichen Tausch in der internationalen Zirkulation andererseits fokussieren, zu verbinden. *Ingo Schmidt* rückt im abschließenden Beitrag dieses Buches den in den letzten Jahren international zu verzeichnenden Aufstieg autoritär-populistischer, nationalistischer und faschistischer Kräfte in eine längerfristige historische Perspektive und zeigt, dass alle bisherigen „großen“ Krisen des Kapitalismus durch ähnliche politisch-ökonomische Dynamiken gekennzeichnet waren. Der Aufstieg der neuen Rechten wird somit aus der politökonomischen Entwicklung heraus erklärt; zugleich wird die Unzulänglichkeit ihrer Krisenlösungskonzepte verdeutlicht.

Das vorliegende Buch beansprucht trotz seines Umfangs nicht, einen repräsentativen Überblick über die deutschsprachige, geschweige denn die internationale marxistische und Marx-Diskussion zu geben. Diese ist so umfangreich und vielfältig, dass hier notwendigerweise Lücken entstehen. Zugleich sind wir davon überzeugt, dass es zu vielen Fragen noch an marxistischen Analysen mangelt, zumal „die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist“ (MEW 23, 16). Wir hoffen, dass dieses Buch seinen Zweck in der politischen Bildung erfüllt und als Werkzeug für die kommenden Generationen von Marxist*innen bei der Produktion neuen Wissens und der Entwicklung emanzipatorischer Praxis dient.

Die Herausgeber*innen
Berlin, im September 2020

Die Siglen MEW und MEGA stehen hier für die folgenden Ausgaben der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels:

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Berlin, 1956ff. (= MEW).

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Berlin, 1975ff. (= MEGA).

1.

Marx neu gelesen

Michael Brie

Marx' kommunistischer Dämon

Wie ist ein Verein freier Menschen möglich?

Am 15. Oktober 1842 wurde Karl Marx Chefredakteur der *Rheinischen Zeitung*, für die er bereits in den vorangehenden Monaten gearbeitet hatte. Noch am gleichen Tag schrieb er in seiner neuen Funktion den Artikel „Der Kommunismus und die Augsburger Allgemeine Zeitung“, der schon am 16. Oktober gedruckt vorlag. Marx sprach durchaus im Namen der Redaktion (bis auf Heß), wenn er weiter schrieb: „Die ‚Rheinische Zeitung‘, die den kommunistischen Ideen in ihrer jetzigen Gestalt nicht einmal *theoretische Wirklichkeit* zugestehen, also noch weniger ihre *praktische Verwirklichung* wünschen oder auch nur für möglich halten kann, wird diese Ideen einer gründlichen Kritik unterwerfen.“ (MEW 1, 108)¹ Zugleich warnte Marx vor dem Kommunismus als Idee: „Wir haben die feste Überzeugung, dass nicht der *praktische Versuch*, sondern die *theoretische Ausführung* der kommunistischen Ideen die eigentliche Gefahr bildet, denn auf praktische Versuche, und seien es *Versuche in Masse*, kann man durch *Kanonen* antworten, sobald sie gefährlich werden, aber *Ideen*, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft.“ (MEW 1, 108) Der folgende Artikel ist eine knappe Rekonstruktion jenes Weges, der Marx 1843 zu Sozialismus und Kommunismus führte (siehe auch Arndt 2011, 16-36; Chrysis 2018; Cornu 1954; Löwy 2005, 24-61; Mah 1987, 147-230; Mehring 1960, 15-70; Merkel 1974, 17-34; Weiss 2009, 7-25).

1. Der Thronwechsel 1840 und die Entstehung einer vorrevolutionären Situation

Am 7. Juni 1840 bestieg Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron. Damit schien die bleierne Zeit der Restauration vorbei. Politische Gefangene wurden entlassen, die Berufsverbote aufgehoben, die Zensur gelockert. Erstmals sprach der preußische König in freier Rede zu den Vertretern der Stände (Engelberg 1998, 175) und weckte Hoffnung auf Erneuerung (Clark 2006, 503). Doch der Honeymoon verging schnell. Dem kurzen Rausch folgte die bittere Ernüchterung. Nach ersten ermutigenden Zeichen durch Friedrich Wilhelm IV. wurde aber schnell klar, dass er keine parlamentarische Gesamtvertretung der Bürger² Preußens zulassen wolle: „Ich fühle mich

1 Zitate wurde von mir der neuen deutschen Rechtschreibung angepasst.

2 Hier ist bewusst nur die männliche Form verwandt, denn ein Frauenwahlrecht lag außerhalb des Horizonts der meisten Akteure und stand nicht auf der politischen Tagesordnung.

ganz und gar von Gottes Gnaden und werde mich so mit seiner Hilfe bis zum Ende fühlen. [...] Ein väterliches Regime ist deutscher Fürsten Art..." (zitiert in Winkler 2014, 86).

Immer schärfer prägten sich in der Folgezeit die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Strömungen aus. Die Unhaltbarkeit des Zustandes zwischen einer Welt, die ökonomisch, geistig, militärisch derart in Bewegung geraten war, und der politischen Stagnation in Preußen, Österreich und anderen deutschen Ländern wurde unerträglich. Zugleich gewann die moderne soziale Frage, die Frage der Stellung der Lohnarbeit in den fortgeschrittenen Sektoren der Wirtschaft, an Bedeutung. Die Vorstellung, noch einen weiteren Thronwechsel in ferner Zukunft abwarten zu müssen, damit – völlig unsichere – Veränderungen eintreten, erschien absurd. Es begann die Zeit eines vorrevolutionären Interregnums.

Krisen der Herrschaft offenbaren sich zunächst in Krisen der Ideologien, die diese Herrschaft legitimieren. Einerseits wurde versucht, die politische Herrschaft in Preußen nach dem Sieg über Napoleon durch den Versuch der Verschmelzung von Christentum und Monarchie zu begründen. Dies erklärt auch die ungeheure politische Bedeutung, die die philosophische Religionskritik der linken Hegelianer³ ab Mitte der 1830er Jahre erhielt. Sie war direkt politisch. Andererseits blieb der liberale Reformimpetus auch nach den repressiven Karlsbader Beschlüssen von 1818 zumindest latent präsent. Die Berufung Hegels an die Berliner Universität hatte das Ziel, diesen Reformorientierungen eine geistig ausgearbeitete Grundlage zu geben. Die Auseinandersetzung mit der hegelschen Philosophie wurde für Teile der preußischen Intelligentsia der Hauptweg ihrer Politisierung. Dies gilt vor allem auch für Karl Marx.

2. Hegels Philosophie der Freiheit

Bei Hegel hat das Verhältnis von Philosophie zur historisch gewordenen Wirklichkeit erstens eine allgemeine weltgeschichtliche, zweitens eine unmittelbar zeitgeschichtliche und drittens eine normative Dimension. Zunächst einmal ist Philosophie für Hegel Teil der Weltgeschichte. Sie ist „Versöhnung des Verderbens“, „fängt an mit dem Untergange einer reellen Welt“, „grau in grau malend“ (Hegel 1986a, 71). Als „Wissen des Substantiellen ihrer Zeit“ (Hegel 1986a, 74) erzeugt nach Hegel die Philosophie zugleich durch ihr Wissen über die Zeit eine formelle Differenz, die über diese Zeit hinausweist. „Diese Idee, die in die Menschen gekommen, verändert nun auf einmal das ganze Aussehen der Welt, zerstört alles Bisherige und bringt eine Wiedergeburt der Welt hervor.“ (Hegel 1986b, 404)

Hegel selbst sah sich nicht am *Ende*, sondern am *Beginn* eines neuen Zeitalters, dessen herrlich-schrecklicher Auftakt für ihn die Französische Revolution gewesen war (Hegel 1986a, 13). In seiner Vorlesung beim Antritt des philosophischen Lehramtes an der Berliner Universität vom 22. Oktober 1818 wird auch der politische Gehalt seiner Philosophie deutlich. Es habe „sich die *Macht des Geistes* so weit in der Zeit geltend gemacht, dass es nur *die Ideen* sind, und was Ideen gemäß ist, was sich jetzt erhalten kann, dass, was gelten soll, vor der *Einsicht* und dem *Gedanken* sich *rechtfertigen* muss“ (Hegel 1986c, 400). Dies gelte vor allem in Preußen, so Hegel, ein Staat, „welcher durch *das geistige* Übergewicht sich zu seinem *Gewicht* in der *Wirklichkeit* und *im Politischen* emporgehoben, sich an *Macht* und *Selbständigkeit* solchen *Staaten* gleichgestellt hat, welche ihm *an äußeren Mitteln*

3 Auch bezogen auf diese Gruppe wird entsprechend ihrem Selbstverständnis die männliche Form benutzt.

überlegen gewesen wären“ (Hegel 1986c, 400). Dies bedeutet, dass sich der konkrete preußische Staat an den seit der Französischen Revolution herrschenden Ideen messen lassen muss.

Damit wird auch der zentrale normative Anspruch der hegelschen Philosophie deutlich: Hegel wollte, im engsten Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft und ihre gegebene staatliche Gestalt sowie bei Durcharbeitung der Widersprüche dieser Sozialformen die Grundzusammenhänge einer Gesellschaft der Freiheit begründen. Er wollte nachweisen, dass eine Gesellschaft, deren konstitutives Element die Privatinteressen der Vielen und ihr rein äußerliches Verhältnis zueinander sind, sich als freies sittliches und vernünftiges Ganzes zu erhalten vermag (siehe die systematische Rekonstruktion durch Vieweg 2012). In der Einleitung zu den „Grundlinien der Rechtsphilosophie“, auf die Marx sich immer wieder bezog, versuchte Hegel zu bestimmen, wie die „negative Freiheit“, die „Willkür“ (Hegel 1981, 43) der Einzelnen, die „unendliche Habsucht der Subjektivität, alles in dieser einfachen Quelle des reinen Ich zusammenzufassen und zu verzehren“ (Hegel 1981, 62), dazu kommen kann, dass sie zur „mit seiner freien Allgemeinheit erfüllten Einzelheit“ (Hegel 1981, 51) wird, dass der *freie Wille ... den freien Willen will*“ (Hegel 1981, 63). Unter der modernen Bedingung der negativen Freiheit des Einzelnen soll sich die vernünftige Allgemeinheit verwirklichen. „Moralität“, „Sittlichkeit“ und „Staatsinteresse“ seien Daseinsformen der Freiheit und „eins dem anderen untergeordnet“ (Hegel 1981, 64). Das „Recht des Staates ist ... höher, als andere Stufen: es ist die Freiheit in ihrer konkretesten Gestaltung“ (Hegel 1981, 70). Was zu beweisen war – theoretisch wie praktisch.

3. Die Wendung der Philosophie zur Welt – Marx' Doktordissertation

Marx war in der Zeit der Arbeit an seiner Dissertation Hegelianer. In den zwischen 1839 und dem Frühjahr 1841 verfassten Vorarbeiten und in der Dissertation thematisierte er wie schon Hegel zuvor das Verhältnis von Philosophie und geschichtlicher Wirklichkeit. Bei Marx aber gewann das Moment der *Differenz* von Philosophie und Wirklichkeit gegenüber dem Moment der Einheit das Primat. Das *Sollen* beginnt, das Sein zu dominieren, indem es das Sollen *im* Sein aufzeigt. Einer „totalen Philosophie“, wie der Hegels, entspräche eine „zerrissene Welt“ (MEW 40, 213) Es ist an dieser Stelle, dass er Hegel „unsren Meister“ (MEW 40, 217) nennt. Auf eine solche Philosophie, der ein riesenhafter Zwiespalt in der Welt zugrunde liege, könne entweder, wie bei mittelmäßigen Hegelschülern eine Zeit der Anpassung folgen, oder eine – „glückliche“ – Zeit der „Titanenkämpfe“, aus denen eine neue Welt hervorgehe (siehe MEW 40, 217). Nicht Abenddämmerung, sondern Morgengrauen beleuchtet solche Zeiten (MEW 40, 263).

Im sechsten Exzerptheft zu Epikur reflektierte Marx zudem, was passiert, wenn sich eine philosophische Schule auflöst und „der in sich frei gewordene theoretische Geist zur praktischen Energie wird“ (MEW 40, 326). Es war auch eine Selbstreflexion. Er machte darauf aufmerksam, dass (1) „diese Praxis der Philosophie ... selbst theoretisch“ (MEW 40, 326) sei und „Kritik“ wird, „die die einzelne Existenz am Wesen, die besondere Wirklichkeit an der Idee misst“ (MEW 40, 326f.). Die Philosophie gerate damit (2) objektiv in ein Reflexionsverhältnis zur Wirklichkeit, ist deren abstrakter Gegensatz. Es zeigt sich, dass das, „... was sie nach außen bekämpft, ihr eigener Mangel ist“ (MEW 40, 327). Dies habe (3) eine subjektive Seite im „*Verhältnis des philosophischen Systems*, das verwirklicht wird, *zu seinen geistigen Trägern*, zu den einzelnen Selbstbewusstsein, an denen ihr Fortschritt erscheint“ (MEW 40, 328). Indem sich die Einzelnen gegen das System wenden, verwirklichen sie zugleich „nur seine einzelnen Momente“ (MEW 40, 327). Deshalb

komme es (4) zu einer Spaltung der philosophischen Schule, wie Marx mit Blick auf den Gegensatz zwischen linken und rechten Hegelianern ausführt, in zwei Parteien: die liberale und die positive. Die eine hält am Begriff der Vernunft fest, die andere an der vorliegenden Existenz; die eine will die Welt philosophisch, sprich: vernünftig, machen, die andere kehrt die Unvernunft der Welt gegen das philosophische Prinzip.

Dies war für Marx und die Junghegelianer aktueller Zustand: Sie wussten sich in einer zerrissenen Zeit, in der sich der subjektive Geist als Sollen den sterbenden objektiven Zusammenhängen gegenübersteht, aus denen die Wirklichkeit, wenn auch noch nicht die Existenz gewichen ist. Dies verlangt zwangsläufig auch eine stärkere Rückbindung des transzendentalen Selbstbewusstseins an das Selbstbewusstsein der realen Individuen. Wie Michael Heinrich mit Blick auf Marx' Dissertation schreibt: „Was die Geschichte antreibt, ist nicht die Bewegung einer abstrakt-allgemeinen Vernunft, dieser Antrieb wird unmittelbar in den Menschen selbst verlagert.“ (Heinrich 2018, 358) Genau dies erkennt Marx auch bei Epikur. Indem dieser den Atomen die Fähigkeit zuschreibe, von der geraden Linie abzuweichen, nicht der äußeren Notwendigkeit unterworfen zu sein, wird „Bewegung als Selbstbestimmung gesetzt“ (MEW 40, 284). Das Prinzip der Notwendigkeit, wie es die atomistische Theorie Demokrits lehrte, wird bei Epikur durch das Prinzip der selbstbestimmten Freiheit ergänzt. Marx hob hervor, dass Epikur anders als Demokrit den Atomen voneinander unterschiedene Qualitäten und Gestalten zuerkannt habe. Ihre Gleichheit als Atome steht so im Widerspruch zu ihrer Besonderheit und Individualität: „Durch die Qualitäten erhält das Atom eine Existenz, die seinem Begriff widerspricht, wird es als *entäußertes*, von *seinem Wesen unterschiedenes Dasein* gesetzt.“ (MEW 40, 286) Damit geraten die Atome in den Selbstwiderspruch. Was Marx hier bei Epikur rekonstruiert, ist genau jener Selbstwiderspruch, in dem sich die Junghegelianer in dieser Periode einer vorrevolutionären Krise befanden. Sie selbst sahen zwischen ihrem Wesen als freie Vernunftsubjekte und ihrer Existenz als Bürger des preußischen Staates einen unheilbaren Konflikt, der nur durch Herstellung einer neuen Wirklichkeit zu überwinden sei, denn: „Die abstrakte Einzelheit ist die Freiheit vom Dasein, nicht die Freiheit im Dasein. Sie vermag nicht im Licht des Daseins zu leuchten.“ (MEW 40, 294) Freiheit *im* Dasein wird zu Marx' praktischer Forderung (Bloch 1980, 160).

4. Die Praxis in der Rheinischen Zeitung

Aufgrund der verschärften politischen Situation und des Lehrverbots für Bruno Bauer an der Universität Bonn rückte seit 1841 bei Marx wie bei anderen Junghegelianern der praktische Versuch, die Philosophie des Selbstbewusstseins und der Freiheit *zu verwirklichen*, in den Vordergrund. Hauptweg war die Reformierung des Bewusstseins. Die philosophische Reflexion ging in philosophisch reflektierte Publizistik über, wurde zur öffentlichen Kritik der als unvernünftig wahrgenommenen Realität. Bei Marx wurde sie zu „philosophischem Journalismus“ (Breckman 1998, 272; siehe auch Ritter 1957, 54).

Die Funktion der Presse, so betonte Marx, sei es, „den stofflichen Kampf in einen ideellen Kampf, den Kampf von Fleisch und Blut in einen Geisterkampf, den Kampf des Bedürfnisses, der Begierde, der Empirie in einen Kampf der Theorie, des Verstandes, der Form“ (MEW 40, 405) zu verwandeln. Marx verfolgt dabei das oben schon dargestellte Prinzip einer Kritik, die durchgängig „die einzelne Existenz am Wesen, die besondere Wirklichkeit an der Idee misst“ (MEW 40, 326f.). Der Staat müsse sich als „Verwirklichung der vernünftigen Freiheit“ (MEW

1, 102) erweisen, denn dies sei sein Begriff. Hegels Philosophie der Freiheit wurde durch Marx in der *Rheinischen Zeitung* auf ihre Praxistauglichkeit getestet (Levine 2012, 142).

4.1 Freie Öffentlichkeit oder Zensur

Anlass für Marx' erste große überlieferte publizistische Aufsätze nach Fertigstellung seiner Dissertation war die am 24. Dezember erlassene Zensurinstruktion der Preußischen Regierung. Mit der Kritik dieser Instruktion begann Marx' Arbeit für die Rheinische Zeitung im Mai 1842. Dies war kein Zufall: Die Vernunft bedurfte der Vernünftigen. Die öffentliche Aufklärung rückte ins Zentrum. Freie Öffentlichkeit der Erörterung der politischen Fragen war dafür die Bedingung. Marx' Position war dadurch geprägt, dass er einerseits Hegels Prinzip der Einheit von Vernunft und Freiheit radikal zur Geltung brachte und damit andererseits zugleich Hegels Einhegung des freien Diskurses durch staatliche Oberaufsicht (Hegel 1981, 347, 362f.) aufsprengte.

Marx wandte sich zunächst vehement gegen die Vorgabe des Zensurgesetzes, die Untersuchung der Wahrheit müsse eine „ernsthafte und bescheidene“ sein. Marx wendet ein, dass Bescheidenheit das „Präservativmittel vor der Wahrheit“ sei und Angst ausdrücke, „*das Resultat zu finden*“ (MEW 1, 6). Die *freieste Entfaltung der Individualität* – und dies nicht als abstrakte Formalität – wurde bei Marx *zur Bedingung* der Erzeugung des Allgemeinen; und die freie Öffentlichkeit jenseits obrigkeitstaatlicher Überwachung und Einhegung sah er als jenen Prozess, in dem vernünftige Einsicht des Volkes im Gegensatz zu bürokratisch-herrschaftlicher Vormundschaft hervorgebracht wird. Voraussetzung dafür sei die Vielfalt der Positionen (MEW 1, 155). Im Weiteren kritisierte er die Vorstellung, dass die Bürokratie jener allgemeine Stand sei, der über privilegierte Einsicht in die allgemeinen Angelegenheiten verfüge. Er stellte den „sittlichen Staat“ der Unsittlichkeit der Monopolisierung der „Staatsvernunft“ durch die Regierung gegenüber (MEW 1, 14f.) Der Geist eines freien Volkes ging für Marx nicht von den obersten Staatsorganen aus, sondern aus einer freien Presse hervor (MEW 1, 60f.). Sie hat für ihn eine Sonderstellung, denn sie ist „die freieste Weise, in welcher heutzutage der Geist erscheint“ (MEW 1, 39) Dies aber bedeutet für ihn auch: „*Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.*“ (MEW 1, 71)

4.2 Soziale Frage vs. bürgerliches Klasseninteresse

Die Arbeit für die *Rheinische Zeitung* führte Marx auch zum Studium der wirtschaftlich-sozialen Zustände und deren politischer Verwaltung in der preußischen Rheinprovinz. Zwei seiner großen Artikelserien sind dieser Frage gewidmet. Zum einen geht es um Beschlüsse des Landtags, eine historisch überkommene Allmende – das Einsammeln von totem Holz in privaten Wäldern – strafrechtlich, unter Aufsicht der Waldeigentümer selbst, zu ahnden. Zum anderen ging es um die Existenzkrise vieler Weinbauwirtschaften im Moseltal, das Marx aus seiner Kindheit und Jugend gut kannte. Hatte er bis dahin vor allem Fragen von Philosophie, Religion und Öffentlichkeit kritisch bearbeitet, so konnte er im Zusammenhang mit den Debatten im Landtag zum „Holzdiebstahlgesetz“ feststellen: „Wir spielen jetzt auf ebener Erde.“ (MEW 1, 109)

Marx entwickelte dabei eine Kritik der Fetischisierung des Privateigentums. Aus der Religionskritik von Strauß und Feuerbach wird die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, die diesen Fetisch hervorbringt. Marx brachte dies auf den prägnanten Satz: „die hölzernen Götzen siegen, und die Menschenopfer fallen!“ (MEW 1, 111) Marx kontrastierte zwei grundlegend unterschiedliche

Rechtspositionen – das moderne bürgerliche Recht und das „Gewohnheitsrecht der Armut“ (MEW 1, 115). Es sei das Schutzrecht der „untersten besitzlosen und elementarischen Masse“ (ebd.). Aus den Gewohnheitsrechten der Armen sei „ein Monopol der Reichen“ (MEW 1, 120) gemacht worden. Gleichzeitig verwies Marx auf die besondere Bedeutung des Gemeineigentums in den vormodernen Gesellschaften, das die Grundlage der Gewohnheitsrechte der Armen bildete. Die privatrechtliche Monopolisierung dieser Gemeingüter sei Enteignung der Armen. Ausgehend von dieser Problemsicht drang Marx zu einer völlig neuen Frage vor. Er nahm das Privateigentum nicht mehr als Norm, sondern stellte den Gegensatz zwischen den Rechten der Besitzenden und den Rechten der Besitzlosen ins Zentrum und gewann von dort her eine konträre Norm. Es ist das „Rechts- und Billigkeitsgefühl zum Schutz des Interesses des Lebenseigentümers, des Freiheitseigentümers, des Menschheitseigentümers, des Staatseigentümers, des Eigentümers von nichts als sich selbst.“ (MEW 1, 141) Die Bildung von fünf verschiedenen Termini für die Eigentümerstellung der Besitzlosen zeugt von der offenen Suche nach einem Begriff, der dem des Privateigentümers gegenübergestellt werden kann. Dieses Spektrum von Bezügen zeigt auch, was alles vereint wird – der Einzelne und der Staat, Individuum und Menschheit. Und ganz im Zentrum steht das Leben selbst. Indem das Privateigentum das Lebenseigentum der Besitzlosen ausschließt, sei es lebensfeindlich.

4.3 Volksvertretung oder Staat der Privateigentümer

In seiner detaillierten Analyse der Gesetzgebung des Verbots des Aufsammelns von totem Holz in privaten Wäldern gewann Marx auch einen Blick auf den preußischen Staat, der der hegelschen Apotheose des Staates als „Freiheit in ihrer konkretesten Gestaltung“ direkt widersprach. Er wies nach, wie diese Gesetze „die Staatsautoritäten in Bediente des Waldeigentümers“ (MEW 1, 130) verwandeln. Anstelle „in seiner eigenen Weise“ (sprich: als hegelscher Vernunftstaat) zu agieren, wird der Staat „in der Weise des Privateigentums tätig“ (MEW 1, 126). Schon hier wird der Staat kritisiert als „Geschäftsführer“ (MEW 1, 136) der Privateigentümer und der Staat als dessen „Privateigentum“ (MEW 1, 137f.) bezeichnet. Die Ständevertretung erwies sich für Marx als bloße „Ständevertretung der Sonderinteressen“ (MEW 1, 146).

Im Januar 1843 verfasste Marx eine umfangreiche Artikelserie zur Not der Moselbauernschaft. Er stieß dabei auf das Verhältnis von Wirtschaft, sozialer Lage und staatlicher Politik. Er betonte nicht nur, dass gegenüber solchen Zuständen eine „populäre Sprache der Not“ (MEW 1, 172) geboten sei und dass es zudem die Aufgabe der Presse sei, gerade denen, die Grund zu sprechen haben, dafür aber „weder Zeit noch Bildung“ (MEW 1, 184) besitzen, Ausdruck zu verleihen. Bei seiner Analyse rückte er zudem „die sachliche Natur der Verhältnisse“ (MEW 1, 177) in den Mittelpunkt. Zudem verwies er auf den Zusammenhang von „Privatzustand und ... Staatszustand“, von „Notzustand“ und „Staatsverwaltung“ (MEW 1, 177). Es war nun nicht mehr ein Begriff von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, sondern ihr wirkliches Verhältnis, das für Marx entscheidend ist: „Die *Beziehung* beider Seiten aufeinander bildet erst den *wirklichen* Zustand der Moselgend.“ (MEW 1, 178) Anstelle der Macht des Staates, die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse im Interesse der Notleidenden zu gestalten, dokumentierte Marx dessen Ohnmacht. Im Falle einer solchen Krise könne der Staat den Untergang der Moselbauernschaft als „ein Naturereignis“ (MEW 1, 183) höchstens mildern. Er hatte einen soziologisch orientierten Blick auf die Gesellschaft gewonnen.

4.4 Verein freier Menschen oder Obrigkeitsstaat

Im Zusammenhang mit seiner Auseinandersetzung mit der *Kölnischen Zeitung* im Sommer 1842 verwandte Karl Marx zum ersten Mal die Wortverbindung „Verein freier Menschen“ (MEW 1, 95), auf die er auch im „Kapital“ zurückkommt (MEW 32, 92). Marx schrieb: „Die wahre ‘öffentliche’ Erziehung des Staates ist aber vielmehr das vernünftige und öffentliche Dasein des Staates, selbst der Staat erzieht seine Glieder, indem er sie zu Staatsgliedern macht, indem er die Zwecke des Einzelnen in allgemeine Zwecke, den rohen Trieb in sittliche Neigung, die natürliche Unabhängigkeit in geistige Freiheit verwandelt, indem der Einzelne sich im Leben des Ganzen und das Ganze sich in der Gesinnung des Einzelnen genießt. Der leitende Artikel [der ‘Kölner Zeitung’ – M.B.] dagegen macht den Staat nicht zu einem Verein freier Menschen, die sich wechselseitig erziehen, sondern zu einem Haufen Erwachsener, welche die Bestimmung haben, von oben erzogen zu werden und aus der ‘engen’ Schulstube in die „weitere“ Schulstube einzutreten.“ (MEW 1, 95)

Marx wies also die Vorstellung zurück, der Staat sei eine obrigkeitliche Erziehungsanstalt. Ein vernünftiger Staat vorausgesetzt, war es für Marx nicht mehr der Staat, sondern sind es, und dies ist seine Wendung zu radikaler Demokratie, die Staatsbürger*innen selbst, die zu den wesentlichen Akteuren ihrer eigenen Assoziation werden. Das vernünftige Gemeinwesen wird von jetzt an als „Verein freier Menschen“ verstanden. Dies hat die Voraussetzung, dass die Menschen selbst verwandelt sind, allgemeine Zwecke auf sittliche Weise in geistiger Freiheit verfolgen. Und es wird ein Ungleichgewicht im Verhältnis der Einzelnen und dem Verein freier Menschen unterstellt: Die Einzelnen sollen sich im *Leben* des Gemeinwesens, dieses sich aber nur in der *Gesinnung* des Einzelnen genießen.

5. Die Hegel-Kritik vom Frühjahr und Sommer 1843

Marx hatte den zentralen Maßstab seiner Kritik der preußischen Zustände durch die *Rheinische Zeitung* im Zusammenhang mit dem Verbot derselben vom 21. Januar 1843 auf den Punkt gebracht. Es sei ihr „um ein *sittliches und vernünftiges Gemeinwesen*“ gegangen. Mit dem Ende der journalistischen Tätigkeit stand erneut die Frage, wie ein solches Gemeinwesen konstituiert werden könne, nun aber wieder auf dem Feld der Theorie. Nach der Wendung der Philosophie hin zur Welt erfolgte eine erneute Wendung von der Welt zurück zur Philosophie. Es ist ein reflektiertes Zurück mit dem Ziel, auf neue Weise vorwärts zu gehen, oder wie Marx 1859 auf seine Forschungen von 1843 zurückblickend schrieb: „Ich ergriff vielmehr begierig die Illusion der Geranten der ‘Rheinischen Zeitung’, die durch schwächere Haltung des Blattes das über es gefällte Todesurteil rückgängig machen zu können glaubten, um mich von der öffentlichen Bühne in die Studierstube zurückzuziehen.“ (MEW 13, 8)

Im Mittelpunkt der marxischen Hegel-Kritik von 1843 stand eine Position Hegels, die dessen gesamter Sozialphilosophie zugrundeliegt, so Marx, nämlich die vermittelte „Identität (sein sollenden, zwieschlächtigen) des Systems des Sonderinteresses (der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft) mit dem System des allgemeinen Interesses (des Staates)“ (MEW 1, 203). In diesem Zusammenhang traf Marx drei methodologische Entscheidungen. Die erste Entscheidung findet sich in einem Artikel, den er im Dezember 1842 noch für die *Rheinische Zeitung* geschrieben hatte. Dort heißt es in aller Klarheit und Schärfe mit Blick auf die bürgerliche Gesellschaft als Verhältnis von Verhältnissen der Privateigentümer: „... das Besondere ist in seiner isolierten Tätigkeit immer ein Feind des Ganzen“ (MEW 40, 419). Dies ist eine radikale Absage an den Liberalismus, für den

das Wohl aller letztlich vor allem aus der autonomen Entscheidung privater Einzelner hervorgeht. Die zweite methodologische Entscheidung findet sich sofort am Anfang des Manuskripts von Marx' Hegelkritik. Marx war von diesem Zeitpunkt an vom „Faktum“ überzeugt, „dass der Staat aus der Menge, wie sie als Familienglieder und Glieder der bürgerlichen Gesellschaft existiere, hervorgehe“ (MEW 1, 207). Diese Annahme öffnet den Weg hin zu einer Ableitung des Staates aus den sozialökonomischen Interessen der Akteure der bürgerlichen Gesellschaft (MEW 13, 8). Die dritte methodologische Entscheidung, die sich in der Hegel-Kritik von 1843 Bahn bricht und gleichfalls durch die Artikel für die *Rheinische Zeitung* vorbereitet war, ist die, die treibenden Kräfte der Gesellschaft nicht mehr in Ideen, sondern in den wirklichen Individuen, geprägt durch ihre wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse, zu sehen (MEW 1, 224). Diese drei methodologischen Entscheidungen von Marx waren miteinander verbunden und untrennbar verknüpft mit der Suche nach der Bestimmung einer neuen normativen Vision, der Erarbeitung eines gegenüber Hegel radikal veränderten emanzipatorischen utopischen Horizonts.

Marx versuchte in dem Manuskript seiner Hegel-Kritik das Problem der Verfasstheit eines „Vereins freier Menschen“ durch den Bezug auf Demokratie zu lösen. Damit wird nicht nur einer konstitutionellen Monarchie eine Absage erteilt, sondern auch einer liberalen Republik. Die Republik, so Marx, basiert noch ganz auf der Trennung des „materiellen Staats“ und des „politischen Staats“, den „besonderen Sphären“ und der Sphäre der „allgemeinen Vernunft“ als deren „Entfremdung“ (MEW 1, 233). Die Schlussfolgerung ist, dass die Abstraktion des Politischen nur dadurch überwunden werden kann, indem auch die Abstraktion des Privaten überwunden wird: „Die Demokratie ist Inhalt und Form. [...] Die Demokratie ist das aufgelöste *Rätsel* aller Verfassungen. Hier ist die Verfassung nicht nur *an sich*, dem Wesen nach; sondern der *Existenz*, der Wirklichkeit nach in ihren wirklichen Grund, den *wirklichen Menschen*, das *wirkliche Volk*, stets zurückgeführt und als sein *eignes* Werk gesetzt.“ (MEW 1, 231) An dieser Stelle bestimmte Marx auch Demokratie als „der sozialisierte Mensch“ (ebd.).

Führt man sich vor Augen, dass Marx zu dieser Zeit unter dem „formellen Prinzip“ das des „an sich“ vernünftigen Allgemeinen verstand, dass unter den Bedingungen der Materialität des Privateigentums nur formell sein, das wirkliche Leben der Menschen nicht umfassen kann, dann wird auch der folgende Satz verständlich: „In der Demokratie ist das *formelle* Prinzip zugleich das *materielle* Prinzip. Sie ist daher erst die wahre Einheit des Allgemeinen und Besondern.“ (MEW 1, 231) Wesen und Existenz, Form und Inhalt, Allgemeines und Besonderes sollen, so Marx, durch Demokratie zu einer „wahren Einheit“ finden. Das Allgemeine muss deshalb, so ist Marx zu verstehen, wirklich herrschen, d.h. „den Inhalt der übrigen nicht politischen Sphären materiell durchdringe(n)“ (MEW 1, 232). In diesem Zusammenhang nimmt Marx erstmals auch positiv auf sozialistische Auffassungen Bezug – konkret auf die der Saint-Simonisten vom Absterben des Staates: „Die neueren Franzosen haben dies so aufgefasst, dass in der wahren Demokratie der *politische Staat untergehe*.“ (MEW 1, 232). In diesen Analysen ist ein radikaldemokratisches Potential enthalten, das bis zu Marx' Analyse der Pariser Kommune reicht (siehe Chrysis 2018).

Marx nahm Hegels Anspruch radikal ernst. Auch ihm ging es um „die ungeheure Vereinigung der Selbständigkeit der Individualität und der allgemeinen Substantialität“ (Hegel 1981, 70). In dieser Hinsicht blieb Marx bis an sein Lebensende dem Erbe von Rousseau und Hegel verpflichtet. Die Erfahrungen der Jahre zwischen 1841 und 1843, vor allem als Redakteur der *Rheinischen Zeitung*, führten ihn zum Bruch mit der hegelschen Lösung des Problems. Die Bürokratie ist für Marx ein besonderer Ausdruck der Unlösbarkeit der Vereinigung von Besonderem und Allge-

meinem auf der Grundlage des Privateigentums und der bürgerlichen Gesellschaft, die er jetzt als die prägenden Kräfte moderner Gesellschaften sah. In diesem Zusammenhang schrieb er: „Die Aufhebung der Bürokratie kann nur sein, dass das allgemeine Interesse *wirklich* und nicht, wie bei Hegel, bloß im Gedanken, in der *Abstraktion* zum besondern Interesse wird, was nur dadurch möglich ist, dass das *besondere* Interesse wirklich zum *allgemeinen* wird.“ (MEW 1, 250) Damit hatte Marx *die zentrale Aufgabe* einer Gesellschaftsgestaltung nach den Maßstäben der Vernunft benannt, die es nach seiner Ansicht zu lösen galt: *Wie kann das besondere Interesse in einer Weise allgemein werden, so dass dabei auch das allgemeine Interesse in der Wirklichkeit zum besonderen Interesse werden kann?* Es ist der Versuch, diese Frage zu lösen, die ihn seine kommunistische Entscheidung treffen lässt.

6. Die kommunistische Entscheidung

Der Terminus Emanzipation, der in Marx' Manuskript „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ nur am Rande benutzt wird, eröffnet den Artikel „Zur Judenfrage“ und bildet dessen Leitproblem. Anlass sind Bruno Bauers Buch „Die Judenfrage“ und dessen Artikel „Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen, frei zu werden“, beide von 1843. Wichtig wurden Bauers Schriften zur sogenannten Judenfrage vor allem deshalb, weil sie einen neuen Maßstab in die Diskussion einführen – den der Emanzipation. Marx kritisierte nicht die offensichtlichen Schwächen des Ansatzes von Bauer, sondern konzentrierte sich auf dessen Stärken. Die Hauptthesen Bauers fasste Marx so zusammen: „Bauer verlangt also einerseits, dass der Jude das Judentum, überhaupt der Mensch die Religion aufgeben, um *staatsbürgerlich* emanzipiert zu werden. Andererseits gilt ihm konsequenterweise die *politische* Aufhebung der Religion für die Aufhebung der Religion schlechthin.“ (MEW 1, 350) Beide Thesen stellte Marx in Frage: Weder müsse der Mensch seine Religion aufgeben, um sich als Staatsbürger*in zu emanzipieren, noch werde durch die politische Aufhebung der Religion die Religion selbst aufgehoben. Bauer, so Marx habe die Judenfrage nicht auf die Höhe der Zeit gehoben, weil er die politische Emanzipation selbst keiner Kritik unterzogen habe (MEW 1, 350).

In einem ersten Schritt suchte Marx nachzuweisen, dass die *politische* Emanzipation keinesfalls „vom Juden die Aufhebung des Judentums, vom Menschen überhaupt die Aufhebung der Religion“ (MEW 1, 351) verlange. Dabei unterschied Marx drei Typen von Staaten, in denen sich die „Judenfrage“ auf jeweils andere Weise stelle. In Deutschland sei der Staat „Theologe *ex professo*“, es gäbe keinen politischen Staat. Die Kritik am Staat sei deshalb „Kritik der Theologie“. Frankreich habe einen „*konstitutionellen* Staat“, wo es den „*Schein* einer Staatsreligion“ gäbe, sprich: den Katholizismus. In einem Teil der nordamerikanischen Staaten habe der Staat aufgehört, „[sich] auf *theologische* Weise zur Religion zu verhalten“ und würde sich nur noch „als Staat, d.h. *politisch*, zur Religion“ (MEW 1, 351) verhalten. Marx begründet auf diese Weise konsequent die „Verweltlichung staatlicher Macht“ (Will 2011, 18), jedoch in kritischer Absicht. Wenn gerade unter den Bedingungen der vollendeten *politischen* Emanzipation aller (männlichen) Staatsbürger das religiöse Leben in größter Vielfalt blühe wie in den USA, dann wäre dies der Ausdruck dessen, dass auch dort die *menschliche* Emanzipation nicht vollendet sei. Marx' Begründung dafür ist, dass „das Dasein der Religion das Dasein eines Mangels ist“. Wenn dieser Mangel also auch unter den Bedingungen umfassender politischer Emanzipation herrsche, dann, so Marx, „kann die Quelle dieses Mangels nur noch im *Wesen* des Staats selbst gesucht werden“ (MEW 1, 352).

Im Verständnis von Religion als Ausdruck des Mangels folgte Marx Feuerbach, der in seinem 1841 erschienenen Werk „Das Wesen des Christentums“ geschrieben hatte: „Die Entleerung der wirklichen Welt und die Erfüllung der Gottheit ist *ein* Akt. Gott entspringt aus dem *Gefühl eines Mangels*; was der Mensch *vermisst* – sei dieses nun ein bestimmtes, bewusstes oder unbestimmtes Vermissten –, das ist *Gott*.“ (Feuerbach 1973, 148) Religion ist nach Feuerbach Ausdruck einer Situation der Entfremdung (Feuerbach 1973, 95). Ausgehend davon legte Marx zwei folgenschwere Kriterien für vollendete menschliche Emanzipation fest: Erstens muss sie eine „widerspruchslose Weise“ (MEW 1, 353) der Emanzipation sein. Durch sie soll der Mensch als „höchstes Wesen“ gelten, aber nicht der Mensch, der von anderen getrennt und vereinzelt ist, sondern der Mensch als „*wirkliches* Gattungswesen“ (MEW 1, 360). Zweitens dürfte eine solche Emanzipation nicht mehr eines Vermittlers bedürfen, sondern müsse unmittelbar erfolgen (MEW 1, 353). Marx' erste Argumentationsstrecke in „Zur Judenfrage“ lässt sich so zusammenfassen: *Die menschliche Emanzipation muss eine widerspruchslose unvermittelte Identität der Menschen als Einzelne und als gesellschaftliche Wesen herstellen.*

In einem zweiten Schritt versuchte Marx aufzuzeigen, wie der moderne Staat vollendeter politischer Emanzipation von allen religiösen wie weltlichen Unterschieden absehen, sie zu unpolitischen erklären kann und doch gerade unter ihrer Voraussetzung überhaupt existiert. Auch wenn jeder Besitzlose (Mann) das aktive wie passive Wahlrecht habe, das Privateigentum also in dieser Hinsicht annulliert sei, so sei es damit aber nicht aufgehoben. Dies gelte auch für Unterschiede der Bildung, Beschäftigung, des Glaubens usw.: „Weit entfernt, diese *faktischen* Unterschiede aufzuheben, existiert er [der Staat – M.B.] vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung, empfindet er sich als *politischer* Staat und macht er seine *Allgemeinheit* geltend nur im Gegensatz zu diesen seinen Elementen.“ (MEW 1, 354)

Marx griff an diesem Punkt jene Trennung von bürgerlicher Gesellschaft und Staat auf, die er als konstituierendes Prinzip der hegelschen Staats- und Rechtsphilosophie erkannt hatte und verschärfte die Kritik daran. Weiterführende Studien der Französischen Revolutionsgeschichte, Studien zur Verfassungsdiskussion in den USA, zur Geschichte einer Reihe europäischer Staaten (England, Polen, Schweden), eine erneute Lektüre von Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ sowie von Montesquieu und Machiavelli hatten daran Anteil (siehe dazu MEGA IV/2). Marx formulierte eine harte Antinomie: Gerade der „vollendete politische Staat“, also der Staat, in dem die politische Emanzipation vollzogen sei, würde „das *Gattungsleben* des Menschen im *Gegensatz* zu einem materiellen Leben“ (MEW 1, 354) repräsentieren. Dieses materielle Leben sei aber ein egoistisches Leben. In der politischen Sphäre gelte der Mensch als „*Gemeinwesen*“, dem „das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft“ gegenübersteht, „worin er als Privatmensch tätig ist, die andern Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird“ (MEW 1, 355). Die bürgerliche Gesellschaft ist für Marx die „Sphäre des Egoismus, des *bellum omnium contra omnes*“, „Ausdruck der *Trennung* des Menschen von seinem *Gemeinwesen*, von sich und den anderen Menschen“ (MEW 1, 356). Marx griff in diesem Zusammenhang erneut auf die hegelsche Begrifflichkeit von Wahrheit und Wesen, Existenz und Wirklichkeit zurück (MEW 1, 355). Der Mensch würde im Widerspruch „zwischen dem *lebendigen Individuum* und dem *Staatsbürger*“, „*bourgeois*“ und „*citoyen*“ (MEW 1, 355), dem „*öffentlichen*“ und dem „*Privatmenschen*“ (MEW 1, 356f.) stehen. Der unwahren Wirklichkeit der Verhältnisse egoistischer Privatindividuen im Krieg gegeneinander steht für Marx die wahre Unwirklichkeit des politischen Gemeinwesens, die abstrakte, gegeneinander gerichtete Welt der

Einzelnen der ebenso abstrakten Welt des Gemeinsam-Allgemeinen gegenüber (MEW 1, 370). Während die politischen Rechte die des Staatsbürgers betreffen, seien Menschenrechte „Rechte des *Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft*“ (MEW 1, 370); beim Eigentum ginge es um das Privateigentum, bei der Sicherheit um die „*Versicherung* des Egoismus“. Zusammengefasst: „Keines der *sogenannten* Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist.“ (MEW 1, 366) Zudem würde der „citoyen“ „zum Diener des egoistischen homme erklärt“ (MEW 1, 366). Marx zweite Argumentationsstrecke in „Zur Judenfrage“ lässt sich wie folgt auf den Punkt bringen: *Menschliche Emanzipation muss die Wirklichkeit menschlicher Lebenstätigkeit der Einzelnen und ihre Wahrheit als gesellschaftliche Wesen zur Deckung bringen.*

Der dritte Argumentationsschritt von Marx war sehr kurz: Er griff zurück auf Rousseaus Gesellschaftsvertrag. Rousseau hatte in dieser Schrift, die zuerst 1762 erschien, folgende „Hauptfrage“ formuliert, „deren Lösung der Gesellschaftsvertrag“ geben sollte: „Eine Form der gesellschaftlichen Vereinigung [une forme d'association – im Original, M.B.] gilt es zu finden, die mit der ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes Gesellschaftsgliedes verteidigt und schützt und durch die jeder einzelne, obgleich er sich mit allen vereint, gleichwohl nur sich selbst gehorcht und so frei bleibt wie vorher.“ (Rousseau 1978, 49) Marx zitierte Rousseaus Lösung für diese „Hauptfrage“: „Die Abstraktion des politischen Menschen schildert Rousseau richtig also: 'Wer den Mut hat, einem Volke eine Rechtsordnung zu geben, muss sich fähig fühlen, sozusagen die *menschliche Natur* zu ändern, jedes Individuum, das in sich selbst und für sich allein ein vollkommenes Ganzes ist, in den *Teil* eines größeren Ganzen umzuwandeln, von dem dieses Individuum in gewisser Weise sein Leben und Sein empfängt, an die Stelle einer physischen und unabhängigen *eine moralische Teilexistenz* zu setzen. Er muss *dem Menschen seine eigenen Kräfte* nehmen, um ihm fremde dafür zu geben, die er nur mit Hilfe anderer gebrauchen kann.“ (MEW 1, 370) An dieses Zitat von Rousseau angefügt sind dann die berühmten Sätze: „*Alle* Emanzipation ist *Zurückführung* der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den *Menschen selbst*.“ (MEW 1, 370)

Diese Zurückführung auf den Menschen sei aber nicht Zurückführung „auf das *egoistische unabhängige* Individuum“ oder auf den davon getrennten Staatsbürger, auf die moralische Person“ (MEW 1, 370), so Marx, sondern auf den Menschen, insofern er als Individuum zugleich unmittelbar gesellschaftliches Wesen geworden ist. Im marxischen Verständnis ist Emanzipation ein gesellschaftlicher Gestaltungsauftrag, der nur in einem umfassenden Transformationsprozess realisiert werden kann. Die Rücknahme der Entfremdung konzipierte Marx als Doppelprozess der Umwandlung der individuellen Arbeits- und Tätigkeitsweisen sowie der gesellschaftlichen Organisierung der individuellen Kräfte: „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch [...] in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine 'forces propres' als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“ (MEW 1, 370) Mit diesen Sätzen schließt der Hauptteil von Marx' Artikel „Zur Judenfrage“ ab.

Sozialistisch war Marx' Lösung der von Rousseau gestellten „Hauptfrage“ insofern, als er mit Charles Fourier und vielen anderen französischen Sozialisten darauf insistiert, dass die Arbeit des Einzelnen und seine individuellen Verhältnisse unmittelbare Entfaltung seiner Gattungskräfte und Weisen schöpferischer Selbstverwirklichung werden, die einen direkten Beitrag zur universellen

Entwicklung Aller leisten. Die Arbeit sollte aufhören, mechanisch und abstrakt sein, der Mensch nicht weiterhin zu einer Teilexistenz herabgewürdigt werden. Die Umwälzung der gesamten Produktions- und Lebensweise, des Arbeitens, des Wohnens und Kommunizierens, von Verkehr und Genuss war von frühen französischen Sozialisten vorgedacht worden, die Marx zu diesem Zeitpunkt schon studiert hatte. Und kommunistisch war Marx' Lösung, weil er mit der gesellschaftlichen Organisation der gesellschaftlichen Kräfte die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die gemeinsame gesellschaftliche Verwaltung von Arbeit, Produktion und kollektivem Leben forderte. So sollte die Tätigkeit der Einzelnen unmittelbar gesellschaftlich werden.⁴ Die sozialistisch-kommunistische Lösung des Problems komplexer Gesellschaften hätte so die von Hegel geforderte „ungeheure Vereinigung der Selbständigkeit der Individualität und der allgemeinen Substantialität“ geleistet.

Marx' vierter Argumentationsschritt stellte eine Entscheidung dar: Die emanzipatorische Lösung des Grundproblems moderner komplexer Gesellschaft – des Verhältnisses von individueller und gesellschaftlicher Entwicklung – ist nur auf sozialistisch-kommunistischer Grundlage möglich. Auf dieser Grundlage sollte die widerspruchslöse unvermittelte Identität der Menschen als Einzelne und als gesellschaftliches Wesen, von Wirklichkeit menschlicher Lebenstätigkeit der Einzelnen und ihrer Wahrheit als gesellschaftliche Wesen möglich werden. Marx' Entscheidung für Sozialismus und Kommunismus in „Zur Judenfrage“ war eine *philosophisch* begründete Entscheidung (Löwy 2005, 53).

Marx hat an dieser Entscheidung für den Sozialismus-Kommunismus in den vierzig Jahren nach Abfassung seiner Schrift „Zur Judenfrage“ festgehalten und sie gemeinsam mit Friedrich Engels immer weiter ausgebaut und präzisiert. Er hinterließ eine klare Vision: Aus einer sozialen Revolution sollte eine Diktatur des Proletariats entstehen, die das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln durchsetzt und im Gefolge die gesamte Produktions- und Lebensweise umwälzt, bis die Bedingungen geschaffen sind, unter denen sich freie Entwicklung der Einzelnen und solidarische Entwicklung aller unmittelbar wechselseitig bedingen. Unmittelbare Gesellschaftlichkeit der Lebenstätigkeit der Individuen und ihre freie Selbstentfaltung sollten auf kommunistischer Grundlage zusammenfallen können. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen, die Notwendigkeit von Märkten, Recht wie Staat sollten auf dieser Basis absterben. Dies war Marx' Lösung der „Hauptfrage“ Rousseaus: Wie ist Freiheit in einer komplexen modernen Gesellschaft möglich. Marx hatte eine radikal andere Antwort auf diese Frage als Hegel gefunden. Der kommunistische Dämon, vor dem er noch ein Jahr zuvor warnte, hatte seine Gesinnung erobert.

Der vorliegende Artikel sollte in einer knappen Skizze die Genesis dieser kommunistischen Antwort rekonstruieren und damit zu ihrer kritischen Aufhebung und Neufassung unter den Bedingungen unserer Zeit beitragen.

4 Der sozialistisch-kommunistische Charakter der marxschen Lösung der Frage, wie der Gegensatz von Freiheit der Einzelnen und vernünftiger Entwicklung aller gelöst werden kann, wird explizit in einem Brief deutlich, den Marx unmittelbar vor Abfassung der Schrift „Zur Judenfrage“ im September 1843 an Arnold Ruge schrieb (MEW 1, 344).

Literatur

- Arndt, Andreas (2011): Karl Marx. Versuch über den Zusammenhang seiner Theorie, Berlin.
- Bloch, Ernst (1980): Über Karl Marx, Frankfurt/M.
- Breckman, Warren (1998): Marx, the Young Hegelians, and the Origins of Radical Social Theory: Dethroning the Self, Cambridge/New York.
- Chrysis, Alexandros (2018): 'True Democracy' as a Prelude to Communism: The Marx of Democracy, New York.
- Clark, Christopher (2006): Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München.
- Cornu, Auguste (1954): Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Erster Band: 1818–1844. Berlin.
- Engelberg, Ernst: (1998): Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin.
- Feuerbach, Ludwig (1973): Das Wesen des Christentums, Berlin.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1981): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans, herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner, Berlin.
- (1986a): Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I. Werke, Bd. 18, Frankfurt/M.
 - (1986b): Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie II. Werke, Bd. 19, Frankfurt/M.
 - (1986c): Konzept der Rede beim Antritt des philosophischen Lehramtes an der Universität Berlin (Einleitung zur Enzyklopädie-Vorlesung), 22. Okt. 1818. In: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse. Dritter Teil (1830), Werke, Bd. 10, Frankfurt/M.
- Heinrich, Michael (2018): Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft. Biographie und Werkentwicklung, Band 1: 1818–1841. Stuttgart.
- Levine, N. (2012): Marx's Discourse with Hegel, New York.
- Löwy, Michael (2005): The Theory of Revolution in the Young Marx, Chicago.
- Mah, Harold E. (1987): The End of Philosophy, the Origin of „Ideology“. Karl Marx and the Crisis of the Young Hegelians, Berkeley.
- Marx, Karl (1839): Hefte zur epikureischen, stoischen und skeptischen Philosophie, in: MEW 40, Berlin, 13-255.
- (1841): Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie nebst einem Anhang. Dissertation, in: MEW 40, 257-373.
 - (1842): Der Kommunismus und die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, in: MEW 1, Berlin, 105-108.
 - (1842): Die Beilage zu Nr. 335 und 336 der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ über die ständischen Ausschüsse in Preußen, in: MEW 40, 405-419.
 - (1842): Karl Marx: Der leitende Artikel Nr. 179 der „Kölnischen Zeitung“, in: MEW 1, Berlin, 86-104.
 - (1842): Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion. Von einem Rheinländer, in: MEW 1, Berlin, 3-27.
 - (1842): Debatten über die Preßfreiheit, in: MEW 1, Berlin, 28-77.
 - (1842): Debatten über das Holzdiebstahls-gesetz, in: MEW 1. Berlin, 109-147.
 - (1843): Das Verbot der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“, in: MEW 1. Berlin, 152-171.
 - (1843): Rechtfertigung des ††-Korrespondenten von der Mosel, in: MEW 1. Berlin, 172-199.
 - (1843): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: MEW 1. Berlin, 203-333.
 - (1843): Brief an Arnold Ruge, Kreuznach, September 1843, in: MEW 1. Berlin, 343-346.
 - (1844): Zur Judenfrage, in: MEW 1. Berlin, 347-377.
 - (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW 13, Berlin, 7-11.
 - (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW 23, Berlin.
- Mehring, Franz (1960): Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Berlin.
- Merkel, Renate (1974): Marx und Engels über Sozialismus und Kommunismus, Berlin.

- Ritter, Joachim (1957): Hegel und die französische Revolution, Köln und Opladen.
- Rousseau, Jean-Jacques (1978): Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig.
- Vieweg, Klaus (2012): Das Denken der Freiheit. Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts, München.
- Weiss, Ulrich (2009): Zur Zeitbezogenheit marxistischer Kommunismustvorstellungen, Berlin.
- Will, Rosemarie (2011): Zwischen Himmel und Erde. Karl Marx über die Grundrechte in seiner Schrift Zur Judenfrage, in: Hubmann, Gerald/Reichel, Claudia (Hrsg.), Marx-Engels-Jahrbuch 2010. Berlin, 7-31.
- Winkler, Heinrich August (2014): Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte I: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München.

Marx und das Recht: Annäherungen¹

1

„Marx und das Recht – das hört sich im ersten Moment an wie: Kuh und Klavierspielen“, so zu lesen in einer wohl gelungenen Abhandlung über das politische Denken von Marx und Engels (Fisahn 2018, 9). Und tatsächlich: Selbst unter Gebildeten hält man den am 5. Mai 1818 in Trier geborenen und am 14. März 1883 in London gestorbenen, mütterlicher- wie väterlicherseits Geschlechtern von Rabbinern entstammenden Carl Marx kaum für einen studierten Juristen. Vielmehr gilt er üblicherweise

- als in Jena promovierter Philosoph;
- als geistreicher Redakteur der *Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe*;
- als Gründungspräsident des Bundes der Kommunisten (weniger bekannt ist, dass er selbst, als er die Zeit für gekommen hielt, die Auflösung dieses Bundes beantragte und erreichte);
- als vom Bund der Kommunisten beauftragter Koautor des im Februar 1848 auf dreiundzwanzigseitig Seiten in London publizierten „Manifest der Kommunistischen Partei“;
- als danach im dortigen Stadtteil Soho in Armut und Elend lebender politischer Asylant und Privatökonom, der sich täglich in den Bücherschätzen des *British Museum* zu vergraben pflegte;
- als Autor eines mehrbändigen, freilich unvollendet gebliebenen Fundamentalwerkes „Das Kapital“;
- als derjenige, der für sich beanspruchte, den Beweis geführt zu haben, dass der für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Klassenkampf notwendigerweise zur „Diktatur des Proletariats“ führen werde (MEGA III/5, 76; MEW 28, 508; Lenin 2019, 62, 187, 242).

Als Jurist gilt Marx üblicherweise nicht, obwohl er es doch von Haus aus war (wie übrigens Lenin und Liebknecht auch).

2

In Wirklichkeit hatte nämlich Marx an den *Juristenfakultäten* der Universitäten von Bonn und danach von Berlin studiert. Und zwar mit ausdrücklicher Erlaubnis seines als Rechtsanwalt

1 Erheblich erweiterte Fassung eines am 5. Mai 2018 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Berlin unter dem Titel „Das Interesse des Rechts darf sprechen, insoweit es das Recht des Interesses ist, aber es muss schweigen, sobald es mit diesem Heiligen kollidiert“ (MEGA I/1, 233) freigehaltenen, nachträglich transkribierten Vortrages. – Meine Ausführungen basieren auf folgenden meiner Publikationen: *Marxismus und Menschenrechte*, Berlin 1982; *Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts*, Berlin 1984; *Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert*, Berlin 1991; *Historisierende Rechtsphilosophie: Essays*, Freiburg 2009; *Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit*, Köln 2016; *Kritik am Recht*, Berlin 2016.

agierenden, aus Zwangsgründen mit seiner Familie im katholischen Trier zum protestantischen Christentum konvertierten Vaters. Bereits in Marxens Reifezeugnis des Gymnasiums vom 24. September 1835 hatte die Königliche Prüfungskommission ergänzend vermerkt, dass „der Zögling das hiesige Gymnasium verlässt, um Jurisprudenz zu studieren“ (Kliem 1970, 56; Cornu 1954, 63ff.). Wie wir aus dem Briefwechsel zwischen Vater und Sohn wissen, hat der neunzehnjährige stud. jur. Marx die ersten zwei Pandektenbücher ins Deutsche übersetzt, hat trichotomische Einteilungen des *jus privatum* wie des *jus publicum* vorgenommen. Und das Verzeichnis seiner vermutlich verlorengegangenen Werke beginnt mit einem dreihundert (Schreib)bogen umfangreichen *Versuch einer Rechtsphilosophie*, von ihm auch als „Metaphysik des Rechts“ bezeichnet (MEGA I/1, 1274). Der Vater, der ihn bereits als Juristenprofessor in Bonn sah, schrieb dem Sohn: „Deine Ansichten des Rechts sind nicht ohne Wahrheit, aber sehr geeignet, in ein System gebracht, Stürme zu erregen.“ (MEGA III/1, 10-18, 299-303, 317; Kliem 1970, 56, 73, 95; Schöncke 1993, 832f.)

3

Auch wenn die Stürme, die Marx in den kommenden Jahrzehnten erregte, weniger auf dem Felde des Rechts stattfanden – „unser Boden ist nicht der *Rechtsboden*, es ist der *revolutionäre Boden*“ (MEW 6, 102) –, sondern sich unmittelbar auf dem praktischen Gebiet der Politik wie auf dem theoretischen Feld der Ökonomie im Besonderen und der Gesellschaftswissenschaften im Allgemeinen ereigneten, so bleibt doch unübersehbar, dass er sich zeitlebens in produktiver Weise mit dem Stellenwert des Rechts in Vergangenheit und Gegenwart beschäftigt und dabei das Menschheitswissen auch auf diesem Terrain ungemein bereichert hat.

Um zunächst diesen thematischen Reichtum der rechtsrelevanten Erörterungen von Marx anzudeuten: in Hunderten von kleineren und größeren Texten kommen zur Sprache: die gesellschaftlichen Ursachen für die Entstehung, die Entwicklung und das Absterben des Rechts; englisches, französisches, preußisches und römisches Recht; Rechtssysteme und Kodifikationen; gleiches und ungleiches Recht; das Recht als Mittel und Maß von Macht, Gewalt und Herrschaft; sein Klassencharakter; Privateigentum und Recht; Freiheit und Faustrecht; das Verhältnis von Staat, Gesetz, Recht, Justiz und Jurisprudenz; die Rolle des Rechts in Revolutionen wie in Konterrevolutionen; das Recht im Verhältnis zu Philosophie, Ideologie, Moral und Religion; das Recht als Bestandteil des gesellschaftlichen Überbaus; Rechtsverhältnisse als Willens- und Illusionsverhältnisse; das Recht im System von Eigentums-, Produktions- und Zirkulationsverhältnissen; Öffentliches, Privates und Gewohnheitsrecht; das Recht auf Arbeit; das Unrecht schlechthin; Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Kaum aber hat sich Marx zu den Legitimierungskriterien für verbindliche oder/auch unverbindliche Verhaltensregeln innerhalb eines postkapitalistischen „Staatswesens in einer kommunistischen Gesellschaft“ (MEW 19, 28) geäußert. Über Details für ein Zusammenleben der Menschen nach einer Zurücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft, der „reabsorption of the state-power by society“ (MEW 17, 543) zu spekulieren, hielt er für Wagnersche Zukunftsmusik (MEW 34, 25).

Im Unterschied zu anderen Wissensgebieten, für die umfangreiche Sammelbände von Marx/Engels-Texten vorliegen (vergl. Lifschitz 1969, Marx/Engels, 1958), gibt es bisher keine vergleichbare Zusammenstellung von Marx/Engels-Texten zum Recht (plus Gesetz, Justiz, Jurisprudenz, usw.). Wenigstens anhangsweise ist eine „Marx/Engels-Anthologie zur Natur des Rechts“ pu-

bliziert worden (Klenner 1984, 79-138; Klenner 2016a, 109-142). Ansonsten bleibt man auf das Sachregister innerhalb des jeden Band der seit 1975 in Berlin erscheinenden Marx/Engels-*Gesamtausgabe* (MEGA) ergänzenden Apparat-Bandes verwiesen sowie auf die Quellenhinweise in den Sachregister-Bänden (Sachregister 1979).

4

Um es von vornherein auf den Punkt zu bringen: Marx, von Haus aus Jurist, entwickelte im Ergebnis eines Dreierschritts von der Religions- über die Rechts- zur Ökonomiekritik einen Begriff des Rechts als verbindliches Verhaltensreglement innerhalb der in Klassen gespaltenen Gesellschaften. Dieses Verhaltensreglement sei charakterisiert durch:

- a) seine Reflexivität (Widerspiegelung von Eigentumsverhältnissen);
- b) seine Funktionalität (Mittel von Macht herrschender Gesellschaftsklassen);
- c) seine Normativität (Maß für das Verhalten von Menschen in Form von deren Rechten und Pflichten).

Voranstehendes Dreier-Konzentrat in Marxens eigenen Gedankengängen: Das Recht als verbindlich gemachter Anspruch auf *Legalität*, d.h. auf „Gehorsam gegen die Gesetze“ (MEW 1, 149), könne weder „aus sich selbst“ noch „aus der allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes“ begriffen werden; es wurzele vielmehr „in den materiellen Lebensverhältnissen“, in der „ökonomischen Struktur der Gesellschaft“ als seiner „realen Basis“ (MEGA II/2, 100). Das gelte für die Rechtsordnung als Ganzes, die zu begreifen voraussetzt, dass die „materiellen Lebensbedingungen der jedesmaligen entsprechenden Epoche begriffen sind“, die den Inhalt der „Rechtssysteme“ determinieren (MEW 13, 470). Die Anforderungen an die *Legalität* des Verhaltens von Bürger*innen und Bewohner*innen eines Staates zielen nicht nur auf eine punktuelle Kongruenz zwischen dem tatsächlichen und dem vorgeschriebenen Handeln von Menschen und Institutionen, sondern meinen einen *in aller Regel* zutreffenden Übereinstimmungszustand. Um die von ihnen produzierten Waren austauschen zu können, seien die Warenproduzenten genötigt, sich wechselseitig als Privateigentümer anzuerkennen und ein verbindliches Verhältnis miteinander einzugehen, „dessen Form der Vertrag ist, ob nun legal entwickelt oder nicht [...]“; der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnisses [sei] durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben [und] die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer [...]; die ökonomischen Charaktermasken der Personen [seien] nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse, als deren Träger sie sich gegenüber treten“ (MEW 23, 99 f.). Allerdings sei das Recht kein bloß passiver Reflex der Produktionsverhältnisse, denn letztere seien, so Friedrich Engels, nur „in *letzter Instanz* das bestimmende Moment in der Geschichte der Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“ (MEW 37, 463). Es handele sich bei Verhältnissen zwischen Momenten der Basis und des Überbaus um eine „Wechselwirkung“ ungleicher, in „relativer Selbstständigkeit“ agierender Kräfte (MEW 37, 490); es komme auch ein „unequales Verhältnis“ zwischen materieller und ideeller Produktion vor, wenn etwa Produktionsverhältnisse als Rechtsverhältnisse in ungleiche Entwicklung treten (MEW 13, 640).

5

Aus dieser marxistischen (d.h. genuin marxischen) Konzeption von der Reflexivität, Funktionalität und Normativität des Rechts ergibt sich mit logischer Zwangsgewalt seine Negation jeder Auffassung vom Recht

- a) als einer Diesseitsordnung mit Jenseitsherkunft;
- b) als einer institutionalisierten Beliebigkeit generalisierter Befehle;
- c) als einer absolut eigengesetzlichen Normenordnung, aber auch
- d) als eines bloß passiven Reflexes von ökonomischer Macht.

Das voranstehende Vierer-Konzentrat der von Marx negierten Konzeptionen in seinen eigenen Gedankengängen bedeutet: In bewusster Nachfolge der antiken und europäischen Aufklärungsdenkler*innen (MEGA I/1, 186-190; IV/1, 183-276; IV/2, 91-116; IV/32, 430, 468, 562) attackierte er seines eigenen und politisch einflussreichen Professors Savigny Auffassung, laut der man das Recht eines Volkes genauso wie dessen Sprache befolgen solle, wie es überliefert ist, da es als historisch Gewordenes das „Merkzeichen der Legitimität“ trage; damit werde aber, so Marx, nur „die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimiert“ (MEW 1, 380). Sodann kritisierte er die Rechtfertigung des Rechts aus der arbiträren Gewalt des Staates. Gegen die biblisch bekannte Aufforderung (Paulus-Brief an Titus III, 1), „sich den Regierenden unterzuordnen“, da man der Obrigkeit, welche die Staatsgewalt in den Händen hat, gehorchen solle (Römer XIII, 1), bemerkte Marx sarkastisch, dass derjenige, dem jede Existenz für eine Autorität gelte und jede willkürliche Gewalt für Recht, nur beweise, dass der Mensch auch die letzte Fessel der Freiheit abwerfen könne, nämlich die, ein vernünftiges Wesen zu sein (MEGA I/1, 197; MEW 1, 84). Der tatsächliche Besitz von Staatsgewalt mag das Entstehen von legalen Verhaltensregeln erklären, nicht aber deren Inhalt rechtfertigen. Ferner stand Marx in einem entschiedenen Gegensatz zu den seinerzeitigen Versuchen, das Recht als ein autopoietisches System darzustellen (und damit die Selbstlegitimation dieses Rechts zu ermöglichen). Dem damaligen Sein/Sollen-Dualismus in Gestalt der Behauptung, dass die Zerrissenheit der Welt in ein Sein und ein Sollen unüberbrückbar sei, setzte Marx entgegen: „dieses Sollen der Wirklichkeit ist ebenso ein Sollen des Subjekts, das dieser Idealität sich bewusst geworden, denn es steht selbst in der Wirklichkeit und die Wirklichkeit außer ihm ist sein“ (MEGA IV/1, 42; MEW 40, 82). Der Auffassung vom Recht als eines organischen Körpers einander bedingender und voneinander abstammender Rechtsnormen, der eine in sich geschlossene Historiographie des Rechts ermögliche, widerspricht er: „Nicht zu vergessen, dass das Recht ebenso wenig eine eigene Geschichte hat wie die Religion“ (MEW 3, 63, 539). Ist nämlich die einzelne Rechtsnorm (logisch oder historisch) immer nur aus einer anderen Rechtsnorm ableitbar, dann stellt sich für die Rechtsordnung als Ganzes die Legitimitätsfrage höchstens insofern, als jene dann für delegitimiert erklärt wird, wenn ihre Verhaltensanforderungen nicht konsistent sind. Da Rechtsverhältnisse aus sich selbst heraus nicht begreifbar sind (MEW 13, 8), seien sie auch aus sich selbst heraus nicht legitimierbar. Und schließlich werden von Marx als Konsequenz einer materialistischen Konzeption auch die metaphysisch naturrechtlichen Auffassungen von der Existenz eines zeit- und raumlos gültigen Katalogs vorsozialer Normen oder apriorischer Prinzipien abgelehnt, mit denen geltende oder Geltung beanspruchende Rechtsordnungen legitimiert oder delegitimiert worden sind. Insbesondere der in der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden, auch in der Arbeiterbewegung verbreiteten Illusion, dass die Menschenrechtserklärungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts mit ihrem Katalog einem jeden Menschen angeblich angeborener

Ewigkeitsrechte auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bereits das genuine Programm eines Sozialismus enthalten würden, setzte Marx die Erkenntnis entgegen, dass es total unmöglich sei, „die Gesellschaft auf einer Basis rekonstituieren zu wollen, die selbst nur der verschönerte Schatten dieser Gesellschaft“ sei (MEW 4, 105). Von Gesetzlichkeit geschützt und von Rechtsideologie verschleiert, existiere nämlich in der „bürgerlichen Produktionsweise“, dem „Kapitalismus“ (MEW 24, 123), objektiv bedingt die „Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol“ und zugleich die „Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalität und moralischer Degradation auf dem Gegenpol“ (MEW 23, 675), und zwar unabhängig davon, ob den jeweiligen Verfassungen Menschenrechtskataloge vorangestellt sind oder nicht.

6

Wenn es auch kein rechtsphilosophisches Denksystem von Karl Marx gibt, so gibt es doch von ihm einen rechtsphilosophischen Denkeinsatz. Genau genommen sogar deren zwei. Zunächst sein spätestens 1837 erfolgter und bis 1843 betriebener Übergang auf die rechtsphilosophische Grundposition Hegels; sodann seine zwischen 1841 und 1845 vor sich gehende Dauerauseinandersetzung mit Hegels Welt- und Rechtsphilosophie, in deren Ergebnis er schließlich seine eigene, also originär marxische Gesellschaftstheorie entwickelte, in der sich seine Auffassungen vom Recht bewegen. Wenig bemerkt wurde übrigens bis zum heutigen Tag, dass Marx' eigene Entwicklung vom Idealismus zum Materialismus weniger am Gegenstandsbereich ökonomischer, sondern vornehmlich *juristischer* Problemfelder erfolgte, etwa der Demokratie, der Pressefreiheit, dem Holzdiebstahls- und dem Ehescheidungsgesetz sowie den Menschenrechten, besonders der Religionsfreiheit und -gleichheit.

Im Vollzug seines *ersten* Denkeinsatzes nahm er unter Hegels Einfluss Abschied vom Dauerdualismus zwischen dem positiven Recht und dem auf A-priori-Prinzipien beruhenden Naturrecht, zwischen dem erworbenen und dem angeborenen Recht, zwischen der empirischen Rechtspraxis und einem metaphysischen Rechtssystem (MEGA III/1, 10, 561). Hegel hatte bekanntlich mit seiner Identitätserklärung von Rationalität und Historizität zwei auf Gegensätzliches zielende Entgegensetzungen von Vernunft und Geschichte überwunden, nämlich a) Immanuel Kants Absolutheitserklärung der Vernunft gegenüber der Geschichte (da „der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt“) und b) Friedrich Carl von Savignys Abschirmungsversuch des geschichtlich gewordenen Rechts der deutschen Feudalmonarchien vor den Veränderungsvorschlägen der Vernunft gemäß dem Vorbild des – wie er es nannte – „Fluchs“ der französisch-revolutionären Gesetzgebung (Kant 1988, 245; Savigny 1814, 57, vgl. Klenner 2004, 305-310.) Das Oberhaupt der Historischen Rechtsschule betrieb einen Verpuppungsprozess des Faktischen zum Recht, was man später die „normative Kraft des Faktischen“ nannte und genug Schaden anrichtete.

Allerdings gab es für die marxische Akzeptanz des berühmt-berüchtigten Hegel-Satzes von der Vernünftigkeit des Wirklichen und der Wirklichkeit des Vernünftigen keinerlei Zwielfichtigkeit, was ihre politische Interpretationsbreite anlangt (Hegel [1821/1833] 1981, 25, 399, 598, vgl. auch Wagenknecht 1997). Da sich Marx seinen Hegel vornehmlich in den Diskussionen mit Junghegelianern, dem so genannten Berliner Doktor-Klub, aneignete, hat er gemeinsam mit ihnen in linker Sicht Hegels Philosopheme von jeglichem Apologie- und Akkomodationsargwohn freigeachtet, ja sie schließlich als Götterdämmerung des Absolutismus verstanden. Dabei handelt es sich um

eine Aktualisierung in der Form einer Radikalisierung von Hegels Fortschrittskonzeption der Menschheitsentwicklung. Das den objektiven Gang der Geschichte erkennende Individuum könne so zum Subjekt der Geschichte werden. „Ich halte mich daran, dass der Weltgeist der Zeit das Kommandowort zu avancieren gegeben. Solchem Kommando wird pariert“, so Hegel ([1816] 1970, 86). Aus der kritischen Distanz des Individuums zum positiven Recht seiner Zeit könne der Wille erwachsen, den Druck des Vernünftigen auf das Existente als Widerstand bis hin zur Revolution zu betreiben: „Es wird immer revolutioniert“ denn: „Was vernünftig ist, muss geschehen“. (Hegel 1821/1833] 1981, 525; Hegel [1818/1819] 1983, 157).

Mit seinem *zweiten*, etwa 1845 zum Abschluss gekommenen Denkeinsatz vollzog Marx den Übergang von einer Kritik der Realität durch deren Idealität zu einer Kritik von Idealität durch deren Realität, also den Übergang vom Idealismus zum Materialismus. Rechtsverhältnisse und Rechtssysteme seien aus den materiellen Lebensbedingungen der jedesmaligen Epoche zu begreifen (MEGA II/2, 248), so lautete seitdem die methodische Zentralthese seiner Rechtsphilosophie. Hatte er noch Ende 1842 den „verworfenen Materialismus“ der preußischen Grundbesitzer angeprangert, die den Staat zu ihrem eigenen Organ gemacht hätten, statt ihn, wie Hegel es verlangt hatte, als Emanation von Freiheit und Vernunft zu achten (MEGA I/1, 236), so begann er ab Mitte 1843, Hegels Idealismus anzuprangern, da dieser die gesellschaftlichen Determinierungszusammenhänge auf den Kopf gestellt habe (MEGA I/2, 8). Den Umschlag vom *ersten* zum *zweiten*, zum diesmal genuinen Denkeinsatz des Juristen und Philosophen Marx in Gestalt seiner Selbstverwandlung vom zunächst mittels Hegels Rechtsphilosophie die Rechtspraxis Kritisierenden zu einem nunmehr mittels seiner Einsicht in die historischen Erfordernisse der Rechtsentwicklung Hegels Rechtsphilosophie Kritisierenden begann der Fünfundzwanzigjährige in der Form eines Kommentars zu den §§ 260–312 des Rechtsphilosophie-Lehrbuches zu vollziehen, wie es Hegel im Oktober 1820 zum Gebrauch seiner eigenen Vorlesungen in Berlin publiziert hatte. Es ist das der umfangreichste publizierte Text, den Marx je ausschließlich der Rechtsphilosophie gewidmet hat; er ist erstmals 1927 veröffentlicht worden (MEGA I/2, 5-137, 571-647; MEW 1, 203-333) und endet mit einem „O Jerum!“.

7

In genauerer Erörterung dieser beiden rechtsphilosophischen Denkeinsätze von Marx ergibt sich die Gelegenheit, auf eine in vierfacher Hinsicht für die Natur des Rechts wichtige, im Marxismus gipfelnde gesellschaftswissenschaftliche Gedankenentwicklung einzugehen.

a) Zu Beginn der europäischen Aufklärung hatte Thomas Hobbes den für den menschlichen Naturzustand charakteristischen Krieg aller gegen alle (*bellum omnium contra omnes*) durch einen Vertrag eines jeden mit einem jeden (*covenant of evry man with evry man*) in ein Gemeinwesen (*Commonwealth*) überleiten lassen, von dem jeder einzelne in gleicher Weise der Urheber sei (Hobbes [1651] 1996/2004, 104, 141-146). Von diesem Gemeinwesen, der bürgerlichen Gesellschaft (*civil society*), hatte dann John Locke behauptet, dass sie die natürliche Freiheit jedes Menschen, ob reich oder arm, in gleicher Weise sichert, „damit alle behaglich, ruhig und friedlich miteinander leben, sich sorglos ihres Eigentums erfreuen können“. (Locke [1660-1697] 1980/1986, 163, 183; Locke [1689] 1988, 330, 350).

Gegen Ende der europäischen Aufklärung hatte nun Hegel im genauen Gegensatz zu den Versprechungen seiner Vorgänger ernüchternd festgestellt, dass „das Wohl aller Menschen eine

leere Abstraktion“ ist, denn diese „bürgerliche Gesellschaft“ sei ein „Kampfplatz des individuellen Privatinteresses Aller gegen Alle“ und werde durch die ihr immanente Dialektik, nämlich dem „Übermaße des Reichtums“ auf der einen Seite und dem „Übermaß der Armut“ auf der anderen Seite, „über sich hinausgetrieben“ (Hegel [1821/1833] 1981, 270, 454). Man vergleiche dazu Marx' Charakterisierung der bürgerlichen Gesellschaft als „bellum omnium contra omnes“ (MEW I, 356) und seine Analyse des antagonistischen Charakters der kapitalistischen Akkumulation, die eine „Accumulation von Reichtum“ auf dem einen Pol und zugleich „Accumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit und moralischer Degradation auf dem Gegenpol“ sei (MEGA II/5, 520; MEW 23, 675). Kein Wunder, dass Marx sich auch im *Kapital* „offen als Schüler“ Hegels, „jenes großen Denkers“, bekannte (MEGA II/10, 17; MEW 23, 27). Frühzeitig schon hatte Friedrich Engels den Kommunismus als „necessary consequence“ der Gedankenentwicklung von Kant und Hegel charakterisiert (MEGA I/3, 509), und letzten Endes hieß es bei ihm ganz pauschal: „Ohne Hegel geht's natürlich nicht“ (MEW 38, 203).

b) Nach seiner Berufung zum Ordentlichen Professor an die Königliche Universität Berlins (auf Fichtes vakant gebliebenen Lehrstuhl) hielt Hegel an deren Philosophischer Fakultät ab dem Wintersemester 1818/19 fünfmal wöchentlich Vorlesungen über „Naturrecht und Staatswissenschaft oder die Philosophie des Rechts“, anfangs „nach Anleitung seines demnächst erscheinenden Leitfadens“, sodann 1821/22, 1822/23, 1823, 1824/25 auf der Grundlage seines Lehrbuches. Inzwischen waren nämlich seine *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (Nebentitel: *Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*) ausdrücklich: *Zum Gebrauch für seine Vorlesungen* in Berlin 1820 (vordatiert auf 1821) publiziert worden; seine für das Wintersemester 1831/32 angekündigte Vorlesung „nach seinem Lehrbuche: Grundlinien der Philosophie des Rechts“ konnte er nur noch am 10. und 11. November halten, am 14. 11. erfolgte sein Tod (Nicolin 1978, 114-125).²

Im gleichen Jahrzehnt wurden jedoch zwischen 1828 und 1838 an der Juristenfakultät eben dieser Königlichen Universität Berlins zwölf Mal Vorlesungen auf der Grundlage von Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* gehalten. Diese Vorlesungen sind durch inzwischen auch publizierte Mitschriften von sechs verschiedenen Studierenden (darunter dem Sohn Hegels!) überliefert (vgl. Gans 2005; Gans 2011; Braun 1997; Waszek 1991). Gehalten wurden diese Vorlesungen von Eduard Gans, einem Deutschen jüdischer Herkunft, einem der bedeutendsten deutschen Rechtswissenschaftler des 19. Jahrhunderts, der freilich weniger bekannt ist als zum Beispiel Ludwig Feuerbach oder Moses Heß. Wie Hegel war Gans entschiedener Widersacher von Savigny, zumal der die Berufung des mit *summa cum laude* promovierten Juden zum Professor mit kronprinzlicher Hilfe und königlichem Eingriff zu unterbinden versucht hatte (vgl. Klenner/Oberkofler 1993, 123-148; Hegel [1821/1833], 1981, 241 bzw. Hegel 2009, 175; Savigny 1816, 23). Während Hegel dem Gedanken, dass „der Mensch gilt, weil er Mensch ist, nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usw. ist, unendliche Wichtigkeit“ beimaß, hatte Savigny die politische Gleichstellung von Christen mit Juden, „die uns ihrem inneren Wesen nach Fremdlinge sind und bleiben“ für „übel angewendete Humanität“ erklärt (Savigny 1816, 23).

Gans war zeitweilig Präsident des *Vereins für Cultur und Wissenschaft der Juden* (dessen Statuten er entworfen hatte) und nach seinem durch Savigny und Preußens König erpressten Übertritt zum

2 Hegels Vorlesungsankündigungen in Berlin wurden von Friedhelm Nicolin (1978, 114-125) aus dem *Index Lectionum* sowie dem deutschsprachigen *Verzeichnis der Vorlesungen* zusammengestellt.

Christentum (an das er nicht glaubte) seit 1826 Professor an der Juristischen Fakultät der Berliner Universität; zu seinen Studenten zählten auch Heinrich Heine und Karl Marx. Im gleichen Jahr wurde er Generalsekretär der in Hegels Haus als Alternativ-Akademie der Wissenschaften konstituierten *Societät für wissenschaftliche Kritik*, deren *Jahrbücher* er zudem herausgab. Gans edierte in der legendären Freundesvereinsausgabe der *Werke* Hegels auch dessen Rechtsphilosophie (letztere mit etwa zweihundert interpolierten Zusätzen aus zwei studentischen Mitschriften seiner Vorlesungen!). Bei Gans handelte es sich um einen der begnadetsten Universitätsrhetoriker der damaligen Zeit. Bei ihm geriet das Katheder zuweilen zu einer Tribüne. Seine „Vorlesungen über die Geschichte der neuesten Zeit“ zogen Hunderte von Zuhörerenden in ihren Bann, darunter Beamte, Militärs, Kaufleute, Bankiers, Künstler, Literaten sowie ehrsame Handwerker. In dreifacher Richtung bahnten sich darüber hinaus in Gans' Vorlesungen und Publikationen als qualitativ zu bezeichnende Veränderungen an Hegels Konzeption an: Zunächst blieb er im sogenannten „Inneren Staatsrecht“ nicht bei einer verbrämt-positivistischen Rechtfertigung der Monarchie stecken, sondern erklärte das Volk für den letzten Grund des Staates. Mit der französischen Revolution beginne diejenige Periode, von der an der Staat anfangs, vernünftig organisiert zu werden, und die republikanische Gewalt sei die einzige einer vollständigen Überwindung des Mittelalters angemessene. Was das beanspruchte Gottesgnadentum der Monarchen anbelangt, bemerkte Gans trocken, dass der päpstliche Staat der allergöttlichste Staat sei, aber auch der schlechteste. Sodann erklärte Gans im Gegensatz zu Hegel eine in Widerspruch und Negation zur Regierung stehende legale Opposition zu einem notwendigen Bestandteil eines normalen, zivilisierten Staatskörpers; sonst arte er in Stagnation aus. Und schließlich infiltrierte Gans in Hegels System der Rechtsphilosophie, in dessen § 246 von der bürgerlichen Gesellschaft gesagt worden war, dass sie durch den ihr immanenten Gegensatz zwischen Reichtum und Armut über sich hinausgetrieben werde, Ideen aus dem Gedanken-Reservoir der Saint-Simonisten. Genau in dem Jahr 1836, in dem Marx, frisch verliebt in seine Jenny, von der Bonner an die Berliner Universität wechselte, publizierte Eduard Gans in Auswertung der französischen Revolutionsereignisse von 1830 und dortiger utopisch-sozialistischer Literatur in einem Berliner Verlag eine Zusammenstellung eigener Abhandlungen, in denen er als Mittel gegen den für die bürgerliche Gesellschaft charakteristischen Gegensatz zwischen Fabrikherren und Proletariern, mit einem Vokabular, das an das spätere *Kommunistische Manifest* (MEW 4/462) erinnert, „die freie Corporation, die Vergesellschaftung“ für notwendig erklärte (Gans 1836, 101). Vergesellschaftung, das ist Sozialismus verdeutscht! In seinen geschichtsphilosophischen Vorlesungen wurde Gans dann noch deutlicher: Der Kampf der Menschheit sei noch nicht ausgekämpft; die untere Klasse werde immer mehr in den Staat eingreifen, und der Unterschied von Regieren und Regiert werden werde schwinden; eine Revolution des Pöbels, der ganzen großen Masse der Nichtprivilegierten und Besitzlosen, werde eintreten und die Welt erzittern machen.

c) Wie sich aus dem jeweiligen Art. 3 der Statuten des „Bundes der Geächteten“ von 1834/35 und des „Bundes der Gerechten“ von 1838 ergibt (IML 1983, 93, 975), waren diese Vorläuferorganisationen des späteren „Bundes der Kommunisten“ der Ansicht, dass die bürgerlich-revolutionären Menschenrechtserklärungen von 1789/93 bereits das genuine Programm für einen Sozialismus/Kommunismus enthalten würden. Und lässt sich nicht Artikel 34 der jakobinischen Menschenrechtserklärung, wonach die Gesamtheit der Gesellschaft für unterdrückt zu halten sei, wenn auch nur ein einziges ihrer Mitglieder unterdrückt werde („*il y a oppression contre le corps social, lorsqu'un seul de ses membres est opprimé*“), wie eine Vorwegnahme des vielzitierten Satzes aus

dem Kommunistischen Manifest lesen, dass an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation treten werde, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW 4, 482; vgl. auch: MEGA II/10, 530)? Dieser seines Erachtens Fehlorientierung setzte Marx nun seine Erkenntnis entgegen, dass es unmöglich sei, die Gesellschaft auf einer Basis rekonstituieren zu wollen, die selbst nur der „verschönerte Schatten dieser Gesellschaft“ sei. Um mit der Ausbeutung, Unterdrückung und Verdummung des Menschen durch den Menschen radikal zu brechen und das Grundprinzip einer sozialistischen Gesellschaft, „die volle und freie Entwicklung jedes Individuums“ (MEGA II/5, 477), durchzusetzen, bedürfe es statt einer partiellen einer universellen, einer wirklich *menschlichen* Emanzipation; ohne eine Vergesellschaftung des Produktionsmitteleigentums wie des Staates gebe es keine wirklich gleiche Freiheit aller Menschen.

Mit dieser seiner „*Kapital*“-Erkenntnis wollte Marx nicht etwa die Historizität der bürgerlichen Menschenrechtserklärungen aus dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts leugnen, auch wenn er sie wegen des tatsächlichen Klassencharakters der in ihnen proklamierten Freiheits- und Gleichheitsrechte nur als „sogenannte Menschenrechte“ deklassierte (MEW 1, 361; MEGA I/2, 155) und sie gelegentlich als „ramponierte Bourgeoisideale“ oder als in „Brüderlichkeitsphrasen eingewickelter“ Bourgeoisinteresse in Verruf brachte (MEGA I/10, 486). Er anerkannte als menschengerechte Zielstellung lediglich den „categorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEGA I/2, 177). Nicht auf die *politische*, die bloß partielle Emanzipation, sondern auf die *menschliche*, die universelle Emanzipation kam es ihm an. Und von dieser meinte er, dass sie in Deutschland auf der Tagesordnung der Geschichte stünde: In Frankreich sei die partielle Emanzipation der Grund der universellen; in Deutschland hingegen sei die universelle Emanzipation die unerlässliche Bedingung jeder partiellen Emanzipation: „In Deutschland muss die Unmöglichkeit der stufenweisen Befreiung die ganze Freiheit gebären“, hier könne *keine* Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne *jede* Art der Knechtschaft zu brechen; die Emanzipation des Deutschen sei die Emanzipation des Menschen. Und dann folgen die vielzitierten Worte von der Philosophie als dem Kopf der Emanzipation und dem Proletariat als deren Herz (MEGA I/2, 181-183; MEW 1, 389 ff.).

Wurde Marx aber mit seiner sich auf keine *bürgerliche* Revolution einlassenden, in Deutschland nur noch die proletarische Revolution legitimierenden Auffassung dem Gebot der Stunde (wir schreiben das Jahr 1843!) gerecht? Oder verkannte er in seinem Ungestüm die Möglichkeiten der Geschichte, der deutschen zumal? Hatten die der bürgerlichen Gesellschaft gemäßen Menschen- und Bürgerrechte für die *innerhalb* dieser Gesellschaft Lebenden und Arbeitenden als deren auch subjektive Rechte keine reale, sondern nur eine illusionäre Existenz? So unglaublich es klingen mag: Marx war, explizit auf deutsche Verhältnisse bezogen, damals tatsächlich dieser Meinung. Diese Fehleinschätzung von Marx, was die Unmittelbarkeit einer bevorstehenden sozialistischen Revolution in Deutschland anlangt, wurde von ihm wenig später wieder aufgegeben. Und konsequenterweise gehörten dann zu jenen „Fragen der politischen Strategie des Proletariats in der heranreifenden bürgerlichen Revolution“, über die er in anderen Zusammenhängen schrieb, auch die bürgerlichen Bürgerrechte. Sie waren für ihn dann nicht bloß „ramponierte Bourgeoisideale“, sondern erschienen ihm als von der herrschenden Kapitalistenklasse unter dem Einfluss des Klassenkampfes, also auch von Unten geschaffene, sich unter bestimmten Voraussetzungen sogar gegen die Macht- und Gewalthaber kehrende Waffen des Volkes, speziell der Arbeiterbewegung.

Marx gehörte keineswegs (wie Max Stirner etwa) zu den Rechtsnihilisten, denn diese pflegen mit der geschichtlichen Notwendigkeit auch den Wirklichkeitsgehalt des objektiven Rechts samt dazugehöriger subjektiver Rechte in Zeiten der Reform wie in Zeiten der Revolution zu verleugnen. Marx identifizierte das Recht einer Gesellschaft auch nicht (wie Ferdinand Lassalle etwa) mit den tatsächlichen Machtverhältnissen; es war ihm wohl Klassenwille, aber nicht Klassenwillkür, war ihm normatives Mittel und Maß von und für Macht. Da hier darauf nicht näher eingegangen werden kann, sei wenigstens auf anderweitig publizierte Erörterungen verwiesen (Klenner 1996, 105ff.).

d) Marx hatte den sich gedanklich vollziehenden Übergang vom Idealismus zum Materialismus als eine notwendige Vertiefungsentwicklung von Kritik betrieben. Die Kritik von Theologie und Religion habe sich in die Kritik von Politik und Recht und diese in die Kritik von Politischer Ökonomie auszuweiten (MEGA I/2, 171; MEW 42, 15). Es ist nicht zu übersehen, dass Marx sich mit seinem Stufenprogramm von Kritik in der Tradition der so vehement von Kant begonnenen und von Hegel noch radikalisierten kritischen Philosophie befindet, alle dogmatischen, das heißt der Vernunft entzogenen Voraussetzungen menschlichen Denkens bloßzulegen, um sie aufheben zu können. Indem aber Marx sein Kritik-Trivium von Religions-, Rechts- und Ökonomie-Kritik überwiegend auf die ökonomische Struktur der Gesellschaft konzentriert hat (MEGA II/2, 100), hat er juristische wie philosophische, also auch rechtsphilosophische Probleme im Wesentlichen beiläufig, als abgeleitete behandelt. Mit seinem „rechtsphilosophischen Standpunkt“ (MEGA I/1, 260) hat er vor allem die Einmischung der Religion in das Recht abzuwehren versucht, in seinen kritischen Analysen der Produktionsweise des materiellen Lebens hat er den Einfluss des geistigen (also auch des juristischen) Lebensprozesses auf die Menschheitsentwicklung zwar nicht geleugnet, aber häufig marginalisiert. Damit hat er freilich rechtsnihilistischen Betrachtungs- und Handlungsweisen Vorschub geleistet, die sich dann unter Dogmatikern in der Theorie wie unter Diktatoren in der Praxis mit verheerenden Folgen ausgewirkt haben.

8

Seit eh und je werden Marx' *Rechtsideen*, wie die von Engels, mit ihren *Gerechtigkeitsideen* in Zusammenhang gebracht. In der Gegenwart wird gelegentlich die Forderung nach einer sozialstaatlichen, präsozialistischen Rechtspraxis sogar aus angeblich vorhandenen Gerechtigkeitsgeboten deduziert. Unterzieht man sich der Mühe, Marx', von Engels ergänzten, freilich arg verstreuten Bemerkungen zum Gerechtigkeitssthema innerhalb eines Monumentalwerkes zu strukturieren, dann sieht man sich einem komplexen Gedankengebäude ausgeliefert (vergl. Klenner 2001, 381-387; Baratta 1985, 197-211). Einerseits haben sie jedes Gerechtigkeitsprinzip mit absolutem Geltungsanspruch (da es angeboren, göttlich auferlegt oder apriorisch präntendiert sei) als pure Ideologie, also als „falsches Bewusstsein“ (MEW 9, 494), bewertet: „Von natürlicher Gerechtigkeit zu reden, ist Unsinn. Die Gerechtigkeit der Transaktionen, die zwischen den Produktionsagenten vorgehen, beruht darauf, dass diese Transaktionen aus den Produktionsverhältnissen als natürliche Konsequenz entspringen“ (MEW 25, 351). Wer demzufolge in wissenschaftlichen Untersuchungen mit „Gerechtigkeit“ – häufig nichts anderem als einer „leeren Redensart“ (MEW 34/406), einer „idealistischen Gerechtigkeitsredensart“ (MEW 37, 463) – operiere, stifte bloß heillose Verwirrung an (MEW 18, 277), denn „über soziale Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit wird entschieden durch eine einzige Wissenschaft, [...] die Wissenschaft der politischen Ökonomie“ (MEW 19, 247). Die

Befreiung der Arbeiterklasse sei „keine question of abstract justice or humanitarian sentiment, sondern the first condition of their own social emancipation“ (MEW 32, 669). Schon gar nicht konnte man Marx oder Engels mit ewiger Gerechtigkeit kommen (MEW 4, 161; MEW 17, 625; MEW 20, 580; MEW 23, 99). Doch auch die damit unvereinbar scheinende Gegenposition, die geschichtliche Erklärung für das Entstehen eines Rechtszustandes zum Maßstab einer Rechtfertigung seiner künftigen Geltung zu erheben, wurde von dem zum Dialektiker gewordenen Wissenschaftler Marx verworfen (MEW 1, 78, 380).

Andererseits hat er den teils progressiven, teils konservativen Gehalt der im Geschichtsverlauf der Menschheit auftretenden Gerechtigkeitsvorstellungen als ideellen Ausdruck materieller Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen gewürdigt: Gerechtigkeit sei eben „der ideologisch verhimmelte Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin“ (MEW 18, 277). Davon abgehoben unterschieden Marx und Engels zwischen a) einer *juridischen* Gerechtigkeit (*justitia legalis et forensis*), das heißt einer Übereinstimmung einer Rechtsnorm und eines Gerichtsurteils mit der geltenden Rechtsordnung, b) einer *gesellschaftlichen* Gerechtigkeit, d.h. einer Übereinstimmung zwischen Recht und Produktionsweise, sowie c) einer *historischen* Gerechtigkeit, d.h. einer Übereinstimmung zwischen dem Recht und den Fortschrittserfordernissen der Gesellschaft.

In diesem Sinne unterschieden sie „what is morally fair, what is even fair in law“ von dem, was „socially fair“ ist (MEW 19, 247), wobei sie unter „fair in law“ ein Verhalten oder ein Verhältnis verstanden, das dem jeweils geltenden staatlichen Gesetz oder dem Gewohnheitsrecht entspricht, also juristisch gerecht ist, während sie unter „socially fair“ ein der jeweiligen Produktionsweise gerecht werdendes Verhalten oder Verhältnis verstanden. Nur so kann man verstehen, wenn Engels von „historischer Gerechtigkeit“ (MEW 13, 405) oder von „geschichtlicher Berechtigung“ (MEW 20, 263) spricht, oder wenn Marx von einer „historischen Berechtigung des Kapitals“ (MEW 25, 269) oder von einer „geschichtlichen Berechtigung [...] der bürgerlichen, kapitalistischen Produktionsweise“ schreibt (MEGA II/3, 1861), oder auch davon, dass die kapitalistische Verteilung zwischen Arbeiter*innen und Bourgeois die einzig „gerechte“ Verteilung auf der Grundlage der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sei (MEW 19, 18). Der Kapitalist profitiere „mit vollem Recht, d.h. dem dieser Produktionsweise entsprechenden Recht“ (ebd., 359). Doch könne der Vertrag zwischen Kapital und Arbeit selbst niemals auf gerechten Bedingungen beruhen (MEW 16, 196), denn „der Arbeiter hat keinen gerechten Ausgangspunkt“ (MEW 19, 248), also sei auch sein Arbeitslohn „in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar (MEGA I/25, 12).

Marx und Engels operierten also sowohl mit einem ideologiekritischen als auch mit einem normativen Gerechtigkeitsbegriff. Dabei präferierten sie die reflexiven gegenüber den konstitutiven Eigenschaften von Gerechtigkeit, die Widerspiegelung historischer Vorgänge in Gerechtigkeitsideen gegenüber deren Rückwirkung auf den Verlauf der Geschichte. Fixiert vor allem auf die ihrer Meinung nach bevorstehende proletarische Revolution, in der sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in sozialistische „umhüuten“ werden (MEW 25, 785), haben sie allerdings die reformierenden Potenzen von Gerechtigkeitsforderungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsformation unterbewertet.

Marx' Rechtskonzeption ist eingebettet in die Entwicklung der europäischen Rechtswissenschaft vergangener Jahrhunderte wie der Gegenwart; ihr Wirkungsprozess vollzieht sich international; er ist unabgeschlossen. Kein vertretbarer Wissenschaftsweg führt an den Grundlagenkenntnissen von Marx über das Recht vorbei oder hinter sie zurück.

Literatur

- Baratta, Alessandro (1985): Philosophie und Strafrecht, in: ders., Philosophie und Strafrecht: ausgewählte Aufsätze 1959–1974, Köln u.a., 197-211.
- Braun, Johann (1997): Judentum, Jurisprudenz und Philosophie des Juristen Eduard Gans, Baden-Baden.
- Cornu, Auguste (1954): Marx und Engels, Bd. 1, Berlin.
- Fisahn, Andreas (2018): Staat, Recht und Demokratie, Köln.
- Gans, Eduard (2005): Naturrecht und Universalrechtsgeschichte. Vorlesungen nach G. W. F. Hegel, Tübingen.
- (2011): Briefe und Dokumente, Tübingen.
 - (1836): Rückblicke auf Personen und Zustände, Berlin.
- Hegel, Georg Wilhelm (2009): Gesammelte Werke, Bd. 14,1., Hamburg.
- [1821/1833] (1981): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans hg. und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner, Berlin.
 - [1818/1819] (1983): Die Philosophie des Rechts (studentische Vorlesungsmitschrift der Berliner Vorlesung von 1818/19), Stuttgart.
 - [1816] (1870): Brief an Niethammer, 5. Juli 1816, in: Briefe von und an Hegel, Bd. 2, Berlin, 85-86.
- Hobbes, Thomas [1651] (1996/2004): Leviathan, Hamburg.
- IML – Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED/Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.) (1983): Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin.
- Kant, Immanuel [1784–1797] (1988): zur Rechtsphilosophie, Berlin.
- Klenner, Hermann (2016a): Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit, Köln.
- (2016b): Kritik am Recht, Berlin.
 - (2009): Historisierende Rechtsphilosophie: Essays, Freiburg.
 - (2004): Historische Rechtsschule, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/I, Hamburg, 305-310.
 - (2001): Gerechtigkeit, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, Hamburg, 381-387.
 - (1996): Karl Marx über Legitimationskriterien von Verfassungslegalitäten, in: Winfried Brugger (Hg.), Legitimation des Grundgesetzes aus Sicht von Rechtsphilosophie und Gesellschaftstheorie, Baden-Baden, 97-110.
 - (1991): Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert, Berlin.
 - (1984): Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts, Berlin.
 - (1982): Marxismus und Menschenrechte, Berlin.
- Klenner, Hermann/Oberkofler, Gerhard (1993): Zwei Voten Savignys über Eduard Gans, in: Topos, Bd. 1, Bonn, 123-148.
- Kliem, Manfred (1970): Karl Marx. Dokumente seines Lebens, Leipzig.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (2019): Der Marxismus über den Staat. Staat und Revolution, Berlin.
- Lifschitz, Michail (Hg.) (1969): Karl Marx/Friedrich Engels, Über Kunst und Literatur. Eine Sammlung aus ihren Schriften, Berlin.

- Locke, John [1660-1697], (1980): *Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt*, Leipzig.
– [1689] (1988): *Two Treatises of Government*, Cambridge.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1958): *Über Religion*, Berlin.
- Nicolin, Friedhelm (Hg.) (1978): *Briefe von und an Hegel*, Bd. 4, Teil 1: *Dokumente und Materialien zur Biographie*, Berlin.
- Sachregister (1979): *Sachregister zu Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW)*, hg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.
- Savigny, Friedrich Carl von [1816] (1973): „*Stimmen für und wider neue Gesetzbücher*“, in: *Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft*, Bd. 3, H. 1, 1-52.
– (1814): *Vom Beruf unsrer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, Heidelberg.
- Schöncke, Manfred (Hg.) (1993): *Karl und Heinrich Marx. Lebenszeugnisse – Briefe – Dokumente*, Bonn.
- Wagenknecht, Sahra (1997): *Vom Kopf auf die Füße? Zur Hegelkritik des Jungen Marx*, Bonn.
- Waszek, Norbert (1991): *Eduard Gans*, Frankfurt am Main.

Emanuel Kapfinger

Marx' Kritik der Philosophie in den *Pariser Manuskripten*

Kritische Philosophie wird oft wie selbstverständlich mit marxistischer Theorie verbunden, beispielsweise von Adorno oder Negri. Das eine wie das andere, Philosophie wie Marxismus, gilt als kritische Theorie, die man in eine produktive Synthese bringen können soll. Offenbar stellt Marx' explizite Kritik der Philosophie weder hierfür noch für die „marxistische Philosophie“ eines Lukács, Althusser oder Žižek ein Hindernis dar.

Aber kritische Philosophie ist mit marxistischer Theorie nicht kompatibel. Als Philosophie kann sie Emanzipation nur in philosophischen Abstraktionen wie der Autonomie des Selbstbewusstseins oder der Überwindung von Identität denken, mit denen sie schon die reale Emanzipation in der Hand zu halten glaubt. Diese Kritik der kritischen Philosophie werde ich im Folgenden anhand Marx' Kritik der Philosophie überhaupt angehen. Diese Kritik der Philosophie ist dabei selbst ein Beispiel für marxistische Theorie: Sie ist Darstellung ihres Gegenstandes, hier der Philosophie, in seiner spezifischen Logik unter der Perspektive seiner praktischen Aufhebung, ohne ihn an einer Abstraktion zu messen.

Diese Kritik der Philosophie denunziert deswegen auch die Philosophie nicht äußerlich als „bürgerlich“. Die Philosophie ist kein zu bekämpfender Feind, wie das der Parteimarxismus über die idealistische Philosophie behauptet. Zum einen braucht marxistische Theorie die offene Auseinandersetzung mit der Philosophie für ihre eigenen Inhalte, zum andern eröffnet die Kritik der Philosophie gerade eine Perspektive für eine emanzipatorische Alternative zur Philosophie, die selbst in gewissem Sinn philosophisch ist.

1. Der philosophische Augenblick

Ich möchte meine Perspektive auf die Philosophie anhand eines spezifischen Erfahrungsgehalts einführen, den man den philosophischen Augenblick nennen könnte. Damit meine ich den Augenblick, in dem in einer Lektüre oder in einer Diskussion mit einem Mal „Philosophie geschieht“, man etwas „verstanden“ hat, gerne auch gemeinsam mit anderen: Wo ein Bruch mit dem Alltag stattfindet und es mit einem Mal gleichgültig wird, wieviel Aufwand und Kraft das Verstehen gekostet hat und wie erschöpft man ist. Doch mit einem Mal ist man „in der Philosophie“, und es ist eine eigentümliche Energie und Faszination freigesetzt. Mit einem Mal erschließt und ergibt sich alles zwanglos und klar. Es wird gleichgültig, wie spät es noch wird und welche nützlichere Verwendung für diese Zeit man sich gerade noch vorgestellt hatte. Der philosophische Augenblick, der wohl ewig währen könnte, hat begonnen.

Der Augenblick, in dem „Philosophie geschieht“, lässt sich in seinem Erfahrungsgehalt durch die spezifische Form der philosophischen Denkbewegung erklären, so wie Marx sie fasst. Der philosophische Augenblick geschieht, wie sich zeigen wird, immer dann, wenn man einen genuin philosophischen Gedanken nachvollzogen hat. Solche Gedanken sind zum Beispiel Fichtes Ich

= Ich, wonach das Ich sich selbst setzt, und gerade dadurch ist und sich setzen kann (vgl. Fichte 1794/1997, 16); Hegels „Einsicht“, dass das Wahre nicht nur als Substanz, sondern ebenso als Subjekt aufzufassen ist (vgl. PhG, 23); oder Bruno Bauers freies Selbstbewusstsein, das seine Entfremdung durch seine eigene Freiheit hervorgebracht habe (vgl. Bauer 1841/1986, 273).

Marx' These über die Philosophie, die ich im Folgenden rekonstruiere und an die ich mich anschließe, lässt sich wie folgt umreißen: Philosophie ist eine spezifische Reflexion auf Probleme der Praxis und der Forschungspraxis und produziert eine Abstraktion, in der das jeweilige Problem als gelöst erscheint. Im Zuge dieser Reflexion produziert sie zugleich ein spezifisches philosophisches Innen, das Marx als das eigentliche, aber verborgene Interesse der Philosophie aufzeigt. Diese Produktion hebt vor allem den grundlegenden Gegensatz der Philosophie auf, nämlich den des Denkens und der Praxis, und besteht daher in der Einverleibung der praktischen Probleme in das philosophische Innen, die nun nachträglich als theoretische erscheinen, die durch Theorie gelöst werden können. Die praktischen Probleme selbst bleiben dabei bestehen, obwohl sie in der Philosophie als überwunden gelten.

Für die Formulierung dieser Perspektive auf die Philosophie war für mich die Interpretation der marxischen Philosophiekritik von Pfreundschuh und Falk (1978) sehr wichtig, die ich in diesem Aufsatz ausarbeiten und präzisieren möchte.

2. Kritische Philosophie und philosophische Kritik

Marx entwickelte seine Kritik der Philosophie im Zuge der Kritik der kritischen Philosophie seiner Zeit, in erster Linie der Linkshegelianer. Während diese sich kritisch von der damaligen herrschenden Philosophie absetzten, kritisierte Marx sie dafür, dass sie dabei nicht weit genug gingen. Das findet sich prägnant in der 11. Feuerbachthese ausgedrückt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“ (MEW 3, 7)

Mit den Philosophen sind hier in erster Linie die Linkshegelianer gemeint (vgl. MEW 3, 20). Marx drückt hier seine Opposition zu den Junghegelianern dahingehend aus, dass sie trotz ihrer Kritik noch Philosophen geblieben sind und daher zur Veränderung der Welt nichts beitragen. Dies ist nicht so zu verstehen, dass Marx hier der Theorie überhaupt eine Absage erteilt und stattdessen für ein reines Weltverändern ohne Theorie eintritt. Marx war ja durch und durch Theoretiker. Vielmehr impliziert die 11. Feuerbachthese eine alternative Theorie bzw. eine alternative Kritik, die nicht philosophisch ist und immanent auf die Veränderung der Welt abzielt. Seine Opposition zur kritischen Philosophie der Linkshegelianer besteht also darin, dass diese als Philosophie überhaupt die Welt nur interpretiert und darin die Welt, wie sie ist, nur anerkennt, aber nicht verändert.

Von der kritischen Philosophie der Linkshegelianer ist allerdings ihre „philosophische Kritik“ (MEW 3, 19) zu unterscheiden, mit der sie leicht verwechselt werden kann. Den Linkshegelianern ging es zentral auch um die Verwirklichung der Philosophie, und das hieß in der Regel eine linke Interpretation Hegels. Hierzu entwickelten sie ein umfangreiches politisch-publizistisches Engagement und können so als bürgerlich-demokratische Intellektuellenbewegung des Vormärz gelten. Ihre philosophische Kritik richtete sich gegen die herrschenden, fremdbestimmten Zustände ihrer Zeit, allen voran Monarchie und Religion. Sie kritisierten diese Zustände darin, dass sie im Widerspruch mit den philosophischen Ideen Hegels standen, und strebten die Verwirklichung dieser Ideen an, etwa in Demokratie und der Freiheit von religiösen Dogmen.

Die philosophische Kritik der Linkshegelianer steht einer liberalen politischen Kritik sehr nahe, ist aber nicht ganz dasselbe, weil es ihr um die Verwirklichung der Philosophie geht. Hierbei wendet sich die Philosophie, so Marx (vgl. MEW 40, 328), nach außen gegen die Welt, damit diese „philosophisch wird“ bzw. die philosophischen Ideen in ihrer Wirklichkeit erhalten. In jüngerer Zeit könnte man diese philosophische Kritik mit dem politisch-publizistischen Engagement der Philosophen Adorno, Honneth und Žižek zu vergleichen. Nach Marx kann es nicht gelingen, so die Welt zu verändern, vielmehr arbeiteten die Linkshegelianer auf eine bloße Bewusstseinsveränderung hin, die auf die Forderung hinauslaufe, „das Bestehende [...] vermittelt einer anderen Interpretation anzuerkennen.“ (MEW 3, 20)

Allerdings ist dieses politisch-publizistische Engagement eine „unphilosophische Wendung“ (MEW 40, 326) der Philosophen, in der die Philosophie sich gegen die Welt „herauskehrt“. Tatsächlich hatten die Linkshegelianer auch kritische Philosophien ausgearbeitet, die in ihrem Unterschied von ihrer philosophischen Kritik und in ihrer Eigenlogik betrachtet werden müssen. So besteht eine zentrale philosophische Überlegung von Bruno Bauer darin, dass die Herrschaft der fremden Mächte – Monarchie, Religion – auf der eigenen Freiheit der Menschen beruht, die die fremden Mächte und ihre Unfreiheit selbst hervorgebracht hätten; es sei jetzt an ihnen, durch das Bewusstsein ihrer Freiheit die fremden Mächte zu überwinden (vgl. Bauer a.a.O.). Feuerbach, der sich zeitlebens von praktischem Engagement ferngehalten hat, kritisierte die Religion ebenfalls in philosophischer Weise: Gott sei lediglich eine Projektion des menschlichen Wesens auf ein fremdes Wesen (vgl. Feuerbach 1841/1969, 43).

Die Kritik der philosophischen Kritik ist also keine Kritik der kritischen Philosophie. Marx verfolgt beide Kritiken, erstere etwa in *Zur Judenfrage* oder in *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, letztere vor allem in *Die heilige Familie* und in *Die deutsche Ideologie* (gemeinsam mit Engels). Dabei richtet sich seine Kritik der kritischen Philosophie nicht im Besonderen gegen ihren kritischen Charakter, sondern dagegen, dass sie überhaupt Philosophie ist. Weil jedoch ein zentraler Kritikpunkt an der Philosophie ganz ähnlich aussieht wie die Kritik der philosophischen Kritik, nämlich dass die Philosophie die Welt nur interpretiert, aber nicht verändert (siehe Abschnitt 6), verschwimmen die beiden Kritiken Marx' und mit ihnen deren Gegenstände recht leicht.

3. Pariser Manuskripte: Kritik Hegels und Kritik der Philosophie im Allgemeinen

Der Ort, an dem Marx dezidiert eine Kritik der Philosophie im Allgemeinen darlegt, ist die Hegel-Kritik in den *Pariser Manuskripten*¹. Marx leitet diesen Text ein mit dem Vorwurf gegen

1 Die Hegel-Kritik in den *Pariser Manuskripten* wird zwar in den MEW als ein zusammenhängendes Kapitel präsentiert, in den unveröffentlicht gebliebenen Manuskripten gibt es jedoch nur drei Fragmente zu Hegel, die textlich nicht aneinander anschließen. Es stellt sich daher die philologische Frage, ob es berechtigt ist, diese drei Fragmente im Zusammenhang zu interpretieren, d. h. als ein Kapitel wie in den MEW.

Zunächst zu den philologischen Fakten. Ich lege dafür die ursprüngliche Gestalt der Manuskripte in MEGA I.2 zugrunde. Marx hat für die *Pariser Manuskripte* eine Vorrede geschrieben, der zufolge er die Hegel-Kritik ausdrücklich als Schlusskapitel geplant hat (MEGA I.2, 317; MEW 40, 468). Des

die Linkshegelianer, dass sie, mit der Ausnahme Feuerbachs, „ein völlig kritikloses Verhalten zur Methode des Kritisierens“ an den Tag legten und sich der zentralen Frage „Wie halten wir es nun mit der Hegelschen Dialektik?“ nicht stellten. Sie seien „wenigstens der Potenz nach noch vollständig innerhalb der Hegelschen Logik befangen“ (MEW 40, 568).

Marx stellt sich in diesem Text also der Frage, wie wir es mit der hegelschen Dialektik halten sollen. Obwohl er einerseits einen Unterschied zwischen Hegel und der ihm vorhergehenden Philosophie sieht, der ein Unterschied ums Ganze ist, besteht seine Kritik an Hegel letztlich darin, dass dieser noch Philosoph und damit abstrakter Denker geblieben ist. Andererseits aber hat Hegel, so Marx, die Voraussetzung für die Kritik der Philosophie geschaffen.

Marx zufolge erfasst Hegel – anders als die Philosophen vor ihm – das „Tun der Philosophie“ und stellt es in seiner eigenen Wissenschaft bewusst dar. Hegels Wissenschaft sei darum „absolut“ (MEW 40, 574) und erlaube es, statt bloß einzelner Philosophien die Philosophie als solche zum „Gegenstand der Kritik“ (MEW 40, 586) zu machen. Die Philosophie sei abstrakt geistige Arbeit und arbeite einzelne Momente der Natur und des menschlichen Lebens als das Wesen heraus, zum Beispiel Fichtes Ich = Ich oder Spinozas Substanz. Marx versteht Hegels Wissenschaft also als eine Philosophie, die sich grundsätzlich von den anderen Philosophien unterscheidet, indem sie selbstreflexiv das Tun der Philosophie und damit ihr eigenes Tun darstellt: Hegel kann „der vorhergehenden Philosophie gegenüber ihre einzelnen Momente zusammenfassen und seine Philosophie als *die* Philosophie darstellen“ (MEW 40, 574f.). Es geht Marx hier sicherlich nicht um eine zeitliche Unterscheidung der Philosophie vor und nach Hegel, sondern um die sachliche Unterscheidung zwischen einzelnen Philosophien und Hegel als *der* Philosophie, so dass also auch nach Hegel solche einzelne Philosophie möglich ist.

Wenn Hegel das Tun der Philosophie bewusst darstellt, ist die Kritik an Hegel zugleich eine an der Philosophie als solcher. Der Text ist also, obwohl explizit nur Hegel-Kritik und nicht Kritik der Philosophie, implizit zugleich Kritik der Philosophie. Dabei ist eine Kritik der Philosophie, die diese im Allgemeinen und nicht nur einzelne Philosophien thematisiert, auch auf eine solche bewusste Darstellung des Tuns der Philosophie angewiesen, wie Marx sie bei Hegel findet. Umgekehrt ist Marx' Kritik an Hegel nicht speziell eine an Hegel im Unterschied zu anderen Philosophien, sondern Marx kritisiert Hegels Philosophie, insofern sie überhaupt Philosophie ist: Sie besteht nach Marx ja gerade darin, das Tun der Philosophie darzustellen.

Weiteren befinden sich die drei Hegel-Fragmente im Heft III der *Pariser Manuskripte*; zwischen ihnen stehen jeweils nur kurze Textstücke ohne thematischen Bezug zu Hegel. Das erste Fragment schließt zwar als Punkt „6“ (MEGA I.2, 275) an fünf Punkte zur Kritik defizitärer Auffassungen von Kommunismus an, in deren Kontext Marx' Kritik der Junghegelianer offenbar steht; allerdings geht es in den fünf vorhergehenden Punkten gar nicht um Philosophie, so dass der Punkt „6“ als eigenständige Philosophiekritik interpretiert werden kann. Während das erste Fragment zwar nicht in direktem Zusammenhang zu den anderen beiden steht, verweist das zweite Frage direkt auf das dritte: „Siehe Fortsetzung, p. XXII.“ (MEGA I.2, 286), und das dritte am Anfang zurück auf das zweite: „Siehe p. XVIII.“ (MEGA I.2, 292)

Insgesamt lässt sich sagen, dass die drei Fragmente in engem textlichem Zusammenhang stehen und Marx überdies ihre Zusammenführung in ein Kapitel geplant hat. Darüber hinaus teilen sie denselben Inhalt: die Kritik an Hegel als abstraktem Denker in einer entfremdeten Welt. Die argumentative Zusammengehörigkeit der drei Fragmente wird meine Interpretation in diesem Aufsatz erweisen.

4. Eine Leerstelle bei Marx

Der Text weist nun allerdings in Bezug auf das Verhältnis Hegels zu den anderen Philosophien eine Leerstelle auf. Marx charakterisiert die nichthegelschen Philosophien nur aus einer formalen Metaperspektive, nämlich dass sie einzelne Momente der Natur und des menschlichen Lebens zum Wesen erheben und im Unterschied zu Hegel ihr eigenes Tun nicht erfassen. Aber er sagt nicht, was die Philosophen bei dem Herausarbeiten der einzelnen Momente genau machen, warum sie das machen und wie sie sich selbst dabei sehen. Er sagt nicht, worin das Tun der Philosophie konkret besteht und wie sie sich selbst erfassen, wenn ihnen ihr eigenes Tun verborgen ist.

Es muss neben Hegels „absoluter“ Darstellung der Philosophie das Phänomen der Philosophie im Sinne des konkreten Tuns der einzelnen Philosophen geben. Als „Phänomen der Philosophie“ bezeichne ich die Philosophie, wie sie unmittelbar sichtbar oder erfahrbar ist und wie sie sich dabei selbst erlebt, wie etwa in dem eingangs beschriebenen philosophischen Augenblick. Dabei verwende ich das griechische Wort „Phänomen“ statt des deutschen Wortes „Erscheinung“, weil „Phänomen“ im heutigen Sprachgebrauch das unmittelbar Gegebene bezeichnet, „Erscheinung“ dagegen die bloße Erscheinung, die keine eigentliche Wirklichkeit besitzt. Phänomen soll dabei weder ausdrücken, dass das Wesen der Philosophie getrennt vom Phänomen existiert und im Phänomen als in etwas anderem erscheint, noch, dass das Phänomen nicht eigentlich die Philosophie ist und nur das Wesen eigentlich Philosophie ist. Das Phänomen ist vielmehr die Philosophie selbst.

Aus meiner Sicht setzt Marx im Text das Verständnis dieses Phänomens implizit voraus. Weil er aber nichts explizit dazu ausführt, lädt der Text leicht zu einer Fehlinterpretation ein (so etwa Schmied-Kowarzik 2018, 197; Arndt 2004, 255). Marx vertritt darin nämlich die These, dass Hegels eigentliches Interesse das „Überwinden des Gegenstandes“ zugunsten der Selbstidentität des Denkens ist. Weil Hegels Philosophie in der Darstellung des Tuns der Philosophie besteht, bezieht sich das Überwinden des Gegenstandes auch auf dieses Tun. Da Marx nun über das Phänomen der Philosophie selbst nichts sagt, laden seine Formulierungen zu der Interpretation ein, dass Marx Hegel bzw. die Philosophie unmittelbar in ihrem konkreten Tun als Überwinden des Gegenstandes versteht, d.h. so, dass der Gegenstand danach verschwindet und nur mehr als Gedanke existiert. Das philosophische Tun wäre dann offensichtlich illusionär, auch hätten aus der Sicht einer solchen Kritik philosophische Gedanken wie Fichtes Ich = Ich oder Bauers Freiheit des Selbstbewusstseins dann keinerlei eigenen Gehalt, sondern bestünden nur in dem abstrakten Interesse, die Gegenständlichkeit zu überwinden, wenn dieses Interesse auch verschiedene Formen annähme. Eine Auseinandersetzung mit dem konkreten Gehalt einer Philosophie wäre dann unnötig, weil bereits zuvor das Resultat klar ist, nämlich dass es ihr nur um das Überwinden des Gegenstandes geht.

Diese platte These erscheint allerdings folgerichtig in der Auffassung, die den Gegensatz von Idealismus und Materialismus als die Grundfrage der Philosophie versteht. Diese Auffassung wurde zuerst von Engels formuliert und bestimmt bis heute das Philosophieverständnis des leninistisch orientierten Marxismus, etwa der Zeitschrift für dialektische Philosophie. Engels geht es hierbei nicht mehr um eine Kritik der Philosophie, sondern um eine Grundunterscheidung innerhalb der Philosophie, was bedeutet, dass dem Idealismus als der falschen Philosophie der Materialismus als die richtige gegenübergestellt wird. Während der Materialismus die Natur als das Ursprüngliche ansehe, behaupte der Idealismus die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur. Für Hegel sei „das, was wir in der wirklichen Welt erkennen, [...] eben ihr gedankenmäßiger Inhalt, dasjenige, was die Welt zu einer stufenweisen Verwirklichung der absoluten Idee macht“

(MEW 21, 275). Wird Idealismus so verstanden, dann ist es nur folgerichtig, dass sein Interesse an der Natur bzw. Gegenständlichkeit nur darin besteht, sie zugunsten des Denkens zu überwinden.

Marx These, dass das eigentliche Interesse der Philosophie im Überwinden des Gegenstandes besteht, ist jedoch auf komplexe Weise mit dem Phänomen der Philosophie vermittelt: Sie kann nur aus dem konkreten Phänomen selbst hergeleitet werden, wobei das eigentliche Interesse in diesem nicht unmittelbar präsent und dennoch wirksam ist. Ich werde diese Vermittlung in den folgenden beiden Abschnitten darlegen. Dafür werde ich zunächst Marx' implizite These über das Phänomen der Philosophie rekonstruieren. Ich nenne sie These I (Abschnitt 5); ihr zufolge besteht das Tun der einzelnen Philosophien darin, Lösungen für praktische Gegensätze zu erarbeiten, dies allerdings in bloß theoretischer Form als begriffliche Abstraktionen. Auf dieser Grundlage kann ich dann Marx' These über die Philosophie als subjektiv-objektive Form erläutern. Diese These II (Abschnitt 6) behauptet tatsächlich das Überwinden des Gegenstandes durch die Philosophie durch Produktion eines spezifischen Innen der Philosophie. Dabei bleibe ich bei beiden Thesen auf einer allgemeinen Ebene, das heißt ich verfolge nur den Begriff der Philosophie und gehe auf keine einzelne Philosophie als solche ein. Das ist genau genommen eine falsche Abstraktion (die Marx hier auch macht), weil ich so nur über Philosophie überhaupt spreche, ohne wirklich über Philosophien zu sprechen. Eine durchgeführte Kritik der Philosophie müsste daher die einzelnen Philosophien für sich und in ihrem Zusammenhang darstellen.

Bevor ich zu den beiden Thesen komme, eine Bemerkung: Marx unterscheidet nicht zwischen moderner und vormoderner Philosophie (übrigens auch nicht zwischen europäischer und außereuropäischer Philosophie). Er spricht immer nur von „der“ Philosophie ohne historische Periodisierung. Auf der anderen Seite durchzieht die Manuskripte die Unterscheidung zwischen feudaler und moderner Welt, insbesondere ordnet Marx die Nationalökonomie als spezifisch moderne Wissenschaft ein. Zugleich kritisiert er die Philosophie mit den Begriffen der Entfremdung und der Abstraktheit, Begriffe, die er sonst in den Manuskripten zur Kritik spezifisch moderner Phänomene verwendet. Es ist rätselhaft, warum Marx diese historische Periodisierung nicht auch für die Philosophie vollzieht. Ich beziehe jedenfalls meine Rekonstruktion nur auf die Philosophie als spezifische Praxis der kapitalistischen Gesellschaft.

5. These I: Das Phänomen der Philosophie

Marx führt seine These über das Phänomen der Philosophie nicht explizit aus, und sie kann daher nur indirekt rekonstruiert werden. Dazu hilft zunächst folgende Bemerkung über die Philosophie, die zwar in den *Pariser Manuskripten*, aber nicht im Hegel-Teil steht:

„Man sieht, wie Subjektivismus und Objektivismus, Spiritualismus und Materialismus, Tätigkeit und Leiden erst im gesellschaftlichen Zustand ihren Gegensatz und damit ihr Dasein als solche Gegensätze verlieren; man sieht, wie die Lösung der *theoretischen* Gegensätze selbst *nur* auf eine *praktische* Art, nur durch die praktische Energie des Menschen möglich ist und ihre Lösung daher keineswegs nur eine Aufgabe der Erkenntnis, sondern eine *wirkliche* Lebensaufgabe ist, welche die *Philosophie* nicht lösen konnte, eben weil sie dieselbe als *nur* theoretische Aufgabe faßte.“ (MEW 40, 542)

Die theoretischen Gegensätze oder Gegensätze innerhalb der Theorie sind demnach erst im „gesellschaftlichen Zustand“, d.h. im Kommunismus (vgl. MEW 40, 536) überwunden. Sie müssen daher durch den jetzigen „nichtgesellschaftlichen“ Zustand oder die jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt sein, und ihre Lösung ist daher eine praktische Aufgabe. Die Philosophie

hatte versucht, sie zu lösen, aber nur auf theoretische Art. Die theoretischen Gegensätze stellen also für die Philosophie ein Problem dar, aber sie sieht in ihrer Lösung nur eine Aufgabe der Erkenntnis. Der Philosophie erscheint es also so, dass sie mit der richtigen Erkenntnis die theoretischen Gegensätze lösen könnte.

Ich will diese Stelle auf eine andere beziehen:

„Dieser Kommunismus [sc. der vollendete] ist [...] die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.“ (MEW 40, 536)

Im vollendeten Kommunismus sind also nicht nur die theoretischen Gegensätze gelöst, sondern auch die praktischen. Die von Marx hier aufgezählten praktischen Gegensätze treten nun einerseits wiederum als theoretische Gegensätze in der Philosophie auf, zum Beispiel der Widerstreit von Mensch und Natur als Gegensatz von Subjektivismus und Objektivismus, und stellen andererseits gerade theoretische Probleme der Philosophie dar. Ich interpretiere diese Stelle daher so, dass die Philosophie ihre theoretischen Probleme nicht lösen kann, weil sie eigentlich praktische Gegensätze sind. Die Philosophie kann zwar zu einer *scheinbaren* Auflösung der praktischen Gegensätze kommen, aber nicht zu einer *wahrhaften*, die erst im Kommunismus möglich ist. Gleichwohl stellen die praktischen Gegensätze für die Philosophie Probleme dar, die die Philosophie versucht zu lösen, wenn auch nur auf theoretische Art.

Nun zu einer anderen Überlegung von Marx, von der aus ich dann wieder hierher zurückkomme. Ich habe bereits geschrieben, dass die üblichen, nichthegelschen Philosophien einzelne Momente der Natur und des menschlichen Lebens zum Wesen erheben.

„Hegel setzt den in sich kreisenden Akt der Abstraktion an die Stelle jener fixen Abstraktionen; damit hat er einmal das Verdienst, die Geburtsstätte aller dieser ihrem ursprünglichen Datum nach einzelnen Philosophen zugehörigen ungehörigen Begriffe nachgewiesen, sie zusammengefaßt und statt einer bestimmten Abstraktion die in ihrem ganzen Umkreis erschöpfte Abstraktion als Gegenstand der Kritik geschaffen zu haben“ (MEW 40, 586; vgl. auch 585).

Marx geht von zahlreichen einzelnen Philosophien aus, zu denen jeweils einer der ungehörigen Begriffe oder einzelnen Momente gehört. Diese sind bestimmte und fixe Abstraktionen, was bedeutet, dass aus dem Gesamtzusammenhang von Natur und Mensch einzelne, bestimmte Momente herausabstrahiert und als isolierte und einzige und zugleich wesentliche Momente hypostasiert werden. So ist es beispielsweise, wenn „die“ Natur bzw. „der“ Geist, oder „das“ Subjekt bzw. „das“ Objekt zum Prinzip erklärt werden. Diese Abstraktionen sind „losgerissen vom *wirklichen* Geist und von der *wirklichen* Natur“ (MEW 40, 585), sie sind also als für sich bestehende Wesenheiten, selbständig gegen Geist und Natur hypostasiert.

Mit diesen beiden Überlegungen Marx' kann ich seine implizite These (These I) über das Phänomen der Philosophie rekonstruieren: Die den einzelnen Philosophien zugehörigen fixen Abstraktionen sind gerade die von ihnen formulierten, bloß theoretischen Lösungen praktischer Gegensätze. In den Abstraktionen und durch sie sollen die praktischen Gegensätze überwunden sein. Das philosophische Tun bestünde dann allgemein darin, in der Theorie eine Identität zu erarbeiten, die die Gegensätze löst, die aber zugleich bloß theoretisch ist und eine fixe Abstraktion darstellt.

„Das *Aufheben* [...] ist [...] die innerhalb der Entfremdung ausgedrückte Einsicht [in] [...] die Vernichtung der *entfremdeten* Bestimmung der gegenständlichen Welt“ (MEW 40, 583).

Wenn Hegel den in sich kreisenden Akt der Abstraktion an die Stelle jener fixen Abstraktionen setzt, dann stellt er gerade dieses philosophische Tun dar: Er arbeitet kritisch den widersprüchlichen Charakter eines Gegenstandes heraus und hebt die Widersprüche in eine versöhnte Gestalt auf, eine Abstraktion. Im Unterschied zu den anderen Philosophen bleibt Hegel hier allerdings nicht stehen, sondern zeigt gerade den widersprüchlichen Charakter auch dieser Abstraktion wieder auf, so dass sich insgesamt eine fortgesetzte Bewegung ergibt.

„So z.B. ist in Hegels Rechtsphilosophie das aufgehobne *Privatrecht* = *Moral*, die aufgehobne *Moral* = *Familie*, die aufgehobne *Familie* = *bürgerlicher Gesellschaft*, die aufgehobne bürgerliche Gesellschaft = *Staat*, der aufgehobene Staat = *Weltgeschichte*.“ (MEW 40, 581f.)

Die Entstehung der theoretischen Gegensätze lässt sich dabei so verstehen, dass sich in den philosophischen Identitäten zu den praktischen Gegensätzen selbst wieder gegensätzliche Positionen ergeben. Man könnte zum Beispiel darüber nachdenken, ob der praktische Gegensatz von Subjekt und Objekt, wie er unter anderem durch den Gegensatz von privater Warenproduktion und gesellschaftlichem Warentausch bedingt ist, philosophisch durch zwei gegensätzliche Identitäten gelöst wird, die Subjekt respektive Objekt zu unterschiedlichen fixen Abstraktion erheben.

Während Hegels Philosophie das fortgesetzte Kreisen durch alle diese fixen Abstraktionen ist, greift die übliche Philosophie einzelne solcher Abstraktionen heraus. Sie ist darum in zahlreiche Einzelphilosophien zersplittert, die unterschiedliche Abstraktionen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs zum Wesen erheben, sei es das Sein, das Subjekt, die Moral, die Politik oder anderes. Hierdurch sind sie auch untereinander in einen notwendigen und fortdauernden Streit verstrickt, der insbesondere an Gegensätzen im selben Feld sichtbar ist, etwa Subjektivismus gegen Objektivismus oder auch „marxistischer“ Ökonomismus gegen Kulturalismus. Die Philosophie als solche besteht gewissermaßen nur in dem Zusammenhang dieser zersplitterten Einzelphilosophien. Hegel stellt in seinem System diesen Zusammenhang durch Darstellung der Einzelphilosophien und ihrer Beziehungen dar.

Die theoretische Lösung der praktischen Gegensätze darf allerdings nicht als bloß formale Identität verstanden werden. Die philosophischen Begriffe sind nicht simple Identitäten, in denen etwa der Gegensatz von Subjekt und Objekt einfach beseitigt wäre. In welcher Weise genau sie theoretische Lösungen darstellen, kann nur in konkreter Untersuchung der einzelnen Philosophien und der ihnen zugrundeliegenden Fragestellungen und Probleme beantwortet werden. Diese Fragestellungen sind jedenfalls nicht simple Gegenüberstellungen zweier Abstraktionen, sondern Probleme, die sich in der konkreten Praxis und Forschungspraxis stellen, etwa die Frage, wie wahre Erkenntnis möglich ist, wenn Subjekt und Objekt einander strikt entgegengesetzt sind. Andere Fragen sind: Wie ist moralisch gutes Handeln möglich, wenn wir in unserer Natur unseren eigenen Interessen folgen? Wie ist der Staat zu legitimieren, wenn selbst repräsentative Demokratie nicht so richtig demokratisch ist, und die Staatsgewalt doch eigentlich „vom Volke ausgeht“? Was ist richtige Kritik, wenn Gesellschaftstheorie so leicht selbst positivistisch werden kann? Es ist übrigens ebenfalls ein Modus einer theoretischen Lösung, wenn eine Philosophie – wie diejenige Heideggers – behauptet, dass die Gegensätze gar nicht überwunden werden können und gerade ihre Unhintergebarkeit eingesehen werden muss.

Die These I liegt auch Marx' Kritiken an einzelnen Philosophen zugrunde. So schreibt er in *Die heilige Familie* über Bruno Bauer, dass dieser „reale, objektive, außer mir existierende Ketten in bloß subjektive, bloß in mir existierende Ketten und daher alle äußerlichen, sinnlichen Kämpfe in

reine Gedankenkämpfe“ verwandele (MEW 2, 87). In seinem Bemühen, eine theoretische Lösung der praktischen Gegensätze zu erarbeiten, adressiere er ein „von der materiellen Masse getrenntes Subjekt [...], das *‘Innerste der Seele’*“ (MEW 2, 85). Dieses Subjekt wäre also die fixe Abstraktion bei Bauer, dem hier die Fähigkeit zugeschrieben wird, durch seine Freiheit die Ketten zu sprengen.

Bevor ich zur nächsten These komme, noch eine Bemerkung: Die *Pariser Manuskripte* und zumal die Hegel-Kritik sind nicht frei von selbst wiederum philosophischen Überlegungen. Das konzentriert sich vor allem auf Marx' Verständnis von Geschichte. Marx zieht einen Trennstrich (MEW 40, 574) zwischen der „Entstehungsgeschichte des Menschen“, in der die Entfremdung noch aufgehoben werden muss, und der „wirklichen Geschichte“, in der die Entfremdung aufgehoben ist und der Mensch entstanden ist. In dem Entstehungsakt hebt der Mensch „mit Bewußtsein“ diesen Entstehungsakt auf (MEW 40, 579). So mystifizierend dies klingt, so philosophisch ist es: Die Geschichte ist teleologisch auf den Entstehungsakt gerichtet und damit letztlich nur das Mittel, um diesen herbeizuführen. Tatsächlich erkennt Marx diese Geschichtsteleologie in Hegels *Phänomenologie des Geistes* wieder und rechnet ihm hoch an, dass er sie schon erkannt habe. Solche philosophischen Überlegungen durchziehen die ganzen *Pariser Manuskripte*, obwohl Marx darin zugleich eine radikale Kritik an Hegel und der Philosophie formuliert. Aus meiner Sicht verschmelzen die philosophischen und die kritischen Überlegungen nicht ununterscheidbar, sondern man kann sie auch textlich sehr klar trennen. In dieser Rekonstruktion berücksichtigt ich jedenfalls die ersteren nicht weiter.

6. These II: Die Philosophie als subjektiv-objektive Form

Anders als die übliche Philosophie „weiß“ Hegel nach Marx das Tun der Philosophie und stellt die fixen Abstraktionen der einzelnen Philosophien als Momente der Philosophie im Ganzen dar, einer „Totalität von Abstraktionen“ (MEW 40, 585). Diese Philosophie überhaupt, als die Hegel sein System darstellt, beschreibt einen großen Kreis, der die Abstraktionen der einzelnen Philosophien in einem Prozess zusammenfasst. Dabei entsprechen die einzelnen Übergänge dieses Kreises dem Tun der einzelnen Philosophien, für praktische Gegensätze theoretische Lösungen zu erarbeiten. Die übliche Philosophie führt ihr Tun blind aus, sie kann sich daher das Phänomen der Philosophie nicht vergegenwärtigen.

Weil Hegel dazu in der Lage ist, kann er den Prozess der Philosophie zugleich in seiner inneren Logik als Dialektik darstellen, d.h. als Prozess einer subjektiv-objektiven Form. Dieser ist in dem konkreten Tun wirksam und in dem Lösen praktischer Gegensätze zugleich auf etwas anderes gerichtet, nämlich auf die „Überwindung des Gegenstandes“ und seine „Einverleibung in das Selbstbewußtsein“ (MEW 40, 576). Genauer: Die Philosophie löst die praktischen Gegensätze auf eine spezifische Weise, nämlich indem sie sie der Theorie, sich selbst, einverleibt und in der Theorie durch eine Abstraktion löst, und diese Einverleibung zugleich durch die theoretische Lösung vollzieht.

Ich werde diese These schrittweise erarbeiten. Marx erläutert das Überwinden des Gegenstandes an der *Phänomenologie des Geistes*, der „Geburtsstätte der Hegelschen Philosophie“ (MEW 40, 572), in der Hegels Philosophie also „geboren“ wird, und nicht an Hegels System. Von diesem unterscheidet auch Hegel selbst die *Phänomenologie*, die noch nicht die „freie, in ihrer eigentümlichen Gestalt sich bewegende Wissenschaft“ sei, sondern erst „der Weg des natürlichen Bewußtseins, das zum wahren Wissen dringt“ (PhG, 72).

„Wovon diese Gegenstände [die Gestalten der *Phänomenologie*] entfremdet sind und wem sie mit der Anmaßung der Wirklichkeit entgegentreten, das ist eben das abstrakte Denken. Der *Philosoph* legt sich [...] als den *Maßstab* der entfremdeten Welt an. Die ganze *Entäußerungsgeschichte* und die ganze *Zurücknahme* der Entäußerung ist daher nichts als die *Produktionsgeschichte* des abstrakten, i. e. absoluten Denkens [...]. Die *Entfremdung*, welche daher das eigentliche Interesse dieser Entäußerung und Aufhebung dieser Entäußerung bildet, ist der Gegensatz [...] von *Objekt und Subjekt*, d.h. der Gegensatz des abstrakten Denkens und der sinnlichen Wirklichkeit [...] innerhalb des Gedankens selbst. Alle andern Gegensätze und Bewegungen dieser Gegensätze sind nur der *Schein*, die *Hülle*, die *exoterische* Gestalt dieser einzig interessanten Gegensätze, welche den *Sinn* der andren profanen Gegensätze bilden.“ (MEW 40, 572)

Die *Phänomenologie* stellt die praktischen Gegensätze und Entfremdungen des „natürlichen Bewusstseins“ dar, unter anderem Wahrnehmung, Anerkennung, Moral, Familie, Staatsmacht, Reichtum und Religion, und die philosophischen Aufhebungen dieser Gegensätze. Die einzelnen Gegensätze und Aufhebungen stehen in einer langen Reihe, die auf das absolute Wissen zusteuert, dem letzten Sinn aller Aufhebungen. Die *Phänomenologie* ist insofern nach Marx die Produktionsgeschichte des absoluten bzw. abstrakten Denkens, in der es Hegel nicht um die praktischen Gegensätze und deren praktische Überwindung geht, sondern um den Gegensatz des abstrakten Denkens und der sinnlichen Wirklichkeit. Hegels eigentliches Interesse ist es demnach, diesen einzig interessanten Gegensatz durch die einzelnen konkreten Aufhebungen aufzuheben. Die praktischen Gegensätze sind nur die Hülle dieses einzig interessanten Gegensatzes. Das Resultat der *Phänomenologie* ist schließlich „das absolute Wissen, die nicht mehr nach außen hin, sondern nur noch in sich selbst vorgehende Bewegung des abstrakten Denkens“ (MEW 40, 573f.).

Auf den ersten Blick scheint diese Kritik an der *Phänomenologie* vorbeizugehen. Denn diese bleibt ihren Gegenständen gerade nicht äußerlich, sondern arbeitet deren eigentümliche Logiken heraus. Marx ist sich dessen aber bewusst: „Die ‘Phänomenologie’ ist [...] die verborgene, sich selbst noch unklare und mystifizierende Kritik; aber insofern sie die *Entfremdung* des Menschen [...] festhält, liegen in ihr *alle* Elemente der Kritik verborgen und oft schon in einer weit den Hegelschen Standpunkt überragenden Weise *vorbereitet* und *ausgearbeitet*.“ (MEW 40, 573) Marx lobt also ausdrücklich Hegels konkrete Darstellung. Seine Kritik ist daher anders zu verstehen, meines Ermessens so, dass die konkrete Darstellung stets einen ihr externen Sinn hat, dass sie nur Mittel für die Produktion des abstrakten Denkens ist.

Marx präsentiert dies alles als Kritik an Hegel, nicht der Philosophie als solcher. Wenn Hegel aber die Philosophie als solche darstellt, dann scheint die *Phänomenologie* die Produktionsgeschichte nicht nur der hegelschen Philosophie, sondern der Philosophie als solcher zu sein, und im Zitat nennt Marx als Maßstab der entfremdeten Welt ja ausdrücklich „den Philosophen“. Der modus operandi der *Phänomenologie* beschreibe dann genau das Tun der Philosophie, deren eigentliches Interesse in der Einverleibung der praktischen Gegensätze in das abstrakte Denken läge.

Tatsächlich beansprucht Hegel in der *Phänomenologie*, sowohl den Weg des natürlichen Bewusstseins, d.h. unseres praktischen Bewusstseins, als auch gleichzeitig eine Geschichte philosophischer Positionen darzustellen. Die *Phänomenologie* stellt aus ihrer Sicht defizitäre philosophische Positionen, die das Wesen der Philosophie noch nicht erfasst haben, in ihrem intrinsischen Drängen zum absoluten Wissen dar. Hegel versteht sie als „Darstellung des erscheinenden Wissens“ (PhG, 72), daher einerseits als die Erscheinung der Wissenschaft bzw. der Philosophie, aber dies in der praktischen Form von Gestalten des Bewusstseins. Dies tut Hegel zwar nicht als explizite philosophische Abhandlungen historischer Philosophien, was aus seiner Sicht auch erst vom

Standpunkt des absoluten Wissens möglich wäre, er verarbeitet aber die Thesen historischer Philosophien bei der Darstellung der einzelnen Gestalten.

Es stellt sich nun die Frage, inwiefern das Tun der Philosophie – das theoretische Lösen praktischer Gegensätze – zugleich ein „Einverleiben des Gegenstandes“ ist, und was das genau bedeutet, da die Philosophie auf die theoretische Lösung, nicht auf das Einverleiben abzielt, und der Gegenstand als Gegenstand natürlich nicht körperlich einverleibt wird, d.h. nicht verschwindet. Dies lässt sich mit folgender Überlegung Marx' über Hegels absolutes Wissen in der *Phänomenologie* beantworten:

„Die Hauptsache ist, daß der *Gegenstand* des *Bewußtseins* nichts anderes als das *Selbstbewußtsein* oder daß der Gegenstand nur das *vergegenständlichte Selbstbewußtsein*, das Selbstbewußtsein als Gegenstand ist.“ (MEW 40, 575)

Das hier von Hegel gemeinte Selbstbewusstsein ist, wie Marx ausführt, ein „abstraktes Selbstbewusstsein“. Marx setzt es dem wirklichen Selbstbewusstsein des Menschen entgegen, das eine Eigenschaft der menschlichen „Wesenskräfte“ wie Sehen und Hören ist. Es ist das selbstbezügliche, abstrakte Denken, für das gilt: „Das Wissen ist sein einziger Akt.“ (MEW 40, 580) Es geht daher hier auch nicht um eine Subjekttheorie etwa im Sinne Althusser's.

Das Zitat bezieht sich auf den Übergang ins absolute Wissen, also die letzte Aufhebung der praktischen Gegensätze überhaupt, und paraphrasiert Hegels eigenen Text (PhG, 575). Die „Hauptsache“ ist dabei, dass nicht bloß der Gegenstand in das Selbstbewusstsein einverleibt, sondern dass der Gegenstand selbst das vergegenständlichte Selbstbewusstsein ist, und daher der Gegenstand nicht wirklich einverleibt wird, sondern *zurückkehrt*. Die *Phänomenologie* hebt also nicht nur den Gegensatz des abstrakten Denkens und der entfremdeten Welt auf, sondern tut dies, indem sie herausarbeitet, dass diese entfremdete Welt nur das Denken in einer ihm entfremdeten Form ist.

„Alle Entfremdung des menschlichen Wesens ist [für Hegel] daher nichts als Entfremdung des Selbstbewusstseins.“ (MEW 40, 575)

Auf das Tun der Philosophie übertragen, besteht ihr theoretisches Lösen also darin, zu zeigen, dass die praktischen Gegensätze eigentlich von der Art des Denkens sind, d.h. theoretische Gegensätze in gegenständlicher Erscheinungsform, und in dieser gegenständlichen Erscheinungsform durch das Denken selbst hervorgebracht sind. Indem die Philosophie die praktischen Gegensätze als entfremdete Form des abstrakten Denkens – also als sich selbst – aufzeigt, verleibt sie sie sich ein. Nur dadurch kann die Philosophie überhaupt vorgeben, eine Lösung der praktischen Gegensätze zu formulieren. Das Aufheben der Gegensätze in die sie lösende Abstraktion ist dabei nicht zu trennen von ihrer Einverleibung in das abstrakte Denken, das umgekehrt nur möglich ist, indem die Gegensätze in ihrer gegenständlichen Erscheinungsform als vom Denken hervorgebracht dargelegt werden.

„Und weil das Denken sich einbildet, unmittelbar das andere seiner selbst zu sein, *sinnliche Wirklichkeit*, also ihm seine Aktion auch für *sinnliche wirkliche* Aktion gilt, so glaubt dies denkende Aufheben, welches seinen Gegenstand in der Wirklichkeit stehn läßt, ihn wirklich überwunden zu haben“ (MEW 40, 583).

Wie bei Hegel ist auch für die Philosophie das Einverleiben der Sinn der praktischen Gegensätze. Das hat Konsequenzen für die Weise, in der die Philosophie ihren Gegenstand, den praktischen Gegensatz, auffassen kann: nämlich nur nach Maßgabe der Abstraktion, durch die der Gegensatz

gelöst wird. Die Philosophie kann ihren Gegenstand nicht in seiner eigentümlichen Logik darstellen, sondern nur in Beziehung auf die lösende Abstraktion, also projektiv. Die Materialität, der Eigensinn, die Verhältnisse des Gegenstandes interessieren nicht oder nur insofern, als dadurch der Gegenstand kritisiert und die Abstraktion ihm gegenüber als Lösung postuliert werden kann. Wenn beispielsweise Bruno Bauer die unterworfenen Menschen als „Masse“ interpretiert und ihnen gegenüber als Lösung das „Innerste der Seele“, das freie Selbstbewusstsein postuliert, dann konstruiert er seinen Gegenstand nach Maßgabe dieser Abstraktion: Das Problem der Masse besteht Bauer zufolge darin, dass sie aus eigener Freiheit sich in ihrem Bewusstsein fremden Mächten unterwerfen. Aus dem Blick gerät dabei die Materialität seines Gegenstands, durch die die Menschen unterworfen werden: strukturelle Gewalt, Arbeitsalltag, Armut, fehlende Bildung, Subjektivierung durch den Schulapparat usw. Dieser ganzen Komplexität gegenüber kann der Philosoph Bauer seinen abstrakten Punkt behaupten, dass die Menschen die Herrschaft abwerfen könnten, wenn sie nur wollten.

Das Tun der Philosophie besteht auch darin, den Gegenstand als philosophischen überhaupt zu konstituieren, bzw. zu zeigen, dass er eigentlich philosophisch ist, aber so erscheint, als existierte er außerhalb der Philosophie. Deutlich wird dies durch das folgende Zitat:

„Es [das Wissen als Wissen] weiß nun die Nichtigkeit des Gegenstandes, d.h. das Nichtunterschiedensein des Gegenstandes von ihm, das Nichtsein des Gegenstandes für es – dadurch, daß es den Gegenstand als seine *Selbstentäußerung* weiß, d.h. sich – das Wissen als Gegenstand – dadurch weiß, daß der Gegenstand nur der *Schein* eines Gegenstandes, ein vorgemachter Dunst ist, seinem Wesen nach aber nichts andres als das Wissen selbst, welches sich selbst entgegengestellt und daher sich eine *Nichtigkeit*, ein Etwas entgegengestellt hat, was *keine* Gegenständlichkeit außer dem Wissen hat; oder das Wissen weiß, daß es, indem es sich zu einem Gegenstand verhält, nur *außer* sich ist, sich entäußert; daß *es selbst* sich nur als Gegenstand *erscheint*, oder daß das, was ihm als Gegenstand erscheint, nur es selbst ist.“ (MEW 40, 580)

Wenn der Philosoph seinen Gegenstand gedanklich durchdrungen, sein Problem in seinem Kern erfasst und in eins damit gelöst hat, ist der Philosoph am Ziel. Das heißt: Nicht wenn das Problem praktisch gelöst ist, sondern wenn die Gegensätze in ihrem Unterschied zum abstrakten Denken aufgehoben sind. Im Tun der Philosophie schließt sich also letztlich nur die Philosophie mit sich selbst zusammen, wenn auch über den Umweg über den Gegenstand:

„Wie *an sich* das abstrakte Bewußtsein – als welches der Gegenstand gefaßt wird – bloß ein Unterscheidungsmoment des Selbstbewußtseins ist –, so tritt auch als Resultat der Bewegung die Identität des Selbstbewußtseins mit dem Bewußtsein, das absolute Wissen, die nicht mehr nach außen hin, sondern nur noch in sich selbst vorgehende Bewegung des abstrakten Denkens als Resultat auf, d.h. die Dialektik des reinen Gedankens ist das Resultat.“ (MEW 40, 574)

Das Tun der Philosophie ist also die Konstitution eines Innen der Philosophie, in dem das Selbstbewusstsein sich als Gegenstand setzt, den Gegenstand von sich unterscheidet und gerade durch dieses Unterscheiden das „Innen“ der Philosophie konstituiert:

„Das Bewußtsein [...] ist in *seinem Anderssein als solchem bei sich*. [...] Darin liegt einmal, daß das Bewußtsein – das Wissen als Wissen – das Denken als Denken – unmittelbar das *andre* seiner selbst [zu] sein, Sinnlichkeit, Wirklichkeit, Leben zu sein vorgibt [...]. Zweitens liegt hierin, daß der selbstbewußte Mensch [gemeint ist hier der Philosoph], insofern er die geistige Welt [...] als Selbstentäußerung erkannt und aufgehoben hat, er dieselbe dennoch wieder in dieser entäußerten Gestalt bestätigt und als sein wahres Dasein ausgibt, sie wiederherstellt, [*in seinem*] *Anderssein als solchem bei sich* zu sein vorgibt, also nach Aufhebung z.B. der Religion [...] dennoch in der *Religion als Religion* sich bestätigt findet.“ (MEW 40, 581)

Das konstituierte Innen der Philosophie produziert zwei Illusionen oder zwei ideologische Effekte. Zum einen hält die Philosophie sich selbst für unmittelbar konkret: Sie glaubt die Wirklichkeit in ihrem Wesen zu begreifen. Zum andern ist sie politisch affirmativ gegenüber dem Bestehenden, da sie die praktischen Gegensätze anerkennt in ihrer Illusion, sie so aufgehoben zu haben, dass sie schon immer aufgehoben waren.

Wenn der Gegenstand vergegenständlichtes Denken sein soll, muss er eine Vorgeschichte haben, in der sich das Denken in ihn vergegenständlicht und den Gegenstand allererst konstituiert hat. Diese Vorgeschichte geht nicht real vor, sondern wird gemeinsam mit der Konstitution des Innen der Philosophie konstituiert. Marx sieht diese Vorgeschichte in Hegels System nacherzählt, dort in einem Bogen zusammen mit der Überwindung des Gegenstandes:

„Die *Logik* [ist] [...] das *entäußerte*, daher von der Natur und dem wirklichen Menschen abstrahierende *Denken*; das abstrakte Denken. – Die *Äußerlichkeit dieses abstrakten Denkens* ... die *Natur* wie sie für dies abstrakte Denken ist. Sie ist ihm äußerlich, sein Selbstverlust; und es faßt sie auch äußerlich, [...] als entäußertes abstraktes Denken – endlich der *Geist*, dies in seine eigene Geburtsstätte heimkehrende Denken, welches sich als anthropologischer, phänomenologischer, psychologischer, sittlicher, künstlich-religiöser Geist immer noch nicht für sich selbst gilt, bis es sich endlich als *absolutes* Wissen und darum absoluter, i. e. abstrakter Geist vorfindet und selbstbejaht, sein bewußtes und ihm entsprechendes Dasein erhält.“ (MEW 40, 572)

In diesem großen Kreis aus Logik, Natur, Geist und schließlich der Rückkehr in das absolute Wissen stellt Hegel nach Marx innerhalb der konstituierten Philosophie den philosophischen Prozess in seiner „abstrakten Form als Dialektik“ (MEW 40, 584) dar.² Das System ist dabei zu unterscheiden von der Produktionsgeschichte des absoluten Wissens, dem Thema der *Phänomenologie*, in der das philosophische Innen erst produziert wird.

Träger des konstituierten Innen der Philosophie ist schließlich kein denkender Mensch, sondern ein „abstraktes, reines, absolutes Wesen“. Es ist ein „*mystisches Subjekt-Objekt* oder über das *Objekt übergreifende Subjektivität*, das *absolute Subjekt* als ein *Prozeß*, als sich *entäußerndes* und aus der Entäußerung in sich zurückkehrendes, aber sie zugleich in sich zurücknehmendes *Subjekt* und das Subjekt als dieser Prozeß; das reine, *rastlose* Kreisen in sich.“ (Ebd., 584)

Indem das Subjekt sich mit dem Objekt zusammenschließt, weil es das Objekt als seine eigene Entäußerung weiß, entsteht das Subjekt-Objekt, ein „Über-Subjekt“, das weder Subjekt noch Objekt und beides zugleich als der Prozess des endlosen Kreisens ist. Die Philosophie ist daher eine vom Philosophen verselbständigte Denkbewegung, die dennoch der Philosoph ausführt; der nicht weiß, dass er nur einem abstrakten Prozess gehorcht, und zugleich doch weiß, dass er innerhalb dieses Prozesses als Philosoph seine Bestätigung findet; der, mit praktischen Problemen konfrontiert, sie zu lösen versucht, indem er sie begrifflich durchdringt, und gerade hierdurch dem abstrakten Prozess und blind ihm gegenüber zur Wirklichkeit verhilft, der andererseits schon im Ansatz seines Lösungsversuches wirksam war und dadurch gerade die Faszination der Philosophie ausmacht.

In dem philosophischen Augenblick (siehe Abschnitt 1), in dem das Innen der Philosophie konstituiert wurde, erreicht der Philosoph eine Selbstidentität, in der er sich nicht mehr als Philosoph, sondern als reines, die Wirklichkeit durchdringendes Denken versteht. Dies ist das

2 Siehe Marx' ausführlichere Analyse dieses Kreises aus Logik, Natur und Geist auf den letzten Seiten des Textes: MEW 40, 585-588.

spezifische Glück und die erfüllte Selbstidentität der Philosophie, „die *absolute* und darum die letzte, sich selbst bezweckende und in sich beruhigte, bei ihrem Wesen angelangte *menschliche Lebensäußerung*. [...] das *wahrhaft menschliche Leben*, [...] *göttlicher Prozeß*“ (ebd.).

7. Philosophie als entfremdetes Denken

Die philosophischen Abstraktionen sind, so Marx, „ein notwendiges Resultat der allgemeinen Entfremdung des menschlichen Wesens, also auch des menschlichen Denkens“ (MEW 40, 585). Die Philosophie ist demnach eine historisch spezifische Form des Denkens und bedingt durch die allgemeine Entfremdung, also spezifische gesellschaftliche Strukturen, die auch das Denken miteinschließen.

Aber wie sind die allgemeine Entfremdung und die Entfremdung des Denkens strukturiert, dass sie zur Philosophie in der Bestimmtheit der Thesen I und II führen? Was wäre eine nicht-entfremdete Entsprechung der Philosophie? Marx gibt dazu in den *Pariser Manuskripten* nur einige wenige Andeutungen. Ich will diese im Folgenden zusammenstellen und dann versuchen, die Fragen zu beantworten.

Das Wesen der Philosophie ist nach Marx „die Entäußerung des sich wissenden Menschen oder die sich denkende entäußerte Wissenschaft“ (MEW 40, 574). Die Philosophie ist demnach eine Verschränkung aus zwei Elementen: Einmal der sich wissende oder sich reflektierende Mensch als ein entfremdeter. Das bedeutet, dass der sich reflektierende Mensch von seinen sonstigen „Wesenskräften“ getrennt und zum sich reflektierenden Menschen als solchem verselbständigt ist. Er ist „für sich abstrahiertes und fixiertes“ Selbstbewusstsein (MEW 40, 575). Das zweite, damit verschränkte Element der Philosophie ist die sich reflektierende entfremdete Wissenschaft, also eine Wissenschaft, die sich gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Praxen verselbständigt hat. Sie ist selbständige, von Praxis getrennte Wissenschaft, und die Philosophie ist deren Reflexion als eine ebenfalls entfremdete Wissenschaft. Das „oder“ im Zitat legt überdies nahe, dass beide Elemente im Grunde dieselbe theoretische Praxis implizieren.

Marx denkt die Philosophie nun nicht als isoliert, sondern im Zusammenhang mit der allgemeinen Entfremdung. Für das zweite Element bedeutet das, dass die entfremdete Wissenschaft einer Reihe von entfremdeten gesellschaftlichen Praxen gegenübersteht, die als selbständige Praxen mit eigengesetzlicher Logik fixiert sind. Die *Pariser Manuskripte* untersuchen vor allem die Entfremdung der Arbeit, als einer verselbständigten Praxis der Ökonomie, in der Arbeit auf abstrakte Nützlichkeit reduziert ist und die so als „unabhängige Macht“ gegenüber der Arbeit herrscht. Darüber hinaus weist Marx auch auf andere entfremdete Praxen hin: „Religion, Familie, Staat, Recht, Moral, Wissenschaft, Kunst“ (MEW 40, 537).

Entfremdung ist bei Marx nicht essentialistisch zu verstehen, als Kritik an einer schlechten, „entfremdeten“ Realität durch den Maßstab eines wahren menschlichen Wesens, das im Bestehenden keine Realität hat. Entfremdung bei Marx heißt vielmehr, dass die Aspekte des menschlichen Wesens voneinander getrennt sind und als selbständige Instanzen existieren. Das menschliche Wesen besteht dabei trotz seiner Entfremdung als der Zusammenhang der entfremdeten Aspekte fort, und nur durch diese Realität des menschlichen Wesens ist seine Entfremdung möglich. Dieser Zusammenhang kann jedoch nicht konkret hergestellt werden, sondern nur in abstrakter und äußerlicher Weise. Beispielsweise können private Produzentinnen ihren Zusammenhang nur in der abstrakten Beziehung des Warentauschs herstellen. Dementgegen wurde der marxische

Entfremdungsbegriff vielfach essentialistisch interpretiert. Althusser hat das Problem dieser essentialistischen Interpretation sehr klar herausgearbeitet (2011, 41), allerdings diese essentialistische Interpretation selbst für eine zutreffende Interpretation der *Pariser Manuskripte* gehalten. Er hat also Marx' Entfremdungsbegriff ebenfalls essentialistisch interpretiert und damit seine Kritik gegen Marx' Entfremdungsbegriff selbst gerichtet. Dieser muss daher in einer „doppelten Frontstellung“ (Treptow 2018, 24) gegen die essentialistische Interpretation und Althusser's wirkmächtige Kritik rekonstruiert werden.

Wenn Marx die Philosophie als entfremdetes Denken kritisiert, dann argumentiert er allerdings nicht mit dem Register der entfremdeten gesellschaftlichen Praxen, in der Philosophie und Wissenschaft als theoretische Praxis der eigentlichen Praxis – Ökonomie, Religion usw. – gegenüberstehen würden. Sondern er argumentiert mit der Entfremdung menschlicher „Wesenskräfte“ wie Sinnlichkeit, Bedürfnis, Arbeit, Beziehung zu andern, und eben auch Denken und Wissen. Entfremdung der Wesenskräfte bedeutet ebenfalls, dass die verschiedenen Wesenskräfte voneinander getrennt und als selbständige Instanzen mit eigengesetzlicher Logik fixiert sind, zum Beispiel „die“ Libido oder „das“ Denken, und in einem nur abstrakten Zusammenhang stehen. Die Wesenskräfte stellt Marx sich dabei nicht als Eigenschaften isolierter Individuen vor. Vielmehr grenzt er sich davon ab, „die ‘Gesellschaft’ [...] als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren“ (MEW 40, 538). Er bezeichnet das Individuum als „das gesellschaftliche Wesen“ und versucht, die Wesenskräfte, also auch das Denken, als Beziehungen und gegenständliche Tätigkeiten zu denken. Dieser Ansatz von Marx verdeutlicht auch, dass entfremdete Wesenskräfte und entfremdete gesellschaftliche Praxen, zwei zunächst disparat scheinende Themen, innerhalb des von Marx konzipierten menschlichen Wesens in einem Korrespondenzverhältnis stehen.

Dass das Denken vom menschlichen Wesen getrennt ist, hat nun Marx zufolge Konsequenzen für die Form des Denkens, und damit auch der Philosophie: Die Gedanken des entfremdeten Denkers „sind daher außer der Natur und dem Menschen hausende fixe Geister.“ (MEW 40, 586) Das Denken bzw. Wissen erfährt damit eine Reduktion, es wird zur einseitigen, rein theoretischen Praxis eines abstrakten Bewusstseins: „Die Art, wie das Bewußtsein ist, und wie etwas für es ist, ist das *Wissen*. [...] Wissen ist sein einziges gegenständliches Verhalten.“ (MEW 40, 580) Das Denken ist auf „das Denken als Denken“ reduziert.

Das entfremdete, abstrakte Denken ist dabei nicht völlig isoliert von den anderen Wesenskräften, sondern bezieht sich immer auf Sinnlichkeit, Bedürfnis, Arbeit, Beziehung zu anderen, damit auch auf Natur und Mensch. Abstraktes Denken bedeutet, dass die Gegenstände, wie sie im Zusammenhang aller Wesenskräfte stehen, zugleich nur im abstrakten Denken oder rein begrifflich erfasst werden. In der Philosophie drückt man das heute oft so aus, dass es um den „propositionalen Gehalt“ eines Gegenstands ginge. Dieser propositionalen Gehalt ist aber nicht einfach so verfügbar, sondern er muss erst erarbeitet werden, durch eine tatsächliche Reinigung des Gegenstands von Empfindungen, subjektiven Assoziationen, individuellen Motivationen, praktischen Interessen und dergleichen. Erst wer diese Reinigung vollzogen hat, kann seine Gedanken philosophisch gültig äußern. Wer andererseits von der Philosophie eine Veränderung von Praxis in Angriff nehmen will, und nicht nur über die Veränderung nachdenkt, oder Empfindungen miteinbezieht, und sie nicht nur als Veranschaulichung oder Beleg anführt, der begeht einen Kategorienfehler, das heißt, er befindet sich noch außerhalb der Philosophie.

Die Reduktion des Denkens hat noch eine andere Seite, die der Hypostasierung zur ausschließlichen Wesenskraft:

„nur der *Geist* ist das *wahre* Wesen des Menschen, und die wahre Form des Geistes ist der denkende Geist, der logische, spekulative Geist.“ (MEW 40, 573)

„Das für sich abstrahierte und fixierte Selbst ist der Mensch als *abstrakter Egoist*, der in seine reine Abstraktion zum Denken erhobne *Egoismus*.“ (MEW 40, 575)

Durch die Trennung des Denkens aus dem Zusammenhang der Wesenskräfte ist das Denken für das Denken zugleich die einzige gültige Wesenskraft zur Erfassung eines Gegenstands. Nur das begriffliche Erfassen des propositionalen Gehalts ist akzeptabel. Diese Hypostasierung des abstrakten Denkens ist dabei die andere Seite der Reduktion.

Aber in dieser Reduktion und Hypostasierung ist Philosophie nicht einfach eine für sich isolierte Sphäre außerhalb der Praxis:

„[...] der philosophische Geist [...] ist [...] der innerhalb seiner Selbstentfremdung denkend, d.h. abstrakt sich erfassende entfremdete Geist der Welt“ (MEW 40, 571).

Der philosophische Geist ist Geist der Welt oder der Praxis, aber in der Form des abstrakten Denkens und damit getrennt von der Praxis. Als Philosophie erfasst die Praxis daher sich selbst, aber von der Praxis getrennt. Die Philosophie wäre so die von der Praxis getrennte Selbstreflexion der Praxis.

Ich versuche, mich jetzt an eine Beantwortung der beiden vorhin formulierten Fragen zur Philosophie als entfremdetem Denken heranzutasten, indem ich die vorgestellten Andeutungen Marx' zusammenbastele. Wie gesagt führt Marx hierzu nichts Konkretes aus.

Zunächst: Philosophie ist zwar entfremdetes Denken, aber nicht entfremdetes Denken schlechthin. Es gibt mindestens noch die nichtphilosophische Wissenschaft und das instrumentell-technische Denken. Was ist es für ein Denken, das in der Philosophie entfremdet ist? Marx schreibt: Philosophie ist die Entfremdung des sich wissenden Menschen bzw. des sich erfassenden Geistes der Welt. Ich schlage daher vor: Philosophie ist die entfremdete Selbstreflexion von Praxis, wobei dies bedeuten soll die Selbstreflexion einer bestimmten Praxis in Bezug auf grundsätzliche Probleme, die diese Praxis in ihrem Vollzug infrage stellen. Selbstreflexion von Praxis im Allgemeinen schließt einerseits eine Selbstdistanzierung dieser Praxis von sich ein, so dass diese sich reflektieren kann, andererseits möglicherweise auch die wirkliche Änderung der Praxis nach und mit der Selbstreflexion.

Die Philosophie denkt also als diese Praxis und von dieser Praxis ausgehend – sie *ist* der Geist der Welt –, aber dies erstens getrennt von der Praxis und zweitens nur in der abstrakt-begrifflichen Bezugnahme des „Denkens als Denken“. Die Philosophie kann die praktischen Probleme daher nur so reflektieren, dass sie sie dem abstrakten Denken einverleibt, sie zu Gegensätzen innerhalb des Denkens macht, und innerhalb des abstrakten Denkens löst, also auch ohne Beziehung zur Änderung der Praxis selbst. Indem der praktische Gegensatz aber auf solche Weise dem abstrakten Denken einverleibt wurde, dass er als theoretischer Gegensatz in praktischer Form erscheint, so erscheint auch seine Lösung in Form einer philosophischen, fixen Abstraktion zugleich als eine Lösung des praktischen Problems. Und hier schließen sich die Thesen I und II an.

Damit deutet sich auch eine nichtentfremdete, emanzipatorische Alternative zur Philosophie an. Philosophisches Denken, insofern es Problemen der Praxis und des menschlichen Lebens „auf den Grund geht“, wäre in einer kommunistischen Gesellschaft nicht einfach weg, aber dieses Denken würde seine Überheblichkeit und Erhabenheit verlieren. Es würde demokratisiert werden, real mögliche Selbstreflexion der Menschen in ihrer Praxis sein. Diese Selbstreflexion der

Menschen würde sicherlich Fragen wälzen, wie sie die Philosophie schon lange umtreibt: nach Wahrheit, Demokratie, Tod, Liebe, Glück; sie würde andere aufwerfen, die in der bürgerlichen Ordnung ausgegrenzt sind, die heute nicht als wert befunden werden, von der Philosophie bearbeitet zu werden; während die „großen“ Fragen wie die, „wer [...] den Menschen und die Natur überhaupt gezeugt“ hat (MEW 40, 545), wahrscheinlich ihren Sinn verlieren. Wie diese Alternative genau beschaffen ist, wäre die Aufgabe einer Konstruktion von emanzipierten Verhältnissen der Selbstreflexion in praktischer Absicht, vergleichbar der Konstruktion einer kommunistischen Ökonomie und Räte­demokratie. Diese emanzipierte Selbstreflexion würde ein viel intimeres Verhältnis mit Praxis wie auch mit Sinnlichkeit eingehen. Es wäre ein Denken, das seine Aufgaben nicht als bloß theoretische, sondern als ganz und gar praktische fasst. Es wäre ein Denken, das „Wesensäußerung des Menschen als eines menschlichen und natürlichen mit Augen, Ohren etc. in der Gesellschaft und Welt und Natur lebenden Subjekts“ (MEW 40, 586) geworden ist.

8. Materialistische Dialektik

Ich habe in diesem Text Marx' Kritik der Philosophie rekonstruiert, um den entfremdeten und affirmativen Charakter der kritischen Philosophie aufzuzeigen. Aber wenn kritische Philosophie letztendlich Teil des Problems ist, wie soll Kritik dann aussehen? Ich würde sagen: sie muss marxistische Theorie sein und in der Methode der materialistischen Dialektik vorgehen.

Marx' Kritik der Philosophie ist dafür selbst ein Beispiel: Sie urteilt über die Philosophie nicht anhand des Maßstabs eines „richtigen Denkens“, sondern stellt „die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes“ (MEW 1, 296) dar. Sie arbeitet als Resultat der Philosophie das konstituierte Innen der Abstraktion in ihrer Absurdität heraus, eine herrschende, subjektiv-objektive Form, vergleichbar dem Wert der Ware. Sie vollzieht nach, wie diese Abstraktion in den entfremdeten Verhältnissen des Bestehenden konstituiert wird und macht dadurch zugleich eine emanzipatorische Alternative zur Philosophie in Umrissen sichtbar.

Die Kritik erfolgt schließlich aus der praktischen Perspektive der Aufhebung der Philosophie. Während kritische Philosophie nur versucht, praktische Gegensätze mit philosophischen Mitteln zu lösen, verläuft die marxistische Kritik der Philosophie „nicht in sich selbst, sondern in *Aufgaben*, für deren Lösung es nur ein Mittel gibt: die *Praxis*.“ (MEW 1, 385)

Literatur

- Althusser, Louis (2011): Für Marx, Berlin.
- Arndt, Andreas (2004): '... wie halten wir es nun mit der hegel'schen Dialektik?' Marx Lektüre der *Phänomenologie* 1844, in: ders./Ernst Müller (Hg.), Hegels „Phänomenologie des Geistes“ heute, Berlin, 245-255.
- Bauer, Bruno (1841/1986): Die Posaune des jüngsten Gerichts über Hegel, den Atheisten und Antichristen, in: Pepperle/Pepperle 1986, 235-371.
- Falk, Gerhard/Pfreundschuh, Wolfram (1978): Entäußerung und Entfremdung in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von Karl Marx, URL: <https://kulturkritik.net/philosophie/entfremdung/index.php>.
- Feuerbach, Ludwig (1841/1969): Das Wesen des Christentums, Stuttgart.
- Fichte, Johann Gottlieb (1794/1997): Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre, Hamburg.

- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (2018): Karl Marx – Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis, Freiburg/München.
- Pepperle, Ingrid/Pepperle, Heinz (Hg.) (1986): Die Hegelsche Linke. Dokumente zu Philosophie und Politik im deutschen Vormärz, Frankfurt/M.
- PhG: Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1807/1970): Phänomenologie des Geistes, Frankfurt/M.
- Reichelt, Helmut (1970/1973): Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs, Frankfurt/M.
- Treptow, Elmar (2018): Die Entfremdungstheorie bei Karl Marx. Eine dialektische Konkretisierung, Kassel.

Ulrich Ruschig

Zum Begriff der Gerechtigkeit bei Marx

Gerechtigkeit! Möge es in der bürgerlichen Gesellschaft doch gerecht(er) zugehen und obendrein frei(er) und gleich(er) – dies wünscht sich manch ein Wohlmeinender. Der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Übeln die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit entgegenzuhalten und zu meinen, indem man deren reine Gestalt beteuere und damit selbstredend auf der Seite des ‘Guten’ stehe, könne man die Übel bekämpfen und die Gesellschaft verbessern, reformieren oder gar transformieren, dies erachtet mancher als ‘links’. Dagegen spricht: Die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit haben zum Strukturkern und zur Verfassung dieser bürgerlichen Welt wesentlich beigetragen, einer Welt, die notwendig und nicht zufällig Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit hervorbrachte und immer erneut hervorbringt. Wenn man solche Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit verneint und deshalb beseitigen will, dann ist es widersinnig, an dasjenige zu appellieren, wodurch die bürgerliche Gesellschaft gesiegt hat. Mithin widerspricht sich selbst, wer affirmativ auf jene Ideen sich bezieht. Sind damit für das diese seine Affirmation reflektierende Subjekt die Ideen – im Zuge der bürgerlichen Gesellschaft – gänzlich nichtig geworden? Ist es folglich im Gegenteil ‘links’, diese Ideen strikt abzulehnen (zu ‘negieren’) und jegliche moralische Beurteilung des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates – ob diese nun gerecht, frei und gleich seien oder nicht – von sich zu weisen? – In der bürgerlichen Gesellschaft scheinen die Ideen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit widersprüchlich geworden zu sein. Es gilt zu verstehen, warum. Deswegen soll erörtert werden: Was ist der Begriff, was die Wirklichkeit der Gerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft? Was sagt Marx, der Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft, zu ‘Gerechtigkeit’?

1. Ursprung des Begriffs in der Antike

Gerechtigkeit ist ein Begriff der Philosophie. Seine Geschichte beginnt, wie es für die altherwürdige Disziplin sich ziemt, mit dem griechischen Denken. Dort entspringt Gerechtigkeit der immer auch als göttlich gedachten Vernunft. Die Menschen leben in einer Gesellschaft und damit befinden sie sich in einem Wechselverhältnis miteinander. Dieses soll ‘gerecht’ gestaltet werden, d.h. jedem Individuum soll das Seinige zukommen. Gerechtigkeit soll nun dasjenige sein, das jedem Individuum das *suum cuique* zuteilt und das *ius suum cuique* gewährleistet. Was aber ist das Seinige? Wer verfügt darüber, wer teilt zu? Bei den Griechen ist es zunächst eine Göttin, Δίκη, die das *suum cuique* allen zuteilt und damit Gerechtigkeit für alle herstellt – Gerechtigkeit sowohl moralisch als auch juristisch verstanden. Göttliche Vernunft bestimmt, *was* gerecht ist und *wie* das einzelne Individuum *zur Gerechtigkeit kommt*, teilt also jedem Einzelnen das Seinige zu, welches sein Maß nicht in der menschlichen Vernunft, sondern in Gott hat. Schon sehr bald wird von der göttlicher Vernunft entstammenden und durch göttlichen Willen zugeteilten Gerechtigkeit zu einer das einzelne Subjekt verpflichtenden Tugend übergegangen. Die Menschen – das

empfiehlt eine ihnen Tugend ansinnende Philosophie (Aristoteles) – sollen ihre Verhältnisse untereinander so regeln, dass es für sie innerhalb der Gesellschaft ‘gerecht’ zugeht. Die Menschen sind es, die darüber nachdenken, was Gerechtigkeit ist, und demnach diese herstellen. In einer Sklavenhaltergesellschaft jedoch ist eine universell bestimmte, alle Menschen (die Sklaven *und* die Sklavenhalter) verpflichtende Tugend der Gerechtigkeit ohne Verdrehungen und Verrenkungen nicht darstellbar. Realisierbar ist Gerechtigkeit nicht, und die Tugend wird zu einer leeren Pflicht, da es keine Handlungen gibt, auf die sie verpflichten kann.

2. Die Gerechtigkeit der bürgerlichen Gesellschaft – Kants Begriff der Gerechtigkeit

Mit der bürgerlichen Gesellschaft ändern sich Begriff und Wirklichkeit der Gerechtigkeit grundlegend. In den vorbürgerlichen Gesellschaften krankte der Begriff der Gerechtigkeit daran, dass nicht angegeben werden konnte, was genau das *suum cuique* oder auch das *ius suum unicuique* sei und worin es sein Maß finde. Das Maß wurde in die göttliche Vernunft verlegt, war aber dort für die Menschen unbestimmbar und unergründlich. Der Begriff der Gleichheit krankte an Vergleichbarem: Zwar wurde behauptet, die Menschen seien in einem ideellen Sinne gleich und diese ihre Gleichheit gründe in der für alle gleichen unsterblichen Seele und dem daraus abgeleiteten Status, gleichermaßen Kinder Gottes zu sein. Doch überprüfbar war dies nicht, zumal eine solche vorgestellte, ideelle Gleichheit mit den Erfahrungen in der Klassengesellschaft nicht in Einklang zu bringen war. Davon, dass der Begriff der Gleichheit in vorbürgerlicher Zeit gesellschaftliche Wirklichkeit bekam, konnte nicht die Rede sein. Gerechtigkeit und Gleichheit blieben unbestimmt, beide Begriffe inkonsistent und der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegenüber ohne Belang. Mit der bürgerlichen Gesellschaft wird Gleichheit in einer von der vormaligen philosophischen Tradition nicht antizipierten Weise wichtig und wirklich – in der Rechtsgleichheit und im Äquivalententausch. Werden qualitativ verschiedene Waren getauscht, ist dieser Tausch dann und nur dann Äquivalententausch, wenn es ein gemeinsames Maß für die qualitativ Verschiedenen gibt. Dieses Maß ist die in den Waren enthaltene (und durch Lohnarbeit hergestellte) abstrakt menschliche Arbeit. Letztere muss zu einer gespenstigen Gegenständlichkeit ‘geronnen’ sein, eben Wert *sein* (vgl. MEW 23, 52). Es sind gleiche Werte – eben Äquivalente –, die getauscht werden. Damit gewinnt in der bürgerlichen Gesellschaft die Idee der Gleichheit objektive Gestalt und ist so ‘wirklich’ geworden. Über den Äquivalententausch wird ‘Gerechtigkeit’ hergestellt oder die Idee der Gerechtigkeit verwirklicht. Diese Herstellung von Gerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft funktioniert nämlich darüber, dass der Äquivalententausch, in spezifisch bürgerlicher Weise Gleichheit verwirklichend, ein *gerechter Tausch* ist. Also bekommt mit der im Äquivalententausch gesellschaftlich wirklich gewordenen Gleichheit der Begriff der Gerechtigkeit sein gesellschaftlich bestimmtes und die Menschen bestimmendes Maß – und erst dadurch gesellschaftliche Wirklichkeit.

Die Fortentwicklung des Begriffs der Gerechtigkeit bei Kant zeigt das Anbrechen der bürgerlichen Gesellschaft an. Gerechtigkeit ist für Kant nicht mehr eine aus philosophischer Reflexion abgeleitete Tugend wie noch bei Aristoteles und auch nicht mehr eine Gott oder objektiver Vernunft geschuldete und den Menschen gewährte Zuteilung. Gerechtigkeit ist vielmehr „öffentliche Gerechtigkeit“, welche Kant mit dem bürgerlichen Zustand aufs engste verknüpft und damit mit der Tätigkeit von Freiheitssubjekten, die diesen bürgerlichen Zustand herstellen. Nur in diesem

und durch diesen wird, so Kant, die Gerechtigkeit wirklich. Kant teilt diese Gerechtigkeit nun ein in die „*beschützende Gerechtigkeit*“ (iustitia tutatrix), die *wechselseitig erwerbende* (iustitia commutativa) und die *austheilende Gerechtigkeit* (iustitia distributiva).“ (Kant 1968, 306) Bei allen drei Gerechtigkeiten geht es um den intelligiblen „Besitz der Gegenstände (als der Materie der Willkür)“, also um das Privateigentum. Die beschützende Gerechtigkeit schafft dessen „*Möglichkeit*“ – die Gesetzgebung des Staates ermöglicht durch die Eigentumsgarantie und durch das Vertragsrecht, dass es – gesichert gegen willkürliche Gewalt Dritter – ein Mein und Dein überhaupt geben kann, mithin dass Waren getauscht werden können, dass Arbeitskraft angekauft werden und dass die Verwertung des Kapitals funktionieren kann; tutator ist der Staat, dessen Repräsentanten schwören, „Gerechtigkeit gegen jedermann“ zu üben. Die wechselseitig erwerbende Gerechtigkeit ist die Form des gesellschaftlichen Zustandes, in welchem die „*Wirklichkeit*“ des Privateigentums handhabbar wird: sie ist „die zwischen Personen in ihrem wechselseitigen Verkehr unter einander geltende *Gerechtigkeit*“ (Kant 1968, 297). Denn wenn es ein Mein und ein Dein gibt, muss es, wenn nicht jeder auf ewig an sein Mein, das seinen Bedürfnissen vielleicht gar nicht (mehr) entspricht, gekettet bleiben will, eine „commutatio“ geben, die den Austausch von Mein und Dein zwischen den Personen sowohl nach deren jeweils besonderen Bedürfnissen als auch gerecht regelt. Der Wechsel von qualitativ verschiedenen Gebrauchswerten kann den Bedürfnissen gemäß stattfinden, wobei die ausgetauschten Waren durch den Wert gleichgesetzt werden, d.h. äquivalente Werte darstellen. In dieser Gleichsetzung liegt die (bürgerliche) Gerechtigkeit. Dadurch, dass abstrakte Arbeit zu Wert geronnen und mithin wirklich geworden ist, ist ein gesellschaftliches Maß für die Gleichsetzung installiert, welches dem Tausch eine gerechte Form gibt. Die dritte Gestalt der Gerechtigkeit schließlich, die „*austheilende Gerechtigkeit*“, führt zur „*Nothwendigkeit*“ des intelligiblen Besitzes; durch die öffentliche Gerichtsbarkeit wird der durch das Kapital hergestellte Wirklichkeit des Werts Notwendigkeit verliehen: das Privateigentum wird durch diese Gerechtigkeit peremptorisch gemacht. Erst dann ist der bürgerliche Zustand vollständig eingerichtet und gesichert. Erst mit der Einrichtung einer staatlichen Gesetzgebung und einer Gerichtsbarkeit (also mit der „Demokratie“) wird der Waren- und Kapitalverkehr zu einer Demonstration „öffentlicher Gerechtigkeit“, wie Kant sie fordert. – Umgekehrt liefen die beschützende und die „austheilende“ Gerechtigkeit leer, gäbe es nicht die Wirklichkeit des Werts (und seiner Akkumulation), weil es sonst nichts gäbe, das zu beschützen und dem gesellschaftliche „Nothwendigkeit“ zu verschaffen wäre. – Die demokratischen Einrichtungen sind auf ein Kapitalwachstum am jeweiligen Standort angewiesen. Kommt letzteres nicht zustande, bleibt es für Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit nicht beim Leer-Laufen, sie zersetzen sich inwendig, was in den *failed states* zu besichtigen ist.

3. Marx' Kritik der bürgerlichen Gerechtigkeit

Mit Kant gewinnt der philosophische Begriff der Gerechtigkeit eine der bürgerlichen Gesellschaft angemessene Gestalt. Diesem Kant'schen Begriff der Gerechtigkeit geht Marx auf den Grund – nämlich den Grund in den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft. In diesem Offenlegen des Grundes besteht Marxens Kritik der (bürgerlichen) Gerechtigkeit. Mit der kommutativen Gerechtigkeit hatte Kant mehr gesagt, als er begründen konnte. Diese Gerechtigkeit, wenn sie denn überhaupt eine sein soll (und das kann sie nur im *status civilis*), unterstellt Gleichheit, und zwar ein wirklich gewordenes Maß für den Tausch. Erst Marx, an Smith und Ricardo anschließend,

deckte auf, dass in der bürgerlichen Gesellschaft dieses Maß die zu Wert geronnene abstrakt menschliche Arbeit ist – „die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind [...]“ (MEGA II/6, 92). Erst nachdem die abstrakte Arbeit wirklich, also hergestellter gesellschaftlicher Maßstab geworden ist, bekommt der „Begriff der menschlichen Gleichheit“ (ebd.) gesellschaftliche Wirklichkeit. Und erst dann wird (kommutative) Gerechtigkeit gesellschaftlich wirklich und eben konstitutiver Bestandteil des *status civilis*. Mit der Aufdeckung des Werts als wirklich gewordener abstrakt menschlicher Arbeit hatte Marx der von Kant lediglich antizipierten kommutativen Gerechtigkeit die Bedingung ihres Wirklich-Werdens in der Gesellschaft nachgeliefert. Doch gerade mit der Erkenntnis, dass Gerechtigkeit auf eine objektiv in der Gesellschaft gegründete Gleichheit verwiesen war, konnte Kants Fassung von kommutativer Gerechtigkeit von Marx dann auch kritisiert und demontiert werden. Kant hatte ‘Gerechtigkeit’ mit dem Glanz einer unveränderlichen und, wenn durch Aufklärung erst einmal installiert, ewigen Wahrheit versehen. Und Hegel hatte die Französische Revolution gefeiert – als Anbruch des Tageslichts (*enlightenment*), des Reichs der Vernunft, nicht ohne dabei ganz und gar nicht en passant zu erwähnen: „und die Herrschaft ist dadurch der *Philosophie* [gesperrt im Original; U.R.] geworden.“ (Hegel 1971, 556) Gleichheit ist – wie die Freiheit – eine der emphatisch proklamierten Ideen der Französischen Revolution. Letztere transportierte die Vorstellung, die Vernunft habe mit diesen Ideen (nun endlich) ewige und unveränderliche Wahrheiten ausgesprochen. Mit dieser Revolution beginne – dank tätiger Mithilfe, Beaufsichtigung und Kontrolle durch die Philosophie, die so als Königsdisziplin begründet wird – die Wirklichkeit und mithin die Herrschaft von Freiheit und Gleichheit. Und mit der Gleichheit sei die Idee der Gerechtigkeit verknüpft. Gerecht solle eine Gesellschaft sein, die den Menschen das jeweils Ihrige auf der Grundlage der Gleichheit garantiert. Aberglaube, Unterdrückung und Ungerechtigkeit gehören definitiv der Vergangenheit an und werden – „nothwendig gewaltsam“ (Hegel 1971, 557) – durch das Reich der Vernunft verdrängt, „durch die ewige Wahrheit, die ewige Gerechtigkeit, die in der Natur begründete Gleichheit und die unveräußerlichen Menschenrechte.“ (MEW 19, 190) Wenn aber diese Gerechtigkeit ohne den bestimmten Begriff der Gleichheit nicht sein kann und wenn die Wahrheit der Gleichheit das gewaltsame Wirklich-Machen der abstrakt menschlichen Arbeit ist, dann ist „Gleichheit = Gerechtigkeit als höchstes Prinzip und letzte Wahrheit hinstellen zu wollen [...] absurd.“ (MEW 20, 580) „Die Vorstellung, daß die Gleichheit der Ausdruck der Gerechtigkeit, das Prinzip der vollkommenen politischen Anordnung, ist ganz historisch entstanden.“ (Ebd., 579) Und: „Es hat [...] fast die ganze bisherige Geschichte dazu gebraucht, den Satz von der Gleichheit = Gerechtigkeit herauszuarbeiten, und erst als eine Bourgeoisie und ein Proletariat existierten, ist es gelungen.“ (Ebd., 580)

Vormals galten Freiheit und Gleichheit und ewige Gerechtigkeit als aus reiner Vernunft geschöpfte unveränderliche Ideen. Mit der bürgerlichen Gesellschaft allerdings – und dies decken Marx und Engels auf – sind diese Ideen verwandelt. Sie überhöhen auf philosophische Weise dasjenige, was die bürgerliche Gesellschaft zunächst einmal ganz prosaisch gesehen ausmacht, nämlich den Tausch der Waren nach Äquivalenten. Der Äquivalententausch wird zur (über das gemeinsame Maß der geronnenen abstrakt menschlichen Arbeit) durchgesetzten Gleichheit, die Gesellschaft der äquivalent tauschenden einfachen Warenproduzenten wird zur verwirklichten Gerechtigkeit in einer Gesellschaft verklärt. Doch das ist nicht die Wahrheit der kapitalistischen Gesellschaft. Wahr ist vielmehr, dass der gerechte Tausch in die ungerechte Ausbeutung umschlägt. Deswegen sind jene Ideen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, mögen sie in der Erinnerung auch noch

so inständig als unverbrüchlich und heilsbringend beschworen werden, zu einem „perlmutternen Dunst von Aberglauben und alten Wörtern“ (Brecht 1998, 283) geworden, welcher, ein falscher, trügerischer und die Unterdrückten betrügender Schein, die Herrschaft verhüllt, verkehrt und ihr so zum Durchbruch verhilft. Diesen Schein attackieren Marx und Engels in der Fortsetzung der Aufklärung. Sie decouvrieren, dass in der bürgerlichen Gesellschaft die Idee der Gerechtigkeit, wird sie als eine von den bürgerlichen Verwirklichungsbedingungen unabhängige (transzendente oder transzendente) Idee behauptet, zum *Ethos kapitalistischer Herrschaft* geworden ist. Und dieses Ethos hat ein *fundamentum in re*, genauer: in dem Strukturkern der kapitalistischen Gesellschaft. Denn für diesen Strukturkern ist der Äquivalententausch notwendig und konstitutiv. Letzteren als Inkarnation der (Idee der) Gerechtigkeit (als ‘gerechten Tausch’) auszugeben, ist aber nicht nur Ideologie (‘Ethos’), welche über die Ungerechtigkeit der Ausbeutung täuscht, sondern auch wirksames *Schmiermittel* für den Verwertungsprozeß, weil dessen Gelingen die Verwirklichung des Maßes der Gleichheit, der geronnenen abstrakt menschlichen Arbeit, und den gerechten Tausch erfordert.

4. Marx’ Kritik an Proudhon – Die Verklärung des Äquivalententauschs der bürgerlichen Gesellschaft zum Ideal der Gerechtigkeit

Tausch und Recht zu der beide überhöhenden Gerechtigkeit zu verklären, dies kritisiert Marx an Proudhon: „Proudhon schöpft erst sein Ideal der Gerechtigkeit, der justice éternelle, aus den der Warenproduktion entsprechenden Rechtsverhältnissen, wodurch, nebenbei bemerkt, auch der für alle Spießbürger so tröstliche Beweis geliefert wird, daß die Form der Warenproduktion ebenso ewig ist wie die Gerechtigkeit. Dann umgekehrt will er die wirkliche Warenproduktion und das ihr entsprechende wirkliche Recht diesem Ideal gemäß ummodelln.“ (MEW 23, 99) An diesem Ideal der Gerechtigkeit blamiert der sich als Sozialist verstehende Proudhon dasjenige, was für den Kapitalismus notwendig und wesentlich ist, die Konkurrenz. Die Konkurrenz, so Proudhon, „zeugt das Elend, sie nährt den Bürgerkrieg, [...] zerstört die Familien, korrumpiert das öffentliche Gewissen, sie ‘stürzt die Begriffe der Billigkeit, der Gerechtigkeit’, der Moral um, und was noch schlimmer ist, sie zerstört den redlichen und freien Handel [...]“ (MEW 4, 162). An seiner Proudhon-Kritik macht Marx deutlich, dass die Kritik der Philosophie (‘Philosophie’ im *genitivus obiectivus*) nötig ist, um die Konstellation von philosophischen Begriffen (wie demjenigen der Gerechtigkeit) und dem politökonomischen Herrschaftszusammenhang zu begreifen. Modell für eine Kritik der Philosophie (‘Philosophie’ jetzt im *genitivus subiectivus*), welche die Philosophie selbst mitnichten kritisiert, ist Proudhon. Gerechtigkeit – analoges gilt für Freiheit und Gleichheit – wird von Proudhon als eine von selbst entstandene Idee vorgestellt und so als ein von den wirklichen Verhältnissen unabhängiger Gedanke. Den Ursprung dieses Gedankens verlegt Proudhon – „wohl oder übel gezwungen“ – „in die Bewegung der reinen Vernunft“ (ebd., 126). Und dieser in seiner Bewegung ruhende und allein dort verankerte Vernunftgedanke stellt sich den Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber und entgegen. Dabei konstatiert er immer wieder nur Abweichungen von sich als der (reinen) Idee und kann – seine Macht demonstrierend – „auf diese Art die gesamte wirkliche Welt ersäufen [...] in der Welt der Abstraktionen, der Welt der logischen Kategorien – wen wundert das?“ (MEW 4, 128) Was aber ist nun mit einer solchen Kritik der Philosophie (*genitivus subiectivus*) gewonnen? „Weiß man etwa mehr über den ‘Wucher’, wenn man sagt, er widerspreche der ‘justice éternelle’ und der ‘équité éternelle’ und der

‘mutualité éternelle’ und anderen ‘vérités éternelles’ [...]?’“ (MEW 23, 100). Und was weiß man über die Spaltung des Profits in Zins und Unternehmervergewinn, wenn man, den Vernunftgedanken ‘Gerechtigkeit’ als Maß nehmend, darüber urteilt, dass es einen Anteil des Zinses am Profit geben solle, also wenn man sagt, es sei gerecht, dass ein Mann, der Geld borgt mit der Absicht, Profit davon zu machen, einen Teil des erzielten Profits dem Verleiher geben solle? (Vgl. MEW 25, 351f.)

Für Marx ist der Anfang aller Kritik eben die Kritik der Philosophie (*genitivus obiectivus*), Kritik der Suggestion durch allein in reiner Vernunft gegründete Ideen. Ziel der marxischen Kritik der Philosophie ist die Reflexion der *Konstellation* von Ideen und bürgerlicher Gesellschaft. Am politischen Beginn der bürgerlichen Gesellschaft hatte die Emphase der Vernunft gestanden: Die Welt solle auf den Kopf, das ist auf den Gedanken gestellt werden – und danach und damit breche das Reich der Vernunft und mit ihm deren ewige Wahrheiten an, von der Freiheit über die Gleichheit bis hin zur ewigen Gerechtigkeit. Ein halbes Jahrhundert später war in der Tat die Welt auf den Kopf gestellt worden. Freiheit und Gleichheit und Gerechtigkeit hatten, was vormals mit dem Feudalismus verknüpft zu sein schien: Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit, abgelöst und waren wirklich geworden, was den Siegeszug des Kapitalismus begleitete, ja überhaupt erst ermöglichte. Und wenig später (1882) zieht Engels ernüchtert Bilanz: Diejenigen, die (wie Engels) an dem hegelschen Memento, Philosophie habe ihre Zeit in Gedanken zu erfassen (vgl. Hegel 1964, 35), festhalten, kommen zu einer Hegel grundlegend umstürzenden Stellung zur Philosophie samt deren Begriffen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit: „Wir wissen jetzt, daß dies Reich der Vernunft weiter nichts war als das idealisierte Reich der Bourgeoisie; daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisjustiz; daß die Gleichheit hinauslief auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz; daß als eines der wesentlichsten Menschenrechte proklamiert wurde – das bürgerliche Eigentum [...]“ (MEW 19, 190). Die Gerechtigkeit ist „eben der abstrakteste Ausdruck des Rechts selbst“ (MEW 18, 277), und das ist das Recht der bürgerlichen Gesellschaft. Innerhalb derselben versuchen Bürger, seien es Arbeiter, seien es Kapitalisten, aus ihrem eigenen Antrieb heraus ihr Agieren „dem Ideal der Gerechtigkeit, der *ewigen* Gerechtigkeit immer wieder näherzubringen. Und diese Gerechtigkeit ist immer nur der ideologisierte, verhimmelte Ausdruck der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin. Die Gerechtigkeit der Griechen und Römer fand die Sklaverei gerecht: die Gerechtigkeit der Bourgeois von 1789 forderte die Aufhebung des Feudalismus, weil er ungerecht sei. Für den preußischen Junker ist selbst die faule Kreisordnung eine Verletzung der ewigen Gerechtigkeit.“ (Ebd.)

5. Ewige Gerechtigkeit versus wirkliche Gerechtigkeit der bürgerlichen Gesellschaft – Gerechtigkeit und der Zeitindex ihrer Wahrheit

Linkshegelianer und Proudhon erklären Gerechtigkeit zu einer der empirischen Welt entrückten, transzendentalen oder ewigen Idee. Eine solche Idee solle der Maßstab für die Kritik der wirklichen gesellschaftlichen Zustände und zugleich das von der Menschheit anzustrebende Ziel für die Einrichtung einer künftigen Gesellschaft sein. Marx setzt dagegen: Diese Gerechtigkeit sei nur der verhimmelte – ‘verhimmelt’ drückt aus, dass aus einem sehr Irdischen etwas diesem äußerst Entrücktes, Ewiges gemacht worden ist, ein falscher Schein! – Ausdruck dessen, dass Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht wurden. Deswegen plädiert der Marx des Vormärz für die ‘Negation der Philosophie’, damit ein Doppeltes

bezweckend: das linkshegelianische Ideal abzulehnen *und* mittels bestimmter Negation zu erkennen, wie die Wirklichkeit der Gerechtigkeit beschaffen ist.

In der bürgerlichen Gesellschaft scheint Gerechtigkeit – eine Idee der Vernunft – universell durchgesetzt, mithin ‘verwirklicht’ zu sein – nota bene! durch Menschenhand. Und das ist der historische Fortschritt gegenüber jener göttlichen Gerechtigkeit ($\Delta\iota\kappa\eta$, Christentum) und gegenüber der aristotelischen Tugend. Wiewohl als Gebrauchswerte verschieden, sind die Waren zugleich auch Tauschwerte und können – im Prinzip – äquivalent getauscht werden. Die bürgerliche Gesellschaft kennt im Unterschied zur Antike abstrakte Arbeit als objektiv durchgesetztes Maß der Werte. Damit ist an den Verschiedenen (zunächst sind das ‘Dinge’) Gleichheit *verwirklicht*: die Waren sind Wertdinge und damit einhergehend vergleichbar (kommensurabel) geworden, etwas, was der antike Philosoph Aristoteles nicht verstehen konnte, weil er das gemeinsame Maß (mensura) nicht fand. „Die Gleichheit erscheint hier als sociales Product, wie überhaupt Tauschwerth sociales Dasein ist“ (MEGA II/2, 59). Da das Geld nur die hervorgehobene Inkarnation abstrakt menschlicher Arbeit ist und aus der einfachen Wertform entwickelt werden kann, ist „das Geldsystem in der That nur die Realisirung dieses Systems der Gleichheit und Freiheit“ (ebd.). Tauschen die Warenbesitzer nach Äquivalenten, dann tun sie das nicht deswegen, weil sie eine vermeintlich vorgängige, gar transzendente Freiheit und Gleichheit respektieren, sondern deswegen, weil Freiheit und Gleichheit „sociale Producte“ sind, welche mit dem „socialen Dasein“ des Tauschens von Waren (und der Einrichtung der kapitalistischen Warenproduktion) einhergehen. Sind Freiheit und Gleichheit Produkte, dann können sie nicht zugleich, in derselben Hinsicht und in derselben Gestalt Voraussetzungen sein. Folglich muss unterschieden werden zwischen den transzendentalen Ideen der Freiheit und Gleichheit, die, mit Emphase von der Französischen Revolution propagiert, am Beginn der bürgerlichen Gesellschaft standen und, eingehend in die Rechtsgleichheit und Freiheit der Person, strukturelle Voraussetzungen für das Kapitalverhältnis sind, und der dann bürgerlichen Gestalt von Freiheit und Gleichheit, die als der Geist der Epoche aus dem bürgerlichen Produktionsverhältnis hervorgehen. Dieser Geist hat eine Basis. Der „Austausch von Tauschwerten ist die productive, reale Basis aller *Gleichheit* und *Freiheit*.“ (MEGA II/1.1, 168)

Marx meint hier bürgerliche Gleichheit und bürgerliche Freiheit. Beide können allein schon deswegen, weil sie eine „productive, reale Basis“ haben, nicht (mehr) als transzendente Ideen figurieren. Die ‘Basis’ markiert den Wandel von Freiheit und Gleichheit. Dadurch, dass der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise in die Ideen von Freiheit und Gleichheit ‘hineinkommt’ und sie zu den Gestalten bürgerlicher Freiheit und bürgerlicher Gleichheit transformiert, werden sie irreversibel ramponiert.¹ Zwar kann man Hegel folgend sagen, dass die mit der bürgerlichen Gesellschaft verwirklichte Freiheit und Gleichheit die Wahrheit der Französischen Ideen gestehen: Der objektive Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital wird in den widersprüchlichen Einheiten von Freiheit und Unfreiheit und von Gleichheit und Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft wirklich. Aber für sich genommen – als transzendente aus Vernunft geschöpft – lassen jene Ideen davon nichts erahnen. Sie gehen nicht darin auf, Anfang

1 ‘Ramponieren’ in einem übertragenen Sinn verstanden. Die Ideen, weil selbst nicht empirisch, unterliegen nicht einem empirischen Prozess. Auch dasjenige, was das Ramponieren verursacht, der Widerspruch im Strukturkern des Kapitalismus, ist nicht von empirischer Natur.

und notwendige Bedingung für das freiheitlich-demokratische In-Szene-Setzen des Kapitalismus zu sein. Diese Ideen haben einen Zeitindex ihrer Wahrheit, d.h. ihre Wahrheit steht in einer Konstellation mit dem Stand ihrer Verwirklichung. 1789 sind sie als transzendente Ideen gefasst, die dazu taugen, die Unfreiheit und Ungleichheit feudaler Herrschaft offenzulegen, moralisch zu desavouieren und damit diese Herrschaft umzustürzen. Darin liegt – Zeitindex: 1789 – ihre Wahrheit. 1875 hingegen sind die Ideen verwirklicht; wer 1875² in ihnen in Stein gemeißelte, unveränderlich gebliebene transzendente Ideen sieht, verfehlt, was geschehen ist. Ihre Wahrheit liegt mittlerweile darin, der kapitalistischen Herrschaft die bürgerlich-demokratische Verfassung zu geben. Im Zuge dieses Verwirklichungsprozesses verändern sich ihre Substanz und Gestalt.

Was Marx für die Ideen der Freiheit und der Gleichheit aufzeigt, gilt analog – cum grano salis – für die Gerechtigkeit. Deren Verwirklichung in der bürgerlichen Gesellschaft wirkt zurück auf Substanz und Gestalt der Gerechtigkeit, die dann keine ewige Idee mehr ist. Wenn die Warenbesitzer äquivalent tauschen, dann tun sie das nicht deswegen, weil sie eine vorgängige Idee der Gerechtigkeit respektieren oder gar als solche verwirklichen (wollen), sondern weil mit der geronnenen abstrakt menschlichen Arbeit und dem Tausch nach Werten eine „reale Basis“ installiert wurde, wodurch Gerechtigkeit ihr Maß bekam und damit in ihrer spezifisch bürgerlichen Gestalt (als gerechter Tausch, als gerechter Lohn, als Chancengerechtigkeit für alle Marktteilnehmer) *verwirklicht* wird. Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind – und das ist ein an Hegel sich anlehender Gedanke – entwickeltes Resultat, „sociale Producte“ (Marx). Das den Tausch dirigierende Wertgesetz bringt die gesellschaftliche Wirklichkeit von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit auf den Begriff. Wenn Marx und Engels dieses Wertgesetz kritisieren, kritisieren sie mithin die Wirklichkeit von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. Und sie kritisieren, dass Freiheit und Gleichheit – angesichts deren Wirklichkeit – als „reine Ideen“ aufgefasst und propagiert werden. „Als reine Ideen sind sie idealisirte Ausdrücke seiner verschiedenen Momente“ (MEGA II/2, 60), Momente der Basis, i.e. des Austauschens von „Tauschwerten“. Die systematische Bestimmung – Freiheit und Gleichheit haben einen Zeitindex ihrer Wahrheit – „hat sich auch historisch bestätigt. Nicht nur ist die Dreieinigkeit von Eigenthum, Freiheit, und Gleichheit auf dieser Grundlage zuerst von den italienischen, englischen, und französischen Oekonomen des 17. und 18. Jhhdts. formulirt worden. Sie realisirten sich erst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Die antike Welt, der der Tauschwerth nicht als Basis der Production diente, die an seiner Entwicklung vielmehr unterging, producirte eine Freiheit und Gleichheit von ganz entgegengesetztem und wesentlich nur lokalem Gehalt.“ (Ebd.) Ergo: Bürgerliche Freiheit und Gleichheit (zu ergänzen: Gerechtigkeit) sind „grade das Gegentheil der antiken Freiheit und Gleichheit, die eben den entwickelten Tauschwerth nicht zur Grundlage haben, vielmehr an seiner Entwicklung caput gehn.“ (MEGA II/1.1, 168) Nun gab es schon zu Marx' Zeiten linke Opponenten zum Kapitalismus, welche nicht wahrhaben wollten, dass Freiheit und Gleichheit (und Gerechtigkeit) einen Zeitindex ihrer Wahrheit haben. Und darin liegt, so Marx, genau der Irrtum, gar die Albernheit jener „Socialisten, namentlich der französischen, die den Socialismus als Realisation der von der französischen Revolution nicht entdeckten, sondern historisch in

2 '1875' ist hier gewählt, weil in diesem Jahr Marx die *Randglossen zum: Programm der deutschen Arbeiterpartei* schrieb, Prototyp für die Kritik der Sozialdemokratie. Verglichen mit dem Jahre 1875 ist die Ausgestaltung der bürgerlich-demokratischen Verfassung für die kapitalistische Herrschaft inzwischen weiter vorangeschritten.

Umlauf geworfnen bürgerlichen Ideen³ nachweisen wollen, und sich mit der Demonstration abmühen, daß der Tauschwerth *ursprünglich* (in der Zeit) oder seinem Begriff nach (in seiner adaequaten Form) ein System der Freiheit und Gleichheit aller, aber verfälscht worden sei durch Geld, Capital etc. Oder auch, daß die Geschichte bisher noch verfehlte Versuche gemacht habe, sie in der ihrer Wahrheit entsprechenden Form durchzuführen [...]. Das Tauschwerthsystem und mehr das Geldsystem sind in der That das System der Freiheit und Gleichheit. [...] Es ist ein ebenso frommer wie alberner Wunsch, daß z.B. der Tauschwerth aus der Form von Waare und Geld sich nicht zu der Form des Capitals oder die Tauschwert producirende Arbeit sich nicht zur Lohnarbeit fortentwickeln soll. Was diese Socialisten von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist auf der einen Seite das Gefühl der Widersprüche des Systems, andererseits der Utopismus, den nothwendigen Unterschied zwischen der realen und idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen, und daher das überflüssige Geschäft zu übernehmen, den idealen Ausdruck [...] selbst wieder verwirklichen zu wollen.“ (MEGA II/2, 60f.)

6. „Das gleiche Recht ist [...] das bürgerliche Recht [...] ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht“ – Kritik der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterpartei

In seinen *Randglossen zum: Programm der deutschen Arbeiterpartei* kritisiert Marx die damals aufkommenden Forderungen nach dem „gleichen Recht“ und der „gerechten Vertheilung“ (MEGA I/25, 10f.; MEW 19, 17f.), Forderungen, die von sozialdemokratischen Vordenkern wie Lassalle als die bürgerliche Gesellschaft sprengende ausgegeben wurden. Doch das Gegenteil, so Marx, sei wahr. Gerechtigkeit, eine „gerechte Vertheilung“ unter den Auspizien des Wertgesetzes, befestige den Zusammenhalt der bürgerlichen Gesellschaft und sei Grundlage für die Herrschaft des sich verwertenden Werts. „Behaupten die Bourgeois nicht, dass die heutige Vertheilung ‘gerecht’ ist? Und ist sie in der That nicht die einzige ‘gerechte’ Vertheilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise?“ (MEGA I/25, 12) Nichts offenbart mehr über Wahrheit und Wirklichkeit der ‘Gerechtigkeit’ in der bürgerlichen Gesellschaft, als wenn diejenigen, die wännen, letztere abschaffen zu wollen, zentrale für die Herrschaft des Kapitals konstitutive Zusammenhänge als Maximen für ihre projektierte, angeblich nicht-bürgerliche (sozialistische = gerechte) Gesellschaft vorsehen – und sich dabei auch noch pfißig vorkommen (vgl. Proudhon, s. oben). Gemäß einer solchen, eine kommunistische Gesellschaft angeblich ausmachenden Gerechtigkeit „erhält der einzelne Producent – nach den Abzügen – exakt zurück was er ihr giebt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Producenten ist der von ihm gelieferte Theil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Antheil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein dass er so und so viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrath von Consumtionsmitteln so viel heraus als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das

3 Marx spricht hier explizit von Freiheit und Gleichheit als von *bürgerlichen* Ideen und nicht von transzendentalen, auch nicht von ewigen Ideen. Auf die bürgerliche Gesellschaft zielt die Kritik der politischen Ökonomie – und auf die bürgerlichen Ideen die Kritik der Philosophie.

er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück. Es herrscht hier offenbar dasselbe Princip, das den Waarenaustausch regelt, so weit er Austausch Gleichwerthiger ist [...] es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen Form ausgetauscht.“ (MEGA I/25, 13f.) Genau dies ist das Prinzip des Äquivalententauschs in der bürgerlichen Gesellschaft. Indem Marx darlegt, dass die lassalleianische ‘Gerechtigkeit’ nichts anderes ist als der verklarte Ausdruck des gerechten Tauschs in der bürgerlichen Gesellschaft unter Ausblendung der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit, geht er dem, was Gleichheit und Gerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft *sind*, auf den Grund. Denn für die Wirklichkeit von Gleichheit und gerechter Verteilung ist ein „gleicher Massstab“ erforderlich: die abstrakte Arbeit, gesellschaftlich wirklich im Wert, an dem gemessen wird, was gleichgesetzt werden kann, und wodurch überhaupt erst Gerechtigkeit hergestellt werden kann. Dieses (bürgerliche) gleiche Recht ist aber zugleich auch „ungleiches Recht für ungleiche Arbeit“ (ebd., 14). Marx deckt hier die Dialektik in der Wirklichkeit von Gleichheit und Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft auf: Gleichheit ist realisiert; am Wert, der wirklich gewordenen abstrakten Arbeit, wird alles gemessen (oder soll alles gemessen werden, wenn auch noch die ‘sozialistische Anwendung’ des Wertgesetzes zum politischen Programm einer sozialdemokratischen, sozialistischen oder gar als ‘kommunistisch’ sich bezeichnenden Partei geworden ist). Und doch ist dieses Recht der Gleichheit zugleich ein Recht der Ungleichheit. Die Gerechtigkeit des Äquivalententauschs ist die Basis für die Aneignung eines Nicht-Äquivalents durch das Kapital, also für die Ungleichheit, welche in der Beherrschung der lebendigen Arbeit durch den Mehrwert liegt. Erst mit der kommunistischen Gesellschaft, so Marx, verschwindet die Gerechtigkeit samt deren Dialektik, also erst wenn nicht mehr Waren produziert werden, erst wenn die auf die Herstellung eines Produkts verwandte Arbeit nicht mehr als Wert dieses Produkts erscheint. Erst dann kann „die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEGA I/25, 15) Deswegen „frevelt“ man, wenn man „Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden,“ (ebd.) jetzt (Marx schreibt das im Jahre 1875 – noch ärgerlicher wird es mit dem veralteten Phrasenkram 140 Jahre später) einfach nur aufwärmt. Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, deren Propagierung zu Zeiten der Französischen Revolution „einen Sinn“ (in der Diskreditierung feudaler Herrschaft) hatte, werden zu „Dogmen“, wenn sie als vermeintlich unveränderlich und ewig geltende Ideen der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft gegenübergestellt und dieser entgegengehalten werden – in den Forderungen nach ‘mehr Gerechtigkeit’, ‘mehr Gleichheit’, ‘mehr Freiheit’. „Mehr Demokratie wagen!“, so umgarnte der Sozialdemokrat Willy Brandt eine Unmut am Kapitalismus äußernde Oppositionsbewegung. Gerechtigkeit ist nämlich bereits mit der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht worden – in der Gestalt der widersprüchlichen Einheit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Gegenüber dieser die bürgerliche Wirklichkeit begreifenden Einheit an der schlecht abstrakten Idee der Gerechtigkeit festzuhalten und letztere als Gegen- oder Heilmittel gegen die bürgerliche Wirklichkeit zu propagieren, dies verwandelt jene Ideen der Französischen Revolution zu „ideologische[n] Rechts- und andre[n], den Demokraten und französischen Socialisten, so geläufige[n] Flausen“ (MEGA I/25, 15). Solch ein vermeintlich konservierender Rückgriff auf die Ideen der Französischen Revolution wirkt tatsächlich regressiv auf den Gehalt dieser Ideen. Er korreliert zudem mit der für die Sozialdemokratie traditionell affirmativen Stellung zum bürgerlichen, durch jene Ideen konstituierten Staat. In Verkennung dessen, dass die kapitalistische Produktionsweise die Grundlage für den bürgerlichen Staat und dieser deren politische Gewalt ist, welche die Agenten

dieser Produktionsweise der Wirklichkeit von Freiheit und Gleichheit – im Recht – unterwirft und erst so die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Interessen ermöglicht, behandelt die Sozialdemokratie „den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen [...], das seine eignen ‚geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen‘ besitzt“ (ebd., 21). In der Vervollkommnung und Befestigung dieser (geistigen) Grundlagen – gemeint die Verwirklichung von immer mehr Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft und durch den bürgerlichen Staat – sieht die Sozialdemokratie seit 140 Jahren ihre Aufgabe. Marx hingegen kritisiert die Funktion des Staates (samt der Beschwörung jener Ideen der Französischen Revolution) für die bürgerliche Gesellschaft. Er schlägt eben nicht den Ausbau jener „geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen“ vor, plädiert gerade nicht für mehr Gerechtigkeit (das macht nämlich der Staat schon selbst, um seine Herrschaft zu zementieren), sondern dafür, der Gerechtigkeit und ihrer Dialektik, der widersprüchlichen Einheit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, den (ökonomischen) Boden zu entziehen.

7. Der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise und die widersprüchliche Einheit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit

Ein für die kapitalistische Produktionsweise eigentümlicher und durch sie unauflöslicher Widerspruch bestimmt das Wesen dieser Produktionsweise: Kapital ist überhaupt nur, wenn es die Einheit von Kapital und Nicht-Kapital (lebendiger Arbeit) ist. Nur in der Beziehung auf das, was es nicht ist, kann das Kapital sich erhalten und dabei zugleich progressiv wachsen. Und nur wenn es progressiv wächst, kann es sich erhalten. Da, wie ausgeführt, die bürgerlichen Ideen der Freiheit, Gleichheit (und auch Gerechtigkeit) das kapitalistische Produktionsverhältnis zur Basis haben und da letzteres in sich widersprüchlich ist, offenbaren Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, so wie sie in der bürgerlichen Gesellschaft wirklich geworden sind, eine lehrreiche Dialektik: Freiheit und Gleichheit, wenn verwirklicht in der bürgerlichen Gesellschaft, erweisen sich eben dadurch als Unfreiheit und Ungleichheit (vgl. MEGA II/1.1, 172). Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, dass Freiheit, Gleichheit und eben auch Gerechtigkeit, wenn man sie nur redlich genug beschwöre, sistiert werden können, es bei ihnen als bloßen, reinen Ideen bleiben könne und sie sich *nicht* qua aus dem Kapitalverhältnis herrührender Dialektik zu Unfreiheit, Ungleichheit, Ungerechtigkeit entwickeln.

Wie sieht nun genau dieses (dialektische) Verhältnis von Freiheit und Unfreiheit, Gleichheit und Ungleichheit, von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft aus? Marx unterscheidet – und diese Unterscheidung ist Reflex des gerade angeführten unauflöselichen Widerspruchs im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise – zwischen den „Eigentumsgesetzen der Warenproduktion“ und den „Gesetzen der kapitalistischen Aneignung“ (MEW 23, 605). Erstere Gesetze sind charakterisiert durch den Äquivalententausch, durch die kraft Wirklich-Werdens der abstrakten Arbeit gesellschaftlich realisierte Gleichheit, durch die über dieses Gleich um Gleich hergestellte Gerechtigkeit und nicht zuletzt durch die Wirklichkeit der Freiheit für die in der bürgerlichen Gesellschaft handelnden Subjekte. Die Gesetze der kapitalistischen Aneignungsweise sind die von $G - W - G'$: Das Kapital lässt die Arbeiter an seinen Produktionsmitteln arbeiten, benutzt die Arbeitskraft und eignet sich deren Arbeit an, in welcher unbezahlte Mehrarbeit enthalten ist. Aneignung unbezahlter Mehrarbeit – dies apostrophiert Marx als ein inmitten des gerechten Tauschs ganz legal stattfindender Diebstahl fremder Arbeit, als Ausbeutung der Arbeitskraft (aus v wird $v + m$ herausgeholt), als Raub und Prellerei und gar als eine das Kapital

„vampyrmäßig“ (MEW 23, 247) belebende Aussaugung. All diese Formulierungen bringen ans Licht: Durch das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit ist Ungerechtigkeit gesellschaftlich wirklich geworden. Die kapitalistische Produktionsweise schließt nun die Zirkulationssphäre (mit den Eigentumsgesetzen, den Gesetzen für den äquivalenten Tausch der Waren) *und* die Produktionssphäre (mit den Gesetzen der kapitalistischen Aneignung) ein. Beiderlei Gesetze stehen im Verhältnis des Gegensatzes: ‘gerechter’ Tausch versus ‘ungerechte’ kapitalistische Aneignung.

Den Eigentumsgesetzen der Warenproduktion lassen sich die philosophischen Begriffe Freiheit, Gleichheit und eben Gerechtigkeit zuordnen. Frühbürgerliche Theoretiker (z.B. Locke) beurteilen das Eigentum der Warenbesitzer dann als gerechtfertigt, wenn es auf eigener Arbeit gründe. Und die Verteilung eines solchen Eigentums, welches entweder auf eigener Arbeit gründe oder welches durch Äquivalententausch gegen eine eigne Arbeit enthaltende Ware erworben werde, sei aufgrund desselben Gerechtigkeit garantierenden allgemeinen Maßstabs der ‘abstrakten Arbeit’ eben ‘gerecht’. Diese durch den Wert (= geronnene abstrakt menschliche Arbeit) in Szene gesetzte Gerechtigkeit (samt der Freiheit und der Gleichheit als den rechtlichen Bedingungen für die Verträge schließenden Warenbesitzer) lässt sich der Zirkulationssphäre zuordnen. In dieser agieren die Warenbesitzer als freie und gleiche und, wenn unter der Ägide der Staatsgewalt Eigentum und Wert geschützt werden, in einer Sphäre allgemeiner Gerechtigkeit. Hier – in der prosaischen Welt bürgerlicher Interessenverfolgung und Konkurrenz – scheint das wahre Eden der angeborenen Menschenrechte nun endlich realisiert zu sein. Was als göttliche Gerechtigkeit antizipiert ward und über 2000 Jahre lediglich im Kopfe von Philosophen existierte, ist mit der bürgerlichen Revolution wirklich geworden. In der sozialen Marktwirtschaft regieren Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Gerechtigkeit⁴ die Welt. Jedem in dieser Welt ist „es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und weil so jeder nur für sich und keiner für den andren kehrt, vollbringen alle, inolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpffiffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses“ (MEW 23, 190) – in dieser schönen, gerechten, bürgerlichen Welt.

Den zu den Gesetzen der Warenproduktion im Verhältnis des Gegensatzes stehenden Gesetzen der kapitalistischen Aneignung (G – W – G’ versus Äquivalententausch) lassen sich die Gegenbegriffe, also Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit, zuordnen. Da die Arbeiter frei von Produktionsmitteln sind, ist für sie der Zwang gesetzt, am fremden Eigentum zu arbeiten. Und da die Arbeiter frei von Konsumtionsmitteln sind, welche sie nur mit Geld – als freie Rechtssubjekte auf dem freien Markt – kaufen können, sind sie gezwungen, das Einzige, was sie haben, nämlich ihr Arbeitsvermögen, an die Geldbesitzer zu verkaufen. Der Ausgangspunkt – logisch der Anfang, topologisch die Oberfläche (nämlich die Zirkulationssphäre) – ist das rechtsgleiche Agieren von

4 An der einschlägigen Stelle bei Marx lautet die Reihung: „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“ (MEW 23, 189). Statt ‘Gerechtigkeit’ steht dort ‘Bentham’. Marx charakterisiert und kritisiert den die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnenden Utilitarismus (‘Bentham’) so: Unter den Bedingungen von Freiheit und Gleichheit des Rechts und des staatlich gewährleisteten Privateigentums sorgen sich die Bürger nur um sich selbst, verfolgen also nur ihren Eigennutz, ihren Sondervorteil, ihre Privatinteressen und vollbringen gerade dadurch ihren wechselseitigen Vorteil, den Gemeinnutzen und das Gesamtinteresse. Mithin verwirklichen – so Benthams Position – die Bürger, indem sie sich ‘utilitaristisch’ verhalten, Gerechtigkeit.

Lohnarbeiter und Kapitalist. Als rechtlich Gleiche und Freie schließen sie Verträge. Sie scheinen auch Gleiches auszutauschen – „Äquivalent für Äquivalent“. Doch in Wahrheit ist das Kapital Mehrwert, Diebstahl an fremder Arbeit, „der Arbeiterklasse jährlich durch die Kapitalistenklasse entrissene[r] Tribut“ – „das alte Verfahren des Eroberers, der den Besiegten Waren abkauft mit ihrem eignen, geraubten Geld.“ (MEW 23, 608) Und die Besiegten sind gezwungen, den Ertrag ihrer früheren Arbeit zurückzukaufen mit mehr Arbeit, als er gekostet hat (vgl. ebd.). Gemessen an der Rechtfertigung des Eigentums als eigene Arbeit und an dem Gerechtigkeit wahr machenden Äquivalententausch wird Ungerechtigkeit verwirklicht: im Mehrwert. Dieser ist Eigentum an vergangener unbezahlter Arbeit. Solches Eigentum ist – gemessen am Lockeschen Kriterium – Diebstahl, also unrechtmäßiges Eigentum, mithin Unrecht oder Ungerechtigkeit. Diese Ungerechtigkeit wird durch den gerechten Tausch ‘Arbeitskraft gegen Kapital’ in Szene gesetzt, einen Äquivalententausch, der die Aneignung eines Nicht-Äquivalents beinhaltet, einen durch das Recht sanktionierten Tausch, der einen Diebstahl einschließt, einen Tausch von rechtlich Freien, den die eine Partei der Freien gezwungen ist einzugehen. Obendrein: Das vergangene Unrecht oder die vergangene Ungerechtigkeit (Kapital *ist* aufgehäuften unbezahlte Mehrarbeit!) sind die notwendige und entscheidende Bedingung für die gegenwärtige Aneignung unbezahlter Arbeit in stets wachsendem Umfang, also für die Perpetuierung des Unrechts oder der Ungerechtigkeit zu einem die Produzenten beherrschenden Subjekt. Das sich so ergebende Verhältnis von Gesetzen der Warenproduktion und Gesetzen der kapitalistischen Aneignung bestimmt Marx als „dialektisch“: „[...] das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz der Aneignung oder Gesetz des Privateigentums [schlägt] durch seine eigne, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegenteil um.“ (MEW 23, 609)

8. Zum aktuellen Stand von Begriff und Wirklichkeit der Gerechtigkeit

Den aktuellen Stand von Begriff und Wirklichkeit der Gerechtigkeit zu begreifen heißt, ihn als Resultat zu begreifen, und zwar als Resultat der Verwirklichung dessen, was Gerechtigkeit vor über 200 Jahren war: eine der glänzenden Ideen der Französischen Revolution, neben anderen wie denjenigen der Freiheit oder der Gleichheit. Diese Ideen entstammten der Philosophie. Von der revolutionären Umwälzung wurden sie in die politische Wirklichkeit hineingeworfen. Der bürgerlichen Gesellschaft gaben sie Form und Verfassung und wurden ihrerseits durch diese Gesellschaft umgeformt. Denn die Verwirklichung dieser Vernunftideen war aufs innigste mit der Einrichtung der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft, was zur Konsequenz hatte, dass sie ihren Charakter als ewig und unvergänglich, als feststehend und in sich unveränderlich verloren und, spiegelnd den objektiv widersprüchlichen Strukturkern der kapitalistischen Produktionsweise, in jeweils in sich widersprüchliche Einheiten sich wandelten, im speziellen in die Einheit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Verloren hatten sie damit auch ihre vormalige revolutionäre Substanz. Deswegen ist es ungereimt, der kapitalistischen Gesellschaft und dem in ihr und durch sie erreichten Stand der Gerechtigkeit eine reine, durch die altherwürdige Philosophie als unerschütterlich erwiesene und transzendental festgezurte Idee entgegenzuhalten und obendrein zu meinen, man könne qua philosophisch vertiefter Erinnerung die an 1789 gebundene revolutionäre Aura der Ideen wiedererstehen lassen, um die Neubelebten dann gegen die kapitalistische Gesellschaft ins Feld zu führen. Gegen solche Bestrebungen wandten sich Marx und Engels. Von daher erklärt sich, dass sie sehr strikt ‘antimoralistisch’ argumentieren. Wie im 18. Jahrhundert

die Aufklärer zertrümmern sie die ewigen, metaphysischen Ideen, seien sie transzendent oder – im 19. Jahrhundert überwiegend – transzendental begründet. Sie polemisieren gegen die Vorstellung, man könne, nachdem die kapitalistische Produktionsweise und deren Staat gemäß bürgerlichen Prinzipien errichtet worden waren, an den vormals revolutionären Ideen unbeirrt festhalten und an genau die ideelle Substanz appellieren, durch die der Kapitalismus gerade gesiegt hatte.

Der antimetaphysische Furor neigt allerdings dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten, nämlich von der aufklärerischen Ideenzertrümmerung lediglich deren Resultat – 1875 sind die Ideen der Französischen Revolution zu „veraltetem Phrasenkram“ geworden – zu nehmen, dabei von der Widersprüche produzierenden Gedankenbewegung abzusehen und – geschichtsblind aufgrund eines selbstverordneten methodologischen Diktats – die Reflexion auf jene Ideen, auf deren Verwirklichungsprozess in der Geschichte und auf den eigenen Prozess des Ideenzertrümmerns auszuschließen. Das ist der Übergang von der Metaphysikkritik in den Positivismus. So falsch es ist, die Idee der Gerechtigkeit zu einer immerwährenden und feststehenden Entität, nicht affizierbar oder veränderbar durch die Geschichte, zu hypostasieren, so falsch ist es, die Idee der Gerechtigkeit als Unsinn, über welchen man nicht reden könne, sondern schweigen müsse, auszulegen – mittels eines jenseits der Geschichte⁵ stattfindenden und in einem a priori und formallogisch bestimmten Raum angesiedelten Geschäftsordnungsverfahrens. Die Metaphysikkritik (auch diejenige von Marx und Engels) impliziert gerade nicht, Begriffe schlicht und einfach für nichtig und obsolet zu erklären. Dagegen, dass der Übergang von der Metaphysikkritik in den Positivismus zwingend sei, spricht zuerst einmal logisch, dass die aufklärerische Zertrümmerung eines metaphysisch verorteten Begriffs der Gerechtigkeit ihren Grund in jener im Kapitalismus wirklich gewordenen, widersprüchlichen Einheit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit hat. Erklärte man in positivistischer Manier die Gerechtigkeit zum leeren und unsinnigen Begriff, dann fiel mit dem Grund das Begründete, eben diese aufklärerische Kritik. Die positivistische Vorgehensweise entzöge sich selbst den Boden; sie stieße die Leiter weg, die jene Metaphysikzertrümmerung überhaupt erst möglich machte. Zweitens ist der Begriff ‘Ungerechtigkeit’ konsistent nicht ohne Bezug zum Begriff der ‘Gerechtigkeit’ zu denken, denn ersterer Begriff enthält Gerechtigkeit *und* deren Negation. Ohne den Begriff ‘Ungerechtigkeit’ ist aber das, was objektiv und im Kern die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt, nämlich der Mehrwert, gar nicht erkennbar. Denn die Wirklichkeit der Ungerechtigkeit ist in der bürgerlichen Gesellschaft der Mehrwert, genauer: dass es ihn gibt, dass er produziert wird und dass er vom Kapital angeeignet wird. Diesen Mehrwert kann man nicht unmittelbar, einfach empirisch und ohne den Begriff der Gerechtigkeit und deren Negation erkennen. Der Positivismus, der ‘Ungerechtigkeit’ (und mithin auch ‘Gerechtigkeit’) als nichtigen und unsinnigen Begriff ablehnt, hat bereits methodisch, d.i. ohne Prüfung des Inhalts der lediglich methodisch verhandelten Sache, sein Einverständnis mit dem Kapitalismus gemacht.

Marx und Engels argumentieren ‘antimoralistisch’ – als Kritiker der Moral, der Philosophie und der Metaphysik. ‘Antimoralistisch’ ist allerdings nicht mit ‘amoralisch’, der schlichten Verneinung von Moral, d.h. der abstrakten Negation von Philosophie und Metaphysik, zu verwechseln. Die in ‘antimoralistischem’ Gewand auftretende Kritik von Marx und Engels an den Ideen führt auf eine Aporie. Weder wollen Marx und Engels die Idee der Gerechtigkeit affirmieren (und damit

5 Die Wiederherstellung der Ideen als reine metaphysische oder transzendente Ideen *und* der antimetaphysische Furor des Positivismus sind beide gleichermaßen geschichtsblind.

wiederaufleben lassen), denn die Reflexion auf die vorfindliche Gerechtigkeit führt auf nicht zu schlichtende Antagonismen, nämlich auf das Verhältnis von gerechtem Tausch und ungerechter kapitalistischer Aneignung. Noch können sie auf eine positive Bestimmung der Gerechtigkeit verzichten, denn nur dann kann der Mehrwert als die gesellschaftliche Manifestation der Ungerechtigkeit im Kapitalismus begriffen und der Widerstand gegen diese Manifestation begründet werden. In Kurzfassung lautet die Aporie: Die Produktion und die Aneignung von Mehrwert sind sowohl gerecht als auch ungerecht. Zugleich ist es falsch zu sagen, die Produktion und die Aneignung von Mehrwert seien weder gerecht noch ungerecht, seien gleichgültig gegen jede moralische Bestimmung, seien *Adiaphora*. Positiv lässt Gerechtigkeit sich nicht bestimmen. Zugleich ist eine positive Bestimmung der Gerechtigkeit notwendig.

9. Coda

Gibt es einen Ausweg aus der Aporie? Marx schlägt vor, sie deutlich ins Bewusstsein der Subjekte zu rücken: „[...] man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“ (MEW 1, 381). Mit dem objektiv widersprüchlichen Kapitalismus sind sowohl Freiheit als auch Unfreiheit, Gerechtigkeit als auch Ungerechtigkeit, Moral ebenso wie Unmoral objektiv wirklich geworden. Dies provoziert in den Subjekten Scham und ein Vor-sich-selbst-Erschrecken: Was ist aus der Freiheit, aus den Ideen der Vernunft, ja, was ist aus *uns* geworden? – Die Frage *macht* Courage!

Literatur

Marx und Engels werden unter den Siglen MEGA und MEW zitiert.

Brecht, Bertolt (1998): *Leben des Galilei* (Fassung 1955/56), in: ders., *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*. Stücke 5, Darmstadt.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1964): *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, Stuttgart-Bad Cannstatt.

– (1971): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Stuttgart-Bad Cannstatt.

Kant, Immanuel (1968): *Die Metaphysik der Sitten*, in: *Kants Werke*. Akademie-Textausgabe. Band VI, Berlin.

Alex Demirović

Der Wirklichkeitsstatus der bürgerlichen Gesellschaft Zu Marx' Kritik der Vorgeschichte als Traumgeschichte

Marx' Analysen des Kapitalverhältnisses und der bürgerlichen Gesellschaft weisen auf den tief ambivalenten Charakter hin, den ihre Objektivität auszeichnet: sie sind wirklich und unwirklich zugleich. Dies wirkt zurück auf die Analyse selbst. Auf der einen Seite will Marx die ökonomischen Verhältnisse naturwissenschaftlich genau analysieren. Er betont den gleichsam naturwissenschaftlichen Charakter seiner Analyse ökonomischer Prozesse (MEW 13, 9) und spricht von den „Naturgesetzen“ der kapitalistischen Produktion (MEW 23, 12). Dies legt nahe, dass insbesondere die ökonomische Wirklichkeit eine harte Materialität darstellt, in der es um Arbeit, Subsistenz, ökonomische Sachzwänge geht. Doch es finden sich bei Marx viele Beschreibungen, die darauf hinweisen, dass diese eindeutige Wirklichkeit durch Unbestimmtheit charakterisiert werden muss. Demnach handelt es sich nämlich um Schein und Erscheinung, um Illusion, Nebelbildung, Phantasmagorie, Mystifikation, Spuk, Religiöses, Gespenstisches, Monströses oder um totes Kapital, das „vampyrmäßig“ lebendige Arbeit einsaugt (MEW 23, 247). Marx fällt es offensichtlich nicht leicht, die eigentümliche Wirklichkeit des Kapitalverhältnisses und der von ihm bestimmten Gesamtheit bürgerlicher Verhältnisse theoretisch zu fassen. Die bürgerlichen Unternehmer, Ökonomen, Politiker, Journalisten erzeugen einen ununterbrochenen Strom der Rede über die Wirklichkeit: Berichte, Analysen, Statistiken, Erklärungen, politische Programme, ethische Erziehungsvorgaben, moralische Normen, rechtliche Regelungen, die ihrerseits alle wieder Gegenstand von Streit, Interpretation und Überlieferung sind. Das ist eine Ebene der Wirklichkeit. Doch jenseits von Selbstverständnis und Absichtserklärung gibt es eine Ebene, auf der anderes geschieht: Ausbeutung, Gewinnstreben, Gewalt, Zerstörungen, Krisen, Armut. Im Verhältnis zu diesen Praktiken verhält sich das Bürgertum uneinheitlich: manche Gruppen vertreten sie und sind elitär und sozialrassistisch, andere sind unglücklich und hoffen auf Besserung, dritte beschönigen und leugnen. So oder so, die bürgerliche Klasse lässt ihre eigene Wirklichkeit nicht an sich heran, ihre Kategorien sind unzulänglich, tendenziös oder falsch. Aber sie sind eben auch nicht nur falsch, sondern auf eigenartige Weise realitätsmächtig, sie sind selbst wirklich, denn sie sind mit dem Handeln von Menschen verbunden, die die Macht haben, eine gespenstige, spukartige Wirklichkeit zu gestalten – ja, es ist offensichtlich so, dass das Leben und die Praktiken der Bourgeoisie überhaupt nur möglich sind, wenn diese Kategorien ihr Selbstverständnis bestimmen. Diesem Selbstverständnis nach ist die Wirklichkeit empirisch gegeben und unzweifelhaft – und doch entzieht sich an ihr ständig etwas, ist flüchtig, kaum zu greifen. Entsprechend bewegt sich das bürgerliche Denken in einem Widerspruch: auf der einen Seite soll alles sinnlich gewiss, auf der anderen soll die Wirklichkeit das Ergebnis des menschlichen Bewusstseins und seiner Kategorien sein.

Um diese Dynamik zu begreifen, arbeitet Marx gelegentlich mit dem Begriff der Ideologie. Aber dieser Begriff zwingt ihn zu einer Aufteilung der Wirklichkeit, in der es einerseits die Ökonomie als die Sphäre harter materieller und durch gesellschaftliche Naturgesetze bestimmte Tatsachen

gibt und andererseits die Überzeugungen, Erkenntnisse, Begriffe, Deutungen und vielfältigen alltäglichen Praktiken der Menschen. Da diese Aufteilung nicht erlaubt, den Wirklichkeitsstatus der kapitalistischen Produktionsweise genauer zu bestimmen, verwendet Marx den Begriff der Ideologie offensichtlich nur vorsichtig (1). Ich schlage deswegen vor, Marx' Kritik der politischen Ökonomie als eine Fortsetzung, Vertiefung und Umarbeitung seiner Kritik der Politik zu verstehen. In dieser Kritik wird die universalisierende Praxis der bürgerlichen Klasse als eine illusorische, gleichwohl Wirklichkeit erzeugende kollektive Praxis dargelegt (2). Der dritte Abschnitt ist ein Versuch, Marx' Überlegungen insbesondere zur Wertform- und Fetischanalyse als eine Analyse illusorischer Allgemeinheit der bürgerlichen Gesellschaft, also als mächtige Realität erzeugende Leugnung der Realität, zu verstehen (3). Wenn die Ökonomie von Marx – anders als von Hegel – als die Sphäre der Allgemeinheit bestimmt wird, wirft dies noch einmal die Frage danach auf, welche Bedeutung dann die ideologischen Bereiche haben, die – wie Staat, Recht oder Moral – als Bereiche des Scheins und der illusorischen Allgemeinen im Unterschied zur materiellen und partikularistischen Sphäre der Ökonomie verstanden werden (4).

1. Ideologie – ein geeigneter Begriff?

Die kapitalistische Produktionsweise und all die Praktiken, die von Marx als ideologische Formen und Überbauten bezeichnet werden, stehen offensichtlich in einem inneren, sprich: in einem konstitutiven, nicht-zufälligen Zusammenhang. Erst unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen gibt es all jene Phänomene wie politische Überzeugungen und Doktrinen, öffentliche Diskussionen, Moral, Philosophie, Kunst, Recht oder Religion, Rassismus, Nationalismus oder Sexismus – jeweils als besondere Einstellungen, Meinungen, gelebte Gewohnheiten und kollektive Praktiken. Wie Ideologie aufzufassen und wie der Zusammenhang mit Kapitalismus genauer zu bestimmen sei, wurde Gegenstand umfangreicher theoretischer Bemühungen. Die Religion spielte für das Verständnis von Ideologie, und insbesondere beim jungen Marx, eine prominente Rolle. Der Zusammenhang von Kapitalismus und Religion ist vielfach thematisiert worden. Grob lassen sich drei Annäherungen unterscheiden: a) Der Kapitalismus selbst – oder seine Spielarten wie etwa der Neoliberalismus – kann als genuine Religion charakterisiert werden (vgl. Benjamin 1985, 100). Die These, der Kapitalismus sei religiöser Glaube, kann einen religionskritischen Rationalismus begünstigen: man solle den Glauben einfach aufgeben. b) Religion kann in der Form einer Wirtschaftsethik als kulturelle Grundlage des Kapitalismus verstanden werden (Max Weber). c) Religion kann als eine politisch-kulturelle Strömung und Partei im Kapitalismus verstanden werden. Es handelt sich demnach um Lehren, Überzeugungssysteme, kulturelle Praktiken oder staatlich organisierte Rituale, die sozialen Gruppen als Parteien oder Gemeinschaften konstituieren oder Individuen subjektivieren (Louis Althusser). Im Zusammenhang seiner Analysen charakterisiert Marx die kapitalistischen Verhältnisse als religiös. 'Religion' ist also mehr als nur die Kennzeichnung einer ideologischen Strömung, aber sie bleibt nur ein Attribut, um den eigentümlich prekären Wirklichkeitsstatus der kapitalistischen Produktionsweise zu bestimmen.

Gemessen an seiner offensichtlichen theoretischen Wichtigkeit hat Marx den Begriff der Ideologie erstaunlicherweise nicht systematisch ausgearbeitet, auch wenn sich an einigen zentralen Stellen seiner Texte deutlichere Hinweise und ansonsten verstreut zahlreiche Bemerkungen finden. Doch diese Stellen sind nicht eindeutig. Erschwert wird zudem ein genaueres Verständnis dadurch, dass der Begriff der Ideologie im Werk von Marx offensichtlich auch noch einen

Funktionswechsel erfahren hat. Darauf hat Louis Althusser in seinen Studien hingewiesen. Seinem Verständnis nach lassen sich bei Marx nämlich grob zwei Phasen unterscheiden, die des frühen, philosophischen und die des reifen, wissenschaftlichen Marx. In der frühen Phase sei Marx an der Feuerbachschen Problematik der Entfremdung orientiert gewesen. Dabei geht es um das philosophische Problem des falschen Bewusstseins: Ideologie kann demnach als eine Art Missverständnis und Illusion der Menschen gelesen werden: Sie schaffen überirdische Kräfte und schreiben diesen ihren Geschöpfen projektiv Fähigkeiten zu, die ihre eigenen sind. Es handelt sich um eine Entäußerung des menschlichen Wesens in die Götter und ihre Vertreter auf Erden, in die Politik, die das Volk repräsentiert, in die Gesetzesnormen, die Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit erheben. Diese entfremdeten Gestalten werden zu einer Macht über den Menschen und bestimmen wiederum ihr Handeln (vgl. die ironische Paraphrase in MEW 3, 13). Allerdings können diese ideologischen Mächte, da sie Ergebnis des menschlichen Bewusstseins sind, durch Kritik auch wieder zurückgenommen werden. Entsprechend stellt sich Marx' frühes Projekt als eine Kritik all solcher entfremdeten Bewusstseinsformen dar, die die Menschen daran hindern, selbst zu handeln und ihre Verhältnisse bewusst zu gestalten. Seit 1845, so Althusser, hat Marx begonnen, ausdrücklich das philosophische Terrain zu verlassen und an einer wissenschaftlichen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise zu arbeiten. Diese Produktionsweise stellt eine spezifische, historisch komplexe Gliederung des gesellschaftlichen Ganzen dar, also eine Gliederung von Ökonomie, Politik und Ideologie. Zu einer Ausarbeitung eines anspruchsvollen Begriffs der Ideologie sei es dann nicht mehr gekommen. Althusser lässt allerdings die Überlegungen von Marx zum Fetischismus, zur Alltagsreligion, zum Volksvorurteil außer Betracht. Er erweckt den Eindruck, als handle es sich um einen Funktionswechsel des Ideologiebegriffs nach Werkphasen: von der Ideologiekritik zur Ideologietheorie; und für die zweite Phase habe Marx den Begriff der Ideologie als einen Teilbereich der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr ausgearbeitet. Es spricht jedoch einiges dafür (vgl. Balibar 2013, 94), dass Marx mit dem Ideologiebegriff vor einem systematischen Problem stand und den Begriff der Ideologie zur Seite geschoben oder verdrängt hat. Marx argumentiert im „Kapital“ durchaus mit religionskritischen Argumenten, wonach „Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten“ zu sein scheinen (MEW 23, 86f.). Aber er verwendet nicht den Begriff der Ideologie.

Althusser's Überlegung trifft einen entscheidenden Punkt in den Überlegungen des jungen Marx. In einer kritischen Wendung gegen sein eigenes frühes Theorieprojekt kam Marx zum Ergebnis, dass es nicht allein darum gehen konnte, die Religion oder den Staat als Ideologien im Namen eines wirklichen menschlichen Wesens zu kritisieren. Vielmehr musste erklärt werden, warum es überhaupt und regelmäßig immer wieder von neuem zu solchen Verkehrungen kommt, welche Verhältnisse dazu den Anlass geben, dass Menschen sich derart von ihren eigenen Potenzen entfremden, sie sich trotz völlig falscher Vorstellungen und Überzeugungen erhalten können, und vor allem: dass die immer wieder vorgeführte Kritik an Religion oder Staat nicht zur Auflösung der Entfremdungsphänomene führt. Religion und Staat existieren fort. Ja, es verhält sich offensichtlich so, dass religiös-spirituelle Gemeinschaften gerade unter aufgeklärten bürgerlichen Lebensverhältnissen an Zahl zunehmen und der Staat als eine Instanz über den Menschen in der Gestalt der repräsentativen Republik noch mächtiger geworden ist als in der Gestalt der Monarchie. Dies veranlasst Marx und Engels zu der metakritischen Überlegung, dass die Philosophie, also die Instanz der Kritik an der Entfremdung, selbst noch Momente jener Verhältnisse ist, die kritisiert

werden müssen. Denn die kritische Philosophie hat nur mit dem „Schatten der Wirklichkeit, der dem träumerischen und duseligen deutschen Volk zusagt“, gekämpft (MEW 3, 13). Es ist demnach eine andere Konzeption der Kritik notwendig, die nicht mehr lediglich auf das religiöse Bewusstsein, auf Einbildungen und Vorstellungen, auf Gesagtes und Gedachtes der Menschen verschiedener Nationen zielt, um zu einer anderen Interpretation der Wirklichkeit zu gelangen. Es bedarf vielmehr einer Analyse und Kritik des wirklichen Lebensprozesses der Individuen, zu dem auch noch die kritische Philosophie selbst hinzu gerechnet werden muss (MEW 3, 14). Denn nüchtern können Marx und Engels festhalten, dass die Produktion der Ideen und Vorstellungen unmittelbar verflochten sei in die materiellen Tätigkeiten der Menschen: „Sprache des wirklichen Lebens“ (MEW 3, 26). „Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.“ (MEW 3, 26)

Die Sprache, das Bewusstsein sind selbst schon Momente der wirklichen Praxis und müssen auf diese Weise auch verstanden werden. Aber ist das Ideologie? Für Marx und Engels besteht das Moment der Ideologie in einer notwendigen Verkehrung. „Wenn in der ganzen Ideologie die Menschen und ihre Verhältnisse wie in einer Camera obscura auf den Kopf gestellt erscheinen, so geht dies Phänomen ebenso sehr aus ihrem historischen Lebensprozeß hervor, wie die Umdrehung der Gegenstände auf der Netzhaut aus ihrem unmittelbar physischen.“ (MEW 3, 26) Ideologie – und es werden genannt: Moral, Religion, Metaphysik und die ihnen entsprechenden Bewusstseinsformen – stelle eine Nebelbildung im Gehirn der Menschen dar; sie sei notwendiges Sublimat ihres „materiellen, empirisch konstaterbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses“ (MEW 3, 26). Marx und Engels können mit dieser Überlegung verständlich machen, dass Ideologie zum Lebensprozess selbst direkt dazugehört, also niemand der Vorwurf zu machen ist, falsch zu denken; dass sie sich auch nicht getrennt von diesem kritisieren, sich auch nicht durch besseres Wissen auflösen lässt. Umgekehrt impliziert diese Überlegung aber auch, dass der Lebensprozess ohne Ideologie nicht begriffen und analysiert werden kann und eine kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie immer notwendig ist. Die Bestimmung fällt durch die Wahl der optischen Metaphorik naturalistisch und universalistisch aus. Marx ruft dieses Argument der notwendigen Verkehrung im „Kapital“ noch einmal auf, um erneut gegen die physikalische die gesellschaftliche Notwendigkeit zu betonen (MEW 23, 86).

In einem anderen Manuskript aus dem Zusammenhang der „Deutschen Ideologie“ fassen Marx und Engels Ideologie als Ergebnis der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit. Die Rede ist davon, dass die Individuen, welche die herrschende Klasse ausmachen, unter anderem auch Bewusstsein haben und denken. Auch ihre Gedanken wären eben bewusstes Sein ihres wirklichen Lebensprozesses: „Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse.“ (MEW 3, 46) Die Herrschenden bestimmten die ganze Geschichtsepoche auch hinsichtlich des Denkens und der Begriffe: sie herrschten als Produzenten von Gedanken und regelten die Produktion und Distribution der Gedanken ihrer Zeit derart, dass ihre „Gedanken die herrschenden Gedanken der Epoche“ sind. Ein Teil der Herrschenden übernimmt arbeitsteilig die Aufgabe der geistigen Arbeit und macht als aktive konzeptive Ideologen die Ausbildung der „Illusionen dieser Klasse über sich selbst zu ihrem Hauptnahrungszweig“ (MEW 3, 46). Sie arbeiten die Gedanken der Herrschenden systematisch aus und verbreiten sie, so dass sie dann auch „im Durchschnitt“ – also nicht schlechthin, sondern der Tendenz, der Wahrscheinlichkeit nach und mit Spielräumen – die Gedanken der Herrschaftsunterworfenen werden (ebd.).

Die Formulierungen weisen auf zwei Varianten des Ideologiebegriffs hin: In der *ersten* Fassung handelt es sich bei Bewusstsein um sprachliche Vorgänge, Prozesse des Denkens, Fühlens, Wissens, die mit der materiellen Produktion des täglichen Lebens verbunden sind. Marx und Engels unterlaufen damit die erkenntnistheoretische Frage danach, woher Menschen das Wissen, die Vorstellungen und Ideen von der Welt haben. Sie haben sie als Teil des materiellen Aneignungs- und Bearbeitungsprozesses, sie arbeiten, konzipieren ihre Arbeit, produzieren Vorstellungen, bilden Wahrnehmungen aus, sprechen und koordinieren sich miteinander, bilden Begriffe, überliefern Erfahrungen und Wissen. Menschen können nicht arbeiten und sich die Natur aneignen ohne Bewusstsein und ohne Begriffe, die sie mit anderen teilen. So besteht der größte Teil dessen, womit Individuen sich jeden Tag intellektuell-diskursiv (auch in inneren Bewusstseinsströmen) beschäftigen, aus Fragen der Arbeit, der zu bearbeitenden Gegenstände und der Absprachen über Verhältnisse: also konkrete Arbeitsprozesse und ihre Organisation, Verwaltungstätigkeiten, Wohnungspflege, Einkaufen, Kochen, Schule oder Studium, Erotik, Familie oder FreundInnen. Auf der Grundlage der bewussten Praktiken bilden sich unter kapitalistischen Bedingungen besondere Formen des Bewusstseins aus, die von Marx auf einer sehr allgemeinen Stufe als Moral, Religion oder Recht thematisiert werden. In diesen ideologischen Formen nehmen die Verhältnisse allerdings eine verkehrte Gestalt an. Dies geschieht mit Notwendigkeit. Es handelt sich nicht um einen Priestertrug, um Lüge, um Manipulation. Um eine solche Annahme der Willkür von Herrschaft zu vermeiden, wählen Marx und Engels offensichtlich jene physikalische Metapher der Camera Obscura. Die Individuen müssen mit materiell bedingter Notwendigkeit auf diese Weise denken. Die Prozesse könnten gar nicht stattfinden, wenn sich das Bewusstsein der Menschen nicht auf diese Weise in ideologischen Formen bewegen würde. Deswegen wurde in der kritischen Theorie von notwendig falschem Bewusstsein gesprochen.

In der *zweiten* Version des Ideologiebegriffs hingegen ist das Moment der Herrschaft von entscheidender Bedeutung. Es ist das Bewusstsein der Herrschenden, das allen anderen durch die umfassenden Praktiken von bürgerlichen Intellektuellen auferlegt wird, so dass sie in diesen Begriffen der Herrschenden denken. In ihren Analysen der Vertreter der bürgerlichen politischen Ökonomie legen Marx und Engels nahe, dass sie diese Ökonomen (neben Juristen, Politikern, Moralisten, Wissenschaftlern, die Marx im „Kapital“ (MEW 23, 469) dann als „ideologische Stände“ bezeichnet) als konzeptive Ideologen betrachten, die nicht vorrangig auf die Erkenntnis der Sachverhalte zielen, sondern das Selbstverständnis und die Strategien der Herrschenden ausarbeiten und dafür alles „auf den Kopf stellen“ (MEW 3, 539), womit gemeint ist, dass sie für ihre jeweiligen arbeitsteiligen Bereiche Konzepte ausarbeiten, deren Relevanz überschätzen, überverallgemeinern und für die eigentliche Wirklichkeit halten. Sie haben keineswegs das richtige Verständnis davon, was sie tun: Rationale Begriffe durchdringen sich mit partikularen, herrschaftlichen Gesichtspunkten.

Im „Kapital“ deutet Marx an, wie er das Moment des alltäglichen Bewusstseins und der Klassenherrschaft zusammenbringt, wenn er die Vulgäroökonomie kritisch charakterisiert. Sie trage keine Erkenntnisse zum inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse bei, sondern beschränke sich darauf, „die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eignen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren“ (MEW 23, 95). Ein erheblicher Teil der ökonomischen Wissenschaft erhebt sich also nicht über die Alltagspraktiken der Unternehmer hinaus – Marx spricht vom Kapitalisten und seinem Ideologen (MEW 23, 598). Da es sich um diese die ökonomischen

Praktiken permanent begleitenden diskursiven Praktiken handelt, sind sie gleichwohl nicht zu ignorieren, sondern stellen ein Herrschaftsmoment dar, und sei es nur, weil sie dem Alltagsdenken der Bourgeoisie Kohärenz verleihen und es universalisieren. Allerdings berühren diese Ausführungen zwei Aspekte der Überlegungen von Marx nicht: a) Sie tragen nichts zur Bestimmung der eigentümlichen Irrationalität der kapitalistischen Verhältnisse bei. b) Sie nehmen nicht die weitergehenden geistig-kulturellen Kämpfe in den Blick, die Marx (MEW 13, 9) als ideologische Formen bzw. Überbauten bezeichnet, also Religion, Philosophie, Moral, Politik, in denen die Menschen sich der tiefen Widersprüche zwischen ihrer Kooperation und den Eigentumsverhältnissen bewusst werden und als Konflikte um die zukünftige Ausgestaltung der Reproduktion ihres Zusammenlebens austragen. Es gibt verschiedene Fraktionen von Herrschenden, die sich untereinander bekämpfen, und die jeweils auch ihre spezifischen Gruppen von Unterworfenen beherrschen müssen, die gegebenenfalls von Konkurrenten und Gegner im Machtblock mobilisiert werden. Die Verhältnisse sind nicht homogen und lassen sich nicht, so kann Marx' Überlegung hegelskritisch gedeutet werden, auf den einen Begriff bringen. c) Zu diesen ideologischen Formen gehören auch die Praktiken, Unterordnung zu organisieren und Gehorsamsbereitschaft, also passiven und aktiven Konsens zu erzeugen und auf Dauer zu stellen. All dies wäre zu leisten, aber Marx selbst war sich des theoretisch-methodischen Problems bewusst: „Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt, aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode.“ (MEW 23, 393)

Die Ideologie ist eine Aktivität, die Ideologen haben auch ein Bewusstsein davon, bewusst tragen sie zur Ausarbeitung und Planung von mehr oder weniger bewussten Herrschaftspraktiken bei. Mehr noch: das Herrschaftsbewusstsein dialogisiert mit dem Bewusstsein, den Denkgewohnheiten der Unteren, nimmt deren Überlegungen, Zweifel, Wünsche auf, artikuliert und desartikuliert sie, gibt ihnen spezifische Orientierungen, trägt zu Unsicherheit, Verwirrung, Unkenntnis und Verdummung bei und dazu, dass die Subalternen ihr Wissen, ihre Begriffe, ihre Fähigkeiten der kollektiven Koordination nicht ausarbeiten. War die Religion in vorkapitalistischen Perioden der umfassende Horizont, in dem die Menschen in zahlreichen theologischen Konflikten ihre Praktiken deuteten und konzipierten, so entsteht mit der bürgerlichen Gesellschaft neben Ökonomie und Politik mit Ideologie eine eigene Realitätsebene, die aus einer Vielzahl von ideologischen Bereichen und Praktiken besteht.

Ideologie erweist sich demnach in der Analyse von Marx als ein zweideutiger Gegenstand. Sie ist zum einen als falsches Bewusstsein ein notwendiges Moment kapitalistischer Produktionsverhältnisse, zum zweiten aber ein aktives, organisierendes Moment von Herrschaft. Die ältere Kritische Theorie hat auf paradigmatische Weise versucht, den Zusammenhang beider Überlegungen weiter auszuarbeiten. Max Horkheimer spricht davon, dass die Kultur und ihre Einrichtungen, „soweit sie überhaupt in Charakter und Handlungen der Menschen wirksam werden, als zusammenhaltende beziehungsweise auflösende Momente der gesellschaftlichen Dynamik erscheinen und je nachdem den Mörtel eines noch werden Baus, den Kitt, der auseinanderstrebende Teile künstlich zusammenhält, oder einen Teil des Sprengstoffes bilden, der das Ganze beim ersten Funken zerreißt“ (Horkheimer 1936, 344). Mit dieser Ausführung gibt Horkheimer Kultur und Ideologie nicht eine konstitutive, aber doch eine funktionale Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, die von Klassegegensätzen auseinandergetrieben wird. Dies legt nahe, dass die ökonomischen Prozesse, sich selbst überlassen, den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht

gewährleisten könnten. Die ökonomischen Prozesse werden zu materieller Lebenserhaltung und Nutzenverfolgung trivialisiert und in ihrer sozialen Bedeutung unterschätzt. Zu Recht wird in der Ideologie ein bedeutendes Terrain der Auseinandersetzung für Erhaltung oder Veränderung der Gesellschaft erkannt, aber ihre Bedeutung über- oder falsch eingeschätzt. Ideologie ist nicht (nur) funktional, wie die ältere Kritische Theorie dann selbst immer wieder betonte. Bei Ideologie geht es um die Frage der Einsicht, des Bewusstseins und um Subjektivierungen, die sich den Herrschaftsanforderungen anpassen oder verweigern. Sie kann Funktionen des Herrschaftserhalts nur übernehmen, weil in ihr konstitutiv auch rationale Momente enthalten sind, die praktische Orientierungen geben, die es den Menschen ermöglichen, ihre Selbsterhaltung zu organisieren. Ideologische Formen sind die Einheit dieses Gegensatzes: die Einzelnen können ihr Leben nur erhalten, wenn sie sich dem Kollektiv unterordnen, also der Allgemeinheit; und diese Allgemeinheit ist wiederum durch die partikularen Interessen der Herrschenden definiert, die durchaus bereit sind, für ihr besonderes Interesse im Namen der Allgemeinheit die Einzelnen zu opfern.

Das Problem der Ideologie weist auf eine grundlegende Frage des Projekts von Marx selbst zurück. Lassen sich die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten derart bestimmen, dass sie im Prinzip auch ohne den 'Zusatz' der Ideologie funktionieren könnten? Kann man sich das Kapitalverhältnis demnach derart vorstellen, als sei im Wesentlichen alles durch die Verhältnisse des Äquivalententauschs bestimmt? Marx scheint etwas in diesem Sinn nahezulegen, wenn er schreibt, dass die ökonomischen Verhältnisse selbst einen stummen Zwang bilden, der die Menschen zur Folgsamkeit anhält (MEW 23, 765). Wenn die Prozesse systemisch stattfinden, der Wert sich im Prozess der Verwertung in ein „automatisches Subjekt“ (MEW 23, 169) verwandelt, dann bedürfte es all der Ideologeme nicht mehr, die den kritischen Analysen zufolge zur Reproduktion der Verhältnisse beitragen. Diese Ideologeme wären dann tatsächlich nur ein Zusatz, der zu den Abläufen der realen Produktion hinzukommt; ideologische Begriffe wie Freiheit, Gleichheit oder Sicherheit wären dann nicht mehr als nachträgliche Legitimationsformeln der Kapitalisten für ihr Handeln. Könnte der kapitalistische Prozess also mit minimalem ideologischem Aufwand oder gar ohne die ideologischen Bewusstseinsformen betrieben werden? Wäre ein selbstgenügsamer Kapitalismus denkbar, in dem sich die Akteure allein nach unmittelbar ökonomischen Kategorien verhalten würden? Obwohl es solche ideologischen utilitaristischen, spieltheoretischen, neoliberalen Bemühungen durchaus gibt, ist das nicht der Fall. Die Verhältnisse müssen sich im Kapitalisten personifizieren und Bewusstsein und Wille annehmen. Die bürgerliche Klasse entfaltet eine enorme Kraftanstrengung hinsichtlich der Entwicklung der ideologischen, also ökonomischen, medizinischen, psychologischen, staats- und demokratietheoretischen, moralischen, rechtlichen, ästhetischen Bewusstseins- und Denkformen. Die kapitalistischen Prozesse könnten gar nicht gelebt werden ohne all die ideologischen Praktiken. Die kapitalistischen Verhältnisse – also die doppelt freie Lohnarbeit, der Äquivalententausch – lassen sich alltäglich nur praktizieren, wenn Freiheit und Gleichheit der Individuen die Form eines „gefestigten Volksvorurteils“ angenommen haben (MEW 23, 74), wenn diese Begriffe konstitutiv für die Praktiken in den Produktionsverhältnissen werden.

Deutlich wird dieser Gesichtspunkt in Marx' Analyse der Lohnform. Im Arbeitslohn werde jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit, mit der die Subsistenz der Arbeiter*in gesichert wird, und Mehrarbeit ausgelöscht. Der Lohn repräsentiert den gesamten Arbeitstag, auch die unbezahlte Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit, weil der Lohn auf der irrationalen Form eines 'Werts der Arbeit' beruhe. Das Geldverhältnis des Lohns verberge das „Umsonstarbeiten

des Lohnarbeiters“: „Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.“ (MEW 23, 562) Das, was Marx hier als Illusion bezeichnet, ist genau genommen keine Illusion, die man haben oder nicht haben und gegebenenfalls leicht auflösen könnte. Es bedarf der wissenschaftlichen Analyse, um zu erkennen, dass es sich um Illusion handelt und: warum es diese Illusion gibt und wie sie real wirkt. Die Illusion ist Illusion, aber auch mehr, denn sie ist konstitutiv dafür, dass das Verhältnis des Austauschs zwischen Kapital und Lohnarbeit überhaupt gelingen kann. Erst aufgrund der Form des Lohns erscheint der Vorgang als ein Austausch von Geld gegen Ware. Der Arbeiter liefert auf der Erscheinungsebene einen Gebrauchswert; „daß dieselbe Arbeit nach einer andren Seite hin allgemeines wertbildendes Element ist, eine Eigenschaft, wodurch sie sich von allen andren Waren unterscheidet, fällt außerhalb des Bereichs des gewöhnlichen Bewußtseins“ (MEW 23, 563). Arbeitslohn, Wert oder Preis der Arbeit sind Marx zufolge „imaginäre Ausdrücke“ oder „spontane Denkformen“, die aus den Produktionsverhältnissen selbst entspringen, als Kategorien sind sie „Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse“ (MEW 23, 559) – aber wesenslogisch gesprochen gehören diese Erscheinungen zu diesem Wesen hinzu. Marx’ Ringen um den theoretisch kohärenten Begriff der spezifischen Wirklichkeit der kapitalistisch formierten Gesellschaft wird durch die Vielzahl der einander ablösenden Konzepte deutlich: Erscheinung, Überbau, Illusion, imaginärer Ausdruck, Denkform, Alltagsreligion, ideologische Form, Volksvorurteil, Fetisch. Die Wahl immer neuer Ausdrücke weist darauf hin, dass Marx eine Problematik umkreist, aber mit keinem der Begriffe zufrieden ist. Dies weist auf die Frage hin, wie Marx genau die Funktionsweise solcher Denkformen fasst. Sie spielen offensichtlich eine zentrale Rolle in den materiellen Prozessen, geben diesen jedoch auch eine flirrende, prekäre Bedeutung. Das, was in der materialistischen Tradition Materie sein soll, die ökonomischen Vorgänge mit ihrer naturgesetzlichen Wirkungsmächtigkeit, erweist sich als eine gespenstische, spukhafte, scheinhafte, illusionäre Realität.

Das Verhältnis der beiden Ebenen seiner Argumentation wird von Marx nicht ausdrücklich erörtert. In den theoretischen Ansätzen zum Ideologiebegriff wiederholt sich dieser Unterschied. In seiner „Einführung in die Ideologietheorie“ thematisiert Jan Rehmann das Problem als ein Defizit der marxistischen Diskussion über die Ideologie. Die Ideologiekritik stellt ins Zentrum verdinglichte, fetischhafte Bewusstseinsformen, nimmt aber die Praktiken des Überbaus kaum in den Blick; umgekehrt behandelt die Ideologietheorie, wie sie insbesondere im Anschluss an Louis Althusser entwickelt wurde, ideologische Herrschaftspraktiken, setzt sie aber nicht mehr in Beziehung zu den ökonomischen Prozessen selbst. Rehmann schlägt als Lösung vor, verschiedene Ebenen ideologischer Prozesse zu unterscheiden, die miteinander vermittelt sind: also der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der mystisch-verkehrende Charakter des Warentauschs, der von Marx als Fetischcharakter der Ware thematisiert wird, all die Aktivitäten der bürgerlichen Ideologen auf der Ebene der Ökonomie und schließlich die in komplexen Apparaten des Überbaus sich vollziehenden ideologischen Praktiken und Rituale (vgl. Rehmann 2008, 43ff.).

Allerdings wird damit das gespenstische, illusionäre, vampyrhafte Moment aus dem Kapitalverhältnis herausgenommen und einem Bereich des Ideologischen zugeordnet. Demgegenüber stelle ich mir die Frage, ob Marx nicht die kapitalistische Produktionsweise insgesamt in Begriffen

eines illusionären Allgemeinen fasst, dafür aber den Begriff der Ideologie für unzulänglich, weil zu einseitig auf Bewusstsein und Erkenntnis begrenzt hält. Ein Modell für eine solche Analyse entwickelt der junge Marx in seiner Kritik der Politik und der französischen Revolution, die er dann mit seiner Kritik der politischen Ökonomie umfassend erweitert und vertieft. Er erwartet mit dieser Kritik noch, auf einen harten, materiellen Kern der bürgerlichen Gesellschaft zu stoßen, um dann in seiner Kritik der politischen Ökonomie festzustellen, dass die bürgerliche Gesellschaft ganz unfähig zu Weltimmanenz ist und mystifizierend-mystisch aus Phantasmagorien besteht. Auch die härteste ökonomische Realität ist demnach von Mystifikationen durchzogen, diese sind kein bloßes Attribut, sondern charakterisieren die kapitalistische Produktionsweise selbst.

2. Zur Kritik der Politik

In Marx' frühen Überlegungen zur Kritik spielt der Begriff des Traumes eine zentrale Rolle. Wie Descartes, der die moderne Metaphysik mit einem Zweifel an unserem Wissen und Denken beginnen lässt, weil er befürchtet, wir könnten uns in einem Traum befinden, so tritt auch Marx für eine Reform des Bewusstseins ein mit dem Ziel, dass man die Welt aus dem „Traum über sich selbst aufweckt, daß man ihre eignen Aktionen ihr erklärt“ (MEW 1, 346).¹ Doch anders als sein bürgerlicher Vorläufer sucht Marx die Gewissheit nicht im konstitutiven Bewusstsein des Subjekts, nicht in der Methode, in der Metaphysik, sondern in der Wirklichkeit. Wahrheit solle im Diesseits etabliert werden. Dafür müsse das mystische, sich selbst unklare Bewusstsein, „trete es nun religiös oder politisch“ auf, analysiert werden, und die religiösen und politischen Fragen müssten in die „selbstbewußte menschliche Form“ gebracht werden (MEW 1, 346). Dies schließt in seinen weiteren Überlegungen die Philosophie selbst noch ein. Die Deutschen hätten die reale Geschichte in der Philosophie erlebt – die für Marx eine Fortsetzung der antiken Praktiken der Imagination und Mythologie ist. Philosophische Kritiker der deutschen Wirklichkeit wie Kritiker der abstrakten Philosophie hätten nicht begriffen, dass auch diese philosophische Kritik selbst noch zur „Traumgeschichte“ gehört, in der die Deutschen ihre Geschichte leben. Diese „Traumgeschichte“ sei die deutsche Rechts- und Staatsphilosophie, allein sie befinde sich auf einem Niveau mit der „offiziellen modernen Gegenwart“ (MEW 1, 383). Wenn Marx zu Folge die Deutschen in der Traumwelt der Philosophie lebten, so die Briten in der der Ökonomie und die Franzosen in der der Politik (MEW 1, 405).

Um aus diesen Traumwelten und -geschichten herauszufinden, gibt es nur die Möglichkeit der Praxis, die Theorie der radikalen Immanenz, der zu Folge das höchste Wesen für den Menschen der Mensch sei. Die Philosophie müsse aufgehoben werden durch ihre Verwirklichung; zur Verwirklichung der Philosophie komme es jedoch nur durch ihre Aufhebung. Marx wirft die Frage auf, ob die Revolution jene Praxis ist, die die Theorie unmittelbar mit der Wirklichkeit verbindet – anderenfalls drohe nämlich „Fetischdieneri“ (vgl. MEW 1, 387). Die weitere Überlegung besteht in einer Analyse der politischen Revolution, um zu zeigen, dass sie nicht die Praxis ist, die aus dem Traum herausführt.

1 Erwachen aus dem Traum und Auflösung der Mythologie sind dann auch zentrale Ziele, die Walter Benjamin mit seinem *Passagen-Werk* kritisch gegen den Surrealismus verfolgt hat (Benjamin 1982, 571, 1058).

Marx unterscheidet zwischen der menschlichen und sozialen Revolution auf der einen Seite und der politischen Revolution auf der anderen. Eine radikale Revolution, die auf allgemein menschliche Emanzipation zielte, sei kein „utopischer Traum“ für Deutschland. Anders die politische Revolution. Mit ihr emanzipiere sich jeweils nur ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft und gelange zur allgemeinen Herrschaft: eine bestimmte Klasse unternehme von ihrer besonderen Situation aus die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft. Die Befreiung der ganzen Gesellschaft sei also jeweils nur um den Preis möglich, „daß die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befindet“ (MEW 1, 388). Marx erklärt dies mit einer Logik der Politik, durch die unvermeidlich eine besondere Klasse für sich allgemeine Herrschaft nur beanspruchen kann, wenn sie „im Namen der allgemeinen Rechte“ der Gesellschaft handelt. Eine besondere Klasse, die sich emanzipieren will, muss ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorrufen, ein Moment, worin sie mit der Gesellschaft „zusammenfließt“, sich mit ihr „verwechselt“ und als deren „allgemeiner Repräsentant empfunden und anerkannt wird“, ein Moment, in dem „ihre Ansprüche und Rechte die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst sind“. Marx wird diese Überlegung für seine Analyse der ökonomischen Formen weiter verwenden: alle werden als Warenbesitzer Bürger und nehmen an der bürgerlichen Emanzipation teil, indem sie in den ökonomischen Praktiken alltäglich Freiheit und Gleichheit leben – und wenn zum gegebenen Zeitpunkt real, dann doch der Norm und zukünftigen Erwartung nach.

Marx weist darauf hin, dass revolutionäre Energie oder geistiges Selbstgefühl einer Gruppe allein noch nicht hinreichen, um jene das Allgemeine der gesellschaftlichen Emanzipation verkörpernde Stellung zu erreichen und alle Sphären der Gesellschaft im Interesse der eigenen Ziele und Lebenspraktiken politisch ausbeuten zu können. Es muss etwas hinzukommen, damit alle gesellschaftlichen Kräfte sich tatsächlich in dieser einen Gruppe repräsentiert sehen und sie als die allgemeine, die Emanzipation vertretende Gruppe anerkennen. „Damit die Revolution eines Volkes und die Emanzipation einer besondern Klasse der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfallen, damit ein Stand für den Stand der ganzen Gesellschaft gelte, dazu müssen umgekehrt alle Mängel der Gesellschaft in einer andern Klasse konzentriert, dazu muß ein bestimmter Stand der Stand des allgemeinen Anstoßes, die Inkorporation der allgemeinen Schranke sein, dazu muß eine besondere soziale Sphäre für das notorische Verbrechen der ganzen Sozietät gelten, so daß die Befreiung von dieser Sphäre als die allgemeine Selbstbefreiung erscheint. Damit ein Stand par excellence der Stand der Befreiung, dazu muß umgekehrt ein anderer Stand der offenbare Stand der Unterjochung sein.“ (MEW 1, 388) Marx argumentiert nun, dass die politische Revolution ein Prozess ist, in dem jeweils eine Klasse, eine Sphäre, als Allgemeinheit behauptet wird und damit eine bestimmte Form der Emanzipation für die gesamte Gesellschaft gelten soll. Doch in jeweils neuen Schüben stellen die anderen Klassen fest, dass diese Allgemeinheit nicht wirklich allgemein ist, sondern nur die Form, in der die besonderen Interessen einer besonderen Klasse den Anspruch auf Allgemeinheit erheben. Dieser Prozess folgt einer inneren Logik. Denn am Ende haben sich alle besonderen Lebensformen als das erwiesen, was sie sind, und der Prozess mündet bei den Forderungen einer Klasse, die tatsächlich kein besonderes Klasseninteresse vertritt. „In Frankreich ist jede Volksklasse politischer Idealist und empfindet sich zunächst nicht als besondere Klasse, sondern als Repräsentant der sozialen Bedürfnisse überhaupt. Die Rolle des Emanzipators geht also der Reihe nach in dramatischer Bewegung an die verschiedenen Klassen des französischen Volkes über, bis sie endlich bei der Klasse anlangt, welche die soziale Freiheit nicht mehr unter der Voraussetzung gewisser, außerhalb des Menschen liegender

und doch von der menschlichen Gesellschaft geschaffener Bedingungen verwirklicht, sondern vielmehr alle Bedingungen der menschlichen Existenz unter der Voraussetzung der sozialen Freiheit organisiert.“ (MEW 1, 390)

Marx ist sich völlig im Klaren darüber, dass dies eine paradoxe Erwartung darstellt. Denn kann es eine solche Klasse tatsächlich geben, die aus ihrer besonderen Lebenslage heraus wirklich das Allgemeine der menschlichen Emanzipation verkörpert? Sie müsste als besondere Gruppe das Allgemeine vertreten. Aber damit wäre sie derselben Dialektik des Politischen unterworfen wie alle anderen Interessengruppen in der bürgerlichen Gesellschaft: das Allgemeine kann nicht schlechthin allgemein existieren, sondern verkörpert sich immer in einer besonderen Gruppe von Individuen. Folglich müsste auch diese besondere Gruppe oder Klasse unterstellen, dass sich die ganze Gesellschaft in ihrer Situation befände? In diesem Sinn wurde in der sozialistischen Tradition erwartet, dass diese besondere Gruppe den Anspruch auf Allgemeinheit erheben könnte, weil sie auf Grundlage der Tendenz zur Proletarisierung der Lebenslagen die übergroße Mehrheit der Gesellschaft repräsentieren würde. Damit stellte sich die Arbeiterbewegung selbst noch in die Tradition der Französischen Revolution. Denn für deren Selbstverständnis war bestimmend, dass sie getragen war vom dritten Stand, dem Stand, der die „vollständige Nation“ ist, da er alle die Arbeiten ausübt, die für die Aufrechterhaltung der Gesellschaft erforderlich sind (Sieyes 1789, 121). Das bürgerliche Denken setzte hier in der ideologischen Kategorie des Dritten Standes die die kapitalistische Produktion organisierende Bourgeoisie mit dem Proletariat gleich, und schuf mit der Kategorie der Nation, die alle umfasst, die arbeiten und das Ganze erhalten, einen Begriff gegen die Monarchie, die schlicht nicht notwendig ist. Die sich radikalisierte Arbeiterklasse kündigte dieses Bündnis mit der Bourgeoisie auf und nahm nun für sich selbst in Anspruch, aufgrund der von ihr geleisteten Arbeit die vollständige Nation zu verkörpern. Damit entging sie jedoch nicht dem vom Bürgertum geschaffenen Dispositiv, das sich in der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem konstituiert. Der Gesamtwille würde im Fall der Arbeiterklasse durch eine in der Sozialstruktur liegende Mehrheit gegen eine sehr kleine Minderheit der Kapitaleigentümer gebildet werden; der logische Gesichtspunkt des Ganzen wäre ersetzt durch eine numerische Aggregation der Vielen. Das würde aus der Sicht von Marx aber lediglich heißen: an die Stelle des Bürgertums träte das Proletariat, das eine besondere Gruppe bliebe, auch wenn es eine sehr viel größere Zahl von Menschen repräsentieren würde – und mit Blick auf andere soziale Bewegungen würde analog gelten: an die Stelle der Männer würden die Frauen, an die Stelle der weißen Kolonisatoren die *people of colour* treten. Diejenigen, die bislang keinen Anteil hatten und nicht gezählt worden sind, bekämen nun ihren Anteil. Die logische Folge dieser Dynamik der Inklusion der vormals Exkludierten ist zweideutig. Protestbewegungen werden mit der Inklusion Teil des herrschenden politischen Prozesses; gleichzeitig entstehen neue Betroffenheiten, die nun ihrerseits auf Inklusion drängen. Deswegen wird in neueren demokratietheoretischen Ansätzen nicht mehr angenommen, dass Inklusion überhaupt abschließend erreichbar sei. Mit jeder Inklusion würden die Koordinaten des gesellschaftlichen Raums verändert und zwangsläufig neue Ausschlüsse erzeugt; entscheidend sei, dass die jeweils neu konstituierten Anteilslosen, von denen zuvor niemand wissen konnte, dass es sie geben würde, ihrerseits demokratietheoretisch das Recht hätten, ihren Anteil einzufordern. Die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem kann und soll sich, jenen Demokratietheorien zu Folge, nicht beruhigen (vgl. Demirović 2017). Der Prozess, den Marx als Modell der Dynamik der politischen Revolution beschrieb, ginge also sinnvoller- und notwendigerweise immer weiter. Die jeweiligen Lebenszusammenhänge

wären solche von besonderen Gruppen und deren Lebensformen und würden durch immer neue demokratische Forderungen nach und Kämpfe um Inklusion vorangetrieben.

Marx gibt eine kritische Antwort auf das gesamte Problem, indem er annimmt, dass es eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft gibt, „welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann [...], einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat.“ (MEW 1, 390) ‘Proletariat’ ist für Marx nicht insofern von Bedeutung, als es wie andere soziale Gruppen besondere Interessen hat (mehr Lohn, geringere Arbeitszeiten, mehr Bildung oder politischen Beteiligungsrechten), sondern weil es eine besondere Klasse ist, die kein Interesse daran haben kann, sich als allgemeine zu setzen (der Fehler des Staatssozialismus). Das Proletariat zielt darauf, sich selbst als Klasse aufzulösen – weil es für die Auflösung aller Klassen überhaupt eintritt. Es verkörpert also nicht die Allgemeinheit der Gattung, sondern stellt negativ „die Auflösung der bisherigen Weltordnung“ dar (Marx 1844, 391). Das Proletariat konstituiert sich paradoxerweise als Klasse nur insofern, als es den Übergang zur Nicht-Klasse darstellt. Für Marx bedeutet das, dass mit dem Emanzipationsprozess und der Selbstaufhebung des Proletariats die Menschheit aus ihrem Traum erwacht, die historische Immanenz gewinnt und frei von Illusionen die wirklichen Verhältnisse in bewusster Praxis gestalten kann (vgl. Balibar 2013, 92). Für meine Argumentation ist wichtig, dass Marx diese Überlegung seiner weiteren Forschung zu Ökonomie und Ideologie zugrunde legt und an ihr sein ganzes Leben lang festhält. Er entwickelt mit dem Begriff des Proletariats ein Modell, das im Gegensatz zur politischen Logik der Bourgeoisie steht: diese ist partikular und setzt sich als allgemeiner Idealist – um ihr beschränktes Interesse durchzusetzen, setzt sie das Spiel der politischen Logik von Besonderem und Allgemeinen in Gang, sie will, dass alle anderen Klassen sich in den partikularen bürgerlichen Begriffen wiedererkennen und deswegen alle glauben können, es handele sich um Allgemeinheit. Doch damit verzaubert die bürgerliche Klasse die Wirklichkeit (im Verhältnis zum Feudalismus) auf höherem Niveau – es kommt also nicht in aller Radikalität zu Entzauberung, Aufklärung, Vernunft, sondern die Praktiken der Verzauberung werden fortgesetzt und die Verhältnisse als mystische, religiöse, phantasmagorische gelebt.

Mit Blick auf die Kritik der politischen Ökonomie findet sich in Marx’ Analyse der französischen Revolution noch ein weiterer Gesichtspunkt. Er spricht davon, dass die Dynamik des revolutionären Prozesses von den Übergängen von einem politischen Idealismus zum nächsten gekennzeichnet sei. Jeder der gesellschaftlichen Akteure will die eigene Lebensform als allgemeinverbindliche Praxis durchsetzen und prägt entsprechende politische Begriffe und Parolen. Der Begriff der Politik bezeichnet demnach diesen idealistischen Prozess, in dem sich die Akteure bewegen. Dieser Prozess konstituiert die Sphäre der Politik und des bürgerlichen Staates, da die politische Revolution nicht bis zu jenem Ende einer sozialen Revolution durchgeführt worden ist. Das bedeutet, dass der Staat als illusorische Allgemeinheit eine spezifische Phase des Prozesses verkörpert. „Die politische Revolution hob den politischen Charakter der bürgerlichen Gesell-

schaft auf. Sie zerschlug die bürgerliche Gesellschaft in ihre einfachen Bestandteile, einerseits in die Individuen, andererseits in die materiellen und geistigen Elemente, welche den Lebensinhalt, die bürgerliche Situation dieser Individuen bilden. Sie entfesselte den politischen Geist, der gleichsam in die verschiedenen Sackgassen der feudalen Gesellschaft zerteilt, zerlegt, zerlaufen war; sie sammelte ihn aus dieser Zerstreuung, sie befreite ihn von seiner Vermischung mit dem bürgerlichen Leben und konstituierte ihn als die Sphäre des Gemeinwesens, der allgemeinen Volksangelegenheit in idealer Unabhängigkeit von jenen besondern Elementen des bürgerlichen Lebens.“ (MEW 1, 368) Die Menschen werden nicht als Gattungswesen begriffen, ihre kooperativen Aktivitäten bilden als solche keinen allgemeinen Zusammenhang, vielmehr werden die Individuen individualisiert und gespalten in einerseits diejenigen, die ihre privaten, egoistischen Interessen als Eigentümer und andererseits die allgemeinen Angelegenheiten als Staatsbürger verfolgen. „Allein die Vollendung des Idealismus des Staats war zugleich die Vollendung des Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft. Die Abschüttlung des politischen Jochs war zugleich die Abschüttlung der Bande, welche den egoistischen Geist der bürgerlichen Gesellschaft gefesselt hielten. Die politische Emanzipation war zugleich die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft von der Politik, von dem Schein selbst eines allgemeinen Inhalts.“ (MEW 1, 369)

Der politische Staat stellt ein Dispositiv der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse dar, unter denen die privaten Akteure keinen rationalen Gesamtwillen für die gesellschaftliche Entwicklung ausbilden können (sondern jeweils für sich ein Maximum an Mehrarbeit aneignen wollen und dafür allenfalls Kompromisse mit ihren Konkurrenten eingehen, die die Bedingungen der Akkumulation und Aufrechterhaltung der Herrschaft betreffen). Deswegen sind sie ständig gezwungen, sich als Kräfte zu formieren, die Konflikte auszutragen in der Lage sind. Die Konflikte nehmen die politische Form eines Widerspruchs zwischen partikularen sozialen Gruppen an, die jeweils im Namen des Allgemeinen auftreten. Die politische Logik ist bestimmt davon, Koalitionen mittels und unter Allgemeinheitsansprüchen herzustellen oder solche bestehenden Allianzen durch Kritik an einem Partikularismus zu reorganisieren oder gar wieder aufzulösen. Der Staat ist demnach politischer Idealist und selbst ein Traum. In den Universalien von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bildet sich eine historische Allgemeinheit und Gemeinsamkeit, in der sich verschiedene soziale Gruppen gegen einen Dritten aus der Vergangenheit: die Monarchie und die Tradition, wiedererkennen und wechselseitig anerkennen können. Marx kritisiert an der Logik der politischen Revolution, dass es ihr nicht gelingt, aus dem Traum aufzuwachen und das Diesseits der Praktiken unter Menschen zu gewinnen. Dies verdeutlicht er an den Praktiken der Jakobiner. Sie verkörpern das Selbstverständnis des politischen Staates und seiner allgemeinen, menschenrechtlichen Normen; sie glauben, sie könnten vom Staat her diese Normen verwirklichen, also Ungleichheit beseitigen. Aber sie verstehen nicht, dass der Staat die Macht dazu nicht hat. „Die klassische Periode des politischen Verstandes ist die französische Revolution. Weit entfernt, im Prinzip des Staats die Quelle der sozialen Mängel zu erblicken, erblicken die Heroen der französischen Revolution vielmehr in den sozialen Mängeln die Quelle politischer Übelstände. So sieht Robespierre in der großen Armut und dem großen Reichtume nur ein Hindernis der reinen Demokratie. Er wünscht daher eine allgemeine spartanische Frugalität zu etablieren. Das Prinzip der Politik ist der Wille. Je einseitiger, das heißt also, je vollendeter der politische Verstand ist, um so mehr glaubt er an die Allmacht des Willens, um so blinder ist er gegen die natürlichen und geistigen Schranken des Willens, um so unfähiger ist er also, die Quelle sozialer Gebrechen zu entdecken.“ (MEW 1, 402)

Der politische Staat ist Idealist. Als solcher hat er ganz praktische Wirkungen, weil er dazu beiträgt, dass die Menschen sich in ihren Praktiken nicht direkt und bewusst aufeinander beziehen und ihre Verhältnisse miteinander gestalten, sondern ihr Zusammenleben durch eine dritte Instanz vermitteln lassen. Der Staat verhindert die Aneignung der grundlegenden Fähigkeiten zur Kooperation und die Möglichkeit zur Entfaltung dessen, was Marx in dieser Periode seiner Arbeiten als „das wahre Gemeinwesen der Menschen“ bezeichnet, also ein Gemeinwesen, in dem die Individuen nicht durch Egoismen bestimmt sind, die physisches und geistiges Leben, menschliche Tätigkeit und Genuss voneinander trennen.

3. Das idealistische Gemeinwesen

Im Folgenden will ich argumentieren, dass Marx in seiner Analyse des Kapitalverhältnisses die Überlegungen aus der Kritik der Politik zunutze macht und vertieft. Die kapitalistische Ökonomie wird als Traumgeschichte und als illusorische Verallgemeinerung eines partikularen Willens bestimmt. Dies mag überraschend erscheinen, weil in der Sphäre der Ökonomie die materielle Produktion des Lebens stattfindet und sie deswegen vielfach als die eigentliche Wirklichkeits-sphäre gilt. Doch Marx zeigt in seiner Kritik der politischen Ökonomie, dass ein Spezifikum der kapitalistischen Ökonomie ist, dass sie aus Erscheinungen, Monstern, Fetischen, Gespenstern oder Phantasmagorien besteht. Es handelt sich also um eine spezifische materielle Wirklichkeit, eine Art Zwischenreich zwischen harter stofflicher Materialität und bloßer Einbildung und Täuschung. Nichtsdestoweniger handelt es sich um die herrschende Objektivität, die das Kapitalverhältnis dem Zusammenleben der Menschen aufzwingt.

Für ein Verständnis der Schwierigkeiten, vor denen Marx steht, um diese eigentümliche Wirklichkeit von Spuk und Materie zu fassen, erscheint mir eine Überlegung von Michel Foucault hilfreich, wenn er in seinen Analysen auf eine so mächtige und gleichzeitig kaum zu fassende Wirklichkeit hinweist: auf Phänomene, die nicht existieren, aber dennoch sind. Es sei eine bestimmte Herrschaft der Wahrheit und folglich kein Irrtum, die „dazu führte, daß etwas Nichtexistierendes zu etwas werden konnte. Es handelt sich nicht um eine Illusion, da es gerade eine Gesamtheit von Praktiken, und zwar wirklichen Praktiken war, die diese Herrschaft begründet hat und sie unabweislich in der Wirklichkeit in Erscheinung treten läßt. [...] Die Politik und die Ökonomie, die weder existierende Dinge sind noch Irrtümer noch Illusionen noch Ideologien. Sie sind etwas Nichtexistierendes und doch etwas, das an der Wirklichkeit teilhat, das aus einer Herrschaft der Wahrheit hervorgeht, die das Wahre vom Falschen unterscheidet.“ (Foucault 1979, 39) Die Herausforderung besteht also darin, das Nichtexistierende, das doch mit wirklichen Praktiken Wirklichkeit erzeugt, zu bestimmen. Marx macht die Religion, die Philosophie, die Politik und dann die Ökonomie zu Gegenständen seiner Analyse. In all diesen Fällen wird durch ein Wahr-Sprechen eine Wirklichkeit erzeugt, die nicht existiert. Marx spricht diese komplizierte Realitätsebene immer wieder an, insbesondere in seiner Analyse des Geldes, das er als das „reale Gemeinwesen“, als den „allgemeinen Reichtum“ bezeichnet. Es verspricht, dass man über den ganz materiellen Reichtum einer Gesellschaft verfügen kann, und doch ist das Geld bloß eine „Abstraktion“, „festgehaltene bloße Einbildung“, ein „Gespenst“, ein „Hirngespinnst“, „materieller Repräsentant“ des allgemeinen Reichtums, denn um in den Genuss dieses Reichtums zu gelangen, muss das Geld verausgabt, in die Zirkulation geworfen werden (vgl. MEW 42, 160). Es handelt sich um eine paradoxe Ontologie, dass etwas, das nicht existiert,

dennoch etwas werden und wirklichkeitsmächtig Menschen und Dinge bestimmen kann: die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion kann klassenübergreifende Allgemeinheit und Gesellschaftlichkeit herstellen. Entgegen ihrem eigenen Selbstverständnis, wissenschaftlich und aufgeklärt zu sein, sich nicht mehr am Ziel eines transzendenten Heilsgeschehen auszurichten, sondern ihr materielles Leben zu organisieren, so dass die Einzelnen vernünftig handeln und innerweltlich ihr Glück verfolgen können, gelingt es der bürgerlichen Gesellschaft nicht, radikal immanent zu werden: die Moderne ist der fortgesetzte Traditionalismus. Sie zwingt die Menschen dazu, in einem Traum, in Illusion, in Religion zu leben, weil sie ihrer eigenen Wirklichkeit nicht habhaft wird, sie kann und darf die eigene Grundlage nicht begreifen. In seiner Kritik will Marx die Frage beantworten, warum die bürgerliche Gesellschaft nicht einfach aus jenem Traum aufwacht und diesseitig wird: zu einer von den Menschen gestalteten Assoziation und einer von ihnen bestimmten Geschichte.

Der Reichtum in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint Marx zufolge als Warensammlung. Die Produzenten verhalten sich zu ihren Produkten als Waren und beziehen ihre privaten Arbeiten in der sachlichen Form von Werten aufeinander. Diese These beinhaltet, dass es sich um eine Produktionsweise handelt, die sich historisch durch einen neuen Typ von Antagonismus, den von Kapital und Lohnarbeit, auszeichnet. Kapital und Lohnarbeit sind von vornherein historisch konkrete Formen der miteinander kämpfenden sozialen Klassen: „Der Kampf zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beginnt mit dem Kapitalverhältnis selbst.“ (MEW 23, 451) Die bürgerliche Gesellschaft ist die Form, in der diese Kämpfe zwischen Arbeiter*innen und Kapitalvertreter*innen prozessiert werden. Lohnarbeiter werden nicht durch Gewalt beherrscht, sie treten in Verhältnisse ein, in denen sie wie alle Warenbesitzer eine Ware, ihre Arbeitskraft, gegen Geld verkaufen.

Das menschliche Arbeitsvermögen, das in einer langen von der Bourgeoisie verfolgten Such- und Experimentierbewegung, die Zunft-, Verlags-, Haus-, Sklaven- oder Manufakturarbeit einschließt und auch heute noch keineswegs abgeschlossen ist, der Warenform unterworfen wird, unterliegt aufgrund dieser Unterwerfung den widersprüchlichen Bewegungsgesetzen der Warenform, die Marx im ersten Kapitel des „Kapital“ untersucht. Die Ware sei die allgemeinste und unentwickelste Form der bürgerlichen Produktion (MEW 23, 97). Das gesellschaftliche Verhältnis der Ware wurde historisch mit anderen „Naturformen des gesellschaftlichen Lebens“ verknüpft und konnte dann in dieser Verbindung – und insbesondere, nachdem auch die Arbeitskraft der Warenform unterworfen wurde und diese für das Produktionsverhältnis bestimmend wurde – ihre spezifischen Eigenschaften und Widersprüche entfalten (MEW 23, 89f.). Grundlegend für die Bestimmung der Ware ist, dass sie aus Wert und Gebrauchswert, besteht. Die Ware bildet die unmittelbare Einheit des „inneren Gegensatzes“ dieser beiden Momente (MEGA II/5, 639).² Warum spricht Marx von einem Gegensatz in der Ware? Es handelt sich um einen Gegensatz deswegen, weil es die Besonderheit der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ist, diese beiden Elemente zu einer Einheit zusammen zu zwingen. Gebrauchswerte als Ergebnis

2 Es handelt sich um eine Formulierung, die mit Hegel kokettiert, aber sie entspricht nicht der Hegelschen Konzeption des Widerspruchs. Bei Hegel entfalten sich die Widersprüche aus der inneren Logik des Begriffs. Bei Marx hingegen werden zwei unvereinbare gesellschaftliche Praktiken im Verhältnis der Ware zusammengezwungen. Es handelt sich demnach nicht um Wesenslogik, die sich dann im Weiteren entfaltet.

von konkreter, nützlicher Arbeit gibt es in allen Produktionsweisen (MEW 23, 76). Dies gilt auch für den Gebrauchswert der Arbeitskraft selbst. Die Besonderheit der kapitalistischen Produktionsweise besteht darin, dass die Arbeitskraft, die ausgebeutet wird, der Warenform unterworfen wird und damit die konkret nützliche Arbeit ein regelmäßig vorzufindender und für den Markt produzierter Tauschwert wird. Die Wertgegenständlichkeit der Ware ist eine spezifische Abstraktion, es geht in ihre Bestimmung nichts Stoffliches ein, der Tauschwert würde durchaus gern ohne die stoffliche Seite auskommen (MEW 23, 97), aber dies gelingt ihm nicht. Deswegen zwingt er sich dem Gebrauchswert auf, der seinerseits den Tauschwert im Prinzip nicht benötigt. Dies ist für Marx von entscheidender Bedeutung, weil im Warenverhältnis die Gebrauchswerte ihre Funktion verändern. Denn der Tauschwert vergesellschaftet die konkreten nützlichen Arbeiten auf eine spezifische Weise. Die besonderen Arbeiten der Individuen und ihre besonderen Produkte werden in dem Moment, in dem sie Ware werden, in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gebracht; konkret nützliche Arbeiten und Gebrauchswerte sind nun vom Tauschwert abhängig. Allerdings geschieht dies nicht in bewussten und selbstbestimmten Praktiken, in denen die Individuen gemeinsam diese Allgemeinheit herausbilden. Vielmehr gehört es zur Konstitution bürgerlicher Allgemeinheit, dass die Individuen die Erfahrung machen, dass ihre nützlichen Arbeiten und Gebrauchswerte durch den Tauschwert vermittelt sind. Es wohnt also dem Tauschwert eine spezifische Macht inne, menschliche Arbeitskraft in Gang zu setzen, Gebrauchswerte zu schaffen und allen, die zahlungsfähig sind, zur Verfügung zu stellen. Der konkrete Gebrauchswert erscheint deswegen als eine Folge und Eigenschaft des Tauschwerts. Die Macht liegt in der Wertgegenständlichkeit der Ware. Diese ist jedoch „rein gesellschaftlich“ und verkörpert dieselbe gesellschaftliche Einheit, nämlich menschliche Arbeit (MEW 23, 62). Es handelt sich also bei dem Tauschwert um ein gesellschaftliches Verhältnis; er ist deswegen nicht auf naturale, gegenständliche Weise sichtbar. Das gilt allerdings im Prinzip für alle gesellschaftlichen Verhältnisse. Marx bestimmt dieses genauer: es nimmt unter kapitalistischen Bedingungen die besondere Form eines Verhältnisses von Waren an und verleiht denjenigen besondere gesellschaftliche Macht, die in konzentrierter Form über die Tauschwerte verfügen und damit den Stoffwechsel mit der Natur kontrollieren und gestalten.

Die Ware hat einen Wert. Dieser kommt ihr nicht von Natur aus zu, sondern ist ein spezifisches gesellschaftliches Verhältnis. Er kann nur im Verhältnis zu einer anderen Ware erscheinen, also als Tauschwert. Wenn zwei Waren ausgetauscht werden, dann werden sie hinsichtlich ihres Werts miteinander verglichen und gleichgesetzt. Wenn also geschieht, was die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft ständig tun, etwa, wenn sie sagen, die Pizza war zu teuer, der Lohn ist zu niedrig, die Mieten sind zu hoch, dann abstrahieren die Individuen vom konkreten Gebrauchswert, von seiner stofflichen Seite oder auch von der konkreten Arbeit, die notwendig zu seiner Herstellung war, und folgen der Logik der Macht des Tauschwerts und greifen auf etwas Drittes zurück, das den Vergleich ermöglicht. Dieses Dritte ist, Marx zufolge, nicht konkret-nützliche, sondern gleichartige, abstrakt menschliche Arbeit. Diese abstrakte Arbeit existiert nicht (im oben erläuterten Sinn): „Gegenständlichkeit der menschlichen Arbeit, die selbst abstrakt ist, ohne weitere Qualität und Inhalt, ist notwendig abstrakte Gegenständlichkeit“ – ein „Gedankending“, ein „Hirngespinnst“ (MEGA II/5, 30). Was also an den Analysen von Marx wissenschaftlich revolutionär ist, ist demnach nicht allein die Entdeckung der gesellschaftlich notwendigen, abstrakt menschlichen Arbeit als Werts substanz der Ware, sondern auch, dass die bürgerliche Gesellschaft selbst in ihrem gegenständlichsten Bereich durch gespenstische Allgemeinheit und

Gesellschaftlichkeit schlechthin bestimmt ist: eine Gleichsetzung und ein Zusammenhang all der Arbeiten der Individuen wird nur möglich, indem sie entmaterialisiert werden und ihre konkrete Gestalt gar keine Rolle mehr spielt, ihr Zusammenhang, ihre Kooperation also abgeblendet wird. Dies teilt sich den Produkten selbst mit: als das Ergebnis unterschiedsloser menschlicher Arbeit nehmen die Tauschwerte eine „gespenstige Gegenständlichkeit“ an (MEW 23, 52), da das gesellschaftliche Verhältnis der verausgabten Arbeiten sich nur zur Geltung bringen kann, wenn sich die Waren im Wert der anderen Waren reflektieren. Im Prinzip ist es gleichgültig, was die Einzelnen tun, ihre konkreten Arbeiten und körperlichen Mühen rücken in den Hintergrund, sie alle werden auf relative Mengen von abstrakter Arbeit reduziert. Entscheidend ist, dass sie zu dieser abstrakten Arbeit beitragen, dass so etwas zu bestehen scheint wie ein gemeinsamer Maßstab für die Verausgabung der konkreten Arbeiten; ein Maßstab, der auf paradoxe Weise in der Gesellschaft, in der alle miteinander konkurrieren, Gleichheit und Gerechtigkeit herstellt, weil er erlaubt, die Arbeiten aller einzelnen ProduzentInnen gleich zu setzen und sie ohne Benachteiligung auszutauschen.

Die Arbeit erscheint wie eine Art Substanz, die der Ware ihren Wert gibt. Dies ist so und gleichzeitig doch anders. Tatsächlich erzeugen die Einzelnen ihre Arbeitskraft als Ware oder mit dieser Arbeitskraft bestimmte Waren. Indem die konkreten Arbeiten durch den Tauschwert ihrer Produkte als Waren miteinander verglichen und auf abstrakt menschliche Arbeit und ihre Werts substanz reduziert werden, werden sie zu Momenten der gesamten Arbeitskraft der Gesellschaft. Dies erlaubt im Vergleich eine Bestimmung der im Durchschnitt gesellschaftlich notwendig verausgabten Arbeitskraft. Wertbildend ist „Durchschnitts-Arbeitskraft“ (MEW 23, 53). Konkret weiß niemand, was jeweils der Durchschnitt ist, er steht zu keinem Moment fest, denn er ermittelt sich jeweils in der Konkurrenz blind in millionenfachen Markttransaktionen. Das konkrete Arbeitsvermögen hat als solches keinen Wert; Wert ist eine irrationelle, gespenstige Kategorie, es gibt im Diesseits der gesellschaftlichen Kooperation nur die Praktiken der Erzeugung nützlicher Produkte. Durchschnitts-Arbeitskraft, die wertbildend ist, ist ein theoretischer Begriff zum Verständnis eines realen Prozesses und bezeichnet eine gesetzmäßige Tendenz. Denn obwohl es die abstrakte Arbeit und den Durchschnitt der Arbeitskraft zu keinem Zeitpunkt empirisch gibt – oder wenn, dann nur durch eine zufällige Momentaufnahme, von der aber niemand weiß –, so wirkt die Bildung des Durchschnitts folgenreich wie ein Naturgesetz: eine Ware benötigt zu ihrer Herstellung bestimmte materielle, konkrete Prozesse, die (wie auch im Fall der Formierung einer konkreten Arbeitskraft) Zeit benötigen. Nach einer Vielzahl von Tauschvorgängen auf dem Weltmarkt kann es sich erweisen, dass die Produktivität gestiegen oder die Nachfrage (durch Veränderung der Bedürfnisse, durch mangelnde Zahlungsfähigkeit, durch katastrophische Umstände) anders als erwartet geringer geworden ist und die Bindung von Arbeitskraft an die Erzeugung einer Ware unsinnig war. Dies zeigt, dass Momente des Verhältnisses jeweils relational zueinanderstehen und es nur nach umfassender Forschung überhaupt möglich ist zu bestimmen, welcher der Faktoren jeweils den Ausschlag gibt. Der Vorgang der Durchschnittsbildung ist volatil, relevant ist die Tendenz. Wie hoch also der Wert einer Ware zu einem gegebenen Zeitpunkt ist, weiß niemand: der Wert wird der Tendenz nach gebildet und gleichzeitig untergraben, denn der konkrete Wert der Arbeitskraft wie aller anderen Waren wird durch das Gesetz der Konkurrenz der Privatproduzenten, die sich auf dem weitläufigen Weltmarkt nicht kennen, ständig verändert. Der Wert hat eine gespenstische Realität: er existiert nicht und hat doch die Macht, Arbeit und stoffliche Prozesse in Gang zu setzen, Wirklichkeit zu erzeugen und das Handeln der Individuen

zu bestimmen.³ Es verhält sich also ähnlich wie in der Religion: Gott gibt es nicht, aber dass die Menschen an ihn glauben, erzeugt eine Vielzahl von Wirklichkeitseffekten und verhindert, dass Menschen ihre Verhältnisse nach den Gesichtspunkten ihres realen Zusammenlebens gestalten.

Was gesellschaftliche und produktive Arbeit ist, ist nicht allgemein bestimmbar, sondern wird durch die konkrete Produktionsweise definiert. Für die kapitalistische Produktionsweise ist diejenige Arbeit gesellschaftlich, die Tauschwerte herstellt, und produktiv wird, weil sie Kapital verwertet und zur Vergrößerung des Gewinns von Kapitaleigentümern, also zu Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Wachstum beiträgt. Der Tauschwert bzw. das Kapital entscheiden über die Art und die Ausführung konkreter Arbeiten. Nur bestimmte konkrete Arbeiten gelten als wertbildend, während andere Arbeiten, die im stofflichen Sinne notwendig oder sinnvoll sind, gar nicht erst konzipiert und ausgeführt werden, weil sie nicht Kapital verwerten; umgekehrt können auch Zustände oder Vorgänge (wie eine Körperverletzung oder Krankheit) als Teil von Wertbildungsprozessen hingenommen oder angesehen werden, obwohl sie es in stofflicher Hinsicht nicht sind. Aber in der Beurteilung dieser Fragen stehen nicht Meinungen gegeneinander, sondern letztlich verschiedene Produktionsweisen. Entscheidend ist, dass aus dem Blickwinkel einer die ganze gesellschaftliche Arbeit umfassend in Betracht ziehenden Produktionsweise die vom Tauschwert usurpierte konkrete Arbeitsverausgabung am gespenstisch-traumhaften Charakter des kapitalistischen Produktionsverhältnisses teilhat: Der Reichtum soll dem bürgerlichen Verständnis nach das Ergebnis der Arbeit sein. Die Arbeitenden erzeugen Waren. Doch durch zufällige Veränderungen auf dem Markt kann ihre Verausgabung von Arbeitskraft ebenso wie das konkrete Produkt wertlos werden. Die bürgerliche Gesellschaft kann allerdings in diesem Fall die Armut durch Idealismus, religiöse oder Werbeformeln („arm, aber sexy“) verklären, oder einen Enthusiasmus des Aufstiegs nähren: durch Qualifikationen, Aktienspekulation oder Lotteriegewinne oder den Erwerb von immer neuen Tauschwerten, die soziale Zugehörigkeit, Anerkennung oder Prestige versprechen. Zu ihrem Selbstverständnis gehören der stetig wachsende Reichtum als Fortschritt und geschichtslose Modernisierung, obwohl es sich um einen auf der Stelle tretenden Zwang zu Akkumulation und Entzauberung des gestern noch modernen handelt. All die Umschichtungen in der Gestalt des Arbeitsvermögens, all die individuellen Verluste und das Scheitern der individuellen Planungen und Existenzen – zuallererst angeregt durch den Marktprozess – verschwinden hinter dem Durchschnitt. Das heißt, sie gelten als ein ‘Risiko’, dem die Einzelnen durch geschicktes Verhalten ausweichen können, wenn sie ihre ‘Chancen’ nutzen.

Der marxsche Begriff der wertbildenden Arbeitskraft sollte also nicht affirmativ verstanden werden. Erst unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise kommt es zur Herausbildung eines mehr als nur lokalen und temporären, nämlich globalen und dauerhaften gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und der Möglichkeit der bewussten Kooperation vielfach gegliederter Einzel-

3 Marx unterscheidet also nicht wie Karl Polanyi zwischen fiktiven und realen Waren, vielmehr kritisiert er die Warenform als solche. Der Grund für Polanyis Überlegung ist, dass er den Doppelcharakter der Ware nicht im Blick hat, aber auch Arbeitskraft kann für den Verkauf auf dem Markt erzeugt werden. „But labor, land, and money are obviously not commodities; the postulate that anything that is bought and sold must have been produced for sale is emphatically untrue in ‘regard to them. In other words, according to the empirical definition of a commodity they are not commodities. Labor is only another name for a human activity which goes with life itself, which in its turn is not produced for sale but for entirely different reasons, nor can that activity be detached from the rest of life, be stored or mobilized.“ (Polanyi 2001, 75)

tätigkeiten. Doch diese Arbeiten werden von privaten Einzelnen geleistet und stellen einen den einzelnen nicht durchsichtigen Zusammenhang her durch die wertbildende, abstrakte Arbeit – und viele Beiträge zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit wie die Erziehungs- oder Hausarbeit finden gar keine oder allenfalls geringe politische Berücksichtigung. Die wertbildende Arbeit stellt eine irrationale Allgemeinheit der vielen Einzeltätigkeiten eines historisch spezifisch zusammengesetzten Gesamtarbeiters her. Denn die Arbeiten werden nicht entsprechend den Bedürfnissen nach nützlichen Dingen in ein Verhältnis gesetzt, sondern durch den Wertcharakter der Waren. Die Einzelnen arbeiten privat, erst durch den Tausch, in dem der Wert der Ware, aktualisiert wird, erfahren die Einzelnen, dass sie Teil eines konkreten Gesamtarbeiters sind. Die Ware stellt diesen Zusammenhang jedoch idealistisch auf den Kopf.

Marx legt drei solche Verkehungen des realen gesellschaftlichen Verhältnisses durch das Warenverhältnis dar (MEW 23, 70ff.), Verkehungen, die sich ergeben, weil die gesellschaftliche Arbeit von privaten Einzelnen erbracht und ihr Zusammenhang die gespenstische Form des Werts annimmt. Der Wert einer Ware kann als gesellschaftliches Verhältnis nur im Verhältnis zu einer anderen Ware zum Ausdruck gebracht werden: 1 Rock ist 20 Ellen Leinwand wert. Der Wert, abstrakt menschliche Arbeit, muss also ein besonderes Verhältnis, die Wertform, annehmen. In diesem gesellschaftlichen Verhältnis der Wertform entstehen nun spezifische Dynamiken. Die *erste* Verkehrung besteht darin, dass im Vergleich zweier Waren die beiden entgegengesetzten Komponenten der Ware: Wert und Gebrauchswert, in einen äußeren Gegensatz treten. Die Ware B nimmt die Form des Äquivalents an und drückt in ihrer konkreten Gestalt als Gebrauchswert den Wert der Ware A aus. Der Wert, das gesellschaftliche Verhältnis erscheint als die natürliche Eigenschaft dieser äquivalenten Ware, während ihr konkreter Nutzen keine Rolle mehr spielt. Der Gebrauchswert der Ware, die den Wert zum Ausdruck bringt, vertritt in ihrer konkreten Gestalt eine „übernatürliche Eigenschaft“, nämlich das gesellschaftliche Verhältnis zweier Waren zueinander. Das gesellschaftliche Verhältnis nimmt die dingliche Gestalt eines Gebrauchswerts an, der zur Funktion, zum Instrument der Ware A wird, die ihren Wert allein in der Ware B als Äquivalent darstellen kann. Die *zweite* Verkehrung besteht darin, dass in der Äquivalentform eine konkrete Arbeit zur Erscheinungsform abstrakt menschlicher Arbeit wird. Es handelt sich um einen Idealismus: denn „das abstrakt Allgemeine gilt nicht als Eigenschaft des Konkreten, Sinnlich-Wirklichen, sondern umgekehrt das Sinnlich-Konkrete [...] als bestimmte Verwirklichungsform des Abstrakt-Allgemeinen“ (MEGA II/5, 634). *Drittens* schließlich repräsentiert die Privatarbeit in der Form des Äquivalents allgemeine gesellschaftliche Arbeit. Diese Verkehungen nehmen schließlich insbesondere in der Geldform noch einmal eine besondere Dynamik an. Geld ist Marx zu Folge das Ergebnis der Verallgemeinerung und Totalisierung der Äquivalentform. Im Austausch aller Waren dient eine Ware als allgemeines Äquivalent. Sie verkörpert in ihren Eigenschaften als Gebrauchswert die Eigenschaft des Werts schlechthin, die abstrakt menschliche Arbeit und die gesellschaftliche Arbeit. Eine Ware erscheint als „Gattungsform des Äquivalents für alle andern Waaren. Es ist als ob neben und außer Löwen, Tigern, Hasen und allen andern wirklichen Thieren, die gruppiert die verschiedenen Geschlechter, Arten, Unterarten, Familien u.s.w. des Thierreichs bilden, auch noch das Thier existierte, die individuelle Incarnation des ganzen Thierreichs. Ein solches Einzelne, das in sich selbst alle wirklich vorhandenen Arten derselben Sache einbegreift, ist ein Allgemeines, wie Thier, Gott u.s.w.“ (MEGA II/5, 37) Die privat erbrachte, konkret-nützliche Arbeit erhält ihren gesellschaftlichen Charakter nicht nur allein durch den Tauschwert, sondern muss sich schließlich dessen Totalisierung, der Geldform als

universellem Äquivalent, unterwerfen. Mit der allgemeinen Äquivalentform und ihrer Bindung an eine besondere Naturalform hat die relative Wertform der Warenwelt „objektive Festigkeit und allgemein gesellschaftliche Gültigkeit gewonnen“ (MEW 23, 83). Es handelt sich nun um einen gesellschaftlichen Zwang für jede konkrete gesellschaftliche Arbeit: Wenn sich eine Ware nicht im Medium des allgemeinen Äquivalents bewegt, kann sie nicht ausgetauscht werden, da die Marktteilnehmer*innen ihre konkreten Arbeitsprodukte nur gegen jenes allgemeine Äquivalent tauschen, mit dem sie dann in einem zweiten und vom Verkauf unabhängigen Akt ihrerseits jede beliebige Ware kaufen können. „Eine Waare befindet sich daher nur in der Form unmittelbarer Austauschbarkeit mit allen andern Waaren und daher in unmittelbar gesellschaftlicher Form, weil und sofern alle andern Waaren sich nicht darin befinden, oder weil die Waare überhaupt sich von Haus aus nicht in unmittelbar austauschbarer oder gesellschaftlicher Form befindet.“ (MEGA II/5, 40) Der Wertcharakter der Ware scheint nun das Ergebnis der Bestimmung ihres Werts durch den Preis zu sein. „Es ist aber ebendiese fertige Form – die Geldform – der Warenwelt, welche den gesellschaftlichen Charakter der Privatarbeiten und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter sachlich verschleiert, statt sie zu offenbaren. Wenn ich sage, Rock, Stiefel usw. beziehen sich auf Leinwand als die allgemeine Verkörperung abstrakter menschlicher Arbeit, so springt die Verrücktheit dieses Ausdrucks ins Auge. Aber wenn die Produzenten von Rock, Stiefel usw. diese Waren auf Leinwand – oder auf Gold und Silber, was nichts an der Sache ändert – als allgemeines Äquivalent beziehen, erscheint ihnen die Beziehung ihrer Privatarbeiten zu der gesellschaftlichen Gesamtarbeit genau in dieser verrückten Form.“ (MEW 23, 90) Diese Verrücktheit wird zum besonderen Gewaltverhältnis des illusorisch Allgemeinen. Mit dem Geld wird das Nicht-Existierende, Gespenstige und Spukhafte zum realen Gemeinwesen – eine Ware wird allgemein, indem sie alle konkrete Arbeit als bloß partikulare zurücksetzt und ihre Gesellschaftlichkeit kontrolliert und repräsentiert.

4. Intelligibilität und Ideologie

Die konkret nützlichen Arbeiten verändern also ihre Bedeutung und Funktionsweise, wenn das lebendige Arbeitsvermögen und die von ihm erzeugten Gebrauchswerte zu Waren werden. Die konkrete Arbeitskraft wird ebenso wie die von ihr erzeugten Produkte durch die Warenform mystisch, metaphysisch, theologisch, sinnlich-übersinnlich. Dieser mystische Charakter der Ware ergibt sich nicht aus der Verausgabung von konkreter Arbeitskraft oder ihrem zeitlichen Umfang, sondern, wie Marx betont, allein aus der Warenform selbst. Sie stellt zwar in einem historisch noch nicht bekannten Ausmaß Kooperation zwischen den Menschen her, aber in mystischer, religiöser Form. Die Menschen beziehen sich nicht als Kooperierende aufeinander, sie begreifen sich nicht als Teile eines globalen Gesamtarbeiters, sondern als Tauschende, sie beziehen sich aufeinander allein vermittels eines Dritten: der Wertgegenständlichkeit und Wertgröße ihrer Arbeitsprodukte. Der gesellschaftliche Charakter ihrer Arbeit tritt ihnen als gegenständlicher Charakter der Arbeitsprodukte selbst gegenüber (MEW 23, 86).

Marx nimmt in seiner Analyse der Ware als Keimzelle der kapitalistischen Verhältnisse ein zentrales Argument seiner frühen Arbeiten wieder auf. Das Kapitalverhältnis geht aus den Aktivitäten von Menschen, aus Klassenkämpfen hervor, aber es nimmt den Charakter eines allgemeinen, neben den Menschen stehenden gesellschaftlichen Verhältnisses an. Ebenso wie für die Politik weist Marx auch für die Ökonomie deren religiös-verzauberten Charakter nach. Marx' Analyse

unterscheidet sich deutlich von der Hegels, denn Marx zeigt, dass gerade die Ökonomie die Sphäre des Allgemeinen ist, während in der Sphäre des Staates und in den anderen Überbauereichen Konflikte zwischen den partikularen Gruppen um die Definitionen der Allgemeinheit ausgetragen und Kompromisse ausgearbeitet werden. Es handelt sich um gespenstische Allgemeinheit und verrückte Gesellschaftlichkeit. Sie verhindern, dass die Menschen sich direkt aufeinander beziehen und miteinander koordinieren, sie vermittelt sie vielmehr jeweils über ein Drittes: als Religionsgemeinschaft, als politisches Volk, als Marktteilnehmer. Auf diese Weise werden Menschen gleichzeitig mit einander verbunden und voneinander getrennt. Der Herrschaftszusammenhang, der sich in der Form einer Unterwerfung des lebendigen Arbeitsvermögens unter die Warenform durchsetzt, nimmt die Form eines sachlichen, gleichsam systemischen Zusammenhangs außerhalb der Verhältnisse zwischen den Individuen an, obwohl er durch ihre Praktiken hindurch erzeugt und reproduziert wird. Es handelt sich demnach nicht um eine Entfremdung, wenn darunter verstanden wird, dass menschliche Tätigkeiten sich gegenüber ihrer Entstehung verselbständigen und dann ihrerseits zu Handlungszwängen werden, die sich gegen Menschen richten (vgl. Backhaus 1997, 47), sondern um Herrschaftspraxis der Allgemeinheit. „Das Partikulare usurpiert vermöge der Allmacht seiner Durchsetzung das Ganze: im gesellschaftlich-totalen Aspekt des Kapitals terminiert der alte Fetischcharakter der Ware, der Beziehungen von Menschen als solche von Sachen zurückspiegelt. Zu solchen Sachen ist heute die ganze Ordnung des Daseins geworden.“ (Adorno 1942, 380) An anderer Stelle unterstreicht Adorno noch einmal den Herrschaftscharakter der versachlichten Prozesse. „Aber die herrschende Klasse wird nicht nur vom System beherrscht, sie herrscht durchs System und beherrscht es schließlich selber.“ (Ebd., 385) Die Bourgeoisie setzt mit dem Kapitalverhältnis ihre partikulare Lebensform und ihre Denkformen als allgemeine durch. Die sachlich-allgemeinen Prozesse werden von herrschenden Akteuren und ihren Intellektuellen erfunden, eingesetzt, koordiniert, gesteuert, überwacht, evaluiert, optimiert, aufrechterhalten, erweitert, modifiziert oder aufgegeben. Es werden also zahlreiche Praktiken konzipiert, die diese vermeintlichen sachlichen Prozesse selbst wiederum umfassend durchdringen, begleiten und als 'spontane' Regelmäßigkeiten auf Dauer zu stellen bemüht sind; sie sind Gegenstand einer Vielzahl von Strategien und Taktiken, auch wenn die bürgerliche Klasse zu keinem Zeitpunkt das Gesamtsubjekt der Prozesse ist. Vielmehr verändert sie sich in ihrer inneren Zusammensetzung durch innere Kämpfe der Bewahrung/Veränderung und durch die Entwicklung von Herrschaftspraktiken hindurch. Mit Marx habe ich oben schon argumentiert, dass diese Prozesse sich aber gleichzeitig nur vollziehen können, wenn in ihnen allgemein gewordene Alltagsvorurteile, alltagsreligiöse Vorstellungen (vgl. MEW 25, 838) und stabile Erwartungen wirksam sind. Das Eigentumsrecht an der eigenen Arbeitskraft, Freiheit, Gleichheit, Lohn, Gerechtigkeit sind keine Legitimationsformeln, die zu einem ohnehin stattfindenden ökonomischen Prozess noch hinzukommen. Vielmehr sind diese illusorischen, mystifizierenden Kategorien ihrerseits wirkliche Momente des Prozesses, denn nur wenn die Arbeitskraft zum sinnlich-übersinnlichen Ding wird, wenn sie in das Warenverhältnis eintritt, nur wenn die gesellschaftliche Arbeit auf *gleiche* menschliche Arbeit reduziert wird, kann sie als die Arbeitskraft einer freien Lohnarbeiter*in ausgebeutet werden. Die bürgerliche Gesellschaft macht sich selbst dieses Verhältnis unzugänglich. „Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in

Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.“ (MEW 23, 86) Mit dem Begriff des Fetischs, der den Produkten der gesellschaftlichen Arbeit ein Eigenleben zu geben und die Handlungsweisen der Individuen zu bestimmen scheint, bestimmt Marx im „Kapital“ nachdrücklich den religiös-mystischen Charakter der warenproduzierenden Gesellschaft.

Der Begriff des Fetischs ist gesellschaftstheoretisch in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Er ermöglicht Marx, seine eigene Analyse in deren Gegenstand, die kapitalistisch formierte Gesellschaft, hineinzuendenken. Diese verschließt sich ja der Erkenntnis, sie verhindert die Erkennbarkeit der Ungeheuer, die sie ausbrütet und sanktioniert alle, die sich über das Tabu hinwegsetzen. Doch ist die bürgerliche Gesellschaft auch historisch die erste, die in der Gestalt der Theorie von Marx und all der Forschungen, die daran anschließen, Erkenntnisse über sich selbst ermöglicht. Denn es ist eben durchaus möglich, die mystisch-religiösen Verhältnisse zu dechiffrieren, wenn der Gegensatz von Wert und stofflichem Reichtum erkannt wird. Bei der Produktion von Waren handelt es sich immer um eine quasi-religiöse Praxis. Die Ökonomie ist in diesem Sinn keine Praxis, die – im Unterschied zur Ideologie – einen höheren Grad von Wirklichkeit hat; sie selbst ist vielmehr Illusion, Spuk, Mystifikation. Aus dem Traum führen nur die wirklichen Praktiken der konkreten nützlichen Arbeiten, der konkreten Kooperationen sowie die stofflichen Gebrauchswerte heraus. Doch diese konkrete Seite wird von der Macht des Tauscherts in Gang gesetzt, beherrscht und gelenkt. Marx will dazu beitragen, dass der Schein, der Fetisch verschwindet. „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht.“ (MEW 23, 94) Was Marx analysiert, ist, um es noch einmal zu betonen, eine Traumgeschichte, die Bewegung von Mystifikationen. Diese existieren nicht, aber sie sind, weil sie von einer endlosen Zahl von Aktivitäten des Wahr-Sagens der politischen Ökonomie in Szene gesetzt werden, und schlagen sich in konkreten stofflichen Wirkungen nieder. Marx nimmt hier einen Streit auf, trägt zur Erkenntnis bei und macht deutlich, dass es notwendig ist, in dem Gegensatz die Seite zu wechseln: vom Tauschwert zur stofflichen Seite und zur konkreten gesellschaftlichen Kooperation, weil die Menschheit ansonsten nicht zur Wirklichkeit des Konkreten und Individuellen findet. Aber die Theorie muss auch mitbedenken, dass die Mystifikationen sich durch wissenschaftliche Einsicht nicht auflösen. Auch dies ist Folge des Fetischs. Vor wie nach der wissenschaftlichen Entdeckung, dass der „gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeiten besteht“ (MEW 23, 88), bleiben die Individuen in den Verhältnissen befangen. Der „gegenständliche Schein der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit“ wird durch Einsicht nicht verschleiert (MEW 23, 88). Das Wissen als solches führt noch nicht hinaus; es ist kein esoterisches Wissen für Wenige, sondern die Theorie muss und kann zu einem verbreiteten, verbindlichen Wissen werden.

Das ist die klassische Frage nach der Ideologie, also nach Praktiken der Herrschaft, die nach dem Bewusstsein greifen, Erkenntnis verhindern und Wahrheit in Lüge transformieren. Aus den obigen Darlegungen zu Marx ergibt sich, dass es falsch wäre, Ökonomie und Ideologie strikt zu unterscheiden, also in der Ökonomie das Materielle, Dauerhafte, Wirkliche und Praktische im Unterschied zum Flüchtigen, Gedachten, Illusionären der Ideologie zu sehen. In dieser Art und Weise existiert Marx zufolge Ideologie nicht; und ein Verständnis von Ideologiekritik, die den Schein und Schleier durchbrechen soll, um zur Wirklichkeit oder zum Wesen vorzudringen,

muss als problematisch verstanden werden, denn Wesen und Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsweise sind selbst Schein, Mystifikation, Gespenst. Offensichtlich hielt Marx bei der Suche nach geeigneten Begriffen gerade den Begriff der Ideologie als solchen für unzulänglich, weil er einem bewusstseinsphilosophisch-idealistischen Missverständnis ausgesetzt ist – so als gäbe es unterhalb des Schleiers eine tiefere kapitalistische Wirklichkeit. Die bürgerliche Gesellschaft muss selbst als Idealismus begriffen werden. Der Prozess der Inwertsetzung des menschlichen Arbeitsvermögens und der Kapitalakkumulation kann nur gelingen, wenn er grundsätzlich mit den mystifizierenden Denkformen verbunden ist, also mit irrationalen Ausdrücken wie 'Wert und Preis der Arbeit' oder 'gerechter Lohn' oder mit allgemein gewordenen, stabilen, alltagsreligiösen Vorstellungen wie Freiheit oder Gleichheit. Der Fetischcharakter ist ein immanentes Moment der Formen der Ware, des Geldes und des Kapitals selbst. Seine Analyse ist demnach keine ideologiekritische Zutat eines falschen Bewusstseins zur ökonomiekritischen Analyse oder ein Übergang zur Ideologiekritik, sondern selbst zentral für das Verständnis des Kapitalverhältnisses als einer gelebten Praktik von großen Kollektiven.

Die „objektiven Gedankenformen“ der ökonomischen Sphäre (MEW 23, 90) sind die Formen, in denen sich die stofflichen Prozesse der Naturaneignung unter kapitalistischen Verhältnissen vollziehen. Marx spricht in diesem Zusammenhang nicht von Ideologie. Allerdings muss, wie oben schon angesprochen, überlegt werden, welche Bedeutung jene ideologischen Formen oder Überbauten haben, von denen Marx spricht und die sich auf der gespenstigen Wirklichkeit der Ökonomie erheben und nicht auf ökonomische Prozesse reduziert werden können: also die Familie, die Religion, die Philosophie, die Kunst oder die Moral. Wenigstens eine kurze Andeutung möchte ich dazu zum Schluss noch machen.

Marx betont, dass die Überbauten die Bereiche sind, in denen die Menschen sich des Konflikts zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen bewusst werden und ihn austragen. Bei Produktivkräften geht es um Naturbedingungen, um technische und wissenschaftliche Erkenntnisse, vor allem aber um die arbeitsteilige Kooperation der Menschen, denn allein durch die bewusste Kombination ihrer Arbeitskräfte, ihres Denkens und Fühlens können sie weit mehr und effizient leisten, was Einzelne niemals oder nur sehr begrenzt tun könnten (MEW 16, 127). Das ist ein Gesichtspunkt, der Marx' Überlegung in der ersten Feuerbach-These entspricht, wonach die Menschen sich selbst als praktisch, sinnlich-tätig begreifen sollten. Auch wenn man den konkreten sozialen Konflikt nicht begreifen und sich allein am Selbstverständnis der Akteure orientieren würde, so müssten doch diese ideologischen Formen des Konflikts ernst genommen werden, weil sie darüber entscheiden, wie das Verhältnis von Produktions- und Eigentumsverhältnissen (also Verfügungs- und Entscheidungsrechten), Naturaneignung, Arbeitsteilung und Kooperation jeweils konkret organisiert wird. Es handelt sich also um Rationalität, sofern es um die Schaffung und Lenkung eines komplexen Produktionsapparats und die Selbsterhaltung großer Kollektive geht. Allerdings wird diese Rationalität unter den spezifischen Bedingungen der Herrschaft einer oder mehrerer Klassen ausgearbeitet, die die Kooperation auf eine Weise organisiert wissen wollen, die ihre privilegierte Position der Aneignung der gesellschaftlichen Mehrarbeit sichert und ausdehnt. Es geht deswegen um die Durchsetzung und Ausarbeitung der konstitutiven Kategorien, die für die Einrichtung, Durchsetzung, Stabilisierung und erweiterte Reproduktion von regelmäßigen, durchschnittlichen Gewohnheiten großer Kollektive erforderlich sind (Demirović 1992, 147ff.). Sie sind die herrschende Allgemeinheit. „Dieser ganze Schein, als ob die Herrschaft einer bestimmten Klasse nur die Herrschaft gewisser Gedanken sei, hört

natürlich von selbst auf, sobald die Herrschaft von Klassen überhaupt aufhört, die Form der gesellschaftlichen Ordnung zu sein, sobald es also nicht mehr nötig ist, ein besonderes Interesse als allgemeines oder „das Allgemeine“ als herrschend darzustellen.“ (MEW 3, 48)

Eine wesentliche Voraussetzung der bürgerlichen Form kultureller Herrschaft vermittelt der ideologischen Formen besteht dabei in der Trennung von Kopf- und Handarbeit und ihrer Reproduktion durch eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Apparaten und Prozessen – also Parteien, Schulen, Museen, Verlage, Zeitungen, Familie. Die allgemein geltenden Rationalitätsmaßstäbe und das jeweilige herrschende Verständnis der objektiven Gedankenformen werden von professionellen Intellektuellen durchgesetzt, ausgearbeitet und mit Blick auf eine Erhaltung oder Veränderung der Kräfteverhältnisse ständig umgearbeitet. Die Streitigkeiten innerhalb der herrschenden Klassen um die Ausrichtung von Herrschaft und die Verteilung des angeeigneten Mehrprodukts und die Kämpfe mit den subalternen Gruppen werden in den Auseinandersetzungen um die Begriffe und Gefühle und die Definition des Allgemeinen und das jeweilige Verständnis der objektiven Gedankenformen ausgetragen.

Die Folge ist, dass denjenigen, die die Funktion der Handarbeit gezwungen sind zu übernehmen, die Möglichkeit genommen wird, ihre Erfahrungen und Begriffe, die sie in der konkreten gesellschaftlichen Kooperation machen, kohärent auszuarbeiten. So bleibt das Denken der Unteren bizarr: modernste Fähigkeiten der Produktion können sich mit Einstellungen und Begriffen von Höhlenmenschen verbinden. Die Subalternen werden daran gehindert, den Apparat der gesellschaftlichen Arbeit zu organisieren und regulierte Verhältnisse herzustellen, unter denen sie sich selbst regieren und die geschichtlichen Verhältnisse gestalten. Die ideologischen Formen verschmelzen die rationalen mit den Herrschaftsmomenten. Die Analyse und Kritik der Ideologie zielt demnach nicht auf die Erkenntnis des Wesens der kapitalistischen Verhältnisse, sondern darauf, eine Herrschaftspraxis zu schwächen und außer Kraft zu setzen, um die Rationalität in den ideologischen Formen frei zu setzen, die selbstbestimmte Kooperation zu ermöglichen und damit zu neuen Lebensweisen zu gelangen. „Die Ideologiekritik betrifft in der Philosophie der Praxis das Gefüge der Superstrukturen und behauptet deren rasche Hinfälligkeit, insofern sie bestrebt sind, die Realität, das heißt, den Kampf und den Widerspruch zu verbergen, auch wenn sie ‘formell’ dialektisch sind, also eine spekulative und Begriffsdialektik ausbreiten und die Dialektik nicht im geschichtlichen Werden selbst sehen.“ (Gramsci 1994, 1325f.)

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1942): Reflexionen zur Klassentheorie, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M. 1972, 373-391.
- Backhaus, Hans-Georg (1997): Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxischen Ökonomiekritik, Freiburg.
- Balibar, Etienne (2013): Marx' Philosophie, Berlin.
- Benjamin, Walter (1982): Das Passagen-Werk, in: ders., Gesammelte Schriften V, Frankfurt am Main.
- (1985): Kapitalismus als Religion, in: ders., Gesammelte Schriften VI, Frankfurt am Main, 100-103.
- Demirović, Alex (1992): Regulation und Hegemonie, in: ders. u.a. (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster, 128-157.
- (2017): Radikale Demokratie und Sozialismus. Grenzen und Möglichkeiten einer politischen Form, Online Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/21-17_Online-Publ_Radikale_Demokratie.pdf; Zugriff, 29.3.2020.

- Foucault, Michel (1979): *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik*, Frankfurt am Main 2004.
- Gramsci, Antonio (1994): *Gefängnishefte*, Bd. 6, Hamburg.
- Horkheimer, Max (1936): *Autorität und Familie*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, Frankfurt am Main 1988, 336-417.
- MEGA = *Marx-Engels-Gesamtausgabe*, Berlin 1975ff.
- MEW = *Marx-Engels-Werke*, Berlin 1969ff.
- Polanyi, Karl (2001): *The Great Transformation*, Boston.
- Rehmann, Jan (2008): *Einführung in die Ideologietheorie*, Hamburg 2008.
- Sieyès, Emmanuel Joseph (1789): *Was ist der dritte Stand?* In: ders., *Politische Schriften 1788–1790*, hg. von Eberhard Schmitt, Darmstadt 1975.

Der marxische und der vormarxsche Begriff des fiktiven Kapitals Zur Entstehungsgeschichte einer begrifflichen Konfusion¹

1. Schwierigkeiten mit dem Begriff des fiktiven Kapitals

In den marxistisch orientierten Analysen der makroökonomischen Prozesse der letzten Jahrzehnte ist ein marxischer Begriff besonders populär geworden, der in der vorherigen Geschichte des Marxismus weitgehend vernachlässigt wurde: der des fiktiven Kapitals. Speziell wird auf diesen Begriff zurückgegriffen, wenn es um Phänomene wie den Finanzialisierungsprozess der OECD-Ökonomien, die Bildung von Finanzblasen und die daraus folgenden Finanzkrisen geht.

Doch herrscht darüber, was unter dem Ausdruck „fiktives Kapital“ verstanden werden soll und welche Phänomene Marx damit bezeichnen wollte, eine gewisse Verwirrung. Es kommt nicht selten vor, dass der Ausdruck als Synonym für ‘Aktienkapital’ (vgl. Fineschi 2001, 378) oder sogar für ‘zinstragendes Kapital’ (vgl. Lohoff/Trenkle 2012) verwendet oder mit dem Begriff des Geldkapitals gleichgesetzt wird (vgl. Bischoff 2006, 14). Oftmals wird dann jeglicher aus Spekulativgeschäften erzielte Gewinn ohne weiteres als fiktives Kapital bezeichnet. Manchmal wird dann das fiktive Kapital auf die Bezeichnung von Phänomenen reduziert, die zwar seinem Begriff entsprechen, seine gesamte Bedeutung aber nicht ausschöpfen (vgl. Kurz/Trenkle o.D.).

Unter diesen kategorialen Fehlern ist die Gleichsetzung des fiktiven Kapitals mit dem zinstragenden Kapital besonders folgenreich und resultiert oftmals aus Missverständnissen über die Unterscheidung zwischen zinstragendem und fungierendem Kapital. So behauptet zum Beispiel Ernst Lohoff, dass Marx den Begriff des fiktiven Kapitals „in Abgrenzung zum Begriff des ‘fungierenden Kapitals’“ (Lohoff/Trenkle 2012) einführte. In ähnlicher Weise werden bei Manfred Sohn die Begriffe des fungierenden und des wirklichen Kapitals gleichgesetzt (vgl. Sohn 2015). In Wirklichkeit geht aus einer Rekurrenzanalyse hervor, dass Marx mit dem Ausdruck ‘fungierendes Kapital’ stets das aktiv in seinem Kreislauf beschäftigte Kapital gegen das Kapital als vorgeschossenes Geldkapital abgrenzt, bzw. die Funktion des Kapitals gegen das Eigentum an ihm; dasselbe (wirkliche) Kapital wird also einmal dynamisch und einmal statisch betrachtet. Mit der Einführung des zinstragenden Kapitals in die Darstellung wird diese Unterscheidung zu einer zwischen zwei verschiedenen Klassen von Kapitalisten: den fungierenden Kapitalisten und den Eigentümern des Kapitals. Die erste Klasse repräsentiert das fungierende Kapital, die zweite das zinstragende Kapital. Das fungierende und das zinstragende Kapital stellen aber lediglich zwei unterschiedliche Blickwinkel auf das wirkliche Kapital dar. Verwechselt man wirkliches und fungierendes Kapital, kommt es leicht zur Verwechslung zwischen zinstragendem und fiktivem Kapital. Dies ist bei Lohoff der Fall, soweit er die Verdoppelung des Kapitals in wirkliches und fiktives Kapital so

1 Die Themen dieses Beitrags werden ausführlicher in Breda 2019, 255-308 u. 476-487 abgehandelt.

versteht, dass neben dem fungierenden Kapital ein „Eigentumstitel [...], der einen monetären Anspruch darstellt“ (Lohoff/Trenkle 2012), existiert. Es wird im Gegensatz dazu zu zeigen sein, dass das fiktive Kapital nicht darin besteht, dass das Kapitaleigentum neben der Kapitalfunktion existiert und einen monetären Anspruch darstellt, sondern vielmehr darin, dass den Eigentumstiteln *ein eigener Preis* zukommt, der als Kapitalwert gilt und neben dem Wert des Kapitals existiert, dessen Eigentum die Titel repräsentieren; sonst wäre der Begriff des fiktiven Kapitals von dem des zinstragenden Kapitals nicht zu unterscheiden beziehungsweise wäre das zinstragende Kapital ohne weiteres als fiktives Kapital zu betrachten. So verstanden würde der Begriff des fiktiven Kapitals bestenfalls dazu dienen, den spekulativen Charakter einer kreditfinanzierten Produktion im Gegensatz zu einer eigenfinanzierten zu erfassen, oder sogar dazu, die Immaterialität des Geldkapitals im Gegensatz zur Materialität des Warenkapitals zu bezeichnen. Eine solche Vorstellung würde aber in keinem Fall dem spezifisch marxischen Begriff des fiktiven Kapitals – und, *ex negativo*, des Kapitals überhaupt – entsprechen, sondern vielmehr dessen vormarxischem Begriff.

Diese bestimmte begriffliche Konfusion geht wahrscheinlich auf Hilferdings *Das Finanzkapital* zurück, worin dem fiktiven Kapital ständig „das wirklich fungierende industrielle Kapital“ (Hilferding 1910, 117; vgl. auch ebd., 116, 124ff.) entgegengesetzt wird. Für die allgemeinen Schwierigkeiten mit dem Verständnis der Bedeutung des fiktiven Kapitals ist aber zum Teil sicherlich der notizhafte Charakter der marxischen Darlegung verantwortlich zu machen: Nach der Behandlung des zinstragenden Kapitals sind die Argumentation und die Vorgehensweise von Marx in „Credit. Fictives Capital“ höchst unsystematisch geraten und die Überarbeitung von Engels bleibt (verständlicherweise) völlig unzulänglich, ja ist stellenweise sogar irreführend.

Diese Zusammenhanglosigkeit des theoretischen Rahmens, in dem das fiktive Kapital sowohl in der Druckfassung des dritten Bandes von *Das Kapital* als auch in den Manuskripten abgehandelt wird, spiegelt sich bereits in Marx' Anwendung des Begriffs wider: Selbst an den Stellen, wo Marx relativ ausführlich auf das fiktive Kapital eingeht, bezeichnet er mit diesem Begriff eine Reihe äußerst unterschiedlicher Phänomene, die nur in einem jeweils anderen Sinn als fiktiv bezeichnet werden können.

Um eindeutig und präzise definieren zu können, was das fiktive Kapital ist, muss man sich also auf den marxischen Wortlaut stützen, seine Grenzen aber überwinden.

In der Argumentation von Marx sind zwei Schritte zu unterscheiden, auf die man sich zu diesem Zweck stützen kann und die im marxischen Wortlaut nicht angemessen voneinander abgegrenzt sind. Diese zwei Schritte werden daher im Folgenden separat ausgeführt.

2. Erster Schritt: Fiktives Kapital als Wucherkapital

Am Beispiel der Staatsschuld und des Arbeitslohns schildert Marx gleichsam die theoretische Genese des fiktiven Kapitals als ideologische Vorstellung, nach der „jede bestimmte und regelmässige Geldrente als *Zins* eines Capitals erscheint, sie mag aus einem Capital entspringen oder nicht.“ (MEGA II/4.2, 520) Beim Lohn als Ertrag eines fiktiven Kapitals handelt es sich um eine bloß ideologische Vorstellung, die keinerlei Einfluss auf wirkliche wirtschaftliche Phänomene hat und hier daher vernachlässigt werden kann. Konzentrieren wir uns stattdessen auf das Beispiel der Staatsschuld:

„Der Staat hat seinen Gläubigern jährliches Quantum Zins für das von ihnen gepumpte Capital zu zahlen. [...] Dieß Capital ist aufgeessen, verausgabt vom Staat. Es existirt nicht mehr. Was der Staatsgläubiger besitzt ist 1) ein *Schuldschein* auf den Staat, [...]; 2) giebt dieser Schuldschein ihm

einen Anspruch auf die jährliche Staatseinnahme, [...] 3) kann er diesen Schuldschein [...] beliebig an andre Personen verkaufen. [...] Aber in allen diesen Fällen, ist das Capital, als dessen offspring (Zins) die Staatszahlung betrachtet wird, *illusorisch: fiktives Capital*. Nicht nur, daß die Summe, die dem Staat geliehen wurde überhaupt nicht mehr existirt. Sie war überhaupt nie bestimmt als *Capital* verausgabt (angelegt) zu werden und nur durch ihre Ausgabe als Capital hätte sie in sich erhaltenden Werth verwandelt werden können.“ (MEGA II/4.2, 521)

Diese von Marx geschilderte Illusion besteht darin, dass man die Staatsanleihe als zinstragendes Kapital im spezifisch kapitalistischen Sinne betrachtet, während sie zwar zinstragendes Kapital darstellt, aber im *vorkapitalistischen* Sinne: Sie bildet also für den Staatsgläubiger *Wucherkapital* (vgl. MEGA II/4.2, 646ff.). Denn wer Staatsanleihen kauft, leiht in der Tat kein Kapital aus, sondern einfach Geld. Infolgedessen kann der Zins nicht den Preis des Geldes *als Kapital* darstellen – er kann also nicht aus der Aufteilung des mit dem ausgeliehenen Geld produzierten Wertes resultieren, sondern er muss eine Aneignung von bereits existierendem Wert sein, genauer von den Steuereinnahmen.

Der Staatsgläubiger hat tatsächlich sein Geld als (zinstragendes) Kapital angelegt, und für ihn „ist es dasselbe, ob er 100 £ ausleiht zu 5 % jährlich, oder ob er [sich.; S.B.] indem er 100 £ zahlt, einen jährlichen Tribut vom Staat zum Betrag von 5 *l.* sichert“ (MEGA II/4.2, 521). Der einzige Unterschied betrifft für ihn die Rückflussmodalität der Hauptsumme: Statt das investierte Kapital nach Ablauf einer Frist wiederzuerhalten, muss er den Schuldschein verkaufen. Fiktiv ist also streng genommen nicht das zinstragende Kapital des Staatsgläubigers, sondern der kapitalistische Charakter dieses zinstragenden Kapitals. Das vom Käufer der Staatsanleihe angelegte Geld nimmt die allgemeine Kapitalform an – nicht mehr und nicht weniger als das Geld des Wucherers im Fall des Wucherkapitals (vgl. MEGA II/4.2, 521). Dass ein zinstragend angelegtes Kapital keinen kapitalistischen Charakter hat, bedeutet aber, dass es „nicht in sich selbst das Prinzip der Selbsterneuerung“ (MEGA II/1.1, 177) trägt. Das Illusorische des fiktiven Kapitals ergibt sich also daraus, dass das bestimmte *Verhältnis* zwischen dem einzelnen (zinstragenden) Kapital und dem gesellschaftlichen Gesamtkapital übersehen wird. Die Verkennung dieses Verhältnisses basiert allerdings auf der für die klassische und neoklassische Ökonomie typischen Verkennung der spezifischen Differenz der kapitalistischen Produktionsweise und resultiert aus dem objektiven Fetischcharakter des Kapitals: Weil ignoriert wird, dass beim spezifisch kapitalistischen zinstragenden Kapital der Zins aus der Aufteilung des industriellen Profits stammt, wird auch der Unterschied übersehen zwischen einer Zinserhebung, die mit einer Produktion zusätzlichen Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter einhergeht, und einer Zinserhebung, die lediglich einer Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums entspricht.

Dieser Täuschung entgegengesetzt, aber genauso irreführend, wäre, die Existenzmöglichkeit dieses fiktiven Kapitals – also des Wucherkapitals unter kapitalistischen Umständen – aufgrund eines Missverständnisses seines fiktiven Charakters als unbedeutend für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise zu betrachten. Es handelt sich im Grunde um eine Möglichkeit der *Konzentration* des Einzelkapitals ohne Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Erst in der *Krise* tritt der fiktive Charakter der Staatsschuld als Kapital zutage, und genau genommen beim Auftreten der Staatsinsolvenz und der daraus folgenden Unverkäuflichkeit des Schuldscheins. Der für die Krisen typische Prozess der Vernichtung von Kapital nimmt bei der Staatsinsolvenz eben die Form der Vernichtung von fiktivem Kapital an. Die von den Staatsgläubigern in Staatsanleihen angelegte Hauptsumme wird deswegen mit der Staatsinsolvenz zunichte,

weil sie als Wucherkapital angelegt wird; dessen Reproduktion als Kapital hängt daher ab von der Zahlungsfähigkeit des Opfers der Wucherei: des Staates. Es wäre aber ein Irrtum – zu dem auch manche marxische Passagen Anlass geben (vgl. MEGA II/4.2, 521) –, zu glauben, dass die gesamte auf der Staatsschuld basierende private Akkumulation notgedrungen zunichte wird, sobald der Staat zahlungsunfähig wird. Denn wenn beispielsweise das Steuergeld, das vom Staat seinen Gläubigern bezahlt wird, erfolgreich in einen Wertproduktionsprozess direkt oder indirekt wiederinvestiert wird, so ist das Resultat dieser Umverteilung von Wert, dass Geldsummen, die nicht zur Kapitalinvestition bestimmt waren, in *wirkliches* Kapital verwandelt werden. Der Preis dieser Bildung von wirklichem Kapital ist, im Fall der Staatsinsolvenz, die unproduktive (d.h. nicht *wert*produzierende) Anwendung der Hauptsumme seitens des Staates.

Ob und inwieweit die vom Wucherkapital erzeugte Wertumverteilung bei der Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse einen gesamtgesellschaftlich betrachtet rezessiven oder einen expansiven Faktor darstellt, hängt dann von einem Komplex kontingenter Umstände ab, die zum großen Teil den Verlauf der wirklichen Gesamtakkumulation betreffen und nicht a priori bestimmt werden können. Da aber die Möglichkeit einer expansiven Rückwirkung auf die Bildung des wirklichen Kapitals gegeben ist, muss die durch das Wucherkapital vermittelte Umverteilung des Wertes als eins der Mittel – neben der Konzentration der Geldschätze aller Klassen in das Bankwesen und ihrer Verwandlung in Kapitalware – betrachtet werden, durch die das Kredit-system das gesamtgesellschaftlich disponible Kapital erweitern kann.

Anhand des Vorstehenden lässt sich sagen, dass am Beispiel der Staatsschuld Marx zunächst das fiktive Kapital als eine bloß subjektive Täuschung charakterisiert, nach der eine Wertumverteilung, die je nach Umständen eine Kapitalproduktion bewirken kann oder nicht, direkt als Kapitalinvestition betrachtet wird.

Dieses Beispiel ermöglicht allerdings nur eine eingeschränkte Einsicht in den Begriff des fiktiven Kapitals. Um diesen Begriff in seiner vollen Tragweite zu bestimmen, muss der Marktpreis der Wertpapiere berücksichtigt werden.

3. Zweiter Schritt: Fiktives Kapital als Marktpreis des Kapitaleigentums

Nachdem er das Kapital der Staatsschuld als fiktiv gekennzeichnet hat, stellt Marx klar, dass dieses fiktive Kapital trotz seiner Fiktivität über eine „eigne Bewegung“ (MEGA II/4.2, 521) verfügt. Bei dieser Bemerkung handelt es sich aber um keine bloße Fortführung der bisherigen Argumentation, sondern um einen neuen Schritt, aus dem der Begriff des fiktiven Kapitals wesentlich geändert hervorgeht – und diese Änderung muss umso dringlicher betont werden, als einige einflussreiche Definitionen des fiktiven Kapitals sich im Wesentlichen auf den ersten Argumentationsschritt von Marx beschränken (vgl. Kurz/Trenkle o.D.).

Gemäß der bisherigen Bestimmung des fiktiven Kapitals hing sein fiktiver Charakter davon ab, dass eine Geldsumme als zinstragendes Kapital verliehen, aber als Geld geborgt wurde; mit dem zweiten Bestimmungsschritt greift der Begriff des fiktiven Kapitals über diese Bedingung hinaus: Fiktives Kapital kann es auch dann geben, wenn die verliehene Summe als wirkliches Kapital angewendet wird. ‘Fiktives Kapital’ beschreibt in diesem Sinn den Kapitalwert der Eigentumstitel auf das Kapital:

„Auch da, wo der Schuldschein – das Werthpapier – *nicht* wie bei den Staatsschulden, *rein illusorisches Capital vorstellt*, ist der *Capitalwerth* dieser Papiere rein illusorisch. Man hat vorhin [bei der

Betrachtung der Aktiengesellschaften; S.B.] gesehn, wie das Creditwesen Associirtes Capital erzeugt. Die Papiere, welche die Eigentumstitel auf dieses Capital vorstellen [...], stellen *wirkliches Capital* vor [...] Aber dieß Capital *existirt nicht doppelt*, einmal als Capitalwerth der Eigentumstitel, der Aktien, und das andremal als das in jenen Unternehmungen wirklich angelegte oder anzulegende Capital. Es existirt nur in der letztern Form und die Aktie ist nichts als ein Eigentumstitel auf den von ihm zu realisirenden Mehrwerth.“ (MEGA II/4.2, 523, Herv. S.B.)

Diese illusorische Verdoppelung des Kapitals hat ihren Ursprung im sogenannten Verbriefungsmechanismus, durch den ein Kredittitel bzw. ein Eigentumstitel zu einem handelbaren Wertpapier wird, das folglich einen eigenen Marktpreis bekommt. Der Kredittitel wird also zu einer Ware. Man kann die Verbriefung als eine zweite Kommodifizierung des Geldes als Kapital verstehen, die durch eine doppelte logische Bewegung schematisiert werden kann:

1. Das Geld wird zunächst als Kapital zu einer Ware, also zur Kapitalware.
2. Als Kapitalware (und mithin als zinstragendes Kapital) wird das Kapital erneut zu einer Ware (eben zum handelbaren Eigentumstitel auf die Kapitalware und zum handelbaren Anspruch auf die daraus entspringenden Zinsen bzw. Dividenden).

Während der Preis der Kapitalware an sich – also der Zins – auf dem Kapitalmarkt bestimmt wird, wird der Marktpreis des Eigentumstitels auf dem Finanzmarkt bestimmt, als der Preis, zu dem der jeweilige Titel verkauft werden kann. Obgleich dieser Preis sich auf der Grundlage 1. des Nominalwertes des Titels (also der Geldgröße des repräsentierten Kapitals), 2. der durchschnittlichen Profitrate, 3. des Zinsfußes bildet, ist er von allen diesen Größen relativ unabhängig, da diese lediglich die allererste Basis für die Preisbildung darstellen. Was den Marktpreis des Eigentumstitels auf das Kapital letzten Endes bestimmt, ist die Titelnachfrage, die aber weder der Nachfrage nach Geldkapital entspricht, noch einen direkten Zusammenhang mit dem tatsächlichen Verwertungsprozess aufweist. Auf dieser Unabhängigkeit des kommodifizierten Eigentumstitels beruht laut Marx die Befestigung der fiktiven Verdoppelung des Kapitals:

„Die *selbständige* Bewegung des Werths dieser Eigentumstitel, seien es Staatseffekten oder Aktien bestätigt den Schein, als bildeten sie wirkliches Capital neben dem Capital, oder dem Anspruch, worauf sie Titel sind. Sie werden nämlich zu *Waaren*, deren Preis eine *eigentümliche Bewegung* und Bestimmung hat.“ (MEGA II/4.2, 523, Herv. S.B.)

Der Preis der Wertpapiere schwankt zunächst je nach „Höhe und Sicherheit der Erträge, worauf sie Rechtstitel geben“ (ebd.), unabhängig davon, ob diese Erträge die Form von regelrechten Zinsen annehmen, oder die von Dividenden. In beiden Fällen bildet sich der Preis durch das sogenannte *Kapitalisieren* der Erträge, was Marx mit der Bildung von fiktivem Kapital gleichsetzt: „Man kapitalisiert jede regelmäßig sich wiederholende Einnahme, indem man sie nach dem Durchschnittszinsfuß berechnet, als Ertrag, den ein Kapital, zu diesem Zinsfuß ausgeliehen, abwerfen würde [...]“ (MEW 25, 484). Der Ertrag der Wertpapiere wird also „als Zins auf ein illusorisches Capital nach dem bestehenden Zinsfuß berechnet.“ (MEGA II/4.2, 524) Auch der Preis der Aktien, deren Ertrag nicht direkt vom Zinsfuß abhängt, variiert daher nicht nur mit dem Variieren der Dividenden, auf die sie ein Anrecht geben, sondern ebenso mit dem Variieren des Zinsfußes.

Es ist also Rudolf Hilferding zuzustimmen, wenn er feststellt, dass der Wert der Aktien in Wirklichkeit kein Kapital ist, „sondern nur der Preis einer Revenue – ein Preis, der eben dadurch möglich ist, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft jede Geldsumme Revenue abwirft und daher umgekehrt jede Revenue als Frucht einer Geldsumme erscheint“ (Hilferding 1910, 116). Diese Erscheinung bezeichnet Hilferding auch zutreffend als „Täuschung“ (ebd.).

Man muss trotzdem vorsichtig sein, wenn man die Preisbildung der Aktien auf eine Täuschung zurückführt, denn aus der scheinbaren Irrationalität des Kapitalisierungsmechanismus könnte man den falschen Eindruck gewinnen, dass der Preis der Wertpapiere sich auf der Grundlage einer subjektiven Fantasie bildet, nämlich der Vorstellung, nach der jede Revenue die Frucht einer Geldsumme und jede Geldsumme an sich Kapital ist. Aber die von der Kapitalisierung betroffenen subjektiven Vorstellungen – genauso wie alle anderen subjektiven Täuschungen und Verkehrungen, die im Rahmen der marxischen Kapitaltheorie in Frage kommen – resultieren aus objektiven Eigenschaften der Verhältnisse, deren Vorstellungen sie sind; die Preisbildung durch Kapitalisierung ist das Resultat dieser objektiven Eigenschaften, während die subjektive Vorstellung des Aktienpreises als Kapital vielmehr als nachträgliche Rationalisierung dieses Resultates zu verstehen ist. Insofern ist die Erscheinung, nach der jede Revenue die Frucht eines Kapitals ist, eine *objektive Erscheinung*. Um die Ratio der Kapitalisierung zu begreifen, muss man sich also nicht auf die persönlichen Überzeugungen der Investoren konzentrieren, sondern auf die Alternativen, vor denen jeder Investor *objektiv* steht, sobald er in einem kapitalistischen Zusammenhang handelt, also in einem Zusammenhang, in dem jede Geldsumme Revenue abwirft. Der Marktwert eines Eigentumstitels drückt nämlich jenen Preis aus, zu dem die Investoren bereit sind, den Titel zu kaufen. Angenommen, die Aktien X würden einen jährlichen Ertrag in Höhe von 5 Euro abwerfen, wenn der Zinsfuß bei 5 % liegt, dann wäre jeder Investor bereit, für eine Aktie X maximal 100 Euro auszugeben, weil er auf diese Weise denselben Ertrag erzielt, den er hätte erzielen können, wenn er 100 Euro direkt als Kapitalware ausgeliehen hätte. Wenn der Zinsfuß auf 10 % steigt, dann ist kein Investor mehr bereit, eine Aktie, die 5 Euro jährlich abwirft, für 100 Euro zu kaufen, denn diese 100 Euro können jetzt einen jährlichen Ertrag in Höhe von 10 Euro bringen, wenn sie direkt ausgeliehen werden. Die Aktien X sind jetzt 50 Euro wert, denn erst zu diesem Preis ist der Kauf dieser Aktien einträglich. Der Grund, warum der Ertrag von Wertpapieren „als Zins auf ein illusorisches Capital nach dem bestehenden Zinsfuß berechnet“ wird, liegt also nicht darin, dass die Geldkapitalbesitzer sich in der Unterscheidung zwischen Wertpapieren und Kapital täuschen, sondern darin, dass es für ihre Zwecke tatsächlich gleichgültig ist, ob sie ihr Geldkapital auf dem *Titelmarkt* (also auf dem Finanzmarkt) oder auf dem *Kapitalmarkt* anlegen – und die Möglichkeit, ihr Kapital auf dem Kapitalmarkt anzulegen, ist ihnen durch das Bankensystem stets gegeben. Ob sie sich dann *infolge* dieses Sachverhaltes eine falsche Vorstellung des Verhältnisses zwischen Kapital und Wertpapier bilden oder nicht, ändert nichts an der Preisbildung der Wertpapiere.

Die Bewegung des Titelpreises beschränkt sich aber nicht auf die Kapitalisierung der bestehenden Erträge nach dem bestehenden Zinsfuß, denn die Titelnachfrage, die die Preisschwankungen bestimmt, kalkuliert nicht lediglich die bestehenden Erträge ein, sondern auch

1. die Erwartungen der Investoren über die künftige Entwicklung der Erträge (also des Zinsfußes und der Profitrate), weshalb Marx dem Marktpreis einen zum Teil *spekulativen* Charakter beimisst (vgl. MEGA II/4.2, 523);

2. die Erwartungen der Investoren über die durchschnittlichen auf dem Finanzmarkt verbreiteten Erwartungen über die Entwicklungen der Titelpreise selbst, weshalb über den von Marx erkannten *spekulativen* Charakter hinaus die Preisbewegung von Eigentumstiteln einen *selbstreferenziellen* Charakter hat (vgl. dazu Keynes 1936, 156; Windolf 2005, 26).

Diese Selbstreferenzialität des Marktpreises der Titel basiert auf deren Spekulativität und bewirkt wiederum, dass die Preisschwankungen der Wertpapiere erhebliche Möglichkeiten für

Spekulativgeschäfte bieten. Daraus, dass der Wert der Titel X von der Nachfrage nach den Titeln X abhängt, und diese Nachfrage ihrerseits von der erwarteten Entwicklung der Erträge abhängt, auf die die Titel X ein Anrecht geben, ergibt sich folgender Zirkel: Wenn ein Investor erwartet, dass die Mehrheit der Investoren sich von den Titeln X eine künftige Steigerung der Erträge verspricht, dann kann er erwarten, dass der Wert der Titel X in Zukunft steigen wird; deswegen wird dieser Investor dazu neigen, Titel X zu kaufen, um eine Ware zu einem Preis n zu erhalten, die in Zukunft $n + 1$ wert sein wird. Wegen dieses Mechanismus nehmen die Erwartungen der Investoren häufig den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung an, denn der Wert der Titel X variiert eben aufgrund solcher Kalkulationen. Die Spekulativgeschäfte wirken also mit bei der Bestimmung der Preisbewegung der Titel, sie sind aber nicht der Grund, warum der (fiktive) Wert der Titel vom Wert des von ihnen repräsentierten Kapitals abweicht. Vielmehr werden die Spekulativgeschäfte erst dadurch möglich, dass der Wert der Titel an sich unabhängig ist von dem des repräsentierten Kapitals. Die Existenz des fiktiven Kapitals ist also kein Resultat von Spekulativgeschäften, sondern umgekehrt werden Wertpapier-Spekulativgeschäfte durch die Existenz des fiktiven Kapitals ermöglicht. Dass das Verhältnis zwischen Spekulation und fiktivem Kapital auf diese Weise zu verstehen ist, zeigt sich daran, dass selbst der Beitrag der Spekulation zur Akkumulation des fiktiven Kapitals – also zur Akkumulation des fiktiven Wertes der Titel auf das Kapital – unabhängig von der *privaten* Geldakkumulation $G - G'$ ist, die der einzelne Investor durch ein Spekulativgeschäft realisieren kann. Denn die Wertpapier-Spekulativgeschäfte bestehen im Allgemeinen darin, dass man einen Eigentums- bzw. Kredittitel zu einem Preis kauft, um ihn zu einem höheren Preis zu verkaufen, also die Preisschwankungen des Titels in der Zeit ausnutzt. Die Spekulativgeschäfte haben also die Bewegungsform des kaufmännischen Kapitals $G - W - G'$, und der Gewinn, der für den Spekulant aus der Preisdifferenz entsteht, kann entsprechend mit dem kaufmännischen Gewinn gleichgesetzt werden. Werden Spekulationsgewinne (aber dasselbe gilt auch für die Arbitrage) als vereinzelte Gewinne betrachtet, entsprechen sie also lediglich einer Umverteilung des vorliegenden Wertes – in diesem Fall des vorliegenden fiktiven Wertes der Wertpapiere – unter den Investoren: Es handelt sich um ein Nullsummenspiel, bei dem der eine Spieler das gewinnt, was der andere verliert. Die Wirkung dieses Spiels auf die Akkumulation des fiktiven Kapitals entsteht stattdessen daraus, dass – alle andere Umstände als konstant angenommen – der vorliegende fiktive Wert, der umverteilt werden kann, sich zusammen mit der Höhe des gesamten Geldkapitals vermehrt, das in solchen Geschäften Anlage sucht, also mit der Gesamtnachfrage nach Wertpapieren.

Während also bei der Bestimmung des fiktiven Kapitals als Wucherkapital die fiktive Akkumulation sich als bloß *private* Akkumulation herausstellt, der keine Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entspricht, stellt hier die fiktive Akkumulation, soweit mit diesem Ausdruck die Akkumulation des *Marktwertes* der Titel auf Kapital gemeint ist, im Wesentlichen eine fiktive *gesellschaftliche* Akkumulation dar. Abgesehen von der bloßen Umverteilung des Marktwertes durch Spekulativgeschäfte oder durch das Umlegen der Nachfrage von dem einen auf den anderen Titel, kann beispielsweise eine Steigerung der Gesamtnachfrage oder eine Senkung des Zinsfußes eine Steigerung des *gesamgesellschaftlich* vorhandenen Wertes der Rechtstitel auf das Kapital mit sich bringen. Aus einer absoluten Kurssteigerung der Wertpapiere ergibt sich also der *Anschein* einer Produktion zusätzlichen Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter, also einer Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals – ein Anschein, den dadurch noch befestigt wird, dass eine absolute Kurssteigerung die Finanzierungsmöglichkeiten der Investoren

erhöht und so neue Kurssteigerungen entfesseln kann. Diesen Anschein einer gesellschaftlichen Kapitalakkumulation erweckt das fiktive Kapital in seiner Bestimmung als Wucherkapital nicht. Dementsprechend muss auch der fiktive Charakter einer solchen Akkumulation woanders liegen, als beim Wucherkapital. Für das Verständnis dieses fiktiven Charakters ist entscheidend, dass Eigentums- und Kreditmittel Ansprüche auf einen erst künftig zu produzierenden Wert darstellen: Unabhängig davon, ob die Erträge, auf die die Titel Anrecht geben, die Form von Dividenden oder von Zinsen haben, stellen diese Erträge eine Aufteilung des im Produktionsprozess produzierten Mehrwerts dar. Eine Steigerung des Marktpreises der Titel drückt daher immer ein erhöhtes Wertversprechen aus – wird das Versprechen gebrochen, dann ist der Marktpreis dazu bestimmt, wieder zu fallen. Dazu stellt Marx klar:

„Alle diese Papiere stellen in der That nichts vor als „*accumulated claims upon production*“, deren Geld- oder Capitalwerth entweder gar kein Capital repräsentirt, wie bei den Staatsschulden, oder von dem *Werth des wirklichen Capitals*, das sie vorstellen, unabhängig regulirt wird.“ (MEGA II/4.2, 524)

Die Akkumulation des fiktiven Wertes der Titel ist also eine Akkumulation der Ansprüche auf die künftige Wertproduktion. Die Dynamik dieser Akkumulation ist aber nicht direkt von der Dynamik des Verwertungsprozesses in der Produktion bestimmt. Ihre Bewegung besitzt also auf gesellschaftlicher Stufenleiter die allgemeine Kapitalform $G - G'$, sie produziert aber nicht die Reproduktionsbedingungen dieser Form, denn die Reproduktion hängt von der tatsächlich im Produktionsprozess erzeugten Akkumulation des Produktivkapitals ab. Auch im diesen Fall kommt das Fiktive dieser Akkumulationsbewegung in der Krise zum Vorschein, und zwar sobald die Titel, deren Marktwertsteigerung als Kapitalakkumulation galt, unverkäuflich werden und somit ihren Marktwert verlieren. Die hier betroffene Krisendimension entspricht also einer unzulänglichen Akkumulation des Kapitals *im Verhältnis* zur Akkumulation des Marktpreises der Titel. Die Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals durch die Preissteigerung der Wertpapiere erweist sich also deswegen als fiktiv, weil diese Steigerung, die prima facie unmittelbar eine Produktion zusätzlichen Kapitals zu bedeuten scheint, tatsächlich nur die gegenwärtige Anweisung und Bereitstellung eines künftig zu produzierenden Kapitals ist.

Die wesentliche Neuheit, die mit diesem zweiten Schritt der marxischen Argumentation eingeführt wird, liegt nicht in der Möglichkeit einer Existenzverdoppelung des Kapitals durch die Existenz eines – neben dem wirklichen Kapital – fiktiven Wertes, der zwar als Kapital gilt, aber lediglich privater Anspruch auf den gesellschaftlichen Reichtum ist. Diese Verdoppelung lässt sich nämlich bereits mit der Bestimmung des fiktiven Kapitals als Wucherkapital erklären. Die Neuheit bei der Bestimmung des fiktiven Kapitals als Marktwert von Eigentumstiteln besteht vielmehr in der Möglichkeit einer fiktiven gesellschaftlichen Akkumulation durch die Steigerung des gesamten Marktwertes der Wertpapiere über deren gesamten Nominalwert. Denn allein auf der Grundlage des Staatsschuldenbeispiels schien es so, als ob es nur dann fiktives Kapital geben könne, wenn *kein* Verwertungsprozess hinter der privaten Akkumulation von Geldkapital steckt. Es ist jetzt hingegen klar geworden, dass auch das *wirkliche* Gesamtkapital – also der Wert, der insgesamt in den Verwertungsprozessen angelegt ist – einen *fiktiven Wert* besitzen kann, der sich als solcher akkumulieren kann. Mit der ersten Bestimmung wurde also im Wesentlichen die Existenzmöglichkeit eines *fiktiven Wertes* festgestellt, der als solcher *potentiell* fiktives Kapital bilden kann. Erst mit der zweiten Bestimmung ist aber der Begriff des fiktiven Kapitals vollständig, da erst die *Steigerung* des Gesamtmarktwertes der Eigentumstitel über ihren Gesamtnominalwert eine *Akkumulation*

des *fiktiven Wertes* darstellt – ein Prozess, der sich unabhängig vom Verwertungsprozess bewegen kann, aber die Form des selbstverwertenden Wertes $G - G'$, also die Kapitalform besitzt.

Wie bereits beim Kennzeichnen der Staatsschuld als fiktives Kapital bleibt aber im marxischen Text unklar, ob und inwiefern der Akkumulation des fiktiven Wertes irgendeine Wirkungskraft auf die reale Akkumulation beizumessen ist. Aufgrund dieser Unbestimmtheit gibt Marx Anlass zu Missverständnissen über die fiktive Natur des fiktiven Kapitals. Denn es wäre auch bei dieser erweiterten Bestimmung ein Irrtum, die Akkumulation des fiktiven Kapitals als einen rein eingebildeten Prozess zu betrachten, dem keinerlei Auswirkung auf die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise zuzuschreiben wäre. Denn:

a. Inwieweit die wirkliche Kapitalakkumulation den von einer Steigerung des gesamten Titelerwert hervorgerufenen Ansprüchen gerecht werden kann, hängt von einem Komplex von Faktoren ab, die jedes Mal in ihrer jeweiligen kontingenten Konstellation berücksichtigt werden müssen.

b. Die Akkumulation des fiktiven Wertes kann auf die wirkliche Akkumulation zurückwirken. Daraus, dass die Wertpapier-Nachfrage und mithin die Kurssteigerung der Wertpapiere einen spekulativen Charakter haben *muss*, folgt nicht, dass diese Kurssteigerung keine Bildung von wirklichem Kapital zur Folge haben *kann*. Denn die Möglichkeit, die spekulativ vorweggenommene künftige Verwertung in der Gegenwart produktiv auszunutzen, beeinflusst die tatsächliche künftige Verwertung. Die Emission von Wertpapieren stellt, neben dem Bankkredit, eine der Hauptgestalten dar, in denen es die spezifisch kapitalistische Finanzierungsform – den Kredit – geben kann. Der Wert der Aktien eines Unternehmens bildet also nicht nur zinstragendes Kapital für den Aktionär, sondern beeinflusst auch die Finanzierungsmöglichkeiten dieses Unternehmens. Die Steigerung des Aktienkurses bedeutet also einerseits (unmittelbar) die Bildung zusätzlichen fiktiven Kapitals, andererseits aber eine *Möglichkeit* der Bildung zusätzlichen wirklichen Kapitals.

Die Ergebnisse der Untersuchung des Begriffes des fiktiven Kapitals in seiner vollständigen Bedeutung können nun folgendermaßen zusammengefasst werden:

1. Fiktives Kapital nennt man den *kapitalisierten Wert der kommodifizierten Eigentumstitel* auf zinstragend angelegtes Geldkapital (also den Marktpreis des Rechtstitels auf einen Ertrag).

1a. Das Geldkapital kann als Wucherkapital (also, für den Leihnehmer, als Geld) geliehen worden sein. In diesem Fall stellt der Ertrag eine private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums dar.

1b. Das Geldkapital kann hingegen als kapitalistisches zinstragendes Kapital investiert worden sein. In diesem Fall entsteht der Ertrag aus der Aufteilung des durch die produktive Anwendung des geliehenen Kapitals erzeugten Mehrwertes.

2. Der kapitalisierte Wert der Eigentumstitel erscheint insofern selbst als Kapital, als er einen eigenen Verwertungsprozess aufweist, der unabhängig von der Verwertung des investierten Kapitals verläuft.

3. Diese Verwertung, also die Steigerung des (gesamten) Wertes der Titel, drückt aber lediglich eine Erhöhung der Ansprüche auf künftiges Wertprodukt aus – und stellt daher an sich eine *Bildung von fiktivem Kapital* dar (fiktive Akkumulation).

4. Die Bildung von fiktivem Kapital beeinflusst aber die Finanzierungsmöglichkeiten des wirklichen Verwertungs- und Akkumulationsprozesses – und mithin die Möglichkeiten der *Bildung von wirklichem Kapital*.

4. Der vormarxsche Begriff des fiktiven Kapitals und seine Präsenz in *Das Kapital*

Der oben analysierte kann als der spezifisch marxsche Begriff des fiktiven Kapitals gelten, der aber sowohl in den Manuskripten von Marx als auch – und viel mehr – in der engelschen Druckfassung des *Kapital* vermischt mit der geläufigen Bedeutung des Ausdrucks vorkommt.

Mit ‘Credit. Fictives Capital’ ist in den Manuskripten von Marx der gesamte Punkt 5 des fünften Kapitels des dritten Bandes überschrieben, in dem sich mehr oder minder ausformulierte Argumentationen, Notizen und umfangreiche Zitate aus parlamentarischen Berichten oder ökonomischen Werken einander abwechseln. In der engelschen Gliederung wurde ‘Kredit. Fiktives Capital’ ein eigenständiges Kapitel, in dem aber das fiktive Kapital gar nicht abgehandelt wird; die systematische Behandlung geht dort nicht über die Wechselzirkulation und die Funktion der Bankiers als Vermittler der Kapitalausleihe hinaus, obwohl nebenbei von Spekulativgeschäften und Krisen berichtet wird. Das fiktive Kapital wird lediglich zweimal flüchtig erwähnt: einmal in einem Zitat des Bankiers William Leatham, dessen Ausdruck ‘fictitious capital’ Engels allerdings mit „fingiertes Kapital“ (MEW 25, 414) wiedergibt, und einmal in einem Kommentar von Engels selbst zu einem Zitat über die Spekulation mittels Wechsel (MEW 25, 424). In beiden Fällen kommt das fiktive Kapital in seinem vormarxschen Begriff vor, den Marx zwar von der klassischen politischen Ökonomie übernommen, dann aber modifiziert hat.

In der politischen Ökonomie vor Marx diente der Ausdruck *fictitious capital* vorwiegend dazu, eine „over-abundance of paper in circulation“ (Ricardo 1952, 445f.), bzw. Geldmittel ohne Waren- oder Golddeckung zu bezeichnen – namentlich die, die aus Spekulativgeschäften mittels Wechsel entstehen (vgl. z.B. Thornton 1965, 84). Solche „Schwindelprozedur[en]“ bilden für Engels – genauso wie für Leatham – eine „Methode, fiktives Kapital zu fabrizieren“ (MEW 25, 424). In diesem Sinn, also dem von mehr oder minder betrügerischer Geldbeschaffung, durch die die Geldzirkulation über das tatsächliche Handelstransaktionsvolumen hinaus aufgebläht wird, benutzt Marx den Ausdruck ‘fiktives Kapital’ bis zur Eingliederung seiner Forschungsarbeit über das Kreditwesen in die dialektische Darstellung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Dussel Peters 1999, 472). Diese Eingliederung, aus der jene systematischere Bedeutung des fiktiven Kapitals resultiert, die hier zu isolieren versucht wurde, blieb bei Marx aber unvollständig. Allein schon aus diesem Grund ist es nachvollziehbar, dass im Wortlaut des *Kapital* neben diesem systematischeren Begriff der Ausdruck auch noch in seiner üblichen, in der zeitgenössischen Ökonomie verbreiteten Bedeutung vorkommt, ohne dass Marx explizite Abgrenzungen zwischen beiden vornimmt. Leathams Passage zum *fictitious capital* beispielsweise hatte Marx bereits in seinen Forschungsheften in den Jahren 1850–1853 (den sogenannten *Londoner Heften*) exzerpiert (vgl. MEGA IV/8, 223) – und dann in den Manuskripten zum dritten Band integral wiedergegeben, ohne nachvollziehbare Zusammenhänge herzustellen, die das von den Forschungsheften herrührende Zitat in die Darstellung hätten einbinden können. Die Tatsache, dass Marx in seinen Manuskripten zum dritten Band den gesamten Kreditabschnitt mit ‘Credit. Fictives Capital’ überschrieben hat, legt die Vermutung nahe, dass er beim fiktiven Kapital zunächst den gängigen Begriff im Sinne hatte und diesen einfach präzisieren und systematisieren wollte. Im Laufe der Abhandlung nimmt aber der Begriff *de facto* eine völlig neue und von der gängigen *abweichende* Bedeutung an; es kommt darauf an, die beiden Bedeutungen zu unterscheiden, denn gemäß der systematischen Bedeutung bildet die durch Wechselreiterei beschaffte Geldmenge überhaupt kein

fiktives Kapital, sondern vielmehr eine Ausdehnung der Geldzirkulation, die keinem tatsächlichen Bedarf der Warenzirkulation entspricht und die eventuell eine Ausdehnung der Warenzirkulation über die tatsächliche gesellschaftliche Nachfrage mit sich bringen kann. Diese Spekulativgeschäfte, die der Herstellung von Reitwechsellern zugrunde liegen, können die 'normale' Überproduktions-tendenz der kapitalistischen Ökonomien verschärfen bzw. beschleunigen, ihre möglichen Folgen greifen aber nicht über die „massenhafte[...] Überführung der Märkte“ (MEW 25, 422) und die daraus folgende Überproduktionskrise hinaus; folglich unterscheidet sich die Kapitalvernichtung, die aus dieser Überproduktion folgt, in keiner Weise von der normalen Vernichtung von *wirklichem* Kapital. Sämtliche Schwierigkeiten mit dem Begriff des fiktiven Kapitals stammen in der Tat daher, dass der entgegengesetzte Begriff des *wirklichen* Kapitals keineswegs frei von einem spekulativen Charakter ist: Kapitalistische Produktion gibt es erst dann, wenn Wert unter spekulativem Vorgriff auf seine Realisierung produziert wird, denn ob und wie viel jene Güter, die als Wertgegenstände produziert werden, tatsächlich wert sind, kann sich nur im Nachhinein herausstellen. Die Vernichtung von Kapital, die aus einer Fehlantizipation folgt, bedeutet nicht, dass das vernichtete Kapital fiktiv war, sondern einfach nur, dass es zu einer *Überakkumulation von wirklichem Kapital* gekommen ist. Eine Überakkumulation des wirklichen Kapitals kommt eben dadurch zum Vorschein, dass sich der potentielle Wert einer gewissen bereits produzierten Warenmenge nachträglich als unrealisierbar erweist, weil der dafür verausgabten Privatarbeit kein gesellschaftlicher Charakter zuerkannt wird – das Wertsein dieses Wertes wird also im Nachhinein negiert. Will man nun diesen Überwert, diesen spekulativ antizipierten Wert, der sich als Nicht-Wert erweist, als fiktiven Wert bezeichnen – beziehungsweise das für seine Produktion vorgeschossene Kapital als fiktives Kapital brandmarken (siehe z.B. Kurz/Trenkle o.D.) – muss man aber auch einsehen, dass dieser fiktive Charakter nichts mit dem des fiktiven Kapitals im oben dargestellten Sinn zu tun hat, denn er würde die gesamte kapitalistische Warenproduktion betreffen: Die Bildung von fiktivem Kapital wäre in diesem Fall eine unmittelbare Folge der Kerneigenschaften der kapitalistischen Produktion. Die Unterscheidung zwischen wirklichem und fiktivem Kapital würde aber auf diese Weise jegliche analytische und theoretische Bedeutung verlieren.

In Bezug auf Wechsel wäre als fiktives Kapital im systematischen Sinne vielmehr der Marktpreis zu bezeichnen, den jeder Wechsel annimmt, sobald er zum handelbaren Titel wird. Dieses fiktive Kapital entspricht also nicht dem zusätzlichen Kapital, das der *Hersteller* des Wechsels durch seine (eventuell betrügerische) Zahlungsverpflichtung bekommt, sondern jenem Kapital, über das der *Inhaber* des Wechsels durch den kommodifizierten Eigentumstitel verfügt. *Dieses* fiktive Kapital kann sich dann als solches akkumulieren – und dieser fiktive Akkumulationsprozess ist vollständig unabhängig vom Überakkumulationsprozess des wirklichen Kapitals, den die Kreditbeschaffung durch Wechselreiterei entfesselt haben mag.

Der spezifisch marxische Begriff des fiktiven Kapitals kann also nicht beide Phänomene umfassen: den kapitalisierten Wert eines Kreditittels und den Nominalwert eines Wechsels ohne Warendeckung. Denn letzteres Phänomen ist auf den *spekulativen* Charakter zurückzuführen, der der *wirklichen* Kapitalakkumulation innewohnt – es gehört also in den Bedeutungsbereich, der dem Begriff des fiktiven Kapitals im spezifischen marxischen Sinne diametral entgegengesetzt ist.

Der vormarxische Begriff des fiktiven Kapitals entspricht also der vormarxischen prämonetären Wertvorstellung und legt die Idee nahe, dass der wirklichen kapitalistischen Produktion kein spekulativer Charakter zuzuschreiben ist. Folgt man dieser Vorstellung, wird die Krisenhaftigkeit, die der kapitalistischen Produktionsweise per se innewohnt, da sie in der spekulativen Natur der

Wertproduktion wurzelt, stattdessen leicht als Resultat von Störfaktoren missverstanden. Denn fiktives Kapital ist vor Marx allgemein jedes Geldkapital ohne *aktuelle* Warendeckung (unter Warendeckung ist in diesem Zusammenhang auch eine Golddeckung, also die Deckung durch Geldware, zu verstehen). So verstanden umfasst der Begriff des fiktiven Kapitals den gesamten Bankkredit, soweit dieser sich nicht darauf beschränkt, die gesamten gesparten Profitanteile unter den einzelnen Kapitalien umzuverteilen, sondern *neues* potentielles Kapital zur Verfügung stellt. Paradigmatisch wirken in dieser Hinsicht folgende Worte von Lord Lauderdale:

„By the same act with which a bank increases the circulating medium of a country, it issues into the community a mass of *fictitious capital*, which serves not only as circulating medium but *creates an additional quantity of capital* to be employed in every mode in which capital can be employed [...]“ (Lauderdale 1811, zit. n. Hayek 1975, 190).

Fiktives Kapital sei also das gesamte in der Gesellschaft vorhandene potentielle Kapital, das nicht in letzter Instanz aus dem Sparen der einzelnen Kapitalisten hervorgeht. Die Verselbständigung des Gesamtkapitals von den individuellen Entscheidungen der einzelnen Kapitalisten, was bei Marx als Vollendung der kapitalistischen Produktionsweise gilt, erscheint hier als äußerliches Übel, das „injurious effects“ (Hayek 1975, 190f.) verursacht und möglichst durch eine gesetzliche Kreditbeschränkung überwunden werden sollte. Die These, die dieser Begriff des fiktiven Kapitals impliziert, ist, dass eine ideell gänzlich eigenfinanzierte Kapitalakkumulation von einem *Gleichgewichtszustand* gekennzeichnet ist, der erst durch eine *Überfinanzierung* gestört werden kann. Einen Überproduktionszustand vorausgesetzt, könne nachträglich als fiktives Kapital jenes Quantum Geldkapital bezeichnet werden, das die Produktion der überschüssigen Wertsumme finanziert hat – die Überakkumulation sei also das Ergebnis eines übermäßigen Kredits.

Insgesamt steht also der vormarxsche Begriff des fiktiven Kapitals nicht mit der marxschen Kapitaltheorie im Einklang, sondern vielmehr mit der Lehre Ricardos, aus der folgende Lehrsätze entnommen werden können:

- a) Der Wert der Waren entspricht der für ihre Produktion notwendigen Arbeitszeit (vgl. Ricardo 2001, 8ff.).
- b) Das Geld ist lediglich ein unwesentliches Mittel, um den Warentausch zu erleichtern (vgl. Ricardo 2001, 210).
- c) Der Kredit ist nie Kapitalausleihe, sondern immer nur *Geldausleihe*. Das ausgeliehene Geld ist lediglich ein Mittel, um die Verfügung über das wirkliche Kapital umzuverteilen (vgl. Ricardo 1952, 445).
- d) Wirkliches Kapital ist lediglich das Warenkapital, also Rohstoffe und Produktionsmittel (vgl. Ricardo 1952, 437).
- e) Das gesamte Geldkapital ist folglich als fiktives Kapital zu verstehen.

Auf der Grundlage dieser Thesen stellt Ricardo eine Dichotomie zwischen Realwirtschaft und monetärer Sphäre her, wobei die letztere *in toto* als fiktiv gilt. Der spekulative Charakter der Wertproduktion wird dabei geleugnet: Das Kapital könne nur das Resultat des Sparens sein (vgl. Ricardo 1952, 438) während ein spekulativer Vorgriff auf die Zukunft keine expansive Rolle bei der wirklichen kapitalistischen Produktion spielen könne (vgl. Ricardo 1952, 446). Ein Kapital ohne unmittelbare Warendeckung sei ohne weiteres als fiktiv zu bezeichnen.

In dieser Hinsicht kann die Theorie Ricardos als Musterbeispiel für eine realwirtschaftlich reduktionistische Kapitalauffassung dienen und der vormarxsche Begriff des fiktiven Kapitals als ein wesentlicher Bestandteil einer solchen Kapitalauffassung betrachtet werden.

Dass Marx seinen eigenen Begriff des fiktiven Kapitals nicht eindeutig in seiner Abweichung von dem der klassischen politischen Ökonomie entwickeln konnte, liegt nicht nur am Bearbeitungsstand der Manuskripte zum dritten Band, sondern auch daran, dass Marx stellenweise in die allgemeine Kapitalvorstellung Ricardos zurückfällt (vgl. Heinrich 2011). Deshalb tritt das fiktive Kapital zum Beispiel im mit 'III' überschriebenen Unterabschnitt der Manuskripte sowohl in seiner spezifisch marxischen Bedeutung auf – wo es gleichgesetzt wird mit „den *Zinstragenden Papieren*, so weit sie selbst als Geldcapitalien auf der Börse circuliren“ (MEGA II/4.2, 546), also soweit sie einen *eigenen* Wert besitzen, der als Geldkapital zirkuliert – als auch in seiner vormarxischen Bedeutung – wo es mit dem „Titel auf Werth (wie die Werthzeichen)“ (ebd., 587) im Allgemeinen gleichgesetzt wird, und nicht mit dem *eigenen* Wert dieses Titels auf Wert. In dieser zweiten Bedeutung wird das fiktive Kapital eindeutig als Geld ohne Gold-, also ohne Warendeckung verstanden: Nicht-metallisches Geld könnte nach diesem Verständnis kein wirkliches Geldkapital bilden, es würde lediglich einen Titel auf Geldkapital darstellen.

Diese Unzulänglichkeit von Marx' eigener theoretischer Ausarbeitung vorausgesetzt, muss aber auch klargestellt werden, dass die von Engels editierte Druckfassung des dritten Bandes erheblich mehr Anlass zu einer realwirtschaftlichen Lektüre gibt. Der Grund dafür liegt nicht lediglich darin, dass Engels in seinen Ergänzungen zum marxischen Text mehrmals den Ausdruck 'fiktives Kapital' in seiner vormarxischen Bedeutung verwendet, in Passagen, die im Grunde nichts anderes sind als Übersetzungen von Aussagen von Leatham oder Lauderdale (vgl. z.B. MEW 25, 557); das wirkliche Problem besteht vielmehr darin, dass Engels' Überarbeitung eine erheblich größere begriffliche Konfusion bezüglich des Geldkapitals, des moneyed capital (also des Leihkapitals) und des fiktiven Kapitals bewirkt hat – die verschiedenen Begriffe werden stellenweise gar miteinander verwechselt, selbst an Stellen, in denen sie in Marxens Manuskript deutlich voneinander unterschieden werden, mit dem Resultat, dass der Begriff des *wirklichen* Kapitals, der in der Druckfassung des dritten Bandes zu finden ist, eher der von Ricardo ist, als der von Marx. So sind im *Kapital* solche Äußerungen zu lesen: „Für die Akkumulation des wirklichen, d.h. produktiven und Warenkapitals gibt einen Maßstab die Statistik der Ausfuhr und Einfuhr.“ (MEW 25, 517) Diese befremdliche Übernahme der Kapitalvorstellung Ricardos ist im Manuskript von Marx nicht zu finden (vgl. MEGA II/4.2, 553-555) und steht in schroffem Kontrast zu der Schärfe, mit der Marx bereits in den Londoner Heften die Kapitalvorstellung Ricardos abgelehnt hat (vgl. MEGA IV.8, 365; MEGA II.3.4, 1404).

Die Grundlage für diese Verwendungsweise der Begriffe des wirklichen und des fiktiven Kapitals liegt in der Konfusion über den Begriff des *Geldkapitals*, die in den Kapiteln 30 bis 32 der engelsschen Fassung erzeugt wird. Textgrundlage für diese Kapitel ist der Unterabschnitt 'III' des marxischen Manuskripts. 'III' wurde von Engels in drei Kapitel verwandelt, die er mit 'Geldkapital und wirkliches Kapital' (I, II und III) überschrieben hat. Diese Einführung des Gegensatzpaares 'Geldkapital/wirkliches Kapital' vermittelt den Eindruck, das Geldkapital sei ohne weiteres als fiktives Kapital zu betrachten. So überschreibt Engels zum Beispiel fast systematisch den von Marx verwendeten Ausdruck 'moneyed capital' – worunter er das Leihkapital, also das zinstragende Kapital verstand – mit 'Geldkapital', obwohl Marx ausdrücklich vor der Gefahr, die beiden Begriffe miteinander zu verwechseln, gewarnt hatte (vgl. MEGA II/4.2, 519, 505). Denn 'Geldkapital' stellt in diesem Zusammenhang einen Oberbegriff dar, der mindestens drei unterschiedliche Objekte umfassen kann: das industrielle Kapital in seiner Geldform; das Leihkapital (moneyed capital), also das disponible potentielle Kapital; das fiktive Kapital (die Wertpapiere, die als Geldkapital

zirkulieren). Auf Basis der engelsschen Fassung kann zwischen diesen drei Objekten nicht mehr angemessen unterschieden werden. Es hat den Anschein, als ob die Akkumulation des Geldkapitals im Allgemeinen als eine Scheinakkumulation zu betrachten wäre.

In 'III' geht es aber überhaupt nicht um das fiktive Kapital, sondern um das Verhältnis zwischen der Akkumulation des Geldkapitals *als zinstragendes Kapital* in den Händen der Bankiers und seiner Anwendung *als industrielles Kapital* durch die fungierenden Kapitalisten. Als wirkliche Akkumulation muss in diesem Zusammenhang die Gesamtbewegung des *Geldkapitals* gelten. „Fiktiv“ (korrekter wäre aber: fetischistisch) ist dabei lediglich der Anschein, nach dem die Bewegung des zinstragenden Kapital *an sich* Kapitalakkumulation darstellt, nach dem also diese Bewegung sich unabhängig vom Produktionsprozess vollziehen kann. In 'III' geht es also um die relative Bewegung der Masse des disponiblen potentiellen Kapitals im Verhältnis zur Akkumulationsbewegung, was mit dem Gegensatzpaar 'Geldkapital/wirkliches Kapital' kaum etwas zu tun hat.

Das Gegensatzpaar 'Geldkapital/wirkliches Kapital' entsteht in der engelsschen Fassung erstens dadurch, dass als wirkliches Kapital nicht das industrielle Kapital als Gesamtprozess gefasst wird, sondern das produktive und das Warenkapital. Aber ebenso wenig wie Geld besitzen Arbeitskraft, Produktionsmittel und Waren allgemein die Eigenschaft, als Kapital zu fungieren (vgl. MEW 24, 43). Vielmehr erfüllen sie im Kreislauf des industriellen Kapitals Waren- und Produktionsfunktionen, die erst im Zusammenhang mit dem gesamten Prozess, einschließlich des Durchgangs durch die Geldform, als Kapitalfunktionen dienen können. Als wirkliches Kapital muss also der Gesamtprozess verstanden werden, der auf dem Darstellungsniveau des zweiten Bandes dem gesamten Kreislauf des industriellen Kapitals als Einheit von Geld-, Waren- und produktiver Funktionsform des Kapitals entspricht (vgl. MEW 24, 56). Zweitens wird von Engels vernachlässigt, dass auf dem Darstellungsniveau des dritten Bandes diese Formen nicht mehr als reine Durchgangsformen des industriellen Kapitals existieren: Das im industriellen Kreislauf investierte Geldkapital kommt weder aus dem Nichts noch ist es das Resultat der Sparsamkeit der industriellen Kapitalisten, sondern es stammt aus der Masse des disponiblen Geldkapitals, das als zinstragendes Kapital auf dem Geldmarkt konzentriert ist. Um das wirkliche Kapital zu fassen, ist es nötig, die wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen Existenzweisen des Kapitals als Beweis gegen ihre scheinbare Unabhängigkeit nachzuweisen, während es überhaupt nichts nützt, die eine Existenzweise gegen die andere auszuspielen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die unsystematische Darlegung von Marx, deren Undurchsichtigkeit in der engelsschen Fassung noch zugespitzt wird durch irreführende Ausdrucksweisen und sogar durch fehlerhafte Ergänzungen, zu einer doppelten Verwechslung Anlass gibt: Zum einen wird das Gegensatzpaar 'fungierendes Kapital/zinstragendes Kapital' mit dem Gegensatzpaar 'wirkliches Kapital/fiktives Kapital' verwechselt, und zum anderen werden das erste Gegensatzpaar und die Unterscheidung zwischen Produktiv-, Waren- und Geldform des industriellen Kapitals durcheinander gebracht. Aus dieser doppelten Verwechslung entsteht das Gegensatzpaar 'Geldkapital/wirkliches Kapital', was dem vormarxschen, prämonetären und realwirtschaftlichen Begriff des fiktiven (und des wirklichen) Kapitals entspricht und die Grundlage der noch heute gängigen Missverständnisse darstellt.

Literatur

Schriften von Marx und Engels werden entweder nach der Marx-Engels-Gesamtausgabe² (MEGA) zitiert, oder nach der Ausgabe der Marx-Engels-Werke (MEW).

*Texte anderer Autor*innen:*

- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus – Strukturen, Widersprüche, Alternativen, Hamburg.
- Breda, Stefano (2019): Kredit und Kapital – Kreditsystem und Reproduktion der kapitalistischen Vergeellschaftungsweise in der dialektischen Darstellung des Marxschen „Kapital“, Würzburg.
- Dussel Peters, Enrique (1999): Fiktives Kapital, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4, Hamburg, 470-480.
- Fineschi, Roberto (2001): Ripartire da Marx. Processo storico ed economia politica nella teoria del „capitale“, Napoli.
- Hayek, Friedrich August von (1975/1939): Profits, Interest and Investment – And Other Essays on the Theory of Industrial Fluctuation, Clifton.
- Heinrich, Michael (2011): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Münster.
- Hilferding, Rudolf (1910): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Wien.
- Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, London.
- Kurz, Robert/Trenkle, Norbert (o.D.): Fiktives Kapital, in: *Exit*. URL: <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=6&posnr=130&backtext1=text1.php> (Zugriff: 12.8.2020).
- Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (2012): Die Wirtschaftskrise und das 'fiktive Kapital', in: *Krisis*, 06.08.2012. URL: <http://www.krisis.org/2012/die-wirtschaftskrise-und-das-fiktive-kapital/print> (Zugriff: 12.8.2020).
- Ricardo, David (2001/1817): On the Principles of Political Economy and Taxation, Kitchener.
– (1952/1818): The Works and Correspondence of David Ricardo, Vol. V: Speeches and Evidence, Cambridge.
- Sohn, Manfred (2015): Zinseszins und fiktives Kapital, in: Streifzüge, 11.03.2015. URL: <https://www.streifzuege.org/2015/zinseszins-und-fiktives-kapital/> (Zugriff: 12.8.2020).
- Thornton, Henry (1965/1802): An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain, New York.
- Windolf, Paul (2005): Was ist Finanzmarktkapitalismus? In: ders. (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus, Wiesbaden, 20-57.

Das intellektuelle Verhältnis von Marx und Engels aus ökologischer Perspektive: Eine Neubewertung

1. Einleitung

Es ist weithin bekannt, dass Marx immer wieder Kritik für seinen angeblichen „Prometheanismus“ geerntet hat. Auch selbsterklärte Marxist*innen sahen Marx' Produktivismus als unvereinbar mit einer nachhaltigen Ökologie.¹ Mit der Verschärfung der ökologischen Krisen im Zuge der neoliberalen Globalisierung erhält „Marx' Ökologie“ jedoch jüngst verstärkte Aufmerksamkeit. Ökosozialist*innen nutzen das im *Kapital* angelegte Konzept des „metabolischen Risses“ für Analysen der zerstörerischen Aspekte kapitalistischer Produktion: etwa der globalen Erwärmung, der Störung des Stickstoffkreislaufs oder des Artensterbens. Die Ökologie ist damit zu einem der Schlüsselfelder geworden, auf dem Marx' *Kapital* 150 Jahre nach Erscheinen neue Relevanz entfaltet.

Doch nicht alle Marxist*innen stimmen mit Marx' Ökologie überein. Ablehnende Haltungen machen geltend, dass vereinzelte Anmerkungen im *Kapital* kein ausreichendes theoretisches Fundament darstellen, um der aktuellen ökologischen Krise analytisch begegnen zu können. Vor allem „westliche Marxisten“ stehen einem ökosozialistischen Projekt oft ablehnend gegenüber. In einem im Sammelband *Examined Life* veröffentlichten Interview hat etwa Slavoj Žižek zugespitzt kommentiert, die Ökologie sei „ein neues Opium fürs Volk“ (Žižek 2009, 158).

Einer der Gründe für diese Ablehnung geht auf ein älteres Problem in Zusammenhang mit dem „intellektuellen Verhältnis“ zwischen Marx und Engels zurück. Der von Georg Lukács begründete westliche Marxismus betrachtete die Naturwissenschaften als das Spezialgebiet von Engels und hat zugleich Marx' Beschäftigung mit denselben vernachlässigt. Nun findet er sich im Dilemma wieder, eine marxistische Kritik der Ökologie nicht entwickeln zu können, ohne sich die eigene frühere Einseitigkeit einzugestehen. Aufgrund dieses Dilemmas stößt das Konzept des Ökosozialismus bei manchen Marxist*innen auf panische Ablehnung.

Einen ergiebigeren Ansatz haben John Bellamy Foster und Paul Burkett entwickelt. Ausgehend vom Standpunkt, dass die Ansichten von Marx und Engels zur Ökologie nicht weit auseinander liegen, entwickelten sie das Konzept des metabolischen Risses (Foster/Burkett 2016, 16). Indem sie das von Marx errichtete methodische Gerüst wirksam aufgreifen, um die aktuellen ökologischen Probleme zu analysieren, untermauern sie die heutige Relevanz der Marx'schen Ökologie (vgl. Foster u.a. 2011). Ebenso zeigen sie, dass Marx' Ökologie ein wesentlicher Bestandteil seines umfassenderen Projekts einer Kritik der politischen Ökonomie ist und verhandeln das Verhältnis

1 Dieser Aufsatz wurde gefördert durch ein JSPS-Stipendium (Nr. JP18K12188), das Bildungsministerium der Republik Korea und die National Research Foundation Korea (NRF-2018S1A3A2075204).

der Marx'schen zur Umweltökonomie (vgl. Burkett 2006). Dennoch wirft dieser Ansatz die Frage auf, ob die zwischen Marx und Engels bestehenden Unterschiede hinsichtlich der politischen Ökonomie – deren Existenz Foster und Burkett nicht bestreiten – letztlich nicht doch zu unterschiedlichen Ökologiebegriffen führen.

Dieser Aufsatz verfolgt eine synthetische Herangehensweise: Indem der Fokus auf Marx' Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften gelegt wird, die der westliche Marxismus ausgeblendet hat, sollen Differenzen zwischen Marx' und Engels' jeweiliger Ökologie aufgezeigt werden. Aufbauend auf Grundlagen der Zusammenarbeit und geteilten Ansichten von Marx und Engels stellt die hier vorliegende Analyse das *Kapital* in Bezug zu neuerschienenen – bei Foster und Burkett unberücksichtigten – Materialien aus der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Diese Herangehensweise ermöglicht es, eine theoretische Denkrichtung zur Weiterentwicklung von Marx' unvollendetem Projekt des *Kapital* im 21. Jahrhundert zu skizzieren.

2. Intellektuelle Arbeitsteilung?

Der westliche Marxismus betrachtete die Naturwissenschaften als das Spezialgebiet von Engels und unterschied sie von Marx' Philosophie, um letztere vor dem mechanistischen und ökonomischen Determinismus des sowjetischen „dialektischen Materialismus“ zu bewahren. Denn wenn Georgi Plechanow damit Recht hätte, dass eine eigenständige Dialektik der Natur existiert, dann wäre es im Grunde möglich, mit den Naturwissenschaften eine dialektische Methode zu konzipieren und sie anschließend auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen. Der westliche Marxismus hielt eine solch positivistische Schlussfolgerung für problematisch und bemühte sich, den Marxismus vor einem mechanistischen Weltbild abzuschirmen, indem man die Dialektik auf die menschliche Gesellschaft beschränkte. Man machte eine Art intellektueller Arbeitsteilung zwischen Marx und Engels geltend, in der letzterer als Sündenbock für die unzulässige Ausweitung der Dialektik auf die Natur diente (Lukács 1977, 175, Fn. 1). Pikanterweise hat Engels selbst auf diese Arbeitsteilung hingewiesen. Im Vorwort zur zweiten Ausgabe des *Anti-Dühring*, nach Marx' Tod erschienen, schreibt er: „Marx war ein gründlicher Mathematiker, aber die Naturwissenschaften konnten wir nur stückweise, sprungweise, sporadisch verfolgen.“ In Anbetracht dieses Defizits machte Engels jedoch später, wie er schreibt, „soweit es mir möglich [war], eine vollständige mathematische und naturwissenschaftliche ‘Mausering’, wie Liebig es nennt, durch“ (MEW 20, 10f.). Tatsächlich zeugen der *Anti-Dühring* und die *Dialektik der Natur* von Engels' intensiver Beschäftigung mit der Physik, Chemie und Biologie. Seine Arbeiten hatten großen Einfluss auf die Entstehung der traditionellen marxistischen Weltanschauung, nicht zuletzt, weil Marx kein Werk zum Thema Natur verfasst hat.

Im Vorwort zum *Anti-Dühring* enthielt Engels seinen Lesern jedoch ein wichtiges Detail vor. Als Herausgeber des *Kapital* sichtete er zu dieser Zeit Marx' Manuskripte und Notizen – wusste also, dass sich Marx intensiv mit den Naturwissenschaften auseinandergesetzt hatte. Dies ließ Engels unerwähnt und erklärte stattdessen, Marx hätte die Naturwissenschaften „nur stückweise, sprungweise und sporadisch“ verfolgt.

In einem Brief an Engels vom 4. Juli 1864 berichtete Marx, dass Engels ihn zur Lektüre von Carpenters *Physiologie* und Spurzheims *Anatomie des Nervensystems und Gehirns* angeregt hätte, und schrieb, dass „ich immer in deinen Fußstapfen nachfolge“ (MEW 30, 418). Nachdem Marx jedoch 1865 die siebte Ausgabe von Liebig's *Agrikulturchemie* gelesen hatte, beschäftigte er sich

eingehender mit den Naturwissenschaften. Ab 1868 standen auf seiner Lektüreliste Titel aus verschiedenen Disziplinen, wie der Chemie, Geologie, Mineralogie, Physiologie und Botanik. Am 19. Dezember 1882 räumte Engels sogar ein, dass Marx sachkundiger war, was das Problem der wachsenden Entropie infolge des Verbrauchs fossiler Brennstoffe betrifft: „[D]er arbeitende Mensch [ist] nicht nur ein Fixierer *gegenwärtiger*, sondern ein noch viel größerer Verschwender *vergangener* Sonnenwärme [...]. Was wir in Verschleuderung von Energievorräten, Kohlen, Erzen, Wälder usw. leisten, *kennst Du besser als ich*“ (MEW 35, 134; Hervorhebung K.S.). Anstatt diesen Punkt im Vorwort zum *Anti-Dühring* zu erwähnen, erklärte Engels jedoch, seine Dialektik der Natur sei eine Anwendung der dialektischen Methode, die Marx „begründet und entwickelt“ (MEW 20, 9) habe.

Das ist ein Kuriosum. Engels betonte, dass seine im *Anti-Dühring* entwickelten Ideen völlig im Einklang mit Marx' Ansichten stünden, dass er „ihm das ganze Manuskript vor dem Druck vorgelesen“ (MEW 20a, 9) hätte und dass Marx ihm voll und ganz zugestimmt hätte. Allerdings hat Engels dieses „Geständnis“ *erst nach Marx' Tod* (Carver 1983, 123) abgelegt. Zugleich ließ er Marx' intensive Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften unerwähnt, obwohl Marx' Notizsammlungen über die Naturwissenschaften wohl der umfassendste Beweis dafür sind, dass die Dialektik der Natur als Gemeinschaftsprojekt zu verstehen ist. Es liegt also nahe, dieses ungewöhnliche Schweigen symptomatisch zu lesen: *Engels gab stillschweigend zu, dass die Naturwissenschaften für Marx eine andere Bedeutung hatten als für ihn.*

3. Der metabolische Riss: Theorie und Reichweite

Da heute allgemein bekannt ist, dass *sowohl* Marx *als auch* Engels ein starkes Interesse an den Naturwissenschaften hatten, liegt die Einseitigkeit des westlichen Marxismus auf der Hand. Daraus lässt sich jedoch nicht ohne Weiteres schlussfolgern, dass die beiden ein gleichzusetzendes Interesse an der Ökologie gehabt hätten. Eine ausführlichere Betrachtung ist erforderlich.

Natürlich kann man nicht alle westlichen Marxist*innen als gleichermaßen kritikwürdig betrachten. Lukács verurteilte zunächst die Anwendung der Dialektik auf die Natur, doch änderte seine Haltung später und räumte ein, dass Marx „Gesellschaft“ und „Natur“ nicht als zwei komplett getrennte Sphären verstand, sondern als miteinander verwoben. Lukács erkannte, dass diese Einheit im Begriff des „Stoffwechsels“ (oder Metabolismus) Ausdruck findet, der zum zentralen Konzept für marxistische Analysen des „metabolischen Risses“ (vgl. Foster 2013) geworden ist.

Der bedeutendste Aspekt an Marx' Stoffwechselbegriff ist die im *Kapital* dargelegte Beschreibung von Arbeit als dem vermittelnden Wirken eines Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“ (MEW 23, 192). In jeder Gesellschaft müssen Menschen die Natur bewusst und zielgerichtet bearbeiten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen und auf der Erde leben zu können. Marx beschrieb dieses übergeschichtliche Verhältnis von Mensch und Natur mit dem Begriff des „Stoffwechsels“. Dieser Stoffwechsel kann allerdings unterschiedliche konkrete Formen annehmen, je nachdem, wie die vermittelnde Tätigkeit der Arbeit gesellschaftlich organisiert ist. In den *Grundrissen* wies Marx darauf hin, dass unter kapitalistischen Produktionsbedingungen eine „*Trennung*“ von Mensch und Natur besteht (MEW 42, 397). Vor diesem Hintergrund untersucht Marx im *Kapital* die Entfremdung des Menschen und seine Entfremdung von der Natur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Wie im ersten Band des *Kapital* dargelegt, erhält der übergeschichtliche „Arbeitsprozess“ im Kapitalismus neue Gestalt als „Verwertungsprozess“. Dementsprechend wandelt sich der materielle Prozess des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. In vorkapitalistischen Gesellschaften zielte man auf die Herstellung konkreter Gebrauchswerte ab, doch bei der kapitalistischen Produktion geht es primär um die Herstellung von Wert. Während Arbeit früher unter gesellschaftlichen und natürlichen Beschränkungen verrichtet wurde und der Befriedigung konkreter Bedürfnisse diente, strebt die kapitalistische Produktion nach unablässiger Verwertung. Arbeit und Natur werden also fundamental umorganisiert, nämlich nach Maßgabe der größtmöglichen Versachlichung abstrakter Arbeit.

Unter dem Primat der Kapitalverwertungslogik werden sowohl das Wirken der Natur als auch die konkrete Arbeit im Arbeitsprozess zu etwas Abstraktem und Untergeordnetem. Der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur wird durch den Wert als Versachlichung abstrakter Arbeit vermittelt, die nichts anderes ist, als die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im Allgemeinen. Er wandelt sich dahingehend, da er der Kapitalverwertung von größtmöglichem Nutzen zu sein hat. Im *Kapital* weist Marx mehrfach darauf hin, dass diese Umwandlung der stofflichen Welt zum Zwecke der Bildung von Mehrwert räuberische Züge trägt und zerstörerisch wirken kann: „Dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpft, hatte in dem andren die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen“ (MEW 23, 253). Marx thematisierte das Problem kapitalistischer Verschwendung in Hinblick auf die beiden grundlegenden Produktionsfaktoren: die Erschöpfung der „Arbeitskraft“ und der „Naturkräfte“.

Bekanntlich war es Liebig's *Agrikulturchemie*, die Marx dazu bewog, das *Kapital* um eine Analyse des „Raub“-Systems der Landwirtschaft zu ergänzen (vgl. Foster 2000, 155). Liebig kritisierte die moderne kapitalistische Landwirtschaft als Raubbau, der nur darauf aus sei, möglichst viel kurzfristigen Gewinn abzuwerfen und daher Bedingungen schafft, unter denen Pflanzen so viele Nährstoffe wie möglich aufnehmen, sich die Böden aber nicht regenerieren können. Er warnte sogar vor dem Zusammenbruch der europäischen Zivilisation infolge von Bodenerschöpfung und dem damit einhergehenden Verlust der materiellen Grundlagen. Marx würdigte im *Kapital* die „unsterblichen Verdienste“ von Liebig und seine Entlarvung „der negativen Seite der modernen Agrikultur“ (MEW 23, 529, Fn. 325). Die kapitalistische Produktion ist, so Marx, ein Hindernis für „die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmiteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter“ (MEW 23, 528).

Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Bodenerschöpfung zum gesellschaftlichen Problem. Die von wachsenden Großstadtbevölkerungen verzehrte Nahrung gelangte über Toiletten als Abwasser in die Flüsse. Ansammlungen von Exkrementen führten in Städten wie London zu üblem Gestank, Krankheiten wie Cholera grassierten. Der Antagonismus von Landwirtschaft und Industrie tritt hier deutlich zutage. Unter Bezugnahme auf Liebig's *Agrikulturchemie* formulierte Marx die Bodenerschöpfung als Widerspruch, den die kapitalistische Produktion im Rahmen des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur geschaffen hatte.

Marx schätzte Liebig's Werk auch deshalb sehr, weil ihm die *Agrikulturchemie* eine wissenschaftliche Grundlage für seine kritische Analyse der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bot, die er in der *Deutschen Ideologie* bereits als „Trennung von *Stadt* und *Land*“ (MEW 3, 22) konzipiert hatte. Dank seiner Liebig-Lektüre erkannte Marx, dass er ausführlicher darauf eingehen sollte, wie

der Kapitalismus das Verhältnis von Mensch und Natur verändert und aushöhlt. Anders gesagt wollte er sich deswegen so intensiv mit den Naturwissenschaften beschäftigen, um die Ursachen und Folgen dessen zu untersuchen, was er im dritten Band des *Kapital* als „unheilbaren Riß“ (MEW 25, 821) im universellen Stoffwechsel der Natur bezeichnet.

Historisch betrachtet wurde das Problem der Bodenerschöpfung durch einen Mangel anorganischer Stoffe weitgehend mit der Einführung des Haber-Bosch-Verfahrens gelöst, das die industrielle Massenproduktion von Ammoniak ermöglicht. Der verstärkte Einsatz chemischer Düngemittel führt jedoch zu anderen Problemen wie niedrigen Wasserspiegeln, verminderter Nährstoffbindungsfähigkeit und größerer Anfälligkeit für Krankheiten und Insekten. In Böden zurückbleibender Stickstoff gelangt in die Umwelt und verursacht Algenblüten, während Nitratstickstoffe die Gewässer und Pflanzen belasten. So gesehen sind die „Risse“ im Stoffwechsel nicht feststehend, sondern „verschieben“ sich zu anderen Problemlagen (vgl. Clark/York 2008). Ähnliche „metabolische Verschiebungen“ liegen im Bereich extraktiver Industrien wie der Ölförderung und beim Abbau seltener Metalle vor. Da der Verwertungsprozess auf den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur nie ausreichend Rücksicht nehmen kann, stößt die Umsetzung nachhaltiger Produktionsweisen im Kapitalismus auf unüberwindbare Hindernisse. Marx' Verknüpfung von Wert- und Stoffwechseltheorie im *Kapital* bietet also eine konzeptionelle Grundlage, um den kapitalistischen Raubbau kritisch zu analysieren.

4. Engels und *Das Kapital*

Marx' ernsthafte Bemühungen, den Naturwissenschaften Rechnung zu tragen, blieben un abgeschlossen, denn er verstarb, bevor er seine Arbeit am *Kapital* vollenden konnte. Die Aufgabe der Herausgeberschaft des zweiten und dritten Bands fiel folglich Engels zu. Als er Marx' Notizzammlungen über die Naturwissenschaften im *Anti-Dühring* unberücksichtigt ließ, hatte sich zwischen Marx und Engels bereits ein feiner Bedeutungsunterschied im Stoffwechselbegriff herausgeschält. Dieser Punkt wird auch mit Blick auf Engels' Herausgeberschaft des *Kapital* deutlich.

Engels hatte die Bedeutung von Liebig's Kritik am landwirtschaftlichen Raubbau fraglos erkannt. In *Zur Wohnungsfrage* beispielsweise bezog er sich auf Liebig und wies auf den „Gegensatz von Stadt und Land“ hin. Er plädierte dafür, „eine innige Verbindung der industriellen mit der ackerbauenden Produktion“ wiederherzustellen, ähnlich wie bereits im *Manifest der Kommunistischen Partei* die „Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie“ gefordert worden war (MEW 18, 280; MEW 4, 481). Außerdem erweiterte Engels im Zuge seiner redaktionellen Arbeit am dritten Band des *Kapital* Marx' Beschreibung des Raubsystems der Landwirtschaft um einige konkrete Beispiele. So fügte er etwa folgenden Passus hinzu: „In London z.B. weiß [die kapitalistische Wirtschaft] mit dem Dünger von 4 1/2 Millionen Menschen nichts Besseres anzufangen, als ihn mit ungeheuren Kosten zur Verpestung der Themse zu gebrauchen“ (MEW 25, 110). Hier lässt sich die intellektuelle Zusammenarbeit zwischen Marx und Engels unmittelbar erkennen.

Doch wenn es um den Begriff des „Stoffwechsels“ geht, sehen die Dinge anders aus. Obwohl Engels wusste, dass Marx das Problem der Bodenerschöpfung mithilfe Liebig's Stoffwechselkonzept analysiert hatte, änderte er absichtlich einen ganz bestimmten Satz im dritten Band des *Kapital*. Im Originalmanuskript hatte Marx geschrieben:

„So producirt das grosse Grundeigenthum [...] Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorbringen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und natürlichen, durch die Naturgesetze des Bodens,

vorgeschriebnen Stoffwechsels, in Folge wovon die Bodenkraft verwüstet und *durch den Handel diese Verwüstung weit über die Grenzen des eignen Lands hinaus getragen wird.* (Fn. 1: Liebig)“ (MEGA II/4.2, 752f; Hervorhebung K.S.)

Unter Bezugnahme auf Liebig betonte Marx die Gefahr einer massiven globalen Störung des wechselseitigen Zusammenhangs von „gesellschaftlichem Stoffwechsel“ (kapitalistische Produktion, Zirkulation und Konsum) und „natürlichem Stoffwechsel“. Er entwickelte ein klares Konzept vom angespannten Verhältnis zwischen einer ökonomisch-kapitalistischen Formdeterminierung und den natürlichen Eigenschaften der stofflichen Welt.

Engels änderte den ersten Teil des Satzes wie folgt: „Es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebnen Stoffwechsels“ (MEW 25, 821). Der „natürliche Stoffwechsel“ wird nicht mehr ausdrücklich erwähnt und „Boden“ wird zu „Leben“, sodass der Kontrast zwischen gesellschaftlichem und natürlichem Stoffwechsel verwischt erscheint. Natürlich gibt es einige Fälle, in denen Engels unklare, verwirrende oder fehlerhafte Formulierungen von Marx überarbeitet hat. Doch im zitierten Beispiel ist nicht nur eindeutig, worauf Marx hinauswill – es handelt sich auch um eine Schlüsselpassage zu seiner Stoffwechseltheorie. Wie sind Engels' Änderungen einzuordnen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Blick auf Engels' „Dialektik der Natur“ hilfreich. Im *Anti-Dühring* beabsichtigte Engels, die die Natur und die Geschichte beherrschenden Gesetze zu begreifen und sie vor allem „aus dieser [Hegelschen] mystischen Form herauszuschälen und in ihrer ganzen Einfachheit und Allgemeingültigkeit klar zur Bewußtheit zu bringen“. Das Projekt sollte ein materialistisches sein und dabei den Hegelschen Fehlansatz vermeiden, „die dialektischen Gesetze in die Natur hineinzukonstruieren“ – Engels' Ziel war es, „sie in ihr aufzufinden und aus ihr zu entwickeln“ (MEW 20a, 11f.). Anders gesagt ging es ihm darum, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Natur zu verstehen. Anstatt Naturphänomene mit einer dialektischen Methode epistemologisch zu erklären, verfolgte Engels einen ontologischen Ansatz. Die der Natur eigene Dynamik und Evolution war dialektisch herauszuarbeiten (vgl. Jordan 1967, 167).

Engels „Dialektik der Natur“ ist vor allem aber auch an die praktische Forderung geknüpft, „Freiheit“ durch die „Beherrschung“ und „Kontrolle“ der äußeren Natur zu verwirklichen. Tatsächlich bedeutete der Aufbau des Sozialismus als freier Gesellschaft für Engels auch, „bewußte, wirkliche Herren der Natur“ zu werden:

„Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“ (MEW 20, 264)

Damit den Menschen der Sprung ins Reich der Freiheit gelingen kann, müssen sie, so Engels, nicht nur die unabhängig von menschlichem Bewusstsein und Handeln wirkende, verdinglichte Herrschaft des Kapitals abschaffen, sondern sich auch die Naturgesetze voll und ganz zu eigen machen.

Engels glaubte aber keinesfalls, dass naturgesetzliche Erkenntnis zur willkürlichen Manipulation der Natur führen würde. In der *Dialektik der Natur* warnte er vor der „Rache“ der Natur: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.“ (MEW 20a, 452). Engels erkannte die Grenzen der Natur

und stand dem willkürlichen menschlichen Umgang mit der Natur kritisch gegenüber, besonders der an kurzfristiger Profitmaximierung orientierten kapitalistischen Produktion. Wenn die Naturgesetze missachtet werden, dann schlägt die Naturbeherrschung fehl, dann zeitigt Arbeit unvorhersehbare Folgen: Die Menschen hören auf, aktive, arbeitende Subjekte zu sein, und sind gezwungen, passiv auf die Naturgewalten zu reagieren, denen sie ausgeliefert sind.

Die „Rache“ der Natur ist eine Schlüsselfigur für Engels' Ökologie und deren Kritik an kurzfristiger Profitmaximierung. Auch den Passus zum metabolischen Riss im dritten Band des *Kapital* änderte Engels entsprechend dem Motiv der Rache der Natur. In der von ihm editierten Ausgabe betonte Engels, dass die Missachtung der Naturgesetze des Lebens sich verheerend auf die menschliche Zivilisation auswirken würde. Dagegen schwimmt die besondere methodische Herangehensweise von Marx' Stoffwechseltheorie, die nachzeichnen möchte, wie das den gesellschaftlichen Stoffwechsel bestimmende Wertgesetz den natürlichen Stoffwechsel belastet und einen unheilbaren Riss verursacht. Engels befand, dass Marx' eigene Formulierung des Zusammenhangs von ökonomischer Wertbestimmung und stofflicher Welt für Leser schwer verständlich sei, und passte den Satz daher an das „zugänglichere“ Motiv der Rache der Natur an.

Diese redaktionelle Bearbeitung hat auch damit zu tun, dass Engels die Stoffwechseltheorie von Liebig nicht goutierte. Als er in der *Dialektik der Natur* auf Liebig's Stoffwechselbegriff zu sprechen kommt, *kritisiert* er Liebig sogar als „Dilettanten“ (MEW 20, 557) in der Biologie. Was die Frage nach dem Ursprung des Lebens anbelangt, bestritt Liebig die Möglichkeit der historischen Evolution organischen Lebens und pflichtete der Hypothese vom „ewigen Leben“ bei, das aus dem universellen Raum auf den Planeten „importiert“ worden war. Engels dagegen argumentierte, dass das Leben ein Stoffwechselprozess ist, der sich historisch entwickelt hat und aus dem Nicht-Lebendigen hervorgegangen ist, was er durch die Existenz von „Eiweiß“ bestätigt sah: „Leben ist die Daseinsweise der Eiweißkörper, deren wesentliches Moment im *fortwährenden Stoffwechsel mit der äußeren sie umgebenden Natur besteht*“ (MEW 20, 559). Engels betrachtete den chemischen Prozess der Eiweißassimilation und -ausscheidung als Ursprung des Lebens und hielt es auch für möglich, einen lebendigen Organismus durch Eiweißherzeugung im Labor künstlich herzustellen.

In den 1840er Jahren beschrieb Liebig den Prozess der Nährstoffaufnahme, -assimilation und -ausscheidung als „Stoffwechsel“ und versuchte, die Lebensaktivität als chemischen Prozess zu erklären, auch wenn er seine vitalistischen Ansichten nicht vollständig aufgeben wollte (vgl. Wendling 2009, 81). Engels lehnte den auf der Trennung von Biologie und Chemie basierenden Vitalismus von Liebig ab und richtete seinen Blick auf die unerklärlichen Prinzipien alles Lebendigen. Engels zufolge existiert ein Stoffwechsel anorganischer Körper, der im chemischen Austausch mit ihrer Umwelt besteht; nach der historischen Entstehung des „Eiweiß“ zeigt sich dieser Stoffwechsel in Form von Leben.

Engels' Stoffwechselkonzept betonte also die historische Entstehung des Eiweißes, lehnte jedoch Liebig's Auffassung des Stoffwechsels ab und übertrug das Konzept daher auch nicht auf Umweltfragen. Folglich vergab Engels die Möglichkeit, mit der Stoffwechseltheorie die Beziehung zwischen Mensch und Natur aus zugleich übergeschichtlicher und geschichtlicher Perspektive zu untersuchen und die Besonderheiten und Widersprüche dieser Beziehung unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion aufzudecken. Engels beschränkte den Stoffwechselbegriff in seiner theoretischen Reichweite vielmehr auf den Prozess des Ursprungs und der Entstehung des Lebens, der sich *unabhängig vom Menschen* vollzieht. Im *Anti-Dühring* ist die von einer

„Negation der Negation“ gekennzeichnete Triebfeder der Dialektik „ein Gesetz, das [...] in der Tier- und Pflanzenwelt, in der Geologie, in der Mathematik, in der Geschichte, in der Philosophie zur Geltung kommt“ (MEW 20, 131). Der „Stoffwechsel“ wird im Wesentlichen also nicht ökologisch begriffen, sondern als Beleg dafür, dass dieses Gesetz die gesamte Natur durchdringt.

Obwohl Engels teilweise an Liebig's Perspektive anknüpfte, übernahm er die Idee eines gestörten Stoffwechsels zwischen Mensch und Erde aus dem *Kapital* nicht, sondern hielt am früheren „Gegensatz von Stadt und Land“ aus der *Deutschen Ideologie* fest. Engels entwickelte kein tiefgreifendes Bild davon, dass Marx' theoretische Weiterentwicklung in seiner Analyse des interdependenten Prozesses von gesellschaftlichem und natürlichem Stoffwechsel lag. Anders gesagt entglitt Engels das, was ab den 1850er Jahren zur Grundlage von Marx' Kritik der politischen Ökonomie wurde, nämlich die Auseinandersetzung damit, wie der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur durch die formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital verändert und umorganisiert wird. An diesem Punkt führen die zwischen Marx und Engels bestehenden Unterschiede bezüglich der politischen Ökonomie zu Unterschieden in der Ökologie. Selbstverständlich kann die „Trennung von Stadt und Land“ auf ergiebige Weise in einen Antagonismus von „Zentrum“ und „Peripherie“ umgedeutet werden, um so den modernen ökologischen Imperialismus im Sinne einer ökologischen Kritik des Kapitalismus zu analysieren. Das sollte aber nicht dazu führen, die Tatsache zu vernachlässigen, dass Marx im *Kapital* damit begonnen hatte, den gestörten Stoffwechsel zwischen Mensch *und* Erde zu untersuchen.

Marx' Analyse baute auf der Erkenntnis auf, dass in jeder Gesellschaft Menschen die Natur bearbeiten müssen. Davon ausgehend untersuchte er, *weshalb* und *wie* Entfremdung und eine verkehrte Subjekt-Objekt-Beziehung infolge der spezifischen Form der Arbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen entstehen. In diesem Sinn reicht es nicht, die ökologische Krise zu kritisieren, indem man die auf Profitmaximierung abzielende Massenproduktion verurteilt oder moralisch an die notwendige Koexistenz von Mensch und Natur appelliert. Ökologische Fragen gilt es Marx zufolge aus der „Trennung“ von Mensch und Natur als grundlegender, objektiver Produktionsbedingung zu erklären. Dabei muss gezeigt werden, wie die allumfassende verdinglichte Logik des Kapitals das menschliche Bewusstsein und Verhalten tiefgreifend verändert und sogar den universellen Stoffwechsel der Natur stört.

Während die in der *Deutschen Ideologie* und im *Kommunistischen Manifest* entwickelten Überlegungen zum „Gegensatz“ und der „Vereinigung“ von Stadt und Land statisch und abstrakt bleiben, ermöglicht es das Stoffwechselkonzept im *Kapital*, die dynamischen historischen Prozesse der Produktion und der Kapitalakkumulation zu analysieren. Außerdem verdeutlicht es die Notwendigkeit, eine nachhaltige Produktionsweise zu verwirklichen, damit die Arbeitsform grundlegend im Sinne einer Abschaffung von „Privatarbeit“ und „Lohnarbeit“ verändert werden kann. Engels hingegen blieb weiter seinem in den 1840er Jahren entwickelten Standpunkt verhaftet und wies Liebig's Stoffwechseltheorie zurück. Da er den Stoffwechsel von Mensch und Natur nicht als Bindeglied zwischen der Kritik der politischen Ökonomie und der Ökologie verstand, hing er weiter dem statischen Motiv der „Rache“ der Natur an. Diese Diskrepanz führte auch zu unterschiedlichen Vorstellungen über die zukünftige sozialistische Gesellschaft.

5. Die Dialektik von „Herrschaft“ und „Rache“

Marx und Engels betrachteten die bewusste und zielgerichtete Beherrschung der Naturgesetze durch die Arbeit als einzigartig menschliches Tun, das sie oft als „Kontrolle“ über die Natur beschrieben. So schrieb Engels etwa im *Anti-Dühring*: „Freiheit besteht also in der auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur; sie ist damit notwendig ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung“ (MEW 20, 106). Kritiker*innen werten solche Passagen gerne als Beleg für einen „Prometheanismus“. Engels' Warnung vor der „Rache“ der Natur stellt jedoch einen Kontrapunkt dar. Der einzige Weg ins Reich der Freiheit liege darin, die Naturgesetze richtig zu verstehen und die dadurch gewonnenen Erkenntnisse richtig anzuwenden. Auch diese Vorstellung wurde jüngst der Kritik unterzogen. So argumentiert Jason W. Moore in seinem Buch *Capitalism in the Web of Life*, dass die Annahme „statisch“ sei, die Natur würde sich *eines Tages* am Menschen rächen, wenn man die Naturgesetze weiterhin ignoriert. Auch Neil Smith lehnt in *Uneven Development* diese Spielart „linksapokalyptischen Denkens“ ab (vgl. Moore 2015; Smith 2008, 247).

Marx dagegen bezog die Störung des universellen Stoffwechsels der Natur durch den Kapitalismus nicht auf eine Rache der Natur. Stattdessen fanden im *Kapital* zwei weitere Aspekte Berücksichtigung. Erstens geht es darum, dass das Kapital die von der Natur auferlegten Beschränkungen nicht akzeptiert. Im zweiten Band des *Kapital* heißt es dazu: „[D]er Umfang, worin dies Kapital als Wert- und Produktbildner wirkt, ist elastisch und variabel“ (MEW 24, 357). Auch in den *Grundrissen* wies Marx darauf hin, dass die Elastizität des Kapitals eine seiner Stärken ist, denn sie erlaubt es, bei Schwierigkeiten in der Kapitalakkumulation durch die Weiterentwicklung von Technologien und die Erfindung neuer Gebrauchswerte schrittweise „ein System der allgemeinen Nützlichkeit“ zu errichten. Doch da das Kapital neben der abstrakten Arbeit keine anderen materiellen Aspekte berücksichtigt, führt der Versuch, die natürlichen Grenzen zu überwinden, nicht zur Auflösung der eigenen Widersprüche, sondern vertieft diese in noch größerem Maßstab. Diese *dynamische* Beziehung zwischen Kapital und Natur zu untersuchen, war das zentrale Anliegen für den späten Marx. Während Engels die übergeschichtlichen Naturgesetze als „Wissenschaft“ vom Universum formulierte, verlagerte sich Marx' Forschungsinteresse immer mehr hin zu empirischen Fragen in der Geologie, der Agrikulturchemie und der Mineralogie. Vor allem versuchte er, die bemerkenswerte Elastizität des Kapitals im interdependenten historischen Prozess, in dem der Mensch die Natur bearbeitet und die Natur die Existenz des Menschen bedingt, zu begreifen.

Zweitens verzichtet Marx' Beschreibung des gestörten Stoffwechsels auf eine apokalyptische Tonlage und hebt einen *aktiven* Widerstandsfaktor hervor. Die endlose Verlängerung des Arbeitstags und die Umgestaltung des Produktionsprozesses mit dem Ziel der Mehrwertproduktion führen zu entfremdeter Arbeit sowie körperlichen und psychischen Krankheiten. Das macht letztendlich eine bewusste Regulierung der verdinglichten Macht erforderlich, etwa durch Einführung des Normalarbeitstags und staatliche Einrichtungen zur beruflichen Ausbildung. Ein ähnlicher Weg ist in Hinblick auf die Natur denkbar. Die Störung des universellen Stoffwechsels der Natur macht es notwendig, die gesellschaftliche Organisation der Produktionstätigkeiten bewusster zu gestalten, wie Marx im *Kapital* schreibt: „Aber [die kapitalistische Produktion] zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen“ (MEW 23, 528). Da sie die

vielschichtigen Dimensionen des gesellschaftlichen und natürlichen Stoffwechsels nicht komplett berücksichtigen kann, führt die kapitalistische Produktion zur Zerstörung der Natur. Sie macht jede Möglichkeit der Koevolution von Mensch und Natur zunichte und gefährdet sogar den Fortbestand der menschlichen Zivilisation. Für das Kapital zählt nur die Akkumulation, egal, ob der Planet für Menschen und Tiere weitgehend unbewohnbar wird. Anstatt den Zusammenbruch des Kapitalismus durch die Rache der Natur abzuwarten, ist es für die Verwirklichung einer zukünftigen Gesellschaft unerlässlich, dass diejenigen, die gegen die globale ökologische Krise ankämpfen, Maßnahmen ergreifen, um den Stoffwechsel mit ihrer Umwelt bewusst und aktiv kontrollieren zu können.

Im dritten Band des *Kapital* schrieb Marx dazu bekanntlich:

„Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.“ (MEW 25, 828)

Wie aufgezeigt betonte Engels die Notwendigkeit, die Naturgesetze bewusst anzuwenden – und das „Reich der Freiheit“ gründet genau auf dieser Kontrolle über die Natur. Doch Marx hob noch einen weiteren Punkt hervor. Eine notwendige Bedingung war für ihn auch, dass Produzierende angesichts des gestörten Stoffwechsels ein gemeinsames Bündnis eingehen und eine „blinde Macht“ unter ihre bewusste Kontrolle bringen. Andernfalls wäre die menschliche Existenz gefährdet. Jedoch „bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit“. In der neuen, bündnisbasierten Gesellschaft sollte es um die freie Entfaltung der Individualität gehen, was über die befreite Arbeit hinausgeht. Arbeit ist für die menschliche Existenz unerlässlich, doch sie ist nur eine der menschlichen Tätigkeiten. Wenn befreite Arbeit mithilfe der im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte möglich ist, dann sollte durch die Ausweitung der Freizeit über die befreite Arbeit hinaus das wahre Reich der Freiheit verwirklicht werden können (vgl. Stanley 2002, 23).²

Für Marx bezog sich Freiheit nicht nur auf die bewusste Regulierung von Naturgesetzen auf Basis der Naturwissenschaften, sondern auch auf künstlerische Tätigkeiten, die Pflege von Liebes- und Freundschaftsbeziehungen und Freizeitbeschäftigungen wie Sport und Literatur. Engels dagegen blieb der Dialektik der Natur verhaftet und betonte die Entstehung menschlicher Freiheit aus der Kenntnis der übergeschichtlichen Naturgesetze, wobei die Kontrolle über die Natur das Reich der Freiheit unmittelbar verwirklichen würde. Bedingt durch diesen verkürzten Sinn des Reichs der Freiheit beschäftigte sich Engels auch nicht mit der bei Marx im Vordergrund stehenden vollständigen Entwicklung der Individualität im Kommunismus, sondern setzte auf einen hegelianischen Begriff der Freiheit. Demnach kann Freiheit durch die bewusste Verfolgung des Notwendigen zur Wirklichkeit werden.

2 John Stanley argumentiert ausgehend von der zitierten Passage, dass Marx und Engels dieselbe Vorstellung vom Sozialismus geteilt hätten, doch seine Behauptung ist nicht schlüssig.

6. Notizsammlungen und Kritik der politischen Ökonomie

Marx' Stoffwechseltheorie ist zudem hilfreich, um die Bedeutung seiner ab 1868 verfassten Notizen über die Naturwissenschaften zu verstehen. Diese wenig bekannten Notizsammlungen enthalten Hinweise darauf, wie die ungeschriebenen Abschnitte des *Kapital* aussehen könnten. Tatsächlich erschöpfte sich Marx' Interesse an den Naturwissenschaften nicht in seiner Theorie der Grundrente. Seine Liebig-Rezeption geht darüber hinaus und behandelt die umorganisierte und widersprüchliche Beziehung von Mensch und Natur unter kapitalistischer Produktion. Kurz gesagt geht es darum, zu verstehen, wie die verdinglichte Macht des Kapitals den universellen Stoffwechsel bestimmt und zu Unstimmigkeiten in der stofflichen Welt führt.

Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang Marx' Exzerpte des deutschen Agrarwissenschaftlers Carl Fraas. In seinem Brief an Engels vom 25. März 1868 schrieb Marx, dass er im Zuge seiner ausführlichen Notizniederschriften auf eine „[unbewusste] sozialistische Tendenz“ (MEW 32, 53) gestoßen war. Angeregt von Marx' lobenden Worten las Engels später Fraas' *Klima und Pflanzenwelt in der Zeit*, das klimatische Veränderungen in antiken Zivilisationen wie Mesopotamien, Ägypten und Griechenland infolge der großflächigen Abholzung von Wäldern behandelt. Engels Notizen aus den Jahren 1879–80 enthalten Exzerpte aus diesem Buch. Diese sind zwar kurz gehalten (Engels erstellte sie, nachdem er Fraas' Werk für seine *Dialektik der Natur* genutzt hatte), doch seine Paraphrasen zeugen davon, dass Engels' Fraas-Lektüre von Marx geprägt war. Im Vergleich zu 1864 hatte das intellektuelle Verhältnis zwischen Marx und Engels in Bezug auf die Naturwissenschaften also seine Vorzeichen geändert.

Diesbezüglich ist als erstes Beispiel anzuführen, dass Marx im vorgenannten Brief Fraas' Erkenntnis hervorhob, dass „die Kultur – wenn naturwüchsig vorschreitend und nicht *bewußt beherrscht* [...] Wüsten hinter sich zurückläßt“ (MEW 32, 53), und wir parallel folgende Notiz von Engels lesen: „*Es läßt die fortschreitende Völkerkultur eine ziemliche Wüste hinter sich*“ (MEGA IV/31, 515). Engels schrieb zusammenfassend auch, dass Fraas' Werk deshalb von Bedeutung sei, weil es „Hauptnachweis [dafür ist,] daß die Civilisation ein antagonistischer Prozeß ist, der in seiner bisherigen Form das Land erschöpft, den Wald verwüftet, den Boden für seine ursprünglichen Produkte unfruchtbar macht & das Klima verschlechtert“. Exemplarisch notierte er, dass die Temperaturen in Deutschland und Italien durchschnittlich um „5–6° R.“ [Grad Réaumur] (MEGA IV/31, 512) gestiegen waren. Die Vorstellung, dass nicht-bewusste Produktion zu „Verwüstung“ führt, spiegelte sich im Motiv der Rache der Natur in der *Dialektik der Natur* wider. Darin argumentierte Engels in Anlehnung an Fraas' Werk: „Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen.“ (MEW 20, 453)

Zweitens schrieb Marx im selben Brief, dass Fraas „vor Darwin Darwinist“ (MEW 32, 52) gewesen war, während Engels eine Passage aus Fraas' Werk zitierte, die an Darwins „natürliche Selektion“ erinnert: „Dass zugleich die Eiche sehr empfindlich ist gegen die genannten Faktoren des physikalischen Klimas und bei auch nur geringer Aenderung derselben im Wettstreit des natürlichen Fortkommens und Selbsterhaltens gegen miteifernde zähere und weniger empfindliche Waldbilder zurückbleibt, haben wir schon erwähnt“ (Fraas 1847, 121). Engels deutete Fraas' Ausführungen als Gegenbeleg zu dem auf einer darwinistischen Argumentation basierenden

„Glauben an *Konstanz der Pflanzenarten*“ (MEGA IV/31, 512). Die Deckungsgleichheit seines Forschungsinteresses mit dem von Marx muss auch für ihn augenfällig gewesen sein.

Allerdings beschränkte sich Marx' Interesse an Fraas nicht auf das Motiv der Rache der Natur und auf darwinistische Überlegungen. Anfang 1868 hatte Marx neben Fraas auch Georg Ludwig von Maurers *Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf-, und Stadtverfassung und der öffentlichen Gewalt* gründlich gelesen. Darin behandelt der Rechtshistoriker Maurer das deutsche Grundeigentumssystem. Im schon genannten Brief an Engels vom 25. März 1868 befand Marx, dass auch Maurers Werk von einer „sozialistischen Richtung“ (MEW 32, 51) zeugt. Warum untersuchte Marx in diesem Zusammenhang die deutsche Gesellschaft, einen Gegenstand, der scheinbar nicht in Verbindung zu den Naturwissenschaften steht?

Ein Hinweis findet sich in Fraas' Schriften. Im 1866 erschienenen *Die Ackerbaukrisen und ihre Heilmittel* zitiert Fraas aus Maurers Werk und gab eine Einschätzung zur Nachhaltigkeit deutscher Gemeinden:

„Wenn dann freilich noch die Dorfmark weder Holz noch Heu und Stroh oder gar Mist, ja selbst Vieh (Schweine!), außer an die Dorfgenossen zu verkaufen erlaubte und gebot, daß alle innerhalb der Mark gezogenen Feldfrüchte, auch Wein, auch daselbst verzehrt werden sollten (woraus dann vielfach Bannrechte entstanden), so fehlte nicht bloß nichts an den Mitteln zur Krafterhaltung der Felder, sondern durch die Nutzung der Wald- und Weidezuschüsse oder noch mehr der von Flüssen gedüngten Wiesen mußte überall Kraftsteigerung eintreten [...].“ (Fraas 1866, 210)

Fraas' Argument lautet nicht, dass sämtliche vorkapitalistischen Gesellschaften in Unkenntnis über die Naturgesetze Verwüstung hinterlassen hätten. Eher war es so, dass in der deutschen Gesellschaft die Bodenproduktivität angestiegen war, sofern eine nachhaltige Produktion vorlag. Im Gegensatz zu griechischen und römischen Gesellschaften, in denen es zu einem gewissen Grad bereits Warenproduktion gab und in denen das gemeinschaftliche Band eher lose war, hatten deutsche Gemeinden eine kommunale Kontrolle der Landnutzung verordnet und ermöglichten dadurch eine nachhaltige Bewirtschaftung. Bei der Lektüre von Fraas' Werk wandte sich Marx deshalb Maurers Analyse zu, um der „sozialistischen Tendenz“ weiter nachzuspüren. In der Folge maß er dem Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur in vorkapitalistischen Gesellschaften größere Aufmerksamkeit bei.

Anstatt sich auf die Rache der Natur infolge der Missachtung der Naturgesetze in vorkapitalistischen Gesellschaften zu konzentrieren, erkannte Marx, dass ein nachhaltig gestalteter Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur in der gemeinschaftlichen Produktion eine Quelle der „Lebensfähigkeit“ ist. In den Entwürfen zu einem Brief an Vera Sassulitsch bezog sich Marx abermals auf Maurer und argumentierte, dass Russland einen sozialistischen Pfad einschlagen könne, wenn es sich auf die Lebensfähigkeit archaischer Gemeinschaften zurückbesinnt und den Entwicklungspfad des westlichen Kapitalismus nicht weiterverfolgt (MEW 19, 388, 403). Diese Lebensfähigkeit speist sich aus der Stärke der Ackerbaugemeinden. Der Stoffwechsel wurde dort auf grundverschiedene Weise vermittelt als im Kapitalismus, auch wenn das eher unbewusst durch Tradition und Brauchtum geschah als durch Kenntnis der Naturgesetze. Dank seiner Nachhaltigkeit könnte dieser Stoffwechsel eine materielle Grundlage für Widerstand gegen die Logik des Kapitals bieten. Da Fraas und Maurer diese Lebensfähigkeit in den Vordergrund stellten, entdeckte Marx eine sozialistische Tendenz in ihren Werken. Dieser Aspekt begründet auch sein praktisches Interesse an Fraas' Untersuchungen.

Eine bemerkenswerte Erweiterung von Marx' Stoffwechseltheorie stellen zudem die 1878 verfassten Notizbücher dar, die Exzerpte aus den geologischen Abhandlungen von John Yeats und

Joseph Beete Jukes enthalten. Diese ausführlichen Exzerpte decken eine ganze Bandbreite von Themen ab und beschränken sich nicht auf die Ökologie. Marx betrieb seine geologischen Recherchen letztlich aber um der politischen Ökonomie willen. Er notierte etwa: „Enorme Geldsummen verwüestet in coal-mining [im Kohlebergbau] allein aus Unwissenheit“ (MEGA IV/26, 478; Anm. d. Ü.: engl. Begriffe hier und im Weiteren wie im Original; dt. Übersetzungen in eckigen Klammern ergänzt). Zudem exzerpierte er Jukes' Ausführungen im *Student's Manual of Geology* und hielt fest, dass die Geologie von „grösster praktischer Wichtigkeit“ ist und dass „einer der Hauptpunkte f. [die] praktische Anwendung der Geology in British islands“ darin besteht, dass sie „sowohl zur Verhütung v. wasteful expenditure of money in rash enterprises [verschwenderischen Geldausgaben hastiger Unternehmen], als zur Direction des enterprise [Unternehmensführung], wo chance of being successful [sie Aussicht auf Erfolg haben]“ (MEGA IV/26, 642). Marx beherzigte auch Jukes' Ausführungen darüber, wie geologische Erkenntnisse zu fortschrittlicheren Explorationsmethoden führen, den Abbau von Roh- und Hilfsstoffen wie Kohle und Eisen erleichtern und die Produktivität steigern; zudem, wie Fortschritte beim Transport das Verhältnis von industrieller Produktion und Landwirtschaft (und extraktiven Industrien) prägen.

Des Weiteren hob Marx hervor, wie geologische Schichten als eine sich menschlicher Einflussnahme entziehende Naturbedingung Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung haben: „England [ist] getheilt in 2 ganz dissimilar parts [zwei ganz ungleiche Teile], worin form u. aspect [Form und Aussehen] des Bodens, u. condition u. employments der people [Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen] gleichmässig mit einander contrastiren“. Der nordwestliche Teil weist „hauptsächlich *palaeozoic ground* [paläozoisches Grundgestein]“ auf und ist „oft wild, barren u. mountaineous [kahl und hügelig], aber an vielen Plätzen voll von mineralischem Reichthum“. Der südöstliche Teil dagegen ist gekennzeichnet von „*secondary u. tertiary ground* [Sekundär- und Tertiärgestein], u. im Allgemeinen *soft u. gentle in outline* [von sanfter und weicher Gestalt], *mit wenig od. keinem Reichthum unter dem Boden*“. Folglich überwögen im ersten Gebiet „[m]ining u. manufacturing populations [in Bergbau und Manufaktur tätige Bevölkerungen]“, während die arbeitende Bevölkerung im zweiten Gebiet „meist agricultural [landwirtschaftlich tätig]“ (MEGA IV/26, 641) sei. Im ersten Band des *Kapital* schwebte Marx die Entstehung „einer neuen, höheren Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie“ vor, die den Gegensatz der beiden Bereiche überwindet (MEW 23, 528). Dabei gelte es, die unveränderlichen geologischen Eigenschaften, die Jukes herausgearbeitet hat, gründlicher zu berücksichtigen. Tatsächlich hat Marx diese Passagen in seinen Notizen hervorgehoben, um später auf sie zurückkommen zu können.

Unter Bezugnahme auf Fraas und Darwin behandelt Jukes auch die Auswirkungen von Klima und Niederschlag auf geologische Formationen sowie Flora und Fauna. Im Abschnitt „Paläontologie“ weist er mit direktem Bezug auf Darwin auf umfassende Langzeitveränderungen des Klimas hin und argumentiert, wie von Marx notiert: „Alteration of climates involves Destruction of species [Klimatische Veränderungen gehen mit Artenverlust einher]“ (MEGA IV/26, 219). In diesem Zusammenhang fügte Marx auch Jukes' folgende Bemerkung bei: „Die *extinction of species* [das Artensterben] schreitet noch voran (*man selbst* the most active exterminator [der Mensch selbst der aktivste Vernichter])“ (MEGA IV/26, 233). Marx behandelte klimatische Veränderungen aus geologischer Langzeitperspektive und thematisierte ihre Auswirkungen auf die Umwelt, vor allem auch mit Blick auf die den Menschen betreffenden Folgen, so wie vor ihm schon Fraas. Eine ähnliche Anmerkung zum Klimawandel in Nordamerika findet sich im Zusammenhang mit einem Exzerpt aus Yeats' *Natural History of the Raw Materials of*

Commerce: „*The enormous clearings* have, on the other hand, *already sensibly modified the climate* [Andererseits haben die massiven Abholzungen das Klima bereits spürbar verändert]“ (MEGA IV/26, 37). Marx' Interesse an den Werken von Darwin und Fraas ist nicht wie bei Engels auf enzyklopädische Themen wie den Ursprung des Lebens, die natürliche Selektion oder die Evolution beschränkt, sondern konzentriert sich auf konkretere Ausprägungen der menschlichen Stoffwechselbeziehung zur Natur.

7. Fazit

Trotz aller Bemühungen gelang es Marx nicht, die Erkenntnisse, die er in den genannten Feldern gewonnen hatte, im *Kapital* voll zu berücksichtigen. Dennoch ist es möglich, zentrale Unterschiede in puncto Ökologie zwischen Marx und Engels auszumachen. Bei Engels' Perspektive ging es darum, mithilfe der Naturwissenschaften die Naturgesetze enzyklopädisch zu erkennen, um so das Reich der Freiheit zu realisieren. Während Marx' materialistischer Ansatz untersucht, wie sich das Verhältnis Subjekt/Objekt sowie Wesen/Erscheinung unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen zwangsläufig verkehrt, basiert Engels' Materialismus auf dem Dualismus von Bewusstsein und Materie und räumt letzterer ontologischen Vorrang ein. Sein Ansatz ist von einem philosophischen Transhistorismus gekennzeichnet, weshalb Engels letztlich Liebigs Stoffwechselkonzept ablehnte und sich mit der in den 1840er Jahren entwickelten These vom „Gegensatz von Stadt und Land“ zufriedengab.

Marx dagegen hatte spätestens seit der *Deutschen Ideologie* kaum mehr Interesse an solch philosophischen Fragen. Indem er den Stoffwechselbegriff weiterentwickelte, wollte er den physischen und gesellschaftlichen Wandel der Beziehung von Mensch und Natur aus historischer, ökonomischer und wissenschaftlicher Perspektive verstehen. Denn die im Zuge des modernen Industriesystems entstandenen Technologien hatten eine beispiellose Umorganisation der gesamten Stoffwechselbeziehung zwischen Gesellschaft und Natur bewirkt. In den 1860ern begriff Marx, welches zerstörerische Potenzial freigesetzt wird, wenn naturwissenschaftliche Erkenntnis als „Produktivkraft des Kapitals“ technische Anwendung findet, und warnte daher vor der nicht-nachhaltigen kapitalistischen Produktion.

Aufgrund von theoretischen Differenzen haben Engels und spätere Marxist*innen die Notizsammlungen von Marx leider völlig vernachlässigt. 150 Jahre nach Erscheinen des ersten Bands des *Kapital* ist es daher geboten, diese in Vergessenheit geratenen Notizen zu untersuchen, um die verblüffende Reichweite von Marx' Kritik der politischen Ökonomie wiederzuentdecken.

Literatur

- Burkett, Paul (2006): *Marxism and Ecological Economics. Toward a Red and Green Political Economy*, Leiden.
- Carver, Terrell (1983): *Marx & Engels. The Intellectual Relationship*, Brighton.
- Clark, Brett/York, Richard (2008): *Rifts and Shifts*, in: *Monthly Review*, 60:6, 13–24.
- Engels, Friedrich (1973 [1872–1873]): *Zur Wohnungsfrage*, in: MEW 18, Berlin.
- (1975a [1878]): *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in: MEW 20, Berlin.
- (1975b [1878]): *Dialektik der Natur*, in: MEW 20, Berlin.
- Foster, John Bellamy (2000): *Marx's Ecology. Materialism and Nature*, New York.

- (2013): Marx and the Rift in the Universal Metabolism of Nature, in: *Monthly Review*, 65:7, 1–19.
- /York, Richard/Clark, Brett (2011): *The Ecological Rift. Capitalism's War on the Earth*, New York.
- /Burkett, Paul (2016): *Marx and the Earth. An Anti-Critique*, Leiden.
- Fraas, Carl (1847): *Klima und Pflanzenwelt in der Zeit, ein Beitrag zur Geschichte beider*, Landshut.
- (1866): *Die Ackerbaukrisen und ihre Heilmittel*, Leipzig.
- Jordan, Zbigniew A. (1967): *The Evolution of Dialectical Materialism*, London.
- Lukács, Georg (1977): *Geschichte und Klassenbewußtsein*, in: ders., *Werke*, Bd.2. Frühschriften, Darmstadt und Neuwied.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Erster Band*, in: MEW 23, Berlin.
- (1963): *Das Kapital. Zweiter Band*, in: MEW 24, Berlin.
- (1964): *Das Kapital. Dritter Band*, in: MEW 25, Berlin.
- (1983): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW 42, Berlin.
- (1987): *Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch*, in: MEW 19, Berlin.
- (1992 [1863–65]): *Das Kapital (Ökonomisches Manuskript 1863–1865). Drittes Buch*, in: MEGA II/4.2, Berlin.
- Marx, Karl /Engels, Friedrich (1967): *Briefe Januar 1881 – März 1883*, in: MEW 35, Berlin.
- (1974a): *Briefe Januar 1860 – September 1964*, in: MEW 30, Berlin.
- (1974b): *Briefe Januar 1868 – Mitte Juli 1870*, in: MEW 32, Berlin.
- (1977): *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW 4, Berlin.
- (1978): *Die Deutsche Ideologie*, in: MEW 3, Berlin.
- (1999): *Naturwissenschaftliche Exzerpte und Notizen, Mitte 1877 – Anfang 1883*, in: MEGA IV/31, Berlin.
- (2011): *Exzerpte und Notizen zur Geologie, Mineralogie und Agrikulturchemie, März – September 1878*, in: MEGA IV/26, Berlin.
- Moore, Jason, W. (2015): *Capitalism in the Web of Life*, London.
- Smith, Neil (2008): *Uneven Development*, Athens/London.
- Stanley, John L. (2002): *Mainlining Marx*, Piscataway.
- Wendling, Amy E. (2009): *Karl Marx on Technology and Alienation*, New York.
- Žižek, Slavoj (2009): *Ecology*, in: Taylor, Astra (Hg.): *Examined Life. Excursions with Contemporary Thinkers*, New York, 155–83.

Übersetzung aus dem Englischen von Utku Mogultay und Lisa Jeschke.

Marx und die revolutionären Umbrüche seiner Zeit: Vom eurozentrischen Determinismus zu einer global offenen Perspektive

1. Einleitung

In den vier Jahrzehnten seines politisch-theoretisch aktiven Lebens hat Karl Marx sechs revolutionäre Konstellationen miterlebt, die ihn erheblich beeinflusst haben: (1) Die europäische Revolution 1848/49, (2) die Taiping-Revolution seit 1851, (3) die Sepoy-Revolte in Indien 1857, (4) den amerikanischen Bürgerkrieg 1861–1865, (5) die Pariser Commune vom Frühjahr 1871 und (6) die sozialrevolutionäre Bewegung der Narodniki in Russland Ende der 1870er/Anfang der 1880er Jahre. Er hat darauf sehr unterschiedlich reagiert und keine in sich konsistente Analyse erarbeitet. Ich möchte jedoch in meinem Beitrag nachweisen, dass die Auseinandersetzung mit diesen revolutionären Entwicklungen Marx zunehmend dazu gebracht hat, sein ursprünglich stark unilinear, deterministisch und eurozentristisch geprägtes Denken selbstkritisch zu hinterfragen. Um diese Hypothese zu belegen, werde ich einen Gesamtüberblick versuchen. Dabei wird aber auch klar werden, dass die aus der Analyse der revolutionären Umbrüche gewonnenen Einsichten nur zu begrenzten Korrekturen in seiner Kritik der politischen Ökonomie führten und viele Fragen offen ließen.

2. Die unilinear-deterministische Phase (1848–1853)

Als Theoretiker und Aktivist der Revolution von 1848/49 verfolgte Marx eine stark deterministisch und unilinear geprägte Konzeption. In dem gemeinsam mit Engels um die Jahreswende 1847/48 verfassten und im Frühjahr 1848 veröffentlichten „Manifest der Kommunistischen Partei“¹ nahm er den Aufstieg eines zentralen revolutionären Subjekts vorweg, nämlich einer Klasse der ihrer Produktionsmittel beraubten und nur noch über ihre Arbeitskraft verfügenden „doppelt freien Lohnarbeiter“ des großindustriellen Kapitalismus. Ihre Vorläufer, die proletarierten Handwerker, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Subproletarier waren dagegen den Untergang geweiht. Der industriellen Bourgeoisie würde nur noch eine einzige Klasse, die Klasse der Industrieproletarier, als „Totengräber“ gegenüberstehen.

Dieser konzeptionellen Vorwegnahme entsprach auch Marxens politische Strategie: Die entstehende industrielle Arbeiterklasse müsse sich mit der industriellen Bourgeoisie verbünden, um sie dann nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution und dem Aufstieg der Großindustrie zu expropriieren und sich die kooperativ entfalteten Produktionsmittel kollektiv anzueignen. In diesem theoretisch-politischen Konzept wurde der Bourgeoisie eine historisch progressive Rolle

1 MEW 4, 459-493. Vgl. ergänzend die historisch-kritische Edition von Thomas Kuczynski (1995).

zugesprochen, die sich aus der von ihr zu bewerkstelligenden „revolutionären“ Entfaltung der Produktivkräfte ergab. Es stellte eine Übertragung der in England am weitesten fortgeschrittenen sozialökonomischen Entwicklung auf Kontinentaleuropa dar, zugleich hatte der Kapitalismus aber auch in den Kolonien eine geschichtlich progressive Funktion zu erfüllen.² Dabei gingen Marx und Engels von der Annahme aus, dass sich das industrielle Proletariat im Gefolge der rapiden Ausweitung des Weltmarkts, des Transportwesens und der Großindustrie innerhalb einer ziemlich kurzen Zeitspanne weltweit als zentrales Klassensubjekt durchsetzen würde.

Dieses Konzept war eine entschiedene Absage an die soziale Massenbewegung der arbeitenden Armen, die in ihrer „Basisrevolution“ von 1848 gegen Pauperisierung und Hunger kämpften und in erster Linie ihr soziales Existenzrecht einforderten: die Senkung der Korn- und Lebensmittelpreise, die Einführung sozialer Unterstützungskassen und die politische Absicherung ihrer Subsistenzforderungen in einer demokratischen Republik (Meyer 2009). Die krasse Abkehr von den Inhalten der sozialen Revolution wurde von den Mit-Akteuren sehr wohl wahrgenommen und kritisch kommentiert. Der Armenarzt Andreas Gottschalk, Mitbegründer der Kölner Gruppe des Bundes der Kommunisten und Marxens Vorgänger als Vorsitzender des Kölner Arbeitervereins, sah in Marx einen „gelehrten Sonnengott“, den das Massenelend nur wissenschaftlich interessierte. Auch Marxens Bündnisoption mit der liberalen Bourgeoisie lehnte er entschieden ab und votierte für eine soziale Revolution in Permanenz. Der Impuls zur deutschen Märzrevolution war von Köln und dem Rheinland ausgegangen; hier standen sich die Protagonisten des Umsturzes – die sich am französischen Sozialismus orientierenden Moses Hess und Andreas Gottschalk auf der einen Seite und die Propheten des „wissenschaftlichen Sozialismus“ um Marx und Engels auf der anderen – unversöhnlich gegenüber (Stein 1921, Stommel 1964).

Die Niederlage der Revolution von 1848/49 zwang viele exponierte Akteure erneut zur Emigration. So erging es auch Marx, der nach einer kurzen Zwischenstation in Paris dauerhaft in London Fuß fasste. Auch der „Bund der Kommunisten“, für den er das „Kommunistische Manifest“ mit verfasst hatte, löste sich 1852 auf. Der ehemalige Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ musste sich mit dem Posten eines Londoner Korrespondenten der „New York Daily Tribune“ arrangieren. Seit dem Herbst 1851 berichtete er jahrelang über die Wirren des konterrevolutionären Europa und seine Verwicklungen mit Russland und dem Osmanischen Reich. Das war aber nicht alles. Die New Yorker Redaktion verlangte auch Berichte und Analysen über die zentralen Konfliktherde der britischen Kolonialherrschaft. Und damit stellte sich für Marx die Frage, ob seine weit über die sozialökonomischen Realitäten von 1848/49 hinausgreifende Prognose in der Auseinandersetzung mit den Klassenverhältnissen des damaligen globalen Südens Bestand hatte.

Hier warteten auf Marx erhebliche Überraschungen. 1851 hatte in Südchina eine Bauernrevolution begonnen, die sich rasch auf Zentralchina ausweitete, zur Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes führte und in einen allgemeinen Steuerboykott mündete. Die Mandschou-Dynastie wankte. Marx war verunsichert. Die sozialen Triebfedern der Revolution waren ihm rätselhaft. Lediglich die äußeren Ursachen erschlossen sich ihm: Die Briten hatten im ersten Opiumkrieg „die barbarische hermetische Abschließung von der zivilisierten Welt ... durchbrochen“ (MEW 9, 96) und

2 „Die Bourgeoisie reißt ... alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie auch den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt.“ (MEW 4, 466).

die Autorität der Mandschou-Dynastie erschüttert. Die klar zutage getretene innere Komponente des Umsturzes blieb dagegen eine unerklärliche Leerstelle, weil eine genuine Bauernrevolution nicht in Marxens unilineares Modell der Klassenkämpfe hineinpasste: Wie konnte eine dem Untergang geweihte Klasse leibeigener Bauern ihre grundherrschaftlich-dynastischen Ketten abschütteln und ein – wie kurzlebig auch immer bestehendes – „Himmlisches Reich der großen Gerechtigkeit“ schaffen? Marx half sich über diese Aporie hinweg, indem er den am Gegenpol Europas in Gang gekommenen Taiping-Umsturz zu einem Ereignis umdeutete, das „den Funken in das übervolle Pulverfaß des gegenwärtigen industriellen Systems schleudern“, eine allgemeine Krise bewirken und auf dem europäischen Kontinent „politische Revolutionen“ auslösen werde (MEW 9, 100).

Knapp zwei Wochen später wandte sich der Europa-Korrespondent der „New York Daily Tribune“ der britischen Kolonialherrschaft in Indien zu. Der konkrete Anlass dazu waren Parlamentsdebatten in London, die gerade hohe Wellen schlugen. Marx nahm sie zum Anlass, um den Lesern seine eigene Auffassung darzulegen.³ Er vertrat einen klaren Standpunkt. Indien war eine „orientalische Despotie“ und aufgrund seiner eigenen Geschichtslosigkeit schon immer Objekt von Eroberung und Fremdherrschaft gewesen. Das riesige Land wurde von einer zentralisierenden Staatsgewalt zusammengehalten, die neben Departements für Finanzen und Militärwesen vor allem öffentliche Arbeiten zur Unterhaltung der umfangreichen Bewässerungssysteme betrieb. Sie herrschte über Myriaden atomisierter und sich selbst versorgender Dorfgemeinschaften, in denen das häusliche Gewerbe – insbesondere Weben und Spinnen – mit dem gemeinschaftlich organisierten Ackerbau kombiniert war. Die Dorfgemeinden bildeten die passive und apathische Grundlage des „orientalischen Despotismus“, wobei sie „den menschlichen Geist auf den denkbar engsten Gesichtskreis beschränkten, ihn ... zum unterwürfigen Sklaven traditioneller Regeln machten und ihn jeglicher Größe und geschichtlicher Energien beraubten.“ (MEW 9, 132)

Einer so verstandenen Gesellschaftsorganisation konnte der Mitverfasser des „Kommunistischen Manifests“ trotz seiner zeitweiligen Verunsicherung durch den Taiping-Aufstand verständlicherweise nichts abgewinnen. Sie musste zerstört werden, und der britischen Bourgeoisie fiel die Mission zu, das Hausgewerbe durch die wohlfeilen Produkte ihrer Textilindustrie zu ruinieren, die ackerbauenden Dorfgemeinden aufzulösen „und so die größte und [...] einzige soziale Revolution“ hervorzurufen, „die Asien je gesehen“ habe (ebd.).

Auf ihre Zerstörung hatte dann gemäß dieser Blaupause der Neuaufbau der Gesellschaft zu folgen. Marx blieb nicht verborgen, dass in dieser Hinsicht noch überraschend wenig geschehen war. Aber er war sich sicher, wie es nun weitergehen würde: Die politische Einheit unter der Führung der britischen Kolonialmacht und die allseitige Erschließung des riesigen Landes durch den Telegraphen, das Dampfschiff und die Eisenbahn. Entlang der entstehenden Eisenbahnnetze konnten die Bewässerungssysteme erneuert und erweitert werden. Den Eisenbahnen würde die Großindustrie folgen, denn Indien verfügte über Kohle und Eisen, und niemand würde verhindern können, dass es bald seine eigenen Maschinen produzierte.

Marx verschwieg indessen keineswegs, mit welchen Methoden die britische Bourgeoisie als „unbewusste(s) Werkzeug der Geschichte“ (ebd., 133) die „soziale Revolution“ in Indien vorantrieb:

3 Karl Marx: Die britische Herrschaft in Indien, in: MEW 9, 127-133; ders.: Die Ostindische Kompanie, ihre Geschichte und die Resultate ihres Wirkens, MEW 9, 148-156; ders.: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, MEW 9, 220-226.

„Heuchelei“, „Erpressung“ und „Raubgier“ waren ihre Markenzeichen (MEW 9, 225). Aber es gab keine Alternative. Die „verheerenden Wirkungen“ mussten in Kauf genommen werden, bis dereinst auch in Indien die „Totengräber“ der Bourgeoisie herangereift waren und das Joch des britischen Kolonialismus abschüttelten. Die durch die Taiping-Revolution ausgelöste Verunsicherung war wieder verflogen. Das „Kommunistische Manifest“ behauptete auch am Fall Indien seine Gültigkeit: Dem unilinear eurozentrischen Modell des Weltkapitalismus war ein ebenso unilinear eurozentrisches Konzept der proletarischen Revolution hinzugefügt worden.

3. Eine erste Zäsur: Der indische Sepoy-Aufstand, der zweite Opiumkrieg und die Entdeckung der „Asiatischen Produktionsweise“ (1856–1858)

Während die erste Etappe der marxischen Revolutionstheorie den Grundstein zur späteren marxistischen Vulgata legte, kamen bei ihrem Urheber selbst bald ernsthafte Zweifel auf.

Der unmittelbare Anlass dazu hatte wie 1851 mit seiner Londoner Korrespondententätigkeit zu tun: 1856 zettelte Großbritannien den zweiten Opiumkrieg an, und ein Jahr später begann in Indien ein Aufstand der indigenen Sepoy-Armee, die der britischen Kolonialherrschaft bislang als Sicherheitsventil gedient hatte und sie nun ernsthaft ins Wanken brachte. Marx berichtete in der „New York Daily Tribune“ ausführlich über die laufenden Ereignisse, genauso engagiert wie über die erste Weltwirtschaftskrise, die sich zu dieser Zeit anbahnte. Dabei bezog er diesmal eindeutig Position. Er geißelte die Vorwände, mit denen die Briten die Bombardierung Kantons (Guangzhou) rechtfertigten, er war entsetzt über die Gräueltaten des britischen Expeditionskorps, und er ließ keinen Zweifel daran, dass es sich bei dem im Juni 1858 mit dem chinesischen Kaiserreich geschlossenen Vertrag von Tientsin, dem sich auch Frankreich, Rußland und die USA anschlossen, um nackte Erpressung handelte. Im Gegensatz zu 1853 bemühte er sich jetzt nicht mehr, die dadurch erzwungene Öffnung weiterer chinesischer Häfen für die Handelsoffensive der imperialistischen Großmächte als historisch notwendig zu rechtfertigen.⁴

Genau so entschieden schlug er sich auch auf die Seite des antikolonialistischen Aufstands in Indien. Er veröffentlichte zwölf Korrespondentenberichte, in denen er die in Bengalen begonnene Rebellion, ihre Ausweitung von Nordwestindien in Richtung Zentralindien bis nordöstlich von Kalkutta und die britische Belagerung Delhis nachzeichnete.⁵ Auch hier war er entsetzt über die Brutalität der britischen Gegenaktionen und die alltägliche Folterpraxis. Auch mit den unmittelbaren Auslösern setzte er sich in separaten Artikeln auseinander: mit dem forcierten Landraub der Ostindien-Kompanie, den Kontroversen um das Grundeigentum, der Unterdrückung der Nationalitäten und der radikalisierten Steuerpolitik.⁶ Hier fand ganz offensichtlich kapitalistische Ausbeutung ohne ins Gewicht fallende kapitalistische Entwicklung statt, und damit geschah in Indien – und China – etwas, das dem eurozentrisch-deterministischen Entwicklungskonzept eindeutig zuwiderlief. Hinzu kam der Kampfesmut der Aufständischen, der Marx zutiefst beeindruckte.

4 Marx publizierte bis Ende 1858 siebenmal über den zweiten Opiumkrieg, vgl. MEW 12, 102ff, 137ff, 162ff, 549ff, 553ff, 565ff, 584ff.

5 Vgl. MEW 12, 230ff, 238ff, 242ff, 247ff, 250ff, 260ff, 268ff, 274ff, 285ff, 293ff, 298ff, 302ff, 308ff.

6 MEW 12, 281ff, 483ff, 512ff, 523ff.

Somit war klar: Das unilineare Vexierbild hatte einen ersten Riss bekommen. Das Nachdenken darüber hätte jedoch den Rahmen der Korrespondentenberichte gesprengt. Deshalb entschloss sich Marx nun zu einem arbeitsteiligen Vorgehen, das er auch in der Auseinandersetzung mit der ersten Weltwirtschaftskrise befolgte: Tagsüber wertete er die einlaufenden Nachrichten für seine Zeitungsartikel aus, und nachts reflektierte er in seinem Manuskript über die „Grundrisse zur Kritik politischen Ökonomie“ über ihre theoretischen Rückwirkungen.

In diesem Sinn ist der als „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen“ überschriebene Abschnitt seiner ökonomischen Manuskripte von 1857/58 zu verstehen (MEW 42, 383–421). In ihm diskutierte Marx Produktionsweisen, in denen eine zentralisierende Instanz formal über das Eigentum an Grund und Boden verfügt, die Ackerbau und gewerbliche Produktion in sich vereinigenden Dorfgemeinden jedoch als faktische Kollektiveigentümer über den Boden und ihre Produktionsinstrumente verfügen: die antike und die asiatische Produktionsweise. Von den bisherigen „orientalistischen“ Ressentiments war nichts mehr zu spüren. Die auf gemeinschaftlicher Produktionsweise begründeten Gesellschaften verfügten sehr wohl über eine eigenständige Geschichte und wiesen bemerkenswerte Differenzierungen auf. In Teilen Indiens und Lateinamerikas war beispielsweise die gesamte Arbeit kollektiv organisiert, während in der slawischen Sphäre die Familienwirtschaft der Umteilungsgemeinde dominierte. Allen diesen Entwicklungen war jedoch gemeinsam, dass sie in keinem Fall in feudale Herrschaftsstrukturen übergingen, und dass sie so lange Bestand hatten, als die Gleichheit aller Beteiligten und deren unmittelbare Verfügung über die Produktions- und Reproduktionsbedingungen gegeben war. Damit war aber auch der Weg zur kapitalistischen Entwicklung blockiert. Selbst große Geldkapitalien (Kaufmannskapital) vermochten sie erst dann aufzubrechen, wenn den unmittelbaren Produzenten (Gemeinden oder Familienwirtschaften) die Verfügung über Grund und Boden sowie über Webstuhl und Spinnrad entzogen wurde. Auf diese Weise war die „asiatische Produktionsweise“ als eigenständige Gesellschaftsformation definiert, und Marx integrierte sie anschließend in seine 1859 veröffentlichte Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (vgl. MEW 13, 9). Geschichtstheoretisch gesehen konnten nun zwei Produktionsweisen dem Kapitalismus vorausgehen: die asiatische Produktionsweise und der Feudalismus. Mussten sie aber auch zwingend den Mahlstrom der ursprünglichen Akkumulation durchqueren? Diese Frage stellte sich Marx in diesem Kontext noch nicht. Das brennende Problem, wie sich die – in den Korrespondentenberichten nunmehr eindeutig gebrandmarkten – wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aggressionsakte der Kolonialmächte auf die Dorfgemeinden Asiens und des globalen Südens auswirkten, blieb noch unerörtert.

4. Eine zweite Verunsicherung: Der US-amerikanische Bürgerkrieg 1861–1865

Zu Beginn der 1860er Jahre rückte ein neuer überseeischer Konfliktherd in den Fokus, dem Marx alsbald revolutionäre Dimensionen zuschrieb: Der US-amerikanische Bürgerkrieg. Wieder wurde er als korrespondierender Berichtersteller tätig, und zwar diesmal für die in Wien erscheinende Zeitung „Die Presse.“⁷ Dabei reduzierte er die vielschichtigen sozialen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Facetten des Zerwürfnisses zwischen den Nord- und Südstaaten auf ein einziges

7 Marx berichtete in der Zeit von Oktober 1861 bis Dezember 1862 ausführlich über den Verlauf und die politisch-ökonomischen Hintergründe. Vgl. MEW 15, 329 ff.

Problem: die Sklavereifrage.⁸ In Anlehnung an den radikalen Flügel der Abolitionisten identifizierte er die „Oligarchie der 300.000 Sklavenhalter“ nicht nur als Urheber der Sezession, sondern attestierte der von ihnen getragenen „Föderation“ darüber hinaus eine aggressive Expansionspolitik, die auf die Ausdehnung der Sklaverei auf die Grenzstaaten zur Union und sogar auf die „Helotisierung“ der gesamten arbeitenden Bevölkerung der USA abzielte (MEW 15, 344ff.). Aus dieser Einschätzung heraus kritisierte er die anfänglich wankelmütige und defensive Linie des im November 1860 zum Präsidenten gewählten Republikaners Abraham Lincoln, weil dieser zu sehr auf die „loyal“ gebliebenen Sklavenhalter der Grenzstaaten Rücksicht nehme, und forderte eine entschieden härtere Gangart. Marx begründete diese Forderung mit der Einschätzung, es handle sich bei diesem Konflikt um einen „Kampf zweier sozialer Systeme, des Systems der Sklaverei und des Systems der freien Arbeit“ (ebd., 346).⁹

Tatsächlich ging die von Marx kritisierte „konstitutionelle“ Kriegführung der Union ab Frühsommer 1862 in ihren zweiten Akt, „die revolutionäre Kriegsführung“, über (ebd., 526). Zwar sah Marx in Lincoln „nicht die Ausgeburt einer Volksrevolution“ (ebd., 553). Aber der US-Präsident brachte ab Ende Mai 1862 eine Reihe von Gesetzen durch den Kongress, die den materiellen Interessen der „nordischen Volksmasse“ (und der Abolitionisten) weit entgegenkamen und sie nun zu einem entschiedenen Vorgehen gegen die Sezessionisten motivierten (ebd., 526). Sie erhielt einen Teil der Staatsländereien fast unentgeltlich zur Bebauung zugewiesen. Im föderativen Distrikt Columbia und in der Hauptstadt wurde die Sklaverei abgeschafft. Bei der Aufnahme des neuen Bundesstaats West-Virginia in die Union wurden die stufenweise – und zu entschädigende – Abschaffung der Sklaverei und der freie Status aller ab Juli 1863 geborenen Kinder der Sklaven vereinbart. In allen Bundesstaaten war die Sklaverei künftig verboten, und mit England wurde ein Vertrag zur weltweiten Unterbindung des Sklavenhandels geschlossen. Last but not least anerkannten die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit der „Negerrepubliken“ Haiti und Liberia.

Marx war indessen nicht nur ein engagierter Kommentator und auch keineswegs nur ein selbsternanntes Sprachrohr der Abolitionisten. Im Gegensatz zu den antikolonialistischen Aufständen der 1850er Jahre war er diesmal auch politisch involviert, wenn auch erst gegen Ende des Bürgerkriegs. Das kam deutlich zum Ausdruck, als er im November 1864 in seiner Eigenschaft als Vordenker und Ghostwriter der inzwischen gegründeten „Internationalen Arbeiterassoziation“ (IAA) ein Gratulationsschreiben an den gerade wieder gewählten US-Präsidenten Lincoln verfasste (MEW 16, 18-20). In ihm wurde plötzlich eine weitere Argumentationslinie erkennbar, die die bisherige Einschätzung überlagerte. In seinen Zeitungsartikeln hatte er durchgängig von einem Kampf zweier sozialer Systeme – freie Arbeit gegen Sklavenarbeit – gesprochen. Beim IAA-Schreiben kamen nun die „europäischen Arbeiter“ ins Spiel, die in der Sezession der Oligarchie der Sklavenhalter nicht nur „die Sturmglöcke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit“ vernahmen, sondern auch die Blockade erkannt hatten, die darin bestand, dass sich der amerikanische weiße Arbeiter, „der selbst sich verkaufen und seinen Herrn wählen“ könne, dem ohne seine Zustimmung verkauften „Neger“ überlegen fühle. Das Sklavereisystem bedrohte somit die Arbeiterklasse in doppelter Weise: zum einen durch die Liquidierung aller bislang erkämpften Errungenschaften, und zum andern durch eine in ihrem unterschiedlichen

8 Zur Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten vgl. vor allem Meissner u.a. 2008.

9 Vgl. ergänzend zu den historischen Kontexten Blackburn 2011.

sozialen Status verankerte rassistische Trennlinie. Aber dieses „Hindernis des Fortschritts“ habe der Ausgang des Bürgerkriegs nun beseitigt: Der „amerikanische Krieg gegen die Sklaverei“ werde „eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Arbeiterklasse einweihen“ (ebd., 19).

Wer diese ganz aus der Tagespolitik entstandenen Texte genau liest und mit anderen alltagsbezogenen Arbeiten aus der marxischen Werkstatt vergleicht, stolpert nicht nur über ihre manchmal fast schwülstige Metaphorik, sondern mehr noch über die erstaunliche Unschärfe und Undifferenziertheit ihrer Begriffe: „Volksmasse“, „freie Arbeit“, „Volksrevolution“ usw. Und dies zu einer Zeit, als sich Marx bei der Erarbeitung der ökonomischen Manuskripte von 1861 bis 1863 und der mit ihnen gekoppelten Ausarbeitung der Mehrwerttheorie höchste begriffliche Genauigkeit abforderte. War er verunsichert, weil die sozialen Konfliktlinien des amerikanischen Bürgerkriegs sein bisheriges Denken in Frage stellten – wenn auch auf einem ganz anderen und in gewisser Weise erheblich „näher liegenden“ – Terrain als in China und Indien? Auch in diesem Fall können wir die Frage nur beantworten, wenn wir die marxische Tagespublizistik mit seiner „Nachtarbeit“ an seinen ökonomischen Manuskripten abgleichen. Was verstand Marx zu dieser Zeit unter „freier Arbeit“ – hatte sie durch die Wahrnehmung des amerikanischen Bürgerkriegs gegenüber der Determinante der „doppelt freien Lohnarbeit“ eine Aufwertung erfahren? Und welche Rolle spielten Sklavereisysteme und Sklaverei in Marxens Kritik der politischen Ökonomie?

Zunächst zum Terminus „freie Arbeit“. Dazu hat Marx einen systematisch durchdachten Text erarbeitet und als letztes Kapitel in Band I des „Kapital“ aufgenommen.¹⁰ In ihm setzt er sich mit einem heute vergessenen britischen Ökonomen auseinander, der darüber Klage führte, dass die für die kapitalistische Entwicklung unverzichtbare Herausbildung eines Arbeitsmarkts durch die freie Arbeit der Siedlerkolonisten blockiert sei, und auf entsprechende Abhilfe sann. Diesen Befund bestätigte Marx ausdrücklich, distanzierte sich aber entschieden von den Vorschlägen zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Er schrieb, es gebe bekanntlich zwei Formen des Privateigentums, die sich grundsätzlich voneinander unterschieden: Das auf der eigenen Arbeit beruhende und über Grund und Boden sowie eigene Produktionsmittel verfügende Eigentum des unmittelbaren Produzenten, und das andere, das auf der kapitalistischen Ausbeutung fremder Arbeit beruhe. In den USA sei die erstere seit langem vorherrschend, während „im Westen von Europa ... der Process der ursprünglichen Akkumulation mehr oder minder vollbracht“ sei (Marx 2017, 695). In den USA und den übrigen Siedlerkolonien verfügten die Kolonisten dagegen über ihren Boden. Hier bereichere sich der Besitzer seiner eigenen Arbeitsbedingungen selbst durch seine Arbeit statt den Kapitalisten, denn nur wo dieser die „Macht des Mutterlandes im Rücken“ habe, vermöge der Kapitalist die auf eigener Arbeit beruhende Produktionsweise „gewaltsam aus dem Weg zu räumen“ (ebd.). Beim amerikanischen Farmer seien Agrikultur und Handwerk in sich vereinigt. Der „freie Amerikaner“ stelle parallel zur landwirtschaftlichen Arbeit seine Bekleidung, Möbel und Handwerkszeuge selbst her, er baue auch seine Häuser häufig selbst, und was er ansonsten zu seiner Reproduktion benötige, tausche er mit seinesgleichen auf dem freien Markt (ebd., 696ff.). Er akkumuliere somit für sich selbst und sei durchaus wohlhabend: Solange „die Masse des Bodens noch Volkseigenthum ist und jeder Ansiedler sich einen Theil davon als

10 Und zwar als zweites Kapitel des 8. Abschnitts über die ursprüngliche Akkumulation. Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band. Hier referiert nach der von Thomas Kuczynski herausgegebenen Neuauflage Hamburg 2017, Kap. XXV: Die moderne Kolonisationstheorie, 695 ff.

Privateigentum und individuelles Produktionsmittel aneignen kann“, bleibe kapitalistische Produktion unmöglich (ebd., 698). Und dies sei auch die Ursache, dass Kapitalisten, die bei ihrer Einwanderung zusätzlich zu den Produktions- und Investitionsmitteln vorsorglich auch ihre Arbeiter mitbrächten, diese alsbald verlören. Ein Arbeitsmarkt werde erst dann zustande kommen, wenn Grund und Boden knapp geworden seien oder absichtlich verteuert würden, um die Einwanderer wenigstens eine Zeit lang an die Lohnarbeit zu binden und ihnen dann ein „Lösegeld“ für den verteuerten Landerwerb abzupressen.

An dieser Darstellung ist in methodischer Hinsicht nichts neu. Neu ist jedoch, dass Marx in diesem Kapitel die ihm vorausgehende Skizze über die ursprüngliche Akkumulation auf bemerkenswerte Weise mit einem Alternativmodell kontrastiert hat, das das von ihm seit langem aus methodologischen Gründen erarbeitete Modell der „einfachen Warenproduktion“ als real existierende Gesellschaftsformation ausweist, welche nur durch äußere Gewalt aus den Angeln gehoben werden kann. Es ist aber auch kein Zufall, dass Marx dieser Produktionsweise der freien Arbeit ausgerechnet am US-amerikanischen Beispiel seinen Respekt gezollt hat. In dieser Hochachtung kommt meines Erachtens die Tatsache zum Ausdruck, dass in dieser Produktionsweise genau jenes „Radical America“ verankert war, das in seinem Unabhängigkeitskrieg die Menschenrechte proklamiert, die europäischen Revolutionen angeschoben und jetzt auch noch die Sklavenhalter-Oligarchien der Südstaaten niedergerungen hatte. Angesichts dieser historischen Leistungen war es einfach nicht mehr angängig, die selbständig wirtschaftenden Bauern-Handwerker der USA noch wie 1847/48 die europäischen Kleinbauern als „verkommene“, dem Untergang geweihte Vorläufer des industriellen Proletariats zu klassifizieren. Es schwang sogar ein Stück Bedauern mit, wenn Marx in den letzten Sätzen dieser erstaunlichen Eloge auf die selbständige Arbeit der Farmer-Handwerker auf das bevorstehende Ende ihrer Ära hinwies: Die Einwanderungswellen übertrafen inzwischen die Migrationsströme des „Go West“ bei weitem und landeten nun zumindest teilweise auf dem Arbeitsmarkt, und die durch den Bürgerkrieg gewaltig gestiegenen Staatsschulden zwangen die Regierung in Washington, Grund und Boden zu Spottpreisen an Eisenbahnmagnaten und Finanzspekulant zu verkaufen. Dadurch verloren die Farmer-Handwerker ihre bislang dominierende Stellung und gerieten immer mehr in die Reichweite der nun beschleunigt in Gang kommenden kapitalistischen Entwicklung. Darüber hinaus dürfen auch die von Marx nicht erwähnten Schattenseiten der Siedlerkolonisation nicht verschwiegen werden: Das „Volkseigentum“ an Grund und Boden war den – heute politisch korrekt als „Native Americans“ bezeichneten – indigenen Stammesgesellschaften geraubt worden, und mit dem „Go West“ der freien Farmer-Handwerker war ihre Ausrottung oder Zurückdrängung in „Reservate“ verbunden, die zu einem eigenständigen Überleben nicht mehr ausreichten.

Das zweite Problem, das Marx in der Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Bürgerkrieg umtrieb, waren das System der modernen Sklaverei und die Sklavenarbeit. Mit diesen Fragen beschäftigte er sich bis tief in die 1870er Jahre, aber er brachte seine diesbezüglichen Überlegungen – soweit ich es überblicke – zu keinem Zeitpunkt systematisch zu Papier. Sie sind über seine gesamte Korrespondenz und ökonomischen Manuskripte verstreut, nehmen nur selten aufeinander Bezug und weisen teilweise erhebliche Widersprüche auf.

Dieser Befund bestätigt auch die heute von Vielen geteilte Einschätzung, dass sich Marx auf diesem Terrain zu sehr auf die Argumente der Abolitionisten verließ, die teilweise zu Rate gezogenen Quellen nur einseitig interpretierte und im Gegensatz zur Analyse der asiatischen Produktionsweise und der freien Arbeit der Siedlerkolonisten eine fundierte historisch-theoretische

Untersuchung unterließ (vgl. Backhaus 1974). Selbstverständlich waren ihm die historische Bedeutung des transatlantischen Sklavenhandels und der kolonialen Plantagenwirtschaft bewusst: Ohne die Baumwollplantagen wäre das Aufkommen der Baumwollindustrie undenkbar gewesen. Aber Marx hielt dessen ungeachtet das moderne Sklavereisystem für eine rückständige, patriarchale Produktionsweise, deren unmittelbare Gewaltförmigkeit eine „Anomalie innerhalb eines auf der freien Arbeit beruhenden Weltmarkts“ darstellte (MEW 42, 420). Technologische Innovationen zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit waren selten. Wegen ihrer Renitenz konnten Sklavenarbeiter nur zu gering qualifizierten Arbeiten herangezogen werden, und ihr Ausbildungsniveau war niedrig. Auch in der Landwirtschaft schien nur ihr massenhafter und großflächiger Einsatz möglich. Aber auch ihre Herren, die Sklavenhalter, waren nur insoweit als Kapitalisten anzusehen, als sie mit ihren Produkten – Baumwolle, Zucker, Tabak, Indigo, Tee usw. – in die Weltwirtschaft integriert waren.

Gegen diese Einschätzung sprachen schon zu Marxens Zeiten erhebliche empirische Befunde. Die Sklavereisysteme prosperierten, und ausgerechnet die oligarchischen Sklavenhalter der Südstaaten – und nicht etwa die Industriebourgeoisie des Nordens – waren erklärte Verfechter des internationalen Freihandels. Unter bestimmten betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen – Anschaffungskosten, Ausbildungsaufwand, Überwachungskosten, Lebensunterhalt usw. – rechnete sich die Sklavenökonomie sehr wohl, wenn man sie mit den Arbeitskosten der „freien“ Lohnarbeiter verglich (van der Linden 2008, 63ff.). Auf den Kolonialplantagen gab es zudem bedeutende Innovationen – etwa Maschinen zur Baumwollentkörnung, Zuckerrohrpressen, Mühlen, Destillationsanlagen usw. –, die von qualifizierten Sklaven betrieben wurden. Die nackte Gewalt der Peitsche war teilweise durch Prämien- und Disziplinarsysteme ersetzt, die sich von den gegenüber „freien“ Arbeitern angewandten Methoden nicht wesentlich unterschieden. Häufig arbeiteten Lohnarbeiter und Sklaven direkt zusammen. Auch gemeinsame Arbeitskämpfe und Revolten waren an der Tagesordnung, und zwar nicht nur gegen die despotischen Arbeitsregime der Handelsflotten des 17. und 18. Jahrhunderts (Linebaugh/Rediker 2008). Auf Santo Domingo hatte es sogar 1791 einen siegreichen Sklavenaufstand gegeben, der in die gesamte Karibik und auf die amerikanischen Südstaaten ausstrahlte (James 1984). Insofern war die Anerkennung der Souveränität der Republik Haiti durch den US-Kongress 1862 von erheblicher symbolischer Bedeutung.

Die historischen Wissenslücken Marxens auf diesem Terrain erklären wohl auch die erheblichen Schwierigkeiten, mit denen er bei der werttheoretischen Reflexion der Sklavenarbeit konfrontiert war. Bekanntlich werden die Sklaven von ihren Herren als Individuen gekauft – und nicht wie die „freien“ Lohnarbeiter, bei denen sich der Ankauf bzw. die Anmietung auf ihr Arbeitsvermögen beschränkt. Das in ihren Ankauf investierte Geldkapital hielt Marx in Übereinstimmung mit der damaligen politischen Ökonomie für eine „Geldform des fixen Kapitals, das nur allmählich ersetzt“ werde, nämlich „nach Ablauf der aktiven Lebensperiode des Sklaven“ (MEW 24, 474). Es musste sich also genauso amortisieren wie eine Kapitalanlage in Vieh, Maschinen usw. Infolgedessen konnte sich auch das vom Sklaven erzeugte Mehrprodukt nicht in Mehrwert verwandeln, es erschien lediglich als Teil des vom Sklavenhalter beim Verkauf seiner Waren geheckten Profits, nämlich als Zins. Diese Deduktion war nicht schlüssig und konnte angesichts der realen Verhältnisse nicht überzeugen. Marx war sich dessen auch hin und wieder bewusst. So schrieb er beispielsweise an einer anderen Stelle, vor ihrer Einbeziehung in den Weltmarkt habe die „Negerarbeit in den südlichen Staaten der amerikanischen Union einen gemäßigt patriarchalischen Charakter“ bewahrt, „solange die Produktion hauptsächlich auf den unmittelbaren Selbstbedarf

gerichtet war“. Sobald aber der Baumwolllexport ins Zentrum rückte, „ward die Überarbeitung des Negers, hier und da die Konsumtion seines Lebens in sieben Arbeitsjahren, Faktor eines berechneten und berechnenden Systems. Es galt nicht mehr, eine gewisse Masse nützlicher Produkte aus ihm herauszuschlagen. Es galt nun der Produktion des Mehrwerts selbst“ (MEW 23, 250). Derartige Anläufe zur Selbstkorrektur vermochten sich jedoch nicht durchzusetzen. Die Sklavenarbeit blieb ein irritierender Fremdkörper der marxischen Werttheorie (van der Linden/Roth 2009, 581ff.). Marx versperrte sich der banalen Einsicht, dass auch Sklavenarbeiter Waren produzieren, Wert übertragen und Mehrwert schaffen und sich ihr Arbeitsvermögen wie jedes andere verwertete Arbeitsvermögen als variables – und eben nicht fixes – Kapital verkörpert. Dies tat er sicher nicht nur aufgrund historischer Unkenntnis. Er wehrte sich wahrscheinlich emotional gegen die Nähe und Konvergenz der gleichermaßen geknechteten „freien“ und unfreien Arbeit, weil er allein dem „doppelt freien Lohnarbeiter“ die historische Mission anvertraut hatte, dereinst die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzusprengen und sich die bis dahin gewaltig angewachsenen Produktivkräfte kollektiv anzueignen.

5. Die Pariser Commune und die Selbsterstörung der Internationalen Arbeiterassoziation (1871–1872)

Sechs Jahre nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs war Marx mit einer weiteren revolutionären Konstellation konfrontiert, die ihn an seinen eurozentrischen Ausgangspunkt zurückführte: der Pariser Commune. Am 4. September 1870 war unter dem Druck der Pariser Volksmassen die Republik proklamiert und eine Übergangsregierung der nationalen Verteidigung gebildet worden, nachdem Preußen-Deutschland im deutsch-französischen Krieg einen ersten strategischen Sieg errungen hatte und Napoleon III. in Gefangenschaft geraten war. In den folgenden Monaten hatte die von den Deutschen in Paris eingekreiste Übergangsregierung Thiers-Favre mehrere Arbeiteraufstände niedergeschlagen. Es war ihr jedoch nicht gelungen, die zunehmende Majorisierung der Nationalgarde durch die Unterklassen zu unterbinden und sie zu entwaffnen. Am 18. März hatte das von linken Arbeiter- und Handwerkerorganisationen dominierte Zentralkomitee der Nationalgarde die Übergangsregierung gestürzt und innerhalb weniger Tage Kommunalwahlen ausgeschrieben. Der Rat der Pariser Commune hatte am 28. März sein Amt angetreten, einen Exekutivausschuss gewählt und mehrere Kommissionen eingesetzt, die trotz der schwierigen Überlebens- und Versorgungsbedingungen umfangreiche soziale, politische und wirtschaftliche Reformen auf den Weg gebracht hatten. Als Hauptakteure des Umsturzes und Neuaufbaus der Gesellschaft waren dabei alle jene Arbeiter- und Handwerkerorganisationen in Erscheinung getreten, die sich seit der Julirevolution von 1830 formiert und auch der Revolution von 1848 (Februarrevolution und Juniaufstand) ihren Stempel aufgedrückt hatten: Die Anhänger Louis-Auguste Blanquis, die Mutualisten in der Nachfolge Pierre-Joseph Proudhons, Michail Bakunin und dessen Anhängerinnen und Anhänger sowie die Neo-Jakobiner. Sie gehörten teilweise der französischen Föderation sowie den französischen Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) an, und auch der von Marx und Engels dominierte Londoner Generalrat der IAA schickte einige Vertreter, die nach und nach in die Kommissionen und den Rat der Commune gewählt wurden.

Infolgedessen war Marx wie 1848 in die Ereignisse involviert, wenn auch diesmal nur über Mittelsmänner und briefliche Kontakte von seinem Londoner Exil aus. Ein zweiter gewichtiger Unterschied bestand darin, dass ihn der Pariser Umsturz genauso überrascht hatte wie alle an-

deren auch. Niemand hatte voraussehen können, dass die Pariser Unterklassen¹¹ die durch den Kriegsverlauf bedingte weitgehende Lahmlegung des militärisch-politischen Herrschaftsapparats des Zweiten Kaiserreichs dazu nutzen würden, um nach über zwei Jahrzehnten der Restauration noch einmal in Paris und einigen anderen französischen Großstädten auf die Barrikaden zu gehen. Marx verfügte infolgedessen nach seinen jahrelangen Exkursionen an die damaligen Ränder des kapitalistischen Weltsystems über keine Blaupause, um wie 1848/49 zu versuchen, der Umstürzbewegung seinen programmatischen Stempel aufzudrücken. Auch der Einfluss des von ihm gesteuerten Londoner Generalrats auf die Länder-Föderationen und Sektionen der IAA war gering. Die IAA war zu Beginn der Pariser Commune noch eine pluralistische Koordinationsstelle aller damaligen Strömungen der Arbeiterlinken. Die um Marx und Engels gescharten Kommunisten waren nur eine politische Gruppierung unter vielen, und die Mehrheit der IAA-Aktivisten ließ sich von konzeptionellen Vorstellungen leiten, die Marx und Engels 1847/48 theoretisch und praktisch-politisch bekämpft hatten.

Marx befand sich somit in einer zwiespältigen Situation, als er dem Londoner Generalrat vorschlug, für die IAA eine politische Erklärung („Adresse“) zur Pariser Commune zu verfassen. Dabei sollte nicht die Commune allein im Mittelpunkt stehen, denn die nach Versailles geflohene Übergangsregierung hatte Paris alsbald mit preußisch-deutscher Unterstützung vom übrigen Frankreich abgeschnitten und bereitete ihre blutige Niederschlagung vor. Die Perspektive der Pariser Commune war somit aussichtslos, und Marx trug dieser Konstellation insofern Rechnung, als er die politische Erklärung auf eine Analyse des Bürgerkriegs erweiterte. Die mit „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ überschriebene IAA-Adresse hatte somit eine doppelte Aufgabe: Sie sollte zum einen die europäischen und nordamerikanischen Föderationen und Sektionen über die Hintergründe der von Bismarck gedeckten Verbrechen der bürgerlichen Übergangsregierung an den Pariser Volksmassen aufklären und zum andern auf die Errungenschaften hinweisen, die die erste kontinentaleuropäische Arbeiterregierung innerhalb von zwei Monaten unter extrem ungünstigen Voraussetzungen auf den Weg gebracht hatte.¹²

Tatsächlich war die Adresse eine leidenschaftliche Anklage. Marx bezichtigte die „Zwergmissgeburt“ Louis-Adolphe Thiers und den durch betrügerisch-familiäre Machenschaften zu Reichtum gekommenen Jules Favre des doppelten Verrats, nämlich der Usurpation des Volksaufstands vom 4. September und der Komplizenschaft mit dem Feind. Er dokumentierte die von ihnen verantworteten Massaker, die von Anfang an gegen die gefangenen Kommunarden begangen worden waren, und er denunzierte die Verkommenheit der von ihnen repräsentierten Kapitalisten und „Krautjunker“, die wie die Regierung aus der Hauptstadt geflohen waren und diese nun vom übrigen Frankreich abgeschnitten. Im nächsten Abschnitt unterlegte er diese Abrechnung mit einer Analyse der historischen Entwicklung der „zentralisierten Staatsmacht“ zum Unterdrückungsinstrument der „aneignenden“ gegen die „hervorbringenden“ Klassen (MEW 17, 336ff.): Die Frontstellung des absolutistischen Staats gegen die feudalen Grundherren; das nach der Revolution von 1789 errichtete „moderne

11 Von den etwa zwei Millionen Einwohnern waren 500.000 Arbeiter, die überwiegend in kleinen und mittleren Werkstätten beschäftigt waren, weitere 400.000 pauperisierte Handwerker und Kleingewerbetreibende sowie etwa 100.000 Emigranten überwiegend proletarischen Zuschnitts.

12 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW 17, 313-365. Der Text sollte immer zusammen mit den beiden – außerordentlich aufschlussreichen – Vorentwürfen (ebd., 493ff und 572ff.) gelesen werden.

Staatsgebäude“ des napoleonischen Kaisertums; die durch seine Parlamentarisierung erzwungene Unterstellung der Regierungen „unter die direkte Kontrolle der besitzenden Klassen“; und zuletzt die bonapartistisch überbaute „öffentliche Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse“, die nach jeder Revolution „offener und offener hervortrat“. Durch sie wurden die konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisie zur „Ordnungspartei“ zusammengeschweißt, die schließlich unter Louis Bonaparte und dem Zweiten Kaiserreich das Parlament zugunsten der vollziehenden Gewalt aushebelte und die Staatsmacht „als das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit“ positionierte. Der entscheidende Schlusspunkt dieser politischen Transformationen war folglich der in aller Offenheit erklärte Gegensatz zwischen den „aneignenden“ und den „hervorbringenden“ Klassen. Angesichts dieses Befunds konnte die Arbeiterklasse „nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen“, um sie „für ihre eigenen Zwecke in Bewegung (zu) setzen“. Sie musste sie „zerbrechen“ und neue Strukturen der Selbstverwaltung aufbauen.

Ausgehend von diesem historischen Rückblick rekonstruierte Marx sodann den politischen Neuanfang, den die Commune in Gang brachte (ebd., 339ff.). Der Rat der Commune setzte sich aus Stadträten zusammen, die auf der Basis des allgemeinen Stimmrechts in den Bezirken (Arrondissements) gewählt wurden und jederzeit abgesetzt werden konnten. Er war gesetzgebend und vollziehend zugleich. Der öffentliche Dienst war ihm direkt unterstellt, die Beschäftigten erhielten einen durchschnittlichen Arbeitslohn. Das Heer war durch eine Miliz ersetzt. Der Kirchenbesitz wurde enteignet. Das Bildungswesen stand dem Volk unentgeltlich offen und war vom staatlich-kirchlichen Einfluss gereinigt. Auf diese Weise entwickelte sich eine kommunale „Selbstregierung der Produzenten“, die als Vorbild für eine kommunal-föderative Umgestaltung ganz Frankreichs verstanden wurde. Endlich hatte die „Regierung der Arbeiterklasse“ im Ergebnis des Kampfs zwischen der hervorbringenden und aneignenden Klasse die „politische Form“ entwickelt, „unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiter sich vollziehen konnte“ (ebd., 342).

Parallel dazu brachten die Kommissionen des Commune-Rats bemerkenswerte soziale Reformen auf den Weg, und Marx würdigte auch diese Seite seiner Aktivitäten ausführlich (ebd., 347f.).¹³ Hatten die Fabrikanten ihre Betriebe verlassen oder stillgelegt, so konnten sie von Arbeiterassoziationen übernommen werden. Das betriebliche Strafsystem wurde annulliert und die Nacharbeit in Bäckereien verboten. Aufgrund ihrer erstaunlich aktiven Rolle konnten die Frauen die Weichen zur Neubestimmung der Beziehung zwischen Frauen, Männern und Kindern stellen: Uneheliche Kinder wurden den ehelich Geborenen gleichgestellt. Auch die nicht verheirateten Partnerinnen gefallener Kommunarden erhielten einen Rentenanspruch. Besonders bemerkenswert fand Marx in dieser Hinsicht, dass die für die Männer der „Ordnungspartei“ unter polizeilicher Knechtschaft gehaltenen Prostituierten von „ihrer entwürdigenden Sklaverei befreit“ wurden (ebd., 529).

Indessen ratifizierte die Arbeiterregierung nicht nur unmittelbare Arbeiterinteressen, was Marx insbesondere in seinen Vorentwürfen ausführlich hervorhob: Neben den Arbeitern waren ja auch die extrem überschuldeten Handwerker und Kleingewerbetreibenden in der Nationalgarde und in den Commune-Einrichtungen aktiv. Werkzeuge und Haushaltsgegenstände konnten aus den Pfandleihanstalten zurückgeholt werden. Rückständige Mieten wurden ersatzlos gestrichen und Verfahren wegen nicht eingelöster Kreditwechsel ausgesetzt. Es gab sogar weit reichende Pläne, um den Kleinbauern der ländlichen Regionen entgegenzukommen und sie als Bündnispartner

13 Teilweise noch ausführlicher im unveröffentlicht gebliebenen ersten Entwurf, vgl. ebd. 528ff.

zu gewinnen (ebd., 549ff.). So war beabsichtigt, ihre Zwangsrekrutierung zur Armee aufzuheben, die auf sie abgewälzten Kriegssteuern zu annullieren, sie vom Druck des kapitalistischen Großgrundbesitzes zu befreien und ihre Ausplünderung durch die korrupten Lokalverwaltungen zu beenden. Insofern könnten, so Marx, „drei Monate Herrschaft der Republik der Kommune in Frankreich das Signal für den Aufstand der Bauernschaft und des landwirtschaftlichen Proletariats“ werden (ebd., 551), und dies sei der Grund, weshalb sich die „Krautjunker“ so entschieden für die schnellstmögliche Abriegelung der Commune vom ländlichen Frankreich engagiert hätten. Die Commune hatte somit bewiesen, dass sie zur Etablierung einer Koalition mit den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden in der Lage war.

Soweit die für den Generalrat verfasste politische Erklärung von Marx über die revolutionären Ereignisse in Frankreich. Sie war im Bewusstsein der bevorstehenden Niederlage der Commune verfasst und brachte das Vorgehen und die Zielsetzungen der in den arbeitenden Klassen verankerten Akteurinnen und Akteure adäquat und mit einer uneingeschränkten Zustimmung zum Ausdruck. Das war eine bemerkenswerte implizite Korrektur des marxischen Standpunkts von 1847/48. Die Vorstellung, die Entwicklung des revolutionären Subjekts durch ein Bündnis des späteren „Totengräbers“ mit dem industriellen Bürgertum beschleunigen zu können, war verfliegen und hatte einer hasserfüllten Abrechnung mit der Bourgeoisie Platz gemacht. Marx feierte jetzt ihre Entmachtung in der französischen Metropole als loyales Sprachrohr einer Revolte, die in ihrer sozialen Zusammensetzung auch jetzt noch keineswegs von großindustriell ausgebeuteten Lohnarbeitern dominiert wurde. Er hatte ganz offensichtlich aus seiner Auseinandersetzung mit den antikolonialen Aufständen in Süd- und Ostasien und den sozialökonomischen Hintergründen des amerikanischen Bürgerkriegs dazu gelernt. Das alles ermöglichte es ihm, implizit anzuerkennen, dass auch in der Dynamik der Pariser Commune nicht seine eigenen deterministischen Vorgriffe zum Zug gekommen waren. Marx musste aber auch uneingestanden zugeben, dass die in jahrzehntelangen proletarischen Lernprozessen entstandenen konzeptionellen Eckpunkte der Commune – direkte Demokratie und föderativer Neuaufbau der Gesellschaft, Arbeiterassoziationen und betriebliche Selbstverwaltung, Hilfskassen, Maßnahmen zur Stabilisierung der überschuldeten Handwerker und Kleingewerbetreibenden usw. – nicht von seiner eigenen politischen Richtung, sondern eindeutig von den – in sich selbst recht heterogenen – Strömungen des frankophonen Sozialismus bestimmt waren. Insofern entsprach diese Adresse des Generalrats auch den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Föderationen und Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation, und eben nicht derjenigen des von Marx und Engels dominierten Generalrats.

Bis hierhin sind wir dem „offiziellen“ Marx gefolgt, wie er sich als intellektueller und politischer Kopf des IAA-Generalrats publizistisch positionierte. Wie dachte er aber wirklich? Wie wir seiner Korrespondenz und den lange unveröffentlicht gebliebenen Vorentwürfen der Adresse entnehmen können, hatte er von Anfang an erhebliche Vorbehalte gegen die Pariser Commune. Als am 6. September 1870 eine von der IAA per Generalratsbeschluss ausgeschlossene französische Emigrantengruppe aus London in Richtung Paris aufbrach, schrieb Marx an Engels, sie wolle dort „Dummheiten im Namen der Internationale ... machen“, nämlich die gerade gebildete Übergangsregierung Thiers-Favre stürzen und eine „commune de Paris“ etablieren.¹⁴ Ein halbes

14 Marx an Engels, 6.9.1870, in: MEW 33, 54f, Zitat S. 54. Man muss Marx in diesem Fall jedoch zugutehalten, dass der Wortführer dieser Gruppe, Félix Pyat, ein extrem gewaltorientierter Berufsrevolutionär

Jahr später war diese „Dummheit“ dann Tatsache geworden, und der Generalrat unterstützte die Commune de Paris uneingeschränkt. Wenige Tage vor Beginn der Niederschrift der IAA-Adresse bekräftigte Marx in einem Brief an Ludwig Kugelmann diese Einstellung, indem er betonte, es sei „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“, die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie nicht einfach zu übernehmen, „sondern sie zu zerbrechen“, und genau dies sei es, was „unsere heroischen Pariser Parteigenossen“ nun versuchten.¹⁵ Aber sie hätten dabei gleich zu Anfang gravierende Fehler gemacht: Sie hätten sofort nach Versailles marschieren müssen, um sich dem von der Übergangsregierung längst eröffneten Bürgerkrieg zu stellen, und auch das Zentralkomitee der Nationalgarde habe „seine Macht zu früh“ aufgegeben, „um der Kommune Platz zu machen.“ Trotz dieser „ehrenhaften Skrupulosität“ sei die Commune jedoch „die glorreichste Tat unserer Partei seit der Pariser Julirevolution“, und Marx ließ keinen Zweifel daran, dass er sich in den Wochen des Umsturzes als Teil jener großen und vielfältigen proletarischen „Partei“ wahrnahm, in der er zu dieser Zeit nur eine minoritäre Rolle spielte. Auch im ersten Entwurf der IAA-Adresse findet sich diese Kritik, erweitert um weitere „zahllose Fehler der Revolutionäre“. Marx attestierte ihnen mangelndes Selbstvertrauen und ein gerütteltes Maß an Unentschlossenheit im Umgang mit den Reaktionären (MEW 17, 567f.). In der Schlussfassung der IAA-Adresse blieb diese Kritik jedoch unerwähnt.

Auch nach der Niederschlagung der Commune enthielt Marx sich jeglicher öffentlichen Kritik an ihren Akteuren, denn dies wäre angesichts der brutalen Massaker der Konterrevolution in der „Blutigen Woche“ vom 21. bis 28. Mai einem politischen Selbstmord gleichgekommen. Sein öffentliches Schweigen war aber auch deshalb nachvollziehbar, weil der IAA-Generalrat nun von der europäischen Reaktion massiv angegriffen und als Drahtzieher des Umsturzes denunziert wurde. Hinzu kam, dass sich auch zahlreiche britische Trade-Unionisten als Exponenten des reformorientierten Flügels aus der IAA zurückzogen, und ein derartiger öffentlicher Positionsbezug im Sinn der Blanquisten¹⁶ hätte die Absetzbewegung des logistischen Trägers des Londoner Generalrats noch weiter verstärkt.

Trotzdem wollte Marx das Problem nicht einfach „aussitzen“. Bei ihm festigte sich im Gegenteil zunehmend die Einschätzung, dass die von ihm monierten Fehler wesentlich zur Niederlage der Commune beigetragen hätten. Damit begann bei ihm die Suche nach den tiefer liegenden Ursachen, und das Ergebnis war ein Rückfall in die alten Konfrontationslinien gegen die dominierenden Strömungen der Arbeiterlinken, die sein Denken und Handeln 1847/48 bestimmt hatten. Seine Hoffnungen auf eine zeitweilige Koalition mit der liberalen Bourgeoisie waren dagegen für immer verfliegen.

Im September 1871 rechnete Marx auf einer in London abgehaltenen Konferenz der IAA mit den Pariser Revolutionären ab. Er erklärte, die bei ihnen vorherrschende Doktrin der „Abstention

und Publizist war, der seine politischen Rivalen notorisch zu verleumden pflegte und in der Commune eine ziemlich fatale Rolle gespielt hat.

15 Marx an Ludwig Kugelmann in Hannover, 12.4.1871, in: MEW 33, 205f. Die folgenden Zitate ebd.

16 Die Anhänger Blanquis – Blanqui selbst war seit dem gescheiterten Aufstand vom 31. Oktober 1870 gegen die Übergangsregierung inhaftiert – hatten den sofortigen Marsch nach Versailles gefordert und sich gegen sofortige Neuwahlen und die anschließende Übergabe der politischen Macht an den Rat der Commune ausgesprochen. Sie waren jedoch von der Mehrheit des Zentralkomitees der Nationalgarde überstimmt worden.

von der Politik“ hätte es der Clique um Favre und Co. am 4. September 1870 ermöglicht, die Macht an sich zu reißen. Die Konsequenz dieses Kardinalfehlers sei dann die Etablierung des „diktatorischen Komitees“ der Nationalgarde gewesen, „das sich größtenteils aus Bonapartisten und Intriganten zusammensetzte“ und durch seine Untätigkeit „die Festigung der Revolution“ verhindert hätte (MEW 17, 650). Das war eine ans Denunziatorische grenzende Distanzierung von den Trägern der Pariser Commune, deren Scheitern Marx auf die bei ihnen vorherrschende Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus zurückführte. Damit sollte nun nach dieser katastrophalen Niederlage Schluss sein. Er verschrieb deshalb der IAA einen organisatorischen Kurswechsel von strategischer Tragweite. Die Fortdauer der pluralen Koexistenz aller Strömungen der Arbeiterbewegung war für ihn nicht mehr akzeptabel. Die Internationale Arbeiterassoziation sollte sich als politisches Forum reorganisieren, indem es sich der bislang in ihr koexistierenden Strömungen der Arbeiterlinken entledigte und die Arbeiterklasse nur noch mit einer einzigen Stimme – nämlich der des Generalrats – ansprach. Für die nur die oberen Arbeiterschichten repräsentierenden Trade-Unions war nun kein Platz mehr, aber auch die in ihrer antiparlamentarischen Orientierung übereinstimmenden Kollektivisten, Mutualisten, Geheimgesellschaften und Bakunin-Anhänger sollten sich dem strategischen Kurswechsel unterziehen oder die IAA verlassen (vgl. MEW 17, 649ff.). Die organisatorisch-politische Kursbestimmung sollte künftig allein beim Generalrat liegen, und die sich ihm anschließenden Arbeiterparteien sollten künftig die Parlamente der jeweiligen Nationalstaaten dazu nutzen, um sie gegenüber der breiten Masse der Arbeiterklasse zu vertreten. Wohlgemerkt waren für Marx damit keinerlei Bündnisangebote an die Adresse der herrschenden Klassen mehr verbunden. Sein Ziel war vielmehr, eine strategische Antwort auf das Fiasko der Pariser Commune zu finden und die IAA in ein internationales Führungsinstrument umzuwandeln, das die marginalisierte Arbeiterlinke in nationale Arbeiterparteien umformte und sie befähigte, die Parlamente als Tribüne zur politischen Machteroberung zu nutzen.

Nachdem Marx seine Anhänger auf der Londoner Konferenz von der Stringenz seines organisatorisch-politischen Konzepts überzeugt hatte, schritt er zusammen mit ihnen zur Tat. Dazu war die Konferenz selbst schon ein erster Auftakt gewesen, denn der Generalrat hatte zu ihr nur die ihm genehmen Länder-Föderationen und Sektionen eingeladen. Die Kompetenzen des Generalrats wurden erheblich gestärkt. Es wurde beschlossen, den Sitz des Generalrats nach New York zu verlegen: Er hatte ohnedies die materielle Unterstützung durch die britischen Trade-Unions verloren, und in New York war er vor den Marx-kritischen Föderationen sicher. Diese Schachzüge trafen indessen auf heftigen Widerstand, und Marx und der Generalrat mussten sich ein Jahr später auf einem nach Den Haag einberufenen Kongress ihren Kontrahenten stellen (vgl. MEW 18, 3ff, 129ff, 149ff.). Dabei entschieden sie sich, Michail Bakunin zum Buhmann aufzubauen, da dieser zur Personalisierung und Verschleierung des strategisch-politischen Konflikts mit der Mehrheit der IAA-Mitglieder besonders geeignet erschien.¹⁷ Bakunin und der Sprecher der

17 Bakunin bot sich für diese Rolle insofern an, als er sich durch seine zeitweilige Kooperation mit einem zwielichtigen Exponenten des antizaristischen Untergrunds diskreditiert und zudem in der Westschweiz eine kurzlebige Geheimorganisation (Assoziation der sozialistischen Demokratie) gegründet hatte, um seinen politischen Einfluss innerhalb wie außerhalb der IAA zu steigern. Als Marx und Engels diese Assoziation zum Aufhänger ihrer personalisierenden Attacke machten, hatte sie sich schon wieder aufgelöst. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiterassoziation, in: MEW 18, 327-471.

Jura-Föderation James Guillaume wurden von einer Mehrheit der Kongressteilnehmer aus der IAA ausgeschlossen, aber die Rechnung des Generalrats ging keineswegs auf. Die Kontrahenten veranstalteten einen „antiautoritären“ Gegenkongress, der erfolgreich verlief und die Auffassung bekräftigte, dass die plurale und föderative Selbstorganisation der Arbeiterklasse die künftige, von Herrschaft und Ausbeutung befreite Gesellschaft vorwegnehmen müsse. Der Generalrat verlor hingegen wegen der intriganten und denunziatorischen Verbrämung seines strategischen Kurswechsels die überwiegende Mehrheit der Föderationen und Sektionen. Zu ihnen gehörten nicht nur die frankophonen und südeuropäischen Gruppierungen, sondern auch die Mehrheit der französischen, belgischen, niederländischen und britischen Mitglieder. Seit 1872/73 kontrollierte der Generalrat nur noch die überwiegend deutschsprachigen Arbeiterparteien Zentraleuropas (Deutsches Reich, den österreichischen Teil der Habsburg-Monarchie und die Deutschschweiz). In den USA vermochte er nicht Fuß zu fassen. Er verfiel rasch in Auflösung. Aber auch die in Saint-Imier im Berner Jura aus der Taufe gehobene Gegenorganisation (Antiautoritäre Internationale) scheiterte einige Jahre später, nachdem sich ihre wichtigste soziale Basis, die hochqualifizierten Verlags-Arbeiter der westschweizerischen Uhrenindustrie, im Ergebnis von Krise und industrieller Umwälzung weitgehend aufgelöst hatte.¹⁸

Wir wissen nicht, inwieweit Marx jemals in der Lage war, das durch sein Vorgehen angerichtete Desaster an sich heranzulassen – es handelte sich immerhin um eine Spaltung der internationalen Arbeiterlinken des transatlantischen Nordens, die bis heute fortwirkt. Aber auch der von ihm durchgesetzte strategische Kurswechsel sollte sich alsbald als Fehlschlag erweisen. Besonders drastisch wurde dies deutlich, als Marx das von zwei deutschen Arbeiterparteien zur Vorbereitung ihrer Fusion im Mai 1875 entworfene „Gothaer Programm“ zu Gesicht bekam. Marx nahm es Punkt für Punkt auseinander:¹⁹ Die in ihm festgeschriebene These von der Existenz eines „ehernen Lohngesetzes“; die Gleichsetzung des Arbeitslohns mit dem Wert bzw. Preis der Arbeit statt der Arbeitskraft; das Gerede von einem zu erstrebenden „freien Staat“, das sich noch nicht einmal auf die Forderung nach einer demokratischen Republik festzulegen wagte; die Verwässerung des Klassenkampfs zur „sozialen Frage“; und last but not least die verschwommenen Vorstellungen vom Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft, die Marx zu bemerkenswerten Überlegungen über eine zweistufige Überwindung der Wertfixierung des Arbeitsvermögens und den Rückbau der Staatsfunktionen in einer kommunistischen Gesellschaft veranlassten. Hinzu kam ein aufschlussreicher indirekter Rückblick auf die Lehren der Pariser Commune: Der Weg von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft müsse als „Übergangsperiode“ verstanden werden, „deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ (MEW 19, 28). Das war ein bemerkenswerter Versuch, die sich durch das Programm hinziehende nationalstaatliche Fixierung der deutschen Arbeiterpartei zu kritisieren, zugleich aber

18 Vgl. als erste Orientierung zur Geschichte der Verlags-Arbeiter der Uhrenindustrie des schweizerischen Jurabogens: [Stichwort] Uhrenindustrie, 3. Technische Entwicklungen, Krisen und Änderungen der Produktionsstruktur, in: Historisches Lexikon der Schweiz mobile – <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13976.php>

19 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW 19, 15-32. Auf dem in der Zeit vom 22. bis 27. Mai 1875 abgehaltenen Gothaer Kongress fusionierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), die sich 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannte.

auch eine entschiedene Distanz zu den Konzepten einer basisdemokratisch-föderativ geprägten Umwälzung von Staat und Gesellschaft herzustellen. Aber dieser Balanceakt, der Marx selbst seit der strategischen Wende von 1871 als etatistischen Sozialisten ausweist,²⁰ war für ihn in diesem Kontext zweitrangig. In einem an Wilhelm Bracke adressierten Begleitbrief zu seiner kritischen Stellungnahme betonte er, es handle sich bei dem für den Kongress in Gotha ausgehandelten Konzept „um ein durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm“, mit dem er „nichts ... zu tun haben“ wolle (MEW 19, 13). Seine harsche Stellungnahme bewirkte jedoch nichts. Sie wurde erst Jahre nach seinem Tod in der Parteipresse der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht, und auch da nur in abgeschwächter Form. Aber auch sonst hatte Marx mit seinem an die transatlantische Arbeiterklasse gerichteten Strategieangebot kein Glück – zumindest vorläufig. Auch in den USA hörte ihm kaum jemand zu, und als sich die Arbeiterklasse in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre im Gefolge ihrer Massenkämpfe gegen die Magnaten der großen Eisenbahnlagen zu formieren begann, beschritt sie andere – und weitaus radikalere – Wege.

6. Der späte Marx und der globale Süden

Spätestens nach der Lektüre des Gothaer Programms dürfte Marx das Ausmaß der Niederlage bewusst geworden sein, das die Vernichtung der Pariser Commune und die Selbsterstörung der Internationalen Arbeiterassoziation zur Folge hatte. Sein Reorganisationskonzept war gescheitert, und die Wortführer des mit ihm kooperierenden Flügels der deutschen Arbeiterorganisationen hatten ihn im Stich gelassen. Ob und wann sich die arbeitenden Klassen des entwickelten Kapitalismus von diesen Rückschlägen erholen würden, war ungewiss. Marx war zu Recht skeptisch.

Aber die kritischen Jahre 1872 bis 1875 hatten für ihn auch eine stimulierende Seite. Er besann sich auf die Gesellschaften an den Rändern des damaligen Weltsystems, mit denen er sich in den Jahren zuvor beschäftigt hatte. Ihre Revolten hatten ihn auf andere Varianten des sozialen Widerstands und des Umsturzes verwiesen, und er war bei der Erarbeitung seiner ökonomischen Manuskripte immer wieder darauf zu sprechen gekommen: Die unterschwellige Weiterexistenz der indischen Dorfgemeinde unter dem britischen Kolonialjoch, die mit kapitalistischer Ausbeutung, aber ausbleibender kapitalistischer Entwicklung konfrontiert war;²¹ die dramatischen Folgen, die sich zu Beginn der Aufhebung der Leibeigenschaft der russischen Bauern abzeichneten;²² aber auch die – oben erörterte – hartnäckige Resistenz der amerikanischen Siedlerkolonisten gegen die Durchsetzung der Lohnarbeit. Es war somit offenkundig, dass die asiatische Produktionsweise und andere vorkapitalistische Gesellschaftsformationen fortexistierten und eine gewichtige Rolle spielten. Dieser Befund war angesichts des Desasters der transatlantischen Arbeiterlinken und seiner eigenen Reorganisationsvorstellungen für Marx nicht nur aus theoretischer Perspektive

20 Parallel zum strategischen Kurswechsel von 1871/72, durch den die Arbeiterparteien auf die Parlamente der Nationalstaaten als wichtigste Tribüne des politischen Kampfs verwiesen wurden, erteilte Marx auch allen Tendenzen, Grund und Boden den kollektiv assoziierten Produzenten zu übereignen, eine Absage. Die „Bodenbearbeitung“ solle „unter der Kontrolle, auf Kosten und zum Nutzen der Nation durchgeführt“ werden (MEW 18, 60).

21 Detailliert aus den Manuskripten 1861–1867 rekonstruiert bei Anderson 2016, 163ff.

22 Karl Marx: Die Frage der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, in: MEW 12, 590-593; ders.: Über die Bauernbefreiung in Rußland, ebd., 673-682.

wichtig. Es war auch in politischer Hinsicht trostreich zu wissen, dass sich das Fiasko der proletarischen Klassenkämpfe auf die am weitesten vom Kapitalismus durchdrungenen Weltregionen beschränkte.

In dieser Lageanalyse sehe ich das entscheidende Motiv, das Marx dazu bewog, die im ersten Band seines politisch-ökonomischen Hauptwerks 1867 behauptete universelle Geltung der „Naturgesetze“ der kapitalistischen Entwicklung zu relativieren. Im Vorwort dazu hatte er geschrieben, „die klassische Stätte“ der von ihm untersuchten kapitalistischen Produktionsweise sei „bis jetzt England“, und dies sei der Grund, weshalb er England in den Fokus seiner „theoretischen Entwicklung“ gerückt habe. Dabei gehe es ihm aber nicht um den „höheren oder niedrigeren Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen“. Es handle sich vielmehr „um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen. Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft“ (MEW 23, 12). Diesen deterministischen Ansatz, der den realgeschichtlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit einem „ehernen Naturgesetz“ unterwarf, konnte Marx nun nicht mehr so stehen lassen. Er nutzte die in den Jahren 1872 bis 1875 in mehreren Fortsetzungen veröffentlichte französische Ausgabe, um seine unilineare Entwicklungsprognose auf die transatlantische Konstellation zu beschränken: „Das industriell entwickeltere Land zeigt nur den minder entwickelten, die ihm auf der industriellen Stufenleiter folgen, das Bild der eignen Zukunft“ (Marx 2017, 9).²³

In der französischen Ausgabe – und mehr noch in der von Thomas Kuczynski nachträglich besorgten Textausgabe „letzter Hand“, die Marx 1881 vorgeschwebt hatte – finden sich zahlreiche weitere Relativierungen und Einschränkungen dieser Art. Die wohl wichtigste befindet sich am Ende des ersten Abschnitts des 24. Kapitels, in dem Marx die gewaltsame Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in einer historischen Skizze zusammenfasst. Ursprünglich hatte er in der Erstausgabe von 1867 geschrieben, in der Geschichte der ursprünglichen Akkumulation seien jene Momente entscheidend, in denen es der sich bildenden Kapitalistenklasse gelinge, „große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln“ loszureißen „und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt“ zu schleudern (MEW 23, 744). Im Zentrum stehe dabei die Expropriation der Bauern von Grund und Boden. Dies geschehe in den verschiedenen Ländern in verschiedenen Phasen, in verschiedener Reihenfolge „und in verschiedenen Geschichtsepochen. Nur in England, das wir daher als Beispiel nehmen, besitzt sie klassische Form“ (ebd.). Das war eine eindeutige Aussage: Es existierten zwar Varianten und Abweichungen von der „klassischen Form“ des Bauernlegens, aber letztlich war die Expropriation und Umwandlung der Bauern in „vogelfreie Proletarier“ der sich bildenden Arbeitsmärkte unausweichlich. Auch diese Passage arbeitete Marx für die französische Ausgabe um. Er ersetzte die auf die Darstellung des massenhaften Bauernlegens folgenden Sätze durch eine neue Version, durch die er die für die ursprüngliche Akkumulation unabdingbare Expropriation und Proletarisierung der Bauern explizit auf Westeuropa beschränkte: „Nur in England, das wir daher als Beispiel nehmen, ist sie auf radikale Weise vollzogen worden und besitzt klassische Form. Jedoch durchlaufen alle anderen Länder Westeuropas denselben Process, auch wenn er, je nach Umfeld, seine lokale Färbung ändert

23 Vgl. auch den Kommentar Thomas Kuczynskis zu Zeile 68f. mit der französischen Originalpassage.

oder sich auf einen engeren Umkreis beschränkt oder einen weniger ausgeprägten Charakter aufweist oder in verschiedener Reihenfolge verläuft.“ (Marx 2017, 646)²⁴

Die Tragweite dieser Relativierungen zugunsten einer multilinearen Perspektive der Kritik der politischen Ökonomie war enorm. Marxens Abkehr vom Eurozentrismus bewahrte ihn angesichts der Rückschläge der europäischen Arbeiterlinken vor einer resignativen Anpassung oder vor dem Rückzug ins Schweigen. Er hatte sich neue theoretische Perspektiven jenseits des unilinearen Determinismus gesichert, und damit konnte er zu jenen Fragestellungen zurückkehren, die sein Denken schon gegen Ende der 1850er Jahre stark modifiziert hatten. Marx wandte sich in seinen letzten Lebensjahren (1879–1883) nicht nur dem systematischen Studium der Weltgeschichte zu, sondern setzte sich auch intensiv mit den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen auseinander, die, wie er inzwischen wusste, unter der Hülle der kolonialistischen Ausbeutung weiterexistierten.

Die Ausgangsbedingungen für diese Schwerpunktverlagerung waren wesentlich günstiger als in den 1850er Jahren. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den vorkapitalistischen Gesellschaften hatte sich inzwischen wesentlich weiterentwickelt. Die neuen anthropologischen und ethnologischen Untersuchungen standen zwar unter dem dominierenden Einfluss der stark biologistisch und eurozentrisch orientierten Evolutionstheorie, ließen sich aber ausgehend von einer historisch-materialistischen Denkweise leicht gegen den Strich bürsten. Marx tat dies ausführlich und ließ in dieser Hinsicht bei den von ihm exzerpierten und kommentierten Autoren nichts durchgehen. Die von ihm dabei angelegten Exzerpt- und Notizhefte sind bis heute nur teilweise veröffentlicht, und die seit längerem angekündigte Gesamtedition im Rahmen der Marx Engels Gesamtausgabe (MEGA) lässt bis heute auf sich warten.²⁵ Trotzdem ist es schon jetzt möglich, die von Marx aus der Auseinandersetzung mit Maxim M. Kovalevskij, John Lubbock, Henry Summer Maine, Lewis H. Morgan und John Phaer gewonnen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen kurz zusammenzufassen.

Zunächst einmal vertiefte Marx sein Wissen um die Genesis und historische Entwicklung der vorkapitalistischen Gesellschaften mit ihren vielfältigen Übergängen von der gentilgesellschaftlichen zur kollektiv wirtschaftenden Dorfgemeinde. Dabei legte er großes Gewicht auf ihre Entwicklungen vor der kolonialen Eroberung, und zwar insbesondere an den Beispielen Indien, Nord- und Südamerika und Algerien. Er rekonstruierte die durch die indigenen Konflikte und die oft damit verschränkten äußeren Eroberungen durch Muslime, Araber und Osmanen hervorgerufenen Umbrüche, die jedoch weder die nur langsam voranschreitende wirtschaftliche Entwicklung veränderten noch das Kommunaleigentum als dominierender Basis in Frage gestellt hatten. Darüber hinaus sah er seine schon früher entwickelte Auffassung bestätigt, dass es in keinem der untersuchten Fälle – im Gegensatz zum europäischen Mittelalter – zu feudal-

24 Vgl. auch die verschiedenen Varianten in den übrigen Ausgaben und den Passus in der französischen Ausgabe im Kommentar (USB-Card), Zeile 24.196-24.201. In einer handschriftlichen Notiz für die 1881 geplante überarbeitete Ausgabe fügte Marx ein europäisches Beispiel hinzu, wo die Expropriation und Proletarisierung sogar wieder rückgängig gemacht worden war und zur Entstehung einer kleinbäuerlichen Intensivlandwirtschaft geführt hatte, nämlich Italien (ebd.).

25 Vgl. MEGA, Bd. IV/27 (es ist nur eine digitale Veröffentlichung geplant). Teiltranskriptionen der ethnologisch-anthropologischen Notizbücher recht unterschiedlicher Qualität finden sich in den Editionen von Hans-Peter Harstick (1977) und Lawrence Krader (1976). Zum Gesamtkontext vgl. ergänzend Anderson 2016, Krader 1975, Krader 1976a, Shanin 1983, Wemheuer 2016.

herrschaftlichen Umbrüchen gekommen war, weil die individuelle Leibeigenschaft fehlte. Hier distanzierte er sich entschieden von den Interpretationen Kovalevskijs und Maines.

Einen weiteren Schwerpunkt des marxischen Interesses bildete die Entwicklung der dörflichen Produktionsweise und der Eigentumsverhältnisse. Er notierte ihre historischen Differenzierungen und kam zum Ergebnis, dass ihre gemeinschaftliche Grundlage immer erhalten blieb, ganz gleich, ob dabei kollektiv gearbeitet und gelebt wurde (gemeinschaftliche Agrikultur und kollektive Wohnstätten) oder eine regelmäßige Umteilung des Grund und Bodens an die eigenständig arbeitenden und lebenden Familienwirtschaften stattfand. Auch die Tauschbeziehungen bewegten sich immer im kollektiven Rahmen (zwischen Familien, Gemeinden usw.), und selbst die Abgabe des Mehrprodukts (Natural- oder Geldsteuern) an die Grundherren bzw. die Staatsmacht erfolgte kollektiv.

Eine weitere Folge dieses historisch geschärften Blicks auf die vorkapitalistischen Gesellschaften war die Frage nach der Beziehung der Dorfgemeinden zu ihrer Obrigkeit, die einen unterschiedlich großen Teil des Mehrprodukts beanspruchte. Auch hier gab es bemerkenswerte Unterschiede. Die chinesischen Bauern waren politisch erstaunlich aktiv und unterstützten je nach ihren Interessenlagen entweder die kaiserliche Zentralmacht oder die Grundherren. Die indischen Dorfgemeinden hielten sich in der Regel weitgehend zurück. Bei den Inkas war dagegen die Gemeinde mit dem Staat verschmolzen und gegen jegliche äußere Einflüsse abgeriegelt, während die Föderationen der Azteken ausgesprochen expansionsorientiert waren.

Spätestens hier wird deutlich, dass Marx in den letzten Lebensjahren den Begriff „Asiatische Produktionsweise“ von seinen geographischen Bedingtheiten (Indien und China) löste und sich einer generellen Konzeption der auf gemeinschaftlicher Aneignung des Bodens und der Produktionsmittel begründeten vorkapitalistischen Gesellschaftsformation annäherte.

Nun war jedoch das europäische Handelskapital seit Beginn des 16. Jahrhunderts dazu übergegangen, sich der vorkapitalistisch wirtschaftenden Gesellschaften zu bemächtigen und sie als wesentliche Quelle der ursprünglichen Akkumulation auszurauben. Wie dies geschah, studierte Marx – vermittelt durch die ihm verfügbaren ethnologischen und anthropologischen Untersuchungen – in mindestens drei Fällen: Lateinamerika, Indien und Algerien.²⁶ In Westindien (Karibik und Mexiko) raubten die spanischen Eroberer die indigenen Gesellschaften aus, pressten sie zur Sklavenarbeit in den Gold- und Silberbergwerken und zwangen sie nach dem Verfall der Weltmarktpreise für Edelmetalle zur Zwangsarbeit auf ihren neu entstehenden Landgütern. Zusätzlich verkauften sie ihre Gefangenen an spanische Händler, die sie unter bestialischen Bedingungen überall dorthin verschifften, wo im expandierenden Kolonialimperium Arbeitskräfte knapp waren. Ihre völlige Ausrottung wurde dann zeitweilig durch die Zuteilung gemeinschaftlich bewirtschafteter indigener Ländereien abgemildert, die jedoch mit hohen Abgaben belastet wurden. Hinzu kamen regelmäßige Zwangsrekrutierungen durch die Kolonisten während der Aussaat und der Ernten, sodass große Teile des Gemeindelands brachlagen.

Verglichen mit diesen exzessiven Gewaltmethoden erschien das britische Vorgehen in Indien subtiler. Das langfristige Ziel war jedoch letztlich dasselbe – die Beseitigung der kollektiv wirtschaftenden Umteilungsgemeinden. Der erste Angriff wurde 1793 mit der Aufwertung der

26 Sie finden sich alle in seinen Kovalevskij-Exzerpten (vgl. Harstick 1977, 19ff, 29ff, 77ff.). Das von Marx exzerpierte Werk ist in deutscher Übersetzung zugänglich: Kovalevskij 1977.

Grundherren (Zemindar) zu erbberechtigten Privateigentümern an dem von ihnen in ihrem Distrikt beanspruchten Grund und Boden gestartet („Permanent Settlement“). Als dann die Bauern ihre neuen „Landlords“ verjagten, wurde die East India Company als deren Nachfolgerin eingesetzt. Zusätzlich wurden die den Dorfgemeinden auferlegten Steuern ständig erhöht. Das hatte zahlreiche Zwangsverkäufe an städtische Kapitalisten zur Folge, sodass sich die gemeindlichen Strukturen zunehmend atomisierten. Jedoch existierte der kollektivistische Zusammenhalt unterschwellig weiter und war auch informell in den städtischen Kommunen verankert.

Das dritte Beispiel, das Marx durch Kovalevskijs Vermittlung zur Kenntnis nahm, war Algerien. Auch hier hatten sich die gemeinschaftlichen Produktionsweisen im Lauf der Jahrhunderte von ihren gentilgesellschaftlichen Anfängen zu höheren Formen des dörflichen Gemeineigentums weiterentwickelt. Die arabische Eroberung im 11. Jahrhundert hatte sie vor allem bei den Berbern (Kabylen) gefestigt, und seit der im 16. Jahrhundert begonnenen osmanischen Herrschaft hatten sie mit den zentral gesteuerten Domanialgütern der Hohen Pforte koexistiert. Sie waren infolgedessen intakt und lebensfähig, als ab 1830 die französische Kolonialherrschaft einsetzte. Auch sie kannte nur ein Ziel: Die Zerstörung des gemeinschaftlichen Eigentums der Araber, und nur die dabei angewandten Methoden variierten. Nach der Niederschlagung der Pariser Commune erreichte der kolonialistische Angriff seinen Höhepunkt, denn nun wuchs die Befürchtung, dass durch die Fortdauer des gemeindlichen Eigentums „kommunistische Tendenzen unterstützt“ würden. Seine Beseitigung galt jetzt als vordringlich, weil sie zu einer Schwächung der „stets auf [dem] Sprung zur Revolte stehenden“ Stämme führte und den einzigen Weg zur weiteren Übertragung des Gemeindeeigentums in die Hände der französischen Kolonisten darstellte (zitiert nach Harstick 1977, 100f.).

Das waren bittere Befunde. Sie verwandelten den spürbar betroffenen Marx endgültig in einen entschiedenen Antikolonialisten, und er sparte nicht mit verbalen Ausfällen gegen die Kolonialherren („Hunde“, „Hornochsen“). Angesichts dieser Erkenntnisse trat die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Landgemeinden etwas in den Hintergrund. Marx tendierte auch keineswegs dazu, die den vorkapitalistischen Gemeinschaften anhaftenden Schattenseiten zu beschönigen oder gar zu verklären. Er war sich beispielsweise immer bewusst, dass die kollektiv wirtschaftenden Produzenten patriarchalisch strukturiert und zudem unfrei waren. Aber sie waren es nicht individuell, sondern immer als Kollektiv, das, an seinen Boden und seine Arbeitsbedingungen gebunden, der es ausbeutenden Obrigkeit als Gemeinde entgegentrat. Dieser Beziehung haftete an und für sich nichts genuin Revolutionäres an, auch wenn sie sich immer wieder in Aufständen entlud. Aber der egalitäre und kollektivistische Habitus der Ackerbaugemeinde ließ ein tief verankertes Widerstandspotenzial erkennen, das, sobald es erst einmal mit den revolutionären Bewegungen der modernen Arbeiterklasse in Berührung kam, der Kolonialherrschaft überaus gefährlich werden konnte.

7. Marx, die russischen Narodniki und die Weltrevolution

Gleichwohl wurde die Frage nach der Überlebensfähigkeit der vorkapitalistischen Dorfgemeinde in einem weiteren Kontext akut, der Marx parallel zu seinen Auseinandersetzungen mit dem globalen Süden beschäftigte und starke strukturelle Analogien aufwies: die Lage der russischen Bauern und die Überlebensperspektive ihrer Dorfgemeinden (Obschtschina). Sie trat im Verlauf der 1870er Jahre immer mehr in den Vordergrund, weil sie in den Diskussionen der russischen

Intelligenz eine wichtige Rolle spielte. Die Antwort darauf erweiterte sich zudem unweigerlich zu einem Problem von universeller Tragweite: War die Durchsetzung des Kapitalismus westlicher Prägung mit allen seinen Qualen und Grausamkeiten unvermeidlich, oder konnte die kollektiv wirtschaftende russische Ackerbaugemeinde zum Ausgangspunkt einer alternativen Entwicklungsstrategie werden, die die genossenschaftlichen Arbeits- und Produktionsverhältnisse mit den technologisch-wissenschaftlichen Innovationen des Westens kombinierte und einen direkten Übergang zur sozialistischen Industrialisierung ermöglichte?

Immer mehr russische Intellektuelle fanden darauf eine positive Antwort.²⁷ Dabei spielte ihre nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 begonnene kritische Auseinandersetzung mit dem deterministischen und die kapitalistische Entwicklung bejahenden Evolutionsdenken ihrer westlichen Dialogpartner eine entscheidende Rolle. Als erster propagierte der im englischen Exil lebende Alexander Herzen die Wiedergeburt der russischen Dorfgemeinde (Obschtschina) als Ausgangspunkt einer sozialistischen Umwälzung in Russland. Ihm gegenüber hob der ebenfalls im westeuropäischen Exil lebende Michail Bakunin die aufbäuerlicher Selbstverwaltung beruhende soziale Seite der Umteilungsgemeinde, des „Mir“ (russisch: Gesellschaft) hervor. Als Dritter im Bunde betonte der in Russland gebliebene Nikolai Tschernyschewski die technologisch-ökonomischen Vorteile, die eine Erneuerung des Obschtschina-Mir-Komplexes mit sich bringen würde.

Diese theoretischen Vorgaben fanden seit Ende der 1850er Jahre einen unerwartet breiten Widerhall. Die von Marx in einem Korrespondentenbericht der *New York Daily Tribune* vorausgesagte Revolte der Bauern erreichte 1860/61 gewaltige Ausmaße. Aber auch bei den Studenten gährte es. Die aber kämpften nicht nur für eine Reform des Hochschulwesens und für demokratische Freiheiten, sondern begannen auch den aufständischen Dorfgemeinden zuzuhören. Dabei erkannten sie rasch, dass die von Herzen, Bakunin und Tschernyschewski präsentierten Einschätzungen und Handlungsoptionen zutrafen. Das Ergebnis war der Zusammenschluss ihrer Gruppen und Zirkel zur Untergrundorganisation „Zenlja i Volja“ (Land und Freiheit), die jedoch nach einer kurzen ersten Etappe der revolutionären Agitation unter den Bauern brutal unterdrückt wurde. Wer konnte, floh ab 1864 ins europäische Ausland, während zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten, darunter auch so prominente Vordenker wie Tschernyschewski und Piotr Lavrov, in den Gefängnissen landeten und anschließend nach Sibirien verbannt wurden.

Von nun an gewannen die russischen Emigrantenkolonien erheblichen Einfluss auf die sozialistischen Strömungen in Westeuropa. Auch für sie wurde die Pariser Commune zu einem Schlüsselerlebnis, das zu neuen Weichenstellungen führte. Die Anhänger Bakunins sahen in ihr eine direkte Analogie zur angestrebten Erneuerung der russischen Dorfgemeinde, denn in beiden Fällen ging es um die Kollektivierung des Bodens bzw. der Produktionsmittel, um die Durchsetzung einer aufkommunaler Ebene assoziierten Produktionsweise und den Aufbau einer egalitär verfassten Selbstregierung. Diese Perspektive hielt Piotr Lawrov für zu einfach gestrickt. Er hatte die erste Etappe der Commune miterlebt und sich anschließend in den westeuropäischen

27 Vgl. hierzu und zum Folgenden das noch immer maßgebliche Standardwerk von Franco Venturi (1972). Venturi hat mit einer bis heute vorbildlichen Gründlichkeit die sowjetischen Quelleneditionen zur Geschichte der *Narodniki* ausgewertet, die zu Beginn der 1930er Jahre in Moskau erschienen und bis heute in keine andere Sprache übersetzt sind.

Gruppen der IAA für ihre Unterstützung engagiert.²⁸ Wie Marx führte auch er ihr Scheitern auf mangelnde Planung und Entschlusskraft zurück, zog daraus aber entgegengesetzte Konsequenzen. Nach seiner Auffassung war nur die revolutionäre Intelligenz in der Lage, diese Defizite zu überwinden, indem sie sich mit den Arbeiterkämpfen und Bauerngemeinden kurzschloss und sie zu einer erfolgreichen revolutionären Perspektive befähigte. Die marxischen Lösungsvorschläge hielt er dagegen für höchst problematisch: Marx halte die IAA für eine Art „Staat ohne Territorium“, und er betrachte ihren Generalrat als eine Zentralbehörde, die ihre nationalstaatlichen Vertretungen bei ihren Versuchen beaufsichtige, über die Parlamente die politische Macht zu erobern. Das aber werde, so Lawrow, nicht gutgehen, denn die Arbeiterparteien würden über kurz oder lang in die jeweiligen Nationalstaaten integriert werden (referiert nach Venturi 1972, Bd. II, 443f.).

Diese teils kontroversen, in vielem aber auch konvergierenden Zukunftsvorstellungen der exilierten revolutionären Diaspora gaben entscheidende Impulse zur Gründung der zweiten „Zenlja i Volja“ im Jahr 1876. Sie setzte erneut zum „Gang ins Volk“ an, um die seit der Aufhebung der Leibeigenschaft zunehmend unter Druck geratenen Dorfgemeinden für die soziale Revolution zu gewinnen. Im Gegensatz zu Beginn der 1860er Jahre war sie nun erheblich breiter aufgestellt und verstand es, ihre Agitationskampagnen mit Aktionen gegen besonders verhasste Akteure des zaristischen Repressionsapparats zu verbinden. Ihre programmatischen Vorstellungen waren ganz auf die Dorfgemeinde fokussiert. Sie forderte erstens die sofortige Übereignung von Grund und Boden an die Landarbeiterklasse und dessen egalitäre Umteilung, zweitens die Übergabe aller sozialen Funktionen in die Selbstverwaltung der Dorfgemeinden, sowie drittens die Aufteilung des russischen Imperiums je nach den spezifischen regionalen Bedürfnissen und Besonderheiten.

Bei den Versuchen zur politischen Umsetzung stellte sich jedoch zunehmend die Prioritätsfrage, und darüber kam es nach drei Jahren zum Dissens. Eine Fraktion plädierte für einen direkten und möglichst entscheidenden Schlag gegen die zaristische Despotie, um den Weg zum sozialen Umsturz zu öffnen, und forderte eine diesem Ziel verpflichtete organisatorische Zentralisierung. Die Gegenströmung lehnte diese Vorschläge ab und plädierte stattdessen für eine verstärkte Verankerung der organisatorischen Strukturen in den Dorfgemeinden. Schließlich gingen beide Tendenzen getrennte Wege. Das Petrograder Exekutivkomitee gründete sich zur „Narodnaja Volja“ (Volksfreiheit/Volkswille) um, und die vor allem im Süden Russlands aktiven Gruppierungen reorganisierten sich in der Gruppe „Černij peredel“ (Schwarze Umteilung).

Am 1./13. März 1881 fiel Zar Alexander II. einem Attentat der Narodnaja Volja zum Opfer. Es gelang dem Repressionsapparat, das Petrograder Exekutivkomitee innerhalb kürzester Zeit aufzurollen und zu vernichten. Aber auch die „Schwarze Umteilung“ war gelähmt und in den folgenden Monaten mit dem Kampf ums Überleben beschäftigt. Deshalb gelang es ihr nicht, die Reaktionen der Dorfgemeinden auf die Ereignisse zu beeinflussen. Die Bauern waren davon überzeugt, dass die Gutsbesitzer und Adligen hinter dem Anschlag steckten, weil sie die vom Zaren beabsichtigte Eindämmung der Privatisierung des Bodens und die stattdessen geplante Umteilung zugunsten der Gemeinden verhindern wollten. Darüber hinaus mussten die Narodniki ohnmächtig mit ansehen, wie die slawophilen Reaktionäre die Schuld an der wachsenden Bedrängnis der Gemeinden der jüdischen Minderheit in die Schuhe schoben und damit ein soziales

28 Ihm verdanken wir auch die neben der Adresse des Generalrats wichtigste zeitgenössische Analyse der Pariser Commune: Lawrow 2003.

Ventil schufen, das sich in antijüdischen Pogromen entlud. Dies lieferte wiederum dem Nachfolger Alexanders II. den Vorwand für massive antijüdische Maßnahmen, während er gleichzeitig die ökonomische Einkreisung der Gemeinden verstärkte. So war auch der zweite Aufbruch der russischen Narodniki in einem Desaster geendet, das dem Fiasko der Pariser Commune und der anschließenden Selbsterstörung der Internationalen Arbeiterassoziation in nichts nachstand.

Mit diesen Entwicklungen war Marx seit Beginn der 1870er Jahre zunehmend vertraut. Wie wir schon wissen, hatte ihn die russische Agrarfrage erstmalig gegen Ende der 1850er Jahre beschäftigt, als er als Europa-Korrespondent der „New York Daily Tribune“ über die bevorstehende Aufhebung der Leibeigenschaft berichtete, und er hatte damals zu Recht eine Welle von Bauernaufständen vorausgesagt (MEW 12, 681f.). Dann aber war der amerikanische Bürgerkrieg in den Fokus seines Interesses gerückt, und er hatte die Visionen seines ebenfalls im Londoner Exil lebenden Publizisten-Kollegen Alexander Herzen von der Wiedergeburt der russischen Dorfgemeinde als slawophile Träumerei missverstanden und lächerlich gemacht. So hatte er beispielsweise im Nachtrag zu den Noten der Erstausgabe von Band I des „Kapital“ (1867) geschrieben, Herzen verdanke seine „Entdeckungen über den ‘russischen’ Kommunismus“ bezeichnenderweise dem Werk eines preußischen Regierungsrats, nämlich August Franz von Haxthausen (1847–1852). Und nun mache sich dieser „Halbrusse“ und „Moskowiter“ Herzen daran, „die Verjüngung Europa’s durch die Knute und obligate Infusion von Kalmückenblut“ zu prophezeien, während die die „Menschenrace“ auf dem Kontinent unterwühlende kapitalistische Produktion Hand in Hand mit der russischen „Konkurrenz in Größe der nationalen Soldateska, Staatsschulden, Steuern, eleganter Kriegsführung usw.“ einhergehe (MEGA II/5, 625, vgl. auch MEW 18, 670). Diese zügellose Polemik macht deutlich, wie sehr Marxens Wahrnehmung der sozialökonomischen Probleme Russlands im Allgemeinen und der russischen Flüchtlingsdiaspora im Besonderen zu dieser Zeit noch durch seinen Hass auf den russischen Zarismus bestimmt war, der bei der Niederschlagung der europäischen Revolution von 1848/49 eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Aber diese Ressentiments wichen seit Beginn der 1870er Jahre einer zunehmend vorurteilsfreien Betrachtungsweise. Als Kopf des Generalrats kam Marx mit mehreren russischen Emigranten-Gruppen in Kontakt, die um Aufnahme nachsuchten. Hinzu kam die Korrespondenz mit dem sozialrevolutionären Theoretiker Nikolai Danielson, der 1872 eine ursprünglich von Bakunin begonnene russische Übersetzung des ersten Bandes des „Kapital“ beendete und in Petrograd herausbrachte.²⁹ Auch Lawrov war während seiner Aufenthalte in London bei Marxens häufig zu Gast und ein hoch geschätzter Korrespondenz- und Dialogpartner. Auf diese Weise wurde Marx immer mehr mit den historisch-ökonomischen Besonderheiten Russlands vertraut. Er lernte Russisch, um regierungsoffizielle Berichte lesen zu können, er studierte aber auch die Schlüsselwerke der russischen Narodniki, insbesondere Nikolai Tschernyschewskis, um seine Gesprächspartner besser zu verstehen. Er begann mit einem Wort zuzuhören, sich den Konzepten der Narodniki zu öffnen und über eine mögliche Verschränkung mit seinen eigenen Theorien nachzudenken. Dabei kamen ihm vor allem seine ethnologischen und anthropologischen Studien zu Hilfe, denn die russische Dorfgemeinde stellte ja eine besonders weit entwickelte und zudem noch intakte Variante der vorkapitalistischen Ackerbaugemeinde dar. Es war deshalb kein Zufall, dass sich Marx

29 Vgl. die Korrespondenz zwischen Marx und Danielson in: MEW, Bd. 33 bis 35.

in seinen letzten Lebensjahren (1881-82) parallel zu seinen ethnologischen Studien intensiv mit der Entwicklung auseinandersetzte, die die Obschtschina seit der Aufhebung der Leibeigenschaft durchgemacht hatte. Dabei revidierte er seine 1858/59 geäußerte positive Einschätzung der Intentionen Alexanders II.: Der Zar hatte keineswegs die Dorfgemeinde vor den Grundherren schützen und stabilisieren wollen, sondern im Gegenteil eine Politik der systematischen Einkreisung und Zersetzung vorangetrieben (MEW 19, 407-424).

Gleichwohl begann Marxs publizistischer Austausch mit den Narodniki vergleichsweise spät. Er stand zudem unter ungünstigen Vorzeichen, denn in der auf der Erstausgabe von 1867 beruhenden russischen Edition des ersten Bandes des „Kapital“ gab es noch keine fassbaren Anhaltspunkte für eine Relativierung seiner unilinearen Auffassung, wonach alle Länder dem von ihm untersuchten Modellfall der kapitalistischen Entwicklung alternativlos unterworfen seien. Infolgedessen konnte die gegen Alexander Herzen gerichtete Polemik letztlich nur dahin gedeutet werden, dass er dieses Schicksal auch dem zaristischen Russland zuschrieb und alternative Überlegungen pauschal dem Lager der reaktionären Slawophilen zuordnete. So nimmt es denn auch nicht wunder, dass ihm Nikolaj K. Michailowski, ein Theoretiker der „Zemlja i Volja“, in einem 1877 anonym in der regimekritischen Zeitschrift „Otetschestwennye Sapiski“ (Vaterländische Annalen) veröffentlichten Artikel eine deterministische Geschichtsphilosophie attestierte: Er postuliere einen allgemein gültigen Entwicklungsgang der Gesellschaft, und nur aus dieser Haltung sei seine Invektive gegen Herzen zu verstehen. Diese Kritik saß punktgenau, und Marx befand sich in einem Dilemma. Sollte er zugeben, dass Michailowskis Kritik zutraf, er selbst aber inzwischen dazugelernt hatte, wie dies beispielsweise die mittlerweile erschienene französische Ausgabe des ersten Bandes des „Kapital“ auswies? Zu einer solchen offenen, selbstkritischen und vor allem auch glaubwürdigen Antwort war Marx nicht in der Lage. Er wählte stattdessen eine verwickelte Argumentationslinie, um Michailowski zu widerlegen.³⁰ Er schrieb zunächst, aus der polemischen Passage gegen Herzen lasse sich keinerlei Schlussfolgerung ziehen, und verwies auf das – Michailowski ebenfalls bekannte – Nachwort zu zweiten deutschen Ausgabe des ersten Bandes des „Kapital“ aus dem Jahr 1872, in dem er mit Hochachtung auf den „großen russischen Gelehrten und Kritiker“ Tschernyschewski hingewiesen hatte (MEW 19, 108); er ließ dabei jedoch unerwähnt, dass es dabei nicht um die Frage der russischen Dorfgemeinde, sondern um eine Kritik Tschernyschewskis am britischen Ökonomen John Stuart Mill gegangen war (vgl. MEW 23, 21). Zur weiteren Untermauerung seiner Rechtfertigung erklärte Marx anschließend, er habe in den letzten Jahren Russisch gelernt und sich intensiv mit der Situation in Russland auseinandergesetzt. Dabei sei er zum Ergebnis gekommen, dass Russland seit der Aufhebung der Leibeigenschaft mit aller Kraft auf eine am westeuropäischen Modell orientierte Entwicklung zusteure. Wenn dies so weitergehe, dann werde Russland „die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat, um dafür alle die verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen“ (MEW 19, 108).

Danach kam Marx auf die seinem Kritiker nicht bekannte französische Ausgabe von „Kapital I“ zu sprechen und paraphrasierte die uns schon bekannten Passagen, in denen er die Validität seiner Untersuchung ausdrücklich auf das westeuropäische Modell beschränkt hatte. Wenn Russland

30 Karl Marx: Brief an die Redaktion der „Otetschestwennye Sapiski“, in: MEW 19, 107-112; die französische Originalfassung des Briefs befindet sich in: MEGA I/25, 112-117.

jedoch fortfahre, dieses Modell zu imitieren, dann werde es dies nur fertigbringen, indem es den Großteil der Bauern in Proletarier verwandle, und dann werde Russland „die unerbittlichen Gesetze dieses Systems zu ertragen haben, genauso wie alle andern profanen Völker: Das ist alles“ (ebd., 111). Denn grundsätzlich sei die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise immer von ihrem „historischen Milieu“ abhängig, und erst aus dem Vergleich verschiedener derartiger Konstellationen erschließe sich das Verständnis für diese Entwicklungen. Man werde folglich „niemals ... mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie“ operieren können, „deren großer Vorzug darin“ bestehe, „übergeschichtlich zu sein“ (ebd., 112).

Interessanterweise schickte Marx seine Replik an den ihm unbekanntem Autor nicht ab.³¹ Die Gründe dafür sind unklar. Wahrscheinlich war Marx mit der in sich wenig schlüssigen Argumentationslinie unzufrieden. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass ihm das am Schluss seiner Erwiderung formulierte Eingeständnis einer prinzipiellen Vorrangstellung der historisch-materialistischen Methode gegenüber den vermeintlichen „Naturgesetzen“ der kapitalistischen Produktionsweise zu weit ging.

Wie dem auch sei: Eine öffentliche Klarstellung gegenüber seinen sozialrevolutionären Kritikern blieb aus, und dies hatte zur Folge, dass sich liberale russische Ökonomen, die sich für eine Kopie des westeuropäischen Wegs zur kapitalistischen Produktionsweise einsetzten, unter Berufung auf Marxens „Kapital“ als „Marxisten“ bezeichneten. Mit dieser für ihn wenig schmeichelhaften Tatsache wurde Marx vier Jahre später konfrontiert, als er aus Genf Post von einer exilierten russischen Sozialrevolutionärin erhielt. Vera Sassulitsch war eine bekannte Exponentin der *Narodniki*. Sie hatte 1878 einen wegen seiner notorischen Misshandlung politischer Gefangener verhassten General niedergeschossen, war danach von einem Schwurgericht zunächst freigesprochen worden und vor der drohenden Wiederverhaftung in die Schweiz geflohen. Von dort aus wandte sie sich 1881 an Marx, um ihn unter Verweis auf die sich auf ihn berufenden „Marxisten“ nach seinen tatsächlichen Ansichten über die Perspektive der russischen Dorfgemeinde und die Vermeidbarkeit oder Unausweichlichkeit der kapitalistischen Entwicklung Russlands zu befragen. Marx war klar, dass er sich nun offen positionieren musste, aber die Antwort fiel ihm auch diesmal alles andere als leicht. Er schrieb insgesamt vier umfangreiche Entwürfe, bevor er sie schließlich in einer knappen Stellungnahme zusammenfasste und sie diesmal auch abschickte.³² Er schrieb, er könne leider keine „bündige, für die Öffentlichkeit bestimmte Auskunft“ erteilen, aber er sei in der Bringschuld, weil er schon vor Monaten dem Petrograder Exekutivkomitee der „*Narodnaja Wolja*“ eine „Arbeit über diesen Gegenstand versprochen“ hatte. Aber nun sei es an der Zeit, alle Zweifel und Missverständnisse aus der Welt zu schaffen. Er betonte erstens unter Verweis auf die uns schon mehrfach begegnete Passage aus der französischen Ausgabe des ersten Bandes des „*Kapital*“, dass die „historische Unvermeidlichkeit“ der kapitalistischen Entwicklung ausdrücklich auf die Länder Westeuropas beschränkt sei. Zweitens sei nur im Westen das Privateigentum der freien Produzenten in kapitalistisches Privateigentum verwandelt worden, während es sich im Gegensatz dazu bei den russischen Bauern um Gemeineigentum

31 Sie wurde erst drei Jahre nach seinem Tod von Engels veröffentlicht und erregte in der Diaspora der russischen Emigranten erhebliches Aufsehen.

32 Karl Marx: *Lettre à Vera Ivanovna Zassoulitch résidant à Genève. Londres, le 8 mars 1881*, in: MEGA I/25, 241f; die vier Entwürfe ebd., 219-240. Die deutsche Übersetzung findet sich in: MEW 19, 242 f; zusätzlich drei der vier Entwurfsfassungen in deutscher Übersetzung im Anhang, vgl. ebd., 384-406.

handle. Drittens habe er im 'Kapital' keine Beweise für oder gegen die Überlebensfähigkeit der Dorfgemeinde angeführt. Jedoch sei er nach ausgedehnten Spezialstudien zu der Überzeugung gelangt, dass die Dorfgemeinde den „Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands“ bilde. Damit sie aber in diesem Sinn wirken könne, „müßte man zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einstürmen, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern.“

Damit hatte sich Marx klar festgelegt, während er sich in einer Antwort an Michailowski nur gegen den Vorwurf gewehrt hatte, ein deterministisch-geschichtsphilosophischer Denker zu sein. Er unterstützte nun unzweideutig die Positionen der russischen Sozialrevolutionäre, und seine Antwort an Sassulitsch war auch als Ersatz für die aus gesundheitlichen Gründen unterbliebene Ausarbeitung für das Petrograder Exekutivkomitee zu verstehen.

Marx hatte sich diesen Positionsbezug nicht leicht gemacht. Wie ein Blick in die Entwurfsfassungen zeigt, bot er sein gesamtes inzwischen erarbeitetes Wissen über die vorkapitalistischen Gesellschaften des globalen Südens auf, um die Besonderheiten der russischen Konstellation zu verstehen. Er definierte die russische Dorfgemeinde als eine weit entwickelte Form der vorkapitalistischen Ackerbaugemeinde, die durch den Dualismus zwischen kollektivem Eigentum an Grund und Boden und dem familienwirtschaftlichen – also privaten – Eigentum an Haus und Produktionsmitteln zur Bearbeitung der periodisch umgeteilten Parzellenstreifen bestimmt war. Dies hatte Marx zufolge Vorteile und Nachteile: Es förderte zum einen die Ausbildung von Individualität und persönlicher Initiative, hatte aber auch eine zunehmend ungleiche Anhäufung von Familienvermögen zur Folge und hemmte wegen der Zersplitterung der Landbebauung die technologisch-ökonomische Entwicklung. Gleichwohl hielt es Marx für möglich, die inneren Tendenzen zur Selbstauflösung zu stoppen und den Gemeinden den Weg aus der zunehmenden Verarmung freizumachen. Dabei könne man erstens an den starken genossenschaftlichen Traditionen – etwa der mit den Gemeinden eng verflochtenen Handwerker-genossenschaften (Artels) und der kollektiven Bewirtschaftung der Weiden und Wälder sowie der Bewässerungsanlagen – anknüpfen und langsam zur großflächigen Bewirtschaftung durch den Einsatz von Landmaschinen übergehen. Ein weiteres Dilemma sah er in der extremen Isolierung der Dorfgemeinden voneinander. Aber auch dieses Problem hielt er für leicht lösbar, wenn man die bisherigen Distriktverwaltungen (Volost) durch Bauernversammlungen ersetzte. Alle diese und andere Maßnahmen zur sozialökonomischen Erneuerung der Gemeinde setzten jedoch einen erheblichen Mittelaufwand voraus. Die Ressourcen dafür waren nach Marxens Ansicht reichlich vorhanden. Aber die zaristische Autokratie enthielt sie den Gemeinden nicht nur vor: Sie forcierte im Gegenteil ihre Pauperisierung und Unterminierung durch wachsende Steuerlasten, die sie zur Subventionierung des Eisenbahnbaus, zum Aufbau erster industrieller Schwerpunkte und zur Modernisierung ihrer Armee einsetzte.

Somit hatte sich Marx bis 1881 bemerkenswert konkrete Vorstellungen zur sozialistischen Erneuerung Russlands unter Umgehung des Mahlstroms der nachholenden ursprünglichen Akkumulation erarbeitet. Den Hintergrund bildeten nicht nur seine von den sozialrevolutionären Kritikern stimulierten Bemühungen um eine multilineare und indeterminierte Weiterentwicklung seiner ökonomischen Theorie, sondern auch sehr konkrete politische Hoffnungen. Wie Engels zwölf Jahre später notierte, hielten Marx und er das Petrograder Exekutivkomitee der Narodnaja Wolja für die europäische Avantgarde der damaligen revolutionären Bewegung, die es 1881 sogar als „geheime Nebenregierung“ geschafft hatte, den Nachfolger Alexanders II. in

eine streng bewachte Exklave zu verbannen, in der er völlig isoliert schien.³³ Aber das war eine illusorische Vorstellung. Die Niederlage der Narodniki war katastrophal, und ab 1883 sollten unter der Regie der Kautsky-Adepten Georgi Plechanow und später Wladimir Lenin jene Kräfte an Boden gewinnen, die die Durchsetzung des Kapitalismus nach westeuropäischem Muster für unvermeidlich erachteten und den sozialrevolutionären Untergrund von innen her mit ihrer deterministischen Doktrin herausforderten.

Diese Wende hat Marx jedoch nicht mehr miterlebt. Stattdessen verfasste er 1882 zusammen mit Engels eine „Vorrede“ zu jener Programmschrift, mit der er 35 Jahre zuvor erstmalig in eine revolutionäre Konstellation interveniert hatte – zum „Manifest der Kommunistischen Partei“. Er tat dies auf Bitten Piotr Lawrovs, der sich eine abschließende Stellungnahme Marxens zur Perspektive der russischen Revolution im damaligen internationalen Kontext erhoffte. Die Vorrede wurde kurz nach ihrer Niederschrift – ohne das „Kommunistische Manifest“ selbst, das erst einige Zeit später in einer zweiten russischen Ausgabe erschien – in der Zeitschrift der „Narodnaja Wolja“ veröffentlicht (vgl. MEGA I/25, 295f; MEW 19, 295f).

Das Vorwort war kurz und prägnant. Zunächst verwiesen die Autoren darauf, wie beschränkt das Gebiet im Dezember 1847 noch gewesen war, das die proletarische Bewegung damals einnahm: in ihm fehlten ausgerechnet Russland und die Vereinigten Staaten. Russland hatte damals als „letzte Reserve“ der europäischen Reaktion fungiert, und die USA hatten „die proletarische Überkraft Europas durch Einwanderung“ absorbiert. Zusätzlich hatten die USA und Russland dem damaligen europäischen Zentrum der kapitalistischen Dynamik die Rohstoffe geliefert und die industriellen Erzeugnisse abgenommen, sodass sie die „Säulen der bestehenden europäischen Ordnung“ darstellten. Aber nun hatte sich alles geändert. Aus der europäischen Einwanderung hatte sich in den USA eine gewaltige Agrarproduktion entwickelt, die das konkurrierende europäische Grundeigentum in „den Grundfesten“ erschütterte, während die industrielle Entwicklung eine Stufenleiter erreicht habe, die das „industrielle Monopol“ Westeuropas und Englands „binnen kurzem brechen“ werde. Zugleich wirkten diese Umstände „revolutionär auf Amerika zurück“: Die freien Farmer, die Basis der politischen Verfassung, erlügen nach und nach „der Konkurrenz der Riesenfarmen“; und in den industriellen Zentren entwickle sich erstmalig ein „massenhaftes Proletariat“.

Und nun komme Russland. 1848/49 habe der Zar noch die europäische Bourgeoisie „vor dem eben erst erwachenden Proletariat“ gerettet und sei „zum Chef der europäischen Reaktion proklamiert“ worden; jetzt sei er aber selbst „Kriegsgefangener der Revolution“, und Russland bilde „die Vorhut der revolutionären Aktion in Europa“. Ökonomisch sei es dagegen mit einem „rasch aufblühenden kapitalistischen Schwindel“ und einem sich gerade erst bildenden bürgerlichen Grundeigentum konfrontiert, während sich mehr als die Hälfte des Bodens noch immer „im Gemeinbesitz der Bauern“ befinde. Aus diesem Befund ergebe sich nun die entscheidende Frage: „Kann die russische Obschtschina“, eine wenn auch inzwischen „stark untergrabene Form“ des Gemeinbesitzes, „unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehen? Oder muss sie umgekehrt vorher denselben Auflösungsprozeß durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht?“ Darauf vermöge man gegenwärtig nur eine einzige Antwort zu geben: „Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen,

33 Friedrich Engels: Nachwort (1894) [zu „Soziales aus Rußland“], in: MEW 18, 663-674, hier S. 671.

so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung werden.“

Über diese, Marx von Lawrov abgerungene und in der Zeitschrift der „Narodnaja Wolja“ erstmalig veröffentlichte Erklärung ist seither umfangreich publiziert und heftig gestritten worden. Dabei wurde jedoch zumeist übersehen, dass es sich nicht nur um eine aktuelle „Fortschreibung“, sondern auch um eine klare – wenn auch nur implizit formulierte – Distanzierung vom „Kommunistischen Manifest“ handelte. Die eurozentrische Orientierung war einer globalen Perspektive gewichen, in der die USA und Russland als neue Eckpfeiler festgeschrieben waren. In den USA hatte die kapitalistische Dynamik inzwischen alle bisherigen Hemmnisse überwunden und war zur offenen Konfrontation zwischen Arbeitern und Kapital übergegangen. In dem „Schwellenland“ Russland war dagegen noch alles in der Schwebe: Das bäuerliche Gemeineigentum war zwar eingekreist, aber noch lange nicht zerstört. Auch wenn Marx in seiner an die russischen Narodniki adressierten Erklärung darauf verzichtete, den kolonialistisch ausgebeuteten globalen Süden in sein revolutionäres Vermächtnis einzubeziehen, so war aufgrund der konzeptionellen Anlage seiner Schlussbemerkung doch deutlich, dass er nur noch eine transkontinental koordinierte revolutionäre Perspektive für möglich hielt, in der die weltweit assoziierten Bewegungen der arbeitenden Klassen den Kapitalismus in allen seinen unterschiedlichen Stadien vor, inmitten und nach der ursprünglichen Akkumulation aus den Angeln hoben und gemeinsam in eine kommunistische Gesellschaftsformation übergingen. Diese Perspektive blieb bis heute uneingelöst. Sie stand während der globalen Sozialrevolten am Ende des Ersten Weltkriegs genauso auf der Agenda wie während der revolutionären Umbrüche des globalen Südens im 20. Jahrhundert, bei denen die Bauern und Bauern-Arbeiter unzweideutig dominierten. Ich sehe eine schreckliche Tragik darin, dass der „Marxismus“ von diesen späten Lernprozessen seines Ahnherrn nichts wissen wollte und nur das „Kommunistische Manifest“ und eine deterministisch zurechtgebogene Lesart der Kritik der politischen Ökonomie in seine Vulgata aufnahm.

Aber seien wir mit diesem Verdikt nicht zu voreilig. Wie wir gleich sehen werden, war Marx selbst nicht mehr in der Lage, seine Einsichten stringent zu theoretisieren. Seine Kritik der politischen Ökonomie hinkte seinen historisch-politischen Lernprozessen hinterher und verwandelte sie in einen riesigen Steinbruch, aus dem sich jeder die ihm passenden Stücke herauslösen konnte, um seine Doktrinen und Konzepte „marxistisch“ einzukleiden.

8. Das Hinterherhinken der Kritik der politischen Ökonomie hinter der Revolutionstheorie

Soweit mein Blick auf Marxens Auseinandersetzung mit den revolutionären Umbrüchen seiner Zeit. Er erschloss sich durch eine integrierende Analyse seiner (teilweise gemeinsam mit Engels verfassten) programmatischen Erklärungen, politischen Kampfschriften, Zeitungsartikel, Korrespondenzen und Exzerptheft. Die dabei möglich gewordene Rekonstruktion aller sechs Konstellationen des sozialen, ökonomischen und politischen Umbruchs macht deutlich, wie unterschiedlich weitgehend Marx selbst als politischer Kopf involviert war, und wie unterschiedlich er darauf reagierte. Generell lässt sich jedoch feststellen, dass er das unilinear deterministische und eurozentrische Konzept seiner ersten Interventionsphase von 1847/48 schrittweise korrigierte und mehr und mehr die gesamte Welt mit ihren sehr unterschiedlichen Konstellationen der kapitalistischen Entwicklung und der dagegen gerichteten vorkapitalistischen Beharrungskräfte

wahrnahm. Diese zunehmend multilineare und indetermierte Sichtweise erlebte zwar nach der Vernichtung der Pariser Commune einen eurozentrisch-etatistischen Rückschlag. Sie wurde dann aber im Dialog mit den russischen Narodniki überwunden und mündete in eine revolutionäre Perspektive, die sich mehr und mehr an den Bedürfnissen der weltweit enteigneten, arbeitenden und unterdrückten Klassen orientierte und ihre teilweise sehr unterschiedlichen sozialen Konfigurationen zur Kenntnis nahm.

Parallel dazu konnten wir nachweisen, dass und wie die Lernprozesse des Politikers, Journalisten und Publizisten in seine intellektuelle Werkstatt zurückwirkten. Die dabei zu überwindende Distanz zwischen den Materialsammlungen, Korrespondenzen und ad hoc-Niederschriften der Notizbücher und den ökonomischen Manuskripten war jedoch erheblich. Nur selten durchbrachen komplett erarbeitete Passagen die anhand des englisch-europäischen „Experimentalfalls“ erarbeiteten „Gesetzmäßigkeiten“ der kapitalistischen Produktionsweise, so etwa das Kapitel über die asiatische Produktionsweise in den „Grundrissen“ oder die dem Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation nachfolgende Abhandlung über die Resistenz der freien amerikanischen Farmer-Handwerker, die die kapitalistische Entwicklung über ein Jahrhundert lang blockiert hatten. Hinzu kamen kleinere, aber überaus wichtige Korrekturen in der französischen Ausgabe des ersten Bandes des „Kapital“.

Wir müssen jedoch konstatieren, dass sich diese Modifikationen und Korrekturen in relativ engen Grenzen hielten. Sie wurden zudem zu erheblichen Teilen erst posthum veröffentlicht und – soweit es trotzdem geschah – von der sich rasch von Deutschland aus ausbreitenden Vulgata der Kautsky und Co. heruntergespielt.

Alles in allem klafft zwischen den aus der Auseinandersetzung mit den revolutionären Entwicklungen gewonnenen Einsichten und dem marxischen ökonomischen Denken eine erhebliche Lücke. Ich möchte im Folgenden auf einige meines Erachtens besonders wichtige Defizite hinweisen. Dazu habe ich einige Überlegungen zusammengetragen, die sich im Verlauf einer mehr als fünfzigjährigen Auseinandersetzung mit der marxischen Kritik der politischen Ökonomie konsolidiert haben. Diese Auseinandersetzung war nicht von wissenschaftlich-akademischen Interessen geleitet, sondern immer praxisorientiert – so wie mein politisches Umfeld, der „Operaismus“, der an Marx nur aus der Perspektive der Arbeiterautonomie interessiert war. Bei der Vorstellung dieser Überlegungen werde ich mich auf knapp formulierte Thesen beschränken, die für eine konstruktive Weiterentwicklung der Kritik der politischen Ökonomie wichtig sein könnten.³⁴

(1) Marx hatte nur einen begrenzten Blick auf die sozialökonomischen Verhältnisse an den damaligen Rändern des kapitalistischen Weltsystems. Während er die kollektive Produktionsweise der Dorfgemeinde intensiv studierte, setzte er sich mit der seit dem 17./18. Jahrhundert entstandenen kolonialen Plantagenwirtschaft nur cursorisch auseinander. Er hielt sie und die auf den Plantagen dominierende Sklavenarbeit für eine patriarchale Randerscheinung der kapitalistischen Weltökonomie, obwohl er sehr wohl wusste, welche herausragende Rolle der transatlantische Sklavenhandel und die Plantagenökonomie bei der ursprünglichen Akkumulation in Westeuropa gespielt hatten. Auf seine Schwierigkeiten bei der Einordnung der modernen Sklavenarbeit in die Werttheorie sind wir oben schon eingegangen. Marx blieb aber auch verborgen, welche heraus-

34 In einem früheren Beitrag bin ich auch auf einige methodologische Probleme der Kritik der politischen Ökonomie eingegangen, die die hier vorgetragene Argumentation in manchem ergänzen, vgl. Roth 2017.

ragende Rolle die koloniale Plantage als Impulsgeber für die Durchsetzung des Fabriksystems in den damaligen Zentren der kapitalistischen Produktionsweise gespielt hat (Martin 2012, Van der Linden 2010). Die Arbeitsorganisation der Sklaven-Gangs und der damit verbundene arbeitsteilige Einsatz unterschiedlicher Arbeiterkategorien erwiesen sich als zentrales Instrument der Unterwerfung des lebendigen Arbeitsvermögens unter die Fabrikdespotie. Die Arbeitsorganisation der Plantage war möglicherweise sogar ein Vorläufer des späteren Taylorismus. Zusammen mit ähnlichen Vorstufen – dem Arbeitszuchthaus und dem drakonischen Arbeitsregime der Handels- und Kriegsflotten usw. – schuf die Plantage die Fundamente der großindustriellen Ausbeutung und löste das in Westeuropa vorherrschende protoindustrielle Verlagssystem ab. Dagegen hat die von Marx postulierte Manufakturperiode als Institution der formellen Subsumtion handwerklicher Arbeiten als Vorstufe zum Fabrikssystem kaum eine Rolle gespielt.

(2) Auch die dem marxischen Konzept der ursprünglichen Akkumulation zugrunde liegende historische Skizze über den Modellfall England sollte kritisch hinterfragt werden. Es trifft zwar zu, dass dem Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise eine massenhafte Enteignung der Bauern von Grund und Boden vorausging, durch die sie innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne in „vogelfreie“ Proletarier verwandelt wurden. Aber die ihrer Produktionsmittel Beraubten waren keine passiven Objekte des „ehernen“ historischen Prozesses: Sie leisteten heftigen und hartnäckigen Widerstand und setzten auf der Ebene des Regulationssystems soziale Existenzrechte durch, die ihren Sturz in die Massenarmut und die anschließende Verfrachtung auf die Arbeitsmärkte des aufkommenden Fabriksystems erheblich verlangsamten. Die von ihnen erkämpfte „Moral Economy“ wurde zu einem wichtigen Instrument des sozialen Widerstands und war weitaus mehr als eine Art Vorstufe des modernen Sozialstaats (Thompson 1980, Vester 2017).

Diese Ausblendung komplexer sozialgeschichtlicher Ereignisse verweist nicht nur auf eine zu eng geführte historische Darstellung im 24. Kapitel des ersten Bandes des marxischen „Kapital“. Sie erinnert uns auch daran, dass Marx seine ursprünglich geplante Studie über die Genesis und Funktionsweise der Nationalökonomie – des regulatorischen Rahmens der kapitalistischen Dynamik – nie ausgeführt hat. Dieses Manko hat sich meines Erachtens auch negativ auf Marxens politische Praxis ausgewirkt, als er zwischen 1872 und 1875 zeitweilig auf eine einseitige politische Parametrisierung der Arbeiterorganisationen setzte.

(3) Bei einer Erneuerung der Kritik der politischen Ökonomie sind auch einige weitere Aspekte zu systematisieren, die im marxischen Oeuvre nur sporadisch auftauchen. Hierher gehört vor allem der von ihm am Beispiel Britisch-Indiens erhobene Befund, dass die Bauern-Handwerker der Ackerbaugemeinden zwar kapitalistisch ausgebeutet oder gar ruiniert wurden, ihrer Exploitation jedoch nicht ihre Umwandlung in „vogelfreie“ Proletarier auf dem Fuß folgte, um sie anschließend der Fabrikdespotie unterworfen zu können. Die kapitalistische Industrialisierung blieb einfach aus, und es entstanden Depressionszonen der Nicht-Entwicklung, die wir heute als „Schattenökonomien“, Slum Cities oder „informelle Sektoren“ bezeichnen. Marx führte diese Entwicklung in erster Linie auf die Inkompetenz, Raubgier und Brutalität der Kolonialherren zurück, denn sie erschien ihm politisch-ökonomisch unerklärlich.

Bei der Bewältigung dieses analytischen Defizits gab es einige Jahrzehnte später Abhilfe. In ihrem ökonomischen Hauptwerk über „Die Akkumulation des Kapitals“ wies Rosa Luxemburg nach, dass hinter diesen Erscheinungen eine systemimmanente Tendenz verborgen ist, die das Phänomen der ungleichen und kombinierten Entwicklung um eine Komponente der systematischen Nicht-Entwicklung erweitert: Die kapitalistische Produktionsweise benötigt immer größere

nichtkapitalistische Absatzmärkte zur Realisierung des ständig anwachsenden Mehrwerts, die im Gegenzug zur Deckung ihres Rohstoffbedarfs ausgebeutet werden und so lange wie möglich von einer nachholenden ursprünglichen Akkumulation ausgeschlossen bleiben (Luxemburg 1981, 279ff.). Zwar erwies sich der von Luxemburg zur Erklärung dieses Phänomens erarbeitete theoretische Ansatz als wenig überzeugend, denn sie konnte nicht schlüssig nachweisen, dass der Kapitalismus nur so lange Bestand hat, als er von nichtkapitalistischen Gesellschaften umgeben ist, die er zur Überwindung seiner Akkumulationsprobleme auf der Ebene der Mehrwertrealisierung heranziehen kann.³⁵

Dessen ungeachtet hatte Rosa Luxemburg eine wichtige Systemvariable der kapitalistischen Weltökonomie auf den Begriff gebracht, die es den entwickelten Zentren gestattet, den Fortgang der Kapitalakkumulation auf Kosten der „late comers“ und der in ihrer ökonomischen Entwicklung blockierten Weltregionen abzusichern.

(4) Nicht zufällig hat Marx die letzte Fassung seines ökonomischen Hauptwerks mit dem Titel „Das Kapital“ überschrieben – und nicht etwa mit „Arbeit und Kapital“. Diese Einschränkung widerspricht seiner immer wieder geäußerten Auffassung, dass das Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis darstellt, in dem sich ein prozessierender Widerspruch zwischen zwei antagonistischen Hauptklassen entfaltet. Die arbeitenden Klassen werden in seiner Darstellung weitgehend vernachlässigt und treten – wenn überhaupt – nur als defensive Akteure in Erscheinung. Diese nachrangige Positionierung ist nicht zufällig. Sie bringt vielmehr zum Ausdruck, dass Marx methodisch und logisch von einer vollständigen Einverleibung der arbeitenden Klassen in das Kapitalverhältnis ausging, sobald dieses eine gewisse industrielle Entwicklungsstufe erreicht hatte. Die Arbeitskraft verwandelt sich ab jetzt in einen variablen Kapitalvorschuss und wird zum Objekt eines „gesetzmäßig“ ablaufenden Verwertungsprozesses. Die grundlegende Herr-Knecht-Beziehung verschwindet hinter den Deduktionen einer werttheoretischen Begriffsbildung, die den subjektiven Träger des Arbeitsvermögens als lebendigen und widerspenstigen Nicht-Wert genauso ausblendet wie die technologisch-gewaltförmige Seite seiner Unterwerfung. Es ist kein Zufall, dass Marx diese in früheren Manuskripten sehr wohl untersuchte Seite des Arbeiter-Kapitalverhältnisses weitgehend aus der Druckfassung des ersten Bandes des „Kapital“ eliminiert hat.³⁶

35 Der methodische Fehler lag meines Erachtens darin, dass Rosa Luxemburg bei ihrer Problemstellung von Marxens Modell der erweiterten Reproduktion des Kapitals ausging, das die Realisierung eines Teils des produzierten Mehrwerts auf der in Band II des „Kapital“ erreichten Darstellungsebene nicht schlüssig zu erklären vermochte. Dieses Modell war auf die beiden Hauptabteilungen I (Produktion von Produktionsmitteln) und II (Produktion von Konsumgütern) beschränkt; die für die Weiterentwicklung des Modells unabdingbare Hauptabteilung III (Verbindung der Akkumulationssphäre mit dem nationalökonomischen Regulationssystem) war noch nicht eingeführt. Statt das marxische Modell um diesen Aspekt zu erweitern und damit den „Staatskonsum“ (öffentliche Infrastruktur, Rüstungsproduktion usw.) einzuführen, suchte Luxemburg nach einem Erklärungsansatz, der die Reproduktionsbeziehungen zwischen den beiden Hauptabteilungen des Akkumulationsregimes nicht überschritt. Dies führte sie dann zu der an sich richtigen Analyse der Interaktion zwischen der kapitalistischen Sphäre und den nichtkapitalistischen Gesellschaften. Sie verabsolutierte sie jedoch, statt für die Interaktion zwischen den beiden Hauptabteilungen weitere Variablen einzuführen und anschließend die erweiterte Reproduktion des Kapitals in ihrer Interaktion mit der nationalökonomischen Regulationssphäre darzustellen.

36 Vgl. hier vor allem das „Maschinenfragment“ in den „Grundrissen“ (MEW 42, 590ff.) sowie die in den unmittelbaren Vorentwürfen zum ersten Band des „Kapital“ verfasste Abhandlung über „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“ (Marx 1969).

Zweifelloos unterscheidet sich die kapitalistische Gesellschaftsformation von den ihr vorausgehenden Klassengesellschaften durch die Umwandlung des den arbeitenden Klassen abgepressten Mehrprodukts in Mehrwert und Profit. Und zweifelloos hat sie aufgrund dessen eine Dynamik entwickelt, in deren Ergebnis den arbeitenden Klassen immer größere und immer stärker überakkumulierte Kapitalmassen gegenüberstehen. Gerade deshalb erscheint es jedoch nötig, die Kritik der politischen Ökonomie zu revolutionieren und den arbeitenden Klassen auf der Grundlage einer erweiterten Werttheorie einen Platz auf gleicher Augenhöhe zuzuweisen, der sie prinzipiell und jederzeit zur egalitären und kommunistischen Umwälzung der Produktionsverhältnisse befähigt.

(5) Ist eine diesem Anspruch genügende dialektische Erweiterung des methodischen Kerns der marxischen Kritik der politischen Ökonomie bewerkstelligt, so drängen sich weitere Korrekturen auf. Die wichtigste besteht meines Erachtens darin, dass die von Marx für die Zeit nach der ursprünglichen Akkumulation behauptete „eherne“ Notwendigkeit einer uneingeschränkten Unterwerfung der Arbeitskraft des späteren „Totengräbers“ der Bourgeoisie unter die Kapitalverwertung bis zu einer bestimmten „Reife“ der Produktivkräfte bzw. Produktionsverhältnisse weder methodisch noch historisch zu begründen ist. Die Selbstbefreiung der arbeitenden Klassen ist in jedem Stadium der kapitalistischen Entwicklung (bzw. auch Nicht-Entwicklung) möglich. Die entscheidende Voraussetzung ist jedoch, dass sie weltweit koordiniert stattfindet und alle Sphären der Ausbeutung gleichzeitig erfasst: die im globalen Süden stattfindende kapitalistische Ausbeutung ohne damit einhergehende ursprüngliche Akkumulation, die in die ursprüngliche Akkumulation eingetretenen „Schwellenländer“ sowie die unterschiedlich weit entwickelten Zentren und Subzentren des kapitalistischen Weltsystems.

(6) Diese aus der Methodenkritik gewonnenen Einsichten sollten durch wirtschaftshistorische Erkenntnisse ergänzt werden, die sich teilweise schon zu Marxens Zeiten ihren Weg bahnten. Hierzu gehört vor allem das Konzept der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“, das Nikolai Danielson bei seiner Auseinandersetzung mit Marx in den Grundzügen entwickelte. Es geht von der gleichzeitigen Existenz unterschiedlich weit vorangetriebener Varianten der wirtschaftlichen Entwicklung vor, während und nach der ursprünglichen Akkumulation aus, die miteinander in Wechselwirkung treten. Es wurde später von Alexander Helphand, Leo Trotzki, Ernest Mandel und anderen weiterentwickelt (vgl. van der Linden 2007) und bildet die Matrix für jene weltrevolutionäre Perspektive, wie sie Marx seit der für die „Narodnaja Wolja“ verfassten Aktualisierung des „Kommunistischen Manifests“ vorschwebte. Das wichtigste gemeinsame – und somit weltumspannende – Ziel eines jeden revolutionären Systemwechsels wird darin bestehen, die sozialökonomischen Ungleichgewichte so rasch wie möglich zu überwinden und einen gleichgewichtigen Zustand herbeizuführen, der durch das Konzept eines „Even and Combined Socialist Development“ bestimmt ist.

(7) Eine derartige Perspektive setzt des Weiteren die Einsicht voraus, dass die weltweit koordinierten Akteure – Frauen und Männer, die Dorfgemeinden der Subsistenzökonomie, die bäuerliche Familienwirtschaften, Bauern-Arbeiter, Migrationsarbeiter, Zwangsarbeiter, selbständige Arbeiter aller Qualifikationsstufen, Industrieproletarier, Reproduktionsarbeiter, Wissensarbeiter usw. – in Theorie und Praxis gleichrangig und gleichwertig behandelt werden. Sicher sind in jeder Weltregion die jeweiligen Gewichtungen zwischen den verschiedenen Segmenten der „hervorbringenden Klassen“ unterschiedlich, und sicher werden sich überall bestimmte soziale Gruppierungen besonders exponieren, so wie dies auch bei der ersten – ge-

scheiterten – Weltrevolution von 1917–1921 der Fall war. Aber diese im historischen Prozess entstehenden Gewichtungen und Schwerpunktverschiebungen folgen keinerlei Rangfolge etwa entsprechend den bisherigen Einkommen und Entgeltformen, den Qualifikationen und der jeweiligen geschlechtsspezifischen Zuordnung.

(8) Bei unserem Blick auf die Stärken und Aporien der marxischen Methode dürfen wir die persönlichen Verhaltensweisen nicht ganz ausblenden, mit denen er seine Analysen und programmatischen Vorstellungen vortrug und gegen seine Kritiker verteidigte. In dieser Hinsicht machte Marx keine gute Figur. Die Art und Weise, in der der junge Intellektuelle 1847 den Handwerkerkommunisten Wilhelm Weitling bei der Umgründung des „Bunds der Gerechten“ zum „Bund der Kommunisten“ an den Rand drängte, ließ nichts Gutes erwarten. Auch seine maßlose Polemik gegen den bis dahin bewunderten proletarischen Autodidakten Pierre-Joseph Proudhon erregte Unwillen, zumal Marx sich bei der Abrechnung mit dessen subjektiver Werttheorie allzu blauäugig auf seine damaligen Kronzeugen Adam Smith und David Ricardo stützte. Als diktatorischer Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ scheute Marx ein gutes Jahr später keine Intrige, um den Armenarzt Andreas Gottschalk als Vorsitzenden des Kölner Arbeitervereins kaltzustellen. Nach fast zwei Jahrzehnten der politischen Funkstille hatte Marx noch immer nicht dazugelernt. Seine Abrechnung mit Alexander Herzen war ignorant und unfair. Und man muss nicht unbedingt ein Anhänger Bakunins oder Anarcho-Syndikalist sein, um sich über die mangelnde Kompromissbereitschaft zu wundern, die Marx 1871/72 bei den Auseinandersetzungen um die strategische Neuorientierung der Internationalen Arbeiterassoziation an den Tag legte. Es wirkt auch heute noch befremdlich, dass er dabei seine Kontrahenten organisationsintern als „Deklasierte“ und „Zuchthausgesindel“ titulierte – war er doch selbst ein staatenloser Dauer-Exilant am Rand der viktorianischen Gesellschaft. Diesen intransigenten und rechthaberischen Habitus legte Marx erst in seinen letzten Lebensjahren ab, als er den Dialog mit den – von ihm auf gleicher Augenhöhe wahrgenommenen – russischen Sozialrevolutionären aufnahm. Aber da war es zu spät. Die Zerwürfnisse von 1847 bis 1849 und in den Jahren 1871/72 erwiesen sich als schwere Hypothek, die bis heute fortwirkt. Der vielschichtigen Zusammensetzung der arbeitenden Klassen sollten endlich egalitäre Strukturen der revolutionären Diskurses zur Seite gestellt werden, denn nur so können die kollektiven Lernprozesse ungefiltert in eine ergebnisoffene Transformationsperspektive eingehen.

9. Schlussbemerkung

Für die marxistische Orthodoxie und die sich auf die immanente Marx-Exegese konzentrierende Gelehrten-gemeinde dürfte mein aus den historischen Kontexten erarbeiteter Rückblick auf Marx respektlos oder gar ketzerisch erscheinen. Ich halte jedoch die Anwendung der historisch-materialistischen Methode auf ihren Urheber für unverzichtbar. Es ging mir nicht darum, den Mainstream zu provozieren. Ich sehe vielmehr in einem solchen Vorgehen die einzige Möglichkeit, den politisch-theoretischen Ansprüchen des Alten von London gerecht zu werden.

Mein Ziel war somit keineswegs eine Anti-Hagiographie „von links“. Ich wollte lediglich auf einige Konsequenzen hinweisen, die sich aus der Tatsache ergeben, dass Marxens wirtschaftstheoretisches Schaffen weit hinter seiner Revolutionstheorie herhinkte. Dabei konzentrierte ich mich auf solche Fragestellungen, die es gestatten, das aus ihr weitgehend verschwundene revolutionäre Subjekt in die Kritik der politischen Ökonomie zu reintegrieren.

Das marxische Oeuvre ist wie sein politisches Lebenswerk eine Baustelle geblieben – widersprüchlich und häufig auch inkonsistent. Es ist ein riesiger Torso – aber was für einer! Wenn wir dies akzeptieren und die zahlreichen, aber häufig nur schwer aufzuspürenden Erkenntnisse rekonstruieren, die ihn zu einem multilinearen, indeterminierten und weltweit verorteten Revolutionskonzept führten, dann ist er auch heute noch aktuell – eine Quelle der Inspiration. Insofern bewegen auch wir, seine heterodoxen Kritiker, uns in seinen Fußstapfen.

Literatur

- Anderson, Kevin B. (2016): *Marx at the Margins. On Nationalism, Ethnicity, and Non-Western Societies*, Chicago/London.
- Backhaus, Wilhelm (1974): *Marx, Engels und die Sklaverei. Zur ökonomischen Problematik der Unfreiheit*, Düsseldorf.
- Blackburn, Robin (2011): *An Unfinished Revolution. Karl Marx and Abraham Lincoln*, London.
- Engels, Friedrich (1894): Nachwort [zu „Soziales aus Rußland“], in: MEW 18, 663-674.
- Harstick, Hans-Peter (Hg.) (1977): *Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Gemeindeeigentums 1879–1880*, Frankfurt a.M./New York.
- Haxthausen, August Franz von (1847–1852): *Studien über die innern Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Russlands*, Hannover; Mikrofiche-Ausgabe Hildesheim u.a. 1994–1998.
- James, C.L.R. (1984): *Die schwarzen Jakobiner. Toussaint L'Ouverture und die Unabhängigkeitsrevolution in Haiti*, Köln.
- Kovalevskij, Maxim M. (1977): *Der Gemeindelandbesitz. Ursachen, Verlauf und Folgen seines Zerfalls*, Frankfurt a.M./New York.
- Krader, Lawrence (1975): *The Asiatic Mode of Production. Sources, Developments and Critique in the Writings of Marx*, Assen.
- (Hg.) (1976): *Karl Marx. Die ethnologischen Exzerptheft*, Frankfurt/M.
- (1976a): *Ethnologie und Anthropologie bei Marx*, Berlin/Wien.
- Kuczynski, Thomas (Hg.) (1995): *Das Kommunistische Manifest (Manifest der Kommunistischen Partei) von Karl Marx und Friedrich Engels. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht*, Trier.
- Lawrow, Pjotr (2003): *Die Pariser Kommune vom 18. März 1871. Geschichte – Einfluss – Lehren*, Neuausgabe, Münster.
- Linebaugh, Peter/Rediker, Marcus (2008): *Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks*, Berlin/Hamburg.
- Luxemburg, Rosa (1981): *Die Akkumulation des Kapitals*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin.
- Martin, Peter (2012): *Zucker für die Welt. Die Anfänge der Sklaverei und der Fabrikgesellschaft in Lateinamerika*, Berlin.
- Marx, Karl (1853a): *Die Revolution in China und in Europa*, in: MEW 9, 95-102.
- (1853b): *Die britische Herrschaft in Indien*, in: MEW 9, 127-133.
- (1853c): *Die Ostindische Kompanie, ihre Geschichte und die Resultate ihres Wirkens*, in: MEW 9, 148-156.
- (1853d): *Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien*, in: MEW 9, 220-226.
- (1857/58): [Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie], in: MEW 42, 47-768.
- (1858a): *Die Frage der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland*, in: MEW 12, 590-593.
- (1858b): *Über die Bauernbefreiung in Rußland*, in: MEW 12, 673-682.
- (1859): *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW 13, 3-160.
- (1861a): *Der nordamerikanische Bürgerkrieg*, in: MEW 15, 329-338.

- (1861b): Der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten, in: MEW 15, 339-347.
 - (1862a): Zur Kritik der Dinge in Amerika, in: MEW 15, 524-526.
 - (1862b): Zu den Ereignissen in Nordamerika, in: MEW 15, 551-553.
 - (1864): An Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in: MEW 16, 18-20.
 - (1867a): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, Hamburg, in: MEGA II/5.
 - (1867b): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, in: MEW 23.
 - (1871a): [Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“], in: MEW 17, 493-571.
 - (1871b): [Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“], in: MEW 17, 572-610.
 - (1871c): Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW 17, 313-365.
 - (1871d): [Aufzeichnung der Reden von Karl Marx über die Trade-Unions] [Aus dem Protokoll der Sitzung der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation vom 20. September 1871], in: MEW 17, 649f.
 - (1871e): [Aufzeichnung einer Rede von Karl Marx über die politische Aktion der Arbeiterklasse] [Aus dem Protokoll der Sitzung der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation vom 20. September 1871], in: MEW 17, 650f.
 - (1871f): [Aufzeichnung einer Rede von Karl Marx über die geheimen Gesellschaften] [Aus dem Protokoll der Sitzung der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation vom 22. September 1871], in: MEW 17, 654f.
 - (1872a): Offizieller Bericht des Londoner Generalrats, verlesen in öffentlicher Sitzung des Internationalen Kongresses zu Haag, in: MEW 18, 129-137.
 - (1872b): Über die Nationalisierung des Grund und Bodens, in: MEW 18, 59-62.
 - (1875): Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW 19, 15-32.
 - (1877): Brief an die Redaktion der „Otetschestwennyje Sapiski“, in: MEW 19, 107-112; französische Originalfassung in: MEGA I/25, 112-117.
 - (1881): Lettre à Vera Ivanovna Zassoulitch résidant à Genève. Londres, le 8 mars 1881, in: MEGA I/25, 241f; deutsche Übersetzung in: MEW 19, 242f.
 - (1881–82): [Notizen zur Reform von 1861 und der damit verbundenen Entwicklung in Rußland], in: MEW 19, 407-424.
 - (1885): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, in: MEW 24.
 - (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt a.M. (Reprint der 1933 vom Moskauer Marx-Engels-Archiv veröffentlichten Erstausgabe).
 - (2017): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Neue Textausgabe. Bearbeitet und herausgegeben von Thomas Kuczynski, Hamburg.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4, 459-493.
- (1872a): Die angeblichen Spaltungen in der Internationale, in: MEW 18, 3-51.
 - (1872b): Resolutionen des allgemeinen Kongresses zu Haag vom 2. bis 7. September 1872, in: MEW 18, 149-158.
 - (1873): Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiterassoziation, in: MEW 18, 327-471.
 - (1882): Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“, in: MEGA I/25, 295f; sowie in: MEW 19, 295f.
- Meissner, Jochen u.a. (2008): Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei, München.
- Meyer, Ahlrich (2009): Eine Theorie der Niederlage. Marx und die Evidenz des 19. Jahrhunderts, in: Marcel van der Linden/Karl Heinz Roth (Hg.), Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in

- der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Berlin/Hamburg 2009, 311-334.
- Roth, Karl Heinz (2017): Impulsgeber Marx – Heterodoxe Thesen zur Erneuerung der Kritik der politischen Ökonomie, in: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, Nr. 111, September, 123-133.
- Shanin, Teodor (1983): *Late Marx and the Russian Road: Marx and the Peripheries of Capitalism*, London/New York.
- Stein, Hans (1921): *Der Kölner Arbeiterverein. 1848-49. Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus*, Köln.
- Stommel, Karl (1964): Der Armenarzt Dr. Andreas Gottschalk, der erste Kölner Arbeiterführer, 1848, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein*, Heft 166, Düsseldorf 1964, 55-105.
- Thompson, Edward P. (1980): Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. u.a.
- Van der Linden, Marcel (2007): The 'Law' of Uneven and Combined Development: Some Underdeveloped Thoughts, in: *Historical Materialism* 15, 145-165.
- (2008): Why chattel slavery? In: ders., *Workers of the World. Essays toward a Global Labor History*, Leiden 2008, 63ff.
- (2010): Re-Constructing the Origins of Modern Labor Management, in: *Labor History*, 51, No. 4, 509-522.
- Van der Linden, Marcel/Roth, Karl Heinz (2009): Karl Marx und das Problem der Sklavenarbeit, in: dies. (Hg.), *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, Berlin/Hamburg, 581ff.
- Venturi, Franco (1972): *Il populismo russo*, 3 Bde., 2. Auflage, Turin.
- Vester, Michael (2017): Praxeologische Klassentheorie. Zur Logik des Kapitals und zur Logik der Praxis, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 59. Jg., H. 322, 190-202.
- Wemheuer, Felix (Hg.) (2016): *Marx und der globale Süden*, Köln.

Emanuela Conversano

Vom Nutzen und Nachteil der historischen Analogie für die Praxis Bemerkungen über Marx' späte Studien

Übrigens ist mir alles verhasst, was mich bloß belehrt,
ohne meine Tätigkeit zu vermehren oder unmittelbar zu beleben.
J. W. v. Goethe an F. Schiller, 19. Dezember 1798

Die Verwendung historischer Analogien bei Marx gewinnt in den letzten Jahren seines Lebens und Werkes eine klare praktische Bedeutung, insbesondere im Rahmen der Auseinandersetzung mit der russischen Intelligenzija und in der historischen und ethnologischen Untersuchung von außereuropäischen Kontexten. In meinem Beitrag werde ich versuchen, die wissenschaftlichen Grundlagen des Vergleichs in der Methode der Kritik der politischen Ökonomie und damit das spezifische Verhältnis von Marx' Arbeitsweise zur Geschichte und Praxis zu analysieren.

1. Russland und *Das Kapital*

„Donc des événements d'une analogie frappante, mais se passant dans des milieux historiques différents, amenèrent des résultats tout-à-fait disparates. En étudiant chacune de ces évolutions à part et en les comparant ensuite, l'on trouvera facilement la clef de ce phénomène, mais on n'y arrivera jamais avec le passe-partout d'une théorie historico-philosophique générale dont la suprême vertu consiste à être suprahistorique.“ (MEGA, I/25, 117)¹

In diesem berühmten Ausschnitt aus dem Brief an die Redaktion der „Otečestvennyje Zapiski“ beabsichtigt Marx, sich zur Diskussion zwischen dem liberalen Ökonomen Julij Galaktinovič Žukovskij und dem Populisten Nikolaj Michajlovskij zu äußern. Es ging um die Anwendung der geschichtlichen Skizze zur Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa, wie Marx sie im Kapitel über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation im ersten Buch des *Kapital* vorstellte, auf Russland. Obwohl die Antwort niemals nach Petersburg geschickt wird – entweder weil Marx „allein durch seinen Namen die Existenz der Zeitschrift zu gefährden“ befürchtet (so Engels an Vera Zasulič, 6. März 1884, MEW 36, 121) oder weil er mit seinen theoretischen Schlussfolgerungen noch unzufrieden ist –, stellen die Ausführungen in seinem Briefentwurf eine wesentliche methodologische Aussage über das vergleichende Verfahren dar, das Marx immer wieder in seiner Kritik der politischen Ökonomie und Geschichtsauffassung anwendet.

¹ „Ereignisse von einer schlagenden Analogie, die sich aber in einem unterschiedlichen historischen Milieu abspielten, führten also zu ganz verschiedenen Ergebnissen. Wenn man jede dieser Entwicklungen für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein.“ (MEW 19, 112)

Das erste Buch des *Kapital* ist zu dieser Zeit sehr populär unter den russischen Intellektuellen und Politikern, besonders nach dem Erscheinen der von Lopatin begonnenen und dann von Nikolaj Francevič Daniel'son fertiggestellten russischen Übersetzung 1872, die Marx selbst für „trefflich“ hält (MEGA II/10, 15). Die russische Intelligenzija vergleicht die gegenwärtige sozialökonomische Lage Russlands mit der Vergangenheit Europas, um sich das Schicksal der *obščina* gegenüber einer kapitalistischen Umwälzung in Russland vorzustellen. Wie bekannt ist, wird das Problem der russischen Bauerngemeinde mit der Frage nach der Unvermeidlichkeit, der Universalität der Genesis der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft. Diese erklärt Marx mit Blick vor allem auf England im 16. bis 18. Jahrhundert als Prozess der Expropriation der Arbeitenden von Grund und Boden, wodurch sich eine Form des Privateigentums – die auf persönlicher Arbeit gegründete Form – in eine andere Form des Privateigentums – die kapitalistische – verwandelt, die auf Lohnarbeit basiert. Diese Skizze, die Marx auf Westeuropa beschränkt hatte, entspricht jedoch nicht der russischen Situation des späten 19. Jahrhunderts, wo Formen des Privateigentums mit kollektiven Formen koexistieren (MEGA I/25, 231, *passim*).

Das Überleben eines besonderen Typs von Gemeinde und Gemeineigentum in Russland war einer der Gründe, die von den Slawophilen angegeben wurden, um die Überlegenheit der russischen Zivilisation auf der Basis einer Art slawischen naturwüchsigen Kommunismus' zu erklären (Groh 1961). Aber nach der erklärten Abschaffung der Leibeigenschaft von 1861 und mit der ihr folgenden Verwandlung der Verhältnisse zwischen den Angehörigen der Dorfgemeinden erlangt die Frage nach der *obščina* eine *praktische* Bedeutung für die sogenannten „Narodniki“ (Volkstümmler). Diese Besonderheit ist eher mit der allgemeinen historischen Bewegung verbunden als mit dem mystischen Stolz einer Nation an den Grenzen Europas – so Černyševskij in seinem Essay von 1859 [*Zur Kritik der philosophischen Vorurteile gegen den ländlichen Gemeinbesitz*] (partiell englische Übersetzung in Shanin 1983, 182-190), den Marx vermutlich zwischen Ende 1872 und Anfang 1873 in einer kurz zuvor in Genf veröffentlichten Anthologie liest (Wada, in Shanin 1983, 47). Im selben Jahr und unabhängig voneinander argumentieren also Marx und Černyševskij, dass es fast überall bei den alten Völkern Europas ein naturwüchsiges Gemeineigentum gab – ganz gegen das „lächerliche Vorurteil“ seiner „spezifisch“ slawischen oder sogar russischen Form (MEGA, II/2, 113, Anm. 1). Wie Černyševskij widersetzt sich Marx schon in *Zur Kritik der politischen Ökonomie* dem, was er in den siebziger Jahren „Landmystizismus“ nennen wird (Marx an Engels, 10. Februar 1870, MEW 32, 437), den das positive Urteil über das Gemeindeeigentum in der „perfectibilité perfectible de la Nation russe, et le principe providentiel de la *propriété communale* dans sa forme russe“² (Marx an Laura und Paul Lafargue, 5. März 1870, MEW 32, 659) verankert.

Dennoch setzt Marx der Idee eines angeborenen Merkmals der russischen Nation nicht eine Vorstellung des Gemeinwesens als allgemeine Menschenfähigkeit entgegen (wie hingegen Černyševskij, in Shanin 1983, 183): Er hat die naturalistische Anthropologie Feuerbachs, deren Anhänger Černyševskij ist, lange vor 1859 aufgegeben. Der russische Schriftsteller benutzt jedoch das Prinzip des universalen Menschenwesens, um das Gemeineigentum abzulehnen, so wie es die

2 „der unbegrenzten Vervollkommnungsfähigkeit der russischen Nation und des von der göttlichen Vorsehung bestimmten Prinzips des *Gemeineigentums* in seiner russischen Form“ – in der Übersetzung nach Fußnote 20, MEW 32, 659.

Liberalen tun. Beide berufen sich auf die moderne deutsche Philosophie – insbesondere auf die hegelianische –, wonach das kommunistische Prinzip einer primitiven gesellschaftlichen Form entspreche, die mit der historischen Entwicklung überholt werden solle. Aber indem Černyševskij die dialektische Geschichtstheorie anwendet, kehrt er das liberale Argument um und argumentiert, dass die höhere Entwicklungsstufe ihrer Ursprungsform entspreche und dass es ein historisches Phänomen sei, dass die Ursprungsform unter dem Einfluss der höheren Entwicklungsform Zwischenmomente überspringen könne.

Vor diesem Hintergrund könnte es überraschend sein, dass Marx stattdessen im Vorwort zur ersten Ausgabe des *Kapital*, mit einem Vergleich zwischen der Arbeit des Physikers und der Arbeit des Sozialwissenschaftlers, gegen den Abbruch von geschichtlicher Entwicklung spricht.

„Der Physiker beobachtet Naturprozesse entweder dort, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen minst getrübt erscheinen, oder, wo möglich, macht er Experimente unter Bedingungen, welche den reinen Vorgang des Prozesses sichern. Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die *kapitalistische Produktionsweise* und die ihr entsprechenden *Produktions- und Verkehrsverhältnisse*. Ihre klassische Stätte ist bis jetzt *England*. Dies der Grund, warum es zur Hauptillustration meiner theoretischen Entwicklung dient. [...] An und für sich handelt es sich nicht um den höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen. Es handelt sich um *diese Gesetze selbst*, um diese mit eherner Nothwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden *Tendenzen*. Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft! Aber abgesehen hiervon. [...] Neben den modernen Nothständen drückt uns eine ganze Reihe vererbter Nothstände, entspringend aus der Fortvegetation alterthümlicher, überlebter Produktionsweisen mit ihrem Gefolg von zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Wir leiden nicht nur von den Lebenden, sondern auch von den Todten. *Le mort saisit le vif!*³ [...] Ich habe deßwegen u.a. der Geschichte, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Bande eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft *dem Naturgesetz ihrer Bewegung* auf die Spur gekommen ist, – und es ist *der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen* – kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretiren. Aber sie kann die Geburtswen abkürzen und mildern.“ (MEGA II/5, 12-14)

Unter den Passagen, in denen Marx methodologische Hinweise zur geschichtlichen Skizze gibt, ist diese eine der zweideutigsten und ein Grund dafür, warum er in den folgenden Ausgaben des *Kapital* das zuvor Vorgestellte erläutern, ergänzen oder überarbeiten wird. Zunächst ist bekannt, dass Marx weiterhin seine Darlegungen *historisch* und *geografisch* begründen wird. Obwohl der Abschnitt bereits im Adverb „industriell“ implizit eine Einschränkung enthielt, wird Marx offensichtlich – auch durch „praktische“ Gründe, die für die Russen so wichtig sind – zu einer weiteren Erklärung getrieben. Der „Begrenzung der Nothwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung auf die Länder [...], die sich schon auf dem Weg der Industrialisierung befinden“ findet im *Vorwort* zur französischen Auflage des *Kapitals* noch deutlicher statt (siehe Pradella 2010, 98, die sich auf Anderson 1997, 134 bezieht): „Le pays le plus développé industriellement ne fait que montrer à ceux qui le suivent sur l'échelle industrielle l'image de leur propre avenir.“⁴ (MEGA II/7, 12) Auch wenn es sich in diesem Fall einfach um eine sprachliche Nuance handeln könnte, da die

3 Die Toten greifen nach den Lebenden.

4 Das am meisten industriell entwickelte Land zeigt denjenigen, die ihm im industriellen Maßstab folgen, lediglich das Bild ihrer eigenen Zukunft.

französische Sprache den Satzbau expliziter macht, während die deutsche Sprache sich bündiger ausdrückt, so ist es zweifellos richtig, dass eine andere Passage in der französischen Ausgabe einen bedeutenden Zusatz im Vergleich zu den deutschen Ausgaben – zu der ersten und zweiten sowie zu der dritten – enthält. Es handelt sich um einige Zeilen im vierundzwanzigsten Kapitel des ersten Buches, über die Marx in seiner Antwort an die russische Zeitschrift „Otečestvennyje Zapiski“ aufklären wird. Im *Kapital* bezeichnet Marx das Moment im Prozess der Akkumulation des Kapitals als „geschichtlich epochenmachend“, in dem die Produzierenden als persönlich freie, von ihren eigenen Produktionsmitteln getrennte Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt gelangen, der das Ergebnis der Expropriation der Bauern von Grund und Boden ist. Vor dem Hintergrund dieser Darstellung des Ursprungs des Kapitalismus fügt Marx dann die folgenden historisch-geographischen Details zur Verwandlung der ländlichen Produzenten in Proletarier*innen hinzu: „Ihre Geschichte nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an und durchläuft die verschiedenen Phasen in verschiedener Reihenfolge *und in verschiedenen Geschichtsepochen*. Nur in England, das wir daher als Beispiel nehmen, besitzt sie klassische Form“ (MEGA II/8, 670; Herv. E.C.).

Wenngleich die Geschichte Englands als klassische Form des Entwicklungsprozesses des Kapitalismus in den 1860er Jahren gilt, erkennt Marx jedoch in den Einzelfällen, dass der Ablauf nicht überall gleich ist. Und in der oben genannten – von Marx wahrscheinlich zehn Jahre später überarbeiteten, aber sofort nach seinem Tod veröffentlichten – dritten Fassung führt er die Ungleichheit des Prozesses aus *historischer* Sicht weiter aus: Was 1867 und 1872 nur ein Unterschied in der „Reihenfolge“ der Phasen war (MEGA II/5, 576 und MEGA II/6, 646), wird in der dritten Auflage auch eine Verschiedenheit von „Geschichtsepochen“. Aber schon vorher in der französischen Ausgabe hatte Marx eine *geografische* Klärung vorgenommen:

„Elle [l'expropriation des cultivateurs] ne s'est encore accomplie d'une manière radicale qu'en Angleterre: ce pays jouera donc nécessairement le premier rôle dans notre esquisse. Mais tous les autres pays de l'Europe occidentale parcourent le même mouvement, bien que selon le milieu il change de couleur locale, ou se resserre dans un cercle plus étroit, ou présente un caractère moins fortement prononcé, ou suive un ordre de succession différent“⁵ (MEGA II/7, 634).

Marx selbst beaufsichtigt die französische Übersetzung und greift in sie ein. Das geschieht genau in jenen Jahren, in denen er sich der russischen intellektuellen und politischen Bewegung nähert. Im *Avis* schreibt er an die Lesenden, dass die französische Auflage der zweiten deutschen gegenüber einen unabhängigen wissenschaftlichen Wert habe und auch von deutschen Leser*innen aufgenommen werden sollte (MEGA II/7, 690). Es ist also kein Zufall, dass in dieser Übersetzung der Begriff „Milieu“ verwendet wird, der in den folgenden Jahren im Briefwechsel mit den Russ*innen zentral sein wird.

Die *geografische* Einschränkung des zwingenden Charakters der Gesetze der *historischen* Entwicklung zur modernen Gesellschaft könnte daher bereits 1875 das Problem der unvermeidlichen Auflösung der Gemeinde und der Bewegung zum Kapitalismus lösen. Aber auch wenn das der Fall

5 Sie [die Enteignung der Bauern] ist bisher nur in England radikal vollzogen worden, so dass dieses Land in unserer Skizze notwendigerweise die Hauptrolle spielen wird. Aber alle anderen Länder Westeuropas durchlaufen die gleiche Bewegung, auch wenn sie je nach Umgebung ihr Lokalkolorit verändert, sich auf einen engeren Umkreis beschränkt, weniger stark ausgeprägt ist oder einer anderen Reihenfolge folgt.

wäre, würde Marx' Theorie unter Vorbehalt auf einen Evolutionismus oder auf einen Historismus reduziert werden. Offensichtlich aber ist das Problem komplexer und kann nicht nur von einem Raum-Zeit-Standpunkt her erfasst werden. Das hat jedoch auf der einen Seite mit der Theorie zu tun – wie der Vergleich zwischen dem Sozialwissenschaftler und dem Physiker nahelegt – und auf der anderen Seite mit der Praxis – wie Marx' Interesse am Fall Russland zeigt. Der besondere Umgang mit der historischen Analogie kann in diesem Zusammenhang ein Schlüssel zum Verständnis für die Verknüpfung dieser Motive in der Entwicklung von Marx' Denken sein. Angesichts außereuropäischer Zustände hilft der Vergleich in Marx' Methode, eine multilineare Geschichtstheorie zu entwerfen, die dem politischen Handeln dienlich sein kann.

2. Wissenschaftliche Methode und geschichtlicher Prozess: am Rande des Kapital

Die Länder, die im Vergleich zu England demselben Weg zur Trennung der Arbeitenden vom Land – obwohl in ihrer eigenen Weise und ihrem eigenen Tempo – folgen, sind, so Marx im *Nachwort* von 1872, nur die westeuropäischen Staaten. An dieser Stelle denkt Marx über die Rückständigkeit Deutschlands gegenüber England und Frankreich nach: Wie bekannt, gilt ihm der Klassenkampf in diesen Ländern theoretisch und praktisch sehr entwickelt im Gegensatz zu Marx' Herkunftsland, wo das Proletariat jedoch ein „viel entschiedneres theoretisches Klassenbewußtsein“ besitze (MEGA II/6, 703)⁶. In diesem Zusammenhang ist es für uns bedeutsam, dass der russischen Debatte über das erste Buch des *Kapital* im *Nachwort zur zweiten Auflage* auch reichlich Raum gegeben wird. Obwohl Marx hier keine explizite Analogie zwischen Russland und Deutschland zieht, mag es für uns heute Lesende nützlich sein, zu beobachten, wie Marx auf den Seiten, in denen er auf die Frage nach der historischen Entwicklung eingeht, verschiedene Fälle von „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Bloch 1962) – entweder bewusst oder unbewusst – aufzeigt. Darüber hinaus wurde Deutschland in der Diskussion über den Orientalismus im 19. Jahrhundert oft als das *Asien in Europa* wahrgenommen, gerade wegen seiner politischen Instabilität angesichts einer behaupteten Überlegenheit seiner intellektuellen Entwicklung gegenüber Frankreich (Crossley 1998, 134). Und Marx ist diese Diskussion nicht ganz fremd: als „asiatisch“ und „semiasiatisch“ bezeichnet er nämlich selbst Russland oft in den fünfziger und sechziger Jahren, wenn er sich auf die Tradition bezieht, die Russland als Sinnbild des *orientalischen Despotismus* erklärt, um die Charaktere der am wenigsten entwickelten ökonomisch-gesellschaftlichen Form in der „Vorgeschichte“ des Kapitals zu erfassen: d.h., die Urgemeinschaft, die er damals oft „in großen Umrissen“ mit der „indischen“ oder „asiatischen“ Gesellschaftsformation in seinem Werk identifiziert, und nur einmal „asiatische Produktionsweise“ nennt (MEGA II/2, 101) (über dieses Thema vergleiche u.a. Krader 1975). Es ist also klar, dass die Frage des Vergleichs zwischen dem kapitalistischen Zentrum und den Peripherien innerhalb und außerhalb Europas vor dem Hintergrund von Marx' Argumentation zur Entstehung und Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise auftritt. Auf solche Argumente hatte Marx seine These vom naturwüchsigen

6 Übrigens gibt Marx im Anhang zum französischen Text einige Passagen aus dem Nachwort über die Entwicklung der politischen Ökonomie als Wissenschaft sowie über seine eigene Methode als Kritik der politischen Ökonomie wieder.

Gemeineigentum als gemeinsame Form in der Vorgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise gegründet, dank dessen Beobachtung er in seiner Kritik der politischen Ökonomie „Ruinen“ (MEGA II/2, 113, Anm. 1) oder „Reste“ (MEGA II/1, 40) dieser überkommenen Urform in der Gegenwart ausmachte: z.B. in Indien, in Russland – und „stellenweise“ auch in Deutschland, wie Marx am 14. März 1868 an Engels schreibt (MEW 32, 42). Aber auch mehr als zehn Jahre später schreibt er an einer Stelle im dritten Entwurf seines Briefes an Vera Zasulič, dass die „*commune germaine*“ das westliche Äquivalent der „*commune russe*“ ist: sowohl in den verstreuten Beispielen in Marx' Heimat – konkret in der Gegend von Trier – als auch in Asien – z.B. bei den Afghanen – und in Russland begegne man dem *allerjüngsten Typus* der *Ackerbaugemeinde*, deren Merkmale Marx deutlich vom archaischen Typ unterscheidet. Deshalb studierte er seit den 1850er Jahren die *Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen*, und so die Geschichte der urtümlichen Gemeinschaften zunächst in Europa und dann im außereuropäischen Kontext. Hierfür sind Marx seine Studien zur russischen Bauerngemeinde in den 1870er Jahren so wichtig, dass Russland – laut Engels – im dritten Buch des *Kapital* die gleiche Rolle hätte spielen sollen wie England im ersten (MEGA II/15, 10). Unter den „ganz neuen Spezialstudien“, die Marx für den Abschnitt über die Grundrente macht, gibt es auch die Originalquellen, die ihm „von russischen Freunden“ zur Verfügung gestellt worden sind. Aus ihnen kann Marx Verhältnisse in Russland analysieren – nicht um ihre völlige Andersartigkeit gegenüber Gemeinschaftsformen in der westeuropäischen Urgeschichte und im Mittelalter auszumachen, sondern um die ökonomischen und sozialen Beziehungen innerhalb eines bestimmten Milieus außerhalb des kapitalistischen Zentrums besser zu verstehen.

Je genauer Marx die russischen Verhältnisse kennen lernt, desto mehr verfeinert er sein Urteil, das sich anfangs mehr auf die zaristische Außenpolitik sowie auf das Bild von Russland in Deutschland und Westeuropa orientierte, als dass es sich auf dokumentierte Fakten über die inneren sozioökonomischen Verhältnisse stützte. Aber schon in den späten 1860er Jahren wird die „originality“ der Menschen in Russland darauf beschränkt, dass sie noch in Formen „stecken, welche ihre Nachbarn seit langem abgestreift“ (MEW 32, 42) haben. Im Brief an Engels vom 14. März 1868 hat dies noch eine ironische Färbung. Im ersten Entwurf des Briefes an Zasulič erfolgt dagegen die Präzisierung, dass in Russland die Dorfgemeinde die noch vorherrschende Form im nationalen Maßstab sei und nicht nur ein Überrest, wie dies in Westeuropa der Fall sei (MEGA I/25, 224, 228). Sei es, dass Marx die russische Gemeinde als Überbleibsel aufgehobener Formen – wie in den 1850er und 1860er Jahren – betrachtet, sei es, dass er die *obsčina* als Fall einer noch in einem „milieu historique moderne“ lebendigen Form der Dorfgemeinde angesichts der kapitalistischen Durchdringung ansieht – wie im Briefwechsel mit der russischen Intelligenzija (vgl. z.B. MEGA I/25, 233) – der Maßstab seiner Analyse ist in jedem Fall die *gegenwärtige Gesellschaft*. In anderen Worten: Sowohl wenn Marx ein geographisches Attribut aus empirischen Fällen wie dem russischen verwendet, um die Vergangenheit Europas zu beschreiben, als auch wenn er über die Zukunft der russischen Gesellschaft in Bezug auf die europäische Geschichte nachdenkt, bleibt die Perspektive immer die der *jüngsten* Produktionsweise. Sein Ziel ist es, die Voraussetzungen der gegebenen antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, wie sie aktuell produziert und reproduziert werden. Marx' Frage ist immer die nach der Zeitgleichheit verschiedener Produktionsweisen, v.a. der „Dorfgemeinde“ – als „sozusagen das letzte Wort der archaischen Formation der Gesellschaften“ (MEGA I/25, 236) – und des Kapitals – dessen „Anatomie“ die Anatomie der „antiken etc.“ Ökonomien erklären kann (MEGA II/1.1, 40).

Auf der einen Seite beginnt Marx die moderne bürgerliche Gesellschaft als die „letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses“ zu studieren: d.h., in dem sie die am weitesten entwickelte *historische* Organisation der Produktion ist, könne die Gliederung ihrer Produktionsverhältnisse einen Schlüssel zum Verständnis auch der am wenigsten entwickelten und mannigfaltigen ökonomischen und Sozialverhältnisse bieten, und zugleich schaffe sie die Voraussetzungen für die soziale Revolution, in deren Folge eine kommunistische Gesellschaft entsteht. Auf der anderen Seite erkennt Marx seit dem Beginn seiner Kritik der politischen Ökonomie – oder, besser gesagt, seit der Zeit des *Manifest der Kommunistischen Partei* – an, dass die westeuropäische bürgerliche Gesellschaft ein „kleiner Winkel“ in der Welt ist, deren „eigentliche Aufgabe [...] – so schreibt er am 8. Oktober 1858 an Engels – die Herstellung des Weltmarkts“ ist: „Die Tendenz den *Weltmarkt* zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Capitals selbst gegeben“, behauptet Marx in den *Grundrissen* (MEGA II/1.2, 320), „wenigstens seinen Umrissen nach, u. einer auf seiner Basis ruhenden Production“, betont er im Brief an Engels. Da „die Welt rund ist“, müsse also das Kapital entweder durch Handel oder durch Herrschaft den Rest der Welt kolonisieren (MEGA III/9, 218). Folgerichtig müsse die Kritik der politischen Ökonomie die Bewegung des Kapitals und so die Geschichte und Organisation der Gesellschaften untersuchen, mit denen das Kapital in Kontakt kommt. Die Perspektive der ökonomischen, sozialen und politischen Analyse bei Marx ist deshalb sofort *weltweit*, gerade weil sie vom besonderen Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise ausgeht als dem Ausgangspunkt eines historischen Prozesses, als eines *historischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses*, das die Tendenz hat, sowohl einen Weltmarkt als auch eine Weltgeschichte zu schaffen (MEGA II/1.1, 44). Aber gerade weil „die Welt rund ist“, ist es möglich, eine solche Perspektive umzukehren und Europa zu „provinzialisieren“. Dabei wird die Aufmerksamkeit nicht nur auf seine Vergangenheit, sondern auch auf seine Ränder, auf seine Peripherien gerichtet (vgl. Sgrò 2019, 139-141, und die hier zu erwähnende Literatur: u.a. Anderson 2010, Chakrabarty 2000, Pradella 2015; siehe auch Lindner 2011). Dies ist einer der Gründe, warum sich Marx in den letzten Jahren seines Lebens so sehr mit der historischen und ethnologischen Forschung beschäftigt wie die zahlreichen Exzerpt- und Notizbücher zeigen, die glücklicherweise heute den Wissenschaftler*innen zur Verfügung stehen.

Meiner Meinung nach verweist Marx auf den genannten Zusammenhang, wenn er im dritten Entwurf des Briefes an Vera Zasulič schreibt, dass er auf einige Einzelheiten hinsichtlich der germanischen Gemeinde eingegangen ist, um die Tatsache hervorzuheben, dass sich die „neue Gemeinde“ zu seiner Zeit hier und da außerhalb und innerhalb Europas befindet (MEGA I/25, 236). Es ist kein Zufall, dass der Brief mit Hinweisen auf die „von Bourgeois geschriebenen Geschichten der Urgemeinschaften“ übersät ist. Die im Brief umrissene Methode unterscheidet sich nicht sehr von jener, der Marx in den *Formen* folgt, da er die Punkte aufzeigt, „wo die historische Betrachtung hineintreten muss“, ohne die „wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse zu schreiben“ (MEGA II/1.2, 369). Dieses besondere Interesse an der Weltgeschichte und Weltgeographie ist es auch, was die Kritik der politischen Ökonomie von Anfang an von der klassischen politischen Ökonomie unterscheidet, die zwar von der Analyse der modernen bürgerlichen Gesellschaft ausgeht, aber alle „historischen Unterschiede“ verwischt und „in allen Gesellschaftsformen die bürgerlichen“ sieht (MEGA II/1.1, vgl. auch das zu Marx' Lebzeiten unveröffentlichte *Sechste Kapitel* des ersten Buches des *Kapitals* in MEGA II/4.1, 129).

Marx wirft der klassischen bürgerlichen Ökonomie vor, dem gleichen Irrtum verfallen zu sein wie Don Quixote, der „die fahrende Ritterschaft mit allen ökonomischen Formen der Gesellschaft

gleich verträglich wähte“ (MEGA II/10, 80, Anm. 33). Aber wenn der romantische Fehler von Don Quijote auf seinen Wahnsinn zurückzuführen sei, so beweise die „judicial blindness“ von klassischen Historiker*innen und Ökonomen*innen – schreibt Marx an Engels am 25. März 1868 (MEW 32, 51) – dagegen ihr „böses Gewissen“: Sie betrachten das Kapital als „eine ewige und naturgemässe (und nicht geschichtsgemässe) Form der Production“ (MEGA II/1.2, 369), weil sie auf Grund ihrer Interessen blind sind. Mit der Metapher der Blindheit erklärt Marx ähnlich in einem der Entwürfe des Briefs an Vera Zasulič (MEGA I/25, 232), dass die bürgerlichen Wissenschaftler den wesentlichen Unterschied der kapitalistischen Produktionsweise und damit ihren vergänglichen Charakter nicht erkennen, weil ihr Interesse die Apologetik des Kapitals ist. Durch den Vergleich der verschiedenen Epochen und Milieus findet Marx gemeinsame Elemente der verschiedenen Produktionsformen auf, die ihrerseits vielfache Bestimmungen einschließen. Auf diese Weise gestaltet sich seine Theorie nicht als Apologie, sondern als *Kritik*:

„Es wird sich keine Production“ – ist in der Einleitung der *Grundrisse* zu lesen – „ohne sie [diese gemeinsamen Elemente – E.C.] denken lassen; allein, wenn die entwickelsten Sprachen Gesetze und Bestimmungen mit den unentwickelsten gemein haben, so ist grade das, was ihre Entwicklung ausmacht, der Unterschied von diesem Allgemeinen und Gemeinsamen. Die Bestimmungen, die für die Production überhaupt gelten, müssen grade gesondert werden, um über der Einheit – die schon daraus hervorgeht, dass das Subjekt die Menschheit und das Objekt, die Natur dieselben – die wesentliche Verschiedenheit nicht vergessen wird“ (MEGA II/1.1, 23).

In dieser Art von „Abhandlung über die Methode“ wird deutlich, dass das richtige wissenschaftliche Verfahren nach Marx auf Abstraktionen angewiesen ist, aber was die Abstraktion „verständlich“ macht, ist die *Verschiedenheit* – und die wesentliche Verschiedenheit liegt in der „Entwicklung“ der Bestimmungen, die nur wenn die gegenwärtigen materiellen Verhältnisse als „historisch geworden“ angeschaut und deduziert werden, richtig gefasst sind. Dies macht deutlich, warum die besondere Anwendung des Vergleichs als Methode in der Kritik der politischen Ökonomie – als Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft (MEGA II/1.1., 41) – Marx dazu veranlasst, in seiner Antwort an die Redaktion der „Otečestvennye Zapiski“ die zu Beginn dieses Beitrags zitierte methodologische Glosse über Analogie zu formulieren.

3. „En étudiant chacune de ces évolutions à part et en les comparant ensuite“: formelle Analogien und wirkliche Unterschiede

Der methodische Bezug auf die historische Analogie gewinnt erst an Bedeutung, wenn man die Beziehung zwischen dem materialistischen Charakter der Analyse und der Rolle der Abstraktion in der wissenschaftlichen Arbeit über die kapitalistische Produktionsweise in den Blick nimmt. Nur auf diese Weise ist es möglich, das Wesen der Gesetze des Kapitals und den Zusammenhang mit der Praxis zu verstehen. Es geht weder darum, zwei Punkte in der Geschichte zufällig auszuwählen und eine mögliche Analogie herzustellen, noch den letzten Punkt mit einem angeblichen Ursprung des historischen Prozesses zu vergleichen, um eine Reihenfolge von progressiven Stufen zum Besseren logisch zu rekonstruieren. Eher geht es darum, die Spezifik der gegenwärtigen Produktionsweise durch Analogie und in Differenz zu den anderen hervorzuheben – das ist eine grundlegende Voraussetzung, unter der man sich die Überwindung dieser Produktionsweise vorstellen kann.

„Es wäre also unthubar und falsch“, so Marx weiter in der *Einleitung* 1857, „die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden

waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft auf einander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemässe erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht. Es handelt sich nicht um das Verhältniß, das die ökonomischen Verhältnisse in der Aufeinanderfolge verschiedener Gesellschaftsformen historisch einnehmen. Noch weniger um ihre Reihenfolge 'in der Idee' (*Proudhon*) (einer verschwimmelten Vorstellung der historischen Bewegung). Sondern um ihre Gliederung innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft" (MEGA II/1.1, 42).

Die *materialistische wissenschaftliche* Methode der Kritik der politischen Ökonomie (dass die zwei Adjektive synonym sind, macht Marx in der Anmerkung 89 des erstes Buchs des *Kapitals* deutlich, MEGA II/10, 334) unterscheidet sich also von geschichtsphilosophischen sowie historizistischen, deterministischen, positivistischen und evolutionistischen Theorien, ebenso wie vom „abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus, der den geschichtlichen Prozeß ausschließt“ (ebd.). Der häufige Verweis auf die Naturwissenschaften (siehe oben: MEGA II/5, 12-14; MEGA II/1.2, 369), den man in Marx' ökonomischem Werk finden kann, bezieht sich nur auf die Form der Argumentation (während Marx die physische Natur und die menschliche Geschichte eindeutig voneinander unterscheidet): Der Kritiker der politischen Ökonomie arbeitet unter „reinen“ Bedingungen und erkennt dabei die ökonomischen Gesetze bzw. Tendenzen, die in seiner „*theoretischen* Entwicklung“ mit eherner Notwendigkeit wirken. Diese Gesetze gelten „naturgemäß“ und deswegen können sie „an und für sich“ – abgesehen von der Entwicklung der wirklichen, gesellschaftlichen Antagonismen – weder übergangen noch wegdekretiert werden. Umgekehrt können sie für alle Fälle „nur cum grano salis“ genutzt werden (MEGA II/1.1, 40), weil das „prägnanteste“, „reine“, „klassische“ Feld eines solchen Gedankenexperiments die *kapitalistische Produktionsweise* ist, die als geschichtliche Form der Produktion betrachtet wird. Was Marx also mit „Geschichte“ meint, lässt sich weder nur auf die *res gestae*⁷ noch auch auf die *historia rerum gestarum*⁸ reduzieren, sondern ist ein vielschichtiger Begriff, der – wie Roberto Fineschi in einem kurzen, aber sehr wichtigen Beitrag (bisher nur auf Italienisch) erklärt – vor allem die immanente logische Historizität des Kapitals meint, welches einen Anfang und ein Ende hat, und deshalb auch ein „Vorher“ und ein „Nachher“. Dadurch bezieht sich die Geschichte zweitens – aber nicht unmittelbar – auf die Voraussetzungen und Resultate dieser Logik und damit auch auf die allgemeine Geschichte der menschlichen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Nur im Zusammenhang mit diesen beiden Deutungen ist es sinnvoll, von der Historie zu sprechen, die der eigentliche Gegenstand jener Historiographie ist, die Marx in Form empirischer Beispiele für logische Gesetze einführt (Fineschi 2003), oder wenn er sich auf andere Gebiete verlegt, die nicht einzig die Theorie des Kapitals betreffen. Das Problem ist dann nicht, einfach verschiedene Stufen in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen, sondern verschiedene Abstraktionsebenen zu verbinden. Das ist nicht nur heute eine Aufgabe für diejenigen, die von Marx' Aktualität in der theoretischen und politischen Debatte überzeugt sind, sondern das war bereits zu Marx' Zeiten ein relevantes Problem, besonders in der Auseinandersetzung zwischen ihm und seinen Gesprächspartner*innen. Der Grund dafür ist, dass es auch eine *praktische Bedeutung* hat, wie das in Marx' Entwürfen des Briefs von 1881 sehr offensichtlich wird. „Mais il faut descendre de

7 Die Taten.

8 Die schriftliche Darstellung der Tatsachen.

la théorie pure à la réalité“ (MEGA I/25, 226): Von der reinen Theorie zur Realität – in diesem Fall Russland – hinüberzugehen, ist die Aufgabe, die sich Marx immer wieder gestellt hat, wie seine intensive Forschung auf den unterschiedlichsten Gebieten von der Frühgeschichte über die Ethnologie bis hin zu den Naturwissenschaften zeigt. „Von einem rein theoretischen Standpunkt“ hat die/der Sozialwissenschaftler*in als Kritiker*in der politischen Ökonomie schon die Mittel, um die Gesellschaftsformen und die historische Entwicklung zu beurteilen und die „theoretische Möglichkeit“ einer Evolution „in normalen Umständen“ anzunehmen (vgl. MEGA I/25, 223-225, passim). Ebenso kann er „vom historischen Standpunkt aus“ nur die „Unvermeidlichkeit“ (MEGA I/25, 219) der Prozesse *geografisch* einschränken.

Marx hat immer die Theorie- und die Empirie-Ebene miteinander verknüpft, während er sie in der Analyse scharf voneinander getrennt hält. Deshalb kann er bereits im Juli 1857 in seiner unvollendeten Skizze mit dem Titel *Bastiat und Carey* behaupten, dass „in der wirklichen Geschichte“ die Lohnarbeit nicht nur „aus der Auflösung von Sklaverei und Leibeigenschaft“ hervorgeht, sondern auch „aus dem Verfall des Gemeineigentums wie bei orientalischen und slawischen Völkern“; aber er kann gleichzeitig deutlich machen, dass der „Salarat“ in seiner „adaequaten Epochemachenden, das ganze gesellschaftliche Dasein der Arbeit ergreifenden Form aus [dem] Untergang der Zunftwirthschaft, des Ständewesens, der Naturalarbeit und des Naturaleinkommens, der als ländlichem Nebenweig betriebnen Industrie, der noch feudalen kleinen Landwirtschaft etc. ...“ (MEGA II/1.1, 12f.) entsteht. In anderen Worten: es ist der letztere klassische Fall der Länder Westeuropas, wo sich „eine Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums“ verwandelt (obwohl mit verschiedener Färbung, wie oben gesagt); aber so kann das kapitalistische Privateigentum auch in anderen Ländern selbst entspringen, wie Marx 1881 erklären wird (MEGA I/25, 219). Die Theorie des Kapitals zeigt sofort, dass die „wirklich historischen Uebergänge“ (MEGA II/1.1, 13) zu beobachten sind. Ebenso ist, da „die Welt rund ist“, nicht einzig die klassische Stätte des Ursprungs der kapitalistischen Produktion zu erforschen, um die Keime der revolutionären Möglichkeiten zu erkennen. 1858 wird sich Marx der „innern Geschichte“ Russlands nach der „Bewegung der Leibeigenemanzipation“ bewusst, die er im Sinne einer sozialen Revolution betrachtet (Marx an Engels, 29. April 1858, MEGA III/9, 134). Und damit er mehr aus den Originalquellen (siehe insbesondere die Untersuchungen von Vasilij Vasil’evič Bervi-Flerovskij und die ökonomischen Werke von Černyševskij) über die „Lage der Arbeiterklasse (bes. Bauern) in Rußland“ erfahren kann, beginnt Marx Anfang der 1870er Jahre autodidaktisch Russisch zu erlernen (so Marx an S. Meyer, 21. Januar 1871, in MEW 33, 173).

Die logische Analyse der modernen Verhältnisse und die Beobachtung der wirklichen Weltgeschichte sind keine chronologisch aufeinanderfolgenden Momente, sondern nur in der Analyse unterscheidbar. Doch ist es gerade deshalb nicht verwunderlich, dass je mehr sich die beiden Momente in Marx’ Untersuchung verflechten, desto weniger eindeutig bei ihm die Bedeutung von „modern“ wird und desto mehr werden sich die möglichen Wege der Geschichte vervielfachen, so dass es unmöglich ist, alle möglichen Entwicklungswege nach dem gleichen Muster zu „schneiden“.

In diesem Kontext sollen die ethnologischen Exzerptheft eingeordnet werden, ohne die Marx die Skizzen des Briefes an Zasulič wahrscheinlich nicht so detailliert ausgearbeitet hätte, wie zahlreiche Hinweise zeigen. Der Vergleich mit der alten und mit der außereuropäischen Geschichte durch ethnologische Studien hat für Marx seine Grundlage in der Kritik der politischen Ökonomie. Wenn dieser Aspekt nicht berücksichtigt würde, würden die Bedeutung und der

Nutzen dieser Notebooks ebenso missverstanden werden wie das Instrument des Vergleichs und der historischen Analogie bei Marx. Ein Merkmal dieser Kontinuität liegt darin, dass Marx vom *Kapital* über die Antwort an die russische Zeitschrift bis hin zum Brief an Zasulič die gleichen Beispiele aus der Geschichte Roms verwendet, um die Gültigkeit der geschichtlichen Entwicklungsgesetze zu belegen, und dabei die Analogie immer deutlicher im konkreten historischen Kontext verankert, abgesehen von einer Ähnlichkeit in der Form der historischen Ereignisse. Schon im dritten Buch des *Kapital*, wo Marx die Naturalwirtschaft, die sich „im europäischen Alterthum und Mittelalter sowohl wie noch heutzutage in der indischen Gemeinde“ findet, von der kapitalistischen Produktion unterscheidet, die „im großen“ beginnend vom letzten Drittel „des 18. Jahrhunderts in England“ studiert werden kann, erkennt Marx die Grenzen der Analogie zwischen „den Ackerbauwirtschaften des Alterthums“ wie in Karthago und Rom und „der der wirklich kapitalistischen Exploitationsweise entsprechenden Form“. Obwohl die ersten „die meiste Analogie mit der kapitalistischen Landwirtschaft zeigen“, geht die Analogie eben nicht über die reine Form hinaus (vgl. MEGA II/15, 762).

„Eine formelle Analogie, die aber auch in allen wesentlichen Punkten durchaus als Täuschung erscheint für den, der die kapitalistische Produktionsweise begriffen hat, und der nicht etwa wie Herr Mommsen in jeder Geldwirtschaft auch schon kapitalistische Produktionsweise entdeckt – eine formelle Analogie findet sich im Alterthum im kontinentalen Italien überhaupt nicht, sondern nur etwa in Sicilien, weil dies als agrikoles Tributland für Rom existirte, der Ackerbau daher wesentlich auf den Export gerichtet war. Hier finden sich Pächter im modernen Sinn“ (MEGA II/15, 762-763).

Je mehr Marx sich mit der Frage nach der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ beschäftigt, desto weniger eindeutig wird für ihn der Begriff von „modern“. Dies zeigt sich in den Kommentaren, die in den ethnologischen Notizen enthalten sind: Zum Beispiel kritisiert Marx unter Bezugnahme auf zeitgenössische russische Gemeinden den an dem Vorbild der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft geprägten Modernitätsbegriff, den er bei bürgerlichen Historikern wie Sir Henry Maine findet (Krader 1972, 115, 308, *passim*). Aber Maine ist genau wie Mommsen und auch Grote, Thirlwall, Niebuhr Teil der „klassischen Schülergelehrsamkeit“ (ebd., 200), die seit den 1850er Jahren Gegenstand seiner Polemik ist, also in den Jahren der Entstehung der Kritik der politischen Ökonomie. Die berühmte Kritik der Robinsonaden beschränkt sich in der Tat nicht darauf, die chronologische Reihenfolge der Geschichte umzukehren und diese als den Übergang von Gemeinschaftsformen der Produktion und des Eigentums zu individualistischen Formen zu beschreiben. Vielmehr geht es darum, den Determinismus und die Teleologie zu kritisieren, welche in derartigen Vorstellungen von Geschichte eine bestimmte historische Form vorherbestimmen und den gesamten historischen Inhalt verflachen, anstatt jene historische Form als das Resultat einer geschichtlichen Entwicklung und als eine konkrete, außerhalb des Kopfes existierende selbständige Voraussetzung der Vorstellung zu betrachten; also um die Kategorien zu analysieren, wie sie sich in ihrer klassischen Form in der Gegenwart gliedern. Im Rahmen dieser Selbstkritik der am meisten entwickelten Produktionsweise kann darum die Analyse dieser geographisch und historisch bestimmten Kategorien durch Vergleich und Unterscheidung durchgeführt werden (vgl. MEGA II/1.1, v.a. 21-23, 37, 42). Und in ähnlicher Weise versucht Marx in seinen anthropologischen Studien die Unterschiede zwischen den Gemeinschaften zu sondieren – vom jüngsten und dann schon entwickelten Typ ausgehend. In den Briefentwürfen an die Redaktion der „Otečestvennye Zapiski“ fasst er die charakteristischsten Züge dieser Gemeinschaften zusammen und macht deutlich:

„Les communautés primitives ne sont pas toutes taillées sur le même patron. Leur ensemble forme au contraire une série de groupements sociaux qui diffèrent de type et d'âge, et qui marquent des phases d'évolution successives⁹“ (MEGA I/25, 236).

Der Unterschied zwischen den Gesellschaftstypen ist nicht nur chronologisch, sondern auch morphologisch, denn er ist das Ergebnis einer theoretischen Abstraktion von Formen, die, obwohl sie das Gemeinsame hervorhebt und der/dem Wissenschaftler*in die Wiederholung erspart, nicht die gesamte Geschichte vorwegnehmen und/oder sie auf die ganze Welt projizieren kann. Gegen derartige Täuschungen richtet sich auch die Kritik der Projektion der europäischen Geschichte auf die unterschiedlichen historischen und/oder geografischen Milieus (auf die Vorgeschichte sowie auf andere Teile der Welt), die in Marx' Heften über Ethnologie erkennbar ist (zur Zusammenfassung der Projektionskritik, siehe Arndt 2011, 99; und zur generell impliziten „Kritik der Anthropologie“ in den Exzerptheften, Conversano 2018). Am bekanntesten ist die Kritik der Anwendung der Kategorie des „Feudalismus“ auf bestimmte Phasen der Geschichte von außereuropäischen Verhältnissen. Marx kritisiert nicht nur Gelehrte, die eine klare apologetische Absicht haben, zum Beispiel den „Esel Phear“ (Sir John Budd Phear, britischer Richter, Anthropologe und Kolonialbeamter) im Falle von Bengalen (Krader 1972, 256ff.). Marx kritisiert auch den Gebrauch der Kategorie des „Feudalismus“ durch Kovalevskij, einen von seinen „wissenschaftlichen“ Freunden (MEW 34, 409), in seinem Bericht zur Geschichte Indiens und Algeriens. Marx' Kritik konzentriert sich sowohl auf die Tatsache, dass bestimmte Aspekte des europäischen Feudalismus in diesen außereuropäischen Kontexten völlig fehlen, als auch darauf, dass abgesehen von einer formalen Analogie die gesellschaftlichen Milieus sehr unterschiedlich sind. In diesem Kontext fügt Marx noch einmal den Vergleich mit Rom ein (Marx 1977, 65ff. Über die Kritik an der Universalisierung des europäischen Feudalismus siehe Krader 1973, 267ff; Sharma 2001, 297ff.). Wir wissen, dass Marx oft auf das Beispiel Rom zurückgreift, um wie im Brief an die Redaktion der „Otečestvennye Zapiski“ zu erklären, dass Ereignisse von einer schlagenden Analogie, die sich aber in einem unterschiedlichen historischen Milieu abspielen, zu ganz verschiedenen Ergebnissen führen.

Marx äußerte sich in ähnlicher Weise etwa in der Einleitung zu den *Grundrissen* von 1857, indem er bekräftigt, dass der Vergleich nicht übergeschichtlich verwendet werden darf. Es ist zu beachten, dass die Theorie beim Vorfinden eines *Resultats* anfängt und dass seine Voraussetzungen an geschichtlich (und geografisch) bestimmte Bedingungen geknüpft sind, aus denen bestimmte theoretisch mögliche Entwicklungswege hervorgehen und dass studiert werden muss, warum und wie der stattgefundenen Entwicklungsweg so verlaufen ist. Wenn also Marx im ersten Entwurf seines Briefes an Zasulič schreibt, dass alles von dem historischen Milieu abhängt (MEGA I/25, 234), versucht er, die Lücke zwischen der Theorie, die heuristische Werkzeuge wie die historische Analogie kennt, und der mannigfaltigen und veränderlichen Wirklichkeit zu füllen, aber eben nicht in der Weise einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, die keine wirkliche Entwicklung und Umwälzung begreifen kann. Da die historische Betrachtung sofort in die Wissenschaft – obwohl von dieser klar analytisch getrennt – eingeführt wird, sollte die Kritik der

9 „Die Urgemeinschaften sind nicht alle nach dem gleichen Muster zugeschnitten. Ihre Gesamtheit bildet im Gegenteil eine Reihe von gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich sowohl im Typus wie im Alter voneinander unterscheiden und die aufeinanderfolgenden Entwicklungsphasen kennzeichnen.“ (MEW, 19, 402)

politischen Ökonomie andererseits zu Punkten führen, „an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse – und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet“ (MEGA II/1.2, 369). Mit anderen Worten: Mit der Geschichte geht die Frage der Praxis sofort in die Theorie ein, wenn auch nicht unmittelbar und *a priori*, weil die Zukunft vom Milieu abhängt – d.h. von den bestimmten Produktions- und Gesellschaftsverhältnissen, und zwar von der Entwicklung der Produktivkräfte unter bestimmten antagonistischen gesellschaftlichen Bedingungen (zur politischen Bedeutung der oben zitierten Passage, aber mit teilweise anderen Argumenten vgl. Tomba 2013, 80ff.). Was nun das Russland des späten 19. Jahrhunderts betrifft, scheint es auf Grund der Gleichzeitigkeit von vor- oder nichtkapitalistischer Produktion und kapitalistischer Produktion so zu sein, dass Marx sich ein Jahr nach der Frage von Zasulič eine mögliche Antwort zur Zukunft Russlands vor dem Hintergrund der Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in West- und Osteuropa vorstellen kann: „Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, sodass beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen“ (MEGA I/25, 296). Die „Sprünge“ in der gesellschaftlichen Geschichte sind für Marx von der internationalen Perspektive und den sozialen Kräften abhängig, die die „von den Lebenden“ wie „von den Toten“ verursachten Leiden bekämpfen können.

Im Grunde geht es nun nicht darum, historische Prozesse und Milieus zu vergleichen, um die Übereinstimmung mit einem Modell zu beurteilen, sondern darum, die Beziehungen zwischen historisch-bestimmten Abstraktionen und wirklichen Widersprüchen zu verstehen, um eine Aufhebung auf globaler Ebene anzudeuten.

Glaube oder glaube nicht denjenigen, die behaupten, dass die Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des *Manifests* nur von Engels verfasst wurde (u.a. Wada, in Shanin 1983, 70-71); so oder so sollten Wissenschaftler*innen, die heute in einem anderen Milieu arbeiten, von den Fragen der Gegenwart ausgehen und dennoch kritisch über den Nutzen und den Nachteil von historischen Analogien für die Praxis nachdenken, wenn sie nicht wollen, dass in der Geschichte unserer runden Erde der Tragödie die Farce folgt.

Literatur

- Anderson, Kevin (1997): On the MEGA and the French Edition of Capital, vol I: an Appreciation and a Critique, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1997, Berlin, 131-136.
 – (2010): Marx at the Margins. On Nationalism, Ethnicity, and Non-Western Societies, Chicago.
 Arndt, Andreas (2011): Karl Marx: Versuch über den Zusammenhang seiner Theorie, Berlin.
 Bloch, Ernst (1962): Erbschaft dieser Zeit, in: Gesamtausgabe, Bd. 4, Frankfurt. a. M.
 Chakrabarty, Dipesh (2000): Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton, New Jersey [dt. Übers. (2010): Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main].
 Conversano, Emanuela (2018): Zur Kritik der Anthropologie. Marx' Theorie des Kapitals und seine ethnologischen Studien, in: Marx-Engels Jahrbuch 2017, 9-40.
 Crossley, Ceri (1998): Edgar Quinet and the 'Renaissance orientale', in: Dalhousie French Studies, Vol. 43, Orientales, 131-144.
 Fineschi, Roberto (2003): La storia del „capitale“, in: Proteo, 2-3, URL: http://www.proteo.rdbcub.it/article.php3?id_article=266.
 Groh, Dieter (1961): Russland und das Selbstverständnis Europas: ein Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte, Neuwied.

- Krader, Lawrence (1972) (Hg.): *The Ethnological Notebooks of Karl Marx*, Assen.
- (1973): *The Works of Marx and Engels in Ethnology Compared*, in: *International Review of Social History*, Vol. 18, Issue 2, 223-275.
 - (1975): *The Asiatic Mode of Production. Sources, Development and Critique in the Writings of Karl Marx*, Assen.
- Lindner, Kolja (2011): *Eurozentrismus bei Marx. Marx-Debatte und Postcolonial Studies im Dialog*, in: Werner Bonefeld/Michael Heinrich (Hg.), *Kapital & Kritik. Nach der „neuen“ Marx-Lektüre*, Hamburg, 93-129.
- Marx, Karl (1977): Exzerpte aus M. M. Kovalevskij: *Obščinnoe zemlevladienie (Der Gemeindelandbesitz)*, in: Hans-Peter Harstick (Hg.), *Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums 1879-80. Aus dem handschriftlichen Nachlaß*, Frankfurt a.M./New York.
- Pradella, Lucia (2010): *Kolonialfrage und vorkapitalistische Gesellschaften: Zusätze und Änderungen in der französischen Ausgabe des ersten Bandes des Kapital (1872–75)*, in: *Marx-Engels-Jahrbuch 2010*, Berlin, 82-100.
- (2015): *Globalisation and the Critique of Political Economy. New Insights from Marx's Writings*, London.
- Sgrò, Giovanni (2019): *Natura, storia e linguaggio. Studi su Marx*, Napoli.
- Shanin, Theodor (Hg.) (1983): *Late Marx and the Russian Road. Marx and the 'peripheries of Capital'*, New York.
- Sharma, Ram Sharan (2001): *Early Medieval Indian Society: A Study in Feudalisation*, Kolkata.
- Tomba, Massimiliano (2013): *Marx's Temporalities*, Leiden-Boston.

Lutz Brangsch

Die Herausforderung der Differenz

1. Woher die Wirkung Marx'?

Die Auffassungen von Marx und der darauf aufbauende Marxismus erreichten ihre Wirkungskraft unter anderem durch zwei wichtige Momente. Erstens gaben sie dem Gemeinsamen zwischen den Arbeiter*innen und den Ausgebeuteten dieser Welt einen wissenschaftlich fundierten Ausdruck, machten dieses Gemeinsame bewusst. Damit verwandelten sich Solidarität und proletarischer Internationalismus aus einem moralisch-individuellen Gebot in ein unbedingtes politisches Erfordernis, in einen Ausdruck der eigenen Gesellschaftlichkeit der Ausgebeuteten. Zweitens gaben sie in dem damit gesetzten Rahmen der Spezifik der nationalen und lokalen Bewegungen hinreichend Raum. Dieser zweite Aspekt gewinnt heute zunehmend an Gewicht. Beide Aspekte der marxischen Tradition standen und stehen in einem Spannungsverhältnis. Das Gemeinsame wie auch das Spezifische müssen immer wieder neu befragt werden. Unmittelbar deutlich wird das Problem an den immer wieder aufflammenden Debatten um den Charakter der chinesischen Gesellschaft – hat der Kurs des Landes etwas mit Sozialismus zu tun oder ist es lediglich eine „nachholende Entwicklung“, die in einen neuen Kapitalismus führt? Aber auch, wenn man die letztgenannte Position vertritt, stellt sich die Frage nach den Wurzeln des Anderen in dieser Spielart des Kapitalismus. Ähnlich steht es mit der Bewertung der Gesellschaften in Russland, in der Türkei oder in Südafrika. Ihre Wege in den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts vollzogen sich auf völlig anderer Grundlage als dies in Westeuropa und Nordamerika, selbst in Lateinamerika oder in Teilen Asiens (Japan, Singapur, Taiwan, Südkorea) der Fall war. Das Zusammenfallen von sehr unterschiedlichen Faktoren lässt immer wieder fragen, ob das Instrumentarium der marxischen Kritik der politischen Ökonomie auch heute noch geeignet ist, die Welt zu erkennen und daraus Konsequenzen für politisches Handeln abzuleiten. Dazu gehören z.B. die Veränderung der Konkurrenzverhältnisse zwischen den Staaten und Machtblöcken, die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung mit ihren Konsequenzen für die Standorte von Produktion und Dienstleistungen, die Rolle multinationaler Konzerne in allen Bereichen der Wirtschaft – von der Landwirtschaft über die Industrie bis hin zu Beratungsleistungen oder Sicherheitsdiensten (die praktisch eine Aufhebung des staatlichen Gewaltmonopols und die Privatisierung von Kriegen erlauben) bei gleichzeitigem Sinken des Anteils von Industriearbeiter*innen unter den Lohnabhängigen in vielen Teilen der Welt sowie die völlig neue Dimension der Geschlechterfrage im weitesten Sinne. Und nicht zuletzt stellen die Auffassungen und Praxen der Zapatisten, die Versuche in Bolivien, den vorkapitalistischen naturalwirtschaftlichen Beziehungen der Indigenen Raum in einer modernen Gesellschaft zu geben, oder die alternativen Entwicklungen in Kurdistan neue Fragen hinsichtlich der Wege in eine nachkapitalistische Gesellschaft. Selbst das Scheitern der Versuche eines „afrikanischen Sozialismus“ in den 1970er Jahren hat die Frage, ob und wie ohne eine weitgehend durchkapitalisierte Gesellschaft wie in Westeuropa oder Nordamerika eine

nach- oder nichtkapitalistische Gesellschaft möglich sein kann, nicht von der Tagesordnung genommen (vgl. Abunuwasi/Mwami 2018). *Und obwohl Autor*innen über Jahrzehnte hinweg immer wieder betonten, dass es doch die Mehrheit der Bevölkerung sei, die noch unter vorkapitalistischen Bedingungen produziere und lebe, bleiben bis heute die Eigengesetzlichkeit dieser Produktions- und Lebensweise und die damit verbundenen Konsequenzen für den Übergang zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft weitgehend unterschätzt.*

Die Sache wird auch dadurch nicht einfacher, dass die Tradition des Marxismus-Leninismus vor allem in ihrer propagandistischen Seite den Schwerpunkt tendenziell auf die Gemeinsamkeiten, d.h. die quasi naturgesetzliche Degeneration von vorkapitalistischen Beziehungen und das Verschwinden der mit ihnen verbundenen lokalen Besonderheiten, legte. Auch war die Betonung der Spezifik „nationaler Wege“ schnell dem Vorwurf des Abweichens von den „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Marxismus-Leninismus“ ausgesetzt. Dabei ist unerheblich, dass die Hervorhebung nationaler Züge gerade unter den Bedingungen des Kalten Krieges oft in Nationalismus und dann tatsächlich immer zu guter Letzt in der Zerstörung von Versuchen zur Schaffung nichtkapitalistischer und solidarischer Verhältnisse sowie zur Etablierung neuer Unterdrückungsmechanismen führte. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, diese Besonderheiten zu erfassen, auszusprechen und in ihrer Beziehung zum Allgemeinen, dem Übergang zu nachkapitalistischen Produktionsweisen und entsprechenden Gesellschaften zu analysieren.

Damit sind sowohl inhaltliche als auch methodische Herausforderungen an Theorie, Lehre und politische Bildung verbunden. Das betrifft, und das zeigt sich gerade am marxischen Arbeitsprozess eindrucksvoll, etwa das Verhältnis des Forschenden zu seinem Fachgebiet scheinbar fernliegenden Bereichen der Wissenschaft. Im hier betrachteten Feld geht es diesbezüglich um das Verhältnis von politischer Ökonomie bzw. Politikwissenschaften in jeweils engerem Sinne zu Feldern wie Geschichte (Gesellschafts-, Wirtschafts- und Technikgeschichte gleichermaßen), Betriebswirtschaft, Anthropologie und Ethnologie oder Kulturwissenschaften. Dieser von Marx in seinem Arbeitsprozess verfolgte universelle Ansatz wird in der Rezeption *hingegenommen und auch gewürdigt, oft aber nicht nachvollzogen.*

2. Die Multilinearität im Denken und Handeln von Marx und Engels

Betrachtet man das marxische Werk unter diesem Gesichtspunkt, beginnt Marx' Befassung mit den verschiedenartigen Kapitalismen nicht erst mit seinen Studien zur russischen Dorfgemeinde. Vielmehr kann er den Schritt zu einer „multilinearen Konzeption“ der Entwicklung des Kapitalverhältnisses (Musto 2018, 79), was zwangsläufig die Multilinearität der Wege ihrer Überwindung einschließen muss, nur gehen, weil bereits seine Arbeiten der früheren Schaffensphasen das vorbereiten, ihn dorthin führen. Wenn Lawrence Krader die ethnologischen Manuskripte von 1880–1882 (vgl. Marx 1880-82/1976) als „Knotenpunkte“ beschreibt, scheint es Fäden zu geben, die dort zusammenlaufen. Unter diesem Gesichtspunkt verändert sich auch der Blick auf das, was oft als das Allgemeine betrachtet wurde und wird.

Von Interesse ist hier vor allem die Gleichzeitigkeit der Befassung mit scheinbar verschiedenen Gegenständen. So steht in den 1850er Jahren die Kritik der politischen Ökonomie und ihrer Vertreter ganz selbstverständlich neben Arbeiten wie *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (MEW 8, 115-207), den Betrachtungen zur asiatischen Produktionsweise oder zur Kolonialpolitik einschließlich ihres zerstörerischen Einflusses auf die indische, urkommunistische Dorfgemeinde.

Im Ganzen betrachtet, ergibt sich das uns im ersten Band des *Kapital* gegenüberstehende „Bild“ der Kritik der politischen Ökonomie aus einer Vielzahl von Analysen ganz verschiedener Bedingungen und Pfade, unter denen die kapitalistischen Produktionsweisen und die bürgerlichen Gesellschaften Westeuropas entstehen und sich entwickeln. Allein das britische Empire mit seinem eigenen Weg der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und seinem Kolonialreich und Frankreich mit seiner besonderen politischen Geschichte, einer wiederum anderen Stellung der Bauern und der Finanzoligarchie, bringen schon unterschiedliche konkrete Klassenbeziehungen und damit differierende politische Voraussetzungen für die Formierung der Arbeiterklasse hervor. Tatsächlich unterscheiden sich schon die Arbeiterklassen in Westeuropa erheblich, wie sich dann in den Auseinandersetzungen in der I. Internationale (Internationale Arbeiter-Assoziation IAA, gegründet 1864) auch zeigte. Im Jahr 1878 analysierte Friedrich Engels die Arbeiterbewegungen in Deutschland, Frankreich, den USA und in Russland (vgl. MEW 19, 113-115) und die „europäischen Arbeiter“ im Jahre 1877 (vgl. MEW 19, 119-137). Er zeichnete dabei ein äußerst differenziertes Bild. *Tatsächlich zeigt sich unter diesem Gesichtspunkt, dass Marx und Engels schon früh eine Vielfalt der Kapitalismen untersuchen, indem sie die Vielfalt der sozialen Kräfte in ihren räumlich-zeitlichen Besonderheiten, der Bauernschaft, der Arbeiterschaft und des Bürgertums in den Blick nehmen.*

Zu den räumlichen Besonderheiten gehört zweifelsfrei auch der philosophische Hintergrund, der die Klassenverhältnisse gerade in Westeuropa mit bestimmte. Die Befassung mit den Vorläufern der bürgerlichen Klassik, besonders mit dem ökonomischen Denken der Antike (Aristoteles), der „Kirchenväter“, der Vertreter monetaristischer/merkantilistischer Auffassungen oder der Physiokraten, eröffnet den Blick auf die Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlicher Realität und ökonomischen Auffassungen, gleichzeitig aber auch auf die ideologisch-kulturellen und politischen Besonderheiten, die aus diesen Denktraditionen erwachsen. Hinter diesen theoretischen Ansätzen stand zudem eine westeuropäische Gemeinsamkeit, das Erbe der Aufklärung mit seinem spezifischen Gesellschafts- und Naturverständnis, das ja auch Marx seiner ganzen Herkunft nach prägte.

Wir sehen also, dass die Arbeitsprozesse, die in die Veröffentlichung des ersten Bandes des *Kapital* im Jahr 1867 mündeten, nicht abgeschottet waren. Dabei ist das Zusammenfallen von theoretischer Arbeit und politischem Aktivismus ein prägendes Charakteristikum – es ging hier nie um die Produktion akademischen Wissens, sondern immer um „Bewegungswissen“. Wenn sich das *Kapital* auch auf England bezieht, so nicht wegen der Ignoranz des Autors gegenüber den Entwicklungen anderswo, sondern wegen der Klarheit, in der die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise hier zu Tage trat. *Der Weg der Abstraktion lässt nicht das Besondere bzw. Konkrete verschwinden oder macht es unwichtig. Die Abstraktion soll das Verständnis des Besonderen auf neue Art ermöglichen – und das schließt dann auch das gewählte Beispiel, die englische bzw. die westeuropäische bürgerliche Gesellschaft, mit ein.*

Dennoch ist es richtig, davon auszugehen, dass auf dieser Grundlage Marx' Lektüre von Mauerer, Fraas und Tschernyschewski 1868 (vgl. MEGA IV/18) eine Verschiebung seines Blickwinkels auf die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft mit sich brachte. Marx und Engels analysierten nun mit ähnlicher Intensität wie zuvor die englische vor allem die russische Entwicklung (vgl. dazu ausführlich Hecker 2014). Um dies zu können, erlernte Marx die russische Sprache. Im Jahr 1875 schrieb Engels über das *Soziale in Russland* (vgl. MEW 18, 556-567). Ein erstes Ergebnis der Studien ist Marx' Brief an die *Redaktion der Otetschestwennyje Sapiski* (vgl. MEW 19, 107-

112) in der er ausdrücklich den Gedanken ablehnt, er habe mit seiner Analyse der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals einen „Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie“ geliefert (ebd., 112). Er fordert vielmehr dazu auf, die konkreten Prozesse zu analysieren, in denen „auf der einen Seite freie Menschen, die von allem, außer ihrer Arbeitskraft, entblößt waren, und auf der andern, zur Ausbeutung dieser Arbeit, die Besitzer all der erworbenen Reichtümer“ entstehen und formuliert eine außerordentliche Herausforderung:

„Wenn man jede dieser Entwicklungen für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden ...“ (ebd.).

Die Antwort auf eine Frage von Vera Sassulitsch bezüglich der Perspektiven der russischen Dorfgemeinde (Obschina) in einer kapitalistischen und nachkapitalistischen Gesellschaft bzw. die drei Entwürfe dazu, die Ethnologischen Exzerptheft (Marx 1880–1882/1976), die Notizen von Marx zu den Reformen in Russland (MEW 19, 407-424) und die Arbeiten von Engels *Die Mark* (MEW 19, 315-330) und *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (MEW 21, 25-173) fallen in einen Zeitraum von zehn Jahren, angesichts der Fülle des Materials und des gleichzeitigen politischen Engagements beider Autoren ein Zeichen, dass sich hier nicht nur ein interessantes, sondern auch und vor allem wichtiges Feld eröffnet hatte.

Dabei nimmt die Befassung mit den vorkapitalistischen Produktionsweisen nicht umsonst einen hervorragenden Platz ein. Zum einen ist da ein Grund, der mit der Vielfalt der Kapitalismen vordergründig nichts zu tun hat. Gestützt auf anthropologische Forschungen wird die marxische Erkenntnis vom historischen, vergänglichen Charakter des Privateigentums an Produktionsmitteln bestätigt. Der zweite Aspekt ist die Stabilität und Überlebensfähigkeit naturalwirtschaftlicher Beziehungen, wie sie sich Marx und Engels aus aktuellen Fragestellungen heraus in der russischen Dorfgemeinde darstellten. Dieser Aspekt hat sich als eine Herausforderung erwiesen, die bis heute besteht. Eng damit verbunden ist ein dritter Gesichtspunkt, die Frage nach den Potentialen dieser Beziehungen und der durch sie hervorgebrachten Institutionen für eine nachkapitalistische Gesellschaft.

3. Ohne Anmaßung

Das „letzte Wort“ Engels' in dieser Sache stammt aus dem Jahre 1894. In einem Nachwort zu *Soziales aus Russland* (neunzehn Jahre zuvor erschienen) erklärt er, dass er sich nicht anmaße, die Frage danach, ob auch zu diesem Zeitpunkt noch die russische Dorfgemeinde „im Einklang mit einem Umschwung in Westeuropa zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung werden“ könne, zu beantworten (MEW 21, 435). Diese Wertung nimmt Engels zu einer Zeit vor, als Exponenten der deutschen Sozialdemokratie wie August Bebel, Karl Kautsky oder Eduard Bernstein bereits ihre Auffassungen vom Marxismus weitgehend festgelegt hatten. Die nächste Generation, repräsentiert z.B. von W.I. Lenin und Rosa Luxemburg, hatte ihr Wirken bereits begonnen. In beiden Generationen finden sich unterschiedliche Herangehensweisen an die von Musto betonte Multilinearität, auch wenn von ihnen die Frage, wie sie Engels aufgeworfen hat, nicht direkt aufgegriffen wird. Die „Nicht-Anmaßung“ gerät in Vergessenheit.

Die Differenz zwischen Kautsky und Lenin auf der einen und Luxemburg auf der anderen Seite liegt weniger in der grundsätzlichen Vorstellung, ob die vorkapitalistischen, auch die naturalwirtschaftlichen Verhältnisse dem Untergang geweiht sind. Lenin beschreibt in seinen Arbeiten der 1890er Jahre diesen Prozess sehr überzeugend. Auch Kautsky sieht die Reste der deutschen

Dorfgemeinde am Ende. Beide vertreten ein weitgehend lineares Geschichts- und Entwicklungsverständnis. Beide schreiben ihre Werke aus einem stark durch den Blickwinkel der Gewinnung der Bauernschaft für die Sache der Sozialdemokratie geprägten Blickwinkel. Dieser durchaus legitime propagandistische Anspruch von Kautsky und Lenin lässt einer differenzierten Untersuchung der realen sozialen Beziehungen in der Bauernschaft jenseits ihrer Verwandlung in Lohnarbeiter*innen bzw. Kapitalist*innen nur wenig Raum. Während für Deutschland diese Position wenigstens halbwegs nachvollziehbar ist, ist sie bezogen auf Russland außerordentlich fragwürdig, was sich nach 1917 mit großer Deutlichkeit zeigen wird. Kautsky und Lenin begründen damit eine Sicht auf die ländlichen Sozialstrukturen wie auch auf vorkapitalistische Beziehungen überhaupt, die für einen beträchtlichen Teil der sich als kommunistisch betrachtenden Bewegungen prägend sein wird. Luxemburg bricht demgegenüber mit jeder mechanistischen Vorstellung von Fortschritt. Michael Löwy ist völlig zuzustimmen, wenn er betont, dass das Luxemburgsche Herangehen mehr enthalte, „als eine gelehrte Beigabe zur Geschichte der Ökonomie; es legt eine andere Auffassung von Vergangenheit und Gegenwart, von gesellschaftlicher Historizität, von Fortschritt und Moderne nahe.“ (Löwy 1989, 146)

4. Multilinearität als Gegenstand von Politik und politischer Bildung

Die Vielfalt der möglichen Wege zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft ist in dieser letzten Schaffensperiode bei Marx und Engels vor allem mit der Rolle vorkapitalistischer, insbesondere naturalwirtschaftlicher Verhältnisse verbunden. Rosa Luxemburg erweitert diesen Ansatz. Zwar hat sich auch für sie die Frage der russischen Dorfgemeinde als Potenzial einer nachkapitalistischen Gesellschaft anscheinend erledigt. Allerdings betont sie, dass derartige Verhältnisse keineswegs Vergangenheit sind und deshalb keine Bedeutung für die Gegenwart hätten. In ihrer Imperialismustheorie behandelt sie sie als ernst zu nehmendes Element der Kapitalakkumulation. Die Auseinandersetzung mit dem *Kampf gegen die Naturalwirtschaft* seitens der Kolonialmächte ist ein zentrales Moment ihrer Kritik des Imperialismus und fundiert ihre Kritik der Kolonialpolitik eines Teils der SPD-Fraktion im Reichstag und der Partei selbst. In den Sozialistischen Monatsheften begründete Gerhard Hildebrand seine Unterstützung der Kolonialpolitik damit, dass doch so der Kapitalismus auch außen seine Mission der unbeschränkten Entwicklung der Produktivkräfte entfalten könne – warum solle die Sozialdemokratie das beschränken? (vgl. Hildebrand 1911)

Die intensive Auseinandersetzung Luxemburgs mit dem „Kampf gegen die Naturalwirtschaft“ in ihrem ökonomischen Hauptwerk, der Art, wie die Warenwirtschaft durchgesetzt wird und der Kampf gegen die „Bauernwirtschaften“ geführt wird (Luxemburg 1913/1975a, 316ff.), knüpft unmittelbar an die marxischen Überlegungen zur Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und zur Kolonialtheorie im *Kapital* an. Sie betont aber ausdrücklich auch den Unterschied zwischen der von Marx untersuchten ursprünglichen Akkumulation und der Kolonialpolitik, wie sie sich in den folgenden Epochen, eben vor allem unter imperialistischen Bedingungen darstellt (vgl. ebd., 313). Auch weist sie auf die damit verbundenen „seltsamsten Mischformen zwischen modernem Lohnsystem und primitiven Herrschaftsverhältnissen“ (ebd., 312). Indem sie den Fakt der Verflechtung, nicht einfach des Nebeneinanders vorkapitalistischer und kapitalistischer Elemente konstatiert, formuliert sie ein interessantes Problem, das bis heute ganz praktische Konsequenzen hat. Die Überlagerung und Verflechtung verschiedener Herrschaftsformen stellt an den Übergang zu einer nachkapitalistischen

Gesellschaft außerordentlich komplexe Anforderungen – was ja auch die Geschichte seit 1917 schlagend bewiesen hat. Allerdings verfolgt sie diese Seite der Angelegenheit nicht. Hervorzuheben bleibt aber zum einen, dass sie sich der Bedeutung der nichtkapitalistischen Produktionsformen als historisches Milieu des Akkumulationsprozesses bewusst ist, und zum anderen ihre Offenheit in Bezug auf die Konsequenzen dieser Verflechtungen. Diese Offenheit hat ihre Grundlagen in ihrer undogmatischen und kritischen Marx-Rezeption. Das findet seinen besonderen Niederschlag in ihrer Lehrtätigkeit an der Parteischule der SPD. Grundlage dafür ist ein realistisches, nichtlineares Entwicklungsverständnis, das sie in ihrer Analyse der konkreten sozialen Kämpfe ihrer Zeit entwickelt. Entwicklung verlaufe „nicht in einer hübschen, geraden Linie, sondern im schroffen, blitzähnlichen Zickzack“. Die Geschichte warte „nicht geduldig, bis erst die zurückgebliebenen Länder und Schichten die fortgeschrittensten eingeholt haben, damit sich das Ganze wie eine stramme Kolonne symmetrisch weiterbewegen“ könne (Luxemburg 1906/1972, 153). Diesen Gedanken greift sie auch 1917/1918 auf, als sie die russische Revolution gegen die Kritik Kautskys verteidigt.

Das Manuskript zur *Einführung in die Nationalökonomie* (Luxemburg 1910/1975b), die überlieferten *Handschriftlichen Fragmente zur Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus* (Luxemburg 1907–1913/2017) sowie die *Aufzeichnungen ihres Schülers Jakob Walcher* (Walcher 1910–1911/2017) und *ihrer Schülerin Rosi Wolfstein* (Wolfstein 1912–1913/2017) dokumentieren die intensive Auseinandersetzung mit Engels und mit den aktuellen Kontroversen um die Rolle der vorkapitalistischen Produktionsweisen in der Geschichte. Es ging ihr darum, die Studierenden durch fundierte Kenntnisse sowohl in ihrem eigentlichen Fach, der politischen Ökonomie, als auch in der Geschichte zum eigenen Nachdenken zu befähigen, auch zum Handeln in Zeiten des „blitzähnlichen Zickzack“. Sie unterstreicht, nur „wer sich über die spezifischen ökonomischen Eigentümlichkeiten der urkommunistischen Gesellschaft, aber nicht minder über die Besonderheiten der antiken Sklavenwirtschaft und der mittelalterlichen Fronwirtschaft klare Rechenschaft ablegt, kann mit voller Gründlichkeit erfassen, warum die heutige kapitalistische Klassengesellschaft zum ersten Mal geschichtliche Handhaben zur Verwirklichung des Sozialismus bietet und worin der fundamentale Unterschied der sozialistischen Weltwirtschaft der Zukunft von den primitiven kommunistischen Gruppen der Urzeit besteht.“ (Luxemburg 1910/1975b, 652) Auch wenn keine konkreten Untersuchungen zur Multilinearität von Luxemburg vorliegen, hat sie mit ihren Arbeiten zum Imperialismus, zum modernen Kolonialismus, zu den Bedingungen der Entwicklung der verschiedenen Kampfformen der sozialdemokratischen Bewegung sowie durch die in ihrer Lehrtätigkeit angelegten methodischen Grundsätze „auf den Schultern von Marx“ einen Schlüssel für deren Verständnis geliefert.

5. Schwierigkeiten mit der Vielfalt

Weder die durch Lenin repräsentierte marxische Tradition noch die anderen kommunistischen Linien waren in der Lage, den von Marx 1877 formulierten und Engels 1894 wiederholten, durch Luxemburg geschärfte Anspruch an Gesellschaftsanalyse einzulösen. Wie kompliziert das werden kann, wenn es um praktische Fragen geht, zeigte sich auch in Luxemburgs Analysen zur russischen Revolution 1917/1918. Auf der einen Seite verteidigte sie die Bolschewiki, weil sie sich nicht einem dogmatisch-linearen Verständnis von Geschichte, wie von Kautsky vertreten, beugen wollten – auf der anderen Seite konnte sie die Dimension der Agrarfrage, den Charakter der russischen Landwirtschaft und der Möglichkeiten der „konkreten“ Revolution in Russland

nicht erfassen. Ihre Kritik daran, dass die Bolschewiki den Bauern den Boden übergaben (oder richtiger dessen Aneignung zuließen), zeichnet sich dadurch aus, dass sie die daraus resultierenden Probleme zutreffend beschreibt (Luxemburg 1918/1974, 343ff.). Für sie erschöpft sich die entstandene Klassenkonstellation allerdings im Kampf zwischen Dorfbourgeoisie, Dorfarmut und städtischem Proletariat. Hier rächt sich, dass auch sie, entgegen ihres differenzierteren Herangehens in der Kolonialfrage, die russischen Agrarverhältnisse und die handelnden Akteure keiner vergleichbaren Analyse unterzog. Überhaupt wird sich in den Jahren ab 1917 zeigen, dass die Agrarfrage die komplizierteste der nachmarxistischen Kritik der politischen Ökonomie ist – und viel schwächer bearbeitet wird als andere Bereiche.

Mit der russischen Revolution 1917 stellen sich plötzlich neben der „russischen“ noch andere neue Fragen. Wie soll man z.B. als „proletarische Staatsmacht“ auf die im Vergleich zu Russland noch viel differenzierteren sozialökonomischen Verhältnisse in Mittelasien, später auch in der Mongolei, reagieren (vgl. dazu Mamedov/Shatalova 2016)? Selbst in Russland, vor allem in Sibirien, lebten Völker als Nomaden, also in deutlich vorkapitalistischen Verhältnissen. Die Kosaken hatten eine eigene soziale Ordnung, wie auch die muslimische Bevölkerung in einigen russischen Gebieten. Eine zentrale Rolle spielte hier Mirsaid Sultan-Galiev, ein, wenn nicht der entscheidende islamisch-tatarische Kommunist. Er schloss sich, wie viele andere im Verlauf der Kämpfe 1917 bis 1921 den Bolschewiki an. Er erkannte früh, dass die Nationalitätenpolitik der entstehenden Sowjetunion der Differenziertheit der Bedingungen nicht gerecht wurde. In einer Antwort auf die Befragung durch den Geheimdienst stellt er eine klare Verbindung zwischen der ungelösten Frage des großrussischen Nationalismus und den anhaltenden sozialen und ökonomischen Problemen in den Regionen her, die vor allem von Nichtruss*innen bewohnt wurden (Sultan-Galiev 1928/1998a). Bereits 1924, nach ersten Repressionen, kritisierte er die westeuropäischen und großrussischen Kommunisten dafür, dass sie ihre Erfahrungen in allen Weltgegenden kopieren wollten. Er verwies darauf, dass die Wurzeln des dialektischen Materialismus weit in die Menschheitsgeschichte anderer Völker hineinreichen, sie schon deshalb nicht Monopolisten in dieser Hinsicht sein könnten. Außerdem hätten die Revolutionen der letzten Jahre die Notwendigkeit eines schöpferischen Herangehens bestätigt. Die Diktatur des Proletariats sei nur eine Fortsetzung der kapitalistischen Diktatur mit einem anderen Träger (Sultan-Galiev 1924/1998b, 525f.).

Die Differenzierung der sozialen und Klassenstrukturen und der Formen von Klassenkämpfen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft schlug um in eine Multilinearität nachkapitalistischer Entwicklungen, in eine Vielfalt von Sozialismen. Wie aber verhält sich das zu den „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“, dem ideologischen Rückgrat sowohl der sozialdemokratischen als auch der kommunistischen Bewegung? Die „nationalen Wege“ zum und im Sozialismus werden sofort nach der Etablierung des ersten sowjetischen Staates ein umstrittenes Feld – und stehen auch als spaltendes Moment bereits am Beginn der Geschichte der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die widersprüchlichen inneren Entwicklungen und die „nationale Frage“ verflochten sich schon in Russland, dann in der Sowjetunion in einer äußerst komplizierten Weise.

Es waren Autoren, die nicht unmittelbar in der marxistischen Tradition standen oder/und früher oder später an die „Ränder“ der sich marxistisch verstehenden Diskussionen gedrängt oder aus diesen ausgelöscht wurden, die die Frage der Differenzen „ohne Anmaßung“ aufgriffen. Unter den Versuchen, die Differenziertheit sozialer Beziehungen im historischen Prozess zu fassen, spielte Alexander Tschajanow (geboren 1888) eine zentrale Rolle. Marx hatte in seinem zweiten Entwurf

seines Briefes an die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch die inneren Widersprüche der Dorfgemeinde als „Kern der Frage“ bezeichnet (MEW 19, 399). Auf die frühen Arbeiten Lenins geht die Reduzierung dieser auf die Entstehung von Dorfbourgeoisie und Landproletariat zurück. Tschajanow¹ kritisiert, dass es in der modernen Nationalökonomie üblich geworden sei, „alle wirtschaftlichen Erscheinungen ausschließlich in den Formen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu denken. Alle anderen (nichtkapitalistischen) Typen des Wirtschaftslebens werden als bedeutungslos oder als im Ableben begriffen angesehen; zum mindesten wird ihnen der Einfluss auf die grundlegenden Gegebenheiten der modernen Wirtschaft und somit ein theoretisches Interesse abgesprochen.“ (Tschajanoff 1924, 577) Er betont, dass nicht nur der Typus der Familienarbeitswirtschaft (die bis zur Kollektivierung Ende der 1920er Jahre in weiten Teilen der Sowjetunion vorherrschende Wirtschaftsweise), „sondern auch andere ältere Typen [...] bis heute in erheblichem Maße in außereuropäischen Ländern vertreten [sind], und ihre theoretische Durchdringung mit den ihrem Wesen wirklich adäquaten Kategorien würde für die Kolonialpolitik weit mehr ergeben, als das Hineinzwingen der Ökonomik des Sambesilandes etwa in das Prokrustesbett der ökonomischen Kategorien des modernen Manchestertums“ (ebd., 579). Im Kern ist das auch eine Kritik an der sowjetrussischen Forschung dieser Zeit. Während Tschajanow, der wahrscheinlich 1937 im Zuge des stalinschen Terrors ermordet wurde, vor allem außerhalb Europas, z.T. auch in Westeuropa, nach 1945 rezipiert wurde, war dies in den Staaten des Realsozialismus offiziell nicht der Fall. In der Sowjetunion wurden erst nach 1986 das Erbe Tschajanows wieder anerkannt und seine Werke wieder veröffentlicht. In seiner sehr differenzierten Sicht auf die Agrarverhältnisse steht er vor allem in der Tradition Tschernyschewskis, der linken Sozialisten-Revolutionäre und der von Agronomen und anderen Intellektuellen geführten Diskussionen im Russland der 1910er Jahre. Am Ende einer kurzen, aber intensiven Diskussion über die Sozialstruktur des Dorfes, an der auch Lenin, Bucharin, Larin u.a. Wissenschaftler*innen und Politiker*innen teilnahmen, setzt sich allerdings eine unterkomplexe Sichtweise durch (vgl. Kricman 1926/1993). Ihm folgen dann zu sowjetischen Zeiten Wissenschaftler wie z.B. Viktor Petrovič Danilov oder, längere Zeit im Exil wirkend, Theodor Shanin. Nach 1991 kommt es in Russland zu einer Belebung der Auseinandersetzung mit diesem Erbe und mit der Geschichte der Neuen Ökonomischen Politik als dessen Rahmen bzw. Bezugspunkt. Sowohl diese Traditionslinie als auch die jüngeren Debatten finden in der Diskussion diverser marxistischer Strömungen Westeuropas nur unzureichend Beachtung. Die angelsächsische Diskussion ist da intensiver, bleibt aber oft in der Geschichte stecken. Dabei sind ohne diese Arbeiten die Geschichte weiter Teile Osteuropas, die Natur des dort entstandenen Kapitalismus und die Spezifik der sozialen Kämpfe nicht zu verstehen. Das Kapital geht nicht aus der ursprünglichen Akkumulation, wie Marx sie beschrieb, hervor, sondern aus einer bewusst durchgeführten Reform – es ist das Resultat durchaus bewusster Weichenstellungen und gewollter Umverteilungsprozesse. Letztlich trifft der in Russland bzw. im postsowjetischen Raum gebräuchliche Terminus des kriminellen Wilden Kapitalismus auf alle diese Wege zu, im Unterschied wiederum zum chinesischen Weg. Allerdings kamen in der Zeit um 1989 alle verdeckten Probleme der *Differenziertheit der Sozialismen* in der Sowjetunion selbst zur Eruption. Dies betraf nicht nur die unter der Oberfläche fortwirkenden nationalen Egoismen und Rassismen, sondern auch die nicht durch Veränderungen der sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedin-

1 Im Folgenden folgt die Schreibung des Namens der jeweiligen Quelle.

gungen leicht bzw. quasi-automatisch überwindbaren vorbürgerlichen sozialen Beziehungen, die auf alte naturalwirtschaftliche bzw. feudale Abhängigkeiten oder von kleiner Warenproduktion geprägte Verhältnisse zurück gehen. Gelegentlich wurde dies auch als Rearchaisierung sozialer Beziehungen charakterisiert. Wie sehr das Alte unter der Oberfläche fortwirkt, zeigt sich selbst in Westeuropa, etwa mit Bezug auf diverse Nationalismen, in der ungeheuren Stabilität von Formen der Geschlechterungerechtigkeit, des Rassismus, aber auch von Hierarchien im Arbeitsleben. Während in den postkolonialen und feministisch-queeren Diskursen die Frage des Charakters der formationsübergreifenden patriarchalen Unterdrückungsverhältnisse in ihrer Vielfalt breit diskutiert wird, steht das für andere Felder traditioneller Beziehungen noch aus. Dazu gehören nicht nur Unterdrückungs- bzw. Ausbeutungsverhältnisse, sondern auch die Potentiale und Bewegungsweisen progressiver Momente, wie der Solidarität.

Offensichtlich ist für die Bestimmung der Zukunft der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung und für transformatorische Überlegungen zu ihrer Überwindung angesichts der Multilinearität der Wege zum, im und nach dem Kapitalismus die Frage nach den Wirkungsmechanismen und Gesetzmäßigkeiten jenseits des „Kerns“ der Kritik der politischen Ökonomie immer wieder neu zu stellen. Damit schließt sich der Kreis: Es ist auffallend, dass auch von marxistischer Seite im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts immer wieder konstatiert wird, dass große Teile der Menschheit unter erheblichem Einfluss naturalwirtschaftlicher Beziehungen leben und produzieren, die eigenen Gesetzmäßigkeiten dieser Wirtschaftsweisen jedoch wenig untersucht sind. Das spricht auf jeden Fall für die These von Emanuela Conversano, die die Kritik der politischen Ökonomie mit einer Kritik der Anthropologie verbunden sehen will, wie sie am Ende des marxischen Schaffens steht. Sie fordert, als Subjekte der Geschichte, die in bestimmten sozialen Verhältnissen produzieren und sich reproduzieren, zu versuchen, „dort wieder zu beginnen, wo Marx seine Forschungen abbrechen musste, um die Vermittlungen zwischen Theorie und Empirie zu suchen und im ‘jetzigen Zustand’ die Bestimmung der Möglichkeiten der Regeneration unserer Gesellschaft zu überprüfen“ (Conversano 2018, 40). Der Fundus dafür ist umfangreich. Neben den bereits angesprochenen, weitgehend vergessenen Linien der russisch-sowjetischen Diskussion gilt es, in diesem Sinne die Überlegungen des peruanischen Marxisten Mariátegui (vgl. Oertzen 2015), der forderte, das „Indioprobem“ als ein „fundamental ökonomisches Problem“ zu betrachten (vgl. Mariátegui 1986, 49), die Konzepte eines Julius Nyerere zu den aus den traditionellen Beziehungen der afrikanischen Gemeinschaften resultierenden kulturellen Potenzialen nachkapitalistischer Entwicklung (vgl. z.B. Nyerere 2001, 22) sowie die daran anschließende Kritik des Ansatzes durch Samir Amin u.a. oder den in der Verfassung Boliviens von 2009 (vgl. Botschaft des Plurinationalen Staates von Bolivien in Berlin 2013) unternommenen Versuch, die Stellung von vorkapitalistischen Produktionsweisen in einer vom Weltmarkt abhängigen Volkswirtschaft diskriminierungsfrei zu fixieren und dabei vor allem auch ökologische Aspekte traditioneller Produktionsweisen aufzunehmen, einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Diese Diskurse gehören, nimmt man die Wertungen von Marx und Engels in ihrer letzten Schaffensperiode ernst, in den Kern ihrer künftigen Rezeption.

Literatur

- Abunuwasi, Joachim/Mwami, Lugansya (2018): Auf der Suche nach der Zukunft – Marxismus und Ujamaa in Tansania, in: MARX 200, URL: <https://marx200.org/blog/auf-der-suche-nach-der-zukunft-marxismus-und-ujamaa-tansania> (letzter Zugriff: 2.4.2020).
- Botschaft des Plurinationalen Staates von Bolivien in Berlin (Hg.) (2013): Politische Verfassung, Plurinationaler Staat von Bolivien, Berlin, URL: http://www.bolivia.de/fileadmin/Dokumente/Presse-Medien_Dt%2BSp/Interessante%20Dokumente/CPE_aleman.pdf.
- Conversano, Emanuela (2018): Zur Kritik der Anthropologie. Marx' Theorie des Kapitals und seine ethnologischen Studien, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2017/2018, Berlin/Boston, 9-40.
- Engels, Friedrich (1875/1989): Soziales aus Russland, in: MEW 18, Berlin, 556-567.
- (1877/1978a): [Die Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Russland], in: MEW 19, Berlin, 113-115.
- (1877/1978b): Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877, in: MEW 19, Berlin, 119-137.
- (1882/1978d): Die Mark, in: MEW 19, Berlin, 315-330.
- (1884/1984): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW 21, Berlin, 25-173.
- (1894/1982): Nachwort (1894) [zu „Soziales aus Russland“], in: MEW 22, Berlin, 421-435.
- Hecker, Rolf (Hg.) (2014): Marx und Russland. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge, 2012, Hamburg.
- Hildebrand, Gerhard (1911): Die deutschen Interessen im Ausland, in: Sozialistische Monatshefte, Vol. 15 (=17), Heft 18/20, 1218-1225.
- Kricman, Lev Natanovič (1993): Klassenschichtungen im sowjetischen Dorf (Auszüge), in: Stephan Merl (Hg.), Sowjetmacht und Bauern: Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des „Kriegskommunismus“ und der Neuen Ökonomischen Politik, Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe 1, Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Band 191, Berlin, 180-187.
- Löwy, Michael (1989): Der Urkommunismus in den ökonomischen Schriften von Rosa Luxemburg, in: Gérard Bensussan/Daniel Barben (Hg.), Die „Linie Luxemburg-Gramsci“: zur Aktualität marxistischen Denkens, Argument-Sonderband AS 159, Berlin, 140-146.
- Luxemburg, Rosa (1906/1972): Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 2, 1906 bis Juni 1911, Berlin, 91-170.
- (1910/1975b): Einführung in die Nationalökonomie, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 5, Ökonomische Schriften, Berlin, 524-778.
- (1913/1975a): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 5, Ökonomische Schriften, Berlin, 5-411.
- (1918/1974): Zur russischen Revolution, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin, 332-365.
- (2017): Handschriftliche Fragmente zur Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus mit wirtschafts- und weltgeschichtlichen Vergleichen, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 7/1, 1907 bis 1918, Berlin, 127-200.
- Mamedov, Grigorij/Shatalova, Oksana (Hg.) (2016): Ponjatija o sovetkom v Central'noj Azii, Bishkek. (Eine deutsche Teil-Übersetzung erscheint im Winter 2020/2021 bei Metropolis.)
- Mariátegui, José Carlos (1986): Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen, Berlin.
- Marx, Karl (1852/1982): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Berlin, 115-207.
- (1865–1868/2019): Hefte zur Agrikultur, in: MEGA IV/18, Berlin/Boston, 103-736.
- (1877/1978a). [Brief an die Redaktion der „Otschestwennyje Sapiski“], in: MEW 19, Berlin, 107-112.
- (1880-82/1976): Die ethnologischen Exzerptheft, Frankfurt/M.
- (1881/1978b): [Brief an V.I. Sassulitsch. Zweiter Entwurf], in: MEW 19, Berlin, 396-400.

- (1881–1882/1978c): [Notizen zur Reform von 1861 und der damit verbundenen Entwicklung in Russland], in: MEW 19, Berlin, 407-424.
- Musto, Marcello (2018): *Der späte Marx: eine intellektuelle Biografie der Jahre 1881 bis 1883*, Hamburg.
- Nyerere, Julius K. (2001): *Ujamaa. Grundlagen des afrikanischen Sozialismus*, in: ders., *Reden und Schriften aus drei Jahrzehnten*, hg. von Asit Datta, Bad Honnef, 17-26.
- Oertzen, Eleonore von (2015): *Mariateguismus*, in: Wolfgang Fritz Haug u.a. (Hg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 8/II*, 1742-1747.
- Sultan-Galiev, Mirsaid (1928/1998a): *Pokazaniya na sledstvii s izlozhenij svoego mirovozzrenija*, in: Gizzatullin, I. G. (Hrsg.): *Mirsaid Sultan-Galiev: Izbrannye trudy*, Kazan', 543-551.
- (1924/1998b). *Tezisy ob osnovach social'no-političeskogo, èkonomičeskogo razvitija tjurkskich narodov Azii i Evropy*, in: Gizzatullin, I. G. (Hrsg.): *Mirsaid Sultan-Galiev: Izbrannye trudy*, Kazan', 525-538.
- Tschayanoff, Alexander (1924): *Zur Frage einer Theorie der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 52, H. 3, Tübingen, 577-613.
- Walcher, Jacob (1910–1911/2017): *Aufzeichnungen und häusliche Nachträge des Parteischülers Jacob Walcher zu den Vorlesungen von Rosa Luxemburg 1910/11*, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 7/1: 1907 bis 1918, Berlin, 311-408.
- Wolfstein, Rosi (1912–1913/2017): *Mitschriften der Parteischülerin Rosi Wolfenstein in den Vorlesungen Rosa Luxemburgs 1912/1913*, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 7/1: 1907 bis 1918, Berlin, 409-564.

2.

Marxismen: Weiterentwicklungen und Kritiken

John Lütten

Zum Gebrauchswert des Klassenbegriffs

Geht es um Karl Marx und seine Kritik der modernen Gesellschaft, dann heißt es regelmäßig, der Begriff der sozialen „Klassen“ sei angesichts der Pluralität und Komplexität des sozialen Miteinanders obsolet geworden. Der Trierer Philosoph habe vielleicht die Globalisierung vorhergesehen und mit seiner Schelte des frühen Industriekapitalismus ein flammendes Plädoyer gegen soziale Ungleichheit und das Elend der Arbeiter gehalten. Aber heute noch von einer „Klassengesellschaft“ zu sprechen sei anachronistisch, die Rede von einer „Arbeiterklasse“ ob der Vielfalt von Lebensentwürfen und Milieus nicht mehr zeitgemäß. Ihre akademische Entsprechung fanden und finden solche Urteile in – freilich differenzierter argumentierten – Paradigmen von „Individualisierung“ oder „Entstrukturierung“, die vor allem seit den 80er Jahren die Sozialwissenschaften geprägt haben (exemplarisch: Beck 1986, Wehler 1995). Und auch die politische Linke hat in den vergangenen Jahrzehnten oft eher auf die „Multitude“, „mosaiklinke“ Zusammenschlüsse und Organisationen, das Nebeneinander sozialer Bewegungen, politischer Strömungen oder (sub-)kultureller Milieus, selten aber explizit auf „Klassen“ als politische Subjekte oder Träger sozialer Veränderung orientiert. Nicht nur als Instrument wissenschaftlicher Analyse, auch als gesellschaftsanalytische und politische Kategorie ist der Klassenbegriff daher randständig.

Es scheint, als würde sich das nun langsam ändern. Fast pünktlich zu Marx' 200. Geburtstag sind nicht nur Konflikte um Eigentum, gesellschaftlichen Reichtum und demokratische Mitbestimmung, sondern auch Diskussionen über deren Interpretation wieder ins Zentrum öffentlicher und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen gerückt. Sowohl international (Vance 2016, Eribon 2016, Williams 2017, Ernaux 2019, Arruzza u.a. 2019) wie auch in Deutschland (Baron 2016, Zeitschrift Luxemburg 2017, Friedrich 2018, Rixinger 2018, Zeitschrift Z. 2018, Goes 2019, Reckwitz 2019, Thien 2019, Bischoff/Müller 2019, Dörre 2019, Butterwegge 2020) ist eine neue Debatte über Klassentheorie und Klassenpolitik entbrannt, die sich nicht nur auf die traditionelle Linke beschränkt.

Ob diese nun einen echten Paradigmenwechsel markiert oder vorübergehende Konjunktur und Diskursmode bleibt, wird sich zeigen müssen. So oder so verhandelt sie aber Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft, die in der Tat eine Neujustierung politischer und wissenschaftlicher Begrifflichkeiten erfordern: Soziale Polarisierung, Einkommens- und Vermögensungleichheit haben in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen (DIW 2019, DIW 2020), Lohnquote und Tarifbindung sind im Vergleich zu den 80er Jahren gesunken; die Prekarisierung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse hat die Ausbreitung „atypischer“ und unsicherer Arbeit im Niedriglohnssektor befeuert; Integration in den Arbeitsmarkt beruht deshalb immer öfter auf dauerhaft nicht existenzsichernder Lohnarbeit (Dörre 2018); die Armutsgefährdungsquote ist in der letzten Dekade gestiegen; psychische Belastungen und Erkrankungen durch Arbeit haben wieder zugenommen, und auch die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland ist 30 Jahre nach der „Wende“ nicht

geschehen (Überblick: Butterwegge 2020). Einer Umfrage zufolge blicken heute nur noch 23 Prozent der Deutschen optimistisch in die eigene ökonomische Zukunft, bloß 12 Prozent meinen, das System arbeite zu ihrem Vorteil (Edelman Intelligence 2020). Die Folgen der „Corona-Krise“ sind gegenwärtig noch nicht abzusehen – bessern wird sie die Dinge aber wohl kaum. Vor diesem Hintergrund muss die neue Klassendiskussion auch als Suchbewegung verstanden werden, die sich aus der Notwendigkeit speist, die Entwicklungsdynamik der Bundesrepublik neu auf den Begriff zu bringen.

Nur bleiben der Klassenbegriff und Begriffe wie „Klassenpolitik“ dabei oft unscharf und nicht immer ist klar, worauf genau sie abstellen – die Breite der gegenwärtigen Debatte, insbesondere der um eine sogenannte „neue“ Klassenpolitik, verdankt sich darum auch ihrer inhaltlichen Unverbindlichkeit (Leisewitz/Lütten 2018). So tendieren einige Beiträge etwa zu einem Kulturalismus, der das Verhältnis der Klassen primär als Wertekonflikt deutet. Der Soziologe Andreas Reckwitz zum Beispiel beschreibt die Spätmoderne explizit als Klassengesellschaft: Klassen existierten hier jedoch nicht bloß materiell, denn es handele sich „auch und gerade um kulturelle Klassen“ – neben ungleichen materiellen Ressourcen würden sich Klassen nämlich vor allem „hinsichtlich ihrer Lebensstile – und ihres kulturellen Kapitals – grundsätzlich voneinander“ unterscheiden (Reckwitz 2019, 275). „Klasse“ sei dabei mehr als eine sozialstatistische Größe, es gehe vielmehr „um eine soziale Gruppe, die ein kulturelles Muster der gemeinsamen Lebensführung und zugleich eine bestimmte gemeinsame Position in Form der Ausstattung mit sozial relevanten Ressourcen (Kapital) sowie einer bestimmten Form der Arbeit“ teile (2019, 274). Auf dieser Grundlage identifiziert er mehrere Klassen und Muster ihrer kulturellen Distinktion. Daran ist nun keineswegs zu beanstanden, dass Kultur und Lebensstil als Momente der Klassenbildung einbezogen werden. Weil aber unklar bleibt, in welchem Verhältnis ökonomische Basis, Lebensstil und Distinktion genau stehen und Reckwitz das kulturelle Moment außerdem zum bestimmenden Faktor erhebt, bleiben nicht nur mehrere Fragen offen: Erstens, woher seine Unterteilung der verschiedenen Klassen genau rührt und was diese Klassen zu Klassen macht; zweitens, welche Rolle die Ökonomie in ihrem Konfliktverhältnis spielt, sowie drittens, was das wesentliche dynamische Moment in der Veränderung der Klassenstruktur wäre. Es bleibt vor allem unklar, wozu genau es den Klassenbegriff hier überhaupt braucht und was nicht auch von soziologischen Schicht- oder Milieubegriffen geleistet werden könnte. Bestand der spezifische Nutzen von Klassentheorien schließlich nicht immer darin, Klassen und Klassenverhältnisse durch konkrete soziale Mechanismen zu erklären, die zwischen objektiver Sozialstruktur und der Herausbildung von Klassen vermitteln?

Für eine tragfähige Klassenanalyse auf der Höhe der Zeit muss also auch der Klassenbegriff wieder inhaltlich gefüllt werden. Dafür ist der Rückgriff auf marxistische Klassentheorie nach wie vor essentiell. Denn der Klassenbegriff in der Tradition von Marx und Engels gibt nicht nur kritische Auskunft über das Verhältnis von Arbeit, Gesellschaftsstruktur und Klassenbildung. Die daran anknüpfende Tradition der Klassenanalyse gibt außerdem wichtige Impulse für die Untersuchung von Klassenstrukturen und Systematisierung von Momenten der Klassenbildung, die heute neu zu erschließen und aufzugreifen wären. Darum soll der vorliegende Text einen kurzen – und notwendig unvollständigen – Überblick über den Fundus marxistischer Klassentheorie geben. Eingangs werden dazu einige Grundkoordinaten des Klassenbegriffs bei Marx und Engels entwickelt (Abschnitt 1), danach ausgewählte Beiträge daran anschließender Klassenanalysen präsentiert (Abschnitt 2). So können abschließend die Besonderheit des

marxistischen Klassenbegriffs und sein Nutzen auch für heutige Debatten zusammengefasst werden (Abschnitt 3).¹

1. Grundzüge marxistischer Klassentheorie

Eine systematisch ausgearbeitete Klassentheorie haben Marx und Engels bekanntlich nicht hinterlassen, und auch Marx' Kapitel über die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ blieb unvollendet. Darüber hinaus wird der Klassenbegriff von beiden in verschiedenen Kontexten als strukturelle ebenso wie als historische und politische Kategorie verwendet (Steiner 2008). Insofern er aber ihre historisch-politischen Reanalysen, die Kritik der politischen Ökonomie wie auch die programmatischen Schriften gleichermaßen durchzieht, lassen sich sein zentraler Stellenwert und einige wesentliche Koordinaten aber trotzdem umreißen.

Weder die Klassen noch ihr Kampf sind dabei aber Dinge, deren Entdeckung das Verdienst von Marx oder Engels wäre. Marx selbst schrieb 1852 in einem Brief, er habe „weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt“ – das hätten andere schon vor ihm getan und außerdem die historische Entwicklung des Klassenkampfes sowie die „ökonomische Anatomie“ der Klassen untersucht (MEW 28, 507f.). Sein eigener Beitrag bestehe vielmehr darin, die historisch spezifischen Bedingungen der Existenz der Klassen und die immanent revolutionäre Tendenz des Klassenkampfes herausgestellt zu haben:

„Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet“ (MEW 28, 508).

Darin wird schon ersichtlich, dass der Klassenbegriff bei Marx mehr ist als ein empirisch-deskriptives Konzept der sozialstatistischen Analyse – er ist ein gesellschafts-, konflikt- sowie revolutionstheoretischer und politischer Begriff gleichermaßen.

1.1 Klassenverhältnisse sind Eigentums- und Produktionsverhältnisse

Der marxische Klassenbegriff ist ein relationaler, der im Kern auf ein soziales Verhältnis abstellt. Er zielt nicht primär auf die empirische Vermessung sozialer Ungleichheit, eine Theorie sozialer Lagen oder die Lebensstile bestimmter Milieus, sondern letztlich auf antagonistische Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die in der historisch spezifischen Organisation der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion durch die Eigentumsverhältnisse gründen. Deren Ursprung und zentraler Dreh- und Angelpunkt sind die Produktionsverhältnisse als jene sozialen Beziehungen, die in den verschiedenen Gesellschaftsformationen die Arbeit zur Produktion und Reproduktion

1 Der Beitrag beruht auch auf Diskussionen des *Projekts Klassenanalyse Jena (PKJ)*, einem Arbeitskreis von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Dörre. Das PKJ erarbeitet gegenwärtig einen thematisch gegliederten Literaturbericht zur Klassentheorie, der 2021 erscheinen wird. Die Argumentation und etwaige Fehler des vorliegenden Textes verantwortet freilich der Autor allein.

der Gesellschaft bestimmen und in denen die Menschen ihr Verhältnis sowohl zur Natur als auch untereinander regeln. In Marx' eigenen Worten:

„In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt. [...] Die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit bilden das, was man die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesellschaft nennt, und zwar eine Gesellschaft auf bestimmter, geschichtlicher Entwicklungsstufe, eine Gesellschaft mit eigentümlichem, unterscheidendem Charakter. Die antike Gesellschaft, die feudale Gesellschaft, die bürgerliche Gesellschaft sind solche Gesamtheiten von Produktionsverhältnissen, deren jede zugleich eine besondere Entwicklungsstufe in der Geschichte der Menschheit bezeichnet.“ (MEW 6, 407f.)

Soweit die Produktionsverhältnisse allerdings in der bisherigen Geschichte auf dem Privateigentum an den dafür nötigen Produktionsmitteln beruht haben, war und ist der Prozess gesellschaftlicher Aneignung von Natur für Marx ein herrschaftsförmiger und konfliktvermittelter: Kraft der Verfügungsgewalt und Kontrollmacht über die nötigen Produktionsmittel kann der je besitzende Teil der Gesellschaft den anderen für sich arbeiten lassen und sich das Mehrprodukt von dessen Arbeit aneignen. In dieser Spaltung gründen die Existenz sozialer Klassen und ihr notwendig konfliktives Ausbeutungsverhältnis.

Für Marx ist es dementsprechend die gesellschaftliche Produktion, die Formen der je gesellschaftsspezifischen Verteilungs-, Einkommens- und Konsumtionsformen bestimmt. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Aufteilung in Wirtschaftsbereiche und Sektoren sowie die entsprechende Qualifikationsstruktur und Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit in verschiedene Berufe und Tätigkeiten geht also in letzter Instanz aus den jeweiligen Produktions- und Aneignungsverhältnissen hervor und wird durch deren Organisation entsprechend der Aneignung des Mehrprodukts auch verändert. Klassenverhältnisse gründen für Marx also nicht in der Sphäre der Verteilung oder der Konsumtion des gesellschaftlichen Reichtums – also etwa den Einkommensverhältnissen oder der berufsfachlichen Strukturierung der Arbeitskraft – sondern in erster Linie in den Produktions- und Ausbeutungsverhältnissen, auf denen diese beruhen. Das markiert einen zentralen Unterschied zu nicht-marxistischen Klassentheorien.

1.2 Historische Formbestimmung der Klassenverhältnisse

Die klassenförmige Organisation und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion bleiben jedoch zu jedem Zeitpunkt geerdet im historischen Entwicklungsprozess der menschlichen Arbeit. Sie bedingt einen widersprüchlichen Modus der Vergesellschaftung im Sinne „eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorchwachsenden Antagonismus“ (MEW 13, 9). Denn die Spaltung der Gesellschaft in Klassen begründet einen Widerspruch zwischen dem prinzipiell gesellschaftlichen Charakter der Produktion und Entwicklung der Produktivkräfte einerseits sowie der privaten Aneignung des Mehrprodukts durch die je herrschende Klasse andererseits. Zu Umbrüchen in den Gesellschaftsformationen kommt es Marx zufolge, wenn die Produktionsverhältnisse zur Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte werden und sie daher von der ausgebeuteten Klasse gesprengt werden. Dabei gilt politisch: „Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst“, und die Organisation aller revolutionären Elemente als Klasse setze „die fertige Existenz aller

Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten“ können (MEW 4, 181). Diese Entwicklungsdynamik ist für ihn das wesentliche Movens und treibende Moment in der Entwicklung und Umwälzung der Produktionsverhältnisse – in einer oft zitierten Passage aus dem Vorwort seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ schreibt er:

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“ (MEW 13, 9)

Michael Mauke spricht daher von der historischen Formbestimmung der Klassenverhältnisse durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse und ihre antagonistische Vergesellschaftungsdynamik (vgl. Mauke 1970, 18ff.): Der Inhalt der Klassenverhältnisse ist zu jedem Zeitpunkt ein Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis, in dem sich die je besitzende Klasse das Mehrprodukt der gesellschaftlich verrichteten Arbeit privat aneignet. Die historisch spezifische Form dieses Verhältnisses ergibt sich aus den jeweiligen Produktionsverhältnissen und ihrer je konkreten Form der Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts im Rahmen der Ausbeutungsbeziehung. Das meint Marx mit der oben zitierten Aussage, die Existenz der Klassen sei „an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden“ – und eben diese Erdung in einer konfliktvermittelten historischen Entwicklungsdynamik weist seinen Klassenbegriff im Kontrast zu etwa rein deskriptiven und statischen Theorien sozialer Ungleichheit als einen historisch-materialistischen aus. Er ist *materialistisch* insofern er auf die materiellen Verhältnisse der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion abstellt, und *historisch* weil er dabei an deren immanente geschichtliche Entwicklungsdynamik geknüpft bleibt. Ralf Dahrendorf hebt darum hervor, die Klassentheorie sei „gleich zentral für Marx’ geschichtsphilosophische Konzeption wie für seine Analyse der Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft“ (Dahrendorf 1957, 6).

1.3 Antagonistische Vergesellschaftung

Die Klassenverhältnisse sind ferner notwendig antagonistisch, weil herrschende und beherrschte Klassen durch den Mechanismus der Ausbeutung wechselseitig aufeinander bezogen sind und ihre Positionen im Ausbeutungsverhältnis einander bedingen: die herrschende Gruppe ist die herrschende, weil die andere die beherrschte ist, und Reichtum und Besitz der einen beruhen auf der Armut und Besitzlosigkeit der anderen. „Eine unterdrückte Klasse“, schreibt Marx, „ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassengegensatz gegründeten Gesellschaft“, weshalb die Befreiung der unterdrückten Klasse notwendig die Schaffung einer neuen Gesellschaft einschließt (MEW 4, 181). Soziale Klassen existieren für Marx also nicht einfach nebeneinander, sie existieren *durch* einander. Der Hinweis auf diese innere Verbindung der Klassen vermittelt einer Ausbeutungsbeziehung unterscheidet marxistische von anderen Klassentheorien, welche die Bildung sozialer Klassen durch andere Mechanismen der Vermittlung, etwa soziale Schließung (Weber) oder eben Muster kultureller Distinktion, erklären (vgl. Wright 1997, 9ff.). Weil dieses Verhältnis ein notwendigerweise konfliktvermitteltes ist, gibt Marx’ Klassenbegriff daher auch Anstöße für soziologische Konflikttheorien (Demirović 2005).

Daraus resultiert außerdem eine entsprechende objektive Interessen- und Bedürfnisstruktur – Marx spricht von „Klasseninteressen“ –, unabhängig davon, ob die einzelnen Mitglieder

der sozialen Klassen diese auch subjektiv als solche wahr- und annehmen. Soweit sie innerhalb ihrer Stellung im Ausbeutungsverhältnis aus ihren Positionen als Ausbeuter und Ausgebeutete handeln, müssen sie die Schlechterstellung der jeweils anderen Klasse als ihr Klasseninteresse wollen, um ihre Situation zu erhalten oder zu verbessern. In diesem Sinne nimmt der Begriff des Klasseninteresses auch Momente dessen vorweg, was in der Sozialwissenschaft und etwa in spieltheoretischen Modellen als Handlungs- und Rollentheorie diskutiert wird.

1.4 Dimensionen des Klassenkonflikts

Der weitverbreiteten Auffassung, Marx und Engels hätten dabei einem Ökonomismus angehangen und alle anderen – politischen, kulturellen oder ideologischen – Einflüsse auf die gesellschaftliche Entwicklung zugunsten der Ökonomie für nachrangig erklärt, hat Engels selbst widersprochen. Die Produktion sei keinesfalls das einzige, sondern bloß das in letzter Instanz bestimmende Moment, stellt er 1890 in einem Brief klar:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate – Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten [...] als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.“ (MEW 37, 463)

Dieser Hinweis ist auch klassentheoretisch von Bedeutung, soll ein vulgarisiertes und verengtes Verständnis dessen vermieden werden, wie sich klassenförmige Interessen artikulieren und was Marx und Engels als „Klassenkampf“ verstanden haben. Klassenkonflikte sind in allen auf Klassenspaltung beruhenden Gesellschaftsformationen solche, in denen entlang des antagonistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisses um den Charakter der Produktion, die Verteilung sowie die Aneignung des sozialen Mehrprodukts gerungen wird. Das meint zwar primär Konflikte innerhalb der jeweiligen Ausbeutungs- und Aneignungsbeziehung, die aber auch die Form eines Kampfes gegen diese annehmen können – Marx unterschied etwa den Kampf der Gewerkschaften innerhalb des bürgerlichen Lohnsystems vom Kampf gegen das Lohnsystem selbst (vgl. MEW 16, 152). Ebenso sind aber politische Kämpfe um die Hegemonie und Repräsentation von Klasseninteressen innerhalb der politischen Sphäre bzw. jeweiligen staatlichen Ordnung oder solche um die intellektuelle, wissenschaftliche oder „ideologische“ Deutungshoheit über die Klassenbeziehungen Momente des Klassenkonflikts, die in den historisch-politischen Realanalysen von Marx und Engels auch entsprechende Berücksichtigung finden. So schrieb Engels in einer Einleitung zu seiner Analyse des deutschen Bauernkrieges, die Arbeiter würden den Kampf „nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten)“ führen (MEW 18, 516f.). Klasseninteressen nehmen also nicht nur im

engeren Sinne ökonomische Formen an – sie artikulieren sich auch wissenschaftlich, ideologisch und kulturell oder in Forderungen nach politischer Repräsentation.

Die Verbindung von Klassen- und Revolutionstheorie sowie entsprechende Prognosen über die „weltgeschichtliche Rolle“ des Proletariats finden sich dabei nicht nur in frühen geschichtsphilosophischen und programmatischen Schriften von Marx und Engels, sondern auch in der späteren Kritik der politischen Ökonomie. Revolutionäre Subjektivität ergibt sich für sie nicht daraus, dass Arbeiter per se zu subversivem Denken neigten oder die Underdogs eben leichter zu agitieren wären, sondern aus deren Stellung in den Produktionsverhältnissen. Es gehe deshalb auch nicht darum, „was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt“, schreiben beide 1844, sondern darum „was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird“, denn: „Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.“ (MEW 2, 38). Dieser revolutionäre Optimismus – gemeint ist hier die Abschaffung der Klassenspaltung als Endpunkt des Entwicklungsprozesses menschlicher Arbeit – kommt auch in Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ zur Geltung; Marx versucht dort, ihn durch theoretische Annahmen über die Akkumulation des Kapitals ökonomisch zu begründen. In einer Passage über die „historische Tendenz“ dieser Akkumulation schreibt Marx, mit der Entwicklung des Kapitalismus wachse „die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung“, ebenso aber „die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (MEW 23, 790f.). Sowohl die tendenzielle Polarisierung der Gesellschaft in zwei Hauptklassen als auch die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichten dann einen Punkt, an dem sie „unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert“, so Marx – die kapitalistische Produktion erzeuge deshalb „mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation“ (MEW 23, 791). Unabhängig davon, ob diese Prognose bei Marx theoretisch gedeckt ist oder nicht – sie zeigt die innere Verknüpfung von Klassen- und Revolutionstheorie, die das gesamte Werk von Marx und Engels durchzieht. Der Klassenbegriff ist hier immer auch ein immanent revolutionärer Begriff.

1.5 Das Klassenverhältnis im Kapitalismus

In der kapitalistischen Gesellschaft ist das Kapitalverhältnis für Marx das zentrale Produktionsverhältnis. Es ist ein Verhältnis von Kapital und Arbeitskraft, als dessen soziale Träger sich Kapitalisten und Arbeiter, die beiden Hauptklassen im Kapitalismus, gegenüber treten. Die historische Voraussetzung ihrer Beziehung ist die gewaltsame Trennung der feudalen Produzenten von ihren Produktionsmitteln als „Scheidungsprozess des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen“, der „einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter“ (MEW 23, 742). In diesem Prozess der Proletarisierung werden „große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert“ (MEW 23, 743). Daher rührt die Figur des doppelt freien Lohnarbeiters, der „als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt“, andererseits aber „andre Waren nicht

zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen“ (MEW 23, 183). Der Warencharakter der Arbeitskraft ist ein wesentliches Merkmal und eine Voraussetzung des Kapitalismus.

Soweit der freie Tausch unabhängig voneinander verrichteter Privatarbeiten die zentrale Form der Vergesellschaftung ist, treten sich im Kapitalismus alle Akteure des ökonomischen Geschehens als freie und gleiche Warenbesitzer gegenüber. Auch das Klassenverhältnis nimmt deshalb – anders als etwa im Feudalismus – die Form eines formell egalitären, von direkten Herrschaftsverhältnissen befreiten Tauschverhältnisses an: In der Zirkulationssphäre, also auf dem Markt, begegnen sich Kapitalisten als Eigentümer von Produktionsmitteln und Geld sowie Proletarier als Eigentümer ihrer Arbeitskraft. Zumindest soweit es um die politisch-juristische Regulation der zentralen sozialen Verkehrsformen geht, ist ihr Ausbeutungsverhältnis also kein unvermitteltes Gewalt- und Herrschaftsverhältnis – zwischen ihnen herrschen „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“, wie Marx ironisch schreibt (MEW 23, 189).

Auch Ausbeutung ist im Kapitalismus daher kein unmittelbares Zwangsverhältnis und beruht auch nicht auf Betrug oder Diebstahl, sondern auf dem Äquivalententausch zwischen Warenbesitzern (vgl. MEW 23, 173). Trotzdem findet eine Aneignung unbezahlter Mehrarbeit statt. Denn anders als andere Waren hat Arbeitskraft die Eigenschaft, den Produkten ihrer Arbeit mehr Wert zuführen zu können, als zu ihrer eigenen Reproduktion erforderlich ist. Der Kapitalbesitzer zahlt dem Arbeiter darum den vertraglich vereinbarten Lohn als Äquivalent für die Verwertung seiner Arbeitskraft, lässt ihn aber länger arbeiten als zur Deckung der Kosten zur Reproduktion seiner Arbeitskraft nötig. Der beim erfolgreichen Verkauf der jeweiligen Ware realisierte Mehrwert ist darum sein Profit. In seinen ökonomiekritischen Studien, insbesondere seinem Hauptwerk „Das Kapital“, analysiert Marx die verschiedenen Wege des Kapitals, sich durch absolute (Verlängerung des Arbeitstages) und relative (Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit durch Senkung der Kosten zur Reproduktion der Arbeitskraft) Produktion von Mehrwert möglichst viel unbezahlte Mehrarbeit aneignen zu können. Im modernen Industriesystem werden diese durch die größtmögliche Kombination von Arbeitsschritten, die Parzellierung des Produktionsprozesses und die entsprechende Arbeitsorganisation (Schichtsystem) perfektioniert. Die entsprechenden Schilderungen im „Kapital“ waren und sind damit nicht nur wichtige Stichwortgeber für die Arbeits- und Industriesoziologie, sie lassen sich auch als empirisch kleinteilige und detailreiche Untersuchung lesen, wie ein klassenförmiges Ausbeutungsverhältnis die Entwicklung von Produktivkräften sowie der Berufs- und Qualifikationsstruktur in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmt.

Aus der Unterordnung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter den Verwertungsprozess des Kapitals, die sich damit entwickelt – Marx spricht vom Übergang von einer formellen zur reellen Subsumtion des Arbeitsprozesses unter das Kapital –, geht dann auch das hervor, was als Formbestimmung gesellschaftlicher Arbeit bezeichnet wird: Produktive Arbeit ist vom Standpunkt der Kapitalverwertung aus nämlich nicht alle Arbeit – sondern nur die, die zur Verwertung von Kapital dient. Es sind darum auch nicht alle Arbeiter produktiv im Sinne der Produktion von Mehrwert: „Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient“ (MEW 23, 532).

Mit der vollen Entfaltung des Kapitalverhältnisses zeigt sich allerdings auch, dass seine egalitäre und freiheitliche Form den herrschaftsförmigen Inhalt des Klassenverhältnisses nur verschleiert. Denn mit der vollen Entfaltung und Darstellung des kapitalistischen Produktionsprozesses „zerrinnt der Schein des bloßen Verhältnisses von Warenbesitzern“, wie Marx schreibt; der frei

vollzogene Kauf und Verkauf von Arbeitskraft erscheine nur noch als „vermittelnde Form seiner [des Arbeiters] Unterjochung unter das Kapital“ (Resultate, 87). Was der Form nach ein Vertragsverhältnis gleicher Warenbesitzer ist, offenbart sich als Abhängigkeitsverhältnis, in dem die Lohnarbeiter die Herrschaft der Produktionsmittelbesitzer immerfort reproduzieren. Es irre sich darum, schreibt Marx, wer „in diesem oberflächlichen Verhältnis, in dieser wesentlichen Formalität, Schein des Kapitalverhältnisses, sein Wesen selbst“ finden wolle; Arbeiter und Kapitalist gleichermaßen unter das Verhältnis von Warenbesitzern zu subsumieren, hieße, ihr Verhältnis zu „apologisieren“ und „seine *differentia specifica*“ auszulöschen (Resultate, 88). Schließlich treten zwar beide als juristisch freie und gleiche Vertragspartner in ein Tauschverhältnis – der Kapitalist allerdings aus freien Stücken, und der Arbeiter, weil ihm keine Wahl bleibt. Der kapitalistische Produktionsprozess, so Marx weiter, reproduziere damit „durch seinen eignen Vorgang die Scheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsbedingungen“; er reproduziere und verewige damit „die Exploitationsbedingungen des Arbeiters“, zwingt den Arbeiter beständig „zum Verkauf seiner Arbeitskraft, um zu leben“, und befähigt den Kapitalisten zu ihrem Kauf, „um sich zu bereichern“ (MEW 23, 603). Der Kapitalismus bringt die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und ihr antagonistisches Verhältnis also immer wieder neu hervor:

„Der kapitalistische Produktionsprozess, im Zusammenhang betrachtet, oder als Reproduktionsprozess, produziert nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der andren den Lohnarbeiter.“ (MEW 23, 604)

1.6 Klassenanalyse als Analyse von Produktionsverhältnissen

Die Produktions- und Eigentumsverhältnisse sind somit nicht nur als Ursprung und zentrales vermittelndes Moment der Klassenbeziehungen ausgewiesen. Ihre historisch konkrete Organisation ist auch die Instanz, die maßgeblich ihren Charakter und die spezifische Form des Verhältnisses bestimmt und sie modifiziert. Veränderungen der Klassenbeziehungen und Klassenstruktur sind also zumindest nicht primär das Ergebnis eines Wandels von Kulturverhältnissen, Lebensstilen oder subjektiven Einstellungsmustern verschiedener sozialer Gruppen – sie resultieren zuerst aus Veränderungen des gesellschaftlichen Aneignungsprozesses und den materiellen Verhältnissen der Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse. Umbrüche der Klassenstruktur und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ergeben sich aus der Entwicklung der Produktionsverhältnisse, der Produktivkräfte, ebenso aber aus politischer Einflussnahme und insbesondere aus dem Kampf der Klassen um das gesellschaftliche Mehrprodukt.

Die Analyse von Klassenverhältnissen ist also in erster Linie eine der jeweils konkreten Ausbeutungsbeziehung, also der Produktionsverhältnisse als Form, in der das gesellschaftliche Mehrprodukt hergestellt und angeeignet wird. Die Schaffung, Aneignung und Verteilung des Mehrprodukts ist das „Gravitationszentrum der Klassenbeziehungen“, wie Heinz Jung treffend schreibt; das „innerste Geheimnis“ und die spezifische Form der Klassenbeziehungen erschließe sich demnach aus der Form, in der unbezahlte Mehrarbeit, das Mehrprodukt den unmittelbaren Produzenten abgepresst werde (IMSF 1973, 69). Eben dort setzt die Analyse von Klassenstrukturen folglich an.

1.7 Klassen als historische und politische Akteure

Aus einer bestimmten Stellung innerhalb der Produktionsverhältnisse folgt aber noch kein kollektives Handeln oder Bewusstsein, und der Übergang von einer strukturellen Position zur realen historischen und politischen Wirkmächtigkeit verläuft für Marx und Engels keineswegs automatisch. Die Analyse objektiver Strukturzusammenhänge gibt daher nicht unmittelbar Aufschluss über die politische und kulturelle Formierung von Klassen oder ihre reale Beschaffenheit. Exemplarisch wird das in einer bekannten Passage aus Marx' Analyse der französischen Parzellenbauern und ihrer Organisation zur Zeit von Louis Bonaparte deutlich; hinsichtlich ihrer objektiven Lebensbedingungen und Stellung im ökonomischen System, so Marx, würden diese eine Klasse bilden – sofern aus dieser aber keine reale Verbindung hervorgehe, jedoch nicht:

„Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden.“ (MEW 8, 198)

In ihren historisch-politischen Analysen gesellschaftlicher Konflikte und Umbrüche beziehen Marx und Engels daher auch eine Vielzahl „mikrosozialer“ Momente von alltäglichen Lebensbedingungen der lohnabhängigen Klasse ein und benennen vereinheitlichende wie auch fragmentierende Faktoren. So analysiert Engels in seiner berühmten Studie zur „Lage der arbeitenden Klasse in England“ (MEW 2, 225ff.) die Arbeits- und Lebensverhältnisse der englischen Arbeiterschaft ebenso wie ihre Familien- und Wohnverhältnisse sowie Kultur und Momente kollektiver Zusammenkunft. Am Beispiel der irischen Einwanderer beschreibt er auch ethnisierte Konkurrenzverhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft und Muster kultureller Distinktion und Abwertung, welche die Entstehung eines gemeinsamen Klassenbewusstseins erschweren: Die irische Einwanderung habe zur Lohndrückerei beigetragen und „degradierend auf die englischen Arbeitsgenossen“ gewirkt – die Einwanderung der Iren habe damit „sehr viel zur Erniedrigung des Lohnes und der Arbeiterklasse selbst beigetragen“ (MEW 2, 323). Auch in Marx' Analysen und historischen Darstellungen kapitalistischer Produktionsprozesse und technologischer Entwicklungen finden sich zahlreiche Hinweise auf fragmentierende und kollektivierende Momente im Arbeits- und Lebensalltag der Arbeiterschaft, die zwar zur klassenanalytischen Untersuchung von Einheit und Spaltung der Arbeiterschaft bedeutsam sind, bisher allerdings kaum wissenschaftlich systematisiert wurden. Michael Vester (2018) weist darauf hin, dass Marx und Engels hier bereits Elemente späterer „praxeologisch“ genannter Ansätze zur verfeinerten Untersuchung sozialer Milieus vorwegnehmen.

2. Vom Klassenbegriff zur Klassenanalyse

Ein Klassenbegriff macht aber noch keine konkrete Realanalyse. Vor allem im Zuge der 70er Jahre gab es daher eine Reihe umfangreicher Debatten und methodisch anspruchsvoller Versuche, das Instrumentarium marxistischer Klassentheorie für empirische Gesellschaftsanalysen fruchtbar zu machen. Dabei kann zwischen Beiträgen der Klassenstrukturanalyse im Sinne der Gliederung der Sozialstruktur entlang politökonomischer Kategorien (2.1.) und der Untersuchung

der Klassenformierung als politische Konstitution von Klassen (2.2.) unterschieden werden. Schlaglichtartig werden hier einige ausgewählte Beiträge skizziert, die zeigen, wie der Anschluss an den marxistischen Klassenbegriff aussehen kann und schon ausgesehen hat.

2.1 Klassenstrukturanalysen

Das Westberliner Projekt Klassenanalyse (PKA) beispielsweise hat die Kategorie der „produktiven Arbeit“ (vgl. Abschnitt 1.5.) in seiner strikt am marxischen „Kapital“ orientierten Untersuchung der westdeutschen Klassenstruktur zum zentralen Ausgangspunkt für die Gliederung der lohnabhängigen Klasse gemacht (PKA 1973). Der Ansatz, grob vereinfacht: Wenn der Verwertungsprozess des Kapitals die Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses bestimmt, dann kann aus den „stofflichen Bestimmungen des Produktionsprozesses“ allein „keine Gliederung der Lohnarbeiter des Kapitals“ abgeleitet werden (PKA 1973, 213). Darum sehen die PKA-Autoren in der Formbestimmung der Arbeit durch die Produktion von Mehrwert und Kapital das zentrale Gliederungsprinzip der produktiven Lohnarbeiterschaft. Sie entwickeln dafür Marx' Begriff der „produktiven Arbeit“ und leiten aus ihm die notwendige Fraktionierung der produktiven Arbeiterschaft im materiellen Produktionsprozess ab (vgl. PKA 1973, 259). Die Differenzierung und Qualifizierung entsprechend dem Imperativ möglichst effizienter Mehrwertproduktion teile und hierarchisiere die produktive Lohnarbeiterschaft in qualifizierte (Angestellte, technisch-leitendes Personal) und unqualifizierte Arbeiter.

Zu den Lohnarbeitern des Kapitals, die aber keine „produktive“ Arbeit leisten, weil sie den Mehrwert nicht produzieren, sondern nur in der Sphäre der Zirkulation bewegen, zählen für die PKA-Autoren auch die „kommerziellen“ Lohnarbeiter. Diese würden aufgrund ihrer besonderen Stellung im Reproduktionsprozess des Kapitals eine Gruppierung der Lohnarbeiter des Kapitals bilden und seien deshalb auch in ähnliche Arbeits- und Lebensumstände gestellt; hinsichtlich der Zahlungsweise des Lohnes, der Beteiligung am Profit sowie durch den Qualifikationsgrad ihrer Arbeit würden sich beide Gruppen der Lohnarbeiter aber unterscheiden (vgl. PKA 1973, 267). Als „Lohnarbeiter des Kapitals“ fassen die PKA-Autoren also letztlich alle Arbeiter und Angestellten im Produktions- und Reproduktionsprozess des Kapitals, die ihre Arbeitskraft gegen Geld in Form von Kapital verkaufen (vgl. PKA 1973, 268). Keine Lohnarbeiter des Kapitals hingegen seien jene, die ihr Einkommen überwiegend aus Anteilen des Profits beziehen (z.B. Manager) sowie Angestellte und Arbeiter des Staates, die nicht vom Kapital, sondern aus Steuern finanziert werden. Über die Analyse der Lohnabhängigen hinaus werden die Bourgeoisie sowie Zwischen- und Mittelklassen untersucht, die zwischen der Klasse der Kapitalisten und der Lohnarbeiter angesiedelt sind. Die Kriterien zur theoretischen Abgrenzung der Klassen folgen hier nicht allein, aber maßgeblich den politökonomischen Kategorien des marxischen „Kapital“.

Einen anderen Ansatz hat das an der DKP orientierte Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) aus Frankfurt am Main verfolgt (IMSF 1973). Die Strukturanalyse wurde hier neben der Analyse politisch-soziologischer Formierungsbedingungen als ein „Teil der Klassentheorie“ verstanden (IMSF 1973,16). Die Gliederung der Lohnabhängigen wird hier vor allem anhand des „Warencharakters der Arbeitskraft“ und dem Grad seiner Entfaltung untersucht. Dieser, so die Annahme, gebe Aufschluss darüber, wer den Lohngesetzen des Kapitals am direktesten unterworfen sei. Die Kategorie der produktiven Arbeit wird dabei zwar ebenfalls entwickelt und als zentrales Merkmal zur Bestimmung von Ausbeutung im kapitalistischen

Produktionsprozess herausgestellt (IMSF 1973, 77ff.). Als Instrument zur Gliederung der Arbeiterklasse taugte sie nach Ansicht der IMSF-Autoren aber nicht, weil sie letztlich keine genauen Kriterien zur Abgrenzung der Arbeiterklasse von anderen Lohnarbeitern des Kapitals liefere, die etwa Kommandotätigkeiten im Sinne der Kapitalisten übernehmen und somit auch am Prozess der Mehrwertproduktion beteiligt sind (die Arbeiterklasse ist hier also nicht per se identisch mit der Gruppe aller Lohnabhängigen).

Die eigentliche Definition der Arbeiterklasse könne stattdessen nur vom Ansatz einer Untersuchung der Ware Arbeitskraft und der Frage, „unter welchen Bedingungen und in welchen Formen sie das für den Kapitalismus adäquate Verwertungsmaterial abgibt“ her erfolgen (IMSF 1973, 89). Sie ist für die IMSF-Autoren die „Grundlage zur Bestimmung der modernen Arbeiterklasse“, weil sie „entscheidende Einblicke in die Anatomie dieser Klasse als ausgebeutete Klasse und als Antipode des Kapitals“ vermittele (IMSF 1973, 101). Die Untersuchung des jeweiligen Grades an Proletarisierung, also der „vollen Entwicklung“ des Warencharakters der Arbeitskraft, sowie der konkreten Qualifikation und Beschaffenheit der Ware Arbeitskraft wie auch ihrer Rolle im Produktionsprozess und ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit solle Kriterien zur Gliederung der lohnabhängigen Klasse liefern.

Die IMSF-Autoren unterscheiden den „Kern“ der Arbeiterklasse von der „Gesamtklasse“ und „Übergangsgruppen“ wie etwa der Intelligenz. Als „Kern der Arbeiterklasse“ wird zwar „im weiteren Sinne die Arbeiterschaft in der materiellen Produktion und im engeren Sinne in der industriellen Großproduktion“ ausgemacht, weil die Proletarisierung sowie Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft und damit der Klassenantagonismus hier am weitesten entwickelt seien (vgl. IMSF 1973, 147). Diese Gruppe sei entsprechend Qualifikationsstufe, Arbeitsfunktion sowie Form und Höhe der Entlohnung weiter zu untergliedern. Aber auch „Gruppen der Arbeiterklasse in Kaufhäusern und Handelszentralen, in staatlichen Institutionen, Konzernverwaltungen, Versicherungen, Großbanken usw.“ (IMSF 1973, 149) seien relevant, weil die Beschäftigungskonzentration hier ebenfalls ein der Industrie vergleichbares Ausmaß erreiche. In einer Zusammenfassung des IMSF-Ansatzes von André Leisewitz heißt es dementsprechend:

„Die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse im Kapitalismus entscheidet sich also nicht danach, ob ihre Glieder produktive oder unproduktive Arbeit verrichten, in der materiellen Produktion, im Handel oder Dienstleistungssektor beschäftigt sind, ob sie vom Großkapital, vom Staat oder von Kleinunternehmern angestellt sind, sondern allein danach, ob der Warencharakter ihrer Arbeitskraft voll entwickelt ist und sie damit dem Lohngesetz voll unterworfen sind“ (Leisewitz 1977, 60)

PKA sowie IMSF operationalisieren ihre theoretischen Annahmen für die sozialstatistische Analyse und kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich Größe und Fragmentierung der Klassen. Die Beiträge können hier nur umrissen, die Weiterentwicklung beider Ansätze sowie die so theoretisch anspruchsvoll wie scharf geführte Diskussion muss ausgeklammert werden – dennoch müssen sie als ambitionierte Versuche gelten, eine orthodoxe Interpretation marxistischer Klassentheorie für empirische Analysen fruchtbar zu machen. Sie gehören deshalb zum Kanon der deutschsprachigen Klassendebatte und bilden zum Teil bis heute Bezugspunkte (Krüger 2017, 406ff.; Mieke 2017). Größer angelegte Anläufe empirischer Klassenstrukturanalysen hat es im bundesdeutschen Kontext seitdem kaum gegeben (Ausnahme: Mieke 2011, Mieke 2017).

Erklärermaßen unorthodox ist demgegenüber der „neomarxistische“ Ansatz Erik Olin Wrights, der schließungstheoretische Elemente der weberianischen Klassentheorie in die Analyse von Klassenverhältnissen aufnimmt (v.a. Wright 1997, Wright 2005). Ausgehend von einem um

jede Arbeitswerttheorie reduzierten Ausbeutungskonzept bezieht er Kontrollmacht sowie den Besitz von Fachwissen als strukturierende Momente der kapitalistischen Ausbeutungsbeziehung ein, um zwischen Arbeiterklasse und Mittelschichten zu unterscheiden.

Denn insofern der Produktionsprozess auch eine Herrschaftsbeziehung sei, würden Autorität und Kontrollmacht die Lohnarbeiter der Arbeiterklasse von Managern und solchen in kommandierender Funktion absetzen: „[M]anagers and supervisors can be viewed as exercising delegated capitalist class-powers in so far as they engage in the practices of domination within production“ (Wright 1997, 16). Daraus resultieren eine widersprüchliche Klassenposition und eine größere Beteiligung am Mehrprodukt: „The strategic position of managers within the organization of production enables them to make significant claims on a portion of the social surplus [...] in the form of relatively high earnings“ (ebd.). Manager und Lohnarbeiter in kommandierender Funktion befänden sich daher in einer privilegierten Aneignungsposition innerhalb der Ausbeutungsbeziehung, die sie von der Arbeiterklasse unterscheidet.

Der Besitz von Fach- und Expertenwissen wiederum bedinge eine ebenso privilegierte Position, welche qualifizierte Experten von der Arbeiterklasse trenne: „Like managers, employees who possess high levels of skills/expertise are potentially in a privileged appropriation location within exploitation relations“ (Wright 1997, 18), was ihnen aufgrund ihrer Verhandlungsposition auch einen Lohn oberhalb der eigenen Reproduktionskosten ermögliche. Darin sieht Wright eine besondere Klassenposition, die den Experten und qualifizierten Lohnarbeitern aufgrund der „power in labor markets to capture skill rents and power within production to capture loyalty rents“ – Prozesse sozialer Schließung also – eine privilegierte Stellung auf dem Arbeitsmarkt sichere: „skills and expertise designate an asset embodied in the labor power of people which enhances their power in labor markets and labor processes“ (Wright 1997, 19).

Vor allem diese Kategorien, die auf Positionen im Produktionsprozess (Kontrollmacht) ebenso wie Marktpositionen (Fachwissen) abstellen, dienen Wright zur Abgrenzung von Arbeiterklasse, Mittelschichten und Bourgeoisie sowie zu deren weiterer Untergliederung im Rahmen einer großangelegten Untersuchung der US-amerikanischen Klassenstruktur.

Die Grenzen von Klassenstrukturanalysen indes liegen auf der Hand: Sie bleiben deskriptiv und ihr konkretes empirisches Ergebnis sind letztlich vor allem Zahlen – über das konkrete Handeln der analytisch bestimmten Gruppen und ihre politische Verbindung lassen sich damit lediglich Erwartungen und theoretische Prämissen herleiten. Klassentheorie und Sozialstrukturanalyse bleiben darum „praktisch-politisch steril“, wie Helmut Steiner schreibt, solange sie sich in ihrer Strukturdimension erschöpfen und „konkretes gesellschaftliches Bewusstsein/Handeln als kollektive Subjekte und Akteure“ der Klassen nicht einbezogen werden (Steiner 2011, 23). Trotzdem bringen Klassenstrukturanalysen mehr hervor als nur „Klassen auf dem Papier“ (Bourdieu): von der empirischen Vermessung der Klassen selbst einmal abgesehen, besteht ihr Nutzen in der theoretischen Systematisierung strukturierender Momente von Klassenbeziehungen, und sie halten damit Faktoren der Klassenbildung und Abgrenzungskriterien fest, ohne die wiederum auch das Handeln und die politisch-ideologische Orientierung der Akteure innerhalb der Klassen nicht richtig verstanden werden können. Heißt: Ohne Rekurs auf sozioökonomische Gliederungsprinzipien und Kriterien zur Einteilung sozialer Klassen kommt auch die Analyse ihrer Formierung und des Handelns ihrer Mitglieder nicht weit. Der Fundus orthodox-marxistischer Klassenstrukturanalyse kann daher nicht einfach als theoretische Spielerei oder Unterbau einer angeblich „alten“ Klassenpolitik ad acta gelegt werden.

2.2 Klassenformierung und „praxeologische“ Klassentheorien

Vor allem in Absetzung vom kanonisierten Marxismus und als „ökonomistisch“ verengt kritisierten Strukturanalysen stellen „praxeologische“ Ansätze der Klassentheorie und -analyse das Handeln und die lebensweltlichen Verbindungslinien der Angehörigen sozialer Klassen ins Zentrum. Sie sind und verstehen sich daher nicht immer als genuin marxistisch, referieren aber auf die marxistische Debatte und geben wichtige Hinweise auf Momente der Klassenformierung.

Paradigmatisch für die „praxeologische“ Wendung marxistischer Klassentheorie steht Edward P. Thompsons monumentale Sozialgeschichte der „Entstehung der englischen Arbeiterklasse“ (1987), die den Klassenbegriff nicht als relationale Strukturkategorie, sondern primär als sozial-historisches Handlungsphänomen fasst: „Ich betrachte Klasse nicht als eine ‘Struktur’ oder gar als eine ‘Kategorie’, sondern als etwas, das sich unter Menschen, in ihren Beziehungen, abspielt“, schreibt er über seinen Ansatz (1987, 7). Klasse sei ein historisches Phänomen und impliziere den Begriff von „Beziehungen in ihrer Geschichtlichkeit“, die sich folglich nur als etwas Fließendes und eben nicht als feste Struktur und mit soziologischen Kategorien fassen ließe – selbst „ein noch so dichtes soziologisches Raster kann kein reines Exemplar von Klasse sichtbar machen“ (ebd.). Die praktische Geschichte sozialer Beziehungen gilt Thompson daher als Fliehpunkt auch des marxischen Klassenbegriffs: Die Annahme, „Klasse“ sei etwas „Konkretes, Reales“ finde sich in Marx’ historischen Schriften nicht, deswegen seien viele marxistische Analysen „aufgrund dieser falschen Interpretation“ unbrauchbar (Thompson 1987, 8). Den Klassenbegriff der marxistischen Orthodoxie kritisiert er für ein seiner Ansicht nach vulgäres und mechanisches Vorgehen:

„Sie’, die Arbeiterklasse, existiert, wie es dann heißt, tatsächlich, und man kann diese Existenz nahezu mathematisch definieren: soundso viele Menschen, die in einem bestimmten Verhältnis zu den Produktionsmitteln stehen. Wenn man von dieser Annahme ausgeht, lässt sich das Klassenbewusstsein ableiten, das ‘sie’ haben müsste (aber selten hat), wenn ‘sie’ sich ihrer eigenen Lage und ihrer wirklichen Interessen hinreichend bewusst wäre.“ (ebd.)

Reale Klassen würden sich stattdessen nur formieren, „wenn Menschen aufgrund gemeinsamer Erfahrungen [...] die Identität ihrer Interessen empfinden oder artikulieren, und zwar sowohl untereinander als auch gegenüber anderen, deren Interessen von ihren eigenen verschieden (und diesen gewöhnlich entgegengesetzt) sind“ (ebd.). Seinen Klassenbegriff hält er daher demonstrativ kurz: „Indem Menschen ihre eigene Geschichte leben, definieren sie Klasse, und dies ist letzten Endes die einzige Definition“ (Thompson 1987, 10). Der Umfang und Materialreichtum seiner Studie, die eine möglichst alltagsnahe Realgeschichte der britischen Arbeiterschaft versucht und etliche Momente der konkreten Formierung fasst, überrascht vor diesem Hintergrund kaum.

In der westdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung wurden nicht zuletzt die umfangreichen Arbeiten von Jürgen Kocka oder Hans-Ulrich Wehler von der „praxeologischen“ Analyse der Arbeiterbewegung inspiriert. Nicht alle Untersuchungen zu deren sozialhistorischer Formierung sind allerdings so rigoros mit dem marxistischen Klassenbegriff und der Analyse struktureller Faktoren ins Gericht gegangen: Im Lager des orthodoxen Marxismus hat sich etwa Jürgen Kuczynski (1962ff.) früh um eine umfangreiche Geschichte der deutschen Arbeiterschaft bemüht, auch Einzel- und Regionalstudien der DDR-Forschung haben die Verbindung ökonomisch-struktureller und realgeschichtlicher Faktoren versucht: Hartmut Zwahr beispielsweise hat die „Konstituierung des Proletariats als Klasse“ anhand der Leipziger

Arbeiterschaft untersucht und dabei ökonomische, soziale und politisch-ideologische Momente der Klassenformierung unterschieden (Zwahr 1978).

Distinktion als symbolische Ebene von Klassenverhältnissen wiederum steht im Zentrum der Arbeiten Pierre Bourdieus (1982; 1985), der sich allerdings explizit von der marxistischen Tradition absetzt (vgl. Bourdieu 1985, 9). Sein Interesse gilt der Homologie von sozialer Stellung, Lebensstil sowie Geschmacksurteilen und ihrer Reproduktion im Modus kultureller Auf- und Abwertung durch Distinktion. Dafür erweitert er seinen Begriff des „ökonomischen“ Kapitals, den er primär machttheoretisch und eher weberianisch als Ensemble von Marktchancen und Ressourcenausstattung fasst, um eine soziale, kulturelle sowie symbolische Dimension. Diese verschiedenen Kapitalien strukturieren für Bourdieu den sozialen Raum – er schreibt:

„Die soziale Stellung eines Akteurs ist folglich zu definieren anhand seiner Stellung innerhalb der einzelnen Felder, das heißt innerhalb der Verteilungsstruktur der in ihnen wirksamen Machtmittel: primär ökonomisches Kapital (in seinen diversen Arten), dann kulturelles und soziales Kapital, schließlich noch symbolisches Kapital als wahrgenommene und als legitim anerkannte Form der drei vorgenannten Kapitalien (gemeinhin als Prestige, Renommee, usw. bezeichnet).“ (Bourdieu 1985, 10f.)

Ausgehend davon ließen sich theoretische Klassen als „Ensembles von Akteuren mit ähnlichen Stellungen“ fassen, die „aller Voraussicht nach ähnliche Dispositionen und Interessen aufweisen“ würden (Bourdieu 1985, 12). Sie seien strenggenommen aber nur „wahrscheinliche“ und keine realen, praktisch mobilisierten Klassen. Vor diesem Hintergrund untersucht er Lebensstile, Geschmacksurteile und Formen der Aneignung kultureller und anderer Güter als Austragungsorte von Kämpfen um Distinktion (vgl. Bourdieu 1982, 405ff.). Unabhängig davon, ob man alle seine Annahmen und Bourdieus Interpretation marxistischer Theorie teilt oder nicht – auch Auseinandersetzungen um die „Legitimität“ von Geschmack, Moral oder Werturteilen werden so als symbolische Auseinandersetzungen im sozialen Raum zwischen herrschender und beherrschten Klassen gefasst und für eine Analyse ihrer Formierung fruchtbar gemacht. In der deutschsprachigen Debatte schließen insbesondere die Beiträge Michaels Vesters und seine Theorie sozialer Milieus an Thompson (Vester 1970) und vor allem Bourdieu an (Vester u.a. 1993; Vester 2018).

Die analytische Stärke „praxeologischer“ Beiträge, die Bedingungen der praktischen Klassenformierung untersuchen, liegt im Fokus auf mikrosoziale sowie konkrete historische Momente der Klassenbildung und praktische alltagsweltliche Erfahrungsmomente der Subjekte. Das oftmals feingliedrigere und mehrdimensionale Instrumentarium, das dadurch möglich wird, kann Klassen und Klassenverhältnisse samt ihrer Fraktionierung dort untersuchen helfen, wo rein politökonomische Strukturanalysen an ihre Grenzen stoßen. Das ist insbesondere wichtig, weil sich eine strukturanalytisch hergeleitete, gemeinsame Position im Sozialgefüge eben nicht ohne weiteres in konkrete subjektive Verbindungen und kollektives Klassenhandeln übersetzt – nicht die Einheit, sondern eher die Fragmentierung der Lohnabhängigen ist schließlich der Normalzustand (Deppe 1981). Sobald „praxeologische“ Klassentheorien bzw. Ansätze zur Untersuchung von Klassenformierung den Klassenbegriff allerdings nicht mehr auch als in Produktionsverhältnissen geerdeten Strukturbegriff verstehen und die Ebene von Handlung und Kultur gegenüber der Strukturebene hypostasieren, drohen mit dem Abschied von einem angeblich mechanisch und „ökonomistisch“ vereinfachten Klassenbegriff das Ausbeutungsverhältnis als wesentliches dynamisches Moment der Klassenstruktur und auch ihr Wandel aus dem Blick zu geraten. So merkt Max Koch an, dass Bourdieus Begriff des ökonomischen Kapitals auf der Ebene der Zirkulation verbleibe, womit die Produktionsverhältnisse und auch der Klassenbegriff als soziales Verhältnis aus dem Blick gerieten

(vgl. Koch 1998, 105); und ebenso kann Thompsons Historisierung des Klassenbegriffs als latente praxeologische Verkürzung und – salopp gesagt – schlechtes Gegenteil strukturalistischer Marx-Interpretationen begriffen werden (kritisch in diesem Zusammenhang: Vester 1980). In Folge dessen droht dann auch Klassenanalyse zwar detailreicher, aber letztlich kulturalistisch verengt und vor allem nicht minder deskriptiv und statisch als die „ökonomistische“ zu bleiben, weil sie das dynamische Moment in der Veränderung der Klassenverhältnisse theoretisch ausklammert. Kurzum: Für eine empirisch tragfähige Klassenanalyse ist die Analyse von realem Handeln, von Erfahrung und Bedingungen der Klassenformierung unerlässlich. Wird sie allerdings auf die Untersuchung der „feinen“ Unterschiede verengt und die Dynamik der „grobten“ vergessen, schüttet sie das Kind mit dem Bade aus, bleibt theoretisch statisch und verliert letztlich auch den Ausbeutungs- und Herrschaftscharakter der Klassenbeziehungen aus dem Blick.

2.3 Neue Herausforderungen

Soweit dieser Fundus den Klassenbegriff theoretisch zu unterfüttern hilft und wichtige Hinweise zur Abgrenzung und Bildung von Klassen sowie zu deren empirischer Analyse gibt, wäre er heute also neu zu erschließen und mit Blick auf heutige Fragestellungen aufzuarbeiten. Insbesondere die unproduktive Gegenüberstellung von Struktur- sowie Handlungsmomenten wäre dabei aufzuheben. Zugleich liegt auf der Hand, dass neue gesellschaftliche Konstellationen einbezogen werden müssen (Boris 2013). Dazu zählen etwa die Frage nach transnationalen Klassen (siehe zum Beispiel die Arbeiten von Kees Van Der Pijl oder Michael Hartmann) und die Klassendifferenzierung in globalen Wertschöpfungsketten (Bernhold 2019), Finanzialisierung, sektoraler Wandel und Prekarisierung (Castel/Dörre 2009) und der Wandel der Wohlfahrtsstaatlichkeit ebenso wie Naturverhältnisse (Stache 2017), Geschlechterverhältnisse (Fraser u.a. 2019) oder Migration und Rassismus (siehe den Beitrag von Bafta Sarbo und Eleonora Roldán Mendivil in diesem Band) – um nur die offensichtlichsten zu nennen.

Vor allem müssen sich Klassenanalysen aber empirisch beweisen und reale Gruppenbildungs- und Spaltungsprozesse der Gesellschaft erklären helfen. Einen thesenartigen Aufschlag zur Verbindung verschiedener klassenbildender Kausalmechanismen, der sechs Elemente der Klassenbildung zählt, hat deshalb Klaus Dörre vorgelegt (u.a. Dörre 2019, 15f.). Klassenbildend seien vor allem Mechanismen, die soziale Großgruppen vertikal zueinander in Beziehung setzten, wohingegen horizontal wirkende Mechanismen eher Klassenfraktionen hervorbringen würden. Die konkreten Wechselbeziehungen der Mechanismen, so Dörre, seien allerdings historisch variabel und bedürften weiterer Diskussion. Provokant ist dabei insbesondere seine These, dass heute mehrere Klassen von Lohnabhängigen existierten, von einer großen, aber intern fragmentierten Klasse der Lohnabhängigen also nicht mehr die Rede sein könne (Dörre 2019, 28f.). Diese These bliebe zu überprüfen, sie provoziert allerdings zur präzisen und an der empirischen Tragfähigkeit orientierten Auseinandersetzung mit Mechanismen der Fraktionierung und Bildung von Klassen. Auch dort, wo entsprechende Kritik formuliert wird (Goes 2019, 82f.), fehlt bislang ein operationalisierbares Modell zur Vermessung und konkreten Analyse der bundesdeutschen Klassenstruktur (vgl. Goes 2019, 84ff.). Diese muss aber der Fliehpunkt der wissenschaftlichen Debatte sein und beispielsweise Auf- und Abstiegsprozesse verschiedener Segmente von Lohnabhängigen samt ihrer sozialen und kulturellen Polarisierung erklären helfen, soll sie Bestand haben und gegenüber den eingangs genannten kulturalisierenden Klassentheorien satisfaktionsfähig

sein. In diesem Sinne besteht hier nicht nur Anlass zur produktiven Kontroverse, sondern vor allem Forschungsbedarf.

3. Der Nutzen marxistischer Klassentheorie

Nicht nur mit Blick auf die neuere Klassendiskussion hilft der Fundus marxistischer bzw. marxistisch-inspirierter Klassenanalysen also, den Klassenbegriff und das, was er abbilden soll, klarer zu fassen:

Erstens gibt der marxistische Klassenbegriff vergleichsweise präzise theoretische Auskunft über den Zusammenhang von Ökonomie, Klassenbildung und Klassenstruktur: Soziale Klassen und ihr Verhältnis gehen für Marx und Engels wesentlich aus der Organisation der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion hervor und werden durch diese auch bestimmt. Dies weist ihn als relationalen und gesellschaftstheoretischen Begriff aus, der die Existenz und Bildung von Klassen in der Entwicklung von Gesellschaft, Arbeit und sozialen Verkehrsformen erdet. Die Veränderungen der Sozial- und Berufsstruktur sowie die gesellschaftliche Arbeitsteilung werden dementsprechend nicht aus sich selbst heraus, sondern aus den Produktionsverhältnissen und Erfordernissen ihrer Aneignungsbeziehung erklärt (und nicht nur beschrieben).

Insofern Ausbeutung dabei als zentrales vermittelndes Moment der Klassenverhältnisse gefasst wird, benennt er *zweitens* auch einen klaren Dreh- und Angelpunkt der Klassenbeziehung und kann somit den Ort angeben, auf den hin die soziale Ordnung der Aneignungsbeziehungen ökonomisch, politisch und kulturell gravitiert. Auch weil der marxistische Klassenbegriff zugleich Momente einer Theorie des Sozialkonflikts enthält, hilft er darüber hinaus *drittens*, das konfliktive Verhältnis der Klassen sowie den konkreten Inhalt ihrer Konflikte klarer zu bestimmen und zu verstehen, was diese nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, wissenschaftlich oder kulturell austragen – dies bleibt in vielen aktuelleren Beiträgen zu Klassenpolitik und soziologischer Klassentheorie nämlich unklar. Anders als etwa viele Schicht- oder Milieubegriffe kann er damit *viertens* auch die Dynamik im Verhältnis der Klassen sowie sozialen Wandel empirisch-theoretisch erfassen und erklären sowie das zentrale Movens der Veränderung benennen, statt den Wandel nur zu beschreiben.

Zusätzlich finden sich in der Tradition marxistischer oder marxistisch-inspirierter Klassenanalysen *fünftens* nicht nur eine Vielzahl von Hinweisen auf Momente der Klassenbildung – sondern zugleich Versuche, diese zu systematisieren, um beispielsweise Struktur-, Handlungs- und kulturelle Momente der Klassenbildung und -fragmentierung unterscheiden zu können. Es ist gerade eine solche systematische Verknüpfung von Momenten der Klassenformierung, die in der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Debatte oft fehlt.

Zu guter Letzt muss der marxistische Klassenbegriff *sechstens* als revolutionärer politischer Strategiebegriff verstanden werden, der eine Reihe zentraler Koordinaten und Hinweise für die Diskussion über linke Strategiebildung an die Hand gibt. Insofern die neuere Diskussion über Klassenpolitik auch die Krise einer Linken markiert, deren in weiten Teilen auf einem unbestimmten Nebeneinander liberaler Anerkennungs-, Repräsentations- und Antidiskriminierungspolitiken gegründete Agenda gegenüber dem real existierenden Kapitalismus und seiner Tendenz zur Vereinnahmung subversiver Impulse unfähig zur Opposition geworden ist, gibt der Klassenbegriff entscheidende Hinweise, auf welcher Grundlage zentrale gesellschaftliche Widerspruchsfelder wieder kritisch und wirklich progressiv politisiert werden können.

In diesem Sinne bleibt die wissenschaftliche Analyse und Kritik der Gesellschaft und ihrer ökonomischen Verkehrsformen auch nach Karl Marx' 200. Geburtstag aktuell und relevant. Nur darf dabei nicht vergessen werden, dass der marxische Klassenbegriff nicht einfach ein gesellschafts*theoretischer*, sondern ein gesellschafts*kritischer* ist. Sein kritischer Gehalt besteht in der Aufklärung über die Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen, die der Gesellschaft zugrunde liegen und sie bestimmen. In diesem Sinne gilt: Klassenanalyse nach Marx ist und bleibt Gesellschaftskritik – und dies zwingt auch die Forschenden zur Stellungnahme, welchen Zielen und wessen Interessen sie verpflichtet sein soll.

Literatur

- Arruzza, Cinzia u.a. (2019): *Feminism for the 99 %*, London/New York.
- Baron, Christian (2016): *Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*, Berlin.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M.
- Bernhold, Christin (2019): *Upgrading and Uneven Development. On Corporate Strategies and Class Dynamics in Argentinian Grain and Oilseed Value Chains*. Dissertation, Universität Zürich.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2019): *Berliner Republik: eine Klassengesellschaft. Soziale Spaltungen, Wut auf das Establishment und rechte Ressentiments*, Hamburg.
- Boris, Dieter (2013): *Langfristige Trends der Sozialstrukturentwicklung als Hintergrund der Intelligenzanalyse (Thesen)*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 93, 19-26.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M.
- (1985): *Sozialer Raum und 'Klassen'. Leçon sur la leçon*, Frankfurt/M.
- Butterwege, Christoph (2020): *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Weinheim.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.) (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M./New York.
- Dahrendorf, Ralf (1957): *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*, Stuttgart.
- Demirović, Alex (2005): *Die Konflikttheorie von Karl Marx*, in: Thorsten Bonacker (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, 3. Auflage, Wiesbaden, 47-64.
- Deppe, Frank (1981): *Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse*, Marburg.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2019): *Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch*. DIW Wochenbericht 40/2019, Berlin, 735-745.
- (2020): *MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen*. DIW Wochenbericht 29/20, Berlin, 511-521.
- Dörre, Klaus (2018): *Demokratische Klassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus*, in: Christoph Butterwege u.a. (Hg.), *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim, 120-143.
- (2019): *Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik*, in: Mario Candéias u.a., *Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse 2*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte, Neue Folge, 23, Berlin, 11-56.
- Edelman Intelligence (2020): *Vertrauen in Schiefelage: Trotz leichter Erholung schauen die Deutschen pessimistisch in die Zukunft (Pressemitteilung)*. URL: <https://www.edelman.de/newsroom/edelman-trust-barometer-2020-pressemitteilung> (Abruf: 1.3.2020).
- Engels, Friedrich (1963 [1845]): *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, in: MEW 2, 225–506.
- (1963 [1890]): *Brief an Joseph Bloch, 21./22. September 1890*, in: MEW 37, 462–465.

- (1963 [1875]): Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, in: MEW 18, 512–517.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin.
- Ernaux, Annie (2019): Der Platz, Berlin.
- Friedrich, Sebastian/analyse & kritik (Hg.) (2018): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin.
- Goes, Thomas E. (2019): Klassen im Kampf. Vorschläge für eine populäre Linke, Köln.
- Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF) (1973): Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970. Theorie, Diskussion, Sozialstatistische Analyse. 3 Bände, Essen.
- Koch, Max (1998): Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster.
- Krüger, Stephan (2017): Soziale Ungleichheit. Private Vermögensbildung, sozialstaatliche Umverteilung und Klassenstruktur. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 5, Hamburg.
- Kuczynski, Jürgen (1962ff.): Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. 40 Bände, Berlin.
- Leisewitz, André (1977): Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute, Frankfurt/M.
- Lieberam, Ekkehard/Miehe, Jörg (Hg.) (2011): Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter, Bonn.
- Marx, Karl (1963 [1849]): Lohnarbeit und Kapital, in: MEW 6, 397–423.
- (1963 [1852]): Brief an Joseph Weydemeyer, 5. März 1852, in: MEW 28, 503–508.
- (1963 [1852]): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, 111–207.
- (1963 [1859]): Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW 13, 3–11.
- (1963 [1865]): Lohn, Preis und Profit, in: MEW 16, 101–152.
- (1963 [1867]): Das Kapital, Bd. 1, MEW 23.
- (1963 [1885]): Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, 63–182.
- (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses [Resultate], Frankfurt/M.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1963 [1845]): Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, in: MEW 2, 3–223.
- Mauke, Michael (1970): Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt/M.
- Miehe, Jörg (2011): „Zur Struktur der Erwerbstätigkeit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der BRD von 1957/1970 bis 2005“, in: Ekkehard Lieberam/Jörg Miehe, Jörg (Hg.), Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter, Bonn, 81–159.
- (2017): Vom Schwinden der Arbeiterklasse. Zur Struktur der Erwerbstätigkeit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der BRD von 1957/1970 bis 2005/2008, Berlin.
- Projekt Klassenanalyse (PKA) (1973): Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Berlin (West).
- Reckwitz, Andreas (2019): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.
- Riexinger, Bernd (2018): Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg.
- Stache, Christian (2017): Kapitalismus und Naturzerstörung. Zur kritischen Theorie des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, Opladen u.a.
- Steiner, Helmut (2008): „Klassenanalyse“, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/I, Hamburg, 776–786.
- (2011): „Probleme der wissenschaftlichen Analyse gesellschaftlicher Klassen – Zwölf Thesen“, in: Ekkehard Lieberam/Jörg Miehe (Hg.), Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter, Bonn, 17–24.
- Thien, Hans-Günter (2018): Die verlorene Klasse. ArbeiterInnen in Deutschland, Münster.
- Thompson, Edward P. (1987 [1968]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt/M.
- Vance, James David (2016): Hillbilly Elegy: A Memoir of a Family and Culture in Crisis, New York.
- Vester, Michael (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess, Frankfurt/M.

- (1980): Edward Thompson und die ‘Krise des Marxismus’, in: E.P. Thompson, *Das Elend der Theorie*, Frankfurt/Main, 13-38.
- (2018): Milieu, soziales, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 9/I, Hamburg, 890–910.
- u.a. (1993): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Köln.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, III. Band, München.
- Williams, Joan C. (2017): *White Working Class. Overcoming Class Cluelessness in America*, Massachusetts.
- Wright, Erik Olin (1997): *Class Counts*, Cambridge.
- (2005): *Foundations of a neo-Marxist Class Analysis*, in: ders. (Hg.), *Approaches to Class Analysis*, Cambridge, 4-30.
- Zeitschrift Luxemburg* (2017): *Neue Klassenpolitik*, Sonderausgabe, Berlin.
- Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (2018): Ausgabe „*Neue Klassendiskussion*“, Frankfurt/Main.
- Zwahr, Helmut (1978): *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse*, Berlin.

Helmut Dahmer

Freud, Marx und das Problem der „Mentalität(en)“

1. Schicksale zweier „kritischer Theorien“

1.1 Soziologie und Psychologie

Der Antagonismus zwischen den vereinzelt Einzelnen und den Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft hat zur Ausbildung zweier „traditioneller“ Theorien – Soziologie und Psychologie – geführt, die sich voneinander abgrenzen und miteinander konkurrieren. In gleicher Weise steht der (vorwiegend) auf die ökonomisch-politischen Verhältnisse gerichteten Kritik die Kritik der im Rahmen jener Verhältnisse ausgebildeten seelischen Ökonomie der vielen Einzelnen gegenüber. Vergegenwärtigen wir uns die konträren Ausgangspunkte. Marx schrieb im Vorwort zum *Kapital*:

„Die Wertform, deren fertige Gestalt die Geldform, ist sehr inhaltslos und einfach. Dennoch hat der Menschengestalt sie seit mehr als 2000 Jahren vergeblich zu ergründen gesucht [...]. Warum? Weil der ausgebildete Körper leichter zu studieren ist als die Körperzelle. Bei der Analyse der ökonomischen Formen kann außerdem weder das Mikroskop dienen, noch chemische Reagentien. Die Abstraktionskraft muß beide ersetzen. Für die bürgerliche Gesellschaft ist aber die Warenform des Arbeitsprodukts oder die Wertform der Ware die ökonomische Zellenform. [...] es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen [...]. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ (MEW 23, 11f, 15f.)

Der Vormacht und Prägekraft der „Verhältnisse“, die Marx hier – im Hinblick auf die bisherigen Formen der Vergesellschaftung – konstatiert, entspricht in Sigmund Freuds Kulturtheorie die weitgehende Einbindung der Individuen in „Massen“: „Jeder Einzelne ist ein Bestandteil von vielen Massen, durch Identifizierung vielseitig gebunden [...]. Jeder Einzelne hat so Anteil an vielen Massenseelen, an der seiner Rasse, des Standes, der Glaubensgemeinschaft, der Staatlichkeit usw. und kann sich darüber hinaus zu einem Stückchen Selbständigkeit und Originalität erheben“ (Freud 1921, 144).

Und nun zu Freuds Ausgangsproblem:

„Auf den folgenden Blättern werde ich den Nachweis erbringen, daß es eine psychologische Technik gibt, welche gestattet, Träume zu deuten, und daß bei Anwendung dieses Verfahrens jeder Traum sich als ein sinnvolles psychisches Gebilde herausstellt, welches an angebbarer Stelle in das seelische Treiben des Wachens einzureihen ist. Ich werde ferner versuchen, die Vorgänge klarzulegen, von denen die Fremdartigkeit und Unkenntlichkeit des Traumes herrührt, und aus ihnen einen Rückschluß auf die Natur der psychischen Kräfte ziehen, aus deren Zusammen- oder Gegeneinanderwirken der Traum hervorgeht. [...] Das wissenschaftliche Verständnis des Traumes ist [...] trotz mehrtausendjähriger Bemühung sehr wenig weit gediehen.“ (Freud 1900, 1)

In seiner „Vorbemerkung“ zur „Traumdeutung“ (a.a.O., VII) betonte Freud den „theoretische[n] Wert [des Traums] als Paradigma“: „wer sich die Entstehung der Traumbilder nicht zu erklären weiß, wird sich auch um das Verständnis der Phobien, Zwangs- und Wahnideen, eventuell um deren therapeutische Beeinflussung vergeblich bemühen.“

Die marxische Theorie hat es weder mit Traumanalysen, noch mit Neurosen zu tun, und die freudsche weiß nichts von Wertformanalyse oder Bonapartismus. Beider Perspektiven und Begrifflichkeiten sind einander fremd und lassen sich nicht integrieren.

„Die soziologische Analyse vergißt allzu leicht, daß die Entfremdung zwischen den verschiedenen Zweigen der Sozialwissenschaft der Wirklichkeit [in]soweit entspricht, als sie die wirkliche gesellschaftliche Entfremdung widerspiegelt. Es ist deshalb sinnvoller, Analysen innerhalb der traditionellen Disziplinen zu vertiefen, bis transparente Resultate mit Blick auf die gesellschaftliche Totalität hervortreten, statt Konzepte einzuführen, die allzu umstandslos von dieser Totalität abgeleitet wurden“ (Adorno 1947, 53).

Entsprechend schrieben Horkheimer und Adorno zehn Jahre später (1957, 18): „Darum scheint uns weniger eine Synthese aus Soziologie und Psychologie an der Zeit, als die insistente[,] aber getrennte Arbeit in beiden Bereichen.“ Will man die Sphinxrätsel der Gegenwart lösen, muss man beide Kritiken und ihre Resultate gegeneinander führen, sie gegeneinander ausspielen. Ulrich Sonnemann formulierte das sachhaltig:

„Marxismus und Psychoanalyse zusammenfügen, wie sie sind, heiße, synkretistisch beider Blindheiten für die Sache des je ändern zusammenfügen. Dass die Psychoanalyse an einem Moment von Gesellschaftlichkeit scheitert, deren pionierhafte Theorie ihrerseits an einem von Innerlichkeit scheitert, heißt, dass sie füreinander nicht positive Komplemente sein können, sondern ihre gegenseitigen kritischen Regulative sie vorantreibende Negationen sind.“ (Sonnemann 1970, 215; vgl. dazu auch Sonnemann 1969, 15 und 87.)

1.2 *Marxsche und freudsche Kritik*

Im Unterschied zu den technisch orientierten Naturwissenschaften und den hermeneutisch orientierten Geisteswissenschaften ist das „Objekt“ der beiden Kritiken ein verkapptes virtuelles Subjekt, das in reflexiven Dialogen zu sich kommen, erwachen, die Autorschaft seines Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung wiedergewinnen (oder erstmals erlangen) kann. Freuds und Marxens Kritiken sind, auch wo sie, an Pseudonatur orientiert, quasi-szientistisch (oder „technisch“) ansetzen, doch Subjekt-, nicht Objektwissenschaften, mit Nietzsche (1882; 1887) zu sprechen: nicht Natur-, sondern „unnatürliche Wissenschaften“:

„Das Bekannte ist das Gewohnte; und das Gewohnte ist am schwersten zu ‘erkennen’, das heisst als fremd, als fern, als ‘ausser uns’ zu sehn... Die grosse Sicherheit der natürlichen Wissenschaften im Verhältnis zur Psychologie und Kritik der Bewusstseins-Elemente – *unnatürlichen* Wissenschaften, wie man beinahe sagen dürfte – ruht gerade darauf, dass sie das *Fremde* als Objekt nehmen; während es fast etwas Widerspruchsvolles und Widersinniges ist, das Nicht-Fremde überhaupt als Objekt nehmen zu *wollen* ...“. (Nietzsche 1882; 1887, Aph. 355, „Der Ursprung unsres Begriffs ‘Erkenntnis’“, 594 f.)

Ziel der Kritik ist ja nicht eine Steigerung der Natur- und Menschenbeherrschung, sondern die genealogische Entzauberung pseudonaturlicher Institutionen zum Zwecke ihrer Revision oder Auflösung. Dem zweideutigen Charakter ihres „Objekts“ entspricht methodologisch das Alternieren zwischen „Erklären“ und „Verstehen“. Das Erklären ist, ob es um Neurosen oder um Gesellschaftsformen geht, nur Substitut und Platzhalter des Verstehens, sofern ein direktes Verständnis des ebenso fraglichen wie bedrohlichen Phänomens aktuell (noch) nicht möglich

ist. Die möglicherweise gefundene, erklärende Hypothese dient direkt einer rekonstruktiven Aufklärung der Genese des rätselhaften Phänomens, indirekt der Orientierung des Rätsellösers in seiner Gegenwart. Die Neurosentheorie leitet die Deutung der Einfälle, Träume, Verhaltensweisen und Affektstürme des Patienten, der im „therapeutischen“ Prozess zum Historiker seiner Lebensgeschichte werden kann. Die marxischen Rekonstruktionen der Gesellschaftsformen, „die der kapitalistischen vorhergehen“ (Marx 1857, 383-421), dienen der Herausarbeitung der Spezifik sowohl jener älteren Formationen als auch derjenigen der „letzten“, der bürgerlichen Form von Klassenherrschaft, in der eine revolutionsfähige, internationale Klasse „freier“ Lohnarbeiter sich herausbildet, die, wenn es gutgeht, imstande ist, Klassenkampf und Repressionsstaat abzuschaffen. Von der historisch weit zurückreichenden und noch immer andauernden Geschichte der Klassenkämpfe – die von Sklaverei zu „Lohnsklaverei“ geführt hat – spricht Marx als von der „Vorgeschichte“ der Menschheit, in der die kommende, eigentliche, sich vorbereitet. Schildert er sozialhistorische Prozesse, macht er von Naturkategorien ironischen Gebrauch. Noch gleicht die menschliche Geschichte, was immer die Beteiligten darüber denken, einem Naturprozess und kann folglich auch (fatalistisch) wie ein solcher beschrieben werden. Doch in eben diesem Prozess, ihrer Gewalt- und Leidensgeschichte, kommt, Marx zufolge, die Gattung (in Gestalt der „letzten“ Klasse) der Möglichkeit nach auch zu sich, entringt sich bloßer „Naturwüchsigkeit“, und das heißt, dass es eines Tages den vergesellschafteten Individuen nicht mehr ausschließlich um die Plackerei der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, das eigene Überleben und das Übervorteilen anderer gehen muss.

Max Horkheimer schrieb (im Unheilsjahr 1937), die „kritische Theorie“ entspringe „ein[em] menschliche[n] Verhalten, das die Gesellschaft selbst zu seinem Gegenstand hat. Es ist nicht nur darauf gerichtet, irgendwelche Mißstände abzustellen, diese erscheinen ihm vielmehr als notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft.“ Darum habe die Kritik „die Veränderung des Ganzen zum Ziel“ (Horkheimer 1937a, 180 und 182). Dies Ganze der indirekten, also der Vergesellschaftung über Geld und Markt – kurz: der „Markvergesellschaftung“ (Weber 1922, 382-385) –, also die Totalität des (weltumspannenden) Kapitalismus, ist natürlich eben dasselbe Ganze, das Freud unter dem Namen der „Kultur“ visierte, freilich aus einer anderen Perspektive, nämlich von ihrem „Seelenende“ her (Freud), also ausgehend von der psychischen Ökonomie der „vereinzelt einzelnen“ (Marx 1857, 20). Freud schrieb an seinen Freund Wilhelm Fliess (am 15.10.1897):

„Was ich Dir vom Seelenende dieser Welt erzähle, findet in Dir einen verständnisvollen Kritiker, und was Du mir von ihrem Sternenende mitteilst, weckt in mir nur unfruchtbares Staunen“ (Freud 1887-1894, 294).

Horkheimer (1937a, 181) verknüpfte nun beide, marxische und freudsche Kritik: „Der zwiespältige Charakter des gesellschaftlichen Ganzen in seiner aktuellen Gestalt entwickelt sich bei den Subjekten des kritischen Verhaltens zum bewussten Widerspruch.“ In einem „Nachtrag“ betonte er den „philosophische[n] Charakter der kritischen Theorie“ – sie ist auch „als Kritik der Ökonomie philosophisch geblieben“ (1937b, 220) –, was er zunächst nur durch Verweise auf Fichte und Hegel verdeutlichte. Das kritische Verfahren selbst wurde nicht näher erläutert; hier genügte Horkheimer der Verweis auf Marxens „Kritik der politischen Ökonomie“. Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte dann Karl Korsch, der zu den Initiatoren des „Instituts für Sozialforschung“ gehört hatte und mit Horkheimer auch in ihren Emigrationsjahren in Verbindung blieb, seine bedeutende Marx-Interpretation, zu deren Vorarbeiten auch ein Text über die marxische Methode

der Kritik¹ gehörte. Korsch schrieb (1938, 220 ff.), in Marx' *Kapital* sei weder die „transzendente“ (also die eher politische Kritik „von außen“), noch die „immanente“ Kritik – die die inneren Widersprüche der (vor Marx entwickelten) Theorien über den Mehrwert aufdeckte – entscheidend. Marx kombiniere zwar diese Verfahren, das Entscheidende sei für ihn aber eine dritte Form von Kritik, die „transzendente“ (oder soziologische), die nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen der Möglichkeit oder Unmöglichkeit bestimmter Fragestellungen und Lösungsvorschläge fragt.

Freud wandelte sich im Zuge seiner Aufklärung der psychischen Störungen vom Typus der Hysterie und der Obsession (die nicht der ersten, sondern der zweiten Natur zugehören, nämlich „soziale Leiden“ sind) unvermerkt von einem Objekt- zu einem Subjektwissenschaftler (Ferenczi 1908, 22, und 1928, 426). Er erneuerte in seiner Kritik psychischer und gesellschaftlicher Institutionen die Dialektik von Amnesie und Anamnese, mit der er in seiner Jugend durch die Lektüre der Feuerbachschen Kritik der Hegel-Schellingschen Philosophie bekannt geworden war. (Freud las u. a. Karl Grün's 1874 erschienene Feuerbach-Monographie.) Zumeist identifizierte Freud erste und zweite Natur und berief sich auf die zweite unter dem Namen der ersten. Dementsprechend hielt er (1933, 194) die Soziologie für angewandte Psychologie und die Psychologie – gerade auch die von ihm entwickelte Psychoanalyse – für eine Naturwissenschaft (1940, 80). Die Zweideutigkeit seines (pseudonaturlichen) „Objekts“ schlug sich in Freuds Texten nieder, in denen die Sprache der Hegel und Schelling der physiologisch-physikalistischen der Helmholtz-Schule opponiert (also, zum Beispiel, die – größtenteils unbewusste – „Seele“ auch als „Reizbewältigungsapparat“ figuriert und umgekehrt).

Freuds Therapeutik ist eine spezielle Gestalt der nachhegelschen (nachmetaphysischen) Philosophie – und zwar eine Rätsellösungskunst. Die Rätsel, mit denen sie es zu tun hat, sind solche der Lebens- und Kulturgeschichte. Rätselhaft sind biographisch und sozialhistorisch konstituierte Institutionen (sei es eine Obsession, sei es ein Gefängnis): allesamt Produkte der Lebensnot, nicht des freien Willens, freier Vereinbarung oder Planung. Der ihnen apologetisch zugesprochene „Sinn“ verdeckt ihre verborgene, wandelbare, stets erst wieder aufzudeckende Funktion. Unfrei vergesellschaftete, ihrer selbst nicht mächtige Subjekte haben in der Vergangenheit kollektive Institutionen (wie die Familie, das Privateigentum, den Staat und die Religion...) hervorgebracht und reproduzieren sie in der Gegenwart. Diese gesellschaftlichen Institutionen bilden den Rahmen von Lebensgeschichten, deren Kalamität die Individuen zu jenen privaten Reaktionsbildungen und Kapitulationen nötigt, die wir Neurosen und Psychosen nennen. Für die kollektiven wie für die privaten Institutionen gilt, dass sie bewusstlos oder in „falschem“ Bewusstsein gebildet und tradiert werden, dass ihren Produzenten die ihnen aufgedrungene Autor- und Trägerschaft „substantiell“ geworden ist, sie ihrer nicht (mehr) inne sind. Aus dieser „Selbst“-Vergessenheit entspringt die Ohnmacht der Lebenden im Verhältnis zu den sie beherrschenden, überkommenen – oft längst obsolet gewordenen – Institutionen. Sie erscheinen ihnen als schlechthin lebensnotwendig und werden darum mit „Natur“ verwechselt. Der Naturschein, mit dem ihre Träger noch die absurdesten Institutionen und die grausamsten Riten umkleiden, entzieht diese lange Zeit jeder Kritik und damit einer möglichen Revision. Er fungiert als die Gloriole dessen, was vermeintlich immer schon so war, wie es ist und bleiben soll. Doch gehen die menschlichen Subjekte in ihren

1 Zu Adornos Adoption (und Modifikation) des freudschen kritischen Deutungsverfahrens vgl. Wussow 2007.

Produktionen und Objektivationen nie restlos auf, so wenig die von ihnen in der Arbeit vieler Generationen hergestellte künstliche „zweite Natur“ (ihr Habitat) je ohne die „erste“, ihre Voraussetzung und ihr Material, bestehen kann. Als „nicht festgestellte Tiere“ (Nietzsche 1886, 81; Aph. 62) verfügen Menschen über „luxurierende“ Antriebs- und Wunschennergien, die sie in den unabschließbaren Geschichtsprozess der Welt- und Selbstveränderung verwickeln und sie auch stets wieder zu neuen Götzendämmerungen und institutionellen Innovationen motivieren. Die freudsche Kritik der bestehenden Kultur und die (einige Jahrzehnte zuvor formulierte) marxische Kritik ihrer politischen Ökonomie waren Reaktionen auf die katastrophische Entwicklung der kapitalistischen Weltgesellschaft – auf den langfristigen Enteignungsprozess, in dem die große Mehrheit der Erdbevölkerung in ein Heer von „Abhängigen“ (mit oder ohne Beschäftigung) verwandelt wird und viele Millionen von ihnen periodisch in Vernichtungskriegen dem Kampf um Privilegien, Ressourcen und Einflusszonen aufgeopfert werden. Beide Kritiken entstanden – wie Nietzsches „Genealogie“ der Moral und der Erkenntnis – auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Sackgasse, auf der Suche nach einem neuen, andersartigen Entwicklungspfad. Um aus dem aktuellen „Gehäuse der Hörigkeit“ (Weber 1918, 332f.) und aus der langen „Vorgeschichte“ (Marx) der Klassengesellschaften auszubrechen und eine andersartige (die „eigentliche“) Geschichte zu beginnen, bedarf es einer *besonderen*, kritischen Wissenschaft, die überkommene Zwangsverhältnisse aufklärt und ihre Auflösung theoretisch vorbereitet.

1.3 Reduktion der Psychoanalyse

Freud übergab die Psychoanalyse, eine durch Selbstreflexion und historische beziehungsweise biographische Rekonstruktionen vermittelte Institutionenkritik, seinen Anhängern und dem Publikum in larvierter Gestalt: nicht als eine Kritik von Pseudonatur, sondern als eine Spielart von „Naturwissenschaft“. Seine neue Psychologie verdankte sich der Suche nach einem Ausweg aus dem Desaster der Gegenwartskultur.

„Die Schicksalsfrage der Menschenart scheint mir zu sein, ob und in welchem Maße es ihrer Kultur-entwicklung gelingen wird, der Störung des Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden. [...] Die Menschen haben es jetzt in der Beherrschung der Naturkräfte so weit gebracht, daß sie es mit deren Hilfe leicht haben, einander bis auf den letzten Mann auszurotten. Sie wissen das, daher ein gut Stück ihrer gegenwärtigen Unruhe, ihres Unglücks, ihrer Angststimmung“ (Freud 1930, 506).

Dieser Impuls lag auch den zwischen 1900 und 1920 veröffentlichten „metapsychologischen“ und behandlungs-„technischen“ Schriften zugrunde, doch blieb Freuds Kulturkritik – abgesehen von *Totem und Tabu* (1912/13) und einigen kleineren Arbeiten – lange Zeit eher implizit. Seine „Metapsychologie“ erwuchs aus Annahmen über Struktur und Funktionsweise des seelischen „Reizbewältigungsapparates“, zu denen Freud sich bei der Entwicklung seiner Neurosen-therapie und bei dem Versuch, die Bedeutung von Träumen zu entschlüsseln, gedrängt sah. Bei dieser Metapsychologie-Metaphysik handelte es sich um eine entzauberte Version der Philosophie seiner Vorläufer und „Unglaubensgenossen“ Baruch de Spinoza und Ludwig Feuerbach, also um eine „Immanenzphilosophie“ ohne Gott und ohne Naturvergottung, ohne den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele und an ein Jenseits. Für die Freud-Schüler und das Publikum verstand sich die Verschränkung der psychoanalytischen Therapie mit der Metapsychologie – und beider mit der kritischen Theorie der Kultur – keineswegs von selbst. Der Zusammenhang der freudschen

Lehren schien problematisch, und die Ärzte, die sich zu Freud bekannten, interessierten sich in erster Linie für seine neue psychotherapeutische Technik. Als bald tauschten Grundlegung und Anwendung der Psychoanalyse die Plätze. Die „Technik“ erschien als das entscheidend Neue, ihre Begründung und Rechtfertigung hingegen als ein Sekundäres. Die sperrige, in sich widersprüchliche, darum wissenschaftlich „problematische“ Metapsychologie stand zur „Verwissenschaftlichung“ an. Heinz Hartmann (1927) reformulierte die Grundlagen der Psychoanalyse im Sinne der damals an deutschen Universitäten vorherrschenden Mandarin-Ideologie des Neukantianismus (vgl. dazu Ringer 1969): Die Psychoanalyse solle sich – wie jede Wissenschaft – auf die Rationalisierung von Mitteln zu jeweils vorgegebenen Zwecken beschränken, über deren Vernunft oder Unvernunft wissenschaftlich nicht zu befinden sei. Carl Müller-Braunschweig zog 1933 daraus die Konsequenz, man könne die psychoanalytische Kur, die er den neuen Herren als eine Ertüchtigungstechnik anpries, ohne weiteres auch in den Dienst der völkischen „Revolution“ stellen (vgl. Dahmer 1983). So wurde Freuds kritische Theorie auf eine affirmative Psychotechnik reduziert. Seine Kulturkritik, die Grundlage der Therapie, geriet in Vergessenheit, obwohl die in den Jahren 1920–1939 veröffentlichten Schriften Freuds im wesentlichen deren Explikation galten. Freuds Metapsychologie und Kulturtheorie dienten der Selbstvergewisserung; sie ermöglichten es ihm, den historischen Ort seines Projekts zu bestimmen und sich über die Möglichkeiten und Grenzen der Therapie und der psychologischen Deutung gesellschaftlicher Institutionen klar zu werden. Dieser „Überbau“ der Psychotherapie – bei dem es sich in Wahrheit eher um ihren „Unterbau“ handelte – war nicht nur für Ärzte, die vor allem an der Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der Psychoanalyse interessiert waren, ein Stein des Anstoßes, sondern machte sie auch den Ideologen der totalitären Bewegungen und Regime verhasst. Faschisten bekämpften den „Freudismus“ als „Kulturbolschewismus“ beziehungsweise als zersetzende „jüdische Wissenschaft“, während Stalinisten ihn für eine dekadente „Bourgeois-Mode“, „Idealismus“ oder „Scharlatanerie“ hielten. Gegenüber der als Psychotechnik missverstandenen Therapie hingegen gab es von Seiten der totalitären Ideologen kaum Einwände.

Ende der zwanziger Jahre war die Interpretationsgemeinschaft der (deutschen und österreichischen) Freudianer nur mehr ein lockerer Zusammenschluss von Individuen und Gruppen, die in „technischen“, theoretischen und politischen Fragen unterschiedliche, ja, oft völlig gegensätzliche Auffassungen vertraten (vgl. Dahmer 1973, 321ff, und 1983.). Die Meinungsverschiedenheiten bezogen sich vor allem auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft (oder „Kultur“) beziehungsweise auf dasjenige zwischen Psychologie und Soziologie. Freud selbst hatte (in *Totem und Tabu*, 1912/13) die „Übereinstimmungen“ im Seelenleben der „Wilden“ und der Neurotiker hervorgehoben. Ihm imponierte die strukturelle Analogie privater (psychischer) und öffentlicher (kultureller) Institutionen. 1932 hatte er seine Auffassung in der *Neuen Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse* bekräftigt, indem er von der „Soziologie“ sagte, sie könne „nichts anderes sein als angewandte Psychologie“ (Freud 1933, 194). Diese „Lösung“ des Problems erschien den „soziologisch“ (oder „marxistisch“) orientierten Freudianern als inakzeptabel, während die nicht-soziologisch orientierten, zu psychologistischen Deutungen gesellschaftlicher und politischer Phänomene neigenden, sich bestätigt fühlten. Von der Klärung des Verhältnisses von Soziologie und Psychologie hing auch die Beantwortung zweier weitergehender Fragen ab: „Was für eine Art Wissenschaft ist eigentlich die Psychoanalyse?“ und „Welche Funktion(en) erfüllt die Psychoanalyse in der gegenwärtigen Gesellschaft?“

1.4 Linke Freudianer, Freud und die kommunistischen Ideologen

Die „linken“ Freudianer sahen mit Freud in der Psychoanalyse eine anti-illusionäre, nicht-ideologische *Naturwissenschaft*. Auch der Partei- und Staats-Marxismus trat als Wissenschaft auf, nämlich als eine Naturwissenschaft von der Geschichte der Menschen (als Naturwesen). In der Wissenschaftssystematik Wilhelm Reichs, die auch Otto Fenichel sich zu eigen machte, figurierte die allgemeine Naturdialektik als eine Art Metawissenschaft, der die historisch-materialistische Gesellschaftswissenschaft („Soziologie“) und – parallel dazu – die als Teil der Biologie interpretierte Naturwissenschaft Psychoanalyse subsumiert wurden.

1937, nach seiner „Entdeckung“ der kosmischen Energie „Orgon“, setzte Reich (1973) dann eine neue, phantastische Naturwissenschaft namens „Orgonomie“ an die Stelle der Naturdialektik. Die „Psychologie“ erschien ihm nun als ein Irrweg, die „Politik“ als eine Krankheit...

Freuds biologischer Materialismus tendiert zum historischen. Bei den „Freudo-Marxisten“ aber sollte die freudsche Psychologie der historisch-materialistischen Geschichtsforschung lediglich Hilfsdienste leisten (so die Konzeption von Reich, ähnlich aber auch die von Erich Fromm und Max Horkheimer [1932]). Dem dogmatischen Partei-Marxismus zuliebe, den sie als das Modell von Wissenschaft schlechthin akzeptierten, opferten die linken Freudianer die ihre therapeutische Praxis fundierende freudsche Kulturkritik und beschränkten die Reichweite der genuinen „Methode“ dieser Praxis, der eigentümlichen psychoanalytischen Deutungskunst.

In einem Bericht über ein geheimgehaltenes Gespräch zwischen Wilhelm Reich und Leo Trotzki, das im April 1936 im norwegischen Wexhall (bei Oslo) stattfand, heißt es zusammenfassend, Reich habe es versäumt, „ausgehend von den materialistisch-dialektischen Elementen, die in der Psychoanalyse enthalten sind, eine materialistische Psychologie zu entwickeln“. So Heinz Epe (Walter Held), ein Sekretär Trotzkis, in seinem Brief an Albert Glotzer vom 28.4.1936, der auszugsweise im Anhang II (Text 5) der italienischen Ausgabe des Buches von Konitzer (1987, 183f.) über Reich abgedruckt ist (vgl. Chemouni 2004, Kap. 2.4). Trotzki gehörte – ähnlich wie Horkheimer – zu den wenigen marxistischen Theoretikern, die die Verwandtschaft der beiden kritischen Theorien und die Bedeutung der Psychoanalyse für Geschichtsverständnis und Geschichtsschreibung erkannten.

Für die erhoffte Integration der naturwissenschaftlich („nomothetisch“) stilisierten und auf eine „Psychotechnik“ („Menschenbeeinflussung“) reduzierten Psychoanalyse in die (natur-)wissenschaftliche Gesellschaftslehre waren Reich und Fenichel bereit, einen hohen Preis zu entrichten, den der Kompetenzbeschränkung der psychoanalytischen Rätsellösungskunst. Ging es um die wissenschaftliche Erhellung historisch-gesellschaftlicher Phänomene, sollten die Psychoanalytiker schweigen und marxistischen Soziologen das Feld überlassen (Reich 1929/1934, Fenichel 1934).

Abgesehen von dieser restriktiven Programmatik hat zweifellos Fenichels Entscheidung, mit der er sich gegen Reich durchsetzte, die Existenz der „Marxistischen Opposition“ (in der „Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung“) und ihres Bulletins, der „Rundbriefe“, geheimzuhalten, zum Niedergang der linksfreudianischen Gruppe und zur dauerhaften Abwendung der Mehrheit der organisierten Psychoanalytiker von der Soziologie beigetragen.

Von den Ideologen des „Sowjetmarxismus“, die daran arbeiteten, die marxische Revolutions- und Gesellschaftstheorie in eine Rechtfertigungsdoktrin des stalinistischen Regimes, all' seiner wechselnden „Generallinien“ und der Gängelung der moskautreuen Arbeiterbewegung zu verwandeln, wurde die von den Freudomarxisten vorgeschlagene Integration der Psychoanalyse in

das „Lehrgebäude“ des dialektischen Materialismus rundheraus abgelehnt. Im „Freudismus“ – der freudschen Kulturtheorie – sahen sie eine gefährliche, „idealistische“ Variante ihrer eigenen Geschichtsphilosophie (Hegelscher Provenienz). Die Verfechter der neuen Marx-Engels-Lenin-Stalin-Weltanschauung („MELS“) duldeten im Feld der Geschichts- und Gesellschaftsdeutung weder Konkurrenz noch Ketzerei. Georg Lukács, der vor der Kritik der Partei-Dogmatiker an seinem grandiosen (hegelianischen) Entwurf *Geschichte und Klassenbewußtsein* (1923) kapitulierte hatte, beeilte sich 1927, die Freudomarxisten – am Beispiel Max Eastmans – als „Trotzkisten“ zu diffamieren (Vgl. Dahmer 1973, 272ff und 464f.).

Freuds Interesse am vereinzelt, leidenden (und potentiell revoltierenden) Individuum stellte das totalitäre historisch-politische Projekt des „Sozialismus in *einem* Lande“ (oder in *einem* Block) überhaupt in Frage. Seine theoretische Arbeit in den zwanziger und dreißiger Jahren bestand vor allem in der Explikation seiner radikalen Kritik der gegenwärtigen Kultur, und er hätte eigentlich in den „Soziologen“ unter seinen Anhängern Verbündete sehen müssen. Doch fürchtete er, die Psychoanalyse und ihr Träger, die psychoanalytische Organisation, werde dem Kampf der totalitären Bewegungen und Staaten zum Opfer fallen, und versuchte, dies Schicksal durch Entpolitisierung der Psychoanalytischen Vereinigungen und durch die Stilisierung der Psychoanalyse zu einer anti-illusionären, aber politisch neutralen Naturwissenschaft abzuwenden (1933, 170-187). Dabei kappte er (1932) sowohl die Beziehungen zur revolutionären Bohème (in Gestalt des Surrealisten André Breton) als auch diejenigen zu den revolutionär-sozialistischen Gruppierungen (in Gestalt seines Schülers Wilhelm Reich) und damit zur Soziologie überhaupt. (Vgl. Dahmer 2006, Abschn. V und VI, und 2012, 229-248.) Doch die konservativen und klerikalen Gegner der Psychoanalyse ließen sich so wenig wie die faschistischen und stalinistischen täuschen. Sie sahen (zu Recht) in der freudschen Psychoanalyse, die das Geheimnis der „Massenbindung“ (1921) offengelegt und (1927) den „Illusionen“ den Kampf angesagt hatte, eine Gefahr, vergleichbar nur derjenigen, die für sie von der marxschen Kritik des Kapitalismus ausging. „Allen Stücken der heutigen Kultur steht die Psychoanalyse als Zerstörerin gegenüber [...]; sie zeigt Religion, Kultur, Kunst, Philosophie, Moral als ein *Gewordenes, Bedingtes* [...]“, schrieb Siegfried Bernfeld 1928 (S. 130). Entsprechend hieß es in Wilhelm Reichs Protestschreiben vom 17.3.1933 an den Psychoanalytischen Verlag (der sich „mit Rücksicht auf die politische Situation“ geweigert hatte, Reichs *Charakteranalyse* [1933a] zu publizieren):

„Die politische Reaktion verband die Psychoanalyse mit dem Begriff ‘Kulturbolschewismus’. Mit Recht, da die analytische Wissenschaft eine Gefahr für den Bestand der faschistischen Ideologie bildet. Der soziologische, kulturpolitische Charakter der Psychoanalyse läßt sich nicht aus der Welt schaffen und auch nicht verbergen“ (Reich 1953, 173).

Der kampflose Sieg der Hitlerbewegung in Deutschland, die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und die Annexion Österreichs im Frühjahr 1938 machten, wie von Freud befürchtet, der „Psychoanalytischen Bewegung“ und ihrer Internationale den Garaus.

Freud hatte – im Zusammenhang mit dem Konflikt (mit den nordamerikanischen Psychoanalytikern, die damals etwa ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft stellten) über die „Laienanalyse“ – schon 1935 gefürchtet, „unsere Internationale“ werde ihn vielleicht nicht überleben. Max Eitingon bezeichnete die Internationale Psychoanalytische Vereinigung (IPV) drei Jahre später als eine „eigentlich doch zerstört[e]“ (Freud/Jones 1993, 97; Freud/Eitingon 2004, Bd. 2, 904). In seiner Anmerkung 2 zu Eitingons Brief an Freud (vom 7.6.1938) zitiert der Herausgeber, Michael Schröter, einen Brief Eitingons an Arnold Zweig vom 30.6.1938, in dem sich diese Einschätzung findet.

Die aus ihren Bildungszentren Wien und Berlin vertriebenen Psychoanalytiker waren in jedem Betracht „gebrannte Kinder“, die weder mit Metaphysik noch mit Politik (gar einer revolutionären) mehr etwas im Sinn hatten und darum bald auf eine neo-Adlerianische Revision der freudschen Lehre verfielen (vgl. dazu Adorno 1946, Horkheimer 1947, Bock 2018.). Die (von ihnen unbeeindruckte) Vertreibung und die Furcht vor neuerlicher Verfolgung haben nicht nur den Typus des (apolitisch-timiden) Nachkriegspsychoanalytikers nachhaltig geprägt, sondern auch die Weichen für die Tradierung eines auf Therapie zentrierten Psychoanalyse-Verständnisses gestellt.

„Die Antwort auf die Frage, wie die Psychoanalytiker auf brennende und bedrängende Zeitprobleme reagiert haben, lautet für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wie folgt: Sie haben ihre Rekrutierungsmodalitäten und Auswahlkriterien reorganisiert und damit die spezifische soziale Zusammensetzung [...] ihrer Mitglieder verändert; sie haben ihre Institutionen so ausgebaut, daß sie zur Vermittlung von Fachwissen, zur Isolierung von den übrigen Humanwissenschaften und zur Verhinderung [der Bildung] gesellschaftspolitischer Handlungspotentiale tauglich wurden; und sie haben mit Hilfe der Medizinalisierung den Status einer unbotmäßig-kritischen Randgruppe überwunden und den Anschluß an eine mächtige, integrierte und konforme Schicht des Dienstleistungssektors gefunden.“ (Parin [1977] 1978, 656)

Ernest Jones, der Präsident der „Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung“, sprach in seinem Rückblick auf die elf Jahre, die seit dem letzten Vorkriegskongress der IPV (in Paris, 1938) vergangen waren, vor den 385 Psychoanalytikern und Gästen des Zürcher Nachkriegskongresses von „furchtbaren Ereignissen“ und „ungeheuren gesellschaftlichen und politischen Bewegungen, deren Zeugen wir in den letzten Jahren geworden sind“. Was ihm aber im Hinblick auf seine Psychoanalytiker-Kolleginnen und -Kollegen das Allerwichtigste schien, war die Belobigung, dass sie angesichts von Faschismus, Stalinismus, Krieg und Holocaust tapfer der „Versuchung“ widerstanden hätten, „auch noch sozio-politische Faktoren zu berücksichtigen“: „Natürlich ist die Versuchung groß, neben denjenigen Faktoren, denen unser spezielles Interesse gilt, auch noch sozio-politische Faktoren zu berücksichtigen und unsere Ergebnisse soziologisch zu reformulieren. Doch können wir stolz darauf sein, dieser Versuchung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – energisch widerstanden zu haben“ (Jones 1949, 178). – Aufschlussreich ist, dass in einem 2019 erschienenen Bericht (Kurz 2019) über den Zürcher Kongress Jones' Eröffnungsansprache zwar erwähnt wird, seine richtungweisende Abwehr soziologischer „Versuchungen“ aber keinerlei Beachtung findet. Jones hat Schule gemacht! – Nina Bakman (2019, 31 und 30) schreibt im selben Heft (Nr. 64) von *Luzifer-Amor* über den Zürcher Kongress: „Als der IPA-Kongress 1949 stattfand, waren die inneren und äußeren Folgen der Zerstörung allgegenwärtig.“ Doch „das reichhaltige Programm enthielt keinen historischen Beitrag über die Zeit des Dritten Reichs und die Erfahrungen der Emigration.“

In den Nachkriegsjahrzehnten dominierte die nordamerikanische Vereinigung für einige Zeit noch den (nur mehr durch ein Minimalprogramm zusammengehaltenen) IPV-Dachverband, dann erlangten die „Kolonien“ der *American Psychoanalytic Association*, also die nationalen und kontinentalen Berufsverbände, eine gewisse Selbständigkeit, entwickelten eigene therapeutische Stile und Moden, kultivierten verschiedenartige Derivate des freudschen Originals und amalgamierten sie mit allerlei heterogenen therapeutischen Verfahren.

1.5 Freudo-Marxisten und Frankfurter Sozialphilosophen

Die große Zeit des „Freudomarxismus“ waren die Jahre 1925 bis 1936. Es handelte sich um ein Projekt politisch und soziologisch interessierter, sozialistischer Psychoanalytiker. Aus der lockeren Gruppe der Bernfeld, Fromm, Georg Gerö, Edith Jacobson, Barbara Lantos, Käthe Misch, Annie und Wilhelm Reich und Ernst Simmel entstand schließlich eine (geheime) „marxistische Opposition“ in der psychoanalytischen Internationale, deren „Fraktionsbulletin“ die von Fenichel in den Jahren 1934-45 verfassten *Rundbriefe* bildeten. Zum literarischen Erbe des Freudo-Marxismus gehören die programmatischen Entwürfe Reichs (1929/34), Fromms (1932) und Fenichels (1934), die eine Historisierung der freudschen Psychologie einleiteten, die es einer späteren Generation von Sozialphilosophen ermöglichte, das „szientistische Selbstmissverständnis“ (Habermas 1968, Kap. 10-12), dem Freud und die meisten seiner Anhänger unterlagen, aufzulösen. Die wichtigsten Veröffentlichungen aus dem Kreis der Freudomarxisten waren Reichs *Massenpsychologie des Faschismus* (1933), Fromms (seinerzeit unveröffentlicht gebliebene) Untersuchung der Einstellungen von Arbeitern und Angestellten vor 1933 [1930ff]), sein Beitrag zu den (vom Institut für Sozialforschung 1936 herausgegebenen) *Studien über Autorität und Familie* und sein Buch *Die Furcht vor der Freiheit* (1941). Diese Pionierarbeiten zum Verständnis des Faschismus und des faschistoiden Charakters warfen Fragen auf, auf die in den vierziger Jahren die um Max Horkheimer (und das emigrierte *Institut für Sozialforschung*) gescharte Gruppe von Sozialwissenschaftlern mit Hilfe von groß angelegten, sozialphilosophisch inspirierten empirischen Untersuchungen unerwartete Antworten fand.²

Die linken Freudianer und die marxistisch orientierten Sozialphilosophen des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“, die deren Projekt weiterführten (Horkheimer, Adorno, Marcuse), wollten verstehen und ihren Zeitgenossen verständlich machen, warum sich – zum einen – die politisch organisierten Arbeiter in Deutschland 1918/19 gegenüber dem Bündnis der sozialdemokratischen Führung mit dem Generalstab der geschlagenen kaiserlichen Armee und den von diesen Bundesgenossen gegen sie eingesetzten terroristischen Freikorps-Verbänden nicht hatten durchsetzen können, und warum sie – zum andern – 14 Jahre später vor dem Bündnis der „massenfeindlichen Massenbewegung“ Hitlers mit Reichswehr und Industrie mehr oder weniger kampfflos kapitulierten. Die Folge dieses „Versagens“ der (politisch gespaltenen) Arbeiterbewegung war, dass die siegreichen Faschisten Hunderttausende von Regime-Gegnern und Nicht-„Ariern“ – also Leute wie die „Frankfurter“ – in ihre Lager sperren konnten oder ins Exil zwangen, was freilich nur das „Präludium“ zu einer auf Terror und Privilegierung basierenden „Integration“ der Klassen und Schichten – einschließlich der ihrer politischen Führungen beraubten Arbeiterklasse – zu einer ungeheuren Plünderungs- und Mordgemeinschaft war, die sich alsbald in den zweiten Weltkrieg und in den „Holocaust“ stürzte. Im Zuge ihrer Versuche, dies epochale gesellschaftliche Rätsel zu lösen, griffen Horkheimer, Adorno und ihre Mitarbeiter – auf den Spuren von Wilhelm Reich und Erich Fromm – gegen Kriegsende auf die (nicht-„revidierte“) freudsche Psychoanalyse zurück und adoptierten deren Deutungsverfahren (vgl. Dahmer 2019/20, I. Teil, Kap. 3).

2 Neben umfangreichen, unveröffentlicht gebliebenen Vorstudien wurden in den Jahren 1944-50 die von Max Horkheimer und Samuel Flowerman herausgegebenen fünf Bände *Studies in Prejudice* erarbeitet und publiziert (vgl. dazu Anm. 14). Die bekannteste davon: Adorno u.a. 1950 (dt. Teilausgabe Adorno u.a. 1973). Vgl. dazu Simmel 1946, Fahrenberg/Steiner 2004, Ziege 2009, König 2016, Grimm 2019.

Zur freudomarxistischen Literatur von einiger Bedeutung gehören Fenichels Kritiken des Psychologismus (psychoanalytischer Autoren wie Glover oder Laforgue) und des Kulturalismus (Horney und Fromms), sowie sein eigentliches Vermächtnis: die *Rundbriefe* (an die verstreute Gruppe der marxistisch orientierten Psychoanalytiker) und seine große *Psychoanalytische Theorie der Neurosen*, eine Summa des (bis 1945 erarbeiteten) psychoanalytischen Wissens (Fenichel [1934–1945], 1945, 1979/81).

Fenichel hielt, wie Freud, zeitlebens an seiner Deutung der Psychoanalyse als einer Naturwissenschaft fest, befolgte aber zum Glück nicht das (selbstaufgelegte) Verbot, historisch-gesellschaftliche Phänomene wie den Bereicherungstrieb ([1934] 1938) oder den Antisemitismus (1946) psychoanalytisch zu deuten. Um der Besonderheit der psychoanalytischen „Naturwissenschaft“ Rechnung zu tragen, bezeichnete er sie auch als eine „Historik“, ohne den inneren Widerspruch dieser Charakteristik auflösen zu können:

„Einen Menschen psychoanalytisch erforschen heißt, ihn historisch-genetisch erforschen, also feststellen, wie das Zusammenspiel von Umwelteinflüssen und biologischen Gegebenheiten allmählich die psychische Struktur erzeugt hat, die nun vorliegt. Die Psychoanalyse stellt dabei das ungeheure Übergewicht der Erlebnisse der ersten Kinderjahre für die Gestaltung dieser Struktur fest. In dieser Hinsicht kann man sie eine historische Wissenschaft nennen.“

Orientiert an der „materialistischen Geschichtsauffassung“, widme die Psychoanalyse sich der „Historik des einzelnen“, strebe aber „darüber hinaus zur Naturwissenschaft von der materialistischen Historik des Menschen überhaupt“ (1934).

Freud hatte im April 1923 eine Neuformulierung seiner Theorie der psychischen Instanzen veröffentlicht, in der er das Ich, dem Triebwahrnehmung *und* Triebbeherrschung obliegen, als ein „armes Ding“ beschrieb, das „unter dreierlei Dienstbarkeiten steht“ und sich vor der „Außenwelt“, der Libido des Es und der Strenge des (ihm innewohnenden) Über-Ichs gleichermaßen ängstigt. Unter „Außenwelt“ verstand Freud sowohl die „reine“, außermenschliche Natur als auch deren durch gesellschaftliche Arbeit transformierte Gestalt, also das variable menschliche Habitat mit den ihm jeweils entsprechenden sozialen Institutionen. Das Ich bestimmte er (1923, 286) als ein „Grenzwesen“, das zwischen „Welt“ und Es zu vermitteln habe. Das Ich hatte an beiden Sphären Anteil, an der des (asozialen) Es ebenso wie an derjenigen der sozialen Welt. In Siegfried Bernfelds zwei Jahre später (1925) erschienenem Buch über „Die Grenzen der Erziehung“ wurden „Welt“ und „Es“ als Wirtschaft und „biopsychische Sphäre“ einander gegenübergestellt. Mit dieser Variation der freudschen Psychologie begann die Historisierung der Psychoanalyse und ihre Konfrontation mit der Soziologie (als einer Theorie der Marktvergesellschaftung), auf die Bernfelds „freudomarxistische“ Kolleginnen und Kollegen hinarbeiteten. Reichs Kritik der von Freud (1911) eingeführten „zwei Prinzipien des psychischen Geschehens“ nahm den Grundgedanken der (ein Vierteljahrhundert später entstandenen) Freud-Interpretation Herbert Marcuses (1955) vorweg:

„Das Realitätsprinzip, wie wir es heute vor uns haben, [ist] das Prinzip der kapitalistischen [...] Gesellschaft [...]. Das Realitätsprinzip hatte früher andere Inhalte und wird sich in dem Maße wandeln, wie sich die Gesellschaftsordnung ändern wird. Auch die konkreten Inhalte des Lustprinzips [...] wechseln [...] mit dem gesellschaftlichen Sein“ (Reich 1929/34, 16).

Seit 1933 waren die sozialistischen Freudianer in Lebensgefahr und suchten ihr Heil in der Flucht vor den Nazis. Die Teilnehmer ihrer Diskussionszirkel in Berlin und Wien waren bald in alle Winde zerstreut. Fenichels „Rundbriefe“ konnten weder den persönlichen Kontakt, noch die fehlende Organisation ersetzen. Auf verschiedenen Emigrationswegen schlugen die Linksfreudi-

aner sich in den Jahren 1934–1939 in die Vereinigten Staaten durch und versuchten dort, durch Anpassung an eine dem deutschen Idealismus und seinen Kritikern fernstehende, positivistisch-pragmatistisch orientierte Wissenschaftskultur zu überleben.

„Es ist, als seien die vertriebenen Intellektuellen nicht bloß des Bürgerrechts, sondern auch des Verstands beraubt worden“, schrieb Horkheimer (1939, 308). „Der ‘jüdisch-hegelianische Jargon’, der einst aus London bis zur deutschen Linken drang und schon damals in den Brustton von Gewerkschaftsfunktionären übertragen werden mußte, gilt jetzt vollends als überspannt. Aufatmend werfen sie die unbequeme Waffe weg [...]. Weil die Weltrevolution nicht eintrat, seien die theoretischen Gedanken nichts wert, nach denen sie als Rettung aus der Barbarei erschien.“

Für die Erprobung des in den Jahren 1929 und 1934 von Reich und Fenichel formulierten Programms einer Kombination von Marxismus und Psychoanalyse fehlten ihnen alle Voraussetzungen. Einzig der Kreis um Max Horkheimer verfügte über ein Stiftungskapital, ein eigenes Institut und Kontakte zu nordamerikanischen Universitäten und Geldgebern.

Auch in den ersten Beiträgen Siegfried Bernfelds fand sich – ähnlich wie bei Fenichel – eine widersprüchliche Bestimmung der Psychoanalyse als Science und Historik. In seiner Auseinandersetzung mit der „kommunistischen Diskussion um die Psychoanalyse“ und mit den Thesen von Reich formulierte er aber dann als erster (1932, 181), dass es sich bei der freudschen Theorie um „einen neuen, und zwar wissenschaftstheoretisch noch nicht zulänglich erfaßten Typus von Psychologie“ handle, und verzichtete fortan auf die Zuordnung der Psychoanalyse zu den Naturwissenschaften. Er verstand, dass einer Bestimmung des Verhältnisses der Psychoanalyse zu anderen Wissenschaften (Physik und Biologie, Geschichte und Soziologie) die Klärung ihres logischen Status vorausgehen müsse. Das Spezifikum der neuen Psychologie sah er (1932 und 1941) in dem von Freud entwickelten Verfahren der *Deutung freier Assoziationen*, die es ermöglichte, Kommunikationsblockaden und biographische Legenden aufzulösen und „archäologisch“ die geheime Lebensgeschichte eines Menschen zu erschließen. Die Bedeutung der (in den vierziger und den frühen fünfziger Jahren erarbeiteten) freudbiographischen Studien der beiden Bernfelds (1944–1953) für eine Revision der szientistischen Camouflage der Psychoanalyse wurde lange Zeit nicht erkannt (obwohl Ernest Jones sie 1953 für den ersten Band seiner Freud-Biographie genutzt hatte); erst 1981 wurden sie (von Ilse Grubrich-Simitis) gesammelt und in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Sie bildeten den Übergang zur zweiten (diesmal wissenschaftstheoretisch orientierten) Blütezeit der freudschen „Linken“ in den Jahren 1955–1975. Schon in seinem 1931 veröffentlichten, bedeutenden Essay „Zur Sublimierungstheorie“ hatte Bernfeld (1931) die Sonderstellung der freudschen Wissenschaft vom Unbewussten hervorgehoben:

„Faktisch drängt die Psychoanalyse über den Forschungsgegenstand, der konventionell der Psychologie gehört, hinaus; auch der Rahmen, den man einer Sozialpsychologie zubilligt, wäre ihr zu eng. Freud behandelt – schon seit der *Traumdeutung* – immer deutlicher und in souveräner Weise den Stoff, der in der geläufigen Einteilung der Wissenschaften Geschichts- oder Kulturphilosophie und Soziologie heißt. Ungewöhnlich ist es, solchen Stoff mit solchen Denkmitteln zu bearbeiten; die Soziologen und Philosophen erkennen ihr eigenes Thema kaum wieder, und manche Psychoanalytiker ihre eigene Denkweise nicht [...]. Man wird weder der Psychoanalyse noch der Reaktion der zeitgenössischen Wissenschaften auf sie gerecht, wenn man [die] der Freudschen Psychoanalyse eigene Tendenz, erst an der Grenze ihrer Denkmittel, nicht aber bereits an der Grenze heute gültiger wissenschaftlicher Konventionen halt zu machen, übersieht.“

1.6 Die Freud-Philosophen

Damit war der Weg vorgezeichnet, der zur *Aufdeckung des Inkognitos der freudschen Theorie* führte. Die „Freudomarxisten“ der zwanziger und dreißiger Jahre (Reich, Fromm, Fenichel) waren mit ihrem Versuch, Marxismus und Psychoanalyse – zwei als „Naturwissenschaften“ maskierte „Kritische Theorien“ – irgendwie zu „kombinieren“, gescheitert. Die Theoretiker der „Frankfurter Schule“ (Horkheimer, Adorno, Marcuse), denen sich später Odo Marquard, Jürgen Habermas, Karl-Otto-Apel und Ulrich Sonnemann zugesellten, gingen einen anderen Weg. Sie erkannten zum einen, dass es sich bei der marxischen Geschichts- wie bei der freudschen Kulturtheorie weder um Natur-, noch um Geisteswissenschaften handelt, sondern um einen eigentümlichen dritten Typus von Wissenschaft: eine anamnestic-genealogische Institutionenkritik, zum anderen, dass es, will man die Sozialrätsel unserer Gegenwart lösen, weniger darum geht, die beiden kritischen Theorien miteinander zu „kombinieren“, als darum, sie (und die Resultate der von ihnen inspirierten Forschungen) gegeneinander zu führen.

Zehn Jahre nach dem zweiten Weltkrieg griffen Sozialphilosophen und Wissenschaftstheoretiker – nun nicht mehr am „Sowjetmarxismus“, sondern an Marx orientiert – das unerledigte Thema „Psychoanalyse und Soziologie“ wieder auf.³ Das Ergebnis ihrer Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen: Dem Bruch zwischen den jeweils lebenden Individuen und ihren gesellschaftlichen Institutionen entspricht der Widerstreit von Psychologie und Soziologie. Den Gesellschaftsrätseln ist nur „utraquistisch“ beizukommen, indem man soziologische und psychologische Erklärungen weniger kombiniert als gegeneinander führt. Als verschiedenartige Ausformungen von Ideologie- oder Institutionen-Kritik repräsentieren die marxische und die freudsche Theorie einen spezifischen Typus von (Sozial-)Wissenschaft, der sich von den traditionellen Natur- und Geisteswissenschaften abhebt. Ich zitiere aus dem „Entwurf einer Wissenschaftslehre“ von Karl-Otto Apel (1968, 126f.):

„Die einzige Erklärung dafür [...], daß die Menschen auf die kausalanalytische Erklärung ihres Verhaltens durch ein neuartiges Verhalten reagieren [...], liegt in der Einsicht, dass [sie] die Sprache der psychologisch-soziologischen ‘Erklärung’ durch Selbstreflexion in die Sprache eines vertieften Selbstverständnisses umsetzen können, das ihre Motivationsstruktur ändert und damit der ‘Erklärung’ den Boden entzieht. Dies führt uns zu dem [...] Modell der Psychotherapie zurück. In diesem merkwürdigen Erkenntnismodell sind tatsächlich die beiden Momente

1. der objektiv-distanzierten Verhaltens-‘Erklärung’, welche den partiellen Abbruch der Kommunikation voraussetzt, und
2. der nachfolgenden ‘Aufhebung’ der ‘Erklärung’ in ein vertieftes Selbstverständnis dialektisch vermittelt: Der Arzt erkennt mit Hilfe der psychoanalytischen Theoriebildung
 1. die quasi-naturhafte, erklärbare und sogar voraussagbare Wirkungsweise verdrängter Sinnmotive; insofern macht er den Patienten zum Objekt.
 2. Zugleich aber sucht er den nur erklärbaren kausalen Zwang aufzuheben, indem er den Sinn der verdrängten Motive versteht und den Patienten kommunikativ provoziert, diese Sinndeutung zu einer Revision seines autobiographischen Selbstverständnisses zu verwenden.

Das Modell der Psychotherapie kann [...] auf das Verhältnis der Geschichtsphilosophie zu dem Selbstverständnis der menschlichen Gesellschaft übertragen werden. [...] Der ‘terminus technicus’ [der]

3 Die für die Aufdeckung des Inkognitos der freudschen Theorie – für ihre Bestimmung als eine Kritik (also, mit Nietzsche zu sprechen, als eine „unnatürliche“ Wissenschaft) – wichtigsten Arbeiten waren die folgenden: Adorno 1955 und 1966, Marcuse 1955, Marquard [1963] 1987, Ricœur 1965, Habermas 1963–1977 und 1968, Apel 1968, Radnitzky 1968, Sonnemann 1969, Dahmer 1970; 1973.

dialektischen Vermittlung von 'Verstehen' und 'Erklären' lautet 'Ideologiekritik'. Als 'Psychoanalyse' der menschlichen Sozialgeschichte und als 'Psychotherapie' der aktuellen Krisen des menschlichen Handelns scheint sie mir die einzig sinnvolle logische Begründung und moralische Rechtfertigung der objektiv-erklärenden Wissenschaften vom Menschen darzustellen.“

Die Ergebnisse dieser wissenschaftstheoretischen Diskussion über die Psychoanalyse, die inzwischen verebht ist, sind keineswegs Allgemeingut geworden, weder bei Psychoanalytikern, noch bei Soziologen. Das Schicksal der freudschen Aufklärung hängt deshalb davon ab, ob sie neue Träger – jenseits der Berufsverbände der Therapeuten – findet: freie Geister, Rätsellöser, „*weltliche* Seelsorger“⁴, Gedächtnishistoriker (Assmann 1998) und Mentalitätsforscher.

2. Mentalitäts-Forschung

„The research to be reported in this volume was guided by the following major hypothesis: That the political, economic, and social convictions of an individual often form a broad and coherent pattern, as if bound together by a 'mentality' or 'spirit'. And that this pattern is an expression of deep-lying trends in his personality. The major concern was with the *potentially fascistic* individual, one whose structure is such as to render him particularly susceptible to antidemocratic propaganda.“ (Adorno u.a. 1950, 1).

Max Horkheimer sah (1931/32) in der freudschen Psychologie eine unentbehrliche „Hilfswissenschaft der Geschichte“ (1932, 59), also für die Erkenntnis und Beschreibung vergangener und gegenwärtiger Historie. Eines von deren Hauptproblemen ist die Frage, *warum* Herren und Knechte, Volkstribunen, Führer und Massen, Demagogen und ihre Gefolgschaften, schließlich Täter, Opfer und „bystander“ sich so verhielten, wie sie sich verhielten. Wie verstanden sie ihre Situation, was wussten sie und was konnten sie nicht wissen, wie stand es um ihre Interessen, ihre Motive, ihre Moral und ihre Rationalisierungen?

Hier setzte die (vorwiegend soziostrukturell oder aber psychoanalytisch orientierte) empirische Mentalitäts-Forschung an, das bedeutendste Nebenprodukt des Zusammen- oder Gegeneinander-Führens, schließlich der Spiegelung der beiden kritischen Theorien ineinander. Wann und wie bilden sich „Mentalitäten“ oder „Sozialcharaktere“ („Einstellungs-Syndrome“, „Dispositive“) heraus, wie verbreiten sie sich, wie werden sie tradiert, was sind ihre Funktionen, wie kommt es zu ihrer Variation oder Auflösung? Wer kann wie auf ihre Verfestigung, ihre Relativierung oder Auflösung hinwirken, und inwieweit lassen sich Menschen durch Demagogen, die an ihre Mentalität appellieren, manipulieren?

„Loyale“ Individuen ordnen ihre offensichtlichen wirtschaftlichen Interessen jenen der Gruppe unter, mit der sie sich identifizieren. So „begünstigt diese Loyalität Klasseninteressen, die für die Entfaltung objektiver ökonomischer Gesetzmäßigkeiten viel entscheidender sind als die Partikularinteressen jedes einzelnen. Zugleich befördert diese Identifizierung insofern die Rationalisierung individueller Frustrationen, als sie an den Vorteilen der Gruppe sich orientiert, als deren Mitglied das Individuum sich fühlt. Es ist der Bereich der Ideologie, in dem unbewußte psychologische

4 „Ich weiß nicht, ob Sie das geheime Band zwischen der 'Laienanalyse' und der 'Illusion' erraten haben. In der ersten will ich die Analyse vor den Ärzten, in der anderen vor den Priestern schützen. Ich möchte sie einem Stand übergeben, der noch nicht existiert, einem Stand von *weltlichen* Seelsorgern, die Ärzte nicht zu sein brauchen und Priester nicht sein dürfen.“ (Freud an Oskar Pfister, 25.11.1928, in: Freud/Pfister 1963, 136.)

Prozesse die objektiven und somit opaken, ‘unbewußten’ ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in individuelle Verhaltensmuster übersetzen.“ (Adorno 1947, 48f.)

Historische Erfahrungen und die Imperative des „sozialen Orts“ – gruppenspezifischer Interessenlagen und Wert-Präferenzen – sind für die Ausprägung und die Adoption von Gesellschafts- und Weltbildern, für die Orientierung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und für das politische Verhalten konstitutiv. Die für die Realitätswahrnehmung zuständige Instanz in dem von Freud beschriebenen seelischen „Reizbewältigungsapparat“ ist das (nur zu einem Teil bewusste) Ich, ein Jongleur, der Selbsterhaltung garantieren soll, indem er widerstreitenden Anforderungen Rechnung zu tragen sucht: denen der Wahrnehmung, denen der (Trieb-)Wünsche und denen der Tradition. Die Wahrnehmung unlustvoller oder gefahrbringender Wirklichkeiten muss stets wieder der triebhaften Umdeutung zu einer Wunschwelt abgerungen werden, wobei das Ich als (angstvoller) Partner jenes unbewussten Teils seiner selbst agiert, der – im Dienst des internalisierten gesellschaftlichen Tabusystems – sowohl die Wahrnehmung als auch die Wunschphantasien zensuriert. Freuds Psychologie richtete erstmals die Aufmerksamkeit auf die (in den vor-freudschen Seelen- und Gesellschaftstheorien ausgesparte) lebenslange Auseinandersetzung der vergesellschafteten Individuen mit Kultur und Unkultur ihrer Zeit, die ihr seelisches Leben ausmacht. Bei der Suche nach vermittelnden Instanzen, die geeignet sind, die Kluft zwischen Soziologie (Gesellschaft) und Psychologie (Individuum) zu überbrücken, kommt darum der Psychoanalyse besondere Bedeutung zu.⁵

In einem Gespräch Horkheimers und Adornos über das Problem von Theorie und Praxis bemerkte Adorno beiläufig, Marx habe „sich nicht um die Subjektivität gekümmert, er wollte das nicht so genau wissen. Daß die Menschen bis ins Innerste Produkte der Gesellschaft sind, würde er als eine Milieutheorie abgelehnt haben. Das hat erst Lenin zum ersten Mal ausgesprochen“ (Horkheimer/Adorno 1956, 71).

Während der Agonie der Weimarer Republik, als die Nazibewegung mehr und mehr Menschen in ihren Bann zog, haben die (sozialistisch orientierten) Sozialwissenschaftler Erich Fromm, Theodor Geiger und Wilhelm Reich – unabhängig voneinander – „Mentalitäten“ beziehungsweise „Sozialcharaktere“ als vermittelnde Medien zwischen der (objektiven) sozialen Lage von Individuen und Gruppen (Klassen und Schichten) auf der einen und ihren politischen Optionen auf der anderen Seite entdeckt und für die empirische Forschung erschlossen.⁶ Sie waren zutiefst beunruhigt durch das Scheitern der sozialistischen Massenrevolutionen nach dem ersten Weltkrieg und durch den Siegeszug der Gegenrevolution, die alle drei Autoren wenig später zur Flucht aus Nazideutschland zwang. Fromm, Geiger und Reich wollten es „genau wissen“: Was motiviert Menschen, für bestimmte Parteien und politische Programme zu optieren, warum machen sie sich bestimmte (tradierte) Vorurteile und Ideologien zu eigen, *wie hängen ihre* (manifesten, dar-

5 Als erster Versuch einer psychoanalytischen Gegenwartsdiagnose kann Freuds 1921 veröffentlichte Schrift *Massenpsychologie und Ich-Analyse* gelten, die freilich erst drei Jahrzehnte später (von T. W. Adorno, 1951) als solche erkannt wurde. Ein Modell einer psychoanalytisch inspirierten Sozialgeschichtsschreibung ist Horkheimers Traktat „Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters“ aus dem Jahr 1936.

6 Nach dem zweiten Weltkrieg wurden – als Vermittlungsglieder zwischen sozialer Lage und Verhalten – anstelle von Mentalität und Sozialcharakter „Soziale Rollen“ (Parsons, Goffman) beziehungsweise „Habitus“ (Bourdieu) von Soziologen favorisiert.

um abfragbaren) *Meinungen* miteinander (in Gestalt von „Syndromen“) *zusammen* und welche (tieferliegenden, latenten) Dispositionen („Einstellungen“) liegen diesen Meinungen – nämlich Antworten auf Interviewerfragen oder Stellungnahmen zu „Items“ – zugrunde? Geiger brachte (1932, 73) „die gerechneten Massen der sozialen Lagerung in Beziehung zu beobachteten Figuren des Sozialbewusstseins“⁷ und kam so zu einer (politisch aussagekräftigen) fünfstufigen „Tiefengliederung“ der Sozialstruktur (Kapitalisten, mittlere und kleinere Unternehmer, Tagewerker für eigene Rechnung, Lohn- und Gehaltsbezieher höherer Qualifikation, Lohn- und Gehaltsbezieher minderer Qualifikation). „Mentalität“ bestimmte er als „ein[en] Begriff der Sozialcharakterologie, mit welchem die habitualisierte seelische Konstitution einer sozialen Schicht – an der die in ihr lebende Person partizipiert – gemeint ist“ (Lenk 1969, 690).⁸

Die „eigenen“ ökonomisch-politischen Interessen kommen den Angehörigen einer bestimmten sozialen Schicht nur gebrochen (oder gefiltert) durch das Medium ihrer Mentalität zu Bewusstsein; dem Sozialforscher gilt ihre „Ideologie“ darum als eine (ihrer realen Lage) „inadäquate“.

In Bezug auf die („engverwandten“) Bevölkerungskader der „Tagewerker für eigene Rechnung“ (die „ökonomisch-objektiv zweifellos zum Proletariat“ gehören) und die Kleineigentümer schrieb Geiger (1932, 107f.):

„Teils [wird] die aus der wirtschaftlichen Lage bestimmte Frontengliederung von schichttypischen Mentalitätsdifferenzen nicht-wirtschaftlicher Art durchkreuzt; teils haben Umschichtungen verhältnismäßig jungen Datums noch nicht ihren klaren Ausdruck in adäquater Mentalität finden können, teils auch sind die deutlichen Symptome einer gegen das kapitalistische Produktionsmittelmonopol gerichteten Mentalität objektiv gegeben, unterliegen aber bei den Schichtzugehörigen subjektiv bislang noch der Selbstverschleierung.“

„Die Mentalität ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt [...]“ (Geiger 1932, 77). Sie ist „als ‘psychische Antwort auf die [soziale] Lage’ verstehbar“ (ebd., 113), also „ein Begriff der Sozial-Charakterologie“ (ebd., 78). Die Schichtzugehörigkeit von Individuen beruht nicht nur darauf, dass sie sich mit vielen anderen in einer objektiv bestimmbareren Interessenlage befinden, sondern dass sie an einer Mentalität teilhaben, die dieser „Lage“ mehr oder weniger entspricht. Die Mentalität ist der Niederschlag einer Sozialerfahrung, in ihr findet die sozialpsychologische Verfassung der Angehörigen einer sozialen Schicht ihren *Ausdruck*. Geiger bevorzugte – als „Soziograph“ – die Formulierung, dass bestimmte Sozialschichten typische Rekrutierungsfelder bestimmter Mentalitäten (und damit auch für von diesen ableitbare Ideologien und politische Optionen) seien. Erst der Bezug auf die für sie typischen „Sozialcharaktere“ oder „Mentalitäten“ ermögliche es, schrieb er (1932, 84), auch Teilschichten durch „Gesinnungsgrenzen“ voneinander abzugrenzen, ihren Umfang statistisch zu bestimmen und ihr politisches Potential – als Wähler-Reservoir bestimmter Parteien – einzuschätzen.

7 Adorno schrieb, 15 Jahre später: „Unsere Studie könnte [...] als erster, vorläufiger Versuch bezeichnet werden, tiefenpsychologische Beobachtungen und statistische Generalisierungen in Einklang zu bringen.“ (Adorno 1947, 36).

8 Lenk nannte Plechanow und Bucharin als Vorläufer des sozialwissenschaftlichen Interesses an „Mentalität“ und wies auf die Verwandtschaft der Geigerschen Konzeption mit derjenigen anderer „Wissenssoziologen“ hin, die – wie Pareto, Scheler und Mannheim – das „soziale Sein“, also den gesellschaftlichen Quellgrund „tabuierten“, dem die Mentalitäten entspringen.

Hinsichtlich des heterogen zusammengesetzten „Mittelstands“ kam Geiger (1932, 137) zu folgendem „Interpretationsbild der Wirtschaftsmentalitäten“: Auf der einen Seite stehen „knapp 1 % vollblütig hochkapitalistische Existenzen“. Das „Massengewicht [liegt aber] bei den 67 % Gehalts- und Lohnbeziehern (51+16) der beiden Qualifikationsstufen; selbst wenn die Beamten und die gehobene freischwebende Intelligenz aus dem Schichtungsbild herausgenommen werden, bleiben noch 64-65 %; dazwischen liegt der Block der mittleren bis kleinsten Besitzer, der rund 32 % (18+14) der Gesamtbevölkerung umfaßt.“

Geiger (1930) näherte sich dem „Mentalitätsproblem“ von der Sozialstrukturanalyse her und sparte die *Konstitution* der „Sozialcharaktere“ durch schichtspezifische *Sozialisations-Prozesse* – wie sie die Psychoanalyse erschlossen hat – aus. Fromm (1932) hingegen versuchte, ausgehend von der freudschen Psychologie (vor allem von deren Charakterologie – vgl. dazu Fenichel (1945, Kap. XX), – eine „Analytische Sozialpsychologie“ zu entwickeln.⁹ Ihr Kernstück bildete das Konzept eines historisch-spezifischen, gesamtgesellschaftlichen, nach Klassen und Schichten ausdifferenzierten „Sozialcharakters“, der in schichttypischen Familienstrukturen mittels spezifischer Erziehungsmethoden tradiert werde. Als „Ergebnis der [einer] Gruppe gemeinsamen Lebensweise und Grunderlebnisse“ bilde er sowohl „den Wesenskern der Charakterstruktur der meisten Gruppenmitglieder“ als auch, allgemein, die Wurzel von „Kulturen und Ideologien“.¹⁰

Dass jede Gesellschaft solche Individuen hervorbringt (und privilegiert), die sie zu ihrem Funktionieren benötigt, ist trivial. Dass jede ihrer sozialen Klassen Sonderinteressen hat und, dementsprechend, Varianten des allgemeinen (dominanten) Sozialcharakters ausbildet, ist plausibel; ebenso, dass die Triebchicksale der Individuen sich (besser oder schlechter) dem Sozialcharakter der Gesamtgesellschaft und jenem der sozialen Schicht anpassen, der sie angehören, dass sie also vorherrschende Mentalitätsmuster nolens volens adoptieren. *Wie aber kann eine Gesellschaft nonkonforme, innovative Charaktere hervorbringen und tolerieren für den Fall, dass sie in eine Sackgasse ihrer Entwicklung gerät, also einer strukturellen Mutation bedarf?* Geigers Konzeption zufolge kommt sozialer Wandel (Mentalitätswandel) durch Innovationen der Produktions- und Sozialstruktur zustande – empirisch fand er die verschiedensten Hybridmentalitäten vor. Fromm wiederum stieß bei den meisten der von ihm befragten Arbeiter und Angestellten auf *Diskrepanzen* zwischen Persönlichkeitsstruktur (Individualcharakter) und politischer Überzeugung

9 Eine erste Anthologie von Texten zur „Analytischen Sozialpsychologie“, also von Deutungssays und Gesellschaftsdiagnosen, wurde 1980 veröffentlicht. Aus dem „Nachwort“ des Herausgebers ging hervor, dass er zwar an Fromms Projekt anknüpfte, für eine psychoanalytisch orientierte Sozialforschung aber auch andersartige (weitergehende) Möglichkeiten sah: „Analytische Sozialpsychologie ist eine Reaktion auf die deutsche Misere. Versucht darin haben sich vor allem deutsch-jüdische Intellektuelle zwischen Kaiserreich und Nazidiktatur, dann in der Emigration. Gegenwärtig wird diese kritische Tradition von outsiders der psychoanalytischen Zunft am Rande der wiedererstandenen deutschsprachigen psychoanalytischen community fortgeführt.“ (Dahmer 1980, 681). – Einen instruktiven Überblick über das Forschungsfeld der Analytischen Sozialpsychologie (mit den Schwerpunkten „Autoritarismus und Rechtsextremismus“, „Inklusion und Ausgrenzung“, „Der Nationalsozialismus und seine Folgen“ und „Subjekt und Geschlecht“) haben Markus Brunner u.a. (2012, 15-78) veröffentlicht.

10 „Der Gesellschaftscharakter ist der Schlüssel zum Verständnis des Gesellschaftsprozesses“, dem er entspringt (Fromm 1941, 271). Entsprechend hieß es bei Geiger (1932, 4): „Die Wirtschaftssoziologie [...] beobachtet, daß bestimmte Wirtschaftsinteressen oder *Mentalitäten als bewegende Kräfte* in der Entwicklung des Wirtschaftslebens wirksam sind.“

beziehungsweise Parteizugehörigkeit (oder zwischen „Gefühl“ und „politischer Meinung“). Auf dem schwierigen Weg von der „Klasse an sich“ (der sozialen Lage beziehungsweise der Stellung im Produktionsprozess) zur „Klasse für sich“ (die ihrer Interessen bewusst, organisations- und handlungsfähig ist) erwies sich den drei Autoren die bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten (in den frühen dreißiger Jahren) vorherrschende Mentalität als ein entscheidender, nämlich retardierender Faktor.

Reich (1933b, 20 und 23) verwies auf die Diskrepanz zwischen der Erfahrung der proletarischen Situation auf der einen und der (verinnerlichten, man könnte auch sagen „eingefleischten“) bürgerlichen Ideologie auf der anderen Seite; er sprach von der „Schere zwischen ökonomischer Lage und [der noch bürgerlichen] Ideologie der proletarischen und proletarisierten Massen, die dem Faschismus zur Macht in Deutschland verhalfen.“ Wie Geiger (im Jahr zuvor) verglich er „die Zahlen der ideologischen Schichtung [mit] den Wahlziffern 1932“: „Kommunisten und Sozialdemokraten umfassten zusammen zuletzt 12 bis 13 Millionen Stimmen, die NSDAP und die Deutschnationalen zusammen etwa 19 bis 20 Millionen. Das spricht dafür, dass praktisch-politisch nicht die wirtschaftliche, sondern die ideologische Schichtung entschieden hat. Dem Mittelstand kommt somit eine höhere Bedeutung zu, als ihm beigemessen war.“

Über die „Ziele der Untersuchung“ der von Fromm und seinen Mitarbeitern (Hilde Weiß und anderen) in den Jahren 1929/30 durchgeführten großen, repräsentativen Fragebogen-Enquete unter Arbeitern und Angestellten¹¹ schrieb Fromm rückblickend (1937/38):

„Das Ziel unseres Fragebogens bestand in der Erhebung von Meinungen, Lebensformen und Einstellungen von Arbeitern und Angestellten. [...] Zusätzlich zu einer einfachen deskriptiven Darstellung der Antworten wurden diese auch in Abhängigkeit vom ökonomischen Status und von den politischen Orientierungen vergleichend analysiert. [...] Die Analyse der Antworten konzentrierte sich darauf, die Beziehung zwischen den emotionalen Antrieben eines Individuums und seinen politischen Meinungen herauszuarbeiten. [...] Die Untersuchung der grundlegenden Persönlichkeitszüge der Probanden machte [...] deutlich, dass diese häufig mit ihren politischen Überzeugungen nicht übereinstimmen – eine Diskrepanz, die beträchtlich zum Zusammenbruch [der Arbeiterparteien] beigetragen haben dürfte.“ (Fromm 1930ff, 52ff.)

Fromms Torso gebliebene und erst fünf Jahrzehnte später veröffentlichte „sozialpsychologische Untersuchung“, Geigers „soziographischer Versuch“ und Reichs *Massenpsychologie des Faschismus* entstanden gleichzeitig und unabhängig voneinander und führten zu ähnlichen Resultaten: In Kenntnis der „am Vorabend des Dritten Reiches“ in der Bevölkerung vorherrschenden schicht-typischen „Mentalitäten“ oder „Sozialcharaktere“ schien es unwahrscheinlich, dass Mehrheiten sich für die Verteidigung der parlamentarischen Republik – oder gar für deren Fundierung durch eine Wirtschaftsdemokratie – einsetzen würden.

„Zwar besaßen die linken Parteien die politische Treue und die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeiter, aber es war ihnen im Großen und Ganzen *nicht gelungen, die Persönlichkeitsstruktur ihrer Mitglieder so zu verändern*, daß diese in kritischen Situationen verlässlich gewesen wären. [...] Auf der anderen Seite gab es jedoch einen festen Kern [etwa 15 Prozent] höchst zuverlässiger Kämpfer, der groß genug war, um die weniger Militanten unter bestimmten Bedingungen mitzureißen, nämlich dann, wenn eine fähige Führung und eine richtige Einschätzung der politischen Lage vorhanden waren.“ (Fromm 1930ff, 250ff; Herv. H.D.)

11 Die Fragebögen sollten mit 271 Fragen die Lebenstotalität der Befragten erfassen; sie wurden von 1100 Probanden ausgefüllt.

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1930 und 1932 schrieb Geiger (1932, 119): „Die wirtschaftspolitische Stellung der Partei [NSDAP] war 1930 soweit geklärt, daß [...] die Zerschlagung der Arbeitnehmerorganisationen durch Gewaltmittel offen als Ziel einbekannt wurde. Damit war die Front nach links abgesteckt; die NSDAP. war zur erklärten Mittelstandspartei geworden.“ Warnend fügte er hinzu, es sei zwar auf Dauer „kaum denkbar, daß die Millionen einem von ‘nicht gewählten, sondern bestimmten’ Führern mit herrschaftlichen Mitteln aufrecht erhaltenen Zwangs-Solidarismus [...] willig anhangen werden“; doch scheine es „zur Zeit“, „als beseele unsre breiten Massen eine wahre Wollust des Sichfügens und Beherrschtwerdens“ (Geiger 1932, 135). Reichs Resümee lautete, ein Jahr später:

„Die Expropriation der Expropriateure bleibt aus, und die Geschichte scheint, im Gegensatz zu den Erwartungen, sich am Scheidewege zwischen Sozialismus und Barbarei zunächst in der Richtung zur Barbarei hinzubewegen, denn nichts anderes ist das internationale Erstarken des Faschismus und das Zurückbleiben der Arbeiterbewegung“ (Reich 1933b, 20; vgl. Dahmer 2020a).

Und bei Fromm hieß es rückblickend (1937):

„Der Triumph des Nationalsozialismus enthüllte einen erschreckenden Mangel an Widerstandskraft in den deutschen Arbeiterparteien, der in scharfem Gegensatz zu deren numerischer Stärke stand, wie sie sich in den Wahlergebnissen und Massendemonstrationen vor 1933 gezeigt hatte“ (Fromm 1930ff, 53).

Auf der Suche nach einer Auflösung dieses „deutschen Rätsels“¹² – das uns, viele Jahrzehnte später, noch immer in Atem hält¹³ – hatten die drei Autoren nicht nur die „mentale“ Verfassung der Lohnabhängigen im Auge (Fromm, Reich), also des potentiellen Akteurs einer Überwindung der Klassengesellschaft, sondern mehr noch (wie Geiger) die von der „Furcht vor der Freiheit“ beherrschten, darum zum Faschismus tendierenden „Mittelstände“ (oder Zwischenschichten).

Als konträre Grundeinstellungen fanden (und definierten) Fromm, Geiger und Reich auf der einen Seite des Mentalitätsspektrums ein hohes Maß von Nonkonformität („innere Freiheit“, Autonomie), auf der anderen die lustvolle Selbstaufgabe (Autoritätshörigkeit und Anpassung); zudem ermittelten sie diverse „ambivalente“ Mischformen. Im Unterschied zu den von Geiger ausgemachten *schichttypischen* Mentalitäten ließen sich aber weder die psychoanalytisch (also triebtheoretisch) bestimmten Individualcharaktere (wie der „genitale“ oder der „anale“), noch die von Fromm – und später von Adorno – idealtypisch herausgearbeiteten autoritären („faschistoiden“, „totalitären“) und nicht-autoritären („vorurteilsfreien“, „nonkonformen“, „liberalen“) Persönlichkeitstypen und ihre Hybridformen bestimmten Klassen oder Schichten zuordnen. Schon in den frühen dreißiger Jahren zeichnete sich ab, was im Zuge der Nachfolge-Studien des

12 Ein aufmerksamer Beobachter der deutschen Szene war der auf der türkischen Insel Prinkipo internierte Leo Trotzki (1932): „Etwa vierzehn Millionen Kleinbürger stehen ungefähr dreizehn Millionen feindlicher Arbeiterstimmen gegenüber.“ (Ebd., 340) „Die buntscheckigen Massen des Kleinbürgertums, abgekehrt von den alten Parteien oder erstmalig zu politischem Leben erwacht, haben sich um das Hakenkreuzbanner geschart.“ (Ebd. 339) „Das grundlegende Gepräge wird der politischen Physiognomie des deutschen Volkes durch den Umstand verliehen, daß es dem Faschismus gelungen ist, die Zwischenklassen gegen die Arbeiter zu mobilisieren.“ (Ebd. 342, vgl. auch Trotzki 1933 und Kracauer 1933).

13 Vgl. dazu etwa Lohl 2010, Ranc 2016, Fallend 2016, Dahmer 2020b.

exilierten „Instituts für Sozialforschung“ (zu „Sozialen Vorurteilen“¹⁴) zur Gewissheit wurde, dass nämlich die „resistenten“ („revolutionären“ oder „genuin liberalen“) gegenüber den „autoritären“ („potentiell faschistischen“) Charakteren in *allen* sozialen Schichten und Parteien in der Minderheit sind. Geiger sprach (1932), wie erwähnt, in Bezug auf die damalige Bevölkerungsmehrheit von einer „Wollust des Sichfügens“, Reich (1945) von der „emotionalen Pest“, Fromm (1974) von der „menschlichen Destruktivität“, und sie alle führten diesen Befund in unterschiedlicher Weise auf qualitative Veränderungen der Sozialstruktur, der Sozialisationsformen und der Kollektivpsychologie zurück.

Die seit dem 19. Jahrhundert eingetretene Umwandlung der „klassischen“ bürgerlichen Gesellschaften mit ihrer Bevölkerungsmehrheit von (kleinen und mittleren) Eigentümern, also Selbständigen, in Gesellschaften mit einer Mehrheit von Unselbständigen (abhängig Beschäftigten) und die damit einhergehende Schwächung der (ebenfalls strukturell veränderten) Familien als Sozialisationsinstanzen führte im 20. Jahrhundert zur Herausbildung eines neuartigen, nunmehr in *allen* Klassen und Schichten – und in allen hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften – anzutreffenden „autoritären“ Menschentypus. Die Lebensverhältnisse der „liberalen“ Ära, die vielen („unabhängigen“) Angehörigen privilegierter Schichten (Unternehmern und Kapitalrentnern) eine spezifische Art von Individuation ermöglicht hatten – was seinen Ausdruck im (schichtübergreifenden) Ideal „autonomer“ Lebensführung fand –, lösten sich allmählich auf. Das mögliche Resultat dieser Auflösungstendenz nahm Adorno in seinen „Notizen zur neuen Anthropologie“ vorweg:

„Die Psychologie hat zum Zentralbegriff das Individuum. Dieser Begriff ist in entscheidenden Stücken außer Kurs gesetzt oder wenigstens durchlöchert. Er gehört zu einer Welt, die sich zwischen den Polen von Freiheit und Konkurrenz bewegt. Beides gibt es nicht mehr. Die Repräsentanten des neuen Typus sind keine Individuen mehr, d. h. die Einheitlichkeit, Kontinuität und Substantialität des Einzelnen ist aufgelöst.“ (Adorno 1941, 453)

Mit ihren parallel geführten, verschiedenartigen, aber komplementären Studien zur Mentalität der deutschen Lohnarbeiterschaft und der Zwischenschichten haben Fromm, Geiger und Reich eine Forschungstradition begründet, die, wie etwa jüngst veröffentlichte Arbeiten von Andreas Reckwitz (2019, vor allem Kap. 2 und 5) und Oliver Decker und seinen Mitarbeitern (2018) zeigen, bis in die Gegenwart reicht. Zwar ist der politische Rahmen der Untersuchungen aus den frühen dreißiger Jahren (die damalige Krise des Kapitalismus und der Weimarer Republik, die Frage nach dem politischen Potential des Proletariats) nicht mehr aktuell, doch stehen im Zentrum auch der heutigen Sozialdiagnosen und -prognosen die Zwischen- oder Mittelschichten – denen die Soziologen ja in der Regel selbst angehören –, vor allem der Lebensstil und die politische

14 Von sieben, in den vierziger Jahren unternommenen Untersuchungen wurden fünf *Studies in Prejudice* von Max Horkheimer und Samuel H. Flowerman herausgegeben und veröffentlicht: T. W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford (1950): *The Authoritarian Personality*; Bruno Bettelheim und Morris Janowitz (1950): *Dynamics of Prejudice. A Psychological and Sociological Study of Veterans*; Nathan W. Ackerman und Marie Jahoda (1950): *Antisemitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytic Interpretation*; Paul Massing (1949): *Rehearsal for Destruction*; Leo Lowenthal (Leo Löwenthal) und Norbert Guterman (1949): *Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator*. Von den Untersuchungen von Bettelheim/Janowitz und Ackerman/Jahoda gibt es (bisher) keine deutschen Versionen, von der Studie von Adorno u.a. nur eine Teilübersetzung.

Orientierung der „alten“ und der „neuen Mitte“. Andreas Reckwitz skizziert, ausgehend vom deutschen Beispiel, einen etwa fünfzigjährigen Transformationsprozess der westlichen (oder, wie er glaubt, sämtlicher) Industriegesellschaften, der – getrieben von der Ablösung des (ehemals dominierenden) industriellen Sektors durch den („tertiären“) Dienstleistungssektor, die Bildungsexpansion und einen „liberalen“ Wertewandel – die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) in eine „spätmoderne“ Drei-Klassen-Gesellschaft verwandelt hat. An die Stelle der vormals hegemonialen, traditionellen Mittelklasse traten auf der einen Seite die gegenwärtig stagnierende, relativer Deprivation und räumlicher Deklassierung unterliegende, kulturell defensive, „kommunitaristisch“ an Arbeit, Familie und Region orientierte „alte“ Mittelschicht, auf der anderen die „neo-bürgerliche“ Akademiker-Klasse der urbanen, hochqualifizierten Träger und Nutznießer einer neuen, progressiven, „kosmopolitischen“ Lebensform. Als „Erbe“ der früheren Arbeiterklasse erscheint die ebenfalls neue, prekäre „service class“ des Dienstleistungsproletariats (der „Bildungsverlierer“), die, deklassiert und entwertet, politisch indifferent ist, aber ein mögliches Wähler- und Mitglieder-Reservoir für die „populistische Rechte“¹⁵ oder die „neosozialistische Linke“ darstellt... Jede der drei Klassen, denen sich (in Einwanderungsgesellschaften wie der deutschen) auch die Migranten eingliedern, umfasst etwa ein Drittel der Bevölkerung. Auf der Grundlage der gravierenden Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen ihnen haben sich klassenspezifische „disparate Lebenswelten“ (und Mentalitäten) entwickelt; über den drei „Klassen“ thront die kleine „superreiche“ Schicht der (aktiven und passiven) Kapitalrentner, und in jeder der drei Haupt-„Klassen“ gibt es verschiedenartige soziokulturelle Milieus mit spezifischen Varianten des für sie charakteristischen Lebensstils (Reckwitz 2019, 124).

Reckwitz' soziographisches Modell der „spätmodernen“ Klassenlagen und der ihnen koordinierten Anschauungen und Lebensstile entspricht der Anlage der Geigerschen Studie von 1932 (über *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*); es kommt ohne eine empirische Ermittlung von „Meinungen“ und der sie fundierenden „Einstellungen“ aus. Anders die 12. Folge der von Oliver Decker und seinen Mitarbeitern seit 2002 veröffentlichten „Mitte“- oder „Autoritarismus“-Studien, die an die Tradition der sozialpsychologischen, psychoanalytisch inspirierten Untersuchungen Fromms (1930ff.), Adornos (1950) und Pollocks (1955)¹⁶ anknüpfen und mit (für die Gesamtbevölkerung) repräsentativen Umfragen und Einstellungsskalen arbeiten, um die

15 Zum wieder auftauchenden nationalsozialistischen Untergrund der Bundesrepublik meint Reckwitz (2019, 283 und 281): „Der Populismus baut auf einem elementaren Antagonismus auf, der nach innen hin Homogenität verlangt und nach außen hin große Teile der spätmodernen Gesellschaft zu Dauerfeinden erklärt: Die liberale neue Mittelklasse und damit auch große Segmente der globalisierten postindustriellen Ökonomie, die Regierungen der Metropolregionen, die migrantischen Teile der Bevölkerung, die etablierten Medien und Bildungsinstitutionen [...].“ Es bleibe „allerdings rätselhaft, wie sich ein [solches] neues integratives und langfristig wirksames Regierungsparadigma gegen die Hälfte der eigenen Gesellschaft und gegen ihre am stärksten prosperierenden Regionen und Ökonomien wird verankern lassen.“ Zum Rekrutierungsreservoir des Neofaschismus heißt es: „Sozialstrukturell finden sich [dessen] Anhänger überdurchschnittlich in Teilen der traditionellen Mittelklasse und Teilen der prekären Klasse und unterdurchschnittlich bei Akademikern, überdurchschnittlich bei Bewohnern von Kleinstädten und des ländlichen Raums, unterdurchschnittlich bei Bewohnern der Metropolregionen.“

16 Pollocks groß angelegte Untersuchung aus den Jahren 1950/51 sollte „nicht-öffentliche [Gruppen-] Meinung(en)“ „zu weltanschaulichen und politischen Fragen“ der Bevölkerung Nachkriegsdeutschlands mit Hilfe einer Vielzahl von – jeweils durch einen „Stimulus“ oder „Grundreiz“ in Gang gebrachten – Gruppendiskussionen und Einzel-Interviews (bei denen es um die Stellungnahme zu für die Einstel-

aktuellen Formen des antidemokratischen „autoritären Syndroms“ und deren Verbreitung in der Bevölkerung zu ermitteln. Was bei Reckwitz nur am Rand erscheint – die Tendenz der Modernisierungsverlierer, Kompensation und Unterstützung bei „Populisten“ zu suchen –, ist in den „Mitte“-Studien das Zentralproblem. Decker und seine Mitarbeiter spüren empirisch (mit Hilfe von Korrelationsstatistiken und Faktorenanalysen) den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus – der wichtigsten Komponente des „Autoritarismus“ – nach, messen der deutschen Gesellschaft den Puls, wollen herausfinden, wie viele derer, die sich derzeit erniedrigt und beleidigt fühlen, schon vom faschistischen Fieber ergriffen sind.¹⁷ Ihr Resümee:

„Die bundesdeutsche Gesellschaft ist von rechtsextremen Einstellungen durchzogen. Das trifft auf die Bevölkerung im Westen, doch noch stärker auf die im Osten zu. Die hohe Bereitschaft, andere abzuwerten, ist manifest nachweisbar, hinzu kommt, dass sich ein großer Teil der Befragten nicht eindeutig zur gleichberechtigten Position aller Menschen in der Gesellschaft bekennt [...]. In der Ambivalenz gegenüber demokratischen Normen – eigene Freiheitsrechte ja, universelle Gültigkeit derselben nein – wird zudem ein Bedrohungspotenzial für die Demokratie sichtbar: Teile der Bevölkerung sind für rechtsextreme Ziele mobilisierbar. In Ost- wie Westdeutschland sind Ressentiments gegenüber Gruppen, die als fremd und anders wahrgenommen werden, manifest oder mindestens latent vorhanden.“ (Decker/Brähler 2018, 113).

„Die Ausländerfeindlichkeit bleibt die am weitesten verbreitete antidemokratische Einstellung in der Bundesrepublik. Dass Migrantinnen und Migranten den ‚Sozialstaat ausnutzen‘, glauben 35,7 % der Befragten, unter den Ostdeutschen sogar 47,1 %; aber auch eine ‚Überfremdung‘ wird von 35,6 % (im Osten von 44,6 %) befürchtet. Die zusätzliche latente Zustimmung ist auch in dieser Dimension hoch, da sich jeweils zwischen 26 % und 30 % [auf einer fünfstufigen Skala von Zustimmung bis Ablehnung] nur zu ‚teils/teils‘-Antworten entschließen können.“ (Ebd., 109).

Kommen wir noch einmal auf das Konzept der Mentalitäten zurück: Fromms große Fragebogenuntersuchung sollte Schlüsse auf die Verfassung der Gesamtheit der deutschen Arbeiter und Angestellten in den Jahren 1929/30 ermöglichen. Die 251 Fragen der Recherche bezogen sich sowohl auf die berufliche Situation der Interviewten als auch auf ihren Lebensstil und ihre politischen Optionen. Das Spektrum der mit Hilfe von Korrelationsanalysen ermittelten (idealtypischen) Einstellungssyndrome oder „Charaktere“ reichte von rein „autoritär“ (nach Gefühl *und* politischer Meinung) bis zu rein „radikal“ (ebenfalls nach Einstellung und politischer Überzeugung). „Radikal“ waren (im damaligen Verständnis), „links“ orientierte (bzw. organisierte) Arbeiter und

lungsmessung geeigneten „Items“ ging) ermitteln, dies Material interpretieren und das Resultat sodann der Öffentlichkeit präsentieren.

17 Mit Hilfe einer geschichteten Zufalls-Stichprobe wurden jeweils etwa zweieinhalb Tausend „Probanden“ (die von Interviewern in ihren Haushalten aufgesucht wurden) ausgewählt, die zu (statistisch geeichten) Items Stellung nahmen, die zur Messung „autoritärer“ (und demokratischer) Einstellungen tauglich sind. (Rechtsextreme Einstellungen wurden durch sechs Dimensionen erfasst: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.) Die Auswertung der Fragebögen ermöglichte es nicht nur, *Verbreitung und Entwicklung* „rechtsextremer Einstellungen“ in West- und Ostdeutschland (in den Jahren 2002–2018) zu vergleichen, sondern auch, den Zusammenhang „rechtsextremer Einstellungen“ mit Bildungsgrad, Geschlecht, Alter, Erwerbsgruppenzugehörigkeit und Parteipräferenz zu bestimmen. Zudem wurde nach dem Verhältnis der Befragten zur Demokratie als Idee und Wirklichkeit, nach der Wahrnehmung „politischer Deprivation“ und nach der Einstellung zur Gleichheitsnorm und zur Pluralität gefragt. Vgl. Decker/Brähler 2018, Kap. 2.

Angestellte, die einen politisch libertären (Selbstverwaltungs- oder Räte-)Sozialismus anstrebten, „innerlich frei“ waren und auch ihr Privatleben nicht-autoritär (also nonkonformistisch) zu gestalten suchten. Zwischen den beiden Extremtypen gab es empirisch die verschiedensten Überschneidungs- und Mischformen, oft mit Diskrepanzen zwischen der manifesten Meinung und tieferliegenden, latenten Persönlichkeitszügen, die zu ihrer politischen Überzeugung in Widerspruch standen, diese gleichsam „neutralisierten“. Das Resultat (die „entscheidende Schlussfolgerung“) der Studie war – wie Wolfgang Bonß schreibt –, „daß die Weimarer Linke [...] trotz aller Wahlerfolge *schon aufgrund der Charakterstruktur* ihrer Mitglieder kaum in der Lage war, den Sieg des Nationalsozialismus zu verhindern“ (1980, 38; Herv. H.D.). Wie aber kam es zur Ausbildung dieser unter Arbeitern und Angestellten vorherrschenden, mehr oder weniger „autoritären“ Charakterstruktur? Handelte es sich dabei um einen „*cultural lag*“, um ein sozialisatorisch tradiertes Sediment bewährter Anpassungsmuster früherer Generationen, um eine habitualisierte Reaktion auf generationenspezifische Erfahrungen wie die des ersten Weltkriegs und des weißen Terrors gegen die Revolutionäre von 1918/19 oder um die Lähmung von „Spontaneität“ infolge der Disziplinierung in Fabrik (Rosa Luxemburg) und Organisation (Robert Michels)?

„Mentalitäten“ waren, Geiger, Fromm und Reich zufolge, das Produkt gruppenspezifischer Erfahrung einer bestimmten Sozialstruktur; sie waren für das Denken und das Verhalten der vergesellschafteten Individuen – und damit für die gesellschaftliche Entwicklung – von ausschlaggebender Bedeutung. Geiger unterschied mehrere schichttypische Mentalitäten, pro- und antikapitalistische, pro- und antidemokratische. Fromms *allgemeiner*, also die deutschen Verhältnisse der dreißiger Jahre überschreitender Konzeption zufolge war der Sozialcharakter das Ergebnis eines familialen Dressats, das der jeweiligen Gesellschaft willige Funktionäre lieferte. Zu sozialem Wandel komme es durch „dynamische Anpassung des Charakters an *die* Erfordernisse der Gesellschaft“ (Fromm 1941, 275 und 277, Herv. H.D.). Diese „Erfordernisse“ wurden von Fromm nicht weiter differenziert, sie galten ihm wohl als historisch wechselnd, nicht aber als in ein und derselben Gesellschaft einander widersprechend. Reich (1933b, 137) sprach im gleichen Zusammenhang kurzerhand von der „psychischen Verankerung des herrschenden Wirtschaftssystems“.

In ihrem Porträt der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit galt den drei Autoren die psychische Verfassung nicht nur der Lohnarbeiterschaft, in der sie das potentielle Agens gesellschaftlicher Emanzipation sahen, sondern diejenige der Bevölkerungsmehrheit als das entscheidende Fortschrittshindernis. War das die Lösung des „deutschen Rätsels“, und handelte es sich überhaupt nur um ein *deutsches* Rätsel? Im Laufe der dreißiger Jahre verblassten in den Konzeptionen der Mentalitätstheoretiker allmählich sowohl der nationale als auch der soziale Hinter- oder Quellgrund der Mentalitäten, die sie (gestützt auf den Fundus ihrer Sozialerfahrung) beschrieben (und zuschrieben) oder aus Umfragen und Interviews destillierten. Handelte es sich bei dem Spektrum der verschiedenen, eher vorurteilsvollen (autoritären, faschistoiden) oder eher vorurteilsfreien (liberalen) Typen, wobei auf der einen Seite die „autoritären Rebellen“ (die Fromm schon als solche erkannt hatte) und die „manipulativen Charaktere“ imponierten, auf der anderen die „ungezwungen Vorurteilsfreien“ und die „genuinen Liberalen“¹⁸, etwa um

18 Adorno unterschied (1950) sechs „Syndrome der Vorurteilsvollen“ (das Oberflächenressentiment, das „konventionelle“ Syndrom, das „autoritäre“ Syndrom, das des Rebellen und des Psychopathen, das des „Spinners“ und das des „manipulativen Typus“) und fünf „Syndrome der Vorurteilsfreien“: dasjenige des „starren“ und das des „protestierenden“ Vorurteilsfreien, das des „impulsiven“ und das des „unge-

ein Klassen und Nationen übergreifendes – also um das Mentalitätsspektrum der Bevölkerung modernster „autoritärer“ und bürokratisierter Staaten? Und bedurften die Reaktionen auf diese neuartigen Herrschaftsformen vielleicht gar keiner „psychologischen“ Vermittlung mehr? Eben das schwebte Adorno vor, als er (1941, also im gleichen Jahr, in dem Fromm *Die Furcht vor der Freiheit* veröffentlichte) seine „Notizen zur neuen Anthropologie“ niederschrieb: „Der Verzicht auf die Kontinuität der Person als Mittel[,] sich am Leben zu erhalten. Nur der hat Chancen zu überleben, der bereit ist, sich anzupassen unter völliger Depersonalisation“ (Adorno 1941, 458). Vier Jahre später meinte David Rousset, der seit 1940 im französischen Widerstand aktiv gewesen war, im Herbst 1943 von der Gestapo verhaftet und zuerst nach Buchenwald, dann in andere Lager verschleppt wurde: „Es ließe sich leicht zeigen, dass die charakteristischen Eigenschaften der SS-Mentalität und ihrer sozialen Basis sich auch in vielen anderen Teilen der Weltgesellschaft finden“ (1945, 103). Entsprechend hieß es in einem (1956 veröffentlichten) Resümee der großen empirischen *Studies in Prejudice* des exilierten „Instituts für Sozialforschung“: Die beiden „Grundtypen“ – die vorurteilsvollen (also faschistoiden, antisemitischen) und die vorurteilsfreien Charaktere wiesen – in unterschiedlichem Maße – gewisse Gemeinsamkeiten auf: „Stereotypie der Urteilsbildung“ (Rubrizieren), Selbst-Gleichschaltung (Standardisierung), „Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Fragen“, gepaart mit Unwissenheit, Personalisierung unpersönlicher Verhältnisse... Diese „gemeinsamen Züge werden [...] aus dem ‘kulturellen Klima’ erklärt. Das aber herrscht heute keineswegs bloß in *einem* Lande, sondern vermutlich in der ganzen Welt und drückt Veränderungen aus, die sich unabhängig von Landesgrenzen vollziehen.“ Und weiter:

„Wirklich freie Menschen wären demnach bloß die, welche vorweg den Prozessen und Einflüssen Widerstand leisten, die zum Vorurteil prädisponieren. Solcher Widerstand aber erheischt so viel Kraft, daß eigentlich die Absenz von Vorurteil mehr der Erklärung bedarf als sein Vorkommen.“ (Institut für Sozialforschung 1956, 159)

Für das in den heutigen Wohlstandsoasen herrschende „kulturelle Klima“ sind ausschlaggebend (a) die Angst vor Krieg, Wirtschafts- und Klimakrise; (b) die (verdrängte) Erinnerung an die ungeheuren Massaker, die Jahre oder Jahrzehnte zurückliegen (unverstanden und ungesühnt blieben und darum wiederkehren können); (c) das aufdämmernde Bewusstsein, dass die national und international ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – also die Koexistenz von äußerstem Luxus und krasser Verelendung – unhaltbar ist. Hinzu kommt (d) die Erfahrung, dass die Bevölkerungsmehrheit – auch in den wenigen parlamentarischen Demokratien – von den Entscheidungen einer minoritären ökonomisch-politischen *Power Elite* (im Sinne von C.W. Mills) abhängig ist. Die Angst vor einer Umverteilung des „Reichtums der Nationen“ und vor dem Verlust ihres privilegierten Status treibt gegenwärtig zahllose Oasenbewohner faschistischen Demagogen zu, die ihnen ethnische Säuberungen im Innern und die Verteidigung ihrer *Gated Communities* gegen die Flüchtlinge aus den Weltwüsten versprechen.

Auf die Frage, ob und wie die „Furcht vor der Freiheit“ sich auflösen lässt, gab und gibt es verschiedene Antworten: Freud setzte auf eine antireligiöse Erziehung, die Menschen ohne Jenseitsillusion die Möglichkeit eröffnen würde, aus der Masseneinbindung auszuscheren, sich zu individualisieren und obsoletere gesellschaftliche Institutionen zu revidieren. Wilhelm Reich, sein

zwungenen“ Vorurteilsfreien, schließlich das des „genuinen Liberalen“. Vgl. Adorno u.a. 1973, Kap. VI („Typen und Syndrome“).

Schüler, hoffte ebenfalls auf die Wirkung von Religionskritik, zudem (individualtherapeutisch) auf Charakteranalyse und (kollektivtherapeutisch) auf eine befreiende Sexualpolitik als Vorspiel zur „Expropriation der Expropriateure“. Erich Fromm glaubte (1937), die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien seien imstande – durch Schulung und Aktion, also politisch-pädagogisch – ihren Mitgliedern dazu zu verhelfen, ihre Gefühle auf das Niveau ihrer (politischen) Einsichten zu bringen. Alle drei setzten, implizit oder explizit, auf die Wirkung einer Veröffentlichung ihrer Studien zur Entstehung und zu den Funktionen gewaltträchtiger sozialer Vorurteile, besonders des Antisemitismus, auf die Wirkung einer Konfrontation der Öffentlichkeit mit der Galerie zeitgenössischer vorurteilsvoller („totalitärer“) und vorurteilsfreier „Typen“ und mit den „Tricks“, deren faschistische Demagogen sich bedienen, um aus Erniedrigten und Beleidigten zu allem bereite Gefolgschaften zu schmieden.

Auch die Frankfurter Sozialphilosophen hofften auf eine demokratische „Re-Education“ im Nachkriegsdeutschland. Horkheimer, Pollock und Adorno kehrten Anfang der fünfziger Jahre aus den USA nach Frankfurt zurück, um ihren Beitrag dazu zu leisten. Sie glaubten, wenn es gelänge, die wesentlichen Resultate der Vorurteils- und Mentalitätsstudien ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, wäre – selbst unter den restriktiven Bedingungen des „Kalten Krieges“ – für eine Immunisierung der jüngeren Generation gegenüber der totalitären Versuchung viel gewonnen.

Mentalitäten sind in Persönlichkeitsstrukturen verankerte, von Schichtgenossen geteilte, identitätsstiftende Deutungsschemata sozialer Verhältnisse. Sie dienen der elementaren (Freund-Feind-)Orientierung und fungieren als Scheuklappen. Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, solche Mentalitätsverhaftungen aufzulockern, unter sozialem Druck versiegelte „closed minds“ zu öffnen, so ist es die schon von den „Frankfurtern“ visierte und praktizierte, mittels Aufklärung über Genese und Funktion sozialer „Vorurteile“ eine Selbst-Aufklärung der Vorurteilsbefangenen in die Wege zu leiten.¹⁹ Gerade so, wie Jugendliche heute lernen, mit Geld und Sexualität umzugehen, sich im Straßenverkehr und im Internet zu orientieren, könnten sie – etwa in einem Schulfach „Vorurteilskunde“²⁰ – auch lernen, wie man sich in einer Gesellschaft der sozialen Ungleichheit und der Ressentiments, der Demagogen und Massaker, also in *unserer* Gesellschaft, orientieren und verhalten kann, will man nicht in den Sog der stets wieder neu sich formierenden Hass- und Mordgemeinschaften geraten. Das hieße wirklich, „aus unserer Vergangenheit zu lernen“ und eine Gesellschaft vorzubereiten, „die keinen mehr erdrückt“ (Freud 1927, 374).

Literatur

- Ackerman, Nathan W./Jahoda, Marie (1950): *Antisemitism and Emotional Disorder*, New York.
 Adorno, Theodor W. (1941): Notizen zur neuen Anthropologie, in: ders./Max Horkheimer, Briefwechsel, Bd. II, Anhang 2, Frankfurt/M. 2004.
 – (1946): Die revidierte Psychoanalyse, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 9.2, Frankfurt/M. 1975, 20-41.

19 Ein Spezifikum der westdeutschen antiautoritären Studenten- und Schülerbewegung der sechziger Jahre war der energische Versuch, sich von der Mentalität ihrer in die Mordgemeinschaft des Hitlerreichs verstrickten, verbissen schweigenden Eltern zu emanzipieren.

20 „Sachlich aufklärende Broschüren, die Mitwirkung von Funk und Film, die Bearbeitung der wissenschaftlichen Resultate für den Schulgebrauch könnten der Gefahr totalitären Massenwahns praktisch entgegenarbeiten.“ (Institut für Sozialforschung 1956, 160)

- (1947): Bemerkungen zu *The Authoritarian Personality* von Adorno, Frenkel-Brunsvik, Levinson, Sanford, in: ders., Bemerkungen zu „The Authoritarian Personality“ und weitere Texte, hg. von Eva-Maria Ziege, Berlin, 21-70.
- u.a. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York.
- (1951): Freudian Theory and the pattern of Fascist propaganda, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Frankfurt/M. 1972, 408-433. Dt. Übers. in: Dahmer 1980, Bd. I, 318-342 („Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda“).
- (1955, 1966): „Psychologie und Soziologie“; „Postskriptum“, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Frankfurt/M. 1972, 42-92.
- u.a. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt/M. (Teilübersetzung von Adorno u.a. 1950.)
- Apel, Karl-Otto (1968): *Szientistik, Hermeneutik, Ideologiekritik. Entwurf einer Wissenschaftslehre in erkenntnisanthropologischer Sicht*, in: ders., *Transformation der Philosophie* Apel, Bd. II, Frankfurt/M. 1973, 96-127.
- Assmann, Jan (1998): *Moses der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur*, München.
- Bakman, Nina (2019): Der Briefwechsel von Gustav Bally mit Alexander Mitscherlich, in: *Luzifer-Amor. Zeitschrift zur Geschichte der Psychoanalyse*. Frankfurt/M., 32. Jg., Heft 64, 30-42.
- Bernfeld, Siegfried (1925): *Sisyphos oder Die Grenzen der Erziehung*, Frankfurt/M. 1967.
- (1928): „Ist Psychoanalyse eine Weltanschauung?“ In: ders. 1974, Bd. 2, 123-131.
- (1931): Zur Sublimierungstheorie, in: ders. 1974, Bd. 2, 225-235.
- (1932): Der Begriff der ‚Deutung‘ in der Psychoanalyse, in: ders. 1974, Bd. 2, 236-286.
- (1941): Psychoanalyse als Gespräch, in: *Psyche, Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, 32. Jg., Stuttgart 1978, 355-373.
- (1974): *Ausgewählte Schriften*, hg. von Lutz von Werder und Reinhart Wolf, Bd. 1-3, Frankfurt.
- Bernfeld, Siegfried/Cassirer Bernfeld, Suzanne (1944–1953): *Bausteine der Freud-Biografie*, Frankfurt/M. 1981.
- Bettelheim, Bruno/Janowitz, Morris (1950): *Dynamics of Prejudice. A Psychological and Sociological Study of Veterans*, New York.
- Bock, Wolfgang (2018): *Dialektische Psychologie. Adornos Rezeption der Psychoanalyse*, Wiesbaden.
- Bonß, Wolfgang (1980): *Kritische Theorie und empirische Sozialforschung: Anmerkungen zu einem Fallbeispiel*. Einleitung, in: *Fromm 1930ff*.
- Brunner, Markus u.a. (2012): *Psychoanalytische Sozialpsychologie im deutschsprachigen Raum. Geschichte, Themen, Perspektiven*, in: *Freie Assoziation. Zeitschrift für das Unbewusste in Organisation und Kultur*, Gießen, 15. Jg., Heft 3+4, 15-78.
- Chemouni, Jacqy (2004): *Trotsky et la psychanalyse*, Clamecy.
- Dahmer, Helmut (1970): *Psychoanalyse und historischer Materialismus*, in: ders. 1994, 75-107.
- (1973): *Libido und Gesellschaft. Studien über Freud und die Freudsche Linke*, 3., erw. Aufl., Münster 2013.
- (Hg.) (1980): *Analytische Sozialpsychologie*, Bd. 1 und 2, Neuausgabe Gießen 2013.
- (1983): *Kapitulation vor der ‚Weltanschauung‘. Zu einem Aufsatz von Carl Müller-Braunschweig aus dem Herbst 1933*, in: ders. 1994, 147-169.
- (1994): *Pseudonatur und Kritik*. 2. Auflage, Münster 2013.
- (2006): *Die Verfemung der Psychoanalyse – Motive und Folgen*, in: ders. 2012, 229-248.
- (2012): *Die unnatürliche Wissenschaft. Soziologische Freud-Lektüren*. Münster 2019.
- (2019): *Freud, Trotzki und der Horkheimer-Kreis*, Münster.
- (2020a): *Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus nach 90 Jahren*, in: *Kritiknetz, Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*, URL: <https://www.kritiknetz.de/neuerechte/1454-wilhelm-reichs-massenpsychologie-des-faschismus-nach-90-jahren> (Zugriff: 31.8.2020)
- (2020b): *Antisemitismus, Xenophobie und pathisches Vergessen. Warum nach Halle vor Halle ist*. Münster.

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen.
- Fahrenberg, Jochen/Steiner, John M. (2004): Adorno und die autoritäre Persönlichkeit, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 65. Jg., 127-152.
- Fallend, Karl (2016): *Unbewusste Zeitgeschichte. Psychoanalyse, Nationalsozialismus, Folgen*. Wien.
- Fenichel, Otto (1934): Über die Psychoanalyse als Keim einer zukünftigen dialektisch-materialistischen Psychologie, in: ders. 1979/81, Bd. I, 276-296.
- ([1934] 1938): Der Bereicherungstrieb, in: ders. 1979/81, Bd. II, 100-121.
- [1933–1945]: 119 Rundbriefe, hg. von Johannes Reichmayr und Elke Mühlleitner, Frankfurt am Main/Basel 1998.
- (1945): *Psychoanalytische Neurosenlehre*, Bd. I-III, Olten/Freiburg 1974-77.
- (1946): Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus, in: ders. 1979/81, Bd. II, 373-389.
- (1979/81): Aufsätze, Bd. I und II, Olten/Freiburg.
- Ferenczi, Sándor (1908): *Psychoanalyse und Pädagogik*, in: ders. 1927–1938, Bd. III, 9-22.
- (1927–1938): *Bausteine zur Psychoanalyse*, Bd. I-IV, Bern 1964.
- (1928): Über den Lehrgang des Psychoanalytikers, in: ders. 1927–1938, Bd. III, 422-431.
- Freud, Sigmund (1900): *Die Traumdeutung*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. II/III, Frankfurt/M. 1963.
- (1887–1894): *Briefe an Wilhelm Fliess*, Frankfurt 1985.
- (1911): *Formulierungen über die zwei Prinzipien des psychischen Geschehens*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. VIII, Frankfurt/M. 1964, 230-238.
- (1912/13): *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. IX, Frankfurt/M. 1968.
- (1921): *Massenpsychologie und Ich-Analyse*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XIII, Frankfurt/M. 1963, 71-161.
- (1923): *Das Ich und das Es*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XIII, Frankfurt/M. 1963, 235-289.
- (1927): *Die Zukunft einer Illusion*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XIV, Frankfurt/M. 1963, 323-380.
- (1930): *Das Unbehagen in der Kultur*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XIV, Frankfurt/M. 1963, 419-506.
- (1933): *Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XV, Frankfurt/M. 1966.
- (1940): *Abriss der Psychoanalyse*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XVII, Frankfurt/M. 1966, 63-138.
- Freud, Sigmund/Pfister, Oskar (1963): *Briefe 1909–1939*, Frankfurt/M.
- Freud, Sigmund/Jones, Ernest (1993): *Briefwechsel 1908–1933*, Frankfurt/M.
- Freud, Sigmund/Eitingon, Max (2004): *Briefwechsel 1906–1939*, Bd. I und II, Tübingen.
- Fromm, Erich (1930ff.): *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*, hg. von Wolfgang Bonß, in: Erich Fromm, *Gesamtausgabe*, Bd. 3, Stuttgart 1980, 1-224.
- (1932): *Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie*, in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 1, Stuttgart 1980, 59-77.
- (1936): *Sozialpsychologischer Teil*, in: *Institut für Sozialforschung 1936*, 77-135.
- (1941): *Die Furcht vor der Freiheit*, in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 1, 215-392.
- (1974): *Anatomie der menschlichen Destruktivität*, Stuttgart.
- Geiger, Theodor (1930): *Zur Soziologie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse*, in: ders., *Arbeiten zur Soziologie*, hg. von Paul Trappe, Neuwied 1962, 206-259.
- (1932): *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf sozialstatistischer Grundlage*. Reprint, Stuttgart 1967.
- Grimm, Marc (2019): 'Erwünschte Vorzüge im Existenzkampf des Individuums': Die sozialpsychologischen Elemente der Kritischen Theorie des Antisemitismus, in: Uwe H. Bittlingmayer u.a. (Hg.) (2019), *Handbuch Kritische Theorie*, Wiesbaden, Bd. 1, 583-612.

- Grün, Karl (1874): Ludwig Feuerbach in seinem Briefwechsel und Nachlass sowie in seiner Philosophischen Charakterentwicklung, Bd. I und II, Leipzig/Heidelberg.
- Habermas, Jürgen (1963–1977): Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. 1983.
- (1968): Erkenntnis und Interesse. Frankfurt/M.
- Hartmann, Heinz (1927): Die Grundlagen der Psychoanalyse, Neuausgabe, Stuttgart 1972.
- Horkheimer, Max (1932): Geschichte und Psychologie, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 3, Frankfurt/M. 1988, 48-69.
- (1936): Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M. 1988, 9-88.
- (1937a): Traditionelle und kritische Theorie, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M. 1988, 162-216.
- (1937b): Nachtrag („Philosophie und kritische Theorie“), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M. 1988, 217-225.
- (1939): Die Juden und Europa, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M. 1988, 308-331.
- ([1947] 1948): Ernst Simmel und die Freudsche Philosophie, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt/M. 1987, 396-405.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1956): Diskussion über Theorie und Praxis, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 19, Frankfurt/M. 1996, 32-72.
- (1957): Vorrede (zu 'Freud in der Gegenwart'), in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 19, Frankfurt/M. 1996, 17-20.
- Institut für Sozialforschung (Hg.) (1936): Studien über Autorität und Familie, Paris.
- (Hg.) (1956): Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen, Frankfurt/M.
- Jones, Ernest (1949): Report on the Sixteenth International Psycho-Analytical Congress: Opening address by the President, Dr. Ernest Jones (Zürich, 15.8.1949), in: International Journal of Psycho-Analysis, 30. Jg., London, 178.
- (1953): Das Leben und Werk von Sigmund Freud, Bd. I, Bern 1960.
- König, Helmut (2016): Elemente des Antisemitismus. Kommentare und Interpretationen zu einem Kapitel der „Dialektik der Aufklärung“, Frankfurt/M.
- Konitzer, Martin (1987): Wilhelm Reich, Rom 1992.
- Korsch, Karl (1938): Karl Marx, Frankfurt/M. 1967.
- Kracauer, Siegfried (1933): Die deutschen Bevölkerungsschichten und der Nationalsozialismus, in: ders., Schriften, Bd. 5.3, Frankfurt/M. 1990.
- Kurz, Thomas (2019): Zürich, 1949: Vorgeschichte und Umfeld des ersten IPV-Kongresses nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Luzifer-Amor. Zeitschrift zur Geschichte der Psychoanalyse, Frankfurt/M., 32. Jg., Heft 64, 7-29.
- Lenk, Kurt (1969): Mentalität, in: Wilhelm Bernsdorf (Hg.), Wörterbuch der Soziologie, 2., erw. Aufl., Stuttgart, 689ff.
- Lohl, Jan (2010): Gefühlserbschaft und Rechtsextremismus. Eine sozialpsychologische Studie zur Generationengeschichte des Nationalsozialismus, Gießen.
- Lowenthal, Leo/Guterman, Norbert (1949): Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator, New York.
- Lukács, Georg (1923): Geschichte und Klassenbewußtsein, in: ders., Werke, Bd. II, Neuwied 1968.
- Marcuse, Herbert (1955): Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, in: ders., Schriften, Bd. 5, Frankfurt/M. 1979.
- Marquard, Odo ([1963] 1987): Transzendentaler Idealismus – Romantische Naturphilosophie – Psychoanalyse, Köln.
- Marx, Karl (1857): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, Berlin.

- (1867): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. I. Band, MEW 23, Berlin.
- Massing, Paul W. (1949): Rehearsal for Destruction. Dt.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959.
- Nietzsche, Friedrich (1882; 1887): Die fröhliche Wissenschaft („la gaya scienza“). Sämtliche Werke, Kritische Studienausgabe, Bd. 3, München u.a. 1980, 343-651.
- (1886): Jenseits von Gut und Böse. Vorspiel einer Philosophie der Zukunft. Sämtliche Werke, Kritische Studienausgabe, Bd. 5, München u.a. 1980, 9-243.
- Parin, Paul [1977] (1978): „Warum die Psychoanalytiker so ungerne zu brennenden Zeitproblemen Stellung nehmen. Eine ethnologische Betrachtung.“ In: Dahmer 1980/2013, 647-662.
- Pollock, Friedrich (Hg.) (1955): Gruppenexperiment. Ein Studienbericht. Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 2, Frankfurt/M.
- Radnitzky, Gerard (1968): Contemporary Schools of Metascience. Göteborg.
- Ranc, Julijana (2016): ‘Eventuell nichtgewollter Antisemitismus.’ Zur Kommunikation antijüdischer Resentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern. Münster.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin.
- Reich, Wilhelm (1929/34): Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse. 2., erw. Aufl. Kopenhagen 1934.
- (1933a): Charakteranalyse. Technik und Grundlagen für Studierende und praktizierende Analytiker. Wien.
- (1933b): Massenpsychologie des Faschismus. Gießen 2020 (hg. von A. Peglau).
- (1945): Charakteranalyse. 3., veränderte und erw. Aufl., Köln/Berlin 1970.
- (1953): Menschen im Staat. (People in trouble.) Frankfurt 1982.
- (1973): Ausgewählte Schriften. Eine Einführung in die Organomie, Köln 1976.
- Ricœur, Paul (1965): Die Interpretation. Ein Versuch über Freud, Frankfurt/M. 1969.
- Ringer, Fritz K. (1969): Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1930–1933, Stuttgart 1983.
- Rousset, David (1945): Das KZ-Universum, Berlin 2020.
- Simmel, Ernst (Hg.) (1946): Antisemitismus. [Anti-Semitism. A Social Disease.] Frankfurt/M. 1993, Neuausgabe Münster 2017.
- Sonnemann, Ulrich (1970): Hegel und Freud. Die Kritik der Phänomenologie am Begriff der psychologischen Notwendigkeit und ihre anthropologischen Konsequenzen, in: Psyche, 24. Jg., Stuttgart, 208-218.
- (1969): Negative Anthropologie. Vorstudien zur Sabotage des Schicksals, Reinbek bei Hamburg.
- Trotzki, Leo D. (1932): Das deutsche Rätsel, in: ders., Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt 1971, 338-345.
- (1933): Porträt des Nationalsozialismus, in: ders., Schriften über Deutschland, Bd. 2, Frankfurt/M. 1971, 571-580.
- Weber, Max (1918): Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens, in: ders., Politische Schriften, Tübingen 1971, 306-343.
- (1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 2. Teil, Kap. VI, Tübingen 1956.
- Wussow, Philipp von (2007): Logik der Deutung. Adorno und die Philosophie, Würzburg.
- Ziege, Eva-Maria (Hg.) (2009): Antisemitismus und Gesellschaftstheorie. Die Frankfurter Schule im amerikanischen Exil, Frankfurt/M.

Mariana Schütt

Freud und Marx zusammendenken – Adornos Analysen zur Affektdynamik in der bürgerlichen Gesellschaft Affekte im Zentrum sozialwissenschaftlicher Untersuchungen

Der Bezug auf spezifische Affekte ist heute sowohl im Feuilleton wie in der sozialwissenschaftlichen Debatte en vogue. Insbesondere wenn es um Phänomene wie den Aufstieg des sogenannten Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus in Europa, den USA oder auch Ländern wie Brasilien geht – und um die damit in Zusammenhang gebrachte *post-faktische* Wende (vgl. van Dyk 2017) –, fallen Stichwörter wie *Angst*, *Wut*, *Hass* und *Ressentiment*. Sie gelten dabei je nach Analyse etwa als *Ausdruck* oder als *Ursache* eines bestimmten Phänomens – wechseln also ihren Platz in der jeweiligen Kausalkette. Dies ist insofern bemerkenswert, als man sich über lange Zeit – etwa in der Soziologie – dem Verdacht des *Psychologismus* ausgesetzt sah, wenn man Affekte und Emotionen als erklärende Faktoren einbezog. Luhmann etwa plädierte dafür, psychische und soziale Systeme fein säuberlich getrennt voneinander zu betrachten (vgl. Luhmann 1985). Wenn über Affekte und Emotionen geschrieben wurde, dann zumeist in einer Art und Weise, die sie als kulturelle Narrationsphänomene deutete, wie dies exemplarisch und sehr erfolgreich bei Eva Illouz der Fall ist.¹

Dass heute wieder vermehrt über die affektive Dimension der Vergesellschaftung gesprochen wird, hängt auch mit einer gewissen Erklärungsnot zusammen, die für viele mit dem Aufstieg der sogenannten Rechtspopulisten bzw. des ‘autoritären Nationalradikalismus’ (vgl. Heitmeyer 2018) einsetzt. In seiner vielzitierten Studie zur *Abstiegsgesellschaft* meint Oliver Nachtwey, dass es gerade die *Angst* sei, die als Grundaffekt zur Triebkraft weiterer Negativaffekte wird: „Pegida ist insofern Ausdruck einer von Abstiegsängsten geplagten und radikalisierten Mitte – und des regressiven Aufbegehrens gegen eine marktkonforme Demokratie“ (Nachtwey 2016, 218). Ähnlich argumentiert der Industrie- und Arbeitssoziologie Klaus Dörre, wenn er meint, dass die Radikalisierung sowohl in den USA als auch in Europa durch die tiefsitzende Angst der Lohnabhängigen, ihren Status zu verlieren, ausgelöst werde. Das Fehlen an „organisierten gewerkschaftlichen und politischen Zusammenhängen“ habe ein Vakuum entstehen lassen, das durch „ressentimentgeladene Kausalmechanismen gefüllt“ (Dörre 2018, 65) werden könne. Im Kern geht es Dörre darum, aufzuzeigen, wie in einer Situation, in der klassische Repräsentanten der Lohnabhängigen – wie die Gewerkschaften oder sozialdemokratische Parteien – die Interessen-

1 Eva Illouz untersucht das psychische Leiden als Struktur einer kulturellen Ausdruckspraxis. In ihren Werken wie *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus* oder *Die Errettung der modernen Seele* geht sie der Verbindung zwischen praktizierender Psychoanalyse und der Kultur- und Pharmaindustrie nach und zeigt auf, wie kompatibel bestimmte psychoanalytische Narrative mit der derzeitigen Ausformung des Neoliberalismus sind (vgl. Illouz 2009). Das affektive Leiden jedoch bleibt bei Illouz in nur äußerliches – kommunikatives – Phänomen.

gruppen nicht mehr ausreichend vertreten, ein Nährboden für Affekte entsteht, die wiederum eine Spirale von *Hass* und *Gewalt* in Gang setzen. Sowohl Dörre und Nachtwey als auch viele andere Autor*innen, etwa Nancy Fraser und Arlie Russel Hochschild, stellen dabei eine Analyse an, die weit über die Krise von 2007 hinausgeht. Denn nur weil es durch den Zusammenbruch des Hypothekenmarktes der USA, der gemeinhin als Auslöser jener Krise gilt, zu einer massiven Kapitalvernichtung kam, bedeutet das nicht, dass es nicht schon vorher krisenhafte Umstände im Leben der Lohnabhängigen gab (vgl. Altenried/Schütt 2013).

Kritisch wendeten Autor*innen wie etwa Fatima El-Tayeb ein, dass bei derartigen – als ökonomisch verstandenen – Erklärungsmustern Vorsicht geboten sei. Zu schnell könne das Rekurren auf einen Affekt wie Angst eine Entlastungsfunktion darstellen: „Bei Rassismus geht es scheinbar immer um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit oder sozialistische Altlast“ (El-Tayeb, 2016, 19). Ohne die Eigendynamik des Rassismus zu verstehen, könne das Phänomen, wie auch Étienne Balibar betont, überhaupt nicht begriffen werden (vgl. Balibar 1992). Die Anmerkungen von Balibar und El-Tayeb verweisen darauf, dass Gefühle und Affekte schon immer in einem Deutungskampf eingebunden sind. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf den Blickwinkel, der sich meist mit der Affektökonomie der Lohnabhängigen befasst, dabei aber den Blick auf spezifische Herrschaftstechniken verstellt. Für Alex Demirović kann der Aufstieg des autoritären Populismus nicht nur als eine Folge von Anomie gedeutet werden, sondern als das Bemühen, „ein Bündnis von oben [...] mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste“ (Demirović 2018, 34). Die Frage, die sich dann stellt, ist, wie bestimmte Affekte innerhalb dieser Herrschaftsstrategie mobilisiert werden können. Das Einbeziehen von Strategien und Interessen zeigt zugleich die Verwobenheit von instrumenteller *Rationalität* und *Irrationalität*. Das bedeutet jedoch nicht, dass man Affekte einfach beliebig steuern könnte: Wenn der Schoß nicht fruchtbar ist, kann auch nichts kriechen.

Herrschaftstechniken wie die der „plumpen Lüge“ (Adorno 1955/2019, 45) greifen nur dann, wenn sie auf ein affektives Potential treffen. Der Bezug auf die *affektive Dimension* der Vergesellschaftung bedeutet also nicht nur, verschiedene Logiken in Beziehung zu setzen, sondern auch nach der Vermittlung zwischen der *objektiven Dimension* – Stand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse – und der subjektiven zu fragen. Als wäre dies nicht schwer genug, kommt man um weitere Fragen nicht herum, etwa die Frage nach der Vermittlung zwischen Produktionsweise und Diskurs oder aber auch nach der Vermittlung zwischen *Psyche* und *Soma*, wo alsbald die alte Leib-Seele-Problematik auf den Plan tritt. Ein großangelegter Versuch, diese verschiedenen Momente zu durchdringen, muss in dem Bemühen des *Instituts für Sozialforschung* gesehen werden, die Gegenstände der verschiedensten Wissenschaften ihrer Zeit – Ökonomie, Soziologie, Geschichte, Philosophie und Psychologie – zu vermitteln. Unter der Leitung von Max Horkheimer stellten sich Erich Fromm, Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno die Aufgabe, das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum mittels einer Verbindung der Psychoanalyse Freuds und der Theorie Marx' zu bestimmen. In ihren Schriften spielt die Theoretisierung von Affekten und Gefühlen wie *Ohnmacht*, *Hass*, *Ressentiment* und *Angst* eine außerordentliche Rolle. Exemplarisch werde ich in diesem Artikel auf das umfassende Projekt einer dialektischen Psychologie Adornos eingehen, das der Vermittlung von Subjekt und Objekt auf den Grund zu gehen versucht. Sein Bestreben, eine an Marx angelehnte Gesellschaftstheorie mit der Psychoanalyse Freuds zu konfrontieren, soll hier im Mittelpunkt stehen.

1. Antagonismus, Angst und Aggression

Adorno und Horkheimer gehen davon aus, dass es eine Form der Entfremdung darstellt, den gesellschaftlichen Zustand mit „all seiner Verschwendung von Arbeitskraft und Menschenleben, mit seinen Kriegszuständen und dem ganzen sinnlosen Elend als unabänderliche Naturgewalt“ (Horkheimer 1937/1988, 177) zu verstehen. Das große Thema der *Dialektik der Aufklärung* ist daher auch die Kritik an der bürgerlichen Selbsterzählung, sich aus dem Mythos befreit zu haben. Mit Nietzsche, Freud und Marx versuchen sie, den Nachweis darüber zu führen, inwieweit gerade das Gegenteil der Fall ist – die immer tiefere Verstrickung in den Mythos durch den Glauben an die Naturwüchsigkeit der kapitalistischen Vergesellschaftung und die grenzenlose Aneignung und Verwertung aller Sphären des Daseins. Der Mythos gilt zwar als überwunden, gleichzeitig „sind Formen einer ‘zweiten Natur’ entstanden, die als Nachleben und Wiederkehr des Mythos in dezidiert moderner Formgestalt begriffen werden können“ (Kirchhoff/Schmieder 2015, 10). Diese „Verhaftung“ (Angehrn 1996, 87) könne als fundamentales Scheitern der Aufklärung begriffen werden.

„Solange es noch einen Bettler gibt, heißt es in einem Fragment Benjamins, gibt es noch Mythos; erst mit dem Verschwinden des letzten wäre der Mythos versöhnt“ (Adorno 1951/1996, 227). Erst, wenn das Zusammenleben der Menschen nach dem Potenzial der Produktivkräfte organisiert wäre und nicht dem Diktat der Produktionsverhältnisse folge, erst dann ist überhaupt die notwendige Bedingung für so etwas wie Versöhnung gegeben. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft kann sich eine Zartheit unter den Menschen nicht entfalten. Daher ist es mitnichten so, dass Horkheimer und Adorno als Vorläufer postmoderner Vernunftverachtung stilisiert werden können. Vielmehr geht es ihnen darum, aufzuzeigen, wie Vernunft systematisch in ihr Gegenteil umschlägt.

Eine Synthese von historischem Materialismus und Psychoanalyse herzustellen, um diesen Prozess in seiner ‘objektiven’ und ‘subjektiven’ Dimension nachzuzeichnen, liefe indes Gefahr, der geschichtlichen Trennung zwischen *Gesellschaft* und *Individuum* nicht gerecht werden zu können:

„Die Trennung von Gesellschaft und Psyche ist falsches Bewußtsein; sie verewigt kategorial die Entzweiung des lebendigen Subjekts und der über den Subjekten waltenden und doch von ihnen herrührenden Objektivität. Aber diesem falschen Bewußtsein läßt sich nicht durchs methodologische Dekret der Boden entziehen. [...] Was die arbeitsteilige Wissenschaft auf die Welt projiziert, spiegelt nur zurück, was in der Welt sich vollzog. Das falsche Bewußtsein ist zugleich richtiges, inneres und äußeres Leben sind voneinander getrennt.“ (Adorno 1955/1996, 44).

Adorno versteht Marx dabei nicht ‘nur’ als Kritiker und Theoretiker der *bürgerlichen Ökonomie* – der Ökonomie, die abgetrennt werden könnte von anderen Bereichen menschlicher Interaktions- und Daseinsformen (etwa der Kultur oder der Emotionalität), sondern als einen Theoretiker, der die grundlegenden Elemente moderner *Vergesellschaftung* beschrieben hat. Der Begriff der *Gesellschaft* ist dabei strikt an die marxische antagonistische Konzeption angelehnt. Für Adorno ist es das gesellschaftliche Tauschverhältnis, das den zentralen Antagonismus setzt und reproduziert – es ist das alles Vermittelnde der Totalität. Der Widerspruch liege also darin begründet, dass das Profitmotiv einerseits die Gesellschaft zwangsläufig zu ihrer Spaltung führe, sie andererseits überhaupt erst konstituiere. Durch die vorherrschende Ideologie des freien und gerechten Tauschs werde verkannt, dass es von jeher beim Tausch mit rechten und eben doch nicht mit rechten Dingen zugehe: „Der Tausch hat als Vorgängiges reale Objektivität und ist

zugleich objektiv unwahr, vergeht sich gegen sein Prinzip, das der Gleichheit; darum schafft er notwendig falsches Bewußtsein.“ (Adorno 1966/1996, 190) Indem sich das Tauschprinzip auf die lebendige Arbeit des Menschen ausgedehnt habe, verkehre es sich zwangvoll in die objektive Ungleichheit der Klassen. Diese *Klassen*, die sich aus der „Stellung der einzelnen Menschen im Produktionsprozeß“ (Adorno 1968/1993, 43) ergeben, existierten auch in dem Moment, wo das *Klassenbewusstsein* tendenziell abnimmt.

Maßgeblich für das Schwinden des Klassenbewusstseins sei das, was Soziologen als „Integrationsstendenz“ beschrieben, also jene „Tatsache, daß das Netz der Vergesellschaftung immer enger und enger sich spinnt“ (Adorno 1968/1993, 45). Gleichzeitig jedoch – trotz aller Integration – sei das Grundgefühl in einer antagonistischen Gesellschaft das der *Angst*. Nicht gemeint ist an dieser Stelle eine (gebundene) Objekt-Angst, welche durch konkrete Drohungen hervorgerufen wird, sondern jene ungebundene Angst, die daher rühre, dass die Gesellschaft ihrer selbst nicht mächtig ist, denn „ein gesellschaftliches Gesamtsubjekt gibt es nicht, ihre Wohltaten sind nur auf Widerruf“ (Adorno 1960-61/2008, 198).

Adornos Vortrag *Aspekte des Neuen Rechtsradikalismus*, den er 1967 in Wien auf Einladung des *Verbands Sozialistischer Studenten Österreichs* gehalten hatte, löste jüngst eine Debatte darüber aus, inwieweit dieser zeitdiagnostische Vortrag, der sich unter anderem mit dem Einzug der NPD in mehrere Länderparlamente befasste, heute noch Gültigkeit besitzt. Adorno beginnt mit der These, dass die „gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus nach wie vor fortbestehen“ (Adorno 1955/2019, 9). Zentral ist dabei für ihn die „herrschende Konzentrationstendenz des Kapitals“, welche die permanente Gefahr für die Deklassierung jener Klassen bedeutet, „die ihrem subjektiven Klassenbewußtsein nach durchaus bürgerlich waren, die ihren sozialen Status festhalten möchten“ (ebd., 10). Die Angst vor der Deklassierung äußere sich auch im Gefühl der „sozialen Katastrophe“, die eine „Verzerrung der Marxischen Zusammenbruchstheorie“ im Bewusstsein darstelle (ebd., 19).

Die Katastrophe wird nicht nur gefürchtet, sondern von manchen geradezu gewünscht: *So ich untergebe, sollen auch alle anderen mit mir untergeben*. Worauf er hier verweist, ist das – in der Psychoanalyse gut bekannte – Phänomen an der Lust der Zerstörung. Wie diese Lust an der Zerstörung zu deuten sei, blieb unter denjenigen, die versuchten, Marx und Freud gesellschaftstheoretisch fruchtbar zu machen, stets heftig umstritten. Dies manifestierte sich insbesondere an der Debatte über den freudschen *Todestrieb*. Der *Todestrieb* galt denjenigen, die die „Psychoanalyse zum Zweck einer theoretischen und praktischen Überwindung des Bestehenden nutzbar“ (Emmerich 2007, 280) machen wollten, von jeher als ein Problem.² Markus Emmerich zufolge verankert

2 Freud widerspricht nach seiner Wende zur zweiten Triebtheorie den freudomarxistischen Ansätzen in *Die Zukunft einer Illusion* deutlich. Er lehnt die Idee eines utopischen Zustands, der ohne Triebverzicht auskäme, klar ab. Er lokalisiert den Triebverzicht nicht nur in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern sieht ihn als universale Struktur jeglicher Vergesellschaftung an: „Man sollte meinen, es müßte eine Neuordnung der menschlichen Beziehung möglich sein, welche die Quelle der Unzufriedenheit mit der Kultur versagen macht, indem sie auf den Zwang und die Triebunterdrückung verzichtet, so daß die Menschen sich ungestört durch inneren Zwist der Erwerbung von Gütern und Genuß derselben hingeben könnten. Das wäre das Goldene Zeitalter, allein es fragt sich, ob ein solcher Zustand zu verwirklichen ist. Er scheint vielmehr, daß sich jede Kultur auf Zwang und Triebverzicht aufbauen muß; es scheint nicht einmal gesichert, daß beim Aufhören des Zwanges die Mehrzahl der menschlichen Individuen bereit sein wird, die Arbeitsleistung auf sich zu nehmen, deren es zur Gewinnung neuer Lebensgüter

Freud seinen „Zivilisations- und Fortschrittspessimismus“ (ebd.) in seiner Todestriebhypothese auf einer metapsychologischen Ebene und gebe der Psychoanalyse den Anstrich „eines radikalen Anti-Utopismus“ (ebd.). Reich und Fromm lehnten daher die Todestriebhypothese konsequent ab. Einmal eingeführt, treibt Freud das Problem des *Todestriebs* und seiner Abkömmlinge immer wieder um. Bekanntermaßen endet *Das Unbehagen in der Kultur* 1930 mit folgenden Worten:

„Die Schicksalsfrage der Menschenart scheint mir zu sein, ob und in welchem Maße es der Kultur-entwicklung gelingen wird, der Störung des menschlichen Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden.“ (Freud 1930/1991, 506)

Daher ist es bei Freud mitnichten so, dass wir uns einfach vor den destruktiven Elementen verbeugen, sie einfach 'hinnehmen' sollten, vielmehr bedürfte es einer permanenten Anstrengung, das Unheil abzuwenden. Das macht Freud nicht zu einem konservativen Denker, wohl aber zu einem Denker der *Defensive*: Nur die *Kultur* kann die Vernichtung aufhalten.

Freud denkt, anders als etwa Spinoza, nicht von der Position der *Potenzialität* aus, sondern von der Position der *Abwehr*. Nur die Balance zwischen Triebverzicht und Triebunterdrückung könne die Barbarei abwenden. Wir wissen, dass diese Gegenüberstellung von *Kultur* und *Aggression* für die Verfasser der *Dialektik der Aufklärung* kein gangbarer Weg mehr war. Nicht nur wussten sie mit Marx, dass die *Kultur*, auf die sich Freud positiv bezieht, auf den Füßen der Ausbeutung steht, das Grauen der Shoa war zu groß, um Freuds Hoffnung einer Kultur der Aufklärung noch teilen zu können.³

2. Aufklärung als Abwehr

In der *Dialektik der Aufklärung* beschreiben Adorno und Horkheimer den Prozess der Aufklärung als zwiespältigen Prozess von *Angst* und *Abwehr*, von *Unterdrückung* und *Befähigung*, der Unterwerfung der *inneren Natur* wie der *äußeren Natur*. Allegorisch wird der Formierungsprozess des bürgerlichen Subjekts bei Adorno und Horkheimer im Odyssee-Kapitel der *Dialektik der Aufklärung* dargestellt. Bestimmend sind zunächst drei genuin psychoanalytische Momente: *Erstens* wird bei Adorno und Horkheimer Aufklärung als eine Form der *Abwehr* verstanden. Odysseus könne sich weder seiner Angst noch seiner Ohnmacht stellen und müsse diese abspalten. Gleichzeitig ist es jedoch nicht nur die Abwehr der eigenen *Angst*, sondern auch die Abwehr des Femininen, welche Odysseus zum patriarchalen Helden werden lässt. *Zweitens* verzichte Odysseus auf die Lust zugunsten des Realitätsprinzips und könne sich so als männliches, listiges Subjekt einsetzen. *Drittens* ist die psychische Organisation des Odysseus noch schwach, er bleibe somit verwundbar für den Gesang der Sirenen – eine Allegorie auf das Naturhafte, das dem Untergang geweiht ist. Denn laut Adorno und Horkheimer markiert die Odyssee eine Umbruchphase auf mehreren Ebenen: Die mythischen Mächte haben noch ihren Anspruch, werden aber übervorteilt; die vorpatriarchalen Kräfte existieren noch, sind aber dem Untergang geweiht. Die matriarchalen

bedarf. Man hat, meine ich, mit der Tatsache zu rechnen, daß bei allen Menschen destruktive, also antisoziale und antikulturelle Tendenzen vorhanden sind und daß diese bei einer großen Anzahl von Personen stark genug sind, um ihr Verhalten in der menschlichen Gesellschaft zu bestimmen.“ (Freud 1927/1991, 141)

3 Dieser Absatz stammt zu großen Teilen aus meiner Dissertation.

Bilder sind bereits im Hades bekannt: Darin, wie Odysseus seiner Mutter gegenübertritt, sehen Adorno und Horkheimer die kalte, patriarchale Härte am Werk. Wir befinden uns in einer Umbruchphase, in der die mythischen Kräfte noch das von Odysseus bekommen, was sie verlangen. Genau hier liegt die List: Odysseus schmiegt sich der Natur an, um sie zu betrügen.

Sichtbar wird bereits an dieser Stelle, dass das *Ich* bei Adorno als ein Produkt 'männlicher' Gewalt (vgl. Umrath 2019, 140) verstanden werden muss. Diese Gewaltförmigkeit liegt jedoch sowohl den symbolischen Kategorien von *Männlichkeit* als auch denen der *Weiblichkeit* zugrunde. In der *Dialektik der Aufklärung* zeigt sich, wie die Frauen entweder zum Mittel für Odysseus Zwecke werden (etwa Kirke)⁴ und danach in der Geschichte verschwinden oder aber sich dieser spezifischen Logik zum Zwecke der Selbsterhaltung unterwerfen (Penelope). Zentral ist, dass sich die Geschichte immer und immer wieder in der Ontogenese wiederholt: „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt“ (Adorno/Horkheimer 1947/1996, 50). Dass das *Ich* nur durch *Gewalt* abgerungen wird (vgl. Adorno 1952/1996, 32), habe Freud insbesondere dadurch gezeigt, dass er das Bewusstsein als Produkt „abgezwigte[r] Triebenergie“ gedacht habe (ebd.). Das freudsche Modell bringt also die Genese dessen zur Geltung, was bei Kant noch als intelligibel erscheint: „Noch in seiner äußersten Abstraktheit ist das Gesetz ein Gewordenes, das Schmerzhaftes seiner Abstraktheit sedimentierter Inhalt, Herrschaft auf ihre Normalform gebracht, die von Identität“ (ebd.).

Die Rationalität der Tauschgesellschaft finde ihre Gründung letztendlich in der Gewalt – einem „physischen Zwang“ –, die sowohl die „psychologische Triebökonomie“ wie auch die „materielle[n] Beweggründe“ sprengt (Adorno 1955/1996, 48). Adorno verteidigt den freudschen Begriff des *Trieb*s, den er vor allem bei den sogenannten Neo-Freudianern – Karen Horney, Erich Fromm und Harry S. Sullivan⁵ – fallen gelassen sieht. Dabei ist zu verstehen, dass der Trieb bei Freud selbst ein dialektischer – und kein naturalistischer – Begriff ist. Der *Trieb* ist nach Freud niemals als solcher zu erkennen, denn er „kann nie Objekt des Bewusstseins werden, nur die Vorstellung, die ihn repräsentiert“ (Freud 1915/1991a, 275). Der *Trieb* nimmt also die Stellung eines *Dings an sich* ein. Zugleich ist der Trieb ein Begriff, der auf eine Lücke beziehungsweise eine Grenze zielt. So heißt es in *Triebe und Triebchickale*, dass der Trieb als ein „Grenzbegriff zwischen Seelischem und Somatischem“ (Freud 1915/1991b, 214) gefasst werden müsse. Das Seelische und Somatische sind somit nicht identisch, zugleich ist es nicht möglich, diese beiden Teile auseinanderzureißen. Dies hat praktische Implikationen für die Funktionsweise der Psychoanalyse selbst, denn die Deutungsarbeit, die dem analytischen Prozess inhärent ist, zielt darauf, „etwas von dem zu verstehen, was sich der Sprache konsequent entzieht“ (König 2016, 150). Ein Fortschritt in der Analyse ist nach Freud nur zu verzeichnen, wenn ein gewisses Problem nicht nur kognitiv durchdrungen, sondern auch der Affekt, der an einer spezifischen Erinnerung haftet, abgeführt werde: „Affektloses Erinnern ist fast immer wirkungslos; der psychische Prozess, der ursprünglich abgelaufen war, muß so lebhaft als möglich wiederholt, in *statum nascendi* gebracht und dann 'ausgesprochen' werden“ (Freud 1895/1991, 65 Herv. i. O.). Das genuin Leibliche – der *Affekt* – und das genuin Psychische – die *Phantasie* – sind so bei Freud immer dialektisch aufeinander bezogen.

4 Es wird immer von Odysseus List gesprochen, aber es war Kirke, die sie ersann.

5 Eine historische Verortung dieser Diskussion bietet Wolfgang Bock (2018).

Auch wenn Adorno Kritiker einer starken Anthropologie ist, lassen sich vor allem im Hinblick auf seine Freud-Interpretation starke sensualistische Momente finden, die immer wieder um Begriffe wie *Leib*, *Erfahrung*, *Wahrnehmung*, *Empfindung*, *Schmerz* und *Leid* kreisen. Dabei geht es Adorno vor allem darum, zu zeigen, dass der cartesianische Dualismus wahr (genetisch) und unwahr (ontologisch) zugleich sei. Der *Geist* könne einerseits nicht parallel zum Leib gedacht werden: „All seine Erfahrungen [des Geistes], auch die spirituellsten, tragen diesen Charakter des Leibhaften, der Leibnähe im Sinn von Lust- und Unlustprinzip in sich“ (Adorno 1962-63/1974, 177). In der *Erfahrung* sind *Geist* und *Leib* miteinander stets verklammert und dennoch nicht identisch. So sei auch das „verselbständigte Bewußtsein, [als] Inbegriff des Tätigen in den Erkenntnisleistungen, abgezweigt von der libidinösen Energie des Gattungswesens Mensch“ (Adorno 1970/1996, 186).

3. Arbeitsteilung und Ambivalenz

In der *Dialektik der Aufklärung* verklammern Adorno und Horkheimer nun die Topik von Freud – die zwischen Ich, Es und Über-Ich unterscheidet – mit der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx. Dass Odysseus sich nach seiner langen Irrfahrt wieder als Herrscher von Ithaka aufschwingen kann, liege nicht nur an der Disziplinierung seiner eigenen Natur, sondern auch an der Unterwerfung der Ruderer, die allesamt während der Fahrt sterben werden. Als er dem Gesang der Sirenen zuhört, müssen die Ruderer – mit vom Wachs verschlossenen Ohren – ihre ganze Kraft ans Schiff abgeben, dabei verschleifen sie jeden Tag mehr. Damit zeige sich in der Odyssee bereits jenes Grundprinzip der *Arbeitsteilung* in der kapitalistischen Gesellschaft: „Der Knecht bleibt unterjocht an Leib und Seele, der Herr regrediert“ (Adorno/Horkheimer 1947/1996, 52). Während der Leib der Arbeiter*innen verschlissen wird, werde das Denken auf „Organisation und Verwaltung“ (ebd., 53) beschränkt.

Das Motiv, wonach die Leiblichkeit im Produktionsprozess zugerichtet wird, findet sich bei Marx vor allem in seiner Beschreibung der „Gliederung des Maschinensystems“, des „Leib[s] der Fabrik“ (MEW 23, 441). Er beschreibt, wie die „Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift“ und sogleich „das vielseitige Spiel der Muskeln“ sowie jegliche Form „freie[r] körperliche[r] und geistige[r] Tätigkeit“ unterdrücke (ebd.). Der Leib erfährt seine Zurichtung, indem er zum bloßen Knecht der Maschinerie wird. Der Knecht ist also zweifach unterworfen. Diesen Punkt der Zurichtung verallgemeinert Adorno für den gesamten Erfahrungsbereich der bürgerlichen Gesellschaft und gibt ihm zudem eine psychoanalytische Wendung. Freuds These, dass das *Ich* aus dem *Es* abgeleitet sei und somit auch das Denken seinen Ursprung in der leiblichen Konstitution finde, ist ein von Adorno immer wieder referierter Gedanke. So kann es auch kein ‘reines’ cogito geben, weil das Geistige immer jenes „Moment von Lust oder Schmerz“ (Adorno 1962-63/1974, 177) in sich trage. Dies ist für Adorno auch deswegen so zentral, weil er auf die (leibliche) ‘Not des Lebens’ und somit auf die onto- und phylogenetische Notwendigkeit des Menschen verweist, sich nach Außen zu richten. Freuds materialistisch hergeleitete Triebtheorie dient Adorno schließlich dazu, die Zurichtung des Leibes konkreter zu theoretisieren. So schreiben Horkheimer und Adorno: „Unter der bekannten Geschichte Europas läuft eine unterirdische. Sie besteht im Schicksal der durch Zivilisation verdrängten und entstellten menschlichen Instinkte und Leidenschaften“ (Adorno/Horkheimer 1947/1996, 265).

Insbesondere die Arbeitsteilung – die Aufspaltung in geistige und körperliche Arbeit – habe zu einer „Verstümmelung“ des Körpers geführt (ebd., 266). Einerseits habe dies zu einer spezifischen

Form „sublimste[r] kulturelle[r] Leistungen“ geführt, andererseits einer spezifischen „Haßliebe“ zum eigenen Körper Vorschub geleistet:

„Im Verhältnis des Einzelnen zum Körper, seinem eigenen wie dem fremden, kehrt die Irrationalität und Ungerechtigkeit der Herrschaft als Grausamkeit wieder, die vom einstigen Verhältnis, von glücklicher Reflexion so weit entfernt ist, wie jene von der Freiheit. In Nietzsches Theorie der Grausamkeit, erst recht bei Sade, ist das in seiner Tragweite erkannt, in Freuds Lehre von Narzißmus und Todestrieb psychologisch interpretiert.“ (ebd.)

Was Adorno und Horkheimer hier versuchen, ist also eine materialistische Einbindung der zweiten Triebtheorie Freuds, die dieser 1921 in *Jenseits des Lustprinzips* aufstellte. Darin postuliert Freud einen Dualismus von Lebens- und Todestrieb.

Aus dem von Freud teils biologisch abgeleiteten, teils metaphysisch gesetzten Dualismus ließen sich nach Adorno spezifische Phänomene wie etwa der häufig zu beobachtende Ambivalenzkonflikt, also die Gleichzeitigkeit von „Liebe (Zärtlichkeit) und Haß (Aggression)“ (Freud 1923/1987, 57), erklären, die man für eine Person oder auch eine Sache empfinden kann. Diese Ambivalenz manifestiert sich jedoch nicht nur nach innen, als Hassliebe gegenüber dem eigenen Körper, sondern auch nach außen, und kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass die eine Hand das „Kinderhaar oder Tierfell“ zärtlich streichelt, während die andere bereits den Nächsten „nieder schlägt“ (Adorno/Horkheimer 1947/1996, 291).

4. Das Kind

Wenn Adorno mit seinem Entwurf einer dialektischen Psychologie die Triebtheorie verteidigt, dann vor allem Freuds erste Triebtheorie, die Unterscheidung zwischen Sexual- und Selbsterhaltungstrieb. Die Verteidigung richtet sich gegen den Neufreudianismus, wie ihn Karen Horney oder Erich Fromm vertreten. Die „schwerwiegendste Konsequenz“ (Adorno 1952/1996, 23), die aus der Zurückweisung dieses Triebkonzepts durch die Neo-Freudianer resultiert, ist für Adorno die damit einhergehende Ablehnung der „zentrale[n] Rolle der Kindheitserinnerungen“ (ebd.) für die Konstitution des Psychischen. Adorno insistiert mit Freud darauf, dass sich der Charakter – bzw. das *Ich* – als „ein System von Narben“ herausbildet. An anderer Stelle bemühen Adorno und Horkheimer das Bild einer Schnecke, die ihre Fühler in das Gehäuse zurückzieht, sobald sie auf das *gefährliche Außen* treffe.

Das Denken sei in seinen „Anfängen unendlich zart“ (Adorno/Horkheimer 1947/1996, 295) und ziehe sich schnell wieder auf sich zurück, wenn das Außen ihm feindlich erscheint. Für Adorno und Horkheimer sind dies Stationen der *Ich-Genese*, „auf denen die Hoffnung zum Stillstand kam, und die in ihrer Versteinerung bezeugen, daß alles Lebendige unter einem Bann steht“ (ebd., 296). Daher habe Freud bei jedem Schritt seiner Theorie gezeigt, dass es „Gewalt ist, was vom Individuum verinnerlicht wird“ (Adorno 1952/1996, 32). Gleichzeitig jedoch ist das Kind auch an den Erwachsenen libidinös gebunden und bildet seine Ideale durch Verinnerlichung nach diesem Vorbild aus:

„Ein Hotelbesitzer, der Adam hieß, schlug vor den Augen des Kindes, das ihn gern hatte, mit seinem Knüttel Ratten tot, die auf dem Hof aus Löchern herausquollen; nach seinem Bilde hat das Kind sich den ersten Menschen geschaffen. Daß das vergessen wird; daß man nicht mehr versteht, was man einmal vorm Wagen des Hundefängers empfand, ist der Triumph der Kultur und deren Mißlingen.“ (Adorno 1966/1996, 359)

Adorno verweist immer und immer wieder auf *Handlungen der Härte*, die von den Kindern – aus *Liebe* sowie aus *Ehrfurcht/Hass* – verinnerlicht werden. Diese Internalisierung müsse insofern ernst genommen werden, als sie nicht einfach ‘umgekehrt’ werden könne, sondern selbst bei denjenigen, die spezifische Internalisierungsmuster ablegen wollen und darum ringen, nur in einem langen Prozess – etwa in einem psychoanalytischen Übertragungssetting – verändert werden können. Die Kindheit, wie sie Adorno skizziert, ist eine *Welt des Schreckens, der Gewissheit, einer Übermacht ausgeliefert zu sein*. So schreibt Adorno über die Welt Kafkas, in der alles so *riesig* erscheint, dass Kafka diese nur darstellen konnte, weil er den Blick der Erwachsenen ablegte: „Der so blicken will, muß sich ins Kind verwandeln und vieles vergessen. Er erkennt den Vater wieder als den Oger, den er immer schon in winzigen Anzeichen gefürchtet hat.“ (Adorno 1953/1996, 266) Die Kinder hätten es schon immer mit dem „Abfall der historischen Welt“ zu tun und „doch noch die Hoffnung, dass so etwas wie Geschichte sein könnte“ (ebd., 270).

Mit Adorno möchte ich an dem starken Kindheitsbezug für eine kritische Gesellschaftstheorie festhalten, jedoch halte ich es nicht für sinnvoll, die Kindheit *ausschließlich* als einen intrinsisch *leidvollen* Prozess zu konzeptualisieren. Dennoch ist in der kurzen Passage über Kafka ein Moment enthalten, das zuweilen vergessen wird und rehabilitiert werden muss. Der Vater ist kein Oger, aber er erscheint wie einer und in dieser imaginären Verzerrung wird doch ein wahrer Kern offenbart: die objektive Übermacht des Erwachsenen. Mit der Ablehnung der Libidotheorie könnte der Neufreudianismus Phänomene wie Sadismus nicht erklären. Wenn Sadismus auf „rein gesellschaftliche Verhaltensweisen verdünnt“ wird, habe genau die „faschistische Ausrottungspolitik den grausamen Beweis für die Identität des angeblich nur gesellschaftlichen Machtstrebens mit sexuellen Impulsen [gezeigt], und gerade die Vernebelung dieser Identität trug nicht wenig zur Entfesselung der Barbarei bei“ (Adorno 1952/1996, 28). Horney geht davon aus, dass das strukturgebende – und gewaltsame – Moment für den Charakter die *Konkurrenz* ist. Adorno hingegen hält die Konkurrenz für ein bloßes „Fassadenphänomen“ – viel mehr werde die Gesellschaft durch die „vielfach mittelbare Drohung körperlicher Gewalt“ zusammengehalten, als der „zahme“ Begriff der Konkurrenz es zu begreifen vermag (ebd. 32).

Dass Adorno die Konkurrenz für ein bloßes Fassadenphänomen hält, hängt damit zusammen, dass er von einem Monopolkapitalismus in Deutschland ausgeht. So heißt es etwa in den *Reflexionen zur Klassentheorie*, dass die Klassengesellschaft heute – der Text wird von Adorno 1942 verfasst – von Monopolen beherrscht werde und so zum Faschismus dränge. Anstelle der Konkurrenz trete das alte Spiel der Konquistadoren, die ihre Macht in jedem Bereich des Staates – Politik, Militär, Kultur – absichern (vgl. Adorno 1942/1996, 378). Dies lasse „die Existenz der feindlichen Klassen in Vergessenheit geraten“ (ebd., 376) und überführe schließlich die Klassengesellschaft ideologisch zur Massengesellschaft, denn die „Proletarier [...] müssen, wenn sie leben wollen, sich angleichen“ (ebd., 380).

Adorno war, anders als ihm oft vorgeworfen wird, kein snobistischer Verächter der Masse. Er sieht in der Masse selbst eine Reaktion auf eine reale wie empfundene Ohnmacht, auf eine permanente Drohung: Gleichzeitig dürfe ein solcher Satz nicht dem „Psychologismus“ (ebd., 389) verfallen, die Ohnmacht ist aus den realen Verhältnissen abzuleiten: „Indem die Herrschenden planvoll das Leben der Gesellschaft reproduzieren, reproduzieren sie eben dadurch die Ohnmacht der Geplanten“ (ebd., 390). Durch die Monopolisierung des Kapitals, die Versachlichung des Alltags und die Standardisierung der Produktion verschwinde das Individuum. Der Untergang des Ödipuskomplexes wird so zur historischen Realität in einer Welt, in der das Leben unter

ein universalisierendes Verwaltungsprinzip gerät. Adorno bringt die gerade zitierte Form des Konformismus nicht nur mit dem Faschismus zusammen, sondern sieht darin den grundlegenden Zug des 'Spätkapitalismus' und der damit verbundenen Kulturindustrie. Die subjektiven Folgen dieses Prozesses würden in dem gesamten Phänomen sichtbar, das David Riesman als 'außengeleiteten Charakter' beschreibt. Die „Veräußerlichung des Überichs“ führe „zur bedingungslosen Anpassung“ (Adorno 1966/1996, 271). In dieser Form der Vergesellschaftung ist es gerade das Ich, das geschwächt wird, obwohl es gerade von der Ich-Psychologie die ganze Zeit angerufen wird.

Mit der Schwächung des Ichs sind die Individuen den Kollektiven umso mehr ausgeliefert. Adorno sieht daher auch den Narzissmus – anders als Horney, die den Narzissmus als „seelische Inflation“ beschreibt – als eine *notwendige Rückwendung* der Libido auf sich selbst, gegeben durch die „Schwierigkeiten, die sich jeglicher spontanen und direkten Beziehung zwischen Menschen heute in den Weg legen“ (Adorno 1952/1996, 33). In diesem Zusammenhang betont Adorno die Zunahme des kollektiven Narzissmus, der darauf basiert, dass die Einzelnen bis in „ihre individuellen Triebkonstellationen“ hinein das „Bewußtsein ihrer sozialen Ohnmacht“ besitzen und sich zugleich dafür schuldig fühlen, dass sie weniger sind, als sie sein könnten, was dazu führt, dass sie sich mit einem kollektiven Größenselbst identifizieren, dem sie alle „Attribute [...] zusprechen“, die sie bei sich selbst vermissen (Adorno 1959/1996, 114).

Aus dieser Art und Weise, den gesellschaftlichen Prozess zu betrachten, ergibt sich eine Reihe von Fragezeichen und Kritikpunkten. Richtig ist, dass Adorno das Moment der Konkurrenz nicht genügend beachtet hat (vgl. Braunstein 2011, 157), richtig ist auch, dass er gegenüber Horney den Nachweis schuldig bleibt, dass Konkurrenz psychodynamisch keine Rolle spielt. Dennoch ist sein permanenter Bezug auf die Kindheit zur Ausbildung spezifischer Affektökonomien von höchster Bedeutung. Auch seine politischen Appelle, wie man sie in dem Vortrag *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus* findet, richten sich vor allem darauf, im konkreten Kampf gegen den Rechtsextremismus zu allererst bei den Jugendlichen anzusetzen. Man könne nicht einfach nur mit „Appellen an die Humanität“ operieren, die im Zweifelsfall nur mit Spott beantwortet werden, sondern man müsse auf die „drastischen Interessen derer verweisen, an die sich die [rechtsradikale] Propaganda wendet“ (Adorno 1955/2019, 28). Insbesondere bedeute dies, dass man die Jugend „warnen muß vor dem Drill in jeglicher Gestalt, vor der Unterdrückung ihrer privaten Sphäre und in ihrem Lebensstil“ (ebd., 28f.). Dieser Punkt ist bis heute in seiner Dringlichkeit relevant.

Ganz konkret politisch heißt das, dass man erhebliche Ressourcen für die Kinder- und Jugendarbeit einfordern muss, gerade dort, wo es, wie etwa in den ländlichen strukturschwachen Gegenden Ostdeutschlands, sowieso wenig Angebote der kulturellen Identitätsbildung gibt. Das Gegenteil ist im Moment der Fall. So kritisiert das *Deutsche Kinderhilfswerk*, dass die „Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe mit 3,93 Prozent den niedrigsten Wert seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erreicht hat“ (Deutsches Kinderhilfswerk 2019). Insbesondere für arme Kinder oder Kinder mit tiefgreifenden psychischen oder anderen Problemen ist dies eine Katastrophe. Der Mangel bietet die Auftreffstruktur für *rechte Identifikationsangebote*. Es ist aber auch für diejenigen Kinder eine Katastrophe, die sich nicht in die Logik der *Härte* und *Männlichkeit*, wie sie oft in Gegenden mit rechter 'Kulturpolitik' herrscht, einfügen können. Sie werden gemobbt, gequält und im schlimmsten Fall, wie es etwa dem 16-jährigen Marinus Schöbel 2002 in Potzlow geschah, gefoltert und getötet. Marinus stotterte und entsprach nicht der in seinem Umfeld herrschenden Männlichkeitsnorm. Für Kinder, die in diesen Gegenden rassistisch bedroht werden, kann jeder einzelner Tag zum Spießrutenlauf

werden. Hunde werden auf sie gehetzt, ihre Haare werden angezündet, sie werden physisch und psychisch misshandelt – all dies lange, bevor die *AfD* überhaupt existierte und in den bürgerlichen Diskussionsrunden von Interesse war.

So sind auch modernisierungstheoretische Analysen mit Vorsicht zu genießen, die zu einer einseitigen Privilegierung der Kultursphäre neigen. Martin Dornes sieht in der Veränderung der Einstellung zur Erziehung in den letzten Jahrzehnten einen „Fortschritt“, der „gar nicht hoch genug veranschlagt werden“ (Dornes 2010, 996) könne. Nicht nur die Erziehung, sondern der ganze familiäre Kosmos, einschließlich der Paarbeziehung, habe eine *Demokratisierung* erfahren, die dazu geführt habe, dass die „patriarchalische Anerkennungsordnung stabiler Ungleichheit in der Familie aufgeweicht“ wurde und „einer kommunikativen Verflüssigung [...] Platz gemacht“ (ebd., 998) hat. Diese Veränderungen der Gesellschaft, die insgesamt demokratischer geworden sei, hätten zudem dazu geführt, dass ‘starre’ Charaktere, die meist durch auf „Gehorsam und Unterordnung“ gerichtete Erziehungsstile gewonnen wurden, inzwischen dysfunktional seien und Eltern daher einen Anreiz hätten, Kinder so zu erziehen, dass sie zu „selbstständige[n], flexible[n]“ (ebd.) Persönlichkeiten ‘heranreifen’. Zudem werde den Kindern – im Vergleich zu den Jahrzehnten vor 1968 – wesentlich mehr „emotionale[] Wertschätzung“ (ebd., 1002) und Anerkennung entgegengebracht. Damit wehrt Dornes vor allem jene (konservativen) Stimmen ab, die von einem Kulturverfall in der Erziehung und durch soziale Medien sprechen.

Doch Dornes unterschätzt, wie hoch weiterhin die repressive Zurichtung für eine Gruppe von Kindern ist. Eine aktuelle Studie, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Autoritarismus und der Einstellung gegenüber Körperstrafen als Erziehungsmethode befasst hat, macht dies deutlich. 44,5 % der Befragten hielten Körperstrafen für legitim, obwohl sie seit dem Jahr 2000 nach § 1631 Absatz 2 BGB verboten sind (Clemens u.a. 2019). Als stärkster Prädiktor dafür, dass Körperstrafen bei Kindern befürwortet werden, gilt das eigene Erleben von Körperstrafen in der Kindheit. Gleichzeitig korreliert die Zustimmung zu Körperstrafen signifikant mit hohen Punktwerten auf der Rechtsextremismus-Skala, die in den Leipziger Autoritarismus-Studien entwickelt wurde. Sechs Dimensionen wurden (indirekt) durch jeweils drei Fragen erfasst: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Die Kinder werden also teilweise nicht einfach ideologisch – im Sinne der wörtlichen Anrufung – verhärtet, sondern die Härte wird ihnen in den Leib eingebrannt.

Vera King fragt, ob es nicht ein Fehler sei, die ‘Lockerung’ bestimmter gesellschaftlicher Zwänge gleichzusetzen mit einer Lockerung des Psychischen, ob nicht vielmehr bestimmte Lockerungen, vielleicht auch im Zusammenhang mit „ungelockerte[n] Kontinuitäten“ – wie etwa Fragen der ‘sozialen Ungleichheit’ – nicht zu „extrem starren psychischen Abwehrmustern führen“ könnten (King 2010, 1043). Gerade in der Corona-Pandemie zeigte sich noch einmal allzu deutlich, wie abhängig Kinder – besonders in Krisenzeiten – von ihrem familiären Hintergrund sind, wie sehr das Schicksal der Geburt entscheidet, in einer Gesellschaft, in der die Klassengrenzen wieder fester gezurrt werden. Dass die jeweilige Zurichtung auf die Marktfähigkeit hin je nach Klassenlage sehr unterschiedlich ausfällt, ist dabei sehr wahrscheinlich, wäre aber genauer zu untersuchen. Es wird jene Kinder geben, die damit aufgezogen werden, etwas *Besonderes* zu sein, die dann aber auch *besonders* sein müssen, und jene, die bereits von klein auf als *Nichtsnutze* degradiert werden. Diejenigen, die internalisieren, etwas *Besonderes* zu sein, stoßen später eventuell auf eine Realität, die ihnen genau das Gegenteil zeigt, nämlich, dass sie als Ware Arbeitskraft doch *austauschbar*

sind, und jene, die internalisieren, *Nichtsnutze* zu sein, werden sich eventuell dieses Gefühls eines Tages entledigen, indem sie ihre Aggression gegen Andere richten, oder aber indem sie sich durch masochistische Akte selbst schaden, sich etwa in Scham und Depression 'flüchten'.

Eine Analyse, die an Adorno geschult ist, erkennt die Kehrseite, die in dem liberalen Fortschritt liegt, den Dornes beschreibt. Während etwa in der Schule und im Kindergarten vermehrt spielerische Methoden ausprobiert werden, die ein gutes Miteinander, Kreativität und Offenheit fördern sollen, greift zugleich die Selektion mit all ihrer Brutalität immer früher. Das Nebeneinander von formalisierter, vermeintlicher Sanftheit, von 'Teamgeist', und dem erhöhten Druck, sich durchsetzen zu müssen, sich selbst zu optimieren, lässt neue Widersprüche innerhalb des Subjekts entstehen. Man übt in großen Unternehmen auch noch dann die 'gewaltfreie Kommunikation', wenn die nächste 'Sanierung' – gern auch unter dem 'Schutzschirmverfahren' der Bundesregierung – schon bevorsteht. Verabschiedet wird man lächelnd als 'Freund', die Wut findet keinen Adressaten mehr. Gerade die perfide Inhumanität in der 'lockeren' Start-Up-Szene ist hinreichend dokumentiert worden. Noch am Abgrund der Existenz wird einem empfohlen, die neueste Atemtechnik auszuprobieren.

Die Grausamkeit in den alltäglichen Dingen erkennen zu können, sie als singulär und dennoch als Ausdruck einer allgemeinen Logik zu bestimmen, war das Projekt der *Minima Moralia*. In ihr zeigt sich ein beständiger Zug des dialektischen Denkens: die Weigerung, verschiedenste Phänomene steril in gesonderten Teilbereichen zu analysieren. Adornos Versuch, so verschiedene Ansätze wie den von Marx und Freud gedanklich zu durchdringen und aufeinander zu beziehen, ohne eine Synthese erzwingen zu wollen, zeigt das Bestreben, Gesellschaftstheorie weder auf den Pol der Struktur, noch auf den des Akteurs, weder auf das Subjekt, noch auf das Objekt reduzieren zu wollen. Phänomene wie Naturbeherrschung, Vergeschlechtlichung und Ich-Bildung werden nicht getrennt voneinander behandelt, sondern in ihrem immanenten Zusammenhang bestimmt. Seine Überlegung zur Konstitution des *Ichs* unter dem Druck des gesellschaftlichen Antagonismus tappt nicht in die Falle des Konstruktivismus, weil er mit Marx wie mit Freud den somatischen Aspekt der Subjektbildung nicht vergisst. Mit der Psychoanalyse Freuds verweist Adorno auf den Moment, wo die Konditionierung fehlgeht, wo nicht intendierte psychodynamische Effekte auftreten, die sich in Symptomen äußern. Affektdynamik, in diesem umfassenden Sinne verstanden, verweist auf die Risse der Affektregulation selbst. Was nach einer Lektüre Adornos in diesem Zusammenhang verstanden werden kann, ist, dass Affekte wie Hass und Vernichtungswille unter den Bedingungen einer antagonistischen Gesellschaft nicht erst von rechten Akteuren evoziert werden müssen, durch sie aber unheilvoll legitimiert, unendlich verstärkt und ausagiert werden können.

Literatur

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (1947/1996): *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/M.
- Adorno, Theodor W. (1942/1996): *Reflexionen zur Klassentheorie*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Frankfurt/M., 373-391.
- (1951/1996): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M.
- (1952/1996): *Die revidierte Psychoanalyse*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Frankfurt/M., 20-41.
- (1953/1996): *Aufzeichnungen zu Kafka*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 10.1, Frankfurt/M., 254-287.
- (1955/1996): *Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Frankfurt/M., 42-85.

- (1955/2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin.
 - (1958/2010): Einführung in die Dialektik, Frankfurt/M.
 - (1959/1996), Theorie der Halbbildung, in: ders., Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt/M., 93-121.
 - (1962-63/1974): Philosophische Terminologie. Band II, Frankfurt/M.
 - (1964/2008): Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft, Frankfurt/M.
 - (1965-66/2003): Vorlesung über Negative Dialektik, Frankfurt/M.
 - (1966/1996): Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt/M.
 - (1968/2015): Einleitung in die Soziologie, Frankfurt/M.
 - (1970/1996): Ästhetische Theorie, Frankfurt/M.
- Altenried, Moritz/Schütt, Mariana (2013): Krise und Normalität im Kapitalismus. Versuch einer schwierigen Verhältnisbestimmung, in: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hg.), Nation. Ausgrenzung, Krise. Kritische Perspektiven auf Europa, Münster, 53-64.
- Angehrn, Emil (1996): Die Überwindung des Chaos. Zur Philosophie des Mythos, Frankfurt/M.
- Balibar, Étienne (1992): Rassismus und Krise, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.), Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, 261-272.
- Bock, Wolfgang (2018): Dialektische Psychologie. Adornos Rezeption der Psychoanalyse, Wiesbaden.
- Clemens, Vera u.a. (2019): Autoritarismus wird salonfähig in Deutschland? Ein Risikofaktor für körperliche Gewalt gegen Kinder? Die Relevanz gesellschaftspolitischer Ideologie bei der Einstellung zu Körperstrafen in einer repräsentativen deutschen Stichprobe, in: Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, 47 (5), 453–465.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 48 (190), 27-42.
- Deutsches Kinderhilfswerk (2019): Bedeutungsverlust der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland nimmt dramatische Ausmaße an, 7.1.2019, URL: <https://www.dkhw.de/presse/schlagzeilen-archiv/schlagzeilen-details/deutsches-kinderhilfswerk-bedeutungsverlust-der-kinder-und-jugendarbeit-in-deutschland-nimmt-drama/>.
- Dornes, Martin (2010): Die Modernisierung der Seele, in: Psyche (64) 11, 995-1033.
- Dörre, Klaus (2018): Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Carina Becker u.a. (Hg.), Arbeiterbewegung von Rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Frankfurt/M., 49-80.
- El-Tayeb, Fatima (2016): Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 66 (14-15), 15-21.
- Emmerich, Marcus (2007): Jenseits von Individuum und Gesellschaft. Zur Problematik einer psychoanalytischen Theorie der Sozialität, Gießen.
- Freud, Sigmund (1895/1991): Studien über Hysterie, in: ders., Gesammelte Werke. Bd. 1, Frankfurt/M., 75-312.
- (1915a/1991): Das Unbewußte, in: ders., Gesammelte Werke. Bd. 10, Frankfurt/M., 264-303.
 - (1915b/1991): Triebe und Tribschicksale, in: ders. Gesammelte Werke. Bd. 10, Frankfurt/M., 209-232.
 - (1923/1987): Das Ich und das Es, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 13, Frankfurt/M., 234-289.
 - (1927/1991): Die Zukunft einer Illusion, in: ders., Gesammelte Werke. Bd. 14, Frankfurt/M., 323-380.
 - (1930/1991), Das Unbehagen in der Kultur, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 14, Frankfurt/M., 419-506.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin.
- Horkheimer, Max (1937/1988): Traditionelle und kritische Theorie, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M., 162-216.
- Illouz, Eva (2009): Die Errettung der modernen Seele, Frankfurt/M.
- Kirchhoff, Christine/Schmieder, Falko (2015): Einleitung, in: dies., Zur Urgeschichte der Moderne, Berlin, 153-164.

- King, Vera (2010): Psyche und Gesellschaft. Anmerkungen zur Analyse gegenwärtiger Wandlungen (Kommentar zu Martin Dornes), in: *Psyche* 64 (11), 1040-1053.
- König, Julia (2016): Hermeneutik des Leibes und der Vorrang des Objektes, in: Philip Hogh/Stefan Deines (Hg.), *Sprache und Kritische Theorie*, Frankfurt/M., 133-164.
- Luhmann, Niklas (1985): Die Autopoiesis des Bewußtseins, in: *Soziale Welt* 36 (4), 402-446.
- Marx, Karl (1890/1969): *Das Kapital*, Bd. 1, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke (MEW)*, Band 23, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Frankfurt am Main.
- Umrath, Barbara (2019): *Geschlecht, Familie, Sexualität. Die Entwicklung der Kritischen Theorie aus der Perspektive sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung*, Frankfurt am Main.
- van Dyk, Silke (2017): Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik, in: *PROKLA* 47 (188), 347-368.

Michael Zander

„Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt.“ Ideologie als psychologisches Problem

1. Hintergrund

Im Sommer 2018, in dem Karl Marx' 200. Geburtstag gefeiert wurde, erlebte Europa einen Hitzerekord, eine Dürre, Ernteausfälle und große Waldbrände in mehreren Ländern. Die globale Durchschnittstemperatur lag laut Umweltbundesamt (UBA) 0,79° C über dem langjährigen Durchschnittswert des 20. Jahrhunderts. „Neun der zehn wärmsten Jahre, die seit Beginn der regelmäßigen Aufzeichnungen beobachtet wurden, traten im 21. Jahrhundert auf“ (UBA 2019). Der Weltklimarat IPCC veröffentlichte im Oktober des Jahres einen Sonderbericht, aus dem hervorging, dass der globale Ausstoß von klimaschädlichen Gasen bis 2030 um knapp die Hälfte des Umfangs im Jahr 2010 und bis Mitte des Jahrhunderts auf „netto null“, also ein Minimum reduziert werden muss, das der Atmosphäre wieder entzogen werden kann (IPCC 2018). Andernfalls drohen der Anstieg des Meeresspiegels, Stürme, Überschwemmungen, Dürren und möglicherweise das Überschreiten von sogenannten Kipppunkten des Klimas, jenseits derer die Erde für Menschen unbewohnbar werden könnte (Steffen u.a. 2018).

Drei Jahrzehnte globaler kapitalistischer Produktionsweise haben nicht zur notwendigen Reduktion, sondern zu einer enormen Steigerung der weltweiten Treibhausgasemissionen geführt. Der Kapitalismus konzentriert Macht in den Händen weniger Eigentümer von Produktionsmitteln und opfert langfristige gesellschaftliche Interessen der privaten Profitmaximierung. Er erweist sich als eine veraltete Produktionsweise, weil er sich offensichtlich nicht dafür eignet, die entscheidenden Zukunftsprobleme der Menschheit zu lösen. Eine neue Art der globalen Produktion wäre notwendig, lässt sich gegenwärtig aber nicht durchsetzen. Es ist also geboten, die fatale Entwicklung unter den Bedingungen des herrschenden Systems zu bremsen und gleichzeitig Bewegungen zu fördern, die stark genug werden könnten, um die Grenzen dieses Systems zu sprengen.

Materialistinnen und Materialisten in der von Karl Marx und Friedrich Engels begründeten wissenschaftlichen und politischen Tradition haben stets vor der zerstörerischen Kraft des Kapitalismus gewarnt. Viele dürften nun aber doch überrascht sein, dass sich ihre schlimmsten Befürchtungen in einer Weise bewahrheiten, die von den Klassikern zwar schon geahnt, aber in ihrer vollen Bedeutung nicht vorhergesehen werden konnte. Das Ende des sogenannten realen Sozialismus in Osteuropa bedeutete einen gewaltigen Rückschlag für die gesamte Linke, auch für diejenigen, die diesen Sozialismus scharf kritisiert hatten, insbesondere für seinen gravierenden Mangel an Demokratie und an wirklicher gesellschaftlicher Kontrolle über die Produktionsmittel. Mit dem nahezu weltweiten Triumph des Kapitalismus mussten sich sozialistische Linke aller Couleur darauf einstellen, ihre Ziele, wenn überhaupt, nur langfristig verwirklichen zu können. Der rapide Klimawandel hat diese Zeitperspektive obsolet gemacht. Durch „Klimawandel und

Verlust der Biodiversität“ entstehen „gattungsbedrohende Problemlagen, für deren Lösung nur noch begrenzte Zeit zur Verfügung steht [...]. War es früher möglich, sich über das Scheitern eines emanzipatorischen Projekts mit einem ‘*Geschlagen ziehen wir nach Haus, die Enkel fechten’s besser aus!*’ hinwegzutrusten, so ist das hier nicht möglich“ (Wahl 2019, 27).

Die inzwischen direkt wahrnehmbaren Folgen der globalen Erwärmung, die alarmierenden Prognosen der Klimaforschung und internationale Protestbewegungen erinnern daran, dass Menschen ein Teil der Natur und von ihr abhängig sind. Natürliche Prozesse vollziehen sich in Wechselwirkung mit gesellschaftlicher Praxis objektiv und unabhängig von unserem Meinen und Wollen. Diese Tatsache widerlegt und blamiert den postmodernen Erkenntniskepticismus, der die Wirklichkeit in Sprache, Diskurse und Narrative auflösen wollte. Die Klimakrise ist menschengemacht, aber keine „soziale Konstruktion“. Sie ist nicht dadurch zu lösen, dass wir sie „neu denken“ (kritisch dazu Malm 2018). Wann immer über das Werk von Marx und Engels diskutiert wird, geschieht dies vor dem Hintergrund der jeweiligen Epoche und der ihr eigenen Probleme. Die Klimakrise bildet wesentlich den Hintergrund unserer Debatten.

2. Ideologie als gesellschaftlich nahegelegte Täuschung und Selbsttäuschung

Karl Marx und Friedrich Engels waren Universalgelehrte. Ihre Werke sind nach wie vor von mehr als nur historischer Bedeutung und können als Beiträge zu verschiedenen Fachgebieten gelesen werden, darunter Ökonomie, Geschichtswissenschaft, Soziologie und Philosophie. Seit der Emeritierung der Professorinnen und Professoren aus der 1968er-Generation ist die akademische Rezeption der Klassiker allerdings wieder auf dem Rückzug. Das gilt auch für die Psychologie, die von Marx viel zu lernen hätte (Zander 2017). Im 20. Jahrhundert wurden mehrere bedeutende Ansätze entwickelt für eine Psychologie auf der Grundlage des von Marx begründeten gesellschaftswissenschaftlichen Materialismus, etwa von Lew Wygotski (1896–1934), Georges Politzer (1903–1942), Marie Jahoda (1907–2001) und Klaus Holzkamp (1927–1995).

Alle diese Ansätze sind im weitesten Sinne ideologiekritisch, der Begriff der Ideologie ist darin allerdings nicht zentral oder fehlt gänzlich (exemplarisch Rubinstejn 1934/1987). Die Frage ist, ob sich das Problem der Ideologie unter psychologischen Gesichtspunkten untersuchen lässt, ohne es zu psychologisieren. Bekanntlich gibt es eine umfangreiche Literatur zum Ideologiebegriff (Eagleton 2000, Ritsert 2002), die hier nicht rekapituliert werden kann. Es soll aber an einige zentrale Aussagen von Marx zum Thema erinnert werden, die selbst unter linken Intellektuellen heute kein Allgemeinwissen mehr sind, wenngleich einige von ihnen in berühmt gewordenen Sätzen formuliert wurden.

Marx’ Ideologiekritik ging in den 1840er Jahren – in Auseinandersetzung mit der in Deutschland damals tonangebenden Hegelschen Philosophie – die Religionskritik voraus. Der ältere Materialismus hatte die Religion und mit ihr die Vorstellung angegriffen, dass es einen Gott und eine unsterbliche, vom Körper separierbare Seele des Menschen gebe. Beim jungen Marx war der Atheismus ein selbstverständlicher Ausgangspunkt. „Für Deutschland ist die *Kritik der Religion* im wesentlichen beendet“, schreibt er 1844 (MEW 1, 378). Ihn interessierte an der Religion nicht mehr die Frage ihres Wahrheitsgehalts, sondern die nach ihrer gesellschaftlichen Funktion. Diese beschreibt er im gleichen Aufsatz wie folgt:

„Das *religiöse* Elend ist in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herz-

losen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks“ (ebd., 378f.).

Die Religion war für Marx also einerseits ein Rausch- und Schmerzmittel – „Opium“ –, das hilft, unerträgliche Lebensbedingungen auszuhalten, andererseits eine Form von Protest gegen die Realität, der sie eine bessere transzendente Welt gegenüberstellt. Sie ist eine Illusion, die aber in den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen verankert ist. Deshalb kann man sie sich und anderen nicht einfach ausreden. Wer nur die angebliche Irrationalität der Religion kritisiert, übersieht deren subjektive Notwendigkeit. Man muss also nach den Umständen fragen, in denen der Glaube wurzelt. Marx schlussfolgert: „Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf*“ (ebd., 379). Religionskritik hat also nur dann eine Chance und ist nur dann als politisch fortschrittlich zu beurteilen, wenn sie eine Kritik und Veränderung unerträglicher Lebensbedingungen miteinschließt. Aus dieser Einsicht leitete Marx seine berühmte, auf Kant anspielende ethische Maxime ab: Die Kritik der Religion ende mit der Lehre, dass nicht Gott, sondern „*der Mensch das höchste Wesen für den Menschen*“ sei, also mit dem *kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (ebd., 385).

In ihren Manuskripten zur „Deutschen Ideologie“ von 1845/46 setzen sich Marx und Engels mit den sogenannten Junghegelianern auseinander, zu deren Kreis sie bis dahin selbst gehört hatten. Sie werfen ihnen vor, lediglich Ideen zu kritisieren. Bei den Junghegelianern gälten „Vorstellungen, Gedanken, Begriffe [...] für die eigentlichen Fesseln der Menschen“ (MEW 3, 19f.). Deshalb richteten sie „das moralische Postulat“ an die Menschen, „ihr gegenwärtiges Bewusstsein mit dem menschlichen, kritischen oder egoistischen Bewusstsein zu vertauschen und dadurch ihre Schranken zu beseitigen“ (ebd., 20). Keinem der „Ideologen“ sei es „eingefallen, nach dem Zusammenhange der deutschen Philosophie mit der deutschen Wirklichkeit, nach dem Zusammenhange ihrer Kritik mit ihrer eignen materiellen Umgebung zu fragen“ (ebd.). Darüber hinaus verwerfen Marx und Engels die „bisherige Geschichtsauffassung“, die „nur politische Haupt- und Staatsaktionen und religiöse und überhaupt theoretische Kämpfe“ wahrnehme. Sie teile die Illusion einer Epoche, die glaube „durch rein ‘politische’ oder ‘religiöse’ Motive bestimmt zu werden, obgleich ‘Religion’ und ‘Politik’ nur Formen ihrer wirklichen Motive“ (ebd., 39) seien.

Der „bisherigen Geschichtsauffassung“ setzen Marx und Engels ihren „Geschichtsmaterialismus“ entgegen. Triebkräfte der Gesellschaftsentwicklung und die „wirklichen Motive“ der Handelnden sind demnach materielle Interessen. Wie bei der Religion – einer Form der Ideologie – fragen sie, wie politische Vorstellungen gesellschaftlich verankert sind und welche Bedürfnisse sie befriedigen. „Im Jahr 1842–43“, so erinnert sich Marx später, „kam ich zuerst in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen. Die Verhandlungen des Rheinischen Landtags über Holzdiebstahl [...] gaben die ersten Anlässe zu meiner Beschäftigung mit ökonomischen Fragen“ (MEW 13, 7f.). Der damalige Gesetzentwurf sah unter anderem vor, dass das Auflesen von am Boden liegendem „Raffholz“, auf das die besitzlose Bevölkerung vor allem als Heizmaterial angewiesen war, fortan als Diebstahl einzustufen sei. Die Abgeordneten vertraten in ihren Redebeiträgen nicht nur bestimmte Rechtsauffassungen, sondern Klasseninteressen, etwa die Interessen der Waldbesitzer (MEW 1, 109ff.).

Der Begriff der „Ideologie“ stammt ursprünglich von Antoine Destutt de Tracy (1754–1836), einem revolutionären bürgerlichen Aufklärer des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Bei ihm ist Ideologie die Lehre von den Ideen oder auch die Wissenschaft vom Denken, die helfen

sollte, Aberglauben und Vorurteile der Bevölkerung mit pädagogischen Mitteln zu überwinden. Der zum Kaiser Frankreichs avancierte Napoléon Bonaparte (1769–1821) warf den „Ideologen“ vor, dem Volk die Illusionen und damit das Glück zu rauben (vgl. Eagleton 2000, 80ff.). Marx ist Erbe und zugleich Kritiker der Aufklärung. Seine Kritik bezieht sich unter anderem auf den Rationalismus, der die Aufklärung vorwiegend zu einer Frage der Pädagogik und des vorgeblich richtigen Denkens macht.

Allerdings erfährt der Ideologiebegriff bei Marx und Engels wechselnde Akzentuierungen. Ideologie heißt zunächst, sich über die Motivation des eigenen Denkens zu täuschen. Engels schreibt über frühe Gesellschaften: „Die Menschen gewöhnten sich daran, ihr Tun aus ihrem Denken zu erklären statt aus ihren Bedürfnissen [...]“ (MEW 20, 451). In einem Brief an Franz Mehring aus dem Jahr 1893 beantwortet er die Frage, was Ideologie sei, folgendermaßen:

„Die Ideologie ist ein Prozess, der zwar mit Bewusstsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewusstsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt [...]. Er arbeitet mit bloßem Gedankenmaterial, das er unbeschrieben als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernteren, vom Denken unabhängigen Ursprung untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken *vermittelt*, auch in letzter Instanz im Denken *begründet* erscheint“ (MEW 39, 97).

Ideologie heißt ferner, sich nicht nur selbst über die eigenen Motive, sondern auch über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu täuschen und diese dadurch zu rechtfertigen. „Die praktischen Agenten der kapitalistischen Produktion und ihre ideologischen Zungendrescher“, schreibt Marx über Kapitalisten und bürgerliche Ökonomen (MEW 23, 635), „sind ebenso unfähig, das Produktionsmittel von der antagonistischen gesellschaftlichen Charaktermaske, die ihm heutzutage anklebt, getrennt zu denken, als ein Sklavenhalter den Arbeiter selbst von seinem Charakter als Sklave.“ Sklave zu sein, erscheint dem Sklavenhalter als eine Eigenschaft des Sklaven; ein Produktionsmittel, so glaubt der Kapitalist, kann vorteilhaft nur auf kapitalistische Weise eingesetzt werden; und dass eine Ware etwas wert ist, wird auf die physischen Charakteristika der Ware zurückgeführt. In Wirklichkeit, sagt Marx, entspringen alle diese Phänomene bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen, die historisch entstanden sind und die auch wieder abgeschafft werden können. Ein Merkmal ideologischen Denkens ist, dass man die gesellschaftlichen Verhältnisse verkennt, dass man sie nicht in ihrer gesellschaftlich-historischen Entwicklung begreift und dass man deshalb ihre Grenzen nicht als Grenzen wahrnimmt.

Die „materialistische Geschichtsauffassung“ ist häufig als ein kruder Sozialdeterminismus missverstanden worden. Anlass zu einem solchen Missverständnis hat beispielsweise die folgende berühmte Formulierung von Marx aus dem Jahr 1859 gegeben: „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“ (MEW 13, 8). Gegen eine deterministische Interpretation spricht schon allein der Umstand, dass es zwecklos wäre, etwa die Junghegelianer zu kritisieren, wenn diese durch ihr „gesellschaftliches Sein“ dazu verurteilt wären, ideologische Auffassungen zu vertreten. Die zugespitze Formulierung ergibt m.E. nur Sinn, wenn man sie als allgemeine Tendenzangabe versteht. Der Fabrikantensohn Engels konnte sich offensichtlich gegen sein unmittelbares Klasseninteresse dafür entscheiden, Sozialist zu werden. Die Klasse der Besitzenden kann das nicht.

Bereits Engels sah sich 1890 genötigt, reduktionistische Interpretationen zurückzuweisen, die alle gesellschaftlichen Phänomene unvermittelt auf das „Sein“ und dieses auf das Ökonomische

zurückführen. Es werde „schwerlich gelingen, die Existenz jedes deutschen Kleinstaates [...] oder den Ursprung der hochdeutschen Lautverschiebung [...] ökonomisch zu erklären, ohne sich lächerlich zu machen“ (MEW 37, 464). Er warnte davor, dass „die materialistische Methode in ihr Gegenteil umschlägt, wenn sie nicht als Leitfaden beim historischen Studium behandelt wird, sondern als fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurechtschneidet“ (MEW 22, 81).

Was ist also Ideologie? Aus allem Dargelegten ergibt sich: Ideologie ist ein gesellschaftlich nahegelegter Prozess der Täuschung über die eigenen Handlungsmotive oder die Motive anderer und über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Ideologie sucht die Ursache für gesellschaftlich-historische Entwicklungen im Denken der Handelnden statt in deren materiellen Interessen angesichts gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese Verhältnisse werden in einer Weise verkannt, die sie als unveränderbar und gerechtfertigt erscheinen lässt. Die Täuschung kann monströse Formen annehmen. „Es ist Ideologie, was Menschen von Zeit zu Zeit dazu bringt, einander für Götter oder Ungeziefer zu halten“ (Eagleton 2000, 3).

3. Psychoanalyse, Psychologie, Ideologie

Im Todesjahr von Engels, 1895, veröffentlichte Sigmund Freud mit Josef Breuer (1895/1987) die „Studien über Hysterie“ und schuf damit die Grundlagen für die spätere Psychoanalyse. Seine Aufmerksamkeit galt vor allem der Geschichte des Individuums, weniger der Geschichte der Gesellschaft. In einer „Redekur“ erinnerten sich seine Patientinnen und Patienten schmerzlicher und zum Teil gewaltvoller Erfahrungen; ferner gestanden sie sich selber und dem Psychoanalytiker lustvolle oder aggressive Wünsche ein, die gegen die herrschenden gesellschaftlichen Normen verstießen. Freud konnte zeigen, dass diese Erfahrungen und Wünsche nicht einfach vergessen, sondern dass sie vielmehr aktiv, aber ohne bewusste Absicht „verdrängt“ worden waren. Diese „Abwehr“ wiederum produzierte die „neurotischen“ Symptome, wegen derer sich Menschen in die Behandlung begaben und die die damalige Psychiatrie bis dahin als Zeichen einer somatischen oder moralischen „Degeneration“ abgewertet hatte. Erst die Erinnerung an unbewusst wirkmächtige Erfahrungen und Wünsche kann Freud zufolge die Symptome auflösen.

Freud entwickelte ein Modell der Persönlichkeit, das wesentlich aus drei „Instanzen“ bestand: Das „Es“ ist darin die Quelle jener „Triebwünsche“; das oft zu strenge „Über-Ich“ repräsentiert die vom Individuum verinnerlichte gesellschaftliche Moral und nötigt zur Verdrängung anstößiger libidinöser oder aggressiver Impulse; das „Ich“ muss zwischen den anderen beiden Instanzen vermitteln und beispielsweise den „Narzissmus“, also das Selbstwertgefühl regulieren. Zu den für eine Theorie der Ideologie wichtigsten Einsichten Freuds gehören das Unbewusste und die verschiedenen „Abwehrmechanismen“, darunter die Projektion, mit der man die eigenen Interessen einer anderen Person zuschreibt, und die Rationalisierung, bei der man Motive mit scheinbar vernünftigen und unpersönlichen Gründen maskiert und zugleich artikuliert. Das Ziel der psychoanalytischen Therapie besteht nach Freud darin, „das Ich zu stärken, es vom Über-Ich unabhängiger zu machen, sein Wahrnehmungsfeld zu erweitern und seine Organisation auszubauen, so dass es sich neue Stücke des Es aneignen kann. Wo Es war, soll Ich werden“ (Freud 1933/2000, 516). Die Psychoanalyse zielt also auf die Akzeptanz eigener Wünsche und Interessen, die man entweder bewusst verwerfen oder gegenüber der Welt durchzusetzen versuchen kann.

Während Freud als Therapeut weitgehend fortschrittliche Ideen vertrat, waren seine Ansichten über die Gesellschaft widersprüchlich bis reaktionär. Sie spiegeln seine eigenen – ideologischen

– Klassenvorurteile wider. Zwar müsse man, so Freud, „die Last der den Menschen auferlegten Triebopfer“ verringern, könne aber auf „die Beherrschung der Masse durch eine Minderzahl“ nicht verzichten, denn „die Massen“ seien „träge und einsichtslos“ und müssten durch „Führer“ zu „Arbeitsleistungen und Entsaugungen“ bewegt werden (Freud 1927/2000, 141). Für die Herrschenden bestehe die „Gefahr, dass sie, um ihren Einfluss nicht zu verlieren, der Masse mehr nachzugeben als diese ihnen“, weshalb es notwendig sei, dass sie „durch Verfügung über Machtmittel von der Masse unabhängig seien“ (ebd.). Die Kultur habe „die Unterdrückung [...] der Mehrzahl, zur Voraussetzung“; die Unterdrückten ermöglichten die Kultur „durch ihre Arbeit“, hätten aber an den von ihnen hergestellten Gütern „einen zu geringen Anteil“ (ebd., 146). Eine Kultur, die „eine so große Zahl von Teilnehmern [...] zur Auflehnung“ treibe, habe „weder Aussicht [...], sich dauernd zu erhalten, noch es verdient“ (ebd.).

Ungeachtet seiner bürgerlichen Positionen waren die marxistischen Intellektuellen der 1920er und 1930er Jahre von Freud fasziniert. Bei ihm fanden sie eine Theorie der Subjektivität, für die es im Werk von Marx und Engels kein Pendant gab. Aber die psychoanalytische Lehre war nicht ohne weiteres mit dem historischen Materialismus zu vereinbaren. Freud interessierte sich für die individuelle Biografie im Konflikt mit einer herrschenden Kultur, Marx für historisch entstandene gesellschaftliche Verhältnisse als Resultat von Klassenkämpfen und anderen gesellschaftlichen Konflikten. Erich Fromm, zwischen 1930 und 1939 Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, bot eine scheinbar einfache Lösung an. In ihrer Kindheit werden Menschen demnach durch ihre Erziehung auf klassen- und geschlechtsspezifische Anforderungen in der kapitalistischen Gesellschaft vorbereitet. In diesem Sinne ist die Familie eine „psychologische Agentur der Gesellschaft“ (Fromm 1932/1970, 17). Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie sei es, die „zum großen Teil unbewusste Haltung einer Gruppe aus ihrer sozialökonomischen Struktur heraus zu verstehen“ (ebd., 16f.).

Theodor W. Adorno (1903–1969), Fromms Nachfolger am Institut, griff diese Überlegungen stillschweigend in seinen „Studien zum autoritären Charakter“ auf. Im US-amerikanischen Exil untersuchte er antisemitische, rassistische und sozialdarwinistische Einstellungen mittels Interviews und Fragebögen. Das zentrale Merkmal von Ideologie war für Adorno ihre Irrationalität. Die Motive von Menschen, so Adorno, folgten nicht notwendigerweise und widerspruchsfrei bewussten ökonomischen Interessen.

„Der Widerstand der Angestellten gegen gewerkschaftliche Organisation beruht nicht auf der Ansicht, bei den Gewerkschaften [...] keine Hilfe zu finden; die Neigung des kleinen Geschäftsmannes [...], die Partei der Großunternehmer zu ergreifen, kann nicht ausschließlich dem Glauben entspringen, auf diese Weise seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern [...]. Denkbar ist der Fachmann, der die Einwanderung jüdischer Flüchtlinge ablehnt, weil sie die Konkurrenz vermehre und sein Einkommen verringere. Wie undemokratisch dies auch sein mag, es ist zumindest in begrenztem Sinne rational. Schlicht unlogisch aber ist dieser Mann, wenn er dann noch den Juden alles mögliche Schlechte in der Welt zuschreibt [...]. Und ebenso unlogisch ist es, nach einem ‘guten’ Klischee alle Juden zu loben“ (Adorno 1973, 11).

Adorno führt diese Irrationalität auf Bedürfnisse zurück, die den individuellen Charakter bestimmen. Dieser Charakter wiederum ist ein System widersprüchlicher Dispositionen, die in Abhängigkeit von den jeweils aktuellen ökonomischen und sozialen Umständen aktiviert werden. Adorno zitiert einen Interviewpartner wie folgt: „Ich glaube, jedermann sollte eine Chance erhalten. Es sollte keine Arbeitslosigkeit geben. Der einzige Grund, warum sie keine Arbeit haben, ist, dass sie

faul sind wie ich.“ Adorno hält dies für ein Beispiel sadomasochistischen Denkens. Weil er „sich selbst verachtet, will dieser Mann, dass andere hart behandelt werden; sein Hang zu strafen, ist offensichtlich eine Projektion der eigenen Schuldgefühle“ (ebd., 238). Im Zuge der Untersuchung treten die Lebensumstände der Befragten und die gesellschaftlichen Verhältnisse immer weiter in den Hintergrund. Rigidität und Flexibilität des Charakters in Auseinandersetzung mit den äußeren Bedingungen können deshalb im empirischen Material nicht abgebildet werden. Nach dem Krieg greifen Adorno und das in Frankfurt am Main wiedereröffnete Institut für Sozialforschung ihre empirische Arbeit nicht wieder auf. Die Gelegenheit, inhaftierte Naziverbrecher zu interviewen und die Annahmen zum „autoritären Charakter“ zu prüfen, wird nicht ergriffen (Fahrenberg/Steiner 2004).

Ab etwa den 1960er Jahren setzte sich an den Universitäten der meisten kapitalistischen Industrieländer zuerst eine behavioristische, dann kognitivistische Psychologie nach US-amerikanischem Vorbild durch, die Adorno „positivistisch“ genannt hätte. Sie verstand und versteht sich in erster Linie als experimentelle, quantifizierende und nomothetische Naturwissenschaft, die in ihren Untersuchungsdesigns den Einfluss von „unabhängigen Variablen“ auf „abhängige Variablen“ prüft. Da die Psychoanalyse diesen methodologischen Vorstellungen nicht entspricht, liegt ihr Wirkungskreis nach wie vor weitgehend außerhalb der akademischen Psychologie an den staatlichen Universitäten.

In Opposition sowohl zur Psychoanalyse als auch zum sogenannten psychologischen Mainstream entstand im Zuge der 1968er Revolte an der Freien Universität Berlin die Kritische Psychologie mit ihren Hauptvertreterinnen und Vertretern Klaus Holzkamp, Wolfgang Maiers, Morus Markard, Ute Osterkamp und Gisela Ulmann. Von Freud übernahm die Kritische Psychologie die Lehre vom Unbewussten und der Abwehr, sie wies aber seine spekulative Anthropologie und insbesondere seine Triebtheorie zurück. Den psychologischen Mainstream kritisierte sie dafür, dass er Versuchspersonen auf ein gleichsam organismisches Niveau reduziert, insofern diese nur auf gegebene Bedingungen reagieren, sie aber nicht oder nur sehr eingeschränkt gestalten können. Gesellschaft erscheint im Mainstream, wenn überhaupt, nur als externe, in Variablen gefasste und unbeeinflussbare Größe. Aber Menschen erhalten und reproduzieren ihre Existenz durch Teilhabe an den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen, wie die Kritische Psychologie in Anschluss an Marx hervorhebt. Dieser Prozess ist nicht „nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung*“ zu fassen, sondern „als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*“ (MEW 3, 5), also aus der Perspektive der Akteurinnen und Akteure. Die menschliche Fähigkeit zur kooperativen Vergesellschaftung ist dabei eine evolutionär entstandene Potenz (Holzkamp 1984).

Ein zentraler Konflikt in der bürgerlichen Gesellschaft besteht nach kritisch-psychologischer Auffassung in dem Dilemma, sich entweder den gegebenen Bedingungen anzupassen und dadurch sich selbst beziehungsweise andere zu schädigen oder bestehende Handlungsspielräume in Richtung einer gemeinsamen Verfügung über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erweitern und damit Repressionen und Nachteile zu riskieren. Die Bewältigung dieses Dilemmas wurde unter anderem am Beispiel von Konflikten in der Kindererziehung (Ulmann 1987), in der psychologischen Berufspraxis (Markard & ASB 2000, Zander 2020) und in Flüchtlingswohnheimen vor dem Hintergrund einer rassistischen Asylpolitik erforscht (Osterkamp 1996). Obwohl kritisch-psychologische Arbeiten zweifellos ideologiekritisch sind, spielt darin der Begriff der Ideologie keine zentrale und eindeutige Rolle. Ute Osterkamp (1999) charakterisiert Ideologie als eine „Einseitigkeit“, mit der die herrschenden Verhältnisse als Normalität und Widerstand als abzustellende Abweichung dargestellt werden.

Ungeachtet der dargestellten grundsätzlichen Mängel der Mainstream-Psychologie gibt es auch in ihrem Rahmen kritische Ansätze, die sich – teilweise unter Berufung auf Marx – mit Ideologie beschäftigen. Ein zentrales Defizit scheint hier zu sein, dass die Ideologie auf ihren apologetischen Aspekt reduziert und die materiellen Grundlagen vernachlässigt werden, die bei Marx doch gerade der Hauptpunkt sind (Jost u.a. 2008; für eine ideologiekritische Analyse der kognitiven Psychologie siehe Sampson 1981).

4. Schluss: Perspektiven materialistischer Ideologiekritik

Noch einmal: Ideologie ist Selbsttäuschung über die eigenen Motive und Täuschung über die kapitalistischen Verhältnisse. Die Selbsttäuschung besteht in der Vernachlässigung oder Verleugnung der relevanten materiellen Voraussetzungen und Interessen. Die Täuschung über die kapitalistischen Verhältnisse besteht darin, dass diese als für alle gleichermaßen wünschenswert, gerechtfertigt, notwendig und in den Grundlagen nicht positiv veränderbar dargestellt werden.

Ideologiekritik sollte sich den drängenden Fragen unserer Zeit zuwenden und Zusammenhänge aufdecken, die von der Ideologie verdeckt werden. Wo die Wählerinnen und Wähler einer neofaschistischen Partei Gefahren durch Geflüchtete oder durch den Islam fürchten und behaupten, da muss vom ökonomischen Niedergang ihrer Gemeinden die Rede sein, der weder durch Geflüchtete noch durch den Islam, sondern der politisch und durch die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise verursacht wurde. Wer so genanntes Umweltverhalten lediglich auf Umweltbewusstsein bzw. subjektive Aspekte zurückführt, wie in der Sozialpsychologie üblich (Kessler/Fritsche 2018, 61ff.), muss sich sagen lassen, dass ein hohes Einkommen einen hohen Ressourcenverbrauch ermöglicht und häufig nahelegt und gleichzeitig oft mit hohem Umweltbewusstsein einhergeht (UBA 2016; zur Kritik der Umweltpsychologie: Krenzer/Kreil 2020).

Durch bloß individuelles Verhalten lässt sich die Klimakrise nicht überwinden. Notwendig wäre eine „Kontrolle der sozialen Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht“ (MEW 16, 11; siehe auch Leisewitz 2019). Die Freiheit auf dem Gebiet der Produktion, so Marx (MEW 25, 828), „kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.“

Das umschreibt den Horizont einer Ideologiekritik, die diesen Namen verdient.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1973): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M.
- Eagleton, Terry (2000): Ideologie. Eine Einführung, Stuttgart.
- Fahrenberg, Jochen/Steiner, John (2004): Adorno und die autoritäre Persönlichkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56 (1), 127–152.
- Freud, Sigmund (1927/2000): Die Zukunft einer Illusion, in: ders., Studienausgabe, Bd. IX, Frankfurt/M., 135-189.

- (1933/2000): Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, in: ders., Studienausgabe, Bd. I, Frankfurt/M., 448-608.
- Freud, Sigmund/Breuer, Josef (1895/1987): Studien über Hysterie, Frankfurt/M.
- Fromm, Erich (1932): Über Methode und Aufgabe der analytischen Sozialpsychologie: Bemerkungen über Psychoanalyse und historischen Materialismus, in: ders. (1970): Analytische Sozialpsychologie und Gesellschaftstheorie, Frankfurt/M., 9-40.
- Holzkamp, Klaus (1984): Gesellschaftliche Widersprüche und individuelle Handlungsfähigkeit, in: Braun, Karl-Heinz/Gekeler, Gert (Hrsg.), Objektive und subjektive Widersprüche in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Marburg, 89-120.
- IPCC (2018): Summary for Policymakers of IPCC Special Report on Global Warming of 1,5° C approved by governments. URL: <https://www.ipcc.ch/2018/10/08/summary-for-policymakers-of-ipcc-special-report-on-global-warming-of-1-5c-approved-by-governments/> (Zugriff 17.08.2020)
- Jost, John u.a. (2008): „Ideology. Its Resurgence in Social, Personality, and Political Psychology“, in: Perspectives on Psychological Science, 3 (2), 126-136.
- Kessler, Thomas/Fritsche, Immo (2018): Sozialpsychologie, Wiesbaden.
- Krenzer, Steffen/Kreil, Agnes (2020). Kritische Umweltpsychologie, in: Forum Kritische Psychologie – Neue Folge, 2, 162-175.
- Leisewitz, André (2019): Marx, Engels und die Klimakrise, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 119, 37-47.
- Malm, Andreas (2018): The Progress of this Storm. Nature and Society in a Warming World, London.
- Markard, Morus & ASB (Hg.). (2000): Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung, Hamburg.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1956ff.): Werke, Berlin (zit. MEW).
- Osterkamp, Ute (1996): Rassismus als Selbstentmächtigung, Hamburg.
- (1999): On Psychology, Ideology and Individual's Societal Nature, in: Theory & Psychology, 9 (3), 379-392.
- Ritsert, Jürgen (2002): Ideologie, Münster.
- Rubinštejn, Sergej (1934/1987): Problems of Psychology in the Works of Karl Marx, in: Studies in Soviet Thought, 33 (2), 111-130.
- Sampson, Edward (1981): Cognitive Psychology as Ideology, in: American Psychologist, 36 (7), 730-743.
- Steffen, Will u.a. (2018). Trajectories of the Earth System in the Anthropocene, in: PNAS, 33, 8252-8259.
- Ulmann, Gisela (1987): Über den Umgang mit Kindern, Frankfurt/M.
- Umweltbundesamt (UBA) (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Dessau. Online verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen.pdf. (Zugriff: 17.08.2020)
- (2019): Weltweite Temperaturen und Extremwetterereignisse seit 2010. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/weltweite-temperaturen-extremwetterereignisse-seit#Chronik> (Zugriff: 17.08.2020)
- Wahl, Peter (2019): Hegemonieverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 118, 26-29.
- Zander, Michael (2017): Die Psychologie und das „Kapital“, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 111, 29-32.
- (2020): Praxisforschung und Intervention, in: Forum Kritische Psychologie – Neue Folge, 2, 99-115.

Leonie Knebel

Kritische Psychologie als historisch-materialistische Subjektwissenschaft

Klaus Holzkamp (1977) bezeichnet die Kritische Psychologie in ihrem Verhältnis zum Marxismus, der „allgemeine historische Subjektwissenschaft par excellence“ sei, als „besondere Subjektwissenschaft“. Deren Charakter bestehe darin, dass sie die Entwicklung der „subjekthaft-aktiven Komponente“ (64) zum praktischen Ziel habe, also die Selbstbestimmung in der individuellen Lebenstätigkeit. Holzkamp grenzt sich damit gegen eine ökonomistisch verkürzte Position ab und verdeutlicht gleichzeitig, dass die Kritische Psychologie eine Individualwissenschaft ist, deren Ausgangspunkt persönliche Erfahrungen, Leidenszustände usw. sind und deren Aufgabe die Förderung individueller Emanzipation ist. Aus diesem Grund kann und will die Kritische Psychologie eine kritische Gesellschaftswissenschaft nicht ersetzen.

1. Auf der Suche nach dem gesellschaftlich-subjektiven Zusammenhangs- und Widerspruchswissen

Die Entwicklung der Kritischen Psychologie in der Bundesrepublik begann mit der Fragestellung, wieso sich Forschung und Praxis entfremdet gegenüberstehen, und der Frage nach der Relevanz psychologischer Forschung für die Praxis (Holzkamp 2009). Die experimentell-statistische Methode mit ihren immer ausgefeilteren Prüfdesigns und kleinteiligeren Hypothesen produziert, so die Ausgangsannahme, eine Fülle von praktisch irrelevanten oder trivialen Ergebnissen. Holzkamp zufolge hat das damit zu tun, dass in der traditionellen Psychologie die menschlichen Lebensbedingungen ahistorisch und isoliert als Umweltreize naturalisiert werden und die menschliche Psyche theoretisch auf ein Reaktionsorgan reduziert wird. Damit würden aber die Besonderheiten der menschlichen Existenzweise, sich reflexiv und eingreifend mit seinen Lebensbedingungen auseinanderzusetzen, ausgeblendet. Einer an der Physik orientierten Forschung, die ihren Gegenstand verfehle, mangle es sowohl an technischer als auch an emanzipatorischer Relevanz.

Diese Kritik ist nach wie vor aktuell. Die Psychologie kann auch ein halbes Jahrhundert später ihre – unter rigorosen methodischen Vorgaben produzierten – Ergebnisse häufig nicht replizieren (Camerer u.a. 2018); ebenso wenig lassen sich die Ergebnisse aufgrund fehlender Strukturähnlichkeiten aus dem Labor in die soziale Realität übertragen. Dies könnte auch erklären, wieso sich die psychotherapeutische Praxis nicht unbedingt an psychologischer Forschung orientiert.

Nach Holzkamp sind Forschungsergebnisse technisch relevant, wenn sie ein „erfolgskontrolliertes Handeln“ (2009, 24) ermöglichen. Um dem Subjektcharakter des Forschungsgegenstands gerecht zu werden, dürfte die Aufgabe der Psychologie jedoch nicht auf die Vorhersage menschlichen Verhaltens und Erlebens reduziert werden. Um das Ziel von Beratung und Psychotherapie nicht auf die Symptomverbesserung, das sozial erwünschte Funktionieren oder die optimierte Selbstkontrolle zu begrenzen, müssten Forschung und Praxis auch emanzipatorische Relevanz-

kriterien entwickeln. Holzkamp zufolge wäre psychologische Forschung „[e]manzipatorisch relevant“, wenn „sie zur Selbstaufklärung des Menschen über seine gesellschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten beiträgt und so die Voraussetzungen dafür schaffen hilft, dass der Mensch durch Lösung von diesen Abhängigkeiten seine Lage verbessern kann“ (ebd., 37). Holzkamp umreißt „eine kritische Psychologie als die Lehre von den sekundären Abhängigkeiten ..., die der Mensch zur Vereinfachung seines kognitiven Feldes im Interesse der Angstvermeidung, der Reduzierung von Spannungen zwischen objektiver Lage und der subjektiven Befindlichkeit selbst geschaffen hat.“ (ebd. 39). So würden die faktischen historisch-ökonomischen Abhängigkeiten als naturgegeben und schicksalhaft erscheinen und das Individuum mit den bestehenden Verhältnissen aussöhnen. In diesen programmatischen Ausführungen sind bereits wesentliche Grundsteine inhaltlicher und methodischer Art für eine materialistische Subjektwissenschaft gelegt, die in den folgenden Jahren theoretisch und praktisch ausgearbeitet wurde.

Zunächst bestand eine theoretische Nähe zur Kritischen Theorie (Markard 2019). Ab 1969 wurde indes die Kulturhistorische Schule rezipiert, mit etwas Verspätung fand in den 1990er Jahren eine Rezeption von Michel Foucault und Antonio Gramsci statt. Für das Gesellschaftsverständnis der Kritischen Psychologie insgesamt prägend waren das antiautoritäre Umfeld und die marxistischen Theoriedebatten in Westdeutschland, wie sie etwa am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin von Elmar Altvater, Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug, Wolf-Dieter Narr u.a. geführt wurden. Hinzu kamen die Forschungen zur Arbeiterbewegung und zum Faschismus seitens der Marburger Schule. Wolfgang Maiers (1998) hebt drei Marxismus-Bezüge der Kritischen Psychologie hervor: Die Anwendung der Methode der konkreten Negation (Kritik und Weiterentwicklung der bürgerlichen Ökonomie) aus dem Marx'schen *Kapital* auf den Gegenstand der Psychologie, eine positive Bezugnahme auf Friedrich Engels' *Dialektik der Natur* zur Analyse von widerspruchsgetriebenen Entwicklungsprozessen in Natur und Gesellschaft und die Orientierung an Lucien Sève's sozialistischem Humanismus als einer Gegenposition zum theoretischen Antihumanismus von Louis Althusser und der strukturalistischen Marx-Interpretation der 1960er Jahre (ebd., 95ff.).

2. Sich-bewusst-verhalten-Können als gesellschaftliche Natur

Am Psychologischen Institut der Freien Universität in Berlin entwickelte die Arbeitsgruppe um Holzkamp in den 1970er und 1980er Jahren einen Ansatz, mit dem das Psychische in seiner evolutionären, gesellschaftlichen und individuellen Genese untersucht werden kann. Holzkamp (1983) rekonstruiert in seinem Hauptwerk *Grundlegung der Psychologie* (GdP) unter Rückgriff auf Studien von Leontjew (1964), Schurig (1975) und Holzkamp-Osterkamp (1975; 1976), die die Entwicklung des Psychischen zum Inhalt hatten, die Besonderheiten der menschlichen Psyche. Er hebt drei qualitative Sprünge in der Psychophylogenese hervor.

Erstens: Das psychische Leben zeichnet sich im Gegensatz zur sonstigen belebten Natur dadurch aus, dass der Organismus Informationen aus der Umwelt aufnehmen und verarbeiten kann und seine Bewegungen danach koordinieren kann. Wie Leontjew (1964) fasst Holzkamp die Grundform des Psychischen als *Sensibilität* auf (67ff.).¹ Bedingung hierfür ist die Reizbarkeit

1 Alle Seitenzahlen, soweit nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich auf die GdP (Holzkamp, 1983).

für stoffwechselneutrale Substanzen und die Fähigkeit zur Ortsveränderung, die einfachsten Organismen, wie z.B. Amöben, die auf ihre Nahrungsmittel steuerungslos zutreiben, fehlen. Die Qualität des Psychischen besteht in der „Signalvermitteltheit“ (77) der Aktivitäten zur Lebenserhaltung. *Emotionalität* ist in ihrer Grundform zu verstehen als „qualitative ‘Bewertung’ von Umweltbegebenheiten am ‘Maßstab’ des jeweiligen eigenen Zustands, damit als ‘Aktivitätsbereitschaft’ und ‘Vermittlungsinstanz’ zwischen ‘Kognition’ und ‘Handlung’“ (98). Emotionalität und Orientierung bilden nach Holzkamp eine funktionale Einheit, das Auseinanderfallen von Gefühl und Verstand stellt demnach eine Besonderheit unter bestimmten Lebensbedingungen dar. Den Emotionen kommt in der Lebensbewältigung eine „orientierungsleitende Funktion“ (108) zu, indem sie zwischen der äußeren Situation und dem inneren Zustand vermitteln.

Zweitens: Die individuelle *Lern- und Entwicklungsfähigkeit* ermöglicht es dem Organismus, Lernerfahrungen zu machen, Lerninhalte zu speichern und über die genetisch festgelegte Artspezifik hinaus neue Verhaltensweisen zu entwickeln. Je mehr das Festgelegte gegenüber der Lernfähigkeit an Bedeutung verliert, desto größer wird sowohl die Offenheit als auch Unsicherheit gegenüber Neuem. Die Diskrepanz zwischen schon Gelerntem und Neuem kann durch Neugier- und Explorationsverhalten überwunden werden. Als Grundlage dafür nimmt Holzkamp bei Tieren einen Bedarf nach *Umweltkontrolle* (145) an. Gegenüber Neuem ist die Aktivitätsbereitschaft zunächst ambivalent, das heißt der Organismus schwankt zwischen Annäherung und Vermeidung, zwischen Energiemobilisierung und Angstbereitschaft. Die Angst manifestiert sich, sofern ein Rückzug nicht möglich ist, darin, dass der Organismus sich in einer orientierungs- und aktivitätsunfähigen Lage befindet, was gleichbedeutend mit einem Verlust an Umweltkontrolle ist. *Angst* setzt – nach Holzkamp – individuell Unbekanntes oder Unbewältigbares voraus und stellt somit die Kehrseite der individuellen Lernfähigkeit dar. Mit der individuellen Lernfähigkeit entstehe die Fähigkeit zur Antizipation und damit die Befähigung, zukünftige Zustände mit höherer Bedürfnisbefriedigung anzustreben, was Holzkamp als *Motivation* (147) definiert. Im Zusammenhang mit der Entwicklung von Sozialverbänden, die als Schutzraum für Lern- und Entwicklungsaktivitäten dienen, entsteht eine gemeinsame Absicherung der Existenz und Lebensmittelbeschaffung. Diese setzt, wie Holzkamp am Jäger-Treiber-Beispiel von Leontjew ausführt, eine soziale Motivation voraus, da ein einzelnes Tier nur einen Teilaspekt (Beute aufscheuchen) in einer sozialen Koordination (jagen) ausführen muss. Zu dem individuellen Bedarf nach Umweltkontrolle kommt also ein sozialer Kontrollbedarf. Dabei wird nicht mehr nur die Befriedigung des eigenen Bedarfs durch die eigene Aktivität antizipiert, das Tier ist auch motiviert, eine Teilaktivität als Beitrag zur gemeinsamen Aktivität auszuführen. Diese kann als Vorform der Arbeitsteilung angesehen werden. Je mehr die individuelle Lebenssicherung von der gemeinsamen Vorsorge im Sozialverband abhängt, desto wichtiger wird der soziale Bedarf gegenüber sogenannten primären Bedarfszuständen (wie z.B. Hunger).

Drittens: Die spezifische *gesellschaftliche Natur* befähigt den Menschen, sich seine Umgebung gemäß seiner Bedürfnisse zu gestalten. Mit der Befähigung zur Herstellung, Aufbewahrung und Weiterentwicklung von Arbeitsmitteln und Gebrauchsgegenständen zur vorsorgenden Existenzsicherung verlässt der Mensch den Zustand des Ausgeliefertsein an Umweltgegebenheiten und tritt in einen gesellschaftlichen Prozess ein, in dem die Gene als Informationsträger gegenüber den gegenständlich-sozialen Informationsträgern an Relevanz verlieren. Diese Fähigkeit zur Vergesellschaftung besitzt nur der Mensch; sie ist in seiner genetischen Grundausstattung als Potenzial angelegt.

Der Organismus-Umwelt-Zusammenhang unterscheidet sich vom Mensch-Welt-Verhältnis darin, dass die *menschliche Existenz gesamtgesellschaftlich vermittelt* ist, das heißt einerseits, dass die individuelle Existenz von der Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Prozess abhängt, und andererseits, dass die gesellschaftliche Struktur unabhängig vom Einzelnen besteht. Die Lebensbedingungen, die dem Einzelnen zur Verfügung stehen, sind von anderen geschaffen worden und die Resultate der Lebensgewinnungsaktivitäten des Einzelnen sind wiederum *generalisiert für andere* (214) da.

Zunächst hatte Holzkamp Bedeutungen als Aktivitätsdeterminanten der artspezifischen Umwelt definiert, nun führt er den Begriff der von Menschen produzierten „Lebenswelt“ (235) ein und spezifiziert den Begriff der *Arbeit* als notwendige ökonomische „Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens“ (234) gegenüber dem Begriff der *Handlung*. Mit diesem Begriff bezeichnet er alle psychischen Aktivitäten des Einzelnen zur Erhaltung und Entwicklung seiner Existenz. Der Einzelne wird prinzipiell bzw. potenziell frei von unmittelbaren Existenzsorgen, da die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion auch ohne seinen Beitrag funktioniert. Durch diese existenzielle Entlastung entsteht Holzkamp zufolge eine „Erkenntnisdistanz“ (236) zur Lebenswelt, die zwar je nach gesellschaftlichem Entwicklungsstand, spezifischer Lage und Position objektive Anforderungen an die Einzelnen stellt, zu denen sie sich jedoch bewusst verhalten können. Dies stellt die materielle Grundlage für die Entwicklung des menschlichen Bewusstseins dar. *Bewusstsein* bestimmt Holzkamp in Abgrenzung zum berühmten Baumeister-Bienen-Beispiel von Marx nicht nur als Fähigkeit zur planenden Antizipation gegenständlicher Arbeitsresultate, sondern als „gnostische‘ Welt- und Selbstbeziehung, in welcher sich die Menschen zu den Bedeutungsbezügen als ihnen gegebenen Handlungsmöglichkeiten bewusst ‘verhalten‘ können“ (237) und aus der Befangenheit der unmittelbaren Lebenserhaltung heraustreten können. Das verändert auch die *zwischenmenschlichen Beziehungen*. Andere sind nicht nur Kooperations- und Kommunikationspartner bei der gemeinsamen Erreichung von Zielen, sondern mir gleich ein erkennendes Subjekt, d.h. ein „gleichrangiges, aber von mir unterschiedenes ‘Intentionalitätszentrum‘“ (238), was ihm als Voraussetzung für reflexive und intersubjektive Beziehungen gilt. Das schließt auch die Möglichkeit der Vereinzelung und des Rückzugs von anderen ein, die Holzkamp mit Marx so versteht, dass der Mensch „nicht nur ein geselliges Tier [sein], sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann“ (MEW 13, 161).

Die menschliche Existenz ist grundsätzlich durch eine Möglichkeitsbeziehung zur Welt charakterisiert, die Holzkamp als *doppelte Möglichkeit* spezifiziert, nämlich unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen zu handeln oder sie selbst zu verändern. *Frei* (Markard 2009, 158) sei ein Individuum in dem Grad, wie es an der vorsorgenden gesellschaftlichen Verfügung über seine Lebensbedingungen teilhabe und damit seine Bedürfnisse in menschlicher Qualität befriedigen könne.

An dieser Stelle lässt sich der zentrale Begriff der Kritischen Psychologie als einer marxistischen Subjektwissenschaft einführen, der der *personalen Handlungsfähigkeit*. Sie ist definiert als „Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen in Teilhabe an der Verfügung über den gesellschaftlichen Prozeß“ (241). Der Ausschluss von der gemeinsam organisierten Vorsorge ist gleichbedeutend mit Handlungsunfähigkeit. Dieser führt zu Angst, da das angenommene menschliche Bedürfnis nach Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird. Menschliche Angstzustände treten deshalb nicht nur dann auf, wenn die physische Existenz bedroht ist, sondern auch, wenn die soziale Existenz in Gefahr ist. *Emotionen* sind auf menschlichem Niveau als subjektive Befindlichkeit definiert,

die eine Gesamtbewertung des Möglichkeitsraums zum Ausdruck bringt. *Motivation* stellt die emotionale Antizipation einer durch das Handeln erreichbaren Befriedigung eigener Bedürfnisse dar. Um Missverständnissen vorzubeugen, kommentiert Holzkamp Marx: „Nicht die ‘Arbeit’ als solche ist erstes Lebensbedürfnis, sondern Arbeit nur soweit, wie sie ... ‘handlungsfähig’ macht.“ (243). Handlungsfähigkeit ist dabei gleichbedeutend mit Lebensqualität und einem menschenwürdigen Dasein, wohingegen „Handlungsunfähigkeit die allgemeinste Qualität menschlichen Elends der Ausgeliefertheit an die Verhältnisse, Angst, Unfreiheit und Erniedrigung“ (ebd.) meint. Das *Denken* dient dem Erkennen von Handlungszusammenhängen in der von Menschen gemachten Lebenswelt und bestimmt die Einschätzung meines Möglichkeitsraums. Es wird davon ausgegangen, dass sich Menschen eine bereits gedachte Realität aneignen, da die gegenständlich-sozialen Verhältnisse schon Denkformen enthalten, nämlich die Bedeutung „wozu sie ‘gedacht’ sind“ (285). Die Fähigkeit, in Kausalitätsbeziehungen zu denken, veranschaulicht Holzkamp in Rückgriff auf Leontjews (1964) Feldbau-Beispiel. Das planend-vorsorgende Aufheben der Saat, das Aussäen, Warten und Ernten als kooperativ-gesellschaftliche Produktionsform von Lebensmitteln setzt notwendig das Denken in Aktivitäts-Ursache-Wirkungs-Relationen voraus, womit auch die Fähigkeit zum Verallgemeinern, Abstrahieren und Vereindeutigen entsteht. Gleichzeitig müsse ein Individuum dabei in der Lage sein, von seiner eigenen Aktivität verallgemeinernd zum Begriff des produzierenden und nutzenden *verallgemeinerten Anderen* zu kommen und dabei im Akt der *sozialen Dezentrierung* von seinem Standort absehen und sich selbst als einen „Anderen für andere“ (292) denken können. Ansonsten würde die kooperativ-vorsorgende Existenzsicherung nicht funktionieren. Das Individuum müsste auch kapieren können, dass „es paradoxerweise seine individuelle Existenz u.U. gerade *nicht* absichern kann“, wenn es dies unmittelbar anstrebt (295), beispielweise das Saatgut wegen Hunger aufzuessen anstatt auszusäen. Die anthropologischen Voraussetzungen für Gesellschaftlichkeit wie geteilte und kollektive Intentionalität sind in den letzten Jahren insbesondere von Tomasello vergleichender Entwicklungspsychologie mit Kindern und Primaten bestätigt worden (Zander 2018).

Die grundsätzliche Möglichkeitsbeziehung (so oder anders handeln zu können) setzt eine gnostische Distanz zur Realität voraus, das heißt die gedankliche Reflexion und ein bewusstes Verhalten zu den eigenen Bedürfnissen und Emotionen. Emotionen haben bei Menschen zwar eine handlungs- und erkenntnisleitende Funktion, da sie eine Gesamtbewertung der gesellschaftlichen Bedeutungen (in einer Situation) vor dem Hintergrund der eigenen Bedürfnisse darstellen. Damit ist aber nicht gemeint, dass wir unser Handeln einfach an unserer Befindlichkeit ausrichten können oder sollten. Während bei Tieren die Wertung von Hunger (Bedarf) und Beute in der Nähe (relevante Bedeutung) zu einer Annäherung (Aktivität) führt, kann der Mensch sich zu dieser Wertung und seinem Hunger bewusst verhalten und eine Bedürfnisbefriedigung aufschieben oder sich ganz dagegen entscheiden. Diese Selbstdisziplinierung wird als *Willentlichkeit* bezeichnet und ermöglicht nicht nur eine Verfolgung von längerfristigen Projekten mit dem Ziel größerer Bedürfnisbefriedigung (wie z.B. beim Ackerbau), sondern auch die spezifische „Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen“ (323f.), da diese voraussetzen, dass Menschen eigene Bedürfnisse längerfristig ignorieren und einen äußeren Zwang verinnerlichen können. Gleichzeitig wird als einziges „materiales Apriori“ (350) angenommen, dass Menschen sich nicht bewusst selbst schaden können. Ich kann mit meinen Handlungen zwar im Widerspruch zu meinen objektiven Lebensinteressen stehen, aber nicht im Widerspruch zu meinen Bedürfnissen und Lebensinteressen, wie ich sie als meine Situation erfahre. Das bedeute, dass jede Handlung subjektiv begründet

ist. Das Absprechen oder Leugnen dieser Begründetheit oder der intersubjektiven Verständlichkeit ist für Holzkamp gleichbedeutend mit dem Ausschluss aus der menschlichen Gemeinschaft, da die „*Mitmenschlichkeit*“ (351) infrage gestellt und damit die subjektive Existenz negiert werde. Wenn mir mein Verhalten oder das von anderen unverständlich ist, führt das nach Holzkamp zu einer „subjektiven Notwendigkeit der Aufklärung der Begründungsprämissen“ (ebd.), um den Beziehungsmodus der Begründetheit und Verständlichkeit wiederherzustellen, da sonst die intersubjektive Realitätsverfügung und damit auch meine Handlungsfähigkeit bedroht ist.²

Deshalb lehnt die Kritische Psychologie auch das von der Kritischen Theorie und anderen Ansätzen erhobene Postulat der Irrationalität menschlicher Denkweisen, Gefühle, Motive und Handlungen ab. „Das Verdikt der Irrationalität des anderen zeugt nur davon, dass aus der Außensicht die Prämissenlage des anderen nicht begriffen wurde“, so Markard (2000c, 10). Aus dem Dilemma, dass Menschen gezwungen werden können, gegen ihre eigenen Interessen zu verstoßen, sich aber nicht bewusst selbst schaden können, erwächst die subjektive Notwendigkeit nachträglicher Rechtfertigung und Rationalisierungen und der Verdrängungen von Bedürfnissen, Gefühlen und Gedanken, was in der Annahme der Kritischen Psychologie zur Genese eines dynamischen Unbewussten führt.

3. Das subjektwissenschaftliche Handlungsmodell

Der Begriff „subjektwissenschaftlich“ meint, dass sowohl Forschung als auch Praxis im Begründungsdiskurs operieren, und steht so im Kontrast zum experimentell-statistischen Ansatz, der seine Theorien im Bedingtheitsdiskurs formuliert (Bedingung-Verhalten) und seine Aussagen unter Ausklammerung der Subjektivität der Beforschten empirisch prüft. Die objektiven Bedingungen und ihre Relevanz für das Subjekt werden in Bedingungs-Bedeutungs-Begründungsanalysen (Abb. 1) unter Bezug auf marxistische Gesellschaftstheorien herausgearbeitet. Um deutlich zu machen, dass *gesellschaftliche Bedingungen* (Institutionen, Gesetze, etc.) vom Menschen gemacht und verändert werden können, wird nicht von Reizen oder Umwelt besprochen. Die objektiven *Bedeutungen* resultieren aus der gesellschaftlichen Funktion, d.h. aus dem verallgemeinerten „Gemacht-sein-zu“, und der *Lage und Position*, also den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen, die für die Person sowohl Handlungsmöglichkeiten als auch -beschränkungen darstellen. Die Bedeutungen werden von den Individuen über die Lebensspanne angeeignet. Dieser Prozess wird *individuelle Vergesellschaftung* genannt. Sowohl von der Lebensgeschichte als auch von der körperlichen und psychischen Verfasstheit hängt es ab, welche Bedeutung bestimmte Bedingungen haben. Die Bedeutungen können je nach Situation, körperlich-psychischen Geschehnissen, persönlich-gesellschaftlichen Vorerfahrungen und vor dem Hintergrund der eigenen *Lebensinteressen* akzentuiert werden. Die subjektiv handlungsrelevanten Bedingungen werden Prämissen genannt. Die unbewussten, wie auch die bewussten Handlungsmotive werden auch als implizite und explizite Intentionen bezeichnet.

2 Daraus könnte man schlussfolgern: Je größer und komplexer die Vermitteltheit und die Widersprüchlichkeiten zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Bedürfnissen, desto größer die Notwendigkeit Begründungsprämissen aufzuklären. Psychotherapie und Psychologie können als Antwort auf diese subjektive und auch gesellschaftliche Notwendigkeit verstanden werden (Jaeger u. Staebule 1978).

Abbildung 1: Das kritisch-psychologische Handlungsmodell als Bedingungs-Bedeutungs-Begründungszusammenhang



Die vorfindlichen gesellschaftlichen Bedingungen bestimmen die Formen unseres Denkens, Fühlens, Wollens und Interagierens, stellen uns nur bestimmte Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung und legen fest, wie die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion geregelt sind. Gleichzeitig gestalten und verändern wir die Bedingungen, können über gesellschaftlich nahegelegte Denkformen reflektieren, diesen übernehmen oder sie anzweifeln. Wir können uns bewusst zu unserer Befindlichkeit verhalten, zwischen Handlungsmöglichkeiten abwägen und gemeinsam mit anderen allgemeingültige Regeln des Zusammenlebens aushandeln, Arbeitsbedingungen verbessern und vieles mehr. Da die gesellschaftlichen Bedingungen (objektive Bestimmtheit) für den Einzelnen immer schon da sind und den Rahmen des Möglichen abstecken, kommt der objektiven Bestimmtheit gegenüber der Selbstbestimmung das Primat zu. Diese Grundannahme über die menschliche Existenz kommt auch im vielzitierten Satz von Marx zum Ausdruck: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (MEW 8, 115).

4. Die Entwicklung von Handlungsfähigkeit im biografischen Prozess

In der Kindheit wiegt das Primat der Bedingungen besonders schwer, da wir der Welt, in die wir hineingeboren werden, zunächst ausgeliefert sind. Anders als in der Psychoanalyse, für deren

Entwicklungstheorie Lustgewinn und Triebunterdrückung zentrale Kategorien darstellen, geht Holzkamp von der Frage aus, was die notwendigen Voraussetzungen für die Herausbildung von Handlungsfähigkeit vom Säugling zum erwachsenen Menschen sind. Die Fähigkeit zur *Kooperation* ist für ihn eine notwendige Fähigkeit. Das setzt wiederum voraus, dass Kinder verstehen, wozu Dinge gemacht sind und welche Bedeutung andere dabei haben. Das nennt Holzkamp den Entwicklungszug bzw. Prozess der *Bedeutungsverallgemeinerung*, was wiederum das Verstehen sozialer Intentionen voraussetzt. Noch basaler ist die Fähigkeit zu verstehen, dass Menschen Absichten haben und diese antizipiert werden können, was in der Kritischen Psychologie mit dem Begriff *Sozialintentionalität* bezeichnet wird. Bevor diese Entwicklungszüge durchlaufen sind, erlebt das Kind die Umwelt als naturhaft und versucht durch Beobachten und Ausprobieren die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Beispiel: Wenn ich als Säugling strampele, verschwindet die Decke. Da Erwachsene mit ihren Unterstützungen für die kindliche Entwicklung notwendig sind, muss nicht nur das Kind, sondern die Beziehung zwischen Kind und Erwachsenen analysiert werden.

Die individuelle Lernfähigkeit wird als angeboren vorausgesetzt, auch wenn nicht alle Fähigkeiten nach der Geburt sofort zur Verfügung stehen, sondern noch reifen müssen, wie beispielsweise das Wahrnehmen von räumlicher Tiefe oder das Greifen nach Objekten. Dass die individuelle Entwicklung jedoch hauptsächlich in einer biologischen Reifung besteht, ist äußerst unwahrscheinlich, weil gesellschaftliche Anforderungen als Bedeutungen, die sich historisch verändern, angeeignet werden müssen. Deshalb geht die Kritische Psychologie davon aus, dass Kinder sich durch Widersprüche zwischen der objektiven Realität und ihren Fähigkeiten entwickeln. Die Handlungsfähigkeit entwickelt sich demnach in Auseinandersetzung mit der Welt.

Der erste Entwicklungszug (in Abb. 2 dargestellt als erster Pfeil) der Bedeutungsverallgemeinerung entsteht aus dem Widerspruch, dass ich zwar die individuellen Intentionen verstehe, aber nicht nachvollziehen kann, wieso Erwachsene Dinge so und nicht anders machen, manchmal mit mir spielen und manchmal nicht oder sie mir verbieten, das Handy gegen einen Topf zu schlagen, nicht aber einen Holzlöffel, obwohl es mehr Spaß macht. Indem ich als Kind verstehe, wozu das Handy gemacht ist (allgemeine Brauchbarkeit), erscheint mir das Verhalten von Erwachsenen weni-

Abbildung 2: Züge der individuellen Entwicklung in der Kind-Erwachsenen-Beziehung



ger willkürlich und ich fühle mich weniger ausgeliefert. Außerdem kann ich beim Kochen helfen, wenn ich weiß, wie das gemacht wird, ohne Ärger zu riskieren, wenn ich den Tofu und nicht das Handy in die Pfanne werfe. Damit habe ich die Fähigkeit entwickelt, mit anderen zu kooperieren, die zu einer besonderen Art der Wertschätzung und Anerkennung führt. Wenn mein Beitrag nicht akzeptiert oder nicht ernst genommen wird, kann ich mich aber auch in besonderem Maße aus meiner noch naturwüchsigen Gemeinschaft ausgeschlossen fühlen. Der zweite Entwicklungszug der Unmittelbarkeitsüberschreitung setzt ein, sobald ich den mir selbstverständlichen Rahmen überschreite und andere soziale Kontexte kennenlernen. Ich verstehe, warum die Erwachsenen nicht immer da sind und dass es außerhalb Einrichtungen gibt, die meine Existenz absichern. Mit Schuleintritt und noch mehr mit finanzieller Selbständigkeit werde ich unabhängiger von meinen primären Bezugspersonen, kann auf Distanz gehen, anders über mich und die Welt nachdenken und mich auch von anderen zurückziehen, ohne mein Überleben zu gefährden.

Gegen die verbreitete psychologische und psychoanalytische Vorstellung, dass die Kindheit unsere Erwachsenenpersönlichkeit determiniert, wendet Holzkamp (1995) ein, dass es dazu erstaunlich wenig empirische Befunde gebe. Entwicklung könne mit Leontjew als Entfaltung meiner vielfältigen Weltbeziehungen verstanden werden (94).

5. Konflikthafte Handlungsfähigkeit

Nach der Einführung der anthropologischen Grundbegriffe wird die zentrale Kategorie der Handlungsfähigkeit in der GdP im Hinblick auf die Frage konkretisiert, wie gesellschaftliche Widersprüche im Kapitalismus psychisch verarbeitet werden. Markard (2009) nimmt Holzkamps Anspruch allerdings zurück, dass die Ausführungen zur restriktiven vs. verallgemeinerten Handlungsfähigkeit kapitalismusspezifisch seien und will sie als „Leit-Hypothesen“ (181) verstanden wissen, deren gesellschaftstheoretische Basis ggf. erneuert werden müsse. Da die Überlegungen zur restriktiven Handlungsfähigkeit eng verknüpft sind mit den kritisch-psychologischen Vorstellungen über psychische Beeinträchtigungen, sollen beide zusammen dargestellt und diskutiert werden.

Das Begriffspaar restriktive vs. verallgemeinerte Handlungsfähigkeit soll zur Aufschlüsselung der doppelten Möglichkeit in kapitalistischen Gesellschaften oder allgemein unter Herrschaftsverhältnissen dienen. Mit restriktiver Handlungsfähigkeit ist ein Handeln gemeint, das im Handeln davon ausgeht, dass bestehende Machtverhältnisse unveränderbar sind und man sich mit ihnen arrangieren muss. Ein Handeln in diesem Modus impliziert, dass Interessen auf Kosten von anderen durchgesetzt werden, da kapitalistische Verhältnisse auf Ausbeutung und Konkurrenz³ beruhen. Es wird angenommen, dass eine Vergrößerung des eigenen Handlungsspielraums tendenziell mit der Verringerung des Handlungsspielraums anderer einhergeht, da die eigene Macht auf der Ohnmacht anderer beruht.

Mit verallgemeinerter Handlungsfähigkeit ist ein Handeln gemeint, das auf die Veränderung der Verhältnisse selbst zielt, um das Nullsummenspiel zu überwinden. Dies schließt perspekti-

3 Eine Vernachlässigung antagonistischer Ausbeutungsverhältnisse und die Vereinseitigung auf Konkurrenz zwischen Individuen bzw. Gruppen bzw. eine Exklusionslogik – wie es für die Lesart des Netzwerkes Kollektive Selbstverständigung charakteristisch ist (selbstverstaendigung.de/texte-und-mehr/) – gibt m.E. die marxistische Erkenntnis auf, dass die kapitalistische Produktionsweise auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Ausbeutung der besonderen Ware Arbeitskraft beruht.

visch die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse ein, da die bewusste Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen ein Wirtschaftssystem voraussetzt, das nicht der Profitmaximierung dient, sondern der menschlichen Bedürfnisbefriedigung Priorität einräumt, und das nach einer Gesellschaftsordnung verlangt, in der der Mensch Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck ist (zum Verhältnis von wissenschaftlicher Parteilichkeit und persönlicher Parteinahme ebd., 67ff.).

Eine kritisch-psychologische Annahme ist, dass Menschen sich für den restriktiven Modus entscheiden oder dieser ihnen nahegelegt wird, weil der verallgemeinerte Modus zu riskanten Auseinandersetzungen führen kann, mit der Gefahr, die bisherige Handlungsfähigkeit zu verlieren (370ff.). Allerdings verstoßen Menschen im restriktiven Modus auf Dauer gegen ihre eigenen Bedürfnisse. Die Teilhabe an der Macht der Herrschenden und das Verhalten im Rahmen der gesellschaftlichen Konkurrenz prägen das Verhältnis zu anderen. Instrumentelle und hierarchische Beziehungen verhindern einen solidarischen Zusammenschluss mit anderen. Wenn jeder darauf bedacht sein muss, sich gegen andere durchzusetzen und ein Zugewinn an eigener Handlungsfähigkeit die Verringerung der Handlungsfähigkeit des anderen bedeutet, ist die Handlungsfähigkeit im restriktiven Modus ständig gefährdet; die Einzelnen müssen auf der Hut sein, um sich gegen Ausnutzung und Benachteiligung zu wehren. Diese Konstellation verstärkt die Vereinzelnung und das damit einhergehende Gefühl von Isolation und Ohnmacht. Holzkamp-Osterkamp (1976) charakterisiert deshalb das Verhalten im restriktiven Modus als *selbstfeindlich*. Gedanken an die alternative Möglichkeit und Gefühle des Unwohlseins aufgrund der bedrohten Handlungsfähigkeit müssten ins Unbewusste verdrängt werden, da das Bewusstwerden der Selbstschädigung unerträglich wäre und den Handlungsvollzug gefährden würde.

Auf motivationaler Ebene bedeutet das, dass gesellschaftliche Anforderungen, die eigentlich nicht den eigenen Interessen entsprechen, verinnerlicht werden können, um Konflikte im bewussten Erleben zu überwinden. Der äußere Zwang wird zu einem *innerlichen Zwang* mit der Folge, dass Menschen scheinbar motiviert gegen ihre eigenen Interessen verstoßen (376). Hier wird der Bezug zu dem psychoanalytischen Konstrukt des Über-Ichs ersichtlich, das Holzkamp-Osterkamp (1976) in veränderter Form in ihre Theorie integriert hat. Die widersprüchlichen Instanzen des Es, Ich und Über-Ich werden jedoch nicht als anthropologische Konstanten gefasst, sondern als Ausdruck des Widerspruchs zwischen eigenen Bedürfnissen und unvereinbaren fremden Anforderungen.

Auf kognitiver Ebene steht das *deutende Denken* für den restriktiven Modus. Es ist dadurch charakterisiert, dass es in der unmittelbaren Faktizität verharrt und Veränderbarkeit der Bedingungen ausblendet, da nur auf Situationen, Personen und Interaktionen fokussiert und gesellschaftliche Vermittlung nicht mitgedacht wird. Kernelemente des deutenden Denkens sind zum Beispiel Personalisierungen und die Übernahme vorfindlicher Normen und Strukturen als naturgegeben.

Mit *Innerlichkeit*, *Entemotionalisierung* und *Demonstration von Emotionen* als restriktive Formen der Emotionalität sind verschiedene Phänomene angesprochen. Osterkamp und Holzkamp betonen den für den restriktiven Modus potenziell gefährlichen Charakter von Emotionen; die restriktive Handlungsfähigkeit sei durch „ein dauerndes emotionales Unbehagen und Ungenügen“ (403) begleitet. Die Verdrängung der emotionalen Hinweise führt nach Holzkamp zu einer Verinnerlichung und Abspaltung der Emotionen vom Handeln. Einerseits werde den Emotionen eine unnötige Tiefe zugeschrieben, andererseits eine Unklarheit oder Irrationalität, die man zu Gunsten des rationalen Denkens disziplinieren und erziehen müsse (405). Dieser Widerspruch zwischen Kognition und Emotionen sei charakteristisch für die bürgerliche Gesellschaft und im Alltagsverstand als Kopf-Bauch-Dichotomie bekannt.

Mit den Begriffen des *defensiven und expansiven Lernens* unterscheidet Holzkamp (1993) zwischen fremd- und selbstbestimmten Lernen. Sowohl die S-R-Lerntheorie als auch schulische Lehrpläne gehen von einem *Lehrlernkurzschluss* aus, nach dem das gelernt wird, was Experimentatoren bzw. Lehrer vorgeben. Defensives Lernen ist dementsprechend ein passives, widerständiges, oft auch vortäuschendes Lernen, um Sanktionen zu vermeiden. Expansives Lernen hingegen setzt voraus, dass die Inhalte für die Person bedeutsam sind, und ergibt sich aus einer Handlungsproblematik, etwas zu wollen, es aber (noch) nicht zu können, und ist dementsprechend weltaufschließend. Diese subjektive Diskrepanzerfahrung motiviert unter günstigen Bedingungen, eine „Lernschleife“ einzulegen, um die Probleme zu überwinden. Ein zufälliges Mitlernen, das nebenbei stattfindet, wird darüber hinaus angenommen.

Markard (2009, 196ff.) gibt zu bedenken, dass das, was restriktiv und was verallgemeinert handlungsfähig macht, nicht eindeutig theoretisch hergeleitet werden könne und deshalb erst aktual-empirisch herausgearbeitet werden müsse. Das Begriffspaar dürfe außerdem nicht als normative Vorgabe des Lebensstils verstanden werden, sondern müsse als analytische Kategorie behandelt werden. Osterkamps und Holzkamps Annahmen über die psychischen Funktionen unter kapitalistischen Verhältnissen müssten deshalb als Hypothesen behandelt werden. Markard zieht auch die Annahme Osterkamps in Zweifel, dass jede Selbstschädigung verdrängt werden muss, da man sie auch bewusst als Risiko einkalkulieren kann. Das „Arrangement mit den Herrschenden“ (ebd., 200) könne sich auch lohnen, sodass die Rede von Selbstfeindschaft nicht immer sinnvoll sei. Er wendet außerdem ein, dass die „Redensart, dass jeder seines Glückes Schmied sei“ (ebd., 201), zwar verkürzt und mystifizierend sei, weil sie eine strukturell nicht gegebene Chancengleichheit annimmt, dass aber die Annahme auch nicht völlig abwegig sei, da das, was aus einem wird, ja tatsächlich von dem eigenen Handeln abhängt. Während Osterkamp und Holzkamp dazu tendieren, das Denken im restriktiven Modus als realitätsverkennd zu klassifizieren, vertritt Markard eine Ideologietheorie, die dessen Plausibilität und Nützlichkeit betont.

Christina Kaindl (2008) sieht in dem Konzept der Verinnerlichung der Emotionen und Entemotionalisierung des Handelns eine Verkürzung auf fordristische Verhältnisse. Mit der veränderten kapitalistischen Produktionsweise habe sich auch die Rolle der Emotionen verändert. Emotionen würden in der Arbeitswelt zunehmend zur „Mobilisierung für Verwertungsstrategien“ (ebd., 65) genutzt, für die das Zeigen von Emotionen wichtig sei. Kaindl (2008) greift deshalb das Konzept der Demonstration von Emotionen auf, das Holzkamp in Bezug auf zwischenmenschliche Beziehungen formuliert hat. Im restriktiven Modus werden Emotionen demnach eingesetzt, um den anderen durch Zuwendung oder Liebesentzug zu beeinflussen. Dieses instrumentelle Einsetzen und die Verwertbarkeit von Emotionen überträgt sie in Anlehnung an Arlie Hochschilds (2006) Konzept der Emotionsarbeit vom privaten Bereich auf die Arbeitswelt.

Die Gründe für neurotische Störungen wurden von Holzkamp-Osterkamp (1976) in der misslungenen Verdrängung von Konflikten gesucht. Damit folgt sie der Einsicht der Psychoanalyse, dass psychische Symptome einen Sinn bzw. eine Funktion in der Daseinsbewältigung haben. Holzkamp-Osterkamp sieht den Konflikt im Antagonismus zwischen dem Bedürfnis nach Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen und dem Ausschluss der großen Mehrheit von dieser Verfügung durch die kapitalistische Klassenherrschaft und widerspricht damit Freud, der von einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit der menschlichen Natur mit gesellschaftlicher Organisation ausging. Psychische Symptome würden daher jene entwickeln, die die eigenen Bedürfnisse verdrängen müssen, um an der Macht der Herrschenden teilzuhaben, sich und anderen

damit aber letztlich schaden. Auch dies ist eine Reinterpretation der Theorie von Freud, der davon ausging, dass die Zivilisierten ihre Moral und kulturelle Errungenschaften mit psychischem Leid bezahlen müssen. Die „naturalistische Verkehrung“ (ebd., 436) kritisierend, interpretiert sie Freuds „Kulturträger“ als Opportunisten, „der in dem Maße, wie ihm diese Rolle unerträglich ist, er aber andererseits auch nicht die Kraft findet, sich aus ihr zu befreien, neurotisch wird“ (ebd., 441, Kursivsetzung und Anführungsstriche entfernt).

Die Erhebungen der Sozialepidemiologie zeigen allerdings, dass psychische Störungen einen sozialen Gradienten haben, d.h. je niedriger der soziale Status, desto häufiger sind Menschen von psychischen Beeinträchtigungen betroffen (Lampert u.a. 2014). Eine Ausnahme stellt die Untersuchung von Prins u.a. (2015) dar, die zeigt, dass das untere Management besonders von depressiven Zuständen und Angstsymptomen betroffen ist, was sie auf deren widersprüchliche Klassenposition zurückführen.

Sich auf ein unveröffentlichtes Manuskript von Henke und Holzkamp zu einer Maltherapie beziehend, versteht Osterkamp psychische Symptome als eine Verselbständigung innerpsychischer Prozesse bzw. als „Vorgänge dritter Person“ (Holzkamp-Osterkamp, 1976, 450), denen das Subjekt hilflos gegenübersteht. Dies ist eine gelungene Metapher für das, was Betroffene mitunter erleben, wenn sie unter psychischen Problemen leiden, und was auch der Charakterisierung „seelischer Krankheit“ in der deutschen Psychotherapierichtlinie⁴ nahekommt.

Die in der Auseinandersetzung mit der Freud'schen Psychoanalyse entwickelte Theorie und Behandlung neurotischer Störungen bedarf sicher einer Korrektur und Aktualisierung; einige Überlegungen zu Psychotherapien auf historisch-materialistischer Grundlage habe ich an anderer Stelle zusammengetragen (Knebel 2019). Mit einem Leitfaden von Zander and Pappritz (2008) lässt sich Handlungsfähigkeit als psychischer Konflikt reflektieren und erforschen. Die Autoren gehen davon aus, dass eine „entscheidende Voraussetzung verallgemeinerter Handlungsfähigkeit“ darin besteht, „Handlungsrisiken handhabbar zu machen und Angst dadurch zu reduzieren, dass gesellschaftliche Lebensbedingungen als von Menschen hergestellt und potentiell veränderbar begriffen werden“ (ebd., 371).

6. Praxisforschung

Um die Entfremdung von Theorie und Praxis in der Psychologie zu überwinden, schlug Holzkamp vor, den Praxisbegriff der klinisch-diagnostischen Berufstätigkeit zu erweitern und Praxis – wie Marx in den *Thesen über Feuerbach* – als „sinnlich menschliche Tätigkeit“ (MEW 3, 5) zu begreifen, bei der das Ändern der Umstände und die Selbstveränderung zusammenfällt. Die individuelle Lebenspraxis und auch die psychologische Tätigkeit müssten in ihren Widersprüchen und mit der gesamtgesellschaftlichen Praxis im Zusammenhang gedacht werden, wenn der Auftrag der psychischen Reparatur unter gleichbleibenden Lebensbedingungen überschritten werden sollte (Holzkamp 1988, 31f.). Anders als die Grundlagenforschung, die sich hauptsächlich über einen dogmatischen Methodenkanon definiere, sei die Berufspraxis gezwungen, ihre gesellschaftliche Funktion neu zu definieren. Defensiv ziehe sie sich jedoch auf ihr „Sonderwissen“ und „tech-

4 „Es gehört zum Wesen dieser Störungen, dass sie der willentlichen Steuerung durch die Patientin oder den Patienten nicht mehr oder nur zum Teil zugänglich sind.“ (Gemeinsamer Bundesausschluss 2009, 6)

nisches Können“ (33) oder auf nicht kommunizierbare Erfahrungen und praktische Expertise zurück. Das tradierte Selbstverständnis der Psychologen setze aber gleichzeitig voraus, dass sie die Interessen der Betroffenen auch gegen die Intentionen der Auftraggeber wahren, sodass die Arbeit häufig etwas „Subversives“ (32) gewinne. Daraus deutet sich für Holzkamp nicht nur eine „besondere Position... an, sondern auch der Umstand, daß dem Praktiker – quasi an der vordersten Front gesellschaftlicher Widersprüche und Repressionsverhältnisse und von diesen unmittelbar mitbetroffen – Erfahrungsmöglichkeiten über die Eigenart, die Bedingungen und die Beeinträchtigungen menschlicher Subjektivität unter bürgerlichen Verhältnissen zur Verfügung stehen“ (ebd.). Er unterstellt zudem, Praktiker müssten, indem sie sich mit ihrer widersprüchlichen Rolle auseinandersetzen, über eine „gesellschaftlich-subjektives Zusammenhanges- und Widerspruchswissen“ verfügen, dass sie vor den Konkurrenzdisziplinen ... auszeichnet und nur zu entwickeln und zu verallgemeinern wäre, um aus der defensiven Rolle heraus zu einer ausweisbaren und offensiv vertretbaren Funktionsbestimmung zu kommen“ (ebd.). Dass Psychologen über dieses implizite Widerspruchswissen in besonderem Maße verfügen,⁵ wurde im Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis angezweifelt, da die Praxistheorien auch dazu dienen können, Widersprüche zu eliminieren (Markard 2000a, 15). Die scheinbare Widerspruchslosigkeit in der psychologischen Praxis in den 1990er Jahren könnte jedoch auch ein Ergebnis der zunehmenden Etablierung und Professionalisierung der Psychologie in den Praxisfeldern sein, die zur Folge hätten, dass die Psychologie es nicht mehr nötig hat, die eigenen Handlungen kritisch zu reflektieren. Daiminger (2005) hat diesen Prozess für die Verhaltenstherapie in Deutschland herausgearbeitet, deren radikal fortschrittlicher Impetus mit der Integration ins kassenärztliche System zunehmend dysfunktional wurde. Bergold u.a. (1973) setzten sich als fortschrittlich orientierte Verhaltenstherapeuten mit der Kritik auseinander, die Verhaltenstherapie sei eine manipulative Sozialtechnik. Sie nahmen sich vor, über die organismische Lerntheorie hinaus die konkreten Lebensbedingungen zu analysieren, die psychotherapeutischen Zielsetzungen zu reflektieren, um so nicht blind die herrschenden Normen zu übernehmen. Ziel war, die Interaktion in der Psychotherapie unter dem Machtaspekt zu diskutieren, damit die Verhaltensmodifikation nicht nur „ein Mittel institutionalisierter sozialer Kontrolle, also ein Mittel der Herrschaftssicherung“ (ebd., 383) bleibt.

Die mit diesem Projekt verbundene Gemeindepsychologie hat mit ihrem Empowerment-Ansatz in der konkreten Lebenswelt den Fokus auf Reformen der Praxis gelegt. Die Kritische Psychologie hat einen wichtigen Beitrag zur Theoriearbeit geleistet, indem sie Grundbegrifflichkeiten der Psychologie auf Verkürzungen und Mystifizierungen hin untersucht und Begriffe entwickelt hat, die Spezifik menschlicher Lebenstätigkeit abzubilden. Entgegen der Intention, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, kam es unter den zunehmend repressiven Bedingungen im und nach dem Kalten Krieg zu einer Spaltung zwischen radikalen und reformerischen Ansätzen, in deren Folge beide ihre universitäre Verankerung in der Psychologie der Freien Universität Berlin verloren haben. Dafür wurden ihre Konzepte insbesondere in der Pädagogik und der Sozialen

5 Dass Ärzte ein Jahrhundert zuvor eine ähnliche Position innehatten, lässt der Ausspruch von Virchow (1848, 125) vermuten: „Wer kann sich darüber wundern, dass die Demokratie und der Socialismus nirgend mehr Anhänger fand, als unter den Aerzten? Daß überall auf der äußersten Linken, zum Theil an der Spitze der Bewegung, Aerzte stehen? Die Medicin ist eine sociale Wissenschaft, und die Politik ist weiter nichts, als Medicin im Großen.“

Arbeit aufgegriffen, möglicherweise von denen, die gegenwärtig an vorderster Front gesellschaftlicher Widersprüche stehen.

Die kritisch-psychologische Praxisforschung setzte Anfang der 1980er Jahre mit einer Beschwerde darüber ein, dass es in der einschlägigen Zeitschrift „Forum Kritische Psychologie“ kaum Beiträge aus der psychologischen Berufspraxis gebe. Daraufhin fanden halbjährige Theorie-Praxis-Konferenzen (TPK) statt. Ein Ergebnis der TPK war ein umfangreicher und detaillierter Leitfaden zur Herangehensweise an Praxisfragen (Markard u. Holzkamp 1989). Zentrales Problem sei die „Vernachlässigung von Arbeitsbedingungen in ihrer Bedeutung für die Handlungsmöglichkeiten und Befindlichkeiten“ (ebd., 7), was zur Folge habe, dass Probleme der Berufspraxis auf eigene oder die Unzulänglichkeit anderer zurückgeführt würden und damit eine Veränderung der Probleme nicht in den Blick gerate. Dies verweise auf das grundsätzliche Problem in der traditionellen Psychologie, die in ihren Begriffen, Konzepten und Theorien die gesellschaftlichen Lebensbedingungen nicht systematisch berücksichtige. Daraus folgt nach Markard und Holzkamp, dass die Analyse des Zusammenhangs von gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen und wie sich die einzelnen Berufspraktiker zu ihnen denkend und fühlend verhalten, zentrales Anliegen der kritisch-psychologischen Praxisforschung sein soll.

Ein ähnliches Projekt war das von Markard geleitete Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis (ASB), in dem Studierende Erfahrungen und Probleme aus ihren Praktika vorstellen und diskutieren konnten (Markard 2000b). Ähnliche Vorgehensweisen finden sich auch im Projekt Analyse Berufspraxis (Fahl u. Markard 1993) und in der 2013 neugegründeten TPK (u.a. Zander 2020).

Literatur

- Bergold, Jarg B. u.a. (1973): Emanzipation und Verhaltensmodifikation: Widersprüche und Möglichkeiten. In: Johannes Brengelmann/Wolfgang Tunner (Hg.): Behaviour Therapy – Verhaltenstherapie. Praktische und theoretische Aspekte. European Association for Behaviour Therapy and Modification, First Meeting, 1971, at Munich, München, 367-385.
- Camerer, Colin F. u.a. (2018): Evaluating the replicability of social science experiments in Nature and Science between 2010 and 2015, in: Nature Human Behaviour, Jg. 2, Nr. 9, 637-644.
- Daiminger, Christine (2005): WWW – Eine Erfolgsgeschichte mit Differenzen. Ein Beitrag zur Geschichte der Professionalisierung der Verhaltenstherapie und der DGVT in der BRD. URL: <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/9955>, Zugriff am 30.01.2019.
- Fahl, Renke/Markard, Morus (1993): Das Projekt „Analyse psychologischer Praxis“ oder: Der Versuch der Verbindung von Praxisforschung und Psychologiekritik, in: Forum Kritische Psychologie, Jg. 32, 4-35.
- Gemeinsamer Bundesausschuss (2009): Psychotherapie-Richtlinie. URL: https://www.g-ba.de/downloads/62-492-1733/PT-RL_2018-10-18_iK-2018-12-21.pdf, Zugriff am 12.03.2020.
- Hochschild, Arlie R. (2006, Erstausgabe 1983): Das gekaufte Herz. Die Kommerzialisierung der Gefühle, Frankfurt/M.
- Holzkamp, Klaus (1977): Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? In: Karl-Heinz Braun/Klaus Holzkamp (Hg.), Kritische Psychologie. Bericht über den I. Internationalen Kongress Kritische Psychologie vom 13. bis 15. Mai 1977 in Marburg, Bd. 1, Köln, 46-75.
- (1983): Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M.
- (1988): Praxis. Funktionskritik eines Begriffs, in: Joseph Dehler/Konstanze Wetzel (Hg.), Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Psychologie, Marburg, 15-48.
- (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Frankfurt/M.

- (1995): Kolonialisierung der Kindheit. Psychologische und psychoanalytische Entwicklungserklärungen, in: Forum Kritische Psychologie, 35, 109-131.
- (2009): Zum Problem der Relevanz psychologischer Forschung für die Praxis (1970), in: ders., Schriften V. Kontinuität und Bruch 1970 – 1972, hg. von Frigga Haug, Wolfgang Maiers, Ute Osterkamp, Hamburg, 15-40.
- Holzcamp-Osterkamp, Ute (1975): Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung. Band 1. Frankfurt/M.
- (1976): Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, Band 2, Frankfurt/M.
- Huck, Lorenz u.a. (Hg.) (2008): Abstrakt negiert ist halb kapiert. Beiträge zur marxistischen Subjektwissenschaft. Morus Markard zum 60. Geburtstag, Marburg.
- Jaeger, Siegfried/Staeuble, Irmgard (1978): Die gesellschaftliche Genese der Psychologie, Frankfurt/M.
- Kaindl, Christina (2008): Emotionale Mobilmachung – „Man muss lange üben, bis man für Geld was fühlt.“ In: Huck u.a. 2008, 65-86.
- Knebel, Leonie (2019): What Can Psychotherapists Learn From a Materialist Science of the Subject? In: Annual Review of Critical Psychology, Jg. 16, 1178-1208.
- Lampert, Thomas u.a. (2014): Sozioökonomischer Status und psychische Gesundheit, in: Public Health Forum, Jg. 22, Nr. 1.
- Leontjew, Aleksej N. (1964): Probleme der Entwicklung des Psychischen. Original 1959, Berlin.
- Maiers, Wolfgang (1998): Kritischpsychologische Subjektwissenschaft: Anmerkungen zu einem unerledigten Projekt begreifenden Denkens, in: Psychologie & Gesellschaftskritik, Jg. 22, 2-3, 93-114.
- Markard, Morus (2000a): Einleitung: Praxisausbildung im Hauptstudium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann, in: ders. 2000b, 9-27.
- (Hg.) (2000b): Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Wider Mainstream und Psychoboom. Konzepte und Erfahrungen des Ausbildungsprojekts Subjektwissenschaftliche Berufspraxis an der FU Berlin, Hamburg.
- (2000c): Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 1, Nr. 2, A. 1-31.
- (2009): Einführung in die Kritische Psychologie, Hamburg.
- (2019): Kritische Psychologie und ihr Verhältnis zur kritischen Theorie, in: Uwe H. Bittlingmayer u.a. (Hg.), Handbuch kritische Theorie, Wiesbaden, 479-505.
- Markard, Morus/Holzcamp, Klaus (1989): Praxisportrait. Ein Leitfaden für die Analyse psychologischer Berufstätigkeit, in: Forum Kritische Psychologie, Jg. 23, 5-49.
- Marx, Karl (1971): Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW 13, Berlin, 616–641.
- (1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Berlin, 115-123.
- (1973): Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, Berlin, 5-7.
- Prins, Seth J. u.a. (2015): Anxious? Depressed? You might be suffering from capitalism: contradictory class locations and the prevalence of depression and anxiety in the USA, in: Sociology of health & illness, Jg. 37, Nr. 8, 1352-1372.
- Schurig, Volker (1975) Naturgeschichte des Psychischen. Band 1-2. Frankfurt a.M./New York.
- Virchow, Rudolf (1848): Der Armenarzt, in: Die medicinische Reform, 3.11.1848, 125-127.
- Zander, Michael (2018): Kollektive Intentionalität: Michael Tomasellos vergleichende Entwicklungspsychologie und ihrer Bedeutung für die Kritische Psychologie, in: Katrin Reimer-Gordinskaya/Michael Zander (Hg.), Krise und Kritik (in) der Psychologie. Festschrift für Wolfgang Maiers, Hamburg, 108-116.
- (2020): Praxisforschung und Intervision. Erfahrungen von der Berliner Theorie-Praxis-Konferenz und aus Seminaren an der Hochschule Magdeburg-Stendal, in: Forum Kritische Psychologie (NF), Jg. 2, 99-115.
- Zander, Michael/Pappritz, Thomas (2008): Handlungsfähigkeit als psychischer Konflikt. Vorschlag eines Forschungs-Leitfadens, in: Huck u.a. 2008, 369-386.

Eleonora Roldán Mendivil / Bafta Sarbo

Materialistischer Antirassismus – zurück zu den Wurzeln

„Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren,
wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.“
Karl Marx, Das Kapital 1867

Immer wenn verstärkt rassistische Tendenzen offen im liberal-demokratischen Deutschland zutage treten, wird auch vermehrt diskutiert, wie wir Rassismus in seinen konjunkturellen Wandlungen verstehen und wie wir diese Form von Menschenverachtung nachhaltig bekämpfen können. Nach dem „langen Sommer der Migration“ 2015/2016 hat sich die Stimmung gegen Asylsuchende und Muslim*innen wesentlich verschärft. Dies zeigte sich in den wöchentlichen Protesten von PEGIDA in ganz Deutschland, dem Erstarken von rechten und nationalistischen Bewegungen wie den Identitären, sowie dem Einzug der rechten und offen rassistischen *Alternative für Deutschland* (AfD) als drittstärkste Kraft mit 12,6% in den Bundestag bei den Bundestagswahlen im September 2017. Die Intensivierung der Krise des europäischen Imperialismus und seines Grenzregimes ab dem Sommer 2015 hat dabei zu spürbaren materiellen Verschlechterungen für Asylsuchende – vollere Zwangsunterkünfte, endlose Verfahren etc. – und zu einer Zunahme von rassistischen Übergriffen in Deutschland generell geführt.¹ Auch wenn die Verstärkung der aktuellen gesamtgesellschaftlich rassistischen Atmosphäre in Deutschland wesentlich von der medial dominanten Asyldebatte geprägt ist, muss festgestellt werden, dass sich Rassismen nicht nur im Rahmen von Angriffen auf (vermeintliche) Asylsuchende zeigen, sondern im Leben von nichtweißen und migrantischen Menschen in Deutschland in einer brutalen Alltäglichkeit erfahrbar sind. Debatten um Rassismus auf den Themenkomplex Flucht und Asyl zu reduzieren, wie auch viele Linke dies gerne tun, ist unzureichend und führt zu einer Unsichtbarmachung der komplexen rassistischen Realität der Bundesrepublik Deutschland. Wir denken, dass die Diskussionen und politischen Maßnahmen rund um das Thema Flucht und Asyl wichtig und zentral für eine antirassistische Praxis sowie eine damit organisch verbundene Theoriebildung sind, wollen jedoch darüber hinausgehen und fragen: Wie muss eine nachhaltige, marxistische Theoriebildung zu Rassismus und Antirassismus für Deutschland heute aussehen? Vor allem, weil der Begriff, mit dem ein Problem beschrieben wird, direkte Rückschlüsse auf die Methoden zur Lösung dieses Problems bietet.

Wir gehen seit einigen Jahren dieser Frage auf den Grund und sehen, dass es im deutschsprachigen Raum an einer Übersetzung und Rezeption von internationalen Schlüsselautor*innen

1 Statistiken sind hier trügerisch, da viele Angriffe von den Betroffenen nicht angezeigt oder anderweitig öffentlich gemacht werden. Die zugänglichen Zahlen – Anzeigen bei der Polizei sowie Chroniken anhand von Rekonstruktionen über Zeitungsartikel und Zeugenaussagen zeigen den explosionsartigen Aufwärtstrend ab 2015 deutlich: <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%Bcchtlinge%20in%20Deutschland>, <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> und <https://mediendienst-integration.de/desintegration/rassismus.html>.

marxistischer Rassismusanalysen fehlt. Zwar wurden einige Schlüsselwerke ins Deutsche übersetzt, etwa Robert Miles „Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs“ (1991, englisches Original: 1989), oder auch Keeanga-Yamahatta Taylors „Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation“ (2017), jedoch gibt es einen riesigen Kanon an vor allem englischsprachiger marxistischer Literatur zu ‘Rasse’² und Rassismus, welche keinen Eingang in die deutschsprachigen Diskussionen gefunden hat. Beispielhafte Autor*innen aus den USA und Großbritannien sind Adolph Reed Jr., Robin D. G. Kelly, Sharon Smith, Mike Cole, Paul Heidemann, Satnam Virdee oder auch David Roediger. Hinzu kommt die im deutschsprachigem Raum sehr periphere Rezeption wichtiger marxistischer Schlüsselwerke zur Diskussion um Eurozentrismus und Postkoloniale Theorie wie Vivek Chibbers „Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals“ (2018) sowie Kevin B. Andersons „Marx at the Margins: On Nationalism, Ethnicity, and Non-Western Societies“ (2016), welches bis jetzt nicht auf Deutsch erschienen ist. Eigene Analysen, die den deutschen Kontext in seinen historisch spezifischen Bedingungen analysieren, gibt es dabei noch weniger. Zu den wenigen marxistischen Analysen aus Deutschland zählen „Wertgesetz und Rassismus“ (1976) von Peter Schmitt-Egner, der Rassismus als notwendige Bewusstseinsform der bürgerlichen Gesellschaft aus dem marxischen Wertgesetz ableitet, und „Rassismus und Ökonomie“ (1989) von Werner Ruf, der im Anschluss an die Analysen von Schmitt-Egner den Rassismus der deutschen Einwanderungsgesellschaft analysiert. Diese beiden Analysen bleiben jedoch auf einer formalanalytischen Ebene, die praktisch politische Einordnung von Rassismus, auch als konkretes Herrschaftsinstrument, fehlt dagegen weiterhin.

Auch linke und sich auf den Marxismus berufende Diskussionen um Rassismus und Antirassismus bedienen sich daher liberaler Ansätze, die meist auf einem nicht weiter spezifizierten Intersektionalitätsansatz aufbauen oder sich ohne konkretes Programm auf eine „Neue Klassenpolitik“ berufen (siehe Friedrich/Redaktion Analyse & Kritik 2018), ohne eine gesonderte Analyse der Genese des Rassismus in Deutschland und eine Bilanz als antirassistisch markierter Kämpfe vorzunehmen. So behaupten viele Linke zwar einen abstrakten Zusammenhang von Rassismus und Kapitalismus, dieser kann jedoch selten erklärt werden. Oft münden damit auch diese linken Analysen in der Erarbeitung weiterer Konzepte innerhalb der Vorurteilspädagogik und vernachlässigen den ökonomischen Kampf komplett.

Anschließend an den 2017 im *Lower Class Magazine* erschienenen Artikel „Zur Lage des Antirassismus“ von Amanda Trelles Aquino, Can Yıldız und Ward Jazani wollen wir aufzeigen, was eine marxistische Begriffsbestimmung von Rassismus heute aufweisen muss, wie eine marxistische Kritik am liberalen Antirassismus aussehen kann und welche programmatischen Perspektiven sich für die Zentralität des Kampfes gegen Rassismus im Klassenkampf in Deutschland ergeben.

2 Wir benutzen das Wort ‘Rasse’, um auf den Rassifizierungsprozess hinzuweisen, welcher Menschen ob biologisch oder kulturalistisch weiterhin in angeblich separate Menschengruppen fasst und reale, materielle sowie psychische Auswirkungen auf alle Gesellschaftsmitglieder hat (vgl. Miles 1989). Durch die Setzung des Konzeptes in einfache Anführungszeichen, soll aufgezeigt werden, dass es sich um eine analytische Kategorie handelt, eine Idee als soziale Konstruktion, dessen Grundprämissen wir als antirassistische Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen bekämpfen (vgl. Cole 2016). Wir denken, dass wir nicht über Rassismus sprechen können, ohne die ihm zugrunde liegende Kategorie der ‘Rasse’ zu benennen.

1. Begriffsbestimmung: Was ist Rassismus im Kapitalismus?

Um Rassismus im Kapitalismus bestimmen zu können, müssen wir zurück zu den Wurzeln: daher beginnen wir bei Marx. In seinen Ausführungen zur ursprünglichen Akkumulation führt Marx die Rolle von Kolonialismus und Sklaverei für die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise an. „Der außerhalb Europa direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floß ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital“ (MEW 23, 781). Die kapitalistische Produktionsweise schafft sich damit einen globalen Markt für Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die Rolle der Kolonien und der Kolonisierten ist damit die Bereitstellung von Rohstoffen für die Weiterverarbeitung in Europa, sowie von Waren, die in der europäischen Metropole konsumiert werden. Innerhalb der Kolonien wiederum werden in diesem Prozess die politischen und sozialen Verhältnisse zerstört (MEW 23, 475).

„Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation.“ (MEW 23, 779)

Dabei ist nicht nur die Entwicklung des Weltmarktes asymmetrisch, sondern auch die Form der Arbeit von europäischen Arbeiter*innen und Kolonisierten: „Überhaupt bedurfte die verhüllte Sklaverei der Lohnarbeiter in Europa zum Piedestal die Sklaverei sans phrase in der neuen Welt“ (MEW 23, 787). Sklaverei ist damit nicht etwa eine präkapitalistische Form der Arbeit, sondern ein relevanter Bestandteil der Kapitalakkumulation. Diese Differenz zwischen „Ausbeutung und Überausbeutung“ (Balibar 1998, 269) ist die Existenzbedingung für Rassismus, nicht seine Folge.

Vor dem Kapitalismus hat es keinen Versuch gegeben, Rassismus wissenschaftlich zu begründen. Die ersten biologistischen Rassentheorien wurden im 18. Jahrhundert ausformuliert, während der Kolonialismus bereits im 15. Jahrhundert begann. Darüber hinaus schreibt der US-amerikanische Historiker Winthrop Jordan über die ersten Begegnungen zwischen englischen Reisenden und Kaufmännern und Afrikaner*innen, dass die Begegnungen nicht durch rassistische Vorurteile geprägt waren, Rassismus also keine notwendige Reaktion war (Jordan 2000, 33).³ Rassismus muss demnach einen anderen Ursprung haben. Auch die Klassengesellschaft in England musste mit Gewalt durchgesetzt werden. Aufrecht erhält sie sich in den meisten westlichen Industriestaaten allerdings durch das abstrakte Recht, vor allem die menschenrechtlichen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit, welche über die Verallgemeinerung der Lohnarbeit und das kapitalistische Wertgesetz etabliert werden (MEW 23, 190). In der Kolonie ist das ökonomische Ausbeutungsverhältnis deckungsgleich mit dem politischen Gewaltverhältnis (vgl. Miles 1989, 138). Peter Schmitt-Egner zeigt, wie diese unterschiedlichen Arbeitsbedingungen in der Form auch den Inhalt des Rassismus darstellen. Da die Kolonisierten keinen rechtlichen Anspruch auf den Normalarbeitstag von 8 Stunden, der in der Metropole Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Arbeiterbewegung erkämpft wurde, hatten, mussten sie weit darüber hinaus arbeiten. Der Wert ihrer Arbeitskraft liegt unter dem Wert der Arbeitskraft, der durch den gesellschaftlichen Durchschnitt in der Metropole festgelegt wird. Sie werden damit, so Schmitt-Egner, buchstäb-

3 Wenn das Zitierte im Literaturverzeichnis auf Englisch angeführt ist, sind alle Übersetzungen unsere eigenen.

lich minderwertig. Indem beim Kolonisierungsprozess außerdem alle sozialen und kulturellen Institutionen zerstört wurden und der Lohn der Kolonisierten in Lebensmitteln ausbezahlt wird, leben sie auf ihre physische Erhaltung hin und damit auf ihre Natur reduziert. In der bürgerlichen Gesellschaft, in der menschliche Subjektivität vor allem über Kultur und in Abgrenzung zur Natur bestimmt wird, gelten die Kolonisierten als kulturlose, quasi tierische Wesen. Da in der Kolonie der Wert der Ware Arbeitskraft so niedrig ist, war der Einsatz oft weit günstiger als der Einsatz von Maschinen, sodass die Kolonisierten auf Handarbeit reduzierte und damit dequalifizierte Arbeiten erledigen mussten, die weit unter dem historisch-technischen Niveau der Zeit lagen. Sie galten somit als unterentwickelt. „Fest steht für den Rassisten, dass die Billig-Arbeitskräfte, welcher Nation, Kultur oder Rasse sie entstammen mögen, den Schritt zum mitteleuropäischen Kulturmenschen allesamt noch nicht geschafft haben“ (Ruf 1989, 78).

Rassismus ergibt sich damit sowohl formal als auch inhaltlich aus den Bedingungen der kapitalistischen Produktion. Es ist dabei keineswegs bestimmend, dass körperliche Unterschiede als ideologische Marker der Unterscheidung gelten. Sie wurden quasi-zufällig im Nachhinein herangezogen, um die ökonomische Unterscheidung zwischen Ausbeutung und Überausbeutung ideologisch zu verklären, die Differenz geht damit über die Sphäre des rein Ökonomischen hinaus.

„Vor dem Hintergrund der Sklaverei war aus der Hautfarbe ein soziales Zeichen gemacht worden, das natürliche Minderwertigkeit signalisieren sollte und unabhängig von ihrem sozialen Status gegenüber allen geltend gemacht wurde, die sich irgendwie als Neger stigmatisieren ließen.“ (Hund 2007, 31)

Während Afrikaner*in sein bzw. dunkle Haut zu haben, nicht unbedingt bedeuten musste, versklavt zu sein oder unfreie Arbeit zu verrichten, waren aber die Versklavten in den Amerikas, nach der massiven und teilweise gänzlichen Auslöschung der indigenen Bevölkerung, alle Afrikaner*innen und hatten dunkle Haut. Dies erschien als natürliche Differenz (vgl. Chang 1985, 42). Daraus ergibt sich die berühmte Feststellung von Eric Williams, dass Rassismus von Sklaverei kommt und nicht Sklaverei von Rassismus (Williams 1944, 7).

Teil der Schaffung des globalen Marktes ist die größere Mobilität von Arbeitskräften. Dies lässt sich nicht nur am Kolonisierungsprozess oder im Imperialismus nachvollziehen, sondern auch in der Arbeitsmigration, wie sie beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland stattgefunden hat. Der Wiederaufbau des Landes erforderte Arbeitskräfte, und die Nachfrage konnte durch die deutsche Bevölkerung nicht bzw. nicht billig genug gedeckt werden. Die Anstellung von Gastarbeiter*innen in der BRD eignete sich dabei auf besondere Weise, weil laut Dachverband der Deutschen Arbeitgeberverbände Arbeitsmarktanforderungen nach oben und nach unten angeglichen werden konnten (Nikolinakos 1973, 68). Das bedeutet, dass es die Gastarbeiter*innen waren, die man konjunkturbedingt entlassen oder auf die man als Reserve zugreifen konnte. Das wurde durch die Gesetzgebung und das sogenannte Inländerprimat, welches bis heute gilt, auch institutionalisiert. Die Einbindung ausländischer Arbeitskräfte in die unteren Sektoren des Arbeitsmarktes war Grundlage für eine ethnische Hierarchisierung und Segmentierung in der gesellschaftlichen Produktion. Ähnlich wie im Falle der Kolonien ergibt sich auch hier aus der Unterscheidung von Ausbeutung und Überausbeutung der Rassismus.

2. Rassismus und Konkurrenz

Als politisches Instrument ist Rassismus „Agens einer Zersetzung des ‘Klassenbewusstseins’“ (Balibar 1998a, 27). Stuart Hall beschrieb bereits, wie Arbeitskämpfe in Südafrika zum Beispiel zerschlagen wurden, indem bei weißen Arbeiter*innen durch rassistische Argumente eine Identifikation mit weißen Kapitalist*innen, statt schwarzen Arbeiter*innen, geschaffen wurde (vgl. Hall 1994, 103; ebd. 131f.).

Neben diesem rational-funktionalen Aspekt kommt ein weiteres Moment des Rassismus hinzu: Indem er dehumanisiert und damit als Legitimation und Rationalisierung von Gewaltverhältnissen dient, kann er genauso in Hass umschlagen (vgl. Hund 2007, 32). In bestimmten Formen kolonialer Gewalt oder im Genozid ist es schwer, ein funktionales oder rationales Moment zu erkennen. Den Rassismus allerdings auf seine extremsten Ausprägungen zu reduzieren, verkennt seine alltäglichen Dimensionen. Aus der Überausbeutung Schwarzer/Brauner/migrantischer Arbeiter*innen, entsteht auch die Konkurrenz zwischen ihnen und den weißen/nicht-migrantischen Arbeiter*innen. Marx stellt dies in Bezug auf das Verhältnis von irischen und englischen Arbeitern dar.

„Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei *feindliche* Lager *gespalten* ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life [Lebensstandard] herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der *herrschenden Nation* und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten *gegen Irland*, befestigt damit deren Herrschaft *über sich selbst*. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die poor white [armen Weißen] zu den niggers in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. [...] Der Irländer [...] sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der *englischen Herrschaft in Irland*.“ (MEW 32, 668f.)

Die Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Arbeiter*innen ist zwar real, aber die fälschlich angenommene Vorstellung der lohndrückenden Konkurrenten ist ein zu Unrecht verallgemeinerter rechter Mythos (vgl. Nikolinakos 1973, 95). Vielmehr bilden die Überausgebeuteten, ob sie nun Kolonisierte oder Migrant*innen sind, einen Puffer nach unten. Nach Berechnungen des Migrationsforschers Friedrich Heckmann sind ca. 2,3 Millionen Deutsche von Arbeiter- in Angestelltenpositionen gerückt (vgl. Heckmann 1981, zitiert in Karakayalı 2008, 104). Dieser Puffer rettet weiße Arbeiter*innen vor dem Abstieg in die unterste Stufe der sozialen Hierarchie und schafft damit ein Interesse an der Aufrechterhaltung einer rassistischen Unterscheidung. Der deutsche Diskurs um sogenannte Integration lässt sich vor allem in diesem Kontext nachvollziehen. Erst mit der Niederlassung der Gastarbeitergeneration und der verstärkten Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Schulen und um gesellschaftliche Teilhabe wurden Fragen der „Integration“ relevant:

„Hierzu ist zu bedenken, daß erst in den siebziger Jahren, vor allem seit der zunehmenden Familienzusammenführung nach dem Anwerbestopp von 1973, Türken in großer Zahl von isoliert lebenden exotischen Heimbewohnern zu einem Teil der normalen Wohnbevölkerung wurden, der mit den Deutschen um Wohnungen konkurrierte und in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen präsent war.“ (Jamin 1999, 160f.)

Dieses Konkurrenzverhältnis bietet die Möglichkeit, in der Krise soziale Probleme wie Wohnungslosigkeit, Kriminalität und soziale Deklassierung rassistisch zu rationalisieren (vgl. Balibar 1998b, 264). Das Paradoxe an der Integrationsforderung ist, dass kulturelle „Fremdheit“ nur oberflächlich

das Problem zu sein scheint. Hier lässt sich ein Zusammenhang zwischen Rassifizierung und Klasse feststellen. Genauso, wie es in vielen vermeintlich antirassistischen Argumenten Positivbezüge auf gut qualifizierte und gebildete Migrant*innen gibt, so gibt es auch ein Ressentiment gegen aufsteigende Migrant*innen: „Türkische Putzfrauen lassen sich eben besser verkraften als syrische Hautärztinnen“ (Castro Varela 2015, 92). Der Aufstieg eines Großteils der ehemaligen Gastarbeiter*innen und der nachfolgenden Generationen in qualifiziertere Arbeiter- und Angestelltenpositionen sowie Selbstständigkeit bedeutet ein direktes Konkurrenzverhältnis zu nicht-migrantischen Arbeiter*innen. Die Anwesenheit der Migrant*innen wird also solange nicht problematisiert, solange sie in den ihnen zugewiesenen sozialen Positionen bleiben.

3. Ein marxistischer Rassismusbegriff

Der liberale Antirassismus der westlichen Gesellschaften entwickelte seinen Rassismusbegriff vor dem Hintergrund des biologistisch argumentierenden Rassismus (vgl. Bojadžijev 2008, 22). Der neue Rassismus äußert sich allerdings vor allem durch kulturalistische Argumente (Balibar 1998a). Für den neuen Rassismus wird diskursiv eher von Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit oder Xenophobie gesprochen. Rassismus ist aber ein soziales Verhältnis zwischen Menschen, die auf unterschiedliche Weise in die Produktion miteinbezogen und ausgebeutet werden. Er ist damit zum einen nicht auf eine bestimmte, hier biologistische, Argumentation angewiesen. Er richtet sich zum anderen nicht gegen „Fremde“, sondern findet vor allem innerhalb von Gesellschaften statt (vgl. Chang 1985, 39). Kulturalismus und Biologismus sind beides Bestandteile des Rassismus, der sich argumentativ zwar zwischen diesen Polen bewegen kann, letztlich aber bestimmten Körpern eine bestimmte Kultur zuweist (vgl. Müller 1992). „Die Unterscheidung zwischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit [dient dazu] Angriffe auf und Diskriminierung von ‘Schwarzen’ [und Braunen] und [weißen] ‘Migrantinnen und Migranten’ zu unterscheiden“ (ebd. 28). Diese Unterscheidung ist, im Kontext eines marxistischen Rassismusbegriffs nicht schlüssig, denn hier findet eine Art Verkehrung von ‘Rasse’ und Rassismus statt. So werden rassistische Kategorien essenzialisiert. Es wird impliziert, dass es nicht die historisch-spezifischen Bedingungen sind, die die Rassifizierung bestimmter Gruppen möglich gemacht haben und damit eine historische Zufälligkeit darstellen, sondern es eine den Gruppen innewohnende Eigenschaft ist und das Ressentiment sich daraus speist. Der Begriff Fremdenfeindlichkeit versucht darüber hinaus, zwischen ‘Rasse’ als sozial konstruierter Kategorie und ‘Migrant*innen’ als natürlicher Kategorie zu unterscheiden, ohne die Bedingungen zu thematisieren, in denen diese Kategorien hergestellt werden: „Denn solange es die Gruppe der Migrantinnen und Migranten gibt, gibt es sie nur unter Verhältnissen, die sie zu solchen machen“ (Bojadžijev 2008, 15).

4. Kritik des liberalen Antirassismus

Das Pochen auf Kritisches Weißsein (*Critical Whiteness*) und Workshops zum *Empowerment*, also Selbstbestärkung von *People of Colour* als antirassistische Praxis in Räumen der (radikalen) Linken seit dem Ende der 2000er Jahre ist vor allem eine Antwort auf die Marginalisierung migrantischer Kämpfe und Stimmen in mehrheitsdeutschen, linken Kontexten. Selten gelten Kämpfe von Migrant*innen als zentrale Inspirationsquellen für linke Politik in Deutschland; die meisten linken Aktivist*innen und Intellektuellen wissen kaum etwas von diesen Geschich-

ten, die selbstverständlich Teil der Arbeiterbewegung, der feministischen, ökologischen und antirassistischen Bewegung dieses Landes sein sollten. Die kurdische Befreiungsbewegung unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans konnte ab Ende 2013 (diasporische) Kurd*innen zwar prominent als Protagonist*innen eines antifaschistischen Widerstandes sichtbar machen – um die antirassistischen Kämpfe von kurdischen und anderen nicht-weißen bzw. migrantischen Arbeiter*innen in Deutschland geht es dabei jedoch nicht.

„Die alltägliche Erfahrung rassistischer Ausgrenzung in der Schule, an der Clubtür, auf dem Arbeitsmarkt, in der Ausländerbehörde und bei der Wohnungssuche und die häufige Nicht-Anerkennung oder Nicht-Einbeziehung dieser Erfahrungen durch GenossInnen, die diese Erfahrungen nicht machen, macht misstrauisch“ (Ibrahim u.a. 2012).

Kritisches Weißsein als Konzept scheint daher ein attraktives Angebot um genau auf diese Missstände innerhalb politischer, auch linker, Zusammenhänge hinzuweisen. Das Problem mit diesem Konzept, so wie er im deutschsprachigem Raum angewendet wird, fassen Aida Ibrahim, Julie Karakayali, Serhat Karakayali und Vassilis S. Tsianos treffend zusammen:

„Einerseits geht es um eine Ausweitung, die alle Weißen zu Privilegierten macht; andererseits wird ein eher entpersonalisierter Fokus auf Institutionen gerichtet. In diesem Konzept sind die ‘weißen’ Institutionen und Diskurse so mächtig, dass sie die Individuen, die darin als ‘Weiße’ konstruiert werden, vollständig entmündigen. Gleich, wie diese sich verhalten, sie sind ‘Profiteure’. Anstatt eine Rassismustheorie in Angriff zu nehmen, deren Fluchtpunkt die ideologische und praktische Abschaffung von Kategorien wie ‘Race’ ist, dreht sich das Whiteness-Konzept von Anfang an im Kreis.“ (Ibrahim u.a. 2012)

Der aktuelle hegemoniale Antirassismus bewegt sich in einem liberalen Diskurs und bedient sich einer ebenso liberalen Praxis, welche durch Bildung und die Produktion von Vorbildern die (post-)migrantischen Anderen zu höherer Leistung für die Integration zu bewegen sucht. Dies kann offensiv geschehen, wie in der „Raus mit der Sprache. Rein ins Leben“-Kampagne der Deutschlandstiftung Integration, bei der prominente nicht-weiße Deutsche bzw. Deutsche mit Migrationsgeschichte in ihrer Familienbiografie mit ausgestreckter schwarz-rot-golden gefärbter Zunge Migrant*innen „zum Deutschlernen“ anregen sollen (HORIZONT online 2010). Oder auch subtiler, durch eine Reihe von Workshops, die in sogenannten *safer spaces*, also sichereren Räumen, unter Nicht-Weißen, lediglich an Methoden arbeiten, sich als Einzelperson zu bestärken (*selfcare*, Selbstfürsorge), ohne eine Kampfperspektive kollektiver Befreiung für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten aufzuzeigen. Wir denken, dass Räume des Austausches und offenen Sprechens über die eigene gelebte Realität unabdingbar sind, sehen jedoch ein Problem darin, wenn das Schaffen dieser Räume – inklusive der Forderungen, das ‘Selbst’ zu dekolonisieren – zu einem Ziel an sich wird – eine Dynamik, die in deutschsprachigen Metropolen wie Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Wien und Zürich in vielen sogenannten *People of Colour*-Räumen dominant ist. Was all diese Maßnahmen vereint, ist der Individualismus in der analytischen Herangehensweise und damit verbundenen praktischen Lösungsvorschlägen.

„Der Liberalismus ist die hegemoniale Ideologie der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft: Sie setzt die Freiheit des *Individuums* an erste Stelle und richtet sich gegen Kollektivismus und den Missbrauch von Macht und Herrschaft. Dass die Freiheit im Kapitalismus für die Arbeiter*innen vor allem die „Freiheit“ von Produktionsmitteln bedeutet und dementsprechend die „Freiheit“ ihre Arbeitskraft zu verkaufen nach sich zieht, wird dabei verschwiegen. Genauso, dass die eigentliche Freiheit, die hier verteidigt wird, den Kapitalist*innen gebührt: die Freiheit des Eigentums ist das Grundelement der bürgerlichen Ordnung, die vom Staat, Rechtssystem und Polizei, geschützt wird. Der Liberalismus

verkennt, dass Herrschaft ein unübertroffenes Ausmaß angenommen hat, *indem suggeriert wird*, dass sie auf ein Minimum reduziert worden sei.“ (Jazani, Trelles Aquino und Yildiz, 2017)

Auch linkere Antworten wie Diskussionsveranstaltungen und Workshops zu Kritischem Weißsein bzw. Empowerment von nicht-weißen und/oder migrantischen Menschen, gründen ihre Arbeit fast ausschließlich auf genau diesen Liberalismus, wenn primär anhand von Identitäten politische Subjektivität gemessen wird. Und hier tritt die hegemoniale Auslegung der Intersektionalitätstheorie und einer intersektionalistischen Praxis zu Tage. Denn Intersektionalität ist als Konzept sehr unterschiedlich auslegbar. Die dominante Interpretation von Intersektionalität ist aktuell eine, die die Verschränktheit (Intersektion) verschiedener Macht- und Herrschaftsverhältnisse wahrnimmt und daraus eine emanzipatorische, inklusive Praxis abzuleiten sucht. Dabei werden Kategorien wie Klasse, Geschlecht und ‘Rasse’ mit den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen, Kapitalismus, (Hetero-)Sexismus und Rassismus als Unterdrückungsformen behandelt, welche alle zu bestimmten Subjektformierungen durch eine diskriminierende Lebenserfahrung führen. In dieser Interpretation wird somit Intersektionalität zu einer Strategie der radikalen Inklusion, in der meist durch besondere Bildungsarbeit an dem Bewusstsein von Individuen und damit auch an gesellschaftlichem Bewusstsein gerückt wird, um diese pathologisch irrationalen Denkmuster und diskriminierenden Handlungen zu überkommen. Hier kommen jedoch zwei grundlegende Probleme auf. Erstens lässt sich Rassismus, wie bereits oben ausgeführt, nicht einfach nur als ein irrationales Vorurteil definieren. Rassismus in Deutschland schafft sehr wohl materielle Vorteile für als weiß und Deutsch rassifizierte Menschen:

„Der bevorzugte Zugang zu Informationen über Stellenangebote, die Behandlung im Wettbewerb um Beschäftigung, Arbeitsplätze mit besseren Löhnen und Bedingungen und Beförderungen sind keine Illusion. Ebenso wenig sind es eine bevorzugte Behandlung durch Vermieter, Dienstleister, Geschäftsinhaber und die Polizei“ (Cramfield 2016, zitiert in Georgi 2019, 108).

Zweitens lässt sich diese real überlegene Position in einer rassistisch strukturierten, kapitalistischen Gesellschaft nicht ohne eine Kontextualisierung dieser rassistischen Vorteile, also die gesamte ökonomische und soziale Ordnung verstehen (ebd.). Eine marxistische Rassismusanalyse muss also die Kategorie Klasse als Ausbeutungsverhältnis anders behandeln als dialektisch verbundene Unterdrückungskategorien wie Geschlecht oder ‘Rasse’, welche sich im deutschsprachigen Raum nach 1945 über tatsächlichen oder zugeschriebenen Migrationshintergrund oder durch die Kategorie Kultur, und weniger über ein offenes Sprechen über ‘Rasse’ ausdrückt. Die analytische Unterscheidung zwischen Ausbeutung und Unterdrückung fasst Terry Eagleton gut zusammen:

„Niemand hat eine bestimmte Hautpigmentierung, weil andere eine andere haben, und niemand hat ein bestimmtes Geschlecht, weil andere ein anderes haben. Aber Millionen von Menschen befinden sich in der ‘Position’ des Lohnarbeiters, weil es auf der Welt ein paar Familien gibt, die in ihren Händen die Produktionsmittel konzentrieren. Beide Kategorien (bürgerlich/proletarisch oder Ausbeuter/Ausgebeuteter) stehen auf eine Weise im Verhältnis zueinander, das – im Unterschied zu anderen Identitäten – nur durch Abschaffung dieses spezifischen Verhältnisses (Kapital/Arbeit) auch die untergeordneten ‘Identitäten’ abgeschafft werden können.“ (Eagleton 1997, 78)

Identität wird in diesen intersektionalistischen Kreisen meist nicht als ein nicht-essentialistisches, sich immer in Bewegung befindendes Konzept verhandelt, sondern als eine quasi statische Zuschreibung von Sein. Vishwas Satgar beschreibt treffend, wie in heutigen sozialen Kämpfen gegen Rassismus Identitätspolitik eine wichtige Rolle einnimmt. Jedoch neige diese „in ihren Extremen

[...] dazu, *Unterschiede* auf problematische Weise zu rassifizieren“ (Satgar 2019a, 11). Partikulare Erfahrung ist wichtig und darf nicht runtergespielt werden. Das Pochen hierauf und die Festschreibung ohne Klassenperspektive birgt jedoch die Gefahr, leicht in Chauvinismen abzurutschen, bei denen Zusammenarbeit und Solidarität nicht mehr politisch konstruiert wird, sondern auf essentialistischen Zuschreibungen bzw. Selbstidentifizierung – Schwarzsein, Ausländer*insein etc. – basiert (ebd.). Emanzipatorische Perspektiven, um die aus Unterdrückung resultierenden Partikularitäten (Schwarz, Braun usw.) tatsächlich zu überwinden, haben in diesen Diskussionen kaum Platz.

Der Umgang von Marxist*innen mit Intersektionalität als Kategorie ist dabei vielfältig. Einige Marxist*innen lehnen Intersektionalität als postmoderne Spielart ab, da „[...] sie die Verbindung zu ihren materiellen Grundlagen, dem Kapitalismus, nicht herstellt und daher auf einer diskursiven Ebene agiert und eine Vielzahl von sozialen Identitäten und sozialen Spaltungen strategisch fördert“ (Satgar 2019a, 14 – siehe hierzu auch Aguilar 2015). Basierend auf Delia D. Aguilar argumentiert Satgar, dass

„[...] intersektionale Ansätze [...] die von ihnen beschriebene Unterdrückung nicht erklären [können], da es an strukturellen Grundlagen mangelt. Stattdessen wird [von Aguilar] eine historische materialistische Optik vorgeschlagen, um über Klasse, Geschlecht und Rasse nachzudenken. Ein solcher Ansatz kritisiert flache postmoderne Ansätze der Intersektionalität, die sich lediglich auf ein liberales Individuum konzentrieren, das in unterschiedliche, sich überschneidende Beziehungen (Rasse, Klasse, Geschlecht, Region usw.) eingetaucht ist, und wie daraus eine individuelle Identität entsteht. Stattdessen untersucht ein historisch materialistischer Ansatz, wie überschneidende Beziehungen Unterdrückung und Ausbeutung reproduzieren. Dies dient als Grundlage, um kollektive Unterdrückung und die Notwendigkeit von Solidaritäten zu verstehen.“ (Satgar 2019a, 14)

Anderer Marxist*innen verteidigen Intersektionalität als Konzept zum besseren Verstehen von sozialer Realität und den unterschiedlichen Niveaus an Überausbeutung von Arbeiter*innen. Robin D.G. Kelly ruft zum Beispiel zu einer radikalen Kontextualisierung des Projekts der Aufklärung auf, bei dem die Dehumanisierung rassistisch markierter ‘Anderer’ kein zu vernachlässigendes Nebenprodukt ist, sondern im Zentrum genau dieses eigentlich emanzipatorischen Vorhabens stand (Kelly 1997). Marxist*innen dürften keine unkritische Verteidigung des Aufklärungsprojekts betreiben und müssten ihr eigenes Fingerzeigen auf sogenannte Identitätspolitik hinterfragen: „[...] die neue Aufklärungs-Linke kann sich Bewegungen nicht vorstellen, die von Afroamerikanern, Frauen, Latinos, Schwulen und Lesben angeführt werden, die für das Ganze sprechen oder sogar radikalen Humanismus annehmen. [...] die einzigen Menschen, die die Sprache des Universalismus sprechen können, sind weiße Männer“ (ebd.). Für Kelly ist das Bestehen von Marxist*innen auf der Zentralität der Interessen der Arbeiterklasse berechtigt, „[a]ber ohne eine Analyse, die Rassismus, Sexismus und Homophobie ernst nimmt und tiefe historische Unterschiede berücksichtigt, werden wir nicht wissen, was ‘Interessen’ bedeuten“ (ebd.). Daher ist Intersektionalität als Kategorie, nicht als Strategie, unabdingbar, um einen Marxismus aufzubauen, der keinen rassistischen, männlichen, oder heterosexistischen Chauvinismus mit de facto Nebenwiderspruchsargumenten fördert (ebd.). Die Wichtigkeit von Identitätspolitiken in der Arbeiterbewegung sieht auch Sharon Smith. Smith erklärt, wie die Schwarze, feministische Tradition in den USA als sozialistisches Projekt zur Abschaffung von Ausbeutung und aller Unterdrückung entstand – und nicht wie in der hegemonialen postmodernen Geschichtsschreibung in Abgrenzung zu marxistischer Politik (Smith 2017). Auch Smith versteht Intersektionalität als ein Werkzeug zum Erreichen der gesam-

ten Klasse – als Strategie biete diese jedoch kein Programm zur Zerschlagung des ökonomischen Grundlage, der kapitalistische Produktionsweise, sowie zur Aufhebung von damit verbundenen Unterdrückungsformen (ebd.).

Wenn „[...] ein essentieller Bestandteil emanzipatorischer Politik ist, sich durch gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht festlegen zu lassen, sondern diese zu hinterfragen und zu bekämpfen“ (Ibrahim u.a. 2012), dann generiert eine solche essentialisierende Identitätspolitik, die stark im aktuellen liberalen Antirassismus verankert ist, keine programmatischen Antworten auf eine gemeinsame Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Antworten, die wir dann vorfinden, sind Safer-Spaces-Politiken, also Politiken, die sicherere Räume für von Rassismus Betroffene schaffen wollen, um darin zu einer verstärkten Selbstermächtigung zu gelangen, selten jedoch in eine universalistische Befreiungsperspektive, also einer Zusammenarbeit in breiteren Gruppen münden, sondern allzu oft in längerfristig separatistisch angelegten Gruppierungen.

„Ohne Subjektivität gibt es keine Politik. Subjektive Erfahrungen und politische Positionen sind aber nicht das Gleiche. Weder folgt aus bestimmten Erfahrungen zwingend eine bestimmte politische Haltung noch ist die Einnahme einer politischen Haltung durch die eigene Erfahrung limitiert. [...] Eine politische Position ist nicht die logische Folge spezifischer persönlicher Erfahrungen, sondern entwickelt sich durch die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen. [...] Zu behaupten, dass eine politische Haltung unveränderbar an die ‘Position’ innerhalb der Gesellschaft gebunden ist, bedeutet, einen statischen Begriff von Gesellschaft zu vertreten, der die Möglichkeit politischer Veränderung letztlich ausschließt.“ (Ibrahim u.a. 2012)

5. Ausblick: Antirassismus und Klassenkampf

Was in der aktuellen Debatte um Rassismus fehlt, ist eine Analyse des Rassismus im neoliberalen Kapitalismus, der Rassismus, der sich erst richtig mit dem Ende des Kalten Krieges und dem (vermeintlichen) Sieg des liberalen Kapitalismus seit den 1990er Jahren entwickelt hat. Eine Rassismusanalyse, die die globale Krise und die neuen Fluchtursachen, den aktuellen Imperialismus durch Abwanderung industrieller Produktion in den Globalen Süden und den Abbau des Sozialstaates, sowie das Widererstarben des Nationalismus angesichts einer fortschreitenden Globalisierung fassen kann.

Wir schließen uns Vishwas Satgar an, wenn er feststellt, dass der

„[...] Marxismus im zwanzigsten Jahrhundert [...] trotz starker antirassistischer politischer Verpflichtungen in den meisten Fällen keine effektive antirassistische Verankerung in der theoretischen Orientierung und Praxis [bot]. Das ist unsere Herausforderung im 21. Jahrhundert, indem wir einen nicht-eurozentrischen Marxismus in Kämpfen entwickeln und die rassistischen Annahmen der euroamerikanischen Moderne in Frage stellen.“ (Satgar 2019a, 11)

Wir können mit unserer Kritik hier kein ausführliches Programm für eine erfolgreiche politische Praxis bieten. Unsere Analyse macht jedoch zwei Punkte besonders deutlich: Rassismus ist ein Bestandteil kapitalistischer Produktionsweise. Das Kapital setzt notwendig gewaltvoll die Überausbeutung bestimmter Teile der Arbeiterklasse durch und muss dies ideologisch erklären. Eine Überwindung von Rassismus innerhalb des Kapitalismus ist damit ausgeschlossen. Zum anderen ist Antirassismus eine notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Klassenkampf, weil erst klare antirassistische Forderungen sowie eine entsprechende Praxis eine gemeinsame Grundlage für einen Kampf schaffen, in dem alle Teile der Arbeiterklasse Protagonist*innen ihrer Befreiung sind. Während weiße Arbeiter*innen durch Rassismus einige relative Privilegien erhalten, besteht

ihr allgemeines Interesse als Arbeiter*innen eigentlich in der strikten Zurückweisung dieser Unterscheidung und einem gemeinsamen Kampf:

„Arbeiter_innen werden sich nie zusammenschließen, um für die Staatsmacht zu kämpfen, wenn sie sich nicht zusammenschließen können, um heute für die Anforderungen am Arbeitsplatz zu kämpfen. Wenn weiße Arbeiter_innen heute nicht für die Bekämpfung von Rassismus gewonnen werden, werden sie sich nie mit Schwarzen Arbeiter_innen für eine Revolution morgen vereinen. Wenn die Schwarzen Arbeiter_innen nicht dafür gewonnen werden, heute gegen den Anti-Immigranten-Rassismus zu sein, werden sie sich morgen nie mit den Latino-Arbeiter_innen für eine Revolution zusammenschließen.“ (Taylor 2011)

Denn ohne alle Teile der Klasse – und dieses globale Proletariat ist mehrheitlich nicht-weiß – wird es zu keiner nachhaltigen proletarischen Revolution kommen. Taylor führt weiter aus: „Deshalb sagte Lenin, dass eine revolutionäre, auf dem Marxismus basierende Partei ein ‘Tribun der Unterdrückten’ sein muss, der bereit ist, gegen die Unterdrückung einer beliebigen Gruppe von Menschen zu kämpfen, unabhängig von der Klasse der Betroffenen“ (ebd.). Die Relevanz dessen, erkannte schon Marx, als er über das Scheitern der US-amerikanischen Arbeiterbewegung schrieb: „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird“ (MEW 23, 318).

Dies wurde bereits durch die Tradition eines aktiv antirassistischen Marxismus, insbesondere etwa durch W.E.B. Du Bois und C.L.R. James, mit der Verpflichtung „zur Arbeiterklasse-Solidarität über die Farblinie hinweg für die menschliche Emanzipation“ formuliert (Satgar 2019a, 12). Wir dürfen daher den antirassistischen Kampf nicht als eine partikularistische Bestrebung um Sonderinteressen verstehen, wie es etwa die liberale Antidiskriminierungspolitik versucht (siehe hierzu auch Roldán Mendívil und Sarbo 2019), sondern als Teil eines universalistischen Kampfes für die Emanzipation aller.

„Für Marx ist dieser Kampf gegen den Kapitalismus zum Wohle des Menschen ein universalistischer Kampf. Der Punkt dieser Universalien ist, dass sie von zentraler Bedeutung sind, um die Welt des Kapitalismus zu verstehen und sie zu überwinden. Darüber hinaus negieren sie als Universalien die Besonderheit als Teil eines dialektischen Ganzen nicht“ (Satgar 2019a, 6)

Den antirassistischen Kampf daher auf eine Angelegenheit derjenigen zu reduzieren, die von Rassismus betroffen sind, ist verkürzt und wird dem Antirassismus als allgemein-emanzipatorischem Projekt nicht gerecht. Wir schließen uns daher Ibrahim u.a. an, die konstatieren:

„Wir wollen dagegen einen Umgang mit Fragen von Rassismus, der es ermöglicht politische Subjekte nicht nach ihrer Herkunft oder Hautfarbe einzuteilen – wie es auch der Rassismus tut – sondern danach fragt, wie antirassistische Kämpfe das Leben von uns allen verbessern können“ (Ibrahim u.a. 2012).

„[D]er Widerstand gegen Rassismus ist notwendig, möglich und geschieht“ (Satgar 2019b, 241). Die Frage ist nur, welche Rolle der revolutionäre Marxismus in aktuellen und zukünftigen antirassistischen Kämpfen, auch in Deutschland, einnehmen wird.

Literatur

- Aguilar, Delia D. (2015): Intersectionality, in: Sharzad Mojab (Hg.), *Marxism and Feminism*, London, 203-220.
- Anderson, Kevin B. (2016): *Marx at the Margins: On Nationalism, Ethnicity, and Non-Western Societies*, Chicago.

- Balibar, Etienne (1998a): Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.), *Rasse, Klasse, Nation*, Hamburg, 23-38.
- (1998b): *Rassismus und Krise*, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.), *Rasse, Klasse, Nation*, Hamburg, 261-271.
- Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster.
- Camfield, David (2016): *Elements of a historical-materialist theory of racism*, in: *Historical Materialism*, 24 (1): 31-70.
- Castro Varela, María do Mar (2015): *Willkommenskultur: Migration und Ökonomie*. María Virginia González Romero im Gespräch mit María do Mar Castro Varela, in: Zülfukar Çetin/Savaş Taş (Hg.), *Gespräche über Rassismus. Perspektiven & Widerstände*, Berlin, 87-96.
- Chang, Harry (1985): *Toward a Marxist Theory of Racism: Two Essays by Harry Chang*, in: *Review of Radical Political Economics* 17 (3), 34-45.
- Cole, Mike (2016): *Racism. A Critical Analysis*, London.
- Chibber, Vivek (2018): *Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals*, Berlin.
- Eagleton, Terry (1997): *Die Illusionen der Postmoderne: Ein Essay*, Stuttgart.
- Friedrich, Sebastian und Redaktion *Analyse & Kritik* (2018): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin.
- Georgi, Fabian (2019): *The Role of Racism in the European ‘Migration Crisis’: A Historical Materialist Perspective*, in: Vishwas Stagar (Hg.), *Racism after Apartheid. Challenges for Marxism and Anti-Racism*, Johannesburg, 96-117.
- Hall, Stuart (1994): „Rasse“, *Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante*, in: ders., *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Berlin/Hamburg, 39-136.
- HORIZONT Online (20. Oktober 2010): „Raus mit der Sprache. Rein ins Leben“: Sido und Arthur Abraham als Integrationsbeauftragte, URL: <https://www.horizont.net/agenturen/nachrichten/-Raus-mit-der-Sprache.-Rein-ins-Leben-Sido-und-Arthur-Abraham-als-Integrationsbeauftragte-95739> (letzter Zugriff am 10. Oktober 2019).
- Hund, Wulf D. (2007): *Rassismus*, Bielefeld.
- Ibrahim, Aida u.a. (2012): „Decolorise it!“; in: *Analyse & Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 575, 21.9.2012.
- Jamin, Mathilde (1999): *Fremde Heimat. Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei*, in: Jan Motte u.a. (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt a.M./New York, 145-164.
- Jazani, Ward u.a. (2017): *Zur Lage des Antirassismus*, in: *Lower Class Magazine*, 27.6.2017, URL: <https://lowerclassmag.com/2017/06/27/debattenbeitrag-zur-lage-des-antirassismus/> (letzter Zugriff am 8. Oktober 2019).
- Jordan, Wintrop D. (2000): *First Impressions*, in: Les Back/John Soloms (Hg.), *Theories of Race and Racism. A Reader*. London, 33-50.
- Karakayalı, Serhat (2008): *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld.
- Kelly, Robin D.G. (1997): *Identity Politics and Class Struggle*, in: *New Politics*, Vol. 6, No. 2 (new series), URL: <http://marx.libcom.org/library/identity-politics-class-struggle> (letzter Zugriff am 12. Oktober 2019).
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, MEW 23, Berlin.
- (1975 [1870]): *Brief an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9.4.1870*, in: MEW 32, 665-670.
- Miles, Robert (1989): *Racism*, London.
- Müller, Jost (1992): *Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus*, in: *redaktion diskurs* (Hg.), *Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland*, Berlin/Ams-terdam, 25-44.

- Nikolinakos, Marios (1973): Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus, Hamburg.
- Roldán Mendivil, Eleonora/Sarbo, Bafta (2019): Klassenkampf statt Diversity-Programme, in: Analyse & Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 645, 15.1.2019.
- Ruf, Werner (1989): Rassismus und Ökonomie, in: Otger Autara u.a. (Hg.), Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe, Berlin/Hamburg, 63-84.
- Sargar, Vishwas (2019a): The Anti-Racism of Marxism: Past and Present, in: ders. (Hg.), Racism After Apartheid. Challenges for Marxism and Anti-Racism, Johannesburg, 1-27.
- (2019b): Conclusion, in: ders. (Hg.), Racism After Apartheid. Challenges for Marxism and Anti-Racism, Johannesburg, 237-241.
- Schmitt-Egner, Peter (1978): Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewusstseinsformen, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 8/9, Frankfurt, 350-405.
- Smith, Sharon (2017): A Marxist case for intersectionality, in: Socialist Worker, 8.1.2017, URL: <https://socialistworker.org/2017/08/01/a-marxist-case-for-intersectionality> (letzter Zugriff am 12. Oktober 2019).
- Taylor, Keeanga-Yamahtta (2011): Race, Class and Marxism, in: Socialist Worker, 4.1.2011, URL: <https://socialistworker.org/2011/01/04/race-class-and-marxism> (letzter Zugriff am 9. März 2019).
- (2017): Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation, Münster.
- Williams, Eric (1944): Capitalism and Slavery. Chapel Hill 1994.

Marta do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan

Marxistisch oder postkolonial? Falsche Fragen zur falschen Zeit

Ein zufälliger Archivfund Anfang der 2000er Jahre weist auf einen Kolumbus, der so in den meisten europäischen Schulbüchern nicht zu finden ist: gierig, rücksichtslos, inhuman. Die Historikerin Consuelo Varela (2006) studierte das Material und legte eine umfangreiche Studie der so genannten „Bobadilla Protokolle“ vor. Francisco Bobadilla war im Jahr 1500 von den Katholischen Königen Isabella und Ferdinand beauftragt worden, über das Wirken von Kolumbus auf der Insel Hispaniola Bericht zu erstatten und hatte nur Entsetzliches zu Protokoll gegeben. Auch wenn der Archivfund tatsächlich ein Glücksfall für die Geschichtsschreibung bedeutet, erstaunt das Erstaunen. Gab es je Zweifel an der Gier des Christoph Kolumbus? Hatte nicht schon Bartolomé de las Casas' Bericht (1492/1493) in seiner Schrift „*Verwüstung der Westindischen Länder*“, die lange schon in vielen Sprachen vorliegt (Original in Latein), Zeugnis von den Plünderungen, Morden, Vergewaltigungen, dem Sklavenhandel und den Verwüstungen in den Amerikas abgelegt? Das Erstaunen kann also nur als symptomatisch für den Widerstand gegenüber der Realisierung der tatsächlichen kolonialen Gewalt, die von Europa ausging gewertet werden. Ein Widerstand, der sich sehr unterschiedlich gestaltet. Auch diverse Kapitalismuskritiken verzichten auf postkoloniale Perspektiven oder greifen diese als einseitig, nicht nachvollziehbar, ideologisch etc. an.

Zweifelsfrei hat die Kolonialisierung der Welt, die von Europa ausging, nicht nur eine Spur der Gewalt und des Terrors hinterlassen, ohne sie wäre der Siegeszug des Kapitalismus auch nicht denkbar gewesen. Wie nun genau die Beziehung zwischen Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus sich gestaltet, darüber ist weiterhin zu debattieren, dass allerdings der Postkolonialen Theorie darin eine wichtige Rolle zukommt, scheint uns außer Frage zu stehen.

Im nachfolgenden Artikel wird Postkoloniale Theorie als Supplement marxistischer Theorie dargestellt. D.h. marxistische Kapitalismuskritik wird mittels Postkolonialer Perspektiven gegen den Strich gelesen bzw. supplementiert. 'Supplementieren' verstehen wir im Sinne Jacques Derridas als einen Prozess der Ergänzung bei gleichzeitiger Offenlegung der Lücken und Widersprüche. Damit dies gelingen kann, wird zunächst die Kritik an Postkolonialer Theorie, die von Seiten marxistischer Theorie erhoben wird, präsentiert. Hierfür stellen wir exemplarisch die Thesen von Vivek Chibber (2013 a, b) vor, weil an dessen Thesen eine lebhafteste Debatte zwischen eher orthodoxen Marxist*innen und Postkolonialen Theoretiker*innen entbrannt ist. Daran anschließend werden wir einige der feministisch-postkolonialen Interventionen skizzieren. Wir tun auch dies exemplarisch anhand von Gayatri Chakravorty Spivaks Schriften, die unserer Ansicht nach die wohl differenzierteste feministische-postkoloniale Antwort auf marxistische Orthodoxie zur Verfügung gestellt hat. Spivak präsentiert eine vielfältige affirmative Sabotage marxistischer Schriften, in der sie diese wertschätzt und gleichzeitig einer Kritik unterzieht.

1. Kontext der Debatte: „Comprador Intelligenzija“ und die „wahren Revolutionäre“

Seit ca. 10 Jahren wird in Europa heftig über koloniale Raubgüter und darüber, ob eine Restitution derselben nicht ethisch-politisch angemessen wäre, diskutiert. Die Debatte um geraubte Kulturgüter verläuft denkbar schwerfällig und hitzig zugleich (siehe dazu Sarr/Savoy 2019). Nach wie vor fällt es Europa schwer, die eigene koloniale Vergangenheit und seine kolonisierende Rolle darin anzuerkennen. Der deutsche Völkermord an den Herero und Nama wird mittlerweile fast unbestritten als koloniales Unrecht beurteilt, doch bleibt gleichsam ein Widerstand in Wissenschaft und Politik bestehen, der kolonialen Beherrschung den Platz innerhalb der Gesellschaftskritik einzuräumen, die ihr als gewaltiger Macht- und Herrschaftsmaschinerie zukommen müsste.

Die Kolonisierung der Welt, die von Europa ausging, kann als ein unglaublicher Prozess der Plünderung, Aneignung, des Raubes von Territorien, Ressourcen und kolonisierter Arbeitskraft beschrieben werden. Sie war eine wichtige Stütze bei der globalen Entfaltung kapitalistischer Strukturen, Ordnungen und Praxen. Freilich macht es wenig Sinn, die Praxen heterogener kolonialer Beherrschung über einen Kamm zu scheren. Doch ganz gleich, ob wir die Machenschaften Kolumbus, der im 15. Jahrhundert im Auftrag der spanischen Krone einen ausgedehnten Handel mit Kolonialwaren zwischen der so genannten „Neuen“ und „Alten Welt“ etablierte und der den Weg für die Plünderung der Amerikas und den transatlantischen Sklavenhandel freimachte, untersuchen oder ob wir die Geschäfte der im Jahr 1600 von Elisabeth I. bevollmächtigten English East India Company, die auf 15 Jahre sämtlichen Handel zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und der Magellanstraße abwickeln durfte, analysieren: immer haben wir es mit von europäischen Machthabern legitimiertem Raub und Ausbeutung zu tun. Um das Erbe dieser Gier zu untersuchen, wird es kaum ausreichen, sich auf eine marxistische Kapitalismusanalyse zu verlassen. Fragen, die eine seit Jahren anhaltende Debatte rund um Postkoloniale Theorie und Marxismus beschäftigen, sind unter anderem: Können marxistische Perspektiven universalisiert werden? Ja, müssen diese nicht universalisiert werden? Was tun mit den zum Teil unkritischen Auseinandersetzungen zum Thema Kolonialismus innerhalb des westlichen Marxismus? Haben andererseits poststrukturalistische Perspektiven, die innerhalb Postkolonialer Theorie zentral sind, nicht die Kapitalismuskritik letztlich geschwächt? Wenn ein Anspruch auf Wahrheit und damit auch auf *das* „Reich der Freiheit“ aufgegeben wird, führt dies nicht unweigerlich zu einer Schwächung des Widerstands gegen einen globalisierten Kapitalismus? Aber was tun mit einem humanistischen Projekt wie dem Marxismus, das sich kontaminiert zeigt von eurozentrischem Denken und der kontinuierlichen Auslassung der Rassismusfrage? (Siehe kritisch hierzu Robinson 1983.)

Zweifelsfrei ist der Marxismus Teil eines westlich-humanistischen Erkenntnisprojekts und geht infolgedessen mit universalistischen und gleichermaßen eurozentrischen Groß Erzählungen einher (kritisch etwa Blaut 1989). Obschon die meisten anticolonialen Bewegungen dies erkannten, beharrt eine Mehrheit anticolonialer und auch postkolonialer Theoretiker*innen auf der Wichtigkeit marxistischer Erkenntnismodi (hierzu etwa Bartolovich/Lazarus 2002). Unseres Erachtens haben die Schriften Karl Marx' zu Recht Kritik für ihre eurozentrische Einengung politischer Emanzipation erfahren. So hat er es versäumt, seine Ausführungen zu Indien oder Afrika (etwa 1960a, 1960b/1853) in eine entwickelte Imperialismusanalyse zu überführen. Revolutionsrelevant scheinen bei ihm zudem nur das westliche Proletariat und dessen Streben nach ökonomischer Gleichheit und Emanzipation zu sein. Das Leiden und die Widerständigkeit der europäischen

Arbeiterbewegungen wurden in seinen Schriften nicht nur zum Prototyp von Widerstand, sondern auch universalisiert. Will heißen, dass lange unwidersprochen geglaubt wurde, dass der europäische Industriearbeiter das politische Interesse der gesamten (unterdrückten) Menschheit zu repräsentieren in der Lage ist. Doch kann das politische Interesse der kolonisierten Massen kaum mit denen des europäischen Industrieproletariats gleichgesetzt werden. Im Gegenteil, die Position außereuropäischer Arbeiter*innen steht geradezu im direkten Widerspruch zu der Position europäischer Industriearbeiter*innen.¹ Trotz dieser schwerwiegenden Leerstelle, auf die unter anderem Postkoloniale Theorie immer wieder verweist, war und bleibt marxistische Theorie zentral für die intellektuellen und politischen Arbeiten vieler antikolonialer und postkolonialer Aktivist*innen wie auch Theoretiker*innen (siehe etwa San Juan, Jr. 2002; Amin 2011). Und obschon dem einige marxistische Theoretiker*innen widersprechen mögen, spielt die Marx'sche Theorie bei postkolonialen Theoretiker*innen wie etwa Gayatri Chakravorty Spivak eine zentrale Rolle – wie dies im Übrigen auch die Arbeiten von Antonio Gramsci tun.

Aijaz Ahmad (1992) hat die Postkoloniale Theorie bereits in den 1990er Jahren als eine Praxis privilegierter Klassenfraktionen, die im Grunde von den materiellen Realitäten der Kämpfe des globalen Südens abgeschnitten sind, beschrieben. Das Wissen, welches über Widerstandskämpfe entstanden ist, würde von diesen globalen Eliten schlicht vereinnahmt. Dieses würde dann in gezähmter Form innerhalb der westlichen Wissenschaftscommunity zirkulieren (Ahmad 1992, 91). Ahmad zeigt sich in diesem Zusammenhang auch misstrauisch gegenüber den migrantischen postkolonialen Intellektuellen und ihrer „Überbewertung der Nicht-Zugehörigkeit“ (ebd., 137). Ähnlich argumentiert auch Kwame Anthony Appiah (1996), der feststellt, dass Postkolonialität die Bedingung einer „comprador Intelligenzija“ (ebd., 62) sei. Appiah kontrastiert postkoloniale Intellektuelle im Westen mit in Afrika lebenden. Erstere beschreibt er als eine relativ kleine Gruppe von im westlichen Stil schreibenden Schriftsteller*innen und Denker*innen, die beim Handel mit kulturellen Waren (etwa mit Theorien, Romane, Essays, Musik etc.) des Weltkapitalismus vermitteln würden (ebd., 69). Auch Benita Parry (2004) wendet gegen die Postkoloniale Theorie ein, dass diese die materiellen Kämpfe gegen den (Neo-)Kolonialismus domestiziert habe. Freilich ist eine solche Aussage recht problematisch, denn wer definiert schließlich, wer die *wahren Träger* kolonialen Widerstands sind? Parry? Und was bedeutet es, wenn gesagt wird, dass die Kämpfe in der Narrativisierung gezähmt würden? Parry spricht gar zynisch von einer heldenhaften Stilisierung der dekonstruktiven postkolonialen Kritikerin als „Freiheitskämpferin“, die mit ihren innovativen Lesestrategien Widerstand leistet gegen einen brutalen ökonomischen und militärischen Neokolonialismus. Sehen wir von dem unangemessenen Zynismus ab, so stimmt es sicherlich, dass in einigen Schriften Postkolonialer Theorie das semiotische Feld zum privilegierten Widerstandsmodus gerät und damit die direkten physischen Existenzkämpfe, die tagtäglich im globalen Süden gegen imperialistische Ausbeutung geführt werden, nicht mehr greifbar und damit auch nicht mehr angreifbar erscheinen. Wenn die ökonomische Dimension der neuen Weltordnung ignoriert wird, so führt dies zu der vagen und geradezu geisterhaften Konstruktion einer durch zunehmende Ungleichheit gekennzeichneten Welt.

Das Feld der Debatte ist damit (wenn auch nur stichwortartig) abgesteckt.

1 So lassen es die europäischen Arbeiter*innen in ihrer Mehrheit nicht nur an Solidarität mit der Arbeiter*innen in globalen Süden mangeln, sie profitieren auch direkt von deren Ausbeutung.

2. Chibbers 'reine Lehre'

Es ist nun schon einige Jahre her, dass Vivek Chibbers Buch „*Postcolonial Theory and the Specter of Capital*“ (2013a), das sich als erneuter Angriff von marxistischer Seite auf die Postkoloniale Theorie liest, erhebliche Debatten ausgelöst hat. Und das nicht ohne Grund. Insbesondere orthodoxe Marxist*innen waren die poststrukturalistischen Lesarten von Marx Schriften immer schon ein Dorn im Auge. Doch auch wenn im Titel des Buches eine Kritik an den Postkolonialen Theorien angekündigt wird, so beschränken sich Chibbers Angriffe doch auf einige wenige konkrete Schriften. Hauptsächlich den Vertreter*innen der *South Asian Subaltern Studies Group* (SSG) wird unterstellt, dass sie die Rolle der Bourgeoisie während der Englischen und Französischen Revolution falsch wiedergegeben hätten und durch ihre Behauptung, dass sich der Kapitalismus und die Moderne in der postkolonialen Welt unterschiedlich entwickelt hätten, die Differenz zwischen einem Westen und einem Orient ontologisieren würden. In der Tat scheinen den Historiker*innen der SSG westliche Theorien, die den Kapitalismus und die Moderne untersuchen, durchaus relevant, aber doch unzulänglich, um die Entwicklung in Ländern wie Indien verstehen zu können. Durchaus zu Recht wurde von diesen vorgebracht, dass das nahtlose Übertragen von Kategorien der Aufklärung auf die postkoloniale Welt die pluralen Realitäten verzerren würde, indem etwa *a priori* angenommen würde, es könne von einer universellen politischen Handlungsmacht ausgegangen werden.

Chibber unterstellt Ranjit Guha, dem Begründer der SSG, wiederum, dass dieser den Universalisierungsdrang des Kapitals bestimmten Akteur*innen – nämlich der Bourgeoisie oder kapitalistischen Klasse – zuschreibt, die dazu in der Lage seien, die feudale Ordnung umzustürzen und eine Vereinigung der Klassen zu errichten, die nicht nur Kapitalisten und Kaufleute einschließe, sondern auch das Proletariat wie auch den Stand der Kleinbauern und -bäuerinnen. Dieses zusammengeschusterte Bündnis verteidige nicht nur die Eigentumsrechte der Kapitalisten, sondern gewährleiste gleichermaßen eine liberale, allumfassende und einvernehmliche Ordnung, die das *Ancien Régime* ersetze. Der entscheidende Punkt für Guha ist, Chibber zufolge, dass die Bourgeoisie im Westen in der Lage war, eine solche Ordnung hervorzubringen, wohingegen die Bourgeoisie im globalen Süden ohne Zustimmung herrschte. Anstatt eine einvernehmliche politische Ordnung zu errichten, wären in den ehemaligen Kolonien höchst instabile, autoritäre politische Systeme geschaffen und gleichzeitig der Graben zwischen den subalternen und den elitären Sphären erweitert worden (Chibber 2013a, 90). Guha folgert daraus, dass es der Bourgeoisie im Westen gelang, für die differenten Klassen zu sprechen, während dieses Ansinnen in den ehemals kolonisierten Räumen scheiterte und infolgedessen eine zwar dominante, aber nicht hegemoniale Herrschaft etabliert werden konnte. Das Entwickeln von sehr unterschiedlichen politischen Dynamiken im globalen Süden und im globalen Norden habe wiederum dazu geführt, dass die Moderne in diesen beiden Weltgegenden grundlegend different blieb. Chibber greift dieses Narrativ an und behauptet, dass die SSG subalternen Gruppen ein politisches Kalkül und charakteristische Bewusstseinsformen nachweisen möchte, welche sich von den auf sie projizierten Theorien des Westens deutlich unterscheiden würden. Kultur und Bewusstseinsformen gerieten damit zur Quelle historischer Differenz, obschon die abweichenden Charaktere der Bourgeoisie die unterschiedlichen Bahnen europäischer und außereuropäischer politischer Praxen, Institutionen und des Kapitalismus selbst kennzeichnen. Chibber merkt an, dass die Erfahrung der Dominanz ohne Hegemonie im postkolonialen Raum nicht im Mindesten von der Erfahrung der westlichen

Welt abweiche (ebd., 91). Die Gründe für die sichtbare Instabilität der demokratischen Institutionen in den postkolonialen Räumen und ihre Tendenz zum Autoritarismus würden von der SSG an der eigenen schwachen proletarischen Bewegung festgemacht (ebd., 98).

Ein anderer Mitstreiter der SSG, Partha Chatterjee (2013), allerdings wirft Chibber im Gegenzug vor, Guha falsch gelesen zu haben. Dieser habe keine persönliche Diagnose zur bürgerlichen Revolution in England und Frankreich gestellt, sondern lediglich die liberale Geschichtsschreibung nacherzählt, welche behauptet, dass die britische Herrschaft in Indien sich auf die Einwilligung indischer Subjekte stütze. Wie ihre europäischen Pendanten behaupteten indische Liberale ebenfalls, dass die indische Bourgeoisie berechtigterweise im Namen der ganzen Nation spreche. Guha zeige auf, so Chatterjee, dass diese liberalen Ansprüche auf Hegemonie der kolonialen – wie auch der postkolonialen – Regime recht fadenscheinig seien. Er kritisiert vor allem die liberale Geschichtsschreibung und die damit einhergehende Ideologie, die die universalisierende Tendenz des Kapitals sowie deren Ansprüche auf die Englische wie auch auf die Französische Revolution als Begründer der bourgeois Hegemonie unhinterfragt lässt und nach wie vor glaubt, für die gesamte Gesellschaft sprechen zu können (Chatterjee 2013, 69). Guha mache diese nicht erfüllten liberalen Ansprüche transparent, indem er sich auf Marx beziehe. Immerhin hat Marx die Englische und Französische Revolution durchaus als wertvollen Beitrag auf dem Weg zu einer neuen Ordnung interpretiert. Jedoch, wie Chatterjee zeigt, bemerkte auch Marx, dass das Kapital irgendwann an unüberwindbare Grenzen gerät (ebd.). Wenn bedacht wird, wie Chatterjee ausführt, dass Guha keinerlei eigene Behauptungen über die bürgerliche Revolution in Europa macht, dass die Revolutionen der Bourgeoisie in Europa nicht antifeudal waren, was ja Chibbers Argument ist, dann wird seine Kritik eigentlich hinfällig.

Chatterjee macht deutlich, dass im Gegensatz zu Chibbers Verständnis der bürgerlichen Hegemonie als Einbeziehung der wahren Interessen der subalternen sozialen Klassen in das revolutionäre Programm Guha eher einem gramscianischen Verständnis folgt, in welchem es der hegemonialen Bourgeoisie gelingt, ihre eigenen Interessen als die universellen Interessen der Gesellschaft zu präsentieren (ebd.). Guha, so Chatterjee, habe immer von der Bourgeoisie und nicht von den Kapitalisten gesprochen, wenn er die politische und intellektuelle Führung der nationalen indischen Bewegung beschrieben habe (ebd.). Neben Guha und Chatterjee wird ein weiterer Historiker der SSG scharf von Chibber angegriffen: Dipesh Chakrabarty nämlich, dem er ankreidet, dass er die Universalisierung des Kapitalismus infrage stelle (2013a, 217). In seinem Werk versucht Chakrabarty bekanntlich zwei verschiedene Arten von Geschichte gegenüberzustellen (Chakrabarty 2000, 47ff.). Die erste Geschichte (*History 1*) wird dominiert von universellen Kategorien, die im westlichen Rationalitätsdiskurs verankert sind. Diesem Modell zufolge wird die postkoloniale Welt letztlich die gleiche Stufe der Moderne und Industrialisierung erreichen wie der Westen. Jegliche lokalen Partikularitäten, die diesem Universalisierungsvorhaben nicht entsprechen, werden im Prozess der Homogenisierung der Welt nach und nach gelöscht. Nachdem Chakrabarty die Universalisierungstendenz des Kapitals zurückgewiesen hat, wendet er sich den indischen Unterschichten zu und untersucht, welche Rolle etwa Traditionen, Religionen und verschiedene Perspektiven in der politischen Praxis spielten, und bezeichnet dies als zweite Geschichte (*History 2*). Im Gegensatz zu Guha, der Chibber zufolge die Universalisierungstendenz des Kapitals einem bestimmten Akteur zuschreibt – der Bourgeoisie nämlich –, lokalisiert Chakrabarty sie in der Fähigkeit des Kapitalismus, alle sozialen Beziehungen in die Logik des Kapitals zu übersetzen. Laut Chibber schlussfolgert Chakrabarty, dass der Kapitalismus aufgrund

verschiedener kultureller, sozialer und politischer Praktiken im außereuropäischen Raum, die nicht mit dem normativen Modell einer kapitalistischen Kultur und eines kapitalistischen Systems übereinstimmen, an diesem Test scheitert (Chibber 2013a, 218f.). Da die lokalen Praktiken und Institutionen aufgenommen werden müssen, entstehe ein Kapitalismus, der sich vom westlichen Kapitalismus unterscheide. Chibber widerspricht dieser Vorstellung vehement und vertritt die Ansicht, dass die Universalisierung des Kapitalismus keine Auslöschung aller sozialer Diversität und kultureller Verschiedenheit bedeutet, sondern dass der Kapitalismus kulturelle und religiöse Diversität inkludiere und sogar zu stärken in der Lage sei, sodass kulturelle Diversität nicht per se als antikapitalistisch zu lesen sei (ebd., 233; auch Chibber 2013b). Weiter argumentiert er, dass die Behauptung, Menschen würden sich auf lokale Kulturen und Praktiken berufen, wenn sie sich gegen den Kapitalismus wenden, nicht bedeutet, dass sie nicht von universellen Zielen oder Interessen motiviert seien. Chibber versucht im Grunde aufzuzeigen, dass die historisch-empirischen Arbeiten der SSG zu den subalternen Widerständen eigentlich verdeutlichen, dass wenn indische Kleinbauern und -bäuerinnen kollektiv handeln, sie dies aus denselben Beweggründen und demselben Antrieb heraus tun, wie es die Kleinbauern und -bäuerinnen im Westen getan haben (Chibber 2013a, 203ff.). Was sie vom Westen unterscheidet, sind kulturelle Formen, die diese Beweggründe zum Ausdruck bringen. Doch die Motivationen als solche sind allen gemein. Dadurch, dass die SSG jedoch darauf beharren würde, dass westlich Handelnde nicht von den gleichen Bedenken zum Tun bewegt werden wie postkolonial Handelnde, würden sie einen kolonialen Essentialismus aufrechterhalten (ebd., 192). Dieser Betrachtungsweise folgend, gehen, so Chibber, sowohl die SSG als auch die dekolonialen Ansätze der Lateinamerikastudien das Risiko ein, die indigenen Kollektive (erneut) zu exotisieren. Das Abstreiten eines Universalismus führe notwendigerweise zur Reproduktion eines unverzeihlichen Ethnozentrismus (Chibber 2014).

Der Ungleichheit des Akkumulationsprozesses zum Trotz glaubt Chibber, dass es eine Universalisierungstendenz des Kapitals gibt, die überall das gleiche Tauschsystem durchsetzt, völlig ungeachtet des jeweiligen Entwicklungsniveaus. Diese universelle Logik des Kapitals, so legt er dar, verbindet die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse im Westen und in den postkolonialen Räumen in einer universellen Geschichte (Chibber 2013a, 202ff.). Chibber verteidigt die Annahme, dass der Kapitalismus seine Dynamiken universalisiert und dabei gleichzeitig in verschiedenen Formen existiert, sodass es möglich ist, sowohl die universellen Prozesse als auch die unterschiedlichen sozialen Herausbildungen zu erklären (ebd.).

Der Kritik, die behauptet, Chibber habe nur ein einziges Modell anzubieten, das der Rational-Choice-Theorie entstamme, erwidert er, dass Menschen zwar durch ihre Kultur geformt würden, es aber Bedürfnisse gebe, die unabhängig von ihrer Kultur Bestand hätten – und dies gelte es schlichtweg zu akzeptieren (ebd., 189, 196f.). Die Universalität dieser Grundbedürfnisse erkläre die Universalität des Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Menschen würden ihre Erfahrungen der Unterdrückung und Ausbeutung kulturübergreifend verstehen und dies würde eben ein kontextunabhängiges politisches und soziales Handeln ermöglichen (ebd., 202ff.). Er besteht darauf, dass alle Menschen weltweit Grundbedürfnisse teilen: etwa das Sehnen nach einem leiblichen Wohlergehen. Jede Kultur normiert Herrschaft und rechtfertigt Ausbeutung, genauso wie jeder Herrschaftskontext ebenfalls Widerstand hervorruft. Wären Handelnde bloße Erschaffungen ihrer Kulturen, so würden sie, so Chibber, schlicht die Normen internalisieren, womit Widerstand unmöglich würde. Da Widerstand nicht bloß einem spezifisch kulturellen Kontext entspringe, kann er mithin von einem zum anderen Ort ausgeweitet werden. Progres-

sive Bewegungen wie der Marxismus argumentieren, so Chibber, dass Arbeiter*innen sich über nationale Grenzen hinaus nur zusammenschließen können, eben weil sie spezifische Interessen teilen (ebd., 178f.). Er fragt sich, warum trotz der existierenden globalen Bewegungen gegen Neoliberalismus und Kapitalismus, die über die kulturellen und nationalen Grenzen hinausreichen, postkoloniale Theorien, die die Einzigartigkeit und Differenz subalternen Handlungsmacht betonen, weiterhin in der akademischen Landschaft weit verbreitet sind (ebd. 176, 186). Den Marxismus verteidigend, behauptet Chibber, dass dieser womöglich die einzige Theorie des historischen Wandels Europas bereitgestellt habe, die sich systematisch mit den Spezifika postkolonialer Räume auseinandergesetzt habe. Der SSG wirft er dagegen nicht, wie dies vielleicht angenommen wird, eine Abweichung von der marxistischen Orthodoxie vor, sondern beanstandet vielmehr, dass der Postkolonialismus sich als zukunftsfähige Version des Marxismus präsentiert, während die Mitglieder der SSG gleichzeitig die Klassenanalyse vernachlässigen würden und somit die zentrale marxistische Idee des universellen Strebens seitens der Unterdrückten, die in der Natur des Menschen und dem Bedürfnis nach kulturübergreifenden universellen Prinzipien begründet liegt, untergrabe (ebd., 231). Der Postkolonialismus wird mithin beschuldigt, den Kulturessentialismus und Orientalismus wiederzubeleben, anstatt ein Gegengift hierzu zu entwickeln. Wie andere bereits vor ihm vermutet Chibber, dass der Postkolonialismus vor allem aufgrund des Niedergangs der Arbeiterbewegung und des allgemeinen Bedeutungsverlustes der Linken in den 1970er Jahren eine große Resonanz erhielt (ebd., 2). Des Weiteren argumentiert er, dass mit der Öffnung der akademischen Institutionen gegenüber bisher marginalisierten Gruppen, wie etwa Frauen, Migrant*innen aus postkolonialen Ländern oder *People of Color*, die allesamt über Unterdrückungserfahrungen verfügen, aber eben nicht zwingend eine Idee von Klassenausbeutung mitbringen, eine Verschiebung vom Klassenkampf hin zu allgemeinen Diskriminierungsstudien stattgefunden habe (ebd., xi). Postkoloniale Theorie füge sich leicht in eine solche Logik ein. Ihre breite Rezeption und Akzeptanz wäre nur mit der zunehmenden Nicht-Organisation der Arbeitskräfte wie der Linken zu verstehen (Chibber 2013b). Auch wenn durch postkoloniale Interventionen die Exklusion minorisierter Stimmen infrage gestellt werden konnte, kann epistemische Gewalt, so Chibber bissig, wohl nicht dadurch überwunden werden, dass der Kanon angepasst und den Unterdrückten mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird (Chibber 2013a, 1). Er befürchtet, dass die Vernunft als universeller Begriff der Aufklärung auf dem Altar der postkolonialen Kritik geopfert wird (ebd., 290ff.). Vehement plädiert er dafür, die außereuropäische Welt durch dieselbe analytische Brille zu konzeptualisieren wie die Transformationsbewegungen im Westen, und hebt dabei die Bedeutung universeller Kategorien, wie etwa Kapitalismus und Klasse, aber auch Demokratie, Liberalismus, Rationalität, Objektivität und Menschenrechte, hervor.

Doch die SSG lehnt Universalismen keineswegs ab, sondern eher die Behauptungen des globalen Nordens, die Quelle des Geschichtsuniversalismus zu sein. In seinem Beharren darauf, dass politisches Handeln aus einer einzigen universellen Neigung der menschlichen Natur heraus entsteht, folgt Chibber kritiklos der kontrakttheoretischen Schule des liberalen politischen Denkens (Chatterjee 2013, 74).

Selbst diejenigen, die mit Chibbers Perspektive sympathisieren, bemerken zuweilen, dass sein ausschließlicher Fokus auf die empirischen Arbeiten postkolonialer Provenienz als problematisch zu werten ist (etwa Brennan 2014, 86). Der größte Mangel in Chibbers Argumentation ist wohl darin zu sehen, dass er die postkoloniale Theorie als antagonistisch gegenüber der Rationalität der Aufklärung inszeniert und zudem behauptet, dass die Logik des Kapitals tatsächlich universell

sei und dass ihre Ausbreitung in postfeudalen und postkolonialen Gesellschaften zwangsläufig eine universelle Geschichte des Klassenkampfes erzeuge. Chibber kann allerdings nicht erklären, wie es zu einer Vielzahl differenter Formen des Staatskapitalismus kommt, die von verschiedenen Kontexten und historischen Erfahrungen zeugen. Folgt man Chibbers Argumentation, so bleibt nicht nachvollziehbar, wie die gleichen Güter unter unterschiedlichen Bedingungen produziert werden, aber dann auf dem gleichen Markt miteinander konkurrieren.

Spivak dagegen macht deutlich, dass der eigentliche Begriff „subalterne Gruppen“ in postkolonialen Gesellschaften – von Gramscis Schriften zum *Risorgimento* bis hin zu Du Bois' Schriften zur panafrikanischen Bewegung – darauf abzielt, die Teile der Gesellschaft zu beschreiben, die von der universellen Logik des Kapitalismus nicht eingeschlossen wurden: diejenigen Menschen und Traditionen also, die nicht vollkommen auf die kapitalistischen Tauscheinheiten reduziert werden konnten, weil unterschiedliche Länder sehr unterschiedlich auf die Ausbreitung des kapitalistischen Systems reagierten (Spivak 2014, 188). Es bildeten sich Klassenunterschiede heraus, welche oftmals untrennbar mit rassistischen, religiösen und historischen Unterschiedlichkeiten verknüpft waren. Diese können, laut Spivak, nicht einfach ausgelassen werden, wenn, wie Marxist*innen hoffen, ein positiver Wandel in Kraft gesetzt und der Universalisierungstendenz des Kapitals widerstanden werden soll. Des Weiteren weist sie auch darauf hin, dass Chibbers Behauptung, es gäbe einen kulturübergreifenden Widerstand, die Beziehungen des Internationalismus der Arbeiterbewegung zum Kolonialismus missachtet. Chibbers Verständnis des Widerstands vermittele den Eindruck, so Spivak, als wäre Widerstand frei von rassistischen und genderspezifischen Konstruktionen (ebd.). Ihr zufolge sind subalterne soziale Gruppen nicht mit dem internationalen Proletariat gleichzusetzen. Im Gegensatz zu Chibbers Romantisierung der Alltagspraktiken des Widerstands bezieht sich Spivak auf Gramsci und argumentiert, dass subalterne Gruppen nicht vereinigt sind, ja sich nicht vereinigen können, bevor sie Staat werden (ebd., 193). Durch die Idealisierung der subalternen Klassen und dadurch, dass sie der Gruppe der global Entrechteten zugeteilt werden, integriere Chibber diese in problematischer Weise nahtlos in die Geschichte Europas. Spivak ordnet Chibbers Position zu Recht einer weit reichenden Tendenz zu, die es nicht zulässt, einen anderen als den westlichen Marxismus gelten zu lassen (ebd., 195). Ferner problematisiert sie den begrenzten Fokus auf die SSG – insbesondere auf Guha, Chakrabarty und Chatterjee –, da dadurch die Bandbreite und Tiefe der postkolonialen Perspektiven ignoriert werde (ebd., 185). Ihrer Meinung nach ist die Andeutung, dass postkoloniale Theorie, da sie poststrukturalistisch argumentiere, nicht in der Lage dazu sei, universelle Bewegungen entstehen zu lassen, extrem zweifelhaft. Sie selber zieht Marx' Begriff des „Generellen“ dem des „Universalen“ vor. Durchaus geht sie mit der Annahme konform, dass es generelle Prinzipien gibt, ergänzt aber, dass diese an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden müssen. Um der universalisierenden Geste – nicht nur des Marxismus, sondern des globalen Kapitals – standzuhalten, sei es zum Beispiel notwendig, in der Lage zu sein, sich dieser Geste aus differenten materiellen und kulturellen Perspektiven zu nähern. Die größere Frage sei dann nicht eine des Marxismus oder der Aufklärung versus einem Postkolonialismus, sondern: wie die Kategorien, die von Marx – oder auch von Kant oder Hegel – entwickelt worden sind, eingesetzt werden könnten, um Situationen zu analysieren, die diese Denker nicht kannten. Dies ist durchaus als ein Plädoyer für eine Interpretation des Marxismus – oder der Aufklärung – unter Bedingungen der historischen Differenz zu verstehen.

3. Spivaks Marxistisch-Feministische Postkoloniale Theorie

Neben der SSG war es zweifelsfrei Spivak, die die marxistische Analyse innerhalb der postkolonialen Ansätze vertreten und auch weiterentwickelt hat, weswegen auch sie direkt von Chibber (2014) angegriffen wird. Wir allerdings halten ihre Untersuchungen und Darstellungen nicht nur für gerechtfertigt, sie erscheinen uns auch nachvollziehbar.

Um Marx'sche Thesen und marxistische Ansätze für einen nicht-westlichen Kontext weiter zu öffnen, analysiert Spivak Subjektpositionen unter Gender- und Klassenperspektiven, um daran die Irreduzibilität der Vielfalt von Subjekten und Territorien, die unter anderem beim Weltmachen (*worlding*) unter kolonialer Herrschaft produziert wurden, darzulegen. Ihre Studien zu Lohnarbeit und Kapitalismus haben nicht nur die Aktualität sondern auch die Vitalität Marx'schen Denkens unter Beweis stellen können (etwa Spivak 1988, 154 ff.). Postkoloniale Theorie – und auch post-strukturalistische Perspektiven – stehen für sie nicht im Gegensatz zu marxistischen Perspektiven, sondern diese sind im Gegenteil ohne jene nicht denkbar. Auch Spivak hält nichts von Studien zu sozialer Ungleichheit, die das Feld des Ökonomischen außer Betracht lassen. Im Vergleich zu den Erfahrungen des männlichen europäischen Industriearbeiters im 19. Jahrhundert finden wir allerdings heute eine Situation vor, in der multinationale Konzerne zunehmend ihre Produktion in den globalen Süden auslagern. Dort sind die Arbeiter*innen oft nicht gewerkschaftlich organisiert und aus diesem Grunde maximal ausbeutbar (etwa Ong 2006). Dies trifft insbesondere die weibliche Arbeitskraft, denn die geographische Streuung eines modernen Kapitalismus macht es Arbeiterinnen im globalen Süden besonders schwierig, sich zu organisieren und in den Begrifflichkeiten zu repräsentieren, die dem männlichen Industriearbeiter im Europa des 19. Jahrhunderts noch zur Verfügung standen. Die Arbeiterin im globalen Süden ist darüber hinaus besonders verletzlich, weil ihr vergeschlechtlichter Körper zusätzlich durch patriarchalische Regimes – dazu zählen die eigene Familie, religiöse Institutionen und der Staat – regiert wird (Spivak 1988, 167). Spivaks Analysen regen hier zu einem Überdenken der Idee des ausbeutbaren Körpers an, denn nicht der männliche Arbeiter, sondern insbesondere der Körper der subalternen Frau wird im Kontext eines globalen und ungebremsen Kapitalismus zum Ort der Überausbeutung. Marx' Ausführung, dass der Arbeiter das Kapital produziert, weil es seine Arbeitskraft ist, die für den Mehrwert verantwortlich zeichnet, ergänzt Spivak dahingehend, dass es die 'Dritte Welt' ist, die nicht nur den Reichtum, sondern auch die Möglichkeiten der kulturellen Selbstrepräsentation des Nordens produziert und also im doppelten Sinne Mehrwert für den Westen herstellt (Spivak 1990, 96). Des Weiteren weist sie die Vorstellung zurück, nach der es sich beim Gebrauchswert um einen reinen von Entfremdung freien Ausdruck der proletarischen Arbeitskraft handle, während der Tauschwert die korrupte, entfremdete Repräsentation der kapitalistischen Ausbeutung darstelle. Diese allzu vereinfachende binäre Oppositionsbildung zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei dringend einer Kritik zu unterziehen. Die von Spivak betriebene Dekonstruktion des Dualismus „Kapitalismus/Sozialismus“ ist als ein Beitrag zu verstehen, eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus zu formulieren, die den globalen Süden nicht unberücksichtigt lässt. Sie argumentiert hier im politischen Geiste der 'Dritten Welt'. Die 'Dritte Welt' war schließlich in den 1950er Jahren nach der Bandung-Konferenz die Bezeichnung, die die blockfreien Staaten, die sich davor erst kürzlich von den Kolonialmächten befreit hatten, wählten, um damit anzuzeigen, dass sie sich weder für die Interessen des „kapitalistischen Westens“ noch die des „sozialistischen Ostens“ einspannen lassen wollten.

Einem marxistisch-ökonomischen Determinismus begegnet Spivak, indem sie das Ökonomische unter „kreuzweise Durchstreichung“ (*under erasure*, Spivak 1988, 168) setzt und danach fragt, was die Ökonomie in der Debatte hält, ohne dabei die Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit darauf zu reduzieren. Das Verfahren der kreuzweisen Durchstreichung übernimmt Spivak von Jacques Derrida (der es wiederum den Schriften Heideggers entlehnt). Es stellt den Versuch dar, Begriffe, die etwa dominant und wenig hinterfragt erscheinen, im Schriftbild einer Hinterfragung zuzuführen. Wiewohl es unsinnig wäre, beim Sprechen über Gerechtigkeit die Ökonomie unbeachtet zu lassen, so trickreich ist es, dieser zu viel Raum in den Analysen um soziale Gerechtigkeit einzuräumen. Da weder ein Entweder-oder noch ein Sowohl-als-auch hier angemessen erscheint, ermöglicht die kreuzweise Durchstreichung, die Ökonomie sichtbar zu halten und sie doch in ihrer analytischen Dominanz zu hinterfragen. Ihr Ziel ist die Überwindung einer Logik des Kapitalismus, die vom Standpunkt der entwickelten, industrialisierten Nationalstaaten des globalen Nordens ausgeht. Scharfbemerkt sie, dass, wann immer nicht-westliche Ökonomien fokussiert werden, diese als „primitive konzeptionelle Objekte“ für westliches Theoretisieren eingeführt werden. Das unterschlägt, dass die postkolonialen Nationalstaaten Teil des globalen kapitalistischen Systems sind, und dass es v.a. die Ausbeutung der dortigen weiblichen Arbeitskraft ist, durch die Reichtum und Ressourcen für den Westen hergestellt werden. Spivaks Diskussion der globalen Dynamiken des modernen Kapitalismus zeigt sich nicht nur immer gendersensibel, sondern betont zudem, dass der Produktion von Kultur immer ein ökonomischer Text zugrunde liegt². Besonders bemerkenswert sind ihre theoretischen Arbeiten, die sich mit der Marx'schen Arbeitswerttheorie und der so genannten „asiatischen Produktionsweise“ befassen. Marx beschäftigt sich unter anderem in seinem Aufsatz *Die britische Herrschaft in Indien* (1960a/1853) mit den Unterschieden zwischen 'orientalischen' und 'westlichen' Gesellschaften. Er klagt in diesem einerseits die koloniale Herrschaft der Engländer an, die mit maßloser Brutalität das Land ausgebeutet hätten, ist allerdings auch der Ansicht, dass die Ausbeutung unabdingbar gewesen sei, um das Land zu modernisieren und es von dem Joch des Feudalismus und der „angeborenen Trägheit“ (1960b/1853, 225) zu befreien.

„Gewiß war schnödester Eigennutz die einzige Triebfeder Englands, als es eine soziale Revolution in Indien auslöste, und die Art, wie es seine Interessen durchsetzte, war stupid. Aber nicht das ist hier die Frage. Die Frage ist, ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse in Asien. Wenn nicht, so war England, welche Verbrechen es auch begangen haben mag, doch das unbewußte Werkzeug der Geschichte, indem es diese Revolution zuwege brachte.“ (Marx 1960a/1853, 133)

Aussagen wie diese haben postkoloniale Theoretiker*innen dazu bewegt, Marx' Eurozentrismus, der einhergeht mit einer materialistischen Konzeption des geschichtlichen Fortschritts, als eine der größten Begrenztheiten in seinem Denken zu bezeichnen. Nach Marx besteht die Geschichte aus einer Sequenz verschiedener Stufen, die sich von ursprünglichen Formen der Produktion wie eben der „asiatischen Produktionsweise“ bis zu den fortschrittlichen industriekapitalistischen Volkswirtschaften im Westeuropa des 19. Jahrhunderts erstrecken. Jede Stufe bzw. Produktions-

2 Der Textbegriff ist hier ein poststrukturalistischer. Text ist keine Struktur, kein Objekt, sondern bezieht sich vielmehr auf die Strukturierung, auf den Prozess. Der „ökonomische Text“ bei der Produktion von Kultur wäre demnach die Art und Weise, wie die Ökonomie das Feld des Kulturellen strukturiert und hervorbringt.

weise, von der asiatischen und der feudalistischen bis zum Kapitalismus und Sozialismus, wird in der darauf folgenden Produktionsweise überwunden bzw. aufgehoben:

„In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses [...]. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“ (Marx 1961/1859, 9)

Für Marx repräsentiert der Kapitalist eben nicht nur den Funktionär des Kapitals, sondern ebenso den Agenten einer progressiven Geschichte. Dieses eurozentrische Produktionsweisennarrativ findet sich auch in Marx Schriften zum britischen Kolonialismus in Indien, in denen er einerseits die Auflösung familiärer Gemeinschaften und der heimischen Wirtschaft in abgelegenen indischen Dörfern bedauert, andererseits aber betont, dass diese idyllischen Dorfgemeinschaften die Grundlage des orientalischen Despotismus seien (Marx 1960a/1853). In dieser Hinsicht könnte Marx selbstverständlich vorgehalten werden, dass er die orientalistische Rhetorik der europäischen kolonialen Modernität wiederholt, die auch in den Arbeiten Kants und Hegels, ebenso wie in denen liberaler Denker wie Adam Smith und John Stuart Mill, zu finden sind. Kolja Lindner (2010, 29) kommt so zu dem eindeutigen Schluss, dass Marx Schriften zu Indien in allen Punkten als eurozentrisch zu bewerten sind.

Nach Spivak ist die asiatische Produktionsweise ein Name, welcher „innerhalb der prähistorischen oder para-geographischem Raum/Zeit, die das Außen des Kreislaufs des Feudalismus-Kapitalismus markiert“ (Spivak 1988, 83), existiert. Während sie jegliches moralisches Urteil über den Marx'schen Eurozentrismus suspendiert, schreibt sie sein Denken für das gegenwärtige Zeitalter der „planetarischen Finanzialisierung“ (ebd., 91) um. Spitzfindig fragt Spivak, ob die „asiatische Produktionsweise“ als Untersuchungseinheit wieder aufgegriffen werden sollte, um anhand dieser ein neues Verständnis von Globalität zu entfalten (ebd., 72). Mit dem Zusammenbruch vieler sozialistischer Staaten und der weiteren globalen Expansion des Kapitalismus drängt Spivak auf ein Neudenken von Marx' Versuch, das historische Produktionsweisennarrativ dialektisch zu untersuchen (ebd., 70). Sie erweitert den Fokus der Wert- und Arbeitstheorien durch eine Analyse der Art und Weise, in der die Leben und Körper verschiedener subalternen Gruppen den Wertkodierungen westlicher Entwicklungsorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen unterworfen werden. Während sie Marx' Argument, dass angeblich 'primitivere Produktionsweisen' durch fortgeschrittenere Produktionsweisen völlig überwunden oder negiert werden, ablehnt, schlägt Spivak stattdessen vor, die asiatische Produktionsweise angesichts des globalen Kapitalismus nicht einfach zu negieren, sondern stattdessen die Kategorie gegen den Strich – als Zeichen der Differenz am Ausgangspunkt der kolonialen Modernität – zu lesen, welche die subalterne Frau aus dem gegenwärtigen kritischen Denken ausschließt.

Spivak skizziert, wie die industriellen Produktions- und Arbeitsbedingungen im Westeuropa des 19. Jahrhunderts, welche Marx beschäftigten, allmählich durch nicht gewerkschaftlich organisierte Formen der Gelegenheitsarbeit, deren Zielgruppe oft Frauen und Kinder im globalen Süden sind, ausgetauscht wurden. Die Marx'sche Arbeitswerttheorie wird von ihr mit Bezug auf die vergeschlechtlichte Dimension und geographische Dynamik der internationalen Arbeitsteilung analysiert. So wird es möglich, aufzuzeigen, inwiefern die asiatische Produktionsweise weiterhin relevant für die gegenwärtige Weltwirtschaft bleibt. In der Tat lobt sie Marx für seine Antizipation der wachsenden Bedeutung weiblicher Arbeitskraft in der modernen Industrie im

Kommunistischen Manifest (Spivak 1999, 167). Nach Spivaks Auffassung ist Marx' philosophisches System gekennzeichnet von einem „Begehren, den Anderen zu theoretisieren“ (Spivak 1999, 79), und zwar obwohl Marx in der Tradition Kants und Hegels versucht hat, die historischen Erfahrungen des männlichen europäischen Subjekts zu universalisieren (ebd., 78). Marx stelle den Universalismus des ethischen Subjekts der deutschen Aufklärungsphilosophie infrage und füge damit die Differenz in das Selbstverständnis des normativen ethischen Subjekts ein (ebd.).

Ähnlich wie ihre dekonstruktive Lesart der asiatischen Produktionsweise sind Spivaks Interpretationen der Marx'schen Arbeitswerttheorie vor allem darauf bedacht, die kritische und politische Relevanz des Marx'schen Denkens im gegenwärtigen Zeitalter des globalen Kapitalismus zu demonstrieren. Obwohl sie immer wieder betont, dass subalterne Frauen im globalen Süden im gegenwärtigen transnationalen Kapitalismus die Hauptakteurinnen der Produktion sind, ist ihre Analyse nicht darauf beschränkt, den produktiven Körper der subalternen Frau als Quelle der Wertschöpfung im aktuellen Kapitalismus darzustellen. Stattdessen dekonstruiert sie Marx' Arbeitswerttheorie, indem sie das singuläre verkörperte Wissen der subalternen Frau, das nicht mit den ökonomischen Maßstäben des Kapitalismus gemessen werden kann, zum Vorschein bringt. Es geht ihr dabei vor allem darum, aktuelle Formen kapitalistischer Ausbeutung und prekärer Arbeit zu skizzieren: Diese sind etwa gekennzeichnet durch Subunternehmertum, Flexibilisierung der Arbeit und eine fehlende gewerkschaftliche Organisation.

Selbstverständlich befürwortet sie gerechte Arbeitsverhältnisse, die soziale Umverteilung des Kapitals und die Sozialstaatsmodelle im globalen Süden. Jedoch bleibt sie gegenüber den programmatischen sozialistischen Alternativen zum Kapitalismus skeptisch. Dagegen wird das Marx'sche dialektische Verständnis des sozialen und politischen Wandels neu ausgelotet, indem sie Sozialismus als *différance* des Kapitalismus denkt (Spivak 1999, 430). So beschreibt sie den Sozialismus als ein „ununterbrochenes Fortstoßen – eine Unterscheidung und Verschiebung – der kapitalistischen Nutzung der sozialen Produktivität des Kapitals“ (ebd.). Während Marx argumentiert, dass der Industriekapitalismus den Keim seiner eigenen Zerstörung in sich trägt und dem Sozialismus in einem geschichtlich unvermeidbaren Prozess schließlich weichen wird, steht Spivaks dekonstruktive Lesart des Marx'schen Sozialismus im Zeitalter der post-kommunistischen Globalisierung dem evolutionären Narrativ des historischen Materialismus misstrauisch gegenüber und deutet auf die Möglichkeit einer anderen zeitlichen Beziehung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Spivaks agonistische Perspektivierung bezieht ihre Stärke insbesondere aus dem ungewissen, teleologisch nicht beschreibbaren Ausgang. Dies erscheint stimmig, wenn bedacht wird, dass der globale Kapitalismus ununterbrochen nach neuen ausbeutbaren Arbeitsmärkten sucht.

Im Gegensatz zu Marx' zeigt sich Spivak skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit eines kompletten Bruchs mit dem Kapitalismus. Indem sie den Begriff der Aufhebung durch den der *différance* als Bezeichnung für die Beziehung zwischen Kapitalismus und Sozialismus ersetzt, spielt sie auf die nie abschließbare politische Aufgabe der Umkehrung und Deplatzierung der Kapitalbeziehung auf der Suche nach sozialer Gerechtigkeit an. Spivak hinterfragt konkret die dialektische Annahme Marx', die davon ausgeht, dass der Kapitalismus zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft überwunden oder durch eine sozialistische Ökonomie ersetzt wird. Sie stellt fest, dass die natürliche Kapazität des menschlichen Körpers, mehr zu produzieren, als er für seine eigene Subsistenz braucht, eine rationale und ethische Grundlage für die Kapitalrelation liefert. Marx zufolge zwingt der Kapitalist Arbeiter*innen nicht einfach, mehr zu produzieren, als sie an Bezahlung erhalten, vielmehr nutzt er die natürliche Kapazität des menschlichen Körpers aus,

mehr zu produzieren, als er zum Überleben braucht. Kapital oder Mehrwert ist damit, simpel zusammengefasst: die über die notwendige Arbeit hinausgehende Mehrarbeit.

Während marxistisch-humanistische Kritiken des Kapitalismus meist von einer binären Opposition zwischen Arbeit und Ware ausgehen, argumentiert Spivak, dass Marx, indem er betont, dass der Warenwert durch Arbeit produziert wird, die Arbeiter*in dazu ermutigen will, sich selbst als Akteur*in innerhalb der kapitalistischen Produktion anstatt als Opfer von Ausbeutung zu sehen (Spivak 1995, 110).

Manche Kritiker*innen ist Spivaks Strategie, Marx über Derrida zu lesen, suspekt, weil dies die theoretischen Grundlagen des marxistischen Denkens untergrabe und ihre Dekonstruktion des Marx'schen Positivismus mit der Arbeitswerttheorie unvereinbar sei.

4. Fazit: Was tun?

Angesichts der Heftigkeit gegenseitiger Beschuldigungen plädiert Stuart Hall dafür, auf die theoretischen und politischen Überlappungen zu fokussieren (Hall 2002, 241ff.), während Lindner bemerkt, dass es für Marxist*innen durchaus gewinnbringend wäre, wenn sie Kenntnisse über die historischen und kulturellen Besonderheiten der außereuropäischen Welt erwerben würden. Gleichzeitig könnten marxistische Studien dafür sorgen, Postkoloniale Theorie etwa mit genaueren Analysen der internationalen Arbeitsteilung vertraut zu machen. Auch er plädiert für eine Supplementierung, mahnt aber, dass dies nur gelingen kann, wenn beide Seiten ihre Polemik, wenn schon nicht aufgeben, so doch feiner kalibrieren sollten (Lindner 2010, 37). Doch dafür bedarf es eines aufmerksamen Lesens und womöglich auch der Zügelung wechselseitiger Vorurteile und Ressentiments. Marxismus hat kaum an Erkenntnisstärke verloren. Und poststrukturalistische Herangehensweisen sind auch deswegen nicht zu verwerfen, weil es ihnen gelungen ist, auf wichtige Widersprüche in der marxistischen Theorie aufmerksam zu machen. Wie bereits Fanon herausgestellt hat, wird die Dekolonisierung nur dann erfolgreich sein, wenn die Sphäre der Kultur in den Prozess mit einbezogen wird, ist die Dekolonisation für ihn doch nicht nur ein historischer Prozess, sondern „ein Programm absoluter Umwälzung“ (Fanon 2004/1961, 29). Gyan Prakash (1994, 1490) wiederum schlägt eine andere, nicht weniger interessante Sichtweise vor: Ihm zufolge bezieht das Projekt der SSG seine Schlagkraft als postkoloniale Kritik aus einer katachrestischen Kombination – im Sinne von ‘abweichend von einem normativen Verständnis’ – von Marxismus, Poststrukturalismus, Gramsci und Foucault, dem modernen Indien und dem Westen, archivalischen Untersuchungen und der Textkritik. Wie auch Spivak geht Prakash davon aus, dass die Verknüpfung all dieser Analysemodi und Erkenntnisverortungen immer wieder dazu führen muss, dass sich die unterschiedlichen Perspektiven gegenseitig hinterfragen, womit einer konstruktiven Transformation Vorschub geleistet werden kann. Anstatt also ein wenig sinnvolles Nullsummenspiel mitzumachen, wird es darum gehen, die bevorzugte Analyse und Perspektive selbstkritisch zu hinterfragen und die Kontamination der Theorien zu affirmieren.

Literatur

Ahmad, Aijaz (1992): *In Theory. Classes, Nations, Literatures*, Oxford.

Amin, Samir (2011): *Ending the Crisis of Capitalism or Ending Capitalism?* Cape Town u.a.

- Appiah, Kwame Anthony (1996): Is the Post in Postmodernism the Post in Postcolonialism? In: Padmini Mongia (Hg.), *Contemporary Postcolonial Theory. A Reader*, London, 55-71.
- Bartolovich, Crystal/Lazarus, Neil (Hg.) (2002): *Marxism, Modernity and Postcolonial Studies*, Cambridge.
- Blaut, J.M. (1989): Colonialism and the Rise of Capitalism, in: *Science & Society* 53 (3), 260-296.
- Brennan, Timorhy (2014): Subaltern Stakes, in: *New Left Review*, 9, 67-87.
- de las Casas, Bartolomé (1985): *Brevísima relación de la destrucción de las Indias*, Madrid.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2020): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, 3. Auflage. Bielefeld.
- Chakrabarty, Dipesh (2000): *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*. Princeton/Oxford.
- Chatterjee, Partha (2013): Subaltern Studies and Capital, in: *Economic and Political Weekly*, xlvi (37), 69-75.
- Chibber, Vivek (2013a): *Postcolonial Theory and the Specter of Capital*, London.
- (2013b): How Does the Subaltern Speak? An Interview with Vivek Chibber, in: *Jacobin Bibliographie* 10, URL: <https://www.jacobinmag.com/2013/04/how-does-the-subaltern-speak/> (letzter Aufruf 31.7.2020).
- (2014): Making sense of postcolonial theory: a response to Gayatri Chakravorty Spivak, in: *Cambridge Review of International Affairs* 27 (3), 617-624.
- Fanon, Frantz (2004/1961): *The Wretched of the Earth*, New York.
- Hall, Stuart (2002): Wann gab es 'das Postkoloniale'? Denken an der Grenze, in: Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt am Main/New York, 219-246.
- Lindner, Kolja (2010): Marx's Eurocentrism. Postcolonial studies and Marx scholarship, in: *Radical Philosophy*, 161(1), 27-41.
- Marx, Karl (1960a/1853): Die britische Herrschaft in Indien, in: MEW 9, Berlin, 127-133.
- (1960b/1853): Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW 9, Berlin, 220-226.
- (1961/1859): Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, Berlin, 3-160.
- Ong, Aihwa (2006): *Neoliberalism as Exception*, Durham.
- Parry, Benita (2004): *Postcolonial Studies. A Materialist Critique*, London/New York.
- Prakash, Gyan (1994): Subaltern Studies as Postcolonial Criticism, in: *American Historical Review*, 99 (5), 1475-1490.
- Robinson, Cedric J. (1983): *Black Marxism: The Making of the Black Radical Tradition*, Chapel Hill, NC.
- San Juan, Jr., Epifanio (2002): Postcolonialism and the Problematic of Uneven Development, in: Bartolovich/Lazarus 2002, 221-239.
- Sarr, Felwine/Savoy, Bénédicte (2019): *Zurückgeben. Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter*, Berlin.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): *In Other Worlds. Essays in Cultural Politics*, New York/London.
- (1990): *The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues*, hg. von Sarah Harasym, New York/London.
- (1995): Supplementing Marxism, in: Steven Cullenberg/Bernd Magnus (Hg.), *Whither Marxism?* New York/London, 109-119.
- (2014): Postcolonial theory and the specter of capital, in: *Cambridge Review of International Affairs* 27 (1), 184-198.
- Varela, Consuelo (2006): *La caída de Cristóbal Colón. El juicio de Bobadilla*, hg. von Isabel Aguirre, Madrid.

Ruth Sonderegger

Für eine Episteme sinnlicher Praktiken jenseits der kunsttheoretischen Ästhetik

1. Zur These von der Unmöglichkeit einer marxistischen Ästhetik

Viel grundsätzlicher als von Kritiker*innen des Marxismus ist die These von der Unmöglichkeit einer marxistischen Ästhetik gerade von jenen vertreten worden, die sich Marx verpflichtet fühlen (vgl. etwa Gandesha/Hartle 2017, xxvff; Hemingway 2006, 2; Müller 1974; Plumpe 1977; Werckmeister 1974). Das mag überraschen und bedarf der Klärung. Ich werde im Folgenden dafür argumentieren, dass eine marxistische Ästhetik im Sinn einer allgemeinen Kunsttheorie tatsächlich ein Widerspruch in sich ist, dass es aber gleichwohl – oder vielmehr: genau deshalb – darauf ankommt, an einer marxistischen Kritik der Kunsttheorie einerseits und der Affirmation einer Ästhetik als Theorie der Sinne auf der anderen Seite festzuhalten. Genauer gesagt wird es mir darum gehen, eine Theorie sinnlicher Praktiken gegen das Konzept einer marxistischen Kunsttheorie in Stellung zu bringen; nicht zuletzt darum, weil das, was man von den Intentionen mancher marxistischer Kunsttheoretiker*innen vielleicht retten kann und muss, in einer Theorie der sinnlichen Praktiken besser aufgehoben ist als in einer Theorie, die sich – und sei es ausschließlich negativ – auf die Ästhetik der Kunst bezieht.

Damit sollen marxistische Kritiken allgemeiner Kunsttheorien nicht als sekundär oder gar überholt abgetan werden. So lange es ein Kunstfeld gibt, das sich als besonderer, mehr oder weniger autonomer Teil der kapitalistischen Gesellschaft versteht, ist auch seine marxistische Kritik gefragt. Dies umso mehr, als das Kunstfeld sich in der Gegenwart rasant in Richtung auf angeblich nicht (ganz so) autonome Praktiken ausweitet; allem voran in Richtung Design und der sog. künstlerischen Forschung. Damit übertritt Kunstproduktion zwar die Grenzen ihrer Autonomie in Richtung auf das Handwerk und die Wissensproduktion, bezeichnenderweise bislang aber so, dass an der Autonomie des Kunstfelds weiterhin festgehalten wird. Hinzu kommen all jene Gegenwartsdiagnosen, die geltend machen, dass die Subjektivierungsformen des Neoliberalismus vom eurozentrischen Bild des heroisch autonomen, männlichen Künstlers geprägt sind; sich – mit anderen Worten – künstlerische Lebensformen also weit über das Kunstfeld hinaus ausbreiten (vgl. Boltanski/Chiapello 2006; kritisch dazu Lazzarato 2007 und Raunig 2012). Doch auch diese scheinbare Transgression des autonomen Kunstfelds lässt letzteres unangetastet weiterbestehen.

Wenn Marxist*innen darauf hinweisen, dass marxistische Ästhetik ein Widerspruch in sich ist, dann geht es ihnen meist nicht so sehr darum, dass Marx kein abgeschlossenes Werk zur Ästhetik verfasst hat, sondern nur eine überbordende Fülle von verstreuten Bemerkungen zur Kunst und auch zu einer Theorie sinnlicher Praktiken. Im Fokus der Kritik stehen vielmehr die Allgemeinheit und Ahistorizität des Anspruchs der Kunst-Ästhetik, also ihr Anspruch, das Wesen der Kunst zu definieren. Hinzu kommt, dass Ästhetik im Sinn der Kunsttheorie sich stets als Theorie eines autonomen gesellschaftlichen Teilbereichs verstanden hat, der mit dem Rest der

Gesellschaft nichts – oder allenfalls so wenig – zu tun hat, dass die Autonomie des Kunstwerks unangetastet bleibt. Eben dieser Autonomie-Anspruch ist von Marxist*innen immer wieder als ästhetische Ideologie verhandelt worden. So schreibt etwa Tony Bennett ohne lange Umschweife: Der universelle Anspruch der Kunst-Ästhetik „has an undeniable political use-value [...] only for the right“ (Bennett 1990, 141).

Alex Demirović widmet seine *Studie Jenseits der Ästhetik. Zur diskursiven Ordnung der marxistischen Ästhetik* darüber hinaus dem Nachweis, dass auch jene sich marxistisch verstehenden, kunstästhetischen Theorien, die – oft im Anschluss an Schiller – an der emanzipatorischen Sprengkraft der Kunst orientiert sind, dem Verdikt des Fortschreibens einer letztlich idealistischen Autonomievorstellung anheimfallen. Demirović hingegen sieht im Emanzipationsversprechen der bürgerlichen Kunst-Autonomie geradezu den Kern jeder, und also auch der marxistischen Ästhetik (vgl. auch Sonderegger 2019). Denn auch marxistische Varianten von letztlich bürgerlichen Kunst-Ästhetiken verteidigen immer wieder neu bzw. mit scheinbar neuen Argumenten einen unnötigen Widerspruch: Sie behaupten, dass Kunst eine emanzipatorische Funktion haben und gleichzeitig funktionslos sein könne – bis hin zu Adornos These, wonach die gesellschaftliche Funktion der Kunst ihre Funktionslosigkeit ist (vgl. Adorno 1973, 336f.).

Vor diesem Hintergrund werde ich im Folgenden auf die Ansätze der genannten marxistischen Emanzipationstheoretiker kaum eingehen, sondern mich einerseits auf Jacques Rancière konzentrieren, der seit den 1980er Jahren auf eine noch einmal neue Weise versucht, aus der Autonomie der Kunst auszubrechen, um sie dann aber umso widersprüchlicher zu verteidigen. Auf der anderen Seite werde ich neuere ästhetische Theorien der Autonomiekritik diskutieren – insbesondere den Ansatz der Britischen Cultural Studies sowie jenen von Félix Guattari, um am Ende eine Ästhetik im Sinn einer Episteme sinnlicher Praktiken zu skizzieren.

2. Kunst-Autonomie und ihre gesellschaftliche Durchsetzung

Bevor ich auf die oben genannten Ansätze zurückkomme, möchte ich zumindest in groben Zügen auf die gesellschaftlichen Veränderungen hinweisen, die sich mit der Herausbildung eines mehr oder weniger autonomen gesellschaftlichen Teilbereichs namens Kunst im 18. Jahrhundert vollziehen.

Bis dahin existierte autonome Kunst im ab nun gebräuchlichen kollektiven Singular nicht wirklich, wenngleich die künstlerische Autonomie auch schon in der italienischen Renaissance zeitweise eine Rolle gespielt hatte.¹ Vielmehr gab es eine Vielzahl von Künsten und Genres mit jeweils spezifischen Regelkanons, die die Lehr- und Lernbarkeit der Künste voraussetzten. Lehr- und Lernbarkeit verschwanden mit Kant zugunsten eines heroischen Genies, und gegen die Bevormundung der einzelnen Kunstwerke durch sogenannte Regelästhetiken entwirft er seine Theorie des Natur- bzw. des Kunstschönen im Singular.² Zugleich setzt Kant die schon in der englischen Ästhetik des 18. Jahrhunderts vorbereitete Tendenz fort, im Zeichen der Kollektivsin-

1 Müller rekonstruiert eindrücklich den Prozess der Arbeitsteilung in den italienischen Stadtstaaten des 14. und 15. Jahrhunderts, in dessen Verlauf sich die künstlerische Produktion immer deutlicher vom Handwerk trennt und sich als geistige Arbeit etabliert (Müller 1974, 24).

2 Im deutschsprachigen Bereich gab es ähnliche Überlegungen bei Moses Mendelssohn und Karl Philipp Moritz, doch beide haben nie die Bedeutung Kants erlangt – Mendelssohn aufgrund antisemitischer

gulare „die Kunst“ und „die Ästhetik“ den Eurozentrismus dieser Setzung zu verbergen, die sich anmaßt, über alle Kunst der Welt zu theoretisieren und Urteile zu fällen (vgl. Kristeller 1951/52; Mortensen 1997; Lloyd 2019).

Indem Kant die ästhetische Erfahrung aus allen Erkenntnisansprüchen und politisch-moralischen Aufgaben und damit aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang befreit – über die ästhetische Produktion lässt sich in seinen Augen nichts mehr sagen, sobald man sich von Regelästhetiken verabschiedet hat –, behauptet er in einem bis dahin undenkbaaren Maß die Autonomie des Ästhetischen. Das tut Kant aber nicht als Liebhaber der Kunst. Die Autonomie der Kunst ist auch gar nicht Kants Erfindung, wenngleich er sie mit einer bis dahin ungekannten und bis heute weiter wirkenden Radikalität formuliert hat. Vielmehr legitimiert und unterstreicht Kant mit seiner transzendentalphilosophisch hergeleiteten Autonomie des Schönen jenen oft als „Ausdifferenzierung“ bezeichneten Prozess, der sich damals im Zug des kolonial gestützten und sich industrialisierenden Kapitalismus von England aus in den westeuropäischen Gesellschaften ausbreitet. Dabei verschleiert die Terminologie des sich quasi von selbst und aus einer inneren Logik heraus ergebenden Ausdifferenzierens die Gewaltsamkeit, mit der die Trennung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen damals durchgesetzt werden musste: das „policing“ des Lesens von Literatur im Unterschied zu anderen Texten (vgl. Woodmansee 1994) genauso wie die Instituierung einer Haltung des unterwürfigen Verehrens gegenüber dem Kunstwerk – vor allem im Anschluss an Schillers *Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen* (vgl. Hunter 1992; Schiller 1979) – und schließlich der Ausschluss des Großteils der (Welt-)Bevölkerung vom Kunstgenuss.

Die gesellschaftliche Veränderung der sog. Ausdifferenzierung, die häufig mit dem Beginn der Moderne identifiziert wird, impliziert, dass andere gesellschaftliche Teilbereiche – etwa Ökonomie und Wissenschaft – genauso autonom (gemacht) werden wie die Kunst. Das drückt sich bei Kant darin aus, dass er mit seinen drei Kritiken (der reinen Vernunft, der praktischen Vernunft und der Urteilskraft) wirkmächtig drei kategorial voneinander getrennte, also autonome Bereiche der Vernunft behauptet. In diesem Sinn heißt es bei Christoph Menke noch in einer Publikation von 2013 ganz kantisch: „Die Kraft der Kunst besteht nicht darin, Erkenntnis, Politik oder Kritik zu sein.“ (Menke 2013, 11) Trotzdem wird bis heute, gerade auch von linksliberaler Seite, vor allem die Autonomie der Kunst gefeiert und dieser das Potenzial zur Emanzipation aus dem verdinglichten, zweckorientierten, warenförmigen etc. Alltag zugeschrieben.

Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass die von Kant auf den Punkt gebrachte Autonomieästhetik Ausdruck von und Reaktion auf die drastischen gesellschaftlichen Veränderungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen ist, die sich am Ende des 18. Jahrhunderts entfalten. Immerhin hat zum Zeitpunkt des Erscheinens der *Kritik der Urteilskraft* (1791) die Französische Revolution gerade stattgefunden und die Haitianische kündigt sich an. Die sich in Konstitution befindlichen Nationalstaaten Westeuropas schotten sich zunehmend voneinander ab, während die Globalisierung der Warenströme unaufhaltsam intensiviert wird. Mit diesem Handel kamen für Europäer*innen auch neue ästhetische Qualitäten in der Form von Rohstoffen, Lebensmitteln, Gerüchen, Geschmäckern und Menschen nach (West-)Europa und haben nicht zuletzt ästhetische

Verhetzungen und für Moritz war das Schreiben eine Lohnarbeit, die für philosophische Überlegungen kaum Zeit ließ. So gilt Kant bis heute als Erfinder der Autonomie der Kunsterfahrung.

Praktiken und Theorien verändert.³ Die Kaffee- und Teesalons beispielsweise haben als Formen der Öffentlichkeit, in denen stets auch Geschmacksdispute ausgetragen wurden, den Aufstieg des Bürgertums nicht nur stimuliert, sondern mitermöglich.

In einer von globalen Einflüssen, kolonial-kapitalistischer Gewalt, technischem Fortschritt und politischen, ja revolutionären Veränderungen geprägten Situation war das Bedürfnis nach einem Reich jenseits des Konkurrenz- und Vernichtungskampfs ebenso groß wie der Wunsch des westeuropäischen Bürgertums, eine halbwegs moralische Legitimation für die Ausgrenzung, Abwertung und in Kauf genommene Vernichtung großer Teile der Weltbevölkerung zu finden oder von diesen Phänomenen zumindest abzulenken. Für beide Zwecke eignete sich das neue Feld einer sich zunehmend als autonom verstehenden Kunst hervorragend.⁴ Aber erst, nachdem nicht zuletzt ästhetische Theorien für die nötige Durchsetzung und Institutionalisierung der Ideologie der ästhetischen Autonomie gesorgt hatten.⁵ Die mit aller bürgerlichen Macht, ja Gewalt vorangetriebene Autonomisierung des Kunstfelds sicherte dem westeuropäischen Bürgertum den privilegierten Geschmacksbesitz gegenüber anderen Klassen und Teilen der Welt und trug auch dazu bei, Gesellschaften, welche die Ausdifferenzierung nicht im selben Maß vorangetrieben hatten, samt ihren ästhetischen Praktiken als primitiv abzuwerten.⁶

3. Ästhetik als Kunsttheorie oder als Theorie sinnlicher Praktiken. Anmerkungen zu Jacques Rancière

Rancières Ästhetik soll im Folgenden einerseits als zeitgenössisches Beispiel einer vom Marxismus inspirierten Ästhetik des Emanzipationsglaubens diskutiert werden. Als weitaus wichtiger erscheint mir andererseits aber Rancières Versuch, unter dem Titel einer „ersten Ästhetik“ auch

3 Joseph Addison, der als erster Theoretiker des *taste* gilt, erläutert den ästhetischen Geschmack an der Fähigkeit, verschiedene Teesorten unterscheiden zu können (vgl. Addison 1965, 527).

4 Eine ähnliche Diagnose des Entstehens der ästhetischen Autonomie im 18. Jahrhundert findet sich z. B. bei Elizabeth A. Bohls: „In a society moving irrevocably toward a capitalist market model, where private interests fuel the economy and cooperation is merely coincidental, as in Smith’s ‘invisible hand,’ aesthetic experience thus became a potential location, as it were by default, for a sense of community, or at least for the wistfully projected fantasy of a community, as when Burke or Hume attempts to make a case for a universal standard of taste.“ (Bohls 1993, 27). Zuspitzungen dieser Diagnose in Bezug auf Kant finden sich z. B. bei Mortensen (1977, Kap. 14) und Lloyd (2019).

5 Zudem eignete sich, wie Gikandi (2011) mit Bezug auf das englische 18. Jahrhundert gezeigt hat, der immer autonomer werdende Bereich der Kunst hervorragend, um kolonial verdientes Geld durch Investitionen ins entstehende Kunstfeld rein zu waschen.

6 Das ist ein, wenngleich hier verkürzt bleibendes Plädoyer dafür, die sog. Ausdifferenzierung der Ästhetik in das Geschehen der ursprünglichen Akkumulation einzutragen. Zu letzterer gehört nicht nur die Trennung der Produzent*innen von ihren Produktionsmitteln. Wie u.a. Silvia Federici (2012) gezeigt hat, sind beispielsweise auch die Trennung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit und die damit einhergehenden gegenderten Subjektivierungsmodi Teil des Akkumulationsgeschehens. Zum Kapital der Produktionsmittelbesitzer gehört auch ein ästhetisch-kulturelles Kapital, zu dem den unteren Klassen und den kolonialiserten Anderen der Zugang verweigert wurde. So verstanden könnte die Auseinandersetzung mit der Gründungsgeschichte der europäischen Ästhetik auch einen Beitrag zur Erforschung der Vergesellschaftungsweise des „dirty capitalism“ (Buckel 2015) leisten, die gerade nicht auf ökonomische Fragen reduziert werden darf.

eine Theorie der sinnlich-körperlichen Praktiken zu entwickeln, ganz im Sinn von Marx, der schon 150 Jahre früher geschrieben hatte: „Die *Bildung* der 5 Sinne ist eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte. Der unter dem rohen praktischen Bedürfnis befangene *Sinn* hat auch nur einen *bornierten* Sinn [...]. Der sorgenvolle, bedürftige Mensch hat keinen *Sinn* für das schönste Schauspiel.“ (MEW Ergänzungsband, 1. Teil, 542f.)

Das Entscheidende an Rancières Ansatz scheint mir darin zu liegen, dass er immer wieder nahelegt, die Theorie der Sinnlichkeit, d.h. das, was Rancière „erste Ästhetik“ nennt, bilde einen integralen Bestandteil seiner Kunsttheorie, die direkt an das von Kant und Schiller behauptete Emanzipationspotential der ästhetischen Erfahrung des Schönen bzw. der Kunst anknüpft. Beide Theoretiker propagierten nämlich, so Rancière, das Prinzip einer Menschheit, „welches den Gegensatz zwischen der Verfeinerung der kultivierten Klassen und der einfachen Natur der unkultivierten Klassen hinter sich [läßt]“ (Rancière 2008a, 21). Ich werde zunächst Rancières Version des Emanzipationsversprechens der Kunst und im Anschluss daran die Rolle der „ersten Ästhetik“ für dieses Versprechen erläutern.

Vielleicht am klarsten wird das Konzept jener doppelt auf Befreiung bezogenen Kunst, die Rancière verteidigt, in seinem Aufsatz *Die ästhetische Revolution und ihre Folgen* (Rancière 2010) erläutert. Als zentrale These der Schiller'schen Briefe über die ästhetische Erziehung nennt Rancière dort, dass Kunst für ein zweifaches Versprechen stehe: das Versprechen einer neuen, autonomen Kunst und das Versprechen eines neuen Lebens für Individuen und Gemeinschaften. Das zweite Versprechen, so Rancière, sei bis in die Gegenwart auf zwei gleich falsche Weisen ausbuchstabiert worden: Auf der einen Seite stünden Theorien, die die Kunst im Leben auflösen wollen, wobei Rancière nahe legt, dass Kunstpraktiken, welche die Seite dieser Auflösung betonen, stets der Propaganda und damit mehr oder weniger autoritären Verhältnissen zuarbeiten. Gerade deswegen hätten andere Theoretiker*innen der Kunst das absolute Gegenteil vorgeschlagen, nämlich die Fokussierung auf die Autonomie. Als Kronzeuge muss in dieser Hinsicht Adorno auftreten, und zwar mit der These, wonach es die gesellschaftliche Funktion der Kunst ist, keine Funktion zu haben (vgl. z.B. Rancière 2008a, 25). Gewissermaßen als Totschlagargument fügt Rancière hinzu, dass heute niemand die Ästhetisierung jenseits aller Zweckgebundenheit besser beherrsche als die Werbeindustrie.

Rancières Rekonstruktion zweier falscher Alternativen scheint nur einen Weg offen lassen, nämlich den Mittelweg. Er besteht im Versuch, die beiden aus Schiller abgeleiteten Versprechen gleichzeitig zu erfüllen, statt Kunst und Leben bzw. Politik gegen einander auszuspielen. Genauer hat Rancière diesen Vorschlag in einem etwas später geschriebenen Aufsatz mit dem Titel *Ist Kunst widerständig?* ausgeführt (vgl. Rancière 2008a). Hier fasst Rancière die These, wonach das politische Versprechen eines neuen Lebens nicht gegen das Versprechen einer neuen Ästhetik ausgespielt werden darf, in der Begrifflichkeit des Widerstands. Er macht sich dabei eine Vieldeutigkeit des Widerstandsbegriffs in Bezug auf die Kunst zunutze. Das Kunstwerk widersteht der Verstehbarkeit und darüber vermittelt auch der Zeit, weil es immer wieder neu zu denken und erfahren gibt und somit aktuell bleibt. Aber es ist auch politisch widerständig: „Auf der einen Seite widersteht die Konsistenz des Werkes dem Verschleiß durch die Zeit, auf der anderen widersteht der Akt, der es hervorgebracht hat, der Bestimmung durch den Begriff.“ (Rancière 2008a, 7) Dieser an Kant erinnernden Formulierung vom Entzug der begrifflichen Bestimmung des Schönen gibt Rancière jedoch eine durchaus unkantische Wendung. Denn bei Rancière bezieht sich die Verweigerung gegenüber allen Bestimmungen auf gesellschaftlich

hegemoniale sinnliche Einteilungssysteme, die die Grenzen des Denkbaren, Sagbaren, Sichtbaren etc. festlegen.

Die Totalität der vorherrschenden Einteilungssysteme – und damit komme ich zu Rancières Theorie der Sinnlichkeit – nennt er „erste“ oder „ursprüngliche“ Ästhetik (vgl. Rancière 2002, 37ff; 2008, 27). Sie hat nichts mit Kunstwerken zu tun, sondern bezieht sich auf jene meist implizit bleibenden habitualisierten Regeln, die festlegen, was Menschen zu einer bestimmten Zeit sagen, sehen, hören, denken, fühlen oder was sie als sinnvolle Handlung erkennen können. Mit anderen Worten: Diese inkorporierten Einteilungsregeln, die die Sinne regulieren, legen – selbstredend immer nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Gruppen – die Grenzen des Sagbaren, Denkbaren, Fühlbaren sowie die möglichen Handlungsoptionen fest. Genau gegenüber dieser primären Ästhetik verhalten sich Kunstwerke Rancières zufolge widerständig. Sie verzichten also nicht gänzlich auf Begriffe und Einteilungen, aber ihre Begriffe und Neueinteilungen sind aus der Perspektive der jeweils vorherrschenden „Aufteilung des Sinnlichen“ nicht verständlich. Rancière spricht im Zusammenhang dieser radikalen Unverständlichkeit auch von einem „Unvernehmen“ (vgl. Rancière 2002). Indem Kunstwerke nun aber andere als die in einer bestimmten Gemeinschaft anerkannten Aufteilungen im Modus der Fiktion vorschlagen, versprechen sie auch neue Gemeinschaften, Sozialitäten und Gesellschaften.⁷ Das ist die politisch widerständige Seite der autonomen Kunst.

Dabei ist für Rancière entscheidend, dass Kunstwerke die neue Sozialität nur versprechen oder entwerfen, sie jedoch nicht realisieren. Denn wenn die Realisierung ihr Anliegen wäre, würden Kunstwerke sich unter ein fremdbestimmtes Ziel unterordnen und ihre Autonomie verlieren. Dieses Verbleiben im Status des Versprechens unterscheidet die Politik des Kunstwerks von der Politik außerhalb der Kunst. Auch letztere will eine vorherrschende Aufteilung des Sinnlichen herausfordern, aber – und das ist der Unterschied zum ästhetischen Versprechen – auch tatsächlich verändern. Künstlerische Strategien mögen dabei hilfreich sein, aber sie können in der Politik außerhalb der Kunst nie die Hauptrolle spielen. So schreibt Rancière am Ende seines Aufsatzes zur Widerständigkeit der Kunst: „Es (= das Thema des Widerstands, R. S.) bezeichnet vielmehr die intime und paradoxe Verbindung zwischen einer Idee der Kunst und einer Idee der Politik. Die Kunst lebt seit zwei Jahrhunderten von genau dieser Spannung, die sie [...] eine Zukunft versprechen lässt, die dazu bestimmt ist, unvollendet zu bleiben. Das Problem ist folglich nicht, beide an sich zurück zu verweisen, sondern die Spannung selbst aufrecht zu erhalten, die eines mit dem anderen verspannt, eine Politik der Kunst und eine Poetik der Politik, die nicht zusammen kommen können, ohne sich gegenseitig zu unterdrücken.“ (Rancière 2008a, 34).

Richtet man den Blick aber auf die emanzipatorischen Kunstpraktiken, die Rancière am ausführlichsten erläutert, so fällt zweierlei auf: Sie zeugen nicht selten davon, dass ästhetische Erfahrungen tatsächlich zu politischen Veränderungen beigetragen und sie nicht nur versprochen haben. Darüber hinaus sind die dabei zugrunde liegenden ästhetischen Erfahrungen interessanterweise in einem sehr weiten und nicht unbedingt auf spezifische Kunstwerke begrenzten Sinn zu verstehen. Das gilt insbesondere für die aus Rancières Dissertation hervorgegangene Studie

7 Rancière erwähnt merkwürdigerweise nicht, dass in einer einzigen Sozialität, etwa derjenigen eines Nationalstaats, durchaus verschiedene primäre Ästhetiken im Spiel sind und oft explizit mit einander konfliktieren und um Hegemonie kämpfen.

Die Nacht der Proletarier (Rancière 2013). Das Buch besteht zum größten Teil aus Zitaten aus Briefen, philosophischen Abhandlungen, Gedichten und Manifesten von Arbeiter*innen und Handwerker*innen, die in Reaktion auf die Niederschlagung der Juli-Revolution von 1830 entstanden sind. Die zitierten Dokumente werden von Rancière historisch sehr genau kontextualisiert und zueinander in thematische Beziehungen gesetzt, aber kaum kommentiert.

Gleichwohl verfolgt die Zitat-Collage übergeordnete Ziele: Zunächst einmal möchte Rancière nachweisen, dass die niedergeschlagene Revolution von 1830 nicht nur ein momenthafter, verbgeblicher Aufschrei war, sondern durchaus weiter reichende Folgen hatte und dass die Wünsche und Ziele, die ihr zugrunde lagen, in unterschiedlichen Formen weiterlebten – bis hin zu den Aufständen und der Neuorganisation des französischen Gemeinwesens im Zusammenhang der *Pariser Commune* (1871). Darüber hinaus tritt Rancière den Beweis an, dass Proletarier*innen durchaus in der Lage waren (und sind), ihre Emanzipation selbst in die Hand zu nehmen, und zwar mit Mitteln der Selbstorganisation in Klubs, in Assoziationen oder selbstverwalteten Betrieben und, nicht zuletzt, mit den Mitteln der Kunst.⁸

Dabei verhalten sich die von Rancière ins Zentrum gerückten Proletarier*innen keineswegs so unterwürfig und vergötternd gegenüber den großen Meistern, mit denen sie sich vorzugsweise auseinandersetzen, wie etwa Schiller es in seinen Briefen empfiehlt. So nimmt sich der Bodenleger Gauny⁹ durchaus das Recht heraus, Dante in einem Brief zu kritisieren und ihm Tipps zur Darstellung der Hölle in der *Divina Commedia* zu geben. Denn gerade von der Hölle verstünden proletarische Menschen, so Gauny, mehr als der in Rede stehende Literat (vgl. Rancière 2013, 36). Darüber hinaus machen die Praktiken der Proletarier*innen aber auch deutlich, dass Kunsterfahrung – im Fall der nächtlichen Proletarier*innen das Produzieren genauso wie das Rezipieren – unter bestimmten Umständen durchaus einen Beitrag zu emanzipatorischem Handeln leisten kann. Anders gesagt: Die Politisierung der Arbeitsverhältnisse und die proletarische Kunstproduktion stehen bei ihnen in einem bestärkenden Wechselverhältnis und das ästhetisch Erfahrene ist alles andere als ein bloßes Versprechen der Desidentifikation in Bezug auf die bestehende Aufteilung des Sinnlichen.

Vom schon erwähnten Bodenleger Gauny berichtet Rancière noch eine andere Geschichte: Er sei aufgrund seines ästhetisch selbst-geschulten Sensoriums in der Lage gewesen, aus der Bodenlegearbeit in einer Villa ebenso eine Kunst zu machen wie aus dem Blick aus dem Fenster in den Garten des luxuriösen Hauses, in dem er kurzfristig gearbeitet hat. Für Rancière ist daran entscheidend, dass Gauny auf diese Weise immer wieder Unterbrechungen und Ausgänge aus der Zweckrationalität und der sinnlich-sozialen Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit erfand, eine Abtrennung, die Gauny fast umbrachte. Damit beweist Gauny Rancière zufolge die Handlungsmacht jener, denen in der gesellschaftlichen Aufteilung der Platz eines proletarischen Tagelöhners zugeteilt, aber alles andere als die Fähigkeit zur Ausführung manueller Arbeit abgesprochen wurde, insbesondere die Befähigung zur künstlerischen Arbeit.

8 Das richtet sich bei Rancière in erster Instanz gegen Bourdieu, dem er vorwirft, den in Rede stehenden Proletarier*innen allenfalls einen Notwendigkeitsgeschmack, aber weder Interesse an noch Befähigung zu hoher Kunst zuzugestehen.

9 Rancière fand ihn so bemerkenswert, dass er auch die Schriften von Gauny herausgegeben hat (vgl. Rancière 1983).

Zwei Dinge scheinen an den von Rancière rekonstruierten ästhetischen Praktiken der nächtlichen Proletarier*innen bemerkenswert und zugleich gegen Rancières eigene ästhetische Theorie zu sprechen: Rancières Archivstudie legt zunächst einmal nahe, dass ästhetische Erfahrungen durchaus emanzipatorische politische Kraft entfalten können, also mehr sind als Versprechen, auch wenn die Erfolge oft nur bescheidene und lokal begrenzte sind. Sie haben Rancière zufolge dennoch dazu beigetragen, dass die Forderungen von 1830 nicht in Vergessenheit gerieten und die Kette der Aufstände nicht abbrach, sondern etwa im Zug der *Pariser Commune* (1781) wieder intensiver wurde. Vor einer propagandistischen Heteronomisierung, welche Rancière später anprangern wird, warnt er in *Die Nacht der Proletarier* an keiner Stelle. Darüber hinaus macht *Die Nacht der Proletarier* deutlich, dass Kunstwerken nicht per se emanzipatorische Kraft zukommt, sondern vor allem dann, wenn Kunst – die meist Menschen mit Muße und also: Zeit und Geld vorbehalten ist – von jenen erfahren, aufgegriffen und weiterentwickelt wird, die nicht im Besitz dieser Privilegien sind. Anders gesagt: Rancières Arbeit zu den proletarischen Künstler*innen legt nahe, dass Kunstwerke insbesondere in Kontexten, in denen sie nicht selbstverständlich sind, ihre emanzipatorische Kraft entfalten, aber keineswegs so generell wie seine späteren kunsttheoretischen Schriften nahe legen. Zudem macht Rancière in *Die Nacht der Proletarier* keinen kategorialen Unterschied zwischen genuin künstlerischen und nicht-künstlerischen Eingriffen in die Aufteilung des Sinnlichen. Gaunys ästhetischer Blick aus dem Fenster wird nicht gegen die Organisation eines Künstlerklubs für Proletarier*innen oder eines selbstverwalteten Betriebs ausgespielt. All diese Errungenschaften waren aus der Perspektive der damaligen Einteilung des Sinnlichen gleichermaßen unvorstellbar, haben diese sinnliche Ordnung aber gleichwohl maßgeblich verschoben und in eins damit ihre Gewaltbarkeit kenntlich gemacht.

Zusammengefasst heißt das: In Rancières frühen Schriften stand die Erforschung von (historischen) Konstellationen im Zentrum, in denen es multipel, nämlich nicht nur finanziell, sondern auch in Bezug auf ihre mentalen und ästhetischen Fähigkeiten unterdrückten und in die Vereinzelung gezwungenen Menschen gelungen ist, sich selbst mit anderen zu emanzipieren, d.h. Aufteilungen des Sinnlichen radikal, statt nur innerhalb des Rahmens dieser Aufteilung zu durchbrechen – häufig, aber eben nicht ausschließlich im Zusammenhang mit künstlerischen Praktiken. In seinen späteren Schriften hingegen formuliert Rancière eine sehr allgemein gehaltene Theorie der Kunst, die in der These kulminiert, dass gelungene Kunst politische Veränderungen in der Aufteilung des Sinnlichen verspricht, aber nicht einlösen kann. Vielmehr müssen sich Kunstwerke immer wieder in eine zwecklose, unbestimmbare Sinnlichkeit zurückziehen. Aus dem Theoretiker künstlerischer und nicht-künstlerischer Interventionen in die Aufteilung des Sinnlichen ist so ein Aufteilungsfetischist geworden. Kunst muss sich wieder so klar von Nicht-Kunst unterscheiden, wie schon Kant es gefordert hatte.

4. Die Intervention der Britischen Cultural Studies

In vielerlei Hinsicht kann man die Britischen Cultural Studies als Versuch verstehen, schon vor Rancière eine Ästhetik im Sinn der Erforschung sinnlicher Emanzipationsmöglichkeiten zu entwickeln und – im Unterschied zu Rancière – allfällige kunstbezogene Überlegungen in eine viel weiter verstandene Ästhetik der Sinnlichkeit einzutragen. Während Rancière gesellschaftliche Einteilungen diskutiert, die unhinterfragte Sinnstrukturen herstellen und zugleich alles, was in ihnen nicht vorkommt, als Unsinn ausgrenzen, orientieren sich die Cultural Studies stärker an

ganz bestimmten Akten der Zeichenproduktion. Bei beiden aber laufen ästhetische Tätigkeiten letztlich auf Bedeutungsproduktion hinaus. Diese wiederum wird in den Cultural Studies aufgrund der starken Orientierung am semiotisch geprägten Poststrukturalismus vor allem als (sprachliche) Zeichenproduktion gefasst, was dazu führt, dass z.B. die affektive Dimension der Bedeutungsproduktion in den Hintergrund rückt.

Entstanden sind die Cultural Studies aus Forschungen zur Stärkung der Arbeiterkultur während der 1950er und 1960er Jahre, wie schon die Titel dafür maßgeblicher Publikationen deutlich machen: etwa Richard Hoggarts *The Uses of Literacy. Aspects of Working Class Life* (Hoggart 2009) oder Edward P. Thompsons *The Making of the English Working Class 1780–1832* (Thompson 2013). Eine Neuausrichtung erfuhren die Cultural Studies, als Stuart Hall Direktor des *Birmingham Centre for Contemporary Cultural Studies* wurde. Ausschlaggebend dafür war wohl jenes Handbuch für Lehrer*innen mit dem Titel *The Popular Arts* (Hall, Whannel 1964), welches Hall zusammen mit Paddy Whannel veröffentlicht hatte. In kritisch würdiger Auseinandersetzung mit den bereits vorliegenden Studien zur Arbeiterkultur führten sie eine folgenreiche Dreiteilung in das Feld der Populärkulturforschung ein, auch wenn sie diese später als zu rigid bezeichnen sollten: die Unterscheidung zwischen *folk art*, *mass art* und *popular art*.

Während *folk art* innerhalb einer nach außen abgegrenzten und meist organisiertisch verstandenen Gemeinschaft ein enges Verhältnis zwischen Künstler*innen und Publikum (bis hin zur Identität der beiden) anstrebe, würde die Massenkunst den Rezipient*innen kaum einen Spielraum lassen, sondern sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beeinflussen und im Sinn der kapitalistischen Konsumkultur subjektivieren. *Popular art* hingegen enthalte die Möglichkeit eines Aushandelns und damit einer gewissen Nähe zwischen *pop* Künstler*innen und dem jeweiligen Publikum. Im Unterschied zur *folk art* ist das Publikum von *popular art* jedoch nicht mehr ein durch Traditionen und/oder Herkunft geschlossenes. Im Licht der Unterscheidungen von Hall und Whannel erscheint die u.a. von Thompson verteidigte Arbeiterkultur als eher problematisch geschlossenes Milieu und die unbedingte Verteidigung der Handlungsmacht von proletarischen Akteur*innen im Licht der seit dem frühen 20. Jahrhundert wirkmächtigen Kulturindustrie als überschätzt.

Nicht weniger dem Marxismus verpflichtet als seine Vorgänger, analysiert Hall in den folgenden Jahren Kultur als Kampfplatz um Bedeutungen und somit als ein Geschehen, das nicht auf ein „Überbauphänomen“ reduziert werden kann. Vielmehr verteidigt Hall im Anschluss an Antonio Gramsci und Louis Althusser eine gewisse Autonomie von Kunst und Kultur gegenüber der Ökonomie, ohne jedoch die gerade auch ökonomischen Zwänge zu vernachlässigen. Der methodologisch wohl entscheidende Aufsatz für Halls Verständnis von Kunst und Kultur als Kampfschauplätzen trägt den Titel „Cultural Studies. Zwei Paradigmen“ (Hall 1999; engl. 1980). Die zwei Paradigmen, mit denen Hall sich auseinandersetzt, sind einerseits die Theorien populärer Kunst, wie sie von Hoggart, Williams und Thompson entwickelt worden waren. Auf der anderen Seite importiert Hall in England bis dahin nur wenig diskutierte französische Theorien des Strukturalismus und Poststrukturalismus. Denn seine Hypothese lautet, dass sich die Stärken und Schwächen dieser Ansätze geradezu spiegelbildlich zu einander verhalten und einander deshalb korrigieren können. Während der Kulturalismus die bewusste Handlungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt, behauptet der Strukturalismus alles determinierende Strukturen, derer sich die Determinierten gewöhnlich gar nicht bewusst sind. Als Ausweg bieten sich in den Augen Halls die poststrukturalistischen Ansätze von Althusser und Foucault an – zusammen mit Gramscis Hegemonietheorie.

Hegemoniale Verhältnisse, die Gramsci zufolge nicht einfach auf physischer oder ökonomischer Unterdrückung beruhen, sondern auf Kommunikation, Kompromisse und teilweise auch die Berücksichtigung und Integration von Interessen der Unterdrückten setzen, sind aufgrund ihrer Tendenz zur Verschleierung von Herrschaft nicht nur perfider als offensichtlich brutale Unterdrückungs- und Ausgrenzungsformen. Sie sind auch beweglicher. Der Hauptgrund für die Instabilität hegemonialer Verhältnisse liegt in ihrer Vieldeutigkeit oder, wie Hall mit dem marxistischen Linguisten und Literaturtheoretiker Valentin Vološinov sagt, an der „Multiakzentuierung des ideologischen Zeichens“, die einen „Klassenkampf in der Sprache“ (Hall 2004a, 65) denkbar mache.

Einen Gramsci'schen Ausweg aus der falschen Alternative Kulturalismus versus Strukturalismus macht sich Hall u.a. in seinem vielleicht bekanntesten Aufsatz *Kodieren/Dekodieren* (Hall 2004a) zunutze. Im Zentrum steht dort der Nachweis, dass Konsument*innen die massenmedial produzierten und meist manipulativen Botschaften keineswegs immer im Sinn der Produzent*innen aufsaugen. Vielmehr zweifeln sie das offerierte Zeichenmaterial nicht selten an, kritisieren es oder interpretieren es sogar resignifizierend um und werden somit selbst zu Produzent*innen. Vor diesem Hintergrund weist er auch das Sender-Empfänger-Modell der Kommunikation zurück, das eine Einbahnstraße im Transport von Bedeutungen suggeriert. An seine Stelle setzt Hall ein Zirkulationsmodell von Bedeutung. Dabei unterstreicht der an Marx orientierte Begriff der Zirkulation einerseits den Warencharakter von Bedeutung. Auf der anderen Seite betont der Begriff die tendenzielle Offenheit der Bedeutungsproduktion.¹⁰

Mit der Konzeptualisierung von Kommunikation als Kampfplatz werden die Konzepte des Zeichens und der Repräsentation zum Zentrum der Cultural Studies. Den deutlichsten Niederschlag findet diese folgenreiche zeichentheoretische Neuausrichtung im Unterrichtsbuch *Representation*, das Hall gemeinsam mit Kolleg*innen der Open University schrieb (vgl. Hall u.a. 2013). Unter „Repräsentation“ verstehen die Autor*innen nicht so sehr die Abbildung oder Darstellung von Dingen, Situationen oder Bedeutungszusammenhängen, sondern den Kampf um die massenmedial und kulturindustriell vermittelte Produktion, Distribution und Rezeption von Bedeutung. Aber auch die eminent politische Dimension der Stellvertretung spielt in diesem Repräsentationsbegriff von Anfang an eine Rolle, geht es doch immer auch um die Fragen: Wer oder was vertritt wen oder was? Wer oder was kommt in der Repräsentation überhaupt vor?

Wenngleich sich die Britischen bzw. *Birmingham Cultural Studies* massiv für Jugend- und Subkulturen interessiert haben, so wäre es irreführend zu sagen, dass Galerien- und Museumskunst überhaupt keine Rolle gespielt hätten und Objekte des Kunstfelds ausschließlich als bürgerliche Ideologie verhandelt worden wären. Derartige Thesen werden von Halls Beschäftigung mit Künstler*innen – etwa in Halls und Mark Sealys Ausstellungs-artigem Buch *Different. The story of contemporary Black and Asian photography told in words and images* (Hall und Sealy 2001) –

10 Ganz so, wie Marx es in der Einleitung zu den Grundrissen (u.a. in Bezug auf den Kunstgegenstand) erläutert: „Die Konsumtion produziert die Produktion doppelt, 1. indem erst in der Konsumtion das Produkt wirkliches Produkt wird. [...] Die Konsumtion gibt, indem sie das Produkt auflöst, ihm erst den finishing stroke; [...] 2. Indem die Konsumtion das Bedürfnis neuer Produkte schafft, also den idealen innerlich treibenden Grund, der Produktion, der ihre Voraussetzung ist. Die Konsumtion schafft den Trieb der Produktion; sie schafft auch den Gegenstand, der als zweckbestimmend in der Produktion tätig ist.“ (MEW 42, 26f.)

ebenso deutlich widerlegt wie durch Halls kunstpolitisches Engagement für einen Kunstraum in London, welcher der massiven Präsenz von Künstler*innen *of Color* in der Stadt Rechnung tragen sollte und schließlich zur Gründung des *Institute of International Visual Arts* in London geführt hat.¹¹ Gleichwohl hat die Repräsentationstheorie Halls die Parameter der Kunsttheorie jedoch unzweifelhaft verschoben. Denn die entscheidende Frage der Cultural Studies in der Nachfolge Halls lautete nicht, ob etwas Kunst ist oder nicht. Vielmehr geht es um das Ausmaß oder die Intensität, in dem bzw. in der Repräsentationen Stereotype herausfordern und Ambivalenzen kreieren, die Raum für herrschaftskritische Auseinandersetzungen und Alternativen schaffen.

„Kunst“ ist bei Hall also kein normatives oder gar absolutes Prädikat wie etwa bei Adorno und Rancière, sondern vielmehr eine Bezeichnung der konventionellen institutionellen Zugehörigkeit. Normativ hingegen ist die immer nur graduell beantwortbare Frage nach der herrschaftskritischen Öffnung des Raums der Bedeutungen, die eine ästhetische Praxis in einem historisch und geopolitisch spezifischen Moment zu bewirken imstande ist. Unter diesen Prämissen ist es genauso wahrscheinlich, dass man in Institutionen wie Museen höchst problematische Bestätigungen von Repräsentationsstereotypen findet wie es nicht ausgeschlossen ist, dass eine Werbekampagne oder andere Produkte der Kulturindustrie (unbeabsichtigter Weise) den Spielraum der Repräsentationsreflexion und -kritik ausweiten können.¹² Anders gesagt: Die Cultural Studies orientieren sich nicht an der kantischen Begrifflichkeit von Autonomie und Heteronomie, sondern am Konzept der Repräsentation bzw. genauer: der Repräsentationskritik, welche sich auf Kunst genauso wie auf Nicht-Kunst beziehen kann. Dabei machen die Cultural Studies von Anfang an deutlich, dass das Repräsentiertwerden keinesfalls mit Ermächtigung und *empowerment* gleichgesetzt werden kann. Mindestens ebenso so oft bedeutet Repräsentation nämlich die ideologische Zurichtung des repräsentierten Ausschnitts oder auch die Auslieferung an polizeiliche Instanzen.

5. Félix Guattari

Wie schon angedeutet, bleibt im Rahmen der Orientierung der Cultural Studies am zeichenvermittelten Repräsentationsbegriff die affektive Dimension von Bedeutung im Hintergrund. Dasselbe gilt für Subjektivierungsaspekte, die man in dieses Modell erst noch eintragen oder zumindest aus Nebenbemerkungen extrapolieren und zu Thesen verdichten müsste, um daraus jene Ästhetik zu machen, die mir aus marxistischer Perspektive die einzig sinnvolle scheint: eine Episteme sinnlicher Praktiken, innerhalb derer auch Praktiken, die als Kunst institutionalisiert sind, diskutiert werden können; d.h. eine Wissenschaft sinnlicher Praktiken, deren wichtigste Unterscheidung die zwischen dem herrschaftlichen und dem emanzipatorischen Umgang mit der Aufteilung des Sinnlichen ist.

Eine vielversprechende Skizze in diese Richtung findet sich im Kapitel „Das neue ästhetische Paradigma“ in Félix Guattaris *Chaosmose* (Guattari 2017, 125-150). Obwohl es sich hier um eine programmatische Skizze für ein Forschungsprogramm handelt, das Guattari nicht mehr ausfüh-

11 Dieses Institut beherbergt heute die *Stuart Hall Library* und organisiert regelmäßig Ausstellungen, aber insbesondere auch edukatorische Programme.

12 Vgl. zum Beispiel Johanna Schaffers sich u. a. auf Stuart Hall berufende Diskussion der beiden Plakat-Kampagnen „Einbürgerung“ und „Deutsche gegen rechte Gewalt“, die von den Agenturen Hansen Kommunikation in Köln sowie Scholz & Friends in Berlin produziert wurden (Schaffer 2008, 92-105).

ren konnte, lässt seine Verortung der traditionellen, als Kunsttheorie verstandenen Ästhetik im Kapitalismus an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Dabei geht es Guattari nicht nur um eine Kritik an der im 18. Jahrhundert vollzogenen Abtrennung des gesellschaftlichen Teilbereichs Kunst von anderen sog. ausdifferenzierten Teilbereichen. Vielmehr denkt er diese Abtrennung mit identitären Subjektivierungs- und Gesellschafts- bzw. Gemeinschaftsformen von Anfang an zusammen; und nicht zuletzt mit der nicht weniger rigiden Abtrennung des Menschen von seiner nicht-menschlichen Umwelt. Guattari spricht in diesem Zusammenhang von drei Ökologien, die entgegen der kapitalistischen „Sektorisierung und Bipolarisierung“ (ebd., 132) nicht unabhängig voneinander gedacht und erst recht nicht in Isolation verändert werden können. „Unser Überleben auf diesem Planeten ist nicht nur durch die Umweltschäden bedroht, sondern auch durch die Degeneration des Gewebes der sozialen Solidaritäten und der Modi des psychischen Lebens, die es buchstäblich wieder zu erfinden gilt. Die Umgestaltung des Politischen wird über die ästhetischen und analytischen Dimensionen erfolgen müssen, die in den drei Ökologien Umwelt, Sozium und Psyche enthalten sind.“ (Ebd., 32)

Das „neue ästhetische Paradigma“, das Guattari vorschlägt, wendet sich genauso dezidiert gegen die Einteilung-Unterscheidung zwischen Kunst und Nicht-Kunst, die auch die Cultural Studies zurückweisen, wie überhaupt gegen auseinander gezwungene, scheinbar autonome gesellschaftlichen Teilbereiche und letztlich gegen alle Trennungen, die auf rigide Identitäten setzen. Dagegen hält Guattari einerseits den Zusammenhang der drei Ökologien und andererseits deren Umgestaltung auf zwei Ebenen: der analytischen und der ästhetischen. Das verstehe ich (unter Zuhilfenahme von Rancière) so, dass es unter dem Stichwort des Analytischen um intentionale, begrifflich klar fassbare, aber letztlich kaum radikale Eingriffe geht. Die ästhetischen und einschneidenden Eingriffe hingegen spielen sich in einem Bereich ab, der nicht auf einen begrifflichen Punkt gebracht werden kann, zumindest nicht innerhalb der bestehenden Aufteilung des Sinnlichen, die auch die Grenzen des Denk- und Sagbaren festlegt.¹³ Die „asignifikante semiologische Dimension“ (ebd., 11), die vom zeichentheoretisch orientierten Poststrukturalismus in Guattaris Augen viel zu wenig Aufmerksamkeit bekam, verortet er in körperlichen Sensibilitäten, Affekten und unbewussten Phantasien (vgl. ebd., 11), die er als „präverbale Intensitäten“ (ebd., 18) zusammenfasst. Und diese wiederum haben auf der Ebene der Gewohnheiten und Gebräuche, die durch die Subjekte mehr hindurch gehen als von ihnen beherrscht werden, die größte Bedeutsamkeit.

Auf eben dieser Ebene ist das neue ästhetische Paradigma angesiedelt: als jene Kreativität, der es gelingt, festgefahrene Verhaltensmuster durch eine ästhetische Verschiebung, ja Schöpfung – im französischen Text ist von *création* die Rede (Guattari 2005, 19) – zu unterbrechen oder sogar aus ihnen herauszuführen. Es geht also um Eingriffe in habituell gewordene sinnliche Praktiken der Subjektivierung, und zwar in ihrem Zusammenhang mit einer Vergesellschaftung, die sich

13 Guattaris Unterscheidung zwischen der analytischen und der ästhetischen Dimension erinnert an Gottlieb Alexander Baumgartens Unterscheidung zwischen rationaler und ästhetischer Erkenntnis, wobei letztere dadurch ausgezeichnet ist, dass sie nicht in distinkte Elemente auseinanderdividiert werden kann. Baumgarten zufolge sind die meisten unserer Erkenntnisse von in diesem Sinn ästhetischer Art. Sowohl Baumgarten als auch Guattari nehmen damit den griechischen Begriff der *aisthesis* (Wahrnehmung), der in der europäischen Kunsttheorie im 18. Jahrhundert auf den Kopf gestellt wurde, wörtlich ernst.

die Umwelt untertan gemacht hat. Die „Kreativität“, die dafür nötig ist, wird als eine – Veränderungsenergie produzierende und Veränderungsenergie anziehende – ästhetische Kraft verstanden.

6. Schönheit ohne Seife. Ein Ausblick

Zwar sagt Guattari eher wenig über die ästhetische Dimension gewaltvoll normalisierender Aufteilungspraktiken, die genauso wenig vom Himmel fallen wie die transformativen Eingriffe. Was aber letztere betrifft, so scheint mir zunächst einmal bemerkenswert, dass sie immer mehr sind als bloße Kritik; nämlich immer schon der Beginn einer Alternative. Während es im Bereich des Diskursiven durchaus möglich ist, eine Proposition bloß zu verneinen, impliziert ein Eingriff auf der ästhetischen Ebene sinnlicher Praktiken nämlich immer schon die praktische Affirmation einer Alternative. Darüber hinaus fällt auf, dass die klassischen Unterscheidungen der Ästhetik als Kunsttheorie, etwa die zwischen Werk und Prozess oder Produktion und Rezeption, auf der Ebene sinnlicher Praktiken nicht mehr greifen; zumindest hängt von ihnen nichts ab. Erst recht sind die von Guattari her konzipierten ästhetischen Praktiken nicht länger an die Privilegien des Umgangs mit Kunst gebunden. Und man braucht sie auch nicht länger in das Gehege ihrer Autonomie zu sperren; etwa indem man Gauny zum symbolistischen Künstler stilisiert und seine Praxis des ästhetischen Bodenlegens von seinem Engagement für proletarische Schreib- und Philosophieclubs abtrennt, die ihrerseits mit diversen Experimenten in selbstverwalteten Manufakturen verbunden sind.

Über Guattari hinaus scheint es mir allerdings wichtig, Momente der ästhetischen Kreation nicht nur als Veränderung, sondern – je nach Kontext – auch als solche des Bewahrens gegenüber dem Vergessen oder gegen die Vernichtung anzuerkennen. In diesem Sinn schreibt etwa Paul C. Taylor zum Programm seiner *Black Aesthetics*: „following Hall, Powell, and Gramsci, to do ‘black aesthetics’ is to use art, criticism, or analysis to explore the role that expressive objects and practices play in the creation and *maintenance* of black life worlds.“ (Taylor, 26; Herv. R. S.) In diesem Sinn ist wohl auch das lange Zitat zu verstehen, mit dem Taylor sein Buch eröffnet. Es handelt von einer Schönheit, die aus dem Blick der Betrachter* bzw. Leser*innen wohl wie eine unerwartete Erscheinung auftaucht, aus der der Produzent*innen aber für eine Praxis des bewahrenden ästhetischen Protests unter gewaltvollsten Bedingungen steht. Es ist ein Zitat aus Sidney Mintz’ und Richard Prices Studie über den Beginn der Afroamerikanischen Kultur, die ihrerseits den Bericht eines Augenzeugens zitiert, der 1790, also im Jahr des Erscheinens von Kants *Kritik der Urteilskraft*, Folgendes über die Ankunft eines Sklavenschiffs in einem südamerikanischen Hafen berichtet und damit Zeugnis von einer ästhetischen Praxis ablegt, an der jede Kunstästhetik abprallt:

„These new African Americans surprise you in only one respect. They have stars in their hair. Not real stars, of course. The new arrivals have had their heads shaved, leaving patches of hair shaped like stars and half-moons. Just as you begin to wonder how the ship’s crew settled in thus way of torturing their captives or entertaining themselves, you receive a second surprise. Not far from where you are standing, a man who seems to be the ship’s captain is speaking with a man who seems to have some financial interest in the ship’s cargo. The capitalist asks the captain why he cut the niggers’ hair like that, and the captain disclaims all responsibility. ‘They did it themselves’, he says, ‘the one to the other, by the help of a broken bottle and without soap.’“ (Taylor 2016, 1)

Literatur

- Addison, Joseph (1965): The Spectator, No. 409 (June 19, 1712), in: Donald F. Bond (Hg.), The Spectator, Band 3, Oxford, 527-531.
- Adorno, Theodor W. (1973): *Ästhetische Theorie*, Frankfurt/M.
- Bennett, Tony (1990): *Outside Literature*, London.
- Bohls, Elizabeth A. (1993): Disinterestedness and denial of the particular: Locke, Adam Smith, and the subject of aesthetics, in: Paul Mattick (Hg.), *Eighteenth-Century Aesthetics and the Reconstruction of Art*, Cambridge, 16-51.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Buckel, Sonja (2015): Dirty Capitalism, in: Dirk Martin u.a. (Hg.), *Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie*, Münster, 29-48.
- Demirović, Alex (1982): *Jenseits der Ästhetik. Zur diskursiven Ordnung der marxistischen Ästhetik*, Frankfurt am Main.
- Federici, Silvia (2012): *Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, Wien.
- Gandesha, Samir/Hartle Johan F. (Hg.) (2017): *Aesthetic Marx*, London u.a.
- Gikandi, Simon (2011): *Slavery and the Culture of Taste*, Princeton/Oxford.
- Guattari, Félix (2017): *Chaosmose*, Wien/Berlin.
- Hemingway, Andrew (2006): *Marxism and the History of Art. From William Morris to the New Left*, London/Ann Arbor.
- Hall, Stuart (1999): Cultural Studies. Zwei Paradigmen, in: Roger Bromley, Roger u.a. (Hg.), *Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung*, Lüneburg, 133-138.
- (2004): Kodieren/Dekodieren [engl. 1977], in: ders., *Ideologie, Identität, Repräsentation, Ausgewählte Schriften 4*, hg. von Juha Koivisto und Andreas Merkens, Hamburg, 66-80.
- (2004a): Bedeutung, Repräsentation, Ideologie. Althusser und die poststrukturalistischen Debatten, in: ders., *Ideologie, Identität, Repräsentation, Ausgewählte Schriften 4*, hg. von Juha Koivisto und Andreas Merkens, Hamburg, 34-65.
- u.a. (Hg.) (2013): *Representation*, Los Angeles u.a.
- Hall, Stuart/Sealy, Mark (2001): *Different. The story of contemporary Black and Asian photography told in words and images*, London/New York.
- Hall, Stuart/Whannel, Paddy (1964): *The Popular Arts*, London.
- Hoggart, Richard (2009): *The Uses of Literacy. Aspects of Working Class Life [1957]*, London u.a.
- Hunter, Ian (1992): *Aesthetics and Cultural Studies*, in: Lawrence Grossberg u.a. (Hg.), *Cultural Studies*, New York/London: Routledge, 347-372.
- Kant, Immanuel (1974): *Kritik der Urteilskraft. Werkausgabe Band X*, hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt am Main.
- Kristeller, Paul Oskar, (1951/52): The Modern System of the Arts: A Study in the History of Aesthetics, Part I, in: *Journal of the History of Ideas*, Vol. 12, Oct. 1951, 496-527; Part II in: *Journal of the History of Ideas*, Vol. 13, January 1952.
- Lazzarato, Maurizio (2007): Die Missgeschicke der 'Künstlerkritik' und der kulturellen Beschäftigung, in: *eicp Journal*: <http://eicp.net/transversal/0207/lazzarato/de> [aufgerufen am 20.8.2020].
- Lloyd, David (2019): *Under Representation. The Racial Regime of Aesthetics*, New York.
- Menke, Christoph (2013): *Die Kraft der Kunst*, Frankfurt am Main.
- Mortensen, Preben (1997): *Art in the Social Order: The Making of the Modern Conception of Art*, Albany.
- Müller, Michael (1974): Künstlerische und materielle Produktion. Zur Autonomie der Kunst in der italienischen Renaissance, in: ders. u.a. (Hg.), *Autonomie der Kunst. Zur Genese und Kritik einer bürgerlichen Kategorie*, Frankfurt am Main, 9-87.

- Plumpe, Gerhard (1977): Ist eine marxistische Ästhetik möglich? In: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), *Betrifft: Althusser, Kontroversen über den 'Klassenkampf' in der Theorie*, Köln.
- Rancière, Jacques (Hg.) (1983): *Philosophie plébéïen*. Louis Gabriel Gauny, Vincennes.
- (2002): *Das Unvernehmen*, Frankfurt am Main.
 - (2008): *Die Aufteilung des Sinnlichen*, Berlin.
 - (2008a): *Ist Kunst widerständig?* Herausgegeben, übersetzt, um ein Gespräch mit Jacques Rancière und ein Nachwort erweitert von Frank Ruda und Jan Völker, Berlin.
 - (2010): Die ästhetische Revolution und ihre Folgen. Ästhetische Erzählungen von Autonomie und Heteronomie, in: Ilka Brombach u.a. (Hg.), „Ästhetisierung“. Der Streit um das Ästhetische in Politik, Religion und Erkenntnis, Zürich, 23-40.
 - (2013): *Die Nacht der Proletarier*. Archive des Arbeitertraums [1981], übersetzt von Brita Pohl, Wien/Berlin.
- Raunig, Gerald (2012): *Industrien der Kreativität. Streifen und Glätten 2*, Zürich.
- Schaffer, Johanna (2008): *Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung*, Bielefeld.
- Schiller, Friedrich (1979): *Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen*, Stuttgart.
- Sonderegger, Ruth (2018): Kants Ästhetik im Kontext des kolonial gestützten Kapitalismus. Ein Fragment zur Entstehung der philosophischen Ästhetik als Sensibilisierungsprojekt, in: Burkhard Liebsch (Hg.), *Sensibilität der Gegenwart. Wahrnehmung, Ethik und politische Sensibilisierung im Kontext westlicher Gewaltgeschichte*. Sonderheft 17 der Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft, Hamburg, 109-125.
- (2019): Emanzipatorische und herrschaftliche Gebräuche der (Emanzipation versprechenden) Kunst, in: Alex Demirović u.a. (Hg.), *Emanzipation. Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs*, Münster, 16-36.
- Taylor, Paul C. (2016): *Black is Beautiful. A Philosophy of Black Aesthetics*, Malden MA/Oxford/Chichester.
- Thompson, Edward P. (2013): *The Making of the English Working Class 1780–1832*, London u.a.
- Werckmeister, Otto Karl (1974): *Ideologie und Kunst bei Marx*, in: ders., *Ideologie und Kunst bei Marx* u.a. Essays, Frankfurt am Main.
- Woodmansee, Martha (1994): *Aesthetics and the Policing of Reading*, in: dies., *The Author, Art, and the Market. Rereading the History of Aesthetics*, New York, 87-102.

3.

Mit Marx den gegenwärtigen Kapitalismus
analysieren

Frieder Otto Wolf

Probleme der konkreten Analyse der konkreten Situation Ein Re-Orientierungsversuch

Lenin hat bekanntlich eben darin – in der „konkreten Analyse der konkreten Situation“ (z.B. LW 31, 154) – den entscheidenden „Springpunkt“¹ des gesamten Marxismus als Wissenschaft gesehen². Wie die MLPD dies noch 2017 durchaus zutreffend formuliert hat: „Lenin betonte in der Auseinandersetzung mit den Revisionisten und Dogmatikern, worin das *‘innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse der konkreten Situation.’*“³ Aber auch wenn wir mit guten Gründen davon absehen, den von dieser „Orthodoxie“ gewiesenen ‘schmalen Pfad’ zwischen einer revisionistischen und einer dogmatischen Abweichung betreten und vermessen zu wollen, stehen wir hier als Marxisten (und auch als Marxistinnen) doch immer noch vor einer zentralen Herausforderung: Wie übersetzen wir hier und heute erneut die Ergebnisse der marxischen Durchbrüche zu einer wirklichen Wissenschaft – auf den Feldern der Kritik der politischen Ökonomie⁴, der Kritik der Politik⁵, aber auch der bereits von Marx begründeten Ansätze zu einer Kritik der politischen Ökologie⁶ – in eine für weitere Forschungen und Initiativen nicht nur vage hilfreiche, sondern für die grundlegende Ausrichtung radikalen politischen Handelns maßgebliche Orientierung? Und wie können wir gar hoffen, dass derartige wissenschaftliche ‘Geländegewinne’ sich dann auch in Vorteile für die „Partei der Befreiung“ umsetzen lassen?

Louis Althusser hat diesen Punkt bekanntlich in seiner Auseinandersetzung mit dem damals die kommunistische Weltbewegung beherrschenden Stalinismus⁷ ganz besonders betont⁸ – aber er hat die damit doch inzwischen unüberschaubar verbundenen schwierigen Probleme allenfalls

1 Diesen marxischen Begriff (vgl. Marx 1867, 56) hat Lenin sich offenbar angeeignet und zur Bezeichnung der entscheidenden Punkte einer Kontroverse bzw. eines Konflikts verwendet, vgl. etwa LW 15, 390 u. LW 38, 484.

2 Als offiziöse Zusammenfassung vgl. Autorenkollektiv 1976.

3 <https://www.neuerweg.de/icor/2017-1/seminar-100-jahre-oktoberrevolution-themenblock-6-1/einige-lehren-aus-der-oktoberrevolution-fur-die-sozialistische-revolution>.

4 Vgl. rückblickend Bellofiore/Fineschi 2009, aber auch das Themenheft „Marx inattuale“ hg. v. Riccardo Bellofiore e Carla Maria Fabiani, *consecutio rerum* 3 (2018), Nr. 5.

5 Vgl. immer noch die Pionierarbeiten insbesondere von Balibar (1979) und Tosel (1979).

6 Wie sie Kohei Saito (2016) verdienstvoll rekonstruiert hat.

7 Sein Umgang mit den ‘historischen Ausnahmen’ des Trotzismus einerseits und des seit den 1920er Jahren entwickelten ‘akademischen Marxismus’, für den als exemplarisch avanciertes Modell die ‘Frankfurter Schule’ stehen kann, ist auf einem von Beschweigen und allenfalls summarischer Behandlung geprägten Niveau gegeben, wie es in der ‘herrschenden Linie’ der marxistischen Tradition üblich war, in die er zu intervenieren versuchte.

8 Vor allem in seinem programmatischen Werk „Lenin und die Philosophie“, in dem es nicht etwa um die Philosophie Lenins, sondern um dessen Verhältnis zur (herrschenden) Philosophie geht.

indirekt thematisiert: Er hat zwar „Lenins Lachen“ explizit als Ausdruck einer taktischen⁹ Haltung zur Vermeidung philosophischer Diskussionen mit spalterischer Wirkung analysiert, um auf dem Weg zu „einer nicht-philosophischen Theorie der Philosophie“ voranzukommen (Althusser 1968, 107). Aber auf die Frage, ob die 11. Feuerbachthese „eine neue Philosophie verspricht“ (a.a.O., 135) antwortet Althusser vorsichtig verneinend: „Ich denke nicht.“ (ebd.) Um dann aber sofort eine neue Unterscheidung einzuführen, die zwischen der Philosophie – „Die Philosophie wird [immer] die Philosophie bleiben“ (a.a.O., 136) – und „ihrer Praxis“¹⁰, welcher dann eine neue philosophische These zugrunde liegt: „Was der Marxismus an Neuem in die Philosophie einführt, ist eine neue *Praxis der Philosophie*. Der Marxismus ist keine neue Philosophie der Praxis, sondern eine neue Praxis der Philosophie.“ (ebd.) Und abschließend betont er dann nur noch, dass es weder „die Theoretiker, Wissenschaftler oder Philosophen“, noch auch „die ‘Menschen’“ sind, „welche Geschichte machen – sondern die ‘Massen’, d.h. die in einem und demselben Klassenkampf verbündeten Klassen“ (ebd.)¹¹. Wolfgang Fritz Haug hatte hier dann allenfalls eine Pirouette der Problemvermeidung beizusteuern: Er stellt zwar durchaus richtig und klärend fest, dass es darum ginge, einen „doppelten Skandal wieder spürbar zu machen: er liegt zunächst in Lenins Artikulation des Marxismus als einer philosophischen Gründung; und er liegt zweitens in der Lenin postum widerfahrenen Verklärung zum Philosophen“ (Haug 1993, 102), und er diagnostiziert auch noch durchaus überzeugend kritisch, dass sich die „staatlich-philosophische Funktion ... geschlossen [hat]. Marxismus als Theorie und, wenn als solche ernst genommen, als Praxis ist in babylonische Gefangenschaft geraten“ (a.a.O., 102). In einer überraschenden Wendung kommt er dann aber zu dem durchaus lahmen Schluss, dass man die „Trennung [der Philosophie von der politischen Praxis] neben anderen Strukturmomenten wohl für konstitutiv für die Philosophieform halten“ müsse (a.a.O., 103) – was ihn dann in der Konsequenz dazu verurteilt, das Philosophieren letztlich aufzugeben¹²: „*Jenseits der Philosophieform* erwarten uns die konkreten Analysen, Fragen der Strategie und der Kommunikation.“ (a.a.O., 104, Hervorhebung fow).

9 Indem er hier von Taktik spricht, bewegt sich Althusser innerhalb des Horizonts der Diskussion der zweiten und dritten Internationale, in welchen es als ausgemacht galt, dass die Frage der Strategie durch den Hinweis auf die Unausweichlichkeit der sozialen Revolution als solche geklärt sei (vgl. etwa auch Projekt Klassenanalyse 1972).- Auf dem heutigen Stand der Debatte über die Einleitung und Durchsetzung von Transformationsprozessen in Richtung auf befreite Gesellschaften wäre ganz unbestreitbar in diesem Sinne von Strategien zu sprechen, die als solche ausdrücklich zu entwickeln sind und sich nicht einfach immer schon von selber verstehen.

10 ‘Ihre Praxis’ ist hier im Sinne ihrer Praktizierung zu lesen.

11 Diese in der kommunistischen Weltbewegung vermutlich seit Lenin gängige Rede von den „Massen“ lässt sich als eine strategisch umkehrende Reaktion auf die reaktionäre „Massenpsychologie“ Gustave LeBons (LeBon 1895) begreifen. Dennoch spricht insbesondere die in diesem älteren, von Negri und Hardt (2000) wieder aufgegriffenen Begriff explizit enthaltene Bezugnahme auf die einzelnen Teilnehmer*innen dafür, die in der europäischen Neuzeit – von Thomas Smith bis zu Hegel und Marx – gebräuchliche Rede von der ‘multitudo’, der ‘Menge der Vielen’ wieder aufzugreifen, um politische Prozesse nicht auf bloße Führer-Gefolgschaftsprobleme zu reduzieren (vgl. Wolf 2004 u. Lauer mann 2006).

12 Bzw. dem übergreifenden Prozess der pluralen Marxismen zu überlassen, in welchem dann politische Organisationen faktisch ganz unvermeidlich das ‘letzte Wort’ haben werden.

In der Perspektive einer „radikalen Philosophie“¹³ können wir dagegen *innerhalb* der philosophischen Reflektionsformen den *Kampf* aufnehmen, indem wir den affirmativen Formen des „Verphilosophierens“ kundig und kompetent entgegentreten – und dies eben nicht nur faktisch tun¹⁴, sondern es auch selber noch bewusst begreifen, artikulieren und propagieren.¹⁵

Stellen wir uns also im Folgenden in diesem Sinne den ernsthaften und für den Marxismus¹⁶ in der Tat immer noch geradezu entscheidend bedeutenden sachlichen Problemen, welche die These Lenins von diesem „Springpunkt“ in der Tat aufwirft!

1. Die sachlichen und die perspektivisch bedingten Problemfelder

Ich sehe hier drei ebenso wichtige, wie als solche offenbar unsichtbare und daher vernachlässigte Problemfelder, wie sie sich zum einen aus der sachlichen Unterschiedenheit der Herrschaftsverhältnisse, zum anderen aber auch aus der Aufgabe ergeben, in einer immer schon überdeterminierten konkreten, singulären Realität spezifisch tragfähige Perspektiven der Befreiung von ihnen zu entwickeln:

- Die Problematik des Verhältnisses von philosophischen und politischen „Thesen“ – und ihrer Differenz zu wissenschaftlichen „Erkenntnissen“/„Ergebnissen“ – und damit die Problematisierung der Kategorien von „Dogmatismus“ vs. Revisionismus“, sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch für die politische Deliberation;
- die Problematik des komplizierten Zusammenhanges (bzw. vor allem des Nicht-Zusammenfallens) von Untersuchung der komplexen Realität singulärer Lagen und ihrer theoretischen Rekonstruktion in ihrem ‘idealen Durchschnitt’ – was die oft übersehenen Problematiken der Überdetermination und der Pluralität von Herrschaftsverhältnissen mit umfasst – und damit vor allem auch die Problematik der ‘Endlichkeit’ des Marxismus und seines Verhältnisses zur feministischen, dependentistischen und radikalökologischen Theorie (und Praxis);
- die Problematik der unaufhebbaren Differenz der Reichweite von wissenschaftlicher Untersuchung und politischer Deliberation, was aus meiner Sicht vor allem dazu führt, dass immer wieder zwischen einer historisch-gesellschaftswissenschaftlichen Untersuchung einer gegebenen Lage und der handlungsleitenden Bestimmung einer konkreten Situation zu unterscheiden ist – und dass der kreative, politische Ausgangspunkte setzende Charakter einer wirksamen ‘konkreten Analyse der konkreten Situation’ begriffen und betont werden muss.

13 Die bei Althusser hier noch gleichsam übersprungene Frage, wie die von Marx’ wissenschaftlichen Durchbrüchen ermöglichte *neue Praxis der Philosophie* näher zu bestimmen ist, war der Gegenstand meiner Ausarbeitung einer entsprechenden Kontrastierung von radikaler und affirmativer Philosophie (Wolf 2002).

14 In diesem Sinne reicht die Geschichte eines radikalen Philosophierens selbstverständlich bis in die Anfänge des Philosophierens hinein zurück und stellt auch innerhalb der neueren kritischen Wissenschaften nichts völlig Unbekanntes dar – auch wenn es als ein solches nur selten, etwa von Herbert Marcuse, artikuliert worden ist.

15 Zur weiteren Ausarbeitung meiner Konzeption vgl. Wolf 2012.

16 Gerade auch dann, wenn wir ihn von einem bloßen „Marxianertum“ unterscheiden, vgl. Bellofiore 2019.

1.1 Thesen als Zuspitzungen im Hinblick auf eine Praxis

Louis Althusser hat immer wieder betont, dass die zentrale Tätigkeit der Philosoph*innen genau darin besteht, Thesen zu formulieren. 'Thesen' sind hier nicht als eine akademische Übung zu verstehen (die bis auf die europäische Scholastik zurückverweist¹⁷), sondern als eine auf Verständigung und Abgrenzung hin angelegte Ausformulierung von *Positionen*¹⁸, die in einem immer schon stattfindenden – mehr oder minder 'liebenden' – Streit eingenommen und verteidigt werden.

Nun ist aber festzuhalten, dass die „Thesen“ der Philosoph*innen immer schon auf eine gleichsam 'ursprünglichere' Schicht von „Thesen“ zurückbezogen sind, in welcher die 'Positionen' zumindest markiert und – so gut es eben geht – auch artikuliert werden, welche die Menschen, die unter Herrschaftsverhältnissen leben – also wir alle – immer schon in ihrer rekurrierenden Auflehnung und ihrer sich immer wieder reproduzierenden Unterwerfung beziehen und auch zu halten versuchen.

Herrschaftsverhältnisse zwingen nämlich immer wieder zu einer Stellungnahme – in jeder Handlungssituation geht es immer auch um eine Entscheidung zwischen einer angepassten, sich den herrschenden Verhaltensanforderungen mehr oder minder bewusst fügenden Handlungsweise, und einer mehr oder minder abweichenden, vielleicht sogar widerständigen. Die 'Politik des Alltagslebens' besteht in genau diesen, beständig erforderlichen Entscheidungen – auch wenn dieser Prozess oft wenig reflektiert erfolgt. Eben damit wird das schlichte „Das-mache-ich-aber-jetzt-so!“ zur beständig wiederholten Elementarform einer These.

Wo immer es dann erforderlich zu sein scheint, werden diese elementaren Thesen dann zum Gegenstand ausdrücklicher politischer Auseinandersetzungen: „Wer-das-jetzt-so-macht-ist-auf-unserer-Seite!“, mit dem sofort sich einstellenden Korrelat: „Wer-das-jetzt-anders-macht-ist-auf-der-Gegenseite!“. Damit ist der politische Streit spezifisch artikuliert, der immer sowohl darüber geht, wer sich im Streitpunkt durchsetzen wird, als auch darum, wer im Streit „Recht hat“, also die „richtige Position“ vertritt, welche es verdient hat, sich letztlich durchzusetzen.

Wenn dann einmal in diesem Sinne politisch gegensätzliche „Seiten“ im Streit artikuliert worden sind, treten dann Philosoph*innen auf – um den Streitenden klar zu machen (bzw. einzureden), worum es in ihrem Streit „eigentlich“, „in Wahrheit“ geht und um dadurch den Modus der Streitaustragung zu verändern: An die Stelle des konkreten „Streitpunktes“ tritt damit eine (mehr oder minder) allgemeine „Sache“, welche es zu behaupten und letztlich durchzusetzen gilt – und erst das Eingreifen eines radikalen Philosophierens (vgl. Wolf 2002) lässt dann deutlich hervortreten, dass es bei diesen als solche auftretenden philosophischen „Sachfragen“ letztlich doch immer wieder um eine Unterwerfung unter Herrschaft geht – und dass darum zu kämpfen ist, dagegen Perspektiven der Befreiung zu gewinnen und durchzusetzen.

17 Und in der westeuropäischen akademischen Praxis deswegen immer noch schriftliche Prüfungsleistungen bezeichnen, insbesondere Dissertationen und Magisterarbeiten.

18 In diesem Sinne war es alles andere als ein Zufall, dass Althusser's hart erkämpfter Sammelband im Parteiverlag der FKP den Titel „Positionen“ getragen hat.

1.2 Singuläre Lagen und theoretische Rekonstruktionen

Praxis findet niemals im Allgemeinen statt, sondern immer schon in singulären Situationen. D.h. in jeder Praxis findet unausweichlich immer schon eine Bezugnahme auf diejenige Gesamtheit der Determinationen statt, welche für die gegebene reale Lage und ihre Verarbeitung zu einer konkreten Orientierung in einer Handlungssituation prägend sind. Nun ist es zwar falsch, wenn – insbesondere in der ‘hermeneutischen Tradition’ der modernen ‘Geisteswissenschaften’¹⁹ – daraus immer wieder der mit guten Gründen bestreitbare Schluss gezogen wird, die singuläre Lage sei als solche immer unerkennbar: „*Individuum est ineffabile*“²⁰. Aber die Differenz zwischen den von wissenschaftlichen Theorien geleisteten ‘Rekonstruktionen’ des ‘idealen Durchschnitts’ der jeweils gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, und dem konkreten Begreifen von Lagen und Handlungsorientierungen bleibt ganz grundsätzlich unaufhebbar – was bei größeren Projekten transformatorischer gesellschaftlicher Praxis – nicht nur bei ihren sozialdemokratisch begrenzten Varianten (vgl. etwa Peter/Pöhler 2009) – unvermeidlich die eigenständige Problematik einer wissenschaftlichen ‘Umsetzungsforschung’²¹ hervorbringt.

Strategisches Handeln bedarf notwendigerweise einer möglichst adäquaten Bestimmung der jeweils gegebenen Lage – gerade dann, wenn es sich nicht auf bloß taktische Reaktionen auf situativ auftretende Konstellationen beschränken (lassen) will. Eine derartige Bestimmung der Lage kann aber nicht als solche von der Wissenschaft geliefert werden. Denn selbst dort und selbst dann, wenn lagebezogene konkrete wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse vorliegen (wie dies in der Realität allenfalls in fragmentarischen Formen der Fall ist), konstituieren sie niemals die von Lenin postulierte „konkrete Analyse der konkreten Situation“ – und zwar aus drei strukturellen, letztlich immer unaufhebbaren Gründen: *Erstens* braucht wissenschaftliche Untersuchung Zeit: Sie kann sich daher dem gegenwärtigen Augenblick, in dem zu handeln ist, immer nur annähern; *zweitens* ist grundsätzlich immer mit Umschwüngen und Wendungen im historischen Prozess zu rechnen, wie ihn politisches Handeln doch ‘gestalten’ bzw. zumindest ‘beeinflussen’ will: Diese kann aber die wissenschaftliche Untersuchung als solche nur schlecht antizipieren, da sie immer von den jeweiligen „Gegebenheiten“ ausgehen muss; *drittens* ‘lebt’ jedes politische Handeln von der „Antizipation“ einer bestimmten Zukunft, welche es mit herbeiführen will: Die Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Zukunftsforschung beschränken sich aber dar-

19 Wie sie in der Bundesrepublik noch Hans-Georg Gadamer (1960) mit beträchtlichem Erfolg reprivatisieren sollte. Aber auch etwa bei dem für Karl-Otto Apel (zus.fass. 2017) – und damit begrenzt auch für Jürgen Habermas (1968) – in zentralen Punkten prägenden Erich Rothacker blieb diese Tradition dominant (vgl. Rothacker 1948).

20 Hier im Sinne von: „Die historische Individualität lässt sich nicht wissenschaftlich begreifen“ – was denn etwa bei Apel (und auch bei Habermas) – im Rückgriff auf ältere Beiträge der deutschen „Philosophie der Geisteswissenschaften“ seit Johann Gustav Droysen und Wilhelm Dilthey – in einer epistemologischen Entgegensetzung von „Erklären“ und „Verstehen“ (vgl. rückblickend Prechtel 2008 u. Schurz 2011) zu verarbeiten versucht worden ist. – Ursprünglich angeregt durch Georg von Wright (1971), auf den mich Sten Gagnér hingewiesen hatte, habe ich dann später die Dimension des „Verstehens“ in den Prozessen der praktischen Deliberation und nicht der wissenschaftlichen Erkenntnis neu verortet, vgl. etwa Rahlwes u.a. 2019.

21 Vgl. etwa Eisenbach/Spannhake 1985.

auf, mögliche „Zukunftsszenarien“ zu entwickeln, auf die sich ein politisches Handeln beziehen könnte – und nicht diesem die zu antizipierende und herbei zu führende Zukunft vorzugeben.

Daraus ergibt sich zum einen, dass der Gewinn einer handlungstragenden Orientierung immer schon eine spezifische Leistung der politischen Praxis ist, welche in Deliberation und Beschlussfassung zwar immer von der jeweils gegebenen Lage ausgeht, zugleich aber auch darüber hinausgehen muss. Das gilt auf der Ebene individueller Überlegungen ebenso wie auf der Ebene politischer Entscheidungsprozesse: Die Reden von einem „die Gelegenheit beim Schopf fassen“ oder „ergreifen“ machen schon rein metaphorisch deutlich, dass es immer schon um mehr geht, als das, was die gegebene Lage bereits fertig bestimmbar enthält. Politische Initiativen setzen zwar immer an objektiv in der jeweiligen „Lage“ gegebenen „Gelegenheiten“ an und verarbeiten sie subjektiv zu einer Rekonstruktion der „konkreten Situation“; sie gehen aber als solche immer schon darüber hinaus, indem sie die gegebene Vielfalt der real bestehenden Möglichkeiten zu einem handlungstragenden und auch mobilisierenden „Projekt“ vereindeutigen. Damit knüpfen sie zwar an wissenschaftliche „Diagnosen“ der gegebenen Lage an, verbinden sie aber auch mit normativen Präferenzen und gehen vor allem über sie hinaus, indem sie situativ umsetzbare Handlungsperspektiven entwerfen.

1.3 Wissenschaftliche Untersuchungen und politische Deliberationen

Das reale Verhältnis, das es zu entwickeln – und zu diesem Zweck in seinen vorliegenden Formen zu untersuchen – gilt, ist das Verhältnis, welches dem Übergang von wissenschaftlichen Untersuchungen der historischen gesellschaftlichen Wirklichkeit²² zu Konzeptionen des politischen Handelns zugrunde liegt²³, also von der Praxis der Wissenschaft aus betrachtet, die Problematik der *Umsetzung*, sowie, von der Praxis der Politik aus betrachtet, die Problematik der *Relevanz*.

Die Problematik der „Umsetzung“ wird von der Seite der Wissenschaften vor allem durch die ‚technokratische‘ Vorstellung verstellt, dass es bei der praktischen Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen allein um technische Fragen ginge – also um Fragen eines möglichst effektiven Einsatzes der verfügbaren Mittel, mit der naheliegenden Versuchung, diese Möglichkeiten auch „machtpolitisch“ zu nutzen, um lästige weitergehende Fragen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Dass auch die Frage etwa, welche Ziele realistischerweise verfolgt werden können – und welcher Zielverfolgung eine Priorität gegenüber zu bestimmenden anderen zugeschrieben werden sollte, mit Argumenten rational geprüft und schlussendlich auch entschieden werden muss, kommt in der Regel nicht in den Horizont der Reflektion – und wird dort allenfalls bei ambitionierten Großprogrammen zum Thema, in deren Umsetzung die üblichen Praktiken der Ingenieure versagen. Schon gar nicht wird in der herrschenden ‚technokratischen‘ Betrachtungsweise zum Thema, welche gesellschaftlichen Veränderungen etwa gezielt eingeleitet werden sollten und könnten – da sich die Anwendungspraxis der Wissenschaften zunächst einmal auf die Reproduktion der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse bezieht – dabei aber unausweichlich nicht nur von wissenschaftlichen Kontroversen, sondern auch von in diesen Verhältnissen angelegten Interessenkonflikten

22 Im Sinne eines umfassenden Begriffs gesellschaftlicher Verhältnisse, der auch politische Prozesse und staatliche Institutionen einschließt.

23 Wiederum im weitesten möglichen Sinne, also einschließlich der ‚informellen‘ Prozesse im sog. ‚vorpolitischen‘ Raum.

geprägt wird.²⁴ Worauf viele politische Praktiker*innen dann immer wieder mit der zynischen Entschlossenheit reagieren, sich eben auf diejenigen Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen zu beziehen, die für ihre spezifische Interessenperspektive als förderlich erscheinen.

Inzwischen ist die „Relevanzdebatte“ (vgl. Wolf 1978) schon wieder weitgehend aus der wissenschaftsphilosophischen Debatte verschwunden. Nach dem Ende der Beunruhigungen der 1960er und 1970er Jahre – und nach einer kräftigen Ausweitung der nicht disziplingebundenen Bereiche von Forschung und Beratung²⁵ – hat sich die Debatte darauf verlagert, wie wissenschaftliche Forschungsprogramme ganz allgemein „möglichst effizient“ konzipiert und umgesetzt werden können, während sich im stark ausgeweiteten Bereich der auftragsgebundenen Forschung eben diese Auftraggeber ganz praktisch darum kümmern, dass sie etwas bekommen, was für sie von Nutzen ist.

2. Wissenschaftliche, politische und philosophische Perspektiven

Die in den voranstehenden drei Skizzen zur Erschließung der entsprechenden Felder einer Untersuchung umrissenen Problematiken haben nun ihrerseits – systematisch und nicht bloß zufällig (d.h. akzidentell) bzw. dem Zufall überlassen (d.h. aleatorisch) – wichtige Konsequenzen für eine problemadäquate Praktizierung von wissenschaftlichen Untersuchungen ebenso wie von auf Rationalität ihrer Führung Anspruch erhebenden politischen gemeinsamen Deliberationen bzw. individuellen Reflektionen.

Philosophische Perspektiven ergeben sich damit keineswegs zwangsläufig. Denn auch wenn die Philosophie – noch ganz abgesehen von ihrer charakteristischen Aufgespaltenheit zwischen affirmativen und kritischen Interventionen in die Diskurse von Wissenschaften und Politiken – immer erst dazu kommt, wenn ‘das Kind schon in den Brunnen gefallen ist’ (oder vielleicht doch eben gerade deswegen), sollte ihr immer wieder erforderlich werdender Beitrag keinesfalls unterschätzt werden: Philosophische Interventionen verschwinden zwar immer letztlich im schlussendlich erzielten wissenschaftlichen oder politischen Ergebnis – aber auf dem Weg dahin markieren – verstärken oder schwächen – sie die zunächst unvermeidlich auftretenden falschen Vorstellungen. Denn sie verarbeiten die spontanen Illusionen der jeweils herrschenden Ideologien zu elaborierten Vorstellungen, welche ihrer Reproduktion und Verstärkung (oder aber ihrem Abbau) dienen.

Am besten erschließen sich die Probleme dieser unterschiedlichen Perspektiven im Hinblick auf die zu lösenden übergreifenden Aufgaben:

- Die komplexe Erkenntnisaufgabe der Wissenschaft,
- die auf konkrete Befreiung zu fokussierende Gestaltungsaufgabe der politischen Praxis, sowie
- die kritische Orientierungsaufgabe der radikalen Philosophie.

24 Wie dies exemplarisch in der sog. „Zwischenbilanzierung“ des Humanisierungsprogramms der deutschen Bundesregierung herausgearbeitet worden ist (vgl. Gensior u.a. 1981a u. 1982, sowie Salfer/Furmaniak 1981). Zur Aktualisierung und Erneuerung dieser Reformperspektive in Richtung einer umfassenden Demokratisierung vgl. Martens 2010.

25 Unter unterschiedlichen Titeln wie „mode 2 science“ oder „practice based research in and through the arts“ (vgl. Gibbons u.a. 1994, sowie, rückblickend Position beziehend, Nowotny u.a. 2001 u. 2003, und in einem informativen Überblick Dunin-Woyseth 2010).

2.1 *Wissenschaftliche Perspektiven: Theoretische Rekonstruktion der pluralen Herrschaftsverhältnisse in ihrem 'idealen Durchschnitt' und empirisch-historische Untersuchung ihrer konkreten Überdetermination in der immer singulären Wirklichkeit*

Schon Aristoteles hatte – wenn auch gleichsam ‘von der Seite’ und ‘im Vorübergehen’ – ein Problem angesprochen, das für die wissenschaftlichen Perspektiven im Hinblick auf ein Begreifen von Geschichte und Gesellschaft immer noch von zentraler und nur ansatzweise verstandener Bedeutung ist: Das Problem des Verhältnisses von allgemeinen Strukturen – welche für Aristoteles allein Gegenstand von wirklicher Wissenschaft sein konnten – und konkreten, immer singulären Ereignissen und Gegebenheiten. Mit Marx hat sich dafür immerhin ein tragfähiger Lösungsansatz entwickelt – auf den gerne mit den Stichworten des „Dialektischen“, des „Historischen“ und des „Materialismus“ Bezug genommen wird –, konkreter gefasst als die Differenz zwischen der Entwicklung der wissenschaftlichen Theorie und der Analyse konkret gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse in ihrer historischen Prozesshaftigkeit, bzw. in Marx’ Worten „eines Stücks Zeitgeschichte“. Allerdings ist inzwischen klar, dass dies nicht nur für die von Marx auf den Weg gebrachte *Kritik der politischen Ökonomie* und die von ihm immerhin skizzenhaft praktizierte ‘Kritik der Politik’ in Anspruch zu nehmen und theoretisch auszuarbeiten ist, sondern auch für die anderen strukturellen modernen Herrschaftsverhältnisse, wie sie inzwischen die feministische und die radikal ökologische Kritik sowie die Kritik der internationalen Abhängigkeits- und Dominanzverhältnisse theoretisch zu begreifen begonnen haben.

In diesem Sinne ist zwar die „Untersuchung eines Stücks Zeitgeschichte“ immer wieder die eigentlich entscheidende ‘Königsdisziplin’ der Gesellschaftswissenschaften²⁶ – in der nämlich die durch theoretische Rekonstruktionen der jeweiligen Wirkungsweisen in ihrem „idealen Durchschnitt“ gewonnenen allgemeinen Erkenntnisse zur Erklärung eines komplexen, „überdeterminierten“ einzelnen, geradezu singulären Prozesses dienen – als historische Erklärung im Rückblick auf den *fait accompli* des eingetretenen Ereignisses und als proleptische, also durch gezielte und fokussierte Vorwegnahme handlungsleitende Vorstellung im Hinblick auf seine noch erst künftige Herbeiführung. Aber die Realisierung dieser ‘Königsdisziplin’ kann allenfalls im Rückblick gelingen – die theoretisch begründete Vorwegnahme als unumgänglicher Ausgangspunkt jeder praktischen Reflektion und Beratung (Deliberation) kann sich niemals auf eine bereits vollständige ‘Erkenntnis der Lage’ berufen – und muss sich immer wieder mit einer deliberativen, niemals vollständig abschließbaren Beurteilung der gegebenen Handlungssituation ‘begnügen’.

Dies gilt ganz besonders für die jeweils bestehenden Überdeterminationen, für die Spannungen und hochkomplexen (Rück)Wirkungen in und zwischen den unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen, wie sie jede historische Lage spezifisch kennzeichnen.

Hier gewinnt immer wieder Lenins Frage nach dem ‘nächsten Kettenglied’²⁷ eine entscheidende Bedeutung: An welcher Frage wird es sich entscheiden, ob sich Kräfte von Kritik und Befreiung

26 Also nicht nur der marxistischen, sondern auch der feministischen, der dependentistischen und der kritisch-ökologischen Theorie.

27 „Es genügt nicht, Revolutionär und Anhänger des Sozialismus oder Kommunismus zu sein. Man muss es verstehen, in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden, das mit aller Kraft angepackt werden muss, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten“ (LW 27, 265). Es sollte nicht übersehen werden, dass Lenin selbst Zweifel an der

herausbilden und festigen können, oder ob sich nicht dann doch, gleichsam in einem „Trägheitseffekt“ die bestehenden Herrschaftsverhältnisse wieder durchsetzen, wenn auch vielleicht in erneuerten Gestalten. Aber zugleich wird auch deutlich, dass die Metapher von „Kette“ und „Kettenglied“ für Konstellationen moderner Herrschaftsverhältnisse zumindest nicht besonders erhellend ist – da sie es nahelegt, die gesamte Dimension der Selbstunterwerfung, welche moderne von vormodernen Herrschaftsverhältnissen unterscheidet, schlicht zu vernachlässigen.

2.2 Politische Perspektiven: Befreiung zur Nachhaltigkeit

Innerhalb jeder politischen Praxis entwickelt sich ein Spannungsverhältnis zwischen Impulsen der Befreiung und Momenten der Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse. Das ist schon deswegen unvermeidlich, weil politische Praxis niemals gleichsam ‘im Allgemeinen’ möglich ist, sondern immer schon im Handgemenge singulärer und komplexer Prozesse stattfindet, in denen es darum geht, Impulsen der Befreiung Raum und Wirkung zu verschaffen. Und dies bedeutet jedenfalls auch – solange diese Herrschaftsverhältnisse nicht überwunden sind – dass in ihnen das Moment ihrer Reproduktion eine beständig drohende reale Gefahr darstellt, deren Abwehr und Überwindung daher ein zentrales Moment jeder befreienden politischen Praxis ausmachen muss.

Diese beständige Drohung der Wiederkehr der zunächst einmal vielleicht doch bereits erschütterten Herrschaftsverhältnisse und deren wiederholte Erneuerungen geben der Dimension der Kritik in den entsprechenden Wissenschaftszweigen ihre geradezu entscheidende Bedeutung: Die Perspektive einer kritischen Durchdringung der ideologischen Vorstellungen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrem historischen Prozess wird damit immer wieder von Neuem verstellt und begründet die Aufgabe, eine derartige Perspektive wiederzugewinnen – was immer wieder neue Präzisierungen, Vertiefungen und Korrekturen erforderlich macht, um den Durchbruch zur Erkenntnis der Wirklichkeit dieser modernen Herrschaftsverhältnisse, welche sich als solche immer als von den beteiligten Subjekten selber eingegangen und damit reproduziert ausweisen können, dauerhaft und methodisch bzw. theoretisch zu artikulieren.

Perspektiven der Befreiung sind dabei immer wieder nur zu gewinnen, indem der Raum des real Möglichen als solcher ausgeweitet wird. Denn realistische Befreiungsperspektiven bedürfen zwar immer auch der Verankerung in den realen Verhältnissen, lassen sich aber nicht auf eben dasjenige reduzieren, was in deren Horizont immer schon als realistisch absehbar ist. Gerade für transformatorische Perspektiven – und damit erst recht für Perspektiven der Befreiung gilt es nämlich, dass sie nicht nur über das unmittelbar als solches Gegebene hinausgreifen müssen, sondern immer auch über den jeweils als unbestreitbar geltenden Horizont der als „realistisch“ geltenden Möglichkeiten.²⁸

Angemessenheit dieser Metapher nahegelegt hat, indem er sofort hinzusetzte: „wobei die Reihenfolge der Glieder, ihre Form, ihre Verkettung, ihr Unterschied voneinander in der historischen Kette der Ereignisse nicht so einfach und nicht so simpel sind wie in einer gewöhnlichen, von einem Schmied hergestellten Kette“ (ebd.).

28 Die politische Pointe der „Realos“ bei den Grünen lag demgemäß nicht etwa darin, den in der Politik unverzichtbaren „Realismus“ im Sinne einer effektiven Realitätsbezogenheit und Realitätstüchtigkeit einzufordern, sondern vielmehr darin, diesen Raum auf dasjenige einzuschränken, was keine Veränderungen und schon gar keine Überwindung der Herrschaftsstrukturen mit sich bringen würde.

Hierin liegt auch die doppelte Gefahr, in welche sich eine wirklich radikale Politik unvermeidlich begeben und einen Weg finden muss, sowohl die Skylla²⁹ eines nicht mehr anschluss- und mobilisierungsfähigen Eiferns, als auch die Charybdis³⁰ einer mutlosen Anpassung an die Horizonte des herrschenden Diskurses zu vermeiden – und dabei doch voran zu kommen!

2.3 Philosophische Perspektiven: Radikale gegen affirmative³¹ Philosophie

Wissenschaftliche Untersuchungen ebenso wie politische Initiativen sind selbstverständlich als solche erst einmal einfach bestimmte historische Formen einer gesellschaftlichen Praxis, welche die sie tragenden Individuen immer erst erlernen, dann als solche reproduzieren und schließlich kritisch weiterentwickeln müssen. Das impliziert vor allem, dass sie – jedenfalls dort und dann, wo und wann sie anfangen – immer auch von Subjekten unter einer Ideologie praktiziert werden müssen. Da es sich als geradezu blockierend erwiesen hat, die Tätigkeit der Subjekte gleichsam gänzlich aus der wissenschaftlichen Praxis zu verweisen (K. R. Popper), und sich der gegenstrebigste Versuch, diese Ideologie selbst als eine 'wissenschaftliche' zu konstituieren (J. W. Stalin) als wissenschaftlich und politisch katastrophal herausgestellt haben, bleibt nur noch die Möglichkeit, diese subjektive und damit unvermeidlich ideologische Dimension der wissenschaftlichen Theoriebildung (bzw. jedenfalls der diskursiven Artikulation wissenschaftlicher Theorien) als eine transitorische Dimension zu begreifen, welche – auch in den Wissenschaften von Geschichte und Gesellschaft – zwar unverzichtbare 'Einstiegsunkte' bereit stellt, im Prozess der weiteren, kritischen Theoriebildung dann aber 'kleingearbeitet' und aus dem Ergebnis eliminiert wird.

In den allermeisten Wissenschaften geschieht dieser Prozess der Kleinarbeitung und Ausscheidung dessen, was Engels noch als 'urzuständlichen Blödsinn'³² immerhin in den Blick genommen hatte, im Fortschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnis gleichsam 'von selber'.³³ Nur in denjenigen Wissenschaften, die sich auf die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse beziehen, ist es offenbar nicht möglich, auf einen derartigen 'spontanen' Wissenschaftsfortschritt zu setzen – allein schon deswegen, weil allen kritischen (und damit wirklich wissenschaftlichen) Ansätzen auf diesen Feldern der wissenschaftlichen Untersuchung elaborierte ideologische, nur wissenschaftsformige Komplexe von Theoriebildung und Untersuchungspraxis entgegenstehen, die – in unterschiedlichen Ausgestaltungen – daran 'arbeiten', die bestehenden Herrschaftsverhältnisse als solche zu reproduzieren. Auch ohne zu glauben, dass hier eine einfache 'Parteilichkeit' eine ausreichende Orientierungsgrundlage bieten könnte, werden daher immer wieder von Neuem philosophische

Insofern war ihr „Realismus“, auch wenn er anders auftrat, strukturgleich mit der bekannten Haltung der 'passiven Revolution': „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert“ (Tomasi di Lampedusa 1958, 30).

29 Meeresungeheuer in der griechischen Mythologie, das gemeinsam mit der Charybdis die Meerenge der Straße von Messina blockierte.

30 Gegenpart der Skylla in der griechischen Mythologie.

31 D.h. die bestehenden Verhältnisse bejahende und argumentativ verteidigende.

32 Engels an Conrad Schmidt, 27.10.1890. MEW 37, 492.

33 D.h. vor allem ohne vorgängige Interventionen aus der Philosophie. Wie kompliziert, umwegig und umkämpft selbstverständlich auch der konkrete historische Wissenschaftsprozess war und ist, lehrt jede nähere Betrachtung der Geschichte der Wissenschaften.

Hilfestellungen benötigt, um unterscheiden zu können, wo radikale Einsichten in die wirklichen Verhältnisse und Prozesse und wo von der herrschenden Ideologie geprägte Vorannahmen die konkrete Untersuchung und die Theoriebildung bestimmen. Und selbstverständlich können kritische Untersuchungen auch immer wieder frei legen, wie tiefgreifend und wie weitgehend affirmativ-philosophische Vorgaben Fragestellungen und Theoriebildungen auch der konkreten Wissenschaftler*innen bestimmen.

Hierbei kann politische Entschlossenheit zwar auch allein schon die erforderliche Motivationsstärke bewirken, eine realitätstüchtige inhaltliche Orientierung dagegen bedarf insofern der philosophischen Hilfestellung, als sie voraussetzt, dass gängige Illusionen als solche kritisch dekonstruiert werden – von denen viele sich als „abgesunkene Kulturgüter“ auf längst vergangene Philosopheme zurückbeziehen.. Das geht weit über das hinaus, was schon John Locke als kritische Funktion der Philosophie beschrieben hatte – „to remove some rubbish“, also einigen Müll aus dem Wege zu räumen, wie er einer unverstellten Bezugnahme auf wirkliche Verhältnisse und Prozesse im Wege steht. Denn das vermag darüber hinaus zu erklären, warum geläufige Inhalte immer wieder verkehrte Formen annehmen – und warum sich vor allem die modernen Herrschaftsverhältnisse zwischen Personen als ‘rein sachliche Verhältnisse’ darstellen: Weil sie sich in der Tat aus den alten Verhältnissen der fraglos gegebenen persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse herausgelöst haben, welchen mensch nur ‘entlaufen’ konnte, um sich als ‘unpersönliche’, oberflächlich betrachtet, frei gewählte, d.h. sich ‘strukturalisierte’ Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren, denen sich dann auch der ‘Entlaufene’ mit wechselnden ‘Bezugspersonen’ unterwerfen muss.

Die Einsicht in die Modernität von Herrschaftsverhältnissen zieht demnach unvermeidlich auch eine Veränderung bzw. Präzisierung der möglichen Perspektiven der Befreiung nach sich: Der gegenüber vormodernen Herrschaftsverhältnissen durchaus angemessene Gedanke von „Umschurz“ und „Umwälzung“ erweist sich hier als unterbestimmt: Eine transformative Überwindung der modernen Herrschaftsverhältnisse erfordert weit mehr als eine bloße Auswechslung der Inhaber*innen von Herrschaftspositionen.³⁴

3. Ein erneuertes Verständnis von Parteilichkeit

Für Lenins Praxis der Politik – als spezifische Verknüpfung von wissenschaftlicher Einsicht in die jeweils gegenwärtige Lage und praktischer Ergreifung der darin angelegten Handlungsmöglichkeiten – ist der Begriff der „partinost“ offensichtlich von zentraler Bedeutung. Seine gängige Übersetzung mit „Parteilichkeit“ ist jedenfalls zu rechtfertigen, auch wenn die damit verknüpften Nebenbedeutungen von „parteiisch-Sein“ ziemlich in die Irre weisen.³⁵ Allerdings ist dieser Begriff

34 Die Reichweite und Komplexität dieser Aufgabe wird zumindest in Ansätzen in Étienne Balibars Rekonstruktion der marxischen Thesen und Skizzen zu einer „Diktatur des Proletariats“ als paradoxal demokratischster aller Regierungsformen deutlich (vgl. Balibar 1976).

35 Alternative Übersetzungen wie „Parteigeist“ oder auch „Parteigesinnung“ verlagern die Bedeutung jedenfalls irreführend in den subjektiven Bereich – wo doch „partinost“ immer auch eine bewusste „Parteiergreifung“ in bestehenden Konflikten bedeutet, angesichts derer bekanntlich schon der demokratische Poet Herwegh der sich poetisch gebenden „Überparteilichkeit“ eines Freiligrath entgegengehalten hat: „Partei, Partei, wer sollte Dich nicht nehmen!“ (Herwegh 1843, 62ff.), was damals schon vor der offiziellen Publikation Arnold Ruge (1842) öffentlich gemacht und besonders herausgestellt hatte.

historisch durch seine stalinistische „Weiterentwicklung“ belastet – sicherlich eine schwere Bürde, um deren Aufarbeitung aber ohnehin kein Weg zur Erneuerung einer emanzipatorischen Linken herumführen kann.

In dieser stalinistischen Begriffsdeutung ist – kurz zusammengefasst – der Begriff der Parteilichkeit so dicht an die Konzeption des Dezisionismus³⁶ herangeführt worden, wie dies überhaupt nur möglich ist, ohne die heuchlerisch gewordene Bezugnahme auf das Ziel der Befreiung aufzugeben und sich zu einem offen als solcher auftretenden Dezisionismus zu bekennen. Das gilt insbesondere auch für die institutionalistische Verkehrung des Prinzips der Parteilichkeit: In dem Moment, in dem der innerparteiliche Prozess der offenen kritischen Debatte aufgehoben war, verwandelte sich das (unter der Voraussetzung einer weiterhin wirklich offenen parteiinternen Debatte durchaus begründbare) Prinzip „Es-ist-besser-mit-der-Partei-zu-irren-als-gegen-sie-Recht-zu-haben“ in ein Prinzip der Unterwerfung unter eine herrschende „Parteilinie“. Und dass dies dann bald auch noch ein „Führerprinzip“ nach sich gezogen hat, durch das dem „GenSek“ die letzte Entscheidung in allen Streitfragen zugeschrieben wurde, war eine wohl unvermeidliche Konsequenz dieses uneingestanden Dezisionismus³⁷.

Nun ist aber der Dezisionismus als Einforderung der Unterwerfung unter vorgegebene (als völlig grundlos behauptete Entscheidungen anderer, 'befugter' oder auch nur faktisch durchsetzungsfähiger Instanzen nicht nur irrational, weil als solcher nicht begründbar³⁸ – vor allem aber ist er mit jeglicher tragfähigen Konzeption einer Praxis der Befreiung inkompatibel: Denn auch wenn sich handlungsfähige individuelle Subjekte als solche immer erst durch Unterstellung³⁹ unter eine vorgegebene Ideologie konstituieren können,⁴⁰ sind sie damit keineswegs zur beständigen Wiederholung des Gleichen verurteilt: Sie können Widerstand leisten, rebellieren und schließlich

36 D.h. rechtsphilosophische Anschauung, nach der als Recht gesehen wird, was die Gesetzgebung (oder ihre befugten Interpreten) durch eine prinzipiell grundlose und keiner Begründung bedürftige reine Entscheidung für Recht erklärt. Als Hauptvertreter kann der sich als „Kronjurist“ des Naziregimes begreifende Carl Schmitt genannt werden (vgl. etwa Schmitt 1934, aber auch schon Schmitt 1922). Zur Kritik immer noch ein guter Einstieg: Habermas 1963.

37 Dessen Strukturen vielfach weiterwirken, was sich dann auch darin zeigt, dass in Parteien in Folge von Auseinandersetzungen die übergeordnete Leitungsebene um ein „Machtwort“ angerufen wird.

38 Was ihn allerdings dadurch noch nicht in einem strengen Sinne widerlegbar macht.

39 „Unterstellung“ statt „Unterwerfung“ – was bei Althusser (und vielleicht auch für ihn) durch das Wortspiel des „assujettissement“ verdeckt wird, was im Französischen zunächst einmal schlicht ganz harte „Unterwerfung“ bedeutet, aber auch – im Rückgriff auf die etymologische Wortbedeutung – von Althusser als Subjektkonstitution artikuliert werden konnte. Ich folge in diesem Punkt der wichtigen terminologischen Korrektur, welche das Projekt Ideologietheorie in seiner Auseinandersetzung mit Althusser (PIT 1979, 105-129) an dessen Konzeption der Subjektkonstitution durch Anrufung vorgenommen hat – die allerdings m.E. der Sache nach in Althusser Text bereits in Gestalt der modernen, unpersönlichen Adressaten einer ideologischen „Unterwerfung“ (wie etwa „Gerechtigkeit“) vorgebildet, wenn auch nicht weiter ausgeführt ist. Ihnen gegenüber ist eine persönliche „Unterwerfung“ allenfalls in einem metaphorischen Sinne möglich.

40 Und dem gemäß dann die Frage zu stellen und zu klären ist, wie sich nicht bloß 'schlechte', also in ihrer Konstitution irgendwie 'misslungene' Subjekte konstituieren, sondern Subjekte eines widerständigen und subversiven Gegenhandelns, aus dem dann erst revolutionäre politische Prozesse entstehen können (vgl. Pêcheux 1982, sowie Wolf 1988 und Muñoz 1999, 11ff.).

Perspektiven für eine politische Praxis revolutionärer Transformationen entwickeln und um deren Durchsetzung ringen.

Die in derartigen Prozessen emanzipatorischer Praxis immer wieder erforderlichen Entscheidungen sind demgemäß selber nicht als willkürlich und grundlos zu begreifen – sie entziehen sich damit konsequent einer dezisionistischen Perspektive. Sie sind vielmehr immer wieder von neuem deliberativ, durch Austausch von Gründen und Gegengründen in konkreten Beratungsprozessen gewonnen und werden in diesem Sinne immer wieder von Neuem durch kollektive Beratungsprozesse spezifisch begründet. Dadurch gewinnen wir auch eine Perspektive auf das Prinzip der Parteilichkeit, durch die es von seiner – von Lenin vielleicht bereits nahegelegten⁴¹ und von Stalin dann eindeutig vollzogenen – dezisionistischen Fehldeutung konsequent und dauerhaft abgegrenzt werden kann: Als Orientierung auf das Ziel der Befreiung und als Solidarisierung mit all denjenigen, welche in wirklichen Kämpfen zur Überwindung bestehender Herrschaftsverhältnisse engagiert sind – sowie nicht zuletzt als Entschlossenheit, diese Kämpfe bis zur Überwindung dieser Herrschaftsverhältnisse voranzutreiben.

In diesem Sinne kann und sollte ein neues Verständnis von Parteilichkeit gewonnen werden: Nicht als primäre Unterwerfung unter die konstitutive Doktrin einer Organisation, sondern als Ergebnis eines freien Such- und argumentativen Austauschprozesses unter allen, die sich für die Sache der Befreiung engagieren – ein solches Verständnis wird dann allerdings auch in verbindlichen politischen Handlungszusammenhängen, Projekten und entsprechenden Handlungsprogrammen Gestalt annehmen müssen, die bis auf Weiteres – d.h. bis niemandem der Beteiligten gravierende Zweifel kommen – durchaus diszipliniert und konsequent in ein entsprechendes politisches Handeln umgesetzt werden. Und das muss keineswegs weniger nachhaltig und schon gar nicht weniger durchschlagend wirksam sein.

Literatur

- Althusser, Louis (1968): *Lénine et la Philosophie*, in: ders., *Solitude de Machiavel*, hg. von Yves Sintomer, Paris (1998), 103-137.
- Apel, Karl-Otto (2017): *Transzendente Reflexion und Geschichte*, Frankfurt/M.
- Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.) (2005): *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität*, Münster.
- Autorenkollektiv (Kursanow, G. A., u.a.) (1976): *Die Leninsche Etappe*, Berlin.
- Balibar, Étienne (1976): *Sur la dictature du prolétariat*, Paris.
- (1979): *État, parti, idéologie*, in: ders. u.a., *Marx et sa critique de la politique*, Paris, 107-167.
- Bellofiore, Riccardo (2019): *Forever young? Marx's Critique of political economy after 200 years*, in: *PSL Quarterly Review*, 71, Nr. 287, 353-388.
- Bellofiore, Riccardo/Fineschi, Roberto (Hg.) (2009): *Re-reading Marx. New Perspectives after the Critical Edition*, London.
- Dellheim, Judith/Wolf, Frieder Otto (Hg.) (2018): *The Unfinished System of Karl Marx: Critically Reading Capital as a Challenge for our Times*, London.
- Dunin-Woyseth, Halina (2010): *Some Notes on Mode 1 and Mode 2: Adversaries or Dialogue Partners?* In: Michael Biggs/Henrick Karlsson (Hg.), *The Routledge Companion to Research in the Arts*, Abingdon, 64-81.

41 Aber durchaus noch mit dezidierten Perspektiven radikaler Befreiung verknüpfte, vgl. Wolf 1983.

- Eisenbach, Bernd/Spannhake, Brunhild (1985): Umsetzungsforschung als Beitrag zur demokratischen Emanzipation. Am Beispiel der Arbeitsbedingungen in der Bauwirtschaft, in: Hans-Werner Franz (Hg.), 22. Deutscher Soziologentag 1984. Beiträge der Sektions- und Ad-hoc-Gruppen, Opladen, 728-730.
- Gadamer, Hans-Georg (1960): Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen.
- Gibbons, Michael u.a. (1994): The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies, London.
- Gensior, Sabine u.a. (1980): Teilbericht des Wissenschaftszentrums Berlin. Humanisierungsprogramm und Umsetzung, Zwischenbilanz, 1974–1980 (Langfassung), Berlin (hekt. Typoskript).
- u.a. (1981a): Ein Programm und seine Wirkungen. Analyse von Zielen und Aspekten zur Forschung Humanisierung des Arbeitslebens, Frankfurt a. M./New York.
- u.a. (1981b): Wirkungsanalyse zu ausgewählten Zielaspekten des HdA-Programms (Arbeitsmarkt, Umsetzung, Belastung, Beteiligung), statistische Analysen sowie Erarbeitung eines ungewichteten Erfolgs- und Programmkatalogs für HdA-Vorhaben, Teilbericht des Wissenschaftszentrums Berlin: Humanisierungsprogramm und Umsetzung – Zwischenbilanz 1974–1980, in: Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg.), Schriftenreihe Humanisierung des Arbeitslebens, Bd. 31, Frankfurt a. M./New York, 211-283.
- u.a. (1982): Humanisierungsprogramm und Umsetzung. Zwischenbilanz 1974–1980, in: Gerd Peter, Bruno Zwingmann (Hg.), Humanisierung der Arbeit. Probleme und Durchsetzung (WSI – Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 47), Köln, 31-46.
- Habermas, Jürgen (1963): Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, in: ders., Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt/M. 1968, 120-145.
- (1968): Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M.
- Haug, Wolfgang Fritz (1993): Philosophie und Praxis bei Lenin. Vorläufige Überlegungen, in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 6, 101-104 [wieder in: Th. Bergmann u.a. (Hg.), Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive, Mainz, 1994, 212-18].
- Herwegh, Georg (1843): Gedichte eines Lebendigen, Bd. 2, Paris 1843 [wieder in: ders., Gedichte. 1835–1848. Werke und Briefe. Kritische und kommentierte Gesamtausgabe, Bd. 1, hg. v. Ingrid Pepperle, Bielefeld 2006].
- Labica, Georges (1986): Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik, Hamburg.
- Lauermann, Manfred (2006): Michael Hardt & Antonio Negri: „Kulturrevolution durch Multitudo“, in: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hg.), Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden, 2011, 409-421.
- LeBon, Gustave (1895): Psychologie des foules, Paris [dt. Leipzig 1911, 21912, in einer Übersetzung von Rudolf Eisler].
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke. Ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe, Berlin, verschiedene Jahre (zit. LW).
- Lukàcs, Georg (1924): Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, Wien.
- Martens, Helmut (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg.
- Muñoz, José Esteban (1999): Disidentifications: Queers of Color and the Performance of Politics, Minneapolis.
- Negri, Antonio/Hardt, Michael (2000): Empire, Cambridge, Mass./London (dt., Frankfurt a. M./New York 2002).
- Nowotny, Helga u.a. (2001): Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty, Oxford.
- u.a. (2003): Mode 2 revisited: „The New Production of Knowledge“, in: Minerva, 41, 2003, 179–194.
- Pêcheux, Michel ([1975] 1982): The Subject-Form of Discourse in the Subjective Appropriation of Scientific Knowledge and Political Practice, in: ders., Language, Semantics and Ideology, New York, 155-170.

- Peter, Gerd/Pöhler, Willi (2009): Umsetzungskonzepte im Humanisierungsprogramm – und was man daraus für heute lernen könnte, in: *Zeitschrift für Arbeitswissenschaft*, 63, H. 2, 104-107.
- Precht, Peter (2008): „Erklären-Verstehen-Kontroverse“, in: Peter Precht/Franz-Peter Burkard (Hg.), *Metzler Lexikon Philosophie. Begriffe und Definitionen*, Stuttgart/Weimar, 156-158.
- Projekt Ideologietheorie (PIT) (1979): *Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband AS 40*, Berlin.
- Projekt Klassenanalyse (1972): *Zur Taktik der proletarischen Partei. Marxsche Klassenanalyse Frankreichs von 1848 bis 1871*, Westberlin.
- Rahlwes, Michael u.a. (2019): Michael Rahlwes, Till Rudnick und Nicos Tzanakis Papadakis im Gespräch mit Frieder Otto Wolf: „Deliberation und Wissenschaft. Zum Verhältnis von radikaler Philosophie, Kritik der politischen Ökonomie und Kritik der Politik heute“, in: dies. (Hg.), *Radikale Philosophie und Kritik der Politik*, Münster, 213-246.
- Rothacker, Erich (1948): *Logik und Systematik der Geisteswissenschaften*, Bonn.
- Ruge, Arnold (1842): *Wer ist und wer ist nicht Partei? Das Morgenblatt und die Sächsischen Vaterlandsblätter*, in: *Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst*, Nr. 48 v. 26.2., 190-192.
- Saito, Kohei (2016): *Natur gegen Kapital: Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*, Frankfurt a. M./New York.
- Salfer, Peter/Furmaniak, Karl (1981): *Das Programm 'Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens'*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 14, H. 3, 237-245.
- Schmitt, Carl (1922): *Politische Theologie: Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, München/Leipzig.
- (1934): *Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens*, Hamburg.
- Schurz, Gerhard (2011): *Erklären und Verstehen: Tradition, Transformation und Aktualität einer klassischen Kontroverse*, in: Friedrich Jaeger, Jürgen Straub (Hg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 2: *Paradigmen und Disziplinen*, Stuttgart/Weimar, 156-174.
- Tomasi di Lampedusa, Giuseppe (1958): *Il gattopardo*, Milano (dt. München 1959).
- Tosel, André (1979): *Les Critiques de la politique chez Marx*, in: Étienne Balibar u.a., *Marx et sa critique de la politique*, Paris, 11-52.
- von Wright, Georg Henrik (1971): *Explanation and Understanding*, Ithaca, NY (dt. als „Erklären und Verstehen“, Frankfurt a.M., 1984).
- Wolf, Frieder Otto (1978): *Thesen zum Relevanzproblem in der Psychologie*, in: *Conceptus. Zeitschrift für Philosophie*, 12, Nr. 31, 36-46.
- (1983): *Diesseits und jenseits der Staats-Politik*, in: *Aktualisierung Marx'*, Argument-Sonderband 100, Berlin 1983, 171-190.
- (1988): *Auf der Suche nach dem ideologischen Klassenkampf diesseits von imaginärer Klassenpolitik und symbolischen Münchhauseniaden. Zur Erinnerung an Michel Pecheux*, in: *diskurs – macht – hegemonie: kultuRRRevolution*, Nr. 17/18, 13-18.
- (2002): *Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit*, Münster.
- (2004): *Rückfragen zum Projekt der Multitude: Zum neuen Buch von Antonio Negri und Michael Hardt*, *Widerspruch (Zürich)* Nr. 47, 191-199.
- (2012): *Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie*, Münster.
- (2020): *Tesis sobre el ecosocialismo como programa de deliberación* [Thesen zum Ökosozialismus als deliberativer Programmatik], *Pasajes de pensamiento contemporáneo*, Nr. 59, 95-104.

Florian Butollo / Patricia de Paiva Lareiro

Technikutopien und säkulare Stagnation: Der Kapitalismus als Treiber und Schranke des Digitalen

Die Diagnose eines technologisch bedingten Umbruchs ist allgegenwärtig. Gestützt auf das Faktum der exponentiell gestiegenen Leistungsfähigkeit von Computerprozessoren, der umfassenden digitalen Vernetzung des Sozialen sowie den jüngsten Durchbrüchen im Bereich des Maschinellen Lernens (Brynjolfsson/McAfee 2018) scheint es keinen Zweifel daran zu geben, dass wir einen grundlegenden Umbruch der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse durchleben. Mehr und mehr bestimmen die Artefakte der Digitalisierung – Smart Phones, Soziale Netzwerke, Online-Medien – unsere Lebens- und Arbeitswelt. Letztere verändert sich durch den Einsatz neuer Formen der Robotik und Software sowie digital vermittelter Kooperation in der Cloud und durch die Arbeit mit und an Daten. Dieser „digitale Umbruch“ scheint sich auch an den Börsen widerzuspiegeln: Microsoft, Apple, Amazon und Google sind 2019 die vier am höchsten notierten Unternehmen mit einem Gesamtwert von knapp 3,5 Billionen Dollar, dicht gefolgt übrigens von den chinesischen Internetgiganten Alibaba und Tencent mit jeweils knapp einer halben Billion auf Platz sieben und acht (PWC 2019). Doch wie ist dies kapitalismustheoretisch einzuordnen? Erleben wir derzeit einen fundamentalen Umbruch in der soziotechnischen Grundierung der Produktionsverhältnisse, die die Bezeichnung „Produktivkraftsprung“ (Boes u.a. 2018) rechtfertigt? Und können wir, falls dem so ist, einen Wachstumsschub oder gar eine neue Blütezeit des Kapitalismus erwarten?

In diesem Beitrag unternehmen wir den Versuch, mit Marx sowohl die Triebkräfte als auch die Grenzen dieser Transformation zu verstehen und formulieren dabei einige Zweifel – in Bezug auf die Diagnose eines Epochenbruchs in der Produktivkraftentwicklung, vor allem aber daran, dass der Kapitalismus getragen von der Realisierung neuer soziotechnischer Potenziale einen Wachstumsschub erlebe. Unsere zentrale These ist, dass sich solche neuen Möglichkeiten nur in Ansätzen entfalten können, weil sie im makroökonomischen Kontext einer strukturellen Überakkumulation des Kapitals (Harvey 2011) zum Einsatz kommen. Wo der Einsatz digitaler Technologien Produktivitätssteigerungen nach sich zieht – die keineswegs so leicht zu realisieren sind, wie es der technikfixierte Diskurs glauben macht – verstärkt dies Überkapazitäten auf Seiten des Angebots gegenüber einer stockenden Konsumentennachfrage. Dieses chronische Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage prägt auch die Art und Weise des Technologieeinsatzes: In der Konkurrenz um Marktanteile zielt er überproportional darauf ab, die Schnittstelle zwischen Unternehmen und Kunden zu bearbeiten, deren Daten dazu genutzt werden, Angebote besser auf spezifische Märkte auszurichten. Diese „Rationalisierung des Konsums“ (Staab 2016) führt zur Zunahme des strategischen Nutzens von Daten und dem Aufstieg von Unternehmen, deren Geschäftsmodell in der ökonomischen Verwendung derselben liegt. Dies kann durchaus als eine Veränderung der vorherrschenden Machtbeziehungen mit geopolitischen Implikationen interpretiert werden (Staab/Butollo 2018), stellt jedoch im Kern kein neues Reservoir der Wertschöpfung,

sondern einen Verdrängungswettlauf dar, bei dem es um eine Neuaufteilung des Wertes auf (begrenzten) Märkten geht.

Allgemein gesprochen geht es in diesem Beitrag um das Verhältnis zwischen Technikeinsatz und Kapitalakkumulation. Der Technikeinsatz innerhalb kapitalistischer Wertschöpfung ist dadurch motiviert, Mehrwert zu steigern und durch den Verkauf von Waren zu realisieren. Wie im Folgenden genauer ausgeführt wird, mag dies im Kontext der strukturellen Überakkumulation jedoch immer weniger gelingen: Angebotsseitig, weil digitale Technologien sich tatsächlich selten in Produktivitätssprüngen manifestieren, die sich in eine Steigerung des relativen Mehrwerts übersetzen, und nachfrageseitig, weil die tatsächliche Realisierung des Mehrwerts prekär bleibt.

1. Mit Marx den digitalen Kapitalismus entschlüsseln

Im Anschluss an Marx bietet sich der Begriff der Produktivkraft an, um die Rolle des technologischen Wandels für die Entfaltung des Kapitalismus zu entschlüsseln. Ein Vorteil dieses Begriffs liegt darin, dass er die Technik in ihrer sozialen Einbettung thematisiert:

„Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse“ (MEW 23, 54).

Nicht nur die technischen Artefakte, sondern die Art und Weise wie Menschen sie in kooperativen Arbeitsprozessen einsetzen, ist also maßgeblich für Produktivkraftentwicklung. Damit weist der Begriff über die vorherrschende Technikfixierung hinaus, die beispielsweise dem Begriff „Industrie 4.0“ unterliegt, der industrielle Revolutionen schlicht anhand der eingesetzten Basistechnologien Dampfmaschine, Fließband, Computerchip und Internet der Dinge definiert.

Marx meint mit „Produktivkraft“ zunächst den allgemeinen soziotechnischen Entwicklungsstand einer Gesellschaftsformation als Ganzes hinsichtlich der Teilung der Arbeit, der Formen der Kooperation, der Entwicklung und des Einsatzes der Technik, des allgemeinen Bildungsniveaus sowie der Entwicklung der Wissenschaft.¹ Die Technik selbst spielt eine bedeutende Rolle bei der Steigerung der Produktivkraft, da sie dabei helfen kann, Gebrauchswerte mit weniger Aufwand herzustellen. Sie vergrößert den Raum möglicher soziotechnischer Lösungen, zur Einsparung und zur effizienteren Teilung von Arbeit, der Passung von Waren auf die Anforderungen der Kunden, der Distribution mittels Internet und moderner Logistik, sowie der Möglichkeit, immaterielle Güter nahezu kostenlos allen Menschen zur Verfügung zu stellen.

Eine vollkommen andere Frage ist jedoch, ob und in welchem Ausmaß solche Ansätze auch tatsächlich realisiert werden. Dies hat zum einen mit konkreten Kosten-Nutzen-Rechnungen von Unternehmen zu tun, für die ja nicht die Befriedigung von Bedürfnissen ausschlaggebend ist, sondern der Profit. Neue digitale Ansätze können also nur dann aufgegriffen werden, wenn der Mehraufwand (Investitionen, Umstellung der Prozesse, Ausbildungskosten, etc.) auch tatsäch-

1 Dabei verwendet Marx den Begriff nicht immer eindeutig. Er oszilliert zwischen der bereits angesprochenen Bedeutung und einer pragmatischeren Verwendung, die dem Begriff der Arbeitsproduktivität in der klassischen Ökonomie ähnelt. Des Weiteren ist in der Deutung von Marx' Werk umstritten, welche Aspekte tatsächlich zu den Produktivkräften, also den konkreten Faktoren zählen, die notwendig sind, um Produktivkraft zu steigern (vgl. Iorio 2012, 45-66).

lich Produktivitäts- und Profitsteigerungen nach sich zieht, sich der geschaffene Wert also auch tatsächlich realisieren lässt. Wie David Harvey beschreibt, abstrahiert Marx' Analyse im ersten Band des *Kapital* zunächst von dieser Frage. Die Dynamik des technischen und organisationalen Wandels wird unter der Annahme beschrieben, dass „Kapitalisten generell keine Schwierigkeiten damit haben, die hergestellten Produkte abzusetzen“ (2006, 156). Erst später, in Band 2 und 3, beschäftigt Marx sich mit der Sphäre der Zirkulation und dem Thema, warum es trotz des allgemeinen Fortschritts der Produktivkräfte zu Ungleichgewichten und Krisen kommt. Die Sphäre der Zirkulation, die Schwierigkeiten des Kapitalisten, die hergestellten Produkte auch abzusetzen, sind eine bedeutsame Schranke für den Technologieeinsatz. Denn die allgemeinen Potenziale materialisieren sich eben nur dann, wenn auch ein Markt für entsprechende Waren gefunden werden kann.

Nicht nur in der vom Hype um Digitalisierung, Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz geprägten öffentlichen Diskussion, sondern auch innerhalb der gesellschaftskritischen Debatte werden die Perspektiven auf Produktion und Zirkulation selten in Bezug zueinander gesetzt. Die Entwicklung der Technik selbst wird als Ausdruck einer rasanten Produktivkraftentwicklung gelesen, wobei davon abstrahiert wird, wie Technik unter den Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse eingesetzt werden kann. Somit verschwimmen nicht nur die zahlreichen Widersprüche und Reibungsverluste, die dadurch entstehen, neue Technik gewinnbringend einzusetzen, sondern es entsteht auch große Unsicherheit über die Frage, ob die neuen sozio-technischen Möglichkeiten sich in einen zweiten Frühling des Kapitalismus übersetzen. Dies ist politisch problematisch, weil der Diskursverschiebung vom Katzenjammer nach der Finanzkrise 2008/09 hin zum Hype um die Wachstumseffekte neuer Technologien so wenig entgegengesetzt werden kann. Nach der größten ökonomischen wie ideologischen Krise des Kapitalismus seit 1929 scheint seine Zukunftsfähigkeit wiederhergestellt.

Unser Ziel ist es, ein realistischeres Bild darüber zu entwickeln, wie sich neue technische Möglichkeiten auf die Entwicklung des Kapitalismus in der heutigen Phase auswirken, indem wir im Folgenden die Sphäre der Produktion mit der Sphäre der Zirkulation konfrontieren. Wir fragen also nicht nur nach dem abstrakten Potenzial zur Herstellung von mehr oder besseren Produkten und Dienstleistungen, sondern jeweils danach, welche Schranken diesen Potenzialen in der Zirkulationssphäre auferlegt werden, in der Unternehmen ihre Produkte gewinnbringend verkaufen müssen. Damit ergeben sich eine Reihe von Widersprüchen zwischen potenziellen Gebrauchswerten der Anwendung neuer Technologien und deren kapitalistischer Vernutzung. Mit Blick auf die im folgenden Abschnitt diskutierten Pfade des Einsatzes digitaler Technologien existieren vor allem folgende Varianten, in denen ein Widerspruch zwischen allgemeinen Potenzialen der Produktivkräfte zur Steigerung der Produktion von Gebrauchswerten und ihrer Realisierung in Form von Tauschwerten in Erscheinung tritt.

1. *Kommodifizierungsproblem* – nicht alles, was gesellschaftlich nützlich ist, kann auch gewinnbringend veräußert werden. Der meist diskutierte Fall für diesen Widerspruch ist die kostenlose Vervielfältigung von Informationen bspw. im Fall von freier Software oder Wikipedia. Die Existenz solcher immateriellen Güter stellt zweifelsohne einen Fortschritt der gebrauchswertförmigen Produktivkraftentwicklung dar, bildet sich aber nicht in den tauschwertförmigen Produktivitätsstatistiken ab.

2. *Implementierungsproblem* – bei der Einpassung neuer Verfahren in konkrete Prozesse entstehen Reibungsverluste. Anders als technikfixierte Einschätzungen erwarten lassen, benötigen

gebrauchswertsteigernde Verfahren oft aufwendige Anpassungsleistungen bspw. in Bezug auf die Einpassung der Technik selbst, die Umschulung der Beschäftigten oder die Umgestaltung der Arbeitsorganisation. Theoretisch denkbare Produktivitätsgewinne werden durch die Kosten dieser Anpassungsleistungen aufgeessen und Gebrauchswertgewinne erweisen sich als kostenintensiv.

3. *Overengineeringproblem* – Unternehmen investieren in neue Technologien und komplexere Verfahren, die Erträge rechtfertigen aber nicht die hohen Investitionssummen. Aufwendigere Prozesse stehen insgesamt einer stagnierenden gesamtgesellschaftlichen Nachfrage gegenüber. Während die Investition sich für die Vorreiterunternehmen durchaus auszahlen kann, krankt die Ökonomie insgesamt an einer übermäßigen Aufblähung der soziotechnischen Apparate.

Im starken Kontrast zur Rede über eine neue industrielle Revolution, zeichnet sich der Kapitalismus der Gegenwart dadurch aus, dass die gesellschaftlichen Potenziale zur Mehrung des Wohlstands (und zwar im quantitativen wie im qualitativen Sinne) aufgrund der Weiterentwicklung der Produktivkräfte zunehmen, dass diese jedoch nicht oder nicht in vollem Umfang realisiert werden – und dies wiederum der Weiterentwicklung der Produktivkräfte Grenzen setzt.

Wie kann man nun mit diesem Rüstzeug die aktuellen Entwicklungen deuten? Im Folgenden versuchen wir dies in Form kurzer Skizzen zu wesentlichen soziotechnischen Veränderungen, die derzeit die Debatten um die Digitalisierung ökonomischer Prozesse² prägen.

Die Adaption der genannten soziotechnischen Ansätze ermöglicht eine informative Durchdringung der Wertschöpfung, die Sphären von Produktion und Distribution erfasst und zur Prozessrationalisierung aber auch zur Verbesserung von Qualität, Flexibilität und Diversifizierung dienen kann. Wie und ob diese Technologien im Rahmen kapitalistischer Wertschöpfung adaptiert und eingesetzt werden können, wird dabei von ökonomischen, sektoralen wie organisationalen Kontexten beeinflusst.

2. Der steinige Weg zur Industrie 4.0

Der gewaltige Produktivitäts- und Wachstumsschub, der in den Studien diverser Unternehmensberatungen prognostiziert wurde, bleibt auch neun Jahre nach Proklamation des Konzepts „Industrie 4.0“ aus. 2019 wuchs das BIP gar um lediglich 0,5 Prozent. Zwar sind vor allem die geopolitischen Spannungen der unmittelbare Auslöser dieser akuten Wachstumsschwäche, doch können sie als deutliches Zeichen gewertet werden, dass sich die Erwartungen auf einen Wachstumsschub durch den technischen Wandel nicht erfüllen werden.

2 Mit Schmiede (1996) bzw. Boes und Kämpf (2012) verorten wir die derzeitigen Ansätze des Technologieinsatzes im Kontext eines langfristigen Trends der „Informatisierung“, der Vergegenständlichung mentaler Tätigkeiten, die infolgedessen intersubjektiv und intergenerationell geteilt werden können. Dieser Prozess nimmt aus unserer Sicht deswegen an Fahrt auf, weil (1) die Leistungsfähigkeit von Mikroprozessoren (weiterhin) exponentiell zunimmt, (2) die Datendichte aufgrund der ubiquitären Anwendung digitaler Sensoren rasant steigt, während zugleich neue Verfahren der Akkumulation, der Aus- und der Verwertung von Daten zur Anwendung kommen, und (3) neue Möglichkeiten der ortsungebundenen Kollaboration über die Cloud entstehen. Eine durchaus neue Qualität im Vergleich zu bisherigen Digitalisierungstendenzen stellen das so genannte Internet der Dinge, Cloud-Infrastrukturen und Anwendungsformen der Künstlichen Intelligenz (KI) dar, die auf dem maschinellen Lernen beruhen.

Ein Grund für diese ernüchternde Bilanz ist, dass sich die Potenziale neuer Technologien nicht problemlos in Produktivitätssteigerungen übersetzen (*Implementierungsproblem*). Ganz anders, als es der im Kern technikdeterministische Begriff „Industrie 4.0“ suggeriert, entsteht mit dem Einsatz neuer digitaler Technologien keine einheitliche Stufe der Wertschöpfung. Die Anwendungsmöglichkeiten streuen sehr breit und sie fokussieren meist auf eine Optimierung von Einzelprozessen, z.B. durch die KI-basierte, vorausschauende Wartung von Industrieanlagen, den Einsatz automatischer Mustererkennung in der Qualitätskontrolle oder andere spezifische Anwendungen. Die Einführung solcher Anwendungen führt nicht zu einer disruptiven Veränderung, sondern steht in großer Kontinuität zu vormaligen Rationalisierungsansätzen und wird durchweg als *Trial and Error*-Prozess etabliert. Die Landkarte von Implementierungsprojekten der Plattform Industrie 4.0 offenbart einen Flickenteppich von prozessspezifischen Einzelanwendungen. Der vorherrschend inkrementelle Technologieeinsatz erklärt sich grundlegend dadurch, dass bestehende Unternehmen das hohe Risiko scheuen, das mit einer „Disruption“ ihrer bisherigen Verfahren verbunden ist. Daher liegt zunächst – Ausnahmen bestätigen die Regel – eine Einpassung neuer Ansätze in die bestehenden Verfahren näher (vgl. Hirsch-Kreinsen 2018, Kuhlmann 2020). Eine völlige Neugestaltung von Produktionsabläufen findet sich allenfalls bei Investitionen „auf der grünen Wiese“, wenn Prozesse in neuen Anlagen vollkommen neu aufgesetzt werden. In der Summe gleicht der Umgang mit neuen Technologien jedoch eher einem Suchprozess als der allgemeinen Disruption, die vielfach beschworen wird. Zudem zeichnet sich, zumindest in der industriellen Fertigung, kein qualitativ neues soziotechnisches Paradigma im Vergleich zum vorherrschenden Produktionsmodell der *Lean Production* ab (Butollo u.a. 2018). Auch einige ingenieurwissenschaftlich oder betriebswirtschaftlich ausgerichtete Studien betonen, „dass sich im Umfeld von Industrie 4.0 weder das Optimierungsziel, noch die zu optimierenden Bereiche verändern“ (Rüttimann/Stöckli 2016, Schlick u.a. 2014). Ein Bündel möglicher Industrie 4.0-Anwendungen wird meist in bestehende *Lean Production*-Systeme eingepasst.

Man könnte einwenden, dass jeder Umbruch in den Produktionsmodellen als Suchprozess begonnen hat und dies in der Summe eben zu einer tiefgreifenden Veränderung führt, wenn sich Ansätze in diesem kollektiven experimentellen Setting als erfolgreich herausgestellt haben. Das trifft auf die aktuelle Situation aber nur zum Teil zu. Der tiefere Grund für die Kluft zwischen einer wuchtigen öffentlichen Debatte und dem doch relativ zaghaften Vorgehen der meisten Unternehmen liegt darin, dass Produktivitätsgewinne durch Industrie 4.0-Anwendungen kein Selbstläufer sind. Die Anpassung etablierter Verfahren ist meist wesentlich aufwendiger, als es die abstrakten Hochrechnungen der Unternehmensberatungen glauben lassen, die einen reibungslos implementierten Prozess mit dem Status quo ante vergleichen – meist ohne überhaupt die Investitionskosten in Rechnung zu stellen. Neben den Investitionen in neue Produktionsmittel sind jedoch auch „soziale Innovationen“ in Bezug auf die Anpassung der Arbeitsprozesse erforderlich, die alles andere als trivial sind. Sabine Pfeiffer zeigt dies am Beispiel der zaghaften Implementierung der Leichtbaurobotik, die zwar technologisch ausgereift ist, aber eine aufwendige Umgestaltung der Arbeitsprozesse hin zum dezentralen Experimentieren mit der Technik erfordern würde, die aufwendig wäre, vor allem aber der bisherigen instrumentellen Automatisierungslogik widerspricht (vgl. Pfeiffer 2019b).

Das Implementierungsproblem besteht auch bei potenziell revolutionären Ansätzen, die nicht auf kleinere Anpassungen, sondern auf eine grundlegende Umgestaltung der Abläufe zielen. Ein Beispiel dafür sind die Versuche, die reguläre Fließbandproduktion durch variabel verkettete

Fertigungsinseln aufzubrechen, um eine größere Variabilität von Montageschritten ohne Produktivitätsverluste zu erzielen. In solchen Ansätzen würden die Produkte sich auf selbst fahrenden Fahrzeugen selbst den Weg durch die Fertigungsmatrix bahnen, je nachdem welche Bearbeitungsschritte erforderlich und wie die Anlagen ausgelastet sind. Ob solche Experimente zur Marktreife kommen oder nicht, hängt zum einen davon ab, ob zahlreiche Anpassungsprobleme bewältigt werden können. Die Vision einer flexibel verketteten und jederzeit umrüstbaren *Plug&Play*-Fabrik kollidiert jedenfalls mit den spezifischen Anforderungen an die jeweiligen Prozesse,³ auf welche die Automatisierungslösungen genau zugeschnitten werden müssen (*Implementierungsproblem*). Vor allem stellt sich aber die Frage, ob sich die modulare Fertigung überhaupt gegenüber etablierten Verfahren durchsetzen kann, die weniger flexibel, aber hochproduktiv sind. Vermutlich passen technologisch aufwendige Verfahren einer zugleich hochflexiblen und effizienten Fertigung, die den Fluchtpunkt des Industrie 4.0-Gedankens darstellt, nur auf ein schmales Segment der verarbeitenden Industrie,⁴ was das *Overengineeringproblem* in Bezug auf diese Formen der modularen Fertigung virulent macht: man schießt hier gewissermaßen mit Kanonen auf Spatzen.

Zudem stellt sich die Frage, inwieweit in Folge der Investitionen in Industrie 4.0-Technologien, die auf eine höhere Varianz im Angebot abstellen, überhaupt höhere Erträge generiert werden können. Das gilt insbesondere dann, wenn Prozessinnovationen, wie in der Blaupause der Industrie 4.0-Debatte vorgesehen, mit einer Erhöhung der Variantenvielfalt zunehmend personalisierter Produkte kombiniert werden. In manchen Fällen zeigt sich hier sogar ein deutliches Missverhältnis. Ein Hersteller industrieller Pumpen aus dem Sauerland etablierte zum Beispiel eine umfassende Digitalisierung aller Prozesse gemäß den Kernelementen der Industrie 4.0. Er konnte dadurch zwar diversifizieren, also mehr unterschiedliche Pumpen für den industriellen Einsatz herstellen und sich von wenigen Großkunden unabhängig machen. Allerdings waren die Kunden nicht bereit, für die aufwendiger hergestellten Pumpen – der Anbieter kann personalisierte Pumpen in 200 Farboptionen liefern – auch mehr zu bezahlen. Höherer Aufwand steht somit konstanten Umsätzen gegenüber, das *Overengineering* von Prozessen und Produkten könnte sich mittelfristig als Falle erweisen (vgl. Fischer 2019).⁵

3 Damit ist gemeint, dass es nach wie vor kompliziert ist, Verfahren zu entwickeln, die zuverlässig funktionieren, auch wenn sich die Materialität der Gegenstände und die erforderlichen Bearbeitungsschritte verändern. Abgesehen von den funktionalen Herausforderungen, schränken bestehende Normen und verbrieft Sicherheitsanforderungen den Raum der Möglichkeiten ein.

4 Während die Grundannahme wohl gerechtfertigt ist, dass einige Montageunternehmen der verarbeiteten Industrie unter Druck kommen, eine höhere Produktvarianz mit hohen Produktivitätsanforderungen vereinbaren zu können, so gehört es doch zu den Verzerrungen der Industrie 4.0-Diskussion, das personalisierte Produkt („Losgröße 1“) zum Kernbegriff einer neuen industriellen Epoche zu erklären. Vermutlich wird die „echte“ Losgröße 1 sich zunächst nur in Premiummärkten realisieren lassen und grundsätzlich geht der Trend eher zu einer „unechten“ Losgröße 1, bei der die Kunden auf E-commerce-Plattformen Zugriff auf ein schier endloses Sortiment standardisierter Massenprodukte haben. Auch hier macht der makroökonomische Kontext die Musik: die Durchsetzung revolutionärer Fertigungskonzepte hängt letztlich an der Zahlungskräftigkeit der Kunden. Im Kontext grassierender sozialer Ungleichheit floriert die Low-cost-Individualisierung des E-commerce, nicht das personalisierte Produkt.

5 Dieser Fall ist analog zu den vielfach zitierten „CIM-Ruinen“ der 1990er Jahre, die seinerzeit ebenfalls das Produkt gewaltiger Investitionen im Zuge der Technologieversprechen der computerintegrierten Fertigung waren. Diese Investitionen stellten sich kurzfristig als nicht rentabel heraus, da sich die damals implementierten Automatisierungslösungen als zu schwerfällig und unflexibel entpuppten –

Dieser Fall offenbart ein allgemeines Problem: inwieweit ist die Hoffnung auf steigende Erträge durch individualisierte Produkte, höhere Qualität, bessere Funktionalität, welche die unausgesprochene Grundannahme vieler Industrie 4.0-Strategien ist, überhaupt gerechtfertigt? Die stagnierende Nachfrage im Kontext zunehmender sozialer Ungleichheit legt der technischen Revolutionierung der Fertigung Schranken auf. Das große Sortiment an Billigprodukten auf E-commerce-Plattformen ist unter diesen Bedingungen womöglich die zeitgemäßere, wenn auch „schmutzige“ Form der Diversifizierung des Absatzes als die aufwendige Personalisierung der Produkte à la Industrie 4.0. Die Tauschwertlimitierung einer mangelnden gesamtgesellschaftlichen Nachfrage fällt somit auf das Tempo des technologischen Wandels zurück: das Investitionsverhalten ist schleppend und insbesondere der Mittelstand will nicht so richtig in die Gänge kommen. Die Revolution scheint im Keim zu ersticken, weil die realen Produktivitätssteigerungen durch Prozessinnovationen nicht so ausfallen, wie es der Hype verspricht, und zudem die Kaufkraft fehlt, die aufwendiger hergestellte Produkte zu einem Verkaufsschlager machen könnte.

Diese Hinweise auf die offenkundigen Paradoxien der Technologieversprechen durch die Industrie 4.0 sind nicht das letzte Wort zur Frage, welche Produktivitätsgewinne der Einsatz digitaler Technologien nach sich ziehen kann. In Bereichen wie z.B. der Energiewirtschaft, dem Management von globalen Lieferketten oder der Logistik ist es sehr wohl denkbar, dass der Einsatz von Technologien, die das Monitoring, die Prognosefähigkeit und das *Matchmaking* ökonomischer Prozesse verbessern, erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden können. Allerdings müssen auch hier die überschwänglichen Prognosen von Unternehmensberatungen, Industrieverbänden und Politik mit den skizzierten Problemen konfrontiert werden, tatsächlich ökonomischen Nutzen aus abstrakten Potenzialen zu ziehen. Die Messlatte hierfür liegt hoch, denn die Frage ist nicht, ob digitale Technologien allgemein die Effizienz erhöhen können, sondern ob die erzielten Effekte qualitativ über das hinausgehen, was durch die kontinuierlichen Verbesserungen der letzten Jahrzehnte schon erreicht wurde.⁶ Eine allgemein sprunghafte Steigerung von Produktivität und Wachstum scheint nach dem derzeitigen Stand zweifelhaft.

3. „Takers“ statt „makers“: Die Neuverteilung des Werts durch datenbasierte Geschäftsmodelle

Der Begriff „Industrie 4.0“ offenbart eine spezifisch deutsche Optik des Diskurses um Digitalisierung. Der Fokus liegt hierbei auf den klassischen Tugenden der „diversifizierten Qualitätspro-

insbesondere gegenüber den stärker auf organisationale Verbesserungen abzielenden Ansätzen der *Lean Production*. Die kanonisierte arbeitssoziologische Deutung vernachlässigt allerdings, dass sich einige der damals angestrebten Lösungen, insbesondere auf der Ebene der digitalen Informationssysteme, mittelfristig durchsetzen konnten und heute einen zweiten Frühling erleben. Allerdings verlief dies nicht in Form einer allgemeinen Disruption, sondern in Form einer inkrementellen Anpassung, die mit einer schleppenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gepaart war – vielleicht eine Blaupause dafür, wie der aktuelle Trend soziotechnischer Entwicklung einzuordnen ist.

6 Im Falle des Lieferkettenmanagements wurden beispielsweise in den 1990er Jahren erhebliche Effizienzgewinne durch die Kombination aus logistischer Revolution (Vahrenkamp 2011) und der Fragmentierung und globalen Organisation der Fertigung (Hürtgen u.a. 2009) erreicht. Wenn dies der Maßstab ist, erscheint zweifelhaft, ob das Internet der Dinge tatsächlich eine weitere disruptive Entwicklung einläutet.

duktion“ (Sorge/Streeck 1988), d.h. einer Betonung anspruchsvoller Fertigungstechnik und gut ausgebildeter Facharbeit mit einem starken Fokus auf den industriellen Sektor. In dieser zentral auf die Optimierung bestehender Prozesse gerichteten Perspektive bleiben jedoch ausgerechnet jene erfolgreichen Ansätze ausgeblendet, aus Daten Geld zu machen, die den Erfolg der eingangs erwähnten Digitalunternehmen ausmachen. Kennzeichnend für die großen Plattformen des kommerziellen Internet, die zugleich Pioniere im Feld der Künstlichen Intelligenz sind (Srnicsek 2016), ist schließlich die Aneignung und Verwertung von Nutzerdaten. GAFAM (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) und das chinesische Pendant BAT (Baidu, Alibaba, Tencent) werden als Unternehmen gefeiert, die neue technologische Möglichkeiten ausgeschöpft und (teils) erfolgreich die Geschäftsmodelle der jeweiligen Branchen revolutioniert haben.

Unter dem Stichwort „industrielles Internet“ beginnen Konzepte des Plattformkapitalismus nun auch Sektoren jenseits der IT-Wirtschaft zu verändern. Zentrale Infrastruktur für diese Formen der Geschäftsmodellinnovation ist die Cloud, die nicht nur eine effektivere Distribution von Daten, sondern als „Informationsraum“ (Boes u.a. 2018) auch neue Formen der Kollaboration und der Arbeitsteilung ermöglicht. Über Cloud-Plattformen gewinnen Konsument*innen Zugriff auf gewünschte Leistungen, seien sie immaterieller (Netflix, iTunes, etc.) oder materieller (Airbnb, UBER, Amazon Web Services, etc.) Natur. Die Cloud verändert insofern die Produktmärkte, dass der Besitz von Gütern wie Autos, CDs oder Computerfestplatten zunehmend durch Angebote ergänzt oder ersetzt wird, die z.B. den flexiblen Zugriff auf Dienstleistungen wie Mobilität, Unterhaltung oder Rechenleistung beinhalten (Boes/Ziegler 2018, Zysman u.a. 2011). Das Stichwort hierfür lautet „*everything as a service*“ – der Besitz der materiellen Güter würde demnach abgelöst durch den flexiblen Zugriff auf Dienstleistungen bzw. Nutzungsrechte und die Grenzen zwischen materieller Fertigung und dem Dienstleistungssektor verschwimmen. Auch diese Debatte trägt Züge eines Hypes, da noch nicht ausgemacht ist, ob cloudbasierte Geschäftsmodelle sich tatsächlich flächendeckend als hegemonial erweisen werden. Doch im Gegensatz zu den eher inkrementell verlaufenden Ansätzen der Prozessinnovation kam es im Zuge cloudbasierter Strategien tatsächlich bereits zur Disruption ganzer Branchen, wie z.B. der Musik- oder Filmindustrie oder des Taxigewerbes. Wie ist dies produktivkrafttheoretisch zu deuten?

Als Technologieunternehmen sind die Plattformen des kommerziellen Internets und die Pioniere neuer cloudbasierter Geschäftsmodelle Innovatoren, deren enorme Kapazitäten in der Softwareentwicklung ausschlaggebend dafür sind, bessere Angebote aufzusetzen, die von Konsument*innen oder Firmen genutzt werden können. Dies betrifft insbesondere Angebote des *Matchmaking* (Suchanfragen, Angebotsvermittlung, systemische Optimierung) und der interaktiven Kollaboration über Cloud-Schnittstellen. Die Funktionalität solcher Angebote hängt dabei entscheidend von der Fähigkeit dieser Unternehmen ab, Nutzerdaten zu akquirieren und auszuwerten – seien es Daten über die Handlungen privater Konsument*innen oder die Zustände oder die Positionierung von Objekten, die mit der Verbreitung des Internets der Dinge zunehmend wichtiger werden. Insofern profitieren die Plattformen auch von der „*Prosumtion*“ der Kunden, die durch passive Konsumakte oder aktive Interaktion Daten generieren, die von den Unternehmen der Plattformökonomie zu Waren gemacht werden (Sevignani 2019). Während solche neuen Geschäftsmodelle in der öffentlichen Debatte zurecht kritisiert werden, weil sie zu erschreckenden Möglichkeiten geführt haben, private Konsumenten zu überwachen und deren Daten für Geschäftszwecke zu missbrauchen, entstehen durch die zunehmende Datentransparenz auch neue Potenziale zur effektiveren Distribution und Steuerung, die nicht nur aus der Perspektive

des kapitalistischen Verwertungsinteresses neue Möglichkeiten zu einer rationaleren Steuerung ökonomischer Prozesse in sich bergen (Schaupp/Jochum, 2019).

Der wirtschaftliche Erfolg der führenden Technologieunternehmen, der ihre Aktienkurse in die Höhe getrieben und ihre Eigentümer zu Multimillionären gemacht hat, speist sich jedoch nicht primär aus dem gebrauchswertseitigen allgemeinen Nutzen der neuen Anwendungen, sondern aus dem Erfolg der Cloud-Lösungen, als *Geschäftsmodelle* etablierte Anbieter auf bestehenden Produkt- und Dienstleistungsmärkten zu verdrängen. Die Plattformen des kommerziellen Internets (und in zunehmenden Maße auch die vergleichbaren Angebote des industriellen Internets) verdrängen etablierte Player auf bestehenden Produktmärkten (oder fusionieren mit ihnen) und eignen sich so immer größere Anteile bestehender Märkte an.

Sabine Pfeiffer (2019a) verweist in ihrer Interpretation der digitalen Transformation darauf, dass in den letzten Jahrzehnten vor allem jene Technologien Konjunktur hatten, die sie „Distributionskräfte“ nennt. Darunter fasst sie ökonomische Aktivitäten, die in erster Linie der Realisierung des Mehrwerts dienen, indem Produkte und Dienstleistungen effektiver an den Kunden gebracht werden. Es gehe bei diesen Formen des Technologieeinsatzes eben um die „Poleposition auf Absatzmärkten“ (ebd., 391). Philipp Staab (2019) erklärt den Erfolg der Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus entsprechend damit, dass diese „proprietäre Märkte“ etablieren können, die sowohl für Anbieter als auch für Kunden letztendlich als zentrale Knotenpunkte des Austauschs fungieren, die sich aber eben im Privatbesitz der führenden Plattformen befinden. Ein Unternehmen kann heute nicht mehr existieren, ohne auf Google gefunden zu werden; Software, die nicht über Google Play oder den Apple App Store angeboten wird, ist zunehmend irrelevant, und die Listung auf Plattformen wie Amazon oder Alibaba ermöglichen vielen Anbietern erst, überhaupt die Möglichkeiten des Onlinehandels nutzen zu können. Die Plattformen mausern sich daher zu Oligopolen, die Einnahmen generieren können, indem sie entweder Gebühren gegenüber Konsumenten (Netflix, iTunes) bzw. Anbietern (Google Play, Amazon) erheben, oder die Nutzerdaten zweitverwerten, indem sie z.B. Werbetreibenden zur Verfügung gestellt werden (Facebook, Google).

Die der Plattformökonomie eigenen Monopolisierungstendenzen wirken zusätzlich wertsteigernd, da Technologieunternehmen ihre Angebote oft schnell skalieren, d.h. massenwirksam machen können. So genannte Netzwerkeffekte verleihen den dominanten Anbietern eine marktbeherrschende Stellung, weil die Attraktivität des Angebots bspw. eines Fahrdienstes, einer Social Media-Plattform oder eines E-commerce-Anbieters mit der Anzahl der Nutzer*innen steigt. Plattformen verfolgen bewusst Strategien, solche Monopoleffekte abzusichern und Nutzer*innen an ihre Ökosysteme zu binden, indem sie beispielsweise kostenlose Angebote aus anderen Geschäftsbereichen querfinanzieren und die Kosten eines Transfers zu alternativen Anbietern in die Höhe treiben (ebd., 150-225).

Da der Plattformkapitalismus primär auf die Eroberung bestehender Märkte zielt, trägt er kannibalistische Züge. Zwar tragen dessen Angebote durch die effektivere Distribution und erweiterte Funktionalitäten durchaus zu Wertsteigerungen bei, doch resultiert der enorme wirtschaftliche Erfolg dieser Unternehmen primär aus Effekten der Umlenkung der Distribution, der Verdrängung etablierter Unternehmen (vgl. Mazzucato 2018). Wenn beispielsweise Unternehmen wie UBER, Google und die traditionellen Automobilunternehmen nun einen Kampf um die Marktführerschaft im Mobilitätsmarkt der Zukunft führen, so geht es um die Kontrolle eines proprietären Marktes, wobei etablierte Industrieunternehmen Konkurrenz von Firmen bekommen,

deren Ursprung in der Softwareindustrie liegt. Der spektakuläre Aufstieg dieser Unternehmen beruht somit auf der Aneignung von Marktanteilen, die anderen Firmen, traditionellen Medien-, Handels- oder Technologieunternehmen, abgespenstig gemacht wurden. Damit macht er zwar die Gründer und Aktionäre dieser Firmen reich, den Kapitalismus aber nicht unbedingt produktiver.

Die Disruption bestehender Sektoren durch neue Geschäftsmodelle der Plattformökonomie könnte man mit Schumpeter als kreative Zerstörung deuten. Schließlich sind Innovationsschübe meistens mit dem Eintritt neuer Unternehmen verbunden, die bestehende Sektoren verändern oder sogar erst erschaffen, was in der Regel einen produktivkraftsteigernden Effekt hat (vgl. Schumpeter 2006). Das Besondere an der gegenwärtigen Form der Innovation ist aber, dass sie sich zu einem sehr starken Maß auf die Kontrolle der Distributionskanäle selbst bezieht. In den enormen Investitionsmitteln, die derzeit in Startups fließen, die Erfolg durch schnell skalierbare Geschäftsmodelle der Onlineökonomie versprechen, spiegeln sich die allgemeinen makroökonomischen Ungleichgewichte. Ein Exzess an Anlagekapital steht einer relativen Stagnation auf der Nachfrageseite gegenüber und entsprechend dominieren Anlagestrategien, die auf die Marktdominanz neuer Technologieunternehmen wetten.

Der langfristige Erfolg solcher Geschäftsmodelle ist zweifelhaft. Im starken Kontrast zur Bewertung auf den Aktienmärkten, die eben von der Erwartung zukünftiger Monopolgewinne getragen ist, machen viele Unternehmen der digitalen Ökonomie deutliche Verluste. Beispiele dafür sind nicht nur der Fahrdienstvermittler UBER, der schon mehrmals Milliardenverluste ausweisen musste, sondern jüngst auch das krachende Scheitern des Börsengangs von WeWork, einem Unternehmen, das flexibel Büroarbeitsplätze vermietet. Diesseits des Nimbus der Disruption bestehender Märkte müssen solche Unternehmen die Frage beantworten, woraus tatsächlich dauerhaft Gewinne generiert werden sollen. Die effektivere Distribution von Produkten und Dienstleistungen allein wird kaum ausreichend sein, um den enormen Erwartungen gerecht zu werden, die Investoren in diese Unternehmen setzen.

4. Digitale Arbeitsorganisation mit Cloud und Crowd

Die digitale Reorganisation von Wissensarbeit mittels Cloud-Diensten und Crowdfunding-Plattformen ist eine wesentliche Strukturveränderung im gegenwärtigen Kapitalismus.⁷ Cloud-basierte Anwendungen zur Strukturierung von Arbeit finden sich sowohl im innerbetrieblichen wie im außerbetrieblichen Kontext. Die Informatisierung von Tätigkeiten und deren Verlegung in den digitalen „Informationsraum“ stellen laut Boes u.a. das „Fundament für die Arbeits- und Produktionsprozesse im 21. Jahrhundert“ dar (2018, 173).

Diese Reorganisation kann viele Formen annehmen zwischen dem „digitalen Fließband“ und neuen Möglichkeiten intensiverer Kooperation. In Bezug auf die Arbeit, die auf Crowdfunding-Plattformen geleistet wird, sticht zunächst die *Intensivierung der Ausbeutung* hervor, die sich aus dem flexiblen und ortsunabhängigen Zugriff auf geeignete Arbeitskräfte ergibt. Hierbei wird zwischen tendenziell geringqualifizierten Mikroaufgaben und höherqualifizierten, projektförmig

⁷ Crowdfunding bezeichnet ortsunabhängige, in formaler Selbstständigkeit erbrachte Arbeitsleistungen mit einem digitalen Arbeitsprodukt, die über Plattformen online vermittelt und abgewickelt werden (Pongratz/Schenkewitz 2018, 10).

organisierten Makroaufgaben unterschieden (Cheng u.a. 2015). Für Mikroaufgaben werden in der Regel arbeitszeitunabhängige Stücklöhne bezahlt. Makroaufgaben im Bereich der Entwicklung von Designs oder Produktideen werden häufig wettbewerbsförmig organisiert, was zu einer Externalisierung wirtschaftlicher Risiken an die Crowdworker führt (Gerber 2019). Beide Ansätze zielen darauf, die Beschäftigten nur für die tatsächlich verausgabte Arbeit zu bezahlen, ohne ein dauerhaftes Angestelltenverhältnis und das damit verbundene Risiko einzugehen, das darin besteht, dass die tatsächliche Verausgabung der Arbeitskraft nicht durch den Arbeitsvertrag bestimmt werden kann. Außerdem tätigen die auftraggebenden Unternehmen keine umfangreichen Investitionen in die unmittelbaren Produktionsmittel und greifen stattdessen auf die Arbeitsinstrumente der Crowdworker selbst (eigene Arbeitsorte, Computer, Handys) zurück.

Crowdwork kann zudem als ein Vehikel *kapitalistischer Landnahme* (vgl. Dörre 2009) gedeutet werden, einer Integration vormals nicht-kapitalistischer Sphären in die kapitalistische Zirkulation. Denn Unternehmen können über Crowdworking-Plattformen auf einen „planetaren Arbeitsmarkt“ zugreifen (Graham/Anwar 2019), wobei sie von der Differenz der Reproduktionskosten zwischen Hoch- und Niedriglohnländern profitieren. Bei vielen Mikroaufgaben, wie z.B. bei der Datenkuratierung für KI-Algorithmen in Ländern des globalen Südens, wird somit eine „Surplusarbeiterpopulation“ (MEW 23, 661) in Wert gesetzt, die bisher nicht oder nur teilweise in die kapitalistische Akkumulation integriert war. Die Zergliederung von Arbeitsprozessen in ortunabhängig durchführbare Mikrotasks und die daraus resultierende quantitative Ausweitung der globalen Arbeiterschaft kann als Wachstum der Produktivkräfte gedeutet werden. Nicht nur führt sie de facto zu einer Vergrößerung der globalen Arbeiterklasse (sofern die Crowdworker aus „nichtkapitalistischen“ Reproduktionsformen der Subsistenzwirtschaft herausgezogen werden), sondern durch Crowdwork findet auch eine Vertiefung der Arbeitsteilung statt. Analog zu der von Marx beschriebenen Organisation handwerklicher Tätigkeiten in der Manufaktur ist festzustellen, dass durch diese Zergliederung und externe Vergabe von Wissensarbeit aus dem „zeitlichen Nacheinander“ ein „Nebeneinander“ verschiedener Arbeitsschritte wird, das zur Produktion „mehr fertiger Ware in demselben Zeitraum“ führt (MEW 23, 365).

Folgt man Boes und seinen Koautor*innen, sind die Umbrüche im Bereich hochqualifizierter Wissensarbeit durch neue Cloud-basierte Kooperationsformen allerdings noch bedeutsamer und Fundament eines „Produktivkraftsprungs“ (2018, 207). Das Argument zeichnet eine Analogie zur Produktivkraftentwicklung in der von Marx beschriebenen „großen Industrie“, die sich primär durch die Strukturierung der Abläufe als ein *objektiver, wissenschaftlich geplanter Prozess* auszeichnete. Erst der Informationsraum bzw. dessen Cloud-Infrastrukturen ermöglichten nun die Organisation der Wissensarbeit als objektiven Prozess. Hierdurch könnten Formen des Lean Management bzw. des agilen Arbeitens etabliert werden, bei denen die Ineffizienzen von Top-down-Entwicklungsprozessen durch die umfassende Interaktion aller Beteiligten sowie die permanente Neujustierung der Prozesse überwunden werden. Insbesondere die Forschung und Entwicklung in Unternehmen, aber auch Verwaltungsprozesse können so ähnlich effektiv auf die Kundenbedürfnisse zugeschnitten werden, wie es beispielsweise in der Softwareindustrie schon lange Usus ist.

Auch Cloud und Crowd repräsentieren somit neue Potenziale einer Reorganisation der Wissensarbeit im Sinne einer Produktivkraftsteigerung. Gewiss entstehen durch die bloße Existenz eines globalen Informationsraums (und dessen technische Manifestierung in Internet und Cloud-Diensten) neue Möglichkeiten einer tieferen Kooperation im Bereich geistiger Arbeit, von denen

auch Unternehmen heute schon profitieren. Dennoch ist fraglich, ob die Qualität neuer Formen der Kooperation im Bereich kognitiver Tätigkeiten die Diagnose eines „Produktivkraftsprungs“ rechtfertigt und welche ökonomischen Effekte die neuen Formen der Angestelltenarbeit haben. Stellen Cloud und Crowd also eine qualitative Verschiebung im Verhältnis zu bisherigen Formen der Kooperation dar und kann dies unter kapitalistischen Rahmenbedingungen (und konkret der historischen Konstellation der Überakkumulation) tatsächlich Produktivitäts- und Wachstumssteigerungen nach sich ziehen?

Zunächst übersehen auch die meisten kritischen Darstellungen von Crowdwork das virulente *Implementierungsproblem* dieser Form des Arbeitens. Statistisch gesehen stellt Crowdwork weiterhin ein Nischenphänomen dar: Der Anteil der Erwerbstätigen, die in Deutschland auf Crowdwork-Plattformen aktiv sind, beträgt derzeit etwa 4 Prozent. Für die meisten Crowdworker stellt die Tätigkeit einen Nebenerwerb dar, lediglich 28 Prozent gaben an, dass Crowdwork ihre Haupteinkunftsquelle darstellt (Serfling 2019). Diese Erwerbsform setzt also in der Regel die Existenz traditioneller Arbeitsverhältnisse voraus, die meist auch die Haupterwerbsquelle der Crowdworker bildet. In den meisten Unternehmen bleibt der Zugriff auf externe Crowdworker demnach auch ein Randphänomen: 2018 griffen nur ca. 2 Prozent der deutschen Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe und der Informationswirtschaft auf dieses Mittel zurück (Erdsiek u.a. 2018).

Darin spiegelt sich ein grundsätzliches Problem, das übersehen wird, wenn Crowdwork, wie es in manchen Darstellungen der Fall ist, als Prototyp der Arbeit einer atomisierten und prekären Weltarbeiterklasse interpretiert wird: die kurzlebigen und häufig anonymen Austauschverhältnisse der Arbeitsplattformen vermitteln meist punktuelle Aufgaben, für die kein betriebspezifisches Wissen erforderlich ist, die zudem schon seit Längerem von Soloselbständigen verrichtet wurden oder durch ein geringes Maß an Interaktion gekennzeichnet sind. In den meisten Tätigkeitsfeldern sind jedoch ein längerfristiges Engagement der Beschäftigten, dichtere Interaktionen mit Kund*innen und Kolleg*innen sowie der Aufbau von Erfahrungswissen von Nöten. Als Betriebsäquivalent bleiben Arbeitsplattformen jedoch defizitär. Auch die Steuerung der Arbeitsleistung ist – auch aufgrund des begrenzten Zugriffs auf die Körper der Arbeitenden – keineswegs automatisiert, sondern relativ aufwendig. Zwar ermöglicht das Stücklohnsystem, Beschäftigte nur für tatsächlich erbrachte Leistungen zu entlohnen, doch muss die Qualität der Arbeit oft in aufwendigen Bewertungssystemen gemessen werden (Gerber 2019). Die dauerhafte betriebliche Integration bleibt deshalb für die meisten Berufsgruppen der Königsweg dafür, verlässlich Zugriff auf das Arbeitsvermögen von Fachkräften zu bekommen und sicherzugehen, dass die nötigen Kenntnisse über die Prozesse tatsächlich auch vorhanden sind. Überbordende Prognosen einer Atomisierung der Arbeiterklasse durch Crowdwork stehen schließlich auch im scharfen Kontrast zu den Fachkräfteengpässen in vielen Unternehmen. Zwar bieten Arbeitsplattformen auch neue Möglichkeiten, solche Engpässe durch Zugriff auf die planetare Arbeitskraft auszugleichen, doch streben Unternehmen derzeit danach, erfahrene Mitarbeiter*innen längerfristig an ihr Unternehmen zu binden, um verlässlich auf sie zurückgreifen zu können.

Ein *Implementierungsproblem* zeigt sich auch in Bezug auf die Umsetzung von Lean und Agil im Büro.⁸ Boes u.a. (2018) zeigen in ihren Beispielen, dass das Ideal eines „empowerten

8 In der lesenswerten Auseinandersetzung von Boes u.a. (2018) bleibt durchweg ambivalent, inwieweit die Durchsetzung von *lean* und *agil* im Büro als Teil einer digitalen Transformation aufzufassen ist.

Kollektivteams“ bislang nur selten erreicht wird und sich stattdessen Hybride eines „formalen“ bzw. „potemkinschen“ *Lean* oder gar ein „verbranntes Team“ herausbilden. Hierbei setzen sich bürokratische Traditionen im Unternehmen fort, die echte Durchbrüche im Sinne einer Produktivkraftsteigerung unterminieren.

Solche Probleme sollten mit der Zeit überwunden werden können, sollte sich die agile Arbeit im „empowerten Kollektivteam“ tatsächlich als überlegen erweisen. Allerdings lässt auch diese Betrachtung die Zirkulationssphäre außen vor, fragt nicht nach dem Aufwand im Verhältnis zu den Erträgen und der Gefahr eines *Overengineerings*. Die Notwendigkeit einer flexibleren, interaktiveren Organisation der Wissensarbeit ergibt sich wesentlich aus der zunehmenden Komplexität und der Beschleunigung von Entwicklungsprozessen.⁹ Aus diesem Grund läuft die bürokratisch strukturierte Organisation der Wissensarbeit oft ins Leere, ist zu schwerfällig. Agile Methoden erleichtern im Idealfall die Reaktionsfähigkeit auf diese Umweltbedingungen und sind daher vermutlich essenziell, um den Anforderungen in hochkompetitiven Feldern der Wissensarbeit gewachsen zu sein. Allerdings handelt es sich im Kern um aufwendigere Prozesse der Kollaboration in Form täglicher Teammeetings, ständiger Abstimmungsprozesse und der permanenten Nejustierung der Ziele. Die größere Effektivität des Einzelunternehmens, komplexere Aufgaben wahrzunehmen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Prozesse in der Summe aufwendiger werden. Aus diesem Grund zeigt sich auch hier das *Overengineeringproblem*: im Konkurrenzkampf sind die Unternehmen gezwungen, aufwendigere Koordinationsformen der Wissensarbeit einzuführen, ohne dass das Marktvolumen in der Summe wächst. Der Wettlauf um ständige Updates in der Softwareindustrie reflektiert in ähnlicher Weise einen äußeren Zwang wie die neuen Releases in der Herstellung von Smartphones: das neue iPhone und seine Konkurrenzprodukte werden regelmäßig mit erheblichem Entwicklungsaufwand auf den Markt gepresst, um Marktanteile zu erhalten oder auszubauen. Ein enormer und stetig zunehmender Entwicklungs- und Fertigungsaufwand steht jedoch stagnierenden Marktvolumina gegenüber.

Die Beschleunigung der Innovationszyklen, die weite Teile der Wissensarbeit prägt, reflektiert im Übrigen nicht nur den Konkurrenzkampf um knappere Märkte im Kontext der Überakkumulation, sondern auch die schnellere Verallgemeinerung des Wissens, das kostenlos vervielfältigt werden kann. Zwar schützen Unternehmen ihre Innovationen durch IP-Rechte, doch gelingt das in vielen Bereichen immer weniger, zumal Open Source-Anwendungen den Kern vieler Softwareanwendungen darstellen. Das *Kommodifizierungsproblem*, geistige Produkte auch monetär umzusetzen, ist also ein treibender Faktor für jene Beschleunigung der Innovationsdynamik, die Unternehmen dazu zwingt, aufwendigere Prozesse aufzusetzen, um der Konkurrenz vorauszu bleiben – ohne dass das gesamte Marktvolumen dabei wächst.

Einerseits wird behauptet, dass die „digitale Transformation“ ursächlich für die diagnostizierten Umbrüche sei (ebd., 11f.). Andererseits besteht der Kern der Veränderungen wohl in neuen Formen der Teamorganisation, die, wenn überhaupt, nur sehr indirekt in Zusammenhang mit neuen Kooperationsformen in der Cloud stehen (vgl. Butollo u.a. 2018).

9 Insofern stellt sich auch die Frage, inwieweit weitgehende Umstrukturierungen der Wissensarbeit im Sinne von *lean* und agil den Königsweg für die Wissensarbeit im Allgemeinen darstellen. Boes u.a. machen hier unausgesprochen die Arbeitsorganisation in hochinnovativen Bereichen zum Maßstab (ebd.).

5. Was ist digital am Kapitalismus?

Die Skizzen dreier zentraler Einsatzfelder digitaler Technologien im Rahmen kapitalistischer Wertschöpfung offenbaren ein widersprüchliches Bild. Indem wir neue Möglichkeiten in der Sphäre der Produktion mit den möglichen Schranken in der Sphäre der Zirkulation konfrontiert haben, ist es nun möglich, diese Widersprüche genauer zu fassen: *gebrauchswertseitig* ermöglicht der Technologieeinsatz nicht nur die Herstellung von mehr Produkten und Dienstleistungen durch den effektiveren Einsatz menschlicher Arbeit, sondern auch deren qualitative Verbesserung und eine Ausdifferenzierung des Angebots. Diese Möglichkeiten werden teils bei Vorreiterunternehmen (oder bei noch erfolgreicheren Nachahmern) implementiert, existieren jedoch vielfach nur als Potenzial, als theoretisch denkbare Optionen.¹⁰

Die Limitierung dieser Anwendungen besteht tauschwertseitig in dem Problem, neue sozio-technische Ansätze auch gewinnbringend einzusetzen. Wir haben dies genauer als *Kommodifizierungs-, Implementierungs- und Overengineeringproblem* gefasst. Diese Probleme äußern sich darin, dass Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen, wenn es um die Realisierung jener Produktivitätssprünge geht, die in den angebotsseitigen Studien vieler Marktforschungsinstitute angepriesen werden. Sie äußern sich in den betrachteten Feldern vor allen Dingen in einem Missverhältnis zwischen Aufwand und Erträgen, entweder weil hohe Investitionskosten aufgrund von Reibungsverlusten bei der Implementierung die tatsächlichen Produktivitätsgewinne limitieren oder weil Unternehmen im Kern komplexere und aufwendigere Prozesse aufsetzen, ohne dass dadurch die Erträge signifikant steigen.

Die Tauschwertlimitierung der Produktivkraftentwicklung besteht aufgrund des makroökonomischen Kontextes struktureller Überakkumulation. Insbesondere der deutsche Pfad der Industrie 4.0 zielt auf immer leistungsfähigere und versatilere Wertschöpfungsstrukturen, die allerdings einer schleppenden Konsumentennachfrage gegenüberstehen. So können deutsche Unternehmen unter Umständen die Konkurrenz auf globalen Märkten ausstechen und die Exportführerschaft ausbauen, es entsteht aber kein nachhaltiges, sich selbst tragendes Wachstum. Dies wäre höchstens dann der Fall, wenn in der Gesamtwirtschaft tatsächlich signifikante Produktivitätssteigerungen einsetzen, die in Form steigender Einkommen an die Beschäftigten weitergegeben werden – beide Voraussetzungen sind derzeit jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil: die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse sind seit den 1990er Jahren weiter gesunken, während die Lohnquote kontinuierlich zurückgegangen ist.

Unter diesen Rahmenbedingungen, das ist die Pointe unseres Arguments, beschränkt die Tauschwertsschranke auch die *gebrauchswertseitige* Entwicklung der Produktivkraft. Was sich tauschwertseitig nicht lohnt, wird nicht umgesetzt, der vieldiskutierte disruptive Wandel durch Technologieeinsatz im Rahmen der Digitalisierung verläuft in der Praxis primär inkrementell und in Pfadabhängigkeit zu bisherigen Produktionsmodellen, während Erfolge mit neuen Geschäftsmodellen hauptsächlich eine Umverteilung zwischen Kapitalfraktionen bewirken. Das bringt durchaus radikale Veränderungen in bestehenden Wirtschaftssektoren mit sich, erschließt

10 Dabei ist zu beachten, dass nicht jede im Kapitalismus verfolgte Richtung in der Gebrauchswertorientierung auch gesellschaftlich sinnvoll ist. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit bzw. der Kritik, bspw. von neuen Möglichkeiten der Überwachung, von individualisierten Produkten, von der Erhöhung der Anzahl an Konsumartikeln, bleibt in dieser Betrachtung außen vor.

jedoch aktuell keine strukturell neuen Wachstumspotenziale. Dieser Zusammenhang erklärt den kometenhaften Aufstieg der eingangs erwähnten Digitalunternehmen bei zugleich stagnierender Produktivitäts- und Wachstumsentwicklung. Mehr noch: der Kontext der Überakkumulation unterstützt die Tendenz, dass technologische Innovationen, vor allem im Feld Künstlicher Intelligenz, eher auf die Eroberung größerer Marktanteile eines insgesamt stagnierenden Marktes gelenkt werden, denn auf die tatsächliche Revolutionierung der Wertschöpfung.

Komplexer stellt sich die andauernde Transformation verschiedener Felder der Wissensarbeit dar, in denen durch Crowd und Cloud tatsächlich neue Formen der Kollaboration entstehen. Allerdings sind auch in diesen Feldern das *Implementierungs-* und das *Overengineeringproblem* virulent und zudem bleibt abzuwarten, welche quantitative Relevanz diese Veränderungen auf mittlere Sicht haben. Der von Boes und anderen erwartete Produktivkraftsprung ist auch hier eher gebrauchswertseitig, im Sinne eines Potenzials zu bewerten. Real bleiben die Einsatzfelder von Crowdwork und einer substanziellen Kollaboration über die Cloud zu begrenzt, um die Diagnose eines Epochenbruchs zu rechtfertigen.

Bleibt die Frage, ob die Mühen bei der Implementierung digitaler Technologien nur ein Übergangsphänomen sind. So argumentieren etwa Wissenschaftler des MIT in ihrer Auseinandersetzung mit KI und dem Produktivitätsparadoxon (Brynjolfsson u.a. 2017). Der ökonomische Mehrwert einer neuen Basistechnologie ergebe sich demnach erst zeitversetzt, und dieser Zeitpunkt sei eben noch nicht erreicht. Diesem Argument ist gewiss etwas abzugewinnen. Die Reibungsverluste, mit denen sich Unternehmen derzeit beschäftigen müssen, sind sicher auch ein Lehrgeld auf dem Weg zur effektiveren Nutzung neuer Technologien. Außerdem könnte sich der Nutzen des heterogenen Bündels von Einzeltechnologien erst richtig realisieren, wenn die Ebene der datenbasierten Steuerung etwa durch Industrial Internet-Plattformen integriert wird. Dennoch: bei Technologieversprechen dieser Art ist stets Skepsis angebracht – vor allem weil sich die strukturelle Überakkumulation derzeit als Hemmnis für den digitalen Aufbruch erweist.

Literatur

- Boes, Andreas/Kämpf, Tobias (2012): Informatisierung als Produktivkraft: Der informatisierte Produktionsmodus als Basis einer neuen Phase des Kapitalismus, In: Klaus Dörre u.a. (Hg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*, Frankfurt/New York, 316-335.
- Boes, Andreas u.a. (2018): „Lean“ und „agil“ im Büro. Neue Organisationskonzepte in der digitalen Transformation und ihre Folgen für die Angestellten, Bielefeld.
- Boes, Andreas/Ziegler, Alexander (2018): *Der Aufstieg des Internet of Things. Disruptiver Wandel für die deutsche Wirtschaft?* München.
- Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2018): *The Second Machine Age. Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*, Kulmbach.
- Brynjolfsson, Erik u.a. (2017): *Artificial Intelligence and the Modern Productivity Paradox: A Clash of Expectations and Statistics*, National Bureau of Economic Research, Working Paper Nr. w24001, URL: <https://doi.org/10.3386/w24001>.
- Butollo, Florian u.a. (2018): *Von Lean Production zur Industrie 4.0. Mehr Autonomie für die Beschäftigten?* AIS-Studien, 11(2), 75-90.
- Butollo, Florian/Nuss, Sabine (Hg.) (2019): *Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit*, Berlin.

- Cheng, Justin u.a. (2015): Break It Down: A Comparison of Macro- and Microtasks. ACM Conference on Human Factors for Computing Systems (CHI), URL: <https://www.microsoft.com/en-us/research/publication/break-it-down-a-comparison-of-macro-and-microtasks/>.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders. u.a., *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt/M., 21-86.
- Erdsiek, Daniel u.a. (2018): Crowdfunding in Deutschland 2018: Ergebnisse einer ZEW-Unternehmensbefragung. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mannheim, 28.11.2018, URL: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb525-crowdfunding-in-deutschland-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=1.
- Fischer, Konrad (2019): Vorwärts in die Vergangenheit, in: *Wirtschaftswoche*, 18.1.2019.
- Gerber, Christine (2019): Alte Herrschaft in digitalen Gewändern? Der Arbeitsprozess auf Crowdwork-Plattformen, in: Butollo/Nuss 2019, 256-275.
- Graham, Mark/Anwar, Mohammad A. (2019): The global gig economy: Towards a planetary labour market? In: *First Monday*, 24(4), URL: <https://doi.org/10.5210/fm.v24i4.9913>.
- Harvey, David (2006): *The limits to capital*, London.
- (2011): *The Enigma of Capital And the Crises of Capitalism*, 2. Auflage, New York.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2018): Arbeit 4.0: Pfadabhängigkeit statt Disruption, Soziologisches Arbeitspapier Nr. 52, TU Dortmund, URL: https://www.wiwi2.tu-dortmund.de/wiwi/ts/de/forschung/veroeff/soz_arbeitspapiere/AP-SOZ-52.pdf.
- Hürtgen, Stefanie u.a. (2009): *Von Silicon Valley nach Shenzhen: Globale Produktion und Arbeit in der IT-Industrie*. Hamburg.
- Iorio, Marco (2012): *Einführung in die Theorien von Karl Marx*. Berlin/Boston.
- Kuhlmann, Martin (2020): Digitalisierung & Arbeit – eine Zwischenbilanz aus arbeitssoziologischer Sicht, Konferenzvortrag, Tagung „Zukunft der Arbeit – gute Arbeit und gutes Arbeitsleben im digitalen Zeitalter“, House of Labour, Frankfurt/M., 16.1.2020.
- Mazzucato, Mariana (2018): *The Value of Everything: Making and Taking in the Global Economy*, London.
- Pfeiffer, Sabine (2019a): Digitale Transformation: Great, greater, tilt ...? Von der Produktivkraft- zur Distributivkraftentwicklung, in: Klaus Dörre u.a. (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden, 383-399.
- (2019b): Produktivkraft konkret. Vom schweren Stand der Leichtbauroboter, in: Butollo/Nuss 2019, 156-177.
- Pongratz, Hans/Schenkewitz, Robin (2018): *Online-Arbeit auf Internet-Plattformen*, München. URL: <http://cloud-und-crowd.de/wp-content/uploads/2018/11/Orientierungshilfe-Online-Arbeit.pdf>.
- PWC (2019): *Global Top 100 companies by market capitalisation*, URL: <https://www.pwc.com/gx/en/audit-services/publications/assets/global-top-100-companies-2019.pdf>.
- Rüttimann, Bruno G./Stöckli, Martin T. (2016): Lean and Industry 4.0—Twins, Partners, or Contenders? A Due Clarification Regarding the Supposed Clash of Two Production Systems, in: *Journal of Service Science and Management*, 9, 485-500, URL: <https://doi.org/10.4236/jssm.2016.96051>.
- Schaupp, Simon/Jochum, Georg (2019): Die Steuerungswende. Zur Möglichkeit einer nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter, in: Butollo/Nuss 2019, 327-344.
- Schlick, Jochen u.a. (2014): *Industrie 4.0 in der praktischen Anwendung*, in: Thomas Bauernhansl u.a. (Hg.), *Industrie 4.0 in Produktion, Automatisierung und Logistik*, Wiesbaden, 57-84.
- Schmiede, Rudi (1996): *Informatisierung, Formalisierung und kapitalistische Produktionsweise: Entstehung der Informationstechnik und Wandel der gesellschaftlichen „Informationsgesellschaft“*, Berlin, 15–47.
- Schumpeter, Joseph A. (2006): *Capitalism, Socialism, and Democracy*, London/New York.
- Sevignani, Sebastian (2019): *Digitale Arbeit und Prosumtion im Kapitalismus*, in: Butollo/Nuss 2019, 293-310.

- Sorge, Arndt/Streeck, Wolfgang (1988): Industrial relations and technical change: The case for an extended perspective, in: Richard Hyman/Wolfgang Streeck (Hg.), *New technology and industrial relations*, Oxford, 19-44.
- Srnicek, Nick (2016): *Platform Capitalism*, Cambridge, UK.
- Staab, Philipp (2016): *Falsche Versprechen: Wachstum im digitalen Kapitalismus*, Hamburg.
- (2019): *Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*, Berlin.
- Staab, Philipp/Butollo, Florian (2018): *Digitaler Kapitalismus—Wie China das Silicon Valley herausfordert*, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt 3/2018, Bonn, URL: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/14037.pdf>.
- Vahrenkamp, Richard (2011): *Die logistische Revolution: Der Aufstieg der Logistik in der Massenkonsungesellschaft*, Frankfurt/New York.
- Zysman, John u.a. (2011): *Services with Everything: The ICT-Enabled Digital Transformation of Services*, BRIE Working Paper No. 187a, URL: <https://doi.org/10.2139/ssrn.1863550>.

Judith Dellheim

„Kein Kampf für Classenprivilegien und Monopole“ Zur Kategorie „Monopol“ in der Kritik der politischen Ökonomie und zu ihrer Anwendung in moderner „Globalisierungskritik“

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, was aus der theoriegeschichtlichen Auseinandersetzung mit der marxschen Arbeit zur ökonomischen Kategorie „Monopol“ für die Kritik von modernen Herrschaftsverhältnissen gelernt werden kann. Die Suche nach Antwort ist von der bohrenden Frage nach den Ursachen für die strukturelle Schwäche der emanzipativ-solidarischen Akteure und einer offensiven Auseinandersetzung mit ihnen begleitet.

Marx hatte in der Aktiengesellschaft die Trennung zwischen dem Kapitaleigentum und der Kapitalfunktion festgestellt. Darin hat er das entscheidende „Resultat der capitalistischen Production, in ihrer höchsten Entwicklung“ (MEGA II/4.2, 502) gesehen. Damit sei der „nothwendige Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Capitals in Eigenthum der Producenten ... als unmittelbares Gesellschaftseigenthum“ (ebd.) erreicht. Letzteres mutet heute unerreichbar an, womit sich sozialistische Kräfte nicht abfinden dürfen. Ausgehend von Marx' Veröffentlichungen und Arbeitsmaterialien kann die Aktiengesellschaft als besonders großes Unternehmen und mit ihren besonderen Rechten als „natürliches Monopol“ (MEGA II/4.2, 253; vgl. MEGA II/15, 178 bzw. MEW 25, 187) gefasst werden. „Natürlich“ meint hier nicht „von Natur gegeben.“ Marx setzt keinesfalls Naturgesetze (oder Stoffwechselprozesse der Menschen mit der Natur) und Verhältnisse zwischen den Menschen gleich. Monopolverhältnisse sind bei ihm immer Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschen in ungleichen Positionen im System gesellschaftlicher Hierarchien. Aktiengesellschaft als „natürliches Monopol“ meint hier ein Ergebnis der Entfaltung von Kapitalverhältnissen, die mit Produktivkraftentwicklung, Kapitalkonzentration und -zentralisation einhergeht. Dabei bildet sich eine Gruppe von Kapitaleigentümern, die von den ökonomisch Mächtigsten dominiert wird. Gestützt auf das gesamte Kapital einer von ihnen beherrschten Gruppe können die ohnehin mächtigsten Kapitalisten als Mitglieder einer Kapitalverwertungskoooperation Einzelkapitalisten außerhalb dieser Gruppe Geschäftsbedingungen diktieren. Die typische Unternehmensform des Gruppenkapitals ist die Aktien- bzw. Kapitalgesellschaft, die den freien Kapitalfluss im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben und dabei insbesondere auch die Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate modifiziert. Heute ist die Aktien- bzw. Kapitalgesellschaft eine verallgemeinerte Unternehmensform und nach diesem Modell strukturierte transnationale Konzerne scheinen die Welt zu beherrschen.

Marx' Interesse an der Aktiengesellschaft und „dem Monopol“ beginnt in den frühen 1840er Jahren. Es ist verknüpft mit der Arbeit am Nachweis, dass in den widersprüchlichen mit der kapitalistischen Konkurrenz verwobenen Vergesellschaftungsprozessen die objektive Möglichkeit entsteht, dass die Ausgebeuteten, Rechtlosen, Geknechteten und in ihrer Würde Verletzten frei werden können. Als Grundbedingung dafür machte Marx ihre solidarische Organisierung zum erfolgreichen Kampf für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen aus, denn sie können objektiv

an einer solchen Gesellschaft interessiert sein. Die Lohnarbeiter*innen könnten wegen ihrer gesellschaftlichen Stellung diesen Kampf am wirksamsten führen. Sie müssen das aber wollen und das Streben nach Privilegien und Monopolen untereinander¹ und gegenüber Schwächeren² beenden. Schließlich sei der „Kampf für die Emancipation der Arbeiterklasse ... kein Kampf für Classenprivilegien und Monopole“ (MEGA I/20, 54). Der Begriff „Monopol“ findet sich bei Marx häufig. Er steht zunächst für die aus natürlichen, menschlichen Besonderheiten, kurzfristigen Marktconstellationen oder aus Funktionen in sozialen Zusammenhängen hervorgehenden Vorteile oder Vorrechte der einen gegenüber den anderen. Aber die beiden entscheidenden Fragen nach dem Monopol als ökonomischer Kategorie sind, mit Marx formuliert: Wer kann wen warum von welchem Reproduktionserfordernis ausschließen, sie/ihn kommandieren, kontrollieren, ausbeuten und welche gesellschaftlichen – darunter auch ökonomischen –, ökologischen und globalen Wirkungen folgen daraus? „Ueberall, wo ein Theil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nothwendigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für den Eigner der Produktionsmittel zu produciren ...“ (MEGA II/10, 211).

Der zentrale Gedanke dieses Textes ist: Der Rückgriff auf Marx' historisches Herangehen an die Analyse und Kritik der kapitalistischen Monopolverhältnisse hilft uns dabei, die transnationale Arbeitsteilung und die transnationalen Konzerne als Formen der Realisierung des Kapitals der Kapitaloligarchie zu erklären. Dafür sind drei Probleme seiner Kritik der politischen Ökonomie von besonderem Interesse: die sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, die Stufen der Produktion des relativen Mehrwerts und die Transformation des Wertes bzw. die Rententheorie.

Teil I dieses Beitrages geht auf die mit der Kategorie „kapitalistisches Monopol“ in der Kritik der politischen Ökonomie verbundenen Probleme ein. Teil II beschäftigt sich mit der „Globalisierung“ kapitalistischer Monopolverhältnisse. Der kurze Teil III stellt dann einige Schlussfolgerungen zur Diskussion.

1. Zur Entwicklung der Kategorie „Monopol“ als Kategorie der Kritik der politischen Ökonomie

1.1 Zur Vor- und Entstehungsgeschichte der Kategorie „kapitalistisches Monopol“

Die Kritik der politischen Ökonomie geht von drei entscheidenden Einsichten aus, die sich Marx – weitgehend in seiner Kooperation mit Engels – in den 1840er Jahren erarbeitet hat:

1) Dass die einen die anderen kommandieren, unterdrücken und ausbeuten können, muss als Ergebnis von Gesellschaftsgeschichte gesehen werden. Dieser Zustand kann überwunden werden. Geschichte ist die Entwicklung von Menschen in gesellschaftlichen Verhältnissen und dieser Verhältnisse als solcher. Dafür ist das Handeln der Menschen in der Vergesellschaftung von

1 Marx spricht z.B. vom „Monopol der männlichen Arbeit“ (MEGA II/10, 425) und vom Monopol qualifizierter Lohnarbeiter gegenüber unqualifizierten (ebd., 381). Er thematisiert beim Fabrikakt mit dem Monopol der großen Kapitalisten gegenüber den kleinen (ebd., 434) die bessere Lage der Lohnarbeiter in den großen Betrieben gegenüber denen in den kleinen.

2 So z.B. den geschundenen Hindu (ebd., 467).

Arbeit bzw. in der Entwicklung von gesellschaftlicher Arbeitsteilung wesentlich. Die Arbeit ist vor allem Produktion und Bewegung von Produktions- und Konsumtionsmitteln und so Veränderung der Umwelt der Menschen. Dabei verändern sich die Menschen als Mitglieder von Familien, Kollektiven, Zusammenschlüssen und Institutionen und sie verändern ihren Stoffwechsel mit der Natur. Davon gehen wiederum Rückwirkungen aus.

2) Will man diese Prozesse und ihre sozialen, ökologischen und globalen Wirkungen begreifen, um sie zu beeinflussen und zu steuern, muss man zum einen Geschichte studieren. Und man muss sich andererseits mit den Zusammenhängen von Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion, mit den Informations-, Stoff- und Energieumsätzen, den gesellschaftlichen Verhältnissen und mit dem Stoffwechsel mit der Natur befassen. Es gilt also, die politische Ökonomie kritisch aufzuarbeiten. Dabei zeigen sich die Zusammengehörigkeit von Geschichte und politischer Ökonomie und das Unvermögen der bürgerlichen Wissenschaften, zu klären, wie Unterdrückung, Ausbeutung und Naturzerstörung entstanden sind, reproduziert werden und ob und wie sie überwunden werden können.

3) In der gesellschaftlichen Arbeitsteilung werden Menschen zugerichtet – zu mental, nervlich und körperlich deformierten Betreibern von Arbeitsmitteln. Ermöglicht die Anwendung konkreter Arbeitsmittel das Zustandekommen von Kollektiven mit einer solchen Produktivität, dass der Privateigentümer an Produktionsmitteln in Gestalt des Kapitalisten nicht mehr für die Organisation gesellschaftlicher Produktion gebraucht wird, dann werden auch für die weitere Vergesellschaftung der Arbeit keine Knechtschaft und keine Zerstörung der natürlichen menschlichen Lebensbedingungen gebraucht. Die Proletarier*innen und ihre Partner*innen könnten die Herrschaft in der Gesellschaft ergreifen, die Ökonomie leiten, die gesellschaftlichen Belange und damit auch den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur im Interesse aller gestalten.

Für diese Einsichten war Marx' Kritik der Schriften von Smith und Ricardo, insbesondere ihrer Auseinandersetzung mit dem Monopol, hochgradig relevant. Fünf Momente für die Entwicklung der Kategorie „Monopol“ in der Kritik der politischen Ökonomie sind von besonderem Interesse:

- 1) Smith's und Ricardos Zustimmung zum Kolonialismus.
- 2) Smith's Kritik am Monopol, seine Orientierung auf Handelsgesellschaften mit zeitweiligem Monopol und Ricardos Erklärung der Monopolpreise. „Wenn nun die Manufakturen Großbritanniens durch den Kolonialhandel vorangeschritten sind, ... so geschah dies ... trotz des Monopols.“ (Smith [1786]A, 413). Und: „Wenn sich eine Gesellschaft von Kaufleuten anschießt, auf ihr eigenes Risiko und ihre eigenen Kosten Handel mit einem entfernten und barbarischen Volk zu treiben, so mag es nicht unvernünftig zu sein, sie zu einer Aktiengesellschaft zusammenzuschließen und ihnen im Fall eines Erfolges ein Monopol für diesen Handel für eine gewisse Zahl von Jahren zu gewähren.“ (Smith [1786]B, 137) Dies sah Ricardo ähnlich. „Waren haben nur dann einen Monopolpreis, wenn ... die Konkurrenz ausschließlich ... bei den Käufern, vorhanden ist.“ (Ricardo [1821], 227) Also: „... der Tauschwert einer Ware, die einen Monopolpreis hat, [wird] nirgendwo durch die Produktionskosten bestimmt.“ (Ebd.) Dies wäre nicht von Dauer, weil der hohe Preis Kapital in jene Sphären locke, in denen die Waren produziert würden, die zu Monopolpreisen verkauft werden (ebd., 228).
- 3) Die gesellschaftspolitische Aufklärung der Proletarier*innen motivierte Marx zur Auseinandersetzung mit Proudhon, der 1846 das Monopol als ein modernes Herrschaftsverhältnis und „ein die Gesellschaft aufbauendes Prinzip, Bedingung des Reichtums“ [1846], 182). erklärte.
- 4) Zugleich sah er in ihm ein „Prinzip der Beraubung und des Pauperismus ...“ (Proudhon (ebd.)

- 5) Marx kritisiert, dass „Proudhon nur vom modernen Monopol, das durch die Konkurrenz geschaffen wird, [spricht], aber ..., dass die Konkurrenz aus dem feudalen Monopol hervorging³ ... Das moderne Monopol ist ... die wahre Synthese.“ (MEW 4, 163) Denn: „Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten ...“ (ebd.).

1.2 Zur Kategorie „kapitalistisches Monopol“ in der Kritik der politischen Ökonomie

Für die Kritik der bürgerlichen politischen Ökonomie ist die Analyse der Zusammenhänge zwischen kapitalistischem Monopol, Technik/Technologien, Kredit, Entwicklung des Binnen- und Weltmarktes, Veränderung der Bedingungen für die Emanzipation der Unterdrückten, insbesondere der Arbeitenden und vor allem der Proletarier*innen essenziell.

Zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, der Entstehung des kapitalistischen Monopols

Im 12. und 14. Jahrhundert entstanden in Venedig und Genua Kreditassoziationen. Sie „entsprangen aus dem Bedürfnis des Seehandels und des auf denselben gegründeten Großhandels, sich von der Herrschaft des altmodischen Wuchers und den Monopolisierern des Geldhandels zu emancipieren“ (MEGA II/15, 591). Diese Assoziationen waren ein Vorläufer jener „organischen Schöpfungen, die diese Bedingungen der kapitalistischen Produktion im modernen Bankwesen herstellen“. Dort wird „das Monopol der edlen Metalle ... durch Schöpfung des Kreditgelds beschränkt.“ (MEGA II/15, 593) Das Kreditsystem ist „einerseits eine immanente Form der kapitalistischen Produktionsweise ... und andererseits eine treibende Kraft ihrer Entwicklung zu ihrer höchst- und letztmöglichen Form.“ (MEGA II/15, 596)

Die Kreditassoziationen waren nicht die einzigen kollektiven Akteure der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Im 14. und 15. Jahrhundert entstanden andere Genossenschaften, insbesondere für den Kolonial- und internationalen Handel. „Hier stoßen wir zum erstenmal auf einen Profit und eine Profitrate. Und zwar ist das Bestreben der Kaufleute absichtlich und bewußt darauf gerichtet, diese Profitrate für alle Beteiligten gleich zu machen ... Diese ursprüngliche Profitrate war nothwendig sehr hoch ...“ (MEGA II/14, 335). Sie hatte „nur lokale Geltung innerhalb der Genossenschaft, also hier der 'Nation'“ (ebd., 336). Im 16. und 17. Jahrhundert konnten „vereinzelte Kaufleute ebensoviel Fonds auf eine Unternehmung wenden wie früher eine ganze Gesellschaft. Die Handelsgesellschaften ... verwandelten sich meist in bewaffnete Korporationen, die unter dem Schutz und der Oberhoheit des Mutterlandes neu entdeckte ganze Länder eroberten und monopolistisch ausbeuteten“ (ebd.). In diesen Kolonien entstand die frühe Rente „auf Land mit *gewissen monopolisierten Vorteilen*“ (MEGA IV/9, 480, kursiv im Original), so auf Baugrund, nutzbare Wasserfälle, direkten Zugang zu Wasserstraßen, Kanälen (ebd.). Die 1600 gegründete

„englisch-ostindische Kompagnie erhielt ... außer der politischen Herrschaft in Ostindien, das ausschließliche Monopol des Theehandels, wie des chinesischen Handels überhaupt und des Gütertransports von und nach Europa. Aber die Küstenschiffahrt von Indien und zwischen den Inseln, wie der Handel im Innern Indiens wurden Monopol der höhern Beamten der Kompagnie. Die Monopole von Salz, Opium, Betel und andren Waaren waren unerschöpfliche Minen des Reichthums. Die Beamten

3 Insbesondere in Gestalt von Grundeigentum, Handel und Wucher – eigene Anmerkung.

selbst setzen die Preise fest und schänden nach Belieben den unglücklichen Hindu. Der Generalgouverneur nahm Theil an diesem Privathandel.“ (MEGA II/10, 675)

Das kollektive Kolonialsystem forcierte Handel und Schifffahrt, sicherte den Manufakturen kolonialen Absatzmarkt und eine „durch das Marktmonopol potenzierte Akkumulation.“ (MEGA II/10, 676)

In Europa hegten Feudalherren das Gemeindeland ein und zwangen die Bauern zur Arbeit auf ihren Gütern und zunehmend auch, Geldsteuern zu entrichten. Die Bauern mussten sich massenhaft verschulden, die verschuldeten Bauern wurden von ihrer Scholle vertrieben. „Das Monopol des Grundeigentums [ist] eine historische Voraussetzung... der kapitalistischen Produktionsweise ... Die Form aber, worin die beginnende kapitalistische Produktionsweise das Grundeigentum vorfindet, entspricht ihr nicht.“ (MEGA II/15, 605) Sie musste diese Form erst schaffen – also das Kapitalverhältnis zwischen dem Eigentümer an den Produktionsmitteln und den Eigentümern an Arbeitskraft, die diese auf dem Markt verkaufen, um arbeiten zu können bzw. ausgebeutet zu werden und endlich für ihren Lohn Existenzmittel in Warenform zu erwerben. In England waren es „Textilverleger, die zuerst direkt für kapitalistische Rechnung hergestellte Waaren auf den Markt ... brachten ... Die Profitrate des Handelskapitals war vorgefunden. Sie war auch schon, wenigstens für die betreffende Lokalität, zu einer annähernden Durchschnittsrate ausgeglichen.“ (MEGA II/14, 338) Der Kaufmann wurde Verleger, der bei „Aussicht auf größeren Profit bei gleichem Verkaufspreis ... den Kleinmeister in seinen Dienst nahm“ und die „Schranken der Produktion, innerhalb deren der Produzent sein fertiges Produkt verkaufte“ sprengte.

„Der Kaufmännische Kapitalist kaufte die Arbeitskraft, die einstweilen noch ihr Produktionsinstrument besaß, aber schon nicht mehr den Rohstoff. Indem er so dem Weber regelmäßige Beschäftigung sicherte, konnte er ... den Lohn des Webers derart drücken, daß ein Theil der geleisteten Arbeitszeit unbezahlt blieb ... Allerdings mußte er dafür auch ein zusätzliches Kapital anwenden, ... für das er ... den ganzen Preis zu zahlen hatte.“ (ebd.).

Dafür brauchte er häufig Kredit.

Zur Produktion des relativen Mehrwerts

Dieser Kaufmann ist Exporteur und schafft insbesondere im 17. und 18. Jahrhundert Manufakturen. So kann er „wohlfeiler ... verkaufen als seine Konkurrenten, bis zur Verallgemeinerung der neuen Produktionsweise, wo dann wieder Ausgleich eintritt“ (ebd., 339). Die große Industrie kann mehr und bessere Waren produzieren und ruiniert den Handwerker und die Manufaktur.

„Sie ist es auch, die dadurch den inneren Markt endgültig für das Kapital erobert, ... die ganze Nation in den Dienst des Kapitals stellt. Sie gleicht ebenfalls die Profitraten der verschiednen kaufmännischen und industriellen Geschäftszweige zu Einer allgemeinen Profitrate aus, und sichert endlich der Industrie den ihr gebührenden Machtposten bei dieser Ausgleichung ...“ (ebd., 340)

Die große Industrie hilft, hemmende Monopole für den freien Kapitalfluss zu beseitigen, so auch das „Monopol des Zwischenhandels ... und damit diesen Handel selbst ...“ (MEGA II/15, 322). Ihr Fortschritt bedeutet fortschreitende Vergesellschaftung der Arbeit. Diese ist Entwicklung von konkreten Kooperationen und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Sie sind von der Wirksamkeit der Arbeitsmittel, ihres Antriebs und der räumlichen Organisation der Arbeitsteilung in der industriellen Produktionsstätte abhängig. Zugleich wächst dabei die Bedeutung der Qualifikation und Erfahrung der Lohnabhängigen, sowie der Wissenschaft und Technologie.

Neue Arbeitsmittel/Technologien werden eingesetzt, um die Mehrarbeit der Beschäftigten so zu steigern, dass die Profite die Investitionen bei weitem übertreffen. Dabei wird die Verbindung von Teilprozessen zunehmend relevant. Sie bedingt die Wirksamkeit der Technologien und bestimmt die gesellschaftliche Arbeitsteilung in und zwischen den lokalen, regionalen und nationalen Territorien, in einem von vorneherein internationalen Kontext. Ihr Fortschritt wie der Fortschritt der Vergesellschaftung der Arbeit gehen einher mit der Herausbildung und Reproduktion von Proportionen innerhalb der Kooperationen, zwischen ihnen wie innerhalb und zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen – vor allem zwischen Handwerk/Industrie, Landwirtschaft, Transport und Kommunikation. Die Proportionen betreffen die Zufuhr von geeigneten Arbeitskräften und Rohstoffen, von Energie, Arbeitsmitteln, das Funktionieren von Technik, die Realisierung von Waren auf den Märkten. Inwiefern die Proportionen harmonisch, über Diktat und/oder über Konkurrenz und mit ihr verknüpfte Krisen, über Ressourcenzerstörung und Ruin zustande kommen, hat entscheidend mit den gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen zu tun. Die Dynamik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erwächst aus der konkret-widersprüchlichen Auseinandersetzung der Eigentümer/Leiter der Produktionsstätten mit Begrenzungen für die Profitmaximierung unter den Bedingungen der Konkurrenz.

Diese Begrenzungen ergeben sich aus den natürlichen Bedingungen und der Lage zu den Märkten, aus der Quantität und Qualität des Rohmaterials, der Leistungsfähigkeit der Arbeitsmittel/Technologien und der Marktrealisierung – d.h. der eigenen Konkurrenzfähigkeit. Da interessieren die räumliche Konzentration von ausbeutbaren Arbeitskräften und Produktionsmitteln von besonderer Qualität, die Realisierung der erforderlichen Proportionen, die Wirkung des kapitalistischen Rufes nach staatlicher Regulierung von Konkurrenz, Qualifikation, Beschäftigung und Migration, nach staatlicher Organisation von Schutz, Infrastrukturen und neuen Märkten. Und es entwickelt sich ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Staatsschuld bzw. Staatsauftrag, Technologieentwicklung, kapitalistischer Produktionseinheit, Kreditsystem, Märkten und der Konzentration bzw. Zentralisation des Kapitals. Der Staat kann ihren Fortschritt befördern (vgl. Dellheim 2019, 155-157).

Zu „natürlichen Monopolen“ und Renten

In demselben Maß, wie sich die Produktion von Mehrprodukt und Mehrwert entwickelt, „entwickelt sich die Fähigkeit des Grundeigentums, einen wachsenden Theil dieses Mehrwerths, vermittelt seines Monopols an der Erde, abzufangen, daher den Werth seiner Rente zu steigern, und den Preis des Bodens selbst.“ (MEGA II/15, 626) Die gesteigerte Produktivkraft eines Fabrikanten, der einen Wasserfall nutzen kann, bewirkt bei kapitalistischer Bewirtschaftung einen Surplus-Profit. „Er entspringt ... aus der Anwendung einer monopolisierbaren und monopolisirten Naturkraft durch das Kapital.“ (Ebd., 633)

Diese Rente ist Differentialrente. Sie beruht zum einen „auf den verschiednen individuellen Werten der Produkte verschiedner Bodenarten“ (ebd., 797). Zum anderen beruht sie auf dem von diesen individuellen Werten verschiedenen und regulierenden allgemeinen Marktwert. Dieser ist Folge der Konkurrenz und vermittelt zwischen dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand zur Produktion einer auf dem Markt nachgefragten Warenmasse und dieser Nachfrage: Ist die Nachfrage gering, bestimmt der vergegenständlichte gesellschaftliche Arbeitsaufwand des produktivsten Produzenten den Marktwert. Entspricht die zahlungsfähige gesellschaftliche Nachfrage dem Angebot, wäre der Marktwert der durchschnittliche Kostpreis plus Durchschnittsprofit des

Zweiges. Ist die Nachfrage nach Getreide so hoch, dass auch das auf den schlechtesten Böden produzierte Getreide nachgefragt wird, bringt dieser Boden eine höhere Rente und stimuliert die Bebauung neu zu erschließender Flächen. Wenn dann beim Ausgleich des „Mehrwerts zum Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären ein Hinderniß an künstlichen oder natürlichen Monopolen, und speciell am Monopol des Grundeigentums“ (ebd., 834) auftritt, würde ein Monopolpreis möglich.

Vom „Monopolpreis“ kann zum einen gesprochen werden, wenn er einzig durch die Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist, z.B. für eine ausgewählte Weinsorte. Zum anderen kann eine Rente Monopolpreise schaffen. Die absolute Rente setzt entweder einen „realisirten Ueberschuß des Werths des Produkts über seinen Produktionspreis“ voraus oder sie setzt „einen über den Werth des Produkts überschüssigen Monopolpreis“ (ebd., 780) voraus. Insgesamt geht es um die Bewirtschaftung von beschränkten monopolisierten Naturgütern durch jene, die über das kapitalistische Monopol aufbewegliche Produktionsmittel verfügen und Lohnarbeiter*innen ausbeuten. Wegen dieser Beschränktheit sind andere Kapitaleigentümer von dem Geschäft ausgeschlossen. Für die kapitalistische Monopolisierung wird der Staat gebraucht – als Garant bzw. Gesetzgeber. Er ist Bedingung auch für die Entstehung und Reproduktion von sog. „natürlichen Monopolen“ wie Eisenbahnen. „Bei *Geschäftszweigen, die natürliche Monopole in der kapitalistischen Wirtschaft bilden*“, [bleibt] ... ein *Surplusprofit* an den Fingern hängen.“ (MEGA II/14, 158). Konkrete Großprojekte wie eben Eisenbahnen und der Schiffbau sind verbunden mit vorab zu erwägenden neuen Bedingungen für die Kapitalakkumulation bzw. Profitmaximierung und/oder der Eroberung fremder Territorien. Ihre Realisierung verlangt immer die Organisation von „Kapitalverwertungskollektiven“ zur Zentralisierung von Geldkapital und zur Realisierung von Großinvestitionen. „... da im Fortgang der kapitalistischen Produktion sich die Stufenleiter jedes individuellen Produktionsprocesses, und mit ihm die Minimalgröße des vorzuschießenden Kapitals erweitert, so kommt jener Umstand zu den andren, die die Funktion des industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol großer Geldkapitalisten, vereinzelter oder associirter, verwandeln.“ (MEGA II/12, 81)

Industrie- und Geldkapitalisten geht es um die möglichst optimale Verbindung zwischen der Mobilisierung von Geldkapital und der Produktion von Mehrwert, von Konzentration und Zentralisation des Kapitals dank entwickeltem Kreditsystem, zwischen dem Niederreißen von Monopolen für die Kapitalakkumulation durch erwirkten Freihandel und der Monopolisierung von Bedingungen für die Mehrwertproduktion und die Profitrealisierung, zwischen dem Anpeitschen der Konkurrenz und der Bekämpfung von Konkurrenz – im widerspruchreichen Wechselspiel zwischen Industriekapitalisten, Geldkapitalisten und staatlichen Akteuren. Die Industrie- und Geldkapitalisten stehen für zwei Funktionen der Kapitalakkumulation, staatliche Akteure stehen für die außerökonomische Dimension des natürlichen kapitalistischen Monopols als Kapitalverwertungs Kooperation. Sie bilden deren Kern bzw. den Kern der Kapitaloligarchie. Sie nehmen als ersten den Manager auf, denn er fungiert für den Industrie- bzw. Geldkapitalisten. Industrie- und Geldkapitalist nutzen widerstreitend gemeinsam ihr Kapital, das organisch zu einer Einheit verwächst. Sie müssen dabei – z.B. im Falle eines Konzerns mit eigener Hausbank – nicht zwangsläufig als Eigentümer eines Geldinstituts (z.B. Bank) und eines industriellen Unternehmens auftreten.

1.3 Zwischenfazit

Das kapitalistische Monopol als kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln ist Ergebnis eines historischen Prozesses und kann als „kapitalistisches Monopol im weiten Sinne“ gefasst werden. Die Kapitalverwertungskoooperation bzw. die Form der Kapitaloligarchie ist durch Zentralisation von Einkommen, Vermögen, Eigentum und endlich von akkumuliertem bzw. konzentriertem Kapital zustande gekommen. Sie soll das Kapital maximal verwerten und zugleich ein Projekt realisieren, das erstens nur kollektiv möglich ist – und das zweitens für die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens relevant ist, wie z.B. der Bau der Eisenbahn oder eines Staudamms zur Produktion von Elektrizität.

Dieses „natürliche“ Monopol kann „kapitalistisches Monopol im engen Sinne“ genannt werden. Es konnte sich entwickeln, weil mit bzw. nach der Trennung der Kapitalfunktion vom Kapitaleigentum die Ausgebeuteten und Unterdrückten, insbesondere die Proletarier*innen, die objektive Möglichkeit ihrer Selbstbefreiung (noch) nicht genutzt haben. Mit den Kapitaloligarchien ist eine sozial und ökologisch zerstörerische Wirtschaftsstruktur entstanden. Sie beuten Lohnarbeitende aus und verteilen zusätzlich über die Zirkulation, insbesondere die Finanzmärkte, Einkommen, Vermögen und Eigentum zu ihren Gunsten um. Sie betreiben primäre und sekundäre Ausbeutung und zugleich auch durchaus gewaltsam eine neue sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals. Sie gestalten das gesellschaftliche (Wirtschafts-)Leben, letztendlich allerdings auf eine hochgradig destruktive Weise. Sie orientieren darauf, all diejenigen Faktoren strukturell zu stärken, die der Tendenz einer fallenden Profitrate entgegenwirken⁴.

2. Zum modernen kapitalistischen Monopol im engen Sinne

Das Zwischenfazit stützt sich u.a. auf Luxemburg's Werk „Die Akkumulation des Kapitals“, in dem es heißt: „Die Monopolisierung der nichtkapitalistischen Expansionsgebiete im Innern der alten kapitalistischen Staaten wie draußen in den überseeischen Ländern wurde zur Losung des Kapitals, während der Freihandel, die Politik der ‘offenen Tür’ zur spezifischen Form der Schutzlosigkeit nichtkapitalistischer Länder gegenüber dem internationalen Kapital und des Gleichgewichts dieses konkurrierenden Kapitals geworden ist, zum Vorstadium ihrer partiellen oder gänzlichen Okkupation als Kolonien oder Interessenssphären.“ (Luxemburg [1913], 396). Die Verquickung der Akkumulation des Kapitals der Kapitalverwertungskoooperation bzw. der Kapitaloligarchie und der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals mündete in große Kriege und in drei zusammengehörige moderne Phänomene: die transnationale Vergesellschaftung, eine neue Stufe der Produktion von relativem Mehrwert (Klein 1989, 84) und globalisierte Werttransformationen.

4 „Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit“, „Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert“, „Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals“, „relative Überbevölkerung“, „auswärtiger Handel“, „Zunahme des Aktienkapitals“ (MEGA, II/15, 229-269)

2.1 Transnationale Vergesellschaftung

Luxemburgs Bewunderer Eric Hobsbawm spricht von „einer neuen internationalen Arbeitsteilung“ und einer „Transnationalisierung“, die seit den 1960er Jahren mit fortschreitender Internationalisierung einhergehen. Mit „Transnationalisierung“ meint Hobsbawm zunächst „die Praxis ..., einen Firmenstandort legal in irgendein für gewöhnlich kleines Territorium mit großzügigen Steuergesetzen zu verlegen.“ (Hobsbawm [1994], 351). Die neue Arbeitsteilung ist mit transnationalen Konzernen (TNK) und dem Anstieg von Auslands(Offshore-)Finanzierungen als den „frühesten Formen des Transnationalismus“ (ebd., 350) verknüpft. Das traditionelle internationale Finanzzentrum London verwandelte sich mit der Einführung der „Eurodollars“ in ein wichtiges derartiges Offshore-Zentrum. US-Dollar in den Depots von nichtamerikanischen Banken wurden zu einem börsenfähigen Finanzinstrument und entkräfteten gleichsam das bis dahin sehr restriktive amerikanische Bankengesetz. Ein dramatisch wachsender unkontrollierter Weltmarkt für kurzfristige Kredite entstand und beförderte insbesondere das Recycling von OPEC-Ölprofiten. Dass Unternehmen, die in einem Land ihren Hauptsitz hatten, in verschiedenen anderen Ländern operierten, war bereits normal. Aber „neu ... war die Reichweite ihrer Operationen“ (ebd., 352). Bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre produzierten die TNK der USA mehr als drei Viertel aller Exporte ihres Landes und fast die Hälfte seiner Importe. Doch „... die eigentliche Funktion solcher Konzerne war es ..., die Märkte jenseits der nationalen Grenzen ins Inland zu verlagern’, ... also, sich selbst vom Staat und seinem Territorium unabhängig zu machen“ (ebd., 352). Allerdings wäre anzufügen, dass das sehr wohl in einer widerspruchsvollen Partnerschaft zwischen den größten Kapitaleignern, Regierenden bzw. Verwaltenden erfolgte, denn Regierungen hätten diese Entwicklung unterbinden können. Aber auch sie wollten neue Akkumulationsquellen erschließen helfen, um den global hochgradig ungerechten und zerstörerischen *American way of life* fortzusetzen. Das schließt Interessenkonflikte unter den Herrschenden nicht aus. Bereiche der Industrieproduktion wanderten aus traditionellen Industrieländern ab. Aber Länder der Dritten Welt begannen zunehmend damit, ihrerseits Industrieerzeugnisse in die Industriestaaten zu exportieren, was die Realisierung relativ enormer Investitionen erforderte. Diese neuen Industrien wurden „Teil eines *transnationalen Fabrikationsprozesses*“ (ebd., 354)⁵.

Eine neue internationale Arbeitsteilung bildete sich heraus. Allerdings blieben die High Tech-Bereiche in den Händen der Monoporgesellschaften aus dem Westen, die auch das Transport- und Kommunikationswesen revolutionierten (ebd.). Das war die Bedingung dafür, dass die innerbetrieblichen Prozesse von führenden Herstellern weiter transnationalisiert wurden. Damit haben sich die traditionellen Nationalstaaten und ihre Wirtschaft verändert. In den von einer tiefen Gesellschaftskrise erfassten USA wurden der Chip bzw. andere im Militärbereich entwickelte, von der Mikroelektronik gestützte Technologien in der Wirtschaft verallgemeinert – zuerst im Finanz- und Kreditwesen. Insbesondere von diesem gingen dann massive Forderungen nach wirtschaftlicher Deregulierung aus und die Gesetze für Finanzinstitutionen wurden einschneidend liberalisiert.

Es entstanden und expandierten „exterritoriale ‘freie Produktionszonen’ oder Offshore-Fabriken“ (ebd.), die in armen Ländern billige Arbeitskräfte ausbeuteten. Mit dem Ende des

5 Ricci (2019, 225-245) weist die Zunahme des intraindustriellen Austausches im internationalen Handel von 1995–2007 nach.

Kolonialismus wuchsen die Offshore-Standorte und die traditionellen Volkswirtschaften standen vor neuen Problemen. „Neue Stadtstaaten“ (ebd., 355) konnten aufsteigen und rund um den Persischen Golf entstanden attraktive Standorte für Investoren und Steuerflüchtlinge (ebd., 355). Hobsbawm schlussfolgert: „Die angenehmste Welt für multinationale Giganten ist eine Welt von Zwergstaaten oder eine, in der es gar keine Staaten mehr gibt“ (ebd.). Das spiegelt durchaus eine reale Tendenz wider, aber diese Giganten haben auch Interessen an Staatsaufträgen, Schutz- und Infrastrukturleistungen sowie an Arbeitskräften und Standorten, weshalb ihnen durchaus an der Partnerschaft mit Staaten sehr gelegen ist.

Ein schnelleres Wachstum von Direktinvestitionen im Vergleich zum Außenhandelswachstum, dramatische Entwicklungen von Technologien, Entgrenzung von Betriebsabläufen bei gleichzeitiger Bildung von kompakten urbanen Unternehmenszentren, expandierende Transportumsätze, relative Verselbständigung der Finanzmärkte gegenüber der mit ihnen verquickten „Realwirtschaft“ und das wachsende Gewicht der transnationalen Unternehmen bzw. Konzerne (TNK) in der Weltwirtschaft gehören zusammen.

2.2 Zur neuen Stufe der Produktion von relativem Mehrwert

Anfang der 90er Jahre gab es etwa 7000 multinationale Unternehmen, inzwischen sind es weltweit etwa 65.000 Muttergesellschaften und 850.000 bis 900.000 dazugehörige ausländische Tochtergesellschaften (Wikipedia 2019). Die 100 größten TNK verfügen über 16 Prozent des globalen Produktivvermögens, die 300 größten über mehr als 25 Prozent. Ungefähr zwei Drittel der globalen Warenströme werden durch multinationale Unternehmen verursacht (rechtshnegrenzen). Die auf TNK zurückgehenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesse haben dazu geführt, dass die Marktanteile der jeweils zehn mächtigsten Konzerne in ganzen Bereichen eine absolute globale Monopolmacht erlangten, wie z.B. in dieser Tabelle deutlich zu sehen:

Tabelle 1: Zentralisation des Kapitals in ausgewählten Branchen

Bereich	Marktanteil der Top 10 am Welthandel in Prozent
Saatgut	73
Pestizide	100 (Top 5: 84; Bayer-Monsanto: 30)
Agrarhandel	90
Lebensmittelhersteller	90
Landmaschinen und mit ihrer Nutzung verbundene Daten	65

Quelle: Michelsen 2018, 2, 3

Chesnais stützt sich auf Marx, wenn er auf die forcierte internationale Zentralisation des Kapitals als eine Spezifik der Akkumulation des Kapitals durch das moderne Monopol verweist (Chesnais 2016, 92). Sie bewirkt nicht zuletzt eine Zentralisierung von Kapitalerträgen in den High-Tech-Bereichen der globalen Industriezentren (Sawaya 2006, 53, 79, 80-81). Dort prägen TNK die Produktions- und Konsumtionsstrukturen und sie sind Akteure weiterer Transnationalisierung. Diese TNK stützen sich insbesondere auf die Bereiche Grundstoffe, Chemie, Energie, Transport, Agribusiness, „Verteidigung und Sicherheit“, auf Hochtechnologien und die Finanzsphäre. Zuvor getrennte Technologien verschmelzen zunehmend, was dann wiederum traditionelle Branchen-

grenzen verwischt. Das berührt auch Fragen der „Sicherheit“ – von betrieblichen Abläufen über Verwaltungsprozesse bis hin zur Hochrüstung.

Die transnationale technologisch-ökonomische Modernisierung schreitet auf diese Weise voran mit

- 1) galoppierender globaler Erwärmung und dem Schwund der Biodiversität;
- 2) gravierenden demographischen Veränderungen und chaotischer Neustrukturierung von kulturellen Hierarchien, der Zerstörung und Neukonfiguration von Monopolverhältnissen in der Gesellschaft, korrespondierend und entgegengesetzt zu den „natürlichen Monopolen“ im oben dargelegten Verständnis, also als Kapital einer Kapitalverwertungskoooperation, organisiert als Kapitalgesellschaft;
- 3) Kämpfen um die Neuordnung politischer und geographischer Räume nach dem Ende des „Staatsozialismus“, beim Ver- und Zerfall wie bei Neugründungen von Staaten, mit dem Anwachsen gewaltbereiter Separatistenbewegungen.

Die entscheidenden Eigentümer, Manager und Repräsentanten setzen sich mit den zuvor schon angesprochenen Begrenzungen für ihre Profitmaximierung auseinander (S. 365) und rufen nach Freihandel, Liberalisierung, nach Kommerzialisierung und Privatisierung des Öffentlichen, nach staatlicher bzw. suprastaatlicher Regulierung von Konkurrenz, Qualifikation, Beschäftigung und Migration, sowie nach staatlicher bzw. suprastaatlicher Organisation des Schutzes von privaten/privatisierten Investitionen und geistigem Eigentum, von Infrastrukturen, von die wirtschaftlichen Prozesse verbindenden Strukturen. Es entstehen neue, vielfach netzwerkartige Unternehmensorganisationen und es kommt zu neuen Unternehmenszusammenschlüssen sowie zu Abspaltungen von Geschäftsbereichen. Es expandieren neue Märkte, wobei dann auch bisherige Austauschmuster und damit traditionelle wirtschaftliche Akteure zerstört werden. Es wächst kollektive Monopolmacht und somit eine gesellschaftliche Erpressungs- und (letztendlich destruktive) Gestaltungsmacht (Chesnais 2016, 133, 144).

Den TNK geht es um Autonomie (Sawaya [2006], 53), nichtmonopolistischen wirtschaftlichen Akteuren und Staaten geht es um eine möglichst stabile Kooperation mit TNK. Ricci reflektiert – wenn auch in werttheoretisch problematischer Weise – ein durchaus reales Problem, wenn er aus der Sicht des in der internationalen Arbeitsteilung Schwächeren eine Entwertung von dessen vergegenständlichter verausgabter gesellschaftlicher Arbeit ausmacht. Zugleich sieht er eine Aufwertung vergegenständlichter international verausgabter gesellschaftlicher Arbeit des stärkeren Partners in einer Monopolstellung (Ricci 2019, 234-244). Erst recht ist Ricci beizupflichten, wenn er darauf verweist, dass die im internationalen Vergleich niedrigen Löhne des Schwächeren, die Grenzen für die Qualitätssteigerung seiner Produktion und die Schwierigkeiten beim Fondsvorschuss strukturelle Probleme seiner Kapitalakkumulation darstellen.

2.3 Globalisierte Werttransformationen

Der Profit, den das Monopol im engen Sinne bzw. die Verwertungskoooperation oder Kapitaloligarchie realisiert, ist das Ergebnis 1) der Mehrwertproduktion und -aneignung im konkreten Unternehmen, 2) der Partnerschaft mit Ressourcenbeschaffern (z.B. Staaten, Kreditgebern, Anwendern von Kinderarbeit, z.B. für die Lieferung billiger Schokoladen- oder Kosmetikbestandteile), 3) der Einkommensumverteilung und der Datenaneignung von Kundinnen und Kunden, von großen Teilen der Gesellschaft, insbesondere über Finanzmarkttransaktionen, 4) des Diktats von Ge-

schäftsbeziehungen, 5) der Ersparnis von Produktions- und Zirkulationskosten, 6) der Aneignung von Ressourcen und der Patentierung von allgemeinen Reproduktionserfordernissen, 7) der Beeinflussung dieser Faktoren durch staatliche Politik und die Politik der Kapitaloligarchie(n). Dazu gehören die Mobilisierung von zusätzlichen Ressourcen – über Aufträge, Subventionen und Beratung, eine zielgerichtete Regulierung durch Akteure der Kredit-, Währungs-, Haushalts- und Finanzpolitik, der Rechtsetzung bzw. des Abschlusses internationaler Abkommen, sowie von Sanktionen, informellen Absprachen und schließlich auch von Eroberung und Raub.

Die konkrete Monopolgesellschaft kann in nur einem Wirtschaftszweig angesiedelt sein und dennoch auch in anderen Branchen operieren. Sie kann ebenso als ein Konglomerat organisiert sein und mit ihren Geschäftsfeldern über verschiedene Branchen hinweg agieren. Im Konglomerat werden Ressourcen, Werte, insbesondere Mehrwert und Profit umbewertet und umverteilt. So oder so erfolgt in der globalisierten Wirtschaft die Herausbildung eines gewichteten transnationalen bzw. internationalen Durchschnitts monopolistisch geprägter verausgabter gesellschaftlicher Arbeit zur Reproduktion einer kapitalistisch produzierten Warenart. Und auf dem monopolistisch geprägten Markt oder in den monopolistisch geprägten Geschäftsbeziehungen mit entsprechenden Ein- und Verkaufspreisen zeigt sich, inwiefern diese gesellschaftliche Arbeit dann gesellschaftliche Anerkennung bzw. Abwertung erfährt. „Der *monopolistische Kostpreis* ... wird durch die Monopolstellung auf dem Gebiet der Versorgung mit besonders ergiebigen und billigen Rohstoffen, auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Erfindung und Entwicklung, auf dem Gebiet der Versorgung mit besonders hoch spezialisierten und produktiven, aber auch mit relativ billigen Arbeitskräften (für die Massenproduktion) unter das Niveau in den nichtmonopolistischen Unternehmen gedrückt. Die Mehrwertmasse, das heißt die Menge des *produzierten Monopolprofits*, die aus dem einzelnen im Monopolunternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten herausgepresst wird, ist hingegen in der Regel größer als die Masse an Mehrwert beziehungsweise Profit, die pro Arbeiter von kleineren Kapitalen erzielt wird.“ (Autorenkollektiv 1986, 516-517) Das gilt, wo immer Monopolgesellschaften mit nichtmonopolistischen Unternehmen in technisch-technologisch unterscheidbaren Produktionszweigen konkurrieren. Mit dem Begriff „*monopolistischer Reproduktionspreis*“ (ebd., 519) wollte Klein erklären, dass der Marktpreis den monopolistischen Kostpreis und den Mehrwert in einer erforderlichen Höhe realisieren muss, um (beim Vorhandensein von Branchen mit unterschiedlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals und unterschiedlichen Umschlagzeiten) eine proportionale Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen (ebd.). So ist der monopolistische Reproduktionspreis „eine Vermittlungskategorie zwischen Wert und Preis, über die sich die notwendigen Proportionen der Produktivkraftentwicklung in einer durch die monopolistische Verwertung deformierten und verzerrten Weise durchsetzen“ (ebd., 520).

Zugleich versuchen die Monopolgesellschaften, in diesem Prozess ihre „wechselnden Bedürfnisse der Kapitalakkumulation“ (ebd., 517-519) geltend zu machen. Dazu vier Anmerkungen:

1) Unter den Bedingungen von Konglomeraten, transnationaler Produktion, integrierten Technologien und verschwimmenden Branchengrenzen wächst die Tendenz, dass das Monopolunternehmen zunehmend mit unternehmensinternen Verrechnungspreisen so operiert, dass der konzipierte individuelle Produktionspreis der Warenart stärker von internen Unternehmenserwägungen beeinflusst wird. Es zeigt sich hier ein Unterschied zwischen dem Preis, der im Ausgang von den Reproduktionsaufwendungen der kapitalistisch produzierten konkreten Ware kalkuliert ist und dem Preis, dessen Kalkulation von den erforderlichen Reproduktionsaufwendungen des kapi-

talistischen Unternehmens ausgeht. Die Konkurrenzbedingungen für die konkreten Warenarten bestimmen diese Differenz. Dieses Problem ist nicht erst mit der Transnationalisierung und der technologischen Revolution entstanden, aber seine Dimension und Bedeutung wachsen mit ihr.

2) Die Kapitaloligarchie orientiert auf die forcierte Patentierung von Forschungs- und Entwicklungsleistungen und von biologischen Organismen; es drängt sie zur Monopolisierung von konkreten Reproduktionserfordernissen. Diese Phänomene sind mit dem Ausschluss von Akteuren von der Partizipation an Gemeingütern, mit Monopolpreisen und der Expansion von trans- und internationalen Rentenbeziehungen verbunden: monopolisierte Produktions- und Reproduktionsbedingungen und fortschreitende transnationale Arbeitsteilung, die mit intraindustrieller Arbeitsteilung verbunden ist, erklären das wachsende Gewicht der absoluten Rente im Vergleich zur Differentialrente (siehe auch Ricci 2019, 234-235). Schon lange hat die dadurch motivierte internationale Debatte zu den geistigen Eigentumsrechten und zum Investitionsschutz verheerende Konsequenzen und für ganze Bevölkerungsgruppen im „globalen Süden“ sogar tödliche Folgen.

3) Unter den diskutierten Bedingungen prägen die Reproduktionsbedürfnisse der TNK zunehmend die herrschende Wirtschaftspolitik. Die Herausbildung der Proportionen für den Fortgang der internationalen Arbeitsteilung kann nicht allein über monopolistische Reproduktionspreise erfolgen bzw. diese Preise werden relevant von außerökonomischen Momenten geprägt. Die Herstellung von Proportionen der gesellschaftlichen Reproduktion wird immer komplizierter und zunehmend eine Angelegenheit, welche die Kapitaloligarchien mit ihren staatlichen und suprastaatlichen Akteuren aushandeln müssen. Diese Oligarchien wachsen dabei zum einen um Vertreter weiterer gesellschaftlicher Bereiche – „der Politik“, „der Sicherheit und Verteidigung“, der Beratung und Buchführung, der Kultur und Wissenschaft, der Medien, des Lobbying, der wichtigsten Wirtschaftspartner und sogar der Zivilgesellschaft. Zum anderen wächst tendenziell auch das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gewicht der Kapitaloligarchie(n).

4) Nur als ein Beispiel ist hier die Tendenz zur Überproduktion des Angebots liquider Geldmittel und zur Spekulation auf den Finanzmärkten anzuführen: Sie befördert strukturell Finanzkrisen, ist aber zugleich ein Reproduktionsbedürfnis der Kapitalverwertungs Kooperation, das von deren widersprüchlichem Interesse an der Destabilisierung von Kontrahenten herrührt. Die Unternehmen in der EU, insbesondere die TNK, sind insgesamt Netto-Gläubiger. Sie investieren nur vereinzelt, um die sozialökologische Transformation zu forcieren und speisen auch nur in einem völlig unzulänglichen Umfang bestehende soziale Sicherungssysteme. Eher fordern sie Steuererleichterungen, staatliche und suprastaatliche Investitionen in eine ihnen genehme Infrastruktur, sowie die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen bzw. wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Diese Konzerne behalten einen erheblichen Teil ihrer Profite ein und parken sie in Finanzanlagen und auf Bankkonten. So wachsen finanzielle Vermögenswerte in den Händen von Unternehmenseigentümern bzw. von Reichen. Aber die Löhne stagnieren und vielfach sinken sogar die Realeinkommen von großen Teilen der Bevölkerung. Die Finanzanlagen der Unternehmen haben in den EU-Mitgliedsländern mit Leistungsbilanzüberschüssen (z.B. in Deutschland und den Niederlanden) besonders zugenommen und den Druck zu Kapitalexporten forciert (Redeker 2019, 2-5). So kommt es zu neuen makroökonomischen Ungleichgewichten, zu Instabilitäten und zu neuer Spekulation, die immer zuerst die Schwächeren treffen. Kapitalexporte sollen dabei helfen, auch im Ausland die Ausbeutung von Menschen fortzusetzen bzw. zu verstärken. Sie verfestigen und erweitern derartig destruktive Wirtschaftsstrukturen. Auch im Land des Firmensitzes bzw.

in der EU wird weiterhin unterlassen, was gesellschaftlich erforderlich wäre. Wachsende TNK bedeuten daher immer auch wachsende soziale, ökologische und globale Probleme.

Einige Schlussfolgerungen

Der Text diskutiert Aspekte sowohl von theoretischer und methodologischer Dimension als auch von politisch-konzeptioneller und politisch-praktischer Dimension. Sehr bewusst wurde auf die Begriffe „Monopolkapital“ wie „Monopolkapitalismus“ und „Finanzkapital“ verzichtet. Ihre Verwendung hatte vielfach mit vereinfachten Erklärungen von gesellschaftlicher Entwicklung zu tun. Diese waren für die sozialistische Bewegung verheerend und sollen an anderer Stelle radikal kritisiert werden. Hier wurde nun *zum einen* versucht, die neue Qualität der Kapitalverhältnisse, die insbesondere mit der Aktiengesellschaft verbunden sind, als Vergesellschaftung des Kapitalmonopols durch die Kapitaloligarchie zu erklären. *Zum anderen* wurde versucht, ein Herangehen zu entwickeln, das die Arbeit an politischen Strategien der sozialistischen Kräfte unterstützt. Sie sind insbesondere gegen das kapitalistische Monopol im engen Sinne als gesellschaftliches Verhältnis und somit als Akteurszusammenhang gerichtet. Dieses ist dabei bzw. droht ganz konkret, das Menschsein, die Gesellschaft und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören und damit auch jede Möglichkeit einer Gesellschaft der Freien und Gleichen in intakter Natur zu blockieren, denn dieses Monopol

- monopolisiert Lebensbedingungen – wie etwa Pflanzen –, wie sie zur Ernährung und Gesundung von Menschen und Tieren erforderlich sind;
- monopolisiert Daten, Produktions- und Reproduktionsmittel und bestimmt, was wie unter welchen Bedingungen produziert wird;
- beutet die in der Produktion Arbeitenden aus;
- bewirkt fortwährend „falsche sociale Werthe“ (MEGA II/15, 646) produzierter Waren, indem es in der globalen Konkurrenz Marktwerte hervorbringt, die nicht dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand zur Reproduktion der Ware entsprechen;
- ist Verursacher und Katalysator von Rentenbeziehungen, welche ein Tribut der Gesellschaft an das Monopol darstellen und die Existenzen lokaler Produzenten vernichten;
- organisiert personenbezogene Daten zur Kontrolle und Überwachung, zur effektiveren Nutzung und Gestaltung kommerzialisierter und privatisierter Humandienstleistungen, zur erneuten Monopolisierung von Reproduktionsbedingungen;
- verteilt über erzwungene „Kapitalbeteiligung“ und verzinste Geldoperationen Einkommen und Vermögen um und beutet so auch auf dem Weg über die Zirkulation aus, insbesondere über die Finanzmärkte;
- ‘peitscht’ mit jeder Kommerzialisierung und Privatisierung des Öffentlichen Umverteilungsprozesse und neue Kapitalakkumulation geradezu an;
- es bestimmt die gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweisen;
- es verhindert Selbstbestimmung, deformiert unentwegt Menschen körperlich, nervlich und mental, macht sie massenhaft im wörtlichen und übertragenen Sinne ‘kaputt’;
- es verschmutzt die Luft, das Wasser und die Böden und beraubt die Ökosysteme und treibt sie zum Kollabieren, nicht zuletzt über Menschen tötende „Militäreinsätze“.

Das kapitalistische Monopol im engen Sinne bzw. – um nochmals auf den Akteurszusammenhang zurückzukommen – die mit ihm verbundene Kapitalverwertungs-kooperation oder -oligarchie

ist dazu fähig, weil sie sich auf von ihr geschaffene Unternehmen und ein durch sie wiederum gestaltetes Kreditsystem stützt⁶; weil sie Monopolverhältnisse reproduziert und unablässig auf Kosten der sozial und global Schwachen relevante Teile der Gesellschaft korrumpiert oder erpresst bzw. durch die Gewährung oder den Entzug ökonomischer Vorteile unter Druck setzt und sich unterordnet. Die emanzipativ-solidarischen Akteure vermögen es noch immer nicht, aus der Analyse des Handelns der Mitglieder der Kapitaloligarchien, insbesondere ihrer Planungsprozesse und Reaktionen auf Krisen, jene Widersprüche aufzuspüren, auf deren Basis wirksame Gegenstrategien entwickelt, organisiert und realisiert werden können. Sie haben es noch immer nicht gelernt, offensiv gegen Monopole und deren Privilegien vorzugehen und mit konzertierten Solidaritätsaktionen den jeweils konkret Kämpfenden zu einem nachhaltigen kollektiven Erfolg zu verhelfen. Es fehlt hier vor allem an einer gemeinsamen Analyse, die sich auf historische Entwicklungen erstreckt, an einer selbstkritischen Reflektion des eigenen Tuns, an einer politikwirksamen Solidarisierungspraxis und an einer kollektiven Arbeit an Strategien. So stehen auch immer noch (und insbesondere) die politökonomische Diskussion und Kritik der Schriften von Eric Hobsbawm aus.

Es gibt eine Vielzahl von Aktionen und Initiativen, die einen oder mehrere Aspekte der Reproduktion von Kapitaloligarchien betreffen. Da geht es um ein anderes Geld-, Finanz- und Steuersystem und insbesondere um die Beseitigung von Steuerschlupflöchern, um die Durchsetzung von gesetzlichen Standards für transnationale Konzerne und um ihre Regulierung, um den Schutz, die Demokratisierung und Stärkung der Gemeingüter, an denen jede und jeder teilhaben kann, sowie um demokratische, soziale und ökologische Mindeststandards als Schritte zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung. Darüber hinaus werden konkrete transnationale Konzerne oder internationale Akteure wie die Europäische Investitionsbank weiter genau beobachtet und zum Zentrum von Kampagnen, um ihr und staatliches bzw. suprastaatliches Handeln konkret zu beeinflussen.

Menschen kommen zusammen, um besondere Abkommen, z.B. Freihandelsabkommen, zu verhindern oder um wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Akteure zum Verzicht auf besondere Vorhaben oder zum Handeln gegen TNK-Interessen zu drängen. Oder die Menschen kommen zusammen, um von Tod und Verletzung oder von Vertreibung Bedrohte und um natürliche Lebensbedingungen zu schützen. Jede emanzipativ-solidarische Aktion verdient Unterstützung – und nach Möglichkeit auch eine Vernetzung mit anderen. Aber sie verdient zugleich auch solidarische Kritik wegen ihrer Beschränktheiten. Diese sind immer gut begründet und ohne eine derartige Beschränkung würde die Aktion auch gar nicht stattfinden können, aber sie drohen eben auch, die nachhaltige Wirksamkeit der Aktion und erst recht die Durchsetzung gerechter Problemlösungen in Frage zu stellen. Es würde also ein kollektiver organischer Akteur gebraucht, der Aktionen emanzipativ-solidarischer Akteure von zwei Prämissen ausgehend beobachtet:

1) weil jeder Mensch selbstbestimmt in Würde und intakter Natur leben können soll, soll unterstützt werden, wer zuerst den sozial und global Schwächsten helfen und die sozial und global Stärksten, die Kapitaloligarchien, angreifen will.

2) Weil sich die Kapitaloligarchien auf gemeinsames transnational agierendes Kapital und auf von ihnen geschaffene Wirtschaftsstrukturen stützen, müssen die Angriffe gegen sie diese

6 Dabei schwindet allerdings die Rolle von stofflich verkörperter Geldware. Sie wird demonetisiert.

Strukturen als solche in Frage stellen. In der gegenwärtigen Situation der politischen Defensive bedeutet das *erstens*, ihre weitere Stärkung zu verhindern und Aktionen zu unterstützen bzw. zu organisieren, die gegen Kriege, gegen Ernährungs- und Finanzkrisen, gegen Seuchen, gegen globale Erwärmung und den Schwund der Biodiversität, sowie gegen Repression gerichtet sind. Der zu schaffende organische Akteur würde also über die Aktionen berichten und zielgerichtet alle diejenigen informieren, welche mit der Organisation von anderen Aktionen befasst sind. Er würde derart gezielt Vernetzungen empfehlen und sie auch herstellen helfen. Ferner würde er kommunizieren, was seiner Meinung nach zu tun wäre, um schon mit der laufenden Arbeit an der konkreten Aktion auch wirksame Folgeschritte vorzubereiten – etwa den Kreis der aktiv Beteiligten zu erweitern und/oder das konkret Erreichbare noch auszuweiten. Dafür sind vielfach auch solidarische Aushandlungsprozesse vonnöten, wenn z.B. der eigene Fokus erweitert werden sollte oder wenn über Prioritäten gestritten wird.

Ein derartiger organischer Akteur würde auch Ergebnisse von Aktionen als wichtiges Moment laufender Arbeit kritisch auszuwerten haben. An dieser Stelle werden zumindest zwei weitere Probleme sichtbar: *zum einen* reicht es nicht, sich auf der internationalen Ebene zu bewegen, zumal Konzerne konkrete Standorte haben und Menschen sich zuerst vor Ort engagieren können. Der organische Akteur wird also als ein auf und zwischen den verschiedenen politischen Handlungsebenen arbeitendes politisches Subjekt gebraucht. *Zum anderen* muss er – egal auf welcher Ebene – Wissen und Wege zu seiner Vermehrung finden und vermitteln. Er kann nur leisten, was hier skizziert wird, wenn er sein Fundament dafür ständig qualifiziert und gängige herrschende Fetischismen zerstört. So scheint es ja, dass es „uns“ nur gut gehen könne, wenn es „der Wirtschaft“ gut gehe. Doch wer ist „wir“ bzw. gehört zu „uns“? Dass es gleichzeitig der von TNK geprägten Wirtschaft und allen Menschen nicht gut gehen kann, ist erwiesen. Offensichtlich ist auch, dass der organische Akteur nicht von selbst entstehen wird; und dass es konkreter, qualifizierter Kritik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse bedarf, um „Classenprivilegien und Monopole“ unter den gegenwärtigen und potenziellen emanzipativ-solidarischen Kräften anzugreifen und zu überwinden.

Literatur

- Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Klein (1986): Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch, Berlin.
- Bode, Thilo (2018): Die Diktatur der Konzerne. Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören, Frankfurt/M.
- Chesnais, Francois (2016): Finance Capital Today. Corporations and Banks in the Lasting Global Slump, Leiden/Boston.
- Dellheim, Judith (2019): EU als (mögliche) bändigende Regulatorin transnationaler Konzerne, in: Ulrich Busch/Michael Thomas (Hg.), Transformation im aktuellen Kontext, Chancen – Ambivalenzen – Blockaden, Berlin, 145-162.
- Hobsbawm, Eric [1994] (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.
- Kohlmeier, Gunter (1984): Vorwort zu Hans-Peter Krüger, Werte und Weltmarkt. Zur Bildung und Realisierung internationaler Werte, Berlin, 7-19.
- Klein, Dieter [1987](1989): Krisen des Kapitalismus – Strategien und Tendenzen, Berlin.
- Luxemburg, Rosa [1913]: Die Akkumulation des Kapitals, Gesammelte Werke, Band 5, Berlin.

- Marx, Karl [1894]: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Dritter Band, MEGA II/15.
- [1894a]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Herausgegeben von Friedrich Engels, MEW 25.
 - [1890]: Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, Erster Band, MEGA II/10.
 - [1884–1885]: Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, Zweites Buch, Redaktionsmanuskript von Friedrich Engels, MEGA II/12.
 - [1863–1865]: Das Kapital (Ökonomisches Manuskript 1863–1865). Drittes Buch, MEGA II/4.2.
 - [1864]: Provisorische Bestimmungen der Internationalen Arbeiterassoziation. Übersetzung aus dem Englischen, MEGA I/20, 54-58.
 - [1851]: Exzerpte und Notizen, MEGA IV/9.
 - [1847]: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: MEW 4, 63-182.
 - [1843–1845]: Exzerpte und Notizen, MEGA IV/2.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich [1871–1895]: Manuskripte und redaktionelle Texte zum Dritten Buch des „Kapitals“, MEGA II/14.
- Michelsen, Lena (2018): Too Big to fail? Nicht mit uns. Wegmarken für eine starke Fusionskontrolle, Berlin.
- Proudhon, Pierre-Joseph [1846](2003): System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends, hg. von Lutz Roemheld und Gerhard Senft, Berlin.
- Ricardo, David [1821](1979): Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Berlin.
- Ricci, Andrea (2019): Unequal Exchange in the Age of Globalization, in: Review of Radical Political Economics 2019, Vol. 51(2) 225–245.
- Redeker, Nils (2019): Unlocking Europe’s Piggy Bank. Corporate Saving, Labor Power and Policies for Investment, Berlin.
- Sawaya, Rubens R. [2006] (2018): Subordinated Development. Transnational Capital in the Process of Accumulation of Latin America and Brazil, Leiden/Boston.
- Smith, Adam [1786](1975): Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, In drei Bänden, Band II, Berlin.
- [1786](1984): Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, In drei Bänden, Band III, Berlin.

Internet-Quellen

- rechtohnegrenzen: <http://www.rechtohnegrenzen.ch/de/fakten/konzerneinderschweiz/> (Zugriff am 28.10.2019)
- wikipedia 2019: https://de.wikipedia.org/wiki/Multinationales_Unternehmen (Zugriff am 28.10.2019)

Nicole Mayer-Ahuja

Streit um Zeit

Marx' Beitrag zur Analyse von aktuellen Veränderungen der Arbeitswelt

Das öffentliche wie wissenschaftliche Interesse an Karl Marx nimmt stetig zu. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ ist dafür ein guter Indikator. Schrieb Michael Thumann am 5.10.2000 noch darüber, „Wo Marx sich irrte“, widmete dieselbe Zeitung dem Marx'schen Werk am 26.01.2017 einen thematischen Schwerpunkt unter der Überschrift: „Hatte Marx doch recht?“ Verteilt über verschiedene Ressorts war zu lesen: „Er ist wieder da“, „Marx wahre Leistung“, „Marx hätte Ceta gewollt“, „Marx für Angeber“ – nur Thomas Piketty behauptet in derselben Ausgabe „Das Kapital ist konfus“, verbunden mit dem Zusatz: „Mein Buch ist besser zu lesen“. Auch an den Universitäten erfreuen sich Lehrrängebote zu Marx wachsender Beliebtheit, und anlässlich seines 200. Geburtstags fanden so viele Konferenzen und Vorträge zu Ehren des Jubilars statt, dass man kaum daran vorbeikam, sich mit diesem Mann (und manchmal sogar mit seinem Werk) zu befassen. Teilweise geschah dies in ausdrücklich historisierender Absicht – Marx erschien dann als kluger Kopf des 19. Jahrhunderts, dessen Denken „zu seiner Zeit“ bemerkenswert gewesen, für unsere Gegenwart jedoch nicht mehr anschlussfähig sei. Es wurde jedoch durchaus auch die Frage aufgeworfen, welchen Beitrag die Marx'schen Überlegungen zur Analyse jener tiefgreifenden Veränderungen leisten können, durch die der gegenwärtige Kapitalismus geprägt ist. Dies gilt auch und nicht zuletzt für die Arbeitswelt.

1. Marx und die Arbeitssoziologie

In der Arbeitssoziologie spielt der Bezug auf marxistische Konzepte traditionell eine wichtige Rolle. So argumentiert Heiner Minssen, der sich wohl kaum als Marxist bezeichnen würde, in seinem Einführungswerk:

„Die Arbeits- und Industriesoziologie analysiert in allen Bereichen von Erwerbstätigkeit die unterschiedlichen Formen und die Folgen der Transformation von Arbeitskraft in Arbeit.“ (Minssen 2006, 22)

Diese Transformation wird als „sozialer Prozess“ vorgestellt, „der nicht nur (durchaus ungeplante) Folgen für die Gestaltung von Arbeit, sondern für die Gesellschaftsstruktur insgesamt hat“ (ebd., 22f.). Marx' Erbe ist hier unverkennbar, beruht das Transformationsproblem doch darauf, dass der Kauf der „besonderen Ware Arbeitskraft“ nicht automatisch die Realisierung ihres Gebrauchswertes einschließt (siehe unten). Zugleich geht Marx deutlich über die gängigen Perspektiven der Arbeitssoziologie hinaus. Während Letztere den Fokus vor allem auf Arbeit im Kontext von Betrieb und Unternehmen richtet und diese meist im Rahmen ausgefeilter Betriebsfallstudien (vgl. Wittemann u.a. 2010) studiert, nimmt Marx in seinem analytischen Zugriff auf Arbeit eine Vielzahl von Analysedimensionen in den Blick: Arbeit erscheint in seinem Werk als Bedingung für das Mensch-Sein und Ursprung gesellschaftlichen Reichtums – und im Kapitalismus als

Voraussetzung für die Verwertung von Wert. Die Organisation von Arbeit und Arbeitsteilung ist aus seiner Sicht Grundlage für den Arbeitsprozess, konstituiert also jenes Konfliktfeld, wo Arbeit und Kapital direkt aufeinandertreffen. Erwerbsarbeit fungiert als Scharnier zwischen Logiken der „Produktion“ von Gütern und Dienstleistungen einerseits, der Reproduktion von Arbeitskraft andererseits. Darauf basiert schließlich jenes komplexe kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dessen Dynamik in der Aneignung von Mehrarbeit wurzelt, das (zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Weltregionen je spezifische) Auswirkungen auf die konkrete Gestaltung von Erwerbs- wie Reproduktionsarbeit hat und das sich in oft ungleichgewichtigen, aber doch verbundenen Entwicklungen niederschlägt (vgl. Mayer-Ahuja 2019).

Eine solche Erweiterung der analytischen Perspektiven auf Arbeit liegt nicht zuletzt in Bezug auf Fragen der Arbeitszeitgestaltung nahe, die sowohl bei Marx als auch in gegenwärtigen Debatten eine besonders große Rolle spielen. Nähern wir uns also dem Streit um Arbeitszeit, wie es der vorliegende Band ankündigt, „auf den Schultern von Marx“.

2. Kampf um den Arbeitstag – (k)ein neues Thema

Unter den Veränderungen der Arbeitswelt, die Gewerkschaften und Medien, Politik und Arbeitende derzeit gleichermaßen beschäftigen, nimmt Arbeitszeit eine herausragende Position ein. Zu beobachten war dies etwa anlässlich der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2018. Über Jahrzehnte hatte man sich daran gewöhnt, Tarifkonflikte als weitgehend ritualisierten Akt der Austragung partikularer Interessen wahrzunehmen, der wenig mit gesamtgesellschaftlichen Fragen zu tun zu haben schien: Die vorwiegend männlichen Stammebelegschaften großer Industriebetriebe standen eben gelegentlich mit Fahnen und Trillerpfeifen vor den Betriebstoren, während am Verhandlungstisch Vertreter von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden über die Stelle nach dem Komma feilschten. Im Jahr 2018 hingegen wurde die Forderung der IG Metall, Beschäftigten unter bestimmten Bedingungen die Wahl zwischen mehr Lohn und mehr Freizeit zu eröffnen und dies tarifvertraglich abzusichern (vgl. Diekmann 2018; Lehdorff 2019, 43), öffentlich in einer solchen Breite und mit solchem Nachdruck als wegweisende gesellschaftspolitische Reforminitiative diskutiert, dass sich manche/r an die Aufbruchstimmung und breite Mobilisierung rund um die gewerkschaftlichen Kampagnen für eine 35-Stunden-Woche Mitte der 1980er Jahre (vgl. Bahnmüller 1985) erinnert fühlte. Seit Jahrzehnten war das Thema Arbeitszeit jedenfalls nicht mehr so präsent gewesen. Offenkundig fungierten die IG Metall-Forderungen als Ventil für einen immensen Problemdruck. Kaum ein Kneipengespräch oder Familienfest kommt derzeit ohne Klagen über „Arbeiten ohne Ende“ aus, und zahllose Presseberichte widmen sich arbeitsbedingtem „Burnout“, der 2019 von der Weltgesundheitsorganisation als „occupational phenomenon resulting from chronic workplace stress that has not been successfully managed“ in die „International Classification of Diseases“ aufgenommen wurde (WHO 2019). Das Thema Arbeitszeit ist allerdings kein neues Thema für die Arbeiterbewegung, sondern hat sie seit ihren Anfängen beschäftigt. Auch Karl Marx befasste sich unter anderem im achten Kapitel seines Werkes „Das Kapital“ intensiv mit dem „Arbeitstag“ (MEW 23, 245-320). Welchen Beitrag können seine Überlegungen nun zur Analyse heutiger Standards und zu jenen Auseinandersetzungen leisten, die im frühen 21. Jahrhundert um Arbeitszeit geführt werden? Immerhin, so scheint es, steht der „Kampf um den Arbeitstag“ wieder ganz oben auf der gewerkschaftlichen wie politischen Agenda.

3. Aneignung von Mehrarbeit als Kernproblem des Kapitalismus – Zeit als Maß der Freiheit

Marx' Studie über die Gestaltung und Regulierung von Arbeit in frühen englischen Industrieregionen aus dem Jahr 1867 beginnt mit einer theoretischen Erörterung der Bedeutung von Arbeitszeit für das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Unter der Überschrift „Grenzen des Arbeitstages“ argumentiert er zunächst, dass Arbeitszeit ein geeignetes Maß sei, um den Tauschwert von Arbeitskraft zu bestimmen, denn „[i]hr Wert, wie der jeder anderen Ware, wird bestimmt durch die zu ihrer Produktion nötige Arbeitszeit“ (MEW 23, 245). Wie lang die „notwendige Arbeitszeit“ jeweils ist, hängt von der konkreten historischen und räumlichen Konstellation ab, die man betrachtet. Dies verweist auf Standards von ökonomischer Produktivität und gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die sich je nach Weltregion, städtischem oder ländlichem Umfeld oder nationalstaatlicher Regulierung von Arbeit sehr unterschiedlich darstellen können. Zudem verändern sie sich über die Zeit hinweg – nicht zuletzt deshalb, weil die konkrete Gestaltung von Lohnarbeit nichts „objektiv Gegebenes“, sondern Gegenstand von sozialen Aushandlungen und Konflikten ist.

Zusätzlich zur „notwendigen Arbeitszeit“ fällt allerdings, so Marx, unter kapitalistischen Bedingungen „Mehrarbeit“ an, weil Arbeitende mehr Wert produzieren, als für die Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft notwendig wäre. Diese Mehrarbeit wird von Seiten des Unternehmens angeeignet – und darin liegt, so Marx, der eigentliche Grund, warum Arbeitskraft überhaupt als Ware gehandelt wird und kapitalistisches Wirtschaften seine ungeheure Dynamik entfaltet: Die rastlose Jagd nach mehr Arbeit, mehr Wert und mehr Profit basiert darauf, dass Arbeitskraft gekauft und optimal eingesetzt wird, um möglichst viel Mehrarbeit generieren und aneignen zu können. Letzteres setzt voraus, dass die Grenzen des Arbeitstages im jeweils spezifischen Interesse des Kapitals gestaltet werden – und dieses Interesse kann sehr unterschiedlich aussehen. Auf jeden Fall jedoch gibt die oft etwas harmlos und technokratisch daher kommende Frage nach Arbeitszeitgestaltung Aufschluss darüber, in welchem Maße Arbeit oder aber Kapital über die konkrete Nutzung von Arbeitskraft bestimmen – im Zugriff auf Arbeits- und Lebenszeit zeigt sich daher das strukturelle Machtgefälle zwischen ihnen besonders deutlich.

Marx geht allerdings noch einen Schritt weiter und argumentiert unter Verweis auf Hegel, dass Zeit sogar das eigentliche Maß sei, das über die „Freiheit“ von Lohnarbeit entscheidet – die wichtigste Innovation, die der Kapitalismus menscheitsgeschichtlich zu bieten hatte, hängt damit von der konkreten Verfügungsgewalt über Arbeitszeit ab. Erinnern wir uns an Marx' Ausführungen zu „doppelt freier Lohnarbeit“:

„die Arbeitskraft [kann] als Ware nur auf dem Markt erscheinen, sofern und weil sie von ihrem eignen Besitzer, der Person, deren Arbeitskraft sie ist, als Ware feilgeboten oder verkauft wird. Damit ihr Besitzer sie als Ware verkaufe, muß er über sie verfügen können, also freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person sein. Er und der Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markt und treten in Verhältnis zueinander als ebenbürtige Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine Käufer, der andre Verkäufer, beide also juristisch gleiche Personen sind. Die Fortdauer dieses Verhältnisses erheischt, daß der Eigentümer der Arbeitskraft sie stets *nur für bestimmte Zeit verkaufe, denn verkauft er sie in Bausch und Bogen, ein für allemal, so verkauft er sich selbst, verwandelt sich aus einem Freien in einen Sklaven, aus einem Warenbesitzer in eine Ware*. Er als Person muß sich beständig zu seiner Arbeitskraft als seinem Eigentum und daher seiner eignen Ware verhalten, und das kann er nur, soweit er sie dem Käufer stets nur vorübergehend, für einen bestimmten Zeitermin, zur Verfügung stellt,

zum Verbrauch überläßt, also durch ihre Veräußerung nicht auf sein Eigentum an ihr verzichtet.“ (MEW 23, 182, Hervorhebung: NMA)

Nur wenn der Arbeitstag, also die Phase, in der man die eigene Arbeitskraft anderen gegen Geld überläßt, eine klare Grenze hat, kann man laut Marx also überhaupt von „freier Lohnarbeit“ sprechen. Denn nur in diesem Fall macht es Sinn, trotz der (negativen) „Freiheit“ von den Mitteln, die selbständigen Unterhalt ermöglichen, und trotz des daraus resultierenden Zwangs zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft doch von der *formalen* Freiheit von Arbeitenden und einer *formalen* Gleichheit zwischen den Parteien des Arbeitsvertrags auszugehen. Nur so läßt sich die reale Fiktion von Freiheit aufrechterhalten, auf der Kapitalismus beruht. Verschwimmen die Grenzen des Arbeitstages oder fallen sie gar weg, so nähern wir uns laut Marx den Standards unfreier Arbeit, also einem Zustand, in dem nicht nur die Arbeitskraft, sondern die ganze Person in den Besitz eines anderen übergeht (vgl.: Ahuja 2013, 116-120).

Warum sollten diese theoretischen Grundüberlegungen nun für aktuelle Diskussionen über Arbeitszeit von Belang sein? Zwei Punkte verdienen besondere Beachtung.

Zum einen erinnert Marx an den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, wenn er argumentiert, dass die Gestaltung des Arbeitstages direkte Auswirkungen darauf hat, wer in welchem Maße von den Früchten gesellschaftlicher (Mehr-) Arbeit profitiert. Entsprechend stand in den Debatten über Arbeitszeitverkürzung, die Mitte der 1980er Jahre in Deutschland geführt wurden, eben nicht nur die Verteilung des (in vielen Branchen seit der weltweiten Wirtschaftskrise um 1973 rückläufigen) Arbeitsvolumens auf mehr Köpfe im Mittelpunkt, das der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dienen sollte. Vielmehr wurde nachdrücklich eine (anteilige) Weitergabe der Produktivitätsfortschritte an die Beschäftigten verlangt, weil diese in immer kürzerer Zeit immer mehr Wert schufen. Übersetzt wurde dies in die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit (möglichst vollem) Lohn- und Gehaltsausgleich. Dieses Ziel wurde letztlich nicht erreicht, und es spielt aktuell in gewerkschaftlichen Debatten kaum noch eine Rolle. Verzichtet man jedoch auf eine seriöse Analyse des aktuellen Verhältnisses von „notwendiger Arbeitszeit“ und „Mehrarbeit“, so nimmt man in Kauf, dass eine (auch heute von vielen geforderte) Umverteilung von Arbeitszeit sich letztlich darauf beschränkt, einen „Ausgleich“ zwischen unterschiedlichen Gruppen abhängig Beschäftigter zu schaffen. Manche sollen (Tages- oder Lebens-)Arbeitszeit reduzieren (und dafür auf einen Teil ihres Einkommens verzichten), damit andere Arbeitszeit und Einkommen erhöhen können. Die Frage nach einem angemessenen Anteil von Beschäftigten an dem von ihnen geschaffenen Reichtum – und damit nach dessen Umverteilung zwischen Arbeit und Kapital – gerät dabei aus dem Blick.

Zum anderen ist eine Auseinandersetzung mit dem gängigen, liberalen Freiheitsbegriff aus analytischen, aber auch aus politischen Gründen unumgänglich. Beim Kampf um den Arbeitstag ging es seit dem 19. Jahrhundert darum, den zeitlichen Zugriff von Unternehmen auf Arbeitskraft zurückzudrängen. Spätestens seit den 1980er Jahren hingegen wird die „Flexibilisierung von Arbeitszeiten“, also letztlich die schrittweise Infragestellung der von früheren Generationen von Arbeitenden erstrittenen Grenzen des Arbeitstages, als Freiheitsgewinn für Unternehmen wie Beschäftigte präsentiert. Folgt man hingegen der Argumentation von Marx, so stellt sich diese Entwicklung anders dar: Werden klare, rechtlich oder tariflich verbrieft und einklagbare Grenzziehungen in Frage gestellt, so weitet sich der unternehmerische Zugriff auf Arbeitskraft aus. Die formelle Freiheit von Lohnarbeit, die darin besteht, jenseits des vertraglich vereinbarten Arbeitstages „sich selbst zu gehören“ und über die eigene Zeit bestimmen zu können, verliert damit

an Substanz. Beschäftigte mögen es für einen Ausdruck selbstbestimmten Arbeitens halten, wenn sie nachts berufliche Emails schreiben und den Dienstlaptop mit in den Urlaub nehmen, und SoziologInnen mögen dies (verbunden mit vorsichtiger Kritik) zum „Arbeitskraftunternehmer[tum]“ stilisieren (Voß/Pongratz 1998). Die Überlegung von Marx ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass man damit „unfreier Arbeit“ und letztlich dem Status eines Sklaven, der seine Person und sein gesamtes Arbeitsvermögen einer anderen Partei überschreibt, gefährlich nahe kommt.

4. Transformationsproblem: zwischen Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtung

Marx legt großen Wert auf die Feststellung, dass wir es bei den Grenzen des Arbeitstages nicht mit einer „objektiven Größe“ zu tun haben, die sich etwa aus ökonomischen oder technologischen Notwendigkeiten ableiten ließe:

„Der Arbeitstag ist also keine konstante, sondern eine variable Größe. Einer seiner Teile ist zwar bestimmt durch die zur beständigen Reproduktion des Arbeiters selbst erheischte Arbeitszeit, aber seine Gesamtgröße wechselt mit der Länge oder Dauer der Mehrarbeit. Der Arbeitstag ist daher bestimmbar, aber an und für sich unbestimmt.“ (MEW 23, 246)

Die Dauer der Mehrarbeit, die gegenüber Arbeitenden durchgesetzt werden kann, hängt nicht zuletzt davon ab, auf welche konkrete Art und Weise abstraktes Arbeitsvermögen in konkrete Arbeitsleistung transformiert wird, denn Arbeitskraft ist laut Marx eine besondere Ware:

„Die eigentümliche Natur dieser spezifischen Ware, der Arbeitskraft, bringt es mit sich, dass mit der Abschließung des Kontrakts zwischen Käufer und Verkäufer ihr Gebrauchswert noch nicht wirklich in die Hand des Käufers übergegangen ist. Ihr Wert, gleich dem jeder anderen Ware, war bestimmt, bevor sie in die Zirkulation trat [...], aber ihr Gebrauchswert besteht erst in der nachträglichen Kraftäußerung. Die Veräußerung der Kraft und ihre wirkliche Äußerung, das heißt ihr Dasein als Gebrauchswert, fallen daher der Zeit nach auseinander“ (MEW 23, 188).

Betriebliche Arbeitspolitik, also die konkrete Festlegung, zu welchen Bedingungen Arbeitskraft von Unternehmen eingesetzt werden kann, wie Arbeit organisiert, koordiniert und kontrolliert wird und welche Interessen und Kräfteverhältnisse dabei zum Tragen kommen, gehört demnach zum Kern Marx'scher Kapitalismusanalyse. In Bezug auf die Gestaltung von Arbeitszeiten hebt er hervor, dass Unternehmen zwei unterschiedliche Strategien nutzen, um ihren „Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit“ (ebd., 280) zu stillen.

Die erste Strategie, den Ertrag der gekauften Arbeitskraft zu erhöhen, besteht darin, Arbeitszeiten bis an die Grenzen der physischen und psychischen Belastbarkeit (und darüber hinaus) auszuweiten. In der Studie „Der Arbeitstag“ schildert Marx (unter Rückgriff auf Berichte von Fabrikinspektoren) anschaulich, wie besonders Frauen und Kinder bis zur völligen Erschöpfung oder gar zum Tode schufteten. Den Bericht einer Londoner Tageszeitung vom Juni 1863 mit dem Titel „Death from simple overwork“ fasst er wie folgt zusammen:

„Es handelte sich um den Tod der Putzmacherin Mary Ann Walkley, zwanzigjährig, beschäftigt in einer sehr respektablen Hofputzmanufaktur, exploitiert von einer Dame mit dem gemütlichen Namen Elise. Die alte oft erzählte Geschichte ward nun neu entdeckt, dass diese Mädchen durchschnittlich 16 Stunden, während der Saison aber oft 30 Stunden ununterbrochen arbeiten, indem ihre versagende 'Arbeitskraft' durch gelegentliche Zufuhr von Sherry, Portwein oder Kaffee flüssig erhalten wird [...]. Mary Ann Walkley hatte 26 ½ Stunden ohne Unterlass gearbeitet, zusammen mit 60 anderen Mädchen,

je 30 in einem Zimmer, das kaum 1/3 der nötigen Kubikzolle Luft gewährte [...]. Mary Anne Walkley erkrankte am Freitag und starb am Sonntag, ohne, zum Erstaunen von Frau Elise, auch nur vorher das letzte Putzstück fertigzumachen. Der zu spät ans Sterbebett gerufne Arzt, Herr Keys, bezeugte vor der 'Coroner's Jury' in dürren Worten: 'Mary Anne Walkley sei gestorben an langen Arbeitsstunden in einem überfüllten Arbeitszimmer und überengem, schlechtventiliertem Schlafgemach'." (ebd., 269-270)

Diese Art der absoluten Mehrwertsteigerung durch größtmögliche Verlängerung des Arbeitstages scheint heute (zumindest in Europa) eine geringere Rolle zu spielen als zu Marx' Zeiten. Immerhin wurden inzwischen staatliche Arbeitszeitgesetze erstritten, und viele Tarifverträge schreiben Schutzstandards fest, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Allerdings ist zumindest bemerkenswert, dass der „Acht-Stunden-Tag“, für den etwa in Deutschland bis zu seiner Einführung im Jahr 1918 viele Jahrzehnte lang gekämpft worden war, heute alles andere als selbstverständlich ist. In Österreich zum Beispiel wurde im Jahr 2018 gegen Proteste der Gewerkschaften die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 10 auf 12 Stunden pro Tag verlängert. Die (wenig originelle) Begründung lautete, mehr zeitliche Flexibilität sei sowohl im Interesse von Unternehmen als auch von Beschäftigten, oder, wie es die Wirtschaftskammer Österreich in einem missglückten Kampagnenvideo im Vorfeld der Gesetzesänderung formulierte: „Geht's dem einen gut, geht's auch der anderen gut.“¹ In der Bundesrepublik wurde das Arbeitszeitgesetz bislang nicht „geschliffen“, doch auch hierzulande nehmen lange und überlange Arbeitszeiten faktisch zu. Zwar ist der erste Eindruck beim Blick auf Arbeitszeitstatistiken ein anderer, weil die durchschnittliche vertragliche Arbeitszeit rückläufig ist (die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten stagniert seit Mitte der 1990er Jahre, während Teilzeitarbeit und Minijobs boomen, die den Durchschnittswert „drücken“). Gleichzeitig ist die Vierzig-Stunden-Woche jedoch wieder zur am weitesten verbreiteten Wochenarbeitszeit geworden (vgl. Lehndorff 2019, 34f.), und die Kluft zwischen vertraglich vereinbarter und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit wird immer größer. Der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin zufolge lag die durchschnittliche vertragliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten 2016 bei 38,6 Stunden, die tatsächliche Arbeitszeit hingegen bei 43,5 Stunden pro Woche. Dieser Befund wiegt umso schwerer, als Erwerbstätige in Deutschland das durchschnittlich höchste Überstundenvolumen in der Eurozone haben (Jürgens u.a. 2017, 113) und deutsche Unternehmen zudem als „Vorreiter der Abschaffung der Überstundenabgeltung“ fungieren (Hackett 2012, 667).

Die zweite Möglichkeit, die Aneignung von Mehrarbeit zu perfektionieren, lag schon zu Marx' Zeiten darin, die Arbeitsleistung pro Zeiteinheit zu vergrößern, also Arbeit zu verdichten bzw. zu intensivieren, und dafür den Arbeitstag zu verkürzen. Nach seiner Beobachtung war dies oft eine Antwort auf die im Wortsinn verheerenden Folgen überlanger Arbeitszeiten. Verheerend deshalb, weil männliche Jugendliche nach Jahren langer und schwerer Erwerbsarbeit nicht mehr als Soldaten taugten, was auch in Deutschland erste staatliche Initiativen zur Einführung der Schulpflicht und zur Begrenzung von Arbeitszeiten beförderte. Für Großbritannien argumentiert Marx, dass gesetzliche Maßnahmen der Arbeitszeitreduzierung durchaus auch im Interesse von Unternehmen gewesen seien:

„Wenn also die naturwidrige Verlängerung des Arbeitstags, die das Kapital in seinem maßlosen Trieb nach Selbstverwertung notwendig anstrebt, die Lebensperiode der einzelnen Arbeiter und damit die

1 Siehe zu dem an Realsatire grenzenden Video, das nach heftigen öffentlichen Reaktionen schnell zurückgezogen wurde: https://www.youtube.com/watch?v=hAdMSQA9_XQ&t=106s (abgerufen am 25.02.2020)

Dauer ihrer Arbeitskraft verkürzt, wird rascherer Ersatz der verschlissenen nötig, also das Eingehen größerer Verschleißkosten in die Reproduktion der Arbeitskraft, ganz wie der täglich zu reproduzierende Wertteil einer Maschine um so größer ist, je rascher sie verschleißt. Das Kapital scheint daher durch sein eignes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen.“ (MEW 23, 281)

Die schrittweise Verkürzung von Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Intensivierung von Arbeitsleistung, die im Laufe des 20. Jahrhunderts zu beobachten war, fand vor allem dort statt, wo Unternehmen hohe Investitionen in Maschinen vornahmen, die dauerhaft zuverlässig und kompetent betrieben werden mussten, oder aus anderen Gründen (die oft in der Spezifik von Produkt oder Dienstleistung lagen) auf einen dauerhaften Einsatz qualifizierter Arbeitskraft angewiesen waren. Wer jahrelang in die Ausbildung von Beschäftigten investiert und Arbeitsprozesse gewährleisten muss, die langfristige Spezialisierung, hohe Konzentration und tiefe fachliche Expertise voraussetzen, versucht im eigenen Interesse, Arbeitskraft möglichst dauerhaft an sich zu binden und zu entwickeln – ihre vorzeitige Vernutzung durch überlange Arbeitszeiten scheint sich zu verbieten. Zudem war die Kombination aus intensivierter (etwa tayloristischer) Arbeitskraftnutzung einerseits, höheren Löhnen und mehr freier Zeit andererseits, wie ForscherInnen der Regulationsschule argumentieren, im Zeitalter des „Fordismus“ eine Voraussetzung für die einträgliche Verschränkung von Massenproduktion und Massenkonsum (Hirsch/Roth 1986, 50f.). Betrachtet man nun die Strategien, die zur Intensivierung von Arbeit dienen, so scheint es über die Jahrhunderte bemerkenswerte Kontinuitäten zu geben. „Mausereien von Minuten“ (MEW 23, 257) nennt Marx etwa die Praxis, ArbeiterInnen mal zwei, mal fünf Minuten von der Frühstückspause abzuziehen oder den Beginn des Feierabends hinauszuzögern. Der britische Historiker E.P. Thompson beschreibt in seiner Studie zur Durchsetzung von Zeitdisziplin im Zuge der Herausbildung des industriellen Kapitalismus ganz ähnliche Formen des „time thrift“ (der Zeit-Knauserie bzw. -ersparnis):

„Petty devices were used to shorten the dinner hour and to lengthen the day. ‘Every manufacturer’ [...], said a witness before Sadler’s Committee [...] want[s] to nip every corner that they can, so that the bell will ring to leave off when it is half a minute past time, and they will have them in about two minutes before time“ (Thompson 1993, 390)

Im frühen 21. Jahrhundert begegnet uns die „Mauserei von Minuten“ teilweise in neuer, durch digitale Technologien unterstützter Form – etwa bei den „Pickern“ in den Logistikzentren von Amazon, deren Handgriffe und Arbeitstempo durch Scanner in einer Konsequenz überwacht werden, von der Frederic Taylor, der Vater einer auf Zeitstudien basierenden „wissenschaftlichen Betriebsführung“, kaum zu träumen gewagt hätte (vgl. etwa: Nachtwey/Staab 2015). Zugleich wird der Kampf um die Minuten allerdings in vertrauter, gänzlich analoger Form fortgeführt. So berichtete im Jahr 2019 „The Independent“ über einen innovativen Toilettensitz, dessen Neigungswinkel (abfallend um 30 Grad) es unbequem mache, länger als unbedingt notwendig auf dem stillen Ort zu bleiben – beworben wird das Produkt mit der Ankündigung, Unternehmen könnten damit bis zu 4 Milliarden Britische Pfund pro Jahr an Personalkosten einsparen (Barr 2019). Der (mit mehr oder weniger religiösem Pathos vorgetragene) Wunsch, den Müßiggang („idleness“) von Arbeitenden zu reduzieren (vgl. Thompson 1993, 392), scheint also bis heute nichts an Aktualität eingebüßt zu haben.

Auch im frühen 21. Jahrhundert werden demnach beide Varianten der forcierten Aneignung von Mehrarbeit, die Marx beschrieben hatte, weiterhin genutzt. Bemerkenswert ist allerdings, dass aktuell zunehmend Formen von Arbeitszeitgestaltung zum Einsatz kommen, die eine Verlän-

gerung von Arbeitszeiten mit der Intensivierung von Arbeitsleistung verbinden. Dies geht meist mit Varianten indirekter Steuerung einher, bei der Projektziele und Deadlines von Vorgesetzten definiert werden, es jedoch den Arbeitenden überlassen bleibt, wann, wie lange und wo sie tätig sind. Da die Rahmenbedingungen (nämlich das zu erreichende Ziel, die personellen, technischen und finanziellen Ressourcen sowie die Bearbeitungsfrist) auch weiterhin durch das Unternehmen gesetzt werden, geht eine „freiere Arbeitsgestaltung“, die ohne Mikromanagement von Vorgesetzten auskommt, notwendigerweise mit wachsenden Anforderungen an das Engagement von Arbeitenden, ihre Selbstorganisation sowie die (nicht immer reibungsfreie) Abstimmung mit TeamkollegInnen einher – wer das geforderte Ergebnis erbringen will, muss sich individuell wie im Team nach der Decke strecken. Es entsteht, wie Peters und Glissmann (2012) unter Bezug auf Arbeitsprozesse bei IBM formuliert haben, „mehr Druck durch mehr Freiheit“. Besonders wirkungsvoll ist die Umstellung auf indirekte Steuerung, wenn sie durch die Einführung von „Vertrauensarbeitszeit“ flankiert wird. Bei diesem Arbeitszeitmodell werden Beginn und Ende der Arbeitszeit nicht länger erfasst – es gibt weder Stechuhr noch Arbeitszeitkonten oder Gleitzeitrahmen. Ursprünglich von vielen Unternehmen skeptisch beäugt, hat sich Vertrauensarbeitszeit inzwischen zu einer „Best Practice“ im Sinne der Aneignung von Mehrarbeit entwickelt. So berichtet etwa Hackett (2012, 670) unter Verweis auf die letzte Zeitbudgeterhebung (von 2001/02), die dieser Frage nachging, dass knapp 57 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mit „freier Arbeitszeitgestaltung“ eine tatsächliche Arbeitszeit von über 42 Stunden pro Woche leisteten, mehr als ein Drittel arbeitete sogar länger als 48 Stunden. Während also indirekte Steuerung oft zu einer Verdichtung von Arbeit führt (da Abstimmungsprozesse in Teams verlagert werden und dort auch gegenseitige Disziplinierung von KollegInnen stattfindet, wenn die Zielerreichung in Frage steht), trägt Vertrauensarbeitszeit zur massiven Verlängerung von Arbeitszeiten bei. Hinzu kommt, dass „Überstunden“, die weder angeordnet noch dokumentiert werden, unbezahlt bleiben und kein Recht auf Zuschläge begründen. Angesichts der Attraktivität dieses Arbeitszeitmodells für Unternehmen war die Empörung groß, als der Europäische Gerichtshof im Mai 2019 urteilte, Arbeitszeiten müssten künftig ausnahmslos erfasst und vergütet werden – eine Vorgabe, die zwar weder gegen Arbeitszeitkonten oder Gleitzeitarrangements noch gegen das Arbeiten von zuhause spricht, aber Vertrauensarbeitszeit wohl tatsächlich unmöglich machen würde. Eigentlich sollte die Erfassung und Vergütung von Arbeitszeit eine Selbstverständlichkeit sein – gerade wenn man sich an die Marx'sche Erkenntnis erinnert, dass der Arbeitszeitgestaltung stets das Ringen um die Aneignung von Mehrarbeit zugrunde liegt, bei dem die eine Seite an Verfügungsgewalt über Arbeits- und Lebenszeit gewinnt, was die andere verliert. Dennoch wurde der Glaubenssatz, dass „flexible Arbeitszeit“ im gemeinsamen Interesse von Unternehmen und Beschäftigten sei, auch in Folge des EuGH-Urteils vielfach beschworen. So wurde etwa argumentiert, das Gericht wolle Väter daran hindern, ihre Kinder zu Bett zu bringen und danach selbstbestimmt zur Erfüllung von Projektzielen die Nächte durchzuarbeiten. Endres (2019) schreibt in der „Zeit“: „Viele Unternehmer wünschen sich mehr Flexibilität. Aber auch manche Arbeitnehmer, zum Beispiel junge Eltern, möchten manchmal abends zu Hause noch Arbeit erledigen, wenn ihre Kinder im Bett sind, und am kommenden Morgen trotzdem früh wieder am Arbeitsplatz sein.“

Verschwiegen werden bei diesem harmonischen Bild die Zwänge, mit denen Arbeitende angesichts der Kombination von Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsintensivierung und „flexibler“ Anpassung an die Zeitbedarfe von Unternehmen konfrontiert sind. Diese lässt hingegen der DGB-Index „Gute Arbeit“ erkennen. So gaben 41 Prozent der Befragten im Jahr 2017 an, sehr

häufig oder oft nach der Arbeit zu erschöpft zu sein, um sich um private oder familiäre Angelegenheiten zu kümmern (DGB 2017). Letzteres schließt die liebevolle abendliche Sorge von Vätern (und Müttern) um ihre Kinder offensichtlich ein.

Eine letzte Erkenntnis von Marx zum Zusammenhang von Arbeitszeit und Arbeitsintensität verdient angesichts aktueller Entwicklungen besondere Betonung: Wenn es zutrifft, dass man die Grenzen des Arbeitstages nicht seriös diskutieren kann, ohne zugleich Standards von Arbeitsverdichtung in den Blick zu nehmen, geraten damit nicht zuletzt personelle Ressourcen in den Fokus des Interesses. Marx demonstriert dies am Beispiel von Walzwerken, die rund um die Uhr betrieben werden mussten. Dies wurde durch ein „Ablösesystem“ sichergestellt, bei dem auch Jugendliche in Zwölf-Stunden-Schichten eingesetzt wurden. Wieder zitiert er dazu einen Fabrikinspektor:

„Diese Verlängerung [des Arbeitstages] ist in vielen Fällen nicht nur grausam, sondern gradezu unglücklich. Es kann nicht fehlen, daß aus einer oder der andren Ursache ein Ablösungsknabe hier und da wegbleibt. Einer oder mehrere der anwesenden Knaben, die ihren Arbeitstag bereits vollbracht, müssen dann den Ausfall gutmachen. [...] In einem Walzwerke, wo der nominelle Arbeitstag von 6 Uhr morgens bis 5 ½ Uhr abends dauerte, arbeitete ein Junge 4 Nächte jede Woche bis mindestens 8 ½ Uhr abends des nächsten Tages ... und dies während sechs Monaten.“ (MEW 23, 273)

Offenkundig war die Personaldecke (modern formuliert) in diesem Fall so dünn, dass für den (regelmäßig auftretenden) Notfall nur der Ausweg blieb, „wirklich schauderhaft[e]“ Mehrfachschichten zu verlangen. Aktuell scheinen hingegen viele Unternehmen dazu zu tendieren, personelle Engpässe eher durch Arbeitsintensivierung als durch Arbeitszeitverlängerung auszugleichen. So schilderten etwa TeilnehmerInnen einer Betriebsrätekonferenz der IG BCE Nordost, die am 30. April 2019 in Berlin stattfand, dass die vergleichsweise attraktiven tariflichen Vorruhestandsregelungen (nicht zuletzt, weil die fortschreitende Arbeitsverdichtung gerade von älteren KollegInnen schwer zu bewältigen ist) in vielen Unternehmen so großen Zuspruch finden, dass manche Abteilungen bis an die Grenze der Funktionsfähigkeit unterbesetzt sind. An diesem Zustand sei wenig zu ändern, so erklärten die Befragten, weil Unternehmen teilweise aufgrund von „Fachkräftemangel“, teilweise aber auch aufgrund der Vorgaben von Konzernzentralen in Bezug auf aktienkursverträgliche „Head Counts“ keine zusätzlichen Leute einstellten. Selbst Betriebsräte haben hier wenig Handlungsoptionen – im Gegensatz zu Arbeitszeitgestaltung im engeren Sinne ist Personalbemessung weder gesetzlich noch tariflich reguliert und nicht mitbestimmungspflichtig (zu Ansätzen, dies zu ändern, siehe Lehndorff 2019, 40f.). Mit Marx ist deshalb dafür zu plädieren, neben Arbeitszeitverkürzung nicht nur Lohnausgleich, sondern auch Personalausgleich zum Gegenstand des Streits um den Arbeitstag zu machen.

5. Arbeitszeit und die Reproduktion von Arbeitskraft

Es ist bereits angeklungen, dass Marx, dem oft Ökonomismus vorgeworfen wird, einen bemerkenswert scharfen Blick für die Bedeutung der Reproduktion von Arbeitskraft hatte. So ging er (wie oben erwähnt) davon aus, dass der Wert der Ware Arbeitskraft sich letztlich an der Zeit und dem Aufwand bemisst, die zu ihrer Herstellung eingesetzt wurden. Man muss die dahinterstehende Werttheorie nicht überzeugend finden, um anzuerkennen, dass mit dieser Grundannahme selbstverständlich menschliche Aktivitäten außerhalb der Sphäre der Erwerbsarbeit, etwa die Erziehung von Kindern oder Hausarbeit, in den Zuständigkeitsbereich Marx'scher Kapitalismusanalyse geraten. Darüber hinaus finden sich bei Marx Überlegungen zu den Wechselwirkungen zwischen

Arbeitszeitgestaltung und Reproduktionsarbeit, definiert als „Zeit zu menschlicher Bildung, zu geistiger Entwicklung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu geselligem Verkehr, zum freien Spiel der physischen und geistigen Lebenskräfte“ (MEW 23, 280). Er schreibt dazu:

„Aber in seinem maßlos blinden Trieb [...] überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags. Es usurpiert die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, erheischt zum Verzehr von freier Luft und Sonnenlicht. Es knickt ab an der Mahlzeit und einverleibt sie womöglich dem Produktionsprozeß selbst, so daß dem Arbeiter als bloßem Produktionsmittel Speisen zugesetzt werden wie dem Dampfkessel Kohle und der Maschinerie Talg oder Öl. Den gesunden Schlaf zur Sammlung, Erneuerung und Erfrischung der Lebenskraft reduziert es auf so viel Stunden Erstarrung, als die Wiederbelebung eines absolut erschöpften Organismus unentbehrlich macht. Statt daß die normale Erhaltung der Arbeitskraft hier die Schranke des Arbeitstags, bestimmt umgekehrt die größte täglich mögliche Verausgabung der Arbeitskraft, wie krankhaft gewaltsam und peinlich auch immer, die Schranke für die Rastzeit des Arbeiters.“ (ebd.)

Marx spricht hier vor allem über die Verlängerung des Arbeitstages und weniger über die Intensivierung von Arbeitsleistung, deren Ineinandergreifen und gegenseitige Verstärkung die besondere Brisanz der heutigen Situation ausmacht. Auf jeden Fall aber beschreibt er in seiner Studie Arbeitssituationen, welche die Reproduktion von Arbeitskraft grundsätzlich in Frage stellen. In der hier zitierten Passage steht vor allem deren alltägliche Reproduktion (Erholung, Schlaf, Ernährung, Freizeit und soziales Leben) im Mittelpunkt. An anderer Stelle geht es zudem um biographische Reproduktion, also um Herausbildung, Erhalt und Weiterentwicklung des eigenen Arbeitsvermögens im Lebenslauf, was etwa durch Kinderarbeit oder den vorzeitigen Verschleiß des Arbeitsvermögens hintertrieben wurde. Und auch die intergenerationelle Reproduktion von Arbeitskraft kommt zur Sprache – vor allem in Gestalt von Sozialisation und Erziehung, die durch die Fabrikarbeit von Kindern und Eltern auf der Strecke blieb.² Eine „Reproduktionskrise“, wie sie Kerstin Jürgens (2010) attestiert hat, begleitet den Kapitalismus demnach seit seinen Anfängen.

Gerade mit Blick auf Arbeitszeitgestaltung ist die Wechselwirkung zwischen der betrieblichen Nutzung und der Reproduktion von Arbeitskraft insofern ein hochaktuelles Thema, als die „Flexibilisierung von Arbeitszeit“ seit den 1980er Jahren mit großem Nachdruck als Maßnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben präsentiert worden ist. Tatsächlich fungiert die Gestaltung von Arbeitszeiten in mancher Hinsicht als Scharnier: Auf der einen Seite steht Unternehmenspolitik, die zeitliche Strukturen zum optimalen (und dies heißt oft: flexibel an schwankendem Bedarf orientierten) Einsatz der gekauften Arbeitskraft etabliert – sei es durch Verlängerung des Arbeitstages, Intensivierung von Arbeitsleistung oder die Kombination von beidem. Auf der anderen Seite stehen die Bedürfnisse von Arbeitenden nach einer umfassenden Reproduktion von Arbeitskraft in den oben angedeuteten Dimensionen, was es erforderlich macht, dem Zugriff von Unternehmen verbindliche Grenzen zu setzen. Arbeitszeitgestaltung ist immer ein Kompromiss zwischen beiden Interessenlagen. Dies ist die Basis für das Mantra, bei der „Flexibilisierung“ von Arbeitszeit handle es sich letztlich um eine Win-Win-Situation. Marx

2 Zum Versuch, die Wechselwirkungen zwischen betrieblicher Arbeitskraftnutzung einerseits und der Regulierung von Arbeitskraft-Reproduktion andererseits konzeptionell wie empirisch zu fassen, siehe Mayer-Ahuja 2011.

argumentiert hingegen überzeugend, dass die Frage, welche Interessen sich in konkreter Arbeitszeitgestaltung jeweils niederschlagen, immer von (veränderlichen) Kräfteverhältnissen abhängt:

„Von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustauschs besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt.“ (MEW 23, 249)

Betrachtet man nun die Geschichte der Arbeitszeit-Flexibilisierung seit den 1980er Jahren, so ist offenkundig, wie die letzte Runde dieses Konflikts ausgegangen ist. Unter Bedingungen von vermindertem ökonomischen Wachstum und steigenden Arbeitslosenzahlen „nach dem Boom“ (Raphael/Doering-Manteuffel 2008) setzte sich in Deutschland das Interesse von Unternehmen an einer möglichst wenig durch gesetzliche oder tarifliche Vorgaben eingeschränkten Gestaltung von Arbeitszeiten durch, die sich schnell an Veränderungen des betrieblichen Bedarfs anpassen lassen. Die sozialwissenschaftliche Arbeitszeitforschung hingegen konzentriert sich in einem Maße auf die Analyse veränderter Reproduktionserfordernisse von individuellen Beschäftigten und Haushalten, dass man den Eindruck gewinnen könnte, es gehe bei Veränderungen von Arbeitszeit in erster Linie darum, den Bedarfen von Beschäftigten gerecht zu werden. Aus dieser Perspektive dienen Teilzeitstellen und Minijobs vor allem dazu, Hausfrauen und Müttern einen Zuverdienst zu ermöglichen; die Etablierung von Arbeitszeitkonten und Gleitzeitrahmen ist als Antwort auf die Vielfalt menschlicher Bedürfnisse zu verstehen; und Vertrauensarbeitszeit soll (wie oben erwähnt) eigentlich junge Eltern entlasten. Unzweifelhaft markieren die umfangreichen Befunde zur Vielfalt von Lebensentwürfen, Haushaltsstrukturen und Arbeitszeitwünschen sowie zu deren (mangelnden) Auswirkungen auf Arbeitszeitrealitäten (vgl. etwa: Sopp/Wagner 2019) einen wesentlichen Erkenntnisfortschritt, denn sie weisen nach, welche gesellschaftlichen Zeitbedürfnisse es eigentlich zu befriedigen gälte. Zugleich ist diese Diskussionslage in zweierlei Hinsicht problematisch.

Zum einen legt die Betonung der unbegrenzten Vielfalt menschlicher Bedürfnisse die Annahme nahe, dass eine kollektive Regulierung von Arbeitszeiten weder möglich noch wünschenswert sei. Die in den 1980er Jahren (von Neoliberalen wie Alternativen) noch mit revolutionärem Gestus vorgebrachte Kritik an starren, durch Staat oder Gewerkschaften abgesicherten Arbeitszeitstrukturen ist mittlerweile derart unbestrittener Common Sense, dass der Königsweg einer „freiheitlichen“ Arbeitszeitgestaltung darin zu liegen scheint, dass Beschäftigte sich unter Verweis auf ihre ganz individuellen Bedürfnisse gegenüber dem Unternehmen „selbst vertreten“. Aus dem Blick gerät dabei der von Marx so anschaulich beschriebene alltägliche Kampf um die Verfügung über Arbeits- und Lebenszeit: „Die Schöpfung eines Normalarbeitstages ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs“ (MEW 23, 316). Die fortschreitende Individualisierung von Arbeitszeitpolitik – also die Verlagerung der Gestaltungsebene vom Tarif zum Betrieb, dann zur Abteilung bis hin zu einzelnen Beschäftigten, die spätestens in den 1990er Jahren begann (vgl. Lehnndorff 2019, 34), hat jedoch die Machtressourcen, die Beschäftigte in diesem kontinuierlichen Konflikt zur Durchsetzung ihrer Interessen mobilisieren können, empfindlich geschwächt. Wenn Arbeitszeiten angeblich nicht mehr vom Willen der Vorgesetzten,

sondern von einer (als „objektiv gegeben“ akzeptierten) Auftragslage, von Kennziffern oder den Wünschen des Kunden abhängen, können Betriebsräte (selbst dort, wo sie existieren) kaum wirkungsvoll eingreifen. Ähnliches gilt, wenn Arbeitszeiten (wie im Falle der Vertrauensarbeitszeit) weder dokumentiert noch vergütet werden – die Absprache im Team oder mit den Vorgesetzten erfolgt dann auf einer Ebene, die schwer durch kollektive Interessenvertretung zu kontrollieren ist. Wenn die Fragmentierung von Belegschaften fortschreitet und durch Auslagerung, Leiharbeit und Werkverträge nicht zuletzt gemeinsame Anwesenheitszeiten reduziert, Austausch und gemeinsames Auftreten erschwert werden, stellt dies die Formulierung und Durchsetzung kollektiver Arbeitszeitstandards in Frage usw. Dennoch geht am Streiten für kollektive Standards kein Weg vorbei, denn diese sind Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte ihre individuellen Bedürfnisse erfolgreich gegenüber Unternehmen vertreten können. Dieses Spannungsverhältnis ist der Grund, warum Gewerkschaften zunehmend Strategien formulieren, die auf der kollektiven Absicherung individueller Entscheidungsrechte beruhen (Lehndorff 2019, 42). Dennoch: Wenn Marx Recht hat, dass zwischen gleichen Rechten die Gewalt entscheidet, so wird man festhalten müssen, dass sich die Kräfteverhältnisse im Zuge der Flexibilisierung von Arbeitszeiten markant verschoben haben, und es waren nicht die Beschäftigten, die davon profitierten.

Zum anderen sind „individuelle Arbeitszeitwünsche“, wie sie in Umfragen zum Ausdruck kommen, weder mit realen Handlungsoptionen gleichzusetzen, noch werden sie frei von gesellschaftlichen Zwängen formuliert. Dies zeigt etwa der Blick auf Befragungen zu Arbeitszeitwünschen, die eine weit verbreitete Unzufriedenheit dokumentieren: Sowohl diejenigen (vor allem Männer), die Vollzeitverträge haben und exzessiv Überstunden leisten, als auch diejenigen (vor allem Frauen), die in Teilzeit oder Minijob tätig sind, würden ihre Arbeitszeiten gerne verändern. Viele Männer wollen Arbeitszeit (und vor allem Überstunden) reduzieren, viele Frauen hingegen wünschen sich längere Arbeitszeiten (vgl.: Hacket 2012, 673-674; Klenner 2014, 25; Lehndorff 2019, 35). Beide Gruppen, so unterschiedlich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen auch sind, könnten sich also auf „kurze Vollzeit“ einigen. Dies zeigt zweierlei: Zum einen ist es sinnvoll, trotz aller Vielfalt menschlicher Bedürfnisse nach Interessenlagen zu fragen, die sehr verschiedene Beschäftigtengruppen verbinden – daran knüpfen Überlegungen zu einem „neuen Normalarbeitsverhältnis“ an (Riexinger/Becker 2017; Lehndorff 2019; Mayer-Ahuja 2019a). Inwiefern sich Vollzeit-Beschäftigte jedoch tatsächlich für Arbeitszeitverkürzung und MinijobberInnen für Arbeitszeitverlängerung entscheiden würden, ist schwer einzuschätzen. Immerhin bedeutet unter Bedingungen, in denen selbst die mächtigsten Gewerkschaften zögerlich sind, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu erheben oder diese gar mit dem Anspruch auf Lohn- und Personalausgleich zu verbinden, eine Abkehr von überlangen Arbeitszeiten letztlich die individuelle Entscheidung für Einkommenseinbußen bei weiter steigendem Leistungsdruck. Zugleich würde eine Arbeitszeitverlängerung von Frauen in Minijobs voraussetzen, dass nicht nur die geschlechtsspezifische Ungleichverteilung von Reproduktionsarbeit überwunden und (jenseits der „Schwarzen Null“) ein bedarfsdeckendes und bezahlbares System von Kinderbetreuung und Pflege aufgebaut, sondern auch hier Arbeitsverdichtung zurückgenommen wird. Betrachtet man etwa das Reinigungsgewerbe, das fast ausschließlich mit Minijobs operiert, so stellt man fest, dass die Leistungsvorgaben (zu reinigende Fläche pro Stunde) massiv erhöht worden sind, seit die Branche im Zuge der Privatisierung des öffentlichen Reinigungsdienstes (um 1980) expandierte. Unter diesen Bedingungen würde es die körperliche und psychische Leistungsfähigkeit der betroffenen ArbeiterInnen übersteigen, wenn mehrere Minijobs zu einer

Vollzeitstelle zusammengelegt würden, ohne diese Vorgaben zu reduzieren (vgl.: Mayer-Ahuja 2003, 159ff.). „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte“, schreibt Marx im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“, wenn auch „nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (MEW 8, 115). Würde in Diskussionen über Arbeitszeitpolitik systematisch anerkannt, dass auch individuelle Arbeitszeitwünsche durch „Umstände“ geprägt sind, die prinzipiell verändert werden können und im Interesse von Arbeitenden dringend verändert werden müssen – es wäre ein Fortschritt.

6. Fazit

Wer nach Marx' Beitrag zur Analyse von aktuellen Veränderungen der Arbeitswelt fragt und dabei den Streit um Zeit in den Blick nimmt, findet allein in der Studie „Der Arbeitstag“ von 1867 eine Fülle von Anregungen. Vom Zusammenhang zwischen Arbeitszeitgestaltung und der Ungleichverteilung gesellschaftlichen Reichtums, über die Wechselwirkungen zwischen Arbeitszeitdauer, Arbeitsintensität und Personalbemessung bis hin zu Fragen der Reproduktion von Arbeitskraft, die auf das Spannungsverhältnis zwischen individuellen Arbeitszeitwünschen, sozio-ökonomischen Zwängen und der alles entscheidenden Frage, ob letztlich Unternehmen oder Beschäftigte entscheiden, wonach sich „flexible Arbeitszeit“ richtet, verweisen – immer wird der Fokus auf Konfliktlinien gerichtet, die Marx in einer Klarheit auf den Punkt bringt, die in heutigen Auseinandersetzungen oft fehlt. Auch die politische Schlussfolgerung, die er formuliert, ist beklemmend aktuell:

„Zum ‘Schutz’ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges, gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs des ‘unveräußerlichen Menschenrechte’ tritt die bescheidne Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die ‘endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt’.“ (MEW 23, 320)

Im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts existiert das Staatsgesetz zur Beschränkung des Arbeitstages, das Marx hier fordert, und Arbeitszeiten werden zudem tariflich reguliert. Zugleich wird allerdings der Arbeitstag vielerorts gesetzlich verlängert statt verkürzt, und Gewerkschaften zögern aus Angst, als unbelehrbare Regulierer zu gelten, die den individualistischen Schuss nicht gehört haben, Forderungen nach einer kollektiv abgesicherten Umverteilung von Arbeitszeit oder gar nach einer Umverteilung der Früchte von Mehrarbeit zu erheben. Selbst die Frage, wann das EuGH-Urteil zur Arbeitszeiterfassung endlich Niederschlag in deutschem Recht findet, wird bisher nicht offensiv gestellt. Neue und alte Formen unfreier Arbeit sind weltweit im Aufschwung, aber auch die „Freiwilligkeit“, mit der viele Beschäftigte sich bereit erklären, zum Wohle des Unternehmens rund um die Uhr zu arbeiten, private Beziehungen und die eigene Gesundheit aufs Spiel zu setzen, ist besorgniserregend. Mal selbstbewusst und fröhlich, mal unter dem Druck scheinbar fehlender Alternativen, überschreiten sie durch „freiwilligen Kontrakt“ jene Grenzen, die markieren, wo „freie Lohnarbeit“ endet und „unfreie Arbeit“ beginnt. Mit Marx könnte man sagen: Es ist an der Zeit, „die Köpfe zusammenzurotten“ und dem einen Riegel vorzuschieben.

Literatur

- Ahuja, Ravi (2013): A Freedom still enmeshed in Servitude, The Unruly 'Lascars' of the SS City of Manila, or: A Microhistory of the Free Labour Problem', in: ders. (Hg.), *Working Lives and Worker Militancy. The Politics of Labour in Colonial India*, Delhi, 97-132.
- Bahn Müller, Reinhard (1985): *Der Streik. Tarifkonflikt um Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie 1984*, Hamburg.
- Barr, Sabrina (2019): New sloped Toilet Designed to Reduce Time Workers Spend in the Bathroom, in: *The Independent*, 18.12.2019, URL: <https://www.independent.co.uk/life-style/toilet-design-sloped-angle-worker-time-bathroom-time-a9251261.html> (Zugriff: 25.02.2020)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2017): *DGB Index Gute Arbeit, Der Report 2017*. URL: <http://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++614dfaea-bee1-11e7-98bf-52540088cada> (Zugriff: 25.02.2020).
- Diekmann, Florian (2018): Tarifabschluss. Darauf haben sich IG Metall und Arbeitgeber geeinigt. In: *Der Spiegel Wirtschaft* (06.02.2018). URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ig-metall-der-tarifabschluss-im-detail-a-1191974.html> (Zugriff: 25.02.2020)
- Endres, Alexandra (2019): EuGH. Wie man in Deutschland arbeitet. In: *Die Zeit online*, 22.05.2019, URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/eugh-arbeitszeiterfassung-unternehmen-transparenz-deutschland> (Zugriff: 25.02.2020)
- Glissmann, Wilfried/Peters, Klaus (2012): *Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen*, Hamburg.
- Hackett, Anne (2012): *Arbeitszeit und Lebenszeit*, in: *Berichterstattung zur Sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Teilhabe im Umbruch, Zweiter Bericht*, Wiesbaden, 659-691.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg.
- Jürgens, Kerstin/Hofmann, Reiner/Schildmann, Christina (2017): *Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“*, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Band 189, Bielefeld, URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_forschung_hbs_189.pdf (Zugriff: 25.02.2020)
- Jürgens, Kerstin (2010): *Deutschland in der Reproduktionskrise*, in: *Leviathan* 38, 559-587.
- (2006): *Arbeits- und Lebenskraft. Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung*, Wiesbaden.
- Klenner, Christina (2014): *Veränderte Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse – gewandelte Zeitwünsche*, in: Richard Detje u.a. (Hg.), *Kämpfe um Zeit. Bausteine für eine neue (Arbeits-)Zeitpolitische Offensive*. Manuskripte – neue Folge, Nr. 10, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 24-32.
- Lehndorff, Steffen (2019): *Erste Schritte auf einem langen Weg: Kurze Vollzeit als Element eines neuen Normalarbeitsverhältnisses*, in: Carmen Ludwig u.a. (Hg.), *Entgrenzte Arbeit – (un)begrenzte Solidarität? Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus*, Münster.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung*, Berlin.
- (2011): *Grenzen der Homogenisierung. IT-Arbeit zwischen ortsgebundener Regulierung und transnationaler Unternehmensstrategie*, Frankfurt a.M./New York.
- (2019): *Marx als Arbeitspolitiker. Anregungen für eine Kapitalismusanalyse jenseits von Technikdeterminismus, betrieblicher und nationalstaatlicher Verengung*, in: *Karl Marx als Ratgeber der Gewerkschaften? Antworten von Nicole Mayer-Ahuja, Heinz Bierbaum, Frank Deppe, Klaus Dörre und Hans-Jürgen Urban*, Hamburg, 39-61.
- (2019a): *„Normalarbeitsverhältnis“: Ein langer Abschied oder: Zeit für einen neuen Aufbruch?* In: A. Doris Baumgartner/Beat Fux (Hg.), *Sozialstaat unter Zugzwang. Zwischen Reform und radikaler Neuorientierung*, Wiesbaden, 165-186.
- MEW 8: Marx, Karl: *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, in: ders./Friedrich Engels, *Werke*, Band 8, Berlin, 111-207.

- MEW 23: Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: ders./Friedrich Engels, Werke, Band 23, Berlin.
- Minssen, Heiner (2006): Arbeits- und Industriosozologie. Eine Einführung. Frankfurt/M.
- Nachtwey, Oliver/Staab, Philipp (2015): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus, in: *Mittelweg* 36, 24/6, 59-84.
- Raphael, Lutz/Döring-Manteuffel, Anselm (2008): Nach dem Boom? Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.
- Riexinger, Bernd/Becker, Lia (2017): For the many, not the few. Gute Arbeit für alle. Vorschläge für ein neues Normalarbeitsverhältnis. *Zeitschrift Sozialismus*, Supplement zu Heft 9.
- Sopp, Peter/Wagner, Alexandra (2019): Vertragliche, tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten, in: *Berichterstattung zur Sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Exklusive Teilhabe, ungenutzte Chancen*, Dritter Bericht, Bielefeld, 211-260.
- Thompson, Edward P. (1993): Time, Work Discipline and Industrial Capitalism, in: *Customs in Common*, London, 353-404.
- Voß, G. Günther/Pongratz, Hans (1998): Der Arbeitskraftunternehmer: eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50 (1), 131-158.
- WHO [World Health Organization] (2019): Burn-out an 'occupational phenomenon': International Classification of Diseases, URL: https://www.who.int/mental_health/evidence/burn-out/en/ (Zugriff: 25.02.2020)
- Wittemann, Klaus-Peter u.a. (2010): SOFI-Fallstudien-Ansatz im Wandel. Exemplarische Empirie zur Entwicklung von Industriearbeit, in: Hans J. Pongratz, Rainer Trinczek (Hg.), *Industriosozilogische Fallstudien*, Berlin, 73-117.

Ingrid Artus

Ein marxistischer Blick auf neue Konturen der Erwerbsarbeit: Prekarisierung, Sorgekrise und neue Streiks

Die Industrial Relations Forschung und die Arbeitssoziologie schließen begrifflich und inhaltlich häufig an marxistische Theorieansätze an. Dies hat nicht nur mit disziplinären Traditionen zu tun, sondern v.a. damit, dass die These eines strukturellen Interessenkonflikts zwischen Kapital und Arbeit eine anhaltend hohe Erklärungskraft für empirische Phänomene im Bereich der Lohnarbeit besitzt. Dieser Beitrag geht zunächst auf einige Analysen und Begriffe von Marx ein, die damals wie heute Lohnarbeit im Kapitalismus zutreffend beschreiben (1.). Die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse (2.1) und die akute Sorgekrise (2.2) sowie daraus resultierende zunehmende Konflikte (2.3) lassen sich gut unter Rückgriff auf marxistische Begrifflichkeiten erläutern. In diesen Entwicklungen bündeln sich Umbrüche und neue Problemlagen der Erwerbsarbeitswelt. In der Abschlussdiskussion (3.) geht es um die Rückbindung theoretischer und empirischer Erkenntnisse an die Frage politischer Praxis. Oder frei nach Lenin: Was tun?

1. Zur Aktualität der marxistischen Theorie

Es gibt sehr viele Begriffe und Aspekte der marxistischen Theorie, die für die Analyse aktueller Arbeitsbeziehungen von Relevanz sind. Der prägnanteste, umfassendste und grundsätzlichste Begriff zur Kritik kapitalistischer Lohnarbeitsverhältnisse ist allerdings vermutlich der der Entfremdung. Zwar spielt der Entfremdungsbegriff v.a. in den philosophischen Frühschriften von Marx eine wichtige Rolle und taucht in seinen späteren Arbeiten zur Kritik der politischen Ökonomie kaum noch auf (Nachtwey 2014, 131f.); was Marx in den Pariser Manuskripten im Jahr 1844 jedoch zum Thema entfremdete Arbeit im Kapitalismus formulierte, besitzt auch im 21. Jahrhundert unverminderte – oder vielleicht sogar gesteigerte – Aktualität. Seine Analyse trifft die aktuellen Perversionen von Warenwirtschaft und Lohnarbeit im Kern:

„Der Arbeiter wird umso ärmer, je mehr Reichtum er produziert, je mehr seine Produktion an Macht und Umfang zunimmt. Der Arbeiter wird eine umso wohlfeilere Ware, je mehr Waren er schafft. Mit der *Verwertung* der Sachenwelt nimmt die *Entwertung* der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu. Die Arbeit produziert nicht nur Waren; sie produziert sich selbst und den Arbeiter als eine *Ware*, und zwar in dem Verhältnis, in welchem sie überhaupt Waren produziert.“ (Marx 1968 [1844], 511, Herv. i. O.)

Hier kritisiert Marx nicht die Bedingungen der Lohnarbeit, sondern Arbeit im Kapitalismus an sich. Wir produzieren zwar immer mehr Waren, leben aber deshalb nicht besser als früher. Im Gegenteil. Der stete Zwang zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts schlägt auf uns zurück in Form gesteigerter Sinnlosigkeit des menschlichen Daseins; der Mensch verdinglicht sich selbst als und zum Warenproduzent. Warum dies so ist, erläutert Marx anhand von vier Dimensionen oder „Bestimmungen“ entfremdeter Arbeit; der Entfremdung vom „Produkt“, vom „Akt der Produktion“, von sich selbst und damit letztlich von der „Menschheit als Gattungswesen“:

„Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein *fremdes Wesen*, als eine von dem Produzenten *unabhängige* Macht gegenüber. [...] Aber die Entfremdung zeigt sich nicht nur im Resultat, sondern im *Akt der Produktion*, innerhalb der produzierenden Tätigkeit selbst“ (ebd., 511ff; Herv. i. O.). „Der Arbeiter entfremdet sich von sich selbst, weil er sich von seiner Tätigkeit entfremdet. Denn erstens erscheint dem Menschen die Arbeit, die *Lebenstätigkeit*, das *produktive Leben* selbst nur als ein *Mittel* zur Befriedigung eines Bedürfnisses, des Bedürfnisses der Erhaltung der physischen Existenz. [...] Das Leben selbst erscheint nur als *Lebensmittel*“ (ebd., 516, Herv. i. O.).

„Indem die entfremdete Arbeit dem Menschen 1. die Natur entfremdet, 2. sich selbst, seine eigne tätige Funktion, seine *Lebenstätigkeit*, so entfremdet sie dem Menschen die *Gattung*. [...] Indem die entfremdete Arbeit die *Selbsttätigkeit*, die *freie Tätigkeit*, zum Mittel herabsetzt, macht sie das *Gattungsleben* des Menschen zum Mittel seiner physischen Existenz. [...] Eine unmittelbare Konsequenz davon, daß der Mensch dem Produkt seiner Arbeit, seiner *Lebenstätigkeit*, seinem *Gattungswesen* entfremdet ist, ist die *Entfremdung des Menschen* von dem *Menschen*.“ (ebd., 516f, Herv. i. O.)

Schöner und prägnanter lässt sich das Grundempfinden vieler Menschen heutzutage kaum auf den Punkt bringen, wonach der Alltag, das alltägliche Tätigsein, häufig als sinnloses Getriebe zum Überleben empfunden wird. Es geht darum, irgendwie weiterzumachen, um am Ende des Monats seine Rechnungen bezahlen zu können, möglichst ohne darüber nachzudenken, wozu die eigene Tätigkeit und Leistung gut ist. Einen sozialen Zusammenhang, einen lebendigen Austausch mit anderen Menschen, mit der Gesellschaft, stiftet diese Form der Arbeit nicht.

Aber nicht nur der „philosophische Marx“ hat uns heute noch viel zu sagen, auch oder v.a. der „ökonomische Marx“ ist von anhaltender Bedeutung und Erklärungskraft. Aus seiner Kritik der politischen Ökonomie lässt sich lernen: Mit dem Kapitalismus als ökonomischer Produktions- und Verkehrsform, die auf Privateigentum der Produktionsmittel, „doppelt freier Lohnarbeit“, Konkurrenzorientierung und Profitmaximierung beruht, ist notwendig ein Trend zu zunehmender sozialer Ungleichheit verbunden; dies gilt sowohl national wie auch im Verhältnis kapitalistischer Zentren versus kapitalistischer Peripherie.¹ Systematische Wirtschaftskrisen sind nahezu unausweichlich, imperialistische Kriege wahrscheinlich. Und: Dieser Wirtschaftsweise ist ein permanenter Wachstumszwang inhärent. Das wichtigste an der Formel: $G - W - G'$ ist der Strich nach dem zweiten „G“, also die permanente Akkumulation und Neu-Verwertung von Mehrwert, die Anhäufung von immer mehr Sachen, Dingen, Geld, Kapital. Kapitalismus als Produktionsweise ist notwendig auf Expansion, auf Wachstum angelegt – und damit auf Ressourcenverschwendung, chronische Überproduktion, Ausbeutung der Natur, Klimazerstörung (vgl. Krause 2014).

Kein Zweifel: Die Widersprüche im modernen Kapitalismus spitzen sich zu. Dies gilt zunächst ökonomisch. Die letzte große Weltwirtschaftskrise ist etwa zehn Jahre her und die nächste kommt bestimmt. Die Verteilung der produzierten Werte wird immer ungleicher (vgl. Piketty 2015) – in Deutschland, in Europa und ganz extrem im weltweiten Maßstab (vgl. Lessenich 2016, Milanovic 2016, Alvaredo u.a. 2018). Trotz Wachstum des Bruttoinlandsprodukts leben wir in einer „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016), d.h. soziale Mobilität findet v.a. in der Mitte der Gesellschaft überwiegend nach unten statt. Es ist eine Polarisierung von Erwerbs- und Lebenschancen

1 Zwar sinkt aktuell der Gini-Index der globalen Einkommensungleichheit (v.a. durch den Aufstieg einer „globalen Mittelschicht“ in China) (Milanovic 2016), die Einkommensungleichheit im Weltmaßstab liegt jedoch höher als in jedem einzelnen Land der Erde. Die globalen Vermögen (soweit hierzu Daten vorliegen) sind zudem noch wesentlich ungleicher verteilt als die Einkommen. Die globale Vermögensungleichheit ist größer denn je und nimmt weiter zu (Alvaredo u.a. 2018, 297ff.).

festzustellen. Dass damit auch das gesellschaftliche Konfliktpotential wächst, ist einleuchtend. Immensem privatem Reichtum einiger weniger steht öffentliche Armut, der neoliberale Ausverkauf des Bildungs- und Sozialsystems gegenüber. Psychische Erkrankungen, Burnout am Arbeitsplatz nehmen zu. Die Menschen scheinen „mit dem Wachstum der Warenwelt“ keineswegs glücklicher, eher unglücklicher zu werden. Um die eklatanten sozialen Schief lagen zu legitimieren, braucht es Spaltungsideologien. Rassismus ist hier ein probates Mittel – und zunehmend auch autoritäre Staatlichkeit. Postdemokratie (Crouch 2004), d.h. die Degenerierung demokratischer Prozesse zu sinnentleerten symbolischen Ritualen, greift um sich, bei gleichzeitiger Aufrüstung des repressiven Polizeistaats. Weltweit nehmen imperialistische Konflikte zu und nochmal: Zu Beginn und Ende der Aufzählung kapitalistischer Widersprüche sind an erster und letzter Stelle Naturzerstörung und Klimawandel zu nennen.

Es gibt also viele Argumente dafür, dass es so nicht weitergehen kann, oder zumindest nicht weitergehen sollte. Mit Marx lassen sich somit nicht nur Interessenkonflikte im Bereich der Lohnarbeit angemessen analysieren; die Reichweite seiner Kritik ging stets und geht auch heute deutlich weiter: Sie zielt auf die Unmöglichkeit des Kapitalismus als dauerhafte menschenwürdige ökonomische Produktions- und Verkehrsform. Sie liefert alle relevanten Bausteine für eine radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse sowie für eine soziale Utopie. Ziel muss es demnach sein, der Entfremdung des Menschen vom Menschen ein Ende zu bereiten, indem „der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden (Marx 1969 [1894], 828).“ Davon sind wir zweifellos weit entfernt.

2. Einige aktuelle Konturen der Lohnarbeit: Prekarisierung, Care-Krise und neue Konflikte

Nach der einleitenden Skizze, weshalb die marxistische Kritik kapitalistischer Verwertungslogik von hoher Aktualität ist, geht es im Folgenden um die etwas detailliertere Analyse relevanter Facetten moderner Erwerbsarbeit. Es werden insbesondere die Zunahme prekärer Lohnarbeit (2.1) und die wachsende „Sorge-Krise“ (2.2) diskutiert. Beide Entwicklungen belegen, dass auch im digitalen Kapitalismus klassische Widersprüche kapitalistischer Lohnarbeit nicht überwunden sind – im Gegenteil. Armutslagen nehmen (wieder) zu und die Durchsetzung von Tauschwertlogiken in Sektoren der Daseinsfürsorge gefährdet die soziale Reproduktion. Sowohl „prekäre Kämpfe“ als auch „Sorge-Kämpfe“ sind somit Auseinandersetzungen, an denen sich die aktuellen Konturen und Umbrüche des Kapitalismus zeigen (2.3). Die empirische Referenzfolie ist im Folgenden v.a. die deutsche Gesellschaft. Viele Aspekte lassen sich jedoch – wenngleich institutionell und kulturell etwas anders gerahmt – auf andere westliche Kapitalismen übertragen.

2.1 Polarisierung der Erwerbschancen und Entstehung eines neuen Prekariats

Wenn Marx und Engels im „Manifest der kommunistischen Partei“ noch davon ausgingen, dass „die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen (...) ins Proletariat hinab[fallen]“ (Marx/Engels 1972 [1848], 469) und das Kapital sozusagen als 'großer Gleichmacher' die Unterschiede in den Produktions- und Lebensverhältnissen (nach unten) angleichen werde, so ist seit langem klar,

dass diese Prognose nicht stimmte. Zwar wurde das traditionelle Kleinbürgertum oder der so genannte „alte Mittelstand“ tatsächlich stark dezimiert, der „neue Mittelstand“ der Angestellten und Beamten wuchs jedoch und differenzierte sich aus (Geißler 2014, 13ff.). Spätestens seit Beginn der 1970er Jahre diagnostizierte die arbeits- und industriesoziologische Forschung (zumindest mehrheitlich) keine ‚allgemeine Verelendung‘ oder auch ‚reelle Subsumtion‘ der Arbeiter*innen unter das Kapital mehr, sondern eine Polarisierung von Qualifikationen, Arbeits- und Erwerbschancen (Kern 1998). Diese Diagnose gilt bis heute.

Es steht außer Frage, dass der Bedarf an hochqualifizierten und hochflexiblen Beschäftigten im digitalen (Dienstleistungs-)Kapitalismus wächst. Hochqualifizierte Akademiker*innen im oberen Segment der Erwerbstätigen haben heutzutage gute Einkommenschancen, verzeichne(te)n kontinuierlich Reallohnzuwächse und überdurchschnittliche Entgeltsteigerungen. Im Zuge des demografischen Wandels können sie sich mittlerweile in manchen Branchen die Jobs sogar aussuchen – ein Sachverhalt, der aus betriebswirtschaftlicher Sicht negativ als „Fachkräftemangel“ apostrophiert wird. Insgesamt profitieren gut qualifizierte und stabil beschäftigte Lohnarbeiter*innen in den kapitalistischen Zentren somit sowohl von relativ guten Verkaufschancen ihrer speziellen Ware Arbeitskraft als auch – als Beschäftigte in den industriellen Zentren – von der weltweit ungleichen kapitalistischen Arbeitsteilung. Den „strukturellen Zwang zur imperialen Lebensweise“ erleben sie als „Erweiterung ihrer individuellen Handlungsmöglichkeiten“ (Brand/Wissen 2017, 55). Ihr Lebens- und Konsumniveau ließe sich unter ökologischen wie auch verteilungspolitischen Aspekten vermutlich nicht weltweit verallgemeinern, sondern nur auf Kosten der Natur und der Arbeitskräfte in peripheren Regionen des Weltkapitalismus aufrechterhalten. Und doch: Auch die Facharbeiter*innen und Akademiker*innen-Elite hat es nicht leicht in der Lohnarbeit. Überlange und hochflexible Arbeitszeiten sind an der Tagesordnung. Sinnlose Tätigkeiten und ein enormer Leistungsdruck ebenfalls (Kern 2019). Der/die moderne „Arbeitskraftunternehmer“*in zeichnet sich durch ein hohes Maß an Selbstkontrolle, Selbstökonomisierung und Selbstrationalisierung aus (Voß/Pongratz 1998). Die Logiken permanenter Mehrwertsteigerung werden verinnerlicht in der Form von Selbstdisziplinierung und Selbstzurichtung. Er oder sie ist damit vor Entfremdung, Überlastung, Burn-out keineswegs gefeit (vielleicht sogar im Gegenteil) – wird jedoch für seine/ihre Mitarbeit bei der Mehrwertsteigerung materiell vergleichsweise gut entschädigt.

Mag also Lohnarbeit selbst im oberen Segment der Beschäftigungspyramide kein Zuckerschlecken sein; sie ist jedenfalls komfortabler und lukrativer als im unteren Segment. Dort tummeln sich nämlich längst nicht mehr nur bzw. in erster Linie un- und angelernte Produktionsarbeiter*innen, sondern ein wachsendes Dienstleistungsproletariat (Staab 2014). Darunter befinden sich auch jene Erwerbstätigen, die im Zuge des gefeierten „deutschen Jobwunders“ verstärkt in den Arbeitsmarkt (zwangs)integriert wurden – etwa durch die Ausweitung von Leiharbeit, Mini- und Midijobs, oft unfreiwilliger Teilzeitarbeit und generell atypischer Erwerbstätigkeit. Im Zuge von Hartz IV und Agenda 2010 wurden Lohnersatzleistungen reduziert, Arbeitsschutzregelungen abgebaut, Gewerkschaften und das Tarifsystem geschwächt, Leiharbeit salonfähig gemacht und der Niedriglohnsektor ausgebaut. Letzterer stieg von 16,6% (im Jahr 1995) auf gegenwärtig 22,7% (2016) und liegt damit – trotz Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 – im Vergleich der EU-Länder auf besonders hohem Niveau (Kalina/Weinkopf 2018). Es kam zu einer deutlichen Re-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft. Wenn Marx stets betonte, dass es „kein Glück, sondern ein Pech“ sei, „produktiver Arbeiter zu sein“ (Marx 1962 [1890], 532), so nahm dieses Pech vor allem im unteren Segment der Lohnarbeit zuletzt (wieder) deutlich zu. Der neoliberale

Umbau des Arbeitsmarktes und der rheinischen Kapitalismusvariante bewirkte in Deutschland einen arbeits- und sozialpolitischen Modellwechsel (vgl. Streeck 2009), einen Übergang von der fordistisch-patriarchalen Normalarbeitsgesellschaft zur „prekären Vollerwerbsgesellschaft“ (Dörre 2014, 34). Die Entstehung eines neuen Prekariats war Teil davon.

Prekäre Arbeitsbedingungen gab und gibt es schon lange und sie sind sehr weit verbreitet. Gerade für Frauen, aber auch Migrant*innen, war und ist die Abweichung von vermeintlich 'normalen' Standards sozial abgesicherter und existenzsichernder Vollzeitarbeit eher die Regel als die Ausnahme; gleiches gilt für Lohnarbeit in Ländern des (semi-)peripheren Kapitalismus, die überwiegend im informellen Sektor erbracht wird (vgl. Majer-Ahuja 2013), dessen Ausmaß übrigens auch in den industriellen Kernländern beträchtlich ist und stark unterschätzt wird. Dennoch war der Begriff der „Prekarität“ zu Beginn der 2000er Jahre in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Er stammt ursprünglich aus Frankreich (Bourdieu 1997, Castel 2000), wo die desozialisierenden Wirkungen von Massenarbeitslosigkeit und generationenübergreifender Armut schon etwas früher sichtbar wurden. Diskutierte man in Deutschland in den 1990er Jahren noch darüber, ob es so etwas wie Armut im Wohlfahrtsstaat überhaupt geben könne, sorgte der neoliberale Umbau unter rot-grüner Regierung nach der Jahrtausendwende dann aber für ein unübersehbares Anwachsen der *working poor*. Erste Pionierarbeiten popularisierten den Begriff der „prekären Beschäftigung“ bzw. der „prekären Dienstleistungsarbeit“ (Mayer-Ahuja 2002, Artus 2008, Castel/Dörre 2009). Mittlerweile ist „Prekarität“ – nicht zuletzt angesichts ihrer Allgegenwart – zum umgangssprachlichen Modebegriff avanciert. Er bezeichnet instabile, gefährdete, unsichere Arbeitsverhältnisse, die als negative Abweichung vom Standard erlebt werden.² Oder anders: Mensch weiß heute nicht, was das Morgen bringen wird. Die eigene Zukunft lässt sich kaum planen und man oder frau hat das Gefühl, dass die eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse schlechter sind als die von anderen, als die „normaler“ Menschen. Hintergrund ist häufig die Beschäftigung in so genannten „atypischen“ Arbeitsverhältnissen, also Teilzeitarbeit, Minijobs, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse, Scheinselbständigkeit, Leiharbeit, in denen Niedriglöhne gezahlt werden, kein Tarifvertrag, keine Mitbestimmung, manchmal auch keine Sozialversicherung existiert. Freilich ist nicht jede atypische Beschäftigung auch prekär, aber Studien belegen, dass atypische Arbeitsverhältnisse ein deutlich erhöhtes Prekaritätsrisiko haben (Keller/Seifert 2011). Je nach Definition und Messvariante wird das Ausmaß prekärer Beschäftigung in Deutschland mittlerweile auf ein Drittel bis ein Viertel aller formalen Beschäftigungsverhältnisse geschätzt (WSI 2017) – so atypisch und anormal ist Prekarität also gar nicht mehr. Und es ist zu bedenken: Das Anwachsen prekärer Erwerbsarbeit trifft nicht nur jene, die unmittelbar als Prekarier*in beschäftigt sind; die Prekarisierung von Lohnarbeit trifft *alle* Erwerbsabhängigen, denn sie wirkt sich destabilisierend auch auf jene Bereiche und Beschäftigte aus, die (noch?) nicht direkt betroffen sind. Nehmen wir etwa das Beispiel deutscher Universitäten: Die Arbeitsverhältnisse der Professor*innen als Beamt*innen mögen alles andere als prekär sein

2 Hier wird der arbeitssoziologische Begriff der „Prekarität“ referiert. Von diesem grenzt sich ein deutlich anders gelagerter Prekaritätsbegriff ab, der v.a. in feministisch geprägten Debatten benutzt wird. „Prekarität“ bzw. „Prekärsein“ (precariousness) wird hier gleichsam als anthropologische Konstante begriffen. Dem Menschen ist demnach eine grundsätzliche Verwundbarkeit und Verletzlichkeit zu eigen, die ihn von anderen Menschen abhängig macht und damit als existentiell soziales Wesen konstituiert (vgl. Butler 2005, Motakef 2015, 16f.).

(aber auch hier nehmen befristete Angestelltenverhältnisse zu). Der weit überwiegende Teil des universitären Mittelbaus ist jedoch befristet und häufig (i.d.R. unfreiwillig) in Teilzeit beschäftigt. Bei den studentischen Hilfskräften beträgt die Prekaritätsquote 100%. Dies begründet ein Arbeitsklima, das von beruflicher Unsicherheit, Konkurrenz, Statusangst, z.T. auch existentiellen Überlebenssorgen geprägt ist. Die Ellenbogen, die in dieser Situation eingesetzt werden (müssen), bekommt jede*r zu spüren, egal ob selbst prekär beschäftigt oder nicht. Solidarität ist schwierig und die Angst, „auf der Strecke zu bleiben“ groß – an der Uni wie im Industriebetrieb. Ein treffendes Bild hierfür findet sich etwa im „Schwarz-Weiss-Buch Leiharbeit“ (IG Metall 2008). Ein Arbeiter meint, dass mit der Zunahme von Leiharbeit, „der Blutdruck im Unternehmen steigt“. Die Zunahme der Ängste und des Drucks trifft also jede*n, (fast) egal ob prekär beschäftigt oder nicht. Das Risiko eines Herzinfarkts nimmt zu.

Warum breiten sich atypische und prekäre Beschäftigungsformen (wieder) in den kapitalistischen Kernländern aus? Dies hat zunächst mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zu tun, d.h. mit der Verlagerung von Beschäftigung vom Produktions- in den Dienstleistungssektor (Tertiarisierung), wo atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (ebenso wie feminisierte Beschäftigung) traditionell verbreiteter sind als im (gewerkschaftlich besser organisierten, maskulinisierten) Produktionsbereich. Aber das ist allenfalls die halbe Wahrheit. Zentral ist der schon erwähnte arbeits- und sozialpolitische „Modellwechsel“, der die deutsche Wirtschaft neoliberal streamlinen und fit machen soll für die internationale Konkurrenz – und der seinerseits unmittelbar mit kapitalistischen Verwertungszwängen zusammenhängt (vgl. Krüger 2015). Teil des Modellwechsels sind neue kapitalistische Verwertungsstrategien, die – in den Begriffen von Marx – auf eine Steigerung der relativen Mehrwertproduktion zielen, also etwa Outsourcing, interne und externe Flexibilisierungsstrategien, Tarifdumping und union-busting sowie generell Strategien „kapitalistischer Landnahme“, ein Begriff der ursprünglich von Rosa Luxemburg stammt und zuletzt u.a. von Klaus Dörre (2013) wiederentdeckt wurde. Gemeint ist damit die Kommodifizierung, die „In-Wert-Setzung“ von Bereichen, die bislang der tauschwertorientierten Warenproduktion (noch) entzogen waren (z.B. im Haushalt) oder zumindest nicht primär nach Maximen der Profitorientierung strukturiert waren (z.B. im öffentlichen Dienst).

Der neoliberale Umbau des Kapitalismus und die kapitalistische Landnahme sind jedoch nicht nur von neuen Kapitalstrategien, sondern auch von staatlichen Entscheidungen beeinflusst. Die Reduzierung sozialpolitischer Sicherungen und der Abbau von Schutzbestimmungen wurden bereits erwähnt. Aber auch die Privatisierung und Kommodifizierung öffentlicher Dienste spiel(t)en hier eine zentrale Rolle. Das dramatische Ausmaß der Bedeutung einer veränderten Staatlichkeit für die Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen zeigte sich in einem kürzlich durchgeführten Forschungsprojekt zur Entwicklung des Flächentarifvertrags im Tarifbereich von ver.di (Artus/Rösch 2017). Aus Sicht der befragten Gewerkschaftssekretär*innen waren staatliche Maßnahmen und Direktiven der EU der wichtigste Faktor für die dramatische Erosion der Tarifnormen im Dienstleistungssektor. Branchen wie die Weiterbildung, der öffentliche Nahverkehr oder die Flughäfen wurden weitgehend privatisiert und ein rigides Wettbewerbsregime EU-rechtlich erzwungen. Ähnliche Prozesse sind – wie unten eingehender dargestellt – auch im Gesundheits- und Pflegebereich im Gange.

Insgesamt ist die Zunahme prekärer Beschäftigung letztlich Ausdruck veränderter Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt – oder, wie Marx sagen würde: zwischen Arbeit und Kapital. Vierzig Jahre Massenarbeitslosigkeit hat die Macht der Lohnabhängigen massiv geschwächt.

Transnationalisierte Wertschöpfungsketten bilden eine glaubwürdige Drohkulisse, um die Arbeiter*innen (und Gewerkschaften) in den westlichen Industriezentren zu überzeugen, den Gürtel immer enger zu schnallen. Die Gewerkschaften verlieren – als zunehmend ineffiziente Gegenmacht – seit Jahrzehnten Mitglieder. Das Flächentarifvertragssystem ähnelt einem Schweizer Käse. Vielleicht mag der so genannte „Fachkräftemangel“ in Zukunft ja wieder für etwas steigendes Selbstbewusstsein und zunehmende Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten sorgen. Die vergangenen 30 Jahre waren jedenfalls desaströs in dieser Hinsicht. Ehemals erkämpfte kollektive Sicherungen gegen die Risiken von Lohnarbeit sind dramatisch erodiert.

Wer gehört zum neuen Prekariat? Oder wen treffen die neuen (und zugleich sehr alten) Risiken der Lohnarbeit in besonderem Maße? Besonders verbreitet ist prekäre Beschäftigung im Dienstleistungssektor, weshalb auch vom „neuen Dienstleistungsproletariat“ die Rede ist (Staab 2014). Branchen wie der Einzelhandel, die Logistik, die Systemgastronomie, die Sicherheitsbranche, Hotels/Gaststätten, die Abfallwirtschaft, der Gesundheits- und Pflegesektor, die Weiterbildung sind besonders betroffen. Darunter sind viele stark feminisierte Branchen. Frauen sind also die neuen (und alten) Dienstleistungsproletarierinnen. Vom feministischen Standpunkt aus ist es zwar erfreulich, dass die Frauenerwerbsquote zuletzt kontinuierlich und massiv gestiegen ist. Weniger erfreulich ist jedoch, dass die verbesserte Erwerbsintegration von Frauen häufig um den Preis prekärer Beschäftigung erfolgt(e). Und gar nicht erfreulich ist, wenn sie nicht Ausdruck von weiblicher Emanzipation und steigendem Erfolg am Arbeitsmarkt ist, sondern erzwungen durch eine Verschlechterung der sozialen Absicherung insbesondere von geschiedenen und alleinerziehenden Frauen (Artus 2019).

Das Prekariat ist überproportional weiblich – und zudem verhältnismäßig jung. Es betrifft häufig Menschen, die versuchen, sich z.B. als Leiharbeiter*innen oder Soloselbständige am Arbeitsmarkt neu zu etablieren oder deren Arbeitsverträge geschlossen wurden, als die Orientierung an Tarifnormen nicht mehr die Regel war bzw. sich flächendeckend Niedriglohnstarife durchgesetzt hatten. Zudem ist das Prekariat migrantisch geprägt, d.h. es umfasst viele Menschen, die wegen rassistischer Stereotype auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden, die Nachteile aufgrund nicht anerkannter Qualifikationen oder mangelnder Sprachkenntnisse haben. Das Prekariat ist zudem häufig zwar gering entlohnt, aber nicht gering qualifiziert. Deutlich über die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten besitzt einen qualifizierenden Berufsabschluss (im Jahr 2016 waren es 63,5%, Kalina/Weinkopf 2018). Typisch ist zudem, dass das Prekariat eher selten gewerkschaftlich organisiert ist. Das hat sicherlich mit fehlender Gewerkschafts- und Mitbestimmungskultur in den einschlägigen Branchen zu tun, aber auch mit Vertretungsprioritäten der Gewerkschaften, die – trotz tapferer, teils auch erfolgreicher, jedoch punktueller Organizingversuche – eben nicht in erster Linie beim „neuen Serviceproletariat“ liegen. Und doch zeigen sich mittlerweile Brüche in der neuen prekären Servicewelt, die darauf hindeuten, „dass der Blutdruck steigt“.

2.2 Krise der Sorgearbeit – Krise der Reproduktion

Sorgearbeit – was ist das überhaupt? Der Begriff der Sorge- oder auch Care-Arbeit umfasst alle Tätigkeiten, die auf „den Erhalt und die Förderung der körperlichen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten von Personen, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ zielen (Artus u.a. 2017, 14). Es geht also um Arbeit, die auf andere Menschen bezogen ist, um „personenbezogene Dienstleistungen“. Ihr Ziel ist Bedürfnisbefriedigung – häufig im Rahmen asymmetrischer

Beziehungskonstellationen, d.h. es geht um Dienstleistungen, die für Menschen in besonderen Lebenssituationen oder mit besonderen Handicaps erbracht werden. Care-Arbeit findet also in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung, Betreuung statt. Ein sehr großer Teil der gesellschaftlichen Sorgearbeit wird von Frauen geleistet. Weit überwiegend geschieht dies unbezahlt im familialen und privaten Nahbereich. Sie erfolgt also nicht in kommodifizierter Form, nicht als Lohnarbeit, wird nicht formell entgolten, bleibt damit häufig gesellschaftlich unbemerkt und wird wenig wertgeschätzt. Auch in der marxistischen politischen Ökonomie taucht sie nicht als „wertschaffend“ auf. Der Begriff der „produktiven Arbeit“, wie er von Marx im „Kapital“ gebraucht wird, erfasst den größten Teil gesellschaftlicher Sorgearbeit nicht. Reproduktionsarbeit mag nach Marx zwar Gebrauchswerte produzieren; sie ist auch wichtig für die Reproduktion der Arbeiterklasse an sich; sie produziert jedoch keinen Tauschwert und somit auch keinen Mehrwert (Notz 2014). Auch wenn der marxistische Arbeitsbegriff somit geschlechtsblind (bzw. patriarchal) ist, lässt er sich doch anwenden auf jenen wachsenden Teil von Sorgearbeit, der mittlerweile als Lohnarbeit stattfindet. Im Zuge des demographischen Wandels, veränderter Geschlechterarrangements, aber auch der Prekarisierung von Erwerbsarbeit können und wollen Frauen weniger unbezahlte Sorgearbeit leisten. Dies konstituiert ein gesellschaftliches Care-Defizit, einen Bedarf an Betreuung, Pflege, Hilfe (z.B. gegenüber Kindern, Kranken, älteren Menschen), der nur teilweise durch eine Professionalisierung und Kommodifizierung von Sorgearbeit ausgeglichen wird. Parallel finden eine Reorganisation und ein partieller Abbau des Wohlfahrtsstaates statt. Staatliche Leistungen im Pflege-, Gesundheits- und Erziehungsbereich werden verstärkt privatisiert und ökonomisiert – und damit zum Gegenstand von Profitgenerierung. Sorgearbeit soll nunmehr Rendite abwerfen. Bedürfnisorientierte Pflege wird zur Ware, die möglichst rationell zu produzieren ist. Zusammengenommen verursachen diese Entwicklungen eine Situation, die als Krise der Reproduktion bezeichnet werden kann (Jürgens 2013, Aulenbacher/Dammayr 2014).

Die Perversion tauschwertorientierter Daseinsfürsorge wird aktuell im Gesundheitsbereich besonders deutlich. Die Privatisierung der Krankenhäuser und das Abrechnungssystem der Fallpauschalen sorgen dafür, dass die Versorgung der Patient*innen dominant einer kapitalistischen (statt bedürfnisorientierten) Logik unterworfen wird. Die Zahl der Behandlungen nimmt zu, die der Pflegekräfte ab. Dies führt zu unerträglichen und unbefriedigenden Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal und zu inadäquaten Therapien für die Klient*innen (vgl. den Film „Der marktgerechte Patient“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz). Kosten sollen optimiert, Prozesse effizienter gemacht werden. Die Folge ist ein höherer Dokumentationsaufwand, Bürokratisierung, stärkere Kontrolle und intensiviertes Zeitmanagement. Klient*innen werden zu Kund*innen. Im Extremfall werden Pflegeeinrichtungen gar zu Spekulationsobjekten am Finanzmarkt. Seit Ende der 1990er Jahre kaufen internationale Private Equity-Gesellschaften Pflegeheime und Krankenhäuser auf, um deren Marktwert zu steigern und sie mit Profit wieder zu verkaufen (Behruzi 2017). Die Durchsetzung von Tauschwertlogiken affiziert jedoch die Arbeitstätigkeiten selbst – oder frei nach Marx: Die Verrichtung von Sorge-Arbeit als Warenproduktion pervertiert den Akt der Produktion. Sorgearbeiten sind aufgrund ihrer qualitativen Beschaffenheit – anders als leichter technisierbare und digitalisierbare Produktionsprozesse – nur begrenzt rationalisierbar. Die kapitalistische Durchdringung von Sorgearbeit gefährdet ihren Gebrauchswert als personenbezogene Dienstleistung. Oder ganz prägnant: Profit geht auf Kosten von Care. So belegt mittlerweile eine Vielzahl von Studien die virulente Gefahr der Entfremdung vieler Sorgearbeiter*innen von ihrer Tätigkeit. Das Ethos fürsorglicher Praxis (Senghaas-Knobloch 2008) als typische Berufsorientie-

rung von Sorgearbeiter*innen lässt sich kaum noch durchhalten. Die moralischen Motive, weshalb Krankenschwestern und -pfleger, Erzieher*innen, Altenpfleger*innen ihren Beruf gewählt haben, lassen sich nicht mehr verwirklichen – mit der Folge, dass sie sich von „ihrem Produkt“, vom Akt der Produktion, von sich selbst und von anderen Menschen entfremden. Dies zermürbt auf Dauer – und macht auch wütend. Ein deutlicher Ausdruck der „Krise der Reproduktion“ ist der Pflegekräftemangel. Die Attraktivität von Sorgeberufen nimmt ab – weil sie zu schlecht bezahlt sind, zu wenig Anerkennung finden und unter Prämissen stattfinden, die keine „gute Arbeit“ erlauben. Unter dem Druck der Verwertungszwänge und existentieller Sorgebedarfe kommt es zudem zur Rückverlagerung von Carearbeit in den privaten Haushalt, zur Zunahme informeller, oft migrantischer Laienpflege und wachsenden Bedeutung des Ehrenamts (Haubner 2017). Die Care-Krise trifft also nicht nur die Sorgearbeiter*innen, sie trifft uns alle, weil wir alle früher oder später Sorgearbeit nötig haben. Sie trifft den Nerv der kapitalistischen Gesellschaft.

2.3 Prekäre Kämpfe und Sorge-Kämpfe: Konfliktkonstellationen im aktuellen Kapitalismus

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von gesellschaftlichen Konflikten, die auf die Prekarisierung von Beschäftigung und die Sorgekrise reagieren. Im Folgenden seien einige davon lediglich stellvertretend erwähnt:

Da ist etwa der anhaltende Konflikt bei *Amazon*, wo ver.di seit dem Jahr 2013 versucht, einen Tarifvertrag durchzusetzen. Obwohl ver.di – im internationalen Vergleich – sicherlich eine starke Gewerkschaft ist, gleicht die Situation dem Kampf von David gegen Goliath. Die z.T. international vernetzten Streikaktionen sind nicht mehr als eine Nadelstichtaktik gegen ein Unternehmen, dessen Inhaber an der Spitze der „Forbes-Liste“ der Milliardäre steht. Gerade diese offensichtliche Machtasymmetrie und der Zynismus, der daraus spricht, wenn der reichste Mensch der Welt „seinen“ Beschäftigten nicht einmal Tariflohn zugesteht, machen diesen Konflikt jedoch symbolisch zu einem wichtigen Kampf. Er verdeutlicht zugleich die Logik und die Idiotie des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Andere prekäre Kämpfe finden – medial wenig beachtet – seit vielen Jahren im *Einzelhandel* statt. Bei Schlecker, bei H&M, bei Edeka wehren sich v.a. Frauen gegen die Angriffe der Arbeitgeber*innen auf ihre Tariflöhne, auf die Arbeitsbedingungen, gegen unfreiwillige Teilzeitverhältnisse und Intensivierung der Arbeit. Die Tarifrunden 2009 und 2013 waren von langanhaltenden (jedoch eher punktuellen) Streikaktionen begleitet und auch die Tarifrunden 2018 und 2019 waren konfliktträchtig. Auch hier sind die Machtverhältnisse ungleich, ist die Organisation der Beschäftigten schwierig und der Kampf gegen die Arbeitgeberdominanz eine Sisypusarbeit nach dem Motto: Zwei Schritte vorwärts, einer (oder auch zwei) Schritt(e) zurück.

Erfolgreicher sind dagegen die Auseinandersetzungen im Sorgebereich. Zwar wurden die Ergebnisse der „*Kita-Streiks*“, d.h. im kommunalen Sozial- und Erziehungssektor, in den Jahren 2009 und 2015 ambivalent bewertet, allein die Durchführung eines vierwöchigen Flächenstreiks (im Jahr 2015) kann jedoch als Erfolg gelten. Es kam zu vielen kreativen, medial stark beachteten Protestaktionen; mit viel Elan und Selbstbewusstsein organisierten und inszenierten die Erzieher*innen die öffentliche Vertretung ihrer Interessen. Neue Instrumente wie Streikdelegiertenversammlungen oder die Durchführung eines Mitgliederentscheids über das Streikergebnis stärkten die gewerkschaftsinterne Demokratie, führten jedoch auch zu innergewerkschaftlichen

Friktionen, weil die (dominant weibliche) Basis nicht so abstimmt, wie die (dominant männliche) Streikführung dies zuvor verhandelt hatte. Oder anders: Die Erzieher*innen entwickelten Ansprüche an Selbstbestimmung im Streik, der über die Grenzen des gewerkschaftlich Üblichen hinausging.

Der vielleicht innovativste Sektor von Lohnarbeitskämpfen ist der Gesundheitsbereich, d.h. *die Krankenhäuser*, die ja auch im Zentrum der Care-Krise stehen. Hier organisiert ver.di aktuell sehr erfolgreich neue Mitglieder, v.a. über vielfältige Organizingaktionen. Die Berliner Charité ging voran bei der Entwicklung neuer basisdemokratischer Organisierungsmethoden (der Tarifdelegierten), neuer juristischer Instrumente (der Notdienstvereinbarungen, tariflicher Besetzungsregeln), der Kooperation mit überbetrieblichen Solidaritätsnetzwerken und neuer politischer Instrumente (z.B. Volksentscheid).

Insgesamt ist also festzustellen, dass sich der Formwandel des Kapitalismus aktuell in einem Formwandel der Arbeitskämpfe niederschlägt. Anders als noch in den 1990er Jahren prophezeit, kam es keineswegs zu einem „Absterben“ der Streiks, diese finden vielmehr zunehmend in anderen Sektoren statt als früher, haben andere Kontextfaktoren und werden von anderen Arbeitskräften und Subjektivitäten geprägt. Es ist eine Tertiärisierung, Fragmentierung und Feminisierung (Artus 2019) von Streiks zu beobachten. Wenn ehemals in den großen fordistischen Produktionsunternehmen eine Masse an (überwiegend männlichen) Arbeiter*innen mit relativ ähnlichen Lebenslagen, Qualifikationen, oft auch engen sozialen Beziehungen im Alltag sich kollektiv organisierten, so war dies tendenziell einfacher als für das neue feminisierte und migrantische Dienstleistungsprekariat. Wenn Produktionsbeschäftigte streiken, so übt dies unmittelbar Druck auf den Unternehmenseigner aus; es werden keine Produkte gefertigt, keine Werte und damit auch keine Profite generiert. In vielen prekären Dienstleistungs- und Sorgebereichen ist diese Situation anders. Schon die kollektive Organisation ist wesentlich komplizierter, wenn diese in kleinen, räumlich stark verstreuten Gaststätten, Niederlassungen, Restaurants oder Baustellen mit sehr heterogener Belegschaft stattfinden muss, wenn die Beschäftigten zeitlich stark versetzt und oft auch nur kurzzeitig zusammen beschäftigt sind, sich selten sehen, in verschiedenen Schichten oder sogar vereinzelt arbeiten. Nicht nur die Arbeits-, auch die persönlichen Lebenssituationen sind häufig stark prekär, die Beschäftigungsbedingungen instabil, befristet, das Risiko der Entlassung hoch. Und es sind sehr heterogene Menschen, die da beschäftigt sind, geprägt von unterschiedlichen Kulturen, Lebenslagen, Sprachen; neben dem Jurastudenten, der sich was dazuverdient, arbeitet die alleinerziehende Mutter; konservative Türken neben linken Kurdinnen – da ist die Vereinheitlichung der Interessenlagen schwierig, der gewerkschaftliche Organisationsgrad oft niedrig, Gewerkschaften und Betriebs-/Personalräte (wenn sie überhaupt existieren) sind „weit weg“. Es gibt oft kaum Wissen über das Arbeitsrecht und noch viel weniger über die Logiken kollektiver Interessenvertretung. Letztere ist daher (zumindest am Anfang) ein klares Minderheitenprojekt. Last but not least ist die Streikmacht der Beschäftigten teilweise schwieriger einzusetzen als in Produktionsbetrieben. Dies hat etwa der Kita-Streik verdeutlicht. Die Einstellung professioneller Sorgearbeit im Bereich der Kinderbetreuung traf nur sehr bedingt den ökonomischen Interessengegner (nämlich die kommunalen Arbeitgeber), sondern v.a. die unmittelbar Sorgeverantwortlichen (meist die Mütter). Mit anderen Worten: Arbeit im Bereich professioneller Care-Arbeit kann oft nicht einfach „eingestellt“ werden, weshalb sie im Streikfall faktisch oft verlagert wird – z.B. in andere Krankenhäuser oder in den Bereich unbezahlter Sorgearbeit. Care-Streiks benötigen daher eine besondere, strategisch reflektierte Vorbereitung, um einen ökonomischen, nicht nur

symbolischen Effekt zu erreichen. Auch die Motivlagen und Subjektivitäten im Zuge von Care-Streiks sind typischerweise anders als in Produktionsbereichen. Unterstellte man in letzteren dominant instrumentelle Arbeitshaltungen, so impliziert das Berufsethos fürsorglicher Praxis stark arbeitsinhaltliche Interessen. Letztere können zwar auch zur Mobilisierungsressource werden (Behruzi 2019), hierfür bedarf es jedoch anderer Begründungen und Legitimationsweisen als sie historisch in vielen Produktionsbereichen entwickelt wurden.

Insgesamt kann festgehalten werden: Die neuen Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, die neuen Widersprüche im Dienstleistungskapitalismus verlaufen an anderen Bruchstellen, an neuen Orten und mit neuen Subjektivitäten als im fordistischen Kapitalismus. So lassen sich auch ehemals erfolgreiche kollektive Strategien des Widerstands und des Arbeitskampfes nicht einfach 1:1 auf heute übertragen. Die Prekarier*innen und Sorgearbeitenden sind weiblicher, jünger, heterogener, haben häufiger einen Migrationshintergrund, andere Berufsorientierungen und differente Machtressourcen im Vergleich zum klassischen proletarischen Produktionsarbeiter. Um daher Kämpfe im – oder sogar gegen den – Kapitalismus erfolgreich führen zu können, wird man noch ausführlich darüber nachdenken müssen, wie dies in sinnvoller Weise geschehen kann, wie sich Kollektivität und Solidarität nachhaltig konstruieren und organisieren lassen. Aber die gute Nachricht ist: Dieser Prozess hat längst begonnen – in gewerkschaftlichen Organizingprojekten und überbetrieblichen Solidaritätskomitees, in der Stadtteilarbeit, Flüchtlingsarbeit, in Kämpfen gegen Wohnungsnot und Privatisierung. Sicher ist: Hier entstanden und entstehen neue kämpferische Subjektivitäten von Lohnarbeiter*innen, die symbolisch mit traditionellen proletarischen Motiven der Arbeiterbewegung nicht mehr viel zu tun haben – aber gleichwohl handlungsfähig, solidarisch und durchsetzungsstark sind.

3. Und was hat das alles noch mit Marx zu tun?

Auf den ersten Blick nicht viel, möchte man meinen. Schließlich ging es Marx um die Abschaffung des Kapitalismus und des Systems der Lohnarbeit – und nicht darum, die proletarische Klassenlage durch den Kampf gegen Niedriglöhne oder eine bessere Personalbesetzung in Krankenhäusern ein bisschen zu verbessern. Aber auch Marx hat die gewerkschaftlichen Alltagskämpfe als „Schulen des Sozialismus“ – oder etwas weniger antiquiert: als Quellen politischer Erfahrungen und kollektiver Solidarität keineswegs geringgeschätzt. Und ich meine: Marx gibt nach wie vor sehr klar die Richtung an, in die es geht, oder zumindest gehen sollte. Er lässt sich als Kompass benutzen. Auch wenn sich die konkreten Bedingungen ständig verändern, wir im Trubel des Alltags mal vom Weg abkommen oder uns die allgegenwärtige neoliberale Ideologie das Hirn vernebelt: Die sehr klare antikapitalistische Kritik von Marx kann uns immer wieder zeigen, wo's lang geht. Im Fadenkreuz emanzipatorischer Kämpfe steht die kapitalistische Produktions- und Verkehrsform an sich. Sie ist zurückzudrängen, wo es geht – und letztendlich zu überwinden. Die große Perspektive, das Ziel hat sich nicht verändert: Es geht um solidarische Arbeits- und Lebensverhältnisse, in der die Entfremdung des Menschen vom Menschen beendet ist und wir den Stoffwechsel mit der Natur unter eine gemeinschaftliche ökologische Kontrolle bringen. Dafür braucht es sicherlich eine Vielzahl sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Kämpfe, sozialer Bewegungen, emanzipatorischer Praxen (vgl. Solon u.a. 2018). Es geht um veränderte Steuerpolitiken, Umverteilungspolitiken, Umweltpolitiken – sowie den Kampf um eine allgemeine Erwerbsarbeitsverkürzung (vgl. Behruzi/Zeise 2019), um die Solidarisierung mit weltweiten Befreiungsbewegungen und ein Ende imperi-

alistischer Ausbeutung. Es geht um eine Abschaffung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, um Kämpfe gegen Privatisierung und Kommodifizierung (z.B. des öffentlichen Dienstes und des sozialen Wohnungsbaus), um Rekommunalisierung, den Ausbau von Commons, um die Förderung von Projekten solidarischer Ökonomie als „Fenster in eine andere Welt“ (Notz 2011), um die radikale Demokratisierung von Institutionen und Organisationen, sei es der Wirtschaftsbetrieb, das Stadtviertel, die Universität, der Staat oder die Weltgesellschaft. Dabei ist die Umgestaltung des Wirtschaftssystems vermutlich „nur“ eine notwendige, keine hinreichende Bedingung für die Entwicklung alternativer solidarischer Lebensformen, Es braucht ebenso Kämpfe gegen Naturzerstörung, das Patriarchat, Rassismus, Homophobie u.v.m. Es gibt nicht nur eine Antwort auf das Problem des Kapitalismus, sondern eine Pluralität von Antwortversuchen. Es sind viele Wege zu gehen, die in eine ähnliche Richtung führen. Es braucht eine Vielfalt emanzipatorischer sozialer Bewegungen – weltweit.

Also ist die Richtung, in die es gehen sollte, eigentlich klar, mit Marx damals wie heute. Problematisch ist jedoch der Weg oder anders, sind die Machtverhältnisse, die einer solchen Entwicklung entgegenstehen – vielleicht heutzutage sogar noch mehr als Mitte des 19. Jahrhunderts. Zwar lässt sich auch dies mit Marx gut erklären, denn „das Bewusstsein kann nie etwas anderes sein als das bewusste Sein. Und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozess“ (Marx 1961 [1858/59], 10). Daher: Wie soll sich ein solidarisches Bewusstsein unter den Bedingungen von Entfremdung, Prekarität und Angst entwickeln? Hierauf gibt es damals wie heute keine einfache Antwort. Der Erfolg rechtspopulistischer und rassistischer Ideologien ist zwar ein gültiger Ausdruck für weit verbreitetes Unbehagen mit der gesellschaftlichen Situation – aber auch dafür, dass einfache Antworten und sozialchauvinistische Politikrezepte wohlfeile Erklärungen bieten und breiten Anklang finden. Warum dies so ist, mag aber auch ein Blick in die Theorie sozialer Bewegungen klären helfen. Dieser zufolge braucht es stets zwei Momente, um sozialen Protest gegen einen herrschenden Zustand zu stimulieren: Erstens muss der Zustand delegitimiert werden, d.h. es geht darum, ihn als irrational, menschenverachtend, entfremdend, ungerecht zu entlarven. Dies ist im Fall des Kapitalismus nicht allzu schwer. Zweitens brauchen soziale Bewegungen aber immer auch die Aussicht auf Erfolg, d.h. ein Zustand muss als veränderbar begriffen werden – und dies ist vermutlich das aktuelle Hauptproblem. Zwar liefert auch in diesem Punkt Marx viele gute Argumente, indem er betont, dass die gesellschaftlichen Bedingungen von Menschen gemacht und daher auch von ihnen veränderbar sind. Dennoch erscheint der Kapitalismus heutzutage vielen als kaum veränderbar oder abschaffbar. Die Sachzwanglogiken sind so erschlagend, dass man eigentlich gleich im Bett liegen bleiben möchte. Das einzige, was hier hilft, ist der konkrete Nachweis, dass wir unser Schicksal in die Hand nehmen können. Es geht um die Organisation erfolgreicher emanzipatorischer Kämpfe. Dies ist auch die Erfahrung vieler Organizer*innen: In dem Moment, in dem Menschen merken, sie können die Verhältnisse gestalten, kollektive Praxis verändert die Welt, in diesem Moment ist die Wiederaneignung von Politik möglich – und auch die Entwicklung einer Gesellschaft, in der „alle Verhältnisse umgeworfen werden, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1976 [1844], 385).

Literatur

- Alvaredo, Facundo u.a. (2018): Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report, München.
- Artus, Ingrid (2008): Interessenhandeln jenseits der Norm. Mittelständische Betriebe und prekäre Dienstleistungsarbeit in Deutschland und Frankreich, Frankfurt a.M./New York.
- (2019): Frauen*-Streik! Zur Feminisierung von Arbeitskämpfen. Analysen der Rosa Luxemburg Stiftung Nr.54, Berlin, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen54_FrauenStreik.pdf (Zugriff: 17.2.2020)
- u.a. (2014): Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung, Wiesbaden.
- u.a. (Hg.) (2017): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen, Hamburg.
- Artus, Ingrid/Rösch, Benedikt (2017): Stärkung der Tarifbindung im Dienstleistungssektor. Probleme – Erfahrungen – Strategien, Erlangen, URL: https://www.boeckler.de/pdf_fof/99801.pdf (Zugriff: 9.9.2019)
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (2014): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zur Ganzheitlichkeit und Rationalisierung des Sorgens und der Sorgearbeit, in: Brigitte Aulenbacher u.a. (Hg.), Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt, Sonderband 20, Baden-Baden, 125-140.
- Behruzi, Daniel (2017): Pflege – Spielball von Finanzjongleuren, in: Lunapark21, H. 40, 8-9.
- (2019): Kampfmethode Ultimatum. Von disziplinierender Kollegialität zu widerständiger Solidarität – Fallbeispiele aus dem Gesundheitswesen, in: Industrielle Beziehungen, Jg. 25, H. 4, 469-494.
- Behruzi, Daniel/Zeise, Fanny (Hg.) (2019): Individuelle Bedürfnisse, kollektive Aktionen, politische Alternativen. Beiträge zur neuen Arbeitszeitdebatte, Materialien der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1998): La précarité est aujourd'hui partout, in: ders., Contre-feux, Paris, 95-101.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.
- Butler, Judith (2005): Gefährdetes Leben. Politische Essays, Frankfurt a.M.
- Castel, Robert (2000 [1995]): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, Cambridge/UK.
- Dörre, Klaus (2014): Sozialkapitalismus und Krise: Von der inneren Landnahme zu äußerer Dominanz, in: Klaus Dörre u.a. (Hg.), Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zeireissprobe, Frankfurt/New York, 25-49.
- Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Auflage, Wiesbaden.
- Haubner, Tine (2017): Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland, Frankfurt/New York.
- IG Metall (Hg.) (2008): Schwarz-Weiss-Buch Leiharbeit, Frankfurt a.M.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise, in: Leviathan, 38. Jg., H. 4, 559-587.
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2018): Niedriglohnbeschäftigung 2016 – beachtliche Lohnzuwächse im unteren Lohnsegment, aber weiterhin hoher Anteil von Beschäftigten mit Niedriglöhnen, IAQ-Report 2018/6, URL: <https://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2018/report2018-06.pdf> (Zugriff: 3.9.2019)
- Keller, Bernd/Seifert, Hartmut (2011): Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Stand und Lücken der aktuellen Diskussion, in: WSI Mitteilungen, H. 3, 138-145
- Kern, Horst (1998): Proletarisierung, Polarisierung oder Aufwertung der Erwerbsarbeit? Der Blick der deutschen Industriosozologie seit 1970 auf den Wandel der Arbeitsstrukturen, in: Jürgen Friedrichs u.a. (Hg.), Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Wiesbaden, 113-129.
- Kern, Peter (2019): Die Angestellten zwischen Büroalltag und Fluchtphantasie, Münster.
- Krause, Alexandra (2014): Kritik der Politischen Ökonomie – Wachstum als Imperativ kapitalistischen Wirtschaftens, in: Artus u.a. 2014, 135-160.

- Krüger, Stephan (2015): *Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950–2013. Beschäftigung, Zyklus, Mehrwert, Profitrate, Kredit, Weltmarkt*, Hamburg.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München/Berlin.
- Marx, Karl (1961 [1858/59]): *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW 13, Berlin.
- (1962 [1890]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, MEW 23, Berlin.
- (1968 [1844]): *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, in: MEW 40 (Ergänzungsband 1), Berlin, 465-588.
- (1969 [1894]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*, MEW 25, Berlin.
- (1976 [1844]): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: MEW 1, Berlin, 378-391.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972 [1848]): *Das Manifest der kommunistischen Partei*, in: MEW 4, Berlin, 459-493.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2002): *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973*, Berlin.
- (2013): *Prekär, informell – weiblich? Zur Bedeutung von „Gender“ für die Aushöhlung arbeitspolitischer Standards*, in: Hans-Jürgen Burchardt u.a. (Hg.), *Arbeit in globaler Perspektive. Facetten informeller Beschäftigung*, Frankfurt a.M./New York, 55-78.
- Milanovic, Branko (2016): *Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Frankfurt a.M.
- Motakef, Mona (2015): *Prekarisierung*, Bielefeld.
- Nachtwey, Oliver (2014): *Arbeit, Lohnarbeit und Industriearbeit*, in: Artus u.a. 2014, 109-133.
- (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der repressiven Moderne*, Frankfurt a.M.
- Notz, Gisela (2011): *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart.
- (2014): *Zur feministischen Kritik des marxistischen Arbeitsbegriffs*, in: Artus u.a. 2014, 161-179.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München.
- Senghaas-Knobloch, Eva (2008): *Care-Arbeit und das Ethos fürsorglicher Praxis unter neuen Marktbedingungen am Beispiel der Pflegepraxis*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 18. Jg., H. 2, 221-243.
- Solon, Pablo u.a. (2018): *Systemwandel. Alternativen zum globalen Kapitalismus*, Wien/Berlin.
- Staab, Philipp (2014): *Macht und Herrschaft in der Servicewelt*, Hamburg.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford/New York.
- Voß, G. Günter/Pongratz, Hans J. (1998): *Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* H. 50, 131-158.
- WSI (2017): *Wird atypisch normal? Beschäftigung im Wandel*, WSI Mitteilungen Schwerpunktthef 1, Januar 2017.

Roland Atzmüller

Reproduktion durch Veränderung Arbeitskraft zwischen Wohlfahrtsstaat und humankapitalorientierter Subjektivierung

1. Einleitung

Die gesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken der letzten Jahrzehnte (Demirović u.a. 2011, Sum/Jessop 2015) haben für die auf die Erneuerung der marxischen Theorie zielenden Debatten eine grundlegende Problematisierung des Reproduktionskonzeptes notwendig gemacht. Dies betrifft nicht nur die Frage nach dem Verhältnis zwischen den beiden ökonomischen Abteilungen der Produktions-/Investitionsgüterindustrie und der Konsumgüterindustrie und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit der beständigen Ausdehnung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und Verwertungsimperative auf nichtkapitalistische Bereiche – was heute nicht zuletzt (wieder) unter dem Begriff der Landnahme (Dörre 2016) diskutiert wird. Vielmehr geht es auch um die historisch spezifischen Reproduktionsdynamiken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und wie diese sich mit nichtökonomischen Sphären der Vergesellschaftung artikulieren und diese einerseits in einen permanenten Anpassungsdruck zwingen, andererseits aber auch von diesen überformt und überdeterminiert werden. Im Zentrum stehen dabei erstens jene gesellschaftlichen Aktivitäten, die für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der ihre Positionen füllenden Agent*innen als notwendig angesehen und z.B. staatlich organisiert oder, wie etwa im Falle von Familienarbeit, unbezahlt angeeignet werden. Zweitens betrifft das aber auch jene Aktivitäten und gesellschaftlichen Praxisformen, auf die die Bearbeitung und die Bewältigung destruktiver gesellschaftlicher Auswirkungen der Akkumulationsdynamik verlagert werden (Jessop 2016). In diesem Beitrag werde ich mich insbesondere auf die Reorganisation und Rekonfiguration der in den wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitischen Apparaten institutionalisierten Aktivitäten zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft und ihres Arbeitsvermögens konzentrieren. Diese Aktivitäten stellen ein zentrales Moment der sich verändernden Reproduktionsweise kapitalistischer Gesellschaftsformationen dar, da sie für die Bearbeitung und Bewältigung der multiplen Krisen (Demirović u.a. 2011) weiterhin von zentraler Bedeutung sind. Die wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitischen Apparate werden jedoch in der sich gegenwärtig durchsetzenden Reproduktionsweise kapitalistischer Gesellschaftsformationen – nicht zuletzt von neoliberalen Regierungsprojekten – so adaptiert, dass die Bearbeitung und die Bewältigung ihrer (krisenhaften) Transformation zunehmend auf die Individuen und deren Fähigkeit zur Anpassung und (Selbst-)Veränderung verlagert werden.

Die Problematisierung des an Marx orientierten Reproduktionskonzeptes (Lipietz 1992) hat auf der einen Seite damit zu tun, dass spätestens seit 1968 verschiedene Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion, wie etwa Bildung, Gesundheit, Wohnen, die in (wohlfahrts-)staatlichen Apparaten des kollektiven Konsums organisiert wurden, aber auch die geschlechtlichen Arbeits-

teilungen im Familienhaushalt, ein Feld sozialer Kämpfe um Emanzipation und neue Formen des Lebens und Arbeitens darstellen. Diese ließen sich nämlich nicht bzw. nicht mehr (vollständig) der Verwertungslogik unterordnen und wurden Teil der Krisendynamiken der fordistischen Reproduktionsweise (Hirsch 1980, Offe 1972, 1973, Poulantzas 1978/2002). Der in orthodox-marxistischen Analysen angenommene und vorausgesetzte funktionalistische Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlichen Apparaten der Reproduktion der Ware Arbeitskraft (Gough 1979), aber auch des kleinfamilialen Haushalts mit den Erfordernissen der Kapitalakkumulation und der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft wurde damit prekär und als widersprüchliches Feld eigenständiger sozialer Kämpfe und Krisentendenzen sichtbar.

Auf der anderen Seite machten auch die seit den 1970er Jahren auftretenden Krisenerscheinungen der fordistischen Gesellschaftsformationen und die damit verbundenen sozialen Kämpfe, die schließlich in verschiedene neoliberale Regierungsprojekte mündeten, eine Problematisierung des an den marxischen Analysen im *Kapital* orientierten Reproduktionskonzeptes erforderlich (Biebricher 2016, Butterwegge u.a. 2008, Peck 2001). Die Krise der fordistischen Entwicklungsmodelle der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer von neoliberalen Regierungsprojekten durchgesetzten Transformationen ließ Vorstellungen, wonach es im Kapitalismus zu einer permanenten Vertiefung und Entfaltung seiner Widersprüche komme, die schließlich zu seiner Überwindung führen, zunehmend als inadäquat erscheinen. Daher wurde in den Debatten zur Erneuerung marxistisch orientierter Gesellschaftstheorie die Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ins Zentrum vieler Reflexionen gestellt (Atzmüller 2018b). Angesichts der sozialen Kämpfe in und um die wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitischen Apparate, aber auch der Auseinandersetzungen um die geschlechtlichen Arbeitsteilungen in den Familienhaushalten und die Aneignung unbezahlter Care-Arbeiten mussten diese auch die spezifischen Dynamiken und Konflikte in der und um die erweiterte Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsformationen und der sie konstituierenden Agent*innen – insbesondere die Arbeitskräfte und ihr Arbeitsvermögen – in den Blick nehmen (Hirsch 1980, Poulantzas 1978/2002). Eine Erneuerung marxistischer Theorie in der krisenhaften Transformation der fordistischen Entwicklungsmodelle setzt also voraus, sich auf den Standpunkt der Reproduktion zu stellen (Althusser 1970/2010).

Dies erwies sich als notwendig, da die hier angedeuteten Entwicklungen und Transformationsprozesse dazu geführt haben, dass die gegenwärtig hegemoniale Reproduktionsweise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und insbesondere der Lohnabhängigen nicht zuletzt auf die Anpassung Letzterer und die Neuzusammensetzung ihres Arbeitsvermögens setzt. Diese beruht auf der Durchsetzung einer humankapitalorientierten bzw. auf die sogenannte Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) der Lohnabhängigen fokussierten Regulation von Arbeitskraft. Die damit artikulierte Subjektivierungsweise zielt darauf ab, die Individuen und die Anpassungsfähigkeit und Verfügbarkeit ihres Arbeitsvermögens zu einem zentralen Moment der krisenhaften Transformation kapitalistischer Gesellschaftsformationen zu machen (Atzmüller 2018a). Dies bedeutet aber auch, dass die Sicherung von gesellschaftlichen Bereichen, die für die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse tendenziell funktional wertlos oder, auch wenn sie Konsumausgaben stimulieren, für finanzialisierte und exportorientierte Standorte von begrenztem Wert sind (Versorgung nichtproduktiver Bevölkerungsgruppen, Ermöglichung nicht verwertbarer Aktivitäten), an den Rand gedrängt werden (Aulenbacher 2013, Aulenbacher/Dammayr 2014). Die Folgen davon sind Unterversorgung, Verelendung oder gar Zerstörung dieser Bereiche wie auch das Auftreten neuer sozialer Konflikte.

Um die aus den skizzierten Veränderungen resultierenden theoretischen Herausforderungen zu bearbeiten, werde ich zuerst einige kritische Überlegungen zum Reproduktionskonzept, wie es in den an Marx orientierten Debatten zur Untersuchung der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise ausgearbeitet worden ist, entwickeln (1.). Danach (2.) werde ich der Frage nachgehen, welche Veränderungen der gesellschaftlichen Reproduktionsweise der Arbeitskraft im finanzialisierten Akkumulationsregime (Altvater 2010, Lapavitsas 2013) durchgesetzt und welche Subjektivierungsanforderungen (Humankapital, *employability*) in diesem Kontext den Individuen aufgeherrscht werden. Diese Analyse soll den Zusammenhang von Reproduktion, Krise und Veränderung als spezifisches Feld sozialer Kämpfe sichtbar machen.

2. Reproduktion durch Veränderung

Es war zweifelsohne eine wesentliche Erkenntnis von Marx im ersten Band des *Kapitals*, dass „jeder gesellschaftliche Produktionsprozess zugleich Reproduktionsprozess“ (MEW 23, 591) sei. Marx bestimmte den Inhalt der Reproduktion als Prozess, der permanent und in bestimmten Rhythmen dieselben Schritte (ebd.) durchlaufen müsse. In der kapitalistischen Produktionsweise werden daher nicht nur Waren produziert, sondern es müssen auch beständig ihre Produktionsbedingungen (Althusser 1970/2010, 38), also die Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte reproduziert werden. Es handelt sich daher nicht um einen im engen Sinne ökonomischen, sondern immer auch gesellschaftlichen und vergesellschaftenden Prozess.

„Der kapitalistische Produktionsprozeß, im Zusammenhang betrachtet, oder als Reproduktionsprozeß, produziert also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der anderen den Lohnarbeiter.“ (MEW 23, 604)

Die Reproduktion der (kapitalistischen) Produktionsverhältnisse kann hier als Prozess interpretiert werden, durch den Letztere und die sie konstituierenden gesellschaftlichen Positionen gewissermaßen „unbegrenzt konserviert“ (Balibar 2015, 535) werden. Eine derartige Interpretation ist jedoch statisch und wirft zwei Probleme auf (Aglietta 1979/2000, Lipietz 1992). Nicht zuletzt die marxistisch orientierten Proponenten der Regulationstheorie hoben gegen die Statik des überkommenen Reproduktionskonzeptes hervor, dass auch die temporär stabilen Phasen der erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise als Prozess permanenter Veränderung gedacht werden müssen. Die kapitalistische Produktionsweise reproduziert sich demnach v.a. durch Veränderung (siehe dazu auch: Haug 2013), was sich nicht nur auf quantitative Prozesse des Wirtschaftswachstums bezieht.

„If a system is described as dynamic, then the constitutive relationships of this system must have a logic of internal transformation. To conceive of the regulation of a system transforming itself in this way is to see the changes that occur in its relationships as such that these relationships can always be organized into a system.“ (Aglietta 1979/2000, 12)

Aglietta versteht diesen Prozess daher als „social creation“, also als gesellschaftlichen Erzeugungsprozess, der nicht als lineare Fortschreibung eines Entwicklungspfad, also einer „bloß“ quantitativen Entwicklung gedacht werden kann. Vielmehr besteht demnach eine Phase stabiler Reproduktion aus einer spezifischen Transformationsweise, die auf der beständigen Durchsetzung von technologischen und organisatorischen Innovationen der Produktivkräfte beruht. Weiters lässt das statische Verständnis von Reproduktion (Balibar 2015, 538) diese auch als Prozess ohne

Subjekt erscheinen. Damit wird aber die Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen, an die die Reproduktion der Produktionsverhältnisse gebunden ist, tendenziell ausgeblendet. Diese realisieren sich in einer Reihe gesellschaftlicher Widersprüche und Kämpfe, die sich im 20. Jahrhundert etwa in den wohlfahrtsstaatlichen Apparaten verdichteten und in verschiedenen Formen der kollektiven Konsumtion und der damit artikulierten Subjektivierungsanforderungen manifestierten. Weiter bedeutet das transformatorische Verständnis von Reproduktion, dass „Große Krisen“ der Produktionsweise Krisen eines historisch spezifischen Modus der Veränderung der Produktionsweise, der auch auf einer historisch spezifischen Regulation der sozialen Kämpfe beruht, darstellen. Eine etwaige Überwindung derartiger Krisen bedingt daher die Etablierung einer neuen Reproduktionsweise, die damit einen historisch neuen Modus der Veränderung ermöglicht.

Die skizzierte Problematisierung des Reproduktionsbegriffs ist bereits in den Analysen von Marx im *Kapital* (1972) angelegt. Dies wird vor allem in den marxsschen Untersuchungen des Übergangs von der absoluten Mehrwertproduktion, die auf einer alle „moralischen“ und „physischen Maximalschranken“ „überrenn[enden]“ (MEW 23, 280) Ausdehnung der Arbeitszeit und der Einbeziehung immer größerer Bevölkerungsteile (also auch Kinder) in den Akkumulationsprozess beruhte, zur relativen Mehrwertproduktion (MEW 23, 531-542) sichtbar. Marx zeigt hier, wie der Klassenkampf und die Begrenzung der Verfügungsgewalt des Kapitals über die Arbeitskräfte und ihre Reproduktion (Zehn-Stunden-Tag) die transformatorische Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Fähigkeit zur permanenten Revolutionierung der Produktivkräfte erst durchsetzen und ermöglichen. Dadurch kommt nicht nur das gesellschaftsverändernde Potenzial der sozialen Kämpfe zum Vorschein, sondern es wird sichtbar, dass sie auch eine Triebkraft der Akkumulation darstellen. Das heißt, das Kapital ist aufgrund der von der Arbeiter*innenklasse erkämpften Einschränkungen seiner Verfügungsgewalt über die Produktionsverhältnisse gezwungen, den abgepressten Mehrwert durch die permanente Umwälzung der Produktivkräfte durch technologische Innovationsprozesse zu erhöhen.

„Es muss daher eine Revolution in den Produktionsbedingungen seiner Arbeit eintreten, d.h. in seiner Produktionsweise und daher im Arbeitsprozess selbst. Unter der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehn wir hier überhaupt eine Veränderung im Arbeitsprozess, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleines Quantum Arbeit also die Kraft erwirbt, ein größres Quantum Gebrauchswert zu produzieren.“ (MEW 23, 333)

Der Blick auf die technologischen Veränderungen reicht aber nicht aus. Vielmehr geht es auch darum, was mit den Arbeitsprozessen und den Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft passiert und wie sich diese auf die Reproduktion Letzterer auswirken. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der Produktionsweise im 19. Jahrhundert interpretierte Marx die Auswirkungen der relativen Mehrwertproduktion und den durch die Revolutionierung der Produktionskräfte ermöglichten Übergang zur „großen Industrie“ und zur Ausdehnung maschineller Produktionsprozesse als voranschreitende Zerstörung und Nivellierung der Qualitäten der Ware Arbeitskraft (MEW 23, 441-451). Diese Analysen stellten auch die Grundlage für die Untersuchungen des Taylorismus bzw. der wissenschaftlichen Organisation der Produktionsprozesse im 20. Jahrhundert dar (Brandt 1990, Braverman 1977, Dörre u.a. 2012). Daraus wurde die Annahme abgeleitet, dass die Entwicklung der kapitalistischen Arbeitsprozesse einer Logik folgen würde, die in eine voranschreitende Entwertung und Dequalifizierung der Ware Arbeitskraft und ihres Arbeitsvermögens münde. Insbesondere die Einhegung und die Ausschaltung der Subjektivität

der Beschäftigten und ihrer potenziellen Fähigkeit, die Arbeits- und Produktionsprozesse zu kontrollieren, wurden als zentrales Moment der Herrschaft des Kapitals über die Produktionsverhältnisse und -prozesse im Fordismus bestimmt.

Der teleologische Charakter dieser Annahmen erschwerte aber die kritische Bestimmung von Entwicklungen, die die Transformation der Arbeitsprozesse seit der Krise des Fordismus prägten. Diese wurden bspw. als Rehabilitierung der Facharbeit, Subjektivierung und Entgrenzung der Arbeitsprozesse, Transformation der Arbeitskräfte in Arbeitskraftunternehmer*innen (siehe die Aufsätze in: Böhle u.a. 2010, Dörre u.a. 2012), Durchsetzung immaterieller Arbeit (Hardt/Negri 2001) usw. gekennzeichnet. Diese Entwicklungen problematisierten die Annahmen einer voranschreitenden Entwertung, Nivellierung und Dequalifikation der Arbeit, die als allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Arbeitsprozesse aufgefasst wurde. Eine derartige Problematisierung wird aber auch bereits in den marxischen Analysen zu den Auswirkungen der permanenten Umwälzung der Produktivkräfte und der Durchsetzung der großen Industrie aufgeworfen. Nach Marx wälzt nämlich die kapitalistische Produktionsweise „durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden (...) *beständig* mit der technischen Grundlage der Produktion die *Funktionen* der Arbeiter und die *gesellschaftlichen Kombinationen* des Arbeitsprozesses um. Sie *revolutioniert* damit ebenso *beständig* die Teilung der Arbeit im Inneren der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den anderen. Die Natur der großen Industrie bedingt daher *Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters.*“ (MEW 23, 511; Herv. R.A.)

Die permanente Revolutionierung der Produktivkräfte macht also die Instabilität der Reproduktionsbedingungen und die permanente Veränderung der Produktionsweise zur Existenzbedingung der Ware Arbeitskraft in kapitalistischen Gesellschaftsformationen. Sie ist eine Antwort auf die Klassenkämpfe, die eine (zeitliche) Begrenzung der Verfügungsgewalt des Kapitals durchgesetzt haben. Reproduktion der kapitalistischen Herrschaft durch Kontingenz (Demirović 2003) ist daher in der Logik der erweiterten Reproduktion der Produktionsweise angelegt.

„As for innovations, these too are nothing other than structures of domination, but more precarious ones, because the conflict, the struggle and the refusal to work have been, at their origin stronger. These conflicts could not have been resolved if not by means of a leap forward, a paradigm shift, a qualitative transformation. In effect, capitalist innovation is always a product, a compromise or a response, in short a constraint which derives from workers' antagonism.“ (Negri 1992, 80)

Die in Permanenz gesetzten Veränderungsprozesse reproduzieren nach Marx zwar immer die „knöchernen Partikularitäten“ der alten Arbeitsteilung (MEW 23, 511). Gleichzeitig bedeuten sie aber auch die vollständige Aufhebung aller „Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage“ (ebd.) der Arbeiter*innen. Die Veränderungs- und die Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten an die permanente Umwälzung der Produktionsweise werden zu einer zentralen Anforderung an die Individuen und die ihnen abverlangten Subjektivierungsweisen. Diese müssen sie befähigen, die für die kapitalistische Produktionsweise konstitutive gesellschaftliche Unsicherheit zu bewältigen und zu bearbeiten.

Einerseits interpretierte Marx die Instabilität der Produktionsweise als voranschreitende Zerstörung der Lebensgrundlage der Arbeitskräfte und er erwartete daher die Verelendung des Proletariats. Andererseits deutete er aber auch an, dass die Durchsetzung einer „allseitigen Beweglichkeit“ und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte Dynamiken eröffnet, in denen Möglichkeiten der Selbsttätigkeit und Selbstkonstitution der Individuen und der veränderten Organisation der

Reproduktionsverhältnisse (etwa in der Familie) sichtbar werden (MEW 23, 511-514). Damit aber konnte Marx den widersprüchlichen Charakter der skizzierten Dynamiken sichtbar machen. Die Unsicherheit der Existenz der Arbeitskräfte (und ihrer Familien) und die von ihnen erwartete allseitige Beweglichkeit, die aus der erweiterten Reproduktion der Produktionsverhältnisse resultiert, werden zur Voraussetzung von Emanzipationsprozessen, die über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinausreichen. Nach Marx sind demnach zwar die Reproduktionsprozesse der Ware Arbeitskraft über die Konsumtion an die Akkumulationsprozesse angegliedert und diesen untergeordnet. Gleichzeitig ermöglicht die vergrößerte Zeit der Reproduktion Zeit „zur Befriedigung *geistiger und sozialer Bedürfnisse*, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind“ (MEW 23, 246; Herv. R.A.), in der der/die Arbeiter*in „sich selbst gehört und (...) Lebensfunktionen außerhalb des Produktionsprozesses verrichtet“, deren Resultat „das Leben des Arbeiters“ ist. Für Marx ist es daher eine Frage von „Leben und Tod“, den permanenten „Wechsel der Arbeiten und die Vielseitigkeit der Arbeiter als gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen“ (MEW 23, 512), um die unbegrenzte Verfügbarkeit der Arbeiter*innenklasse durch die „absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitsanforderungen“ (ebd.) ersetzen zu können. Permanente Veränderung und „Fluß der Arbeit“ wären dann keine Mechanismen der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft mehr, sondern würden vielmehr eine Qualität des Arbeitsvermögens eröffnen, die er als das „total entwickelte Individuum“ (ebd.) bezeichnete. In den *Grundrissen* (MEW 42) hatte Marx diese Überlegungen noch weiter getrieben und die Einschränkung der notwendigen Arbeitszeit sowie die technologische Entwicklung als Voraussetzung einer umfassenden Entwicklung der Individualitäten und ihrer Fähigkeiten und Potenziale gekennzeichnet.

Jenseits dieser kühnen Projektionen, die in den letzten zwei Jahrzehnten v.a. von den postoperaistischen Debatten (Hardt/Negri 2001, Virno/Atzert 2005) aufgenommen worden sind, scheinen mir folgende Momente für die Untersuchung der gegenwärtigen Reproduktionsprozesse der Ware Arbeitskraft und ihres Arbeitsvermögens im finanzierten Kapitalismus von zentraler Bedeutung. Erstens stellen die permanente Umwälzung und Innovation der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte und die Anforderung an die Arbeitskräfte, sich diesen nicht nur anzupassen, sondern sie sogar selbst voranzutreiben (Sauer 2013), ein wesentliches, wenn auch umkämpftes Moment zur Stabilisierung der Herrschaft des Kapitals über die Produktionsverhältnisse dar. Dies macht zweitens die an die Beschäftigten gerichteten Forderungen, ihr Arbeitsvermögen permanent anzupassen und zu verändern, zu einem wichtigen Feld der sozialen Kämpfe im finanzierten Kapitalismus und der Bearbeitung seiner Krisen und Widersprüche.

Zumindest für (große) Teile der Arbeitskräfte werden die betrieblichen, aber auch wohlfahrtsstaatlichen Mechanismen und Instrumente ihrer mehr oder weniger direkten Kontrolle und Disziplinierung durch neue Formen der Regierung und Führung des Selbst abgelöst (Bröckling 2007, Foucault 2006, Lemke u.a. 2000) bzw. zumindest ergänzt. Diese rücken die Eigeninitiative der Subjekte und ihre Fähigkeit und Bereitschaft, ihr Arbeitsvermögen durch Lernen permanent der Verwertungslogik anzupassen und als Humankapital zu verstehen und dementsprechend zu bearbeiten, in den Vordergrund. Die geforderten Fähigkeiten und Potenziale zur humankapitalorientierten Selbstregierung sind daher nicht auf individuelle Qualifikationen im fachlich-technischen Sinne zu reduzieren. Vielmehr geht es auch um die Verhältnisse der Arbeitskräfte zu den außerökonomischen Beziehungen, zur Reproduktionsarbeit und Kinderbetreuung, aber auch zu den hegemonialen Wert- und Normsystemen, die die Individuen dazu bringen, die gegen-

wärtigen Produktionsverhältnisse als plausibel und legitim zu bewerten und dementsprechende moralische Orientierungen (Arbeitsethos) auszubilden.

Die marxischen Analysen werfen daher die Frage auf, ob die permanente Revolutionierung der Produktivkräfte das Potenzial hat, die emanzipatorischen Entwicklungsperspektiven des Arbeitsvermögens (Beweglichkeit und Vielseitigkeit, Befriedigung der „geistigen und sozialen Bedürfnisse“) so umzuformen und auszubeuten, dass sie der Herrschaft des Kapitals über die Produktionsverhältnisse wieder untergeordnet werden können, oder ob es gelingt, sie für Kämpfe um die Transformation der Produktionsweise nutzbar zu machen. Die Bedingungen dafür sind im spezifischen Charakter der Transformation der wohlfahrtsstaatlich und sozialpolitisch organisierten Reproduktionsweise in gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsformationen (v.a. des globalen Nordens) zu suchen, die auf der Durchsetzung einer humankapitalzentrierten Regulation der Arbeitsverhältnisse beruhen und mit spezifischen Subjektivierungsweisen der Ware Arbeitskraft und ihres Arbeitsvermögens artikuliert sind.

3. Polarisierung der Reproduktionsweise der Ware Arbeitskraft zwischen *employability* und Humankapital

Die Überwindung und Transformation der fordistischen Regulation der Lohnverhältnisse (Normalarbeitsverhältnis) und der über den Wohlfahrtsstaat organisierten Reproduktion der Ware Arbeitskraft und ihres Arbeitsvermögens stellt einen zentralen strategischen Einsatz neoliberaler Reformprojekte dar. Diese richten sich insbesondere gegen die Begrenzung der Warenförmigkeit von Arbeit (Dekommodifizierung) in den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Regimen, da neoliberale Theorien die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen seit dem Fordismus nicht zuletzt darauf zurückführten und die Funktionalität von Sozialpolitik für die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Kontrolle der Lohnabhängigen zurückwiesen. Die neoliberal begründeten Strategien des Ab- und Umbaus der wohlfahrtsstaatlichen Regime führten tendenziell und national variierend zu einer fragmentierenden Polarisierung der wohlfahrtsstaatlichen Regime und sozialpolitischen Dispositive der Reproduktion der Ware Arbeitskraft zwischen workfaristischer Aktivierungspolitik für die unteren Segmente der Arbeitsmärkte und der wachsenden Bedeutung sozial investiver Strategien für jene Arbeitsmarktsegmente, mit denen eine höhere Renditeerwartung verknüpft wird (Atzmüller 2015, 2018a).

Die Polarisierung der wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitischen Aktivitäten resultiert aus der Dominanz sogenannter angebotsseitig orientierter Maßnahmen und Strategien (Starke u.a. 2016), die die dekommodifizierenden Momente sozialer Sicherung mehr und mehr in den Hintergrund drängen und durch forcierte Rekommodifizierung zu ersetzen versuchen. Dies verweist v.a. auf den Umbau der Regulation des Arbeitskräfteeinsatzes und der Reproduktion der Ware Arbeitskraft sowie die darüber durchzusetzenden Subjektivierungsweisen. Dies betrifft insbesondere die Anpassung und Durchsetzung jener subjektiven, aber auch moralischen Eigenschaften sowie technisch-fachlichen Qualitäten der Beschäftigten und ihres Arbeitsvermögens, die für die veränderten Akkumulationsprozesse als unabdingbar gelten und nunmehr als Humankapital verstanden werden.

Neoliberale Regierungsprojekte – in Ländern wie der BRD unter sozialdemokratisch-grüner Regierung (Hartz IV) – haben seit den 1980er Jahren aktivierungspolitische und workfaristische Rekonfigurations- und Transformationsprozesse der national variierenden Wohlfahrtsregime

vorangetriebenen. Diese setzten auf der einen Seite weitreichende Flexibilisierungen und Deregulierungen der Arbeitsmärkte und des Arbeitskräfteeinsatzes durch. Auf der anderen Seite zielten sie darauf ab, durch eine Reihe von Maßnahmen bei den Beschäftigten den Anreiz zu erhöhen, unter den sich zunehmend prekarisierenden Bedingungen am Arbeitsmarkt möglichst rasch wieder in Beschäftigung zu kommen und nicht dauerhaft „in der sozialen Hängematte“ zu leben. Der repressive Charakter dieser Veränderung wird bspw. in der Kürzung von sozialen Ansprüchen und der Bindung von Transferleistungen an Gegenleistungen von Erwerbslosen sichtbar (allgemein: Peck 2001, Lessenich 2009, Scherschel u.a. 2012). Sie dienen dazu, den „stumme[n] Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (MEW 23, 766) wieder unmittelbar auf die Beschäftigten wirken zu lassen und die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft und von deren Familien am unteren Ende des Arbeitsmarktes zu senken und ihre *employability* zu erhöhen. Gleichzeitig werden die gesellschaftlich anerkannten und legitimierten (meist temporären) Ausnahmen zur Teilnahme am Erwerbsleben sukzessive eingeschränkt. Die workfaristische und aktivierungspolitische Reproduktionsweise ist weiter eng mit dem Ausbau disziplinierender und repressiver Aktivitäten (Ausbau von Sanktionen) der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verzahnt.

Workfaristische bzw. aktivierungspolitische Strategien geben den verschiedenen Maßnahmen aber eine spezifische Konnotation, denn die zu setzenden Anreize verweisen auf ein angenommenes Defizit von Arbeitslosen und Armen in Bezug auf ihre Bereitschaft zur Lohnarbeit. Die Aktivierung der Bevölkerung für die Wirtschaft zielt daher auf jene Eigenschaften der Arbeitssubjekte (Sicherung eines spezifischen Arbeitsethos), die sie dazu bringen, die sich in den Marktprozessen eröffnenden Tauschoptionen zwischen Lohnarbeit und Kapital eigenverantwortlich wahrzunehmen. Sie sind daher ein wesentliches Moment der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte (Castel/Dörre 2009). Auch Kürzungsmaßnahmen in anderen Bereichen (Rentenreformen) erhalten einen aktivierenden Charakter, da sie neben der Senkung der Reproduktionskosten auf einen möglichst langen Verbleib der Lohnabhängigen im Erwerbsleben abzielen. Aktivierung will die subjektive Bereitschaft der Arbeitskräfte, sich den Anforderungen flexibilisierter und prekarisierter Arbeitsmärkte zu unterwerfen und deren Anforderungen zu bewältigen, aufrechterhalten bzw. – da das Aktivierungskonzept auf der Annahme beruht, wohlfahrtsstaatliche Sicherung passiviere die Individuen – wiederherstellen. Um den repressiven und punitiven Charakter von aktivierender Sozialpolitik in den verschiedenen Feldern (Arbeitsmarktpolitik, aber auch Sozialarbeit) zu verschleiern, kommt es daher zu einer normativen Überhöhung des von den Individuen erwarteten subjektiven Verhältnisses zur Lohnarbeit, also ihres Arbeitsethos und der damit verbundenen Verhaltenserwartungen (Atzmüller/Knecht 2017).

Dies erfasst übrigens auch den Ausbau der Kinderbetreuung. Dieser wird einerseits damit begründet, ein dauerhaftes Ausscheiden von Frauen aus dem Erwerbsleben zu verhindern und so deren Autonomie gegenüber patriarchalen Strukturen zu erhöhen, sodass sie etwa eigenständig soziale Rechte aufbauen können. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen (Rechtsruck) sind diese Maßnahmen aber immer öfter rassistisch überformt, da dabei implizit oder explizit die Geschlechterverhältnisse in migrantischen Familien ins Visier genommen werden. Bei der Aktivierung von Müttern werden insbesondere „*welfare mothers*“, also (oft migrantische oder *coloured*) Frauen, denen unterstellt wird, Kinder zu bekommen, um Sozialleistungen lukrieren und sich dauerhaft dem Erwerbsleben entziehen zu können, ins Visier genommen. Der Ausbau der Kinderbetreuung und der verpflichtenden Teilnahme der Kinder an dieser artikuliert sich mit einem grundlegenden Misstrauen an der Sorgefähigkeit von

Unterschichtfamilien. Dies wird deutlich, wenn der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung als beste und günstigste Form der Armutsvermeidungs- und gar Kriminalitätsbekämpfungspolitik gekennzeichnet wird (Esping-Andersen 2008). Trotzdem stellen diese Maßnahmen ein zentrales Scharnier dar, das aktivierungspolitische Strategien für die unteren Segmente der Arbeitsmärkte und die Armutsbevölkerung mit sozial investiven Aktivitäten für die „produktiveren“ Segmente verknüpft und diese als Verbesserung von Chancengleichheit erscheinen lässt. Die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung ist für die Haushalte ökonomisch erfolgreicherer Personen jedoch wichtig, um die Produktivität ihres Haushaltes zu sichern (Entlastung von Reproduktionsarbeit) und für ihre Kinder ihre soziale Position in der Mittelklasse zu reproduzieren.

Der aktivierende Umbau der in den Wohlfahrts- und Sozialpolitikregimen institutionalisierten Reproduktion der Ware Arbeitskraft und der Arbeits- und Produktionsverhältnisse stellt daher nur eine eher begrenzte Dimension der sich transformierenden Reproduktionsweise kapitalistischer Gesellschaftsformationen dar. Sie zielt hauptsächlich auf die Flexibilität des Arbeitskräfteeinsatzes in numerischer Hinsicht und auf die dafür notwendigen Wertvorstellungen und Orientierungen. Die fachlichen Qualitäten der potenziellen Arbeitskräfte, die Neuzusammensetzung ihres Arbeitsvermögens in der Transformation der Produktionsweise spielen eine eher untergeordnete Rolle bzw. sind als private Aktivitäten der Individuen gedacht.

In den Auseinandersetzungen um die krisenhafte Transformation kapitalistischer Gesellschaftsformationen hat sich in den letzten Jahrzehnten aber auch eine Sichtweise etabliert, die die Innovationsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit kapitalistischer Ökonomien und die Dynamik des ökonomischen Strukturwandels auch auf das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und die Zusammensetzung ihres Arbeitsvermögens bezieht und darin eine wesentliche Aufgabe staatlichen Handelns sieht. Aktuell verdichten sich diese Diskurse in den Debatten um den sozial investiven Umbau wohlfahrtsstaatlicher und sozialpolitischer Regime (Hemerijck 2017, Morel u.a. 2012, Saraceno 2015). Diese rücken v.a. das Problem der Neuzusammensetzung des Arbeitsvermögens und seiner Anpassungsfähigkeit an den ökonomischen Strukturwandel, wie die Konflikte um die Reformen im tertiären Bildungssystem oder um den Ausbau der Berufsbildung gezeigt haben, ins Zentrum. Sie konzipieren die Ware Arbeitskraft und ihr Arbeitsvermögen als Humankapital (Becker 1993, Schultz 1972) und richten die Mechanismen ihrer Subsumtion unter die Produktionsverhältnisse sowie auch ihrer Reproduktion institutionell zunehmend danach aus (kritisch: Bowles/Gintis 1975, Fine 1998). Das humankapitalorientierte Verständnis von Arbeit bestimmt in vielen Ländern seit mehr als zwei Jahrzehnten sozialdemokratische sowie gewerkschaftliche Vorstellungen zur Re-Legitimation des Wohlfahrtsstaates. Anthony Giddens, theoretischer Stichwortgeber aller Dritten Wege, brachte dies auf die knappe Lösung: „Investitionen in menschliches Kapital, statt direkter Zahlung“ (von Sozialleistungen, Anm. R.A.) (Giddens 1999, 137).

Die humankapitalorientierte Regulation von Arbeitskraft rückt insbesondere das gesellschaftliche (Aus-)Bildungs- und Qualifikationsniveau der Beschäftigten ins Zentrum politischer Anstrengungen zum Umbau der wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitischen Apparate. Interessant ist aber außerdem, dass humankapitalzentrierte Strategien auch die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Beschäftigten sowie Fragen der Erziehung der Kinder ins Zentrum sozial- und wirtschaftspolitischer Aktivitäten stellen. Der sozial investive Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Regime und sozialpolitischen Apparate konstituiert dergestalt einen Modus der Reproduktion, der eine modifizierte Subjektivierungsweise durchsetzen will und die Position der Individuen

gegenüber staatlichen Institutionen wie auch den Akkumulationsprozessen grundlegend zu verändern versucht. *Social investment* richtet sozialpolitische Aktivitäten und die Formierung des Humankapitals auf die Förderung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit des nationalen Wirtschaftsstandortes aus. Es setzt dafür v.a. beim Arbeitsvermögen der Individuen und seiner Neuzusammensetzung an. Es geht um die flexible und permanente Anpassung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen im wirtschaftlichen Restrukturierungsprozess, aber auch um die Erhaltung der Arbeitsbereitschaft angesichts dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit.

Gegenwärtig wird *social investment* als Alternative zu den dominanten austeritätspolitischen Formen der Krisenbearbeitung in Europa diskutiert. Dabei gilt das Augenmerk zunächst jenen wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten, die zur Dynamik kapitalistischer Gesellschaften beitragen. Deren Ausbau wird als alternative Form der Krisenbearbeitung präsentiert, die eine Wiederherstellung der Akkumulationsdynamik gewährleisten soll und zugleich mit dem Anspruch ausgeglichener Budgets sowie gesellschaftlicher Anliegen (Ausbildung, Kinderbetreuung) versöhnbar ist. Der Wohlfahrtsstaat bzw. öffentliche Institutionen sollen auf diese Weise wieder zu einem legitimen Akteur der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht werden.

Die sozialpolitische Bearbeitung der genannten Probleme zielt jedoch hauptsächlich auf die Auswirkungen verschiedener Aktivitäten und Strategien – gefasst als Investitionen – von Individuen, Familien und Institutionen auf zukünftige Ertragsmöglichkeiten des Humankapitals und damit auf die wirtschaftliche Dynamik des Standorts. Die Legitimation öffentlicher Ausgaben oder sozialer Dienstleistungen kann sich in dieser Logik nur dann herstellen, wenn Letztere zur Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Standortes und seiner Innovationsfähigkeit, bzw. zur Steigerung der Produktivität beitragen. Demgegenüber werden die Rechte auf soziale Transfers und öffentlich organisierte Dienstleistungen für Personengruppen, die (dauerhaft) nicht zur Produktivität der Gesellschaft beitragen (z.B. Care-Leistungen für Ältere, öffentliche Pensionsausgaben), delegitimiert und zu unproduktiven Kosten erklärt.

4. Schlussfolgerungen – Pädagogisierung der Reproduktion

Die Dynamisierung der Reproduktionsweise verlagert die Bewältigung und Bearbeitung der krisenhaften Transformation kapitalistischer Gesellschaftsformationen auf die Individuen und ihre Fähigkeit und Bereitschaft, ihre subjektiven Qualitäten, ihr Arbeitsvermögen durch Flexibilität sowie Lernbereitschaft den veränderten Erfordernissen anzupassen. Aufgrund der wachsenden Bedeutung von Qualifizierungs- und Ausbildungsaktivitäten, die weit über technisch-fachliche Qualifikationen hinausgehen und sich auf widersprüchliche und umkämpfte Art auch mit weiteren sozialpolitischen, insbesondere sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Aktivitäten verknüpfen, kommt es zu einer weitreichenden Pädagogisierung der Reproduktionsweise. Diese beruht einerseits auf einer spezifischen Konfiguration disziplinierender Maßnahmen und Strategien aktivierender Sozialpolitik, andererseits auf der institutionellen Anrufung und Mobilisierung spezifischer Formen der Selbstregierung und -führung, die die permanente, humankapitalorientierte Veränderung und Anpassung des Arbeitsvermögens ins Zentrum rücken. Mit Blick auf die Dynamisierung des an Marx orientierten Reproduktionskonzeptes ist dies zugleich als eine spezifische Form der Reproduktion der Beziehungen der Arbeitskräfte zu den über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse konstituierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu denken. Die Herrschaft des Kapitals über diese beruht nicht mehr hauptsächlich auf der Erzeugung des

aktiven, aber eher statischen Konsenses der subalternen Gruppen und der dafür notwendigen gesellschaftlichen Kompromisse, die Erstere als hegemoniale Führung fassbar machte (Gramsci 1991ff.). Vielmehr stellt sich die Herrschaft des Kapitals im finanzialisierten Kapitalismus als eine neue Konfiguration hegemonialer und repressiver (zwanghafter) Prozesse dar, in denen ihre pädagogischen, erzieherischen Aspekte von zentraler Bedeutung sind, auf die bereits Antonio Gramsci hingewiesen hatte (Bernhard 2005). Die mit spezifischen Formen des Zwangs gepanzerte Hegemonie als ein pädagogisches Verhältnis zu verstehen, heißt, die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse gleichzeitig als eine spezifische Form der „Erziehung“, Disziplinierung oder (Aus-)Bildung der den kapitalistischen Produktionsverhältnissen unterworfenen Gruppen sichtbar zu machen. Erstere ist dadurch nicht mehr statisch gefasst, sondern kann sich als permanenter Veränderungsprozess konstituieren, der auf den Eigenaktivitäten der Individuen und ihrer Fähigkeit und Bereitschaft beruht, ihre Subjektivität durch Lernen zu optimieren. Die humankapitalorientierte Regulation der Lohnverhältnisse stellt damit einen Mechanismus hegemonialer Sicherung von Herrschaft in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den veränderten wohlfahrtsstaatlichen Apparaten und Aktivitäten dar, der für die Krisenbearbeitung und Transformation der Akkumulationsprozesse unerlässlich wird und dessen Funktionsweise darin besteht, die Individuen zu einem wesentlichen Moment dieser Prozesse zu machen (zur Kritik an der überkommenen Verwendung des Hegemoniekonzeptes: Demirović 2008). Ihre Stärke besteht nicht zuletzt darin, dass sie die Integration in den hegemonialen Block einer meritokratischen Logik unterwirft – was mit der organistischen Logik von Hegemonie des Fordismus fundamental bricht – und damit an die individuelle Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Subjekte bindet. Dies kann zugleich Mechanismen des sozialen Ausschlusses und der Marginalisierung legitimieren und plausibel erscheinen lassen, die alle sozialen Gruppen, die ihre „Chancen“, produktiver Teil des Standortes zu werden, nicht (ausreichend) nutzen, zum Objekt disziplinierender und repressiver Maßnahmen machen. Die Verlagerung der Krisenbearbeitung kapitalistischer Gesellschaftsformationen auf die Anpassungs- und Veränderungsfähigkeit der Individuen und ihres Arbeitsvermögens im Kontext von Aktivierung und *social investment* stellt eine Form dar, die Erhöhung von Qualifizierungs- und (Aus-)Bildungsanstrengungen der Subjekte auf eine Weise durchzusetzen, dass sie nicht in Widerspruch zu den Akkumulations- und Verwertungsprozessen geraten. Die Qualifizierung und Neuzusammensetzung des Arbeitsvermögens konstituiert daher eine Form individueller, marktförmiger Freiheit und Verantwortung der zu Humankapital transformierten Arbeitskräfte, durch die tendenziell verhindert wird, dass diese als öffentliche Angelegenheit Gegenstand demokratischer Aushandlung werden könnte. Die Verlagerung der Bearbeitung der Widersprüche der Reproduktion des Arbeitsvermögens, die aus der krisenhaften Transformation der Akkumulationsprozesse resultieren, stellt daher auch einen Versuch dar, die Widersprüche, die mit einer Unterordnung staatlicher (Aus-)Bildungs- bzw. Sozialpolitik unter Kapitalerfordernisse verbunden sind und die es strukturell zweifelhaft erscheinen lassen, dass Erstere den angenommenen Erfordernissen der Akkumulation gerecht werden kann, durch ihre Individualisierung zu lösen. Die Notwendigkeit, jene Arbeitsvermögen auszubilden, die aufgrund der spezifischen Akkumulationsdynamik zukünftig zu erwarten sind, wird den Individuen übertragen. Dies zielt weniger auf die Entkoppelung von (Aus-)Bildung und ökonomischen Dynamiken als darauf, diese in viele Einzelentscheidungen aufzulösen. Weniger die Ausschaltung und Kontrolle der Subjektivität, sondern vielmehr die Ausnutzung der Variabilität der Ware Arbeitskraft und ihrer subjektiven Qualitäten erschiene damit als Mechanismus zur

Beilegung bestimmter Widersprüche wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten und Sicherung ihrer Funktionalität für die Akkumulation.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979/2000): *A theory of capitalist regulation. The US experience*, London/New York.
- Althusser, Louis, 1970/2010: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg.
- Altwater, Elmar (2010): *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen*, von Politik und Natur, Münster.
- Atzmüller, Roland (2015): Transformation der „zeitgemäßen Arbeitskraft“ und Krisenbearbeitung, in: Roland Atzmüller u.a. (Hg.), *Die zeitgemäße Arbeitskraft. Qualifiziert, aktiviert, polarisiert*, Weinheim/Basel, 195-310.
- (2018a): *Krisenbearbeitung durch Subjektivierung*, Münster.
- (2018b): *Marxistische Theoriearbeit in der Krise*, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*. 43. Jg., 283-299.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban (2017): Die Legitimation von Aktivierung und social investment und die Pathologisierung jugendlicher Subjektivität. *Ausbildungspolitik und Beschäftigungsförderung für 'benachteiligte' Jugendliche in der Krise*, in: Brigitte Aulenbacher u.a. (Hg.), *Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus*, Weinheim/Basel, 118-135.
- Aulenbacher, Brigitte (2013): *Reproduktionskrise, Geschlechterverhältnis und Herrschaftswandel. Von der Frage nach Krisenherden über die Gesellschaftskritik zum Problem der Allianzen*, in: Hildegard Maria Nickel/Andreas Heilmann (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*, Weinheim/Basel, 14-29.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (2014): *Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit*, in: dies. (Hg.), *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*, Weinheim/Basel, 65-75.
- Balibar, Etienne (2015): *Die Grundbegriffe des historischen Materialismus*, in: Louis Althusser u.a., *Das Kapital lesen. Vollständige und ergänzte Ausgabe mit Retraktionen zum Kapital*, hg. von Frieder Otto Wolf, Münster, 441-592.
- Becker, Gary S. (1993): *Human Capital. A theoretical and empirical analysis with special reference to education*, Chicago/London.
- Bernhard, Armin (2005): *Antonio Gramscis Politische Pädagogik. Grundrisse eines praxisphilosophischen Erziehungs- und Bildungsmodells*, Hamburg.
- Biebricher, Thomas (Hg.) (2016): *Der Staat des Neoliberalismus*, Baden-Baden.
- Böhle, Fritz u.a. (Hg.) (2010): *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1975): *The problem with human capital theory – a marxian critique*, in: *The American Economic Review*, 65. Jg., Heft 2, 74-82.
- Brandt, Gerhard (1990): *Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971–1987*, Frankfurt.
- Braverman, Harry (1977): *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt am Main/New York.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt/M.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2008): *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.) (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York.
- Demirović, Alex (2003): *Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie*, in: Ulrich Brand, Ulrich/Werner Raza (Hg.), *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster, 43-57.

- (2008): Neoliberalismus und Hegemonie, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden, 17-33.
- u.a. (Hg.) (2011): *Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg.
- Dörre, Klaus (2016): Grenzen der Landnahme. Der Kapitalismus stirbt nicht von allein, doch wir können ihn überwinden, in: Aaron Tauss (Hg.), *Sozial-ökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken*, 52-109.
- u.a. (Hg.) (2012): *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*, Frankfurt am Main/New York.
- Esping-Andersen, Gøsta (2008): Childhood investments and skill formation, in: *International Tax and Public Finance*, 15. Jg., 19-44.
- Fine, Ben (1998): *Labour market theory. A constructive reassessment*, London u.a.
- Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979, Frankfurt/Main.
- Giddens, Anthony (1999): *Der dritte Weg*, Frankfurt/Main.
- Gough, Ian, (1979): *The political economy of the welfare state*, London/Basingstoke.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der Edition von Valentino Gerratana*. Hamburg.
- Gray, Anne (2004): *Unsocial Europe – Social protection or flexploitation?* London.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2001): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main/New York.
- Haug, Wolfgang Fritz (2013): *Das „Kapital“ lesen. Aber wie?* Hamburg.
- Hemerijck, Anton (2017): *The uses of social investment*. Oxford/New York.
- Hirsch, Joachim (1980): *Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*, Frankfurt/M.
- Jessop, Bob (2016): *The state. Past, present, future*, Cambridge/Malden.
- Lapavistas, Costas (2013): *Profiting without producing. How finance exploits us all*, London.
- Lemke, Thomas u.a. (2000): *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. Eine Einleitung*, in: ders. u.a. (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/Main, 7-40.
- Lessenich, Stephan (2009): *Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft*, in: Klaus Dörre u.a., *Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt/Main, 126-177.
- Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“, in: Alex Demirović u.a. (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster, 9-54.
- Karl Marx (1972): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, MEW 23, Berlin.
- (1983): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW 42, Berlin.
- Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim (Hg.) (2012): *Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges*, Bristol/Chicago.
- Negri, Antonio (1992): *Interpretation of the Class Situation today*, in: Werner Bonefeld u.a. (Hg.), *Open Marxism. Volume II. Theory and Practice*, London/Boulder, 69-105.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/M.
- (1973): „Krise des Krisenmanagements“: Elemente einer politischen Krisentheorie, in: Martin Jänicke (Hg.), *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*, Opladen, 197-223.
- Peck, Jamie (2001): *Workfare states*, New York/London.
- Poulantzas, Nicos (1978/2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirović, Joachim Hirsch und Bob Jessop*, Hamburg.
- Saraceno, Chiara (2015): *A Critical Look to the Social Investment Approach from a Gender Perspective*, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, 22. Jg., Heft 2, 257-269.
- Sauer, Dieter (2013): *„Organisatorische Revolution“*. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg.

- Scherschel, Karin u.a. (Hg.) (2012): Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich. Labour Studies, Band 2. Frankfurt am Main/New York.
- Schultz, Theodore W. (1972): Human capital: Policy issue and research opportunities, in: National bureau of economic research (Hg.), Economic research: Retrospect and prospect, Volume 6, Human resources, 1-84.
- Starke, Peter u.a. (2016): Welfare state transformation across OECD countries: supply side orientation, individualized outcome risks and dualization, in: Melike Wulfgramm u.a. (Hg.), Welfare state transformations and inequality in OECD-countries, London, 19-40.
- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2015): Towards a cultural political economy. Putting culture in its place in political economy, Cheltenham u.a.
- Virno, Paolo (2005): Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen, Berlin.

Bernd Belina / Susanne Heeg

Wohnen mit Marx

Ob Marx ein guter Mitbewohner gewesen wäre, lässt sich bezweifeln. Das „Chaos“ (Musto 2018, 18) in seinem „vollgestopfte[n] Arbeitszimmer“ (ebd., 17) in der 41 Maitland Park Road in London, wo er ab 1875 wohnte und wo Engels nach seinem Tod u.a. „zwei Kubikmeter Dokumente [fand], die nichts weiter enthielten als russische Statistiken“ (McLellan 1974, 453), deutet das an. Ohnehin wäre eine WG mit ihm in London, einer der teuersten Städte der Welt, heute wohl unbezahlbar. Allerdings finden sich in der Gegend seines letzten Wohnhauses noch einige der verbliebenen Inseln mit Sozialwohnungen, wie es sie aufgrund der Politik in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in London öfters gibt (Belina 2017). Ihre Existenz verweist auf den Einfluss staatlicher Regulation auf das Wohnen. Auch wenn „Wohnen mit Marx“ im Wortsinn also wohl wenig angenehm gewesen und heute kaum bezahlbar wäre, lassen sich auf Basis seines theoretischen Werks aktuelle Fragen der Politischen Ökonomie des Wohnens sehr gut analysieren. Da er sich selbst nie explizit mit dem Thema befasst hat, und weil beim Wohnen unterschiedliche Aspekte der Kritik der Politischen Ökonomie zum Tragen kommen, ist es unser Ziel in diesem Beitrag zentrale Bausteine zu einer Politischen Ökonomie des Wohnens heute zusammenzutragen. Der Fokus liegt auf dem Zusammenhang der Zirkulation des zinstragenden und fiktiven Kapitals durch Wohnimmobilien mit der „Neuen Wohnungsfrage“ (Schönig 2013). Wir beschränken uns auf Aspekte, die ausgehend vom Gesamtprozess der Zirkulation des Kapitals in den Blick geraten. Andere relevante Aspekte, wie etwa die „Eigenheimideologie“, rassistische und sexistische Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, die Vergeschlechtlichung des Wohnens in all seinen Facetten oder seine politische und planerische Regulierung lassen wir dabei außer Acht – wobei wir auf letztere im Fazit im Sinne eines Ausblicks kurz eingehen.

1. Wohnen in der Zirkulation des Kapitals

Wohnen ist im Kapitalismus in mehrfacher Weise in die Zirkulation des Kapitals eingebunden. Gerade weil unterschiedliche Momente des Gesamtprozesses zum Tragen kommen, tut Aufräumarbeit Not. Im Folgenden gehen wir anhand zentraler Begriffe der Kritik der politischen Ökonomie vor und diskutieren in separaten Unterkapiteln, in welcher Weise die Grundrente (die auch im Bodenpreis zur Geltung kommt), das produktive Kapital (bei der Produktion von Wohnraum) sowie das zinstragende und fiktive Kapital (bei seiner Finanzialisierung) von Bedeutung sind.

1.1 Grundrente: der Preis des Bodens

Die Grundrente ist die „Geldsumme, die der Grundeigentümer jährlich aus der Verpachtung eines Stücks des Erdballs bezieht“ (MEW 25, 636). Was Marx mit Blick auf landwirtschaftliche Nutzung schreibt, gilt gleichermaßen für städtischen Grund und Boden: „Der Bodenpreis ist

nichts als die kapitalisierte und daher antizipierte Rente.“ (ebd., 816) Seine Höhe ergibt sich aus jener der zukünftig durch Verpachtung, Vermietung oder Nutzung zu erzielenden Einnahmen. Da diese immer nur in Erwartung auf zukünftige Entwicklungen zu bestimmen sind, ist das „spekulative Moment [...] der kapitalistischen Grundrente [...] inhärent“ (Brede u.a. 1976, 88). Es ist das Monopol über Grund und Boden, das es dem bzw. der Grundeigentümer*in ermöglicht, darauf zu spekulieren, „sich einen Teil des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwerts anzueignen“ (ebd., 62). Unter den Varianten der Grundrente, die Marx in Band 3 von „Das Kapital“ diskutiert (vgl. Heinz/Belina 2019, 9ff.), ist jene für Wohnraum als Monopolrente zu kennzeichnen, d.h. als „Preis, der nur durch die Kauflust und Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist“ (MEW 25, 783). Letztere variiert zwischen Regionen, Städten und Stadtteilen beträchtlich, je nach dem Verhältnis zwischen dem Angebot an Wohnraum und der zahlungsfähigen Nachfrage in Bezug auf je bestimmte Wohnungstypen in bestimmten Lagen sowie nach politischer Regulierung des Bodenmarktes. Bei kommerzieller Nutzung ist die Grundrente direkt ein Abzug vom produzierten Mehrwert bzw. Profit, bei öffentlicher Nutzung stammt sie aus staatlichen Steuern oder anderen staatlichen Einnahmen, bei Wohn- oder anderer, rein nach Gebrauchswertgesichtspunkten bestimmter Nutzung, wird sie aus dem Lohn oder anderen Geldquellen bestritten, die den Mieter*innen für ihre Reproduktion zur Verfügung stehen.

Die Art der Nutzung von Grund und Boden ist durch die Konkurrenz der zahlungsfähigen Nutzungsinteressen bestimmt. Regelmäßig lässt sich mit kommerzieller Nutzung, vor allem mit Büros und Einzelhandel, ein höherer Mietzins erzielen als mit Wohnraum – wobei derzeit hochpreisiges Wohnen in vielen Lagen mithalten kann. Die Konkurrenz um Bodennutzung resultiert in Strukturen der (städtischen) Raumnutzung, die primär nach Verwertungsgesichtspunkten bestimmt sind. Relativierend wirken Grundeigentümer*innen, die nicht notwendig (aber zunehmend) auf Mietenmaximierung abzielen, wie Kirchen, Kommunen, öffentliche oder genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften oder auch Privatvermieter, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht primär verwertungsorientiert agieren. Relativierend wirkt auch das Ensemble staatlicher Regulierungen mit Eigentumsrecht, Besteuerung von Grund und Boden, Mietrecht, Planungsvorgaben, Fördermaßnahmen und Ansiedlungspolitikern.

Um die Dynamik von Städten mit ihren Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozessen besser zu verstehen, führt Neil Smith (1979, 543) den Begriff der „potenziellen Grundrente“ ein. Damit ist die aus der zahlungskräftigsten Nachfrage erzielbare Grundrente bezeichnet, deren Differenz zur realisierten Grundrente den Anlass für Gentrifizierung bildet. Denn wenn diese „rent gap“ oder „Ertragslücke“ (vgl. Smith 1987) Investitionen in einem bestimmten Gebiet attraktiv erscheinen lässt, strömt Kapital dorthin und die Grundrente steigt. Die hiermit einhergehende Verdrängung alteingesessener Wohnbevölkerung in weniger teure Quartiere ist ein Mittel zur Maximierung der Grundrente und der erzielbaren Miete; sie verdrängt weniger zahlungsfähige Mieter und verändert die sozialräumliche Struktur der Stadt.

Dass sich damit Geld verdienen lässt, fiel Marx auch in seinem Wohnort London auf, wie er mit Verweis auf Aussagen eines dortigen Bauunternehmers schreibt: „Der Profit aus dem Bauen selbst ist äußerst gering; sein Hauptgewinn besteht in Steigerung der Grundrente, in geschickter Auswahl und Ausnutzung des Bauterrains. Auf diesem Wege der die Nachfrage nach Häusern antizipierenden Spekulation sind fast ganz Belgravia und Tyburnia und die zahllosen Tausende von Villen um London gebaut worden.“ (MEW 24, 237) An anderer Stelle verallgemeinert er dies dahingehend, dass „in rasch fortschreitenden Städten, besonders wo das Bauen wie in London

fabrikmäßig betrieben wird, die Bodenrente, nicht das Haus den eigentlichen Grundgegenstand der Bauspekulation bildet“ (MEW 25, 782). Bereits in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ schrieb Engels zur Wohnsituation der Arbeiter*innen in Manchester:

„der Grundwert stieg mit dem Aufblühen der Industrie, und je mehr er stieg, desto toller wurde darauf losgebaut, ohne Rücksicht auf die Gesundheit und Bequemlichkeit der Einwohner – *es ist keine Baracke so schlecht, es findet sich immer ein Armer, der keine bessere bezahlen kann* –, nur mit Rücksicht auf den größtmöglichen Gewinn“ (MEW 2, 286; Herv. i. Orig.).

Marx betont zur Revenuequelle Grundrente im Anschluss an die klassische Politische Ökonomie die „Handgreiflichkeit der gänzlichen Passivität des Eigentümers“, dessen Aktivität bloß darin bestehe, „den Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung auszubeuten, zu dem er nichts beiträgt und bei dem er nichts riskiert, wie doch der industrielle Kapitalist tut“ (MEW 25, 781). Mit solchen Einschätzungen war er nicht allein. Auch etwa der in den 1880er Jahren prominente Sozialreformer Henry George forderte eine Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden oder zumindest dessen hohe Besteuerung, und versprach damit eine im Kapitalismus mögliche Lösung aller seiner Probleme. Von Georges Argumentation war Marx alles andere als überzeugt. Er sah sie „als einen letzten Versuch, die Kapitalistenherrschaft zu retten“ (MEW 35, 191). „Von der Natur des *Mehrwerts* hat er nichts verstanden“ (ebd., 199; Herv. i. Orig.). Nach Marx können George und seine Anhänger*innen heute (etwa: Kriese u.a. 2019) auch die spezifische Position und Rolle der Grundrente im Gesamtprozess der Kapitalzirkulation nicht verstehen.

Im Anschluss an Marx betont David Harvey „die koordinierenden Funktionen, die [die Grundrente] bei der Allokation von Landnutzungen und bei der geographischen Organisation des Raums ausübt, in denen sich Profitmöglichkeiten spiegeln und die an die Akkumulation anpassungsfähig bleiben“ (1982, 333). Spekulativ, im Hinblick auf die künftig höchstmögliche Grundrente, übt die Grundrentenkalkulation Druck zur Durchsetzung der zahlungsfähigsten Nutzungen aus. Auf diese Weise „koordiniert“ die Grundrente die Struktur der Raumnutzung. Harvey argumentiert zudem, darin über Marx hinausgehend: „Wenn der Handel mit Grund und Boden auf einen spezifischen Zweig der Zirkulation des zinstragenden Kapitals reduziert worden ist, dann [...] hat Eigentum an Grund und Boden seine wahrhaft kapitalistische Form erreicht“ (ebd., 347). Weil der Preis von Land von den zukünftig mit ihm zu erzielenden Einnahmen abhängt, gilt: „Grund und Boden wird wie eine reine Finanzanlage behandelt“ (ebd.) und der Handel mit Land gleicht de facto jenem mit anderen Profiterwartungen (vgl. Harvey 2013).

Grund und Boden sind nach Marx also für dessen Eigentümer*innen eine Revenuequelle, für die sie selbst nichts tun müssen, als Dank ihres Monopols Grundrente abzuschöpfen. Weil spätestens beim Verkauf der Grundstücke auf die zukünftigen Einnahmen aus der Grundrente spekuliert wird, ist in ihr bereits angelegt, dass sie bei entsprechender Regulation zu einem Finanzprodukt unter anderen wird, worauf wir in 1.3 näher eingehen.

1.2 Produktives Kapital: Wohnungsbau

Die Produktion gebauter Umwelt, von Fabrikgebäuden, Straßen, Abwassersystemen, Bürotürmen, Flughäfen und eben auch jene von Wohnhäusern, ist Warenproduktion, wie Marx sie in Band I von „Das Kapital“ analysiert. Wie bei allen Waren drückt der Wert von Gebäuden die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aus, die zu ihrer Produktion notwendig war. Wegen der „Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße“ (MEW 23, 117) fluktuiert ihr Preis

je nach Angebot und Nachfrage um ihren Wert (vgl. Smith 1979, 542). Der Wert und damit der Preis von Gebäuden steigen, wenn weitere wertbildende Arbeit in sie eingeht, etwa bei Renovierung, und sie verringern sich durch Verschleiß. Bei Gebäuden, die zur Mehrwertproduktion genutzt werden, wird ihr Wert in der Form des fixen Kapitals „stückweis“ (MEW 24, 473) auf den Wert der in ihnen produzierten Ware übertragen. Bei Wohngebäuden wird der Gebrauchswert schlicht vernutzt, was ihren Preis mindert. Da der Preis von Gebäuden auch von Angebot und Nachfrage abhängt, wird der Wohnungsmarkt bei einem Überangebot an Wohnraum für Geldbesitzer*innen uninteressant. Dann stellt die oft künstliche, durch „Rückbau“, vulgo Abriss produzierte Verknappung des Wohnraums ein Mittel zur Steigerung der erzielbaren Miete dar. In diesem Sinne gilt: „Der kapitalistische Wohnungsmarkt funktioniert nur unter der Bedingung des Mangels, der Wohnungsnot.“ (Frieling 2012, 23)

Gebäude sind relativ zu anderen Waren teuer. Als Marxist*innen dieses Phänomen noch diskutierten, wurde als Grund hierfür die „relativ niedrige organische Zusammensetzung des Baukapitals, insbesondere der geringe Anteil des fixen Kapitals“ bei „unterdurchschnittlichem Wachstum der Produktivität“ (Brede u.a. 1975, 27f.) benannt. Die Baubranche habe „noch nicht einmal den Übergang von der handwerklichen zur manufakturmäßigen Produktionsweise vollzogen“ (Projektgruppe Branchenanalyse 1972, 103). Denn in ihr sind keine „Arbeiter von verschiedenartigen, selbständigen Handwerken, durch deren Hände ein Produkt bis zu seiner letzten Reife laufen muß, in eine Werkstatt unter dem Kommando desselben Kapitalisten vereinigt“ (MEW 23, 356), wie es die Manufaktur auszeichnet, sondern sie besteht aus einzelnen Gewerken, wie Trockenbau, Dachdeckerei etc., die in Form einer „großen Anzahl unabhängiger Handwerker“ (ebd.) tätig sind (ähnlich für Großbritannien: Ball 1978). Trotz des seitherigen Industrialisierungsschubs (Fertigbauweise) bei entsprechenden Organisationsformen des Kapitals (Baukonzerne) bleiben Produktivitätssteigerungen im Vergleich zu anderen Industrien begrenzt. Bauen findet statt im „letzten großen Reich, das sich der Industrialisierung bislang erwehren konnte“ (Matzig 2018). Gebaute Umwelt (und damit Wohnraum) ist aufgrund der organischen Zusammensetzung des Kapitals weiterhin eine relativ teure Ware. Alleine schon deswegen übersteigen die Mieten selbst bei einfacher Ausstattung und geringer Größe von Neubauwohnungen das Budget von Millionen von Mieter*innen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen. Dieses Marktsegment ist für profitorientierte Investoren mithin uninteressant. Entsprechend „finden sich in der 140-jährigen Geschichte des Wohnungsbaus [...] keine Beispiele für die Errichtung preiswerter Mietwohnungen durch private Marktteilnehmer“ (Holm 2014, 32). Für größere und teurere Wohnungen mit besserer Ausstattung (Balkon, Aufzug, Tiefgarage etc.) und Grundrissen entsprechend der Bedürfnisse solventer Mieter*innen oder Käufer*innen findet sich hingegen eine weit größere zahlungsfähige Nachfrage. Weil solche hochpreisigen Wohnungen in der Herstellung nicht viel teurer sind als einfacher Wohnraum, mit ihnen aber im Vergleich ein deutlich höherer Gewinn zu erzielen ist, sind sie das bevorzugte Produkt der Bauwirtschaft. Wird Wohnungsbau „dem Markt“ überlassen, entsteht Wohnraum bestenfalls im Luxussegment.

Mit Marx folgt aus den spezifischen Eigenschaften der Ware Wohnraum und dem wenig industrialisierten Charakter der Bauindustrie also, dass der Bau bezahlbaren Wohnraums für Kapitalist*innen üblicherweise kein rentables Geschäftsfeld darstellt.

1.3 Finanzialisierung: zinstragendes und fiktives Kapital

Während industrielle Kapitalist*innen die Produktion der Gebäude bzw. Infrastruktur zum Wohnen, Arbeiten und anderen gesellschaftlichen Anforderungen organisieren, stellen Geldkapitalist*innen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung, um Materialien, Arbeitskräfte und Maschinen für die Errichtung von Gebäuden in Bewegung zu setzen und Boden zu erwerben. Das heißt, dass in diesem Austausch zwei Gruppen von Kapitalist*innen mit unterschiedlichen Interessen aufeinandertreffen: industrielle Kapitalist*innen, die Mehrwert produzieren, und Geldkapitalist*innen, in deren Händen sich die Geldmacht befindet (Harvey 2018, 197).

Dieser Unterschied ergibt sich aus ihren je spezifischen Positionen im Prozess der Mehrwertproduktion. Während industrielle Kapitalist*innen im Wettbewerb mit anderen Kapitalist*innen ähnlicher Ausrichtung (so z.B. in der Bauwirtschaft und Projektentwicklung) unaufhörlich die Produktion ausweiten müssen, um in der Konkurrenz die Mehrwertproduktion zu steigern, stellen die Geldkapitalist*innen in der Form von Banken, Geldverleiher*innen, Aktien-, Investment-, Pensions- und Hedge-Fonds sowie Beteiligungsgesellschaften¹ das Kapital zur Verfügung, um dafür nötige Investitionen finanzieren zu können. Im kapitalistischen Reproduktionsprozess verwerten produktive Kapitalist*innen das Geldkapital im Gebrauch, d.h. es wird als Kapital realisiert, indem mit dem Einsatz von lebendiger Arbeit Mehrwert erzeugt wird. Geldkapitalist*innen erheben im Unterschied dazu einen Anspruch auf ein Teil des realisierten Kapitals, d.h. den Wert des verliehenen Kapitals plus einen Anteil vom Mehrwert (d.h. Zins) (MEW 25, 386). Der Profit zerfällt nach Marx also zunächst in zwei Teile: den Zins, der den Verleiher*innen zu zahlen ist, und der Überschuss über den Zins, der den Unternehmergewinn, d.h. den eignen Anteil von industriellen Kapitalist*innen am Profit bildet (ebd.). Das Besondere am zinstragenden Kapital ist, dass es nur zeitweilig aus dem Besitz seiner Eigentümer*innen austritt, um in den Besitz industrieller Kapitalist*innen überzutreten, aber dass es „weder weggezahlt noch verkauft, sondern nur ausgeliehen wird; nur entäußert wird unter der Bedingung, nach einer bestimmten Zeitfrist erstens zu seinem Ausgangspunkt zurückzukehren, zweitens aber als realisiertes Kapital zurückzukehren, so daß es seinen Gebrauchswert, Mehrwert zu produzieren, realisiert hat.“ (ebd., 356). Während das Warenkapital in die Produktion eingeht und vernutzt wird, kommt das zinstragende Kapital wieder zurück und vermehrt sich durch ständig neue Akte des Verleihens mit dem Ziel, unaufhörlich mehr Zinseinnahmen einzustreichen².

Diese unterschiedlichen Formen der Verwertung und Nutzung von Kapital sind eine Voraussetzung dafür, dass sich beide Sphären auseinanderentwickeln. Marx betont, dass „mit Entwicklung der großen Industrie das Geldkapital mehr und mehr, soweit es auf dem Markt erscheint, nicht vom einzelnen Kapitalisten vertreten wird, dem Eigentümer dieses oder jenes Bruchteils des auf dem Markt befindlichen Kapitals, sondern als konzentrierte, organisierte Masse auftritt“ (ebd., 381). Geldkapitalist*innen bzw. das Kreditwesen haben die Rolle, das Startkapital für die Zirkulation

1 Pensions- und Hedge-Fonds sowie Beteiligungsgesellschaften sind in Deutschland eher Akteur*innen jüngerer Datums, die im Zusammenhang mit Deregulierungen des Finanzsystems und des Sozialstaats seit Ende der 1990er Jahre entstanden sind.

2 Allerdings können sich auch produktive Kapitalist*innen dafür entscheiden, ihren Profit nicht mehr oder nicht völlig in die Produktion zu reinvestieren, sondern damit Finanzgeschäfte zu machen, um Zinseinnahmen zu realisieren.

zu sammeln, wobei diese „organisierte Masse“ als zinstragendes Kapital eine Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem Mehrwert (Profit) erlangt. Denn mit dem

„Wachstum des stofflichen Reichtums wächst die Klasse der Geldkapitalisten; es vermehrt sich einerseits die Zahl und der Reichtum der sich zurückziehenden Kapitalisten, der Rentiers; und zweitens wird die Entwicklung des Kreditsystems gefördert und damit die Zahl der Bankiers, Geldverleiher, Finanziers etc. vermehrt. – Mit der Entwicklung des disponiblen Geldkapitals entwickelt sich die Masse der zinstragenden Papiere, Staatspapiere, Aktien etc. [...]. Aber damit zugleich die Nachfrage nach disponiblen Geldkapital“ (ebd., 527).

Marx fügt wenig später auf der folgenden Seite hinzu, dass mit der Entwicklung des Kreditwesens große konzentrierte Geldmärkte geschaffen werden, in denen Händler*innen mit dem Geld, das sie von Banken etc. erhalten, auf die Wertentwicklung von Wertpapieren spekulieren können.

Im Bereich des Wohnungsbaus stellt die Bauwirtschaft die Seite der industriellen Kapitalist*innen dar; Banken und weitere Kreditgeber*innen die Geldkapitalist*innen. Als dritte – nicht immer klar unterscheidbare – Gruppe kommen noch Investor*innen dazu, die mit Wertpapieren handeln, denen Wohnimmobilien zugrunde liegen. Beispiele hierfür sind offene und geschlossene Immobilienfonds, Pensionsfonds, börsennotierte Wohnungsunternehmen etc.. Diese Akteure geben Anteilsscheine bzw. Aktien aus, deren Wert durch Handel auf dem Finanzmarkt festgelegt wird.

Der bloße Eigentumstitel an Kapital beinhaltet für Banken, Investor*innen und sonstige Finanziers das Recht, eine Kapitalverzinsung von Dritten fordern zu können, wenn diese zeitweise darüber verfügen wollen (ebd., 355f.). Geldbesitzer*innen haben also die Möglichkeit, Geld in die Zirkulation zu werfen bzw. es in seiner Funktion als Kapital zur Ware zu machen.

Dadurch scheint es so, als ob die Leistung des Geldverleihs darin besteht, aus Geld mehr Geld zu schöpfen. Marx weist aber darauf hin, dass Geld hier nicht Geld heckt, sondern dass Geld produktiv investiert werden muss, um Zins zahlen zu können. Er schreibt, „[s]elbst wo ein vermögensloser Mann als Industrieller oder Kaufmann Kredit erhält, geschieht es in dem Vertrauen, daß er als Kapitalist fungieren, unbezahlte Arbeit aneignen wird mit dem geliehenen Kapital. Es wird ihm Kredit gegeben als potentiell Kapitalisten.“ (ebd., 614)

Problematisch wird das „entrückte“ Verhältnis zu Geld jedoch, wenn Kapitalist*innen von Zinsen oder Renten (d.h. ihren Wertpapieren) leben wollen, weil es ja scheint, als ob mit Geld neues Geld geheckt werden kann. Warum sich dann noch mit der Mehrwertproduktion rumschlagen? Marx beschreibt, wie in verschiedenen Boomphasen im 19. Jahrhundert Kapitalist*innen zu Rentiers werden wollten, sich also „nur noch amüsieren wollten“, aber nicht mehr mit dem ganzen Ärger rund um die Mehrwertproduktion auseinandersetzen wollten (streikende Arbeiter*innen, nicht funktionierende Maschinerie etc.) (ebd., 918). Aber wenn alle nur noch von ihren Zinsen oder Renten leben wollen, entsteht eine Situation, in der keine realen Werte mehr produziert werden, sondern sich nur noch fiktive Werte erhöhen (Harvey 2018, 198). Karl Marx erkennt den Anlass solch spekulativer Entwicklung im Versuch, ohne die Vermittlung des Produktionsprozesses das Geldmachen vollziehen zu wollen. „Der Produktionsprozess erscheint nur als unvermeidliches Mittelglied, als notwendiges Übel zum Behuf des Geldmachens. Alle Nationen kapitalistischer Produktionsweise werden [...] periodisch von einem Schwindel ergriffen, worin sie ohne Vermittlung des Produktionsprozesses das Geldmachen vollziehen wollen.“ (MEW 24, 62)

Geldmachen entkoppelt sich demnach phasenweise von dem konkreten Produktions- und Verwertungsprozess. Rentiers (bzw. Kapitalist*innen und andere Investor*innen) legen Geld in Wertpapieren wie Aktien oder Anleihen an, um Zinsen bzw. Renten zu erzielen. Der Bezug zur

Güterproduktion – etwa der Bauwirtschaft oder der Automobilproduktion – droht dabei verloren zu gehen. Zwar kann das in den Primärmarkt für Wertpapiere investierte Geld wieder von jenen, die neue Aktien oder Anleihen ausgeben, als Kapital in die Güterproduktion fließen, aber es besteht kein Zwang dazu. Geld, das in den Sekundärmarkt für bereits existierende Wertpapiere fließt, wird dagegen dem industriellen Kapitalkreislauf de facto entzogen. Für die Besitzer*innen der Wertpapiere ist auch weniger die Produktion zentral als vielmehr, dass erstens ihre Wertpapiere einen Rechtstitel auf eine Revenue darstellen, dass zweitens tatsächlich eine Revenue fließt und dass ihre Wertpapiere drittens handelbar sind. Dies setzt voraus, dass es einen Markt für Eigentumstitel gibt, und Titel jederzeit verkauft oder gekauft werden können. Unabhängig vom industriellen Verwertungsprozess basiert der Preis der Wertpapiere also auf den *Erwartungen* erzielbarer Verkaufspreise und zukünftiger Erträge, die auf Finanzmärkten gehandelt werden.

Damit besteht die Möglichkeit spekulativer Preisbewegungen von Wertpapieren, die auf eine fiktive Akkumulation hinweisen. Preisbewegungen wie Kurssteigerungen und -verluste bedeuten nicht, dass zusätzlicher Wert geschaffen wurde. Vielmehr stellen die Wertpapiere Ansprüche dar auf einen Wert, der noch produziert werden muss (vgl. Breda in diesem Buch). Der Preis der Wertpapiere ergibt sich aus Angebot und Nachfrage nach diesen Papieren sowie den Erwartungen, die mit ihnen verbunden sind. Es kann also dazu kommen, dass der Gesamtmarktwert der Wertpapiere aufgrund einer starken Nachfrage über dem Gesamtwert der zugrundeliegenden produktiven Anlagen und Güter liegt. Damit ist die Grundlage gelegt für die Akkumulation fiktiver Werte, da die Marktbewertung der Eigentumstitel unabhängig von produktiven Verwertungsprozessen sein kann. Ein illustratives Beispiel für diese Prozesse ist die Subprime-Krise auf dem Häusermarkt in den USA (vgl. Abschnitt 2.1).

Tatsächlich verleiten Aktien, Anleihen und weitere Finanzinstrumente wie Verbriefungen sowie Derivate wie Termingeschäfte mit Aktien, Anleihen, Währungen oder auch Waren etc. dazu, auf deren Preisentwicklung zu starren und den zugrundeliegenden Verwertungsprozess, der hinter den Wertpapieren steht, aus den Augen zu verlieren. Dies beschreibt einen Umstand, der gegenwärtig als Finanzialisierung bezeichnet wird: es gerät nicht nur der Wert einer zugrundeliegenden Ware aus den Augen, sondern es ist auch zweitrangig, ob es sich um Schweinehälften, Kaugummi oder Wohnungen handelt. Solange die Rendite hoch genug ausfällt, bleiben Banken, Beteiligungsgesellschaften, Pensions-, Hedge- und weitere Fonds im Investment. Wenn sich die wirtschaftlichen Vorzeichen verändern, wird Geldkapital umgeschichtet. Damit geht einher, dass Logiken der Produktion eines Gutes der Logik des Finanzinvestments untergeordnet werden.

Um aus der Preisentwicklung von Wertpapieren zumindest potenziell Gewinn zu schöpfen, ist finanzielle Liquidität beziehungsweise Geldverleih vermittelt Krediten, Aktien, Anleihen, Schuldverschreibungen, Pfandbriefen und daraus abgeleiteten „Asset Backed Securities“ notwendig. Asset Backed Securities stellen forderungsbesicherte Wertpapiere dar, die eine Verselbständigung von Finanzinstrumenten und des Finanzmarktes gegenüber dem Produktionsprozess stützen³.

3 Marx fasst den fiktiven Charakter prägnant zusammen: „Alle diese Papiere stellen in der Tat nichts vor als akkumulierte Ansprüche, Rechtstitel, auf künftige Produktion, deren Geld- oder Kapitalwert entweder gar kein Kapital repräsentiert, wie bei den Staatsschulden, oder von dem Wert des wirklichen Kapitals, das sie vorstellen, unabhängig reguliert wird. In allen Ländern kapitalistischer Produktion existiert eine ungeheure Masse des sog. zinstragenden Kapitals oder moneyed capital in dieser Form. Und unter Akkumulation des Geldkapitals ist zum großen Teil nichts zu verstehn als Akkumulation

Schuldverschreibungen, Aktien oder Verbriefungen sind Finanzinstrumente, mit denen Geld buchstäblich aus dem Nichts – oder anders ausgedrückt: aus dem Vertrauen der Käufer*innen beziehungsweise Investor*innen heraus – generiert wird. Die Finanzinstrumente bergen Versprechungen auf zukünftige Zahlungen in sich, die wiederum als Stellvertreter von Geld gehandelt werden können. Mit diesen Stellvertretern wird Liquidität hergestellt, die eine unendliche Finanzierungs- und Verschuldungskette produzieren kann. Damit kann ein fiktiver Vermögenszuwachs finanziert werden, der aber nur so lange real ist, wie das Vertrauen in die Werthhaftigkeit des Repräsentanten hält – also so lange das Wertpapier in Geld gewechselt werden kann (Heeg 2012, 259). Aber auch wenn es so scheint: das fiktive Kapital ist nicht nur eine Chimäre, sondern hat sehr handfeste und reale Wirkungen, solange das Vertrauen von Investor*innen gegeben ist. Denn hinter dem Preis für ein Papier steht ein Zahlungsanspruch, der bedeutet, dass z.B. die Hypothek oder der Kredit bedient oder die Dividende eines Wertpapiers durch Entlassungen in einem Unternehmen realisiert werden muss bzw. wir Zinsen für unsere Sparbriefe bekommen wollen. Dies gilt bis das Vertrauen in die Werthaltigkeit verloren geht – wie in der Subprime-Krise ab 2007/08, die von den USA ausgehend die Finanz- und Immobilienmärkte in Großbritannien, Spanien, Irland, Portugal und weiteren Ländern in die Abwärtsspirale riss. Um die jüngste Entwicklung zu verstehen, ist ein genauere Blick auf diese Krise sinnvoll.

2. Zur jüngeren Entwicklung

Um zu verdeutlichen, dass Wohnen mit Marx gut erklärt werden kann, ja muss, gehen wir auf zwei aktuelle und miteinander zusammenhängende Entwicklungen ein: zunächst die Subprime-Krise in den USA 2007/08, anschließend die explodierenden Boden-, Immobilien- und Mietpreise in Deutschland seit 2010.

2.1 Die Subprime-Krise 2007/08: globale Schockwellen aus der Finanzialisierung des Wohnens

Die Subprime-Krise wurde wie andere Finanzkrisen auch mit Liberalisierungen bzw. fehlenden Regulierungen der Banken und des Finanzmarktes ermöglicht. Eine entscheidende Weichenstellung erfolgte mit der Liberalisierung der Hypothekenvergabe im Rahmen der Reorganisation des Bankensystems bereits unter Reagan, welche die Kreditvergabe an arme Haushalte und damit den Wohnungsbau fördern sollte (Heeg/Reithmeier 2017). Bis Anfang der 1980er Jahre unterlagen Sparkassen und Hypothekenbanken umfangreichen Beschränkungen in Bezug auf das erlaubte Geschäftsfeld und die räumliche Reichweite. Sie durften nur innerhalb der jeweiligen US-Staaten bzw. in einem bestimmten Radius um den eigenen Standort aktiv sein (Hill 1991; MacDonald 1992). Immobilienkredite wurden in der Regel von lokalen Sparkassen vergeben, durch lokale Bankeinlagen von Kund*innen refinanziert und mit staatlichen Bürgschaften versehen. Durch die Aufhebung der räumlichen Beschränkungen konnten nun Hypothekendarlehen für den Hauskauf nicht mehr nur im Staat des Wohnortes aufgenommen werden, sondern auch in anderen Bundes-

dieser Ansprüche auf die Produktion, Akkumulation des Marktpreises, des illusorischen Kapitalwerts dieser Ansprüche.“ (MEW 25, 486)

staaten und damit auch bei anderen Banken. Diese Veränderungen erhöhten die Möglichkeiten, Hypothekenkredite zu erhalten, und damit auch die Chancen, den Eigenheimtraum zu realisieren.

Reagan öffnete mit dieser Vorgabe die Tür zu einer liberalisierten Kreditvergabe nur einen Spalt breit, und seine Amtsnachfolger rissen sie sperrangelweit auf. 1999 erfolgte unter Clinton die Aufhebung der Trennung von Depot- und Investmentbanken, wodurch nun auch die Wall Street-Banken in die Hypothekervergabe einsteigen konnten. Aber erst die Verbriefung von Hypothekenkrediten, die unter der Ägide von Präsident Bush Jr. in Gang kam, leitete diesbezüglich einen Dambruch ein. Unter dem Slogan „We want everybody in America to own their own home“ wurde 2003 der „American Dream Downpayment Act“ verabschiedet. Dieser garantierte erstmaligen Käufer*innen von Wohneigentum eine finanzielle Hilfe zusätzlich zur staatlichen Bürgschaft. Auf dieser Grundlage konnten Banken überzeugt werden, bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit ihrer Kunden großzügiger zu sein (Ferguson 2008, 268). Zusammen mit der Möglichkeit, die Hypothekendarlehen zu bündeln und weiterzuverkaufen („securitization“, im Deutschen: Verbriefung), gewann die Vergabe von Darlehen an Haushalte, deren Bonität fraglich war, an Fahrt. Die staatliche Hilfe bei der Eigenheimfinanzierung, laxere Bonitätsprüfungen von Schuldner*innen und vor allem die Möglichkeit, die Hypotheken weiterzuverkaufen, trugen zu einer enormen Expansion der für Hausbau bzw. -erwerb vergebenen Kredite bei (ebd., 261). Hypothekenkredite wurden zu einem Wachstumsmarkt.

Die Ausdehnung der Kreditmenge führte zu größerer Nachfrage und dadurch zu steigenden Immobilienpreisen. Diese wiederum trugen zirkulär zu einer weiteren Ausdehnung der Kreditmenge bei. Da Risiken durch die Verbriefung gebündelt und weitergegeben wurden, geriet die Bonität individueller Kreditnehmer*innen zunehmend aus dem Blick. Tatsächlich wurden gerade Haushalte mit zweifelhafter oder fehlender Bonität als Kund*innen für einen Kredit beworben; es handelte sich dabei zu einem hohen Anteil um Minderheitenhaushalte, d.h. um die arme schwarze oder hispanische Bevölkerung (Wyly u.a. 2008).

Diese spekulativ getriebene Erwartung des Mehr, Höher, Besser, Weiter begann jedoch in sich zusammenzubrechen, als aufgrund von steigender Arbeitslosigkeit die Kreditzahlungsfähigkeit jener Haushalte einbrach, die immer als Erste von steigender Arbeitslosigkeit betroffen sind, nämlich die der Schwarzen, Hispanics und/oder Armen (King 2015). Diese Haushalte waren mit dem Problem konfrontiert, steigende Zahlungsverpflichtungen nicht mehr regelmäßig bedienen zu können. Zunächst vereinzelt auftretende Zahlungsprobleme gewannen rasch an Dynamik, was nach rechtlichen Zwischenphasen auch die Zahl der Zwangsvollstreckungen nach oben schnellen ließ. Unterlagen 2005 nur 0,99% der Hypotheken einer Zwangsvollstreckung, so betrug dieser Anteil bei den Subprime-Krediten bereits 3,3%. Im Jahr 2009 erreichten die Zwangsvollstreckungen ihren Höhepunkt. Betroffen waren sowohl Bundesstaaten mit hohen Bevölkerungsgewinnen wie Nevada, Arizona, Kalifornien und Florida, aber auch die sog. „Fly-Over-States“ ohne große Wachstumsdynamik wie Michigan, Ohio und Indiana.

Vielfach war die Zahlungsfähigkeit von Haushalten nicht mehr gegeben, womit sich der Nennwert der Wertpapiere (d.h. des fiktiven Kapitals) und der Wert der Immobilien entkoppelten. Da die Risiken der Papiere breit im Finanzmarkt gestreut wurden, breiteten sich die zunehmenden Zahlungsausfälle in Schockwellen im (globalen) Finanzmarkt aus (Heeg/Reithmeier 2017; Heeg 2013). Wertpapiere wurden wertlos, Hauswerte rasselten in den Keller, aber die Hypothekenkredite mussten weiter bedient werden. Das fiktive Kapital wurde „geerdet“, d.h. konkret, dass sich Werte für Finanzinvestor*innen in Luft auflösten und zahlungsunfähige Haushalte ihre

Wohnung verloren. Der Unterschied zwischen Finanzinvestor*innen und zahlungsunfähigen Haushalten ist, dass erstere in der Mehrzahl der Fälle staatlich gerettet wurden, während letzteren im schlimmsten Fall die Obdachlosigkeit drohte. In den ersten Jahren der Krise wurde über die katastrophalen Folgen der Unrealisierbarkeit des fiktiven Kapitals – vulgo: Platzen der Spekulationsblase – noch ausführlich medial berichtet, vor allem wenn sich soziale Bewegungen gegen Zwangsräumungen u. dgl. bildeten (etwa die PAH in Spanien: Molina Allende 2016). Inzwischen ist weitgehend in Vergessenheit geraten, dass Millionen von Haushalten in ihrem elementaren Bedürfnis zu Wohnen unter der Finanzialisierung ihres Wohnraums zu leiden hatten und haben. Dazu, dass diese Diskussionen abgeebbt sind, hat in Deutschland nicht zuletzt beigetragen, dass der hiesige Wohnungsmarkt von der Krise 2007/08 direkt kaum betroffen war. Doch die Folgen der globalen Krise und ihrer politischen Regulierung machen sich beim Wohnen hierzulande nachhaltig bemerkbar.

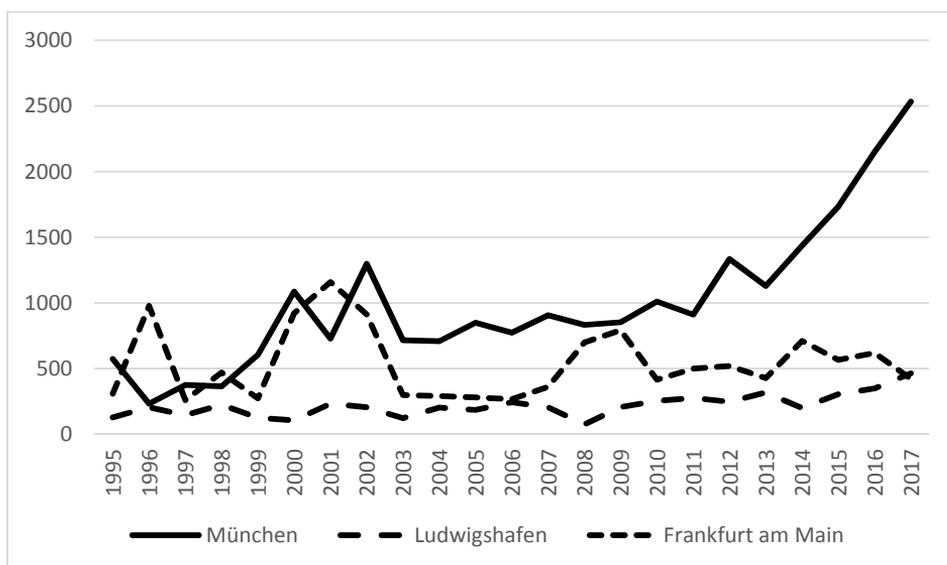
2.2 Neue Wohnungsfrage in Deutschland

Die Subprime-Krise führte nachhaltig vor Augen, dass das Wachstum des fiktiven Kapitals nicht harmlos ist. Auch in Deutschland gehen die Preise für Wohneigentum – und damit auch für Mieten – durch die Decke. Dahinter steht eine Zunahme in Anzahl und Summe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte, womit die Preisrallye befeuert wurde. Immer mehr Kapital und Geld strömt in den Immobiliensektor. Im Januar 2003 wurden 15.547 Mio. € als Wohnungsbaukredite ausgezahlt. Diese Summe belief sich 2011 auf 16.627 Mio. € und Juli 2019 bereits 25.671 Mio. €. (Deutsche Bundesbank 2019). Hinter dieser Zunahme verbergen sich auf der einen Seite steigende Wohnungs- und Eigenheimpreise, die mit erhöhten Wohnungsbaukrediten finanziert werden müssen. Auf der anderen Seite stärkte die Möglichkeit der Banken, die Kredite als Hypothekarkredite (Pfandbriefe) auszugeben, die Bereitschaft, mehr Haushalten einen Kredit zu geben. Dies bedeutet wiederum eine erhöhte Zahlungsfähigkeit der Haushalte, womit die Bereitschaft gestärkt wird, Wohneigentum zu erwerben. Dies unterstützt wiederum den Preisanstieg. Parallel dazu nahmen die Investitionen in den deutschen Wohnungsbestand stark zu. Riesige Kapitalmengen zirkulieren also durch den deutschen Wohnungsmarkt.

Dass seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 sehr viel Kapital in Wohnraum fließt, musste zuvor politisch ermöglicht werden (Heeg/Dörry 2009). Dass seit ca. 2010 auch und gerade in den Wohnungsmarkt sehr viel Kapital strömt (Belina 2018), manifestiert sich in vielen Groß- und Universitätsstädten in explodierenden Boden-, Immobilien- und Mietpreisen. Zu beobachten sind dabei zwei für deutsche Städte neue Entwicklungen. Erstens versprechen wegen der hohen zahlungsfähigen Nachfrage Luxus- und hochwertiges Wohnen – am „richtigen“ Ort und der „richtigen“ Art – zukünftige Einnahmen, die über jenen anderer Nutzungen liegen. So werden in Frankfurt am Main leerstehende Büros in Wohnraum umgewandelt und immer noch teurere Luxuswohnungen gebaut, teils in Wohnhochhäusern, wie es sie hierzulande in nennenswerter Zahl nur in Mainhattan gibt. Zweitens befeuern die mauren Aussichten in anderen Investitionssphären die offensichtliche Spekulation auf Grundrentensteigerungen. Ein Hinweis darauf sind all die urbanen Grundstücke, für die Baugenehmigungen vorliegen, auf denen aber nicht gebaut wird – sog. „Land Banking“ (Difu/vhw 2017, 16). Ein genauerer Blick auf die Entwicklung der Bodenpreise zeigt zudem zwei raum-zeitliche Besonderheiten. Erstens ist die Entwicklung im Zeitverlauf bei einem allgemeinen Aufwärtstrend zugleich starken Schwankun-

gen unterworfen. Die Volatilität des Bodenmarktes verweist darauf, dass auch kurzfristig immer neue lokale Spekulationswellen aufkommen und wieder verebben. Die starken Schwankungen der Entwicklung der Bodenpreise in den Städten München, Frankfurt a.M. und Ludwigshafen in Abbildung 1 verdeutlichen dies. Zu erkennen ist, neben dem allgemeinen Preisanstieg, dass in den frühen 2000er Jahren das Platzen der Dotcom-Blase schon einmal zu starker Spekulation in München und Frankfurt geführt hat. Die Schwankungen der Preise führen zudem dazu, dass in 2017 Boden in Ludwigshafen (erstmal) teurer war als solcher in Frankfurt. Die Abbildung deutet zweitens zusätzlich an, wie unterschiedlich hoch die Bodenpreise je nach Gegend sind. Während der Boden in 2017 in München mit 2.532,57 €/m² am teuersten war, findet sich am anderen Ende im selben Jahr der Landkreis Elbe-Elster mit einem Wert von 10,00 €/m². Diese Preisspannen spiegeln ausschließlich wider, wie hoch die Profiterwartungen je nach lokalem Markt zum jeweiligen Zeitpunkt sind.

Abbildung 1: Die Bodenpreisentwicklung in München, Frankfurt a.M. und Ludwigshafen, 1995–2017 in €/m²

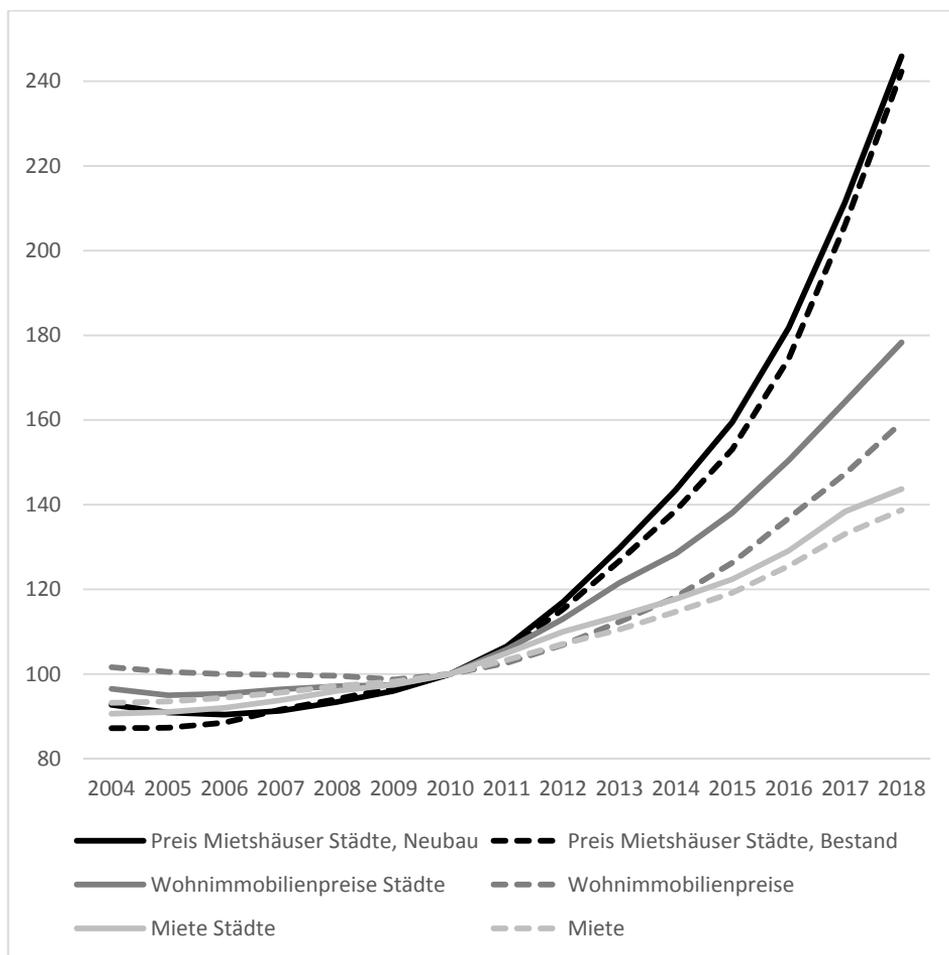


Datenquelle: Regionaldatenbank Deutschland, unter: www.regionalstatistik.de/genesis/online;jsessionid=38AC34673C1C8671FF54D2B17F9F5DC9.reg1?sequenz=statistikTabellen&selectionname=61511

Abbildung 2 zeigt die Anstiege von Wohnimmobilien- und Mietpreisen seit 2010. Auffällig ist erstens, dass die Preise von Mietshäusern besonders stark steigen – also von solchen Wohnimmobilien, die bevorzugt als Kapitalanlage gekauft werden. Dass die Preise bei Neubau und Bestand sich fast gleich entwickeln, verweist auf den spekulativen Charakter der Preissteigerung. Zweitens sind die Anstiege der Preise in den Städten höher als im Bundesdurchschnitt. Mit den explodierenden Preisen der Immobilien sinkt ihre Profitabilität, in Abbildung 3 dargestellt mit der gängigen Relation Kaufpreis-Jahresmiete (der sog. Vervielfältiger). Häuser müssen immer länger erfolgreich vermietet werden, um den Kaufpreis wieder hereinzuholen, in den sieben größten deutschen

Städten (den „Big 7“ des Immobilienmarktes) inzwischen 31,5 Jahre. Aufgrund der Entwicklungen, die in Abbildung 2 und 3 dargestellt sind, sind im Geschäft mit Wohnimmobilien zukünftige Mietpreissteigerungen bereits „eingepreist“, d.h. die Investitionen lohnen sich nur bei ebensolchen.

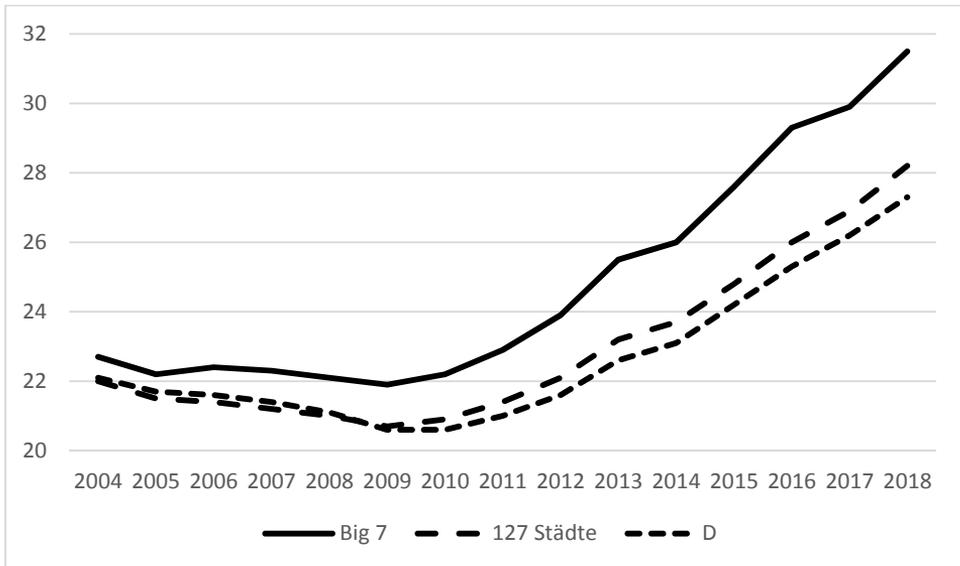
Abbildung 2: Die Entwicklung der Immobilien- und Mietpreise in Deutschland 2004–2018, z.T. für die 127 Städte, Index 2010 = 100



Datenquelle: Bundesbank, Indikatorensystem zum Wohnimmobilienmarkt, unter <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/indikorensaetze/indikorensystem-wohnmobilienmarkt>

Diese Entwicklungen lassen sich mit Rekurs auf Marx erklären. Dass seit ca. 2010 Boden-, Immobilien- und Mietpreise in v.a. den Städten in Deutschland explodieren, liegt daran, dass sich in der aktuellen Lage, die neben einer „Wall of Money“ (Aalbers 2016: 84) auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten auch durch niedrige Zinsen und die Beliebtheit des als krisensicher geltenden Deutschlands bei Investor*innen gekennzeichnet ist, Investitionen hier

Abbildung 3: Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufpreis und Jahresmiete von Eigentumswohnungen in Deutschland 2004–2018, differenziert nach dem Durchschnitt für die „Big 7“ (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt a.M., Stuttgart, Düsseldorf), 127 Großstädte („Städte“) und im Bundesgebiet



Datenquelle: Bundesbank, Indikatorensystem zum Wohnimmobilienmarkt, unter <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/indikatorensaetze/indikatorensystem-wohnmobilienmarkt>

und in diesen Bereich im Vergleich zu anderen Investitionen zu lohnen scheinen (Belina 2018). Mit Marx sieht man, dass es sich um eine Explosion von zinstragendem und fiktivem Kapital handelt, von Profiterwartungen also, die nur auf überhöhten Preisen und nicht auf produzierten Werten basieren, auf Spekulation, und die sich in einer „Neuen Wohnungsfrage“ (Schönig 2013) manifestieren.

3. Wohnen mit Marx: Es bleibt viel zu tun!

Wohnen mit Marx geht also sehr gut – i.S.v. Erklärung der Politischen Ökonomie des Wohnens inklusive aktueller Entwicklungen. Gleichwohl bleibt viel zu tun, zum einen theoretisch und zeitdiagnostisch, zum anderen politisch. So wissen wir etwa nach wie vor zu wenig darüber, wie die spekulativen Preise von Boden und Immobilien genau zustande kommen. Das ist einigermaßen komplex, weil die global gehandelten Profiterwartungen von zahlreichen lokalen Besonderheiten abhängen, die von Intermediären kalkuliert werden (vgl. Bläser 2017). Hier ebenso wie an vielen anderen Stellen – etwa bei der Frage von Baugenehmigungen und anderen Aushandlungen zwischen Investor*innen und Kommunen – liegt es nahe, halb- bis illegale Praxen zu vermuten (vgl. Hudson 2018). Zeitdiagnostisch bedarf es etwa im Bereich der unterschiedlichen Kreditvergaben weiterer Forschungen, etwa zum Verhältnis in- und ausländischer Kreditgeber*innen. Für die Folgen des Wohnens mit Marx besonders aktuell sind schließlich politische Forderungen.

So kann die geforderte „Vergesellschaftung des Grund und Bodens, der für Wohnzwecke genutzt ist und benötigt wird“ (Gütter 2019, 99), wie sie in Berlin diskutiert wird, Linderung schaffen. Auch Marx und Engels fordern im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die „Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben“ (MEW 4, 482), was, wie Marx gegen Ende seines Lebens und gegen Henry George betont, nur eine „unter zahlreiche[n] andre[n] *Übergangsmaßregeln*“ (MEW 35, 199; Herv. i. Orig.) darstellt. Generell kann alles, was in Richtung Dekommodifizierung, Demokratisierung und klarer Regulierung des Bodens geht, einen Beitrag zu einer sozialen Bodennutzung leisten (Belina 2019). Ähnliches gilt in Bezug auf Mieten für die Forderungen nach einem Mietendeckel, der, wie das aktuelle Beispiel Berlin zeigt, im geltenden Recht möglich zu sein scheint, sowie „Neuer Wohnungsgemeinnützigkeit“ (Holm u.a. 2017), die nicht profitorientierte Akteure bevorzugen und das Geschäft für andere tendenziell uninteressant machen würde. Der Logik dieses Beitrags folgend sind aber vor allem Eingriffe in die Möglichkeiten der Finanzialisierung des Wohnens notwendig. Wenn die „Neue Wohnungsfrage“ eine Folge der Zirkulation des zinstragenden und fiktiven Kapitals durch Wohnimmobilien ist, dann muss hier angesetzt und müssen die spekulativen Auswüchse in den Wohnungsmärkten angegangen werden.

Literatur

- Aalbers, Manuel B. (2016): *The Financialization of Housing*, London/New York.
- Ball, Michael (1978): *British Housing Policy and the House Building Industry*, in: *Capital and Class* 2 (4), 78-99.
- Belina, Bernd (2017): Höhlen und Löcher. Der Brand vom Grenfell Tower verweist auf grundlegende Zusammenhänge des Wohnens im Kapitalismus, in: *analyse & kritik* Nr. 630, 19. September, 32.
- (2018): Wenn Geldkapital eine sichere Bank sucht, in: *PROKLA* 48 (2), 187-203.
- (2019): Ein Kompass zu einer sozialen Bodenpolitik, in: Walter de Vries (Hg.), *21. Münchner Tage für Nachhaltiges Landmanagement, Bezahlbares Wohnen auf dem Land und in der Stadt*, Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, Technische Universität München, 41-43, URL: https://www.bgu.tum.de/fileadmin/w00blj/bole/PDFs/Allgemein/BOT_2019/FBL_Doku2019_20180802_web_ES.pdf.
- Bläser, Kerstin (2017): *Ermessensraum. Zur kalkulativen Hervorbringung von Investitionsobjekten im Immobiliengeschäft*, Bielefeld.
- Brede, Helmut u.a. (1976): *Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage*, Frankfurt/M.
- u.a. (1975): *Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung*, Frankfurt/M.
- Deutsche Bundesbank (Hg.) (2019): *Zinsstatistik*, Frankfurt/M., URL: <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/geld-und-kapitalmaerkte/zinssaetze-und-renditen/wohnungsbaukredite-an-private-haushalte-hypothekarkredite-auf-wohngrundstuecke-615036>.
- Difu/vhw (Deutsches Institut für Urbanistik/Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung) (2017): *Bodenpolitische Agenda 2020–2030*, Berlin.
- Ferguson, Niall (2008): *The Ascent of Money*, New York.
- Frieling, Hans-Dieter (2012): *Aufwertungs- und Veränderungsprozesse in der Stadt – Ausdruck kapitalistischer Konkurrenzlogik oder politisches Programm? In: AK Kritische Geographie Frankfurt (Hg.), Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012 (= Forum Humangeographie 9)*, Frankfurt a.M., Institut für Humangeographie, 21-35; URL: <https://www.uni-frankfurt.de/47267715/FH-9.pdf>.
- Gütter, Reinhold (2019): *Wohnungsnot und Bodenmarkt*, Hamburg.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*, Oxford.

- (2013): *Rebellische Städte*, Berlin.
- (2018): *Marx' 2. Band des „Kapital“ lesen*, Hamburg.
- Heeg, Susanne (2012): *Spekulationsblase*, in: Nadine Marquardt/Verena Schreiber (Hg.), *Ortsregister*, Münster, 256-261.
- (2013): *Baulöwen, Spekulationshaie und Heuschrecken: die gebaute Umwelt abseits tierischer Erklärungsbilder*, in: Roland Atzmüller u.a. (Hg.), *Fit für die Krise?* Münster, 258-284.
- Heeg, Susanne/Dörry, Sabine (2009): *Leerstände und Bauboom – Büroimmobilien nur noch ein Anlageprodukt?* In: *Forschung Frankfurt* 27 (3), 30-36.
- Heeg, Susanne/Reithmeier, Christina (2017): *Zwischen Boom und Bust: Die US-amerikanische Immobilienwirtschaft als Wirtschaftsbarometer*, in: Werner Gamerith/Ulrike Gerhard (Hg.), *Kulturgeographie der USA*, Berlin, Heidelberg, 227-235.
- Heinz, Werner/Belina, Bernd (2019): *Die kommunale Bodenfrage*, Berlin, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_2-19_Bodenpolitik.pdf.
- Hill, Edward W. (1991): *The Savings and Loan Debacle and Erosion of the Dual System of Bank Regulation*, in: *Publius* 21(3), 27-41.
- Holm, Andrej (2014): *Mietenwahnsinn*, München.
- u.a. (2017): *Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Voraussetzungen, Modelle und erwartete Effekte*, Berlin, URL: <https://www.rosalux.de/en/publication/id/37380/translate-to-en-neue-wohnungsgemeinnuetzigkeit>.
- Hudson, Ray (2018): *The illegal, the illicit and new geographies of uneven development*, in: *Territory, Politics, Governance*, DOI: 10.1080/21622671.2018.1535998.
- King, Desmond (2015): *Im Land der begrenzten Gleichheit*, in: *Le Monde Diplomatique* 21 (1), 3.
- Krise, Ulrich u.a. (Hg.) (2019): *Grundsteuer: Zeitgemäß! Der Reader zum Aufruf*, Münster.
- MacDonald, H. I. (1992): *Special interest politics and the crisis of financial institutions in the USA*, in: *Environment and Planning C: Government and Policy*, 10 (2), 123-146.
- Matzig, Gerhard (2018): *Angst vorm Fliesen*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.1.2018, 9.
- McLellan, David (1974): *Karl Marx. Leben und Werk*, München.
- Molina Allende, Ivan (2016): *Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien: Eine soziale Bewegung in Zeiten politischer Unsicherheit*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29 (1), 71-76.
- Musto, Marcello (2018): *Der späte Marx*, Hamburg.
- Projektgruppe Branchenanalyse des Bauhauptgewerbes TU Berlin (1972): *Industrialisierung des Bauens unter Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus*, in: *Kursbuch* 27, 99-136.
- Schönig, Barbara (2013): *Die neue Wohnungsfrage*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, 17-20.
- Smith, Neil (1979): *Toward a Theory of Gentrification. A Back to the City Movement by Capital, not People*, in: *Journal of the American Planning Association* 45 (4), 538-548.
- (1987): *Gentrification and the Rent Gap*, in: *Annals of the Association of American Geographers* 77 (3), 462-465.
- Wyly, Elvin u.a. (2008): *Subprime Mortgage Segmentation in the American Urban System*, in: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 99 (1), 3-23.

Jürgen Leibiger

Über sinkende Zinsen, die Euthanasie der Rentiers und das Ende des Kapitalismus

John M. Keynes' Prophezeiung einer auf sinkende Zinsen zurückzuführenden „euthanasia of the rentier“, eines „sanften Tod des Rentiers“ (Keynes 2006, 317) wird gelegentlich bemüht, um auf eine Folge heutiger Niedrigzinsen hinzuweisen. Dieser Verweis lässt sich auch als eine Art von theoriehistorischer Veredlung der populären These von der „Enteignung der Sparer“ interpretieren, die im Übrigen die Frage danach, wer „die Sparer“ eigentlich sind, ignoriert. Selbst linke Autoren zitieren in diesem Zusammenhang manchmal Keynes' Euthanasie-Metapher (z.B. Müller 2016 oder Busch 2019): Der nächste Halbsatz, wonach es deshalb auch zum Absterben der „kumulativen niederdrückenden Macht des Kapitalisten“ komme, wird meist weggelassen. Keynes fügte außerdem hinzu, dass der „sanfte Tod des Rentiers, des funktionslosen Investors nichts Plötzliches sein wird [...] und keine Revolution erfordern wird“, eine Entwicklung, die er ausdrücklich befürwortet (Keynes 2006, 317). In einem Memorandum von 1943, in dem er sich mit der Nachkriegsordnung beschäftigte, legte er sich sogar zeitlich fest: Nach ein paar Jahrzehnten würde ein „goldenes Zeitalter“ kommen, in dem die Kapitalnachfrage wegen sinkender Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, worunter er die Ertragererwartungen auf Investitionen verstand, hinter dem Sparen, das heißt dem Kapitalangebot, zurückbleibe. In dieser Zeit sinkender Zinsen und geringer Investitionen bedürfe es keines Sparens mehr und die Arbeitszeit könne im Interesse der Vollbeschäftigung gesenkt werden (vgl. Keynes 2007). Muss man sich wundern, wenn heute selbst in den Mainstream-Medien mit Bezug auf die gesunkenen Investitionsquoten, die sogenannte „Sparschwemme“, sowie niedrigste Zinsen ein Artikel mit dem Titel „Das ist das Ende des Kapitalismus“ veröffentlicht werden kann? (Straubhaar 2014) Der Autor, Thomas Straubhaar, ist immerhin Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts. Und muss man sich wundern, wenn Futurologen wie Jeremy Rifkin (und mit ihm wiederum manche Linke) aus dem auf sinkende Grenzkosten zurückgeführten Verfall der Profite einen „Rückzug des Kapitalismus“ ableiten? (Rifkin 2014, 107; Mason 2016, 193ff.) erinnert das nicht an Karl Marx, der das Sinken des Zinses mit dem tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate in Verbindung brachte? Da die Profitrate „treibende Macht der kapitalistischen Produktion“ ist, wäre, sobald die Kapitalbildung in die Hände weniger „Großkapitale“ fiel, für die die Masse des Profits die Rate aufwiegt, (...) das belebende Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlummern“, heißt es im unvollendet gebliebenen, von Engels herausgegebenen, dritten „Kapital“-Band (MEW 25, 269). Auch Carl Christian von Weizsäcker und Hagen Krämer, die den sinkenden Zins auf eine fallende Grenzproduktivität des Kapitals infolge Überkomplexität der Produktion zurückführen, kommen nicht umhin, in diesem Zusammenhang die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus zu stellen und dabei Marx' Profitratengesetz zu beleuchten (Weizsäcker 2015; Weizsäcker/Krämer 2019).

Also: Was hat es mit dem gegenwärtigen Sinken der Zinsen auf sich, welche Rolle spielen dabei Sparen und Investieren, Kapitalangebot und Kapitalnachfrage? Lässt sich diese Entwicklung mit

Karl Marx' Theorie von der „Tendenz zum Fallen des Zinsfußes“ (MEW 25, 373) erklären? Sterben Rentiers und Kapitalisten aus, ist mit den Nullzinsen der Kapitalismus also tatsächlich am Ende?

Drei Bemerkungen vorab. *Erstens*. Von einer Klasse der „Rentiers“, einer Klasse also, die ausschließlich von Vermögenseinkommen lebt und keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, spricht heute kaum noch jemand. Selbst die an der Spitze der Reichtumspyramide stehenden Personen sind als Vorstände, Geschäftsführende, Aufsichtsräte oder Häupter von Familienunternehmungen und Stiftungen erwerbstätig und haben daneben oft diverse Ehrenämter inne. Ihr Reichtum ist zwar oft so groß, dass die Vermögenseinkommen ausreichend sein mögen, ein arbeitsfreies, wengleich nicht unbedingt sorgenfreies Leben als Privatiers zu führen, aber in der Regel sind sie berufstätig, im Alter nicht selten sogar mehr als die meisten, die gesetzliche Renten oder Pensionen beziehen. Aus dieser Tätigkeit mögen sie wiederum so hohe Einkommen beziehen, wie sie niemals sein könnten, ohne in verkappter Form auch Teile des Profits zu enthalten, „Rentiers“ würde sie trotzdem niemand nennen. Für das Verschwinden des Begriffs spielt ihre Berufstätigkeit eine Rolle, aber vielleicht auch die im Vergleich zu früheren Zeiten geringeren habituellen Besonderheiten, zumindest was deren öffentlich sichtbare Seite anbelangt. In ihrer Stellung jedoch unterscheiden sich die „oberen Zehntausend“ gar nicht so sehr von klassischen Rentiers des 19. Jahrhunderts oder zu Keynes' Zeiten, die durchaus auch damit „beschäftigt“ waren, ihr Vermögen mittels diverser Finanztransaktionen und Spekulation zu vermehren. Thomas Piketty spricht vor allem im Zusammenhang mit der heute stark wachsenden Bedeutung geerbter Vermögen von einer „Patrimonial- und Rentiersgesellschaft“ (Piketty 2014, 544); in Deutschland wurde in diesem Zusammenhang Jürgen Habermas' Begriff der „Refeudalisierung“ reaktiviert (Neckel 2010). Das oberste Prozent aller reichlich 40 Millionen privaten Haushalte Deutschlands, also vierhunderttausend, nennt rund ein Drittel des gesamten 15-Billionen-Bruttovermögens aller Haushalte sein eigen. Laut Manager-Magazin besitzen die oberen tausend Reichen Deutschlands brutto jeweils zwischen 35 Milliarden (Familie Reimann, Platz 1) und 100 Millionen Euro (Frank Farian, Platz 1000); zusammen fast eine Billion (Manager-Magazin 2019). Auch wenn das oft Familien- und nicht nur Individualvermögen und nicht nur zins- oder renditebringendes Geld- und Kapitalvermögen ist und starken Marktwertschwankungen unterliegt, wer wollte behaupten, sie könnten nicht wie Rentiers des vorigen und vorvorigen Jahrhunderts von den Erträgen ihrer Vermögen leben? Mit ihrem wirtschaftlichen Potenzial sind sie zudem höchst einflussreich und ihren Wünschen können und wollen sich nur die wenigstens Politiker*innen entziehen. Das ist anhand des Zusammenhangs von politischen Forderungen unterschiedlicher Einkommenschichten und den Entscheidungen des Bundestags auch statistisch nachgewiesen worden; die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von politischen Vorstellungen der Oberschichten ist um ein Mehrfaches höher, als bei mittleren und unteren Schichten (Elsässer u.a. 2017). Die reiche Minderheit setzt sich auch politisch gegenüber der ärmeren Mehrheit durch; von einem Verschwinden der „kumulativen niederdrückenden Macht des Kapitalisten“ kann keine Rede sein. Als Keynes das prophezeite, lag er also völlig falsch. Nobelpreisträger Paul Krugman, selbst der keynesianischen Denktradition verbunden, schreibt in seiner Einleitung zu Keynes' Hauptwerk über dessen Rentiers-These: „Glaubte er wirklich diese Dinge oder hat er einfach genossen, seine Kollegen an der Nase herumzuführen? Wahrscheinlich etwas von beidem.“ (Krugman 2006, 6) Krugman schwadroniert hier mit einem ziemlich billigen Argument über ein fundamentales theoretisches Defizit des Keynesianismus hinweg. Trotz des Sinkens der Zinsen seit fast 40 Jahren ist also die Macht der Spitze der Kapitaleigner ungebrochen und hat geradezu oligarchische Züge

angenommen. Werner Rügemer, Jens Berger, selbst ein „Handelsblatt“-Chefredakteur wie Hans-Jürgen Jakobs oder eine mit der Finanzelite „auf Du und Du“ verkehrende Unternehmensberaterin wie Sandra Navidi haben das erst jüngst in ihren Veröffentlichungen äußerst lesenswert belegt (Rügemer 2018; Berger 2019; Jakobs 2016; Navidi 2017).

Die Ablehnung von Keynes' Euthanasie-These bedeutet nicht, seine Hypothesen zur fallenden Ertragsrate des Kapitals und der Tendenz zu einem Sparüberschuss über das Investieren in Bausch und Bogen abzulehnen. In anderer Form und mit anderen Begründungen spielen ähnliche Überlegungen bei vielen namhaften Ökonomen, darunter auch bei Karl Marx eine bedeutende Rolle. Welche Prozesse Keynes im Einzelnen dafür auch verantwortlich machte, vielleicht liegt seinen Aussagen „etwas Tieferes zugrunde, das er nur ahnt“, wie Karl Marx bezüglich David Ricardos Unruhe über eine sinkende Profitrate anmerkt (MEW 25, 269f.). Für nicht wenige namhafte Ökonomen sind diese Entwicklungen trotz der Unterschiede im Wie und Warum schicksalhaft für das Wirtschaftssystem.

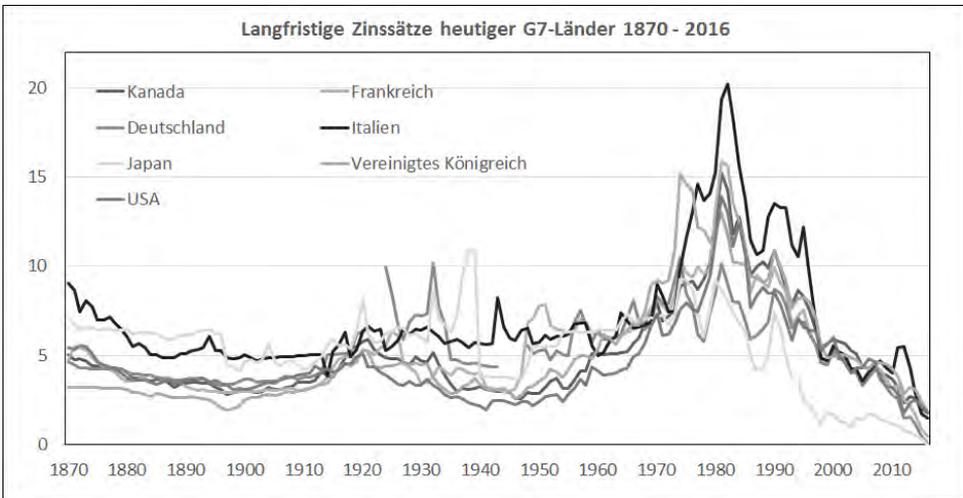
Zweitens. Die Vorstellung, fallende Zinsen seien ein Phänomen vor allem der Gegenwart, ist falsch und resultiert aus einer Verengung des Blicks allein auf die letzten 50 Jahre, in denen es nach einer Phase teils extrem steigender Zinsen bis auf eine zweistellige Höhe ab etwa 1981 zu deren drastischer Absenkung gekommen war. Schon Klassiker wie Adam Smith (1786³/1976, 115f.), David Ricardo (1821³/1979, 101f.), John St. Mill (1871⁷/1921, 355f.) und Karl Marx hatte dieses Phänomen, meist im Zusammenhang mit sinkenden Profitraten, umgetrieben. Ihre Beschäftigung damit kann nicht allein auf eine Deduktion aus ihren theoretischen Prämissen zurückgeführt werden. Die damalige Bewegung der Zinsen ist angesichts weit entwickelter Geld- und Kapitalmärkte gut dokumentiert. „Meteorologische Berichte zeichnen nicht genauer den Stand von Barometer und Thermometer auf, als Börsenberichte den Stand des Zinsfußes“ schreibt Marx (MEW 25, 380). Deshalb ist es nur schwer vorstellbar, dass die Theorien über die Tendenzen der Profit- und Zinsentwicklung rein theoretischen oder prognostischen Erwägungen entsprungen sein sollen und nicht auch auf tatsächlich Beobachtetem beruhten. Marx, der empirisches Material geradezu besessen gesammelt und studiert hat, wies darauf hin, dass die Entwicklung der allgemeinen Profitrate „als empirisches, gegebenes Faktum [...] in der Durchschnittszinsrate (erscheint), obgleich letztere kein reiner oder zuverlässiger Ausdruck“ dafür sei (ebd., 377f.). Er hat die Geschichte des zinstragenden Kapitals, von Kredit und Zins im Entwurf zu Band III des „Kapital“ und den früheren Artikeln vor allem für die *New York Tribune* auf der Grundlage eines mit seinen Exzerpten nachvollziehbaren Akten-, Berichts- und Zeitungsstudiums detailliert analysiert und sogar einen statistischen Hinweis gegeben, wie „die Durchschnittsrate des Zinses zu finden“ sei (ebd., 374).¹ Er bescheinigt der „bisherigen Ökonomie“, sie „sah das Phänomen“ (ebd., 223) sinkender Profitraten,

1 Trotz dieser Notiz finden sich im dritten Band des „Kapital“ keine empirischen Daten über den Fall von Profitrate oder Zinsen. Aber wie im ersten Band, wo das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation eine umfangreiche, erst bei der unmittelbaren Vorbereitung zum Druck erarbeitete Illustration erfuhr, darf bei der systemischen Bedeutung, die Marx dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate beimaß, vermutet werden, dass er, wäre ihm die Zeit vergönnt gewesen, dies in seiner Druckfassung des dritten Bandes nachgeholt hätte. Er hatte 1873 sogar erwogen, auf der Grundlage empirischen Materials, wozu die Zinssätze zweifellos gehört hätten, „die Hauptgesetze der Krise mathematisch zu bestimmen“ (MEW 33, 82). Überhaupt ist diesen Kapiteln des Bandes III des „Kapital“ ihr Charakter als Entwurf in einem besonderen Maße anzusehen. Darauf deuten beispielsweise seitenlange Zitate hin, die er in einer Endfassung kaum so kommentarlos stehengelassen hätte.

vermochte es aber nicht zu erklären. Friedrich Engels hat in seinem Vorwort zum „Kapital III“ explizit auf empirische Belege für den Fall der Profitrate in den 1870er Jahren hingewiesen (ebd., 29), obwohl das Gesetz selbstverständlich auch dann wirkt, wenn die empirisch beobachtbaren Profitraten und Zinsen aufgrund entgegenwirkender Faktoren über mehr oder weniger lange Zeit steigen. Sein Wirken zeigt sich auch in den Strategien, diesem Fall entgegenzuwirken, Strategien, die lange Zeit durchaus erfolgreich waren und es wieder sein könnten.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die Zinsen in den USA, in England und auf dem europäischen Festland im Durchschnitt deutlich niedriger als zu Beginn jenes Jahrhunderts. Vor allem in der sogenannten „Großen Depression“ nach „Schwarzem Freitag“ und „Gründerkrach“ 1873, einer Zeit schwacher Investitionen und niedrigen Wirtschaftswachstums, gingen sie stark zurück. Das haben Sydney Homer und Richard Sylla in ihrem epochenübergreifenden Werk zur Geschichte der Zinssätze ausführlich dokumentiert. Im Jahr 1896, dem Ende dieses Zeitraums, hatten die Zinsen einen bis dahin noch nie registrierten Tiefstand erreicht (Homer/Sylla 2005, 259). Diese Grundtendenz setzte sich nach einem Anstieg in den 1920er Jahren trotz starker Schwankungen auch in den kommenden Jahrzehnten bis unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg fort, als die Investitionen und mit ihnen die Kapitalnachfrage kurzzeitig fast zum Erliegen gekommen waren. Erst ab Ende der 1940er Jahre stieg der Zinssatz wieder, bis er gegen Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre eine historisch einmalige (die Wucherzinsen in vor- und frühkapitalistischen Epochen ausgenommen) Rekordhöhe erreichte, um anschließend, also lange bevor die Zentralbanken eine Niedrigzinspolitik betrieben, bis auf die historisch ebenfalls einmalig niedrigen Werte in der unmittelbaren Gegenwart zu sinken. In Abbildung 1 ist die Entwicklung von 1870 bis 2016 für ausgewählte Länder illustriert.

Abbildung 1: Langfristige Zinssätze heutiger G7-Länder 1870–2016



Quelle: Jordà u.a. 2020; eigene Darstellung

Nur am Rande sei bemerkt, dass Nikolai Kondratieff seine in den 1920er Jahren entwickelte Theorie der langen Wellen empirisch auch auf der Beobachtung einer überzyklisch wellenförmigen

Bewegung der Zinsen gründete (Kondratieff 1935, 107), eine Bewegung, die Ernest Mandel für kurz- und langfristige Zinssätze als Ausdruck der Entwicklung der allgemeinen Profitrate bis Mitte der 1960er Jahre fortschrieb (Mandel 1987, 24f.).

Drittens. In vielen Medien, an Stammtischen und sogar für manche Politiker*innen ist es fast zu einem Gemeinplatz geworden, die Geld- und Zinspolitik der Zentralbanken vor allem seit der Krise 2007/2009 für die gesunkenen Zinsen verantwortlich zu machen; oft wird das sogar mit konkreten Personen, den jeweiligen Zentralbankspitzen in Verbindung gebracht. Aber weder in den Überlegungen der Klassiker noch bei Keynes spielt die Geldpolitik eine Rolle für die *langfristige* (sic!) Tendenz der Zinssätze. Auch die empirischen Fakten sprechen dagegen. Die Deutsche Bundesbank – obwohl deren Spitzen gerade mit der diesbezüglichen Politik der EZB keineswegs immer einverstanden sind – stellt dazu fest: „Oft werden niedrige Zinsen auf das Handeln der Notenbank zurückgeführt. Diese Sichtweise vernachlässigt jedoch, dass die Notenbanken im Rahmen ihrer Geldpolitik nur einer von zahlreichen Einflussfaktoren auf langfristige Renditen sind. Denn auch in einer angenommenen Welt ohne Notenbank würde sich ein Zins einstellen. Dessen Höhe ergäbe sich unter anderem aus der Konsum- und Sparneigung der Haushalte, aus der Investitionsbereitschaft der Unternehmen und aus der Neigung der Wirtschaftssubjekte, Risiko zu tragen oder Vermögen unkompliziert in Liquidität umwandeln zu können.“ (Deutsche Bundesbank 2017, 30) Der Einfluss der Geldpolitik der Zentralbanken auf den Gang der Dinge ist zwar keineswegs unbedeutend, und unter bestimmten Bedingungen kann er sogar entscheidend sein², aber wie allein ein Blick auf historische Zeitreihen der Zinsentwicklung allen zeigen müsste, wird er nicht nur in den Medien, sondern auch in den meisten Lehrbüchern übertrieben dargestellt. Die Variation der sogenannten „Leitzinsen“ durch die Zentralbanken kann vor allem auf die kurzfristigen Zinsen wirken. Eine Absenkung erleichtert es den Banken, auf erhöhte Geldbedarfe der Wirtschaft zu reagieren, weil die Bargeldbeschaffung bei der Zentralbank billiger wird. Damit haben die Zentralbanken schon manche kurzfristige Geldkrise, plötzlich erhöhten Liquiditätsbedarf, entschärft oder wie zum Beispiel während des *Lockdowns* in der jüngsten Pandemie-Krise, einen drohenden Zinsanstieg gestoppt (Ettmeier u.a. 2020, 353). Friedrich Engels fügte in den Marx-Text des dritten Bandes des „Kapital“ ein: Mit der zusätzlichen Ausgabe von Noten durch die Bank von England über die durch das Bankgesetz von 1844 limitierte Höhe hinaus sei es 1847 und 1857 gelungen „die Krise zu brechen“ (MEW 25, 571). Die Notenausgabe war damals auch von einer Herabsetzung des Diskontsatzes der Bank begleitet gewesen. Aber auch heute gilt: Das Potenzial der monetären Finanzinstitute zur zinsbeeinflussenden Kreditschöpfung und damit auch zur flexiblen Reaktion auf die Kreditnachfrage ist in normalen Zeiten ungleich größer als das der Zentralbanken, wovon ihre im Vergleich zur EZB-Bilanz sechsfache Bilanzsumme (gegenwärtig knapp 30 Billionen Euro im Euroraum) einen gewissen Eindruck vermittelt. Dem

2 Marx schreibt dazu: „Die Macht der Bank von England zeigt sich in ihrer Regulierung der Marktrate des Zinsfußes. [...] [und es ist] ein ernsthaftes Ereignis im Geschäftsleben, wenn die Bank in Zeiten der Klemme, nach dem landläufigen Ausdruck, die Schraube anzieht, d.h. den schon über dem Durchschnitt stehenden Zinsfuß noch höher setzt.“ (MEW 25, 558f.) Und weiter: „Das Kreditsystem, das seinen Mittelpunkt hat in den angeblichen Nationalbanken und den großen Geldverleihern und Wucherern um sie herum, [...] gibt dieser Parasitenklasse eine fabelhafte Macht [...] auf die gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion einzugreifen.“ (Ebd., 560)

Druck des Geld- und Finanzmarktes kann sich eine Zentralbank langfristig nicht entgegenstellen (vgl. dazu Müller 2015, 457ff.).

1. Der Fall der Zinssätze in der Gegenwart

Das in Abbildung 1 illustrierte Grundmuster der Zinsentwicklung zeigt sich sowohl bei nominalen wie bei inflationsbereinigten, realen Zinssätzen, wobei letztere infolge starker Schwankungen des Preisniveaus heftigere Ausschläge nach oben oder unten aufweisen. Hiervon abweichend fiel die reale Verzinsung der *Spareinlagen* der Bevölkerung zum Beispiel in Deutschland in den jüngsten Jahrzehnten nicht ganz so stark wie die anderer Anlageformen. Die nominellen Zinsen für Sparende sind zwar ebenfalls gesunken – was zu der erwähnten heftigen Kritik an die Adresse der Europäischen Zentralbank führte –, die reale Verzinsung schwankte aber schon seit über 50 Jahren zwischen +2 und -2 Prozent, war also gar nicht sehr selten negativ (vgl. Abbildung 2). Abhängig von der Wahl des Basisjahrs ließe sich gelegentlich sogar ein leichter Aufwärtstrend diagnostizieren. Es fiel weniger auf, weil Publikum und Medien die Inflationsrate eher selten in ihre Betrachtung einbeziehen.

Abbildung 2: Realzinsen kurzfristiger Spareinlagen in Deutschland

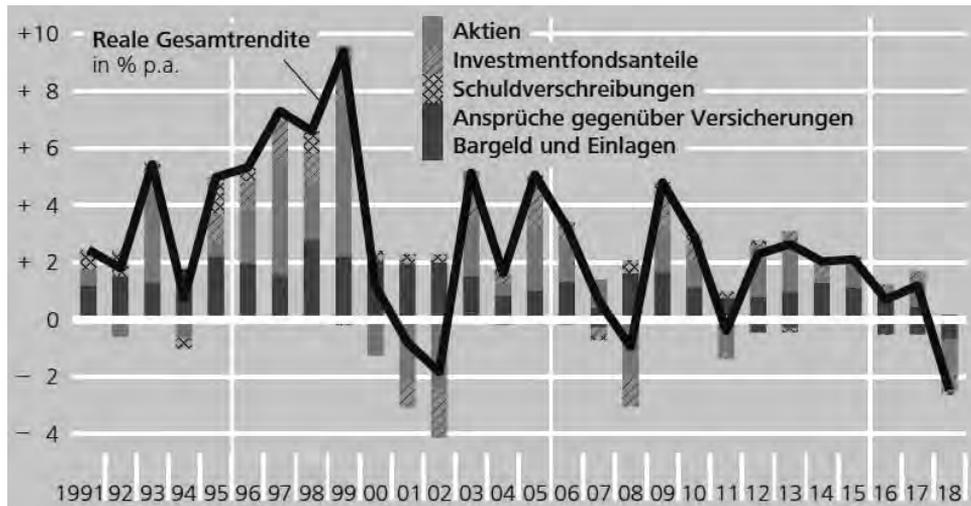


Quelle: Deutsche Bundesbank 2020a; eigene Darstellung.

Schon hier sei angemerkt, dass die realen Erträge des gesamten Portfolios, also die Summe aller Anlageformen der *privaten Haushalte*, zwar gelegentlich deutlich höher als gegenwärtig ausfielen (das gilt vor allem für die zweite Hälfte der 1990er Jahre und hängt mit den damaligen hohen Kursgewinnen bei Aktien zusammen), der Rückgang aber insgesamt geringer ausfiel als beim Leihkapital (vgl. Abbildung 3). Auf diesen Punkt wird im Zusammenhang mit der Kritik an der These vom „sanften Tod der Rentiers“ zurückzukommen sein.

Mit diesen Ausnahmen gilt die Grundtendenz sinkender Sätze sowohl für kurzfristige Zinsen, die Geldmarktsätze, wie für die Kapitalmarktsätze, also längerfristige Kredite und Anlagen, die in der Regel anhand der jährlichen Renditen 10-jähriger Staatsanleihen dargestellt werden. Die

Abbildung 3: Beiträge einzelner Anlageformen zur realen Gesamtrendite privater Haushalte in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank 2019a, 34

kurzfristigen Zinsen schwanken dabei deutlich stärker, so dass der sogenannte *Spread*, die Differenz von kurz- und langfristigen Zinsen (oder ihr Verhältnis, abgebildet in Zinsstrukturkurven) positiv wie negativ sein kann. Liegen die kurzfristigen Zinsen, die wegen des höheren Risikos langfristiger Anleihen normalerweise niedriger als diese sind, einmal über letzteren, so gilt dies mit Blick auf die nächsten Wochen und Monate als ein Anzeichen akut gestiegener Risiken, was zumindest in der Vergangenheit häufig auf eine bevorstehende Rezession hindeutete. Die Differenz dreht danach wieder ins Negative. Über längere Zeiträume hinweg weisen deshalb kurz- und langfristige Zinsen nominal wie real eine ähnliche Tendenz auf.

Diese Entwicklung war in verschiedenen Ländern zwar nicht völlig gleich, aber je intensiver die weltweite Integration der Geld- und Kapitalmärkte und die Konkurrenz der Kapitalanbietenden und -nachfragenden auf ihnen wurde, was vor allem ab den letzten drei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts der Fall war, um so paralleler verlief sie, wobei von den USA aufgrund ihres riesigen Geld- und Kapitalmarktes und der Dollar-Dominanz nach wie vor der Takt vorgegeben wird. Diese Parallelität wurde für Staatsanleihen zuletzt nur unterbrochen, als sich einzelne Staaten, wie zum Beispiel einige Euro-Länder nach der Wirtschaftskrise 2007/2009, in Zahlungsschwierigkeiten befanden (deren Zinsen wichen dann deutlich nach oben vom Durchschnitt ab) und andere, wie zum Beispiel Deutschland, als besonders sicher galten. Auch in den schnell wachsenden Schwellenländern ist das Zinsniveau höher als in den kapitalistischen Hauptländern, der Trend verläuft jedoch nahezu parallel. Als Fazit dieser Beobachtungen lässt sich festhalten, dass die Tendenz fallender Zinsen zwar manchmal übertrieben wird, aber im Großen und Ganzen und mit nur wenigen Ausnahmen tatsächlich Realität ist.

2. Marx' Theorie vom tendenziellen Fall der Zinsrate

Schon Marx stellte „eine Tendenz zum Fallen des Zinsfußes“ fest (MEW 25, 373). Bevor seine Erklärung hierfür rekapituliert wird und die Frage untersucht wird, inwiefern sich damit die gegenwärtige Zinsentwicklung erklären lässt, soll seine Zinstheorie kurz dargestellt werden.

2.1 Marx' Zinstheorie

Letztlich ist der Zins ein Teil des in der Produktion geschaffenen Mehrwerts. In welchen Formen er auch immer erscheint, aufgrund welcher Rechtstitel er gezahlt wird und wie differenziert die Aneignungsprozesse sind, *letzten Endes* – das heißt, wenn alle verwickelten Zwischenformen und zeitweiligen wechselseitigen, teils fiktiven Zinsgewinne und Verluste von Schuldern und Gläubigern, die ein Nullsummenspiel ergeben, verrechnet sind – ist seine Quelle die in der Produktion stattfindende Ausbeutung und der Mehrwert als deren Resultat. Der gesamte von Lohnarbeitenden in einem bestimmten Zeitraum geschaffene Neuwert teilt sich auf in den Lohn für sie und den Mehrwert, der sich wiederum spaltet in die Grundrente und den Profit, letzterer wiederum in Unternehmergewinn und Zins. „Kapitalprofit (Unternehmergewinn plus Zins) und Grundrente sind also nichts als besondere Bestandteile des Mehrwerts [...]. Zusammenaddiert bilden sie die Summe des gesellschaftlichen Mehrwerts.“ (Ebd., 829) Marx stellt diese Zusammenhänge ohne Berücksichtigung des Staates und der Steuern dar; dieses Thema hatte er vielleicht jenem für später geplanten Buch „Vom Staat“ vorbehalten (vgl. MEW 29, 551). Es sollte auch im Auge behalten werden, dass die von ihm verwendeten Begriffe nicht mit jenen deckungsgleich sind, die im heutigen betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungswesen Anwendung finden.

Auf die Prozesse, die den genannten Teilungen zugrunde liegen, muss hier nicht im Einzelnen eingegangen werden, entscheidend ist, dass der Zins sich *letztlich langfristig* (sic!) nur in diesem Rahmen bewegen kann. Damit ist seine Quelle erklärt. Dass er vom fungierenden Kapitalisten gezahlt wird, dass also eine bestimmte Kapitalfraktion ihn sich aus dieser Quelle aneignen kann, liegt weder an einer vorgeblich eigenständigen, von der Anwendung lebendiger Arbeit unabhängigen Produktivität des Kapitals, weder an Zeitpräferenzen, an Ansprüchen wegen Konsumverzichts oder einer Liquiditätspräferenz, wie das in neoklassischen und keynesianischen Theorien erklärt wird, sondern daran, dass die dem Verwertungsprozess zugrundeliegende Ausbeutung eines Kapitalvorschusses bedarf, dessen Höhe der fungierende Kapitalist, der Unternehmer (vereinfacht können darunter alle Sektoren und Unternehmen verstanden werden, die heute unter dem Begriff nicht-finanzielles Kapital subsumiert werden; Marx spricht immer vom „industriellen und kommerziellen Kapital“, aber auch Bereiche wie das Agrarkapital oder das Kapital im Dienstleistungsbereich gehören dazu), über sein eigenes Kapital hinaus erweitern kann, indem er sich fremdes, ihm nicht gehörendes Kapital leiht, wofür er einen Anteil an seinem Profit, einen Preis in Gestalt des Zinses bezahlen muss. Leihkapital ist verfügbar, weil die geschaffenen Werte eines Einzelunternehmens nicht zum gleichen Zeitpunkt und am selben Ort konsumtiv und produktiv verbraucht und wieder vorgeschossen werden, an dem sie geschaffen wurden. Dies ermöglicht es einer speziellen Gruppe von Kapitalisten, alles zeitweilig in der Produktion nicht feststeckende Kapital als „überschüssiges“ Geld zu sammeln und weiter zu verleihen. Oft ist es sogar der fungierende Kapitalist selbst, der zum Verleiher seines zeitweiligen Überschusses, seines *cashflow* wird. Es kommt zur Teilung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion. Das ist eine Teilung,

die sich nicht nur in verschiedenen Kapitalfraktionen und speziellen Unternehmungen (Banken, Investmentgesellschaften, Anlagevermittlern usw., heute unter dem Begriff der finanziellen Kapitalunternehmen, der monetären Finanzinstitutionen [MFI] oder der Finanzintermediäre zusammengefasst) manifestiert und die aufgrund ihrer Spezialisierung eine monopolartige Stellung in der Verfügung über alle zeitweilig freien Geldmittel innehaben. Vielmehr können alle Wirtschaftssubjekte, selbst jener Teil der Lohnarbeiterschaft, der über mehr Einkommen verfügt, als er unmittelbar konsumiert, zum Verleiher ihrer Sparmittel an fungierende Kapitalisten werden. Dabei bedienen sie sich der finanziellen Unternehmen als Vermittler. Marx schreibt, der

„gesellschaftliche Charakter des Kapitals wird erst vermittelt und vollauf verwirklicht durch die volle Entwicklung des Kredit- und Banksystems. [...] Es stellt den industriellen und kommerziellen Kapitalisten alles disponible und selbst potenzielle, nicht bereits aktiv engagierte Kapital der Gesellschaft zur Verfügung, so dass weder der Verleiher noch der Anwender dieses Kapitals dessen Eigentümer oder Produzenten sind. Es hebt damit den Privatcharakter des Kapitals auf, und enthält so an sich, aber auch nur an sich, die Aufhebung des Kapitals selbst.“ (MEW 25, 620)

Das schließt ein, dass alle Wirtschaftssubjekte sowohl Anbietende wie Nachfragende nach verzinslichen Krediten in unterschiedlichsten Formen sein können. Die Vorstellung, nur fungierende Kapitalisten, die investieren wollen, seien Nachfragende nach Kapital und Geld, verkürzt diese komplexen Zusammenhänge, weil auch private und öffentliche Haushalte Kredite nachfragen und manch fällige Zinszahlung oder Kredittilgung aus neuen Krediten vorgenommen wird, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Teilung des Profits in Unternehmengewinn und Zins ist keineswegs nur eine Sache der Konkurrenz, des Kräfteverhältnisses und Verhandlungsgeschickes der jeweiligen fungierenden Kapitalisten und Leihkapitalgebenden und des jeweiligen Risikos sowie der Frist der Kapitalanlage. Da infolge des entwickelten Geld- und Kreditsystems die Gesamtmasse verleihbaren Geldkapitals der Gesamtnachfrage gegenübersteht, ist der Marktzinssatz – wie übrigens auch die Grundrente – für den einzelnen fungierenden Kapitalisten eine gegebene, von ihm allein nur begrenzt beeinflussbare Größe, die er als einen vorgegebenen Bestandteil seiner Kosten kalkuliert. Mehr noch, ob er sein eigenes, liquides Kapital im eigenen Unternehmen reinvestiert oder lieber verleiht (das gesamtwirtschaftliche Sparen damit also erhöht) und in zinstragendes Kapital verwandelt, hängt entscheidend davon ab, ob der von ihm *erwartete* Profit auf investiertes Kapital (Keynes' Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) diesen gegebenen Zins in einem ausreichenden Maße übersteigt. Fungierende Kapitalisten, Unternehmer oder das Management können also durchaus auf beiden Seiten von Angebot und Nachfrage nach Geldkapital stehen. Das ist auch nicht nur eine Frage des Entweder-oder, sondern alle zeitweilig liquiden Mittel, Reserven, Amortisationsfonds, sonstige Überschüsse usw., verbleiben außer einer gewissen Barreserve keineswegs als totes Kapital im Unternehmen, sondern gehen zumindest zeitweilig in das gesamtwirtschaftliche Sparvolumen ein (vgl. MEW 25, 512). Das Gleiche gilt selbstverständlich für den Teil des Unternehmengewinns, der sich als „Lohn“ der Unternehmer in die Revenue derselben verwandelt, aber nicht vollständig konsumiert wird. Dies trifft im besonderen Maße dann zu, wenn, wie in der Gegenwart, diese Erwerbseinkommen von Eigentümer-Unternehmern und Managern weit überdurchschnittlich wachsen und zu einem viel höheren Prozentsatz als beim Durchschnitt der privaten Haushalte nicht konsumiert, sondern gespart und in Leihkapital verschiedenster Form verwandelt werden.

Die gesamtwirtschaftliche Summe der Zinsen entspringt zwar *letzlich* aus der Produktion, aber nicht der zu jedem Zeitpunkt jeweils individuell gezahlte Zins in seinen konkreten Formen.

Neben dem zeitweilig in den verschiedenen Phasen des Reproduktionsprozesses nicht benötigten Geld, für das die Finanzunternehmen nur Sammelstellen sind, die eine Transformation von hier „geparktem“ in von ihnen verliehenem Geld vornehmen, entstand auf einer gewissen Verbreitung und Reife dieser Prozesse eine solche Verstetigung und Gewöhnung, dass alle regelmäßig fließenden, selbst nur künftig erwarteten Einkommensformen als Zins auf eine nur „vorgestellte“, verliehene und zinsbringende Geldsumme betrachtet werden konnten. Mit der Verbriefung solcher Ansprüche in Form von Wertpapieren, also Zahlungsverprechen auf künftige Einkommen, war das „fiktive Kapital“ geboren (ebd., 481ff.). Dieses Kapital und die aus ihm abgeleiteten Einkommen existieren oft substanzial gar nicht wirklich, sie entspringen also auch nicht unmittelbar aus der Produktion, sie stellen aber einen Anspruch auf künftige Zinszahlungen in verschiedenen Formen dar. Wiederum gilt, dass die Zahlungen zwar *letztlich* nur aus dem in der Produktion geschaffenen Mehrwert entspringen können, aber zum Zeitpunkt ihrer Realisierung im konkreten Fall zwischenzeitlich auch andere Quellen dafür in Frage kommen. Diese Wertpapiere oder Eigentumstitel können einen eigenständigen Kreislauf vollziehen, der scheinbar in keinerlei Verbindung zur Produktion steht. Im Falle von Aktien oder anderen Formen von Unternehmensanleihen sind diese – ähnlich, wie Leihkapitalisten einen Anspruch auf Zins haben – mit dem Anspruch der Aktien- oder Anleihebesitzenden auf Dividendenzahlungen verbunden. Dividenden bilden also nur eine besondere Form des Zinses, die Marx allerdings nicht ausführlicher betrachtet. Der Zusammenhang wird allerdings sofort deutlich, wenn Höhe und Bewegung des Marktwerts des fiktiven Kapitals betrachtet werden, der sich aus dem Quotienten des regelmäßigen Geldeinkommens und dem herrschenden Zinssatz ergibt (ebd., 482).

Der Zusammenhang zur Produktion wird auch dadurch verdeckt, dass in einem Teil des Finanzsystems die Möglichkeit existiert, weit über die tatsächlichen Einlagen des Publikums hinaus Kredite auszureichen. Diese Möglichkeit entsteht auf jener Entwicklungsstufe des Geld- und Kreditsystems, da bei den MFI ein sehr großer Teil aller freien Gelder gesammelt ist und diese Masse von den Einlegenden, den eigentlichen Eigentümer*innen dieses potentiellen Geldkapitals, nicht zum gleichen Zeitpunkt zur Auszahlung gefordert wird. Nichts liegt dann näher, als selbst darüber noch hinauszugehen, und Kredite zu vergeben, die überhaupt nicht auf Einlagen, also Depositen beruhen, sondern, teils in Erwartung auf künftige Depositen, in Buch- oder Papierform neu geschaffen werden. Dies komme „einem Privilegium gleich, Geld zu machen“, wie Marx schreibt (ebd., 418). Heute wird dieser Vorgang als Kreditschöpfung bezeichnet und führt zu der Vorstellung, dass damit nicht nur Kredit, sondern auch Geld aus dem „Nichts“ geschöpft werden könne. Allerdings können diese Formen wirkliches Geld nur zeitweilig (der Zeitraum kann freilich sehr lang sein), und auch dann nicht in all seinen Funktionen ersetzen und bedürfen der Sicherheit, zum Zeitpunkt der Fälligkeit in wirkliches Geld verwandelt zu werden.

Mit dieser „Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweise zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint. Der größte Teil dieses ‘Geldkapitals’ ist rein fiktiv“ (ebd., 488), entspringt also der Kreditschöpfung, wie wir heute sagen würden. „Aller Zusammenhang mit dem wirklichen Verwertungsprozess des Kapitals geht so also bis auf die letzte Spur verloren, und die Vorstellung vom Kapital als einem sich durch sich selbst verwertendem Automaten befestigt sich.“ (Ebd., 484) Die neoklassische Ökonomie und auch Keynes bewegen sich weitgehend in-

nerhalb dieser Vorstellung. Keynes bringt den Zins mit der Liquiditätspräferenz, der Vorliebe für ständige Verfügbarkeit von Geldmitteln in Verbindung und hat bezüglich dieser Vorgänge in der Zirkulation sicherlich wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Er erklärt zwar einen Prozess der Aneignung, aber nicht den der Entstehung und Schaffung von Zins und Profit. Für die produktionsseitige Entstehung des Wertes, den der Zins verkörpert, interessierte er sich überhaupt nicht und den Gedanken, er wäre das Resultat einer Ausbeutung, hätte er zurückgewiesen. Weil er die verschiedenen produktionsseitigen Quellen des Sparens und die soziale Differenzierung der Sparenden weitgehend ignoriert, kann er auch die Verwurzelung des Zinses in der Produktion nicht erkennen und weicht auf psychologische Erklärungen – allgemeine Präferenzen – aus.

Dass ein allgemeiner, durchschnittlicher Zinssatz existiert, bedeutet natürlich nicht, dass es nur *einen einzigen* Zinssatz gibt. Auch Marx unterscheidet verschiedene Zinsen; sie variieren „je nach den Klassen der von den Borgern gegebenen Sicherheiten und nach der Zeitdauer der Anleihen“ (ebd., 378). Obwohl er diese beiden Aspekte, Risiko und Laufzeit, die in den heutigen Überlegungen zur Entwicklung der Zinsen eine überragende Rolle spielen, durchaus kannte und benannte, macht er dazu keine weitergehenden Ausführungen.

Marx hat diese Zusammenhänge in dem von Friedrich Engels zusammengestellten V. Abschnitt des Band III des „Kapital“ fast 300 Seiten lang erörtert. Obwohl sich diese Ausführungen, wie Engels in seinem Vorwort betont, noch in einem Entwurfsstadium befinden, zeigen sie doch, dass der gar nicht so selten erhobene Vorwurf, Marx und Engels hätten sich nur im sogenannten Realbereich der Ökonomie herumgetrieben, keine monetäre Betrachtung vorgenommen und auch keine wirkliche Geld- und Kredittheorie entwickelt, völlig haltlos ist. Dies aber nur nebenbei.

2.2 Ursachen der Tendenz fallender Zinsen

Marx führt zwei Gründe für die fallende Tendenz des Zinsfußes an. *Erstens* ist der Zins Teil des aus dem fungierenden Kapital entspringenden Profits, der sich in Unternehmergewinn und Zins teilt. Mit dem tendenziellen Fall der allgemeinen, durchschnittlichen Profitrate (Kenntnis der Lesenden von Marx' Erklärung hierfür sei vorausgesetzt) muss der durchschnittliche Zins tendenziell sinken, sofern das Teilungsverhältnis des Profits in Unternehmergewinn und Zins sich nicht zugunsten des letzteren verschiebt. Da der Tendenz zum Fall der Profitrate eine Reihe von Faktoren entgegenwirkt (zum Beispiel steigende Ausbeutung oder eine das Wachsen der Zusammensetzung des Kapitals hemmende Ersparnis an konstantem Kapital oder dessen Verbilligung), können die empirisch beobachtete Profitrate und mit ihr der Zinssatz natürlich auch steigen. Marx untersucht allerdings nicht, in welchem quantitativen Verhältnis fungierende Kapitalisten eigenes und fremdes Kapital anwenden.

Zweitens hängt der Zins von Angebot und Nachfrage nach Leihkapital und sonstigen Krediten ab. Das Angebot verleihbaren Geldkapitals steigt infolge der beständigen Vererbung von Reichtum sowie dadurch, dass mit der Entwicklung des Kreditsystems sich die „Geldersparnisse aller Klassen der Gesellschaft“ in Geldkapital verwandeln können (ebd., 374). Mit dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums wird unter sonst gleichen Umständen daher auch das potenziell in Kapital verwandelbare Geld- oder Sparvolumen wachsen. So ist es nach Marx möglich,

„daß eine Akkumulation des Leihkapitals stattfinden kann, ohne alle wirkliche Akkumulation, durch bloß technische Mittel, wie Ausdehnung und Konzentration des Bankwesens, Ersparung der Zirkulationsreserve oder auch der Reservefonds von Zahlungsmitteln der Privaten, die dadurch immer für

kurze Zeiten in Leihkapital verwandelt werden. [...] Die Masse des leihbaren Geldkapitals [...] wächst so in der Tat ganz unabhängig von der wirklichen Akkumulation.“ (Ebd., 512)

Marx leitet den tendenziellen Fall des Zinssatzes zwar aus der Profitratenbewegung und dem im Verhältnis zur Kapitalnachfrage steigenden Geld- und Kapitalangebot ab, untersucht an anderer Stelle aber genauso detailliert die nachfrageseitigen Faktoren der Zinsbewegung. Diese sind nicht allein durch die Nachfrage nach Leihkapital aller Kapitalfraktionen (industrielles, kommerzielles, agrarisches, Bankkapital usw.), sondern ebenso durch die Nachfrage nach Geld in seiner Funktion als Zahlungsmittel bestimmt. Diese tritt bei der zeitlichen Trennung von Kauf und Bezahlung von Waren sowie bei der Realisierung anderer Zahlungsverpflichtungen auf. Der damit verbundene Teil des Kreditgeldes hat seinen Ursprung in diesem kommerziellen Kredit.

Angebot und Nachfrage nach Geld wie nach Kapital schwanken im Konjunkturzyklus. Im Aufschwung übersteigt die Kapitalnachfrage das Angebot und die Zinsen steigen allmählich. Krise und Abschwung beginnen in einem Moment, wo der Wert der produzierten Waren sich infolge der Überproduktion nicht mehr vollständig realisieren lässt, der monetäre Rückstrom an die fungierenden Kapitalisten und damit sowohl deren Reproduktion wie die Kredittilgung gehemmt sind und sich in einer plötzlich steigenden Nachfrage nach liquiden Mitteln, einer „Geldklemme“ äußern. Die Zinsen werden sich in diesem Moment stark erhöhen.

„In einem Produktionssystem, wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht, wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muss augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar. Und in der Tat handelt es sich nur um die Konvertibilität der Wechsel in Geld. Aber diese Wechsel repräsentieren der Mehrzahl nach wirkliche Käufe und Verkäufe, deren das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung schließlich der ganzen Krisis zugrunde liegt. Daneben aber stellt auch eine ungeheure Masse dieser Wechsel bloße Schwindelgeschäfte vor, die jetzt ans Tageslicht kommen und platzen; ferner mit fremdem Kapital getriebene, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können.“ (Ebd., 507)

Die Knappheit liquider Mittel dauert zwar die Krise hindurch an, wird aber schließlich infolge sinkender Investitionen und der dadurch bedingten schwächeren Kreditnachfrage kompensiert, so dass die Zinsen normalerweise wieder sinken werden. Diese zyklischen Ursachen führen zu ebenso zyklischen Schwankungen des Zinses; Schwankungen, die aber dennoch einen längerfristigen Trend determinieren.

3. Ursachen der gegenwärtigen Zinsentwicklung

Weiter oben war gezeigt worden, dass die Frage nach der Höhe und der Bewegung der Zinsen sich auf ganz unterschiedliche Zinsen beziehen kann: reale und nominale, kurzfristige und langfristige, die Zinsen von Staatsanleihen, Geldmarkt- oder Kapitalmarktpapieren, oder Zinsen auf Sparguthaben, Soll-Zinsen und Haben-Zinsen usw. Hier können nicht alle verschiedenen Zinssätze analysiert werden. Marx' Überlegungen zum tendenziellen Fall der Zinsrate beziehen sich auf jene Zinsen, die industrielle und kommerzielle Kapitalisten den Leihkapitalisten zu zahlen haben. Dies im Auge behaltend, sollen im Folgenden fünf Einflussfaktoren auf den Zins untersucht werden: *Erstens* die Profitrate, *zweitens* die Inflationsrate, *drittens* die Nachfrage und *viertens* das Angebot an Kapital sowie schließlich *fünftens* die Teilung des Profits.

3.1 Der Fall der Durchschnittsprofitrate

Der Zins ist ein Teil des Profits. Damit wäre – alle anderen Umstände als konstant gesetzt – seine Grenze durch diesen Profit bestimmt und auf den ersten Blick könnte angenommen werden, er müsse mit der allgemeinen Profitrate steigen und fallen. Aber schon Marx hat – worauf bereits hingewiesen wurde – vor einer einfachen Gleichsetzung der beiden Bewegungen gewarnt. Innerhalb dieser Grenzen kann sich der Zins mehr oder weniger von ihnen entfernen. Hinzu kommt, dass sich das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate auf den Profit in den Wirtschaftssektoren bezieht, die Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach Krediten aber nicht nur aus diesen gespeist wird. Die Akkumulation von Leihkapital könne sich – so Marx – von der „wirklichen Akkumulation“ lösen. Beispielsweise sind auch Grundeigentümer Anbieter und Nachfrager von Leihkapital, die Grundrente wird aber nicht Teil des Durchschnittsprofits. Als Marx die Einkommen von Lohnarbeitenden, fungierenden und Leihkapitalisten sowie Grundeigentümern behandelte, war es analytisch zunächst geboten, sie voneinander getrennt zu betrachten. Aber schon bei der Analyse des Angebots und der Nachfrage nach Geld und Kapital musste er sie alle sowohl als Anbietende wie Nachfragende ins Kalkül ziehen. Der Staat war – außer in Gestalt der Bank of England – dabei nur am Rande erwähnt worden. Hinzu kommt, dass die Profitrate sich auf das vorgeschossene Kapital bezieht, beim Zinssatz wird dagegen ein Teil des Profits auf das Leihkapital bezogen. Die Zusammensetzung des Kapitals der Unternehmen aus Eigenkapital, Anteilsrechten und Fremdkapital, die bei Marx' quantitativen Überlegungen keine Rolle spielten, ist bei der Analyse des Zusammenhangs von Zinssatz und Profitrate zu berücksichtigen. Das heißt, für die empirisch zu beobachtende Tendenz der Zinsbewegung spielt die Profitrate des Realsektors nur *eine* Rolle neben weiteren Faktoren.

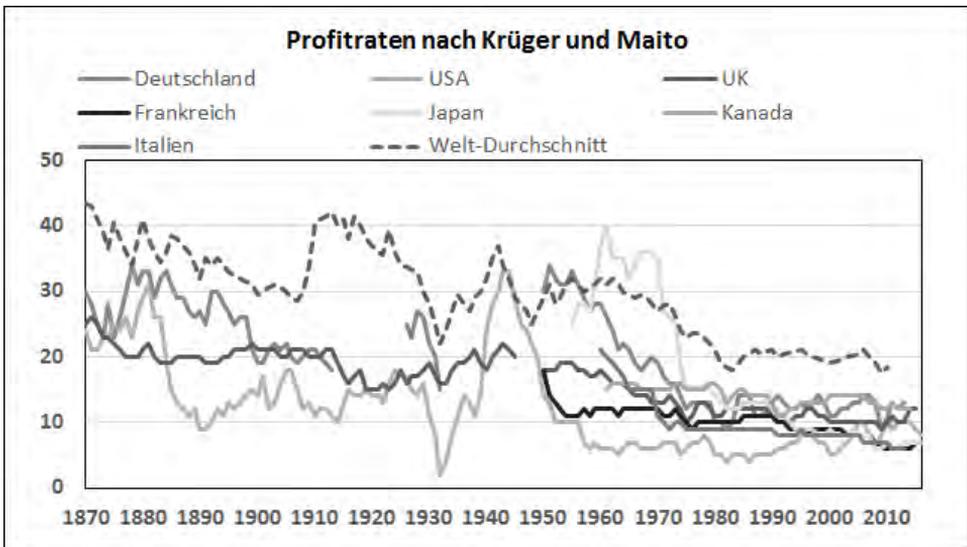
Als Quelle des Zinses muss daher über den Profit des industriellen und kommerziellen Kapitals hinausgegangen und der gesamte Mehrwert in Betracht gezogen werden. Anders lässt sich die empirisch zu konstatierende historische Entwicklung der Zinssätze, die bis auf ihre in sehr langfristiger Betrachtung fallende Tendenz kurzfristig keine signifikante Korrelation zur Profitratenbewegung aufweist, nicht erklären. In den betreffenden Kapiteln des Bandes III des „Kapital“ war Marx immer von der Gleichheit des gesamtgesellschaftlich geschaffenen Mehrwerts mit dem Profit ausgegangen, die Grundrente spielte dabei keine Rolle. Da der Mehrwert aber auch diese umfasst, ist der Abweichung der Zinsbewegung von der Profitratenbewegung ein weit größerer Raum gegeben, als Marx annahm.

Davon abgesehen stellte sich die Frage der *empirischen* Bestimmung jener für die Zinsentwicklung relevanten Profitbewegung. Die Mainstream-Ökonomie, die versucht, einen „natürlichen Zins“³ statistisch zu ermitteln, steht vor einem ähnlichen Problem. Da ein solcher Zins auch nach ihrer Theorie nicht direkt beobachtet werden kann, lässt er sich nur mittels statistischer Verfahren konstruieren, was je nach Konzept und Methode zu unterschiedlichen Ergebnissen führt, die freilich alle auf einen seit den 1980er Jahren fallenden Verlauf verweisen. Auch marxis-

3 Marx, der ausführlich auf die frühen Vorstellungen eines „natürlichen Zinses“ einging, verwirft dessen Existenz (vgl. MEW 25, 370ff.). Das heutige Konzept des natürlichen Zinses wurde erst später entwickelt und geht auf Knut Wicksell (1898, V, 93) zurück; es versucht, die Frage zu beantworten, wie hoch der Zins bei Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Gleichheit von Güterangebot und -nachfrage wäre, wenn er keinerlei Risikoprämie beinhalten würde.

tische Ökonom*innen müssten, wollten sie die Entwicklung der Durchschnittsprofitrate (nicht zu verwechseln mit der statistisch durchschnittlichen Profitrate) empirisch nachzeichnen, eine nicht direkt beobachtbare Entwicklung ermitteln, was eine statistische Isolierung von Wert-beziehungswise Produktionspreisbewegungen von der Bewegung der beobachtbaren Marktpreise, das heißt eine Unterscheidung von empirisch gemessener und Durchschnittsprofitrate erfordern würde.⁴ Abgesehen also von den statistischen Unsicherheiten bei der Ermittlung dieser Profitrate, jenes „nie festzustellenden Durchschnitts ewiger Schwankungen“ (MEW 25, 171), die teilweise sogar auf ziemlich unterschiedliche Ergebnisse hinauslaufen, ist für den Nachkriegszeitraum bis in die siebziger Jahre fast immer ein fallender Trend und ab da eine auf relativ niedrigem Niveau stabilisierte, manchmal sogar leicht steigende Tendenz ermittelt worden.⁵

Abbildung 4: Profitraten kapitalistischer Hauptländer und Welt-Durchschnitt 1870–2016



Quelle: Krüger 2019, 297ff. (gerundete Werte); Maito 2014; Werte der Grafik entnommen, eigene Darstellung

Für die jüngste Entwicklung zeigen auch die von der Deutschen Bundesbank ermittelten Nettokapitalrenditen in Abbildung 5 eine steigende Tendenz. Diese Kennziffer ist höher als die Profitrate, da im Nenner nur der Kapitalstock (das fixe Kapital) und nicht das gesamte vorgeschossene Kapital (fixes und zirkulierendes konstantes sowie variables Kapital) steht. Veränderungen in

- 4 Ich gehe hier nicht auf die Frage ein, ob unter monopolistischen Bedingungen sowie einem hohen Stand der Kapitalfixierung und der damit gehemmten Kapitalwanderung zwischen den verschiedenen Anlagensphären sich eine uniforme Profitrate heute noch tatsächlich – also nicht nur in der Form von Ansätzen zu einer Tendenz – herausbilden kann. Hier geht es mir allein um den statistischen Durchschnitt und ein solcher existiert immer.
- 5 Vgl. dazu beispielsweise Krüger 2019, 138; Li 2018; Roberts 2015; Trofimov 2018. Leider lässt die methodische Transparenz dieser Statistiken oft zu wünschen übrig, so dass eine Reproduktion der Ergebnisse kaum möglich ist.

der Struktur des Kapitalvorschusses können daher zu unterschiedlichen Bewegungen von Profitrate und der hier dargestellten Kapitalrendite führen, die sich zudem sowohl auf „Real“- wie finanzielles Kapital bezieht. Der Anstieg der Nettorendite fiel auch deshalb so hoch aus, weil in diesem Zeitraum die Besteuerung der Kapitaleinkommen gesenkt worden ist. Da dieser Chart das Verhältnis aller Unternehmens- und Vermögenseinkommen zum gesamten Kapitalstock erfasst, ist außerdem zu berücksichtigen, dass darin auch Grund und Boden und Grundrenten (also Mieten und Pachten) enthalten sind. Letztere sind im marxischen Profit bekanntlich nicht enthalten, da sie aufgrund des Monopolcharakters des Grundeigentums nicht in die Bildung der Durchschnittsprofitrate eingehen können.

Abbildung 5: Nettorendite des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks



Quelle: Deutsche Bundesbank 2017, 40

Die Änderung in der Bewegungsrichtung der Profitrate fällt in eine Zeit, da die wirtschaftspolitische Strategie mehr und mehr neoliberal ausgerichtet wurde. Diese Strategie läuft letztlich darauf hinaus, die in zwei, drei Nachkriegsjahrzehnten gesunkene Ausbeutung wieder zu erhöhen, die Sekundärverteilung stärker zugunsten der Einkommen und des Vermögens des Privatkapitals zu verändern und dem Kapital die für seine Verwertung besonders lukrativen Felder bislang öffentlich betriebener Bereiche zu überlassen oder sie auf die Erfordernisse privater Verwertung auszurichten. In den Krisen wurde massiv zugunsten der Kapitalverwertung eingegriffen, was Entwertungsprozesse überakkumulierten Kapitals abmilderte, aber auf der anderen Seite eine überzyklische, das heißt strukturelle Überakkumulation förderte.

Der starke Abfall der Zinsen seit den 1980er Jahren erfolgte also in einer Periode – abgesehen von Krisenzeiten – relativ konstanter, teilweise sogar steigender Profitraten, die im säkularen Vergleich sehr niedrig sind. So bleibt festzuhalten, dass die fallenden Zinsen in dieser Zeit nicht auf eine fallende Profitrate zurückgeführt werden können, aber sich nur in dem vom geschaffenen Mehrwert bestimmten Korridor bewegen können. Das Steigen der Zinssätze in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg konnte angesichts des beständigen Sinkens der Profitrate

(und der Mehrwertrate) nicht von anhaltender Dauer sein. Der Punkt, an dem ein Umschwung erfolgen musste, war offensichtlich um 1980 erreicht. Insofern sind Profitrate und Mehrwertrate bei der Determination der Zinsbewegung sehr wohl von Bedeutung. Aber offensichtlich spielen innerhalb dieses Rahmens für die Dynamik der Zinssätze die anderen von Marx erwähnten Faktoren, das Angebot von und die Nachfrage nach Leihkapital, die Inflationserwartungen sowie die Aufteilung des Mehrwerts in Zins und seine übrigen modernen Erscheinungsformen eine größere Rolle.

Im Gegensatz zu negativen *Realzinsen* war das Phänomen negativer *Nominalzinsen* bei bestimmten Anlageformen bislang unbekannt. Die Unterscheidung von nominaler und realer Verzinsung war den Klassikern deshalb kaum der Rede wert, weil eine den Inflationsperioden des 20. Jahrhunderts vergleichbare, dauerhafte allgemeine Preissteigerung im 19. Jahrhundert kaum vorkam, obwohl es Fälle sehr niedriger Zinsen (heute würde von nominellen Zinsen gesprochen) um 1 Prozent durchaus gab. Worauf Marx beiläufig hinwies, und was in gegenwärtigen Zinstheorien eine wichtige Rolle spielt, ist die Bedeutung von Risikoeinschätzungen für die Höhe des Zinses. In Zeiten allgemein steigender Risiken und Verlusterwartungen wie in der Gegenwart werden die Anlegenden eine negative Verzinsung bei einzelnen Anlagen akzeptieren (teilweise akzeptieren müssen), wenn diese als sicherer im Vergleich zu anderen gelten. Das versetzt sie in die Lage, höhere Risiken bei anderen Anlagen zu kompensieren. Wenn Verluste sowieso unausweichlich scheinen, dann sollen sie wenigstens so gering wie möglich gehalten werden. Was also zählt, ist die Rendite des gesamten Portfolios. Diese Vorgehensweise war besonders bei der regelrechten Flucht in deutsche Staatspapiere im Gefolge der Krise von 2007/2009 zu beobachten, als angesichts der Unsicherheit anderer Papiere die Nachfrage so hoch war, dass die Verzinsung ins Negative drehte.⁶ Damit kann selbstverständlich nur die Zinsentwicklung bestimmter Anlageformen im Vergleich zu anderen erklärt werden. Bislang hat es auch keine negativen nominalen Zinsen bei durchgängig allen Anlageformen gegeben. Wenn die Bundesbank das Sinken des statistischen „natürlichen“ Zinses darauf zurückführt, dass die Rolle risikoärmerer Vermögensanlagen, für die keine Risikozuschläge anfallen, zugenommen habe (vgl. Deutsche Bundesbank 2017, 29), dann impliziert sie, die Risiken seien insgesamt gefallen. Diese Annahme widerspricht dem Fakt der seit Jahrzehnten wachsenden Unsicherheit und häufigerer Finanzkrisen.

3.2 Inflation und Zinssatz

Wiederum alle anderen Faktoren als konstant betrachtet, wird der Zinssatz in Erwartung einer höheren Inflationsrate steigen. Marx erwähnt das im Zusammenhang mit der spekulativen Bildung von Warenvorräten „in Erwartung späterer Preissteigerung“, was zu einer steigenden Nachfrage nach Leihkapital und damit der Zinsen führe (MEW 25, 531). Auch sein Hinweis auf die Rolle „des Vertrauens“ (ebd., 516) lässt sich so deuten, dass in Erwartung von Preissteigerungen die von den Verleihenden geforderten Zinsen (also inklusive Wertsicherungsklausel) höher als ohne solche Erwartungen sein werden, um die Geldentwertung und den Gläubiger-Schuldner-Effekt zu kompensieren. Die enorme Höhe, auf die der Zinssatz im Verlauf der 1970er bis Anfang

6 Die negativen Zinsen bei der Zentralbank erklären sich anders, hierbei geht es darum, Einlagen abzuwehren; die Banken sollen an ihre Kund*innen stattdessen billige Kredite vergeben.

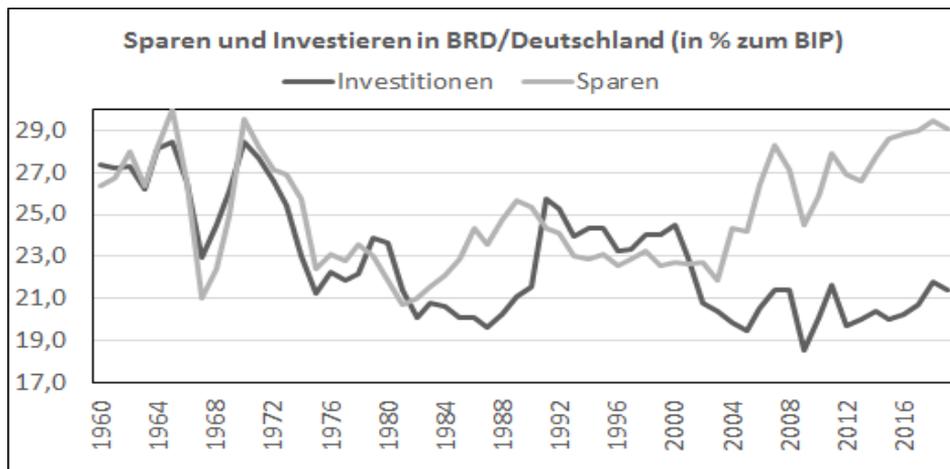
der 1980er Jahre geklettert war, erklärt sich zu keinem geringen Teil aus der im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt teilweise auf das Mehrfache gestiegenen Inflationsrate in diesem Zeitraum. Die Zentralbanken versuchten in dieser Phase, der Inflation Herr zu werden, indem sie die Leitzinsen in der Hoffnung hochsetzten, der Zirkulation damit Geld zu entziehen. Die Preissteigerung konnte aber nicht ausgeglichen werden, so dass die reale Verzinsung trotz sehr hoher Nominalzinsen teilweise sogar sank. Sobald die Inflationsraten wieder sanken, verschwand auch ein Teil der Gründe für die hohen nominalen Zinsforderungen. Die Fallhöhe der Zinsen erklärt sich so zum Teil auch aus ihrer besonderen Höhe gegen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

3.3 Geld- und Kapitalangebot

Marx führt die Tendenz sinkender Zinsen auch auf die wachsende Masse an verfügbarem Kapital infolge von Vererbung und fortschreitender Kapitalakkumulation zurück und weist darauf hin, welche Rolle das Sparen der Bevölkerung dabei spielt. Was davon trifft für den betrachteten Zeitraum zu?

Seit Ben Bernankes vielzitiertem Artikel über eine globale *saving glut*, einen Überschuss des Sparens über die Investitionen (Bernanke 2005), wird über die Bedeutung dieses Saldos für die Zinssätze und das wirtschaftliche Wachstum debattiert. Sparen und Investieren beinhalten ja bedeutende Teile des Angebots und der Nachfrage nach Kapital. Auch für Deutschland ist seit Beginn der 1980er Jahre das Auseinanderklaffen von Sparen und Investieren zu beobachten (Abbildung 6). Lediglich in den 1990er Jahren lagen infolge des Anschlusses der DDR an die damalige Bundesrepublik die Investitionen über dem Sparen.

Abbildung 6: Sparen und Investieren in der BRD/in Deutschland seit 1960



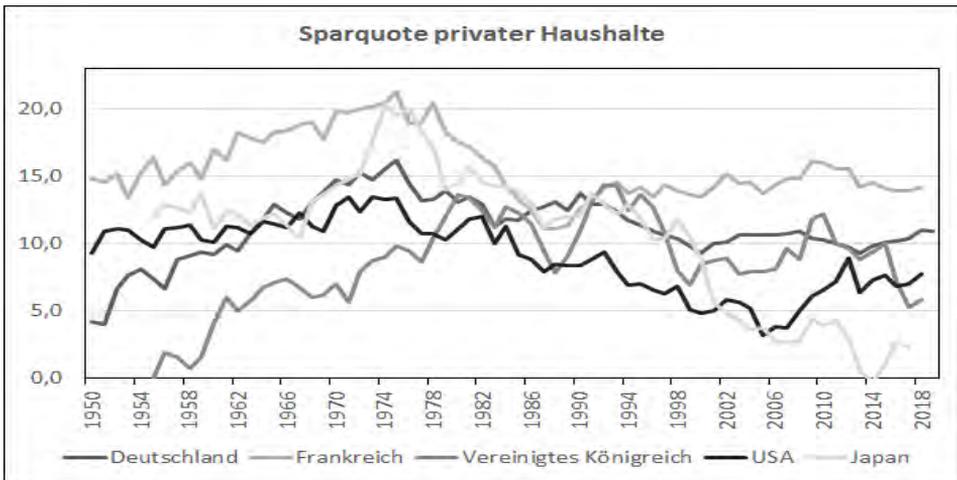
Quelle: Deutsche Bundesbank 2020b; eigene Darstellung

Dabei ist allerdings die Kreislaufidentität $\text{Sparen} = \text{Investitionen} + \text{Leistungsbilanz}$ zu berücksichtigen, was bedeutet, dass einem Überschuss des Sparens über die Investitionen immer ein

Leistungsbilanzüberschuss gegenüber dem Ausland, das heißt dessen Defizit entsprechen muss. Das gilt auch für die in Abbildung 6 dargestellte Entwicklung; die Leistungsbilanz wurde hier nicht mit dargestellt. Da sich die Leistungsbilanzen weltwirtschaftlich zu Null addieren, kann es bei richtiger Verwendung der Begriffe (Sparen gesamt = Sparen privater Haushalte + Sparen des Staates + Sparen des nicht-finanziellen Sektors + Sparen des finanziellen Sektors) und vollständiger statistischer Erfassung keinen längerfristigen globalen Sparüberschuss über das Investieren geben. Die Frage, was „längerfristig“ bedeutet, wie lange also ein Ungleichgewicht Sparen > Investieren bestehen kann, ist theoretisch nicht geklärt. Aber ob das über fast vier Jahrzehnte lang möglich ist, dürfte fraglich sein. Deshalb muss die rein kreislauftheoretische Erklärung mittels Sparen und Investieren durch die Analyse des akkumulierten Kapitals und damit der Vermögensbestände ergänzt werden, was weiter unten erfolgt.

In vielen Analysen wird das wachsende Kapitalangebot auf ein höheres Sparen der privaten Haushalte zurückgeführt. Danach steige bei höherer Lebenserwartung die Sparquote, weil Vorsorge für einen längeren Lebensabend ohne Erwerbseinkünfte getroffen werden müsse (vgl. z.B. Weizsäcker/Krämer 2019). Aber abgesehen davon, dass dieses Argument bei einem umlagefinanzierten, gesetzlichen Rentensystem gar nicht zutrifft, muss die Sparquote der Bevölkerung insgesamt nicht steigen, weil die ältere Generation, deren Anteil an der Bevölkerung schon heute wächst, im Alter das angesparte Vermögen aufzehrt. Gegen das Argument steigenden Sparens wegen höherer Lebenserwartung spricht auch die tatsächliche Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte im betrachteten Zeitraum, die insgesamt gesunken ist (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Sparquoten privater Haushalte verschiedener Länder



Quelle: Deutsche Bundesbank 2020b; eigene Darstellung

In Deutschland steigt die Sparquote der privaten Haushalte erst seit wenigen Jahren, was auf eine wachsende Vorsorge seit der Krise 2007/2009 und politischen Druck zugunsten privater Altersvorsorge bei sinkender gesetzlicher Rente zurückzuführen ist. Selbst in den USA mit einer weitgehend privaten Rentenversicherung sank die Sparquote seit Anfang der 1980er auf extreme Tiefststände und ist erst in jüngster Zeit wieder etwas nach oben gegangen. Gestiegen aber ist die

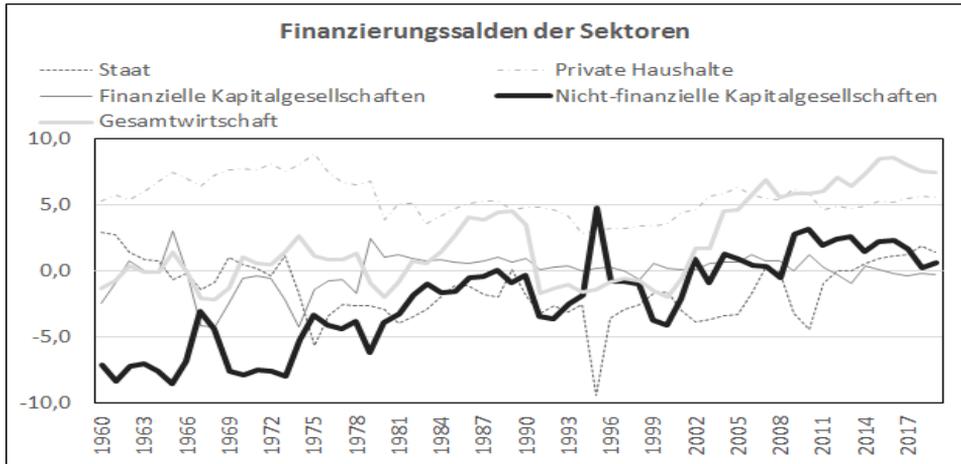
Sparquote der oberen Vermögens- und Einkommenschichten; durch sie wird, wie entsprechende Analysen zeigen, aber nur das negative Sparen (das Schuldenmachen) der unteren Schichten sowie des Staates kompensiert (Mian u.a. 2019). Selbst die globale Sparquote, in die die hohen und durchaus gewachsenen Sparquoten der rasch wachsenden Schwellenländer eingehen, ist weitgehend stabil geblieben (Grigoli u.a. 2014, 17). Die hohen Quoten der Schwellenländer, auch wenn ihre Entwicklung nicht so sehr auf ein besonders hohes Vorsorgesparsparen der Bevölkerung, sondern auf das staatlich forcierte überdurchschnittlich hohe Investitionstempo zurückzuführen ist, spielen allerdings in der Tat eine Rolle für das gestiegene internationale Kapitalangebot. Viele Kapitalanleger dieser Länder deponieren ihre Überschüsse lieber in den hochentwickelten, als sicherer geltenden Ländern, obwohl deren Zinsen niedriger sind.

Für eine globale *saving glut* spielt nicht so sehr das Sparen der privaten Haushalte und schon gar nicht ein öffentliches Sparen (die meisten Staatshaushalte sind verschuldet und weisen Defizite auf) die wichtigste Rolle, sondern das Sparen der Unternehmen, das heißt, das Einsteuern der Überschüsse des Cashflow in das Finanzsystem. Das Sparen der nicht-finanziellen Kapitalunternehmen der G7-Länder (Sparen ohne Abschreibungen) hat sich, gemessen am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt, im Durchschnitt von rund 9 Prozent 1980 auf gegenwärtig fast 12 Prozent erhöht. Mit Ausnahme der Weltwirtschaftskrise überstieg diese Sparquote sogar deren Investitionsanteil am Bruttoinlandsprodukt (Chi Dao/Maggi 2018, 32). In Deutschland stieg die gesamtwirtschaftliche Sparquote unter Einschluss der Abschreibungen von etwa 20 auf 28 Prozent, eine Entwicklung, die ausschließlich vom Unternehmenssektor getragen wurde. Dieser Sektor, der lange Zeit die Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte aufgenommen und investiert hatte, verringerte sukzessive seinen negativen Finanzierungssaldo und weist seit der Jahrhundertwende Finanzierungsüberschüsse auf (Abbildung 8, fette Linie).

Diese Entwicklung ist auch ein Ausdruck der strukturellen, über ihre zyklische Bewegung hinausgehenden Überakkumulation von Kapital, eine Entwicklung, auf die in marxistischen und linkskeynesianisch orientierten Texten bereits in den 1980er Jahren hingewiesen wurde (vgl. Huffs Schmid 1983; Goldberg 1986; Hickel 1987). Realinvestitionen sind im Vergleich zu Finanzanlagen nicht renditeträchtig genug, so dass es zu einer Verschiebung der Mittelverwendung kommt. In den Bilanzen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften stieg der Anteil der Geldvermögen an den Aktiva von 32 Prozent zu Beginn der 1990er Jahre auf gegenwärtig 42 Prozent (vgl. Deutsche Bundesbank 2019b). Für diese Gesellschaften handelt es sich dabei um *Investitionen* in Finanztitel, volkswirtschaftlich handelt es sich dabei um Sparen.

Sparen stellt eine Vermögensänderung dar; das Angebot an Geld und Kapital wurzelt jedoch in den liquiden *Beständen* des Vermögens. Die Akkumulation der Vermögen, ihre kumulierte Masse, spielt für das Wachstum des potenziellen Kapitalangebots die wohl bedeutendste Rolle. Die Geldvermögen sind in den vergangenen vier Jahrzehnten auf etwa das Dreifache gestiegen. Das trifft vor allem auf die oberen Schichten, insbesondere auf das reichste Zehntel der Haushalte zu. Soweit es sich um liquide Mittel handelt, steht dieses Vermögen dem Markt als Kapitalangebot zur Verfügung und wendet sich dorthin, wo möglichst hohe Renditen bei niedrigem Risiko winken. Wie schnell sich dieses potenzielle Kapital über den Globus bewegen kann, zeigt der Kapitalzustrom nach Deutschland zu Zeiten der Euro-Krise, als trotz der im internationalen Vergleich extrem niedrigen Verzinsung deutsche Staatsanleihen aufgrund ihrer höheren Sicherheit zu einem beliebten Anlageobjekt wurden und eine regelrechte Kapitalflucht aus als unsicher gewerteten Ländern in Richtung Deutschland einsetzte.

Abbildung 8: Sektorale Finanzierungssalden der BRD seit 1960 (in Prozent des BIP)



Quelle: Deutsche Bundesbank 2020b; eigene Darstellung. Der Wert „Gesamtwirtschaft“ entspricht der Leistungsbilanz in % des BIP

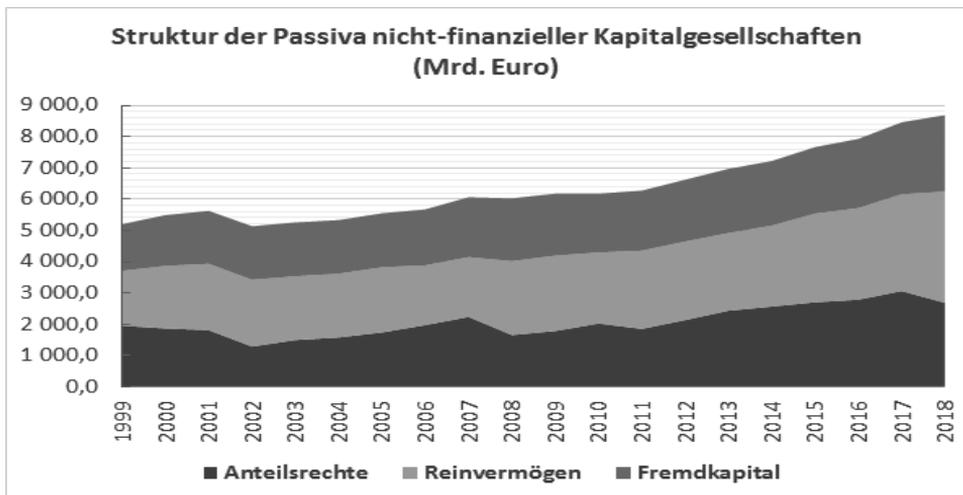
Eine kurze Bemerkung zum wachsenden Erbvolumen: Es hat sich in den letzten Jahren in der Tat geradezu lawinenartig erhöht. In Deutschland vervierfachte es sich seit 1990 bis heute auf ca. 330 Milliarden Euro (vgl. Meyer o. J.). Dieses Erbschaftsvolumen besteht allerdings nicht nur aus Geldvermögen, welches zum potenziellen Leihkapital gehört, sondern auch aus Sachvermögen. Ein selbständiger Faktor zur Erhöhung des Kapitalangebots sind Erbschaften aber nicht, denn diese Vermögen sind bereits vor dem Erbfall vorhanden.

Insgesamt ist das überproportional steigende Kapitalangebot ein Ausdruck der *Finanzialisierung*, der wachsenden Bedeutung und des zugenommenen Einflusses der Finanzsphäre im gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozess unter den Bedingungen der strukturellen Überakkumulation. In gewisser Weise befindet sich der Kapitalismus heute in einer historisch besonderen Situation. Fast das ganze 20. Jahrhundert hindurch gab es immer wieder Phasen, in denen nicht nur in „normalen“ zyklischen Krisen, sondern darüber hinaus auch in schweren, singulären Einbrüchen wie Erster Weltkrieg, Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise 1929/33, Zweiter Weltkrieg und verschiedenen anderen Kriegen Kapital und Vermögen massenhaft vernichtet wurden. Zudem zogen die Staaten seit Ende des 19. Jahrhunderts mittels Einkommen- und Vermögensteuern einen Teil des potenziellen Kapitals an sich und entzogen es der unmittelbaren Verwertung. Diese Formen von Entwertungsprozessen fanden im langen Nachkriegsaufschwung der „Wirtschaftswunderjahre“ nicht mehr im gleichen Umfang statt. Kapital und Vermögen konnten nahezu ungestört akkumuliert werden. Das wurde ab Mitte der 1970er Jahre noch dadurch unterstützt, dass die Besteuerung von Kapital, Vermögen und Spitzeneinkommen gesenkt wurde. Vor allem aber gelang es den Kapitaleignern, das Wachstum der Löhne von der Zunahme Arbeitsproduktivität abzukoppeln, was das Nachfragewachstum hemmte, zumal auch die Investitionsgüternachfrage nicht mehr so schnell wie in der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs. Damit baute sich ein Massiv überakkumulierten Kapitals auf. In den zyklischen Krisen erfolgt keine für einen darauf folgenden starken Aufschwung erforderliche Entwertung, weil der Staat für

einen Teil dieses Kapitals die Verluste trägt und für einen anderen Teil eine gewisse Verwertung mittels Staatsanleihen übernimmt. Seit den 1980er Jahren ist die Staatsverschuldung, das heißt die öffentliche Kreditnachfrage exorbitant gestiegen, woraus unter sonst gleichen Umständen eigentlich auf eine Zinssteigerung geschlossen werden könnte. Tatsächlich hat der Staat damit überakkumuliertes und brachliegendes Kapital aufgenommen und dessen Entwertung vermindert. Selbst Negativzinsen sind für das Kapital akzeptabel, wenn damit weit stärkere Verluste verhindert werden. Damit tritt die Überakkumulation nicht mehr offen in Erscheinung, sie wird aber mitnichten beseitigt. Vielmehr wird sie geradezu perpetuiert, weil das zeitweilig beim Staat geparkte Kapital mit der Tilgung seinen Eigentümern wieder zur Verfügung steht und bis dahin als Sicherheit für andere Geschäfte verwendet werden kann. Ohne diesen Prozess würde das überakkumulierte Kapital in weit höherem Maße entwertet.

Die Finanzialisierung ist keineswegs damit verbunden, dass sich etwa der Zinsanteil am Profit erhöht hätte, denn sie vollzieht sich nicht primär über die Kreditvergabe des Finanzsektors an den nicht-finanziellen Bereich. Neben dem Aufblähen der Bestände an fiktivem Kapital ist vor allem der Erwerb von Anteilsrechten bedeutsamer geworden. Abbildung 9 zeigt den wachsenden Anteil der Anteilsrechte und des Reinvermögens an den Passiva im Vergleich zum sinkenden Anteil des Fremdkapitals.

Abbildung 9: Struktur der Passiva nicht-finanzieller Kapitalgesellschaften



Quelle: Deutsche Bundesbank 2019b; eigene Darstellung

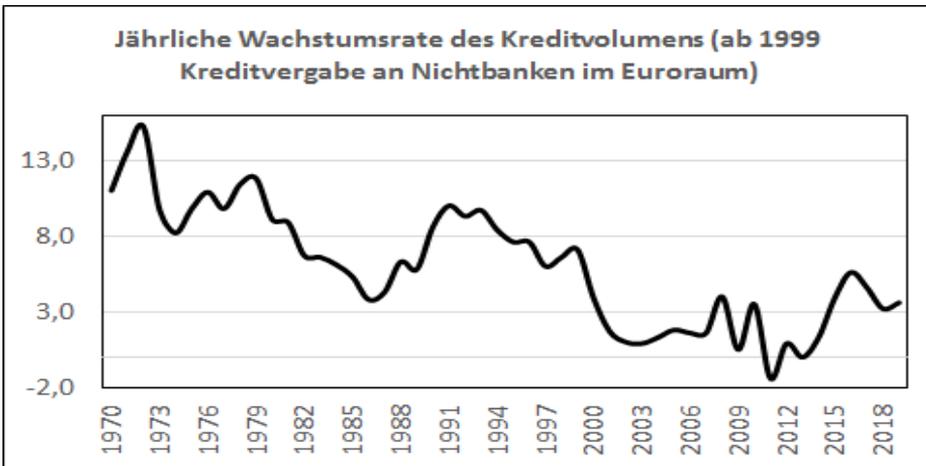
Bei den MFI bildet das Fremdkapital auch weiterhin den größten Teil der Passiva, aber beim Eigenkapital ist auch hier der Anteil von Anteilsrechten gestiegen. Sie erlauben direkten Einfluss auf ökonomische Prozesse, sie erbringen Dividende statt Zinsen, sie sind flexibler, weil handelbar und versprechen bei Kursgewinnen eine weitaus bessere Gesamrendite. Eine beständige Umschichtung des Kapitals zugunsten des Geldkapitals kann es selbstverständlich nicht geben. „Wollte ein ungebührlich großer Teil der Kapitalisten sein Kapital in Geldkapital verwandeln, so wäre die Folge eine ungeheure Entwertung des Geldkapitals und ungeheurer Fall des Zinsfußes;

viele würden sofort in die Unmöglichkeit versetzt, von ihren Zinsen zu leben, also gezwungen, sich in industrielle Kapitalisten rückzuverwandeln. Aber wie gesagt, für einzelne Kapitalisten ist dies Tatsache.“ (MEW 25, 391) Marx hat hier die gegenwärtige Situation ziemlich genau beschrieben. In Zeiten der Globalisierung muss allerdings hinzugefügt werden, dass die von ihm erwähnte „Tatsache“ nicht nur für einzelne Kapitalisten gilt. Solange irgendwo auf der Welt ein genügend großer produktiver Sektor existiert, in dem ausreichend Mehrwert geschaffen wird, können sich sogar ganze Volkswirtschaften ziemlich lange in diese Richtung bewegen, wenn es gelingt, diese Quellen anzuzapfen.

3.4 Geld- und Kapitalnachfrage

Die Kreditnachfrage umfasst das Leihkapital für Investitionszwecke und im Warenverkehr, die Kreditnachfrage des Staates, die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumentenkrediten oder von Krediten für den Erwerb von Wohnungen oder Häusern beziehungsweise von dauerhaften Gebrauchsgütern sowie die Nachfrage für Anlagezwecke im Finanzsektor. Das Volumen der Kreditvergabe, das von der Nachfrage nach Krediten bestimmt wird, hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte sein Wachstumstempo deutlich verringert (Abbildung 10).

Abbildung 10: Wachstumsrate des Kreditvolumens in Deutschland

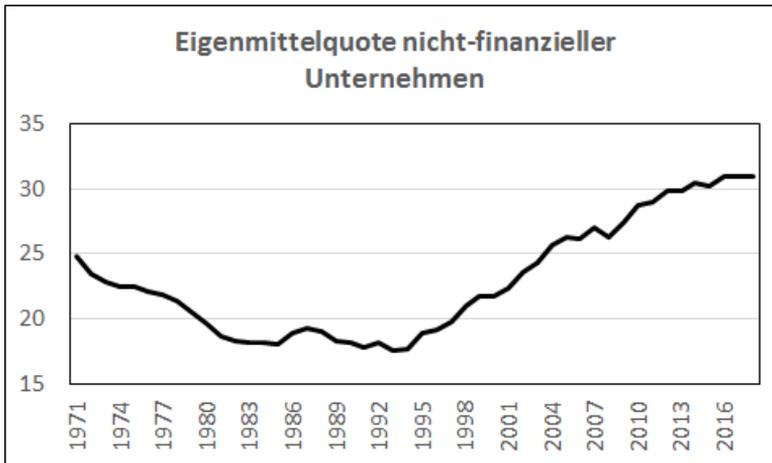


Quelle: Deutsche Bundesbank 2020b; eigene Darstellung

Eine wichtige Ursache hierfür dürfte die Verlangsamung des Investitionswachstums und der Rückgang der Investitionsquoten gewesen sein. Wie bereits erwähnt wurde der Unternehmenssektor, der über Jahrzehnte negative Finanzierungsalten aufwies und das Sparvolumen der privaten Haushalte aufgenommen hat, selbst zum Nettosparer und begann, einen Finanzierungsüberschuss aufzuweisen. Der Posten der empfangenen Vermögensleistungen hatte deshalb in seiner Erfolgsrechnung ein überproportional wachsendes Volumen. Auch die Finanzierungsstruktur der Unternehmen unterlag einem bedeutenden Wandel. Die Kapitalstruktur der Unternehmen (Abbildung 9) zeigt einen geringeren Anteil des Fremdkapitals, das heißt der Verbindlichkeiten.

Die Eigenmittelquote ist nach einem Rückgang bis in die 1980er Jahre seitdem beträchtlich angewachsen (Abbildung 11).

Abbildung 11: Eigenmittelquote nicht-finanzieller Unternehmen in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank 2020b; eigene Darstellung

Diese Bewegungen erklären das verlangsamte Wachstum der Kreditnachfrage, während auf der anderen Seite das Angebot an Geldkapital weiter schnell gewachsen ist. Diese gegenläufigen Bewegungen sind die entscheidenden Ursachen für den Zinsrückgang. Die gesunkene Nachfrage nach produktivem Kapital korrespondiert damit, dass die Profitraten der Unternehmen bis Ende der 1970er Jahre gesunken sind und sich seitdem nicht mehr entscheidend erholt haben.

3.5 Die Teilung des Mehrwerts in Unternehmergewinn, Zins und Grundrente

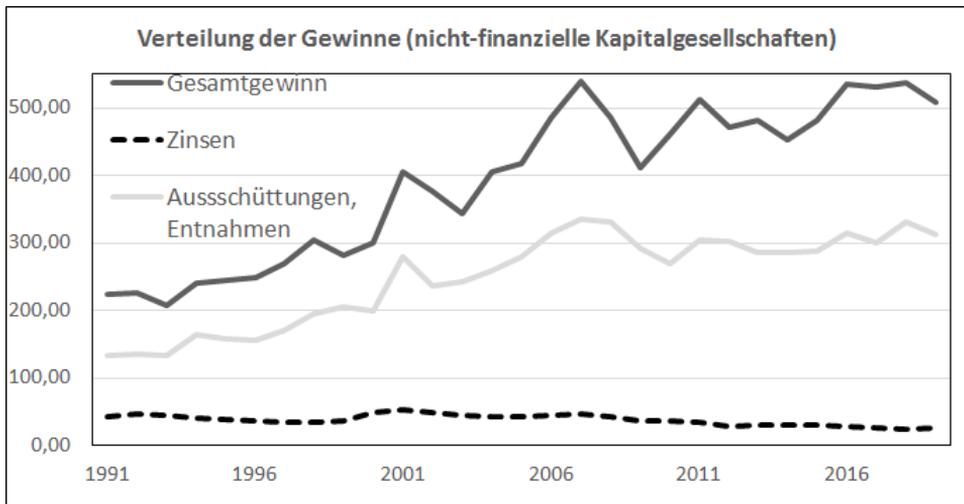
Marx hatte die Aufteilung von Mehrwert und Profit anhand der Hauptklassen Grundeigentümer, fungierende Kapitalisten und Kapitaleigentümer betrachtet und dementsprechend die Summe aus Grundrente, Zins und Unternehmergewinn dem Mehrwert gleichgesetzt. Diese soziale und funktionale Einteilung hat sich seitdem verändert; die Zerfallsprodukte des Mehrwerts und die Bestandteile des Profits stellen sich heute differenzierter dar. Obwohl sich Grund und Boden in privaten Händen befinden, existiert eine selbständige *Klasse* von Grundeigentümern, deren Einkommen sich vorwiegend aus diesem Eigentum ergeben, nicht mehr. Am ehesten erinnern noch die Besitzenden und Manager*innen großer Immobilienkonzerne, die vor allem Gewerbe- und Wohnimmobilien vermieten, an jene Grundeigentümer. Aber die großen Konzerne, darunter auch die Agrarkonzerne, sind in der Regel selbst Eigentümer des Bodens, auf dem sie wirtschaftlich tätig sind. Die Ausgaben für Pacht und Mieten, also die Grundrente, machen nur einen minimalen, weit unter einem Prozent liegenden Anteil der Gewinne dieser Sektoren aus und werden buchhalterisch wie auch der Zins als Bestandteil der Kosten ausgewiesen.

Über den in den Unternehmen geschaffenen Mehrwert hinaus fließen ihnen Subventionen sowie Vermögenseinkommen zu. Letztere ergeben sich aus der Tatsache, dass die Unternehmen auch

Erträge aus Beteiligungen, Geldanlagen und vermieteten Immobilien, also auch aus Ausschüttungen anderer Unternehmen sowie aus Pachten und Zinsen erzielen. Umgekehrt zahlen sie Zinsen auf geliehenes Kapital, müssen Pachten entrichten und nehmen Gewinnausschüttungen zum Beispiel in Form von Dividenden vor. Ein Teil des Mehrwerts fließt in Form unterschiedlichster Steuern und Abgaben dem Staat zu. Über Umverteilungsprozesse werden Teile dieses Aufkommens auch an die Lohnabhängigen, Kapitaleigentümer*innen und Unternehmer*innen gezahlt. Der Staat übernimmt darüber hinaus bestimmte Reproduktionsaufwendungen, die, müssten sie individuell aus den Löhnen beziehungsweise Profiten gezahlt werden, höher ausfallen würden. Der einzelne Unternehmer kann zur gleichen Zeit fungierender Kapitalist, Kapitaleigentümer, Grundeigentümer und Gehaltsempfänger sein. Außerdem schließt der Begriff des Unternehmensgewinns in der heutigen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre den „Unternehmerlohn“ keineswegs ein. Obwohl aus diesem Gewinn auch „Entnahmen“ durch Eigentümer-Unternehmer vorgenommen werden, ist deren formales Gehalt buchhalterisch Bestandteil der *Arbeitnehmereinkommen*. Andererseits sind die Gehälter für die obere Ebene des Managements, deren Angehörige oft durchaus auch produktive Funktionen wahrnehmen, heute vielfach so hoch geworden, dass sie kein Äquivalent für den Wert ihrer Arbeitskraft sein, geschweige denn ihrer Leistung entsprechen können. Die Vorstandsgehälter der DAX-Konzerne lagen zuletzt im Schnitt bei über 5 Millionen Euro und betragen das 52-fache der Durchschnittsvergütung der Beschäftigten. Diese Gehälter müssen – auch wenn sie buchhalterisch nicht zum Gewinn gerechnet werden – doch als Bestandteil des Profits, wie er im „Kapital“ definiert ist, betrachtet werden. In Bezug auf die neben dem unmittelbaren Management existierenden Verwaltungs- und Aufsichtsräte schreibt Marx schon von einer „Plünderung der Aktionäre“ und „Selbstbereicherung“ (MEW 25, 403).

Um die Stellung der Zinsen in der Struktur von Mehrwert und Profit angesichts der sinkenden Zinssätze zu erhellen, soll ein Blick auf die Erfolgsrechnung der nicht-finanziellen Kapitalgesell-

Abbildung 12: Verteilung des Gewinns nicht-finanzieller Kapitalgesellschaften in Deutschland, Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt 2020; teilweise eigene Berechnung, eigene Darstellung

schaften geworfen werden, die für knapp zwei Drittel der Bruttowertschöpfung der gesamten Volkswirtschaft stehen (vgl. Abbildung 12). Die gesunkenen Zinsen gehen einher mit wachsenden Anteilen der anderen Teile des Mehrwertes, wobei Ausschüttungen und Entnahmen den größten Teil ausmachen. Dieser Teil fließt den Eigentümern der Unternehmen zu. Er wurde größer, weil die Kapitalbeschaffung über Kredite sank, während sie über Beteiligungen, Anleihen und Aktien anstieg. Die Grundrente in Form von Pacht- und Mietzahlungen ist so gering, dass sie hier optisch nicht mehr darstellbar ist.

4. Einkommen und Vermögen der Finanzoligarchie

In einer Auseinandersetzung mit Keynes' These von einer Euthanasie der Rentiers stellte Christoph Deutschmann fest, dass „... auf politischer Ebene eine Entwicklung ein(setzte), die auf das genaue Gegenteil der von Keynes angestrebten 'Euthansie des Rentiers' hinauslief. Die Rentiers ließen sich nicht einschläfern. Aufgeschreckt durch die Stagflationskrise der 1970er Jahre, begannen sie vielmehr, ihre Macht auf internationaler Ebene neu zu organisieren, und errichteten ein hegemoniales Regime, von dem Keynes sich nichts hätte träumen lassen.“ (Deutschmann 2006, 25) Mit diesem neuen Regime, dem neoliberalen, finanzierten Kapitalismus, begann sich die obere Schicht der Vermögenden wieder stärker vom Durchschnitt der Gesellschaft abzusetzen. Thomas Piketty hat in seinen Studien nachgezeichnet, wie die Einkommens- und Vermögensschere sich nach einer langen Phase der Schließung ab Mitte der 1970er Jahre wieder zu öffnen begann. Die Vermögenselite, die mit jener Schicht der „Rentiers“ früherer Jahrhunderte nicht mehr viel gemein hat, begann sich zudem selbst von der noch recht breit definierten Schicht der oberen 10 Prozent abzusetzen. Ihre Einkommen bezieht diese Schicht aus weit überdurchschnittlichen Erwerbseinkünften und den Erträgen sehr hoher Geld- und Kapitalvermögen. Bei den obersten 10 Prozent konzentrieren sich zwischen 56 und 66 Prozent aller Privatvermögen; und sie sind zugleich jene Gruppe mit den höchsten Erwerbseinkommen. Neben letzterem beziehen sie auch Einkommen aus ihrem Vermögen. Obwohl der größte Teil ihrer Immobilien selbst genutzt ist, erhalten sie aus nicht selbst genutzten Immobilien Mieten und Pachten, als Aktien- und Fondsinhaber erzielen sie Dividenden und andere Formen von Renditen sowie Kursgewinne, als darüber hinausgehende Geldvermögensbesitzende erhalten sie Zinsen und als Eigentümer*innen von Betriebskapital nehmen sie Ausschüttungen vor und tätigen Entnahmen.

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen dieser obersten zehn Prozent beträgt etwa 750.000 Euro, wovon ein gewisser Teil auf selbstgenutztes Wohneigentum entfällt und die häufig private Alterssicherung – anders als die gesetzliche, umlagefinanzierte Rentenversicherung – ein Vermögensbestandteil ist. Die Rendite eines solchen Vermögens ist heute zu niedrig, um ein Dasein als „Rentier“ im herkömmlichen Sinne, also ohne Substanzverzehr nur aus Erträgen finanziert, zu führen. Um die wirklich hochvermögende und herrschende Spitzengruppe zu identifizieren, muss das oberste Zehntel differenzierter betrachtet werden. Dazu werden die Gruppen der sehr Wohlhabenden und der Hochvermögenden unterschieden. In der folgenden Tabelle werden diese beiden Gruppen den übrigen sozialen Schichten gegenübergestellt.

Die Gruppe der Hochvermögenden (sie besitzen mindestens 1 Million Euro Nettogeldvermögen und machen etwas über ein Prozent der Bevölkerung aus) bezieht im Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt fast das 6-fache Einkommen und verfügt über das 35-fache Nettovermögen. Ihr Geldvermögen beträgt das 72-fache vom Geldvermögen des Durchschnitts, sie besitzt

Tabelle 1: Vermögensstruktur und Einkommen verschiedener Schichten (2014)

	Gesamt- bevölkerung	Darunter		Hoch- vermögende*
		Mittlere Einkommen	Sehr Wohlhabende	
<i>Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen in 1000 Euro</i>				
Geldvermögen	16	13	115	1.166
Nettobetriebsvermögen	7	3	114	610
Nettoimmobilienvermögen	57	51	261	1.151
Sonstige Vermögen/Verbindlichkeiten	5	4	53	-11
Gesamtvermögen	85	71	543	2.916
Monatlich durchschnittliches Haus- haltsnettoeinkommen (Euro)	2.404	2.179	8.454	13.686
Anzahl Personen in Millionen	82	46,74	1,64	ca. 0,9 **

* in der Gruppe der Sehr Wohlhabenden enthalten. ** Nach Angaben des statista-Portals leben in Deutschland 892.000 Euro-Millionäre mit einem Gesamtvermögen von 2.381 Milliarden Euro. Die Höhe pro Kopf beträgt 2,67 Millionen Euro und entspricht ungefähr dem hier angegebenen, aus allerdings nicht-repräsentativen Befragungen ermittelten Wert für die Hochvermögenden.

Quelle: Ströing u.a. 2016, Tabellen 2 und 5

das 20-fache Immobilienvermögen und bei ihr konzentriert sich der weit überwiegende Teil der Betriebsvermögen. Ihr monatliches Bruttohaushaltseinkommen bestand 2014 unter anderem aus 21.188 Euro Erwerbseinkommen und 10.547 Euro Gewinnentnahme (Lauterbach u.a. 2016, 28).

Obwohl in dieser Gruppe auch Rentenbeziehende und Privatiers vertreten sind, handelt es sich zu einem großen Teil um Selbständige und Unternehmer*innen, bei denen ererbtes Vermögen eine überdurchschnittlich große Rolle spielt. Auch wenn ihr Vermögen zum Teil der Altersvorsorge dient, die sie in der Regel privat betreiben, ist darin beträchtliches Eigentum an und Verfügung über Produktivvermögen, also auch wirtschaftliche Macht eingeschlossen. In diese Gruppe gehört auch jene weiter vorn charakterisierte Schicht der 1000 reichsten Deutschen. Die deutsche *Finanzoligarchie* wird deutlich mehr als diese Tausend, aber weniger als diese 0,9 Millionen Hochvermögenden umfassen und somit nur einen ziemlich kleinen Teil der 1,3 Millionen Personen ausmachen, die zum Beispiel Stephan Krüger zu den Kapitalisten zählt (vgl. Krüger 2017, 676). Sie ist dadurch charakterisiert, dass sie sehr reich ist, dass ihr Geldvermögen den größten Anteil an ihrem Vermögen ausmacht und dass sie nicht nur innerhalb ihrer Firmen, die sowohl zum finanziellen wie zum nicht-finanziellen Sektor gehören, sondern weit darüber hinaus an der aktiven Machtausübung in der Gesellschaft, auch ohne eine formale Position in Legislative, Exekutive oder Judikative innezuhaben, beteiligt ist.

Hier sei nochmal wiederholt, dass „Rentiers“ zwar ausgestorben sein mögen, von einem Schwinden der Macht der Kapitalisten aber keine Rede sein kann. Die gesellschaftlich herrschende Schicht, die selbstverständlich zur Klasse der Kapitalisten gehört, kann mit gutem Grund als „Finanzoligarchie“ bezeichnet werden. Das empirisch ausgerichtete Forschungsprojekt „Hochvermögende in Deutschland“ kommt zum Schluss, dass drei Kategorien von „Reichen“ unterschieden werden sollten.

„(1) Materiell Reiche. Diese Personen sind aufgrund ihres ihnen zur Verfügung stehenden Vermögens unabhängig von der Notwendigkeit, Erwerbseinkommen erzielen zu müssen, um ihren Lebensun-

terhalt zu bestreiten. (2) Materielle Elite. Das Vermögen ist so groß, dass daran die Möglichkeit der gesellschaftlichen Einflussnahme geknüpft ist. [...] (3) Milliardäre. Das Vermögen ist so umfangreich, dass es kaum oder gar nicht mehr zerstörbar ist, so dass das Vermögen und die damit verbundene Handlungsfreiheit und das gesellschaftliche Gestaltungspotenzial auch durch ökonomische Krisen kaum angreifbar sind.“ (Lauterbach u.a. 2016, 76)

Da hierbei auf das Vermögen unabhängig von dessen Inhalt und Charakter abgestellt wird, ist das zwar keine Klassenanalyse im eigentlichen Sinne, die mitgelieferten Daten und Erklärungen lassen aber durchaus entsprechende Schlussfolgerungen zu.

5. Bedeuten sinkende Zinsen das Ende des Kapitalismus?

Kann von einem nahen Ende des Kapitalismus gesprochen werden, wenn die Macht der Kapitalisten ungebrochen ist? Oder steht das Verschwinden beider bevor, wenn die Phase der Nullzinsen, der niedrigen Renditen und Profitraten anhält?

Zunächst sei daran erinnert, dass die wichtigste Ursache der niedrigen Zinsen, nämlich die mit der Finanzialisierung verbundene Veränderung des Verhältnisses von Real- zu Geldkapital nicht ewig anhalten kann. Darauf hatte, wie oben gezeigt, schon Marx hingewiesen. Der Rückschlag äußert sich in Finanzkrisen, in denen Geldkapital stärker als Realkapital entwertet wird. Diese Entwicklung konnte im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 2007/2009 beobachtet werden, als das Geldvermögen der privaten Haushalte um 5 Prozent, der finanziellen Kapitalgesellschaften ebenfalls um 5 Prozent und das der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften um 7 Prozent sank, während das Sachvermögen keine nennenswerte Minderung erfuhr. Die bisherigen Erfahrungen besagen, dass Phasen mit niedrigen Zinsen und Profitraten recht lang sein können. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts und ab den 1930er Jahren dauerten sie um die 30 Jahre an. Beide wurden in den Weltkriegen mit einer extremen Kapitalzerstörung beendet. Ob die Entfesselung dieser Kriege etwas mit der immer niedrigeren Kapitalverwertung und der sich damit verschärfenden internationalen Konkurrenz in ihrem Vorfeld zu tun hat, muss hier offen bleiben. Es sei auch daran erinnert, dass den gesunkenen Zinseinkommen wachsende Kapitaleinkommen in anderer Form entgegenstehen. Zins- und Profitentwicklung müssen nicht parallel verlaufen und für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Profit- nicht die Zinsentwicklung entscheidend.

Dem Sinken von Renditen, Zinssätzen und der Profitrate steht zudem ein nach wie vor beachtliches Wachstum der absoluten Beträge von Zinsen und Profiten gegenüber. Die in Abbildung 3 ausgewiesenen Renditen aller Anlageformen der privaten Haushalte sind Renditen eines gewaltig angewachsenen Vermögens. Allein das Geldvermögen privater Haushalte stieg in den vergangenen 20 Jahren trotz schwerer Krisen und sinkender Renditen von 3,5 auf 6,2 Billionen Euro. Unterstellt, die Entwicklung von Mehrwert und Profit erlaube eine nur 1-prozentige Verzinsung, so erhöhte sich dieses Vermögen im ersten Jahr um 62 Milliarden Euro. Auch die Vermögen der Kapitalgesellschaften haben sich in diesem Zeitraum fast verdoppelt. Solange sich dieses Wachstum trotz sinkender Verwertungsraten fortsetzt, kommt der Prozess der Kapitalakkumulation nicht zum Erliegen. Überproduktionskrisen und Finanzkrisen unterbrechen diesen Vorgang zwar, sie schaffen aber auch die Voraussetzungen für einen erneuten Aufschwung, der seit 2009 immerhin 10 Jahre lang andauerte. Marx hatte im Zusammenhang mit dem tendenziellen Fall der Profitrate ein Erlöschen des „belebenden Feuers der Produktion“ mit der Kapitalkonzentration thematisiert. Aber obwohl riesige Konzerne mit unfassbarer Macht entstanden sind, wächst die Anzahl der

Einzelkapitale vor allem mit dem Eintritt der Schwellenländer in die globale Konkurrenz weiter. Auch niedrige Durchschnittsprofitraten bleiben „treibende Macht der kapitalistischen Produktion“, sie verschärfen die Konkurrenz sogar. Versuchten die konkurrierenden Einzelkapitale im 19. Jahrhundert Extraprofit über den durchschnittlichen Verwertungsgrad von 20 oder 30 Prozent hinaus zu erreichen, so dreht sich heute die Konkurrenz um einen Durchschnitt von 5 bis 10 Prozent. Wie groß die treibende Macht des Profits nach wie vor ist, kann anhand des heutigen Schubs an Innovationen und der Etablierung eines neuen Systems an Produktivkräften beobachtet werden, wofür sich das Kapital auch staatliche Ressourcen erschließt. Das globale Bruttoinlandsprodukt wuchs laut Weltbank seit 1960 real (zu Preisen von 2010) von 10 auf gegenwärtig über 80 Billionen US-Dollar. In den ersten beiden Jahrzehnten des Zeitraums betrug der Zuwachs jeweils rund 10 Billionen, um zuletzt auf etwa 15 Billionen je Dekade zu steigen. Auch wenn aufgrund der wachsenden Basis sich rein rechnerisch niedrigere jährliche Wachstumsraten ergeben (was zur weitverbreiteten, aber nichtsdestotrotz irreführenden These von der „säkularen Stagnation“ geführt hat), ist ein „Einschlummern der Produktion“ und ihres Wachstums nun wirklich nicht zu beobachten. Sowieso kann von einem Ende des Kapitalismus solange nicht die Rede sein, wie sich die Masse der Vermögen, insbesondere der Produktivvermögen bei einer Klasse konzentriert und der Großteil der Bevölkerung von Lohnneinkommen leben muss. Die Existenz dieser Differenz ist nicht automatisch bedroht, wenn jenes oberste Prozent der Bevölkerung in einer Krise 10 oder gar 20 Prozent seines Vermögens verliert, der größte Teil der krisenbedingten Verluste aber auf Lohnabhängige und untere Schichten überwältzt werden kann, denen es unmöglich bleibt, in nennenswertem Umfang Vermögen zu bilden.

Allerdings hat die Aufrechterhaltung dieser Systemkonstellation ihren Preis. Er besteht darin, dass die sozialen Auseinandersetzungen um die Produktion und die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie um die Verfügungs- und Entscheidungsmacht in der Wirtschaft schärfere Formen annehmen und die Zunahme der sozialen Differenzen und Widersprüche von einer Mehrheit der Bevölkerung kritischer und vielleicht sogar als empörend gesehen wird. Die in den Wirtschaftskrisen üblich gewordene staatliche Rettung des Groß- und Finanzkapitals und damit auch der Finanzoligarchie und ihrer Macht mittels öffentlicher Gelder, von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz einmal als „Sozialismus für die Reichen“ bezeichnet, ist von den abhängigen Klassen und Schichten zuletzt zwar nochmal weitgehend klaglos akzeptiert worden, aber das wird nicht ewig so bleiben. Auch weitsichtige Verteidiger des Kapitalismus sehen diese Gefahr und rufen zu seiner „Rettung“ auf. „Der Preis des Profits. Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten“ titelt Stiglitz sein jüngstes Buch (Stiglitz 2019). Das Konfliktpotenzial wird auch, vielleicht sogar vor allem, infolge anderer Risiken zunehmen. Zu diesen gehören die globalen Kräfteverschiebungen zwischen dem „Westen“ und neu aufstrebenden Nationen, die mit der Umwelt- und Klimakrise verbundenen Belastungen und Verwerfungen, die vom Elend getriebene weltweite Migrationsbewegung und die mit inneren und äußeren Konflikten und steigenden Militärausgaben einhergehenden Kriegsgefahren. Der wirtschaftliche und politische Spielraum für eine auch weiterhin asymmetrische Reaktion der Finanzoligarchie auf diese Herausforderungen ist vielleicht nach wie vor hoch, aber er ist angesichts der im Vergleich zu früheren Dezennien niedrigeren Verwertungsraten des Kapitals trotzdem enger geworden. Die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts liefert genügend Beispiele dafür, wohin solche Konstellationen im Guten wie im Schlechten führen können.

Literatur

- Berger, Jens (2019): Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen? Die heimlichen Herrscher und ihre Gehilfen, Frankfurt/M.
- Bernanke, Ben (2005): The Global Saving Glut and the U.S. Current Account Deficit. The Federal Reserve Board, March 10.
- Busch, Ulrich (2019): Minus statt Plus – neue Normalität beim Zins, in: Das Blättchen 22 (18) vom 2.9.2019.
- Chi Dao, Mai/Maggi, Chiara (2018): The Rise of Corporate Saving and Cash Holding in Advanced Economies: Aggregate and Firm Level Trends. IMF-Working Paper 2018/262.
- Deutsche Bundesbank (2017): Zur Entwicklung des natürlichen Zinses. Monatsbericht Oktober.
- (2019a): Monatsbericht August.
 - (2019b): Gesamtwirtschaftliche und sektorale Vermögensbilanzen 1999–2018.
 - (2020a): Realzinsen auf Bankeinlagen, www.bundesbank.de (Abruf 30.4.20).
 - (2020b): Lange Zeitreihen (Abruf 4.5.20).
- Deutschmann, Christoph (2006): Keynes und die Rentiers. Warum die Überflusgesellschaft bis heute auf sich warten lässt, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Nr. 4, 22-36.
- Elsässer, Lea u.a. (2017): „Dem deutschen Volke?“ Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27. Jg., 161-180.
- Ettmeier, Stephanie u.a. (2020): Finanzmärkte erwarten langanhaltende wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Europa, in: DIW-Wochenbericht 20, Berlin.
- Goldberg, Jörg (1986): Chronische Überakkumulation von Kapital und die Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps, in: Prokla u.a. (Hg.), Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg, 10-19.
- Grigoli, Francesco u.a. (2014): World Saving. IMF Working Paper 2014/204.
- Homer, Sydney/Sylla, Richard (2005): A History of Interest Rates, Hoboken.
- Hickel, Rudolf (1987): Ein neuer Typ der Akkumulation? Hamburg.
- Huffs Schmid, Jörg (1983): Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6. Frankfurt a. M.
- Jordà, Òscar u.a. (2020): Jordà-Schularik-Taylor Macrohistory Database, URL: www.macrohistory.net/data/ (Zugriff: 30.4.2020).
- Jakobs, Hans-Jürgen (2016): Wem gehört die Welt? Die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus, München.
- Keynes, John M. (1936/2006): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- (1943/2007): Die Langzeitprobleme der Vollbeschäftigung, in: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg, 159-164.
- Kondratieff, Nikolai (1935): The Long Waves in Economic Life, in: The Review of Economic Statistics, Vol. XVII, Nr. 6, November, 110-115.
- Krüger, Stephan (2017): Soziale Ungleichheit, Hamburg.
- (2019): Profitraten und Kapitalakkumulation in der Weltwirtschaft, Hamburg.
- Krugman, Paul (2006): Einleitung zur Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes von John Maynard Keynes, URL: http://www.keynes-gesellschaft.de/pdf/EinleitungKrugman-Stand%2004.11.06_.pdf (Zugriff: 27.03.2020).
- Lauterbach, Wolfgang u.a. (2016): HViD – Hochvermögende in Deutschland. Abschlussbericht zu den Ergebnissen der Befragung. Universität Potsdam/DIW, Berlin.
- Li, Minqi (2018): Der tendenzielle Fall der Profitraten: Empirische Befunde aus sechs großen Volkswirtschaften 1879 – 2015, in: Zeitschrift LuXemburg-Online, Januar 2018. URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/minqi-li/> (Zugriff: 6.4.2020).
- Maito, Esteban E. (2014): The historical transience of capital. The downward trend in the rate of profit since XIX century. URL: <https://thenextrecession.files.wordpress.com/2014/04/maito-esteban-the-historical-transience-of-capital-the-downward-tren-in-the-rate-of-profit-since-xix-century.pdf>. (Zugriff: 26.8.2020)

- Manager-Magazin (2019): Sonderheft Reichtum.
- Mandel, Ernest (1987): Die langen Wellen im Kapitalismus. Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1971): Das Kapital, Dritter Band. MEW 25, Berlin.
- (1976): Brief an Friedrich Engels am 31. Mai 1873, in: MEW 33, Berlin, 82-84.
- (1978): Brief an Ferdinand Lassalle am 22. Februar 1858. MEW 29, Berlin, 549-552.
- Mason, Paul (2016): Postkapitalismus, Berlin.
- Meyer, Michael (o.J.): Deutschland – ein Volk von Erben, URL: <http://www.die-bank.de/archiv/archiv-singleview/deutschland-ein-volk-von-erben-4890/> (Zugriff: 26.7.2020).
- Mian, Atif u.a. (2019): The Saving Glut of the Rich and the Rise in Household Debt. URL: <https://scholar.harvard.edu/straub/publications/saving-glut-rich-and-rise-household-debt> (Zugriff: 26.8.2020)
- Mill, John Stuart Mill (1871/1921): Grundsätze der politischen Ökonomie. Zweiter Band, Jena.
- Müller, Klaus (2015): Geld. Von den Anfängen bis heute, Freiburg.
- (2016): Der sanfte Tod des Rentiers, in: Neues Deutschland, 9.4.2016.
- Navidi, Sandra (2017): Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren, München.
- Neckel, Sighard (2010): Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, Köln.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Ricardo, David (1821³/1979): Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung, Berlin.
- Rifkin, Jeremy (2014): Die Nullgrenzkosten Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus. Frankfurt/New York.
- Roberts, Michael (2015): Revisiting a World Rate of Profit. Paper for the 2015 Conference of the Association of Heterodox Economists, Southampton Solent University, July, URL: <https://thenextrecession.files.wordpress.com/2017/09/revisiting-a-world-rate-of-profit-june-2015.pdf> (Zugriff: 26.8.2020).
- (2014): A world rate of profits revisited with Maito and Piketty, 23.4.2014, URL: <https://thenextrecession.wordpress.com/2014/04/23/a-world-rate-of-profit-revisited-with-maito-and-piketty/> (Zugriff: 26.8.2020).
- Rügener, Werner (2018): Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Köln.
- Smith, Adam (1786⁴/1976): Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Erster Band, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2020): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktberechnungen, Stand 4. März 2020, Tabelle 3.4.2.1.
- Stiglitz, Joseph (2019): Der Preis des Profits. Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten, München.
- Straubhaar, Thomas (2014): Das ist das Ende des Kapitalismus, URL: www.welt.de/wirtschaft/article128893318/Das-ist-das-Ende-des-Kapitalismus.html. 10.06.2014. (Zugriff: 26.3.2020).
- Ströing, Miriam u.a. (2016): Hochvermögende in Deutschland unterscheiden sich nicht nur anhand ihres Vermögens von anderen Bevölkerungsgruppen, in: DIW-Wochenbericht Nr. 42/2016, 999-1006.
- Trofimov, Ivan D. (2018): The secular decline of profit rates. Time series analysis of a classical hypotheses. MPRA Paper 88248, München.
- Weizsäcker, Carl-Christian von (2015): „Kapitalismus in der Krise?“, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2015 (16) 2, 189-212.
- Weizsäcker, Carl-Christian von/Krämer, Hagen (2019): Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert. Die große Divergenz, Wiesbaden.
- Wicksell, Knut (1898): Geldzins und Güterpreise, Jena.

Ingar Solty

Brauchen wir eine vierte Welle der marxistischen Imperialismustheorie?

1. Der Stellenwert der Imperialismustheorie für das marx(isti)sche Denken: Imperialismustheorie als „Königsdisziplin des Marxismus“

Die Imperialismustheorie galt in der Theoriengeschichte der Arbeiterbewegung lange als die Königsdisziplin des Marxismus. In den 1970er Jahren dominierte die Debatte über Fragen des Imperialismus nicht selten die über den Kapitalismus, obschon sie eigentlich untrennbar miteinander verbunden sind. In den 1990er Jahren, nach dem Ende des Kalten Krieges, verschwand die Imperialismusfrage aus linken Theoriediskussionen, während im bürgerlichen Mainstream die Diskussion über die „Alternativlosigkeit“ der Globalisierung geführt wurde und die Hoffnung dominierte, dass der Liberalismus in Wirtschaft und Politik – die „dritte Welle der Demokratisierung“ – eine friedliche Weltordnung stiften würde (Huntington 1991). Die Hoffnung, dass der Neoliberalismus und die marktgetriebene Gesellschaftsentwicklung wirtschaftliche und demokratisch-politische Stabilität und Frieden bringen würden, hat sich angesichts der zunehmend gewaltförmigen Durchsetzung und Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus, des Aufstiegs nationalistischer Kräfte und der Krise der Demokratien und nicht zuletzt der eskalierenden Klimakrise als gefährliche Illusion erwiesen (Solty 2020a, 46-49). Die Imperialismustheorie erlebt deshalb seit den frühen 2000er Jahren eine neue Renaissance (Deppe u.a. 2004).

Dass die Imperialismustheorie lange als die „Krone der marxistischen Theorie“ galt, hatte Gründe: Karl Marx hatte mit der Hilfe von Friedrich Engels zur politischen Ökonomie und ihrer Kritik gefunden. 1844 begann er die Antworten auf seine Fragen, die er bislang in der Philosophie gesucht hatte, in der politischen Ökonomie, verstanden als Wissenschaft von der Materialität der Organisation des menschlichen Lebens, zu suchen. Im Januar 1844 hatte Engels seine „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ verfasst, die Marx als „geniale Skizze zur Kritik der ökonomischen Kategorien“ bezeichnete (MEW 13, 10). Im Mai/Juni desselben Jahres begann Marx mit seinen „ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ seinen Übergang von der Philosophie zur politischen Ökonomie. Im Frühjahr 1851 glaubte er schon, soweit zu sein, „dass ich in fünf Wochen mit der *ganzen ökonomischen Scheiße* fertig bin“ (MEW 27, 228). Indes: Die Kritik der politischen Ökonomie sollte zu einer Lebensaufgabe werden, die zu allem Überfluss auch noch unvollendet bleiben sollte.

1858 skizzierte Marx einen Sechsbücherplan für seine Kritik der politischen Ökonomie, den er allerdings nicht umsetzen konnte. Später gliederte Marx sein Hauptwerk „Das Kapital“ in drei Bücher; zudem plante er noch ein Buch zur Geschichte der politischen Ökonomie. Der erste Band des „Kapital“ erschien 1867. 1883 starb Marx. Den zweiten Band hatte er zu diesem Zeitpunkt weitgehend abgeschlossen. Engels, der Marx zwölf Jahre lang überleben sollte, gab ihn aus dem Nachlass heraus. Den dritten Band stellte Engels, der bis zur völligen Erschöpfung die Editionsarbeit am „Kapital“ betrieb, aus Marx' Notizen zusammen und fügte eigene Passagen ein.

Damit machte er das „Kapital“ auch in den Augen der wichtigsten Führungspersonlichkeiten in der internationalen Arbeiterbewegung zu einem gemeinsamen Werk (vgl. Solty 2020d). 1895 starb er – den Streit um die Verwaltung des Marx’schen Erbes in der internationalen Arbeiterbewegung, in der das marxistische Denken nun hegemonial geworden war, damit lostretend. Der Tod von Engels löste, in den Worten von Wolfgang Fritz Haug, die „erste ‘Krise des Marxismus‘“ aus, weil „ein anderer Weggefährte, Eduard Bernstein, das Autoritätsvakuum“ dazu nutzte, „den revolutionären Diskurs zugunsten des reformistischen aufzugeben (...)“ (Haug 2005, 68). Die historische Spaltung der Arbeiterbewegung in eine kommunistische und eine sozialdemokratische, die sich im Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution von 1917, die aus ihm folgte, manifestierte, aber in den Strömungsaueinandersetzungen schon lange vor 1914 offen zutage lag, hatte hier ihren Ursprung. Mit dem Naturalismus- und Agrarfragenstreit – Vorläufer für Eduard Bernsteins Revisionismus – hatte sie schon zu Engels’ Lebzeiten Ansatzpunkte gehabt (vgl. Lehmann 1970).

Es ist heute philologisch umstritten, ob Marx bis zu seinem Lebensende an seinem Sechsbücherplan für „Das Kapital“ festhielt (vgl. Solty 2020d). Der Plan sah jedenfalls drei weitere Bände über den Staat, den internationalen Handel und den Weltmarkt vor, die zu schreiben es Marx nicht mehr gelang. Es war wesentlich Friedrich Engels’ Verdienst, dass in der sich zur parteipolitischen Massenbewegung entwickelnden und globalisierenden Arbeiterbewegung das Denken von Karl Marx zur uneingeschränkten Leitlinie wurde. Alle drei Flügel – der linke um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring, der rechte um Eduard Bernstein, Georg von Vollmar und Eduard David und die um Vermittlung bemühten Zentristen um Karl Kautsky – stellten sich auf den Boden der marxistischen Theorie. Jedwede Bestrebungen wie die von Bernstein, das Marx’sche Werk kritisch zu prüfen, geschahen weiter im Namen von Marx und der historisch-materialistischen Methode und Denkbewegung. Erst unter den Bedingungen des Kalten Krieges setzte sich die Sozialdemokratie explizit vom Marx’schen Werk ab, so wie es in Westdeutschland die SPD mit ihrem Godesberger Programm von 1959 tat, das bis 1989 Bestand hatte und sie fortan als Volks- und nicht mehr als Klassenpartei konzipierte.

In der Arbeiterbewegung war die Einheit von Theorie und Praxis essenziell. Es war für die Anführer*innen der internationalen Arbeiterbewegung selbstverständlich, dass die Bewegung für den Sozialismus wissenschaftlich begründet sein müsse. Dies war ganz im Sinne von Marx und Engels und des Marx’schen „Kapital“, das die Theorie untermauert hatte, dass die notwendigen Bedingungen für den Sozialismus – verstanden als eine höhere Entwicklungsstufe der menschlichen Zivilisation – bereits im Kapitalismus selber schlummerten. Der Sozialismus war für Marx kein abstraktes Ideal, dem sich die Wirklichkeit anzunähern hatte. Die Wirklichkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entwickle sich, wenigstens potenziell, zum Sozialismus hin, weil die Tendenzgesetze des Kapitalismus historisch in diese Richtung drängen. Als diese Tendenzgesetze identifizierte Marx (1.) die kapitalistische Konkurrenz als eine Erscheinungsform der immanenten Gesetze des Kapitals, die das Kapital strukturell und die Kapitalisten „bei Strafe ihres Untergangs“ dazu zwingen, ihren Profit durch die Steigerung der Ausbeutung der Mehrwert schaffenden Arbeiterklasse und der gesellschaftlichen Natur zu maximieren, weshalb die Kapital besitzende Klasse – die Bourgeoisie – und die Klasse der lohnabhängigen Eigentumslosen in einem unausweichlich und auf die Dauer unaufhebbar antagonistischen Verhältnis zueinander stehen, (2.) das aus der Konkurrenzlogik folgende allgemeine Gesetz der Akkumulation, das historisch zur sukzessiven Enteignung von Kleineigentümern in Landwirtschaft und Handwerk führe, den kleinen Handel verdränge und so die Polarisierung der Gesellschaft in eine zahlenmäßig stetig

geringer werdende Bourgeoisie und eine zur Gesellschaftsmehrheit anwachsenden Klasse der lohnabhängigen Eigentumslosen führe, und (3.) das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, das sich aus Marx' Arbeitswerttheorie ergibt und der Annahme, dass das Konkurrenzgesetz das Kapital zur ständigen Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit (Maschinisierung, Automatisierung) zwingt (Marx nennt das die wachsende „organische Zusammensetzung des Kapitals“), wodurch sich jedoch regelmäßig kapitalistische Krisen mit stetig wachsender Tiefe ergäben, die die Arbeiterklasse in Bedrängnis bringen würden. Der Sozialismus stehe deshalb als politische Möglichkeit auf der Tagesordnung, weil diese Klasse zur Mehrheitsklasse anwache, sie ein objektives Interesse am Sozialismus habe und als wertbildende Klasse mit dem Streik (und ihrer revolutionären Partei) auch das Machtmittel zu seiner Durchsetzung besitze.

Es war diese Analyse der tiefen Bewegungsgesetze des Kapitalismus, die Friedrich Engels den Übergang des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft konstatieren ließ. Umstritten blieb in der Arbeiterbewegung, ob der Weg zum Sozialismus (1.) die Mehrheitsklassenpartei, das allgemeine Wahlrecht und radikale Reformen mit den Mitteln des Parlamentarismus sein würde (Bernstein) oder ob (2.) doch eher das Vertrauen in die Bewegungsgesetze der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und das Warten auf die große Krise, die dann in einer revolutionären Situation den einmaligen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus möglich machen würde (Kautsky) oder (3.) die aktive Organisation und Vorbereitung der sozialen Revolution nach den Vorbildern von 1789, 1848 und 1871 (Luxemburg und Lenin). Einig waren sich die Führer*innen der Arbeiterbewegung jedoch darin, dass die Analyse des Standes der Entwicklung des Kapitalismus als inhärent globalisierendes System unerlässlich war, um die politische Lage richtig einschätzen zu können, und dass diese Analyse mit der Marx'schen Methode getätigt werden müsse. In diesem Sinne plädierte Lenin für die Einheit von ökonomischem Kampf (um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, arbeiterfreundliche Gesetzgebung und andere alltägliche Verbesserungen etc.), politischem Kampf (für das Fernziel eines wissenschaftlich begründeten Sozialismus) und theoretischem Kampf (die Ausformulierung einer revolutionären Theorie in einer revolutionären Partei). Die besondere Bedeutung der Partei begründete Lenin damit, dass „die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird (...)“ (LW 5, 380). Kurzum, in der Arbeiterbewegung war und blieb es lange eine Selbstverständlichkeit, dass ihre parteipolitischen Anführer*innen auch Theoretikerinnen waren. Die Trennung zwischen Theorie und Praxis, wie sie heute in linken Parteien zunehmend und mit sehr wenigen Ausnahmen existiert, war allen drei Flügeln fremd.

Ausgehend von dieser notwendigen Einheit von Theorie und Praxis sahen es vor allem die Vertreter*innen des internationalen linken Flügels, aber auch Kautsky und Rudolf Hilferding als notwendig an, die Lücken im Marx'schen Werk zu schließen. Dies galt zum einen im Hinblick auf die allgemeine Theoretisierung der Reproduktion der zur Globalisierung drängenden, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als Weltsystem, und es galt zum anderen hinsichtlich der geschichtlich-konkreten Analyse des Systems von Nationalstaaten, die diese Expansion und Internationalisierung mit Vertragswerken und im Zweifelsfall auch durch militärische Eroberung gewährleisteten. Marx hatte schließlich nicht nur keine Staats- und Weltordnungstheorie mehr vorlegen können, sondern er hatte – auch in seinem Selbstverständnis – nur einen theoretischen Werkzeugkasten entwickelt, dessen begriffliche Werkzeuge jedoch von neuen Generationen stets auf die Gegenwart anzuwenden seien. Bei der Anwendung auf die Realität würde sich dann freilich auch die Notwendigkeit der Aktualisierung der begrifflichen Konzepte ergeben. In jedem Fall habe,

so schreibt Marx im dritten Band von „Das Kapital“, „die wirkliche Bewegung der Konkurrenz außerhalb unseres Plans“ gelegen, er habe „nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, dazustellen“ versucht (MEW 25, 839).

Die Analyse der Globalisierung des Kapitalismus und seiner internationalen Reproduktion geschah im geschichtlichen Kontext einer tiefen, weltumspannenden, heute würde man sagen: organischen Kapitalismuskrise, der Großen Depression (1873–1896) und der systematischen Aufteilung der Welt, vor allem des afrikanischen Kontinents, in Kolonialreiche. Insofern ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Krise, der staatlichen Imperialität und dem Kolonialismus bestand, fanden die Analyse dieses Zusammenhangs und seine Theoretisierung unter dem Begriff des Imperialismus statt. Die Imperialismustheorie war also in diesem Sinne im Grunde genommen die „Königdisziplin“ im an Marx anschließenden Denken, weil sie den Versuch machte, den Kapitalismus als Weltsystem zu denken.

Karl Marx hatte nach eigener Auffassung den Ursprung des Kapitalprofits entdeckt. Auf der Oberfläche erscheine die kapitalistische Lohnarbeit als ein freies und freiwilliges Tauschverhältnis: Arbeit gegen Lohn. In Wirklichkeit aber bedeute die Eigentumslosigkeit der Lohnarbeiterklasse, dass sie ihre Arbeitskraft für einen ganzen Arbeitstag verkauften, aber nicht den vollen Gegenwert der von ihnen an einem Tag produzierten Werte erhielten. Sie würden mehr Wert produzieren, den sich die Kapitalisten als Profit aneignen würden. Diese könnten, weil sie die Eigentumslosigkeit der Lohnarbeiter*innen und ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln in die besondere Machtposition versetzt, die Arbeitskraft für einen gesamten Arbeitstag kaufen und die Arbeitsbedingungen bestimmen. Historisch, im Frühkapitalismus, sei die Ausbeutung vor allem durch die Verlängerung der Arbeitszeit gesteigert worden, im entwickelten Kapitalismus vor allem durch die Steigerung der Produktivität und Intensität der Arbeit. Der Klassenkampf entscheide darüber, wie viele Arbeitsstunden des Gesamtarbeitstags die Lohnarbeiter*innen für sich und ihren Tageslohn und wie viele Arbeitsstunden sie unentgeltlich für den Profit der Kapitalisten arbeiten, die ihre Arbeitskraft als Ware gekauft haben. Marx nannte den von den Lohnarbeiter*innen geschaffenen Anteil am Wert, der den Gegenwert ihres Lohnes übersteigt, den „Mehrwert“ und reklamierte ihn als seine bedeutendste Entdeckung. Er unterschied dabei den „absoluten Mehrwert“ (für die Länge des Arbeitstages) und den zunehmend dominanten „relativen Mehrwert“ (der aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität resultiert). Nur der Mehrwert könne den Ursprung des Kapitalprofits erklären, der bislang gar nicht oder als ominöser „Unternehmerlohn“ erklärt wurde. Dabei sei es Bestandteil der Systematik des Kapitalismus, dass Kapitalisten ihr Kapital nur dann einsetzen, Arbeitskraft als Ware zu kaufen und zu verwerten, sofern dies ihnen einen Profit verspricht. Für Marx war der Begriff Ausbeutung darum auch kein moralischer Begriff zur Kennzeichnung von besonders „ausbeuterischen“ Arbeitsverhältnissen, sondern ein analytischer Begriff zur Kennzeichnung jedweder kapitalistischen Produktion. Selbst im Hochlohnbereich findet Ausbeutung systematisch statt, auch wenn sie – etwa bei den hohen Tarifen in der deutschen Automobilindustrie – nicht als besonders „ausbeuterisch“ erscheint.

Marx entwickelte auf der Grundlage seiner Mehrwerttheorie sein allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation: $G - W - G'$. Die Formel beschreibt den Prozess, dass der Kapitalist sein Geld als Kapital einsetzt, Waren W (Maschinen, Rohstoffe, Arbeitskraft) kauft, um wertbildende Arbeitskraft zu verwerten und am Ende mehr Geld (G'), d.h. seinen Profit, zu erhalten, den er sich, wie gesagt, aneignet und aneignen kann, weil ihm im Kapitalismus das Kapitalunternehmen (die Maschinen, der Grund und Boden etc. pp.) gehört. Aus dem Konkurrenzgesetz, das die

Einzelkapitalien systematisch zur Maximierung des Profits auf Kosten von Lohnarbeiter*innen und Natur zwingt, schloss Marx, dass – anders als im Feudalismus – der Profit nur bedingt in Gestalt von Luxuskonsum von der Bourgeoisie (seien es nun Einzelkapitalisten oder die heutigen Großaktionäre/Vermögensbesitzenden) „verfressen“ wird, sondern stets reinvestiert werden muss. Daraus ergab sich die Formelweiterung $G - W - G' - W' - G'' - W'' - G'''$ „... Mit ihrer Hilfe analysierte Marx die Reproduktion des Kapitalismus auf erweiterter Stufenleiter.

Die marxistischen Imperialismustheorien suchten die Reproduktion des Kapitalismus als Gesamtsystem theoretisch und historisch-konkret darzustellen. Sie waren sich einig darin, dass die Krisenprozesse des entwickelten Kapitalismus in den industriell entwickelten, kapitalistischen Kernstaaten diese dazu zwangen, die Krisen durch die Expansion nach außen – einschließlich der Erschließung von neuen Absatz- und Rohstoffmärkten etc. – zu bearbeiten, wenigstens temporäre Lösungen für interne Probleme zu finden. Der Imperialismus war also in diesem Verständnis die Antwort auf die inneren Wertungskrisen des Kapitalismus. Die Imperialismustheorie war also auch in diesem Sinne eine „Königsdisziplin“, weil sie die internationale Politik (des formellen Kolonialismus) aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung heraus zu erklären versuchte. Damit war sie den bürgerlichen Theorien der unmittelbaren und durchaus auch der nachfolgenden Zeit methodisch weit überlegen. Diese erklärten – wie der Realismus in den internationalen Beziehungen – das sogenannte „Zeitalter des Imperialismus“ aus staatlichem Machtwillen, quasiindividueller „Ruhmsucht“, der Gier der Staaten und ihrer Führer (vgl. Morgenthau 1978, 77-91, Schumpeter 1953, 74¹, und durchaus ähnlich, wenngleich komplexer Weber 1980, 523-527) oder sie blenden – wie der Neorealismus heute – die materielle, gesellschaftliche Grundlage internationaler Politik systematisch aus, weil sie weiterhin die „identity of individual and state motivation“ behaupten, nur nunmehr ohne anthropologische „Charakterlehre“, sondern „wertneutral“ als Akteure in einem behavioristisch zu denkenden Spiel (vgl. Waltz 2001, 173). Oder sie sehen, wie der Institutionalist Robert O. Keohane, von der Analyse der politischen Ökonomie eines krisenhaften Kapitalismus aus methodischen Gründen bei ihrer Analyse der internationalen Politik ab (vgl. Keohane 2005, 44²).

Für die marxistischen Imperialismustheoretiker*innen war dabei die Analyse ein Mittel zum Zweck, die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus zu untersuchen und zu beschreiben, um hiermit besser in der Lage zu sein, in die geschichtliche Situation zu intervenieren, den imperialistischen Krieg zu verhindern, die soziale Revolution durchzuführen und den Kapitalismus – als Verursacher von Krise und Krieg – zu überwinden. Zugleich gab es jedoch auch nichtmarxistische Imperialismustheorien, wie jene des sozialliberalen Theoretikers John A. Hobson, der sein Buch

1 Schumpeter spricht dort von den altfeudalen „Kriegerklassen“ als Verursacher imperialistischer Kriegspolitik.

2 Keohane schreibt in seiner Auseinandersetzung mit den marxistischen Imperialismustheorien: „Any genuinely Marxian theory of world politics begins with an analysis of capitalism (...)“ (Keohane 2005, 42). Aber: „Despite the similarities between my concerns and those of many Marxists, I do not adopt their categories (...). Marxian applications of the ‘laws of capitalism’ are not sufficiently well established that they can be relied upon for inferences about relations among states in the world political economy or for the analysis of future international cooperation. Insofar as there are fundamental contradictions in capitalism, they will surely have great impact on future international cooperation; but the existence and nature of these contradictions seem too murky to justify incorporating them into my analytical framework (...)“ (ebd., 44).

„Imperialism“ (1902) vor dem Hintergrund des mörderischen Burenkriegs der britischen Kolonialmacht in Südafrika schrieb und der die Hoffnung hatte, der Kapitalismus ließe sich sozial reformieren, um so seinen inneren Imperialismusdruck abzumildern (Hobson 1968). Hobson war nichtsdestotrotz ein wichtiger Einfluss auf die marxistische Imperialismuskonzeption, nicht zuletzt auf Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1916/17).

2. Imperialismustheoriegeschichte: Drei Wellen der Imperialismustheorie

2.1 *Klassische Imperialismustheorie*

Die Geschichte der marxistischen Imperialismustheorie ist von Jan Otto Anderson mit dem Bild der „drei Wellen“ treffend beschrieben worden (Anderson 2004). Die erste Welle fasst die Theorien der unmittelbaren Marx-Nachfolgeneration zusammen: Rudolf Hilferding („Das Finanzkapital“, 1910), Rosa Luxemburg („Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“, 1913), Lenin („Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, 1917), Nikolai Bucharin („Imperialismus und Weltwirtschaft“, 1917), Fritz Sternberg („Der Imperialismus“, 1926) und einige andere. Kleinere, aber bedeutende Schriften, die auch in diesen Kanon fallen, sind „Der Imperialismus“ von Karl Kautsky (Kautsky 1914), Eduard Bernsteins „Sozialdemokratie und Imperialismus“ (Bernstein 1900) und „Zwischen Imperialismus und Revolution“ von Leo Trotzki (1922). Hinzu kommen eine ganze Reihe nicht-marxistischer Imperialismustheorien wie die von Hannah Arendt und George W. F. Hallgarten, die zwar nach dem Zweiten Weltkrieg publiziert wurden, aber in diesem Zusammenhang zu sehen sind.

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ansätzen sind durchaus markant. Sie eint, wie gesagt, die Analyse des Imperialismus als Ausdruck der inneren gesellschaftlichen Widersprüche und Krisentendenzen des Kapitalismus. Dies gilt auch noch für Eduard Bernstein, der in seinem Aufsatz „Sozialdemokratie und Imperialismus“ zu dem Schluss kommt, dass „[d]er heutige englische Imperialismus (...) zum Teil Gegenwehr gegen die Expansions- und Ausschließungstendenzen der schutzzöllnerischen Grossstaaten“ sei und „insofern eine Notwehr zugunsten des Freihandels, deren Alternative Aufgabe des Freihandels und Übergang zu Schutz- oder Kornzöllen wäre (...)“ (Bernstein 1900).

Jenseits dieser allgemeinen Einschätzung divergieren die Analysen jedoch im Hinblick auf die Analyseebene. Rosa Luxemburg, die genauso wie Lenin auf dem Standpunkt stand, das Marx'sche Werk gegen den Revisionismus zu verteidigen, kommt der Erklärung des Imperialismus aus den Marx'schen Reproduktionszyklen am nächsten. Ihre Analyse lief letztlich allerdings auf eine Unterkonsumtionstheorie hinaus. Vereinfacht formuliert argumentierte Luxemburg so: Die kapitalistische Ausbeutung und private Mehrwertaneignung durch die Bourgeoisie bedeute, dass die Lohnarbeiter*innen mehr produzierten als sie verkonsumieren konnten, insofern ihr Arbeitslohn nur ihre Arbeitskraft reproduziere. Dem Luxuskonsum der Bourgeoisie seien Grenzen gesetzt. Der als Profit angeeignete Mehrwert könne nur bedingt durch den Erwerb von Villen, Fuhrparks und anderen „Geltungskonsum“ (Thorstein Veblen) absorbiert werden; die Reinvestition von G' in einen neuen Produktionszyklus reproduziere das Problem nur auf erweiterter Stufenleiter. Entsprechend führe der Kapitalismus zu Überproduktionskrisen. Er könne nicht ohne ein nichtkapitalistisches Außen existieren, das die überschüssigen Waren aufnehme. Dies sei die zentrale Ursache für die imperialistische Kolonisationspolitik. Die kapitalistische Durchdringung dieses nichtkapitalisti-

schen Außen durch den Imperialismus indes stoße an die räumlichen Grenzen des Planeten. Der Kapitalismus müsse letztlich zusammenbrechen, wenn auch nicht von alleine und ohne revolutionär-sozialistische Politik, sobald die gesamte Welt durchkapitalisiert worden sei (Luxemburg 1985).

Luxemburgs Ansatz erwies sich im Nachhinein als mangelhaft, weil man mit ihm nicht erklären konnte, zu welchem dynamischem Wachstum der Kapitalismus nach seiner zweiten organischen Krise – der Weltwirtschaftskrise (1929–1939) – fähig war. Der Geograf David Harvey schloss in der dritten Welle der Imperialismustheorie dennoch in einer Art Ehrenrettung vor allem an Luxemburg an. Er übernahm ihre Auffassung von der Notwendigkeit nichtkapitalistischer Räume für die Absorption überschüssigen, anlagesuchenden Kapitals, theoretisierte jedoch, dass diese Räume auch innerhalb der kapitalistischen Nationalstaaten liegen könnten, nämlich als bislang noch nicht in Wert gesetzte oder bereits wieder außer Wert gesetzte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (Harvey 1999, 413–445). In diesem Sinne charakterisierte Harvey den „neuen Imperialismus“ durch eine „Akkumulation durch Enteignung“, die – durchaus kritikabel – ein breites Spektrum vom Raub bisherigen Gemeinlandes bis zur Schaffung von Kapitalanlagesphären im Zuge der (Teil-)Privatisierung von Rente, Gesundheit oder Bildung umfasst (Harvey 2003, 137–182). In ähnlicher Richtung hat die deutsche „Landnahme“-Debatte die Luxemburg'sche Theorie erneuernd aufgegriffen (vgl. Dörre 2009, 21–86).

Luxemburgs Ansatz war nicht zuletzt durch den Fokus auf das Unterkonsumtionstheorem problematisch. Der Mehrwert verteilt sich nicht nur auf den Gesamtluxuskonsum der Bourgeoisie und – bei erweiterter Reproduktion – zusätzlichen Arbeitslohn bzw. die Produktion neuer Konsumgüter für zusätzliche Arbeitskräfte, sondern ein weiterer Bereich ist die Produktionsmittelproduktion (d.h. die Herstellung neuer Maschinen etc.). Auch diese reproduziert das Problem und sorgt für eine Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems; sie schränkt aber zugleich das angenommene Problem der Überproduktion bzw. Unterkonsumtion stark ein. Hinzu kommen im Übrigen auch die staatliche Abschöpfung eines Teils des Mehrwerts und seine Verausgabung für staatlichen Konsum. Fließt dieser beispielsweise in Rüstungsgüter, so ergibt sich immerhin eine – zumeist schuldenfinanzierte – zentralisierte Nachfrage.³

Von Bucharin, Otto Bauer und Lenin wurde Luxemburg für diese Argumentation stark kritisiert. Gegen die Unterkonsumtionstheorie von Luxemburg stellte Lenin eine Überakkumulationstheorie. Das kapitalistische Konkurrenzgesetz führe, nach Marx, notwendigerweise zur Maschinerisierung und Automatisierung (sprich: zur zunehmend organischen Zusammensetzung des Kapitals) und zu dem tendenziellen Fall der Profitrate und provoziere damit kapitalistische Krisen. Nicht Unterkonsumtion der Arbeiterklasse sei die zentrale Krisenursache, sondern die Anhäufung überschüssigen Kapitals, also Überakkumulation. Die entscheidende Ursache für den Imperialismus ist also, nach Lenin und auch nach Hilferding, nicht der Export überschüssiger Waren, sondern der Export überschüssigen, anlagesuchenden Kapitals. Dies geschehe vor allem in Form von Krediten an ausländische Kapitalisten oder Staaten oder in Form von (Aktien-)Beteiligungen an überseeischen Kapitalunternehmungen.

Lenin und Hilferding einte dabei auch der Fokus auf die klassen- und staatstheoretischen Konsequenzen des Marx'schen Akkumulations- und Konkurrenzgesetzes. Marx hatte in „Das Kapital“

3 Von linken Keynesianer*innen wurde diese Problematik manchmal als „Rüstungskeynesianismus“ oder „Rechtskeynesianismus“ bezeichnet.

beschrieben, wie das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation zu immer größeren und zentralisierten Kapitaleinheiten führt. Die Verallgemeinerung der Aktiengesellschaften in den meisten Industriezweigen hatte er zu seinem Lebensende noch miterlebt. Hilferding und Lenin untersuchten nun die Entstehung großer Kapitalverbände – Trusts und Kartelle. Hilferding beobachtete den Übergang vom alten Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus. Mit der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum „Finanzkapital“ sei dabei eine relativ einheitlich handelnde oder wenigstens handlungsfähige kapitalistische Klasse entstanden, die ihre expansiven Interessen am „Kapitalexport und de[m] Kampf um das Wirtschaftsgebiet“ über den Staat durchzusetzen in der Lage sei (Hilferding 1974: 421-478). Hilferding nannte dies später den „Organisierten Kapitalismus“ (Hilferding 1927).

Die Mixtur aus den sich vertiefenden kapitalistischen Krisentendenzen und nationalstaatlich organisierten Bourgeoisien mit mächtigen Großkonzernen bringe, argumentierte Lenin, eine zwischenimperialistische Konkurrenz mit sich. Die kapitalistischen Staaten würden sich im Interesse ihrer dominanten Großkonzerne befehden und die Rivalität um geopolitische und geökonomische Einflusssphären würde sich zu einem imperialistischen Weltkrieg zuspitzen. Nicht anders sah dies indes auch Luxemburg.

Die Warnung vor einem drohenden Weltkrieg war in der Arbeiterbewegung spätestens seit der Boulangerkrise von 1888 entscheidend. Die politische Aufgabe war es, einen solchen Krieg zu verhindern. In seinen letzten Schriften hatte Engels betont, dass der Aufstieg des Sozialismus sich weiterhin so dynamisch vollziehen würde, sofern es nicht zu einem solchen Weltkrieg komme.⁴ Engels' Prophezeiung von 1891 geht, weil sie ein knappes Vierteljahrhundert später Wirklichkeit wurde, durch Mark und Bein:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen (...). Die Verwüstungen des dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahren, und über den ganzen Kontinent verbreitet (...“ (MEW 21, 350f).

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs, der „Urkatastrophe“ des Zwanzigsten Jahrhunderts, hatte Rosa Luxemburg die Alternative auf die – zuvor bereits von Karl Kautsky verwendete – Formel „Sozialismus oder Barbarei“ gebracht. Die Aufgabe sei es, so Lenin, die Waffen umzukehren und den imperialistischen Krieg gegen die Klassenbrüder im Ausland in den revolutionären Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter und Unterdrücker zuhause zu verwandeln. Aus der Kriegsmüdigkeit entstand ein internationaler Revolutionszyklus, der sich zwischen 1916 und 1923 von Irland bis nach Zentralasien erstreckte und aus dem die Sowjetunion als Ergebnis der siegreichen Oktoberrevolution hervorging. Auch damit hatte Engels gerechnet, der prophezeite:

„Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse (...“ (MEW 21, 350f).

4 „Der Friede sichert den Sieg der deutschen Sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren oder vollständigen Ruin, wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre (...). Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.“ (MEW 22, 256)

2.2 *Imperialismustheorien zu den Nord-Süd-Beziehungen*

Trotz aller Unterschiede lassen sich die Imperialismustheorien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als „klassische Imperialismustheorien“ zusammenfassen. Mit einer Ausnahme einte sie die richtige Auffassung, dass der Kapitalismus zu einer zugespitzten zwischenimperialistischen Konkurrenz führte und dass es einen Nexus zwischen Kapitalismus, Krise und Krieg gab. Der französische Sozialistenführer Jean Jaurès, ein Reformist, formulierte dies prägnant so: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (zit. n. Lafontaine 2007). Die Ausnahme bildete Karl Kautsky, der in seinem kurzen Imperialismustext die These vom Ultraimperialismus vertrat, der zufolge auch die gemeinsame Ausbeutung der Kolonien möglich sei. Insofern Kautsky sie ausgerechnet am Vorabend des Ersten Weltkriegs publizierte, wurde er von Lenin scharf kritisiert und als „Renegat“ attackiert. Die internationale Sozialdemokratie hatte noch auf dem Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale von 1907 betont, dass man den kommenden Krieg um jeden Preis verhindern werde. In Deutschland, dem Land mit der stärksten Arbeiterbewegung der Welt, stimmten am 4. August 1914 sämtliche Abgeordnete der deutschen Sozialdemokratie den Kriegskrediten zu, einschließlich des linken Flügels, der dies aus Gründen der Partei- und Fraktionsdisziplin tat. In der vorbereitenden Fraktionssitzung waren insgesamt 14 Abgeordnete des linken Flügels gegen die Kriegskredite aufgetreten. Bei der zweiten Abstimmung am 2. Dezember stimmte nur Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite, während die Linken Otto Rühle und Fritz Kunert der Abstimmung fernblieben. Erst 1917, im dritten Kriegsjahr, fanden sich die Gegner der Kriegspolitik aus allen drei Strömungen der Partei in der neuen USPD zusammen, darunter auch Bernstein und Kautsky. Liebknecht wie auch die Kriegsgegnerin Rosa Luxemburg, die nicht im Reichstag saß, verbrachten aufgrund ihrer Anklagen des Völkermordens einen Großteil der Zeit zwischen 1914 und 1918 im Gefängnis. Ein Jahr später wurden beide unter Duldung oder im Auftrag der regierenden Sozialdemokratie durch rechtsextreme Freikorps ermordet (vgl. Schütrumpf u.a. 2018).

Die zweite Welle der Imperialismustheorie entwickelte sich parallel zur Bipolarität im Kalten Krieg. Die USA waren aus dem Zweiten Weltkrieg als dominante kapitalistische Weltmacht im Westen hervorgegangen und rivalisierten mit der staatssozialistischen Sowjetunion und den verbündeten Ostblockstaaten (Deppe u.a. 2011, 41-56). Vor diesem Hintergrund erhielt die zweite Welle der Imperialismustheorie ihre Einheit. Sie nahm weiterhin die Ausbeutungsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Kernstaaten und der Peripherie in den Blick. Insofern der Zweite Weltkrieg mit starken antikolonialen Revolutionen, viele davon im sozialistischen Geist, einhergegangen war – der Nexus Krieg und Revolution bestätigte sich auch hier (Silver 2005, 183-188; Prashad 2007) –, kamen viele der Theoretiker aus den Entwicklungsländern der „Dritten Welt“.

Besondere Bedeutung erlangte die Dependenztheorie, die die imperialistischen Abhängigkeits- und Ausbeutungsbeziehungen in den Blick nahm. Aus ihr entstand die Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein, Andre Gunder Frank, Samir Amin und Giovanni Arrighi. Die Weltsystemtheorie versuchte zu erklären, wie die Ausbeutungsbeziehungen zwischen Erster und Dritter Welt trotz der schrittweisen Überwindung des formellen Kolonialismus als „informeller Imperialismus“ fortbestanden. Sie fokussierte hierbei insbesondere auf die Tauschbeziehungen zwischen den nunmehr formell souveränen Entwicklungsstaaten. Die Entwicklung in der Ersten Welt und die Unterentwicklung in der Dritten Welt bedingten einander, keine Entwicklung der einen ohne die Unterentwicklung der anderen (Frank 1966). Der Tausch vollziehe sich „ungleich“

(Emmanuel 1972); Hochtechnologieimporte und Rohstoffexporte tauschten sich zu einem immer schlechteren Verhältnis aus (Amin 1975, 111-137). Zudem mache die einseitige Fokussierung auf einige wenige Exportgüter die Entwicklungsländer stark von Weltmarktschwankungen abhängig. Die ökonomische Entwicklung werde so außengesteuert (ebd., 152-157). Mit dieser Kritik richtete sich die Weltsystemtheorie vor allem gegen die bürgerliche Theorie, die mit Verweis auf David Ricardo und seine These von den „komparativen Kostenvorteilen“ (Ricardo 1996, 89-99; kritisch dazu Emmanuel 1972, 239-261) den Entwicklungsländern den Freihandel als Voraussetzung von Entwicklung anpries. Die Tatsache, dass der Westen in der Schuldenkrise der Entwicklungsländer in den 1970er und 1980er Jahren den für seine Kapitalien vorteilhaften Freihandel mit Notkrediterpressungen durchsetzte, wobei die Notkreditvergabe seitens der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds an die neoliberalen Bedingungen der Marktöffnung sowie der Privatisierung von öffentlichen Gütern und der Liberalisierung von Märkten geknüpft wurde, stieß auf Kritik (Deppe u.a. 2011, 57-67). Wood (2003, 131) sah darin „the principal instrument of the new imperialism“.

Der Fokus der Weltsystemtheorie auf die Austauschbeziehungen wurde im innermarxistischen Diskurs als eigentlich nicht-marxistisch kritisiert. Die Kritik richtete sich gegen den „neo-Smithian Marxism“, also einen „Marxismus“, der hinter Marx und auf Adam Smith zurückfalle (Brenner 1977). Tatsächlich hatte Marx’ im Ersten Band von „Das Kapital“ ja ganz bewusst den „Abstieg“ in die Produktion begonnen, um hinter den „freien“ Tauschbeziehungen an der Oberfläche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Systematik der Ausbeutung in dieser Tiefenstruktur des Kapitalismus zu untersuchen. Die Strömung des „political Marxism“ kritisierte nun, dass mit diesem Fokus der Weltsystemtheorie und anderer marxistischer Ansätze der Zeit, etwa der Arbeiten von Paul Sweezy und Paul A. Baran, der Kapitalismus nicht nur falsch analysiert, sondern auch naturalisiert werde (vgl. Wood 2002, 73-94).

Es ist hier nicht der Ort, diese Debatte zu rekonstruieren. Entscheidend ist, dass sich in den 1970er Jahren die Grundlagen für die dritte Welle der Imperialismustheorie herausbildeten. Ein zentraler Anstoß für diese Entwicklung war die intensive materialistische Staatstheoriendebatte der frühen 1970er Jahre, an der sich zahlreiche internationale Marxistinnen und Marxisten beteiligten, federführend Nicos Poulantzas, Ralph Miliband, Christine Buci-Glucksmann, Ernesto Laclau, Leo Panitch, Bob Jessop, Joachim Hirsch, Elmar Altvater, Claus Offe u.v.a.m. (vgl. einführend Barrow 1993). Diese Debatte entstand im Rahmen der wachsenden innerkommunistischen Kritik am Marxismus-Leninismus und den Mängeln der marxistisch-leninistischen Staatsauffassung und der Ansicht, dass die staatstheoretische Lücke bei Marx mit Lenins „Staat und Revolution“ etc. alleine nicht gefüllt worden sei. Die Staatsdebatte, die an Antonio Gramsci anschloss, brachte eine Reihe von Monografien zur Theoretisierung der Form und Funktion des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft hervor. Sie gipfelte in der Poulantzas-Miliband-Kontroverse (Poulantzas/Miliband 1976), bei der es sich eigentlich um einen Methodenstreit handelte (Barrow 2006).

2.3 Globaler Kapitalismus und „neuer“ Imperialismus

Für die dritte Welle der Imperialismustheorie war vor allem Nicos Poulantzas’ Beitrag zur Staatsdebatte essenziell. Poulantzas plädierte für eine sozialrelationale Staatstheorie, die den Staat nicht bloß als „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Friedrich Engels) oder gar als „Staat des Kapitals“ dachte, sondern als das institutionelle Terrain, auf dem sich der politische Klassenkampf zutrug

und institutionalisierte. Poulantzas definierte den Staat als die „Verdichtung eines Kräfteverhältnisses der Klassen“ (Poulantzas 2002, 154-191). Der Staat ist, so Alex Demirovic im Anschluss an Nicos Poulantzas, „die institutionalisierte Staatsmacht der herrschenden Klassen“, aber er ist „unter ihm durch die Kämpfe des Volkes aufgezwungenen Umständen diesem gegenüber zu Kompromissen bereit (...)“ (Demirovic 2007, 99). Im Staat verbünden sich verschiedene Fraktionen der herrschenden Klasse durchaus temporär mit Teilen der beherrschten Klassen in Bezug auf politische Projekten, die auf spezifischen Akkumulationsregimes fußen, die in den großen Krisen des Kapitalismus transformiert werden, oft auf dem Weg der modernisierend wirkenden Kooptation des Widerstands von unten (vgl. etwa am Beispiel der USA Solty 2015a). Die materialistische Staatstheorie überwindet so – im Anschluss an Antonio Gramscis Vorarbeiten – den liberalen Dualismus von Staat und Gesellschaft zugunsten eines erweiterten oder integralen Staatsbegriffs. Mit dieser relationalen Staatstheorie war es möglich, den Staat als den zentralen Krisenmanager, der in einer spezifischen Ausrichtung nach außen die inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation bearbeitet, und seine besondere Klassen(fraktionen)spezifik zu analysieren.

Poulantzas' wesentlicher Beitrag für die dritte Welle der Imperialismustheorie war sein Buch „Klassen im Kapitalismus heute“, das im Nachgang der Poulantzas-Miliband-Kontroverse entstand. Poulantzas setzte sich hier mit der Entstehung der multinationalen Konzerne auseinander (Poulantzas 1975, 36-79), Konzerne also, die, oft von multinationalem Management geleitet, Kapitalexport in erster Linie nicht mehr nur als kurzfristige, verzinste Leihgeschäfte betrieben, sondern systematisch Produktionsstätten in ausländischen Staaten errichteten, sei es aus Gründen der Nähe zu den Absatzmärkten oder sei es mit dem Ziel verknüpft, bei besonders arbeitsintensiven Kapitalunternehmungen das existierende Lohngefälle im Weltsystem auszunutzen, um in der kapitalistischen Konkurrenz in Sachen Lohnstückkosten konkurrenzfähig zu sein. Für die materialistische Staats- und Imperialismustheorie hatte diese „Internationalisierung der Produktion“ (Cox 1987, 244-253) eine revolutionäre Konsequenz. Die Frage war: Wenn jetzt BMW in den USA oder Caterpillar in Deutschland investiert, können diese Kapitalien dann noch als ausländisches Kapital begrifflich gefasst werden? Gibt es die sowohl von Hilferding und Lenin als auch von den Theoretikern der zweiten Imperialismustheoriiewelle analysierte „nationale Bourgeoisie“ überhaupt noch (Sablowski 2019), wenn multi- und später transnationale Konzerne entstehen, die in vielen Staaten der Erde als Klassenfraktion aktiv und präsent sind?

Die dritte Welle der Imperialismustheorie ist wesentlich von der Frage gekennzeichnet, welche Konsequenzen die Transnationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für die Imperialismusfrage hat. Wenn zum Beispiel Großkonzerne wie Daimler, Microsoft oder Apple in vielen Staaten der Welt produzieren lassen, wie tragfähig ist dann eigentlich noch das Konzept der zwischenimperialistischen Konkurrenz? Haben die transnationalen Konzerne irgendein Interesse daran, zusammen mit ihren Heimatstaaten gegen andere Staaten, in denen sie Kapital räumlich fixiert haben, politisch aggressiv vorzugehen, was die Sicherheit der Kapitalinvestitionen womöglich gefährdet oder, im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung, sogar investiertes Kapital vernichten könnte? Macht die Transnationalisierung der Produktion den globalisierten Kapitalismus nicht eventuell sogar „friedensfähig“?⁵

5 Die Frage der „Friedensfähigkeit“ des Kapitalismus war eine wichtige innerlinke Debatte in den 1980er Jahren.

Die neue Imperialismustheorie hatte diese Fragen zu beantworten. Dazu gehörte die empirische Frage der Kohäsion der transnationalen kapitalistischen Klasse. Susan Strange definierte die neuen Klassensubjekte als „semi-citizens of the empire“ (Strange 1988, 167); Leo Panitch und Sam Gindin zitierten häufig den früheren Chef des Bertelsmann-Konzerns, der auf die Frage, welchem Staat denn nun seine Loyalität gehöre, geantwortet haben soll: „I'm an American who happens to carry a German passport“ (Panitch/Gindin 2003, 140). Systematisch suchten soziologische Studien die Existenz und Kohäsion einer transnationalen kapitalistischen Klasse mit den Mitteln der „Power Structure Research“, eines besonderen, von C. Wright Mills und G. William Domhoff entwickelten Strangs der US-Elitenforschung, zu beweisen. Dies geschah anhand der historischen Entwicklung von Kapitalverflechtungen (van der Pijl 1984), kohäsionsstiftenden multilateralen Institutionen (Gill 1990) sowie verschiedenster Indikatoren wie „interlocking directorates“ in den Konzernvorständen, transnationale Eheschließungen, räumliche Nähe in transnationalen Elitennetzwerken usw. (vgl. Sklair 2001 sowie van der Pijl 1998).

Der Praxistest dieses Strangs der neuen Imperialismustheorie – der weitere, etwas quer liegende Ansatz von David Harvey und sein Anschluss an Rosa Luxemburg (und an Hannah Arendt) wurde bereits erwähnt – war in der Tat die Frage, ob der internationalisierte und – nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989/91 – globalisierte Kapitalismus in den periodischen Großkrisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu kriegerisch zugespitzten Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Kernstaaten führen würde.

Historisch hatten, wie gezeigt wurde, die ersten beiden organischen Krisen des Kapitalismus – die Große Depression (1873–1896) und die Weltwirtschaftskrise (1929–1939) – in der Tat die Konkurrenz zwischen dem hegemonialen und liberalen Angloamerika und den nachholend sich entwickelnden „Hobbesian contender states“ (Deutschland, Japan, Italien) massiv zugespitzt (van der Pijl 1996, 53-80) und waren schließlich in zwei Weltkriegen gemündet, in denen die Achsenmächte auf eine Neuaufteilung der Einflusssphären und veränderte Regelsysteme des internationalen Kapitalismus setzten. Die dritte organische Krise des Kapitalismus, die Fordismuskrisis (1967–1979), beförderte die dritte Imperialismustheorielle deshalb, weil die Profitklemmenkrise im westlichen Kapitalismus mit der Entwicklung der „Eurodollarmärkte“ usw. zwar tatsächlich zu massiven Spannungen sowohl entlang der West-Ost-Achse (USA vs. Deutschland, Europäische Gemeinschaft, Japan) als auch entlang der Nord-Süd-Achse führte (Mandel 1982), aber die Staaten des Westens, anders als in den vorangegangenen Krisen, nicht mit nationalistischen Strategien (Schutzzollpolitik, Militarisierung, zwischenimperialistischer Krieg usw.) reagierten, sondern sich, im Gegenteil, koordiniert gegen eine erneute Fragmentierung des Weltmarkts stellten und ihr Heil gerade in der systematischen Vertiefung des Weltmarkts suchten, auch auf Kosten der nicht mehr wettbewerbsfähigen Kapitalien (vgl. Gill/Solty 2013). Sie taten dies mithilfe der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA geschaffenen internationalen Institutionen und auf dem Wege multilateraler Prozesse. Denn die USA hatten nach 1945 den Kapitalismus im Westen mithilfe einer neuen, von ihnen selbst freilich dominierten Finanzarchitektur (Bretton-Woods-System, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), Sicherheitsarchitektur (NATO) und einer Welthandelsordnung GATT (heute WTO, vgl. Solty 2014/2015) rekonstruiert und gegen die starken sozialistischen Bestrebungen im Nachkriegseuropa durchgesetzt (Panitch/Gindin 2012, 67-107). Die Staatstheorie analysierte dies mit dem Begriff der „Internationalisierung des Staates“ (Cox 1987, 253-265): Die internationalen Vertragswerke – inklusive solche, die (wie die Europäischen Primärverträge oder Freihandelsabkommen wie

TTIP und CETA) die Nationalstaaten gänzlich ohne demokratische Kontrolle auf neoliberale Entwicklungswege festlegen (vgl. Gill 2014) – müssten als Formen transnationaler Staatlichkeit begriffen werden (Bieling 2006). Teilweise wurden sie, vielleicht etwas missverständlich, auch als „Verdichtungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung“ bezeichnet (Brand, Görg u. Wissen 2011).

Freilich geschah dies alles auch unter den besonderen Bedingungen: einerseits der bipolaren Systemkonkurrenz und andererseits der asymmetrischen Surplusmacht der USA. Aber auch in der vierten organischen Krise des Kapitalismus, der globalen Finanzkrise nach 2007, zeigte sich, dass die kapitalistischen Kernstaaten auch ohne die disziplinierende Wirkung einer bipolaren Weltordnung und des Systemgegensatzes auf diese Krise ebenso wenig mit einer Forcierung der zwischenimperialistischen Konkurrenz reagierten.

In der neuen Imperialismustheorie erlebte darum niemand Geringeres als Kautsky mit seiner historisch falschen und fatalen Theorie vom Ultraimperialismus, d.h. der gemeinsamen Ausbeutung der Peripheriestaaten durch die kapitalistischen Kernstaaten, eine neue Renaissance – mit dem Unterschied, dass das „American Empire“, verstanden als Garant des globalen Kapitalismus (Panitch/Gindin 2004), ein „asymmetrischer Ultraimperialismus“ (Deppe u.a. 2004, 100) war und ist.

3. Auf dem Weg zu einer vierten Welle der Imperialismustheorie?

Es wurde gezeigt, dass die Imperialismustheorie mit der Staatstheorie eng verknüpft ist, nicht ohne sie zu denken ist. Die Poulantzas'sche Erklärung für den Unterschied zwischen den ersten beiden großen Krisen des Kapitalismus und den zwei jüngeren ist, dass es zwar durchaus Kapitalfraktionen gab, die, weil sie auf dem Weltmarkt nicht (mehr) konkurrenzfähig oder grundsätzlich binnenmarktorientiert sind, ein Interesse daran hatten, erneut mit Schutzzollpolitik und einer entsprechenden Fragmentierung des Weltmarktes zu reagieren. Die Kapitalverbände und Think Tanks, die in diese Richtung „ökonomisch-nationalistisch“ denken und agieren, gibt es. Mit Poulantzas' Machtdefinition, der zufolge „Staatsmacht“ sich an den konkreten Policies und wem sie dienen, ablesen lässt, war die logische Schlussfolgerung, dass die Transnationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die transnationalen Kapitalfraktionen in allen Staaten des „Empire“ zu den dominanten Kapitalfraktionen gemacht hat. Sie haben, aus verständlichen Gründen, auf die Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus und der Weltmarktintegration und ihre Vertiefung gedrängt. Die Feststellung, dass die transnationalen Konzerne heute die politisch mächtigsten Player sind, nach denen sich die Nationalstaaten in der Regel richten bzw. die in ihnen und auf ihrem Terrain dominieren, überrascht die aufmerksam Lesenden wohl wenig. Marx und Engels selbst hatten im „Manifest der Kommunistischen Partei“ letztlich eine solche Entwicklung antizipiert. Resultat dieser Entwicklung ist unter anderem die Aufwertung bestimmter Staatsapparate, vor allem der Zentralbanken und Finanzministerien, zu Lasten anderer, etwa der Arbeits- und Sozialministerien.

Die Dominanz der transnationalen Kapitalfraktionen in den starken Staaten bedeutet, dass komplementär zu den Staatsprojekten auf der Grundlage der innerstaatlich verdichteten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nationale Wettbewerbsstrategien wie das „Modell Deutschland“ des Exportweltmeisters Deutschland entstehen. Die Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts“ wird zu einem entscheidenden Kriterium neben dem offenen Zugang zu den anderen Staaten der Welt,

um Kapital und Waren zu exportieren und von der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu profitieren. Als dominante Form des Krisenmanagements setzten sich während der globalen Finanzkrise nach 2007 darum – nach einer kurzen keynesianischen Episode fiskalischer Expansion zur Verhinderung einer finanziellen Kernschmelze (vgl. Solty 2011 u. 2013) – mit der austeritätspolitischen Wende vom Frühjahr 2010 Strategien der inneren Abwertung von Kosten und Löhnen in Kombination mit Exportstrategien auf der Grundlage einer vertieften Transnationalisierung durch, die auch die Vereinbarung von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA umfassten (vgl. Solty 2015b).

Die entscheidende imperialismustheoretische Frage ist, ob der Kapitalismus mit der Transnationalisierung der Produktionsverhältnisse quasi einen Entwicklungsstand erreicht hat, der ähnlich wie der – von Marx und Engels prophezeite – Übergang des Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus, unhintergebar ist?

Die globale Finanzkrise erweist sich als exzellenter historisch-konkreter Beobachtungsgegenstand zur Überprüfung einer solchen Hypothese. Die globale Finanzkrise hat, wie gesagt, tatsächlich die Robustheit der Transnationalisierung untermauert. Die koordinierten keynesianischen Maßnahmen zielten darauf ab, den historischen Fehler nicht zu wiederholen, den in der Weltwirtschaftskrise der 1930er US-Präsident Herbert Hoover und der deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning begangen hatten, als sie zeitgleich zu den zurückgehenden Investitionstätigkeiten der privaten Kapitalunternehmen auch die staatlichen Ausgaben reduzierten. Die darauf folgende Deflationsspirale war wesentlich mitverantwortlich für den Siegeszug der Rechten, die mit Ausnahme von den Inseln USA und Großbritannien fast überall autoritäre, nationalistische Regimes, einschließlich des Hitlerfaschismus, installierte.

So wie in allen vorangegangenen organischen Krisen des Kapitalismus ist auch die Krise seit 2007 mit dem Aufstieg eines rechtsautoritären Nationalismus einhergegangen. Krisen sind Anlass für Verteilungskämpfe und die Rechte, die Ungleichheit ideologisch legitimiert, erlebt in diesen Krisen nicht zufällig Aufschwünge, weil sie mit Grenzziehungen nach unten und nach außen den Ängsten vor allem im neuen und alten Kleinbürgertum politisch Ausdruck verleiht. In dem Maße, in dem die Krise heute, eine tiefe Gesellschafts-, ja Zivilisationskrise mit sechs Dimensionen ist – Akkumulation, soziale Reproduktion, soziale Kohäsion, Demokratie, Weltordnung und Ökologie/Klima (vgl. ausführlich Solty 2019) –, befördert diese Krise tiefe Ängste und Verunsicherungen, die von der Rechten aufgefangen werden, insbesondere wenn die Linke – mit Poulantzas' Faschismustheorie argumentiert (vgl. Poulantzas 1973 sowie Solty 2018b) – nicht stark genug ist, die Machtfrage zu stellen und die realen Lebensverhältnisse der breiten Volksmassen real und auf einem egalitären, inklusiven anstatt eines exkludierenden Weges zu verbessern.

Der Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus war lange eine Friktion am Rande des politischen Systems. Spätestens seit 2016 – mit den Wahlsiegen von Donald Trump in den USA, dem Brexit unter rechten Vorzeichen, mit Jair Bolsonaro in Brasilien, der Lega-Regierung in Italien, usw. – haben sich die nationalistischen und völkischen Kräfte jedoch in der Lage gezeigt, auch in den kapitalistischen Kernstaaten und Schwellenländern Mehrheiten zu gewinnen und an die Schalthebel der politischen Macht zu gelangen. Auch damit hat sich für die kritische, von Marx ausgehende Sozialwissenschaft wichtiges empirisches Material ergeben, mit dem sich analysieren lässt, was die Rechte macht, wenn sie Macht hat.

Die Entwicklungen bis zum Ende der 2010er Jahre haben gezeigt, dass der rechtsautoritäre Nationalismus an der Macht im Großen und Ganzen den globalen Kapitalismus nicht infrage

gestellt hat. Das Beispiel der Trump-Administration zeigt eine weitgehende Einhegung der ökonomischen Nationalisten durch die weiterhin dominante transnationale Fraktion im Machtblock. Dies zeigt sich sowohl im Hinblick auf die Kabinettszusammensetzung als auch die anschließende Realpolitik der Regierung Trump. Sie setzt keineswegs auf Protektionismus um des Protektionismus Willens, sondern der selektive Protektionismus dient, im Gegenteil, dem Zweck einer Vertiefung des globalen Kapitalismus. Hierzu gehören die expliziten handelspolitischen Ziele verbesserter Marktzugang und garantierte geistige Eigentumsrechte für die transnational operierenden US-Konzerne (vgl. ausführlich Solty 2018a). Außerdem soll China gezwungen werden, seine „illegalen Regierungssubventionen“ zu beenden, die Chinas Hyperwettbewerbsfähigkeit begründen (vgl. Solty 2020b).

Viele Hypothesen könnten die weitgehende Einhegung des rechtsautoritären Nationalismus an der politischen Macht erklären. Man könnte auf die historische Ideologieschwäche des Konservatismus verweisen, der – anders als Liberalismus und Sozialismus – als buchstäblich reaktionäre Ideologie über keine kohärente Gesellschafts- und Staatstheorie verfügt. Dies könnte zu der Annahme führen, dass einem ökonomisch-nationalistischen Projekt die gesellschaftstheoretische Grundlage fehlt. Eine alternative Hypothese könnte sein, dass die Einhegung das Ergebnis der Tatsache ist, dass der „rechte Populismus“ von Trump, Bolsonaro und Co. – im Gegensatz zum linken Populismus – im Passivierungsdispositiv funktioniert, weshalb ihm nach dem Wahlsieg die Massenbewegungen außerhalb des Parlaments fehlen, die in der Lage wären, die verdichteten Kräfteverhältnisse im Staat und damit seine Politik in nationalistische Richtung zu verschieben. Im Mindesten scheint es aber so zu sein, dass die Transnationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als normative Macht des Faktischen wirkt (vgl. hierzu ausführlich Solty 2018c).

Ist damit aber die Frage nach der Unhintergebarkeit der Transnationalisierung und der dauerhaften Überwindung wenigstens der großkriegerisch ausgetragenen zwischenimperialistischen Konkurrenz endgültig beantwortet? Können wir uns quasi zurücklehnen und uns bei aller Kritik am Kapitalismus darüber freuen, dass die Existenz von transnationalen Klassen für ewig und drei Tage einen dritten Weltkrieg zwischen kapitalistischen Kernstaaten wie den USA und Deutschland etc. verhindert?

Die Entfaltung der erwähnten Sechsdimensionenkrise unter den besonderen Bedingungen der Corona-Pandemie mahnt zur Vorsicht. Die Integration Deutschlands und der Europäischen Union in das „American Empire“ mag ebenso wenig zur Disposition stehen wie die transnationalen Kapitalverflechtungen innerhalb dieses Empire. Die Krise zeigt jedoch zugleich, dass die Annahme, China sei in den US- und westlich dominierten globalen Kapitalismus gänzlich integriert, falsch ist. Der Ausgang des USA-China-Konflikts ist geschichtsoffen, weil es auch keine historische Vergleichsfolie gibt. Die Integration Chinas in den US-dominierten globalen Kapitalismus erweist sich aus vielen Gründen als historisch fragwürdig. Dazu gehören Chinas gewachsene und die schwindende US-Wirtschaftsmacht, Chinas ökonomische, finanzielle, politische und militärische Souveränität und nicht zuletzt seine große Bevölkerungszahl. Der USA-China-Konflikt ähnelt darum der zwischenimperialistischen Konkurrenz in der historischen Epoche des klassischen Imperialismus und der zwei Weltkriege: Auf der einen Seite der Welthegemon USA und auf der anderen Seite die nachholend sich entwickelnde Wirtschaftsmacht, die die USA in einer untergeordneten Stellung in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu halten bestrebt sind (vgl. Solty 2020b).

Die Konflikte um Chinas Staatslenkung der Wirtschaft und seinen Staatsinterventionismus zeigen dabei, dass nationalistische Wirtschaftspolitik durchaus ein Comeback erleben kann. Die Risse innerhalb der herrschenden Klassen des Westens haben sich vertieft, weil der Westen vor der Entscheidung steht, entweder China mit allen militärischen und nichtmilitärischen Machtressourcen zur Abkehr von seiner Wirtschaftspolitik zu bringen oder die eigene Austeritätspolitik aufzugeben und selber in großem Maße wieder „national player“ zu schützen und zu fördern. Damit aber dürften sich die Tendenzen zu einer Renationalisierung und Deglobalisierung der politischen Ökonomie verstärken.

Die Corona-Pandemie funktioniert dabei als ein besonderer Katalysator. Sie hat die Verletzlichkeit der transnationalisierten Lieferketten und der Just-in-time-Produktion untermauert. Sie hat zu einer Rückkehr zu nationalen Wirtschaftsstrategien geführt. Bislang beschränken sich diese vor allem auf den Gesundheitssektor, denn die Pandemie und der Zusammenbruch der internationalen Lieferketten machte die nationale Produktion von Atemschutzmasken, Beatmungsgeräten usw. im „nationalen Sicherheitsinteresse“ erforderlich. Dafür wurden die Ökonomien auf Kriegswirtschaft umgestellt (vgl. Solty 2020c).

Noch ist nicht klar, ob diese Trends auf Dauer gestellt und ob sie sich auf weitere Bereiche der kapitalistischen Produktion ausweiten werden, ob der Trend zur Renationalisierung von Investitionsstrategien der Konzerne, die sich besonders in Krisenzeiten freilich stark auf staatliche Nachfragepolitik stützen, anhält. In jedem Fall ist zu erwarten, dass er sich noch stärker mit der Tendenz zu nationalen und europäischen Industriestrategien verbinden wird (Eder 2019). Dass diese bislang vor allem militärische und Aufrüstungsfunktion sowie den Aufbau einer EU-Armee zum Ziel hatten und im Sinne der „dual use“ von Militärtechnologien auch weiter haben dürften (vgl. Solty u.a. 2020), muss beunruhigen, nicht zuletzt, weil die Europäische Union China nunmehr zum „Systemrivalen“ erklärt hat und damit auf den Konfrontationskurs der USA eingestiegen ist (vgl. Solty 2020b).

Diese empirischen Entwicklungen werden in der Zukunft sorgfältig zu prüfen sein. Die Möglichkeit, dass sie sich mit rechtsautoritären Regierungen verbinden werden und – im Sinne des Gesetzes der nichtintendierten Konsequenzen – das Zukunftsszenario eines unkontrollierten Zerfalls der Globalisierung Wirklichkeit werden lassen, wo die Logik des Politischen über die Logik des Ökonomischen triumphiert, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden. Spätestens dann wird sich die Frage stellen, ob eine kritische Relektüre der Schlüsseltexte der dritten Welle der Imperialismustheorie nicht womöglich den Beginn einer neuen, kritischen, vierten Welle mit sich bringen wird.

Literatur

- Amin, Samir (1975): *Die ungleiche Entwicklung*, Hamburg.
- Anderson, Jan Otto (2004): *Imperialismus*, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6/I, Hamburg, 848-864.
- Barrow, Clyde W. (1993): *Critical Theories of the State*, Madison.
- (2006): (Re)reading Poulantzas. Staatstheorie und Epistemologien des Strukturalismus, in: Bretthauer u.a. 2006, 32-47.
- Bernstein, Eduard (1900): *Sozialdemokratie und Imperialismus*, in: *Socialistische Monatshefte*, Nr. 5 (Mai 1900), 238-251.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): *Europäische Staatlichkeit*, in: Bretthauer u.a. 2006, 223-239.

- Brand, Ulrich u.a. (2011): Second-Order Condensations of Societal Power Relations, in: *Antipode*, 41. Jg., No. 1, 149-175.
- Brenner, Robert (1977): The Origins of Capitalist Development. A Critique of Neo-Smithian Marxism, in: *New Left Review*, No. 104, July/August 1977, 25-92.
- Brethauer, Lars u.a. (Hg.) (2006): *Poulantzas lesen*, Hamburg.
- Demirović, Alex (2007): *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*, 2. Aufl., Münster.
- Deppe, Frank u.a. (2004): *Der neue Imperialismus*, Heilbronn.
- u.a. (2011): *Imperialismus*, Köln.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders u.a., *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt/M., 21-86.
- Eder, Julia (2019): Progressive Industriepolitik – ein Ausweg für Europa? In: *Wirtschaft & Gesellschaft*, 44. Jg., H. 4, 471-502.
- Emmanuel, Arghiri (1972): *Unequal Exchange. A Study of the Imperialism of Trade*, London.
- Frank, André Gunder (1966): *The Development of Underdevelopment*, New York.
- Gill, Stephen (1990): *American Hegemony and the Trilateral Commission*, Cambridge u.a.
- (2014): Market Civilization, New Constitutionalism and World Order, in: ders./A. Claire Cutler, *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge u.a., 29-44.
- Gill, Stephen/Solty, Ingar (2013): Die organischen Krisen des Kapitalismus und die Demokratiefrage, in: *Juridikum*, April 2013, 51-65.
- Harvey, David (1999): *The Limits to Capital*, London/New York.
- (2003): *The New Imperialism*, Oxford u.a.
- (2007): *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford u.a.
- Haug, Wolfgang Fritz (2005): *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern. Gefolgt von Sondierungen zu Marx/Lenin/Luxemburg*, Hamburg.
- Hilferding, Rudolf (1927): *Organisierter Kapitalismus. Referat und Diskussion, Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel*, verlagsloser Reprint.
- (1974): *Das Finanzkapital*, 2 Bände, 3. Aufl., Frankfurt/Main.
- Hobson, John Atkinson (1968): *Der Imperialismus*, Köln/Westberlin.
- Huntington, Samuel (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Tulsa.
- Kautsky, Karl (1914): *Der Imperialismus*, in: *Die Neue Zeit*, 32. Jg., Bd. 2, 908-922.
- Keohane, Robert O. (2005): *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ.
- Lafontaine, Oskar (2007): *Freiheit durch Sozialismus*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.7.2007, Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart-1/linke-freiheit-durch-sozialismus-1463999.html>
- Lehmann, Hans Georg (1970): *Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie*, Tübingen.
- Lenin, W.I. (versch. Jg.): *Werke*, Berlin.
- Luxemburg, Rosa (1985): *Die Akkumulation des Kapitals*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin, 5-411.
- Mandel, Ernest (1975): *Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika*, 8. Aufl., Frankfurt/M.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (versch. Jg.): *Werke*, Berlin (zit. MEW).
- Morgenthau, Hans J. (1978): *Politics Among Nations*, 5.A., New York.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003): *Euro-Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, in: Martin Beckmann, Martin u.a. (Hg.), „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg, 113-143.
- (2004): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2012): *The Making of Global Capitalism*, London/New York.
- Poulantzas, Nicos (1973): *Faschismus und Diktatur*, München.

- (1975): *Klassen im Kapitalismus heute*, Hamburg.
- (2002): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos/Miliband, Ralph (1976): *Kontroverse über den kapitalistischen Staat*, Westberlin.
- Prashad, Vijay (2007): *The Darker Nations*, New York.
- Sablowski, Thomas (2019): *Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung*, 2 Teile, in: *Prokla* 49. Jg., Nr. 194/195, 7-34 resp. 295-321.
- Schütrumpf, Jörn u.a. (2018): *Wer weitergeht, wird erschossen! Warum die soziale Revolution 1918/19 scheiterte*, in: *LuXemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 10. Jg., H. 3, 8-15.
- Schumpeter, Joseph (1919): *Zur Soziologie der Imperialismen*, in: *ders., Aufsätze zur Soziologie*, Tübingen, 74ff.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg.
- Sklair, Leslie (2001): *The Transnational Capitalist Class*, Oxford u.a.
- Solty, Ingar (2011): *After Neoliberalism. Left versus right projects of leadership in the global crisis*, in: Stephen Gill (Hg.), *Global Crises and the Crisis of Global Leadership*, Cambridge u.a., 199-215.
- (2013): *Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise*, Hamburg.
- (2014/2015): *Weltkapitalismusverfassung. 20 Jahre WTO, erschienen als „Eine flache Welt“/„Eine andere Welt“* in: *junge Welt*, 31.12.2014/2.1.2015, jeweils 12-13.
- (2015a): *Social Imperialism as Trasformismo. A political economy case study on the Progressive Era, the Federal Reserve Act and the U.S.'s entry into World War One, 1890–1917*, in: Maximilian Lakitsch (Hg.), *Bellicose Entanglements 1914. The Great War as a global war*, Zürich u.a., 91-122.
- (2015b): *Diktatur des Kapitals. Die vier großen Mythen über TTIP*, in: *junge Welt*, 10.10.2015, 12-13.
- (2018a): *Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggart-hy-neighbor-Kapitalismus*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 25. Jg., H. 2, 199-223.
- (2018b): *Der 18. Brumaire des Donald J. Trump? Überlegungen zum Sieg des Autoritarismus in den Vereinigten Staaten*, in: Martin Beck/Ingo Stützle (Hg.), *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump und Co. verstehen*, Berlin, 74-92.
- (2018c): *Die normative Macht transnationalisierter Produktionsverhältnisse*, in: Lühr Henken (Hg.), *Ab-rüsten statt aufrüsten. Konfliktanalysen und Lösungsansätze aus der Friedensbewegung*, Kassel, 49-66.
- (2019): *Die Welt von morgen. Szenarien unserer Zukunft zwischen Katastrophe und Hoffnung*, in: *LuXemburg*, H. 3/2019, 36-45.
- (2020a): *Warum, darum und wie rum Sozialismus? In: Mario Candeias (Hg.), Lust auf Sozialismus ... für die Zukunft sorgen*, Berlin, 42-66.
- (2020b): *Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen*, RLS-Materialien, Band 61, Berlin.
- (2020c): *Car Plants Are Making Medical Equipment – And Things Should Stay That Way*, in: *Jacobin*, 19.04.2020, URL: <https://www.jacobinmag.com/2020/04/medical-equipment-car-plants-production-coronavirus> (Zugriff: 12.8.2020).
- (2020d): *Kein Marxismus ohne Friedrich Engels*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 123, September, 169-181.
- (2020e): *Menschliche Freiheit/kapitalistische Unfreiheit. Einführung in die Grundbegriffe des Marxismus*, in: *Forum Kritische Psychologie (Neue Folge)*, Spezial: *Ausgewählte Beiträge der Ferienuni Kritische Psychologie 2018*, 15-35.
- u.a. (2020): *Sicherheitspolitik contra Sicherheit. Zur Symbiose von Rüstung und Industrie in der Europäischen Union*, RLS Manuskripte Neue Folge 24, Berlin.
- Strange, Susan (1989): *States and Markets*, London.

Trotsky, Leo (2018): *Zwischen Imperialismus und Revolution*, Hamburg.

Van der Pijl, Kees (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London/New York.

– (1996): *Vordenker der Weltpolitik*, Opladen.

– (1998): *Transnational Classes and International Relations*, London.

Waltz, Kenneth (2001). *Man, the State and War. A Theoretical Analysis*, New York.

Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. revid. Aufl., Tübingen.

Wood, Ellen Meiksins (2002): *The Origin of Capitalism. A Longer View*, London/New York.

– (2003): *Empire of Capital*, Verso, London/New York.

Jens Wissel

Materialistische Staatstheorie und die Veränderung von Staat und Politik in der Europäischen Union

In den an der marxistischen Theorie orientierten theoretischen Auseinandersetzungen über die Transformation von Staat und Politik wurde der europäische Integrationsprozess erst relativ spät als relevanter Prozess zu Kenntnis genommen. Die Diskussion begann Ende der 1960er Jahre (siehe Beckmann 2005, 117), allerdings wurde er zunächst als unmittelbares Ergebnis ökonomischer Verflechtungsprozesse, die sich aus den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation ergäben, angesehen (ebd. 126). Eine staatsrechtliche Auseinandersetzung über die Rolle und die Veränderung von Staat und Politik im Integrationsprozess setzte noch später ein. Dabei ergeben sich aus dem Integrationsprozess in Europa nicht nur Fragen nach der Veränderung von Staatlichkeit und der Form territorialer Fragmentierung im Kapitalismus, vielmehr stellen sich auch fundamentale Fragen, welche Konsequenzen sich für die politischen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Emanzipation ergeben und welche strategischen Schlüsse aus den Transformationen zu ziehen sind (vgl. Beckmann 2005, 117).

Eine staatsrechtliche Perspektive auf den Integrationsprozess entwickelten zunächst Autor*innen, die sich auf Antonio Gramsci bezogen und versuchten, seine Überlegungen zum erweiterten Staat auf die globale und dann auch auf die europäische Konstellation zu übertragen. Neogramscianische Autor*innen stellten sich in den 1980er Jahren die Frage, inwieweit ein Teil des erweiterten Staates, nämlich die Zivilgesellschaft, global geworden sei (vgl. Cox 1987). In der Folge geriet auch der Europäische Integrationsprozess als eine sehr weit fortgeschrittene regionale Form der Inter- und Transnationalisierungsprozesse in den Blick (Gill 2000, Bieling/Deppe 1996). Zunächst konzentrierte sich diese Diskussion aber auf die klassentheoretischen Überlegungen von Gramsci. Auch hier schien sich die Internationalisierung der Klassenverhältnisse und des Staates aus der Globalisierung der Ökonomie zu ergeben. Die Eigenständigkeit staatlicher Prozesse geriet systematisch erst in den Blick, als Autor*innen versuchten, Gramscis Perspektive mit Erkenntnissen aus den Auseinandersetzungen materialistischer Staatstheorie und der Regulationstheorie zu verbinden (Jessop 1997, Bieling 2003).

Dieser Strang der Debatte soll hier aufgenommen werden, weil hier die eigene Materialität sowohl des Staates als auch politischer Prozesse in den Blick genommen werden kann. Zunächst werde ich hierfür zentrale Erkenntnisse materialistischer Staatstheorie darstellen, um im zweiten Schritt der Frage nachgehen zu können, wie aus einer solchen Perspektive der europäische Integrationsprozess begriffen werden kann. Abschließend werde ich kurz auf die Frage eingehen, welche Probleme sich aus diesem Prozess für politische Auseinandersetzungen ergeben.

1. Grundzüge materialistischer Staatstheorie

Marx konnte seinen Plan, ein Buch zum Staat zu verfassen, leider nicht umsetzen, infolgedessen hat er uns auch keine systematische Theorie des Staates hinterlassen. Eine an der marxischen Theorie orientierte Staatstheorie ist also zum einen der Versuch, seine historisch-materialistische Methode auf den Staat anzuwenden, und zum anderen basiert sie auf der Suche in Marx politischen Texten nach theoretischen Hinweisen darauf, wie er den Staat versteht (vgl. Hirsch u.a. 2015, 9ff.).

Ein wichtiger Ausgangspunkt einer an Marx orientierten Auseinandersetzung mit dem Staat war die Frage, die Paschukanis 1929 stellte:

„Warum bleibt Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, d.h. die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter die andere? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwangs nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen“ (Paschukanis 1929/1970, 119f.).

Mit der Frage nach Klassenherrschaft unterscheidet sich die marxistische Perspektive auf den Staat von den in den Politikwissenschaften diskutierten Vorstellungen von Staat oder Governance. Hier wird – meist implizit – davon ausgegangen, dass der Staat das gesellschaftliche Allgemeinwohl organisiert (ausführlich siehe Buckel u.a. 2014, 22ff.). Materialistische Staatstheorie geht hingegen davon aus, dass der Staat die Klassengesellschaft prozessierbar macht und damit stabilisiert.

Die eigentliche Frage von Paschukanis zielt auf die Trennung von politischer und ökonomischer Herrschaft im Kapitalismus und damit auf eine Tatsache, die in den Politikwissenschaften meist nicht mehr hinterfragt wird. Systematisch wurde diese Frage erst wieder aufgegriffen, als mit der 68er Bewegung der Staat und die Stabilität bürgerlicher Herrschaft gesellschaftlich wieder ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückten.

Gramscis Beschäftigung mit der Frage, was eigentlich jenseits der Trennung von Politik und Ökonomie das Neue an bürgerlicher Herrschaft ist, geriet ebenso wie Paschukanis lange in Vergessenheit. In dem Bemühen, die Stabilität bürgerlicher Herrschaft zu begreifen, wurde Gramsci aber seit den 1980er Jahren zu einem zentralen Referenzpunkt materialistischer Staatstheorie. Er war in der marxischen Tradition einer der ersten, der hierfür einen begrifflichen Rahmen bot. Er erkannte die Besonderheit bürgerlicher Herrschaft und hob die Eigenständigkeit politischer Kämpfe hervor. Für ihn war bürgerliche Macht nicht mehr ausschließlich auf der repressiven Ebene zu begreifen. Er gehörte zu der Generation von Marxist*innen, die sich der Frage stellen mussten, warum in den industrialisierten Zentren Westeuropas, in denen es ein großes und gut organisiertes Proletariat gab, die Revolution nicht gesiegt hatte. Für eine Antwort auf diese Frage reicht eine Analyse der „ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ nicht aus. Die Niederlage der Arbeiterbewegung machte eine Theorie bürgerlicher Herrschaft und des bürgerlichen Staates notwendig. Neben seinem Konzept des erweiterten Staates wurde hierfür der Hegemoniebegriff zentral. In Russland, wo die Revolution gesiegt hatte, gab es weder eine ausgeprägte bürgerliche Gesellschaft noch ein starkes Industrieproletariat. Die russische Revolution war nicht die erwartete Revolution, in der das Proletariat als negierte Klasse die Bourgeoisie, die das Proletariat selbst geschaffen und organisiert hatte, enteignete und damit die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzte.

Gramsci erkannte, dass bürgerliche Herrschaft anders organisiert und beschaffen ist als in den despotischen Regimen, die wie in Russland im 'Bewegungskrieg' genommen werden konnten. Mit der Erstürmung des Winterpalastes fiel das alte Regime wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Bürgerliche Herrschaft ist demgegenüber wesentlich dezentraler organisiert. Es gibt gewissermaßen

keinen Winterpalast, bzw. es gibt kein Zentrum, mit dem die Herrschaft steht oder fällt. Bürgerliche Gesellschaften beruhen zu einem hohen Maße auf Konsens und sind damit, bezüglich der Organisation von Macht, dezentralisiert. Dieser Konsens wird in der Zivilgesellschaft organisiert. Mit Zivilgesellschaft meint Gramsci ein weitverzweigtes Netzwerk meist privater Akteure und Institutionen, bestehend aus Diskussionszirkeln, Zeitungen, Verlagen, Universitäten, Vereinen und Verbänden wie auch die „Architektur“, die „Anlage der Straßen“ und deren Namensschilder (Gramsci 1991–2002, 374). In der Zivilgesellschaft werden partikulare Interessen universalisiert und materielle Zugeständnisse an die Subalternen ausgehandelt. Die Interessen der herrschenden Klasse werden so scheinbar zum Allgemeininteresse und damit hegemonial. Die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen entsprechen keineswegs der bürgerlichen Selbstbeschreibung eines Wettstreits um die besten Ideen. Sie sind vielmehr von asymmetrischen Machtverhältnissen geprägt und Gewalt und Zwang sind immer präsent, wenn auch nicht unbedingt direkt. Insofern versteht Gramsci den Staat als „politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991–2002, 783).

1.1 Nationalstaat als Zentrum politischer Regulation

Wenn von Staat die Rede ist, dann ist in dem hier diskutierten Zusammenhang zunächst der Nationalstaat gemeint, weil sich in ihm die je spezifischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verdichten und weil die politische Institutionalisierung in ihm einen eigenständigen Ausdruck erlangte.

Nicos Poulantzas schließt in seinen Analysen an Gramsci an und verweist auf die Rolle des Nationalstaates im Klassenkampf, in dem er die beherrschten Klassen desorganisiert, individualisiert und die Bevölkerung neu zusammensetzt. Der Staat nimmt auch für Poulantzas eine zentrale Rolle bei der Schaffung der Nation ein.

„Der Nationalstaat verwirklicht die Einheit der Individuen des Volkes und der Nation in derselben Bewegung, in der er ihre Individualisierung gestaltet. Er setzt die politische-ökonomische Homogenisierung (Staat und Nation) der 'privaten' Dissoziation in derselben Bewegung durch, in der er zu ihrer Einführung beiträgt; das Gesetz wird dann zum Ausdruck des nationalen Willens und der nationalen Souveränität. Dieser Staat muss nicht einen schon vorher vorhandenen 'inneren' Markt vereinheitlichen, sondern führt durch das Setzen von Grenzen einen einheitlichen nationalen Markt ein, wodurch ein Innen und ein Außen erst entsteht.“ (Poulantzas 2002, 137)

Zugleich kommt er zu dem Schluss, dass der kapitalistische Staat „auf der Grundlage der Nation“ funktioniert (130).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die sogenannte Staatsableitungsdebatte, wenn auch in einem etwas anders gelagerten theoretischen Kontext (vgl. Holloway/Piciotto 1978; Hirsch 1995, 31ff.). Der Nationalstaat wird hier als Teil der politischen Form des Kapitalismus begriffen. In der Staatsableitungsdebatte wird versucht, die politische Form als soziale Form wie die Wertform und die Geldform im Sinne von Marx zu bestimmen.

„Was [...] für die Gesellschaftlichkeit der Arbeit gilt, gilt auch für die politische Gemeinschaftlichkeit: auch sie ist in einer arbeitsteiligen, konkurrenzvermittelten und von materiellen Klassenantagonismen geprägten Gesellschaft nicht unmittelbar herstellbar, sondern muß ebenso verdinglicht-objektivierte Gestalt annehmen – die den Individuen als äußerer Zwangszusammenhang entgegenstehende politische Form, oder der (bürgerliche) Staat.“ (Hirsch 1994, 164)

Kapitalistische Gesellschaften sind von grundlegenden Konflikten durchzogen und reproduzieren sich krisenhaft. Klassenkonflikte, Geschlechterkämpfe und ethnozentristische Herrschaftsverhältnisse sind immanent nicht aufzulösen (siehe u.a. Genetti 2015, Hirsch 1995, Sauer 2015, Buckel 2015). Sie können aber prozessierbar gemacht werden. Hierfür bedarf es eines „auf den materiellen Bestand, die Ordnung und den Erhalt der Gesellschaft insgesamt gerichtete[n] und außerhalb des unmittelbaren Verwertungsprozesses“ (Hirsch 1995, 13) stehenden staatlichen Herrschaftsapparats. Das Gewaltmonopol zur Durchsetzung der Rechtsverhältnisse ist aus dieser Perspektive die „logische, ko-konstitutive Voraussetzung für den Bestand und die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise“ (Kannankulam 2017, 13).

Die Auseinandersetzungen im Kontext der Staatsableitungsdebatte blieben zunächst sehr abstrakt, sie konnten zwar einen strukturellen Rahmen benennen, in dem sich ein kapitalistischer Staat bewegt, die konkrete historische Ausprägung politischer Auseinandersetzungen und institutioneller Strukturen blieb aber weitgehend unbeleuchtet (Kannankulam 2017, 11ff.). Holloway und Hirsch verbanden die Formanalyse mit der Analyse der konkreten historischen Ausprägung des Klassenkampfes. Hierdurch haben sich Anknüpfungspunkte an die Arbeiten von Gramsci und Poulantzas ergeben (zum Verhältnis von Formanalyse und Poulantzas Ansatz siehe Hirsch/Kannankulam 2009).

1.2 Staat als Ensemble von Apparaten

Aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie handelt es sich beim Staat weder um ein Instrument, noch um ein handelndes Subjekt. Vielmehr wird er als ein soziales Verhältnis gedacht, das nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Zusammenhängen analysiert werden kann. Nicos Poulantzas versteht den Staat als die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002, 159), d.h. im Staat lassen sich nicht nur die gesellschaftlichen Machtverhältnisse finden, vielmehr hat der Staat auch eine relative Autonomie diesen gegenüber. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse übertragen sich nicht eins zu eins in die Staatsapparate, sie transformieren sich vielmehr im Staat und passen sich der politischen Form an (Hirsch 1995, 17ff.).

Versteht man den Staat als ein Kräfteverhältnis, heißt das auch, dass sich seine Einheit relativiert. Die Vorstellung einer Pyramide, in der von oben nach unten regiert wird, führt in die Irre. Der Staat besteht vielmehr aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Apparaten und Abteilungen, die nicht selten in Konkurrenz zueinander stehen, weil sich in ihnen je unterschiedliche Kräfteverhältnisse verdichten. Genau genommen handelt es sich bei einem Staat also um ein Ensemble von Apparaten. Zusammengehalten wird dieses Ensemble durch ein hegemoniales Staatsprojekt (vgl. Jessop 1990, 7ff.), das aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hervorgeht und das den einzelnen Apparaten ihre Stellung zuweist, also darüber entscheidet, welche Apparate führend sind und welche sich unterordnen müssen.

Verändern sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, dann verändern sich auch die Zusammensetzung und die Struktur dieses Apparate-Ensembles, d.h. manche Apparate steigen auf (im Postfordismus zum Beispiel Finanzministerien und Zentralbanken, aber auch repressive Staatsapparate), andere steigen ab (Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftsministerien sowie Parteien und Parlamente).

Zwar materialisieren sich im Staat gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, zugleich aber erscheinen die unterschiedlichen Interessenlagen nicht in gleicher Weise in den Staatsapparaten. Es

gibt zwar Staatsapparate, die gegenüber den subalternen Interessen offener sind als andere (z.B. Parlamente, Parteien, Sozialministerien), im Allgemeinen aber weisen die Staatsapparate eine Interessenselektivität auf, die dazu führt, dass subalterne Interessen sich in den Apparaten nur als oppositionelle Zentren verdichten können. Mit anderen Worten: In der institutionellen Materialität des Staates ist seine strukturelle Abhängigkeit von der Reproduktion des marktvermittelten kapitalistischen Verwertungsprozesses eingeschrieben (Hirsch 1995, 21; Poulantzas 2002, 157). Die Subalternen existieren „nicht mit Hilfe von Apparaten, die ihnen eine eigene Macht geben, sondern im Wesentlichen in Form von Oppositionszentren gegenüber den herrschenden Klassen“ (Poulantzas 2002, 174). Die subalternen Interessen müssen sich der Logik der politischen Form anpassen und erscheinen so, auch wenn sie bedeutsam werden, weiter als subaltern. So ist z.B. auch eine progressive Regierung von den Steuereinnahmen abhängig und bleibt an die Logik der Kapitalakkumulation gebunden. Die Interessenselektivität unterscheidet sich aber erheblich in den je spezifischen Staatsapparate-Ensembles, je nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, die sich in ihnen materialisieren.

Das angesprochene hegemoniale Staatsprojekt bildet sich in der Zivilgesellschaft heraus. Auf dem Feld der Zivilgesellschaft wird maßgeblich um Hegemonie gerungen. Durch die Zivilgesellschaft wird Herrschaft stabilisiert. In ihr werden Erfahrungen, Traditionen und Weltansichten verallgemeinert, sodass der innere Raum des Staates weitgehend korrespondiert mit einer (mehr oder weniger großen) gemeinsamen Wahrnehmung und einem Konsens über die Terrains und die Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die zunächst berechtigte Konzentration materialistischer Staatstheorie auf den Staat als Nationalstaat hat auch dazu geführt, dass die Prozesse der europäischen Integration lange Zeit unterschätzt wurden. Mit dem europäischen Integrationsprozess hat sich aber die institutionell-apparative Konstitution nicht nur in der EU im engeren Sinne verändert, vielmehr ist ein neuer politischer Zusammenhang entstanden, der die gesamte Konstellation in Europa, also auch die Mitgliedstaaten, weitgehend verändert. Zwar verändert sich damit die Position der Nationalstaaten, indem sie in ein europäisches Apparate-Ensemble integriert werden, sie bleiben aber ein entscheidendes Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und institutioneller Verdichtungen. Zugleich europäisieren sich die jeweiligen nationalen Bourgeoisien tendenziell, bzw. die Kräfteverhältnisse innerhalb der Bourgeoisien verschieben sich zugunsten der Fraktionen, die auf den EU-Binnenmarkt und darüber hinaus auf die globalen Märkte zielen.

2. Die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise, oder die Entstehung des Europäischen Staatsprojektes

Anfang der 1980er Jahre begann sich in einigen europäischen Mitgliedstaaten ein neues hegemoniales Projekt herauszubilden, welches nicht nur je spezifische nationale Staatsprojekte hervorbrachte, sondern auch die europäische Ebene adressierte. In Großbritannien setzte sich zunächst unter der Premierministerin Margaret Thatcher eine gegenüber der zu Ende gehenden fordistischen Phase völlig neue monetaristische Politik durch. Durch die Verknüpfung klassischer konservativer und rechter Vorstellungen mit einer neoliberalen Perspektive gelang es Thatcher schon Mitte der 1970er Jahre, die konservative Partei aus ihrer Krise zu führen. Ihre Politik bestand aus einem Abbau von Handels- und Spekulationsbarrieren, dem Kampf gegen die Gewerkschaften und die alten korporatistischen Verhandlungssysteme. Die Internationalisierung der Ökonomie, insbesondere des

Dienstleistungs- und Finanzsektors, 'weniger Staat' und eine angebotsorientierte Politik standen auf der neuen Agenda. Großbritannien war das erste europäische Land, das diese Richtung mit Vehemenz einschlug. Retrospektiv betrachtet markiert Thatchers Sieg in Großbritannien eine Wende, die in Europa eine neue wettbewerbsstaatliche Phase des Kapitalismus einleitete (Wissel 1917, 31ff.). Die Entwicklung in Großbritannien führte dazu, dass es neoliberalen Akteuren nach Jahren der Krise in Verbindung mit konservativen Kräften möglich war, die im Fordismus etablierte wohlfahrtsstaatliche Konstellation aufzubrechen. Das neoliberale Hegemonieprojekt¹ hatte damit einen entscheidenden Durchbruch erzielt, mit dem sich die Kräfteverhältnisse in Europa nachhaltig verschoben (vgl. Kannankulam 2008, 228; siehe auch Gallas 2017).

Diese Entwicklung sowie ähnliche Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten veränderten die Situation in Europa grundlegend. Schon Anfang der 1980er Jahre zeichnete sich eine hiervon geprägte neue Integrationsweise ab, in der es zu einer gesteigerten „supranationalen Integrationsdynamik“ kam (vgl. Tömmel 2008, 35). Patrick Ziltener nennt drei zentrale Voraussetzungen für diese Entwicklung: 1. der Übergang von einer keynesianischen Politikkoordinierung zum Euromonetarismus, 2. die Entstehung eines neuen Elitepaktes zwischen „staatlichen Instanzen und transnationalen Konzernen“ und 3. die zunehmende „wirtschaftspolitische Konvergenz in Westeuropa“ (Ziltener 1999, 132). Das „Projekt einer europäischen Wirtschaftsprogrammierung“ wurde aufgegeben und durch den erneuten Versuch, eine europäische währungspolitische Koordinierung zu verwirklichen, ersetzt.

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte wurde 1986 ein erster wichtiger Schritt zur wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise gemacht. Ihr zentrales Ziel war die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes. Das entsprechende Programm (1992-Programm) ging aus einer Kooperation des *European Round Table of Industrialists* und der Europäischen Kommission hervor (vgl. Ziltener 1999, 139) und stellte eines der größten Deregulierungsprogramme dar, die jemals realisiert wurden.

„Aus staatstheoretischer Sicht müsste man das Binnenmarktprojekt eigentlich als ein Restriktionsprogramm beschreiben, nämlich als Bündel von Verboten für die Mitgliedstaaten, in vielen wirtschaftlichen Bereichen Zugangsbeschränkungen oder Selektionsmechanismen nach Kriterien durchzusetzen, die von ihren politischen Systemen produziert wurden“ (Ziltener 1999, 139).

Im Ergebnis wurden durch den Binnenmarkt die Konkurrenzverhältnisse in Europa verstärkt, was nicht nur zu verstärkten Kooperationen führte, sondern auch die ökonomischen Konzentrationsprozesse vorantrieb. Schon in Antizipation des Binnenmarktprojektes begannen sich Konzerne EG-weit zu positionieren (ebd.).

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden diese Prozesse noch beschleunigt. Die eingeleitete Wirtschafts- und Währungsunion schrieb eine monetaristische Wirtschaftspolitik fest und ebnete den Weg zu einer Währungsunion ohne gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Die Angleichung der politisch wie ökonomisch höchst unterschiedlichen Mitgliedstaaten sollte sich durch die gemeinsame Währungsbeziehungsweise durch die festgeschriebenen Wechselkurse und die verstärkte Konkurrenz im Binnenmarkt von selbst einstellen. Das Gegenteil aber war der Fall.

1 Zum Konzept der Hegemonieprojekte siehe Buckel u.a. 2014, 44ff; zum neoliberalen Hegemonieprojekt ebd., 64ff.

„Die Folge dieser monetären Reduktion der Integration war eine dramatische Auseinanderentwicklung der Mitgliedstaaten“ (Hickel 2011, 5; siehe hierzu auch Sablowski u.a. 2018, 368ff.).

Die hier nur angedeuteten Entwicklungen mündeten in ein neues europäisches Staatsprojekt, das gleichermaßen in den einzelnen Mitgliedstaaten wirkte sowie die Form der europäischen Integration veränderte (vgl. Wissel 2015, 23ff.). „Die europäische Ebene fungierte nicht länger als Absicherung nationaler Staatlichkeit, vielmehr treibt sie selbst den Prozess der Transformation von Staatlichkeit und die Herausbildung eines schumpeterianischen Workfare-Regimes aktiv voran“ (Felder 2001, 197).

2.1 Das europäische Staatsapparate-Ensemble

Die EU hat eine eigene Währung, eine eigene Außen- und mittlerweile auch eine eigene 'Sicherheitspolitik'. 2005 ist mit der Gründung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX ein europäisches Grenzregime entstanden. Dennoch ist die Europäische Union kein ausgeprägter Staat, weil sie weder das Gewaltmonopol besitzt, noch das Recht Steuern einzuziehen. Sie ist aber mehr als eine Ansammlung regional kooperierender Nationalstaaten und auch mehr als ein internationaler Vertrag. Aus der hier entwickelten Perspektive kann die Europäische Union als ein Ensemble miteinander vernetzter nationaler, internationaler und transnationaler (Staats) Apparate betrachtet werden, das von einem europäischen Staatsprojekt (mehr oder minder) zusammengehalten und strukturiert wird.

Das dominante neoliberale Hegemonieprojekt hat, wie schon angesprochen, spätestens seit Ende der 1980er Jahre den Ausbau des Binnenmarktes und der Währungsunion vorangetrieben. Auf der politischen Ebene kommt der 'Politischen Union' inklusive der Unionsbürgerschaft eine besondere Bedeutung zu. Das Projekt kann als Versuch gesehen werden, die neoliberalen Transformationen hegemonial zu vermitteln, oder als Versuch, in dem entstandenen europäischen Kontext nach der 'ökonomischen' Integration nun auch soziale und politische Rechte auf europäischer Ebene zu verankern.

Zu den gesellschaftlichen Kräften, die eine Politische Union und eine Unionsbürgerschaft voranzutreiben versuchten, zählten gewerkschaftliche wie sozialdemokratische und christdemokratische Anhänger*innen einer wohlfahrtsstaatlichen Regulierung der Ökonomie in den am stärksten industrialisierten Staaten im europäischen Norden. Zudem hofften die südlichen Staaten darauf, durch eine 'Politische Union' der Heterogenität der Europäischen Gemeinschaft und der drohenden eigenen Marginalisierung entgegenwirken zu können. Mit der Unionsbürgerschaft konnten sich also auch oppositionelle Kräfte in das Staatsprojekt einschreiben.

Staats- und hegemonietheoretisch betrachtet kann die Unionsbürgerschaft auch als eine Komponente gesehen werden, mit der über die Herstellung einer direkten Beziehung zwischen allen Unionsbürger*innen und der Europäischen Union ein europäisches „Staatsprojekt“ geschaffen wird. Die europäischen Apparate (Parlament, Kommission, Europäischer Gerichtshof, etc.) beginnen damit die Bedingungen einer europäischen Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis herzustellen. Die Unionsbürgerschaft, die im Vertrag von Maastricht beschlossen wurde, betrachte ich mit dem damit verbundenen Ausbau sozialer und politischer Rechte als einen symbolisch-institutionellen Gründungsmoment des Staatsprojektes Europa.

Mit ihr entstand die erste transnationale Bürgerschaft, die nach und nach durch den EuGH mit sozialen und politischen Rechten ausgestattet wurde. Bis heute ist die Unionsbürgerschaft

umkämpft (Wissel 2015, 126ff.) und es ist kein Zufall, dass sie in den Verhandlungen vor dem Brexit-Referendum eine große Rolle gespielt hat. Die politischen Auseinandersetzungen um die Unionsbürgerschaft machen deutlich, dass sie von vielen nationalen Staatsprojekten als Konkurrenz aufgefasst wird und versucht wurde, sie auszuhebeln, weil sie nicht nur auf der symbolischen und mit den neuen Rechten auch auf der materiellen Ebene ein europäisches Innen organisiert und damit eine europäische Territorialität schafft (hierzu Keil 2019, 191). Es gibt also, selbst wenn aufgrund der inneren Fragmentierung sowie dem fehlenden Gewalt- und Steuermonopol kaum von einem Staat gesprochen werden kann, eine europäische Staatlichkeit (siehe Wissel 2019, 49).

Die Position dieses neuen Staatsprojektes ist aber keineswegs ähnlich gefestigt wie in einem funktionierenden Nationalstaat. Das europäische Staatsprojekt steht in einer permanenten Konkurrenz zu den nationalen Staatsprojekten. Die Terrains und die Formen der Konfliktbearbeitung sowie der räumliche Bezugsrahmen der Konfliktbearbeitung müssen also bei jedem Konflikt von neuem verhandelt werden. Das europäische Apparate-Ensemble hat weder eine stabile 'relative Autonomie' gegenüber den Mitgliedstaaten (das betrifft besonders die großen Mitgliedstaaten), noch gegenüber mächtigen privaten Akteuren (ausführlich Wissel 2015, 47ff.). Das zeigt sich auch in den Auseinandersetzungen um die Unionsbürgerschaft und eine Politische Union. Beide Projekte blieben marginal gegenüber dem Binnenmarktprojekt und der Wirtschafts- und Währungsunion. Der Deregulierungsdruck, der durch sie auf die Mitgliedstaaten wirkt, konnte nicht durch eine (Re) Regulierung auf europäischer Ebene ausgeglichen werden. Eine sozialpolitische (Re)Regulierung auf europäischer Ebene kann bis auf weiteres als gescheitert angesehen werden (Wissel 2015, 137).

Die beschriebene apparative Konstellation kann für die dominanten Akteure in Europa von Vorteil sein, wenn es darum geht, Regulationen durchzusetzen, die in den Nationalstaaten auf größeren Widerstand treffen würden, es führt aber auch dazu, dass keine Strukturen entstehen können, in denen sich gesellschaftliche Kompromisse längerfristig institutionalisieren können und in denen notwendige Maßnahmen zur Bearbeitung der inneren Widersprüche auch gegen den Widerstand dieser Akteure realisiert werden könnten. Die Flexibilität im europäischen Apparate-Ensemble führt dazu, dass der vom neoliberalen Hegemonieprojekt dominierte herrschende Block das Terrain der Auseinandersetzung, oder die räumliche Bezugsebene der Konfliktbearbeitung wechseln kann, wenn sich Widerstand zu organisieren beginnt. Diese flexible Struktur der EU, in der Macht schnell verlagert werden kann, hat sich auch in der Eurokrise gezeigt, als es gelang, mit der griechischen Regierung ein 'Oppositionszentrum' (Poulantzas 2002, 174) der Subalternen innerhalb der EU zu isolieren und zu umgehen. Die Flexibilität begünstigt ressourcenstarke Akteure und die ohnehin schon dominanten Mitgliedstaaten. Die strukturelle und strategische Selektivität (Poulantzas 2002, 165; Jessop 1990, 265) des europäischen Staatsapparate-Ensembles ist besonders ungünstig für subalterne gesellschaftliche Kräfte. Die EU ist also nicht nur ein Ausdruck der einseitigen Kräfteverhältnisse, vielmehr werden diese Kräfteverhältnisse hier institutionell auf Dauer gestellt und (quasi)konstitutionell verankert (Gill 2000; siehe auch Raza 2016). Sie materialisieren einen Teil der Sachzwänge, nach denen die Mitgliedstaaten vorgeben handeln zu müssen.

2.2 Fehlende europäische Zivilgesellschaft

Die entstandenen Strukturen gesellschaftlicher Auseinandersetzung in Europa unterscheiden sich deutlich von denen in den Mitgliedstaaten. Alex Demirović verweist darauf, dass es in der Europäischen Union eine ganze Reihe von zivilgesellschaftlichen Elementen gibt. Dazu gehören

europaweite Forschungsnetzwerke, der Ausbau schnellerer Verkehrsverbindungen, europaweiter Austausch von Student*innen und Wissenschaftler*innen, „Zeitschriften wie *Lettre Internationale*, *Libération*, *Le Monde diplomatique*, Fernsehsender wie Arte oder Sky News, europaweit ausgestrahlte Sendungen über Fußball, Musikveranstaltungen oder Buchreihen zur europäischen Geschichte“ (Demirović 2000, 68f.). Aber auch Eurozeichen auf den Tastaturen der Computer, lange bevor der Euro eingeführt wurde, die Erfindung einer Fahne der Europäischen Union ebenso wie Autokennzeichen, Fußmatten, Mützen, Einkaufstüten etc. mit EU Symbolen (ebd.).

Nennenswerte gesamteuropäische, oder auch nur über die nationalen Grenzen hinausgehende, Diskussionszusammenhänge und stabile zivilgesellschaftliche Strukturen sind dabei aber kaum entstanden (siehe auch Habermas 2008, 91). Die entstandenen Zusammenhänge bleiben relativ lose und instabil und stützen sich auf „episodenhafte organisierte Kampagnen und Diskussionskontexte“ (Demirović 2000, 69). Bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren handelt es sich in der Regel um mächtige ökonomische Akteure, die entweder direkt über professionalisierte intellektuelle Lobbyarbeiter*innen in den Politikprozess intervenieren oder über Think Tanks und vermeintlich wissenschaftliche Expertise in die politische Auseinandersetzung eingreifen. Das Übergewicht von Akteuren, die unterschiedliche Kapitalgruppen vertreten, oder direkt für einzelne Unternehmen stehen, ist enorm und hat seit dem Vertrag von Maastricht stetig zugenommen. Aktuell wird davon ausgegangen, dass etwa „70 Prozent der Brüsseler Lobbyisten“ Kapitalinteressen vertreten (vgl. Eberhardt 2012, 105; siehe auch Felder 2001, 208).

Im Unterschied zu den Mitgliedstaaten ist die EU nicht nur anfällig für das Lobbying mächtiger privater Akteure, sondern weitgehend abhängig von diesen Akteuren. Die Europäische Kommission versucht selbst ressourcenstarke Akteure zu organisieren, weil sie ohne deren Unterstützung kaum dazu in der Lage wäre, politische Prozesse anzustoßen. Mit ihrem relativ kleinen Apparat ist sie zudem auf externe Expertise angewiesen. Der von der Europäischen Kommission initiierte *European Round Table of Industrialists* ist ein Beispiel hierfür (vgl. van Apeldoorn 2000). Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende Ökonomisierung von Staat und Zivilgesellschaft zeigt sich in der EU noch deutlicher als in den Mitgliedstaaten (ausführlich Wissel 2015, 130ff.).

In den Nationalstaaten sind es zu einem großen Teil die Parteien, die mittels der in ihnen sich durchsetzenden Formen der politischen Führung eine gewisse Homogenität und Autonomie der einzelnen Apparate und des Apparate-Ensembles herstellen (vgl. Hirsch 1990, 64). Die politischen Parteien in Europa sind aber nach wie vor weitgehend national organisiert und die Europaabgeordneten haben in der Regel wenig Einfluss. In der EU fallen Parteien in ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und Apparaten weitgehend aus.

Die extrem einseitig ausgeprägten und relativ inkohärenten zivilgesellschaftlichen Strukturen im europäischen Zusammenhang können, wenn überhaupt, nur punktuelle und unverbundene Terrains konstituieren, auf denen gesellschaftlicher Konsens erzeugt wird. Mit anderen Worten, die relative Autonomie des Politischen stellt sich im apparativen europäischen Netzwerk weitgehend losgelöst von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über eine „elitär-pluralistische“ Verhandlungsstruktur her (vgl. Felder 2001, 216). Mit der Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren nimmt die Autonomie gegenüber ressourcenstarken transnationalen Konzernen ab. Es ist somit nicht nur die Struktur des Apparate-Ensembles, die die Herausbildung einer Zivilgesellschaft verhindert, sondern auch die neoliberale Politikform, in der Politik zum Verwaltungsakt wird und jenseits von öffentlichen Auseinandersetzungen stattfindet, die sich in Europa geradezu idealtypisch durchgesetzt hat.

Ohne eine gefestigte Zivilgesellschaft fehlen der EU die entsprechenden Strukturen, die Schutz vor den „katastrophenhaften ‘Durchbrüchen’ des unmittelbaren ökonomischen Elements (Krisen, Depressionen usw.)“ (Gramsci 1991–2002, 1589), bieten könnten. Ökonomische Krisen werden damit sehr schnell zu politischen Krisen, in denen die EU als Ganzes in Frage gestellt wird.

In der Finanzkrise hat das weitgehende Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft dazu geführt, dass es weder eine ‘europäische’ Krisendeutung noch eine ‘europäische’ Vorstellung davon gibt, wie auf die Krise gemeinsam reagiert werden könnte. Die Auseinandersetzungen über die Eurokrise und in der Folge die Staatsschuldenkrise in den südlichen Mitgliedstaaten blieben national geprägt. Es ist also kein Zufall, dass in der Eskalation der ‘Vielfachkrise’ (Demirović u.a. 2013) nationale Ressentiments und rassistische Stereotype (‘faule Griechen’) dominieren und es zunehmend schwer fällt, in der EU gemeinsame Positionen zu formulieren.²

2.3 Autoritärer Etatismus in der Krise

Das wettbewerbsstaatlich organisierte europäische Staatsprojekt und die spezifische Konstellation des europäischen Staatsapparate-Ensembles führen zum tendenziellen Ausschluss subalternen Interessen und zur Aushöhlung demokratischer Prozesse. Das ist auch in den Mitgliedstaaten selbst zu beobachten. Poulantzas beschrieb schon Ende der 1970er Jahre Veränderungen des demokratischen Verfassungsstaates, die auch die spätere Entwicklung von Staatlichkeit in der EU kennzeichnen. Neben der Schwächung der Parlamente zugunsten der Exekutive beobachtete er einen Bedeutungsverlust der Parteien, die sich zu „bloßen Kanälen der Popularisierung und Propagierung einer staatlichen Politik, die zum großen Teil außerhalb von ihnen entschieden wird“, transformieren (Poulantzas 2002, 260). Hinzu komme eine tendenzielle Verschmelzung von Legislative, Exekutive und Judikative bei einem gleichzeitigen „Rückzug des Rechts“ (ebd., 248) sowie ein Wachstum „parallel zum Staat verlaufende[r] Netzwerke“ (ebd., 270), die die formale Organisation des Staates durchqueren und versuchen, die Kernbereiche des Apparate-Ensembles zu strukturieren.

In der Europäischen Union sind Legislative, Exekutive und Judikative weitgehend miteinander verschmolzen. Zwar wurden die Rechte des Europäischen Parlaments mit dem Vertrag von Lissabon ausgeweitet, aber im Kern bildet nicht das Parlament die Legislative, sondern der Ministerrat, der Ausschuss der ständigen Vertretungen und die Arbeitsgruppen des Rats. Die zahlreichen nichtöffentlichen Arbeitsgruppen des Rates sind „de facto kleine Gesetzgebungskammern“ (Lempp 2009, 249). Die Exekutive der einzelnen Staaten hat also erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung. „Ministerrat und Europäischer Rat werden von keinem Organ kontrolliert, allenfalls ihre einzelnen Mitglieder sind im Rahmen der jeweiligen nationalen politischen Systeme den dortigen Parlamenten rechenschaftspflichtig“ (Tömmel 2008, 231). Das Initiativrecht zur Gesetzgebung in der EU besitzt die Europäische Kommission, die von den Bürgern nicht gewählt wird und gegenüber dem Parlament nur eingeschränkt verantwortlich ist. In der institutionellen Struktur der EU konnten die formalen Voraussetzungen für demokratische Prozesse bisher nur in Ansätzen durchgesetzt werden. Aber auch in den Mitgliedstaaten ist es trotz formal intakter

2 Das zeigte sich auch in der Menschenrechtskrise im Sommer 2015 (vgl. Brunkhorst 2019, 30ff.).

demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen schleichend zu einer faktischen Aushöhlung demokratischer Prozesse gekommen (Poulantzas 2002, 231; Kannankulam 2008).

Mit der Weltfinanzkrise und in der Folge mit der Staatsschuldenkrise in Europas Süden hat sich diese Entwicklung sowohl auf der europäischen Ebene, als auch in den Mitgliedstaaten entscheidend verschärft. Dabei setzten sich die bisher schon dominanten informellen Politikformen in massiver Weise durch. Nach den zaghaften Ansätzen, das Demokratiedefizit in der EU zu verringern, kommt es in der Euro-Krise zum Bruch mit wichtigen Elementen formaler Demokratie und zu einem dramatischen Abbau parlamentarischer und sozialer Rechte: Seit 2010 ist in Europa mit der Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dem Europäischen Semester, den neuen Prozessen der Makroökonomischen Überwachung, dem Fiskalpakt, einer Bankenaufsicht durch die EZB sowie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus eine massive Transformation des europäischen Institutionengefüges zu beobachten (vgl. Oberndorfer 2013; Buti/Carnot 2012, 905ff.). Die Europäische Zentralbank, die „in keiner formalen Weise politisch rechenschaftspflichtig ist“ (Offe 2016, 152), hat ihre Kompetenzen in der Krise massiv ausgeweitet und wurde zur zentralen Institution der Krisenreaktion. Im Zuge der Krise hat sie „mehrfach ihre politische Macht genutzt, um politische Forderungen gegen den Widerstand demokratisch gewählter Regierungen durchzusetzen“ (Sablowski u.a. 2018, 361). Auch die Europäische Kommission und insbesondere ihre Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen konnten ihre Kompetenzbereiche ausbauen (vgl. Zurek 2013, 171-172). Aber nicht nur europäische Exekutiven gehen gestärkt aus der Krise hervor, auch bestimmte nationalstaatliche Institutionen wie etwa die Finanzministerien (Klatzer/Schlager 2019, 103) wurden weiter aufgewertet. Parallel hierzu wurde die Eurogruppe, ein informelles Treffen der Finanzminister*innen der Euroländer, zu einem zentralen Gremium, der Schuldenverhandlungen. Auf dem Höhepunkt der Eurokrise wurde der griechische Finanzminister am 27. Juni 2015 aus dem Gremium ausgeschlossen. „Einen starken Bedeutungsverlust erleiden hingegen die *Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration* der Kommission und die nationalstaatlichen Sozialministerien, deren Rolle zunehmend in der Verwaltung des durch die neoliberale Krisenpolitik verursachten Elends liegt“ (Oberndorfer 2017, 195). Zugleich wurde mit Griechenland ein Mitgliedsstaat der EU faktisch für mehrere Jahre unter externe Verwaltung gestellt. Die Mechanismen der „New Economic Governance“ fixieren und radikalisieren eine restriktive Geldpolitik und eine auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Politik (vgl. Oberndorfer 2013). Auf der individuellen Ebene werden Bürgerrechte, wie die Versammlungsfreiheit und soziale Rechte, in den Mitgliedstaaten zunehmend prekärer.

In der EU können Entscheidungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Mitwirkung von relativ wenigen Akteuren realisiert werden, zugleich funktioniert dieser Politikmodus nur, solange die Mehrheit der Bevölkerung stillschweigend davon ausgeht, dass die Europäische Union zu Wohlstandgewinnen beiträgt. In Krisen schwindet genau diese Zuversicht. Wie ausgehöhlt die normative Substanz der EU mittlerweile ist, hat zuletzt die Coronakrise gezeigt. Als die Krise eskalierte, wurden reflexartig die nationalen Grenzen geschlossen. Auch der gesundheitspolitische Notstand, der nicht zuletzt durch die jahrelange aufgezwungene Austeritätspolitik entstehen konnte, wurde zunächst als je nationales Problem behandelt. „Selbst als Italiens Botschafter bei der EU Ende März um Schutzmasken für sein schwer getroffenes Land bat, kassierte er nur Absagen; Deutschland beispielsweise hatte zwischenzeitlich einen Exportstopp verhängt“ (Vogel 2020, 5). In Italien, das lange im Zentrum der Coronakrise stand, sind im April 2020 49% „der Italiener für einen EU-Austritt ihres Landes, im vergangenen November waren es

bloß 29%“ (Vogel 2020, 8). Die Europäische Union bleibt nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch höchst instabil.

Die Eurokrise wurde nie wirklich überwunden und es gelang nicht, in der Zeit, in der sich die Lage zumindest beruhigte, die „Konstruktionsfehler der WWU zu beheben“ (Schneider/Syrovatka 2020, 338). Frankreich wurde von Deutschland mit seinen Reformvorschlägen weitgehend alleine gelassen (siehe hierzu Syrovatka/Schneider 2019). Nichtsdestotrotz kann möglicherweise mit dem Wiederaufbaufonds der EU (insgesamt 750 Milliarden €) und den jeweiligen nationalen Programmen eine weitere Finanzkrise verhindert werden. Eine Abkehr von der Dominanten neoliberalen Politik ist auf absehbare Zeit aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kaum zu erwarten. Der Aufbaufonds der EU „bricht mit neoliberalen Dogmen, um sicherzustellen, dass die neoliberale Globalisierung in ihrer europäischen Form als solche fortgesetzt werden kann“ (Oberndorfer 2020, 32). Der Stabilitätspakt wurde nur vorübergehend ausgesetzt. Es gilt, sich darauf vorzubereiten, zu verhindern, dass die immer gleichen für die Krise bezahlen müssen.

3. Schlussbemerkung

Mit den beschriebenen Prozessen haben die territorialen Fragmentierungen im Kapitalismus in Europa eine komplexere Form angenommen. Es ist ein die europäischen Mitgliedstaaten überspannendes apparatives Netzwerk entstanden. Die spezifische Form dieses Apparat-Ensembles, sowie die sich im Neoliberalismus durchsetzenden informellen Politiken, haben die Kräfteverhältnisse zuungunsten der Subalternen verschoben. Die Mitgliedstaaten sind Teil dieses Netzwerkes und haben je spezifisch die Europäisierung von Ökonomie und Politik vorangetrieben. Die Front verläuft also nicht zwischen der neoliberalen EU auf der einen Seite und Mitgliedstaaten, die gerne Monetarismus und Austerität überwinden würden, auf der anderen Seite. Eine solche Perspektive wäre zu simpel. Es ist nicht so, dass die Mitgliedstaaten neoliberal sind, weil die EU andere Politiken verhindert, vielmehr ist die EU neoliberal, weil die dominanten gesellschaftlichen Kräfte in Europa neoliberal sind. Die Austeritätspolitik, die eine bestimmte Wirtschaftspolitik fest schreibt, ist nicht zuerst in der EU institutionalisiert worden. Es sein nur an die deutsche Schuldenbremse erinnert.

Der Brexit und die sich abzeichnende Politik eines Billigsteuerlandes in Großbritannien lassen vermuten, dass Renationalisierungen die Kräfteverhältnisse weiter zuungunsten der Subalternen verschieben. Das heißt nicht, dass wohlfahrtsstaatliche Arrangements nicht auch auf der nationalen Ebene verteidigt werden müssen, aber nationale Strategien gegen Austeritätspolitik und Neoliberalismus erscheinen in einer Situation, in der nationalstaatlich beschränkte Bewegungen leicht gegeneinander ausgespielt werden können, wenig aussichtsreich.

Etienne Balibar hat zurecht darauf hingewiesen, dass sich die Frage der Souveränität weniger gegenüber der EU, als gegenüber den Finanzmarktakteuren und Vermögensbesitzer*innen stellt (2016, 238ff.). Ein Problem der Auseinandersetzungen, nachdem sich der Neoliberalismus durchgesetzt hat, bestand darin, dass die Subalternen keine Antwort gefunden haben auf die neue Konstellation in Europa. Die Träger*innen des sozialen Hegemonieprojekts, das für die Verteidigung der wohlfahrtsstaatlichen Konstellation steht, sind gespalten in diejenigen, die davon ausgehen, dass der Wohlfahrtsstaat auf der nationalen Ebene nicht mehr verteidigt werden kann, und diejenigen, die darauf hinweisen, dass es außer dem Nationalstaat bisher keinen regulativen

Zusammenhang gegeben hat, in dem wohlfahrtsstaatliche soziale Rechte verwirklicht werden konnten. Solange diese Spaltung nicht überwunden wird, bleiben die Kräfte, die sich gegen die europäische Variante des Neoliberalismus stellen, geschwächt.

Die Heterogenität in Europa, insbesondere die zunehmende Fragmentierung zwischen dem Norden und dem Süden sowie zwischen dem Westen und dem Osten, erschwert es zusätzlich, gemeinsamen Widerstand gegen die Austeritätspolitik und Wettbewerbspolitik zu organisieren. Gleichwohl gilt es, genau hier anzusetzen.

Literatur

- Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren. Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling/Steinhilber 2000, 189-221.
- Balibar, Etienne (2016): Mehr als jemals zuvor: Für ein anderes Europa! Thesen vom 29. August 2015, in: ders., Europa: Krise und Ende?, Münster, 224-252.
- Beckmann, Martin (2005): Marxistische Politische Ökonomie, in: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hg.), Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden, 117-141.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen, in: Martin Beckmann u.a. (Hg.), Eurokapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg, 41-67.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der internationalen politischen Ökonomie, in: Das Argument, 38. Jg., Heft 217, 729-740.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Boos, Tobias u.a. (Hg.) (2017), Mit Poulantzas arbeiten, Hamburg.
- Brunkhorst, Hauke (2019): Die verdrängte koloniale Vergangenheit, in: Keil/Wissel 2019, 19-39.
- Buckel, Sonja (2015): Dirty Capitalism, in: Martin u.a. 2015, 29-48.
- u.a. (2014): Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.), Kämpfe um Migrationspolitik, Bielefeld, 15-86.
- Buti, Marco/Carnot, Nicolas (2012): The EMU debt crisis: Early lessons and reforms, in: Journal of Common Market Studies, 50 (6), 899-911.
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power and World Order, New York.
- Demirović, Alex (2000): Erweiterter Staat und europäische Integration. Skizzenhafte Überlegungen zur Frage, ob der Begriff der Zivilgesellschaft zur Analyse der Veränderung von Staatlichkeit beitragen kann, in: Bieling/Steinhilber 2000, 51-72.
- u.a. (Hg.) (2013): Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Eberhardt, Pia (2012): Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblicke in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise, in: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.), Die EU in der Krise, Münster, 105-122.
- Felder, Michael (2001): Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft, Wiesbaden.
- Gallas, Alexander (2017): Etappen im Klassenkampf. Umriss einer Analyse des Thatcherismus aus neopoulantzianischer Perspektive, in: Boos u.a. 2017, 152-177.
- Genetti, Evi (2015): Geschlechterverhältnisse im bürgerlichen Staat. Feministische Denkart materialistischer Staatstheorie, in: Hirsch u.a. 2015, 145-164.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling/Steinhilber 2000, 23-50.
- Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte, hg. von Klaus Bochmann u.a., Hamburg.

- Habermas, Jürgen (2008): Europa und seine Migranten, in: ders., Ach, Europa, Frankfurt/M., 88-95.
- Hickel, Rudolf (2011): Systemkrise des Euroclubs, online: http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/cms-service/stream/asset/Hickel_Systemkrise.pdf?asset_id=1352024 [letzter Zugriff: 20.7.2020].
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Amsterdam/Berlin.
- (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg.
- u.a. (Hg.) (2015): Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft, Baden-Baden.
- u.a. (2015): Einleitung: Marx, Marxismus und die Frage des Staates, in: dies. 2015, 9-22.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John (2009): Räume des Kapitals. Die politische Form des Kapitalismus in der Internationalisierung des Staates, in: Eva Hartmann u.a. (Hg.), Globalisierung, Macht und Hegemonie, Münster, 181-211.
- Holloway, John/Picciotto, Sol (1978): State and Capital. A Marxist Debate, London.
- Jessop, Bob (2006): Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus, in: Lars Bretthauer u.a. (Hg.), Poulantzas lesen, Münster, 48-64.
- (1997): Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Steffen Becker u.a. (Hg.), Jenseits der Nationalökonomie?, Hamburg, 50-93.
- (1990): State Theory, Cambridge.
- Kannankulam, John (2017): Von der Staatsableitung zum Europäischen Staatsapparate-Ensemble. Grundzüge und Debatten der materialistischen Staatstheorie, in: Widersprüche 144, 11-24.
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus, Hamburg.
- Keil, Daniel (2019): Identitätsfragen. Nationale und europäische Identität in der Krise, in: Keil/Wissel 2019, 159-182.
- Keil, Daniel/Wissel, Jens (Hg.) (2019): Staatsprojekt Europa, Baden-Baden.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2019): HERRschaft herstellen: die geschlechterpolitischen Kosten des Umbaus der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU als Kern eines maskulin-autoritären Herrschaftsprojektes, in: Keil/Wissel 2019, 97-116.
- Lempp, Jakob (2009): Die Evolution des Rats der Europäischen Union. Institutionenevolution zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus, Baden-Baden.
- Martin, Dirk u.a. (Hg.) (2015): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie, Münster.
- Oberndorfer, Lukas (2020): in: Auf zum grünen Festungskapitalismus, in: Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung, Nr. 7/8, 30-33.
- (2017): Demokratie in der Krise, in: Boos u.a. 2017, 178-206.
- (2013): Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus?, in: juridikum, Heft 1, April, 76-86.
- Offe, Claus (2016): Europa in der Falle, Berlin.
- (2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Veränderte Neuauflage, Frankfurt a. M./New York.
- Paschukanis, Eugen (1929/1970): Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Frankfurt/M.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologien, Autoritärer Etatismus, Hamburg.
- Raza, Werner (2016): Politics of scale and strategic selectivity in the liberalisation of public services – the role of trade in services, in: New Political Economy, 21(2).
- Sablowski, Thomas u.a. (2018): Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union, in: PROKLA 192, 358-379.
- Sauer, Birgit (2015): Hat der Staat ein Geschlecht, in: Martin u.a. 2015, 72-85.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2020): Corona und die nächste Eurokrise, PROKLA 199, 345-354.
- Syrovatka, Felix/Schneider, Etienne (2019): Der stotternde Motor: Der blockierte deutsch-französische Bilateralismus in der Debatte um die Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion, in: Keil/Wissel 2019, 159-184.
- Tömmel, Ingeborg (2008): Das politische System der EU, München/Wien.

- Vogel, Steffen (2020): Der Corona-Crash: Die zweite Eurokrise? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, 5-8.
- Wissel, Jens (2019): Staatsprojekt Europa in Zeiten von Krise und gesellschaftlicher Desintegration, in: Keil/Wissel 2019, 41-60.
- (2017): Warum die Europäische Union gescheitert ist. Eine Bilanz, in: Widersprüche, Heft 144, 25-40.
 - (2015): Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster.
- Ziltener, Patrik (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.
- Zurek, Karolina (2013): Unions within the Union, in: Bruno De Witte u.a. (Hg.), The Euro crisis and the state of European democracy, San Domenico di Fiesole, 162-181.

Stefan Schmalz

Krisentendenzen in der internationalen Arbeitsteilung Gedanken zum Aufstieg Chinas im Anschluss an Marx

Spätestens seit der Covid-19-Krise ist der US-amerikanisch-chinesische Großkonflikt in aller Munde. Gegenseitige Schuldzuschreibungen über Ursprung und Verbreitung des „chinesischen Virus“, wechselseitige Sanktionen und Drohungen sowie Auseinandersetzungen über das neue chinesische Sicherheitsgesetz in Hongkong prägen heute die bilateralen Beziehungen. Doch die Pandemie hat lediglich als ein Katalysator für den geopolitischen Großkonflikt gewirkt. Denn schon zuvor hatten sich die Spannungen zwischen den Großmächten verschärft. Schon seit 2012 kam es zu Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer zwischen China und US-Verbündeten wie den Philippinen oder Vietnam. Mit der Amtsübernahme der Regierung Trump ging der Konflikt in eine heiße Phase. Seit Frühjahr 2018 überzog die US-Regierung chinesische Unternehmen mit Zöllen und Sanktionen (Scherrer 2019).

Die Mittel, zu denen die Regierung Trump griff, irritierten viele Beobachter*innen. Waren die Zölle Ausdruck einer Wende in der US-Wirtschaftspolitik hin zu einem neuen Protektionismus? Warum galt gerade China als Hauptziel dieser Politik? Erst langsam wurde klar, dass die Trump-Administration einen handfesten Wirtschaftskrieg begonnen hatte. Das Ziel dieses Unterfangens bestand offensichtlich nicht nur darin, Märkte zu öffnen oder die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern neu zu ordnen. Vielmehr hatte sich die Volksrepublik immer deutlicher als Herausforderer der USA im kapitalistischen Weltsystem etabliert. Schon jetzt kann sich die Volksrepublik bei einigen Indikatoren wie dem BIP oder der Größe des Binnenmarkts mit den USA messen (Schmalz 2018, 382ff.).

Lange Zeit galt die chinesische Volkswirtschaft jedoch als rückständig und unausgewogen: Das Land setzte primär auf Exporte und galt als Werkbank der Welt und günstiger Produktionsstandort westlicher Konzerne. Dieser Eindruck ist jedoch heute nicht mehr aufrechtzuerhalten: Chinesische High-Tech-Konzerne wie die Netzwerkwerkzeugausrüster und Smartphone-Hersteller ZTE und Huawei gelten als hochinnovativ und sind an die technologische Weltspitze gelangt. Der US-amerikanische Wirtschaftskrieg richtet sich genau gegen solche Tech-Konzerne: Die USA setzen ihre verbliebene „strukturelle Macht“ (Strange 1988, 24ff.) im High-Tech-Bereich strategisch ein, um Chinas Aufstieg zu bremsen. Der hegemoniale Konflikt zwischen den beiden Großmächten wird folglich im globalen Kapitalismus des 21. Jahrhundert stärker im Bereich der Hochtechnologie ausgetragen, als dies in früheren hegemonialen Konflikten (z.B. bei den Konflikten zwischen dem Deutschen Reich und dem British Empire in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts) der Fall war.

Im Folgenden werden daher auch die Hierarchien in der internationalen Arbeitsteilung genauer betrachtet, die die Grundlage für diesen Konflikt bilden. Wir verlassen demnach die „geräuschvolle [...] und aller Augen zugängliche Sphäre“ (MEW 23, 189) von Handelskonflikten und Sanktionsmaßnahmen, um die komplexen Wertschöpfungsketten zu skizzieren, die vom Kup-

ferbergbau in Chile über die Montageindustrie in Südchina bis zu den Technologieunternehmen im US-amerikanischen Silicon Valley reichen. Diese globalen Güterketten¹ sind hierarchisch strukturiert und greifen systematisch auf billige Arbeit weltweit zu. Wie genau die globalen Güterketten strukturiert sind, wie auf diese Weise die Ausbeutung von Arbeitskräften weltweit organisiert wird und warum der Aufstieg Chinas in diesen Strukturen zu neuen Konflikten führt, ist Gegenstand dieses Beitrags. 1) Zunächst werden zwei Ansätze diskutiert, wie räumliche Hierarchien und Ausbeutung im globalen Maßstab im Anschluss an die marxische Theorie gefasst werden können. 2) Dann wird beschrieben, wie die neue internationale Arbeitsteilung sich durch die Auslagerung industrieller Wertschöpfung aus den Zentrumsstaaten nach China und anderen „Schwellenländern“ in Ostasien, Osteuropa und Lateinamerika entwickelt hat. 3) Als Folge werden die Widersprüche und Krisendynamiken dieser Konstellation erläutert, um im Anschluss 4) auf den US-amerikanisch-chinesischen Wirtschaftskrieg und seinen Zusammenhang mit den Umbrüchen in der internationalen Arbeitsteilung hinzuweisen. 5) Abschließend werden einige Gedanken zur aktuellen Krise der Globalisierung präsentiert.

1. Imperialismus, Abhängigkeit und internationale Entwicklung²

In der wissenschaftlichen Diskussion im Anschluss an Marx können zwei zentrale Argumentationsmuster zur Erklärung von Unterentwicklung und kapitalistischer Ausbeutung im Weltmaßstab unterschieden werden. Sie beziehen sich zumindest implizit auf zwei widerstreitende Positionen in der marxistischen Diskussion der Nachkriegszeit, konkret auf die Dobb-Sweezy-Debatte um die Entstehung des Kapitalismus (vgl. Sweezy u.a. 1978). Während Maurice Dobb, wie die meisten klassischen marxistischen Theoretiker*innen, die Grundlage für die Entstehung des Kapitalismus in der Krise des Feudalismus und der Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse sah, war für Sweezy der Fernhandel und damit der Kolonialismus der Ausgangspunkt für die Herausbildung des Kapitalismus (ebd.; Wallerstein 2004b, 47f.). Beide Positionen fanden sich später in verschiedenen Theorien wieder, die die Entwicklungssoziologie und politische Ökonomie maßgeblich prägten.

Der Weltsystemansatz von Autor*innen wie Wallerstein, Frank oder Arrighi teilt die Position Sweezys und sieht ungleiche Handelsbeziehungen und vermachtete Märkte als ein wichtiges Element zur Erklärung von Unterentwicklung an (Wallerstein 2004b; Schmalz 2016). Das moderne Weltsystem sei durch die Eingliederung der „Neuen Welt“ durch die iberische Kolonisation seit dem 16. Jahrhundert entstanden und durch einen stetigen Ressourcentransfer nach Westeuropa (sowie später Nordamerika und Japan) geprägt. Der Kapitalismus sei seit jeher nicht alleine durch die Ausbeutung der Arbeiter*innen in der Produktionssphäre und durch kapitalistische Innovation, sondern maßgeblich durch Macht und Herrschaft im Fernhandel und im Finanzsektor geprägt, in denen große Profite erwirtschaftet werden (Braudel 1986, 97f.). Die Weltsystemtheoretiker*innen erweitern für diese Überlegungen das Zentrum-Peripherie-Modell aus der Dependenztheorie, das

1 Dem/der aufmerksamen Leser*in wird auffallen, dass in diesem Beitrag die Begriffe „Güterketten“ und „Wertschöpfungsketten“ aus sprachästhetischen Gründen synonym verwendet werden. Mit beiden Bezeichnungen ist jedoch das Konzept der Güterketten gemeint, das stärker auf die räumliche Hierarchie des globalen Kapitalismus und der Wertschöpfung eingeht (vgl. Bair 2010).

2 Einige der Gedanken in den Abschnitten eins bis drei wurden bereits in Schmalz 2018 und Schmalz 2020b präsentiert.

von einer Abhängigkeit der Peripherieländer (Primärgüterproduzenten) von den Zentrumsstaaten (Kapitalgüterhersteller) ausgeht, um das Konzept der Semiperipherie, die eine Art Puffer zwischen den beiden Zonen darstellt. Diese Struktur wird in der Lesart von Wallerstein durch ungleiche Tauschbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Zonen des Weltsystems geformt. Ihre Stabilisierung ist letztlich jedoch nur durch außerökonomische Gewalt oder die Monopolisierung von Macht möglich (Wallerstein 2004a, 520f.).

Die zweite Strömung teilt zumindest implizit die Marx-Lesart von Dobb und argumentiert sehr nah am marxischen Werk mit Produktivitätsunterschieden und unterschiedlichen Produktionsweisen in der Weltwirtschaft. Eine wichtige Inspiration ist die erste Imperialismus-Diskussion im Übergang zum 20. Jahrhundert zwischen Autor*innen wie Lenin, Luxemburg und Kautsky (vgl. Andersson 2004). Nach Auffassung der meisten imperialismustheoretischen Autor*innen herrschen große Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften und ein Dominanzverhältnis der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber den nicht-kapitalistischen Kolonien. Die Imperialismustheorie umfasst zudem Themen wie Kapitalexport im Monopolkapitalismus (vgl. Lenin 1960, 244ff.), ungleiche und kombinierte Entwicklung im globalen Kapitalismus (vgl. Trotzki 2010) oder die Kolonisierung bzw. Einverleibung von nichtkapitalistisch organisierten Bereichen (vgl. Luxemburg 1975, 296ff.). In der aktuellen Debatte werden derartige Argumentationsmuster wiederbelebt – mit einem entscheidenden Unterschied: Der heutige Kapitalismus wird als transnationalisierte Formation begriffen. Jüngere Arbeiten thematisieren daher die grenzüberschreitende Arbeitsteilung, die spätestens seit den 1980er Jahren in globalen Produktionsnetzwerken organisiert wird (Smith 2016; Taylor 2017). Dabei wird auf die unterschiedlichen Wertschöpfungsstufen in globalen Produktionsnetzwerken abgehoben, die sich in das Zentrum-Peripherie-Gefüge einfügen.

Um es zugespißt zu formulieren: Ausbeutung und die Entstehung von Profit als zentrale Themen marxischer Theorie werden von letzterer Strömung als Extraktion von Mehrwert im globalen Produktionsprozess gefasst (MEW 23, 181ff; vgl. zum Ausbeutungsbegriff: Strecker 2011), während in der Lesart der ersten Strömung eher die systematische Übervorteilung der Produzenten im globalen Süden im internationalen Warenhandel durch monopolistische Unternehmen des Nordens ursächlich scheint (Wallerstein 2004b). Es ist jedoch nicht schwer zu erkennen, dass beide Mechanismen – Mehrwertextraktion in der „verborgnen Stätte der Produktion“ (MEW 23, 189) und Monopole und Zwangsgewalt im globalen Warenhandel – in der Praxis interagieren, weshalb auch die Wissenschaftler*innen beider Strömungen wechselseitig Bezug aufeinander nehmen.³ Im Folgenden werden daher beide Modelle als legitim angesehen und als verflochten, ja, sogar konstitutiv füreinander wahrgenommen.

2. Die Neue Internationale Arbeitsteilung

Werfen wir zunächst einen Blick in die Vergangenheit, bevor wir uns aktuellen Prozessen widmen. Die globale Arbeitsteilung war schon seit der Kolonialisierung und insbesondere

3 Ein Beispiel: Die Forschung zu globalen Güter- bzw. Wertschöpfungsketten wurde ursprünglich von Wallersteins Arbeiten inspiriert. Samir Amin als Vertreter des Weltsystemansatzes nutzt wiederum das marxische Wertgesetz zur Erklärung aktueller Dynamiken auf dem Weltmarkt.

der industriellen Revolution in Großbritannien durch eine räumliche Ungleichheit geprägt: Primärgüter wie Silber, Zucker oder Tabak fanden bereits ab dem 16. Jahrhundert ihren Weg in die kapitalistischen Metropolen. Neu an der aktuellen Konstellation ist, dass die industrielle Wertschöpfung teilweise in die Semiperipherie und sogar in die Peripherie verlagert wurde. Neben klassischen arbeitsintensiven Branchen wie der Textilindustrie, die heute auch in wenig entwickelten Ländern wie Bangladesch oder Pakistan beheimatet ist, wurden seit den 1960er Jahren arbeitsintensive Produktionsstufen in komplexen Wertschöpfungsketten (Elektrotechnik, Chemierzeugnisse, Automobilproduktion etc.) aus den Zentrumsstaaten in andere Regionen verlagert. Die „neue internationale Arbeitsteilung“ (Fröbel u.a. 1977) bekam in den 1990er Jahren einen weiteren Schub: Das Ende der Systemkonkurrenz, die Gründung der WTO und der Abschluss einer Vielzahl von Freihandelsabkommen (wie die NAFTA 1994) ermöglichten die Erschließung billiger Arbeitskräfte in Asien, Osteuropa und Mittelamerika für die globale Produktion. Eine Begleiterscheinung dieser Restrukturierung war, dass sich transnationale Unternehmen herausbildeten, die es verstanden, die unterschiedlichen Formen von Arbeit in ihre Produktionsnetzwerke zu integrieren (Dörre 2013, 31ff.).

Hierbei hat sich auch die Organisationsform der Produktionsnetzwerke verändert. In sogenannten *buyer-driven value chains* spezialisieren sich heute Markenfirmen in den Zentren auf das Branding, die Forschung und den Vertrieb, während Kontraktfertiger in der Semiperipherie und Peripherie die Produktion organisieren (vgl. Gereffi 1994). So sind bei der Herstellung von Textilien etwa Unternehmen aktiv, die den meisten Konsumenten vollkommen unbekannt sind, die in vielen Fällen auf billige Arbeit in Ost-, Südost- oder Südasiens zugreifen und die Markenunternehmen beliefern (vgl. zu China: Butollo 2014). In diesen Wertschöpfungssystemen sind auch eigenständige transnationale Zuliefer- und Produktionsunternehmen entstanden, die große Mengen von Arbeiter*innen beschäftigen. Ein Beispiel hierfür ist der taiwanesischer Schuhhersteller Pou Chen, der fast eine halbe Million Menschen in Ländern wie China, Vietnam oder Indonesien beschäftigt, für Firmen wie Nike, Adidas oder Asics produziert und große Marktanteile auf dem weltweiten Sportschuhmarkt hat (Schmalz u.a. 2017, 289ff.). Solche *first tier suppliers* sind ein wichtiger Bestandteil der Weltwirtschaft geworden, die teilweise auch große Einzelhandelsunternehmen wie Walmart oder H&M mit ihren Produkten beliefern (vgl. Azhmed/Nadvi 2014).

Solche Strukturen gehen mit Lohnhierarchien zwischen den einzelnen Ländern einher. Dabei ist auffällig, dass die Löhne in den Ländern der Semiperipherie sich selbst im Rahmen eines Industrialisierungsprozesses nicht signifikant an den Status der Zentrumsstaaten annähern, d.h. die globale soziale Spaltung fortgeschrieben wird (vgl. Arrighi u.a. 2003). Die Kontraktfertigung erlaubt es den jeweiligen *lead firms*, hohe Profite aus den Güterketten zu extrahieren. In einem umfangreichen Werk arbeitete John Smith (2016) heraus, dass viele Produkte, die im globalen Süden billig hergestellt werden, zu deutlich höheren Preisen weiterkauft werden. Hierfür bezieht sich Smith (ebd., 28) u.a. auf eine Studie im Auftrag der Asian Development Bank (vgl. Xing/Detert 2011). Ein Beispiel ist hier die Produktion des iPhone, bei dem den Produktionskosten von 178,96 US-Dollar ein Ladenpreis von 500 US-Dollar gegenübersteht, sodass große Gewinne an die *lead firm* Apple und den Einzelhandel ausgeschüttet werden (Chan u.a. 2013). In der Produktionssphäre spiegelt sich diese Hierarchie nicht nur in den Niedriglöhnen, harten Arbeitsbedingungen und langen Arbeitszeiten und damit in einer vergleichsweise großen Bedeutung der absoluten Mehrwertproduktion wider, wie bei dem Produzenten Foxconn, bei dem zeitweise rund 1,2 Mio. chinesische Arbeiter*innen für 6 Prozent des US-Lohnes arbeiteten. Vielmehr herrschen

auch extreme Flexibilitätserfordernisse, wie das Beispiel der Firmenentscheidung von Apple für eine unmittelbare Umrüstung des iPhones auf bruchsicheres Glas für die Displays verdeutlicht: „New screens began arriving at the plant near midnight. A foreman immediately roused 8.000 workers inside the company’s dormitories and each employee was given a biscuit and a cup of tea, guided to a workstation and within half an hour started a 12-hour shift fitting glass screens into beveled frames. Within 96 hours, the plant was producing over 10.000 iPhones a day.“ (Duhigg/Bradsher 2012)

Ähnliche Preisunterschiede wie beim iPhone lassen sich auch in anderen Güterketten, etwa bei der Produktion von T-Shirts oder von Kaffee vorfinden (Smith 2016, 13ff.). Dieser Effekt, der von dem ehemaligen Chefökonom von Morgan Stanley, Stephen Roach (2004) auch als *global labor arbitrage* beschrieben wurde, trägt dazu bei, das BIP der Zentrumsstaaten systematisch aufzublähen und somit die Reichtumsunterschiede im Weltsystem zu verstetigen (Smith 2016, 187ff.). Ermöglicht werden diese Praktiken nicht nur durch Produktivitätsunterschiede und Machthierarchien im internationalen System, sondern auch durch die Subventionierung dieser Struktur durch niedrigere Lebenserhaltungskosten, Hausarbeit und Zuliefernetzwerke, die in vielen Fällen auf Informalität und Niedriglöhnen aufbauen (Sittel u.a. 2015). Folglich kann beim Kapitalismus des 21. Jahrhunderts von einer Ausbeutung der Ware Arbeitskraft in transnationalen Produktionsnetzwerken gesprochen werden, die sowohl auf der Monopolisierung von Märkten als auch auf der schonungslosen Ausbeutung der Ware Arbeitskraft in der Produktion im globalen Süden aufsetzt. Daher sind die Produktionsnetzwerke für die *lead firms* hoch profitabel. So erwirtschaftete Apple im vierten Quartal 2019 eine märchenhaft hohe Profitrate von 38,4 Prozent. Der Wert der Firma, die zu einem beliebten Investitionsobjekt für Aktionäre geworden ist, belief sich Ende 2019 auf insgesamt 1,23 Billionen US-Dollar.

Die Kontraktfertigung ist vor allem in Ostasien (und zunehmend auch Südasiens) angesiedelt. China hat seit den 1990er Jahren aufgrund seiner Größe und seiner geschickten Industrie- und Außenwirtschaftspolitik eine rasante industrielle Entwicklung erfahren. Das Land ist so zu einer Art regionaler Exportplattform herangewachsen, auf der viele Industrieprodukte aus Komponenten montiert, weiterverarbeitet und in die Absatzmärkte der USA und Europas geliefert werden. Die Folge war ein exportorientiertes Wirtschaftsmodell mit einem hohen Außenhandelsanteil am BIP, der in den Jahren 2006 und 2007 mit beinahe zwei Dritteln einen Wert erreichte, den „ansonsten nur kleinere Handelsökonomien wie Singapur, Taiwan oder die Niederlande“ aufweisen (Schmidt/Heilmann 2010, 64). Gleichzeitig erwirtschaftete die Volksrepublik gewaltige Exportüberschüsse und häufte Devisenreserven von über 3,1 Billionen US-Dollar (Stand Januar 2020) an, die sie zu einem guten Teil in US-Staatsanleihen (1,1 Billionen US-Dollar, Stand Januar 2020) und damit den finanziellen Überbau des westlichen Kapitalismus investierte. Diese Konstellation wurde auch als „*Chimerica*“ (Ferguson 2009, 294ff.) bezeichnet: China operierte als Werkstatt der Welt mit Niedriglöhnen und als Exporteur und die USA als verschuldeter globaler „*consumer of last resort*“ mit einem florierenden Finanz- und Hochtechnologiesektor.⁴ Um es in marxischer

4 Europa ist ebenfalls Teil dieser Konstellation, denn die Europäische Union importiert ähnlich große Mengen an chinesischen Gütern wie die USA. Allerdings war das chinesische Engagement im europäischen Finanzsektor (mit Ausnahme Großbritanniens) weniger ausgeprägt als in den Vereinigten Staaten. Erst nach der Krise 2008 tätigten chinesische Investoren große Staatsanleihekäufe in Europa, die sich jedoch im Rahmen der Eurokrise als risikobehaftete Anlagen entpuppten.

Terminologie zu formulieren: Durch die *Chimerica*-Konstellation wurde die rasche Ausdehnung des fiktiven Kapitals in den USA begünstigt. Die Überakkumulation im US-amerikanischen Bau- und Immobiliensektor war letztlich eng mit der strukturellen Unterkonsumtion in China und Disproportionen in der internationalen Arbeitsteilung verbunden (vgl. Ivanova 2011). Dieses globale Akkumulationsregime schlitterte jedoch 2008/09 in eine tiefe Krise.

3. Widersprüche und Machtverschiebungen im globalen Kapitalismus

Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 verdeutlichte, dass die globalen Ungleichgewichte, die sich im Welthandel und bei den Kapitalströmen herausgebildet hatten, nicht mehr aufrecht zu erhalten waren. Die große Blase auf dem US-Immobilienmarkt beruhte auf einem stillschweigenden Übereinkommen: Sie war nur möglich, da die US-Notenbank die Leitzinsen niedrig gehalten und die chinesische Notenbank systematisch Exporterlöse in das US-Finanzsystem transferiert hatte (vgl. Brender/Pisani 2009, 46ff.). Diese Symbiose war u.a. auf Machtbeziehungen im globalen Kapitalismus zurückzuführen (US-Hegemonialstatus und Weltgeldrolle des Dollars etc.), kann aber auch anders interpretiert werden. Denn der globale Kapitalismus ist nicht statisch, er neigte historisch immer wieder dazu, seinen Schwerpunkt zu verlagern. Weltmächte wie die USA sind aus der Semiperipherie der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihr Zentrum aufgerückt (Chase-Dunn 1990, 179). Heute wird diskutiert, ob China in ähnlicher Weise die USA als Hegemonialmacht ablösen könnte (vgl. Arrighi 2008; Jacques 2010; Hung 2016; Schmalz 2018). Ob dies möglich ist, hängt jedoch nicht nur von der Struktur der globalen Wertschöpfung ab, sondern auch von anderen Faktoren wie militärischer Macht, Kontrolle über Rohstoffe und geopolitischen Bündnissen.

Diese Dynamik spiegelt sich auch in der globalen Wertschöpfung und internationalen Arbeitsteilung wider: Denn im Jahrzehnt nach der Krise trieb die chinesische Staats- und Parteiführung den ökonomischen Modellwandel voran. Es gehe darum „den Käfig zu leeren, um die Vögel auszuwechseln“, erklärte Wang Yang, der damalige Gouverneur der ökonomisch bedeutenden Provinz Guangdong (Lim 2016, 423). Die Maßnahmen zielten darauf, mittelfristig höhere Wertschöpfungsstufen anzusiedeln, die Industrieproduktion aufzuwerten und das Exportregime mit seinen billigen Löhnen aufzubrechen (zur Diskussion: vgl. Ahuja u.a. 2013; Hung 2016). Es lassen sich heute einige Zeichen für einen solchen Umbruch erkennen: Zunächst sind die Löhne seit ungefähr 2011 deutlich angestiegen, erstmals seit Jahren wächst der Konsum seit 2014 schneller als die Investitionen (Lardy 2019). Gründe hierfür sind u.a. Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, Streiks und auch die staatliche Sozialpolitik (Schmalz u.a. 2017). Außerdem hat der Binnenmarkt gegenüber dem Außenhandel an Bedeutung gewonnen: Der Exportanteil sank von sehr hohen 36 Prozent des BIP (2006) auf 18,4 Prozent des BIP (2019). Vermehrt richten sich Produzenten (z.B. im Automobilssektor) am chinesischen Markt aus. Zudem haben sich in China große Einzelhandelsunternehmen wie der Elektrogeräthändler Suning herausgebildet. Die Bedeutung nationaler gegenüber transnationalen Wirtschaftskreisläufen wurde in China also bereits vor der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten gestärkt.

Mit dem *Made in China 2025*-Plan werden heute zudem systematisch Schlüsseltechnologien wie High-End-Maschinen, Roboter oder die Luftfahrt gefördert (Lüthje/Butollo 2017). Die Industrie soll so das Niveau Deutschlands und Japans erreichen. Hinzu kommt, dass die chinesischen Anleger ihre Investitionen umschichteten, die Käufe von US-amerikanischen Staatsanleihen wurden seit Ende 2010 nur noch geringfügig aufgestockt. Vielmehr gingen zwischen 2005 und

2019 chinesische Direktinvestitionen von rund 2 Billionen US-Dollar ins Ausland (AEI/Heritage Foundation 2020). Darunter fielen auch strategische Akquisitionen von Hochtechnologieunternehmen, wie etwa die 5,5 Milliarden Euro schwere Übernahme des Augsburger Roboterherstellers KUKA durch den Haushaltsgerätehersteller Midea veranschaulicht. Dennoch existieren Probleme und Krisentendenzen, wie die hohe Verschuldung der Kommunen und Unternehmen, die Blasenbildung auf den Immobilienmärkten und die Überkapazitäten in der Industrie.

Die Regierung Obama hinterfragte das *Chimerica*-Modell zunächst nicht (Solyt 2019). Vielmehr blieb die finanzialisierte konsumgetriebene Wirtschaftsweise mit hohen Defiziten im Außenhandel bestehen, trotz eines soliden Beschäftigungswachstums wurden vor allem niedrig entlohnte Jobs geschaffen. Die Verlagerungen von Industriearbeitsplätzen ebten ebenfalls nicht ab. Alleine zwischen 2000 und 2011 wurden laut Schätzungen über zwei Millionen Industriebeschäftigte ausgelagert (Acemoglu u.a. 2016). Allerdings wurde in der Post-Krisenphase deutlicher, dass US-amerikanische Unternehmen nicht mehr umstandslos die globalen Wertschöpfungsstrukturen beherrschten und China zunehmend die Rolle eines Herausforderers annahm: Für diesen Wandel war neben großen Investitionsprojekten wie das einer Seidenstraße (*Belt and Road-Initiative*) (Xing 2019) vor allem der Aufstieg der chinesischen Technologieunternehmen in Bereichen wie der KI-Forschung oder der 5G-Technologie ein Indiz. An der Spitze der globalen Wertschöpfungsketten stehen neben Einzelhandelsunternehmen und institutionellen Investoren vor allem Technologieunternehmen. Als besonders profitabel gelten etwa die US-amerikanischen Tech Five (Amazon, Alphabet, Apple, Facebook und Microsoft), die regelmäßig Profitraten im hohen zweistelligen Bereich erzielen. Im Jahrzehnt nach der Finanzkrise ist in China mit Digitalunternehmen wie Tencent, Baidu und Alibaba (Scheuer 2018, 36ff.) sowie Huawei und ZTE allerdings eine Gegenstruktur zu den *Tech Five* entstanden, lediglich ein Softwareentwickler mit einem eigenen Computerbetriebssystem wie Microsoft Windows fehlt der aufsteigenden Technologiemacht. Einige dieser Tech-Unternehmen wie Tencent oder Baidu sind auf den chinesischen Binnenmarkt orientiert, andere wie Alibaba beginnen gerade ihre internationale Expansion. Mit Huawei und ZTE existieren allerdings zwei transnationale Konzerne, die ihre 5G-Technologie und Endgeräte weltweit vertreiben. Ein Drittel aller auf dem US-amerikanischen Markt verkauften Smartphones im Jahr 2017 stammte etwa von ZTE. In anderen Worten: Heute gibt es durchaus chinesische *lead firms* in globalen Wertschöpfungsketten, die diese kontrollieren und hohe Profite (ähnlich wie Apple) erwirtschaften. Durch diese wird die traditionelle „neue“ internationale Arbeitsteilung durcheinandergebracht; mit weitreichenden ökonomischen und politischen Folgen.

4. Der US-amerikanisch-chinesische Wirtschaftskrieg

Die Widersprüche dieser komplexen Konstellation entluden sich seit 2016. Zunächst schlugen die Industrieverlagerungen nach China wie ein Bumerang auf die US-Innenpolitik zurück: Unter dem Slogan „*Make America Great Again*“ konnte Trump bei den Präsidentschaftswahlen Globalisierungsverlierer im deindustrialisierten Rust Belt in Bundesstaaten wie Wisconsin, Pennsylvania, Ohio und Michigan mobilisieren (Fraser 2017; McQuarrie 2017). China „stehle“, so Trump, mit Subventionen und einer unterbewerteten Währung amerikanische Jobs, das immense Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China sei das Ergebnis dieser Politik. Diese anti-chinesische Propaganda wurde zu einem Faktor in Trumps Wahlkampf, sie war wichtig um die Stimmen im deindustrialisierten Rust Belt zu gewinnen (Shambaugh 2017). Das „*boundary drawing*“ (Silver

2005, 20) der weißen Industriearbeiterschaft gegenüber Minderheiten wurde im Wahlkampf also von dem Ruf nach einem wirtschaftsnationalistischen Kurs begleitet. Auf diese Weise bediente die Wahlkampfrhetorik die protektionistischen und antichinesischen Stimmungen in den deindustrialisierten Bundesstaaten und konnte demokratische Stammwähler für sich gewinnen, die von der Freihandelspolitik der Vorgängerregierungen negativ betroffen waren (McQuarrie 2017).

Die Regierung Trump stellte bereits kurz nach Amtsbeginn die *Chimerica*-Konstellation in Frage. Die Vorgängerregierung Obama hatte eine andere handelspolitische Ausrichtung verfolgt. Ihre Zielsetzung lässt sich als „T-Strategie“ umschreiben (Daniljuk 2015, 529). Die USA verhandelten verschiedene Handels- und Investitionsabkommen: Das *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) mit 28 europäischen Ländern, das Trade in Services Agreement (TISA) mit 23 Staaten in Amerika, Europa, Ostasien und Ozeanien und das *Trans-Pacific Partnership* (TPP) mit elf Pazifikanrainerstaaten hätten ein T-förmiges Handelsnetzwerk ergeben, das neben Ostasien Amerika und Europa umfasst hätte. Die Abkommen hätten zu einer Vertiefung des globalen Freihandelsregimes und der internationalen Arbeitsteilung beigetragen, indem Bereiche wie der Investitionsverkehr, Wettbewerbsmechanismen oder die staatliche Güterversorgung stärker liberalisiert worden wären (Schmalz 2018, 330ff; Scherrer 2019). Sie hätten aber – zumindest in Ostasien – auch den wirtschaftlichen Einfluss chinesischer Konzerne im Pazifikraum zurückgedrängt und alternative Standorte für arbeitsintensive Produktionsprozesse erschlossen.

Bereits kurz nach der Amtseinführung verließ die Regierung Trump die Verhandlungen zum TPP. In den folgenden Monaten setzte sich ein Kurs durch, der nicht als per se protektionistisch bezeichnet werden kann. Es handelt sich eher um einen „liberalen ökonomischen Nationalismus“ (Helleiner 2002, 319), bei dem Zölle und Sanktionen dafür genutzt werden, um Freihandelsabkommen neu zu verhandeln und Märkte für US-Konzerne zu öffnen und das geistige Eigentum zu schützen (Scherrer/Abernathy 2017). Durch Angriffszölle und Sanktionen soll China zum Einlenken gebracht werden. Dabei steht nicht nur die Korrektur der Handelsbilanz oder eine Dynamisierung der heimischen Industrie im Mittelpunkt. Vielmehr sollen US-Zukunftsbranchen ihre Stellung in der internationalen Arbeitsteilung und bei der internationalen Extraktion von Mehrwert behalten. Die USA setzen daher auf Importzölle gegen chinesische Importe sowie Sanktionen; damit gehen Forderungen nach einer Marktöffnung für US-Exporte, dem Schutz intellektuellem Eigentum sowie einem staatlichen Förderungstopp von Zukunftsbranchen wie der Chipindustrie einher (Schmalz 2019). Letztlich richten sich diese Maßnahmen gegen die Funktionsweise des chinesischen Staatskapitalismus, der bisher mit Zöllen, Subventionen und Rahmenplänen erfolgreich zur technologischen Entwicklung des Landes beigetragen hatte.

Die US-amerikanischen Zölle, die zeitweise rund 70 Prozent der US-Importe aus China betrafen, wirkten sich nicht nur auf die Exporteure aus, die sich am US-Markt ausgerichtet haben. Auch Firmen, die von technologischen Inputs aus den USA abhängig sind, wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Neben einem Exporteinbruch entschieden gerade ausländische Konzerne, die China als verlängerte Werkbank genutzt hatten, Teile der Produktion auszulagern. Chinas Rolle als Exporteur und als Zulieferer für Firmen in US-zentrierten Produktionsnetzwerken wurde nun für das Land zum Problem (King 2019). Gerade chinesische Tech-Firmen wurden ins Visier genommen: Die US-Regierung lastete zunächst dem Telekommunikationsunternehmen ZTE und später Huawei einen Verstoß gegen die Irak-Sanktionen an. Dabei ging sie soweit, dass ZTE zeitweise seine Produktion einstellen musste, da der Konzern keine Halbleiter mehr beziehen konnte. Huawei wurde sogar auf eine schwarze Liste gesetzt, sodass das Unternehmen z.B. keine

Android-Apps von Google mehr auf Handys mitausliefern kann. Hinzu kamen weitere Maßnahmen wie eine restriktivere Visa-Vergabe für chinesische Studenten und sogar Überlegungen, die Börsennotierung von chinesischen Unternehmen in den USA einzustellen (Bloomberg 2019; Rapeport/Swanson 2019). Das Zwischenabkommen mit China über graduelle Zollerleichterungen, das die Regierung Trump vor dem Hintergrund des anstehenden Wahlkampfs mit der chinesischen Staatsführung im Januar 2020 unterzeichnete, hatte in dieser Konstellation eher die Funktion eines vorübergehenden Waffenstillstands. Die Corona-Krise und die wachsenden Spannungen zwischen China und den USA zeigten wie brüchig ein solches Übereinkommen ist: So werden in den USA bereits weitere Maßnahmen, etwa ein Verbot der chinesischen Apps TikTok und Wechat, diskutiert.

5. Neue Dynamiken im 21. Jahrhundert

In dem Beitrag wurde argumentiert, dass mit der „Neuen Internationalen Arbeitsteilung“ globale Wertschöpfungsketten entstanden sind, in denen *lead firms* in den Zentrumsstaaten große Profitraten erwirtschaften. Diese werden über Extraktion von Mehrwert im globalen Produktionsprozess (Ausbeutung von Arbeit in Niedriglohnländern sowie Produktivitätsunterschiede) sowie die Zwangsgewalt im globalen Warenhandel (Monopole und Kontrolle von Märkten) erwirtschaftet. In vielen dieser Ketten greifen Markenunternehmen auf billige Arbeit in Ost-, Südost- oder Südasiens zu, lokale *first tier*-Unternehmen übernehmen hingegen die Produktion von Komponenten und Montage der Endprodukte vor Ort.

China hatte in dieser Konstellation lange Zeit eine Sonderrolle: Die Verfügbarkeit von großen Mengen an billigen Arbeitskräften und die vorhandene Infrastruktur trugen dazu bei, dass China als Werkbank der Welt seit den 1990er Jahren zum Hauptziel der Auslagerung von arbeitsintensiven Produktionsschritten wurde. Das Land wuchs bis Mitte der 2000er Jahre zu einer erfolgreichen Exportnation mit hohen Handelsbilanzüberschüssen heran. Eine geschickte Industriepolitik, staatliche Investitionen und die *economies of scale* halfen dabei, dass chinesische Unternehmen ihre Industrie aufwerteten und neue High-Tech-Unternehmen entstanden; auf diese Weise wurde im Laufe der 2010er Jahre schließlich die traditionelle Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zwischen China und den alten kapitalistischen Zentren in Frage gestellt. Der US-amerikanisch-chinesische Wirtschaftskrieg deutet darauf hin, dass sich diese Widersprüche nun entladen: Die Zölle und Sanktionen, die die Regierung Trump gegen chinesische Tech-Unternehmen verhängte, sind ein Ausdruck der neuen Hochtechnologiekonkurrenz um die Kommandohöhen der globalen Produktionsnetzwerke.

Eine zentrale Frage besteht darin, welche Folgen die Auseinandersetzung zwischen China und den alten kapitalistischen Zentren haben wird. Der Konflikt zwischen den USA und China seit 2018 hat jedenfalls die zentrale Grundlage des Geschäftsmodells des globalen Kapitalismus untergraben. Vor dem Hintergrund eines ohnehin stagnierenden Welthandels und Investitionsverkehrs scheint die Phase einer reibungslosen Globalisierung und einer immer stärkeren Internationalisierung der Produktion vorerst vorüber zu sein; dieser Eindruck wird durch verschiedene Dynamiken seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie wie Tendenzen zum *Reshoring* der Produktion aufgrund wachsender Risiken in den Lieferketten zusätzlich verstärkt (The Economist 2020; Schmalz 2020a, 359f.). Ob ein Regierungswechsel in den USA nach den Präsidentschaftswahlen 2020 zu einer dauerhaften Trendumkehr führen wird, ist ungewiss. Es ist vielmehr absehbar, dass

die Auseinandersetzungen zwischen den USA und China den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts prägen werden.

Literatur

- Acemoglu, Daron u.a. (2016): Import Competition and the Great US Employment Sag of the 2000s, in: *Journal of Labor Economics*, 34 (S1), 141-198.
- AEI [American Enterprise Institute]/Heritage Foundation (2020): China Global Investment Tracker, URL: <http://www.aei.org/china-global-investment-tracker/> (Zugriff: 11.8.2020).
- Ahuja, Ashvin u.a. (2013): An end to China's imbalances? In: Anoop Singh u.a. (Hg.), *China's economy in transition: From external to internal rebalancing*, Washington, 9-30.
- Andersson, Jan Otto (2004): Imperialismus, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 6/I, Hamburg, 848-864.
- Arrighi, Giovanni (2008): *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, Hamburg.
- u.a. (2003): Industrial Convergence and the Persistence of the North-South Divide, in: *Studies in Comparative International Development* 38 (1), 3-31.
- Azmeh, Shamel/Nadvi, Khalid (2014): Asian Firms and the Restructuring of Global Value Chains, in: *International Business Review* 23 (4), 708-717.
- Bair, Jennifer (2010): Globaler Kapitalismus und Güterketten. Rückblick und Ausblick, in: Fischer, Karin u.a. (Hg.), *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*, Wien, 24-42.
- Bloomberg (2019): Trump's Next Trade War Target: Chinese Students at Elite Schools, 3.6.2019, URL: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-06-03/trump-s-next-trade-war-target-chinese-students-at-elite-schools> (Zugriff: 11.8.2020).
- Braudel, Fernand (1986): *Die Dynamik des Kapitalismus*, Stuttgart.
- Brender, Anton/Pisani, Florence (2009): *Globalised Finance and its Collapse*, Brüssel.
- Butollo, Florian (2014): The End of Cheap Labour? Industrial Transformation and „Social Upgrading“ in China, Frankfurt a.M./New York.
- Chan, Jenny u.a. (2013): The Politics of Global Production. Apple, Foxconn and China's New Working Class, in: *New Technology, Work and Employment* 28 (2), 100-115.
- Chase-Dunn, Christopher (1990): World State Formation. Historical Processes and Emergent Necessity, in: *Political Geography Quarterly* 9 (2), 108-130.
- Daniljuk, Malte (2015): America's T-Strategy. Die US-Hegemonie und die Korrektur der US-Außen- und Energiepolitik, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 45 (4), 545–562.
- Dörre, Klaus (2013): Landnahme: Unternehmen in transnationalen Wertschöpfungsketten, in: *Aus Politik & Zeitgeschichte* 64 (1-3), 28-34.
- Duhigg, Charles/Bradsher, Keith (2012): How the U.S. Lost Out on iPhone Work. In: *New York Times*, 21.1.2012, URL: <http://www.nytimes.com/2012/01/22/business/apple-america-and-a-squeezed-middle-class.html> (Zugriff: 11.8.2020)
- Ferguson, Niall (2009): *Der Aufstieg des Geldes. Die Währung der Geschichte*, Berlin.
- Fraser, Nancy (2017): Against Progressive Neoliberalism. A New Progressive Populism, URL: https://www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism (Zugriff: 28.9.2017).
- Fröbel, Folker u.a. (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek.
- Gereffi, Gary (1994): The organization of buyer-driven global commodity chains. How US retailers shape overseas production networks, in: ders./Miguel Korzeniewicz (Hg.), *Commodity Chains and Global Capitalism*, Westport, 95-122.

- Helleiner, Eric (2002): Economic nationalism as a challenge to economic liberalism? Lessons from the 19th century, in: *International Studies Quarterly*, 46 (3), 307–329.
- Hung, Ho-Fung (2016): *The China Boom. Why China Will Not Rule the World*, New York.
- Ivanova, Maria (2011): Money, housing and world market: the dialectic of globalised production. In: *Cambridge Journal of Economics* 35 (5), 853–871.
- Jacques, Martin (2010): *When China rules the world. The end of the western world and the birth of a new global order*, New York.
- King, Samuel (2019): Why China Cannot Win a Trade War against the USA, *Rupture Magazine*, 3, URL: <https://rupturemagazine.org/2019/08/04/why-china-cannot-win-a-trade-war-against-the-usa%E2%80%A8-samuel-t-king/> (Zugriff: 11.8.2020).
- Lardy, Nicholas R. (2019): *The state strikes back. The end of economic reform in China?* Washington, DC.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1960): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: ders., *Werke*, Bd. 22, Berlin, 191–309.
- Lim, Kean Fan (2016) 'Emptying the cage, changing the birds': state rescaling, path-dependency and the politics of economic restructuring in post-crisis Guangdong, in: *New Political Economy*, 21 (4), 414–435
- Lüthje, Boy/Butollo, Florian (2017): „Made in China 2025“: Intelligent Manufacturing and Work, in: Abigail Marks u.a. (Hg.), *The New Digital Workplace. How Technologies Revolutionise Work*, Basingstoke, 42–61.
- Luxemburg, Rosa (1975): *Die Akkumulation des Kapitals*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin, 5–412.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1957ff.): *Werke*, Berlin (= MEW).
- McQuarrie, Michael (2017): The Revolt of the Rust Belt. Place and Politics in the Age of Anger, in: *The British Journal of Sociology* 68 (1), 120–152.
- Rapeport, Alan/Swanson, Ana (2019): White House Weighs Blocking Chinese Companies From US Exchanges, in: *New York Times*, 27.9.2019, <https://www.nytimes.com/2019/09/27/us/politics/trump-china-stock-exchange.html> (Zugriff: 11.11.2019).
- Roach, Stephen (2004): How global labour arbitrage will shape the world economy ' <http://ecocritique.free.fr/roachglo.pdf> (Zugriff: 11.08.2020)
- Scherrer, Christoph (2019): Direkte Konfrontation statt Umzingelung. US-Handelspolitik unter Trump mit China, in: *Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 49 (1), 35–57.
- Scherrer, Christoph/Abernathy, Elizabeth (2017): Trump's Trade Policy Agenda, in: *Intereconomics* 52 (6), 364–369.
- Scheuer, Stephan (2018): *Der Masterplan. Chinas Weg zur Hightech-Weltherrschaft*, Freiburg.
- Schmalz, Stefan (2016): *Weltsystemansatz*, in: Manuela Boatcă u.a. (Hg.), *Handbuch Entwicklungsforschung*, Wiesbaden, 55–66.
- (2018): Das weltweite Industrieproletariat – ein Gespenst von gestern? Anmerkungen zur internationalen Arbeitsteilung und zum Aufstieg Chinas, in: Tine Haubner/Tilman Reitz (Hg.), *Marxismus und Soziologie*, Weinheim, 39–49.
- (2018): *Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise*, Frankfurt/New York.
- (2020a): Der Corona-Crash in China, in: *Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 50 (2), 355–362.
- (2020b): Widersprüche der Globalisierung: Der Aufstieg Chinas und der Wirtschaftskrieg mit den USA, in: Klaus Kraemer/Sascha Münnich (Hg.), *Ökonomischer Nationalismus. Soziologische Analysen wirtschaftlicher Ordnungen*, Frankfurt/New York, i.E.
- u.a. (2017): The Yue Yuen Strike: Industrial Transformation and Labour Unrest in the Pearl River Delta, in: *Globalizations* 14 (2), 285–297.
- Schmidt, Dirk/Heilmann, Sebastian (2010): *Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China*, Wiesbaden.

- Shambaugh, David (2017): Tough Engagement and Managed Competition, in: *Asia Policy* 23 (1), 4-12.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin.
- Sittel, Johanna u.a. (2015): Reflexionen zum Informalitätskonzept am Beispiel der argentinischen Automobilindustrie, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 31 (4), 59-82.
- Smith, John (2016): *Imperialism in the Twenty-First Century. Globalization, Super-Exploitation and Capitalism's Final Crisis*, New York.
- Soltz, Ingar (2019): Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 25 (2), 199–223.
- Strange, Susan (1988): *States and Markets*, London/New York.
- Strecker, David (2011): Exploitation, in: Keith Dowding (Hg.), *Encyclopedia of Power*, Thousand Oaks, 232-236.
- Sweezy, Paul u.a. (1978): *Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus*, Frankfurt/M.
- Taylor, Ian (2017): *Global Governance and Transnationalizing Capitalist Hegemony: The Myth of the 'Emerging Powers'*, London.
- The Economist (2020): Covid-19 is teaching hard lessons about China-only supply chains, 29.2.2020, URL: <https://www.economist.com/china/2020/02/29/covid-19-is-teaching-hard-lessons-about-china-only-supply-chains> (Zugriff: 11.8.2020)
- Trotsky, Leo (2010): *Geschichte der Russischen Revolution*, Berlin.
- Wallerstein, Immanuel Maurice (2004a): *Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Wien.
- (2004b): *World-systems Analysis. An Introduction*, Durham.
- Xing, Yuqing/Detert, Neal (2011): How the iPhone widens the US Trade Deficit with the People's Republic of China. ADBI Working Paper Series No. 257, Mai 2011, URL: <http://www.adb.org/sites/default/files/publication/156112/adbi-wp257.pdf> (Zugriff: 11.8.2020).
- Xing, Li (2019): *Mapping China's „One Belt One Road“ Initiative*, Cham.

Ingo Schmidt

Große Krisen und die Rechte Erklärungen, Feindbestimmung und Lösungsvorschläge von den 1870er Jahren bis heute

In der Krise wittert die Linke Morgenluft. Wirtschaftsjournalisten fragen, ob Marx nicht doch recht hatte. Doch bevor die roten Fahnen ausgerollt werden, sind die Krisen meistens schon wieder vorbei. Oder, wenn es sich um größere Krisen handelt, es tauchen rechte Bewegungen auf, denen es weniger um die Überwindung kapitalistischer Krisen als die Abwehr linker Herausforderungen geht. Ursachen und Verlaufsformen großer Krisen waren vom Gründerkrach 1873 bis zum Wall Street Crash 2007 und den jeweils anschließenden Stagnationsphasen sehr unterschiedlich. Jede dieser großen Krisen war international und führte zum Aufschwung linker wie rechter Bewegungen. Diese politischen Reaktionen waren von Land zu Land und Krise zu Krise verschieden und hatten selbst Einfluss auf den weiteren Krisenverlauf.

An Literatur zu Krisen und linken oder rechten Bewegungen besteht kein Mangel. Natürlich verweisen viele Krisenanalysen auf politische Reaktionen von links oder rechts, verfolgen das Thema aber selten weiter. Umgekehrt fehlt in wenigen Untersuchungen zu linken oder rechten Bewegungen der Hinweis, dass diese durch die eine oder andere Krise verursacht, bestärkt oder auch behindert wurden. Es dominiert aber eine Sichtweise, der zufolge politische Bewegungen sich nach einer eigenen – von Ideen, Institutionen oder Klassenzusammensetzungen bestimmten – Logik entwickeln. Sofern es sich um marxistische Analysen handelt, schließen Krisenanalysen zumeist in der einen oder anderen Form an die von Marx in *Das Kapital* dargestellten Widersprüche der Kapitalakkumulation an. Politische Reaktionen werden zwar dargestellt, es bleibt aber zumeist unklar, worauf Anziehungs- und Durchsetzungskraft verschiedener Akteure beruhen. Untersuchungen zu linken oder rechten Bewegungen folgen eher dem Marx-Engels'schen Diktum, dass alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei. Oft in Abgrenzung von zu Recht, aber manchmal auch zu Unrecht als 'ökonomistisch' gebrandmarkten Krisenanalysen konzentrieren sich viele dieser Analysen so sehr auf ideologische und politische Faktoren, dass Fragen der ökonomischen Reproduktion bzw. deren Scheitern unter den Tisch fallen.

Kapitallogik und Klassenkampf gehen, so könnte man meinen, in unterschiedlichen Welten von statten. Dabei sollten gerade Krisen, in denen die Kapitallogik den Fortgang der Akkumulation und die damit verbundene Reproduktion bestehender Klassenverhältnisse nicht mehr gewährleisten kann und die damit Handlungsspielräume jenseits dieser Logik eröffnen, ein Anlass sein, das Verhältnis von Akkumulations- und Krisengesetzen und Klassenkampf in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen.

Weltsystem- und Lange Wellen-Theoretiker haben einige Ansätze in dieser Richtung vorgelegt (Arrighi u.a. 1989, Mandel 1987, Schmidt 2012, Silver 2003). Diese sind aber einseitig, weil sie sich lediglich auf die Beziehungen zwischen Akkumulation und Krise einerseits und den Kämpfen zwischen Kapital und linken Bewegungen andererseits beziehen. In großen Krisen kommt es

aber auch zu Aufschwüngen rechter Bewegungen. Die Linke kämpft insofern an zwei Fronten: Gegen die von der Krise geschwächten dominanten Fraktionen des Kapitals und eine von der Krise begünstigte Rechte. Um diese Rechte oder genauer, deren von Krise zu Krise verschiedenen Inkarnationen, soll es in diesem Kapitel gehen. Damit soll ein theoretischer Rahmen geschaffen werden, der bei der historischen Einordnung rechter Bewegungen hilft und, zusammen mit vorliegenden Arbeiten zum Verhältnis von kapitalistischer Entwicklung und linken Krisenlösungen, ein halbwegs vollständiges Bild der politischen Konfliktlagen in großen Krisen seit den 1870er Jahren ergibt.

Zu diesem Zweck wird im folgenden Abschnitt die Verwendung der Begriffe 'Krise' sowie 'linke' bzw. 'rechte' Krisenlösungen erklärt. Die theoretisch bestimmten Begriffe werden danach zur Analyse von Imperialismus und Faschismus sowie neoliberaler Globalisierung, Neofaschismus und Rechtspopulismus angewandt. Dabei werden für die Perioden von den 1870er bis in die 1930er Jahre und den 1970er Jahren bis in die Gegenwart die Widersprüche des Kapitalismus, an denen sich große Krisen entzündeten, die dadurch aufgeworfenen Herausforderungen kapitalistischer Herrschaft sowie die von der Rechten jeweils vorgenommenen Krisenerklärungen, Feindbestimmungen und daran anknüpfende Krisenlösungen dargestellt. Linke Krisenlösungen kommen dabei nur als Bezugs- bzw. Abgrenzungspunkte rechter Bewegungen zur Sprache, ansonsten sei in diesem Zusammenhang auf die bereits erwähnten Analysen zum Verhältnis von Krise und linken Bewegungen aus Perspektive der Weltsystem- und Lange Wellen Theorie verwiesen.

1. Theorie: Krisen und Krisenlösungen von links und rechts

Die Krisen, die hier zur Debatte stehen, sind große, strukturelle oder auch systemische Krisen. In solchen Krisen versagen die bestehenden Reaktionsformen von Unternehmen und Politik auf ökonomische Rezessionen. Deswegen sind die Abschwünge in großen Krisen tiefer als in reinen Konjunkturkrisen. Die Erholung dauert länger, weil neue Formen des Krisenmanagements gefunden werden müssen. Ein Such- und Anpassungsprozess, der dadurch erschwert wird, dass das Versagen bestehender Reaktionsformen die Legitimität des Kapitalismus, zumindest in seiner bestehenden Form, untergräbt und zu Rissen im jeweiligen Block an der Macht führt. Diese Risse werden dadurch verstärkt, dass es bereits vor Ausbruch der Krise Widerstände gegen bestimmte Akkumulationsstrategien oder deren Auswirkungen gab, vor allem als Reaktion auf zunehmende Ungleichheit und die Zerstörung nicht-kapitalistischer Milieus. Diese Widerstände tragen auch zum Versagen etablierter Formen der Krisenverarbeitung bei.

Historische Blöcke haben sich im Kapitalismus um verschiedene Formen des Liberalismus gebildet. Dies galt für den klassischen Liberalismus als organisierende Idee der aufstrebenden Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus. Es galt für den Sozialliberalismus bzw. Keynesianismus als Idee der Einbindung der reformistischen Arbeiterbewegung bei gleichzeitig militanter Abgrenzung vom Kommunismus. Und es gilt für den Neoliberalismus als Idee sozialer Gegenreform unter Einbindung Schichten der arbeitenden Klasse, die vom Sozialstaat enttäuscht waren. Jede große Krise des Kapitalismus ging mit einer ideologischen Krise des Liberalismus einher. Linke und rechte Herausforderungen des jeweiligen historischen Blocks wurden deshalb immer als Kritik an oder Abgrenzung von dem jeweiligen Liberalismus formuliert. Linke Kritik entzündete sich immer wieder daran, dass das liberale Versprechen von Freiheit und Gleichheit unter kapitalistischen Bedingungen nicht eingehalten würde. Es bedürfe zumindest tiefgreifender sozialer

Reformen, um die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Klassen abzumildern oder durch einen revolutionären Umsturz zu überwinden. Wo der Liberalismus individuelle Gleichheit vor dem Recht als Voraussetzung freier Entfaltung betont und Einkommensunterschiede auf unterschiedliche individuelle Präferenzen mit Blick auf Erwerbstätigkeit und Freizeit erklärt, weisen Linke darauf hin, dass die Spielräume individueller Selbstentfaltung entscheidend davon abhängen, ob jemand in die besitzenden oder arbeitenden Klassen geboren und entsprechend sozialisiert wurde.

Im Unterschied zum Individualismus der Liberalen und der Klassenpolitik der Linken behauptet die Rechte, zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen gäbe es biologische oder kulturelle Unterschiede. Die Abgrenzung zwischen diesen Gruppen konstituiere eine natürliche und vor allem auch hierarchische Ordnung, Vermischung zwischen diesen Gruppen führt demnach zum Niedergang der höherwertigen Völker oder Zivilisationen. Hierarchien sieht die Rechte auch im Inneren einzelner Länder. Unmut auf den unteren Rängen ist ihr aber nicht Anlass zum Kampf für mehr Gleichheit. Entsprechende Bemühungen werden vielmehr als Ursache der Krise ausgemacht: Angehörige fremder Gruppen, wahlweise jüdische Banker und Bolschewisten oder Kosmopoliten und Immigranten, gelten als Angehörige minderwertiger Gruppen, die von außen in höherwertige Völker und Zivilisationen eindringen, um sie von innen zu zersetzen.

Die Unterschiede zwischen Liberalismus, linken und rechten Weltbildern könnten größer kaum sein, sollten aber nicht über gemeinsame Bezugspunkte hinwegtäuschen. Dass die Linke den Liberalismus für seine Halbheiten in Sachen Freiheit und Gleichheit kritisiert und insofern dessen radikalisiertes Erbe gegen den Kapitalismus ins Feld führt, dürfte klar sein. Dagegen ist die Rechte strikt antiliberal, enthält sich aber jeglicher Kapitalismuskritik oder übersetzt diese, wie in der Gegenüberstellung von raffendem jüdischem und schaffendem deutschem Kapital, in ein von grundlegenden biologischen oder zivilisatorischen Unterschieden bestimmtes Weltbild. Dennoch gibt es eine oft übersehene Gemeinsamkeit zwischen Liberalen und ihren rechten Kritikern. Der mit der kapitalistischen Entwicklung und den kolonialen Eroberungen verbundene Aufstieg des Liberalismus zu einer hegemonialen Ideologie ging mit dem Ausschluss der 'Wilden', 'Hexen' und 'gefährlichen Klassen' aus der liberalen Gesellschaft einher (Federici 2017, Losurdo 2011, Wallerstein 1992). Diese galten als unzivilisiert und zu freier Entfaltung unfähig. Sie waren keine Gleichen vor dem Recht, sondern konnten in dessen Namen versklavt, ermordet und unterdrückt werden.

In langen Kämpfen der Arbeiterbewegung, die sich nicht nur um Messer und Gabel-Fragen sondern auch um Anerkennung und Teilhabe drehten, verwandelte sich zumindest ein Teil der ehemals gefährlichen Klassen in mehr oder minder respektable Arbeiterklassen. Inwiefern sich Frauen aus patriarchalischen Fesseln befreien sollten, blieb auf der Linken umstritten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts trat der Streit um Kolonialismus und Imperialismus hinzu. Ein Teil der Linken schloss sich der liberalen Sicht an, bei der Bevölkerung der Kolonien handele es sich um 'Wilde', die vielleicht durch die Kolonialherren zivilisiert, in jedem Fall aber ausgebeutet werden könnten. Die antiimperialistische Linke wies diesen Sozialimperialismus scharf zurück und propagierte, in Anlehnung an die Kämpfe der französischen Revolution gegen die feudale Ausbeutung, den Kampf gegen koloniale Ausbeutung.

Es war gerade dieser Antiimperialismus, der eine Rechte auf den Plan rief, die die Herrschaft des weißen Mannes bedroht sah. An die damit verbundenen Untergangssängste ließ sich das Programm der Verteidigung der Überlegenheit der weißen Rasse oder westlichen Zivilisation

knüpfen, das stets mit der Zurückdrängung demokratischer Rechte und sozialer Reformen im Inneren verbunden wurde (Spengler 1923; Ferguson 2013; Weiß 2018, 155-186). Die Nazis radikalisierten dieses Programm zu rassistisch begründeten, aber auch ökonomische Ziele verfolgenden Eroberungskriegen und einem Kampf gegen die inneren Feinde mit terroristischen und völkermörderischen Methoden, die zuvor nur in den Kolonien angewandt wurden (Césaire 1955).

‘Links’ und ‘rechts’ wurden bislang als Sammelbegriffe für politische Ideen und Bewegungen gebraucht, die vor allem über ihre Abgrenzung vom, teilweise aber auch ihre Gemeinsamkeiten mit dem Liberalismus definiert werden können. Mit Blick auf die Linke ist das insofern ausreichend, weil sie in diesem Kapitel lediglich als weiterer Pol der Abgrenzung durch die Rechte von Interesse ist. Die Sammelbezeichnung ‘Linke’ ist aber auch deshalb gerechtfertigt, weil Rechte die Linke fast durchgängig als einen einheitlichen Block von Feinden begreifen; sei es in Form der Sozialdemokraten und Kommunisten in den 1930er Jahren oder der keynesianischen Sozialstaatsanhänger und eher libertären neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren. Solche rechten Außenwahrnehmungen stehen in krassem Gegensatz zu den mitunter verbitterten Konflikten innerhalb der Linken. Dafür bedarf der Begriff ‘Rechte’ einer näheren Bestimmung, um die zu verschiedenen Zeiten aus dieser Richtung vorgeschlagenen Krisenlösungen zu verstehen und im jeweiligen historischen Kontext bewerten zu können.

Die stärkste Bastion der Rechten ist sicherlich der Konservatismus. Dessen Kernanliegen – das Bewahren bestehender sozialer und politischer Verhältnisse – steht jedoch im Gegensatz zu der in Krisen zutage tretenden Notwendigkeit von Veränderungen. Das Paradoxon, dass mitunter die politischen, in Grenzen sogar die sozialen Verhältnisse verändert werden müssen, um die bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu bewahren – kurz, dass sich alles verändern muss, damit alles bleibt wie es ist – war einigen konservativen Intellektuellen wohl bewusst. Es fiel ihnen aber schwer, diese Einsicht in ein politisches Programm zu übersetzen. Die einzige Form der Veränderung, mit der sich Konservative seit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus arrangieren konnten, sind technologische Innovationen.

Dass gerade solche Innovationen es sind, die die Arbeitsteilung in Betrieben, zwischen Betrieben und Haushalten sowie zwischen Ländern verändern und dadurch bestehende Produktionsverhältnisse untergraben, bis es zu einer krisenhaften Zuspitzung zwischen diesen Verhältnissen und den Erfordernissen einer weiteren Produktivkraftentwicklung kommt, führt in großen Krisen des Kapitalismus auch zu ideologischen Krisen des Liberalismus und des Konservatismus (Biebricher 2018). Aus diesen sind Faschismus, Neofaschismus und Rechtspopulismus als rechte Alternativen hervorgegangen (Bathke, Hoffstadt 2013; Finchelstein 2017; Kershaw 1995; Mann 2004, Weiß 2018). Allen drei Bewegungen der Rechten gilt die Linke als Ursache der Krise. Durch die Verschiebung der Krisendiagnose vom Kapitalismus auf die Linke entlasten sie ersteren auch dann, wenn sie ihre nationalistischen und rassistischen Krisenlösungen gelegentlich mit antikapitalistischen Argumenten anreichern. Alle drei bemühen sich um die Rekrutierung einer Massenbasis aus allen sozialen Klassen. Faschismus, Neofaschismus und Rechtspopulismus treten organisatorisch in verschiedenen Formen auf. Sie haben gemeinsame intellektuelle Bezugspunkte, insbesondere der Konservativen Revolution.

Es gibt aber auch Unterschiede, die es erlauben den Rechtspopulismus als neue Rechte gegenüber dem Faschismus abzugrenzen (Schmidt 2020). Neben dem zuerst in den 1970er Jahren in Europa entstehenden Rechtspopulismus als dominierender Form der Rechten gibt es neofaschistische Organisationen, die sich in der Kontinuität Mussolinis und Hitlers verorten. Die

Faschisten streben nach der Diktatur. Gewalt ist ihnen nicht nur Mittel zum Zweck, sondern wird als Ausweis ihrer Stärke als Selbstzweck verherrlicht. Dagegen streben Rechtspopulisten den Umbau repräsentativer Demokratien, in denen unterschiedliche Interessen artikuliert werden können und es sogar zur Austragung eines demokratischen Klassenkampfes kommen kann, in autoritäre Demokratien an. In diesen herrscht dem Anspruch nach das durch die Rechtspopulisten vertretene und gegen anmaßende Eliten zu schützende Volk. Tatsächlich, so darf man mit Blick auf Erfahrungen in Italien, den USA und einer Reihe anderer Länder wohl sagen, stellen rechtspopulistische Regierungen eher eine Form des Bonapartismus dar, der sich der Kontrolle durch Wähler, Medien oder außerparlamentarische Bewegungen zu entziehen sucht (Beck/Stützle 2018).

2. Imperialismus und Faschismus

Seit den 1920er bzw. 1970er Jahren sind Faschismus sowie später Neofaschismus und Rechtspopulismus als rechte Antworten auf große Krisen des Kapitalismus und linke Herausforderungen kapitalistischer Herrschaft entstanden. Ihre Wurzeln können jedoch bis auf die mit dem Gründerkrach 1873 einsetzende Depression und die damit verbundene Wendung vom Freihandel zum Protektionismus, einer neuen Welle des Kolonialismus und zunehmender imperialistischer Konkurrenz zurückverfolgt werden. In der Depression geriet auch der Liberalismus, der den bis dahin herrschenden Block ideologisch zusammengehalten hatte, in die Krise. Der Börsenkrach erschütterte den Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die Macht der Großbanken, die zunehmend mit den entstehenden Industriekonzernen zum Finanzkapital verschmolzen, nahm im Zuge von Börsenkrach und Depression aber noch zu. Dadurch verschärfen sich schon lange bestehende Proletarisierungängste in der Mittelklasse. Das Bündnis von Kapital und Mittelklasse wurde erschüttert. Letztere fürchtete zugleich den Aufstieg der organisierten Arbeiterbewegung, den auch die Depression nicht hatte stoppen können.

Als Alternative zu einem an Überzeugungskraft verlierenden Liberalismus und in Gegnerschaft zum Sozialismus propagierten einige kapitalistische Zirkel und Intellektuelle der in Bedrängnis geratenen Mittelklasse Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. An die Stelle des Antijudaismus, den die Kirche im Mittelalter gepredigt und damit den Ausschluss aus der feudalen Ständeordnung gesegnet hatte, trat ein Antisemitismus, der Juden biologistisch als minderwertige, aber auch kulturalistisch als besonders durchtriebene Rasse bezeichnete, die sich Führungspositionen im Finanzwesen erschleiche und diese zur Ausbeutung des hart arbeitenden Volkes missbrauche.

Nationalismus und Rassismus erlaubten es, eigene Verunsicherung in Überlegenheitsgefühle gegenüber vermeintlich minderwertigen Nationen und Völkern umzudeuten. Sie dienten gleichzeitig den imperialistischen Bestrebungen, mit denen die herrschenden Eliten einen Ausweg aus der Krise suchten. Der Rassismus diente der Rechtfertigung kolonialer Expansion seit deren Beginn im 16. Jahrhundert. Mit dem Übergang zum Imperialismus im späten 19. Jahrhundert erfolgte eine Verschiebung von der Behauptung eines Unterschieds zwischen zivilisierten Kolonialmächten und primitiven Völkern zur biologistischen Konstruktion von Rassenunterschieden. Im Namen der natürlichen Überlegenheit wurde eine zuvor ungekannte Massenagitation zur Unterstützung kolonialer Eroberungen betrieben (Geiss 1988, 151-236). Zugleich wandelte sich der Nationalismus vom Aufruf an das Volk, sich im Kampf für demokratische Selbstherrschaft gegen Kreuz und Zepher zu erheben, zur Behauptung der gemeinsamen Abstammung aller Mitglieder einer

Nation (Hobsbawm 1991, 121-154). Unter Berufung auf gemeinsame Wurzeln wurde nicht nur für koloniale Expansion, sondern auch den Kampf gegen die imperialen Konkurrenten mobilisiert.

Die Formen des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, die sich mit dem Imperialismus gewandelt und Einfluss in Angehörigen aller Klassen gewonnen haben, wurden nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution zu Kernbestandteilen faschistischer Ideologie (Opitz 1988, Bd. 1, 7-40). Als politisches Projekt stellte der Faschismus eine radikalisierte Form des Imperialismus der Vorkriegszeit dar. Mit Blick auf die soziale Basis beider Projekte gab es jedoch entscheidende Unterschiede. Der Imperialismus war ein Projekt der ökonomischen und politischen Eliten, für das sie in gewissem Umfang Unterstützung aus allen Klassen gewinnen konnten. Nachdem Krieg, Revolution und Krise die Macht dieser Eliten massiv erschüttert hatte, entwickelte sich der Faschismus als ein Projekt mit eigener, ebenfalls aus Mitgliedern aller Klassen rekrutierten, Massenbasis. Dadurch wurde die politische Macht der Eliten weiter bedroht, wenn nicht ganz und gar durch die Herrschaft faschistischer Regimes suspendiert, ihre ökonomische Macht aber gesichert.

Zu den Herausforderungen, die infolge der großen Krise der 1920er und 1930er Jahre aufgetreten sind, gehörten an erster Stelle die Arbeiterkämpfe, die während des Ersten Weltkrieges ausbrachen und an die kurz nach der Jahrhundertwende in vielen Ländern angelaufene, durch den Kriegsausbruch aber unterbrochene Massenstreikbewegung anknüpfen. Nach der siegreichen russischen Revolution ging auch in Ländern, in denen Arbeiterkämpfe von revolutionären Aufständen weit entfernt waren, die Angst vor dem Bolschewismus um. Dabei hatten die Arbeiterbewegungen unabhängig von politischen Orientierungen mit eigenen Problemen zu kämpfen. Für die Kriegsproduktion wurden in großer Zahl Frauen in Industriezweigen beschäftigt, in denen sie zuvor keine Anstellung finden konnten. Die Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, auf eine Formel gebracht: Frauen in die Fabrik, Männer an die Front, untergruben einerseits die bestehenden Klassenverhältnisse, stellten damit aber auch die Arbeiterbewegung, in der die patriarchalischen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft mindestens ansatzweise reproduziert wurden, vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus ging die Kriegsproduktion mit einer ersten Welle der Einführung standardisierter Massenproduktion einher, der in der Zwischenkriegszeit eine Rationalisierungskonjunktur und nach deren Auslaufen technologische Arbeitslosigkeit folgten.

Die Veränderungen der geschlechtlichen und betrieblichen Arbeitsteilung untergruben die Basis der Arbeiterbewegung, deren Kern männliche Facharbeiter waren, schon während der Arbeiterkämpfe der letzten Kriegs- bzw. ersten Nachkriegsjahre. Während der Depression gelang der Arbeiterbewegung keine der veränderten Klassenzusammensetzung angepasste Neuorganisation. Die Bewegung war stark genug, um einen bereits krisengeplagten Kapitalismus weiter zu erschüttern, aber zu schwach, um sozialistische Lösungen durchzusetzen. Die ideologischen Kämpfe zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch oppositionellen Strömungen, die sich für eine Einheitsfront der beiden Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung einsetzten, waren wenig geeignet, um Auswege, vor allem neue Organisationsformen, aus der soziologisch bedingten Schwäche der gesamten Bewegung zu finden.

Trotz der Schwäche und Spaltungen der Linken wurde diese von den Faschisten unter dem Label 'Marxismus' als einheitlicher Gegner dargestellt, der über die Verbindungen des internationalen Judentums zudem mit den äußeren Feinden von der Wall Street und dem Kreml zusammenarbeite. Die Konstruktion eines gleichermaßen inneren und äußeren Feindes erlaubte

es den Faschisten, sich den Kapitalisten als Hilfstruppen zur Verteidigung ihrer angeknacksten Herrschaft anzudienen. Sozialdemokraten, Bolschewisten und amerikanische Banker wurden aber auch in einen Topf geworfen, um die Klassenkonflikte im Inneren in die Notwendigkeit umzudeuten, Deutschland gegen ausländische, sprich: amerikanische und russische, Feinde und deren Erfüllungsgehilfen SPD und KPD zu verteidigen. Zu den Erfüllungsgehilfen wurden noch jene bürgerlichen Kräfte gezählt, die sich dem Versailler Vertrag unterwarfen, sprich: einem Revanchekrieg verweigerten, und zu Kompromissen zumindest mit der reformistischen Linken bereit waren.

Deutschland wurde zur Heimat der Volksgemeinschaft erklärt. Nachdem der 'Konflikt' aus dem Klassenkonflikt herausgezerrt und in einen Kampf Deutschlands gegen äußere Feinde umdefiniert wurde, ersetzte die rassistisch definierte Volksgemeinschaft die Klassen (Geiss 1988, 261-293). Auf diese Weise wurden die realen Interessengegensätze der eigenen Gefolgschaft ideell aufgehoben. Anstelle des vom Liberalismus propagierten Individualismus, der in der Krise oft genug als beängstigende Vereinzelung wahrgenommen wurde, und des Unsicherheiten produzierenden Klassenkampfes der Linken, sollte eine ständische Ordnung treten (Polanyi 1979). Damit würden zwar alte Hierarchien wiederhergestellt – aber den Mitgliedern der Volksgemeinschaft würde der ihnen gebührende, von Liberalismus und Marxismus verweigerter Respekt entgegengebracht.

Ist die faschistische Gegnerschaft zum Marxismus rational noch nachvollziehbar – immerhin gab es auch nach dem Abflauen der revolutionären Welle von 1917 bis 1923 noch die Möglichkeit einer widererstarkenden Linken – so scheint die Gegnerschaft zum Liberalismus aus der Zeit gefallen. Letzterer hatte seine politische Kraft bereits Jahrzehnte früher im Übergang zum Imperialismus erschöpft. Allerdings führten demokratische Rechte, die die Linke auch dort erkämpfen konnte, wo weitergehende revolutionäre Ambitionen scheiterten, durchaus zu einer Liberalisierung der zuvor imperialistisch formierten Gesellschaft. Da infolge der Krise der gesellschaftliche Zusammenhalt fehlte, bot sich der Rechten die Gelegenheit, an konservative Vorbehalte gegen den Ordnung und Zivilisation zersetzenden Charakter des Liberalismus anzuknüpfen und die ständisch geordnete Volksgemeinschaft als Alternative anzubieten.

Die Gegnerschaft zu Marxismus und Liberalismus bzw., politisch gesprochen: sozialistischer Arbeiterbewegung und parlamentarischer Republik, weist den Faschismus als reaktionäre Bewegung aus. Konservative und Liberale waren im 19. Jahrhundert zu einem Ausgleich zwischen alten Landbesitz und neuer industrieller Bourgeoisie gekommen. Der Versuch, diesen historischen Block durch imperialistische Expansion gegen die gegen Ende des Jahrhunderts aufkommende Herausforderungen von links zu verteidigen, führte zu Krieg und Krise. Der Faschismus reagierte hierauf erstens mit dem, von weiten Teilen des alten Blocks an der Macht geteilten, Streben nach einem Revanchekrieg und gewalttätiger Konterrevolution. In Verfolgung seiner reaktionären Ziele wandte der Faschismus Methoden an (Herf 1986), zu deren Einsatz sich die konservativ-liberalen Eliten nicht hatten durchringen können, weil sie von der Linken abgeschaut waren. Zu diesen Methoden gehörten der Aufbau von Massenorganisationen und Staatsintervention.

Faschistische Massenorganisationen waren viel mehr das konterrevolutionäre Spiegelbild kommunistischer Parteien als eine Weiterentwicklung der Mischung aus Honoratiorenparteien und Propagandaorganisationen, mit denen die alten Eliten ihr imperialistisches Projekt vorangetrieben hatten. Staatsinterventionen galten diesen Eliten während des Krieges als notwendiges Übel, dessen man sich nach dem Krieg wieder entledigen könne. Die reformistische Linke sprach dagegen von Kriegssozialismus und sah darin einen Anknüpfungspunkt für einen demokratisch

kontrollierten aber gleichzeitig jenseits der Anarchie der Märkte organisierten und daher krisenfreien Kapitalismus. Der revolutionären Linken galt die Staatsintervention teilweise als Blaupause sozialistischen Wirtschaftsaufbaus. Ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln in Frage zu stellen, sahen die Faschisten in der Staatsintervention die Grundlage der von ihnen angestrebten Standesordnung, die sie als produktivistisches Gegenmodell zu einer vom Finanzkapital ausgesaugten und in die Krise getriebenen Wirtschaft präsentierten.

Ob das faschistische Regime eine neue Ordnung jenseits des Kapitalismus darstellte oder zumindest der den liberalen Kapitalismus kennzeichnende Primat der Ökonomie durch einen Primat der Politik abgelöst wurde, war unter Zeitgenossen umstritten und wird unter Historikern bis in unsere Tage debattiert (Kershaw 1995, 82-113; Neumann 1944, 271-286; Pollock 1942). Unbestritten dürfte dagegen sein, dass der Faschismus den Übergang vom liberalen zum interventionistischen Kapitalismus bewerkstelligte, der sich in anderen Ländern in demokratischen Formen vollzog und nach dem Zweiten Weltkrieg die Basis für eine sozialstaatliche Integration der reformistischen Linken darstellte. Diese Sozialstaaten und ihre Ideologie, der Keynesianismus bzw. Sozialliberalismus, wurden in der großen Krise der 1970er Jahre zur Zielscheibe linker wie rechter Kritik.

3. Neoliberale Globalisierung, Neofaschismus und Rechtspopulismus

Die Ursprünge des heutigen Rechtspopulismus und Neofaschismus lassen sich bis in die Endphase der langen Nachkriegsprosperität, vor allem aber die daran anschließenden ökonomischen und politischen Krisen der 1970er Jahre zurückverfolgen. Anhaltend hohe Investitionen während der Prosperität und der Aufstieg neuer Exportökonomien in Ostasien hatten die Produktionskapazitäten im kapitalistischen Teil der Welt massiv erhöht. In den kapitalistischen Zentren, von den Peripherien ganz zu schweigen, gab es noch Bevölkerungsgruppen, die Anschluss an während der Prosperitätsphase entstandene Konsumstandards suchten. Am Absatz hätte die Auslastung der bestehenden Produktionskapazitäten also nicht scheitern müssen. Allerdings fürchteten Unternehmen zunehmend, dass weiterhin steigende Umsätze mit rückläufigen Profiten einhergehen würden. In steigenden Rohstoffpreisen und Lohnsteigerungen, die über das Produktivitätswachstum hinausgingen, fanden die Forderungen postkolonialer Regimes und Arbeiterbewegungen nach einer Umverteilung von Nord nach Süd bzw. von Kapital zur Arbeit ihren Ausdruck. Dieser doppelte Kostendruck führte zu Rissen in dem korporatischen Block, in dem sich große Teile des industriellen Kapitals, Vertreter des Staates und der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengefunden hatten. Auf Seiten der privaten Unternehmen setzte sich immer mehr die Meinung durch, dass es besser sei, den Korporatismus zugunsten einer konfrontativen Politik gegenüber öffentlichem Sektor und Gewerkschaften aufzugeben.

Gleichzeitig erwarteten breite Wählerschichten eine Ausweitung öffentlicher Ausgaben. Die Gewerkschaften waren zunehmend gespalten in einen rechten Flügel, der um der Fortsetzung des Korporatismus Willen zu Zugeständnissen an die Unternehmen bereit war, und einer Gewerkschaftslinken, die die Macht des Kapitals schrittweise zurückdrängen wollte. Neben diese Verteilungskämpfe trat die Forderung der Anerkennung von Gruppen, insbesondere Frauen und Arbeitsmigranten, die vom korporatistischen Pakt zwischen Kapital und Arbeit ausgeschlossen waren. Diese Forderungen waren oft mit Kritik am Produktivismus verbunden, der dem Korporatismus zugrunde lag. Diese Kritik war ihrerseits eine der intellektuellen Triebkräfte einer entstehenden Ökologiebewegung.

So buntscheckig und zerstritten die infolge der Protestbewegungen von 1968 entstandene Linke auch war, eine Herausforderung für die während des Nachkriegsbooms etablierten Formen kapitalistischer Herrschaftsausübung stellte sie allemal da. Auf diese Herausforderung von links gab es von rechts eine neofaschistische und eine neoliberale Reaktion (Opitz 1988, Bd. 2; Schui u.a. 1997). Auch wenn die Mehrheit linker Bewegungen dem Sowjetkommunismus kritisch bis ablehnend gegenüberstand – den Neofaschisten galt die gesamte Linke als Werkzeug kommunistischen Weltmachtstrebens. Entsprechend empfahlen sie sich als Avantgarde des Antikommunismus. Dabei konnten sie einerseits auf ihre historischen ‘Verdienste’ im Kampf gegen die Sowjetunion und die Hilfsdienste, die viele alte Nazis nach 1945 lateinamerikanischen Militärs im Kampf gegen kommunistische Subversion geleistet hatten, hinweisen und zugleich an den Antikommunismus anknüpfen, der den Sozialliberalismus westlicher Sozialstaaten außenpolitisch umrahmte. Außerdem wendeten sie den Rassismus, der dem historischen Faschismus als Begründung äußerer Expansion gedient hatte, gegen Arbeitsimmigranten, die während der Nachkriegsprosperität in steigender Zahl in die westeuropäischen Zentren gekommen waren (Balibar 1992).

Trotz einigen Mobilisierungs- und Wahlerfolgen blieb der Einfluss des Neofaschismus gering. In den 1970er Jahren haftete ihm noch zu sehr der Geruch der alten Nazis an, in dessen Nähe sich auch viele ansonsten überzeugte Antikommunisten und Ausländerfeinde nicht begeben wollten. Eine neue Rechte, die aus dem Schatten Hitlers und Mussolinis heraustrat, gab es nur in ersten Ansätzen. Sie sollte aber seit den 1980er Jahren Erfolge in einzelnen Ländern erzielen – erinnert sei an den französischen Front National, die Freiheitliche Partei Österreichs sowie Forza Italia und Lega Nord in Italien –, bevor sie im Zuge der großen Krise der 2010er Jahre in allen Ländern Europas und darüber hinaus zu einem relevanten politischen Faktor wurde (Bathke, Hoffstadt 2013, Weiß 2018). In der Zwischenzeit hatte sich ein neoliberaler Block gebildet, der aus der zweiten rechten Antwort auf die Herausforderungen der 1970er entstanden war.

Anders als den Neofaschisten fiel den Neoliberalen die Abgrenzung vom historischen Faschismus leicht. Aus ihrer marktradikalen Perspektive gab es eher Kontinuitäten zwischen dem Staatsinterventionismus der Nazis und den korporatistischen Sozialstaaten der Nachkriegsära als Verbindungen zwischen Neoliberalismus und Faschismus. Tatsächlich teilten sie mit diesem allerdings die unbedingte Gegnerschaft zu reformistischer Arbeiterbewegung und Kommunismus sowie die Vorliebe für einen starken Staat (Schui u.a. 1997). Im Unterschied zum Faschismus – aber in Übereinstimmung mit dem Rechtspopulismus unserer Tage – waren die Neoliberalen bereit, ihre autoritäre Politik im Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu verfolgen. Diese sollte allerdings von den sozialstaatlichen Bastionen bereinigt werden, die die Arbeiterbewegung dort in der Nachkriegsära errungen hatte.

Der Neoliberalismus fand zunächst in konservativen Parteien eine organisatorische Plattform. Thatcher und Reagan waren die Vorkämpfer einer Mischung aus aggressivem Antikommunismus nach einer Phase der Entspannungspolitik, traditionellem Familienbild gegen feministische Herausforderungen, Migrationsbeschränkung und Politik gegen Gewerkschaften und Sozialstaat. Dieser konservativ eingefasste Neoliberalismus konnte zunächst Teile der Arbeiter- und Mittelklasse anziehen, die von der Sozialstaatsbürokratie ebenso abgestoßen waren wie die Aktivisten der neuen sozialen Bewegungen, mit deren kulturevolutionären Protestformen aber nicht anzufangen wussten und sich nach Ende der Nachkriegsprosperität nichts sehnlicher wünschten als eine Rückkehr wirtschaftlicher Prosperität und damit vermeintlich verbundener Stabilität sozialer

Verhältnisse. Es stellte sich allerdings bald heraus, dass die neoliberale Gegenreform zu weiterer sozialer Unsicherheit führte und die Wachstums- und Beschäftigungswerte der Nachkriegszeit nicht wieder erreicht würden.

Als mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Feindbild und machtpolitisches Gegengewicht des Kapitalismus wegfielen und sich stattdessen die Möglichkeit einer globalen Neuorganisation des kapitalistischen Produktionsprozesses bot, verlor vor allem das Großkapital das Interesse an Beschränkungen von Migration und Frauenerwerbstätigkeit. In der internationalen Standortkonkurrenz sollten möglichst viele Arbeitskräfte möglichst billig verfügbar gemacht werden (Schmidt 2016a). Mit der Globalisierung ging die Herausbildung eines progressiven Neoliberalismus einher (Fraser 2017), der die Anerkennung kultureller Vielfalt zum Markenzeichen eines globalen aber vom Westen dominierten Kapitalismus machte, die sozialen Kämpfe, die um diese Anerkennung gerade auch in Verbindung mit Kämpfen um eine Umverteilung von Macht und Einkommen geführt worden waren, aber aussparte.

Politischer Träger des progressiven Neoliberalismus wurde eine insbesondere von Clinton, Blair und Schröder repräsentierte neue Sozialdemokratie, die staatlich betriebene Umverteilung und Schaffung von Arbeitsplätzen für überholt erklärte, Arbeitslosen aber die Erhöhung ihrer Beschäftigungsfähigkeit in Aussicht stellte. Erwartet wurde von den neuen Sozialdemokraten aber ebenso wie von den alten die Gewährung sozialen Schutzes. Doch den konnten sie nicht bieten. Bombastische Ankündigungen eines Dritten Weges jenseits von keynesianischem Umverteilungsstaat und neoliberalem Marktradikalismus sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Absage an die Umverteilungspolitik und das alleinige Setzen auf ein Anreichern des Neoliberalismus mit einer Politik der Anerkennung kultureller Vielfalt ein Akt der Verzweigung war, aus dem sozialdemokratische Spitzenpolitiker erst später eine Tugend machten.

Steigender Lebensstandard und relative soziale Sicherheit für eine breite Bevölkerungsmehrheit hingen in den Nachkriegsjahrzehnten von hohem Wirtschaftswachstum ab. Hoffnungen auf eine Wiederkehr vergleichbaren Wachstums in den 1990er Jahren wurden enttäuscht. Sofern die Sozialdemokratie eine Umverteilung von oben nach unten durchsetzen konnte, war sie von der im Sozialstaat institutionalisierten Verhandlungsmacht der alten Arbeiterbewegung abhängig. Mochten die Institutionen weiterbestehen – Träger von Gegenmacht waren sie nicht mehr, weil die neoliberale Neuorganisation des kapitalistischen Produktionsprozesses die sozialen Netzwerke, von denen auch eine hochgradig institutionalisierte Gegenmacht abhängig ist, weitgehend zerstört hatte. Damit war die Sozialdemokratie dem Kern ihrer Basis in einer organisierten und sich auch über Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft als solcher verstehenden Arbeiterklasse beraubt (Schmidt 2016b).

Die wachsende Zahl von Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern, die von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum immer weiter ausgeschlossen sind oder sich vor solch einem Ausschluss fürchten, mag sich eine Politik sozialen Schutzes wünschen, ist in ihrer Vereinzelung aber unfähig entsprechenden politischen Druck auszuüben. Den damit verbundenen Ängsten und Ohnmachtsgefühlen bieten Rechtspopulisten und Neofaschisten ein Ventil. Sie laden dazu ein, die eigene Verunsicherung in Wut und Hass auf andere umzuleiten. Dabei spielen die Neofaschisten die Rolle einer Avantgarde, die den Hass auf die von der Rechten ausgemachten Feinde immer weiter anstachelt, während die Rechtspopulisten die Massen einsammeln, die mit den Neofaschisten in der Sache übereinstimmen, ihre Methoden aber zu radikal finden. Die Ursachen der Verunsicherung werden durch die Akkumulation der Wut und des Hasses nicht behoben

aber die Vorstellung einer Wutgemeinschaft anzugehören, verschafft zumindest vorübergehend Ablenkung (Mann 2004, 353-375; Saull 2016; Seppmann 2018).

An die Stelle des angeblich vom internationalen Judentum organisierten Bündnisses zwischen Wall Street und Bolschewismus, das dem historischen Faschismus als Hauptfeind galt, hat die neue Rechte die '68er' als Architekten einer Verschwörung von globalen Eliten und Elendsflüchtlingen gesetzt (Wagner 2017). In beiden Fällen sind deutsches Volk und europäische Zivilisation zur Selbstbehauptung gegen äußere Feinde aufgerufen. Mit der Ersetzung des Judentums durch die 68er als Strippenzieher der antideutschen und anti-abendländischen Verschwörung ist der Antisemitismus nicht verschwunden. Er wird aber überlagert von der Frage nach der Haltung zu Israel, das einem Teil der Rechten als Stützpunkt einer weiterhin aktiven jüdischen Weltverschwörung gilt, während ein anderer Teil die Israelis in die abendländische Gemeinschaft aufgenommen hat und als Vorkämpfer gegen den Islam feiert.

Die Feindschaft gegen den Islam dient als Chiffre für den Kampf der abendländischen gegen die orientalische Zivilisation. So werden von ökonomischer Konkurrenz verursachte Ängste rassistisch umgedeutet. Am unteren Ende der Einkommenspyramide werden Flüchtlinge, ob Moslem oder nicht, als Konkurrenten um Arbeitsplätze, Wohnungen und knappe Sozialleistungen präsentiert. Besser verdienenden Schichten gelten die neuen Wirtschaftsmächte des noch hinter dem islamisch geprägten Nahen und Mittleren Osten gelegenen Fernen Ostens als Arbeitsplatz, Einkommen und Status bedrohende Konkurrenz. Nicht der Kampf gegen den Kommunismus, der für den historischen Faschismus eine zentrale Rolle spielte, sondern Abwehr ausländischer Konkurrenz, ob in Form von Migranten oder ausländischen Konzernen, steht im Mittelpunkt rechter Politik dieser Tage.

Einen Ausweg aus der Entwicklungsblockade, in der der neoliberale Kapitalismus seit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/9, wenn nicht seit Platzen der New Economy-Blase 2001, gefangen ist, hat die heutige Rechte nicht anzubieten. Auf mörderische und letztlich selbstdestruktive Weise hat der historische Faschismus den Übergang vom liberalen zum interventionistischen Kapitalismus vorangetrieben. Ohne diesen Übergang wäre die mit Krieg, Revolution, Konterrevolution und Depression verbundene allgemeine Krise der 1920er und 1930er Jahre wahrscheinlich nicht von einer anhaltenden Prosperität in der Nachkriegszeit abgelöst worden. Alles was die Rechte heute anzubieten hat, ist der Ausschluss Fremder von den Leistungen eines neoliberal zurechtgestutzten Sozialstaates. Bestrebungen in dieser Richtung heben die bestehende Entwicklungsblockade nicht auf, sondern verschärfen sie noch, weil jegliche Form des Protektionismus die Geschäftsgrundlage eines ohnehin schlecht funktionierenden globalen Kapitalismus weiter untergräbt.

Einen Ausweg könnte allein eine Linke weisen, die dem Kapitalismus entweder eine Modernisierung aufzwingt, zu der die Kräfte des neoliberalen Zentrums, aber auch der neuen Rechten nicht fähig sind, oder nach den gescheiterten Sozialismen des 20. Jahrhunderts doch noch Wege in eine sozialistische Zukunft findet. Um wieder zu einer realen Herausforderung zu werden, müsste die Linke die gegenwärtig vom neoliberalen Zentrum kooptierte Politik der Anerkennung kultureller Vielfalt für sich zurückgewinnen und mit einer Politik der Umverteilung verbinden, die gegenwärtig von der Rechten als Verteilungskampf zwischen Völkern und Zivilisationen propagiert wird. Eine solche Verbindung von Politiken der Anerkennung und Umverteilung könnte die Transformation sich ohnmächtig fühlender, verängstiger und verunsicherter Individuen, nach Einkommen, Qualifikation und sozialer Sicherung aber unterscheidbaren Gruppen innerhalb

der Arbeiterklasse an sich zu einer vielgestaltigen, aber doch an einem Strang ziehenden Klasse für sich vorantreiben.

Literatur

- Arrighi, Giovanni u.a. (1989): *Antisystemic Movements*, London.
- Balibar, Etienne (1992): Gibt es einen 'Neo-Rassismus'? In: ders./Immanuel Wallerstein, *Rasse – Klasse – Nation: Ambivalente Identitäten*, Hamburg, 23-38.
- Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.) (2013): *Die neuen Rechten in Europa – Zwischen Neoliberalismus und Rassismus*, Köln.
- Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hg.) (2018): *Die neuen Bonapartisten*, Berlin.
- Biebricher, Thomas (2018): *Geistig-moralische Wende – Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*, Berlin.
- Césaire, Aimé (1955): *Discourse on Colonialism*, New York, Neuausgabe 2000.
- Federici, Silvia (2017): *Caliban und die Hexe – Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, Wien.
- Ferguson, Niall (2013): *Der Niedergang des Westens – Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben*, Berlin.
- Finchelstein, Federico (2017): *From Fascism to Populism in History*, Oakland.
- Fraser, Nancy (2017): *From Progressive Neoliberalism to Trump – And Beyond*. *American Affairs*, Vol. 1, No. 4, URL: <https://americanaffairsjournal.org/2017/11/progressive-neoliberalism-trump-beyond/> (Zugriff: 16.8.2020).
- Geiss, Imanuel (1988): *Geschichte des Rassismus*, Frankfurt.
- Herf, Jeffrey (1986): *Reactionary Modernism – Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge.
- Hobsbawm, Eric (1991): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt, Wien.
- Kershaw, Ian (1995): *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg.
- Losurdo, Domenico (2011): *Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus*, Köln.
- Mandel, Ernest (1987): *Die langen Wellen im Kapitalismus*, Köln.
- Mann, Michael (2004): *Fascists*, Cambridge.
- Neumann, Franz (1944): *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*, Hamburg.
- Opitz, Reinhard (1988): *Faschismus und Neofaschismus*, zwei Bände, Köln.
- Polanyi, Karl (1979): *Das Wesen des Faschismus*, in: ders., *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt/M., 91-125.
- Pollock, Frederick (1942): *Is National Socialism a New Order?* In: *Studies in Philosophy and Social Science* 9 (3), 440-455.
- Saull, Richard (2016): *Capitalism and the Politics of the Far Right*, in: *Socialist Register 2016*, 136-153.
- Schmidt, Ingo (2012): *Rosa Luxemburg's Accumulation of Capital: A Centennial Update with Additions from Long Wave Theory and Karl Polanyi's Great Transformation*, in: *Critique. Journal of Socialist Theory* 40 (3), 337-356.
- (2016a): *Kapitalistische Krisen mit und ohne systemische Herausforderung. Ein Vergleich der Stagnationsperioden der 1930er Jahre und der Gegenwart*, in: *Prokla* 46 (4), 271-290.
- (2016b): *Limits to Social Democracy, Populist Moments and Left Alternatives*, in: ders. (Hg.), *The Three Worlds of Social Democracy. A Global View*, London, 251-276.
- (2020): *The Hope of the Hopeless: Contemporary Lessons from Marxist Struggles Against Mussolini and Hitler*, in: Samir Gandesha (Hg.), *The Spectres of Fascism*. London, 27-43.

- Schui, Herbert u.a. (1997): *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München.
- Seppmann, Werner (2018): *Es geht ein Gespenst um in Europa. Rechte Mobilisierung zwischen Populismus und Neofaschismus. Linke Alternativen*, Kassel.
- Silver, Beverly (2003): *Forces of Labour. Workers' Movements and Globalization Since 1870*, Cambridge.
- Spengler, Oswald (1923): *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, Neuausgabe: München 1998.
- Wagner, Thomas (2017): *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin.
- Wallerstein, Immanuel (1992): *Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus*, in: ders., Etienne Balibar: *Rasse – Klasse – Nation: Ambivalente Identitäten*, Hamburg, 39-48.
- Weiß, Volker (2018): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart.

Autor*innen und Herausgeber*innen

Ingrid Artus ist Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Vergleichende Gesellschaftsanalyse am Institut für Soziologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Forschungsschwerpunkte: Industrielle Beziehungen, Arbeitskonflikte, Soziale Ungleichheit, Gender. Neuere Publikationen: *Betriebsräte ohne Gewerkschaften?* (zusammen mit Silke Röbenack, Clemens Kraetsch, Düsseldorf 2019), *Frauen*-Streik. Zur Feminisierung von Arbeitskämpfen* (Berlin 2019), *Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen* (zusammen mit Peter Birke, Stefan Kerber-Claßen und Wolfgang Menz, Hamburg 2017).

Roland Atzmüller ist assoziierter Professor am Institut für Soziologie, Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen, an der Johannes Kepler Universität Linz/Österreich. Seine Arbeitsgebiete umfassen kritische Theorien der Gesellschaft und der Veränderung des (Wohlfahrts-)Staates, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik. Letzte Buchpublikationen: *Krisenbearbeitung durch Subjektivierung* (Münster 2018), *Die zeitgemäße Arbeitskraft* (zusammen mit Stefanie Hürtgen und Manfred Krenn, Weinheim/Basel 2015).

Bernd Belina ist Professor für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er forscht in den Bereichen Stadt- und Politische Geographie sowie historisch-geographischer Materialismus, zuletzt etwa zur kommunalen Bodenfrage, zur Geographie der AfD-Wahlerfolge und zu den Raumformen des Kapitalismus. Neuere Publikationen: „Städtischer Boden zwischen Profit- und Sozialorientierung“, in: *Geographische Rundschau* 72(5), 2020; „Political geography lecture: Social forms, spatial forms, and the New Right. Celebrating Capital at 150 and explaining the rise of the AfD“, in: *Political Geography* 81, 102091; „Form analysis, space and spatial struggle“, in: Marc L. Silver (Hg.): *Confronting Capital in the 21st Century: Lessons from Marx's Capital*, Basingstoke 2019.

Lutz Brangsch ist promovierter Ökonom und Referent für Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er forscht gegenwärtig zur Transformation von Staatlichkeit, zum Verhältnis von Theorie, Ideologie und Politik in linken Bewegungen und zur Neuen Ökonomischen Politik in Sowjetrussland. Neuere Publikationen: *Das Kommunistische* (gemeinsam mit Michael Brie, Hamburg 2016); „Marxismus im Zeitalter der Hoffnungen und Katastrophen – Lenin“, in: Ingo Schmidt (Hg.), *Das Kapital@150. Russische Revolution@100* (Hamburg 2017), „Der Markt – Ein janusköpfiges Ding“, in: *OXI* 6/2020.

Stefano Breda hat Philosophie in Venedig studiert und an der Freien Universität Berlin promoviert. Er befasst sich seit Jahren mit einer Neulektüre der marxischen Kritik der politischen Ökonomie und mit dem epistemologischen Status einer materialistischen Dialektik. Er publizierte u.a. das Buch *Kredit und Kapital. Creditsystem und Reproduktion der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise in der dialektischen Darstellung des marxischen „Kapital“* (Würzburg 2019).

Michael Brie, Dr. habil., Sozialphilosoph, war Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist gegenwärtig Vorsitzender ihres Wissenschaftlichen Beirats. Forschungsschwerpunkte: Theorie und Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. Jüngste Buchpublikationen: *Lenin neu entdecken* (Hamburg 2017), *Karl Polanyi's Vision of a Socialist Transformation* (Hg. gemeinsam mit Claus Thomasberger, Montreal/New York 2018), *Luxemburg neu entdecken* (Hamburg 2019).

Florian Butollo, Dr., ist Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ des deutschen Bundestages und leitet die Forschungsgruppe „Arbeiten in hoch automatisierten digital-hybriden Prozessen“ am Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft. Forschungsschwerpunkte: Digitalisierung der Arbeitswelt, Arbeit in globalen Produktionsnetzwerken, Künstliche Intelligenz und Gesellschaft. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit* (Hg. mit Sabine Nuss, Berlin 2019); *Karl Marx. Kritik des Kapitalismus. Schriften zu Philosophie, Ökonomie, Politik und Soziologie. Eine Anthologie* (Hg. mit Oliver Nachtwey, Berlin 2018).

Maria do Mar Castro Varela, Diplom-Psychologin, Diplom-Pädagogin und promovierte Politikwissenschaftlerin, ist Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen die Gender und Queer Studies, die Postkoloniale Theorie, die Kritische Migrationsforschung, die Kritischen Bildungswissenschaften und Trauma-Studien. 2015/16 war sie Senior Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Sie ist Gründerin und Mitglied des bildungsLab* Berlin (www.bildungslab.net). Gemeinsam mit Aïcha Diallo ist sie Produzentin und Moderatorin der Radioserie: „A Lover’s War“. Jüngste Buchveröffentlichung: *Postkoloniale Theorie* (mit Nikita Dhawan, 3., aktualisierte Auflage, Bielefeld 2020).

Emanuela Conversano studierte Philosophie an der Universität Pisa und an der Scuola Normale Superiore. Nach Forschungsaufenthalten an der Freien Universität und Humboldt-Universität zu Berlin promovierte sie 2015 an der Scuola Normale Superiore in Florenz mit einer Arbeit über die ethnologischen Studien von Karl Marx. Heute ist sie eine unabhängige Forscherin. Neuere Publikationen: „Marx, Hegel and the Orient. World History and Historical Milieus“, in: *Philosophica. Revista do Departamento de Filosofia da Faculdade de Letras da Universidade de Lisboa e do Centro de Filosofia da Universidade de Lisboa*, 54, 2019, 61-80; „Zur Kritik der Anthropologie. Marx’ Theorie des Kapitals und seine ethnologischen Studien“, in: *Marx-Engels-Jahrbuch* 2017/18. Eine Monografie zum gleichen Thema ist für den Verlag Palgrave Macmillan in Vorbereitung.

Helmut Dahmer, Prof. Dr., studierte Soziologie und Philosophie. In den Jahren 1968–1992 redigierte er die psychoanalytische Monatszeitschrift *Psyche*. 1984 gehörte er zum Gründungsbeirat des Hamburger Instituts für Sozialforschung. 1974–2002 lehrte er Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Er gibt eine auf 10 Bände berechnete Ausgabe von *Schriften* Trotzki heraus. Gegenwärtig lebt er als freier Publizist in Wien. Publikationen: *Libido und Gesellschaft* (1973, 1982; erw. Neuauflage 2013); *Pseudonatur und Kritik* (1994; Neuauflage 2013); *Soziologie nach einem barbarischen Jahrhundert* (2001); *Divergenzen* (2009); *Die unnatürliche Wissenschaft* (2012; 2019); *Interventionen* (2012); *Freud, Trotzki und der Horkheimer-Kreis* (2019, 2., korr. Aufl. 2020); *Antisemitismus, Xenophobie, Amnesie* (2020).

Judith Dellheim ist diplomierte und promovierte Politökonomin, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied von SERI Germany und des *steering committee* der Europäischen Arbeitsgruppe Alternativer Wirtschaftswissenschaftler*innen (Euro-Memo Group). Jüngere Buchpublikationen: *Nulltarif. Luxus des Öffentlichen im Verkehr* (Hg. mit Michael Brie, Hamburg 2020), *The Unfinished System of Karl Marx. Critically Reading Capital as a Challenge for our Times* (Hg. mit Frieder Otto Wolf, Cham 2018), *Rosa Luxemburg. A Permanent Challenge for Political Economy* (Hg. mit Frieder Otto Wolf, London 2016).

Alex Demirović, Apl. Prof. an der Goethe Universität Frankfurt, Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsgebiete: Kritische Gesellschaftstheorie, Demokratie- und Staatstheorie. Jüngste Buchpublikationen: *Emanzipation* (Hg. zusammen mit Susanne Lettow und Andrea Maihofer, Münster 2019), *Handbuch Kritische Theorie* (Hg. zusammen mit Uwe Bittlingmayer und Tatjana Freytag, Wiesbaden 2019), *Wirtschaftsdemokratie neu denken* (Hg., Münster 2018), *Europe – what’s left?* (Hg. mit Mario Candeias, Münster 2017), *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation* (Hg., Münster 2016).

Nikita Dhawan ist Professorin am Institut für Politikwissenschaften und Gender Studies an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Ihre Forschungs- und Interessenschwerpunkte liegen in den Bereichen des Transnationalen Feminismus, der Globalen Gerechtigkeit, der Menschenrechte sowie der Demokratie und Dekolonisierung. 2017 erhielt sie den Käthe Leichter-Preis für ihre Forschungen im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung sowie für die Förderung der Frauenbewegung und die Verdienste um die Geschlechtergleichstellung. Jüngste Buchveröffentlichung: *Postkoloniale Theorie* (mit María do Mar Castro Varela, 3., aktualisierte Auflage, Bielefeld 2020).

Susanne Heeg ist Professorin für Geographische Stadtforschung am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität in Frankfurt/M. Ihr Forschungsinteresse gilt den Produktionsbedingungen der städtischen gebauten Umwelt. Sie untersucht, wie sich die Liberalisierung der Finanz- und Immobilienmärkte auf die bauliche Entwicklung in Städten auswirkt, und analysiert Verfahren und Anforderungen zur Herstellung der Transparenz und Kalkulierbarkeit von Investitionen. Neuere Publikationen: „Financialization of Housing in Mexico“ (mit María Verónica Ibarra García und Luis Alberto Salinas Arreortua), in: *Housing Policy Debate* 30(4), 2020; „The Financialization of Rental Housing 2.0: Releasing Housing into the Privatized Mainstream of Capital Accumulation“ (mit Gertjan Wijburg und Manuel B. Aalbers), in: *Antipode*, Vol. 50, No. 4, 2018.

Emanuel Kapfinger hat Philosophie, Soziologie und Physik in München und Frankfurt/M. studiert. Seine Magisterarbeit (2014) hatte das Thema „Analyse des nationalsozialistischen Subjekts anhand Martin Heideggers *Sein und Zeit*“. Zurzeit promoviert er an der FU Berlin über einen „Ansatz zu einer kritischen Theorie der Kultur durch die Kritik von Hegels *Phänomenologie des Geistes*“ und ist Lehrbeauftragter am Institut für Kulturwissenschaft der HU Berlin. Er schreibt regelmäßig gesellschaftskritische und philosophische Essays für linke Medien und bloggt unter www.emmanuel-kapfinger.net.

Hermann Klenner war Professor an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst, Leiter der Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft und Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften DDR. Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Ehrenmitglied des Präsidiums der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie. Neuere Buchpublikationen: *Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit* (Köln 2016), *Kritik am Recht. Aktualisierende Rechtsphilosophie* (Berlin 2016).

Leonie Knebel, Dipl.-Psychologin, arbeitet als Psychotherapeutin und ist im Vorstand der Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung und Praxis e.V. tätig.

Patricia de Paiva Lareiro ist seit 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Mitglied der Forschungsgruppe „Arbeit in hochautomatisierten

digital-hybriden Prozessen“ am Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft. Schwerpunkt ihrer Forschung ist die Veränderung industrieller Arbeits- und Produktionsprozesse in Deutschland.

Jürgen Leibiger, Dr. rer. oec. habil., ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Redaktionsbeirats der Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Neuere Publikationen: *Bankrotteure bitten zur Kasse. Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung* (Köln 2011), *Wirtschaftswachstum – Mechanismen, Widersprüche, Grenzen* (Köln 2016), *Digitale Revolution und Gesellschaft. Was bringen die Roboter?* (Hg., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leipzig 2019)

John Lütten ist Soziologe und promoviert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena über Gesellschaftsbilder in der deutschen Arbeiterschaft. Die Dissertation wird mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Er ist außerdem Redaktionsmitglied der „Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“.

Nicole Mayer-Abuja ist Professorin für die Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft sowie Direktorin des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie forscht zu Arbeit im Kontext von Betrieb und Gesellschaft in historischer und transnationaler Perspektive. Neuere Publikationen: „Marx als Arbeitspolitiker. Anregungen für eine Kapitalismusanalyse jenseits von Technikdeterminismus, betrieblicher und nationalstaatlicher Verengung“, in: *Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?* (Hamburg 2019); „Normalarbeitsverhältnis: Ein langer Abschied oder: Zeit für einen neuen Aufbruch?“, in: A. Doris Baumgartner, Beat Fux (Hg.), *Sozialstaat unter Zugzwang. Zwischen Reform und radikaler Neuorientierung* (Wiesbaden 2019)

Katharina Pühl arbeitet als Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Themenfelder ihrer Arbeit sind aktuell die Analyse von Rechtspopulismus/-extremismus im intersektionalen Kontext, Queer und Klasse. Letzte Veröffentlichung: *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen* (Hg. zusammen mit Birgit Sauer, Münster 2018).

Eleonora Roldán Mendivil ist Politikwissenschaftlerin, Journalistin und Politische Bildnerin. Sie hat an der Freien Universität Berlin und der Universität Kassel Seminare zu Rassismustheorien gegeben und arbeitet aktuell an ihrer Promotion zur Erarbeitung einer marxistischen Methodologie für die Analyse des Verhältnisses von Ausbeutung und Unterdrückung.

Karl Heinz Roth, Arzt und Historiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen. Er war Mitherausgeber der Zeitschriften „Autonomie“ (1975-79, neue Folge 1979-85), „1999“ (1986–2002) und „Sozial.Geschichte“ (2003-07). Zu seinen neueren Veröffentlichungen zählen *Die globale Krise* (Hamburg 2009), *Über Marx hinaus* (Hg. mit Marcel van der Linden, Berlin/Hamburg 2009), *Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa* (mit Zisis Papadimitriou, Hamburg 2013), *Griechenland am Agerund. Die deutsche Reparationsschuld* (Hamburg 2015), *Verdrängt – Vertagt – Zurückgewiesen: Die deutsche Reparationsschuld am Beispiel Polens und Griechenlands* (mit Hartmut Rübner, Berlin 2019).

Ulrich Ruschig, Prof. Dr. phil. habil. Dr. rer. nat., pensionierter Hochschullehrer für Philosophie, ehem. Direktor des Instituts für Philosophie an der Carl von Ossietzky Universität. Forschungs-

gebiete: Systematische Grundlagen der Naturwissenschaften, Klassische Deutsche Philosophie, Politische Philosophie von Kant bis Marx. Neuere Veröffentlichungen: *Die Befreiung der Natur. Zum Verhältnis von Natur und Freiheit bei Herbert Marcuse* (Köln 2020); „Weiterdenken in marxistischer Tradition“, in: Rüdiger Dannemann u.a. (Hg.), *Der aufrechte Gang im windschiefen Kapitalismus*, Wiesbaden 2018; „Der Begriff der Substanz bei Marx“, in: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie*, Bd. 4, Heft 1-2, 2017.

Thomas Sablowski, Dr. phil, Politologe, ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac und des Beirats der PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Neuere Publikationen: „Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung. Zur Analyse der Internationalisierung des Kapitals“, in: *PROKLA* 194 (Teil 1) und *PROKLA* 195 (Teil 2), 2019; „Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise“, in: *Zeitschrift LuXemburg*, April 2020.

Kobei Saito ist Associate Professor der politischen Ökonomie an der Osaka City University. Er ist Autor von *Natur gegen Kapital: Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus* (Frankfurt/M. 2016) und zahlreicher Artikel zur Marx-Forschung und zum Ökosozialismus. 2018 gewann er für *Karl Marx's Ecosocialism: Capital, nature, and the unfinished critique of political economy* den Deutscher Memorial Preis. Gemeinsam mit Teinosuke Otani und Timm Graßmann hat er Texte von Karl Marx und Friedrich Engels bearbeitet, die 2019 als Band 18 Exzerpte und Notizen der MEGA erschienen sind.

Bafta Sarbo ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet zu Marxismus und Rassismustheorien. Sie leitet *Kapital*-Lektürekurse für die Rosa Luxemburg Stiftung und ist aktiv im Vorstand der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD Bund).

Stefan Schmalz ist Vertretungsprofessor für Soziologie am Lateinamerikainstitut der Freien Universität Berlin. Arbeitsgebiete: Entwicklungsforschung, Politische Ökonomie und Global Labor Studies. Jüngste Buchpublikationen: *Machtverschiebungen im Weltsystem* (Frankfurt a.M./New York 2018), *Extraktivismus. Lateinamerika nach dem Ende des Rohstoffbooms* (Hg. zusammen mit Martin Ramirez, München 2019), *Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland* (zusammen mit Sarah Hinz, Ingo Singe und Anne Hasenohr, im Erscheinen, Frankfurt a.M./New York 2021)

Ingo Schmidt ist Assistant Professor im Bereich *Labour Studies*, Athabasca University, Wirtschaftskolumnist der *Sozialistischen Zeitung*, Aktivist des *World Peace Forum* und bei *Hope Against Racism*. Letzte Buchveröffentlichungen: *Das Kapital@150, Russische Revolution@100* (Hg., Hamburg 2017), *Reading Capital Today* (Hg. mit Carlo Fanelli, London 2017), *The Three Worlds of Social Democracy – A Global View* (Hg., London 2016).

Mariana Schütt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wo sie 2019 mit ihrer Arbeit *Jenseits der Psychoanalyse. Genealogie, Negative Dialektik und Neuer Materialismus* promoviert wurde. Sie ist Redakteurin der *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*. Zurzeit arbeitet sie zu Fragen von Mobilität und kritischer Infrastruktur. Zusammen mit Tobias Haas erschien jüngst ihr Artikel „Corona und Mobilität. Eine Einschätzung zu den Auswirkungen des Konjunkturpakets“ in der *PROKLA 200*.

Ingar Solty ist Politikwissenschaftler und Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Neuere Publikationen: *Literatur in der Neuen Klassengesellschaft* (Hg. mit Enno Stahl, Klaus Kock, Hanneliese Palm, Paderborn 2020), *Sicherheitspolitik contra Sicherheit. Zur Symbiose von Rüstung und Industrie in der Europäischen Union* (mit Judith Dellheim und Claude Serfati, Berlin 2020), *Eine Welt ohne Gewalt* (Hg., Berlin 2018), *Exportweltmeister in Fluchtursachen* (Berlin 2016).

Ruth Sonderegger ist Professorin für Philosophie und ästhetische Theorie an der Akademie der bildenden Künste Wien. Ihre Forschungsfelder sind: Geschichte der Ästhetik (im Kontext des kolonialen Kapitalismus), Praxistheorien, Cultural Studies, kritische Theorien und Widerstandsforschung. Letzte Buchpublikationen: *Foucaults Gegenwart. Sexualität – Sorge – Revolution* (mit Gundula Ludwig und Isabell Lorey, Wien 2016), *Polyphone Ästhetik* (mit Christoph Brunner, Sofia Bempetz, Katharina Hausladen und Ines Kleesattel, Wien u.a. 2019), *Vom Leben der Kritik. Kritische Praktiken – und die Notwendigkeit ihrer geopolitischen Situierung* (Wien 2019).

Jens Wissel ist Professor für Sozialpolitik an der Frankfurt University of Applied Sciences, Arbeitsschwerpunkte: Staatstheorie, Europäische Integration, alternative Wohlfahrtsstaatskonzepte. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union* (Münster 2015), *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union* (Hg. mit Daniel Keil, Baden-Baden, 2019).

Frieder Otto Wolf ist seit seiner Habilitation 1973 tätig am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, seit 2007 als Honorarprofessor. 1984–1999 politische Tätigkeit im Europäischen Parlament, 1994–1999 als grünes MdEP. 2000 Beginn der engeren Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit 2014 Fellow ihres Instituts für Gesellschaftsanalyse. Website mit Publikationsverzeichnis: www.friederottowolf.de.

Michael Zander, Dr., vertritt derzeit eine Professur im Fach Rehabilitationspsychologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er ist Redakteur der Zeitschrift Forum Kritische Psychologie – Neue Folge. Neuere Publikationen: *Krise und Kritik (in) der Psychologie* (Hg. mit Katrin Reimer-Gordinskaya, Hamburg 2018), *Disability Studies* (Hg. mit Michael Mey, Journal für Psychologie, 26. Jg., Heft 2, Gießen 2018).

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Leonie Knebel: Kritische Psychologie als historisch-materialistische Subjektwissenschaft

Abbildung 1: Das kritisch-psychologische Handlungsmodell als Bedingungs-Bedeutungs-Begründungszusammenhang 287

Abbildung 2: Züge der individuellen Entwicklung in der Kind-Erwachsenen-Beziehung 288

Judith Dellheim: „Kein Kampf für Classenprivilegien und Monopole“

Tabelle 1: Zentralisation des Kapitals in ausgewählten Branchen 386

Bernd Belina, Susanne Heeg: Wohnen mit Marx

Abbildung 1: Die Bodenpreisentwicklung in München, Frankfurt a.M. und Ludwigshafen, 1995–2017 in €/m² 449

Abbildung 2: Die Entwicklung der Immobilien- und Mietpreise in Deutschland 2004–2018, z.T. für die 127 Städte, Index 2010 = 100 450

Abbildung 3: Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufpreis und Jahresmiete von Eigentumswohnungen in Deutschland 2004–2018, differenziert nach dem Durchschnitt für die „Big 7“ (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt a.M., Stuttgart, Düsseldorf), 127 Großstädte („Städte“) und im Bundesgebiet 451

Jürgen Leibiger: Über sinkende Zinsen, die Euthanasie der Rentiers und das Ende des Kapitalismus

Abbildung 1: Langfristige Zinssätze heutiger G7-Länder 1870–2016 458

Abbildung 2: Realzinsen kurzfristiger Spareinlagen in Deutschland 460

Abbildung 3: Beiträge einzelner Anlageformen zur realen Gesamtrendite privater Haushalte in Deutschland 461

Abbildung 4: Profitraten kapitalistischer Hauptländer und Welt-Durchschnitt 1870–2016 468

Abbildung 5: Nettorendite des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks 469

Abbildung 6: Sparen und Investieren in der BRD/in Deutschland seit 1960 471

Abbildung 7: Sparquoten privater Haushalte verschiedener Länder 472

Abbildung 8: Sektorale Finanzierungssalden der BRD seit 1960 (in Prozent des BIP) 474

Abbildung 9: Struktur der Passiva nicht-finanzieller Kapitalgesellschaften 475

Abbildung 10: Wachstumsrate des Kreditvolumens in Deutschland 476

Abbildung 11: Eigenmittelquote nicht-finanzieller Unternehmen in Deutschland 477

Abbildung 12: Verteilung des Gewinns nicht-finanzieller Kapitalgesellschaften in Deutschland, Mrd. Euro 478

Tabelle 1: Vermögensstruktur und Einkommen verschiedener Schichten (2014) 480

Klaus Dörre
In der Warteschlange
Arbeiter*innen und die radikale Rechte
2020 – 355 Seiten – 30,00 € – ISBN 978-3-89691-048-6

Ingrid Artus/Nadja Bennewitz/Annette Henninger/Judith Holland/
Stefan Kerber-Clasen (Hrsg.)
Arbeitskonflikte sind Geschlechterkämpfe
Sozialwissenschaftliche und historische Perspektiven
(Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Band 27)
2020 – 365 Seiten – 35,00 € – ISBN 978-3-89691-045-5

Sven Gringmuth
Was war die Proletarische Wende?
Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken
2020 – 442 Seiten – 44,00 € – ISBN 978-3-89691-049-3

Hans-Günter Thien (Hrsg.)
Klassen im Postfordismus
(Nachdruck der 2., korrigierten Auflage)
2020 – 381 Seiten – 35,00 € – ISBN 978-3-89691-781-2

3. Auflage

Heinz Sünker (Hrsg.)
Theodor W. Adorno
Aktualität und Perspektiven seiner Kritischen Theorie
2020 – 282 Seiten – 30,00 € – ISBN 978-3-8961-053-0

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Nevinghoff 14 · 48147 Münster · Tel. 0251-38440020 · Fax 0251-38440019
E-Mail: info@dampfboot-verlag.de · <https://www.dampfboot-verlag.de>

Der 200. Geburtstag von Karl Marx war Anlass für zahlreiche Publikationen, Veranstaltungen und Aktivitäten. Der vorliegende Band befasst sich mit der Marx'schen Theorie und an sie anschließend mit aktuellen Fragen der Entfaltung von Kapitalverhältnissen. Die Texte wollen dazu beitragen, sich der Aktualität der Marx'schen Theorie zu vergewissern und die fruchtbaren Impulse, die sie bietet, im Lichte späterer gesellschaftlicher Entwicklungen zu diskutieren. Der Band gibt so einen breiten Überblick zum Stand der gegenwärtigen Marx-Debatte. Neben Fragen der Kritik der politischen Ökonomie werden u. a. Fragen der gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse, von Politik, Kultur und Kunst behandelt.



ISBN 978-3-89691-259-6